

„Die Ortenau“

68. Jahresband 1988

Einladung zur
JAHRESVERSAMMLUNG
des Historischen Vereins für Mittelbaden e. V.
am 16. Oktober 1988
in Rheinau

8.30 Uhr

Geschäftliche Sitzung und Mitgliederversammlung in der Festhalle in Rheinau-Memprechtshofen bei der Pestalozzi-Schule.

10.15 Uhr

Empfang durch Herrn Bürgermeister Meinhard Oberle in der Festhalle Rheinau-Memprechtshofen.

11.00 Uhr

Festsitzung in der Festhalle Rheinau-Memprechtshofen mit Vortrag von Herrn Ltd. Archivdirektor i. R. Dr. H. G. Zier über „Das Hanauerland auf der Suche nach seiner Identität“.

Musikalische Umrahmung: Kammerensemble der Stadtkapelle Freistett unter der Leitung von Rolf Schneebigl.

12.30 Uhr

Mittagessen in den örtlichen Gasthäusern.

14.30 Uhr

Eröffnung der Ausstellung des Deutschen Schiffahrtsmuseums Bremerhaven „Marinemaler J. G. Siehl-Freystett“ durch Herrn Dr. Scholl im Kommunalen Kindergarten, Schwimmbadstraße in Rheinau-Freistett.

Besichtigung der Rheinstaufstufe Freistett-Gambsheim. Führung: F. Stephan, Altbürgermeister von Rheinau.

Erklärungen zur Geschichte von Rheinbischofsheim auf dem Schloßplatz in Rheinau-Rheinbischofsheim. Führung: Dr. N. Honold.

Ausklang in der „Krone“ in Rheinau-Rheinbischofsheim.

Der Bürgermeister
der Stadt Rheinau

Meinhard Oberle

Der Präsident
des Historischen Vereins
für Mittelbaden e. V.
Dr. Dieter Kauß

Die Ortenau

Veröffentlichungen
des Historischen Vereins für Mittelbaden

68. Jahresband 1988



Redaktion
Hugo Schneider

OFFENBURG/BADEN
VERLAG DES HISTORISCHEN VEREINS FÜR MITTELBADEN

ISSN 0342-1503

Die Ortenau

Veröffentlichungen

des Historischen Vereins für Mittelbaden

68. Jahrgang 1987



Kehler
Jahrgang 1987

ORTENAU

VERLAG DES HISTORISCHEN VEREINS FÜR MITTELBADEN

Verlag Historischer Verein für Mittelbaden

Gesamtherstellung: Kehler Druck GmbH & Co. KG, Kehl

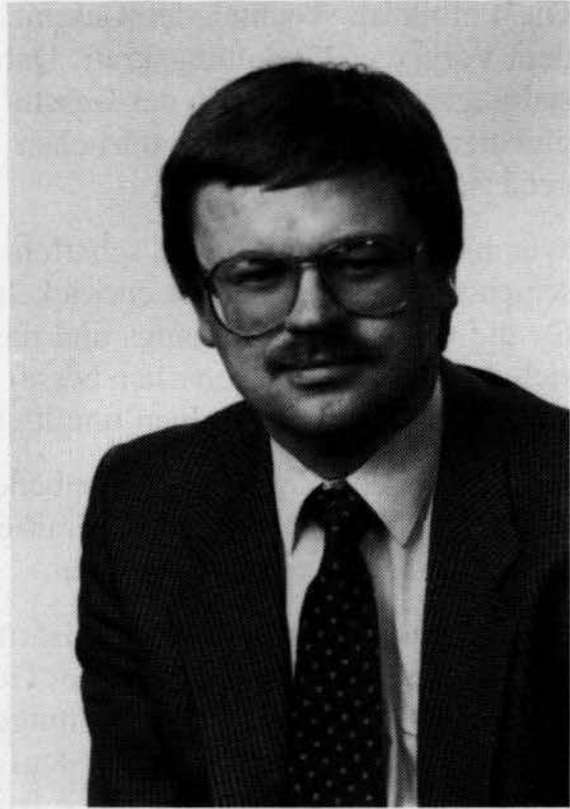
Seine eigene Geschichte gewinnt nur,
wer mit den Vorangegangenen redet
und mit den Nachkommenden rechnet.

Arno Borst

Inhalt

Bürgermeister Meinhard Oberle, Grußwort der Stadt Rheinau	9
Manfred Hildenbrand, Jahresbericht 1987/88	11
Berichte der Mitgliedergruppen 1987	14
Berichte der Arbeitskreise	26
Gerhard Gamber, Der Ortenaukreis — Rückblick 1987	35
Gerhard W. Baur, Zum Gedenken an Prof. Dr. Ernst Ochs	47
Hans Harter, Julius Hauth (1899—1988)	52
Manfred Hildenbrand, Heinrich Hansjakob als Politiker	53
Erwin Dittler, Hundsfeld	70
Wolfgang Neuß, Die Herren von Hornberg (Schwarzwaldbahn)	137
Michael Rumpf, Johannes Sweiger, markgräflicher Schreiber, Sekretär und Rat; Begleiter Markgraf Bernhards II.	144
Karl-August Lehmann, Das Reichstal Harmersbach als Pfandschaft (1330—1689)	147
Josef Bayer, Der Armenfonds in Hofweier	175
Gerhard Finkbeiner, Schuttertal, Patengemeinde der Modoscher Heimatortsgemeinschaft aus dem jugoslawischen Banat	188
Gerhard Finkbeiner, „Denn in diesem Land haben sie nicht so viele Lustbarkeiten...“	195
Alfred Hetzel, Die Auswanderung aus Eckartsweier nach den Vereinigten Staaten im 19. Jahrhundert	204
Otto Schrempp, Wolfach — Metropole der alten Kinzigflößerei	218
Kurt Schütt, Die Geschichte der Maiwaldgenossenschaft	241
Horst Feuer, Die Zehntablösung in Windschlag 1844	252
Hans-Peter Mölders, Die Nebenbahnen im alten Landkreis Offenburg und ihre Bahnpoststempel	255
Paul Hetzel, Die Geschichte der Mittelbadischen Eisenbahngesellschaft (MEG)	263
Carl-Helmut Steckner, 600 Jahre Rheinbrücken	275
Hans Harter, Gottlieb Trautwein (1892—1953). Ein Schiltacher Liberaler und kämpferischer Demokrat	303
Wolfgang Mössinger, Zell a.H. — Am Ende der Weimarer Republik Teil 2	348

Manfred Hildenbrand, Judenpogrom in der Ortenau	378
Kurt Klein, Hausach in den letzten Kriegswochen 1945	384
Hans-Joachim Fliedner, Die Offenburger Presselandschaft von 1945 bis 1950	391
Monique Mombert, Lahr unter französischer Besatzung (1945—1954)	398
Thomas Kopp, Zell: Stadt — Reichsstadt — Stadt — Stadtgemeinde — Gemeinde und seit 40 Jahren wieder Stadt	417
Niels Kranemann, Ritter, Fee und Teufelsheer	430
Sabine Wagner, „Grimmelshausens Adreßbuch“ — die Bekannten des Dichters in Renchen und Gaisbach	455
Adolf Schmid, Rilkes Aufenthalte in Rippoldsau 1909 und 1913	469
Johannes Werner, Danneckers Denkmal für Rastatt	489
Martin Ruch, Der Haslacher Maler Carl Sandhaas in der Heil- und Pflegeanstalt Illenau 1843—1845	495
Karl Joggerst, Der Tiermaler Carl Jutz aus Windschlag	505
Manfred Hildenbrand, Heimatliebe und Weltbürgertum: Zum 90. Geburtstag des Malers Professor Otto Laible	513
Julius Roschach, Zwei Kanzeln der Gengenbacher Stadtpfarrkirche „St. Marien“	526
Wilhelm Marx, Über Patenbriefe	532
Hubert Kewitz, „Hebraica Dicta“, 1650 aufgeschrieben von P. Arbogast Arnold OSB	546
Adolf Hirth, Münzfunde zu Kappelrodeck	549
Wilhelm Vajen, Hochzeitslader bei öffentlichen Hochzeiten in früheren Zeiten	551
Kurt Klein, Heimatkundliches Material für den Unterricht	552
Buchbesprechungen	556
Autorenverzeichnis	564
Verzeichnis der Mitgliedergruppen	567



Meinhard Oberle

Grußwort der Stadt Rheinau

Im Namen unserer Stadt grüße ich die Teilnehmer der Jahreshauptversammlung 1988 des Historischen Vereins für Mittelbaden e. V.

Ist die Erforschung von Geschichte, von Heimatgeschichte noch zeitgemäß? Nimmt uns die Gegenwart, von der manche Nachdenkliche sagen, sie spiele sich auf einer immer morscher werdenden Bühne ab, nicht alle voll in Anspruch? Den Blick nach vorn richten — ist es nicht die tägliche Losung?

Geschichte, Heimatgeschichte hat es jedenfalls nicht leicht — ein Massenthema ist daraus im Jahrhundert der Massen gewiß nicht geworden. Doch besagt gerade dies recht wenig über die Notwendigkeit der thematischen Befassung — im Gegenteil!

Denn ist es nicht gerade ein Krisensymptom unserer Zeit, daß sich die Erkenntnis des Notwendigen immer mehr auf Minderheiten beschränkt und die Politik kaum noch vermag, das Notwendige massenwirksam zu definieren und zu realisieren?

Und ist nicht die Erkenntnis des Notwendigen ohne die Kenntnis der Geschichte undenkbar?

Die Politik als Tochter der Geschichte büßt für die Geschichtslosigkeit mit dem Verlust an Gestaltungskraft. Dabei wäre ein Maximum an politischer Gestaltungskraft bei einer in der Geschichte so noch nie dagewesenen ernsthaften globalen Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit dringend nötig.

Wer hier wirksam Abhilfe schaffen möchte, muß auch dazu beitragen, Geschichtsbewußtsein neu zu entwickeln und zu schärfen. Das Bewußtsein also für die Chance des Aufgangs und das Risiko des Untergangs. Wo aber ließe sich das Gespür des Menschen besser dafür wecken als bei der Geschichte seiner Heimat, zu der er einen unmittelbaren biographischen Bezug hat.

Der Historische Verein für Mittelbaden stellt sich seit Jahrzehnten mit Intensität dieser Aufgabe und leistet damit einen bedeutenden Beitrag dazu, der Geschichtslosigkeit entgegenzutreten.

„Der Spruch der Vergangenheit ist immer ein Orakelspruch: Nur als Baumeister der Zukunft, als Wissende der Gegenwart werdet ihr ihn verstehen.“ Mit diesen „Unzeitgemäßen Betrachtungen“ des jungen Friedrich Nietzsche, der dies 1874 schrieb, wünsche ich dem Historischen Verein bei dieser Aufgabe viel Erfolg und allen Gästen einen fruchtbringenden und angenehmen Aufenthalt in der Stadt Rheinau.

Meinhard Oberle
Bürgermeister der Stadt Rheinau

Jahresbericht 1987/88

Manfred Hildenbrand

Anläßlich des 150. Geburtstages von Heinrich Hansjakob und des 75jährigen Jubiläums der Mitgliedergruppe Haslach fand die Jahresversammlung der 34 Mitgliedergruppen des Historischen Vereins für Mittelbaden am 18. Oktober 1987 in Haslach i. K. statt. Im Rahmen der geschäftlichen Sitzung, die im Refektorium des ehemaligen Kapuzinerklosters abgehalten wurde, gab Präsident Dr. Dieter Kauß seinen Rechenschaftsbericht. Sein besonderes Lob galt den Arbeitskreisen des Historischen Vereins, die wieder sehr aktiv gewesen seien. Großen Anklang habe der von ihm geleitete Kurs „Alte Schriften lesen“, an dem über 80 interessierte Personen teilgenommen hatten, gefunden. Die Katastererfassung von Kleindenkmälern sei weiter in Angriff genommen worden. Von folgenden Orten und Gebieten lägen jetzt die Katastererfassung vor: Bad Peterstal-Griesbach, Gengenbach, Haslach, Hausach, Hohberg, Oberharmersbach, die Außenbereiche von Offenburg, Landkreis Rastatt, Schuttertal, Steinach, Zell a. H. Enge Kontakte seien wieder mit den elsässischen Geschichtsvereinen geknüpft worden. Mit ihnen würden gemeinsame Projekte, wie etwa das Erfassen der Grenzsteine, verfolgt.

Der Kassenbericht von Geschäftsführer Theo Schaufler bewies, daß die Kassengeschäfte bei ihm in guten Händen liegen. Durch die steigenden Druckkosten für „Die Ortenau“, so Schaufler, käme man bald um eine Erhöhung des Mitgliedbeitrages nicht herum. Bei den fälligen Neuwahlen wurde der bisherige Vorstand des Historischen Vereins für Mittelbaden in seinem Amt bestätigt. Somit sieht die Vorstandschaft für die kommenden vier Jahre wie folgt aus: Präsident Dr. Dieter Kauß, erster stellvertretender Präsident Kurt Klein, zweiter stellvertretender Präsident Manfred Hildenbrand, Kassenwart und Geschäftsführer Theo Schaufler, Redakteur für „Die Ortenau“ Hugo Schneider. Zum erweiterten Vorstand gehören auch die Leiter der Arbeitskreise sowie die Beiräte: Josef Naudascher, Karl Maier, Hermann Braunstein, Horst Brombacher, Carl-Helmut Steckner, Ursula Schäfer, Dr. Hans-Joachim Flidner, Adolf Hirt, Erwin Steurer, Dr. Wilhelm Marx, Rainer Fettig, Gerhard Hoffmann.

Zum Ehrenmitglied des Historischen Vereins für Mittelbaden wurde Manfred Hildenbrand ernannt. Der Haslacher Bürgermeister Heinz Winkler lud zu einem Empfang in den Kreuzgang des Kapuzinerklosters ein. Die Festversammlung fand im Pfarrsaal der kath. Pfarrgemeinde statt. Präsident Dr. Kauß konnte dabei zahlreiche Gäste begrüßen, unter ihnen die Bundestagsabgeordnete Luise Teubner, den Landtagsabgeordneten Karl-Theodor Uhrig sowie



Manfred Hildenbrand (rechts) wurde bei der Jahresversammlung 1987 in Haslach zum Ehrenmitglied des Historischen Vereins für Mittelbaden ernannt. Hier gratuliert ihm Präsident Dr. Dieter Kauß (links).

Aufnahme: Dieter Hug

den Präsidenten der elsässischen Geschichtsvereine Professor Dr. Marcel Thoman (Straßburg). Dr. Kauß ging auf die 75jährige Geschichte der Mitgliedergruppe Haslach ein, zu deren Gründungsmitgliedern auch Heinrich Hansjakob zählte. Den Festvortrag hielt Manfred Hildenbrand über „Heinrich Hansjakob als Politiker“ (Abdruck in „Die Ortenau“ 1988). Am Nachmittag besichtigten zahlreiche Mitglieder und Freunde des Historischen Vereins das Hansjakobmuseum im „Freihof“ sowie das „Schwarzwälder Trachtenmuseum“ im ehemaligen Kapuzinerkloster. Die Jahresversammlung klang aus mit einem gemütlichen Beisammensein im Gasthaus „Zu den drei Schneebällen“ in Hofstetten.

Die Frühjahrstagung des Historischen Vereins für Mittelbaden fand am 12. März 1988 in Durbach-Ebersweier statt. Die Berichte und Aktivitäten der Arbeitskreise standen im Mittelpunkt der Arbeitstagung. Dabei beklagte Josef Naudascher die „Raubgrabungen“, die seit einiger Zeit auch im Ortenaukreis

durchgeführt würden. Ganze Gruppen würden ohne Genehmigung des Denkmalamtes Grabungen vornehmen, was gesetzeswidrig sei und strafrechtlich verfolgt werde. Nur die hauptberuflichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter des Denkmalamtes dürften archäologische Grabungen vornehmen. Kurt Klein machte auf die bewährte Zusammenarbeit von Historischem Verein und heimatgeschichtlichen Arbeitsgemeinschaften im Schulbezirk Offenburg aufmerksam. Zahlreiche landes- und ortsgeschichtlichen Untersuchungen und Handreichungen seien von diesen Arbeitsgemeinschaften erarbeitet und an die Schulen im Ortenaukreis verteilt worden.

Berichte der Mitgliedergruppen 1987

Biberach

Betreuung der beiden Museen in Biberach und Prinzbach.

Mitarbeit beim „Sonderprogramm Inventarisierung“ im Heimatmuseum „Ketterhaus“; Übernahme der fotografischen Arbeiten durch zwei Mitglieder unseres Vereins, Beratung der Inventarisatoren.

Mitarbeit bei der Vorbereitung und Organisation der gemeinsamen 850-Jahrfeier von Zell a. H., Unterharmersbach, Oberharmersbach, Nordrach, Steinach und Biberach im Jahr 1989.

Aufnahme der „Tulla-Brücke“ über den Emmersbach durch Architekt Leonhard Wussler.

Mitgestaltung des Volkstrauertages: Hier wurde die im „Alten Turm“ eingerichtete Gedächtnisstätte für die Gefallenen des Krieges zur Besichtigung vorbereitet.

Fahrt ins Markgräflerland: Besichtigung des Bergbaumuseums in Sulzburg und der Kirche in Blansingen (Organisation: Pfarrer i. R. Kost).

Besuch der Krippenausstellung in Gengenbach.

Die Jahresversammlung fand am 9. 12. 1987 im Gasthaus „Linde“ statt.

Wolfgang Westermann

Bühl

Nachdem die Bühler Ortsgruppe ihren jahrelangen Dornröschenschlaf beendet hat, vermißt sie immer noch den Prinz (Vorsitzenden), der sie endgültig wachküßt.

April: Dia-Vortrag über den Vogtsbauernhof (D. Kauß)

Mai: Fahrt zum Vogtsbauernhof (Führung: D. Kauß)

Dezember: Besichtigung des Bühler Heimatmuseums

Egon Schempp

Ettenheim

Aus Anlaß des 80. Geburtstages von Heimatforscher Emil Schwendemann aus Münchweiler gab der Vorsitzende die vom Jubilar auf rund 850 Karteikärtchen gesammelte heimatgeschichtliche Literatur als Bibliographie heraus.

Zum 100. Geburtstag von Karl Person, dem früheren badischen Landtagspräsidenten, stellte Hubert Kewitz in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Ringsheim und der CDU-Ortsgruppe eine umfassende Dokumentation zum Leben und Wirken des aus Ringsheim stammenden Lehrers und Politikers zusammen.

Durch Vermittlung des Vorsitzenden übergaben Frau Maria Tschertter und Frau Gretel Stein, Töchter von Josef Leibold, dem Verleger der Ettenheimer Zeitung, der Stadt Ettenheim 52 erhaltene Zeitungsbinden. Der älteste Band ist von 1873, der neueste von 1941.

An Pfingsten 1987 feierte die Gemeinde Ettenheimmünster den Baubeginn der Wallfahrtskirche St. Landelin vor 300 Jahren und gab hierzu einen reich bebilderten Kir-

chenführer mit ausgezeichneten Abhandlungen über die Geschichte der Kirche (Hubert Kewitz), die Silbermann-Orgel (Bernd Sulzmann) und über den Komponisten Pater Ildefons Haas (Bernhard Klär) heraus. Die Pfarrgemeinde Ettenheimmünster stellte in Zusammenarbeit mit dem Historischen Verein Meßgewänder, Kunstschatze, darunter die Landelinsbüste von 1506, Handschriften und Drucke aus dem Kloster aus. Eine Bilddokumentation über das Kloster, den Bau der Wallfahrtskirche und den hl. Landelin rundete die Ausstellung ab.

Im Juni stellte Kunstmaler Kurt Bildstein einen auf der Grundlage des heutigen Stadtgrundrisses und noch vorhandener Mauerreste gezeichneten Rekonstruktionsversuch des mittelalterlichen Stadtbildes von Ettenheim vor. Im November wurde in einer weiteren Veranstaltung unter Einbeziehung eines Planes von 1870 eine verbesserte Zeichnung vorgelegt und bei einem Rundgang an Ort und Stelle erläutert.

Auf Anregung von Kurt Bildstein wurde im November ein Arbeitskreis Stadtbild/Denkmalpflege gegründet. Im Februar 1988 wurde ein Artikel über das Scharfrichterhaus aus dem 17. Jh. (Hubert Kewitz) veröffentlicht und mit Gemeinderäten Gespräche geführt, um den geplanten Abbruch des Hauses zu verhindern. Im März/Mai 1988 wurde von Martin Bildstein und Dieter Weis eine bebilderte Dokumentation über die erhaltenswerten Grabsteine auf dem Ettenheimer Friedhof als Vorlage für den Stadtrat erstellt.

Nach fast einjähriger Vorbereitung durch rund 15 Mitarbeiter wurde im August 1987 im Rahmen des Bärenbrunnenfestes aus Anlaß des 125jährigen Bestehens der Freiwilligen Feuerwehr Ettenheim im Palais Rohan eine Ausstellung zur Geschichte des Feuerlöschwesens in Ettenheim mit Ortschaften, in Rust, Kappel, Grafenhausen, Orschweier und Mahlberg eröffnet. Die geschichtliche Dokumentation wurde ergänzt durch historische Feuerwehruniformen und -geräte, eine internationale Helmsammlung, Sammlungen von Feuerwehrbriefmarken, -spielzeug und Floriansdarstellungen.

Im Februar 1988 wurden im Rathaus in Rust die von Karl-Heinz Debacher bearbeiteten Tafeln zur Ruster Feuerwehrgeschichte durch wertvolles Material (älteste Ruster Feuerlöschordnung aus dem Jahre 1767) erneut ausgestellt.

Bernhard Uttenweiler

Haslach i. K.

Die Mitgliedergruppe Haslach feierte im Rahmen der Jahresversammlung des Historischen Vereins für Mittelbaden am 18. Oktober 1987 ihr 75jähriges Bestehen. Am 8. Dezember 1912 wurde sie von 45 historisch interessierten Bürgern gegründet. Unter den Gründungsmitgliedern befand sich auch Heinrich Hansjakob. Zum ersten Obmann der neugegründeten Mitgliedergruppe wurde Ratsschreiber Ritter gewählt. Ab 1918 war Otto Göller Vorsitzender der Haslacher Mitgliedergruppe, ab 1924 Dr. Johann Karl Kempf, ab 1934 erneut Otto Göller, ab 1951 Franz Schmider, ab 1968 Manfred Hildenbrand. Heute umfaßt die Haslacher Mitgliedergruppe 175 Mitglieder.

Folgende Vorträge wurden von der Mitgliedergruppe Haslach 1987/88 im Refektorium des ehemaligen Kapuzinerklosters veranstaltet:

31. 11. 1987: Philipp Brucker über „Uf guet Lohrerditsch“

25. 1. 1988: Annemarie Andritschky über „Das Frauenbild von Heinrich Hansjakob in seinen schriftstellerischen Werken“

29. 2. 1988: Werner Liebich über „Heinrich Hansjakob und seine Illustratoren Wilhelm Hasemann und Curt Liebich“
 21. 3. 1988: Ansgar Barth über „Kriegs- und Notzeiten unserer Heimat“
Manfred Hildenbrand

Hausach

Farbdia-Vortrag „Heinrich Hansjakob — ein Leben für das Volk“ (Kurt Klein).
 Farbdia-Vortrag „Korsika — Insel der Schönheit — auf den Spuren von Napoleon Bonaparte“ (Kurt Klein).
 Anlässlich des Jubiläums „25 Jahre Burgfrauenkaffee“ (Altenbetreuung) führte die Burgwache mit den historisch gekleideten Burgfrauen erstmals eine traditionelle Tanzfolge auf.
 Schanzenwanderung von Hornberg zu zahlreichen Schanzen und Wällen über den Farenkopf bis nach Hausach.
 Besuch des Fastnachtsmuseums im Schloß Langenstein/Hegau und der Klosterinsel Reichenau, anschließend Schiffahrt von der Reichenau nach Schaffhausen.
 Hilfe des Vereins bei der Instandsetzung des „Dreifaltigkeitsbildes“ beim Christbauernhof im Einbachtal.
 Eines sehr großen Zuspruchs durfte sich wieder das „Johannisfeuer“ der Burgwache auf dem Hausacher Schloß erfreuen. Der Reinerlös dieser Veranstaltung wurde zur Anfertigung eines Freskos (Kunstmaler Paul Falk) an der Außenwand des restaurierten Klosterkirchleins St. Sixt verwendet.
 Ausrichtung der Frühjahrs- und Herbstkonferenz der Hausacher Vereinigungen. Diese seit über 20 Jahren stattfindenden Zusammenkünfte wurden auf Betreiben des Historischen Vereins ins Leben gerufen und haben inzwischen landauf, landab Nachahmung gefunden.
 Die Silvester-Serenade der Burgwache wurde um einen Tag auf den Abend des folgenden Neujahrs gelegt.
 Konzert der „Ortenauer Pfyffer und Paucker“ auf ihren alten Instrumenten. Geschickt wurden heimatkundliche Hinweise mit der musikalischen Darbietung verbunden.
Kurt Klein

Hohberg

Folgende Veranstaltungen wurden mit dem Kath. Bildungswerk Hohberg durchgeführt:
 Januar: Vortrag von Pfarrer i. R. Josef Hermann Maier, Obersasbach, über den Isenheimer Altar: „Botschaft an die Leidenden“
 März: Vortrag von Pfarrer i. R. Dr. Josef Bayer, Hohberg, über „Die neuesten Erkenntnisse über das Verhalten der beiden christlichen Konfessionen in Diersburg und über die Entstehung der kath. Gemeinde Diersburg“, eine Auswertung neu aufgefundener Akten aus dem Archiv der Stadt Achern.
 April: Vortrag über „Die kirchlichen Verhältnisse in Hofweier um 1750“ (Referent: Josef Bayer)

Mai: Dreitagefahrt nach Bamberg und der fränk. Schweiz. Besichtigung von Bamberg, Banz, Vierzehnheiligen, Gößweinstein, Schloß Weisenstein, Pommersfelden und Schloß Ullstadt.

August: Wanderung auf dem Hans-Jakob-Weg von Welsch-Bollenbach über Dierleshof, Baberast, Nillereck, Zell a. H.

September: Halbtagesfahrt mit Besichtigung des Schlöbles in Heiligenzell, der romanischen Kirchen in Lahr-Burgheim und Wittelsbach, der Geroldsecker Waffenschmiede im Litschental und dem Jägertonhof in Dörlnbach.

Oktober: Vortrag über „Die alten Wappen-Grenzsteine in Hohberg“. Dr. Josef und Michael Bayer stellten ihre Dokumentation mit diesem Thema vor.

November: Jahresversammlung der Mitgliedergruppe Hohberg im Weingut von Albert Roeder von Diersburg mit Berichten der Vorstandschaft, einem Referat von Dr. Bayer über „Die Diersburger Dorfordnung aus dem Jahre 1579“ und einer Dia-Serie über die durchgeführten Fahrten.

Dezember: Vortrag von Pfarrer Dr. Josef Bayer, Hohberg: „Der Armenfond in Hofweier“.

In der Erfassung der Klein-Kulturdenkmale auf der heimischen Gemarkung konnte eine Dokumentation alter Wappen-Grenzsteine abgeschlossen werden. In dieser Arbeit wurden 63 Grenzsteine erfaßt, kartiert und die geschichtlichen Zusammenhänge und Daten festgehalten.

Michael Bayer

Hornberg

Im Jahre 1987 konnte die Trachtengruppe des Historischen Vereins Hornberg auf ein 30jähriges Bestehen zurückblicken. Dies war Anlaß des Bundes „Heimat und Volksleben“, in Hornberg das 12. Ortenauer Kreistrachtenfest durchzuführen.

An der Spitze unseres 1. Vorsitzenden Walter Aberle mußte die Vorstandschaft mit den Mitgliedern des Vereins ein großes Stück Arbeit bewältigen.

Der Höhepunkt des Festes war der große Trachtenumzug mit 59 Gruppen aus allen Teilen unseres Raumes. Unter den fast 2000 Trachtenträgerinnen und Trachtenträgern war auch eine Gruppe aus Berstett im Elsaß.

Das Kreistrachtenfest gab Zeugnis von der Verbundenheit der traditionsreichen und vielfältigen Trachtenlandschaften unserer Heimat, in der Brauchtum und Trachten trotz unserer schnelllebigen Zeit noch von besonderer Bedeutung sind.

Darüber hinaus wurde, wie es seit 33 Jahren Tradition bei uns ist, das von Erwin Leisinger geschriebene „Hornberger Schießen“ aufgeführt, außerdem das Märchen vom „Räuber Hotzenblotz“ für die Jugend. Auch die Heimatabende des Historischen Vereins für die Kurgäste unserer Stadt boten eine nette Unterhaltung. Die Gruppe Geschichte ist weiterhin bemüht, das aus früherer Zeit Vorhandene den Bürgern wieder näherzubringen, und veranstaltete hierzu einen DIA-Abend mit Bildern aus der Hornberger Vergangenheit. Auch ein neuer Bildband von Hornberg ist in Bearbeitung.

Wolfgang Neuß

Kehl-Hanauerland

Die im Winter 86/87 begonnene Vortragsfolge unter dem Generalthema „Deutsch-französische Freundschaft“ wurde am 15. 1. 1987 fortgesetzt durch den Präsidenten der Führungsakademie Karlsruhe, Dr. Trudbert Müller, mit dem Thema: „Gilt F. Sieburgs Klischee-Gott in Frankreich — auch heute noch“? Am 29. 1. 1987 folgte ein Vortrag des Bürgermeisters von Straßburg, Marcel Rudloff, zum Thema: „Die Deutsch-französische Freundschaft aus französischer Sicht“. Pierre Pflimlin, ehemaliger Präsident des Europa-Parlamentes, schloß die Reihe ab mit einem Referat über seine Erfahrungen zum deutsch-französischen Verhältnis.

Die Vorträge des Winterhalbjahres 87/88 standen unter dem Generalthema „Die soziale Stellung der Frau in der Geschichte am Oberrhein“. Eingeleitet wurde die Reihe von Frau Klara Klotter, Stadträtin: „Die Bedeutung der Frau in der abendländischen Geschichte“ (22. 10. 87). Am 26. 11. sprach Domkapitular Auguste Christen, Obernay, über „Herrad von Landsberg und den Hortus Deliciarum“. Der Vortrag am 10. 12. von Prof. Alfred Matt, Bouxwiller, war gewidmet der „Großen Landgräfin Caroline, einer Frau mit europäischem Format und rheinischer Kultur“.

Zum Besuch von Landschaften, Städten und Ausstellungen wurden folgende Fahrten unternommen:

8. 2. 87: Besuch der Ausstellung „Die Blauen Reiter mit W. Kandinsky und F. Marc“ im Kunstmuseum in Bern mit anschließender Stadtführung.

20. 4.: Besuch in Winterthur: Bilder des Kunstmäzens Oskar Reinhard in Stiftung und Museum.

10. 5.: Besuch des Ludwigsburger Schlosses, von Marbachs Schillerhaus und Literaturmuseum.

28. 6.: Die große Napoleonausstellung in Stuttgart, das Kloster Bebenhausen wurde auf der Rückfahrt besichtigt.

25. 10.: Nochmalige Fahrt nach Bern, diesmal zu Paul Klee.

8. 11.: Besuch einer Ausstellung italienischer Künstler im Rohan-Schloß in Straßburg.

Friedrich Fluhr

Lahr

7. 4. 87: Vortrag Rektor Jürgen Schmitt: „Die Schlacht bei Wittenweier“

24. 6. 87: Vortrag von Dieter Kauß in der Gutleutkirche, Niederschopfheim: „Zur Geschichte der Gutleutkirche“

15. 12. 87: Vortrag Helmut Stingl: „Denkmalpflege in Japan“

(Ersatz für einen ausgefallenen Vortrag über Industrialisierung und technologische Entwicklung im Raum Lahr 1800—1914)

Eine am 23. Mai 87 geplante Fahrt zum Limes-Museum in Aalen konnte nicht stattfinden.

Joachim Sturm

Meißenheim

März 87: Im „Entenköpfer“ brachte Herr Lüber (Lahr) einen geschichtlichen Abriß über das „Bähnle“ und die chronologische Folge von 1894 (Strecke Seelbach—Ottenheim) und 1898 (Ottenheim—Kehl) bis zum Jahre 1959, dem Jahre der endgülti-

gen Stilllegung und Umstellung auf den Omnibusverkehr. Anekdoten und Erinnerungen sowie eine Ausstellung mit Bildmaterial aus der Zeit des „Entenköpfers“, zur Verfügung gestellt von der Sparkasse Lahr, bereicherten den Abend.

Mai 87: Maiwanderung auf heimatlichen Gefilden (Führung: H. Wohlschlegel)

Die Sparkasse Lahr organisierte 1984 im hiesigen Rathaussaal eine Ausstellung unter dem Thema „Meißenheim in den 20er Jahren“. Der Initiative von Mitgliedern im Historischen Verein ist es zu verdanken, daß die Dokumentation von der Gemeinde erworben werden konnte.

Willi Lutz, ein inzwischen verstorbener Meißenheimer Bürger, hat sein reichhaltiges fotografisches Schaffen (ca. 6,5 tausend Negative) einem Mitglied im Historischen Verein vermacht. Unsere Mitgliedergruppe traf eine Auswahl der Negative und ließ davon Dias herstellen.

September 87: „Ortsgeschichte(n)“ — eine Gemeinschaftsveranstaltung mit der VHS/Lahr.

Die Dias wurden Anknüpfungspunkt und Gesprächsstoff sowie Erinnerungsdaten an Ereignisse besonderer Art und an Menschen, die ehemals im Dorf lebten. Meißenheimer Bürger (Emil Lutz, Georg Kleis, Hans Wohlschlegel) weckten gekonnt Erinnerungen an ehemalige Originale, an die Zeit, als Meißenheim linksrheinisch noch Besitztum hatte, an das Bähnle, welches das Dorf mit Lahr, Offenburg und Kehl verband, an die Zeit der Evakuierung im Zweiten Weltkrieg nach Ohlsbach. Dias über das Pfarrhaus und die Friederike-Brion-Gedächtnisstätte an der hiesigen Kirche kommentierte K. Schmid. Er erinnerte an Goethes Studienjahre in Straßburg, an seinen Aufenthalt in Sesenheim, an die Jahre, die Friederike Brion in Meißenheim verbrachte.

Karl Schmid

Neuried

Das Jahr 1987 stand ganz im Zeichen der Gestaltung des Heimatmuseums Neuried. Zahlreiche Besprechungen und monatelange Arbeitseinsätze der verschiedenen Arbeitsgruppen führten letztendlich zur Eröffnung des Museums am 6. September 1987, dem Tag der Heimat. Ein Museumsdienst ermöglicht die Besichtigung sonntags von 14 Uhr bis 18 Uhr. Die Öffentlichkeit zeigte bisher lebhaftes Interesse.

13. 1. 1987: Eintragung der Mitgliedergruppe im Vereinsregister des Amtsgerichts Offenburg

28. 5. 1987: Exkursion nach Rottweil: Besichtigung der Altstadt, der römischen Ausgrabungen beim Römertor, der Sammlungen in der Lorenzkapelle.

6. 9. 1987: Eröffnung des Heimatmuseums in Neuried-Altenheim, Kirchstraße 32. Ernennung von Rektor Werner Kopf und Dr. med. Wilhelm Marx zu Ehrenmitgliedern.

Am 8. Dezember 1987 fand die ordentliche Mitgliederversammlung statt. An Stelle des zum 18. August 1987 aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Werner Kopf wurde der bisherige Rechner Kurt Noack zum 1. Vorsitzenden gewählt. Anschließend Referat von Dr. Wilhelm Marx über die „Villa Trunkenbold“ und ihre Bewohner in Altenheim. Eine Fotoausstellung ergänzte und verdeutlichte diesen Vortrag.

Johann Kurz

Oberharmersbach

Die Aktivitäten der Mitglieder konzentrierten sich im vergangenen Jahr auf die Wiedereinrichtung des unter Denkmalschutz stehenden Speichers und einer Mühle. Im September konnte die Arbeitsgemeinschaft Historischer Verein/Schwarzwaldverein Richtfest feiern.

Daneben wurde wieder ein Jahresrückblick mit den wichtigsten Ereignissen in Wort und Bild herausgebracht. Eine Bild- und Textdokumentation ergänzt die Trachtenvitrinen in der Reichstalhalle. Parallel dazu liefen die weiteren Arbeiten an der Chronik des Harmersbachtals und die Vorbereitungen in den örtlichen und überörtlichen Arbeitsgruppen für das 850jährige Jubiläum im Jahre 1989.

Karl-August Lehmann

Oberkirch

17. Januar: Dia-Vortrag von der Fünftagefahrt zu den Schlössern an der Loire.

31. Januar: Winterfahrt: Schauinsland, Hotzenwald, Säckingen, Murg ins Albtal nach Hänner zur Besichtigung der Barockkirche. Zurück über Schluchsee, Neustadt, St. Peter zur Besichtigung der Kirche und der Barockbibliothek.

Im Februar die traditionelle Aschermittwochnachmittagsfahrt. Drei Kirchen waren zu erraten: die Heidenkirche in Freistett, die Autobahnkirche Baden-Baden und die Kirche in Appenweier.

Im April Diavortrag von Konrektorin Schopferer, Oppenau, über ihre Reise nach Grönland. Fahrt nach Freiburg zur Ausstellung „Römische Ornamente aus fünf Jahrhunderten“ und Studienfahrt nach Eppingen und Bad Wimpfen.

Im Juni Fünftagefahrt zu 12 Wasserschlössern im Münsterland, außerdem nach Paderborn, Münster und Wetzlar.

Im Juli Fahrt ins Elsaß nach Eguisheim und zur Burgruine Drei Exen.

Im September Dreitagefahrt ins Dreiländereck nach Lindau, Bregenz, Feldkirch, Chur, Bad Ragaz mit der Taminaschlucht.

Im Oktober das traditionelle Schlachtplattessen mit neuem Wein. Ferner Studienfahrt nach Bruchsal (Schloß und Instrumentensammlung) und Malsch bei Bruchsal.

Im November Dianachmittag von der Fünftagefahrt ins Münsterland.

Im Dezember Jahresabschlußversammlung mit Vorschau auf 1988 und Dias von den diesjährigen Studienfahrten. Die monatlichen Stammtische der Herren- und Damennachmittage erfreuten sich reger Teilnahme.

Wilhelm Vajen

Offenburg

Die Mitgliedergruppe führte im Jahre 1987 mehrere Veranstaltungen durch, darunter einen Vortrag des Präsidenten unseres Vereins, Dr. Dieter Kauß. Dieser bot im Landratsamt auch das Seminar „Alte Schriften lesen und lernen“ an. Viele Mitglieder unserer Ortsgruppe nahmen daran teil. Neben den Vortragsveranstaltungen fanden auch zwei Exkursionen statt.

In den Beirat des Vereins wurden zwei Persönlichkeiten neu aufgenommen. Wolfgang

Bientze vertritt weitgehend die Windschläger Mitglieder, von denen sich eine größere Anzahl neu dem Verein zugewandt hat.

Ulrich Spinner vertritt als Mitglied des Historischen Vereins und der City-Partner Belange des Denkmalschutzes im Stadtplanungsausschuß. Es war dort ein Sitz frei geworden, der neu besetzt werden sollte. Sowohl die City-Partner als auch der Historische Verein zeigten Interesse, einen Vertreter in dieses städtische Gremium zu entsenden. Ulrich Spinner, der Kunstgeschichte studiert hat und sowohl den City-Partnern als auch dem Historischen Verein angehört, erschien uns als die geeignete Persönlichkeit, im Stadtplanungsausschuß historische Belange einzubringen. Der Verein hofft, daß künftig gravierende Fehler, wie sie in der Vergangenheit immer wieder vorkamen, vermieden werden.

Hans-J. Fliedner

Oppenau

Der Historische Verein Oppenau führte wieder in regelmäßigen Abständen Vortragsabende und Studienfahrten durch.

Vorträge:

1770 „Marie Antoinette reist durch unser Land“. Berichte von den Stationen Emmendingen, Herbolzheim und Kloster Schuttern.

„Mein Liebes Oppenau“. Frau E. Krolikowski las aus ihrem neuen Heimatbuch lustige Geschichten und Anekdoten aus Oppenaus jüngerer Geschichte.

„Das Weltbild der Musik im Wandel der Zeiten“. Kapellmeister i. R. Kurt Wilhelm Jörger zeigte an Hand exemplarischer Beispiele aus der Literatur und an drei bedeutenden Werken des Barock, der Klassik und der Romantik die weltanschaulich geistigen und religiösen Hintergründe des Wechselspiels zwischen dem Zeitgeist und der Bewußtseinsbildung des Menschen.

„August Ganther, der Heimatdichter aus dem Renchtal“. Der lebendige Vortrag seiner Mundartgedichte fand großen Anklang und regte einige Anwesende zum freien Vortrag ehemals gelernter Ganther-Gedichte an.

Studienfahrten:

Blütenfahrt ins Markgräflerland, wo die Kirchen von Blansingen, Liel und Niedereggenen besichtigt wurden.

Zweitagesfahrt entlang der Burgenstraße mit Stationen in Hirschhorn, Bad Wimpfen und auf Burg Langenburg. Am zweiten Tag Besichtigung von Rothenburg o. T.; weitere Höhepunkte der Fahrt der Riemenschneider-Altar in Creglingen, das Schloß Weikersheim und das Grünewald-Gemälde „Stuppacher Madonna“.

Weitere Halbtagesfahrten in den benachbarten schwäbischen Landesteil, der den meisten Mitgliedern weniger bekannt ist.

Nach Waldmössingen mit dem Römerkastell und nach Rottweil (Altstadt und Museum).

Nach Oberndorf am Neckar (ehemaliges Kloster und die beiden Museen), Glatt (neu renoviertes Wasserschloß) und die Kernstadt von Horb.

Den Abschluß unserer Fahrten bildete die Besichtigung der Ruinen des ehemaligen Klosters Hirsau, in dessen Codex Oppenau erstmals um 1070 erwähnt wird, und der Stadt Calw.

Rainer Fettig

Bad Peterstal-Griesbach

April: Tagesfahrt ins Hohenloher Land
Mai: Achttägige Oberbayern-Fahrt „Bayrische Seen“
Juni: Tagesfahrt nach Mainz und Bodenheim
August/September: Sechstägige Münsterlandfahrt
Oktober: Abschluß-Tagesfahrt ins Mittelelsaß
Abend-Zusammenkünfte im Zusammenhang mit den Fahrten.

Siegfried Spinner

Rheinau

Bei der Jahresversammlung der Mitgliedergruppe gab es in der Vorstandschaft eine Umbesetzung. Robert Wolf trat vom Rechneramt zurück, blieb jedoch in der erweiterten Vorstandschaft. Günter Wiederrecht wurde zum Rechner gewählt. Anschließend zeigte Frau Agnes Wolf in einem instruktiven Lichtbildervortrag mit dem Thema „Das strapazierte Fachwerkhaus“ in deutlichen Worten, wieviel bei der Erhaltung und Sanierung von Fachwerkhäusern falsch gemacht wird und gemacht werden kann.

12. 2. Vortrag von Kurt Schütt: „Die Kückhsche Floßkompagnie und Neufreistett“. Wiederholung des Vortrages am 19. 3.

28. 5. Halbtagesfahrt ins Elsaß „Auf den Spuren des berühmten Zeppelinrittes“ unter Führung von Dr. Karl Schnell. Wiederholung der Fahrt am 28. 6.

Am 5. und 6. 9. Fahrt nach Trier und Metz. Während der Fahrt Vortrag von Paul Hetzel „Die wechselvolle Geschichte Lothringens“.

9 Arbeitssitzungen mit Kurzvorträgen über „Die Arbeit des Presbyteriums im 18. Jh.“, „Das Heimatmuseum Bouxwiller“ (Heinz Großholz); aus der entstehenden Chronik: „Der 2. Weltkrieg; aus der Geschichte unserer jüdischen Mitbürger; Wiederanfang in Rheinau; Freistetter Hafen; Rheinschiffahrt; badische Kanalschiffahrt; die Landwirtschaft im Wandel der Zeit; der Wald heute; Fischerei; Goldwäscherei“ (N. Honold und K. Schütt).

Während der Berichtszeit erschienen die Heftchen Nr. 7 und 8 der Vereinszeitschrift „Aus der Stadt Rheinau“ mit folgenden Beiträgen: in Heft 7 „Aus der Geschichte der Zollverwaltung in Freistett — Das Hauptzollamt Freistett vom 1. 1. 1836—31. 1. 1871“ (F. Böniger); „Die Mittelbadische Eisenbahn im Hanauerland“ (P. Hetzel); „Auswanderung im 19. Jh. (1820—1870)“ (N. Honold); in Heft 8 Das Projekt „Hanausch-Indien“ (K. Schütt); woher kommt das Geschlecht „Scherwitz“? (O. Scherwitz); Fortsetzung des Beitrages „Auswanderung im 19. Jh. (1820—1870)“ (N. Honold).

Nikolaus Honold

Schutterwald

März: Vortragabend über „Jüdische Kulturdenkmäler in unserer Heimat“ anlässlich der Woche der Brüderlichkeit (Referent: J. Fliedner, Offenburg).

April: Besichtigung des Offenburger Judenbades (Führung: Artur Hohn), anschließend Fahrt nach Hohberg-Diersburg zum Judenfriedhof, verbunden mit Besuch des Roederschen Weingutes und des Roederschen Familienfriedhofs (Führung: H. v. Roeder).

Mai: Viertagefahrt in den Bayrischen Wald mit Stadtbesichtigung von Regensburg und Passau; Rundfahrt durch den Bayrischen Wald, Besichtigung von Glashütten und Köhlererei. Heimfahrt über Kloster Weltenburg am Donau-Durchbruch.

September: Besuch des Straßburger Münster museums und der Münsterbauhütte; Schiffsrundfahrt auf der Ill und Spaziergang durch das „Gerberviertel“.

November: Besuch des neugegründeten Heimatmuseums in Altenheim-Neuried (Führung: Dr. Marx).

Mitgliederversammlung, Kassenbericht und Jahresbericht des Vorsitzenden Artur Hohn. Aussprache und Programmvorschau für 1988.

Artur Hohn

Seelbach-Schuttertal

Besuch des Guttmannshofes in Unterentersbach. Das große, besonders schöne Gutachtäler-Schwarzwaldhaus wurde in den zurückliegenden Jahren mit Unterstützung des Denkmalamtes vorbildlich renoviert.

11. 6. Besichtigung des Schuttertäler Heimatmuseums ins „Bucholze Hüsli“ am Eingang zum Laulisgraben.

In dem kleinen Fachwerkhaus konnten zahlreiche Zeugnisse bäuerlicher Kultur und Arbeit aus dem Schuttertal bewundert werden, die in den zurückliegenden Jahren durch Denkmalpfleger Gerhard Finkbeiner und Bürgermeister Bernhard Himmelsbach zusammengetragen wurden und die darauf warten, einmal in größerem Rahmen den heimatgeschichtlich interessierten Schuttertälern gezeigt werden zu können.

15. 8. Mühlenwanderung um Ottenhöfen. Besichtigt wurden sieben alte Hofmühlen. Diese Besichtigung gab auch Anregungen für die Bemühungen um den Erhalt der vorhandenen Hofmühlen im Bereich des Schuttertals.

27. 9. Besichtigung des Uhrenmuseums in Furtwangen.

6. 11. Besuch der Werkstatt des Kunstmalers und Graphikers Hubert Wenzinger in Kippenheim.

Erich Krämer

Steinach

Vortrag: „Die bäuerliche Welt am Ende des 19. Jahrhunderts bei Heinrich Hansjakob“. In Zusammenarbeit mit der VHS-Steinach (Referent: Dr. Kauß).

Seminar: „Alte Schriften lesen lernen“ — Seminardauer: 4 Abende (Referent: Dr. Kauß).

Exkursion: Fahrt ins Oberelsaß: Besichtigung des „Oberelsässischen Freilichtmuseums“ in Ungersheim/Ensisheim. Besichtigung des Museums „Unterlinden“ und der Altstadt von Colmar.

Flößertreffen: Im Rahmen von 4 Treffen der Flößergemeinden waren u. a. die Gemeinde Steinach und der Historische Verein Steinach bei einem Treffen Gastgeber.

Gemeinschaftswanderung: Historische Gemeinschaftswanderung auf der Gemarkung Unterentersbach u. a. (Gröbernhof und Stöcken) mit dem Verschönerungsverein Steinach.

Diverse Arbeitseinsätze: Pflanzung von Wildrosenstöcken in unserem Dorf. Besprechungen und Besichtigungen im Rahmen des bevorstehenden 850jährigen Jubiläums unserer Gemeinde 1989.

Erfassung der Wegkreuze und Bildstöcke auf der Gemarkung Steinach in Text und Bild. Sanierungsarbeiten im künftigen neuen Museum.

Bernd Obert

Wolfach

1. Vorbereitung und Durchführung einer Flößerei-Ausstellung in der Schloßhalle vom 20. 6. bis 16. 8. 1987.

Dabei wurden 250 Exponate vorgestellt, ein Original-Kinzigfloß durch die Flößergilde gebaut sowie von unseren Mitgliedern Edgar Baur und Gernot Bonath aus Oberwolfach eine DIA-Schau geboten.

Von unserem Mitglied Otto Schrempp wurde eine Broschüre von 36 Seiten Text mit Fotos „Geschichte der Flößerei in Wolfach“ verfaßt. Die Ausstellung wurde von 4658 interessierten Besuchern gerne aufgenommen.

Die tägliche Betreuung und Überwachung erfolgte durch 38 Personen, wovon 14 Mitglieder unserer Ortsgruppe einen wesentlichen Beitrag bei der Vorbereitung und Durchführung sowie Abbau der Ausstellung geleistet haben.

Bei der Ausstellungs-Eröffnung Vortrag von Otto Schrempp über die „Kinzig- und Wolfstal-Flößerei“.

2. Im Oktober Ausschuß-Besprechung mit Bürgermeister Züfle zur Neukonzeption des Wolfacher Heimat-Museums im Zuge von ABM-Maßnahmen 1987/88 zur Inventarisierung und räumlichen Erweiterung des Museums.

3. 16. 10. Begehung des Wolfstals zur Erkundung von Spuren der Flößerei an der Wolf. Hierbei konnten viele auch heute noch sichtbare Zeugnisse der Flößerei festgestellt werden, die auf Hinweistafeln den Wanderern des Wolfstal-Weges aufgezeigt werden sollen.

4. Bei Abbrucharbeiten am Hause Vorstadtstr. 80 (Krausbeck) im März 1987 Sicherstellung des dortigen Türsturzes von 1792.

5. Von dem im Stadtarchiv verwahrten sog. „Pergamenten-Büchlein“, dem ältesten Stadtrecht von Wolfach, konnte die Stadt durch Prof. Schott, Zürich, eine wörtliche Wiedergabe des 1347 verfaßten Stadtrechts erhalten, das in seinen Beiträgen mit den Themen „Die Zugorte des Freiburger Oberhofes“ sowie „Wolfacher Fragen und die Freiburger Oberhofurteile“ erstmals vollständig behandelt wird.

6. Mehrere Fahrten zu kunsthistorischen Stätten (Führung: Josef Krausbeck).

Ernst Bächle

Yburg

1987 konnte die Mitgliedergruppe Yburg ihr dreißigjähriges Bestehen feiern. In der gut besuchten Mitgliederversammlung, im Beisein des Präsidenten Dr. Kauß, wurden die noch lebenden Gründungsmitglieder geehrt und in einem Rückblick der verstorbenen Mitglieder und ihrer geleisteten Arbeit gedacht. Die dann durchgeführten Wahlen bestätigten die Vereinsführung. Anschließend Vortrag von Willi Daferner über „Steinbach im Mittelalter“.

Eine Broschüre über die Yburg wurde 1987 herausgegeben. Ein Blitzschlag mit Folgen machte ihre Bilder vom Ostturm zu Geschichte. Der genaue Verlauf des verschwundenen Teilstückes der Stadtmauer von Steinbach konnte durch Grabungen von Karl

Schwab und Willi Daferner festgestellt werden. Das Denkmalamt bestätigte die Erkenntnis. Bei den Grabungen stellte Karl Schwab außerdem fest, daß das Profil des Stadtgrabens in diesem Bereich eine anderen Form aufweist als das bekannte Grabenteilstück in der Grabenstraße. Die Stadtmauer am alten Amtshaus wurde vom alten Verputz befreit und so endlich sichtbar. Im Museum wurden zwei Räume renoviert und nach einem neuen Konzept eingerichtet.

In Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk Rebland wurden Kirche, Kloster und Museum für Stadtgeschichte in Alpirsbach besucht. Die Stadtarchivarin i. R. Frau Margot Fuß referierte über die wechselvolle Geschichte des Amtshauses in Steinbach und seine Bewohner. Kurt Klein sprach über „Die Ortenau, gesegnetes Land an Rhein und Schwarzwald“.

Ursula Schäfer

Zell a. H.

Die Vorbereitungen zur großen 850-Jahr-Feier der Ersterwähnung warfen auch ihre Schatten auf das Vereinsjahr 1987. Die Mitgliedergruppe will neben anderem zu diesem Ereignis eine Bilddokumentation erstellen und einen Bildband herausgeben. Um eine breite Bevölkerung aktiv in dieses Vorhaben einzubinden, wurden 1987 zwei Bildausstellungen veranstaltet.

Ein weiterer Höhepunkt war die Aktion „Wandbild in der Roßgaß“. Unter der Federführung von Bildhauer und Vorstandsmitglied Walter Haaf wurde die Giebelwand des Hauses Josef Schüllli in der Turmstraße mit einem Wandbild verschönert.

Eine Bachputzede am Gewerbekanal wurde durchgeführt. Die Vorstandschaft besichtigte den unter Mitwirkung des Landesdenkmalamtes renovierten Hinteren Gutmannshof in Oberentersbach. Eine Arbeitsgemeinschaft „Neuere Geschichte“ versucht die Ereignisse in Zell von 1933 bis zum Kriegsende zu erforschen und festzuhalten.

Frühjahr 1988 wurde als Nachfolger von Thomas Kopp Bertram Sandfuchs neuer erster Vorsitzender.

Hans-Peter Schwendemann

Archäologischer Arbeitskreis

Veranstaltungen/Öffentlichkeitsarbeit

Auf Einladung der Sous-Direction de l'Archéologie, Direction des Antiquités Préhistoriques et Historiques d'Alsace in Straßburg erfolgte am 5. 4. 1987 ein Besuch der Mitarbeitertagung und archäologischen Ausstellung in Sélestat (Schlettstadt).

Am 3. 5. 1987 wurde eine Exkursion in die lothringischen Vogesen durchgeführt, die wieder großes Interesse fand. Neben interessanten geschichtlichen Ausführungen vermittelte der Leiter der Führung, M. Kurtz, eindrucksvolle Einblicke in das Leben, die Kultur und die baulichen Hinterlassenschaften der gallo-römischen Bevölkerung.

Auf Einladung und unter Führung von M. Etienne Hamm erfolgte am 23. 8. 1987, im kleineren Kreise, ein Besuch der vorgeschichtlichen Grabungsstellen von Nordhouse und Westhouse (südwestlich von Erstein (Dép. Bas-Rhin)).

In einer kleinen Feierstunde im Rathaus von Mahlberg wurde Gerhard Bürkle für seine langjährige Mitarbeit und seine Verdienste um die archäologische Forschung in Mahlberg mit einer Urkunde des Arbeitskreises ausgezeichnet.

Am 7. 11. 87 fand die Jahresversammlung des Arbeitskreises in Offenburg-Bohlsbach statt, in der neben dem Tätigkeitsbericht auch Berichte und Diavorträge von Mitarbeitern vorgetragen sowie aktuelle Probleme der Archäologie dargestellt wurden.

Vorgeschichte

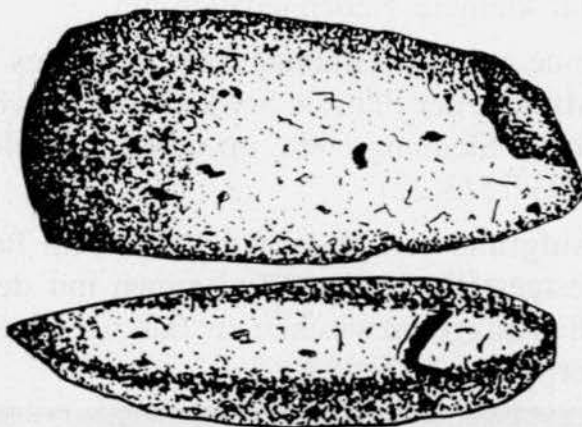
Durch mehrere Geländebegehungen konnte J. Naudascher im Gewann Eigenstüde von Mahlberg (Deutsche Grundkarte 7712.5) wahrscheinlich ein vor- oder frühgeschichtliches Refugium feststellen. Unmittelbar um die rechteckige Erhebung wurden Vertiefungen und Bewuchsmerkmale festgestellt, die auf einen umlaufenden, breiten Graben schließen lassen.

Im Gewann Buhrlesbühn von Ichenheim (DG 7512.16) fand F. Heimburger einen kleinen Steinmeißel aus Basalt. (Abmessungen: L 6,1; B 1,5; T 1,5)



*Steinmeißel aus Basalt, gefunden im Gewann Buhrlesbühn von Ichenheim.
Zeichnung: W. Peter*

Südlich des jüdischen Friedhofes von Nonnenweier im Gewann Auf dem Bühl (DG 7612.14) fand F. Heimburger ein Steinbeil (Abmessungen: L 10,2; B 4,5; T 2,7).



Seitenansicht (oben) und Unterseite des Steinbeiles von Nonnenweier. Die Oberfläche ist bereits verwittert. Zeichnung: W. Peter

Römerzeit

Bei einer Begehung im Gewann Mauerfeld von Lahr-Dinglingen fand W. Peter einen römischen Sesterz (188/189 n. Chr.).

Der Sesterz aus Bronze ist gut erhalten und zeigt auf der Vorderseite die Büste des Kaisers Commodus. Auf der Rückseite ist die Göttin Securitas abgebildet.

Nachdem südöstlich von Mahlberg beim Pflügen alte Mauerreste angeschnitten wurden, konnte durch J. Naudascher zwischenzeitlich abgeklärt werden,



Der römische Sesterz von Lahr. Auf der Vorderseite Büste des Kaisers Commodus Aufnahme: W. Peter



Securitas, die Göttin der Sicherheit, auf einem Thron sitzend und einen Globus in der rechten Hand haltend; auf der Rückseite des römischen Sesterzen von Lahr.

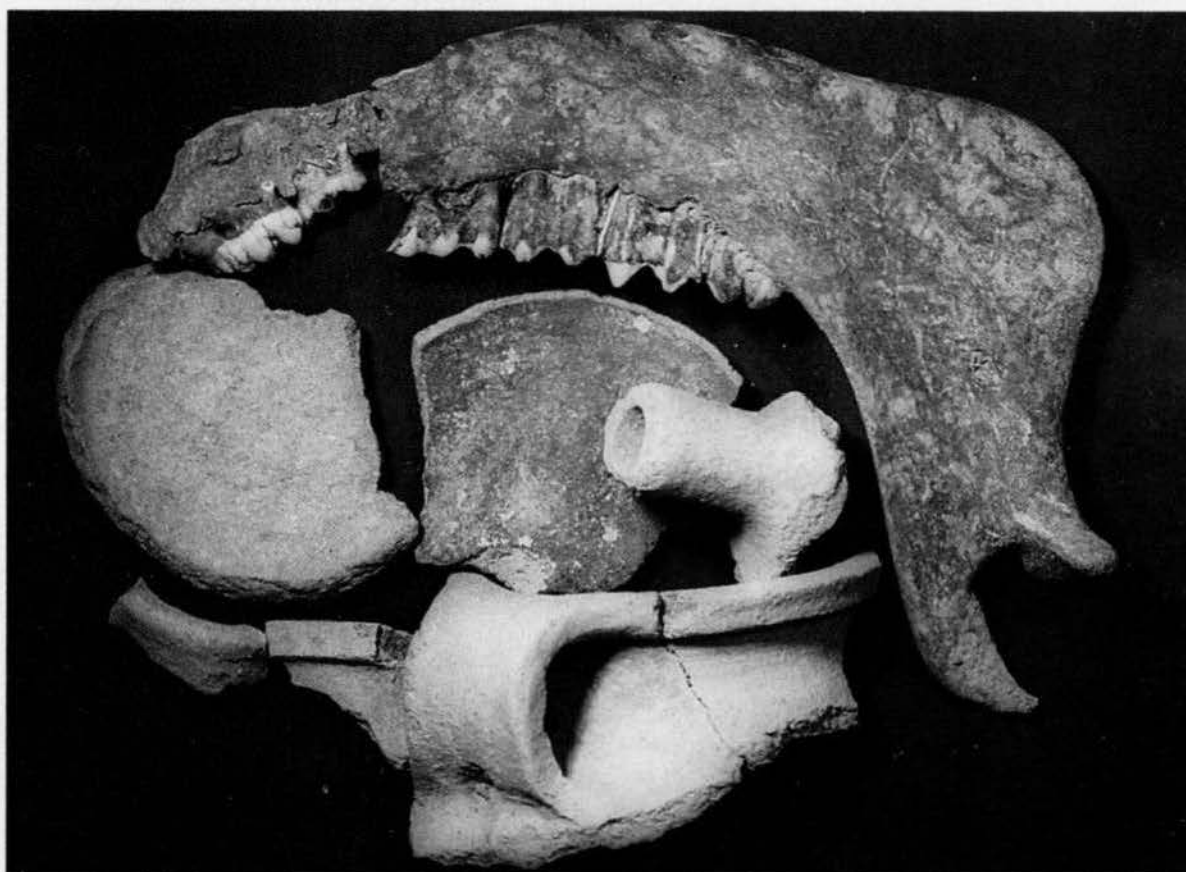
Aufnahme: W. Peter

daß es sich um eine römische VILLA RUSTICA von etwa 30 × 40 Metern handelt.

Weitere Ziegelbruchstücke und Steinreste östlich der Hauptfundstelle weisen auf kleinere Nebengebäude hin.

Eine weitere Grabungskampagne des Landesdenkmalsamtes Freiburg unter Mithilfe der Familie Stark erbrachte wiederum interessante Befunde der römischen Siedlungsstelle im Gewann Seelöchle (Auf der Mauer) von Zunsweier (DG 7513.22).

Aufgrund von Negativabdrücken im Boden konnte ein größeres Holzgebäude festgestellt werden. Zusammen mit den früheren Grabungsergebnissen wird die Anlage inzwischen als Bad für die Zivilbevölkerung des Römerkastells interpretiert.



Mittelalterliche Relikte aus der Gruppenhüttensiedlung von St. Andreas bei Mahlberg. Aufnahme: J. Naudascher

Mittelalter

Durch langjährige Beobachtungen des Mahlberger Friedhofsgebietes konnte G. Bürkle viele Scherbenreste von Henkeln, Kugeltöpfen und Tonflaschen bergen, die der Zeit von 800–900 n. Chr. und 1100–1200 n. Chr. zuzuordnen sind.

Wolfgang Peter

Arbeitskreis Denkmalpflege

Dieter Kauß

Wie bisher üblich, hatten sich die Mitglieder des Arbeitskreises Denkmalpflege auf vierteljährliche Zusammenkünfte geeinigt, die im Jahre 1987 mit der Sitzung vom 29. April fortgeführt wurden. In dieser behandelte der Arbeitskreis Denkmalpflege im Historischen Verein für Mittelbaden zwei wichtige Fragen: die Erhaltung baulicher Zeugnisse des Handwerks und der Industrie sowie die Möglichkeit der Überwachung denkmalpflegerischer Arbeiten.

Zuvor jedoch schilderte der Vorsitzende einige Beispiele übertriebener und vernachlässigter Denkmalpflege. Die Frage der Erhaltung baulicher Zeugnisse von Handwerk und Industrie soll in drei Schritten angegangen werden: Erfassen, Forschen und Dokumentieren, Erhalten für die Zukunft. Die ersten beiden Schritte sieht der Historische Verein als sein Aufgabengebiet, in dem er dem Denkmalamt Hilfestellung geben kann.

Die Zeitschrift „Ortenau“ steht insbesondere dem zweiten Schritt des Dokumentierens zur Verfügung. Im Herbst möchte der Arbeitskreis, beruhend auf einer vorliegenden Liste, die Erfassung handwerklicher und industrieller Bauten ausweiten und festschreiben.

Bei der Erörterung möglicher Überprüfung denkmalpflegerischer Arbeiten ging es zunächst darum, wie diese heute geschieht. Danach stellte man fest, daß eine solche befriedigend sowohl für den Denkmalbesitzer als auch für den Denkmalpfleger, den Architekten und den Handwerker sein müsse.

Die wichtigste Konsequenz daraus, die Forderung nach mehr Personalstellen im Bereich der Denkmalpflege, sei nur im politischen Bereich zu verwirklichen. Hierzu wurde eine Veranstaltung in Zusammenarbeit mit einer politisch wirksamen Gruppierung noch vor der Sommerpause für wichtig erachtet und eingeplant.

Am 1. Juli 1987 suchte man ein Objekt auf, das man vor Ort besichtigen und besprechen wollte. Es war der Ottenweierhof bei Neuried-Ichenheim. Das große Gehöft, abseits gelegen, in verwahrlostem Zustand und ohne Zukunft, wurde dennoch von einem Liebhaber gekauft, der die wahre Bedeutung wohl eher geahnt als gekannt hat: Jürgen Seitz. Er hat seitdem unbeirrt, mit großer Ausdauer und enormem Aufwand an Zeit und Geld, dieses Projekt vorangetrieben, obwohl es oft als aussichtslos, fast als „verrückt“ galt. Inzwischen hat sich ein Mann vom Fach, der Archivar der Stadt Lahr, Dr. Joachim Sturm, um die Geschichte der Anlage gekümmert und ihre Entstehung bis in ihre frühmittelalterlichen Anfänge zurückverfolgt.

Über dreizehn Jahrhunderte hinweg gehörte das gleiche große Gebiet zum Hof, und zwar wohl stammend aus ehemaligem fränkischen Königsgut, das vom achten Jahrhundert an kolonisiert und besiedelt wurde. Die Namen der Eigentümer oder Pächter spiegeln die ganze Geschichte der Ortenau wieder: Bistum Bamberg (um 1000), Straßburg (1263), die Geroldsecker sowohl vom Schwarzwald wie von den Vogesen, Moers-Saarwerden, dann ein Baron von Dungen, der es an Carl von Lotzbeck verkaufte, der es bis 1910 besaß. Der Ottenweierhof trägt seinen Namen nach einem benachbarten Dorf. Den Dreißigjährigen Krieg hat er als einzige Siedlung rings um Ichenheim überstanden. Aus dieser Zeit stammt noch das Backhaus, das damals als Notwohnung dienen mußte. Das Hauptgebäude hat Lotzbeck 1817 neu erbauen lassen. Baumeister war wohl der Weinbrennerschüler und Sohn des Homer-Übersetzers Voß, Bezirksbaumeister Heinrich Voß, der die Kirchen in Kehl und Ichenheim errichtete.

Von den baulichen Problemen des Hofes, der über eine Tabaktrocknung und große Ställe verfügt, seien nur die Ziegelsteingewölbe genannt, die zwar eine bautechnische Besonderheit darstellen, deren Einsturz aber kaum aufzuhalten ist.

Der Arbeitskreis konnte sich hier am praktischen Fall mit denkmalpflegerischen Fragen vertraut machen, auch Fragen der Bewertung, der Erhaltungswürdigkeit und der Nutzung. Der lokal- und regionalgeschichtliche sowie der kulturgeschichtliche Wert der Anlage ist nicht zu bezweifeln, und für die künftige Nutzung wird an den Aufbau einer Art von Landwirtschaftsmuseum gedacht. Im Hauptgebäude, das einerseits noch die Spuren von Verwahrlosung erkennen läßt, zeichnet sich hoffnungsvoll ein Neuanfang ab. Jürgen Seitz will hier in diesem Jahr schon Konzerte geben.

Zum Glück für ein so risikovolles Unternehmen der Denkmalpflege wurde soeben die „Europäische Kampagne für den ländlichen Raum 1987/88“ eröffnet, die die Erhaltung solcher Kultur- und Baudenkmäler fördern will.

Den letzten Termin des Jahres 1987 plante man gemeinsam mit der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU im Ortenaukreis. Bürgermeister Otto Stecher lud zu einer Veranstaltung am 27. Oktober 1987 nach Zell-Weierbach ein, auf der das Thema „Denkmalpflege“ vor Fachleuten, Behördenvertretern und Politikern erläutert werden sollte. Dabei stellte Staatssekretär und MdL Robert Ruder zunächst die staatliche Förderung der Denkmalpflege vor. Mit seinen Denkmalförderprogrammen sei es dem Land in der Vergangenheit gelungen, zahlreiche Kulturdenkmale vor dem Verlust zu bewahren, sie zu restaurieren, durch neue Nutzungen langfristig zu sichern und die Baudenkmale mit neuem Leben zu erfüllen.

Das Land unterstütze mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die Eigentümer von Kulturdenkmälern bei ihren Erhaltungspflichten. Von 1980 bis Ende 1986

seien auf diese Weise rund 13,3 Millionen Mark in den Ortenaukreis geflossen. Weitere 4,5 Millionen Mark wurden als Zuschuß aus dem 1987 angelauten Denkmalnutzungsprogramm bereits bewilligt, heißt es in einer Pressemitteilung des Innenministeriums. Bei der allgemeinen Denkmalförderung legt das Land — so Ruder — Wert auf eine breite Streuung der Zuschüsse, um das Spektrum der Kulturlandschaft in ihrer ganzen Breite zu sichern.

Mit dem seit 1980 laufenden Schwerpunktprogramm verfolgt die Landesregierung nach den Worten von Staatssekretär Ruder das Ziel, herausragende Kulturdenkmale des Landes, die substanziell gefährdet sind, vor dem drohenden Verfall zu bewahren. Unter den abgeschlossenen Maßnahmen befindet sich im Ortenaukreis die Propstei Friesenheim-Heiligenzell (Zuschuß 1,7 Millionen Mark), das Kapuzinerkloster Haslach (560 700 Mark) und die katholische Stadtpfarrkirche Gengenbach (660 000 Mark). Noch im Gange sind die Arbeiten am Stammhof in Ettenheim (Zuschuß 1,7 Millionen Mark) und an der ehemaligen Synagoge Kippenheim (700 000 Mark). „Mit fünf Vorhaben und einer Zuschußgesamtsumme von 5,4 Millionen Mark ist der Ortenaukreis im Schwerpunktprogramm gut vertreten“, erklärte Ruder.

Einen besonderen Stellenwert in der Denkmalförderpolitik des Landes räumt Staatssekretär Ruder dem Denkmalnutzungsprogramm ein. Zweck dieses 1987 angelauten Programms ist es, derzeit nicht oder unzureichend genutzte hochwertige Baudenkmale durch Instandsetzung und Umnutzung für öffentliche Einrichtungen langfristig zu sichern und zu erhalten.

Aus dem Ortenaukreis konnten zwei Projekte in das Programm aufgenommen werden. Das Ritterhaus in Offenburg wird von der Stadt mit einem Kostenaufwand von rund 15,5 Millionen Mark renoviert und soll künftig das Stadtarchiv und das Museum beherbergen. Der Zuschuß aus dem Denkmalnutzungsprogramm beträgt 3,7 Millionen Mark. Einen Zuschuß von 812 000 Mark erhält die Stadt Hausach für das sogenannte Herrenhaus.

Das Gespräch in Zell-Weierbach drehte sich im Anschluß an den Vortrag von R. Ruder fast nur um personalpolitische Aspekte. Danach kamen noch einige aktuelle Probleme der Denkmalpflege zur Sprache.

Am 20. Januar 1988 kam der Arbeitskreis Denkmalpflege erstmals im neuen Jahr zusammen. Eine effektive Überwachung von Arbeiten an Baudenkmalen, die Registrierung von Industrie-Denkmalen sowie exakte Bauaufnahmen als Vorstufe guter Denkmalpflege werden in diesem Jahr wichtige Themen im Arbeitskreis für Denkmalpflege des Historischen Vereins für Mittelbaden sein. Dies und die Termine der weiteren Zusammenkünfte im Jahre 1988 waren die vordringlichsten Themen der ersten Jahressitzung. Weitere Themen wären noch Verfahrensfragen in der Denkmalpflege sowie das Verhältnis von Flurbereinigung und Denkmalschutz. Ein allgemeiner Informationsaustausch zeigte viele Einzelprobleme der Denkmalpflege im ganzen Gebiet des

Ortenaukreises auf. So können gefährdete Bann- und Gemarkungssteine nicht ohne Weiteres in einem „Denkmalhof“ oder in einem Museum aufgestellt und vor der Zerstörung bewahrt werden. Auch scheint es sehr fraglich und problematisch zu sein, Fachwerkhäuser in einer Stadt anzustrahlen. Elektro-Kraftwerke sind allenthalben im Gespräch. Hier gibt es bereits gute Lösungen der Rettung und Nutzung. Daß es auch eine sog. Zeppelinhalle und die früheste Betondecke eines Weinkellers zu schützen gilt, mag nicht allen Menschen einleuchten, ist aber notwendig.

Arbeitskreis Museum

Horst Brombacher

Nach längerer Pause traf sich der Arbeitskreis am 5. 12. 1987 im Museum „Haus Löwenberg“ in Gengenbach. Nach geführtem Rundgang durch die Krippenausstellung mit Tausenden meist kleinformatiger Figuren, überwiegend Tonarbeiten, aus den romanischen Ländern wurde zur Belebung der Arbeit beschlossen, daß die Leitung des Arbeitskreises künftig von Herrn Reinhard End und Horst Brombacher gemeinsam betreut wird. Dies soll in gegenseitiger Absprache und mit Aufgabenteilung geschehen.

Am 19. 3. 1988 trafen sich die Mitglieder des Arbeitskreises zu einer Sitzung im Sensen- und Heimatmuseum Achern. Erfreulich war, daß mit den Museen aus Bühl und Steinbach der Teilnehmerkreis nach Norden ausgeweitet werden konnte. Unter der Leitung von H. Brombacher verlief die Veranstaltung für die Teilnehmer fruchtbringend. Das Thema „Inventarisierung“ wurde eingeleitet durch den Vorsitzenden des Acherner Museumsvereins, Guntram Weisser, der verwaltungs- und finanztechnische Schwerpunkte ansprach. Da sich das Sensen- und Heimatmuseum am Inventarisierungsprogramm des Landes Baden-Württemberg und des Museumsverbandes beteiligt, konnte der hier angestellte Inventarisator, Dieter Glatzel, vor Ort über Methoden und Techniken der Inventarisierung berichten und seinen Vortrag durch praktische Beispiele und Muster von Karteikarten und Eingangsbüchern veranschaulichen.

In der sich anschließenden Informationsbörse berichteten die Teilnehmer über Aktivitäten und Probleme ihrer Museen. Vor allem die Möglichkeiten von Wechselausstellungen fanden allgemeines Interesse. Der Präsident des Historischen Vereins, Dr. D. Kauß, erklärte deshalb seine Bereitschaft, die nächste Sitzung (Termin: 1. 10. 1988) auszurichten mit den Schwerpunkten: Sonderausstellungen, Sammlungen und Dokumentationen.

Arbeitsgruppe „Mundart“ 1987

Hermann Braunstein

Die Tätigkeit der Arbeitsgruppe vollzog sich in 3 Bereichen:

1. Erhebung des Mundartwortschatzes in 18 Gemeinden der Ortenau. 12 Arbeiten sind fertig. Abschriften davon gingen an die Universitäten Freiburg, Basel, Tübingen und Straßburg zu wissenschaftlicher Auswertung. (Für Zulassungs- und Diplomarbeiten.)
2. Zusammenarbeit mit Volks- und Realschulen, die im Rahmen des „Erweiterten Bildungsangebots“ durch ein Merkblatt von uns auf die Möglichkeit zur Bildung von Arbeitsgruppen „Mundart“ durch die Schüler hingewiesen werden. Ein Beitrag zur Jugendwerbung.
3. Anregungen zur Durchführung von Mundartveranstaltungen durch besonders befähigte Redner. Solche Dialektabende werden von den Zuhörern mit großem Beifall aufgenommen und bedeuten für die Arbeit der Ortsgruppen einen großen Gewinn, ein Gewinn aber auch für die Wertschätzung und Würdigung unserer Heimatsprache.

Der Ortenaukreis — Rückblick 1987

Von Dr. Gerhard Gamber, Landrat

Der folgende Bericht möchte allen, die sich für die Arbeit des Landkreises interessieren, einen Überblick über die Schwerpunkte der Leistungen und Veränderungen im Jahre 1987 geben. Neben der sogenannten Daseinsvorsorge — Krankenhäuser, Schulen, Straßenbau und Umweltschutz — dokumentiert er Sachentscheidungen im Sozial-, Jugend-, Bildungs- und Kulturbereich.

Vor allem ökologische Krisenerscheinungen wie das Waldsterben, der Reaktorunfall Tschernobyl und die Brandkatastrophe bei der Firma Sandoz in Basel haben den Umweltschutz verstärkt in das Blickfeld öffentlicher und politischer Auseinandersetzungen gerückt. Der Umweltschutz stellt eine gesellschaftspolitische Herausforderung von hoher Brisanz dar, wenn nicht sogar schlechthin die politische Herausforderung der nächsten Jahrzehnte. Der Umweltschutz ist heute in ähnlicher Weise in den Brennpunkt der Diskussion gerückt wie die soziale Frage im 19. Jahrhundert. Ein Umdenken im Sinne einer verstärkten Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts und einer dauerhaften Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen ist in allen Bereichen der Gesellschaft und Politik voll im Gange.

Dieser Bericht kann kein Rückblick bis ins letzte Detail sein. Sein Ziel ist es, die wichtigsten Stationen der Kreisarbeit aufzuzeigen und festzuhalten.

Haushalt 1987

Der Kreistag des Ortenaukreises verabschiedete den letztjährigen Haushalt mit einem Gesamtvolumen von 543 Mio DM.

Krankenhäuser und Heime

Mit großem finanziellem Aufwand wurden die Krankenhäuser des Ortenaukreises auch im Jahr 1987 den baulichen und technischen Erfordernissen angepaßt. Nicht immer sind diese Bemühungen nach außen hin oder für den Patienten sichtbar. Nicht zuletzt die technische Ausstattung eines Hauses ist ausschlaggebend für ein gut funktionierendes Krankenhaus.

Kreiskrankenhaus Achern

Mit der Errichtung des septischen OP für 900.000 DM im Neubau des Kreiskrankenhauses Achern konnte 1987 begonnen werden. Die Sanierung der aseptischen OP's im Altbau wurde zurückgestellt, da nach Vorlage der neuesten Kostenberechnungen in Höhe von rd. 1,7 Mio DM seitens der Förderbe-

hörden bedarfsplanerische Überlegungen angestellt werden. Neben der aseptischen OP-Anlage im Altbau steht im Kreiskrankenhaus Achern noch die Altbausanierung mit den Pflegebereichen und der Physikalischen Therapie an.

Kreiskrankenhaus Ettenheim

Das Kreiskrankenhaus Ettenheim weist nach wie vor eine überdurchschnittliche hohe Belegung auf. Auch die Bemühungen im baulichen Sektor können sich sehen lassen. Die durchgeführte Fenstererneuerung an der Südfassade ist vorläufiger Schlußpunkt einer langen Reihe von Sanierungsmaßnahmen, für die im Lauf der letzten Jahre rd. 2,3 Mio DM aufgewendet wurden.

Kreiskrankenhaus Kehl

Bei der OP-Sanierung im Kreiskrankenhaus Kehl konnte 1987 leider kein Durchbruch erzielt werden. Die Förderbehörden haben jedoch zu erkennen gegeben, daß die Maßnahme vorrangig behandelt wird und in den Jahren 1988 — spätestens 1989 — mit einer Bewilligung gerechnet werden kann.

Kreiskrankenhaus Lahr

In die freigewordenen Räume des septischen OP wird derzeit eine neue Zentralsterilisation installiert. Diese rund 1 Mio DM teure Maßnahme ist der erste Schritt zur weiteren Sanierung des gesamten OP-Bereichs.

Die Radiologische Abteilung erhielt eine neue Geräteausstattung für 2 Mio DM. Im einzelnen handelt es sich dabei insbesondere um ein Gerät zur Digitalen Subtraktionsangiographie (DSA), ein neues bildgebendes Verfahren zur Gefäßdarstellung, das gegenüber bisherigen Methoden schneller und risikoärmer arbeitet. Ferner enthält das Gesamtpaket einen Durchleuchtungsarbeitsplatz, der aufgrund neuester Technik neben konventioneller Diagnostik auch Rückenmarksuntersuchungen ermöglicht.

Vorbehaltlich der Zustimmung des Landes wurde ein neuer Ganzkörper-Computertomograph für rd. 1,7 Mio DM in Auftrag gegeben.

Kreiskrankenhaus Oberkirch

Die mangelhaften Elektroinstallationen, die wirtschaftlich isoliert nur mit hohem Kostenaufwand hätten saniert werden können, haben bewirkt, daß die Förderbehörden für einen Erweiterungsbau, ein 9,5 Mio DM-Projekt, einen Landeszuschuß von 8 Mio DM zugesagt haben. Ende 1988 wird die Planungsphase abgeschlossen sein, so daß dann mit dem Erweiterungsbau begonnen werden kann.

Kreiskrankenhaus Offenburg

Genau ein Jahr und acht Monate nach Einweihung des 1. Bauabschnitts (Bettenhaus) konnte am 21. 11. 1987 das 75jährige Bestehen des Krankenhauses Offenburg gefeiert werden. Die Arbeiten für den 2. Bauabschnitt (Behandlungsbereich und zentrale OP-Anlage), der voraussichtlich 1989 fertiggestellt sein wird, schreiten zügig voran.

Von den Kreisgremien wurden wichtige Beschlüsse für den weiteren Ausbau des Kreiskrankenhauses Offenburg gefaßt. Darunter fallen die Einrichtung eines 7. aseptischen OP und die Einrichtung einer Strahlentherapie. Für die Baumaßnahme Neonatologie/Pädiatrie entstanden Gesamtkosten von 6,9 Mio DM, für die 1987 Fördermittel in Höhe von 4,3 Mio DM bewilligt wurden.

Kreiskrankenhaus Wolfach

In Abstimmung zwischen Krankenhaus, Architektengruppe, Regierungspräsidium und der Oberfinanzdirektion wurde die Planung zur Sanierung des Hauses, insbesondere des Funktionsbereiches, überarbeitet. Ergebnis der neuen Planung ist ein Erweiterungsbau des Funktionstraktes nach Norden sowie die östliche Erweiterung des Zentralbaues. Die Kosten hierfür liegen bei rd. 9,2 Mio DM.

Kreiskrankenhaus Zell

Nach Abschluß der Außensanierungsarbeiten am alten Spitalgebäude stellt sich der Gesamtkomplex des Hauses als gelungene Einheit dar. Im Patientenbereich wurden in diesem Jahr die Sanitärzonen in allen drei Etagen umgebaut. Der Einbau neuer Fenster am gesamten Haus ist geplant.

Kreispflegeheim Bermersbach

80 Heimbewohner konnten im Frühjahr 1987 das neue Bettenhaus beziehen. Dies bedeutet eine wesentliche Entlastung des Altbaubereiches, der nun nach und nach saniert wird. Damit wird die Qualität der Unterbringung auch für die dortigen Heimbewohner deutlich verbessert.

Altersheim Schloß Rodeck

Das Altersheim Schloß Rodeck arbeitet kostendeckend. Der Pflegesatz bewegt sich nach wie vor in sozial tragbarem Rahmen.

Kreisstraßen

Für die Unterhaltung und den Ausbau der Kreisstraßen im Ortenaukreis wurden 1987 insgesamt 10,2 Mio DM verausgabt.

Im Jahr 1987 wurden begonnen:

- K 5305 Ausbau der Ortsdurchfahrt Zusenhofen (Nord)
- K 5311 Erneuerung der Brücke über den Renchflutkanal bei Wagshurst
- K 5356 Ausbau der Ortsdurchfahrt Haslach-Bollenbach
- K 5359 Ausbau der Ortsdurchfahrt Hausach

Folgende Maßnahmen wurden begonnen und abgeschlossen:

- K 5336 Neubau der Brücke über den Mühlbach in Biberach
- K 5371 Neubau einer Brücke über den Unterwasserbach bei Ottenhöfen
- K 5373 Herstellung eines Radweges zwischen Kehl und Auenheim

Folgende Maßnahmen wurden weitergeführt und abgeschlossen:

- K 5308 Anlegung eines Radweges zwischen Oberachern und Mösbach
- K 5326 Ausbau zwischen Diersburg und Zunsweier
- K 5335 Ausbau zwischen Gengenbach und Berghaupten
- K 5363 Neubau einer Buswendeschleife in Seebach
- K 5364 Ausbau der Ortsdurchfahrt Rheinau-Linx
- K 5369 Ausbau der Ortsdurchfahrt Durbach
- K 5371 Ausbau zwischen Ottenhöfen und Unterwasser

Schulen

Der Landkreis ist Träger der beruflichen Schulen im Ortenaukreis. Die Schulstandorte konzentrieren sich auf die Städte Achern, Hausach, Kehl, Lahr, Oberkirch, Offenburg und Wolfach. An den gewerblichen, kaufmännischen sowie haus- und landwirtschaftlichen Schulen werden zur Zeit rd. 15.000 Schüler unterrichtet. Der Ortenaukreis ist außerdem Träger von Sonderschulen für Geistig-, Sprach- und Körperbehinderte mit rd. 500 Schülern.

Schulhausbau

Die Erweiterung des Theoriebereichs der gewerblichen und hauswirtschaftlichen Schulen in Kehl ist abgeschlossen. An der Schule sind nunmehr ausreichend Raumkapazitäten vorhanden, um einen reibungslosen Unterricht gewährleisten zu können. Ferner wurden die Weichen gestellt, die Kaufmännischen Schulen in Kehl unter Einbeziehung der Räume der ehemaligen Fachschule für Landwirtschaft mit einem Aufwand von 1,6 Mio DM zu erweitern.

Auch die beruflichen Schulen in Wolfach werden im Hinblick auf die Raumnot im Theorie- und Werkstattbereich erweitert. Die Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen sollen bis zum Beginn des neuen Schuljahres 1988/89 abgeschlossen sein.

Die Sonderschule für Körperbehinderte, die bislang noch in drei verschiedenen Schulgebäuden in Offenburg und Lautenbach unterrichten muß, wird einen Neubau erhalten. Der Ortenaukreis hatte einen Architektenwettbewerb für

den Neubau einer „Schule für Körperbehinderte“ in Offenburg ausgeschrieben. Inzwischen wurde der Planungsauftrag an den ersten Preisträger des Wettbewerbs, Herrn Architekt Gerhard Lehmann aus Gengenbach, vergeben. Der Bau kann voraussichtlich Ende 1988 begonnen werden.

Kultur

Der Ortenaukreis betrachtet es als seine Aufgabe, überörtlich bedeutsame kulturelle Maßnahmen zu fördern. Dazu zählen Musikschulen, Musikverbände und Sängerbünde, Bildstellen, Museen und Volkshochschulen. Die Kultur- und Heimatpflege ist im vergangenen Jahr mit insgesamt 4,5 Mio DM gefördert worden.

Neue Heimatbücher

Mit finanzieller Förderung des Landkreises wurde das neue Heimatkundebuch „Kennzeichen OG“ aufgelegt. Das lesenswerte Buch geht fachkundig auf die Entwicklung der Ortenau im Verlauf der Jahrhunderte ein und schildert die vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Landschaft, Mensch und Umwelt, kulturellem Erbe und wirtschaftlichem Fortschritt. Es besticht vor allem durch seine zahlreichen Karten, Tabellen und großformatigen Illustrationen. Die Farbfotos vermitteln ein umfassendes optisches Bild der Ortenau. Das informative Buch veranschaulicht für Schüler, Lehrer und darüber hinaus für alle Kreiseinwohner die spezifischen Eigenarten der dargestellten Landschaft.

Die heimatgeschichtliche Literatur wird durch das mit Kreismitteln geförderte Wappenbuch des Ortenaukreises, von Dr. Harald Huber gestaltet, bereichert. In ihm sind nicht nur die 51 Wappen der Städte und Gemeinden des Landkreises mit geschichtlichen Hinweisen beschrieben, sondern auch die der ehemals selbständigen Gemeinden, welche in größere kommunale Einheiten überführt worden sind.

Heimatpreis

Den Heimatpreis des Ortenaukreises — er wird alle zwei Jahre vergeben und ist mit 5.000 DM dotiert — erhielt die „Bürgerschaft der Stadt Haslach i. K.“. In der Stadt Haslach mißt man seit vielen Jahren der Pflege des Geschichtsbewußtseins und des heimatlichen Brauchtums große Bedeutung bei.

Das ehemalige Kapuzinerkloster mit Trachtenmuseum, der „Freihof“, die Herausgabe von Schriften und Dokumentationen von Hansjakob, welche einen Bezug zu Haslach, dem Kinzigtal und dem badischen Raum herstellen, die gezielte Förderung der Denkmalpflege im Stadtkern und das soziale Engagement der Bürger sind Beispiele einer intakten Heimatpflege. Überzeugender Bürger- und Gemeinschaftssinn zeigten sich in vorbildlicher Weise bei den Feierlichkeiten zum 150. Geburtstag von Heinrich Hansjakob. Die Auszeichnung der Bürgerschaft der Stadt Haslach mit dem Heimatpreis des Ortenaukreises im

Jubiläumsjahr ihres großen Sohnes Heinrich Hansjakob ist Würdigung und Anerkennung für das beispielhafte kulturelle Wirken.

Kunstförderung

Der Ortenaukreis hat anlässlich der Oberrheinmesse 1987 in Offenburg die im Jahre 1979 in zweijährigem Turnus begonnene Ausstellung mit 48 freischaffenden Künstlern aus allen Teilen der Ortenau fortgesetzt. Der Landkreis will so den Künstlern den Weg in die Öffentlichkeit ebnen und zugleich der Bevölkerung den Zugang zu den Werken heimischer Künstler öffnen.

Schwarzwälder Freilichtmuseum „Vogtsbauernhof“ in Gutach

Die Saison im „Vogtsbauernhof“ endete am 1. November. Gegenüber 455.860 Besuchern im Jahre 1986 wurden 1987 insgesamt 433.063 Gäste gezählt. Der Besucherrückgang um 22.000 ist vor allem auf das nasse und kühle Wetter in den Monaten Mai/Juni zurückzuführen. Heimat- und Stadtmuseen sowie technische Museen der Umgebung konnten in diesen Monaten dagegen Besucherzunahmen verbuchen.

Multiplikatoren für die Museumsbesucher aus anderen Bundesländern und aus aller Welt sind Reisejournalisten, die sehr zahlreich das Museum besichtigten, so z. B. eine internationale Expertengruppe und verschiedene Abordnungen aus Südostasien, USA, Holland und der Schweiz. Prominentester deutscher Gast war der für die Freilichtmuseen in Baden-Württemberg verantwortliche Minister für Kunst und Wissenschaft Prof. Dr. Engler.

Vier Ausstellungen fanden im Museum statt: „Hanf und Flachs“, „Oberprechtal um 1900“, „Einheimische Künstler stellen aus“ und „Der Zimmermann, Handwerk gestern und heute“.

Zwei Vorträge, als Autorenlesungen gehalten, beleuchteten den Alltag und das Leben der Menschen in der Lahrer Gegend (Dr. Philipp Brucker) und im nördlichen Schwarzwald (Karl Napf). Ein Seminar behandelte „Gutach im 18. Jahrhundert“.

Kreisarchiv

Der Kreisarchivar ist für das Archiv des Ortenaukreises verantwortlich und berät die Gemeinden bei der Einrichtung von Gemeindearchiven. In Oberwolfach wurde das in den Jahren 1986 und 1987 neu geordnete Gemeinde- und Zwischenarchiv der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Archivarbeiten in Sasbachwalden und Appenweier wurden abgeschlossen. Ab Oktober 1987 begannen die Archivordnungsarbeiten in Sasbach-Obersasbach, während in den Gemeinden Willstätt-Eckartsweier, Hausach, Kippenheim, Meißenheim und Ringsheim der Kreisarchivar beratend tätig war. Ortsgeschichtliche Hilfen wurden für Renchen-Ulm, Steinach und Kappelrodeck-Waldulm gegeben.



Gasthaus „Bären“ in Seelbach.

Aufnahme: Archiv Ortenaukreis

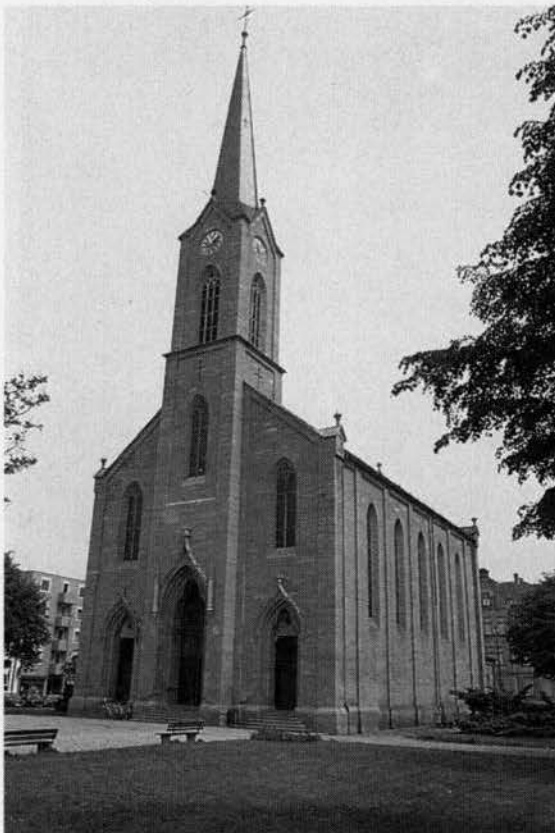


Kleinjockelshof in Gutach.

Aufnahme: Archiv Ortenaukreis



*Wegkreuz in Kappelrodeck.
Aufnahme: A. Hirth*



*Evangelische Friedenskirche in Kehl.
Aufnahme: Archiv Ortenaukreis*

Die Bibliothek des Kreisarchivs wurde durch wichtige, z.T. antiquarische Anschaffungen erweitert; sie umfaßt derzeit 503 Monographien und 24 Zeitschriften.

Denkmalpflege

Der Ortenaukreis stellte im Jahre 1987 wiederum Fördermittel für denkmalpflegerische Maßnahmen bereit. Er hat zahlreiche Vorhaben gefördert und so dazu beigetragen, wertvolles kulturelles Gut in unserer engeren Heimat der Nachwelt zu erhalten. Im einzelnen wurden gefördert:

Evangelische Kirche Lahr-Burgheim — Renovierung des Kirchendaches —
Palais Lotzbeck in Lahr — Gesamtrenovierung des Gebäudekomplexes —
Haus Kremling in Lahr — Außenrenovierung des Barockhauses —
Stadtverwaltung Lahr, Altenheim Spital — Außenrenovierung der Gesamtanlage —
Gasthaus „Bären“ in Seelbach — Außenrenovierung des Fachwerkhauses —
J. Mellert in Schuttertal-Schweighausen — Restaurierung eines Wegkreuzes —
„Kürzenhofmühle“ in Schuttertal-Schweighausen — Außeninstandsetzung der Mühle —
M. Rexer in Rheinau-Helmlingen — Außenrenovierung des Fachwerkhauses —
Katholische Kirche in Rust — Außenrenovierung —
W. Matthis in Schwanau-Ottenheim — Außenrenovierung des Fachwerkhauses —
Katholische Kirche Durbach — Außenrenovierung —
Bantlehof in Seelbach-Wittelbach — Gesamtrestaurierung eines ortsbildprägenden Bauernhofes —
Katholische Stadtkirche Gengenbach — Renovierungsarbeiten —
St. Bernhardsdenkmal der Stadt Gengenbach — Gesamtrestaurierung —
U. Frenssen in Gengenbach-Schwaibach — Außenrenovierung eines Fachwerkhauses —
Fa. Armbruster in Hausach — Gesamtrestaurierung einer Mühle —
R. Armbruster in Hausach-Einbach — Dachstuhlrenovierung —
A. Klausmann in Hausach-Hauserbach — Renovierung eines strohbedeckten Speichergebäudes —
U. Winkler in Gutach — Renovierung des ortsbildtypischen Bauernhauses —
Gemeinde Kappelrodeck — Restaurierung von zwei Wegkreuzen —
M. Göpper in Willstätt-Eckartsweier — Renovierung eines Fachwerkhauses —
Evangelische Friedenskirche Kehl — Außenrenovierung —
Schloß Ortenberg — Sanierung

Fremdenverkehr — ein wichtiger Wirtschaftsfaktor

Um den Fremdenverkehr zu aktivieren, einen besseren touristischen Bekanntheitsgrad und eine höhere Akzeptanz der Werbung zu erreichen, schlossen sich die am Fremdenverkehr interessierten Städte und Gemeinden des Ortenaukreises, des Kreises Rottweil und des Schwarzwald-Baar-Kreises und die drei Landkreise zu einer Gebietsgemeinschaft „Mittlerer Schwarzwald und Ortenau“ zusammen. Organe der Gebietsgemeinschaft sind der Vorstand, der Beirat, der Marketingausschuß, der Ausschuß für Städtetourismus und die

Mitgliederversammlung. Sitz der Geschäftsstelle ist das Wolfacher Schloß. Die Gebietsgemeinschaft wurde Anfang Oktober konstituiert. 50 von 51 Städten und Gemeinden aus dem Ortenaukreis traten der Gemeinschaft bei.

Jugend- und Sozialhilfe

Auch im Jahre 1987 setzte sich der bundes- und landesweit anhaltende Trend des Kostenanstiegs in der Sozialhilfe fort, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Zahl der Arbeitslosen, die zusätzlich Sozialhilfe beziehen, nimmt weiterhin zu, weil die vorrangigen Leistungen der Arbeitslosenhilfe und des Arbeitslosengeldes oft nicht ausreichen, um den Lebensunterhalt der Betroffenen zu decken. Diese Tatsache schlägt sich stark in der Hilfe zum Lebensunterhalt nieder und verursacht von Jahr zu Jahr deutlich höhere Ausgaben.
2. Die Zahl der pflegebedürftigen alten Menschen in Heimen und in der offenen Hilfe nimmt zu. Die Heimkosten steigen.
3. Zunehmend ist auch die Zahl der Frauen, die wegen Trennung von ihrem Mann und fehlendem Unterhalt Sozialhilfe beantragen.
4. Die Sozialhilfe, die für Asylberechtigte ausgegeben wird, schlägt ebenfalls stärker auf den Kreishaushalt durch.

Bei der Jugendhilfe sind die Kosten auch 1987 gesunken. Dies hängt mit der demographischen Entwicklung zusammen, aber auch mit den seit Jahren mit Erfolg vom Ortenaukreis betriebenen offenen Hilfen. Es zahlt sich aus, daß der Ortenaukreis langfristig — insbesondere mit dem Pflegestellenplan — Ersatzmöglichkeiten statt der teureren Heimhilfe geschaffen hat. Ergänzend stellt die Arbeit der Psychologischen Beratungsstellen und Sozialen Dienste eine bessere Ausgangsbasis dar als die alleinige Versorgung in Heimen. Die offene Hilfe hat sich zum Ziel gesetzt, die Probleme der Familien möglichst ohne Zuhilfenahme von Eingriffen und Fremdplacierungen zu lösen.

Im Jahre 1987 wurde der Psychiatrieplan des Ortenaukreises mit ersten konkreten Ergebnissen verabschiedet. Es wurde ein neuer Psychiatrieausschuß konstituiert, in dem Kreispolitiker, Vertreter der freien Verbände, Ärzte, Betroffene und die Verwaltung vertreten sind. Der Ausschuß hat zwei wichtige Entscheidungen vorbereitet:

1. die Errichtung von sozialpsychiatrischen Diensten im Lahrer Raum;
2. die Errichtung von sozialpsychiatrischen Diensten im Kinzigtal.

Im Alten- und Behindertenbereich haben die Koordinatoren ihre Arbeit fortgesetzt. Im Altenbereich wird der Feldversuch des Landeswohlfahrtsverbandes sowie der Aufbau der ehrenamtlichen Dienste wie z. B. Nachbarschaftshilfen vorangetrieben. Im Behindertenbereich geht es insbesondere um den weiteren

Ausbau von Wohnheimplätzen und von offenen Diensten zugunsten der Behinderten im Ortenaukreis.

Im gesamten Ortenaukreis bezogen zu Beginn des Jahres 1987 insgesamt 11.448 Personen Sozialhilfeleistungen; dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von ca. 4 % im Gegensatz zu 3,4 % im Vorjahr.

Umweltschutz — Abfallbeseitigung

Auch wenn im Jahre 1987 spektakuläre Umweltkatastrophen ausblieben, ist das Bewußtsein von Behörden und Öffentlichkeit geschärft, und jede Störung im Bereich des Umweltschutzes wird genau verfolgt.

Als Schwerpunkt der Arbeit stellte sich im Amt für Umweltschutz einmal die Reinhaltung der Gewässer, insbesondere des Grundwassers, heraus, denen in zunehmendem Maße Verschmutzung durch Ölunfälle, chlorierte Kohlenwasserstoffe aus Industrie und Gewerbe sowie durch Nitrateintrag aus dem landwirtschaftlichen Bereich als Gefahr droht.

Zum anderen vergrößern sich die Probleme der Abfallentsorgung mehr und mehr, zumal der Aufnahmefähigkeit vorhandener Deponien Grenzen gesetzt sind und der Neuplanung in verstärktem Maße öffentliche und private Belange entgegenstehen. Vor allem gerät die Sondermüllentsorgung in einen Engpaß, da Sondermülldeponien kaum verfügbar sind und vielfach über das benachbarte Ausland entsorgt werden muß. Das in diesem Zusammenhang stehende Vorhaben des Landes, in Kehl eine Sondermüllverbrennungsanlage zu errichten, stößt im Ortenaukreis überwiegend auf Ablehnung.

Seit zwei Jahren ist das gesamte Kreisgebiet mit grünen Altstoffbehältern ausgestattet. Die Entleerung der Gefäße findet vierzehntägig alternierend statt, d. h. eine Woche werden die bisher schon vorhandenen grauen Abfallbehälter und in der darauffolgenden Woche die grünen Abfallbehälter entleert. Aufgrund der in letzter Zeit ständig steigenden Restefraktion (Anteil von nicht verwertbarem Material aus der grünen Tonne) sowie Reklamationen über die vierzehntägige Abfuhr der grauen Behälter während der Sommerzeit beschloß der Kreistag, sechs zusätzliche Abfahrten für Naßmüll — graue Tonne in den Sommermonaten Juli, August und September einzuführen.

Außerdem werden Baum-, Strauch- und Heckenschnitt getrennt eingesammelt und kompostiert. Grund für diesen Entschluß war der Gedanke, diese Abfälle vom Abfallstrom fernzuhalten mit dem Ziel einer spürbaren Reduzierung der sonst auf den Deponien zu entsorgenden Abfallmenge sowie der Rückführung der pflanzlichen Abfälle als Bodenverbesserungsmaterial in den natürlichen Kreislauf.

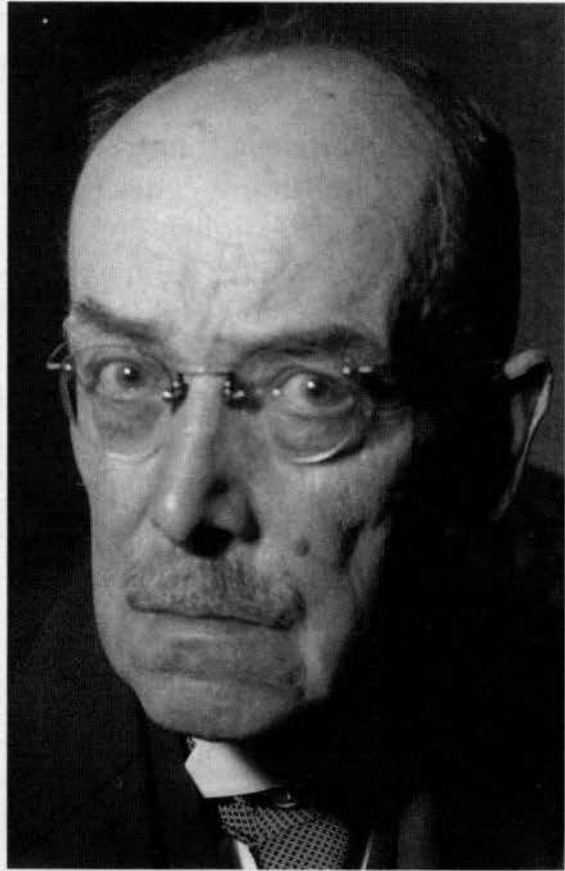
Seit Durchführung der ersten Problemmüllsammlung im Herbst 1983 ist es im Ortenaukreis zur festen Einrichtung geworden, die Problemabfälle aus Haushaltungen zweimal jährlich im Frühjahr und Herbst getrennt einzusammeln.

Über die Abfallanlagen des Ortenaukreises wurden 1987 insgesamt ca. 1,1 Mio m³ Abfälle entsorgt. Hierfür stehen im Ortenaukreis drei Mülldeponien (Haslach i. K., Oberkirch und Ringsheim), zwei Müllumladestationen (Appenweier und Achern) sowie 26 Bauschuttdeponien zur Verfügung.

Mittelfristig ist die Entsorgung der Abfälle im Ortenaukreis gesichert. Der Deponiefüllraum reicht bei der Deponie Oberkirch noch ca. fünf Jahre, bei der Deponie Vulkan in Haslach i. K. ca. 20 Jahre sowie bei der Deponie Ringsheim noch ca. 12 Jahre. Trotzdem bemüht sich der Ortenaukreis, rechtzeitig weitere Deponiestandorte zu finden. Geeignetes Gelände als Deponie auszuweisen und durchzusetzen weckt jedoch erheblichen Widerstand der betroffenen Bevölkerung sowie der Naturschutzverbände.

Trotz aller Appelle seitens der Politiker und Umweltschutzorganisationen an Hersteller und Verbraucher, Abfälle soweit als möglich zu vermeiden bzw. wiederzuverwerten, steigt die Müllmenge von Jahr zu Jahr an. Allein die im Ortenaukreis zu beseitigenden Abfälle würden genügen, um jährlich ca. 31.000 Eisenbahnwaggons zu füllen.

Im Mai 1988



Aufnahme: W. Pragher

Zum Gedenken an Prof. Dr. Ernst Ochs

Gerhard W. Baur

Am 27. August 1988 jährt sich der hundertste Geburtstag von Ernst Ochs, dem Mitbegründer und langjährigen Herausgeber und Hauptbearbeiter des Badischen Wörterbuchs. Am südlichen Grenzrand der Ortenau in Ettenheim als Sohn des dortigen Oberlehrers und späteren Ehrenbürgers Karl Ochs, eines gebürtigen Franken, und seiner ortenauischen Ehefrau Anna Maria geboren, fühlte er sich zeitlebens als ein seiner Heimat stark verbundener Alemanne. Vielleicht liegt schon in der Geschichte Ettenheims als ehemals südöstlichem bischöflich-straßburgischen Außenposten ein ausschlaggebender Grund für das starke Interesse von Ernst Ochs am Gemeinsam-Alemannischen und am Brüderlich-Besonderen des elsässischen Nachbarn.

Nach einem Studium der Germanistik und Anglistik in Heidelberg, München und Freiburg bei den Hauptvertretern der sogenannten junggrammatischen Schule wurde Ochs 1911 mit einer sprachgeschichtlichen Arbeit zu Notker bei dem bedeutenden Etymologen Friedrich Kluge zum Dr. phil. promoviert.¹

Kurz nach seinem Staats- und Assessorenexamen beauftragte ihn die Badische Regierung 1914, im Zusammenwirken mit Kluge und Alfred Götze ein Badisches Mundartwörterbuch zu erstellen. Für diese Arbeit sollte er weitgehend vom Schulunterricht freigestellt werden. Vor Ausbruch des 1. Weltkrieges verblieben ihm für ein erstes Einarbeiten und Sondieren des bereits angesammelten Materials lediglich drei Monate Zeit, und er konnte nach über vier Jahren Kriegsdienst erst Anfang 1919 mit der eigentlichen Wörterbucharbeit beginnen. Neben der Lehrtätigkeit als Professor am altsprachlichen Freiburger Bertholdgymnasium mit einem auf vier Wochenstunden ermäßigten Deputat widmete sich Ochs nun in über vierzig Jahren der Erforschung und Darstellung des Mundartwortschatzes in Baden. Dadurch daß er zu etwa gleichen Teilen fränkische und alemannische Mundarten zu bearbeiten hatte, war seine Aufgabe in besonderer Weise schwierig, doch meisterte er sie sowohl in seinem Wörterbuch wie in seinen mundartkundlichen Aufsätzen auf eine ganz eigene, unnachahmliche Art.

Zunächst hatte er das vorgefundene Material zu ordnen und für die Veröffentlichung zu bearbeiten, neues dazuzugewinnen durch das Erschließen von schriftlichen Quellen (handschriftliche und gedruckte Wortsammlungen, mundartliche und regional gebundene, auch historische Literatur), aber auch durch das Beibringen dialektaler Wörter und Wendungen aus der gesprochenen Sprache. Dazu unternahm er hauptsächlich in den Ferien und an Sonntagen erkundende Sprachwanderungen und verschaffte sich vor allem durch Aufrufe, das Verschicken von Fragebogen und Sammelanweisungen die tätige Mithilfe von geeigneten Gewährsleuten und Wortsammlern im Land. Es gelang ihm außerdem, geschickte Mitarbeiter für das Exzerpieren schriftlicher Quellen zu gewinnen. So war er schon 1921 imstande, einen ersten knappen Überblick über die Gliederung der badischen Mundarten zu geben und in einer erweiterten Neuauflage von 1923 Proben von künftigen Wörterbuchartikeln vorzulegen.² Nach einer verhältnismäßig kurzen Vorbereitungsphase erschien bereits 1925 die erste Lieferung; 1940 war der erste Band mit den Buchstaben A, B und P, D und T sowie E abgeschlossen. Noch einmal und für über 5 Jahre unterbrach der zweite Weltkrieg die Arbeit am Wörterbuch; immerhin konnte der Hauptmann Ochs im Zusammenwirken mit Prof. Friedrich Maurer das Material des Wörterbuchs (bis auf geringe Verluste) durch zweimaliges Auslagern in sichere Unterkünfte außerhalb von Freiburg vor der Vernichtung durch Bombenangriffe retten.

Nach dem Krieg arbeitete er bis 1951 zunächst für die Schublade; Druckpapier und -erlaubnis waren vorher nicht zu bekommen. Wie schon 1934 bis 1936 durch eine Forschungsgemeinschaftshilfe, die ihm die Beschäftigung zweier Mitarbeiter erlaubte, hatte er in der Person seines späteren Nachfolgers, Dr. Karl Friedrich Müller, einen sachkundigen Mitarbeiter, der ihm von 1946 bis Mitte 1948 (unentgeltlich!) zuarbeitete, so daß dann ab 1951 die Lieferungen in schneller Folge, wenn auch im Umfang verringert, erscheinen konnten. Erst

das Versagen seines Augenlichts beendete im Spätjahr 1960 abrupt die Arbeit von Ernst Ochs an seinem Lebenswerk, dem Badischen Wörterbuch, das er zu Anfang seiner Tätigkeit und noch lange danach noch selbst glaubte fertigstellen zu können. Am 12. Januar 1961 starb der beste Kenner der badischen Mundarten, dem man 1958 noch für seine profunde wissenschaftliche Tätigkeit das Bundesverdienstkreuz verliehen hatte.

Mit seiner Ortenau war dieser heimatliebende Mann auf besondere Weise verbunden. Das kommt in schöner Weise zum Ausdruck in dem Aufsatz, den er 1929, und, etwas erweitert, 1960 für diese Zeitschrift über die Mundarten der Ortenau geschrieben hat.³ Wie er das je Eigene der Mundarten der nördlichen und der südlichen Ortenau und ihre spezifische Geeignetheit für bestimmte Arten der mundartlichen Volksliteratur charakterisiert und fast poetisch dargestellt hat, muß man zitieren: „In der südlichen Ortenau gedeiht der Schwank, lebt der Geist des alten Reinhard Fuchs; einem großen Mundartdichter dieser Gegend müßte ein neuer Eulenspiegel besonderen Schlages glücken. Die Mundart der nördlichen Ortenau ist rein gefühlsmäßiger, sangbarer Äußerungen fähig, aber ihr Bestes leistet sie im Dienst der Volkssage; traurig tönt es aus ihr wie aus rotem Gemäuer im frühlinggrünen Wald; mit Wunderaugen schaut sie dich an, wie die schönen braunen Mädchen zwischen Renchen und Steinbach.“⁴

Hier darf man daran erinnern, daß Ochs selbst ein Bändchen mit eigenen Anekdoten und Schwänken herausgebracht hat und sich damit als ein Meister dieser kurzen und hintergründigen Form erwies.⁵

Ähnlich plastisch schrieb er 1940 in einem weiteren Aufsatz über den oberrheinischen Sprachraum: „Das Badische und das Elsässische zusammen machen erst die oberrheinische Volkssprache aus . . . Nachdem ich den Wortschatz immer wieder durchgearbeitet habe, kann ich getrost erklären: Auf der ganzen Strecke von Basel bis gegen Mannheim, rechts und links des Stroms, ist jeder Versuch, einen starken Gegensatz zwischen Alemannisch und Fränkisch herauszustellen, nicht nur zum Scheitern verurteilt, sondern auch sprachwissenschaftlich falsch. In diesem Raum wohnen seit vielen Jahrhunderten weder schroffe Alemannen noch schroffe Franken, sondern allenfalls Oberländer und Unterländer, insgesamt aber oberrheinische Deutsche. Deren Sprachlandschaft hat ein starkes Gefäll gegen Nordwesten, eine reiche Gliederung, eine schön gewirkte Mannigfaltigkeit. Südliche Grundzüge sind von nördlichen Farben überlagert, rheinabwärts immer inniger mit ihnen verbunden und verlieren sich schließlich ganz unter ihnen. Die Art und Reihenfolge der einzelnen Gefällstufen dieses Sprachraums sind dem Elsaß und Baden völlig gemeinsam; jede elsässische Eigenheit, jede innerelsässische Mundartgrenze setzt sich rechts des Rheins fort, meist weiter stromabwärts.“⁶

Nachdem er schon seit 1927 einen Lehrauftrag an der Universität wahrgenommen hatte, ehrte diese ihn und sich 1946 durch die Verleihung einer Honorar-

professur für altgermanische Dialekte und alemannische Mundart. Wenn man noch mittelalterliche Literaturwissenschaft und volkskundliche Themen dazu nimmt, dann wird damit recht zutreffend die Eigenart seiner wissenschaftlichen Tätigkeit in Forschung und Lehre bezeichnet.

In all seinen Äußerungen, schriftlich wie mündlich, war Ochs von einer prägnanten Kürze. Vielleicht war gerade diese im Wissenschaftsbetrieb seltene Knappheit ein Grund dafür, daß manche seiner oft neuartigen Ideen nicht den gebührenden Widerhall fanden. So vertrat er bereits 1921 in einem „Vorschlag“ überschriebenen, zweiseitigen Aufsatz die Meinung, daß man an der sprachlichen Wirklichkeit vorbeigehe, wenn man als Mundartforscher bei der Erhebung des bodenständigen Wortschatzes als einzig rechtmäßige Träger und Lieferanten nur die Ortsgebürtigen ansehe, die möglichst nie aus dem Ort gekommen seien.

„Hinter all dem lauert der Verdacht“, schreibt er, „der Mensch werde durch Reisen, Soldatenzeit, Ab- und Zuwanderung für die Zwecke der eigentlichen Mundartforschung verdorben und sei erst in seinen Kindern wieder neu bodenständig, neu brauchbar. Diese Gewissenhaftigkeit ist löblich, aber doch eine Gefahr. Sie ruht auf Wahnvorstellungen von der Sprache und erweckt wieder Wahnvorstellungen. Der eigentliche Sprachträger ist nicht der festgewurzelte Originalmensch, sondern der Gesellige mitten im Verkehr. Verkehr aber, Handel und Heiraten in die Fremde gibt es nicht nur an Industrieplätzen, sondern überall und hat es überall immer gegeben; hier liegt nicht die Verderbnis, sondern der Quell des sprachlichen Lebens, den der allzu sorgfältige Mundartengeograph unter Umständen verstopft!“⁷

Er macht dann den Vorschlag, durch die Verwendung der graphischen Zeichen $>$ und $<$ in Sprachbeschreibungen die Herkunft und Richtung sprachlicher Neuerungen zu kennzeichnen eine solche Bezeichnungsmöglichkeit erlaube es, in der Mundartforschung das Moment des sprachverändernden Verkehrs stärker zum Ausdruck zu bringen „und gleichzeitig die vielen ‚Halben, Entwurzelten‘, die man bisher möglichst umging, zu Worte kommen“ zu lassen.⁸

Außerdem ergäben sich zwei günstige Nebenwirkungen, nämlich eine tiefere Einsicht in die schwer faßbare Mundart und Umgangssprache der großen Städte zu erhalten und zum andern die Möglichkeit, eine Anzahl älterer Schriftsteller wortgeographisch auszumünzen. Ernst Ochs wirkt in diesem unkonventionellen Vorschlag auch heute noch durchaus modern, ja er vertritt mit seiner Betonung der Blickrichtung auf den Mundartsprecher eine Sichtweise, die erst in der Mundartforschung der jüngsten Zeit eine zunehmend stärkere Rolle spielt. Für ihn war immer der Mensch als Träger der Sprache wichtig und nicht nur die Sprache an sich.

Der große finnische Wortforscher Emil Öhmann, der ihn gut kannte und sehr schätzte, bezeichnete Ernst Ochs als einen Menschen, der ebensogut mit einfachen Leuten, seinen Gewährsleuten in Stadt und Land, reden und umgehen konnte wie mit Gelehrten. Und der Freiburger Ordinarius Friedrich Maurer, der zu Ochs' Lebzeiten großen Wert legte auf den allsamstäglichen Wandergang mit seinem badischen Kollegen, nannte mir einmal als einen der Hauptvorzüge des Badischen Wörterbuchs die Gescheitheit und profunde Originalität seines Bearbeiters Ochs.

Anmerkungen

- 1 Ernst Ochs, Lautstudien zu Notker von St. Gallen. Zum Oberdeutschen des 11. Jahrhunderts. Phil. Diss. Freiburg i. Br. 1911
- 2 E. Ochs, Gliederung der badischen Mundarten. Karlsruhe 1921. (= Heimatblätter Vom Bodensee zum Main, Nr. 12.) Erweitert zu: Proben des Badischen Wörterbuchs nebst Gliederung der badischen Mundarten. 2. Aufl. Karlsruhe 1923
- 3 E. Ochs, Die Mundarten der Ortenau. In: die Ortenau 16 (1929), S. 287—291. Erweitert zu: Die Mundarten der Ortenau. In: Die Ortenau 50 (1960), S. 428—432
- 4 Die Ortenau 50 (1960), S. 428
- 5 Ernst Ochs, Streng geheim. Geschichten. Freiburg i. Br. 1955
- 6 Ernst Ochs, Der oberrheinische Sprachraum. In: Oberrheinische Heimat 27 (1940), S. 431
- 7 Ernst Ochs, Vorschlag. In: Zeitschrift für Deutsche Mundarten 1922, S. 81
- 8 Ebd.

Julius Hauth (1899 – 1988)

Hans Harter



Fast neunundachtzigjährig verstarb am 9. Januar 1988 in Schiltach Julius Hauth, Rektor a.D., Heimat- und Familienforscher und Ehrenmitglied des Historischen Vereins für Mittelbaden.

Leben und Werk von Julius Hauth konnten anlässlich seines 85. Geburtstags in dieser Zeitschrift dargestellt und gewürdigt werden (vgl.: Die Ortenau 65/1985, S. 17 f.), ein Beitrag, den er in seiner Bescheidenheit ursprünglich nicht wollte und auf dessen Kürze er schließlich bestand. In seiner Schaffenskraft in den letzten Jahren mehr und mehr eingeschränkt, verfolgte er dennoch mit großem Interesse und, so es irgendwie ging, auch mit aktiver Hilfe den derzeitigen Aufbau von Stadtarchiv und Museum in Schiltach, zwei Vorhaben, deren Verwirklichung ihm immer ein besonderes Anliegen waren.

Nach dem Tod von Hermann Fautz im Jahre 1979 hat Schiltach nun seinen letzten Heimatforscher „alter Schule“ verloren. Die Kirchenbücher, die er wie kein anderer kannte, sind verwaist; die Familien-, Häuser-, Brauchtums- und Pfarreforschung des Städtchens im oberen Kinzigtal ist unterbrochen; der „Lehrer Hauth“, an den man sich dort in allen geschichtlichen Fragen wandte, kann nicht mehr beraten, nachforschen, angefragt werden. Sein Tod hinterläßt eine schmerzliche Lücke – Schiltach hat keinen ortsansässigen Historiker mehr.

Mit Julius Hauth ging aber nicht nur ein großes, in fast lebenslanger Arbeit erworbenes Wissen um die Stadt und ihre Bürger, es ist vor allem auch der Mann, der Mensch, der fehlt, der stets gesprächs- und hilfsbereite Lehrer und väterliche Freund. Sein Wirken beschränkte sich nicht aufs Forschen und Schreiben, er kümmerte sich auch um die Zeichen und Zahlen an den Häusern, um die aufgefundenen Grabplatten, um die ihre Ahnen suchenden Besucher, um den Silvesterzug, dessen Ursprung und Inhalt als religiöser Brauch ihm vor allem am Herzen lagen. Die Stadt Schiltach, die Ortsgruppe des Historischen Vereins und auch der Verfasser dieses Nachrufs sind ihm zu großem Dank verpflichtet.

Heinrich Hansjakob als Politiker

Manfred Hildenbrand

Haslach im Kinzigtal feierte 1987 den 150. Geburtstag von Dr. Heinrich Hansjakob¹, der bis zum heutigen Tag zu den am meisten gelesenen Schriftstellern des Schwarzwaldes gehört². Der Hüne aus dem Kinzigtal im Priesterrock und dem typischen breitkrempigen „Heckerhut“³ war jedoch nicht nur als Volksschriftsteller, sondern auch als Politiker, Publizist und Zeitkritiker über die Grenzen des Schwarzwaldes und Badens bekannt⁴.

Bereits ein Jahr nach Hansjakobs Tod veröffentlichte Dr. Johann Karl Kempf⁵ die erste umfassende Hansjakobbiographie⁶, in der zum erstenmal auch der Politiker Hansjakob gewürdigt wurde. Hansjakob sei als Politiker, so das Urteil Kempfs, ein „Kampfhahn erster Güte“ gewesen⁷. Ob dies zutrifft, soll im folgenden untersucht werden.

Hansjakobs „Einstieg“ in die Politik geschah im Jahre 1868⁸. Damals schrieb er für die in Aachen erscheinende Wochenzeitschrift „Die Katholische Welt“ einen Aufsatz unter dem Titel „Aus den Ferien“⁹. Darin schilderte er eine Reise, die er in den Osterferien von Waldshut aus über Lahr in seine Heimatstadt Haslach unternommen hatte. Zwischen Diersburg und Berghaupten traf

Zum Auftakt der Festlichkeiten, die die Stadt Haslach anlässlich des 150. Geburtstages ihres großen Sohnes veranstaltete, wurde am 19. August 1987, Hansjakobs Geburtstag, das Hansjakobdenkmal feierlich enthüllt, das der Künstler Armin Göhringer aus Zell a. H. geschaffen hat.



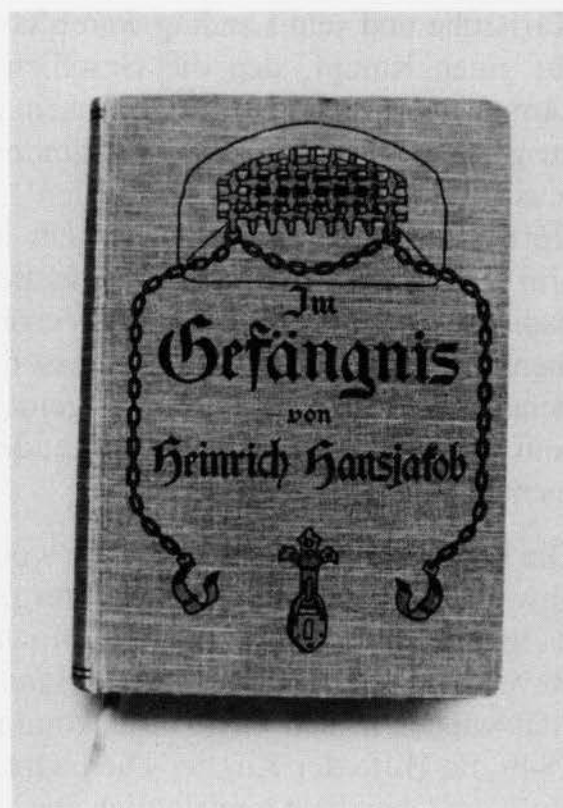
er auf das Steinkohlenbergwerk „Zum Hagenbach“¹⁰. Beim Anblick des Bergwerks konnte Hansjakob nicht umhin, ein wenig zu „politisieren“. Er schrieb: „Ich traf nur zwei Menschen auf der Erde, den Verwalter und den Maschinisten, drunten aber bis zur Tiefe von 1300 Fuß arbeiteten viele Männer und Kinder um schmähhlichen Tageslohn. Vierzig Kreuzer verdient hier der arme Hauer und muß dafür Frau und Kinder erhalten und sein Grubenlicht. Drunten aber in Offenburg, dem Vorort des Tales, leben in ‚Saus und Braus‘ die Mastbürger, deren Aktien die Kohlen zu Tage fördern und sinnen nach, wie sie im Lande Baden die Feiertage abschaffen können, damit ihre weißen Sklaven in den Kohlegruben keinen Tag freies Gotteslicht genießen! Wahrlich, ein fluchwürdiges Geschlecht diese liberalen Krämerseelen unserer Zeit, gegen sie sind die südstaatlichen Sklavenhalter Nord-Amerikas ‚noble Herren‘.“¹¹

Kritik am frühen Wirtschaftsliberalismus, wie er hier bei Hansjakob zum Ausdruck kommt, war damals nichts Unübliches. Gerade den Geistlichen, die sich der christlichen Soziallehre verpflichtet fühlten, waren die ausbeuterischen Methoden der Unternehmer ein Dorn im Auge. Bei Hansjakob kam noch hinzu, daß er als einer, der ebenfalls aus einer einfachen sozialen Schicht entstammte, zu diesen arbeitenden Menschen eine besonders vertraute und enge Beziehung hatte.

Im Januar 1869 wurde dieser Aufsatz im „Trompeter von Säckingen“¹², einer katholischen Zeitung, die von Lörrach bis zum Bodensee vertrieben wurde, nachgedruckt. Erst jetzt fielen Hansjakobs sozialkritische Bemerkungen der badischen Pressezensur und vor allem dem seit 1866 amtierenden badischen Innenminister Julius Jolly auf. Für die liberale badische Regierung waren diese Äußerungen Hansjakobs eine Aufreizung zum Klassenhaß. Hansjakob wurde aufgefordert, die Bemerkungen über das liberale Unternehmertum zurückzunehmen, was er jedoch entschieden ablehnte¹³.

Das machte das Maß für den liberalen Innenminister Jolly voll; denn bereits zwei Jahre vorher, 1867, war ihm der junge Geistliche, der 1865 Schulleiter der Höheren Bürgerschule in Waldshut geworden war, durch sein Büchlein über „Die Salpeterer, eine religiös-politische Sekte aus dem Schwarzwald“¹⁴ unliebsam aufgefallen. In der Salpetererschrift zeichnete Hansjakob den bäuerlichen Widerstand der freiheitlich gesinnten Salpeterer auf dem Hotzenwald gegen die staatliche und kirchliche Obrigkeit vom 15. bis ins 19. Jahrhundert nach und ließ keinen Zweifel aufkommen, daß seine Sympathie den rebellierenden Salpeterern gehörte. Hansjakobs Salpeterer-Schrift wurde von den der badischen Regierung nahestehenden Zeitungen heftig angegriffen.

Der Nachdruck von Hansjakobs angeblich klassenkämpferischen Bemerkungen im „Trompeter von Säckingen“ und seine Weigerung, sie zurückzunehmen, führte dazu, daß er 1869 auf Druck der badischen Regierung aus dem Schuldienst ausscheiden mußte¹⁵.



Hansjakobs Erinnerungen an seine Gefängnishaft in Radolfzell 1873.

Verhängnisvoll für Hansjakob wurde eine Rede, die er im gleichen Jahr auf einer Versammlung der Katholischen Volkspartei in Engen hielt, wohin ihn der bekannte Katholikenführer Freiherr von Andlau eingeladen hatte. Hansjakob stellte sich damals seinen Zuhörern vor als „ein zu Ehren des Liberalismus und seiner Mastbürger vom hochpreußischen Ministerium Gemaßregelter“. Sodann griff der damals 31jährige Hansjakob die badische Regierung und vor allem Innenminister Jolly scharf an. Er sagte unter anderem folgendes: „Wir wollen keine absolute Fürstengewalt . . . wir wollen Freiheit, Freiheit für alle . . . Freiheit für das ganze Volk!“¹⁶

Wegen seiner Angriffe in der Engener Rede wurde er in Konstanz zu einem Monat Gefängnis verurteilt, den er 1870 in Rastatt verbüßte¹⁷. Auch als Pfarrer von Hagnau konnte es Hansjakob nicht lassen, seine politischen Gegner massiv anzugreifen. Obwohl er 1871 bereits Landtagsabgeordneter in Karlsruhe war, wurde er auf Antrag von Innenminister Jolly 1873 in Konstanz erneut zu einer sechswöchigen Gefängnisstrafe wegen Beleidigung der Regierung und ihrer Beamten verurteilt, die er in Radolfzell absaß¹⁸.

Im besten Mannesalter von 34 Jahren wurde Heinrich Hansjakob 1871 als Abgeordneter der Katholischen Volkspartei für den Wahlkreis Offenburg-Land in die II. Kammer des badischen Landtags gewählt. Er hatte sich damals vor allem wegen seines Buches „Auf der Festung. Erinnerungen eines badischen Staatsgefangenen“¹⁹ bereits einen Namen gemacht.

Karlsruhe und sein Landtag waren von 1871 bis 1880 Arena und Turnierplatz für einen Kampf, den die Geschichte nahezu vergessen hat: den „Kulturkampf“, die große politische Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat, ausgetragen zwischen den „Ultramontanen“, d. h. dem politischen Katholizismus, und den „National-Liberalen“, der Partei, die die badische Regierung stützte²⁰. Dieser Kulturkampf geht in Baden bis auf das Jahr 1830 zurück. Um die katholische Kirche der staatlichen Kontrolle zu unterwerfen, erließ die badische Regierung 1830 jene Verordnung, nach der künftig kein Kandidat mehr zum Priesterseminar zugelassen werden sollte, der nicht vor einem staatlichen Kommissär auf seine allgemeinen Kenntnisse, insbesondere aber auf sein Wissen über die kirchliche Landesgesetzgebung, in Form eines Staatsexamens geprüft worden war.

Die katholische Kirche, so alt wie weise, reagierte auf diese Verordnung durch abwartendes Nichtstun. Und es vergingen knapp neunzehn Jahre, da ließ der badische Staat die Zügel gänzlich schleifen. Das Volk hatte sie ihm mit der Revolution von 1848/49 aus der Hand gerissen. Um nun das Leitseil der Autorität wieder in den Griff zu bekommen, brauchte die Restaurationszeit nach 1849 die Hilfe der Kirche. Die badische Regierung mahnte das aufgeputzte Volk am Oberrhein eindringlich an seine Bürgerpflichten, deren erste bekanntlich die Ruhe ist. Sie war — dank preußischer Bajonetten und Kartätschen — gerade wiederhergestellt, als die Regierung in Karlsruhe an die von den Bischöfen der Oberrheinischen Kirchenprovinz stillschweigend übergangene Examensverordnung für die Geistlichen erinnerte.

Nun aber prallten die Gegensätze hart aufeinander. Erzbischof Hermann von Vicari von Freiburg²¹, ein Kirchenfürst von der streitbaren Sorte, erzwang 1859 ein für die Kurie günstiges Konkordat. Aber der badische Landtag, der von den Liberalen beherrscht wurde, bestand auf dem „Kulturexamen“ der Geistlichen und verwarf das Abkommen. Der badische Staatsminister Lamey, friedlich und loyal gesonnen, ließ die Sache auf sich beruhen. Kaum aber hatte der noble Grandseigneur Lamey abgedankt, als — im frischen Preußenwind dahersegelnd — sein Nachfolger Julius Jolly, zuerst Innenminister, dann Staatsminister²², im September 1867 bestimmte, daß die Theologen beider Konfessionen in Karlsruhe eine allgemeine wissenschaftliche Prüfung ablegen mußten. Das Ordinariat in Freiburg protestierte! Die Kurie verbot ihren Priesteranwärtern kurzerhand die Ablegung der Prüfung, und es erschien kein katholischer Theologe in Karlsruhe vor der staatlichen Prüfungskommission.

Bestärkt durch den Kulturkampf in Preußen brachte Jolly 1872 im Landtag einen Gesetzesentwurf ein, der trotz seiner Härten der Mehrheit des Landtags sicher sein konnte. Danach sollte jeder künftige Theologe in Latein, Griechisch, Geschichte, Philosophie, deutscher Literatur und kirchlicher Landesgesetzgebung geprüft werden. Zurückdatiert auf das Jahr 1863 durften selbst ausgeweihte Priester, bevor sie nicht das Staatsexamen nachgeholt hatten, kei-

nerlei kirchliche Funktionen ausüben. Geldstrafen bis zu 300 Mark sowie Gefängnisstrafen von 3 bis 6 Monaten sollten Übertretungen und ihre Wiederholung sühnen. Das Gesetzesvorhaben zog sich bis Januar 1874 hin.

Der Landtagsabgeordnete Hansjakob hatte bereits durch mehrere engagierte Reden in der II. Kammer des badischen Landtages Aufsehen erregt, als er am 11. März 1872 im Landtag im Namen seiner Fraktion gegen den Gesetzesentwurf der Regierung wettete, der den katholischen Orden die öffentliche Lehr- und Missionstätigkeit verbieten wollte. Nicht die Kirche sei staatsgefährdend, rief er den liberalen Abgeordneten in der Landtagsdebatte damals zu, sondern der Staat sei kirchenfeindlich. Durch den Gesetzesentwurf bestätigte sich bedauerlicherweise wieder, daß der Liberalismus nach dem Grundsatz handle: „Freiheit für alle, nur nicht für die katholische Kirche!“²³

Die Fraktion der Katholischen Volkspartei bestand damals aus zwölf Abgeordneten. Sie unterstanden dem Fraktionsvorsitzenden, dem Dekan Dr. Franz Xaver Lender aus Sasbach²⁴. Nachsicht und Strenge, je nach Bedarf und Lage, kennzeichneten diesen als Pädagogen und Politiker gleich bedeutenden Mann. In seiner Jugend war der gebürtige Konstanzer von ähnlichem Revoluzzergeist beseelt wie Hansjakob, nur hatte bei ihm die Läuterung zum klaren Verstandsmenschen wesentlich früher eingesetzt.

Hansjakobs erklärte Lieblinge waren stets Menschen, die an der Unbeugsamkeit ihres Charakters und den daraus entspringenden Fehlern zugrunde gingen, wie der von ihm so prachtvoll beschriebene Gabriel Breig, der letzte Reichsvogt aus dem Harmersbachtal²⁵. So wie er schrieb, so wollte Hansjakob Politik machen. Seine politische Taktik unterschied sich in nichts von der des Schriftstellers, dessen wesentliche Aufgabe er für sich einmal so beschrieben hatte: „Ich bin gewohnt zu kritisieren . . . Ich habe außer vielen Fehlern, diesen Fehler, nie zu bereuen . . . Ich bin von Hasle, wo die Leute reden, wie sie denken“²⁶.

Aber in der II. Kammer des badischen Landtages saß nicht seine brave Leserschaft, sie war nicht die Sonntagsversammlung seiner ländlichen Kirchgänger in Hagnau am Bodensee. In seinem jugendlichen Feuereifer hielt Hansjakob jedes Nachgeben für „unmännliche Herrenwedelei“. Und „Buttermänner“, „Kriecher“, „Katzbuckler“, „Schweifwedler“ und „Manteldreher“ waren ihm sowieso zuwider²⁷.

Sicherlich bedurfte die im Kulturkampf bedrängte katholische Kirche berufene Männer, die entschieden für sie fochten, mehr aber noch brauchte sie Politiker mit diplomatischem Geschick — und das hatte noch nie ein Hansjakob besessen. Vom Charakter her ein Unbequemer und nicht sehr leidend an diesem stolzen Erbe seiner Vorfahren, beneidete, ja, haßte Hansjakob zuzeiten die Wendigen und Geschickten unter seinen Amtsbrüdern und politischen Freunden. Allen voran: Dr. Franz Xaver Lender. Ihm, dem geborenen Pädagogen,



Heinrich Hansjakob 1871 am Anfang seiner Laufbahn als Landtagsabgeordneter.

neidete Hansjakob seine Abgeklärtheit. Und es war nicht abwertend gemeint, wenn er den „Fraktionshauptmann“ mit seinem Wahlspruch „nur langsam“ die verkörperte „Gletscherruhe“ nannte²⁸.

Als am 20. Januar 1874 im Landtag das Examensgesetz zur Debatte stand, betrat der hochgewachsene, massige Hansjakob das Rednerpult der II. Kammer, um nach Staatsminister Jolly den Standpunkt seiner Fraktion darzulegen²⁹. Ein ernster Blick, voll Sorge und flehender Mahnung traf Hansjakob am Rednerpult. Es war der von Dekan Dr. Lender, dem Vorsitzenden der zwölfköpfigen Fraktion der Katholischen Volkspartei. Er kannte seinen heißblütigen Mitstreiter Hansjakob, kannte dessen ungestümes Draufgängertum, das um der Wahrheit willen vor keiner Grobheit und um der Gerechtigkeit willen vor keiner Beleidigung zurückschreckte. Hansjakobs Reden hatten oft die Wirkung von Sprengstoffanschlägen und waren als solche schon zweimal mit Gefängnis „honoriert“ worden.

Doch Lenders Befürchtungen schienen an diesem Tag voreilig gewesen zu sein. Statt wie üblich mit hochgestellter Sense, der alten schrecklichen Bauernwaffe, zu fechten, bediente sich der Abgeordnete des Wahlkreises Offenburg-Land heute — aus „Gründen der Mäßigung“ — des ungewohnten Säbels. Auf

den Hieb gegen die Liberalen: „Ihr Vorgehen gegen die katholische Kirche beweist, wie wenig Sie den Namen Liberale, d. h. freisinnige Männer verdienen!“ — folgte der Stich gegen die Gesamtheit der politischen Gegner, die zum größten Teil Juristen waren: „Ich möchte in dieser rechtlosen Zeit kein Jurist sein!“³⁰

Was Hansjakob in seinen Büchern „Schlenzer“ nennt, „Seitenhiebe“, teilte er auch hier nach allen Seiten aus. Er zerfetzte die modische Auffassung vom Staat als der einzig zu respektierenden Obrigkeit im Lande. Bedrückung und Verfolgung der Kirche, üble Pfaffenhetze nannte Hansjakob die Motive, die zum vorliegenden Entwurf des Examensgesetzes führten. „An dieser Radikalur gegen die Kirche aber wird nicht der Patient, sondern der Doktor, d. h. der Staat zugrunde gehen!“ Und Hansjakob zitierte Bismarcks Wort, wonach „das Narrenschiff der Zeit einmal am Felsen der christlichen Kirche zerschellen“ werde³¹.

Nicht wie von den Liberalen vorgegeben, einen nationalbewußten Klerus zu schaffen, sei das Ziel des Gesetzesentwurfes, sondern das Vaterland zum Zuchthaus für die katholischen Priester zu machen. „Nicht wir sind die Reichsfeinde, sondern Sie!“³² rief er den Nationalliberalen zu. Lautstarker Widerspruch steht an dieser Stelle des Sitzungsprotokolls vom 20. Januar 1874. Jolly direkt angehend, stürmte Hansjakob zum Schluß los: „Dieses Gesetz ist eine Gewaltmaßregel gegen uns, mit dem Sie, Herr Minister, unser Haus anzünden wollen!“³³

Noch tagelang zog sich die Examensdebatte fort. In ihrem weiteren Verlauf von dem liberalen Abgeordneten Roder, einem Viehhändler aus Meßkirch, kritisiert und zur Antwort herausgefordert³⁴, ging Hansjakob los wie ein Kampfstier. Vorbei seine bisherige Zurückhaltung, vorbei sein Respekt vor dem Hohen Haus und dem Ernst der Sache. Er nahm den Viehhändler auf die Hörner, daß die Fetzen flogen. Er nannte ihn einen schamlosen Landesverräter³⁵. Doch bei aller draufgängerischen Wut verbrauchte sein unbändiger Zorn, wie er gekommen war. Mit keinem Wort erwähnte er den Disput mit dem ungleichen Gegner später in seinem Erinnerungsbuch „In der Residenz“. Davon weiß jedoch eine andere Quelle zu berichten: die satirische Zeitschrift „Kladdaradatsch“, die in Berlin erschien. Sie bezeugte in ihrer Ausgabe vom 8. Februar 1874 ihre kulturkämpferische Sympathie dem liberalen Abgeordneten Roder gegenüber und ließ dann ihren den „Deutschen Michel“ symbolisierenden Vater Tölke die versöhnliche Schlußfolgerung ziehen:³⁶

„Das fromme Pfäfflein Hansjakob,
Auch klerikaler Volksvertreter
Nennt in der Kammer etwas grob
Herrn Roder einen Landesverräter.
Da ruft Herr Roder als Replik:

„Sie sind ein ganz gemeiner Strick!“
Als diesen Ausdruck vaterländischen Gefühls Vater Tölke las, Rief er, das Aug' vor Rührung naß:
„Wir Wilde sind doch bess're Menschen!““

Drei Tage, bevor das Examensgesetz in seiner vollen Härte in Kraft trat, am 16. Februar 1874, ging Hansjakob auf eine Bildungsreise ins besiegte Frankreich. Der hünenhafte Schwarzwälder mit seinem großen breitkrepigen „Heckerhut“ auf dem viereckigen Bauernschädel erregte gewaltiges Aufsehen in Frankreich. Ein wandelndes Urbild des Deutschen, selbst im Rock des Geistlichen, erlebte er Frankreich auf der für alle badischen Reisenden klassischen Route: Nancy — Paris³⁷.

Hansjakobs hellwacher Auffassungsgabe entging nichts. Dem Schriftsteller bedeuteten anekdotische Erlebnisse ebensoviel wie politische Beobachtungen. Zu schön, um von der Nachwelt vergessen zu werden, bleibt jene Begegnung Hansjakobs mit einem betagten französischen Gärtner. Der alte Mann hatte noch nie in seinem Leben einen leibhaftigen Deutschen gesehen. Sein Prinzipal erfüllte ihm diesen Wunsch und stellte ihm Hansjakob vor. Erschreckt blickte das kleine Männchen an dem mit „Heckerhut“ über zwei Meter großen Kinzigtälcher hoch und flüsterte ehrfurchtsvoll: „Jetzt wundere ich mich



Hansjakob galt im Landtag als hitziger Debattenredner. Zeichnung von Professor Otto Laible.

nicht mehr, daß die Franzosen gegen die Deutschen den kürzeren gezogen haben, wenn diese so groß und stark gewachsen sind!“³⁸

In Frankreich konnte es sich Hansjakob leisten, aus der Distanz heraus das Wirken der katholischen Parteien kühl und neutral zu beobachten. Durch diese unbestechliche Brille zeigte sich ihm die Unverantwortlichkeit der katholischen Parteiführer Frankreichs, ihr anmaßender Übermut, ihr Mangel an Toleranz, der zum Untergang des politischen Katholizismus in Frankreich führte. Große Gefahren sah er dabei für die Kirche. In Frankreich sei die Kirche, so schrieb er in seinen Reiseerinnerungen „In Frankreich“, immer mehr in die Abhängigkeit des Staates geraten und habe so ständig an Autorität verloren. Durch den Kulturkampf drohe ihr in Deutschland ein ähnliches Schicksal. Deshalb müsse er möglichst bald beendet werden³⁹.

Zweifel hatten auf der sechswöchigen Frankreichreise Hansjakobs Herz berührt. Zweifel an der Richtigkeit seiner bisherigen Haltung als Politiker in der Examensdebatte. Zweifel aber führen entweder zur Klarheit oder zur Verzweiflung! Hansjakob brachten sie in Frankreich die Erleuchtung: „Man muß nur einmal ernstlich anfangen, nicht sich und seine Partei für fehlerlos anzusehen!“ Staat und Kirche, so seine neueste Erkenntnis, beides Grundpfeiler der sozialen Ordnung, durften sich in Deutschland nicht als Feinde gegenüberstehen wie in Frankreich, wo die Rivalität beider Mächte sowohl die politische wie auch die religiöse Autorität in den Untergang gestürzt hatte⁴⁰.

„Möge darum, so habe ich mehr denn einmal in Frankreich gebetet, Gott unserem Vaterlande gnädig sein und es zum Frieden lenken zwischen Kirche und Staat, ehe es zu spät sein wird“, schrieb er in seinem Frankreichbuch⁴¹. Hansjakobs Frankreichreise bewirkte eine weitgehende Revision seiner bisherigen politischen Haltung. Unter dem Eindruck der neugewonnenen Erkenntnisse gewandelt, änderte sich seine Einstellung vollends während seiner Italienreise im Jahre 1878⁴².

Über Reggio und Ciano d'Enza zur mächtigen Burgruine von Canossa emporgestiegen, überließ sich Hansjakob nur kurz dem überwältigenden Blick des historischen Bauwerks und der Landschaft, um sich unmittelbar darauf mit dem weltgeschichtlichen Drama auseinanderzusetzen, das sich hier zwischen Kaiser Heinrich IV. und Papst Gregor VII. zugetragen hatte. Der Historiker Hansjakob konnte diesen hochwichtigen Akt der Weltgeschichte nicht losgelöst von der Gegenwart und dem immer noch nicht beigelegten Kulturkampf betrachten. Er beschloß das Kapitel „Canossa“ in seinem Reisetagebuch „In Italien“ mit dem Satz, der von nun an seine politische Überzeugung manifestierte: „Der Kampf zwischen Kirche und Staat kommt erst dann zu einem Ende, wenn beide völlig frei und unabhängig voneinander erkennen, daß beide in Harmonie auf dem Fundament bauen müssen, das Jesus Christus gelegt hat.“⁴³

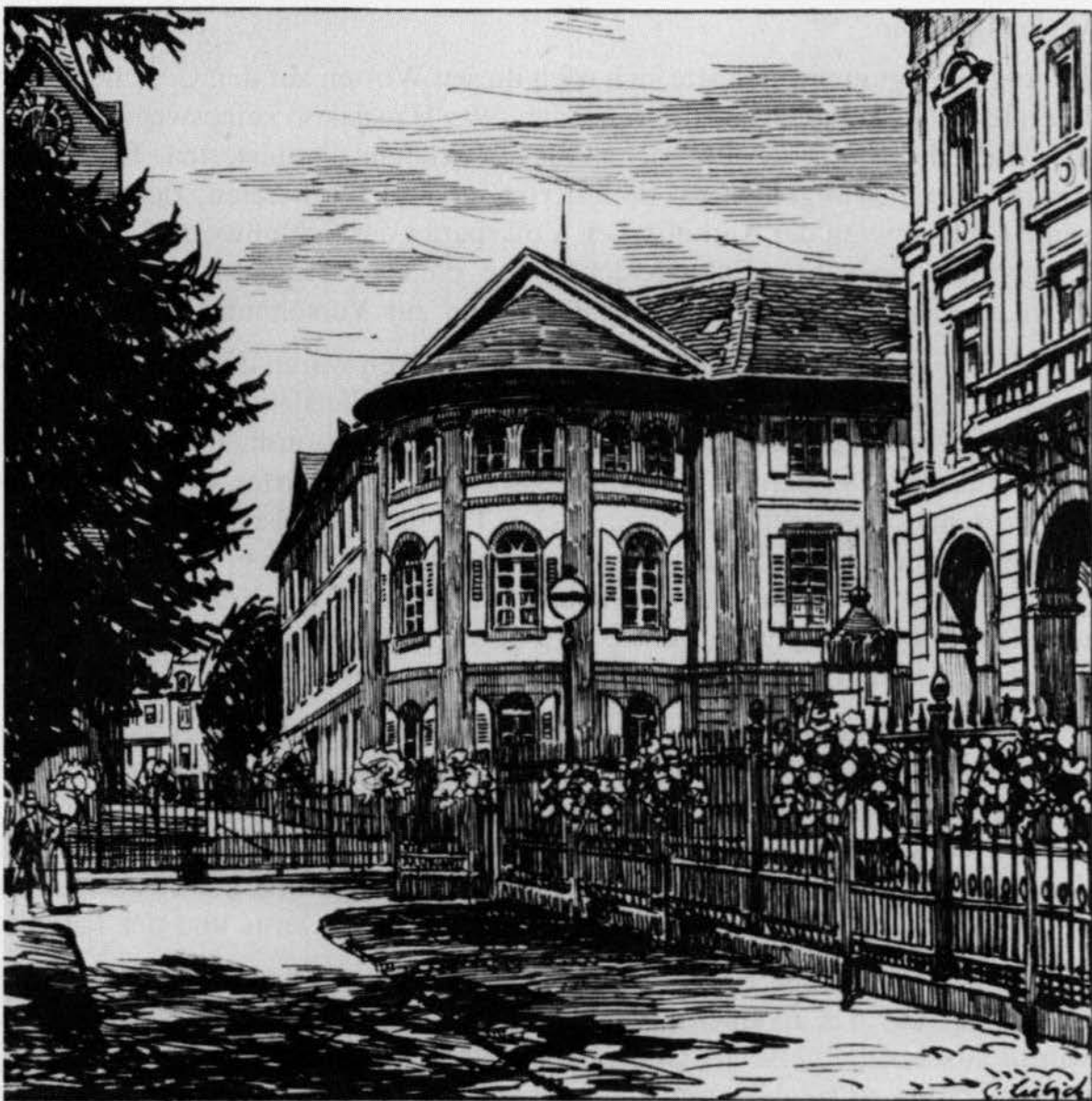


Dekan Dr. Franz Xaver Lender.

Solchermaßen „moralisch umgerüstet“, beichtete er nach seiner Rückkehr aus Italien seinem „Fraktionshauptmann“ Dr. Lender die Sünde seiner einst unversöhnlichen Haltung in der Examensfrage. „Die Kirche“, meinte Hansjakob jetzt, „muß den ersten Schritt im Nachgeben tun; denn sie hat vor allen Dingen den Beruf, eher Unrecht zu leiden, als das Volk religiös verwildern zu lassen.“⁴⁴ Zwiespältig berührte den kühlen Skeptiker Dr. Lender die neueste Einstellung seines inzwischen 41 Jahre alt gewordenen „Fraktionsfeuerkopfes“.

Im Januar 1878 trafen sich Lender und Hansjakob im Wandelgang des Karlsruher Ständehauses. Wie nebenbei sagte Lender, er werde einen neuen Antrag auf Änderung des Examensgesetzes einbringen. „Diesmal“, antwortete Hansjakob, „werde ich nicht reden wie vor vier Jahren, aber ich wünsche, daß der Antrag einen freisinnigen, versöhnlichen Ton anschlage!“⁴⁵ Dem war nicht so; und Hansjakob zeigte sich bereits über die Formulierung des Antrags enttäuscht. Seine alte „Ruhfunktigkeit“, wie er seinen aufsteigenden Zorn nannte, erwachte und ließ ihn unruhig werden auf der seit acht Jahren heimischen Abgeordnetenbank, als er in der Kammersitzung vom 25. Januar 1878 die Begründung Lenders zu diesem Antrag hörte. Als Sprecher der Fraktion gab Lender zwar seine Bereitschaft für eine Verständigung bekannt, aber nicht die Kirche, forderte er, sondern die Regierung bzw. die Kammer müsse zur Abänderung des leidigen Examensgesetzes den ersten Schritt tun⁴⁶.

Darauf hatten die politischen Gegner nur gewartet. Die Nationalliberalen hielten einen einmaligen Trumpf in der Hand, den sie nun grandios ausspielten: Hansjakobs jüngstes Werk, sein Reisetagebuch „In Italien“, das 1877 im Verlag Kirchheim in Mainz erschienen war. Daraus zitierte nun der liberale Abgeordnete Schmidt genüßlich, wobei er besonders auf die Canossa-Passagen einging⁴⁷. Hansjakob hatte offensichtlich dies erwartet. Nach der Rede von Schmidt bat er ums Wort. Entgegen seiner üblichen Gewohnheit, im Landtag frei zu reden, entfaltete er ein schriftliches Redemanuskript. Prägnant umriß er noch einmal die Geschichte und Misere des Examensgesetzes. Wie vier Jah-



Das Ständehaus

Das Ständehaus in Karlsruhe, Sitz des badischen Landtages. Es fiel 1944 den Bomben zum Opfer. Zeichnung von Professor Curt Liebich zu Hansjakobs Buch „Aus meiner Studienzeit“.

re zuvor blieb er fest in der Charakterisierung des Examensgesetzes. Er nannte es erneut „ein Kriegsmittel, etwas Unbilliges, ein Unrecht“⁴⁸.

Nun aber einsichtig geworden durch die Erkenntnisse in Frankreich und Italien, wo sich ihm eindringlich offenbart hatte, daß es im Tauziehen zwischen Kirche und Staat nur einen Notleidenden geben konnte, nämlich die Seelsorge am Volke, lenkte er ein. „Im Interesse des Klerus, der jahrelang standhaft gekämpft hat und nun auf dem Aussterbeetat steht, im Interesse des katholischen Volkes, das in der Seelsorge leidet, im Interesse der Fortexistenz der katholischen Kirche in unserem Lande, müssen wir diesem Gesetz gegenüber nachgeben und eher Unrecht erleiden, als der größten und heiligsten Interessen verlustig gehen!“⁴⁹

Heitere Genugtuung zeichnete sich nach diesen Worten auf den Gesichtern der liberalen Abgeordneten ab, während sich, was Hansjakob keineswegs entging, die Mienen der eigenen Fraktionskollegen drohend verdüsterten. Ungerührt davon und unter allgemeinem Beifall von seiten der Liberalen, richtete er an seine Kollegen von der Katholischen Volkspartei das Schlußwort: „Nicht diejenigen sind die wahren Freunde der Kirche, die zum fortgesetzten Widerstand raten, sondern jene, die zum Nachgeben und zur Versöhnung bereit sind!“

Absoluter Lauterkeit und tiefem religiösem Denken waren diese einsichtsvollen Worte entsprungen. Und gerade deshalb traf es Hansjakob wie eine schwere, niemals zu heilende Verwundung, als sein „Fraktionshauptmann“ Franz Xaver Lender den liberalen Abgeordneten zurief: „Sie dürfen sich keine Hoffnung machen, daß irgend ein ansehnlicher Teil des katholischen Klerus im badischen Lande die Anschauungen teilen wird, die der Kollege Hansjakob hier geäußert hat. Nein, der badische Klerus wird eher in die Verbannung gehen und das Brot der Armut essen, als daß er sich unter ein Gesetz fügt, das als ein unbilliges und unberechtigtes angesehen werden muß!“⁵¹

Zwischen der Fraktion der Katholischen Volkspartei und dem Abgeordneten Hansjakob war damit das Tischtuch zerschnitten. Hansjakob wurde zum „Abtrünnigen“ erklärt. Der Telegraph, das Nachrichtenmittel der damaligen Zeit, meldete der deutschsprachigen Welt: „Der Abgeordnete Hansjakob, Mitglied der ultramontanen Fraktion und Pfarrer, erklärte, die Kurie müsse nachgeben im Interesse des Friedens innerhalb der Kirche, des Klerus und des katholischen Volkes.“⁵²

Diese rein auf das Examensgesetz in Baden bezogene Ansicht Hansjakobs wurde fälschlicherweise als Generalabsage an den gesamten Kulturkampf interpretiert und als solche durch die Presseagenturen und alle Zeitungen im ganzen Deutschen Reich verbreitet. Die Folge war: ein Sturm der Entrüstung erhob sich in den Presseorganen des politischen Katholizismus. „Sie werden fortan viel Herbes zu erfahren haben“, sagte der Dichter Victor von Scheffel zu Hansjakob, als sich die beiden wenige Tage nach Hansjakobs denkwürdiger Landtagsrede in dessen Haus in der Karlsruher Stephaniestraße trafen⁵³.

Die Kampagne der katholischen Presse gegen Hansjakob begann wie ein Kesselreiben. Den äußeren Einschließungsring zogen die Blätter draußen im Reichsgebiet: die katholischen Zeitungen „Das Vaterland“ und die „Germania“⁵⁴. Sie nannte Hansjakob einen „Fahnenflüchtigen“, einen „Freischärler“, einen „Ketzer“, einen „heimlichen Lutheraner“. Das eigentliche „Vernichtungsfeuer“ eröffnete die katholische Heimatpresse. Im „Badischen Beobachter“ gab der Fraktionsvorsitzende Dr. Lender eine Erklärung zu den Vorgängen im Stil einer Kriegserklärung ab. Darin versicherte er, daß die Auffassung Hansjakobs von keinem Fraktionsmitglied geteilt werde⁵⁵. Hansjakob habe den Widerstand der Liberalen gegen den Antrag der katholischen Fraktion in Schutz genommen und sich damit ausdrücklich gegen das Programm der Katholischen Volkspartei gestellt. In „Freiburger Boten“, im „Säckinger Volksblatt“ und in der in Radolfzell erscheinenden „Freien Stimme“ mußte Hansjakob die schärfsten Angriffe gegen sich lesen. Sein Auftreten im Landtag am 25. Januar wurde dort als „Skandal“, „als traurige Verirrung eines Priesters“ hingestellt⁵⁶. Sein Vorgehen, so wurde in der katholischen Presse allenthalben geäußert, sei ein Angriff auf die kirchliche Autonomie, ein unnötiges Zurückweichen der Kirche, eine Aufforderung an die Kirchenfeinde zur Knechtung und Vernichtung der Kirche. Der „Freiburger Bote“ fragte gar, ob der Hagnauer Pfarrer durch seine systemfreundliche Rede beabsichtige, eine einträgliche großherzogliche Pfründe zu erhalten⁵⁷. Das traf Hansjakob bis ins Mark. Verfemt, von den Fraktionskollegen gemieden, suchte Hansjakob Trost in der Stille des Karlsruher Hardtwaldes. Hier unter winterlichen Eichen reifte in ihm der Entschluß, ein Buch über Karlsruhe zu schreiben. Sein nicht zu unterschätzender Egoismus, der ihn zeitlebens beehrte, erkannte sofort die großartige Gelegenheit, sich in diesem Buch für sein politisches Verhalten zu rechtfertigen⁵⁸.

Nach Hagnau zurückgekehrt, schrieb er in aller Eile sein Erinnerungsbuch „In der Residenz“. Noch wogte im ganzen Deutschen Reich die Pressefehde gegen ihn, und immer neue Autoren wetzten ihre Feder an der „gesinnungslosen Haltung des Abtrünnigen“. Bedrängt von der Ahnung, daß noch weitere Zeitungsgewitter sich über ihm zusammenbrauen könnten, und aufgeschreckt durch ein Gerücht, das sich die Bauern im heimatlichen Kinzigtal zuflüsterten, „der Hansjakob sei lutherisch geworden“⁵⁹, sorgte er dafür, daß noch im Jahre 1878 das Buch „In der Residenz“ der Öffentlichkeit vorgelegt wurde.

Die Landtagserinnerungen zeugen vor allem von der Verbitterung Hansjakobs über die ihm auf seine Rede vom 25. Januar 1878 widerfahrene Behandlung. Besonders verletzte ihn, daß sich auch die engsten politischen Freunde, wie Dekan Lender, Dekan Förderer und Kaplan Werber, an der Kampagne gegen ihn beteiligten. Er schrieb über sie: „Mögen diese ehemaligen Freunde nach dem Erscheinen meines vorliegenden Buches aufs Neue den Stab über mich brechen, mich verkleinern und verfolgen, ich werde schweigen. Als Freunde sind sie für mich tot . . .“⁶⁰



1910 veröffentlichte Hansjakob die 2. Auflage von „In der Residenz“, die neuen „Sprengstoff“ enthielt. Vgl. Anmerkung 62.

Aus seiner politischen Niederlage von 1878 zog Hansjakob die Konsequenzen. Sein Landtagsmandat lief 1881 ab. Er blieb zwar noch bis zum Ende der Legislaturperiode als „Wilder“⁶¹, wie er es selbst nannte, im Landtag, stellte sich aber 1881 nicht mehr zur Wahl, sondern zog sich aus der Politik zurück — natürlich mit Ausnahme von schriftstellerischen Bemerkungen zu politischen Tagesfragen, die in den „Schlenkerern“ in seinen Büchern in großer Fülle auch künftig auftauchten.

Hansjakob galt in den 80er Jahren sogar als Mann der Liberalen. Nahrung erhielt dieses Gerücht vor allem deshalb, weil er 1884 die landesherrliche Pfründe der St.-Martinspfarre in Freiburg gegen den Widerstand des Freiburger Ordinariats erhielt. Diese Sicht wird Hansjakob sicherlich nicht gerecht. Auch die Rede von 1878 änderte nichts daran, daß Hansjakobs ganzes politisches Wirken ein einziges Aufstemmen gegen den Liberalismus seiner Zeit darstellte.

Trotz allem war die Abgeordnetenzeit in Karlsruhe für Hansjakob eine äußerst fruchtbare und lehrreiche Zeit, in der er eine Fülle von Lebenserfahrungen gewann und in der er sich vom politischen Katholizismus trennte. Diese Trennung oder besser: diese Distanz zum politischen Katholizismus seiner Zeit prägte Hansjakob fortan bis zu seinem Lebensende. Karlsruhe war die Stätte des Triumphes und der Tragik für den Politiker Heinrich Hansjakob, Schlachtfeld seiner schwersten Verwundung im politischen Gefecht, der Ort, wo ihn der Bannstrahl der eigenen Fraktion traf, Ausgangspunkt der Feme und des

Kesseltreibens gegen ihn, das den Menschen, Politiker, Geistlichen und Schriftsteller Hansjakob gleichermaßen traf.

In der Abgeschlossenheit seines Pfarrhauses am Bodensee schenkte Hansjakob der Nachwelt jenes kulturgeschichtlich wie politisch und historisch gleich bedeutsame Werk, das hitzigste und später am meisten umgeschriebene Buch „In der Residenz“⁶², eine Fundgrube für den Freund der Geschichte Karlsruhes und des Landes Baden in politisch aufgewühlter Zeit.

Anmerkungen

- 1 Diese Untersuchung ist der überarbeitete und erweiterte Festvortrag, den der Verfasser im Rahmen der Jahresversammlung des Historischen Vereins für Mittelbaden am 18. Oktober 1987 in der Festsitzung in Haslach i. K. gehalten hat
- 2 Die Werke Heinrich Hansjakobs werden seit 1960 von der Stadt Haslach wieder neu herausgegeben. Inzwischen sind 18 Bände erschienen. Seit 1986 gibt der Waldkircher Verlag die fünfbandigen Reiseerinnerungen Hansjakobs neu heraus. Die umfangreiche Literatur über Hansjakob ist bis 1960 aufgeführt in Bernhard Kremann, Hansjakob-Bibliographie, in: Die Ortenau 41, 1961, S. 248—302, auch als Sonderdruck Bühl 1961 erschienen. Die spätere Literatur wird teilweise verzeichnet in Hermann Eimann, Kennen Sie Hansjakob? Kehl 1981, S. 131 ff.; Helmut Bender, Hansjakob. Leben, Wirken und Werk, Waldkirch 1985, S. 49 ff.; Manfred Hildenbrand und Werner Scheurer (Hrsg.), Heinrich Hansjakob (1837—1916). Festschrift zum 150. Geburtstag, Haslach 1987, S. 270/71
- 3 H. Hansjakob, Allerseelentage, 2. Aufl., Stuttgart 1912, S. 230, vgl. auch ders., Aus dem Leben eines Vielgeliebten, Stuttgart 1909, S. 115
- 4 Wolfgang Wipprecht, Aufrechter Gang. Versuch einer Annäherung an Heinrich Hansjakob, Badische Heimat 2, 1980, S. 235—248; Artur J. Hofmann, Hansjakob und der badische Kulturkampf, Freiburg 1981; Manfred Hildenbrand, „Europa ist ein einziges befestigtes Kriegslager“. Heinrich Hansjakob als Pazifist. Allmende 3, 1983, S. 74—84; ders., Heinrich Hansjakob — Jakobiner im Priesterrock. Badische Heimat 1, 1987, S. 51—64; ders., „Der Freiheit und dem Frieden . . .“ Über Hansjakobs politisches Denken, in: Heinrich Hansjakob (1837—1916). Festschrift zum 150. Geburtstag, Haslach 1987, S. 87—108
- 5 Dr. Johann Karl Kempf war von 1924—1934 Vorsitzender der Mitgliedergruppe Haslach des Historischen Vereins für Mittelbaden. Vgl. über ihn Die Ortenau 20, 1933, S. III—IV
- 6 Johann Karl Kempf, Heinrich Hansjakob. Sein Leben, Wirken und Dichten, Stuttgart 1917
- 7 Kempf, a. a. O., S. 99
- 8 Hofmann, a. a. O., S. 3
- 9 Die Katholische Welt 3, 1868, S. 383—389 und 420—428
- 10 Über die Geschichte dieses Kohlenbergwerks vgl. Johann Karl Kempf, Geschichte der Kohlenbergwerke Berghaupten. Die Ortenau 4./1913, 5./1914 und 8./1921
- 11 Die Katholische Welt, a. a. O., S. 388
- 12 Unterhaltungsblatt des Trompeters von Säckingern v. 9. 1. 1869
- 13 Generallandesarchiv Karlsruhe (im folgenden abgekürzt GLA) 76/9035, Kirchendienerakten Heinrich Hansjakob
- 14 H. Hansjakob, Die Salpeterer — eine politisch-religiöse Sekte auf dem südöstlichen Schwarzwald, Waldshut 1866. Vgl. dazu Thomas Lehner, Hansjakob und die Salpeterer, in: Hansjakobfestschrift, a. a. O., S. 179—183
- 15 GLA 76/3212, Schuldienerrakten Heinrich Hansjakob. Vgl. auch die Darstellung dieser Vorgänge in H. Hansjakob, Schneeballen, 3. Reihe, 9. Aufl., Freiburg 1969, S. 11 f
- 16 Die Rede wurde abgedruckt in: Badischer Beobachter v. 1. 6. 1869 sowie in Heinrich Hansjakobs Erinnerungsbuch Auf der Festung, 3. Aufl., Heidelberg 1900, S. 46 ff. Vgl. dazu Julius

- Dornreich, Hansjakobs erste Rede. Hansjakob-Jahrbuch V, Freiburg 1975, S. 39—44; Manfred Hildenbrand, „Der Freiheit und dem Frieden . . .“, a. a. O., S. 90/91
- 17 H. Hansjakob, Auf der Festung, 1. Aufl., Würzburg 1970
- 18 H. Hansjakob, Im Gefängnisse, 1. Aufl., Mainz 1873
- 19 Vgl. Anmerkung 17
- 20 Josef Becker, Liberaler Staat und Kirche in der Ära von Reichsgründung und Kulturkampf. Geschichte und Strukturen ihrer Verhältnisse in Baden 1860—1876, Mainz 1973; Julius Dornreich, Der Kirchenkampf in Baden (1860—1876) und die katholische Gegenbewegung, Freiburger Diözesan-Archiv 94, 1974, S. 574—588; Lothar Gall, Die partei- und sozialgeschichtliche Problematik des badischen Kulturkampfes, Oberrheinische Studien Bd. 2, Karlsruhe 1973, S. 93—132; Artur J. Hofmann, a. a. O.
- 21 H. Hansjakob, Hermann v. Vicari. Erzbischof von Freiburg, Würzburg 1882; neuerdings: Karl Heinz Braun, Hermann von Vicari, in: E. Gatz (Hrsg.), Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1785/1803—1945. Ein biographisches Lexikon, Berlin 1973, S. 774 ff.; ders., Hermann von Vicari und Ignaz Heinrich von Wessenberg, Freiburger Diözesan-Archiv 107, 1987, S. 213 ff
- 22 Hermann Baumgarten, Staatsminister Jolly, Tübingen 1897
- 23 GLA 231/98, Nr. 38, S. 156, II. Kammer, stenographische Protokolle
- 24 Vgl. über Lender den biographischen Beitrag von Helmut Bender, Der Arbeiterstand will auch Rechte. Franz Xaver Lender als Prälat, Pädagoge, Politiker, in: Badisches . Ein landeskundliches Mosaik, Waldkirch 1983, S. 129 ff
- 25 H. Hansjakob, Schneeballen, 1. Reihe, 12. Aufl., Freiburg 1964, S. 147 ff
- 26 H. Hansjakob, Bauernblut, 14. Aufl., Haslach 1974, S. 165/166; vgl. auch H. Hansjakob, In den Niederlanden, 2. Aufl., Heidelberg 1901, S. 553/554
- 27 H. Hansjakob, Abendläuten, 3. Aufl., Stuttgart 1900, S. 184; ders., Bauernblut, a. a. O., S. 231, 270, 287; ders., Dürre Blätter, 2. Reihe, Stuttgart 1911, S. 275; ders., Allerseelentage, a. a. O., S. 384; ders., Stille Stunden, 2. Aufl., Stuttgart 1904, S. 317
- 28 H. Hansjakob, Aus kranken Tagen, 3. Aufl., Heidelberg 1901, S. 45
- 29 GLA 231/103, Nr. 20, S. 151 ff., II. Kammer, stenographische Protokolle
- 30 GLA 231/103, Nr. 20, S. 151/152; vgl. auch H. Hansjakob, In der Residenz, 5. Aufl., Freiburg 1967, S. 262
- 31 231/103, Nr. 20, S. 157; vgl. H. Hansjakob, In der Residenz, a. a. O., S. 265/266
- 32 GLA 231/103, Nr. 20, S. 163
- 33 GLA 231/103, Nr. 20, S. 170; vgl. H. Hansjakob, In der Residenz, a. a. O., S. 266/267
- 34 Reden von Johann Baptist Roder am 23. 1. 1874 in der II. Kammer, GLA 231/103, Nr. 22, S. 11, 167
- 35 Rede Hansjakobs am 23. 1. 1874 in der II. Kammer, GLA 231/103, Nr. 22, S. 173
- 36 Kempf, Hansjakob, a. a. O., S. 103
- 37 H. Hansjakob, In Frankreich, Reiseerinnerungen, Mainz 1874
- 38 H. Hansjakob, In Frankreich, a. a. O., S. 110
- 39 Ebenda, S. 508 ff., vgl. auch S. 38, 98/99, 130/131
- 40 H. Hansjakob, In der Residenz, 5. Aufl., Freiburg 1967, S. 295
- 41 H. Hansjakob, In Frankreich, a. a. O., S. 510; vgl. auch ders., In der Residenz, a. a. O., S. 295
- 42 H. Hansjakob, In Italien, Reiseerinnerungen, 2 Bände, Mainz 1877
- 43 Ebenda, Bd. 1, S. 247
- 44 H. Hansjakob, In der Residenz, a. a. O., S. 295
- 45 Ebenda, S. 296
- 46 GLA 231/1479, S. 14; H. Hansjakob, In der Residenz, a. a. O., S. 299
- 47 GLA 231/1479, S. 38/39; H. Hansjakob, In der Residenz, a. a. O., S. 305
- 48 GLA 231/1479, S. 43 ff.; H. Hansjakob, In der Residenz, a. a. O., S. 308, 311, 314. Hansjakobs Rede wurde auch im Badischen Beobachter v. 27. 1. 1878 abgedruckt
- 49 GLA 231/1479, S. 48; H. Hansjakob, In der Residenz, a. a. O., S. 313

- 50 GLA 231/1479, S. 49; H. Hansjakob, In der Residenz, a. a. O., S. 313; Badischer Beobachter v. 27. 1. 1878
- 51 GLA 231/1479, S. 55; H. Hansjakob, In der Residenz, a. a. O., S. 316
- 52 H. Hansjakob, In der Residenz, 1. Aufl., Heidelberg 1878, S. 145
- 53 H. Hansjakob, In der Residenz, 5. Aufl., Freiburg 1967, S. 375
- 54 H. Hansjakob, In der Residenz, 1. Aufl., Heidelberg 1878, S. 176, 187; Oswald Floeck, Heinrich Hansjakob, Karlsruhe/Leipzig 1921, S. 196 ff
- 55 H. Hansjakob, In der Residenz, 1. Aufl., Heidelberg 1878, S. 153 f. Floeck, a. a. O., S. 197
- 56 H. Hansjakob, In der Residenz, 1. Aufl., 1878, S. 161, 163, 176
- 57 H. Hansjakob, In der Residenz, 5. Aufl., 1967, S. 372 ff
- 58 Ebenda, S. 376 f
- 59 Kurt Klein, Heinrich Hansjakob. Ein Leben für das Volk, Kehl 1980, S. 54
- 60 H. Hansjakob, In der Residenz, 1. Aufl., 1878, S. 177
- 61 H. Hansjakob, In der Residenz, 5. Aufl., 1967, S. 326
- 62 Die 1. Auflage von Hansjakobs Erinnerungsbuch „In der Residenz“ (Verlag Weiß, Heidelberg 1878), die heute eine antiquarische Rarität darstellt, ist von den folgenden drei Auflagen, die seit 1910 beim Verlag Bonz in Stuttgart herauskamen, sehr verschieden. Auf Drängen seiner Freunde, so schrieb Hansjakob im Vorwort zur 2. Auflage von 1910, habe er sich zu einer Neuherausgabe seiner Landtagserinnerungen entschlossen. Dabei habe er „Unnötiges und für heute Wertloses und alles allzu gereizt und persönlich Geschriebenes weggelassen, dafür aber Neues aus seinem alten Tagebuch dazugegeben.“ (S. 8) Statt der 238 Seiten der 1. Auflage umfaßt die 2. Auflage 568 Seiten. Aber die stark erweiterte Auflage von 1910 enthielt auch neuen „Sprengstoff“; denn Hansjakob nahm darin kritisch zum Antimodernisteneid Stellung, der am 1. 9. 1910 von Papst Pius X. für alle Priester angeordnet worden war. Hansjakob nannte ihn „einen unnötigen und erzwungenen Eid“ (2. Aufl. 1910, S. 371), der die Gewissen vieler Priester belaste. Unter Berufung auf den Apostel Paulus zog Hansjakob sogar die päpstliche Unfehlbarkeit in Zweifel und meinte, man dürfe auch päpstliche Erlasse prüfen und kritisieren. Als das Ordinariat in Freiburg von Hansjakob verlangte, die 2. Auflage von „In der Residenz“ zurückzuziehen, reagierte er sehr erregt. Am liebsten nähme er seinen „Austritt aus dem römischen Zuchthaus“, schrieb er an seinen Freund, den badischen Staatsminister Richard Reinhard (Brief an Reinhard v. 18. 2. 1911, Hansjakobarchiv Haslach)

Die Aufnahmen wurden vom Verfasser zur Verfügung gestellt.

Hundsfeld

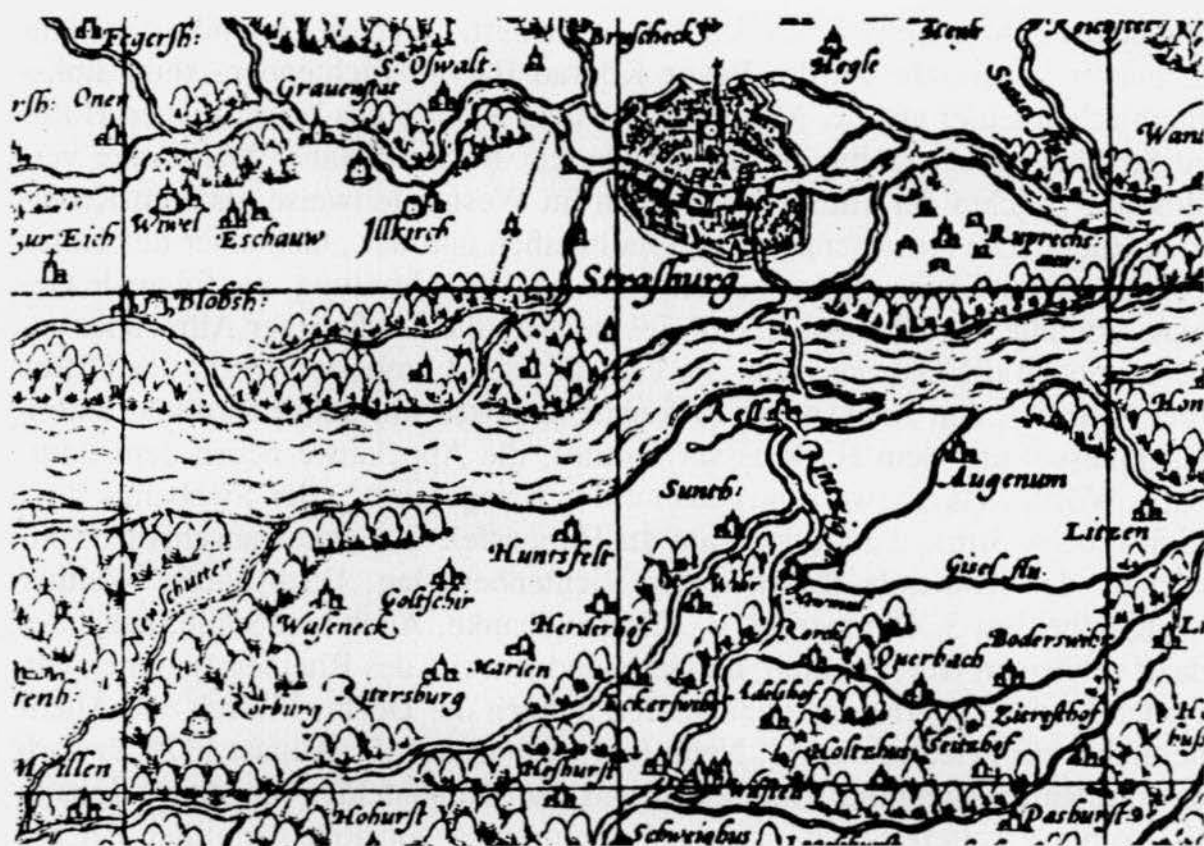
Aspekte einer Namensdeutung

Erwin Dittler

Als 1967 eine angesehene Tageszeitung einen bis heute unvergessenen haarsträubenden Artikel unter der Überschrift „Landschaft für Morde“ brachte und der Journalist über die Ortsnamen der „verstockten Dörfer“ Goldscheuer, Altenheim und Ichenheim hochgestochen schrieb, daß sie von Thomas Mann in einer Tüftlerlaune hätten erfunden werden können,¹ hatte sich seine Phantasie sehr wahrscheinlich an Namen der „Mortenu“ oder an dem Ichenheimer „Mörderfeld“ entzündet. Vielleicht kannte er aber auch die Geschichte von der Hinrichtung der Hundsfelder „Mördergesellschaft“ im Jahre 1540. Möglicherweise war er auf den Ausspruch von Sebastian Münster in dessen „Cosmographia“ vom Jahre 1550 gestoßen: „Die Gegend heißt Mortnaw, ligt an einem Gebirg und rinnt die Kinzig dadurch, hat vor Zeiten die Ortnaw geheiß, aber von wegen der Mörder, deren vil darinn gewesen . . . hat es diesen Namen die Mortnaw.“²

Der alte Gauname vermochte natürlich ebenso spektakuläre Deutungen auszulösen wie der Flurname Mordkammer in der Pfalz, der sich nach älteren Belegen aus „Moorkammer“ entwickelte.³ Entsprechende Ableitungen kennen wir auch für die „Mortenu“.

Was nun die Hundsfelder betrifft, so hat Graf Philipp von Hanau-Lichtenberg 1540 angeblich zwanzig an einem Tag in Lichtenau hinrichten lassen, doch Beinert vermerkt dazu, daß es sich möglicherweise um eine spätere Überlieferung der Aburteilung in Straßburg handelt.⁴ Tatsächlich hatte man fast ein Dutzend der Bande erwischt, darunter einen Ortenberger Wirt und den Schult heißen von Eckartsweier. Ein Teil wurde zu Tode gerädert, ein anderer mit dem Schwert hingerichtet. Im Hinblick auf die ihren Geständnissen vorangegangenen Folterungen bemerkt Beinert kritisch: „Wie viele der armen Hundsfelder wirklich Verbrecher waren, konnte auch nicht durch die Folter festgestellt werden.“ Der Chronist Sebald Büheler behauptete allerdings, daß in dem Dorf alle Mörder gewesen seien, mit Ausnahme des Priesters und des Sigristen. Das einst so bedeutende Dorf, welches nach Schätzung von Beinert 1482 noch etwa 32 Häuser umfaßte, zählte 1544 nur noch 2 Bürger und eine Witwe. Es mag dahingestellt bleiben, ob nun von den einfachen Leuten gerade die Hundsfelder allein, „dieser Abschaum der Menschheit“,⁵ der Schrecken der Gegend waren, denn Friedrich Metz bemerkte beispielsweise, daß Ichtersheim über das unterelsässische Rheindorf Dalhunden nicht viel Gutes zu berichten wußte: „Dalhunden ist ein schlechtes Fischer-Dörffel, zwischen einem



Elsaßkarte von D. Specklin 1576 (Ausschnitt). Im Bestand des GLA, abgedruckt bei R. Oehme, *Geschichte der Kartographie des deutschen Südwestens*. 1961.

Ausguß des Rheines gelegen, ein Schnapphahnnest.“⁶ Der üble Ruf hing den Hundsfeldern länger an als jenen ehrsamem Herren, die Wilhelm Schadt in „Geschichte und Gegenwart des Hanauer Dorfes Eckartsweier“ (1975), auf dessen Gemarkung das Gewann Hundsfeld liegt, charakterisierte: „Am wenigsten produktive Arbeit leisteten die Angehörigen des niederen Adels, die Ritter und kleineren Gebietsherren. Manche von ihnen verlegten sich auf das Rauben und Plündern und wurden zu Raubrittern“. Und auch die Straßburger hatten anscheinend schon vergessen, wozu sie fähig waren, als sie beispielsweise bei einer Strafexpedition gegen den Raubritter Ludemann IV. im März 1429 fünfzig bis sechzig Menschen im Kirchturm von Rheinbischofsheim verbrannten und dazu die Dörfer Hausgereut, Leutesheim und Auenheim in Asche legten!⁷

1. Der Hundsfelder Bann

Lage und Umfang der Hundsfelder Gemarkung beschrieb Beinert: „Die Felder dehnten sich diesseits und jenseits des heutigen Stromverlaufes aus und grenzten an den Neudorfer, Straßburger, Kehler und Marler Bann. Nach Osten reichte die Gemarkung bis zum Herderhof.“⁸ Ihre einstige Größe ist unserem Blickwinkel entschwunden und auch die Erinnerung daran, daß ihre beträchtli-

che Schrumpfung nicht durch den Rhein, sondern durch die Geldnöte der Lichtenberger verursacht wurde. Bevor Konrad II. von Lichtenberg seine linksrheinischen Güter am 22. Mai 1370 vor dem Richter des bischöflichen Hofes zu Straßburg rechtskräftig an den Straßburger Bürger Walther Wahssicher veräußerte,⁹ reichte der Hundsfelder Bann im Westen teilweise bis zum Krumpfen Rhein. Die Anwesenheit des Schultheißen und der „Gemeiner des Hofes von Hunesvelt“ bezeugt den gewichtigen Akt der Abtretung, die folgende Gebiete umfaßte: den Bannwert, der einerseits an die Straßburger Allmende, andererseits an die Ganzau stieß, die Ganzau, den Lombarts Wörth, das Offres (der Aufreis), den Hackswerth (offenbar identisch mit dem obern und untern Hackmesser und dem Hackmesser Grund), die Appelauwe neben dem Lombarts Wörth, das „nuwe sant genannt der Kriegerwert“, der Swebelins wert (Schwebelswörth), das „üsser sant zu Hunnesfelt“, welches anscheinend innerhalb der Allmende Konrads von Lichtenberg lag. Dazu kaufte Walther Wahssicher am 3. Oktober 1370 „alle Sandbänke, Auen und Ställe, nebst der dazu gehörigen Gerechtsame, diesseits und jenseits des Rheines zwischen den beiden Staden (Ufern) und oben an den Bännen der Dörfer Illkirch und Altenheim, bis zur Fricelin'swert“. Neun Jahre später, am 17. August 1379, erwarb er vom Ritter Reibold Klobelouch und dem Hundsfelder Pfarrherrn Johann Friese noch weitere Stücke, die nach Vermutung von Reuss inmitten der bereits verkauften Lichtenberger Gebiete lagen.

Im Zusammenhang mit der Loslösung des Hofes Niederweiler vom Eckartsweierer Bann durch Verträge von 1350 und 1352, wodurch Niederweiler seinen eigenen Bann erhielt und gleichzeitig aus der Lichtenberger Herrschaft ausschied und zu einem eigenen Hoheitsbereich erhoben wurde, vermerkt Gerhard Wunder: „Nach moderner Auffassung ist das nichts anderes als eine Ausgemeindung, verbunden mit einem Übergang der Landeshoheit. Die Ausgemeindung bedurfte der Mitwirkung von Landesherr und Gemeinde, wie ein ähnlicher Vertrag von 1370 bezüglich Hundsfeld und Neuhof bestätigt.“¹⁰ Dieser Vergleich könnte nur den rechtlichen Vorgang betreffen, denn beim Vertrag von 1370 war eine Siedlung Neuhof noch nicht vorhanden, wie aus einer Feststellung von Reuss hervorgeht: „Aus diesen eben angeführten Urkunden darf wohl mit ziemlicher Sicherheit geschlossen werden, daß, als Konrad von Lichtenberg und die Censiten des Dinghofes von Hundsfelden die aufgezählten Ländereien an den zukünftigen Meister des Rates von Straßburg verkauften, unter denen auch das Gebiet des heutigen Neuhofs sich befand, bleibende Wohnstätten daselbst noch nicht bestanden, und höchstens einige Ställe oder Pferche vorhanden waren, wie sie in dem zweiten Kaufbrief erwähnt werden. Ebenso geht aus denselben hervor, daß der dortige Grund und Boden als zum Hundsfelder Bann gehörig betrachtet wurde, denn auch späterhin, wenn von jenen Auen und Wörthen die Rede ist, werden sie stets als von der Straßburger Allmende begrenzte Grundstücke bezeichnet, und gehören somit, damals wenigstens, nicht zum Weichbild der Stadt.“

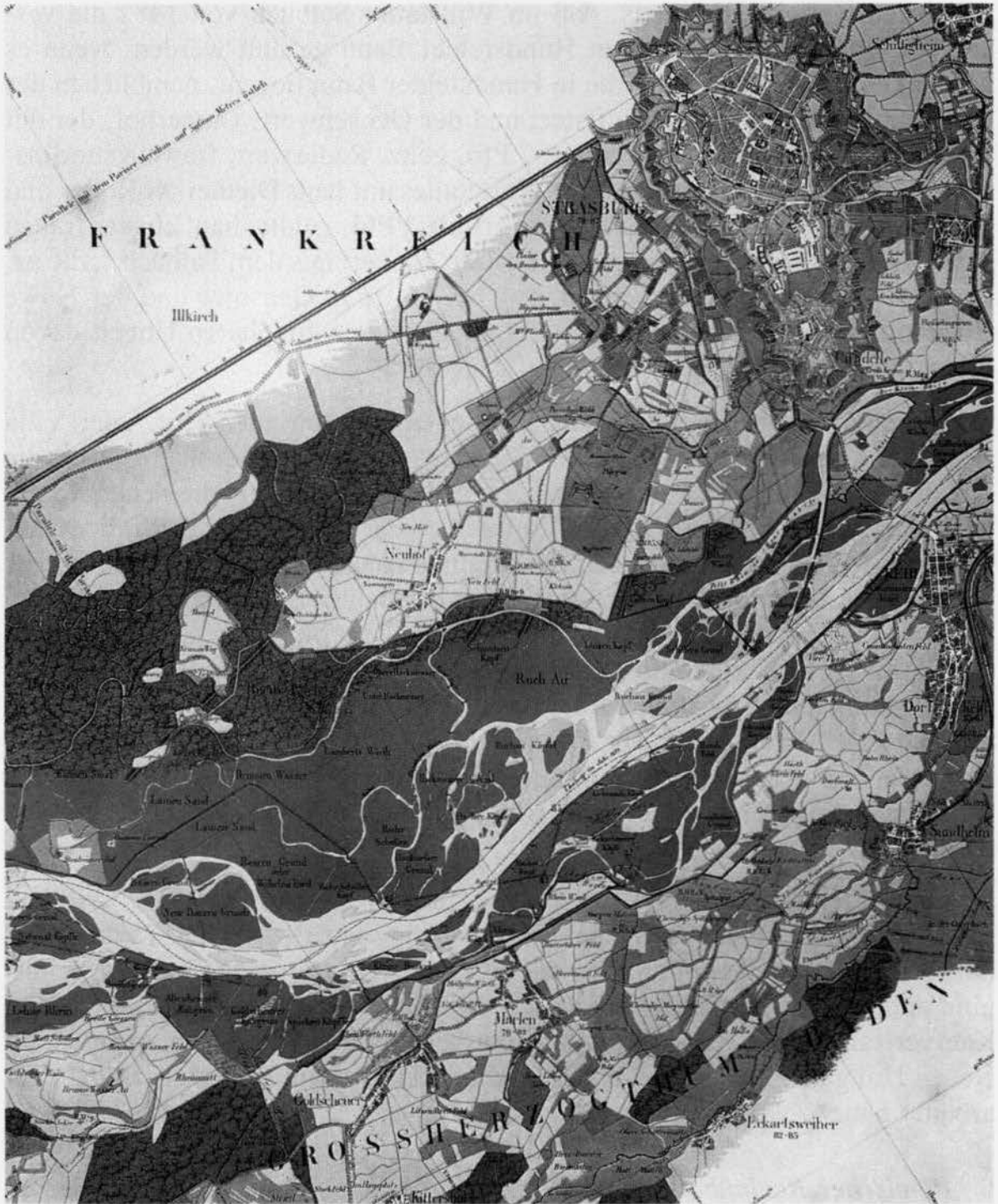
Bemerkenswert ist allerdings, daß im Willstätter Salbuch von 1482 die verkauften Grundstücke noch zum Hundsfelder Bann gezählt werden, wenn es vermerkt: „Item alle Werde, die in Hundsfelder Bann liegent, nemblichen der Bannwörth, da der Nüwehof uffsteet und der Ochsenwert, Gamerhof, der dut 12 Pfd. Geltz, Klopfferswert dut uff 7 Pfd. geltz, Radeswert, frawe Ketterlinswert, Ganßowe, Swebelswert. Die Werte allesamt hant Dietherich Roder und Hanß Lumbart. Item Lamßsamt, ein wert uff 3 Pfd. geldts, hant closter frauen zu St. Agnes.“ Und an anderer Stelle zitiert Beinert aus dem Salbuch: „die armen Lüte zu Hundesfeldt meinent, daß die Hoffe in Gansowe und der Nüwe Hoff sollten Bette mit Ine dienen und auch mynem Jungherrn Ungelt davon geben.“¹¹

Der Neuhof, nach Reuss entweder im Gegensatz zum alten Hof, „der Villa Hunesveldt jenseits des Rheins“ so genannt, oder einfach deshalb, „weil die Arbeiter und Hörigen die neu erstandenen Baulichkeiten als die neuen im gewöhnlichen Verkehr bezeichneten“, umfaßte neben dem Bannwörth, der Ganzau, dem Rumelswörth, dem Radeswörth noch andere Fluren, die Philipp IV. von Hanau-Lichtenberg 1540 zurückzukaufen suchte. Eine andere Aufzählung aus dem 16. Jh., da Hans Jakob von Endingen dem Philipp von Hanau seinen Anteil am Neuhof verkaufte oder verkaufen wollte, nennt folgende Namen: den Chammerhowe (Kammerhof), das Altwasser, das Hackmesser, den Ehrensand (nach Reuss vielleicht Erlensand, wo später das Erlenwörth lag), die Bruchenaw, das Klopfferswerd, den Lambssand (Lamen Sand), Newsand, die Ganzau, die Allmendaw, die Enderlinsaw und Stockhaw, die Bushmatt und das Kopflin im Arlebann.

Seit den ersten Erwerbungen Straßburgs – wohl in den Jahren 1544, 1550 und 1573 – besaß die Stadt nach einem Kaufvertrag vom 19. April 1578 den Neuhof (der noch in einer Untertanenstatistik von 1590 zum Willstätter Amt zählt) „bis auf geringe Parzellen“ und nach 14jährigen Verhandlungen durch den Kaufvertrag vom 6. 5. 1647 mit dem Junker von Stein über seinen Anteil am Neuen Hof ganz, „nachdem sie ein Jahrhundert etwa am Erwerb derselben gearbeitet hatte“.

2. *Römischer Rheinübergang bei Hundsfeld?*

Man kann annehmen, daß Hundsfeld seine Entwicklung dem Ausbau des römischen Straßennetzes verdankte. Im Zusammenhang mit der um 74 n. Chr. erbauten Kinzigalstraße konkurrieren in der Forschung mehrere Orte als mutmaßliche römische Rheinübergänge: „Nach einigen war es bei Marlen, andere glauben bei Kehl. Der letzte Ort ist wegen der Nähe der sumpfbildenden Kinzig jedenfalls nicht in Betracht zu ziehen“ (Beinert). So sicher waren sich allerdings andere Forscher nicht. Unter Berufung auf zahlreiche bedeutende Altertumsforscher und Archäologen sprach sich zuletzt Klaus Hornung für eine römische Straßenführung von „Offenburg nördlich der heutigen Kinzig über



Lauf des Rheins 1852.

Kork-Neumühl nach Straßburg“ aus: „Die in den Kieswerken und Sandgruben um Neumühl und Willstätt in den letzten zwanzig Jahren ausgegrabenen und festgestellten Wasser- und Straßenbaumaßnahmen wie Knüppeldämme, Fashinaden, Pfahlröste und Bohlen für Brückenfundamente im Verein mit römischen Keramikresten und Münzfunden sprechen ebenfalls für diesen Streckenverlauf.“¹² Die Fundamente der Rheinbrücken seien beim Bau des Hochhauses und der heutigen Rheinbrücke in 7 Meter Tiefe festgestellt worden.

Beinert wies dagegen darauf hin, daß die alte Riedstraße bei Hundsfeld begonnen habe: „Möglicherweise ist dort die Übergangsstelle der Römer zu suchen.“ Auf Grund von Grabungen und Funden kam Rusch in Übereinstimmung mit Robert Forrer zu dem Ergebnis, daß die Straße von Argentorate über Hundsfeld geführt habe, wobei er für die mutmaßliche Straßenführung über Eckartsweyer, Hesselhurst, Weier, Bühl nach Offenburg ebenfalls triftige Gründe ins Feld führte.¹³

Forrer fühlte sich in seiner Auffassung dadurch bestärkt, daß auf dem direkten Weg von Offenburg nach Straßburg der „steinerne Mann von Hundsfelden“ stand, den er als römischen Meilenstein einordnete, schloß allerdings nicht aus, daß ein von der Straßburger Insel ausgehender älterer Weg über Kehl gegangen sein dürfte. Das „direkt“ modifizierte er später mit der Anmerkung: „d.h. ohne den bisherigen starken Umweg“ (Straßburg – Basel – Bodensee).¹⁴ Im Hinblick auf den häufigen Hinweis, daß die römischen Straßen möglichst geradlinig angelegt wurden, sei ergänzend an eine Feststellung von Friedrich Sprater erinnert: „Wenn die Römerstraßenforschung in der Pfalz nur recht geringe Ergebnisse aufzuweisen hat, so ist das in der Hauptsache eine Folge des Umstandes, daß die meisten Forscher bei ihren Arbeiten von falschen Voraussetzungen ausgegangen sind. Man hat vielfach angenommen, daß die Römerstraßen immer gradlinig verlaufen müssen, was jedoch keineswegs der Fall ist. Die einzige auf eine größere Strecke erhaltene Römerstraße in der Pfalz weist sogar sehr viele Krümmungen auf, für die keine Notwendigkeit vorhanden ist.“¹⁵

Für Forrer kam aber noch hinzu, daß die alte Römerstraße von Straßburg nicht gegen Kehl, sondern in Richtung Hundsfeld verlief. Unter den diversen Argumenten für eine Straßenführung über Hundsfeld führte Rusch als letzte an: „Wären tatsächlich die drei von verschiedenen Forschern (insbesondere Vetter) angeführten Römerstraßen (nach Baden, Appenweier und Offenburg) von Kehl schon zu Römerzeiten ausgegangen, so könnte es nicht verstanden werden, weshalb Kehl ein so kleiner unbedeutender Flecken blieb, der bis 1480 nicht einmal eine Kirche besaß, während Hundsfeld schon im 11. Jahrhundert ein großer Ort war, dessen Vögte unmittelbar hinter dem Grafen kamen und dessen Kirche bedeutsame ‚Pfarr-Rektoren‘ besaß.“ Inzwischen hat Medard Barth darauf hingewiesen, daß Kehl bereits für das Jahr 1038 als Pfarrort bezeugt ist: „Diese Nachricht entnehmen wir dem Straßburger Bischofskatalog, den der berühmte elsässische Humanist Jakob Wimpfeling († 1528) im Jahre 1508 herausgab.“¹⁶ Es handelte sich um eine Weihe der an der Südseite der Kehler Pfarrkirche gelegenen Kapelle. Doch dauerte es anscheinend über 400 Jahre, bis der Ort „mit rector und plebanus, d.h. mit einem residierenden und wirklichen Verwalter des Pfarramtes“ in einer Steuerrolle des Straßburger Bistums 1464 wieder angeführt wurde. Auf Grund der Doppelbezeichnung Kenle (auch Keule) vel Iringen in Steuerrollen von 1496, 1513 und 1599 kam Barth

zu dem Schluß, daß Kehl und Jeringheim eine gemeinsame Pfarrkirche besaßen.

Joseph Schaible führt Marlen als einen Hauptüberfahrtsort auf: „Die vielen kleinen Schiffe, welche dazu erforderlich waren, machten Führer und Bedeckung nötig, weswegen unter Kaiser Probus eine Legion Seesoldaten (maris legio) auf dem diesseitigen Überfahrtspunkt stationiert wurde.“ Wie vor ihm J. B. Kolb leitete er daraus den Ortsnamen ab: „Aus maris legio aber entstand mit alemannischer Endung Mareley, in welchem wir unser heutiges Marlen erkennen.“¹⁷

Während Josef Schäfer den 1283 in einer Urkunde erscheinenden Namen Marheim als Heim des Maro deutete,¹⁸ hielt Ernst Batzer einen Zusammenhang mit marei für möglich, das im Niederdeutschen und Angelsächsischen Morast bezeichne.¹⁹ Seine Bemerkung, daß der Ort in Urkunden Mareley geschrieben wurde, hat er leider nicht belegt.

Gegen die Benennung des Ortes nach einer römischen Legion unter Probus (276–282 n. Chr.), über deren angeblichen Stationierung in Marlen nichts bekannt ist, spricht auch die Deutung des gleichlautenden Marlenheim im Elsaß, das wie das rechtsrheinische auch verkürzt als Marle gesprochen oder geschrieben wurde. E. Herr zieht ihn zur Stütze seiner Erklärung heran, daß „Aquileia“ (alter Name von Maursmünster) eine keltisierende Bildung sei: „Wir können zum Vergleich anführen das in der Meinhardsurkunde (zirka 1140) vorkommende ‚Marleium‘, dessen Femininform ‚Marleia‘ heißen würde, wie denn dieser Ort (heute Marlenheim) in trad. Wiz. als ‚maralegia‘ (a. 780, Urk. 190) und ‚marelaigia‘ (a. 742, Urk. 52) erscheint. Im Keltischen wird das Suffix = eio, – = eia in Orts-, Fluß- und Personennamen für das reguläre -iacum gebraucht.“²⁰

Der auch von Rusch vermutete Verkehr über den Rhein mit „zwei stark belebten Fähren“ bei Hundsfeld und bei Ruprechtsau in römischer Zeit ist jedoch nicht nachweisbar.²¹ Wahrscheinlicher ist die Annahme von Forrer, daß Holzbrücken die zu passierenden Altrheine und auch die „zwei großen Rheine vor Kehl und Hundsfelden“ überbrückt haben. Nach Silbermann hatte sich der Rhein am untersten Eck des Rohr Schollen, in dem einst der westlichste Gemarkungspunkt von Goldscheuer, der Grenzstein Nr. 81, stand, in zwei Arme geteilt: den großen tiefen Gießen und den Hundsfelder-Rhein.²² Doch die vermutete Rheinbrücke – auch von Goehner und Brumder auf einer Skizze des Straßennetzes im 2. Jh. n. Chr. auf der Route von Argentorate nach „Hundsfelden“ festgehalten²³ – scheint keine Relikte hinterlassen zu haben, und auch von „der römischen Militärstraße, die von Argentorate nach Offenburg führte, fehlt vorerst noch jede Spur.“²⁴ Diese Feststellung von Naudascher, der sich eingehender mit dem römischen Straßennetz im Raum zwischen Straßburg und dem Kaiserstuhl beschäftigt, kann auch von Oberkonservator Dr. G. Fingerling nur bestätigt werden: „Die alte Frage, wo nun eigentlich die

Kinzigtalstraße westlich von Offenburg bis Straßburg verlaufen ist, läßt sich also durch die Luftprospektion auch nicht entscheiden, wenigstens bis heute nicht.“²⁵

3. *Straßburger Rheinfähren im Mittelalter*

Die kriegerischen Ereignisse im 4. Jh. n. Chr., als die Stadt 352 durch die Alamannen zerstört wurde und die Verheerungen der Germanen auf linksrheinischem Gebiet „unvorstellbar“ gewesen sein müssen,²⁶ eine erneute Eroberung Straßburgs durch die Alamannen im Jahre 406 und der Abzug der Römer vom Rhein sowie die 451 erfolgte Zerstörung durch die Hunnen waren der Erhaltung oder Erneuerung der Rheinbrücken nicht eben förderlich. Wenn es aber keine festen Brücken mehr gab, so doch stets Fähren, zumal diese auch bis in die Stadt hinein verkehren konnten, wie dies bei der Schifffahrt der Fall war. Matthaeus Merian²⁷ schilderte das für das Jahr 1652 sehr anschaulich: „Theils vergleichen diese Stadt mit Venedig, indem sie so viel Canäl hat, durch welche die Schiffe schier in alle Gassen können geleitet werden. Sie ist aber gesunder und lustiger als Venedig, weiln zu Venedig gesaltzen und stinckendes, zu Straßburg aber ein süß und lauterer Wasser ist; als daselbst ein Arm vom Rhein, wie auch die Ill von Mittag und die Breusch vom Abend lauffend zu finden. Und kann man auf besagtem Arm vom Rhein in die Stadt und wieder hinauffahren.“ Dabei muß man davon ausgehen, „daß der Rhein in prähistorischer Zeit und noch in mittelalterlicher, so auch in römischer Zeit seine Arme viel näher an das damalige Stadtgebiet heranschickte, als dies heute (besonders seit der Rheinregulierung im XIX. Jahrhundert) der Fall ist.“²⁸ Trotzdem hören wir urkundlich von einem Fährverkehr über den Rhein erst 1277.²⁹ Da 1249 die Herren von Lichtenberg als Vögte der Stadt erwähnt werden und zur Vogtei die Niederfahr in der Nähe der Ruprechtsau und die Oberfahr oder Hundsfelder Fahr gehörten, hätte man eine Erwähnung mindestens schon in jenen Jahren erwarten können.

Die Kontinuität des Rheinübergangs von den römischen Brücken zu den Fähren im Mittelalter blieb aber offenbar gewahrt, denn nach Forrer führte das Osttor der Stadt via Ruprechtsau in Richtung Nordbaden und das Südtor via Neudorf–Hundsfelden–Offenburg in Richtung Südbaden, also in Richtung der unteren und oberen Fähre. Doch auch Forrer war eine Lokalisierung der Hundsfelder Fähre nicht möglich: „Aufgrund des starken Flußbettwechsels vermögen wir wohl heute nicht mehr präzis anzugeben, wo die Fähre Hundsfeld lag, jedenfalls einem Rheinarm gegenüber, der Richtung Straßburg floß.“

Nachdem über alle drei Rheinfähren urkundliche Nachrichten vorliegen, wobei die (mittlere) Fähre „zu den Hunden“ zuerst erwähnt wird, sollte man annehmen, daß eine Darstellung des Fährverkehrs unproblematisch sei. Doch dem ist nicht so.

Johann Andreas Silbermann war der Auffassung, daß es in alten Zeiten, bevor es eine feste Rheinbrücke gab, in der Straßburger Gegend zwei Fähren über den Strom gegeben habe: „Die eine bey Kehl wurde die Obere Fahr genennet, die Nieder Fahr aber war in der Ruprechts-Au, derselben wird im Jahr 1392 also gedacht: ‚daß die Fahrherren die Wege und Stege machen in Ruprechts-Au, als sie von Alters her gewesen‘.“ F.J. Mone, der 1864 Urkunden aus dem Stadtarchiv Straßburg zur Rheinüberfahrt bei Kehl veröffentlichte und zu ihrem Verständnis die Örtlichkeiten jener Gegend erklären wollte, passierte das Mißgeschick, daß er fälschlicherweise als Standort des Dorfes Hundsfeld den Platz der späteren Stadt Kehl angab. Daraus ergab sich natürlich auch seine irrtümliche Darstellung des Fährbetriebes: „Es bestanden zwei Überfahrtstationen, eine obere zu den Hunden und eine untere zu Hunsfeld; jene war der Straßburgische Abfahrtsplatz bei einer Kapelle, genannt S. Johann zu den Hunden, diese der Kehler Abfahrtsplatz an der Stelle, wo jetzt die Stadt Kehl liegt.“³⁰ Deshalb behandelte er die Hundsfelder Fahr und erwähnte die Ruprechtsauer nicht. Aus den von ihm angeführten 18 Urkunden, die den Zeitraum von 1277 bis 1374 umfassen, schloß er, daß die beiden Rheinüberfahrten auf gemeinschaftliche Rechnung einer Gesellschaft von Kapitalisten beider Ufer betrieben wurden. Für beide Rheinfähren wurden von den Fahrherren 32 Anteile ausgegeben, und Mone hielt es für wahrscheinlich, daß die Fahrgesellschaft die Nachfolgerin einer römischen *societas vectigalium* war, da solche Gesellschaften im römischen Recht allein erbliche Anteile der Mitglieder kannten. Anscheinend konnten aber gelegentlich Anteile an der Fahr zu den Hunden unabhängig von der Hundsfelder erworben, veräußert oder verschenkt werden, denn beispielsweise wurde nach einer Urkunde vom 14. 5. 1277 dem Kloster Katharina bei Straßburg nur der 3. Teil am Fahr zu den Hunden geschenkt, wie auch 1310 dem Bürger Konrat von Otoltzhoven und seinen Erben ein Drittel an der Fahr zu den Hunden verkauft wurde.

Daß in einer Urkunde vom 6. 12. 1337, bei der es sich um die Belehnung des Straßburger Bürgers „Johannese Pauwels Mosunges sun“ durch Walther von Geroldseck handelt, von „dem obern far des Rines zu den Hunden ussewendig der stat zu Strazburg“ die Rede ist und in einer späteren Urkunde von 1344 Hundsfeld als obere Überfahrt (in *passagio superiori apud Hunesvelt*) genannt wird, verwirrt. Johannes Beinert fand dafür eine Erklärung: als 1333 bei Ruprechtsau eine neue Fähre aufgetaucht sei, welche die untere genannt wurde, hießen die beiden anderen, die gemeinsam von einer Fahrgesellschaft betrieben wurden, fortan die oberen.³¹ Rusch hielt dem entgegen, daß die Ruprechtsauer Fahr, wenn auch nicht unter dieser Bezeichnung, schon früher bestanden haben müsse, zumal „der Schnittpunkt der Straßen nach Bodersweiler, Kork und Auenheim auf eine schon zu Römerzeiten vorhandene Landungsstelle hinweist.“

Eine besondere Version findet sich bei F. v. Apell: „Ursprünglich befanden sich in der Nähe Strassburgs zwei Fähren über den Rhein: die obere Fähre zu

Hundsfelden und die untere oder niedere Fähr in der Ruprechtsaue; beide waren jedenfalls uralt. Die Fähr zu Hundsfelden lag bei dem gleichnamigen Dorfe oberhalb Kehl, noch etwas oberhalb gegen Marlen zu, und gelangte man vom Johannisthor wohl durch die heutige Musau dahin. Zu dem Zwecke mußte man eine zweite Fähr benutzen ‚ad undis‘, oder verderbt ‚zu den Hunden‘ genannt, welche zweifellos über den Johannis- oder Rheingießen führte, deren Lage wir aber nur vermuten können, und zwar an der Stelle, wo sich nachmals die sogenannte hohe Brücke, gleich rechterhand vor dem Johannisthore befand. Diese beiden Fähren, die zu Hundsfelden und ad undis, gehörten nicht der Stadt Straßburg, sondern den Herren von Lichtenberg und anderen Mitbesitzern und wurden erst um 1374 von der Stadt erworben (Stdt. Arch. AA. 1691), die dann bald darauf den Bau einer stehenden Brücke über den Rhein unternahm, durch die jene Fähren ersetzt wurden.“³²

Es sei hier festgehalten, was manchem selbstverständlich erscheinen mag, daß also Apell von einer linksrheinischen Fähr nach Hundsfeld ausging, wie später beispielsweise auch Forrer (673) von einer oberen Fähr sprach, „die gegen Hundsfelden lag“. Und schließlich bezeichnete Arthur Beyler in seiner „Geschichte der Ruprechtsau“ (1955) die obere (südliche) Fähr als „die zum Hundsfeld beim Neuhof“ führende.

4. *Hundsfeld = Fährfeld*

1965 stellte der verdienstvolle Kehler Heimatforscher Klaus Hornung die These von einem großen, alle drei Fähren verbindenden Fährsystem auf, wobei die Fähr zu Hundsfeld den Ausgangspunkt bildet. Er nahm an, daß an dieser Abfahrtstelle eine kleine Bucht vorhanden war, „in welcher immer genügend Schiffe (Hunde) für den Bedarf einer Fähr ankerten. Wahrscheinlich war ihre Anzahl sogar sehr groß, so daß der Name Hundsfeld = Fährfeld entstehen konnte“.³³ Diese Namensdeutung fußt auf einem von Hornung zitierten Beleg im Schweizer „Idiotikon“: „auch soll der meiger (Meier) einen hund han und da warten, daß er die lüte und karren und pferd überführe“. Die Deutung „Fährfeld“ und das hypothetische Fährsystem stehen insofern in einem Zusammenhang, als die behauptete Ansammlung von Fähren auf der Vorstellung von dem durchgehenden Fährsystem und der dadurch bedingten längeren Abwesenheit der Fähren vom Hundsfeld beruht.

Die Konstruktion des einheitlichen Fährsystems ergab sich aus der Auffassung, daß eine Überfahrt nur mit seillosen Gierfähren möglich gewesen sei. Seilfähren schloß Hornung aus zwei Gründen absolut aus: „Erstens zerstörten Hochwasser die Verankerung der Seile, und zweitens ließen die vielen Inseln eine direkte Querverbindung nicht zu. Es sei denn, man hätte von Insel zu Insel je ein neues Seilsystem aufgebaut, was aber sehr zeitraubend und umständlich gewesen wäre. Ein seilloses Giersystem zwischen den Inseln läßt sich außerdem auch bei hohem Wasserstand in Betrieb halten, aber in jedem Fall



*Hundsfeld (Gemarkungsteil von Eckartsweier): schwarz umrahmt.
 Topogr. Karte 1:25000, Ausschnitt aus Bl. 7412. Herausg. vom Landesvermessungsamt Baden-Württemberg, Stuttgart, Ver-
 vielf. Genehmigung, unter AZ. 5. 11. 1422. Thematisch ergänzt durch Dr. Erwin Dittler.*

nur mit einer großen Abtrift. „ Ein Boot oder eine Fähre habe ohne große Muskelkraft von Hundsfeld das andere Ufer beim ehemaligen „Kleinen Rhein“ in einer Entfernung von 600–800 m erreichen können.

Nun hatte schon Beinert die Frage aufgeworfen, ob über drei Rheinarme auch drei verschiedene Fahren liefen; wahrscheinlich sei, daß die ruhigen Stromteile mittels Stege und Brücken bereits überschritten wurden. So auch Kistler bei der Einweihung der Fähre Greffern–Drusenheim am 9. 9. 1961:³⁴ „Seit jeher schlingerte der Rhein, in mehrere Arme zersplittert auf einer sehr breiten Fläche dahin. Der Übergang erfolgte damals von Insel zu Insel und wurde durch Holzbrücken erleichtert.“

Staktechnik gegen große Abtrift

Nach Darstellung von Max Honsell bot der Rhein „das Bild eines Wildstromes, der mit seinen zahlreichen Armen und Gießen, Inseln und Kiesbänken einen Landstrich von mehreren Kilometer Breite einnahm.“³⁵ Wenn auch Überflutungen nicht selten waren, so konnte doch insgesamt bei einem „träg dahinfließenden Rhein“³⁶ die Abtrift nicht besonders groß gewesen sein. Sie konnte überdies vermieden werden, wenn der Fährmann bei geringerer Strömungsgeschwindigkeit das Boot flußaufwärts stakte. Das war schon in alter Zeit gehandhabt worden:

„Der älteste schriftliche Beleg für Floßfähren, die der Fährmann mit einer Stange weiterstößt, findet sich als Beispielssatz in einem grammatischen Traktat der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts von Island. Solche Floßfähren konnten auch an einer über den Fluß gespannten Leine von Ufer zu Ufer pendeln.“³⁷ Bei besonderen Stromverhältnissen bediente man sich auch eines anderen Gerätes: „Eine besondere Ausführung der Stakstange mit gabelförmigem Ende ist das Stakruder, mit dem man staken und rudern kann. Diese Doppelfunktion ist für Gewässer mit stellenweise sehr weichem Untergrund oder zahlreichen tiefen Stellen (etwa Einmündung von Nebenflüssen usw.) von großer Bedeutung, weil dort eine gewöhnliche Stakstange nicht zu benutzen ist. Die Stakruder sind sozusagen Staken mit starkem Ruderblatt.“ Und weiter weist Ellmers darauf hin, „daß die Staktechnik bei der Bergfahrt der Binnenschiffe im frühen Mittelalter nahezu im gesamten Untersuchungsgebiet nachzuweisen war“. Und wenn schließlich ein mit Stakruder ausgerüsteter Kahn in der späten Kaiserzeit für die Strecke Andernach–Straßburg nachgewiesen ist, darf man wohl annehmen, daß ein Fährverkehr quer über den Strom im Straßburger Bereich mit Hilfe der beiden Ruderstangen möglich war, die das Schifferdorf Greffern im Gemeindewappen führt: dem Staken und dem breiteren Ruderblatt, „das in der Schifffahrt und den Kähnen des Fährdienstes benützt wurde“.³⁸ Dazu noch das Urteil des Geographen Friedrich Metz:³⁹ „So große Kühnheit und Gewandtheit das Wasserhandwerk erforderte, und groß war der Ruhm der Rheinschiffer von Straßburg und dessen Umgebung, die Überschreitung des Stromes war hier verhältnismäßig leicht zu bewerkstelligen.“

Hochseilfähren an der Weser

Ähnliche Verhältnisse wie am Rhein herrschten auch an der Weser, wo die häufigen Überschwemmungen nicht nur den unbefestigten Ufern, sondern auch anliegenden größeren Siedlungen schwer zusetzten. Besonders gefährdet war die Stadt Bodenwerder: „Bei dem größten bekannten Hochwasser 1342 sind in der Stadt 72 Menschen ums Leben gekommen.“ Wegen sinnloser Brückensprengungen am Ende des letzten Krieges war man wieder auf die Fähren angewiesen: „Alle bestehenden Fähren sind Hochseil- und Gierfähren. Ihre Vorläufer gehen z.T. bis in das frühe Mittelalter zurück. Vereinzelt stehen an den Fährstellen noch die hölzernen Triebwerke, mit denen in älterer Zeit (vor durchfahrenden Schiffen) das Herablassen und Wiederhochwinden des flach über dem Stromspiegel gespannten Fährseiles bewerkstelligt wurde.“⁴⁰

Möglicherweise fanden sich also hier Hinweise zur Bestätigung der Horning'schen These. Da bot sich beispielsweise Höxter an, wo 775 das fränkische Reichsaufgebot südlich der später gegründeten Stadt am Brunsberge über den Strom setzte und spätestens 836 eine Fähre verkehrte, doch in „Höxter ebenso wie in Lüchtringen läßt sich kein Straßen- oder Flurname mit der Zusammensetzung ‚Hund‘ feststellen.“⁴¹ Von dem unterhalb gelegenen Holzminden zog die „Paderborner Heerstraße“ nach Hildesheim; die Ende des 12. Jh. gegründete Markt- und Zollstätte kennt weder „eine Hundsgasse oder einen Hundspatz“ noch ähnliche Bezeichnungen aus früherer Zeit.⁴² Bodenwerder, wie Holzminden einst Weserstapelplatz, weist ebenfalls keinen Namen mit „Hund“ bei Fähren oder Umschlagplätzen auf.⁴³

Wenn der Betrieb mit Hochseilfähren an der Weser möglich war, konnte das am Rhein nicht unmöglich gewesen sein. Tatsächlich wurde am südlichen Oberrhein nach dem Scheitern des Projektes einer Schiffbrücke bei Breisach im Jahre 1836, also noch vor der Durchführung der Rheinkorrektion, der Plan einer „fliegenden Brücke“ anstelle einer einfachen Fähre aufgegriffen und 1845 verwirklicht.⁴⁴ Im Jahre zuvor hatten die Gemeinden Rheinau und Kappel ihre Regierungen um die Errichtung einer „fliegenden Brücke“ (bac volant) gebeten, die dann 1813 errichtet wurde, aber der starken Strömung nicht gewachsen war.⁴⁵ Wie in Neuenburg vor dem Bau einer „fliegenden Brücke“ im Jahre 1866 eine Überfahrt vonstatten ging, zitiert Winfried Studer aus der Schilderung von Margarethe Spörlin: „Ein Fischerbube mußte in einem Kahn über den Rhein nach Neuenburg fahren, um die Schiffsleute mit dem großen Schiff zu holen. Nach einer langen Stunde hieß es, das Schiff warte am Talweg des Rheins. Wagen und Pferde brachte man auf einen großen, flachen Kahn, die vier Reisenden stiegen in die Kutsche, an einem langen Seil wurde der Kahn bis zur ersten Insel gezogen, auf die gleiche Weise zu einer zweiten, und so kamen sie zum Talwege.“⁴⁶ Nach einer beschwerlichen Überfahrt erreichte man nach einer dreiviertel Stunde das rechte Ufer, führte doch der Strom wegen der Schneeschmelze viel Wasser.

Die Art der Fährre hing natürlich von den örtlichen Verhältnissen ab, aber auch von den finanziellen Möglichkeiten. So sah man beispielsweise bei der Moselfährre von Dieblich wegen der höheren Kosten von einer Hochseilfährre ab und führte das Seil unter Wasser zum anderen Ufer.⁴⁷

Schwierigkeiten beim Treideln

Da bei Hornungs Fährsystem die Fährren nur stromabwärts führen, mußten sie aber auch notgedrungen auf längeren Strecken zurücktransportiert werden. So sammelten sich nach seiner Darstellung die Fährren entweder am Jeringheimer Bronnen bei der heutigen Falkenhausenschule in Kehl, „um wieder zu Berg nach Hundsfeld, vorbei am Dorf Jeringheim getreidelt (d.h. mit einem Seil gezogen) zu werden“, oder: „Die an der Hundsmatt gelandeten Fährren wurden dann als einzelne Boote in ca. 2 bis 3 Stunden die Strömung aufwärts gezogen, um entweder bei Kehl oder bei Hundsfeld je nach Bedarf, zu neuem Einsatz bereit zu stehen.“ Ein solcher Fährbetrieb setzte aber instandgehaltene Treidelpfade voraus, wenn es nicht zu unvorhergesehenen Verzögerungen kommen sollte, die sich naturgemäß am Rande des Wild-Waldwassers infolge abgebrochener starker Äste, entwurzelter Bäume, weggeschwemmter Stege, neuer Gießen usw. ergaben.

So mußte noch 1754 der französische Intendant Lucé in Straßburg auf Ersuchen der Anker-Zunft eine Ordonnanz erlassen, wonach Gemeinden und Privatpersonen, die in dem Abschnitt zwischen Wanzenau und Lauterburg am Ufer des Rheines Grundstücke besaßen, angehalten wurden, innerhalb eines bestimmten Uferstreifens Bäume, Stauden, Dornhecken usw. so nahe am Erdboden abzuhaufen, daß die Schifflente beim Treideln nicht behindert wurden. Trotzdem hatten diese, wie Carl Löper⁴⁸ weiter berichtet, nach wie vor auf der Strecke von Speyer bis zur französischen Grenze mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, da die Leinpfade sich in sehr schlechtem Zustand befanden: „oft mußten sie beim Ziehen der Fahrzeuge tief im Wasser und sumpfigem Terrain waten“.

Noch am 23. 9. 1816 führte das badische Finanzministerium gegen den Ausbau der Wasserstraße von Basel bis Kehl ins Feld: „Wegen der vielen Inseln und der Veränderlichkeit des Flußbetts auf diesem Abschnitt sei ‚die Herstellung eines ordentlichen Leinpfads für Pferde unmöglich‘, dagegen werde zur Erleichterung der Schifffahrt ‚durch Herstellung der Pfade für Fußgänger‘ einiges geschehen können.“⁴⁹ Man kann sich demnach gut vorstellen, mit welchen Schwierigkeiten in älterer Zeit das Treideln auch auf kürzeren Strecken ober- und unterhalb von Kehl verbunden war. Schließlich handelte es sich nicht nur um leichtere Fährren, die „notfalls auch über Land getragen werden“ konnten. Man muß bedenken, daß Straßburg seit undenklicher Zeit mit der rechtsrheinischen Region Handel trieb. Straßburger Bürger besaßen in der Ortenau zahlreiche Güter, deren Produkte in die Stadt geschafft wurden. Die

Stadt versorgte sich weitgehend mit Produkten aus dem Raum zwischen Rhein und Schwarzwald. Und wie Jacques Ungerer⁵⁰ weiter feststellt, hat die spätere Rheinbrücke diesen Warenverkehr nicht erst ins Leben gerufen, sondern erleichtert. Über den Rhein mußten also nicht nur Personen, sondern Fuhrwerke aller Art geführt werden. Trotz besserer Verhältnisse nördlich von Straßburg vermerkt eine Denkschrift aus dem Jahre 1825 über das Treideln von Schiffen ab Schröck: „Nachts um 2 Uhr ist die Mannschaft an die Schiffe angespannt und nun beginnt ein sehr mühsamer Zug, der oft seine Bahn durch das Wasser nehmen muß, das den Ziehenden bis an die Gürtel reicht.“⁵¹

Auch nach diesem kleinen Exkurs in den Bereich des Treideln findet sich nichts, was die Fahrherren von Hundsfeld und Straßburg hätte dazu bewegen können, vom üblichen Querverkehr über den Strom abzugehen, zumal beim Treideln mit Pferden diese wieder vom Hundsfeld bis zur angenommenen Anlegestelle südlich von Auenheim zurückgeführt werden mußten.

Wenn es aber einfacher und zweckmäßiger war, die Fähre direkt über den Rhein zu führen, bedurfte es aber auch nicht einer sehr großen Zahl von Schiffen („Hunde“), die der Siedlung Hundsfeld den Namen gegeben haben sollen. Angesichts der immer wieder hervorgehobenen Bedeutung der Hundsfelder Fähre muß es überdies verblüffen, wenn auf der Skizze des Fährsystems in der „Ortenau“ 1965, die 1984 im Burgenband unverändert publiziert wurde, überhaupt keine direkte Fährverbindung von Straßburg nach Hundsfeld eingetragen ist! Für Hornung war Hundsfeld im Mittelalter lediglich die ideal gelegene Abfahrtsstelle einer Fähre. In seiner Auffassung fühlte er sich vielleicht dadurch bestärkt, daß in den von Mone angeführten Urkunden nirgends ausdrücklich von Hundsfeld als einem Landeplatz die Rede ist.⁵²

Ein Tannenbaum war noch kein „Hund“

Der von Hornung zitierte Hinweis im Wörterbuch von Grimm (1877), wonach Flößer einen starken Tannenbaum als „Hund“ bezeichneten, könnte nun eine Annahme von Hund = Kahn oder Fähre als durchaus plausibel erscheinen lassen. Detlev Ellmers, der sich eingehend mit den frühgeschichtlichen Wasserfahrzeugen in Europa nördlich der Alpen beschäftigte, stellte als Resultat seiner Forschung die überragende Rolle des Einbaumes heraus: „Er wurde nicht nur selbst bis ins 20. Jahrhundert als Fischerei-, Fähr- und Transportboot benutzt, sondern war auch der Ausgangspunkt für die Entwicklung der meisten und wichtigsten mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Binnenschiffstypen.“⁵³

Ein 1933 bei Speyer in einem Altrheinarm freigelegter Einbaum, der ungefähr 11 m lang und bis zu 61 cm breit war, stammt etwa aus dem Jahr 600 n. Chr. und dürfte nach Ellmers als Fischerboot für zwei Mann Besatzung oder als Fähre für maximal 7 Personen gedient haben.

Doch bei Grimm lautet die Erklärung keineswegs so allgemein, sondern betrifft die spezielle Funktion des Baumes: „hund heiszt auch rheinisch ein starker tannenbaum, der bei St. Goarshausen ins Wasser gelassen wird, um das flosz vor gefahr auf der ‚bank‘ (felsen) zu bewahren.“ Und auch ein weiterer Hinweis auf eine übertragene Bedeutung von Hund zielt auf dessen Funktion: „bei den floszleuten auf der Isar, die verbundenen breter oder bäume, welche sie unter einem gegen den strom mehr oder minder offenen winkel an einen auf dem sand fest sitzen gebliebenen flosz bringen und mittels seilen fest halten, um durch diesen auffang den andrang des wassers wirksamer und sich wieder flott zu machen.“⁵⁴

Auch die Beschreibung zweier einfacher „Floßmaschinen“ in dem von dem Großh. Badischen Oberforstrat K. F. V. Jägerschmid zum Gebrauch für Forstmänner und Holzhändler herausgegebenen „Handbuch für Holztransport- und Floßwesen“, dessen 2. Band 1828 erschien, vermag die Deutung Hund = Kahn oder Fähre nicht zu unterstützen. Der aus drei Tannenstämmen zusammengesetzte „Hund“ wurde vorne zu beiden Seiten des Floßes befestigt. Durch Abdrücken des freien Endes unterstützte man je nach der Strömung die Steuerung, vor allem auch dann, wenn die Ruderarbeit nicht mehr ausreichte. In ähnlicher Weise setzte man aus drei Tannenstämmen die „Stechschnur“ zusammen, die besonders dann Anwendung fand, wenn das Floß auf dem Ufer oder auch in der Floßstraße aufzulaufen drohte.⁵⁵

Zum Abbremsen und Anlanden der Flöße bei größeren Flüssen wurden neben den großen Ankern auch die kleineren „Hundanker“ geworfen.⁵⁶

Schließlich ist am „Oberländer“, einem vornehmlich am Mittelrhein bekannten Schiffstyp, der sogenannte „Hundskopf“ bekannt. Die am Top des Schiffsmastes befestigte Treidelleine lief über einen Block, den „Hundskopf“, „der die Zugkraft durch ein Tau auf das Treidelpoller übertrug“.⁵⁷ Nun ist es aber keinesfalls so, als ob der „Hund“ eine dominierende Rolle gespielt hätte. So erwähnt Jägerschmid neben dem „Hundanker“ eine andere Ankerart, den „Wolf“, ein schweres Gerät aus Eisen. Und die Abhandlung „Deutsche Bauern- und Fischerboote“ von Walther Mitzka enthält etliche andere Tiernamen: den „Ziegenrücken“ für ein satteldachförmiges Verdeck bei den Flußkähnen, die „Schnecke“ als Schmuckkörper an den Schiffsenden. Ein Brett, das als Ruderstütze für das Stehruder zur Erhöhung der Bordkante an den niedrigen süddeutschen Typen angebracht wird, nennt man in der Schweiz u. a. „Fahhengst“. Ein letztes Beispiel: im Zusammenhang mit dem „Sicken“, als dessen ausschließliches Merkmal der Fischraum im Boot bezeichnet wird, stößt man auf ein anderes Tier: „Das Wort ist von dem verbreiteten Wort ‚Sau‘ = Schiff mit Fischkasten herzuleiten.“⁵⁸

Findet sich auch kein „Hund“ als Wasserfahrzeug, so doch als Transportmittel auf dem Land: wir kennen den Förderhund oder Förderkarren im Bergbau,

was auch chien im Französischen oder dog im Englischen bedeuten kann. Das Vorarlbergische Wörterbuch kennt ihn ferner als einen starken, kurzen Schlitten für den Transport für Langholz, wobei die Stämme auf dem rückwärtigen Ende nachgeschleift werden. Bisweilen wurde der „Hund“ an einen anderen Schlitten angehängt, und manchmal wurden die nachgeschleiften Stämme selbst „Hund“ genannt.⁵⁹ Aber auch die letzte Heubürde beim Heutransport vom Berg ins Tal wurde so bezeichnet. Schließlich ist der „Hund“ (kutya) als Schlitten zum Fortbewegen auf dem Eis mit Stöcken in Ungarn noch bekannt.⁶⁰

5. *Idiotikon*: „Hund“ mit Fragezeichen

Die Frage war nun, ob die von Hornung zitierte Quelle auch den wissenschaftlichen Anforderungen entspricht. Hören wir, was Dr. Kurt Meyer, Redaktor am *Idiotikon*, über den Beleg zu sagen weiß: „. . . die Bezeichnung ‚Hund‘ für eine Fähre kenne ich auch nur aus *Idiotikon* II 1428, wo sie (als Bedeutung 2bi) zudem mit einem nicht unberechtigten Fragezeichen versehen ist, denn die dortige Angabe beruht auf einer einzigen Stelle im Dinghofrecht von Kleinkems aus dem Jahre 1384, das bei L. Burckhardt, *Die Hofrödel von Dinghöfen Baselerischer Gotteshäuser und anderer am Oberrhein*, Basel 1860, S. 145, wahrscheinlich nicht nach dem Original, sondern nach einer jüngeren Kopie wiedergegeben ist. Ein Schreib- oder Lesefehler ist also nicht ausgeschlossen. Wenn ‚Hund‘ aber stimmt und mit ‚(Art von) Fähre‘ richtig umschrieben ist, so bleibt der Verdacht groß, es handle sich um eine ganz spezielle, beinahe individuelle, jedenfalls wenig verbreitete Benennung. Sollten sich aber weitere Spuren finden lassen, so wären sie zudem eher im elsässisch-oberrheinischen Raum (zu dem ja auch Basel in der älteren Zeit durchaus gehörte) als in der Schweiz zu suchen. Ortsnamen mit ‚Hund‘ sind uns außer den wenigen im *Idiotikon* a.a.O. genannten nicht bekannt, und diese geben keine Handhabe, eine Fähre als Benennungsmotiv anzunehmen.“⁶¹

Der fragliche Text in Nr. 16 lautet bei Burckhardt: „Item ouch sol der Meiger in dem obern Hof ze kleinen Kempes einen Hund han und da warten das er die Lüte und Karren und Pferd überführe umb sinen Lon vor einem Mensch ein Zinspfennig und von eim Pferd 4 Zinspfennig.“ Der Wortlaut hat zwar „das Original, nämlich Klosterarchiv St. Alban J S. 167 bzw. H S. 311, im großen und ganzen korrekt wiedergegeben“, wobei einige orthographische Unterschiede bestehen,⁶² doch die genannten Codices J und H stammen aus dem Jahr 1489 (Urbarium oder Berainbuch) bzw. aus der Zeit von 1486–1505 (Registratur). Das gilt auch für die von Gilomen⁶³ empfohlene bessere Wiedergabe des Weistums von St. Alban bei Grimm, *Weistümer* 1, 654–657. Dort steht im Abschnitt „Großkems. 1384, nach dem auszug im urbar von sanct Alban a. 1486“ in Nr. 12: „Item auch soll der meier in dem obern hof zu kleinen Kems einen hund han, und da warten, das er die lütt, und korn und pferd da über führe um sinen lon . . .“

Es bleibt dahingestellt, ob man daraus die von Hornung gezogene Folgerung ableiten kann: „Das Idiotikon ist das einzige bisher mir bekannte Wörterbuch im deutschen Sprachgebiet, das ‚Hund‘ = Kahn oder Fähre noch kennt. Dies deutet auf ein sehr hohes Alter hin und läßt vermuten, daß die ursprüngliche Bedeutung dieses Namens schon Ende des ersten Jahrhunderts ‚verschüttet‘ wurde.“

Ein Abschreibfehler?

Ich vermute, daß ganz einfach ein Abschreibfehler vorliegt, der vom letzten Schreiber übernommen wurde. Dieses Übel ist nun leider keine Seltenheit. Was Wolfgang Krämer im Zusammenhang mit einem Weistum von 1421 vermerkt, dürfte auch in unserem Falle zutreffen: „Wie so oft bei Kopien in alten Zeiten ist auch hier die Vorlage nicht einwandfrei wiedergegeben, indem manche Wörter bzw. Schriftzeichen nicht mehr verstanden, mithin fehlerhaft wiedergegeben und selbstverständlich in dieser mangelhaften Form beglaubigt wurden. So bleibt mancher Ausdruck unverständlich.“⁶⁴ Es passierte, was immer vorkommen kann: ein paar Wörter wurden ausgelassen. Ein Vergleich mit dem Weistum des Rohrer Hofes der Abtei Himmerode im ehemaligen Oberamt Boppard könnte das erhärten. Dort heißt es in einer Aufzeichnung aus der Mitte des 16. Jahrhunderts: „6. Fragt der scholteß, wer auf dem staat wohnen soll? Antwort der sechste scheffen: ‚Da soll wohnen ein ferger, der soll haben eine haußfrau, ein nachen und ein roder, einen hund und einen hannen und eine hene, was er weiderß hat, soll er mit gnade der hern haben‘.“⁶⁵ Und so müßte es wohl im Dinghofrecht von Kleinkems zumindest lauten: „Item ouch sol der Meiger in dem obern Hof zu kleinen Kempes einen Hund han und ein Nachen und da warten . . .“

Stünde wirklich „Hund“ für einen Kahn, so sollte man annehmen, daß dieser Begriff auch im weiteren Text verwendet würde, doch steht bei Grimm im gleichen Abschnitt: „. . . hätte er denn fremder lütten im schiff“, wie auch bei Burckhardt eine Stelle im nächsten Abschnitt lautet: „so sol er den ersten vor sich in das Schiff sezen und den nachkumend hinten in das Schiff sezen.“ Am Rande sei noch vermerkt, daß die zum Vergleich herangezogene Aufzeichnung aus der Zeit um 1550 für den Rohrer Hof von einem „nachen“ spricht, während die ältere kürzere Fassung vom Jahre 1536 den Ausdruck „Schiff“ gebraucht, wobei man z. B. 1543 in Straßburg den Nachen geradezu mit dem „Fischerschiff“ gleichsetzt.⁶⁶ Halten wir also fest, daß im Text der „Hund“ als Begriff für ein Fährschiff nicht mehr vorkommt.

Daß die Hunde in Dinghofrodeln eigens erwähnt werden, kommt nicht von ungefähr, spielten sie doch bei der Jagd eine besondere Rolle. Im Dinghofrodell von Nider-Ranspach vom 7. 12. 1449 werden besondere Anweisungen für die Behandlung der Hunde gegeben, die sich im Gefolge des Propstes von St. Alban, seines Schaffners und des Vogtes beim „Jargeding“ befinden, und dem

Bischof wurde das Recht zugestanden, daß „wenne er kunt gen Kempes oder sin Hunde oder sin Valken so sol er do haben sin Huntshus und sin Sedelhof und sin Krutgarten und sol sine Pherit stellen in den Meigerhof.“⁶⁷

Der Meier als Fährmann?

Da gibt es noch eine weitere Überlegung, die den Schluß nahelegt, daß sogar eine ganze Zeile beim Abschreiben ausgelassen wurde, denn üblicherweise verpflichtete man zum Betrieb einer Fähre nicht gerade den Meier, der sicherlich mehr zu tun hatte, als „da warten“, um der Tätigkeit eines Fergen nachzugehen. Sie beanspruchte einmal mehr oder auch weniger Zeit, jedenfalls mußte der Fährmann auf seinem Posten sein. So beklagten sich die Fergen der Grauelsbaumer Fähre im Jahre 1673 über ihre schlechte finanzielle Lage, „dieweil sie anders nichts erwerben oder arbeiten könnten, sondern beständig in Bereitschaft stehen und dem Fahr abwarten müßten, obschon oftmals in zwei, drei Tagen nicht eine Nehe gebraucht würde.“⁶⁸

Da es immer wieder zu Beschwerden über die Saumseligkeit von Fährleuten kam, wurde von allen verlangt, sich stets für eine Überfahrt bereitzuhalten. So schrieb die Mumpfer- und Kaiser-Augster Fährordnung von 1810 vor, daß der betreffende Schiffer sich von morgens bis zum Feierabend an der Fähre oder doch in deren Nähe befinden muß, damit er den Ruf „Hohl“ jedesmal vernehmen kann.⁶⁹ Auf den Ruf solle er sogleich den Nachen oder Weidling betreten. Ließ der „Fähr“ eine halbe Viertelstunde auf sich warten, war eine Buße fällig. Jeden Abend mußte er den Weidling reinigen. In der Niederschwörstadter Fährordnung von 1857 lautete die ähnliche Vorschrift: „Der betreffende Fährmann hat sich jeweils bei seinem Nachen oder doch in solcher Nähe aufzuhalten, daß er jederzeit baldigst auf den Ruf zur Dienstleistung bereit ist.“ Da dem Meier von Kleinkems das „halbe Var“ zustand⁷⁰ und er also am geordneten Fährbetrieb finanziell interessiert war, konnte er wohl kaum selbst den Fährdienst ausüben. Und offenbar mußte ständig ein Fischer und nicht ein Meier in Bereitschaft sein, denn nach dem Wortlaut bei Burckhardt (No. 17) rief man „Weidmann für über“, nach Grimm „Wardmann, fahr überhin!“.

Da 1394 zu Kleinkems ein Rheinzoll genannt wird, der im Besitz des Baslers Henmann Offenburg war, der ihn 1421 wiederum an die Stadt Basel verkaufte, die das Recht bis 1801 bzw. 1803 behielt, wäre auch möglich, daß ein Zoller gleichzeitig Fergenmeister (oder umgekehrt) war, wie beispielsweise bei der Grauelsbaumer Fähre; dort versah der Zoller mit den Fährleuten die Fahr, d.h. das Übersetzen von Personen und Fahrzeugen. Da die Kleinkemser Fähre auch dem Übersetzen von Wagen diente, darf oder muß man davon ausgehen, daß die Besatzung mindestens aus zwei Personen bestand, zumal bei einem Ausfall des Fergenmeisters an sich schon ein Ersatzmann vorhanden sein mußte. Ludwig Lauppe berichtete uns von der Fahr zu Grauelsbaum, daß zum Betrieb des

großen Fährschiffes, der Neffe oder Newe, von denen man im 17. Jh. zwei benötigte, vier Fergen und der Fergenmeister erforderlich waren.

Wie groß die Kleinkemser Fähre auch gewesen sein mag, auf jeden Fall wird man mit dem Fährdienst einen Schiffer betraut haben.

Rheinbrücke Kembs

Nichts deutet im Hofrödel von Kembs auf die einstige Bedeutung des dortigen Rheinübergangs hin. Beim Bau des Rheinseitenkanals stieß man 1950 „etwa 300 Meter östlich von Kembs auf die Reste einer römischen Brücke“.⁷¹ Dabei handelte es sich um die einzige römische Steinbrücke am Oberrhein zwischen Mainz und Basel in der Art, wie sie in Mainz und Trier errichtet worden waren. Dieser wahrscheinlich schon frühgeschichtliche Rheinübergang wird als bedeutender Kreuzungspunkt der von Besançon heranführenden römischen Straße mit der Rheinstraße erachtet, wobei J.-J. Hatt einen Brückenkopf auf badischer Seite für wahrscheinlich hält. Neuere Ausgrabungen in Sierentz rücken diesen Ort neben Kembs, wo die Arbeiten noch im Gange sind, in den Mittelpunkt archäologischen Interesses.⁷²

Der „ober nieder Hund“

Auf der Suche nach einem Flurnamen, der die Hypothese Hornungs stützen könnte, stieß ich bei Schülin-Eisele auf den „ober nieder Hund“, Teil einer Insel, der auf Grund des Vertrages von Lunéville vom 9. 2. 1801 an Frankreich abgetreten werden mußte. Nach der Beschreibung grenzte der „ober nieder Hund“ gegen „Morgen an das Mattenwerth, gegen Abend an Rauchwerth im Ist. Bann“, lag also südlich von Kleinkems auf Efringer Gemarkung. Die Namendeutung der Autoren: „Hund: Bezeichnung für etwas Minderwertiges; hier in übertragenem Sinn für wenig einträgliches Gelände.“⁷³ Wie O.A. Müller bezeugt, hat diese Deutung „kleines oder schlechtes Gewann“ viel für sich: „An zahlreichen Gewannbezeichnungen konnte ich schon die Richtigkeit dieser Erklärung nachprüfen“,⁷⁴ und auch Langenbeck rechnete „wegen Geringfügigkeit oder Minderwertigkeit“ z. B. auch den Hundsbach, der vom Hundseck zur Raumünzach fließt, dazu; „vielleicht gehören Hundsgießen und Hundsmatt hierher.“⁷⁵ Zwischen dem „ober nieder Hund“ und der Kemser Fähre bestand also offenbar kein Zusammenhang, auch nicht mit einer Fähre der früheren Gemeinde Kirchen. Diese Fähre lag nördlich der Einmündung der Kander in den Rhein, nach dem heutigen Plan ungefähr in der Höhe des „Hasenwörtle“. Der Fährbetrieb wurde nach Ausbruch des 1. Weltkrieges eingestellt.⁷⁶

Trotz der Beschreibung konnte die Insel „nieder Hund“ bisher nicht lokalisiert werden;⁷⁷ nach den Rheinkarten aus dem 19. Jh. müßten überdies die Himmelsrichtungen vertauscht worden sein, liegt doch das Mattenwörth westlich

vom Ruch Wörth Grund, es sei denn, es hätte sich westlich der Mattenwörth tatsächlich einmal ein weiteres Rauchwerth befunden. Nach der angegebenen Lage müßte die Insel an die nächstliegende elsässische Gemeinde Rosenau abgetreten worden sein, doch enthält der dortige Übersichtsplan der Gemarkung keinen Hinweis auf einen Gewinn-Namen mit „-hund.“⁷⁸

Hundspfad und Hunnenbuck

Eine Übersichtskarte über die Gemarkungen der Dörfer Schliengen, Steinensstadt und Mauchen (1736) weist östlich von Schliengen den Flurnamen Hundtsgruben auf,⁷⁹ erstmals nachgewiesen als „huntgruben“ 1366, der aber weder mit Bergbau noch mit Hunde-Grabstätten etwas zu tun hat. Weiter nördlich ist in Müllheim der Flurname „unter dem hunds rucken“ (1341) bekannt, und in Buggingen sind die Flurnamen Hundtwasser und Hundtbrunnen noch heute erhalten. Werner Fischer deutet den Hundsrücken „nach dem gewölbten Rücken des Hundes“, während bei den Bugginger Namen der Begriff der Minderwertigkeit eine Rolle zu spielen scheint. Dazu F.J. Mayer: „Meine Nachforschungen haben ergeben, daß es sich zumeist um Ackerland oder mit Gestrüpp und Buschwerk bewachsene Gelände handelt, mit Ansammlung von Grundwasser, deshalb ‚Hundsbrunnen‘“. Weiter nördlich stoßen wir bei dem am Rande des Kaiserstuhls liegenden Leiselheim zwischen Hüttenbühl und Hermannsberg wiederum auf einen Hundsrücken,⁸¹ und auf der Gemarkung Königschaffhausen liegt das Gewinn „Hundspfad“. Diese Bezeichnung konnte noch nicht gedeutet werden.⁸² War aus einem alten Hunnenpfad vielleicht ein Hundspfad geworden? Auf die sprachliche Beziehung hat O.A. Müller bei der Erklärung des auf der Gemarkung Nieder-Dossenbach stehenden „Hunnensteins“ hingewiesen; in ihm stecke eine andere Bezeichnung des Volkes für die Urbevölkerung oder die Römer, „nämlich: Hunen, Hunnen, die allerdings oft in Hühner, Hahn, Hinkel, Hennen, Hund, Hainen (Heunen) usw. umgewandelt wurden“.⁸³ Nach Friedrich Kauffmann ist Hunnenpfad bzw. Hünerstraße die heimische Benennung für eine Römerchaussee.⁸⁴ Das könnte auch für den von Friedrich Kuhn erwähnten „Hunnengraben“ zutreffen; dieser Hohlweg war der Anlegeplatz einer Fähre, die unterhalb von Kaiser-Augst von der Insel Gewehrt über den Seitenarm des Rheines zum nördlichen Ufer verkehrte.⁸⁵ Vielleicht könnte auch der Hunnenbuck, ein kleiner Hügel auf der Gemarkung des Freiburger Vororts St. Georgen, an die Römerzeit erinnern: „Die ganze Gemarkung St. Georgen wird von der wichtigen Basler Landstraße durchzogen, deren Vorläufer (Römerstraße?) von Hartkirch ab durch Wendlingen und von da weiter am Schönberg entlang führte und erst südlich der Brücke bei der Ölmühle auf die heutige Landstraße stieß.“⁸⁶

Der Hundspfad am Kaiserstuhl war also möglicherweise ein Römerweg, der bei Leiselheim von der Römerstraße abzweigte und nördlich nach Wyhl führte. Auf der dortigen Gemarkung erinnert allerdings kein Flurname an diesen

Pfad, doch soll es nach der Überlieferung „einen Acker gegeben haben, der auch Hundsacker genannt wurde, weil er angeblich während einer großen Hungersnot für einen Hund erworben wurde“. ⁸⁷ Dieser Acker befindet sich im Gebiet der jetzigen Mackenheimer Straße. Möglicherweise bestand zwischen diesem Hundsacker und dem Hundspfad eine Beziehung, die noch geklärt werden könnte.

Die Vieldeutigkeit der Bezeichnung „Hund“ läßt aber auch die Überlegung zu, ob der Hundspfad in Beziehung zu einer Gerichtsstätte stand. Tatsächlich führte er (auf der Karte als „Mittelweg“) bis zu dem Gewann „Gestühl“ der Gemarkung Leiselheim, das an der Grenze zur Gemarkung Jechterdingen liegt, wo das Hochgericht der Herrschaft Burkheim mit Galgen lag: „Der Platz liegt an der Gemarkungsgrenze gegen Leiselheim bei den Gewannen Gestühl und Gestühlacker. Er ist vermutlich der Ort eines alten Gerichtsstuhls, vielleicht der Gerichtsort des Königshofes zu Sasbach aus dem 10. Jahrhundert.“ ⁸⁸

Zum Gestühl des Gerichts wurde ein Missetäter im Mittelalter vom Hund(t) bzw. Gerichtsbüttel begleitet. ⁸⁹

Vom Straßburger Hundsgießen und der Hundsmatt bei Auenheim

Hornung betonte, daß an den 5 von 6 Abfahrts- oder Landeplätzen ein Gewässer-, Flur- oder Ortsname mit „-hund-“ in Erscheinung trete, doch ist das urkundlich nicht belegt. So ist keine „Fahr zu den Hunden bei Kehl“ als eigenständige Bezeichnung bekannt. Hornung folgte offenbar der Auffassung von Rusch, der unter den drei Rheinfähren um das Jahr 1380 die „Fahr an den Hunden bei Kehl (Landestelle etwa Pestalozzischule)“ aufführte. Die „Fahr zu den Hunden“ taucht in den Straßburger Urkunden eindeutig als linksrheinische Abfahrtstelle auf, so in Nr. 2 am 18. 6. 1297: „ad Canes extra muros Argentiniensis“. Eine andere vom 15. 10. 1300 (Nr. 5) spricht von der Rheinüberfahrt „zu den Hunden, ubi itur a civitate Argentina versus Offenburg“; eine weitere vom 6. 12. 1337 (Nr. 14) sagt: „an dem obern far des Rines zu den Hunden ussewendig der stat zu Strazburg“, und schließlich nennt eine Urkunde von 1339 (Nr. 15) die „varen zu sante Johannese zu den Hunden unde zu Hunesvelt“. Beinert kommt nach Heranziehung der Dokumente zu dem Schluß, „daß es vor etwa 1333 nur zwei Rheinfähren gab, die noch nicht in ein oberes und ein unteres unterschieden waren. Das eine ist die Fahr zu den Hunden, das andere das Fahr zu Hundsfeld. Das erste ist kein anderes als dasjenige, das bei Kehl landete. Daher trägt es einmal 1372 die Bezeichnung ‚das Fahr zu Kenle‘, während die gewöhnliche Benennung stets ‚zu den Hunden‘ ist.“ In der Urkunde Nr. 16 aus dem Jahre 1341 wird diese Fährverbindung auch entsprechend wiedergegeben: „Rheinfahr zu den Hunden ex opposito villarum Kenle et Jeringheim“ (Rheinfahr zu den Hunden gegenüber Kenle und Jeringheim).

Nach Auffassung von Hornung fuhr die Fähre von Kehl zur linksrheinischen Fährstelle bei Ruprechtsau an die Mündung des Kleinen Rheines: „Hier treffen wir wieder einen typischen Namen an, diesmal Hundsgießen. Er bildete die Verbindung vom Rhein zur Ill . . . Von dieser Landestelle aus konnte man wieder bequem auf einem Landweg nach Straßburg gelangen.“ Eine Urkunde vom 21. 12. 1361, wonach Heinrich von Hattstatt (Hadestat) genannt Harst dem Straßburger Bürger Ottelin Kuse die Landung gestattete „an dem nidern var hie dise site Rines mit sime varschiffe an mime staden, der do stoszet uf Ruprechtzowe nidewenig der stette zu Strasburg“,⁹⁰ stellt keinen Bezug zum Hundsgießen her. Das wäre auch unmöglich, liegt dieser doch im Westen von Ruprechtsau, also gerade entgegengesetzt von der Mündung des Kleinen Rheines: „Der Hundsgießen oder das Hundswasser ist der heutige Mühlwasserkanal. Beim Dörnel verläßt er die Ill und vereinigt sich wieder mit ihr beim Jägerstrassel unweit von Keckemichels Garten.“

Auch das von Beyler erwähnte „Hundtloch“ bezieht sich auf keine Fährstelle, hatte es doch seinen Ein- und Abfluß aus der Breusch (Ill) und diente überdies noch als Hanfröste. Es stand topisch ebensowenig wie der Hundsgießen in Beziehung zur Mündung des Kleinen Rheins, die angesichts der damaligen Stromverhältnisse auch Änderungen unterworfen war. Daß deshalb auch die Ruprechtsauer „vare an dem Ryne“ ihren Standort wechseln konnte, wird auch aus einer Urkunde vom 23. 2. 1333 deutlich, worin der Fahrherr Ritter Otto Ripelin, genannt Kuse, zur Unterhaltung aller Stege und Brücken verpflichtet wurde, die zur Fähre führten. Dies galt auch dann, wenn die Stege im Strom zerbrochen oder weggerissen wurden und die Fahr anderswo anlegen mußte. Die seinem Sohn Ottelin 1361 gewährte Landeerlaubnis an jenem Staden, der unterhalb von Straßburg an die Ruprechtsau stieß, verweist auf eine Fährstelle südöstlich der Ruprechtsau, zu der wohl der Karpfenweg führte. Dies hält auch Beyler für möglich, der zu dieser Frage Goehner-Brumder anführt, welche das Fahr etwas weiter nordwestlich bei der „Redoute“ (de la Carpe haute) vermuteten, und schließlich Brucker (Zunft- und Polizei-Ordnungen aus dem 14. Jhrh., S. 169), wonach dier Gergen fere, die untere Rheinfähre, in der Gegend der Ruprechtsau lag, „wo heute noch das Gewinn: Gergen-Garten auf dem Kataster sich befindet“.

Doch gibt es Flurnamen, die eine Anlegestelle stromabwärts vermuten lassen: „Es gibt hier ein Verwerdelein, das westlich des zum Schloß Pourtales gehörenden Gutshofes liegt, umgrenzt vom Franzosenkanal und dem Groß-Beltz-wörth . . . Ist der Name zu deuten: Ver-Werdelein, d.h. kleines Wörth bei der Fahr, der Fähre? Genau östlich von Verwerdelein, aber östlich des genannten Gutshofes, finden wir auf der Karte das Vahrenwörth. Es liegt schon zwischen Hochwasserdamm und Rhein.“ Dieser mögliche Standort mag damit zusammenhängen, daß der Stangengießen nach der Erläuterung von Beyler „mehr oder weniger die Fortsetzung des Kleinen Rheins“ war, ein breiter Arm, der etwa beim Ausfluß des Steingießens in den Rhein mündete (227).

Die von den Lichtenbergern belehnten Fahrherren bestellten auf ein Jahr einen Schiffer als Fährmann (der Ferige oder Verig): „Dieser leitete und überwachte den Betrieb. Knechte standen ihm zur Seite. Ein Mietsvertrag vom Jahre 1379, den der Fahrherr Gosso Engelbrecht mit dem Schiffer Henselin vom Ruprechtsau abschloß, belehrt uns: Der Fährmann hatte an bestimmten Terminen den Zins abzuliefern, er mußte die Schiffe des Fahrs ausbessern oder neu beschaffen und für den Schaden aufkommen“ (Beyler, 9). Es gibt deshalb keinen triftigen Grund, daß Hornung auf der Karte seines Fährsystems in der Legende eine Fährstelle „zu den Hunden“ in Kehl als Ablegeplatz bezeichnet für die untere Fähre, die von dort ihren Weg zum „Hundsgießen“ nimmt. Wie wir gesehen haben, kommt dieser für die angegebene Anlegestelle keinesfalls in Frage. Dort machten die vom Kloster St. Johann kommenden Fähren Zwischenstation auf ihrer Fahrt zum anderen Ufer „südlich von Auenheim, wo die Landestelle im heutigen Gewann ‚Hundsmatt‘ war.“ Doch auch diese Stütze seiner Hypothese trägt nicht: die auf der Karte „Lauf der Kinzig“ eingetragenen alten Wasserläufe reichten nur bis zur Landstraße Kehl–Auenheim,⁹¹ während die zur Gemarkung Neumühl gehörige „Hundsmatt“ westlich der Straße Neumühl–Auenheim etwas nördlich der B 36 liegt.⁹² In der Literatur findet sich noch als Rheininsel ein „Hundskopf“,⁹³ aber da gibt es unter den zahlreichen Köpfen auch einen weiteren Tierkopf: den „Saukopf“. Rusch vermutete die Landungsstelle „etwa 1 Kilometer nördlich der heutigen Rheinbrücken“, am nördlichen Ende der Trickzellstoffabrik bzw. „beim heutigen ‚alten Bahnhof‘.“⁹⁴

St. Johann zu den Hunden

Zum Namen des Straßburger Abfahrtsplatzes bei einer Kapelle, genannt S. Johann zu den Hunden, bemerkt Mone: „Die Kapelle hieß ursprünglich S. Johannes in undis, altdeutsch S. Johans ze den unden, weil sie oft der Überschwemmung des Rheines ausgesetzt war. Als die Bedeutung des aus dem Lateinischen entlehnten Wortes unde verloren ging, machte man daraus Hunde, um demselben einen teutschen Sinn zu geben, und nannte daher die Kapelle zu den Hunden und die Fahrstation ebenso, was dann wieder ad canes in's Lateinische zurück übersetzt wurde.“ Zur Bestätigung führte Mone ein Beispiel an: „Eine Kirche bei Feyen an der Mosel hieß man ad undas, daraus wurde *zum Hund* gemacht, und rückübersetzt ad canem. Auch Buck hält St. Johann zu den Hunden (ad canes) für ein altes Mißverständnis für St. Johann (Kapelle) zu den Unden der Ill.⁹⁵ Charles Schmidt, der sich darin Mone anschloß, äußerte sich 1888 über die sprachlichen Zusammenhänge: „Wegen dieses, die niedrig gelegene Gegend oft überschwemmenden Wasserreichtums, hatte der äußere Teil der Krutenau, bis zum kleinen Rhein hin, den Namen ad undas, in undis erhalten. Den deutschen Ausdruck, von dem dies eine Übersetzung wäre, habe ich nicht gefunden, es scheint beinah als habe es keinen gegeben, sonst wäre wohl schwerlich aus in undis das sonderbar scheinende ad canes entstanden.“

Schmidt vermutete, daß man diese Bezeichnung für zwei Frauenklöster gebrauchte, „um in deren Stiftungsurkunden, die freilich nicht mehr vorhanden sind, die Lage derselben anzugeben“.⁹⁶ Beide lagen in der Krutenau. Dazu auch Volckmann: „Der Name Krutenouwe ist (obwohl man im Elsaß ‚krott‘ sagt) vom oberrheinischen ‚krut‘ d.i. Kröte herzuleiten und bedeutet Krötenau, was wiederum auf die feuchte, sumpfige Beschaffenheit des Geländes hinweist. In dieser oft überschwemmten Gegend wurden um 1240 zwei Frauenklöster, das eine zum h. Johannes, das andere zu den h. Matthäus und Nicolaus angelegt, die beide (nach dem feuchten Gelände) den Beinamen ad undas oder in undis – am Wasser – erhielten. Später sagten die Straßburger, die diesen lateinischen Ausdruck nicht verstanden, ‚in den Hunden‘, was sogar in lateinische Urkunden überging, denn in einer solchen vom Jahre 1319 steht: monasterium S. Johannis in den Hunden. Hieraus machten dann ebenso denkfaule Lateinschreiber wiederum ein monasterium St. Johannis in canibus!!⁹⁷

Daß es sich bei der Lagebezeichnung ad undas bzw. in undis um ein größeres Gelände gehandelt haben muß, könnte vielleicht durch urkundlich bekannte Verträge gestützt werden: in der Urkunde Nr. 348 vom März 1251 handelt es sich um Güter, die an den Rheinhafen grenzten („atingentum portum Reni versus undas . . .) und nahe der neuen Brücke lagen; auch in der Nr. 358 wird von „apud canes“ gelegenen Gärten gesprochen (22. 9. 1251), wie auch in den Urkunden Nr. 403 v. 13. 7. 1256 eine Güterschenkung „ad canes“ und in Nr. 613 v. 14. 6. 1266 die Schenkung eines Ackers „ad Canes“ bezeugt werden.⁹⁸ Charles Schmidt erwähnt für 1291 eine Ziegelscheuer und Gärten „apud canes“, 1301 einen Garten genannt Rores Garten in dem locus dictus zu den Hunden, 1328 einen Dietrich an den Hunden und eine Hildegundis zu den Hunden extra muros, 1438 ein Haus „usewendig der Stat zu den Hunden bi Kelbeline Burne“ und beschreibt das Gelände folgendermaßen: „Es dauerte lange, bis hier der Boden erhöht und geebnet war wie er heute ist, noch vor etwa 50 Jahren waren zwischen der Akademie und der Kaserne mit Wasserlinsen bedeckte Tümpel, und alte Häuser, zu denen man von der Straße aus drei oder vier Stufen hinunterstieg, und die bei anhaltendem Regen von Pfützen umgeben waren.“

Das Kloster St. Johann zu den Hunden lag am Johannis- oder Rheingießen, „am Ostende des heutigen Sonnengäßchens“, während das Nicolauskloster „am heutigen Niklausplatz“ stand. Niklaus- und Johannistor, beide nach den benachbarten Klöstern benannt, lagen 372,40 m auseinander.⁹⁹

Wenn „Hund“ tatsächlich ein verschütteter Name für Kahn oder Fähre gewesen wäre, könnte man auch bei anderen älteren Fähren irgendwelche Hinweise erwarten. Das gilt beispielsweise für die beim „Grünen Berg“ über die Ill verkehrende „far bey St. Arbogast“, wo nach Forrer schon seit römischer Zeit eine Flußübergangsstelle war. Wenn Bischof Arbogast, der im 7. Jh. nach Straßburg gekommen sein soll, für eine kleine Ansiedlung ein Holzkirchlein

errichten ließ, so sei dies für die dort ansässigen Fährleute und Schiffer geschehen. An jene alte Fährre erinnert noch der überlieferte Name „Fährgarten.“

Auch im Zusammenhang mit der alten Fährre über die Ill bei Grafenstaden, wegen der jahrzehntelang prozessiert wurde, ist nichts von einer Bezeichnung mit „Hund“ bekannt.¹⁰⁰

6. „Hund“ gern in Bergnamen

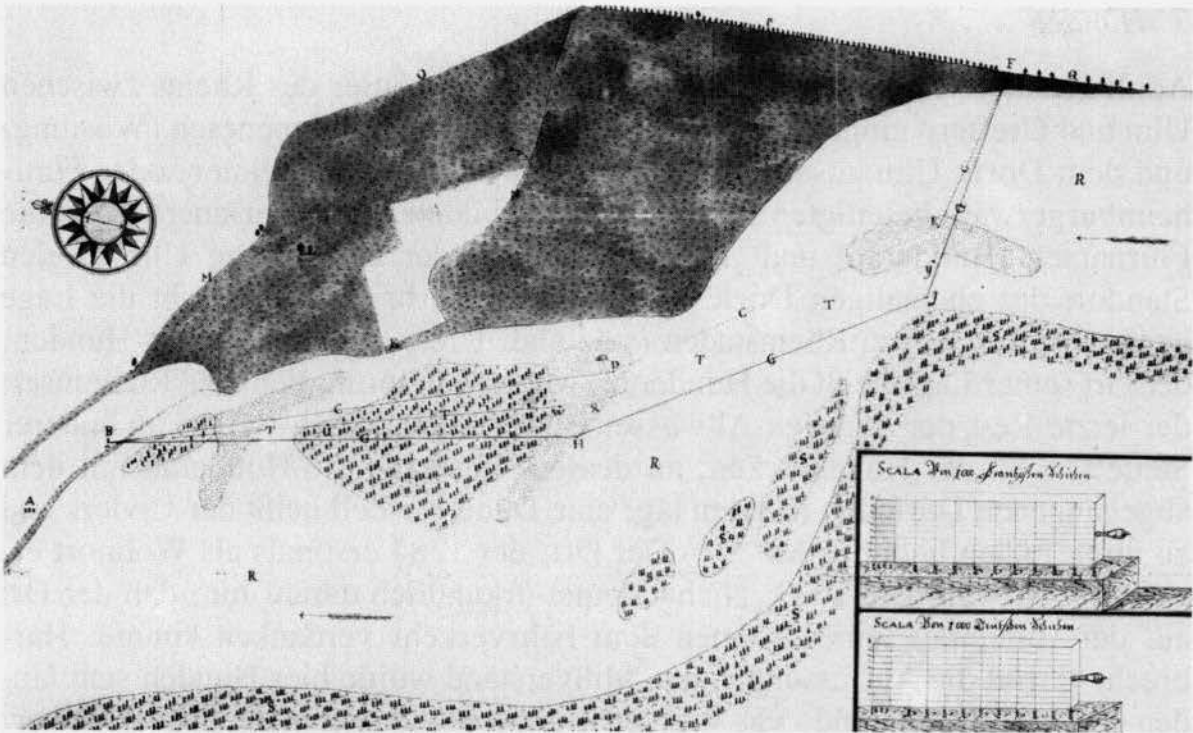
Nun haben zwar alle diese Orte tatsächlich etwas mit Wasser zu tun, da aber ursprünglich die Ansiedlungen auf ein natürliches Wasservorkommen angewiesen und die Menschen überdies am Fischfang interessiert waren, ist dies ohnehin selbstverständlich. Aber ein Blick auf topographische Karten bestätigt auch, daß „Hund- gern in Bergnamen vorkommt“,¹⁰¹ und das vor allem als Hundsrücken, Hundskopf, aber auch als Gewinn-Namen wie Hundsbosch oder Hundshalde. Eine Häufung von Namen mit „Hund“, wie Hornung sie beispielsweise mit Hunden und Hunderau anführt, findet sich ebenso im Bergland: wir kennen die Hundseck an der Schwarzwaldhochstraße, den Hundsbach und die gleichnamige Siedlung sowie den Hundsrücken. Unter den kontroversen Deutungen des Namens Hundsrück findet wohl jene die größte Zustimmung, wie sie Christmann vertrat: „Ich bin nach wie vor der Überzeugung, daß der Flurnamen Hundsrück(en) langgestreckte Bergrücken auf Grund eines Vergleiches mit dem Rücken des gehenden oder laufenden Hundes benennt.“¹⁰² Gleicher Meinung ist Dittmann: „Der Sinn des Namens ist sehr umstritten; aber weshalb soll man ihn nicht wörtlich verstehen: eine Erhöhung, die aus der Ferne der Form eines Hundsrückens ähnlich sieht? Man vgl. Namen wie Katzenbuckel, Gierschnach (Geiersnacken) etc. Deshalb sind alle übrigen Deutungsversuche kaum berechtigt.“¹⁰³ Auch Langenbeck schloß sich dieser Auffassung an. Walther Zimmermann stellte den Namen grundsätzlich zu Huni; „da aber Hundsrücken, Hundseck, überhaupt Hund- gern in Bergnamen vorkommt (wie auch Roß, z. B. Roßkopf), wo wegen der Höhe nicht an erste Siedler gedacht werden kann, so kann auch der Tiername Hund zugrunde liegen; aber in welcher Beziehung?“ Für Alfred Baur kommt eine Ableitung vom Tier nicht in Frage: die Hundseck war Hunos Eck, „woraus ein Hundseck wurde.“ Er lehnt dies für das Dorf, den Bach und den Bergzug ab, „der dem Rücken eines Hundes gleichen und daher den Namen Hundsrücken erhalten haben soll. Das ist ebenso unsinnig, wie den Namen Eierkuchenberg auf seine Ähnlichkeit mit einem Eierkuchen zu beziehen. Es leuchtet ein, daß in jener Zeit, in der es nur Vornamen und noch keinen Familiennamen gab, der Huno diesen Ehrennamen trug. Der Name Huno ist in Müllenbach noch verbürgt. Dort lag im 15. Jahrhundert als einer der sieben Edelhöfe der ‚des Huno‘, und stiftete die Huenin von Müllenbach Güter für die Kirche in Steinbach.“¹⁰⁴ Einer weiteren Deutung von Buck folgte Ludwig Heizmann,

die auch für eine Hundsmatt oder ein Hundsfeld Gültigkeit haben könnte. Viele Hundbezeichnungen und Hundsgüter hätten ihren Namen von der Gegenleistung des Grundherrn an seinen Lehenmann, dem er Hunde zum Füttern ins Haus legte; dafür erhielt ein mit der Hundefütterung belasteter Bauer die Benutzung eines Feldes oder Waldes. Heizmann verweist als Beispiel auf den Hundsbosch (Bergwald, Bergwaide), für dessen Benutzung man Hunde des Grundherrn zum Füttern nehmen mußte; einen Hundsrücken (Stadelhofen) deutete er gleichermaßen als mit Hundsfütterung belastete Güter auf dem Berge bzw. auf einer Anhöhe.¹⁰⁵

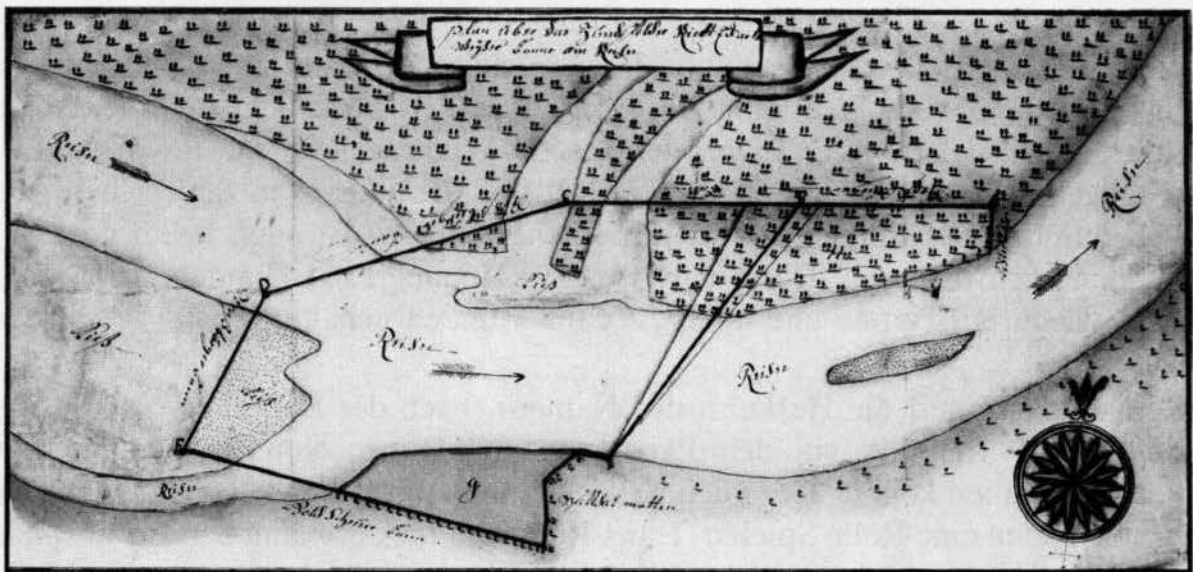
Wir kennen aber auch eine andere Art der Entlohnung für die Haltung herrschaftlicher Hunde: die anderen Bauern hatten „dem Hundehalter einen Beitrag an Haber“ zu liefern,¹⁰⁶ wie das auch im Artois oder in der Gegend um Boulogne in der Form üblich war, daß die Bewohner eine gewisse Menge Hafer an die örtliche Herrschaft für die „chiens d’avoine“ abliefern mußten.

Seltener ist der Gewinn-Name „Hundsank“. Das Gewinn liegt auf der Gemarkung Hüsinggen zwischen den Gewinnen „Vorder Sohl“, „Eieneck“ und „Hummelrütte“. Die Ortsverwaltung deutet den Namen in Anlehnung an M. R. Buck wie folgt: „1. Flur an einem Hügel oder um einen Fels, die die Form eines Ankenkübels (Butterfaß) haben, oder 2. mit Hundveilchen (geruchloses Veilchen) oder Hundbeeren (Namen für verschiedene schlecht-schmeckende, giftige Beerensträucher) in auffallender Weise bestanden, bewachsen.“¹⁰⁷ Buck führt zwar Ankenkübel als einen Felsen von der ähnlichen Gestalt an, aber „Anke“ allein bedeutet lediglich Butter oder Schmalz,¹⁰⁸ so daß „Hundsank“ nicht mit einem Felsen in Zusammenhang gebracht werden kann. Dagegen erscheint mir eine Verbindung von „Hund“ mit „Anke“ in der Bedeutung (obd.) „Gebogenes: Nacken“ möglich.¹⁰⁹ „Hundsank“ könnte demnach Hundennacken bedeuten. Bleibt noch zu bemerken, daß das Gewinn auf einem Kartenblatt (o. D. 1772—87) als „Hund Sanck“ erscheint.¹¹⁰

Zur Unterstützung seiner These, daß der immer wieder auftauchende Eigennamen „Hund“ an Fähr-, Lande- und Abfahrtstellen wohl kaum etwas mit „undis“ (Wellen) zu tun haben könne, führt Hornung eine Anzahl weiterer Gewässer-, Orts- und Flurnamen mit „Hund“ an. In der näheren Umgebung fand er den untergegangenen Ort Hunden und die Hunderau, gegenüber von Greffern den Ort Dalhunden im Elsaß, bei Stollhofen einen Hunderhein und nördlich von Linx den Hundsbühl: „Alle diese ‚Hund‘-Namen haben irgendwie mit Wasser zu tun.“ Und damit traf er sich ja akkurat mit denen, die bei ihrer Deutung speziell von der Lage am Wasser ausgingen und sich für eine Ableitung aus ahd. unda, mhd. ünde-unde = Flut, Welle, Wasser (Verben: ünden, unden — fluten, wogen, Wellen schlagen) entschieden.



Geometrischer Grund-Riß Eines Strittigen Bannscheides auff dem Rhein, Zwischen der Statt Straßburg und Eckartsweyer Hochgräfl. Hanauischer Seiten. Gemessen und Verfertigt in anno 1732 Mense May durch Johann Nicolaus Frantz Landvermesser. Ein Vergleich der beiden Risse von 1732 und 1767 läßt den tiefen Einbruch des Rheins erkennen.



Der Einbruch des Rheins um Hundsfeld (18. Jh.).

7. Hunden

Adolf Kastner vermerkt zu Hunden: „Ein am Hochufer des Rheins zwischen Ulm und Greffern eingegangener Ort, der mit dem Hof Sippenesch (Wüstung) und dem Dorfe Ulm zusammen eines der fünf am Scherzheimer- oder Fünfheimburgerwald beteiligten Heimbürgtümer bildete. Heute erinnern noch die Flurnamen ‚Hunderau‘ und ‚Hunderbach‘ auf der Gemarkung Ulm an den Standort des ehemaligen Dorfes.“¹¹¹ Alfons Harbrecht beschreibt die Lage genauer: „Auf einem Rheinstaden (stad ahd. Ufer) lag das Dörflein Hunden; der Ort seiner Lage heißt die Hunderau, war also ursprünglich eine Rheininsel; der letzte Rest der dortigen Altwasser ist der Hunderbach.“ Und an anderer Stelle: „... der Hundsrücken, an dessen Westhang die Hunderau mit dem abgegangenen Dörfchen Hunden lag; eine Düne bei Zell heißt der Unders und zu ihren Füßen liegt die Au.“¹¹² Der Ort, der 1284 erstmals als Wohnort erwähnt wird, verödete 1633. Nichts deutet urkundlich darauf hin, daß der Ort auf der Hunderau seinen Namen dem Fährverkehr verdanken könnte. Harbrecht vertrat die Auffassung: „aus Mißverstand wurde hier Hunden statt Unden geschrieben von ondo vg. Wasser“, andere sind sich nicht ganz so sicher. In einer Anmerkung äußert sich Mone zurückhaltender: „Bei Röschoog am Rhein liegt ein Dorf Dalhunden und ein Ort Hunden lag bei Lichtenau (Ztschr. 14, 395), beide wohl auch von undae genannt“; ebenso Krieger: „Vielleicht entstellt aus ‚Unden‘ und zu ahd. unda Flut, Woge gehörend; würde einen Ort bezeichnen, der den Fluten (des Rheins) besonders ausgesetzt war.“¹¹³ Wegen der ursprünglichen Lage des Ortes zieht auch Suso Gartner die Ableitung aus „unda“ einer anderen Deutung vor.¹¹⁴ Der Ort wurde noch 1651 in einem Bericht des Abtes Gallus erwähnt: „Mit Nachen konnte man nach Stollhofen und Baden fahren. Gräfferen und Hunden standen in den Wassern, die sich in der Höhe eines aufrecht stehenden Mannes durch die Fenster in die Häuser ergossen!“¹¹⁵

Auch die seit 1972 zur Gemeinde Drage gehörende Ortschaft Hunden hatte einst mit dem Wasser zu kämpfen: „Hundens Feldmark liegt im Gebiet des Urstromtales der Elbe. Das Dorf gehörte zur Winsener Marsch. Bevor die Elbe eingedeicht wurde (Beginn etwa 1250), floß das Wasser in zahlreichen Armen durch unser Marschgebiet. Ein solcher Elbarm ist auch heute noch in Hunden nachweisbar.“ Der Ort wird 1450 Hunde, 1564 Hunden, 1616 und 1628 wiederum Hunde und ab 1777 dann Hunden genannt.

Reinstorf erläutert die Herkunft des Namens (nach der Deutung von Ludwig Bückmann): „Hunde, von dem Personennamen Hunzo, von hunta Jäger.“¹¹⁶ Personennamen könnte aber auch bei dem zum Kloster Schwarzach gehörigen Dorf Hunden eine Rolle spielen. Hans-Rüdiger Fluck erwähnt den Burgkaplan Johannes Hunt in Lichtenau, der 1399 die Fischereiordnung für das Amt Lichtenau aufzeichnete. Zu den beteiligten Fischerdörfern zählte auch „honden“.¹¹⁷

Und auch für die Flurnamen Hunderau, Hunderwörth bietet sich ein Personennamen an: 1323 wurde als Bürge ein Jacob gen. Hunder von Scherzheim genannt.¹¹⁸

Die Gemarkung des im Elsaß östlich von Bischweiler „auf einer Rheininsel gerade vor der Einmündung der Moder in den alten Rheinarm“ gelegenen Dorfes Dalhunden lag früher teilweise auf rechtsrheinischem Gebiet, wobei ein älterer Zusammenhang mit Hunden angenommen werden darf. Die etymologische Deutung ist die gleiche: „hunden verderbt aus lat. u. ahd. unda, mhd. unde (inundare = überschwemmen) = Woge, Wasser, vgl. die Straßb. St. Johann . St. Klaus in undis (Schmeller I, 104). Dal oder Tal = kleine Bodensenkg. — also D. = in der Einsenkung am Wasser.“¹¹⁹

Was den Hundsbühl (ältere Form: Hundbühl) bei Linx betrifft, so steht dieser zum „Fährgießen“ bzw. zu einem Fährbetrieb in keiner Beziehung.¹²⁰

Hornung verwies im Zusammenhang mit Hunden, Hunderau, Dalhunden auf die Fährorte Grauelsbaum und Greffern, und er erwähnte den „Hunderhein“ bei Stollhofen als ehemaligen Rheinseitenarm. Aber ebensogut wäre eine ähnliche Kombination mit einem anderen Tiernamen möglich: Am „Kälberkopf verließen die Schiffe die Ill, um in den Rhein einzulaufen“, und das Kälberwert, südlich vom Helmlinger Fahrkopf gelegen, könnte ebenso wie der Kälberkopf bei Dalhunden zu Fahren in Beziehung stehen. Und so könnte man wenigstens in topographischer Hinsicht sagen: alle diese „Kälber“-Namen haben irgendwie mit dem Wasser zu tun!

Nach Einbeziehung des Flurnamens „Hunderau“ reizt eine Ausweitung der Studie auf den Namen Hundersingen, den drei Orte tragen, wovon zwei an Wasserläufen liegen: der heutige Stadtteil von Münsingen an der Lauter und jener von Herbertingen an der Donau. Doch mit einer Fähre hat der Ortsname nichts zu tun. Hans Jänichen, der sich speziell mit Hundersingen beschäftigte, wies auf den sprachlichen und räumlichen Zusammenhang mit den Huntaren hin, den Herrschaftsbezirken fränkischen Ursprungs, die um 630 entstanden und die es nur in Alamanien und in Friesland gegeben habe. Im 7./8. Jh. erscheint der Name als Huntarisingen, wohl eine Ableitung von Huntaris.¹²¹ Es wird zwar auch die These vertreten, daß der Ort seinen Namen von einem alamannischen Sippenführer namens „huntari“ erhalten habe,¹²² doch hält Jänichen einen Personennamen Huntaris, der nicht belegt sei, für unwahrscheinlich. Der Huntaris war der Führer einer hunta, nach Jänichen eine fränkische Besatzungseinheit, die nach spätrömischem Muster Militärsiedlung betrieben habe.

Die Ortschronik von Hundersingen (Oberstadion) geht offenbar noch von einem Personennamen aus: „Der Name stammt aus alemannischer Zeit: Hundersingen bedeutet: Hier wohnte die alemannische Hundertschaft des Huntילו (Anführer).“¹²³

Hundshafen und Hundebalje

In weiterer Entfernung stieß Hornung bei St. Goar auf einen Hundshafen („wohl kaum Wellenhafen“), in Schleswig auf einen Hundshovel, bei Cuxhaven-Döse fand er die sogenannte Hundebalje und südwestlich von Berlin den Hundekehlensee und den Hundekehlengrund, schließlich am Bodensee an der Anlegestelle der Fähre nach der Insel Reichenau bei Allensbach einen erraticen Block als Hundsstein, wo dem Anschein nach die Fährboote früher befestigt wurden.

Gehen wir einmal einigen Hinweisen nach. In St. Goar hat man folgende Erklärung bereit: „Vor Anlegung des heutigen ‚Hafen Hund‘ oder ‚Hafen Hunt‘ befanden sich dort Steine, die wie Hunde aussahen. Diese Stelle wurde von den Rheinschiffen ‚am Hund/Hunt‘ bezeichnet. Der Name wurde dann für den Hafen übernommen. Eine Fährverbindung an der Stelle des heutigen Hafens Hunt hat in früheren Zeiten nicht bestanden.“¹²⁴ Was Schleswig angeht, so konnte das Landesarchiv Schleswig mangels einer genaueren Angabe nur allgemeine Angaben machen: „Hund kann einmal ein altes Landmaß bezeichnen, etwa 100 Quadratruten. Dabei handelt es sich um das alte Zahlwort für hundert, vgl. lat. centum. Dazu gibt es Zusammensetzungen wie en Hundsläng oder en Hundstück. Sonst bezeichnet Hund- in Orts- und Flurnamen direkt oder in übertragener Bedeutung meist das Tier. Hovel im Mittelniederdeutschen und Höwel im Neuniederdeutschen bezeichnet einen Hügel, eine kleine Erhebung.“¹²⁵ Zur „Hundebalje“ führt das Stadtarchiv Cuxhaven nach Auskunft des erfahrenen Vermessungsingenieurs Karl Koopmann aus, daß die Bezeichnung auf die in vergangener Zeit dort gewesenen zahlreichen Seehunde zurückgehe.¹²⁶

Zur Bezeichnung Hundekehle-See – ein 7,3 ha großer See am Grunewald – zitiert das Landesarchiv Berlin: „Es wird vermutet, daß der Hundekehlesee mit dem 1567 genannten Rotsee, 1598 den halben Rotsee, identisch ist. Darüber hinaus geht die etymologische Deutung wieder auf den mittelniederdeutschen Sprachgebrauch zurück: ‚hunt‘ = Maß, Ackermaß, 1/6 Morgen bzw. ein Unterteil eines Morgens und ‚kele, keel‘ = Schlucht, Bergenge. Diese Interpretation unterstreicht sehr gut den natürlichen Charakter des Geländes, in dem der Hundekehlesee liegt.“ Dazu aus „Berlins Straßennamen“: „Der Name ist von einem Begriff abgeleitet, der soviel wie ‚Sammelstelle der Hundemeute zur Treibjagd‘ bedeutete.“ Das sich vom Grunewald-See nach Nordost hinziehende Hundekehlenfenn ist Teil einer ehemaligen, heute verlandeten Seerinne.¹²⁷ Was Allensbach betrifft, so ist weder dort noch auf der Insel Reichenau ein „Hundsstein“ bekannt.¹²⁸

Die Ausbeute ist also nicht so bemerkenswert, wie die Aufzählung bei Hornung zunächst vermuten ließ.

Hundertschaftsrichter und Hungericht

Hornung verwies darauf, daß sich die Anzahl der Namen mit „Hund“ bei intensiver Nachforschung noch erweitern ließe. Ein weites, wenn auch kein unbeackertes Feld, denn beispielsweise hatte sich schon Erwin Volckmann mit den „Hundsgassen“ beschäftigt, wie auch Ernst Christmann „Von den ‚Hund(s)-gassen‘ im nördlichen und oberrheinischen Raum“ oder „Von Dingstatt und Hundo (Hunno) in Bodennamen zwischen Rhein und Saar“ schrieb. Beide Autoren hatten bei ihrer Namensdeutung vor allem alte Gerichtsverhältnisse im fränkischen Siedlungsgebiet im Auge. Volckmann war davon überzeugt, daß die Bezeichnung Hunnen- oder Hundegasse auf den urgermanischen Hunno, den Vorsteher der Hun- oder Honschaft, verweist, und auch bei Christmann stand im Mittelpunkt seiner Überlegungen der alte Hundertschaftsführer, ahd. Hundo und mhd. hunde und die daraus assimilierten Formen hunno und hunne, später abgeschwächt zu hun (Hun).¹²⁹

Als Karl Schwingel 1953 auf einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft für westdeutsche Landes- und Volksforschung auf der Ebernburg (Nahe) über das „Hunria“ genannte Gericht in Neumünster bei Ottweiler referierte,¹³⁰ wies Christmann darauf hin, daß jene alten Gerichtsverhältnisse auch in Flurnamen ihren Niederschlag gefunden haben. Als Beispiele führte er Malstatt in Saarbrücken und Hundstatt bei der alten Reichsburg Kirkel zwischen Saarbrücken und Zweibrücken an, wo eine Karte aus dem 16. Jh. unterhalb der Burg ein Hundhaus, einen Hundacker und eine Hundwiese verzeichnet. Das Hundhaus war die Wohnung für den „Hundo“ genannten Hundertschaftsrichter, der im Verlauf der Jahrhunderte zum bloßen Gerichtsbüttel herabsank; „Hundacker“ oder „Hundwiese“ nannte man das ihm als Dotation gegebene Land. Die Hundwiese hieß ursprünglich hunwieß (1588), Hunnwieß (1687), 1699 auch schon einmal Hundwieß, 1717 Hunnwieß, dann auch gelegentlich Huhnwiese.¹³¹ Die „Hundgaß“ bezeichnete nach Christmann den Weg des Hundo zur Dingstatt; noch im 18. Jh. habe er in manchen Orten die Deliquenten zum Galgen begleitet. Sie könne ihren Namen aber auch nach dem in ihr gelegenen Hundhaus führen. Christmann wies darauf hin, daß alle mit „Hund“ als Bestimmungswort gebildeten Siedlungs- und Flurnamen immer nur bei den fränkischen Dingstätten ehemaliger Hundertschaften auftreten.

Auch Schwingel erwähnte in seinem Aufsatz über „Das Ommersheimer Hungericht“, daß Flurnamen wie Hunacker, Hunerau, Hünau, Hunfeld (bei Eschringen), Hunauer Ecke an das Hungericht erinnerten.¹³²

„Die alte Hun“

Wenn er weiterhin vermerkt, daß die Ommersheimer mit dem „Hungericht“ uraltes Volksrecht bis ins 16. Jh. hinübergerettet hätten, möchte ich hinzufügen, daß die Tradierung anscheinend bis in unsere Zeit erfolgte. Im 18. Jh.,

der Zeit der Ansiedlung der „Banater Schwaben“, wanderte 1786 aus dem damaligen Fürstentum Zweibrücken auch Johann Philipp Stötzer, 1741 in Krughütte bei Saarbrücken geboren, in den heute rumänischen Teil des Banats aus.¹³³ Als man 1972 auf Initiative der Redaktion der Tageszeitung „Neuer Weg“ begann, sprachliches Volksgut im Banat zu sammeln, wurde eine heitere Geschichte in Liebling aufgezeichnet, in jenem Ort, da auch Stötzer angesiedelt worden war.¹³⁴ Da hatten die Richter und Geschworenen einmal einen Fehler gemacht, der vertuscht worden war. Doch der „Hoch“ (Vorgesetzte) von Tschakowa erfuhr davon und befahl alle „alte Hun“ von Liebling zu sich. Der „verstawwerte“ Richter von Liebling gab eine entsprechende Weisung an den Klourichter (Kleinrichter), und an dem bestimmten Tag war dort aufgrund des sprachlichen Mißverständnisses (Hun = Hund) die ganze Hundsbagasch im Hof des Richters versammelt, dem natürlich die Galle überlief. Er machte dem ersten Richter von Liebling klar, daß auch er zu den befohlenen „alte Hun“ gehöre: „Dem werd's jetzt erscht klour, wem do die Lefite geles selln were. Den anre Tag sein nou alle ‚alte Hun‘ beim Bezirk: De erscht Richter, die Klourichter, die Gschworne, und was waaß ich wer noch all, die ganz Bransch.“ Offensichtlich steht hier „Hun“ für alle, die mit dem Gerichtswesen zu tun hatten.

Der „Hund“ von Ortenberg

Im Hinblick darauf, daß dem Stein zu Ortenberg der Rang einer überörtlichen Gerichtsstätte zuerkannt wird,¹³⁵ ist ein Blick auf die Flurnamen der Gemeinde nicht ohne Reiz. Dort gibt es „ein Gewann ‚Hund‘ westl. von Käfersberg; der Weg, der dorthin führt, heißt ‚Hundweg‘. Das Gewann ist erhöht und hügelig (früher Reben, jetzt meist Felder und Gärten, stark parzelliert).“ Da gab es Reben „auf dem Hunderücken“, der allerdings erst 1724 bezeugt ist und der nach Volckmann auch im Zusammenhang mit dem Hunno gedeutet werden könnte. Für das 19. Jh. fand Franz X. Vollmer auch „viele Belege für ‚auf dem Hund‘, ‚im Hund‘; seit 1857 offizieller Gewannnamen ‚Auf dem Hund‘.“¹³⁶ Möglicherweise besteht eine Beziehung zu dem Personennamen Hund – vielleicht aus dem Amtsnamen hergeleitet –, denn der Amtmann Michel Botzheim zu Ortenberg kam 1507 in die Lehensgemeinschaft mit Sebastian und Wolf Hund, wohl Brüder des Schultheißen Jakob Hund von Kappelrodeck.¹³⁷

Siedlungsnamen mit dem Bestimmungswort „Hund“

Natürlich hat sich die Forschung auch mit diesen Ortsnamen beschäftigt, ohne daß allerdings vorliegende Deutungen zur Klärung herangezogen worden wären. Versäumtes kann hier nur in einigen Fällen nachgeholt werden.

Nicht immer hat man das Glück, daß die Ableitung aus einem Ruf- bzw. Personennamen urkundlich nachgewiesen werden kann wie bei Hundsmühlen:

„Der Ortsname Hundsmühlen weist auf die drei Wassermühlen hin, die als ‚hunoldes molen‘ in einer Blankenburger Urkunde von 1410 erwähnt sind. Sie tragen den Namen ihres Besitzers Hunold; das Wort hat also weder etwas mit dem Hund noch mit der Hunte zu tun.“¹³⁸ Unter den möglichen etymologischen Deutungen von Hunte, einem Nebenfluß der Weser, ist nach Heinrich Wesche der Flußname „besser zu niederländisch Hunnepe zu stellen = Schmutzwasser; hun = Morast, Sumpf“.

Einem Personennamen soll auch Hundsdorf, zur Gemeinde Ettenstatt gehörig, das 1214 Hundsdorff und 1375 einmal Hunsdorff geschrieben wurde, seinen Namen verdanken: „Zu dem Dorf des Hund, Hundt PN (Foe I, 928). Da man auf eine frühe Gründungszeit schließen kann, ist eine Ableitung von PN Hundt, der wegen des Gleichklanges mit dem Tiernamen im Hochmittelalter nicht mehr verwendet wurde, anzunehmen.“¹³⁹

Das westlich der Stadt Ransbach-Baumbach am Masselbach in einem ausgedehnten Waldgebiet gelegene Hundsdorf leitet nach Gensicke seinen Namen von „Dorf des Hundo“, des Hundertschaftsrichters, her. Nach Stengel (Marburg) taucht der Dorfname als „Hohdorf“ erstmals im 9. Jh. auf und wandelte sich später in „Hundisdorp.“¹⁴⁰

Eine Deutung des Ortsnamens von Hundsdorf, einem Stadtteil von Bad Wildungen, wurde bisher nicht vorgenommen. Das Dorf wurde 1360 und 1390 als Hundisburg erwähnt, doch von 1389 an in verschiedenen Waldecker Urkunden als Hundisdorff, Hundtsdorff und ähnlichen Schreibweisen.¹⁴¹ Adelige von Hundsdorf kommen aber bereits seit 1304 bis 1569 vor.

Für das Dorf Hundheim, Stadtteil von Külshcim, ergeben sich hinsichtlich der Entwicklung der Schreibweise von Huntheim (1214) über Hundtheimb und Hundtheim (1497) keine besonderen Veränderungen. Heinz Bischof führt zur Namensdeutung an: „Hund reicht in die Frühzeit der fränkischen Territorialgeschichte zurück. Hunno, Hunne nennt den Zentgrafen einer Hundertschaft, die auch ‚Zenderei‘ genannt wird. Sie ist ein in sich geschlossener Unterbezirk einer größeren Gaugrafschaft. Das Wort findet seine lateinische Übersetzung mit ‚centenarius‘ oder ‚centurio‘. Wir können demnach Hundheim frei übersetzen mit dem Wort ‚Rodungscenene‘.“¹⁴²

1969 befaßte sich auch Günther Imm mit Hundheim, das noch 1214 „in territorio Huntheim“ genannt wurde: „In dieser urkundlich nachweisbaren Doppelsinnigkeit von ‚territorio‘ und ‚Huntheim‘ finden wir den Schlüssel zu dem Begriff ‚hunt‘. Territorium spricht von einem Landstrich, einem größeren Bezirk oder Gebiet. ‚Hunt‘ führt nicht zu dem naheliegenden Schluß = ‚Hundertschaft‘, sondern über die germanische Bezeichnung ‚hunt‘ für Besitzergreifung (Übernahme) zur Deutungsanschauung ‚Land, welches usurpiert worden war‘, entweder auf dem Wege der Gewalt (durch Überfall, später über diese Überfallenen auf den Heeresverband der Hundertschaften übertra-

gen) oder auf dem Wege der gemeinsamen Arbeit, der Rodung und Aufteilung des Besitzes (auf die Hundertschaft als Markgenossenschaft).“¹⁴³

Dieter Kauß hält diese Deutung für Hundsfeld ebenso möglich wie jene von Klaus Hornung: „Der Ortsname macht der Erklärung Schwierigkeiten. Einmal deutete man ihn von ‚ad undis‘, zum anderen setzte man seine Bedeutung gleich Kahn oder Fähre und damit als guten Ausgangspunkt für eine solche, und seit neuestem könnte man ihn deuten als Bezeichnung für die Besitzergreifung eines Landes entweder durch Gewalt oder auf dem Wege der Rodung und Aufteilung. Beide letzten Bedeutungen würden passen, die erste mehr vom natürlichen, die zweite mehr vom politischen Standort aus.“¹⁴⁴ Doch der Erklärung von Imm widersprach Fritz Langenbeck, der darauf verwies, daß es diese „Hundertschaften“ als Markgenossenschaft nicht gegeben und Imm seine Quelle in des Germanisten J. Schnetz' Flurnamenkunde 1952 mißverstanden habe: Schnetz habe für die Form huntari (aus hunt – mit Suffix -arja) und nicht für hunt allein die Bedeutung „usurpiertes Land“ gefunden.¹⁴⁵

Es dürfte auch von vornherein ein vergebliches Bemühen sein, bei den mit dem Bestimmungswort „Hund“ gebildeten Ortsnamen, die auf -heim, -hausen, -dorf und dergleichen enden, einen Zusammenhang mit Fähre oder Kahn aufzuspüren. Die von Christmann in „Flurnamen zwischen Rhein und Saar“ behandelten Siedlungsnamen Hundheim am Glan, Hundheim am Steg (Wüstung) bei Reipoltskirchen erinnern nach seiner Deutung an den Centenarius der fränkischen Zeit mit dem Sinn „Heim (d.i.Dorf) des Hundo“, wie auch die Wüstung Hundhausen, d.h. „zu den Häusern des Hundo.“¹⁴⁶ Nach dem Vorsteher der Honschaft (hunius, centenarius) führt nach Oswald Gerhard das zur Gemeinde Reichshof gehörende Hunsheim (1561 Honzem, 1575 Hontzingen = Heim, Wohnung des Honnen) seinen Namen.¹⁴⁷ Schließlich wird der Ortsname Hunswinkel (Meinerzhagen 2) auf den Hun als „Bezeichnung für den Führer eines Stammes, der im Winkel (Talmulde der Lister) gewohnt haben soll“, zurückgeführt.¹⁴⁸

Auch für den Hunswinkel beim saarländischen Ort Niederlosheim nahm Wilhelm Busch an, daß der Name auf die Siedlungsstelle eines fränkischen Hundertschaftführers (Hun, Huno, Hund, Hundo) zurückzuführen sei. Dazu äußerte sich Christmann zu W. Busch: „Es kann nicht der Name des fränkischen Hundo im Flurnamen enthalten sein, falls nicht nachträgliche Umbildung mit Einfügung des -s- vorliegt. Nämlich ‚Hundo‘ kann niemals eine Genitivform auf -s bilden, sondern nur auf -en. Folglich müßte in alter Zeit ‚Hund-‘ oder ‚Hundenwinkel‘ vorliegen. Ferner erhielt der Hundo nicht in einem Winkel befindliches, also abgelegenes Land, sondern wertvolleres und näher beim Ort gelegenes. Nur recht alte Formen vermögen ‚Hunswinkel‘ aufzuklären; die müssen aber erst beigebracht werden“ (30. 10. 1962).

Nach Auffassung des Sohnes von W. Busch erinnern die Losheimer Straßen- und Flurnamen „Im Hünninger“ und „Im Hünningergarten“ an die germani-

sche Zeit, als die Gauen in Hundertschaften eingeteilt waren. Möglicherweise besteht aber auch ein Zusammenhang mit der Römerzeit, da dort noch Teile der Römerstraße erkennbar sind und auch ein Hypokaustum erwähnt wird.¹⁴⁹

Den Ortsnamen Hundsangen, der in dieser Schreibweise erstmals für das Jahr 1225 bezeugt ist, deutet Joseph Wagenbach als eine Siedlung, „die durch Sengen, d. h. mit Feuer und Brand roden, entstanden ist“. Bei der Rodesiedlung Hundsangen handele es sich um die Siedlung eines Hundertschaftsrichters, des Hunnen oder Hundo. Auch Werner Metzler geht von einem ON auf -sangen aus, wobei als Bestimmungswort der PN Hund, Hundo in Frage käme. Die älteste bekannte Schreibweise aus dem Jahre 1096 lautet jedoch Hundeszagel, die J. Wagenbach auf eine Flurbezeichnung zurückführt. Das könnte im Zusammenhang mit einer gekrümmten Form (Hundeschwanz) stehen, die sich auch in späteren Schreibweisen (1329 Huntsangli, 1333 Hundisangil, 1435 Huntzangel, 1453 Hundesangel und noch 1744 Hundesangel) niederschlägt (Der große Duden, Etymologie: idg. Wurzel: anl-, ang- „biegen, krümmen“). Zu der idg. Wortgruppe gehört auch im Sinne von „Biegung, Bucht“ der Anger, was wiederum die von J. Wagenbach erwähnte Schreibweise Hunsanger, Hundsanger erklären könnte.^{149a}

Die Hundsgasse in Offenburg

Nachzuholen bleibt aber auch die Einbeziehung der Hundsgassen, von denen zunächst die in Offenburg bis 1824 existierende „Hundsgasse“ herausgegriffen werden soll. „D'r alt Offeburger“ schrieb über sie am 18. 8. 1901: Die jetzt mit dem aristokratischen Namen ‚Ritterstraße‘ versehene Bogengasse trug einst den animalischen Namen ‚Hundsgasse‘. „Dieser Titel wurde ihr aber erst genommen, als das Rittertum des Ritterhauses längst verschwunden war. An dem Eckhaus der Ritter- und Spitalstraße (jetzt Bäckerei Benz) befand sich als Werk eines Bildhauers das Steinbild eines Hundes, das jedenfalls mit der Benennung der Straße zusammenhing. Sollte die Stadt Offenburg einmal aus dem Stamme der Familie Hund einen Bürgermeister oder sonst hervorragenden Mitbürger erhalten, so würde ihm zu Ehren eine Straße mit seinem Namen getauft werden. Von der alten Reichsfeste Offenburg besaß auch ein Teil der Fortifikation die Bezeichnung ‚Der schwarze Hund‘; es ist die Partie des jetzigen Vinzentiusgartens.“

Otto Kähni schrieb zur Deutung der „Hundsgasse“: „Diese Bezeichnung dürfte in Zusammenhang stehen mit dem mittelhochdeutschen Wort ‚hundinc‘ (Centgericht).“¹⁵⁰ Seiner Vermutung muß ein anderer Anhaltspunkt zugrunde gelegen haben als die Schreibweise, die seit 1556 in den Kontraktenprotokollen Hundsgasse (Hundzgasse, Hundtzgasse) lautet.¹⁵¹ Im 17. Jh. ist in einer Urkunde des St.-Andreas-Hospitals zu Offenburg die Rede vom „kleinen hundsgäßlin“ (heute Malergasse),¹⁵² das von der „hundtsgassen“ zur Steingasse führt. Ob dann die kleine Entfernung von dort zum Judengässle (heute

Bäckergasse) nur zufällig ist, bedürfte einer besonderen Studie. Immerhin fällt auf, daß in Frankfurt a.M. im 15. Jh. eine Hundsgasse als kurze Verbindungsgasse „durch die Staufische Mauer den Zugang zur späteren Judengasse“ vermittelte,¹⁵³ oder daß in Koblenz der Hundspfad zum „Judenkirchhof“ führt¹⁵⁴ und es in Worms die Bezeichnung Huntzlauf gab, „von dem 1486 gesagt wird, er befinde sich hinter dem Judenkirchhof.“¹⁵⁵

Für die Deutung von Kähni könnte sprechen, daß die Hundsgasse, die aber vordem ohne ein unberechtigtes -s- geschrieben worden sein müßte, zu einer Gerichtsstätte in der alten Marktstraße (Hauptstraße) führte, wo sich ja auch später die Dinglaube befand, doch bleibt das ohne älteren Beleg zunächst eine Mutmaßung. Wenigstens ist sicher, daß die Ritterstraße, in der sich ja ab 1. Oktober 1864 tatsächlich ein Gericht befand, keine verderbte Schreibweise darstellt wie in Straßburg, wo aus der Rihtergasse (Richtergasse) eine Rittergasse wurde. Dort wurde Volckmann zwar auf der Suche nach einer Hundestraße nicht fündig, stieß aber auf einen 1327 erwähnten Hausnamen am Hohlweg „zu dem Hundsrücken“, und „Hunnenrücken (verderbt in Hundsrücken)“ zählte er zu einer Gattung der Hunnen- oder Hundestraßen. Er nahm deshalb an, daß in Straßburg die Institution des Hunno nicht unbekannt war.¹⁵⁶

Hundsgassen am Rhein

Es ist zwar hier nicht die Aufgabe, eine spezielle Hund(s)gassen-Forschung zu betreiben, denn es geht ja vornehmlich darum, eventuelle Beziehungen zu einem Fährbetrieb aufzuspüren, doch soll wenigstens anhand einiger Fälle die Problematik dieser Namendeutung vor Augen geführt werden. Daß dies eine recht verzwickte Geschichte ist, haben schon viele Forscher erkannt.

Speyer

Die Urkunden der Stadt Speyer verzeichnen 1298, 1320 und 1331 je ein Haus „in der huntgassen“, und auch 1501 schrieb man noch Huntgasse, aber „daneben erscheint 1334 in einer lateinischen Urkunde vicus canum, und auf diese jüngere, verlateinte Form stützt man sich in Speyer immer wieder“. Dieser kritischen Bemerkung zu einer Deutung „Straße der (bellenden) Hunde“ fügte Christmann hinzu: „Im 14. Jh. müßte eine solche aber zu deutsch Hundegazze oder -gasse heißen, oder falls man das Tier in der Einzahl dachte, Hundsgazze (-gasse), nicht aber huntgasse. Ich bleibe also schon aus sprachlichen Gründen dabei, daß der Straßennamen nur an den Hundo erinnern kann, weise aber ferner noch auf folgendes hin: die Huntgasse führte in Richtung auf die Galgenstätte und zieht als Wormser Straße immer noch an der alten Hochgerichtsstätte vorbei.“¹⁵⁷ Tatsächlich hielt Wolfgang Eger 1985 in dem Lexikon „Speyerer Straßennamen“ noch an der alten Deutung fest: „Ehe man feste Mauern errichtete, begnügte man sich mit einfachen Verteidigungswerken.

Zur Nachtzeit wurde der Palisadenwall durch losgelassene Hunde bewacht. Von daher könnte der ehemalige Name ‚Hundsgasse‘ rühren“,¹⁵⁸ ohne auf die sachlichen Einwände Christmanns einzugehen. Für uns ist dabei wichtig, daß diese Hundgasse in keiner Beziehung zu einer früheren Fähre steht.¹⁵⁹

Die rheinabwärts gelegene Gemarkung von Ketsch, das früher eine Seilfähre besaß, weist keinerlei Bezeichnungen mit „Hund“ auf. 3 km flußabwärts befindet sich heute noch auf der Höhe von Otterstadt eine Motorfähre, welche die Gemeinde Brühl/Baden mit der linksrheinischen Kollerinsel verbindet.¹⁶⁰ Otterstadt besitzt eine Hundgasse, doch sind die örtlichen Nachforschungen wegen eines möglichen Bezuges zu einer Fähre noch nicht abgeschlossen.¹⁶¹

Worms

Für Worms wies Christmann nach, daß auf Grund des ältesten Beleges von 1234 mit dem Hinweis auf einen Güterbesitz „ante Portam sancti Martini in Huntgaszen“ einer Deutung im Zusammenhang mit dem hundo Vorrang gegenüber jener zu geben sei, die sich auf den lateinischen Text von 1268 „in vico canum“ stütze, der auch in späteren Urkunden wiederkehrte. Er berief sich vor allem auch darauf, daß in der Zeit von 1234–1382 den 5 vicus canum nicht weniger als 16mal Huntgasze, -gasse entgegensteht. Bemerkenswert ist die Feststellung, daß die nördlich der Martinspforte im Bereich der Mainzer Vorstadt gelegene Wormser Huntgasse nicht zum Rhein lief und zu keiner Fähre in Beziehung stand.¹⁶² Bevorzugte Fährstelle lag an der Kieselwiese (F. Illert, Worms am Rhein, 1954, 89).

Mainz

In dem Buch „Mainz in seiner Blütezeit als Freie Stadt (1244 bis 1328)“¹⁶³ erwähnt Archivdirektor Dr. Falck im Kapitel „Namen von Örtlichkeiten aus dem Stadtinnern“ einige Straßennamen, die sich von Amtsträgern und Ämtern ableiten lassen, darunter die „Hundgasse“ (in der Gegend der heutigen Neutorstraße), vielleicht von dem alten Wort hunno, hunne = Büttel, Niederrichter“. Falck verweist zwar auf Christmann, aber dessen Deutung scheint ihm nicht ganz zweifelsfrei zu sein: „Schon im MA wurde der Name mit dem Tier Hund (canis) in Verbindung gebracht, wie die 1323 bezeugte lat. Form platea canina beweist. War dies wirklich ein Mißverständnis? Bach, Alte Namen (der Gemarkungen von Bad Ems und Kemmenau. In: Adolf Bach, Germanist.-hist. Stud., gesamm. Abhandlungen, Bonn 1964) 89 (in Nr. 252), zitiert zu einem Flurnamen Hundsborn einen Ausspruch von Zink (Pfälz. Flurnamen, 171): ‚Namen wie Katze und Hund dienen zur Bezeichnung des Geringen‘. Und wie Christmann selbst zugibt, ging der Name der ehemaligen Frankfurter Hundsgasse auf den schon 1421 nachgewiesenen Hundemetzelerhof zurück.“¹⁶⁴ Zwar wohnten im 18. Jh. in der Hälfte der 20 Häuser der Neutorstraße (Hundsgasse) Schiffsleute aller Art, ohne daß dies aber das Gesamtbild be-

stimmte:¹⁶⁵ „Die Mainzer Schiffer und Flößer wohnten näher am Ufer, nicht in der Hundsgasse, an der überhaupt mehr Gärten als Wohnungen lagen. Sie verlief größtenteils entlang der Stadtmauer, auf deren Innenseite.“ Die Hundsgasse führte im übrigen auch nicht direkt zum Rhein, also in Richtung Bocks Tor, sondern zum Neuen Tor, demnach nicht zu einem Fährplatz.

Koblenz

Immerhin findet sich unter den Koblenzer Flurnamen der Hinweis auf einen „Hundspfad beim Metternicher Fahr an der Mosel 1356“, auch das Gewann „Hundspfad“ im Dorf Lützel-Coblenz 1543. „(bei der Brücke! 1469, 1577).“¹⁶⁶ Dieser Pfad führte von der Gegend des Metternicher Fahrs unter Abschneidung des Moselknies durch die verschiedenen Gewanne „Rauenthal“ zur Balduinbrücke.

Da im Weistum des Himmeroder Klosterhofes in Metternich klar davon die Rede ist, daß der Fährmann neben Hund, Hahn, Henne einen „Nachen“ besitzen muß, kann aus dem Vorhandensein eines Hundspfades nicht auf eine angebliche Gleichbedeutung von Hund und Kahn/Fähre geschlossen werden.

Die 1536 erwähnte Hundsgasse wie auch andere erwähnte Gewann-Namen wie „uff Hontsgasse (Acker) 1378“, „an der Hondsgasse an der Mosel 1532“, „an der Hundsgasse an der Mosel, Garten, 1535 (L.-Coblenz!)“ dürften sich ebenfalls auf den genannten Hundspfad beziehen.

Köln

Da es in Köln gleich drei Hundsgassen gab, hätte sich wohl am ehesten eine Beziehung zur Schifffahrt finden lassen müssen. Es handelt sich 1. um „die heutige Huhngasse“ (so seit 1816, seit 1812 Rue de la pule; wohl bewußte Umdeutung) unmittelbar vor der Westmauer der römischen Befestigung, aber innerhalb der Mauer von 1180; 2. die heutige Straße an St. Agatha (und Teile von ehem. Nachbargassen, der heutigen Antoniterstraße und der jetzt verschwundenen Hosengasse), 3. die heutige Färbergasse. Die beiden letzteren Gassen lagen im Innern der römischen Ummauerung, nahe der Südmauer, die im Mittelalter noch völlig erhalten war.

Die Namensbelege lauten im 13. – 15. Jahrhundert (s. Keussen) Hunt-, Hunde-, Hundis-, Hundes-, Hunts, Huntzgasse, platea/vicus canum/canis u.ä. Ein Bezug zu einer Fähre ist nirgendwo ersichtlich, der Rhein fließt im Osten der Stadt. Auffällig ist, daß bei 1. und 2. häufiger Schlamm- und Unratgruben und sumpfiges Gelände erwähnt werden (bei/an dem Poel(e), upper Soe, supra/iuxta paludem), 3. liegt in unmittelbarer Nähe des vom Blaubach durchflossenen ehem. röm. Stadtgrabens. Neben den von H. Dittmaier, Rhein. Flurnamen, 1963, S. 117 f. erwähnten Deutungen – so fährt Stadtarchivrat Dr. Huiskes fort – wäre durchaus zu erwägen, ob mit dem als abschätzig, pe-

jorativ empfundenen Namen (vgl. A. Wrede, Neuer kölnischer Sprachschatz I, Köln 1956, S. 374 Nr. 4) nicht der vermutlich wenig einladende Zustand dieser Gassen gekennzeichnet werden sollte.

Der weitere Hinweis von Huiskes lenkt den Blick zurück auf den von Vollmer erwähnten Hundweg im Ortenberger Rebgelände: „Ferner hieß 2. später teilweise Wingertsgasse, bei 1. und 2. lagen im 18./19. Jh. noch Weingärten, für 1. werden von Keussen bereits Weingärten bezeugt. Ob hieran anzuknüpfen ist, wäre zu prüfen (jedoch wohl kaum zu hunischen/Hünsch-Wein?!), jedenfalls gab es in Andernach/Rhein eine (heute eingezogene) Hundsgasse, die ca. 100 m östlich vor der Stadtmauer mitten durch Weingarten- und Gartengelände von der Heerstraße (Köln–Mainz) ans Rheinufer führte; ca. 500 m weiter rheinaufwärts lag die Überfahrtstelle nach Fahr (Neuwied). Alte Belege lauten Hontz-, (zuerst so m. W. 1391 und 1397, Landeshauptarchiv Koblenz 170/301 S. 328 und 163, Kopie 18. Jh.) und Hund(t)sgasse u.ä.“¹⁶⁷

Lübeck

In bezug auf die Kölner Huhngasse, die früher platea canum, Hunde-, Hundes- und Hunsgasse hieß, sah Volckmann eine Bestätigung, daß der Wohnsitz des Hunno in eine zum platten Land führende Straße gelegt wurde. In diese Deutung bezog er auch die Hundestraße in Lübeck ein, doch in der Hansestadt bleibt man bei der Auffassung, „daß die erste Nennung dieser Straße 1263 (Platea canum) schon auf die dort wohl herumlaufenden Hunde bezogen ist“. Während Volckmann davon ausging, daß man Hof und Wohnsitz eines Hunno in seiner Stellung als landesherrlicher Vogt (Niedergerichtsherr) innerhalb der neugegründeten Stadtgemeinden in einer der Hauptstraßen zuwies, scheint das für Lübeck nicht zuzutreffen: „In der gegenwärtig aktuellen baugeschichtlichen Forschung der Hansestadt Lübeck hat sich zudem herausgestellt, daß es sich um eine sog. ‚Hinterstraße‘ gehandelt hat, also um eine Straße, in der es hauptsächlich Scheunen und ähnliche Gebäude gab, und die Grundstücke der beiden Parallelstraßen eben mit dem rückwärtigen Grundstücksende an diese Straße vorstießen.“¹⁶⁸

Als weiteres Beispiel führt Volckmann die ehemalige Hundestraße in *Hamburg* an. Uns interessiert, „daß sich bei Durchsicht der durch Indices erschlossenen ortskundlichen Literatur kein Hinweis hat ermitteln lassen auf Flurnamen im Zusammenhang mit ‚Hund‘, die in Verbindung mit Fährbetrieb gestanden haben könnten.“¹⁶⁹

„Von den Hunden, die in Buxtehude mit dem Schwanze bellen“

Auch eine Erkundigung im nahen Buxtehude (-hude = Fährstelle), das an einem Nebenflüßchen der Elbe, der Ester, liegt, brachte keinen Hinweis auf einen Namen mit „Hund“, aber auf „die Redensart von den Hunden, die in

Buxtehude mit dem Schwanz bellen, für welche wir bis heute noch keine einwandfreie Erklärung haben finden können“.¹⁷⁰ Sicherlich hat dies ebensowenig mit dem Fährbetrieb zu tun als die angebliche Redensart „vor die Hunde kommen“, was im Zusammenhang mit dem Treideln stehen soll.¹⁷¹ Tatsächlich lauten die Redensarten aber „vor die Hunde gehen“ (zugrunde gehen) oder „auf den Hund kommen“, wobei im Siebenbürgischen der Sinn des letzteren deutlich ausgedrückt wird: „vom Roß of de kea (Kuh), von der kea of schweng (Schwein), vom schweng of den heangd (Hund) kum.“¹⁷²

Harnescar

Nach einer anderen Version erinnert die Redensart „auf den Hund kommen“ entweder „an das frühere entehrende Hundetragen adeliger Verbrecher oder an das altgermanische Würfelspiel, bei dem der Hund einen unglücklichen Wurf bezeichnete.“¹⁷³ Als der Graf Friedrich von Pfirt 1231 den Bischof Heinrich von Basel überfallen, beraubt und mißhandelt hatte, mußte er eine „gewaltige öffentliche Bußzeremonie“ absolvieren: „Vom Tore zu Spalen (dem späteren Schwibbogen) bis zum Münster hatten der Graf und seine Ritter die Strafe des sogenannten Harnescar zu tragen (d.h. eines Hundes auf den Schultern oder eines Strickes um den Hals).“¹⁷⁴

Nicht sehr ehrenvoll war auch der *Hundskirchhof*: „wohl nicht eigentlich, wie man annehmen könnte, der Schindanger, sondern der Begräbnisplatz für solche, die nicht in der geweihten Erde des regulären Friedhofs begraben werden konnten.“¹⁷⁵

Von der Hudgasse zur Hundgasse?

Das Problem der „Hund“-Namen ist recht vielseitig und nicht einfach zu deuten, die Lösungen werden je nach Ort und Verhältnissen verschieden ausfallen; entscheiden kann hier nur die genaue Ortskenntnis, und selbst da kommt man nicht immer zum Ziel. Wie vielseitig es sein kann, mag ein letztes Beispiel für den Bereich der Hundsgassen aufzeigen: die Hundgasse im Wiesbadener Stadtteil Erbenheim, die dort zu den ältesten Straßen zählt. Mit ihr beschäftigte sich E.A. Krag:

„Sonderbar ist der Name Hundgasse. Mit Hund oder Hunnen hat er nichts zu tun, ebensowenig mit Hanggasse (von Abhang). Eine Huhngasse wäre schon eher denkbar (eine solche gibt es in Darmstadt). Es wäre dann die Gasse gewesen, in der die Zehnthühner abgeliefert wurden. Aber die Erbenheimer sagen gar nicht Hundgasse, sondern Hunngaß. Sicher aber hängt unsere Hundgasse mit dem Distrikt ‚Hundshof‘ zusammen.“ Krag vermutet, daß der Name auf Ritter Dietrich, genannt Hud, zurückgeht, der Vogt auf der Burg Sonnenberg war: „Er besaß hier einen Hof, den Hudshof . . . Und die Gasse, worin der Hof stand, war die Hudgasse.“ Im Laufe von über 600 Jahren hätten sich die

Bezeichnungen Hudsgasse und Hudshof in Hundsgasse und Hundshof verwandelt: „Die erste Benennung klingt auch gar nicht für Erbenheimer Zungen. Wir gehen vielleicht auch nicht fehl, wenn wir das Haus Hundsgasse 10 für den alten Hudshof ansehen.“¹⁷⁶

Langenbeck: keine Sicherheit für eine Deutung

Die Untersuchung kann und soll nicht ins Uferlose ausgedehnt werden, doch mag sie auch in der Beschränkung aufzeigen, daß Namendeutungen doch erst nach sorgfältiger Überprüfung herangezogener Merkmale erfolgen können, denn selbst ein Fachmann wie Langenbeck, der die Herkunft von Hunno für am wahrscheinlichsten erachtete, hielt sich angesichts der Anhäufung von den mit dem Fährbetrieb in Zusammenhang gebrachten Hunds-Namen ein Hintertürchen offen: „Anders wird der Gesichtspunkt, wenn man neben dem sprachlichen die sämtlichen Gesichtspunkte berücksichtigt, wie sie Hornung auf seinem Kärtchen zeigt. Dann möchte man bei Hundsmatt und -gießen doch an die Bedeutung Fähre denken und Hunisfeld konnte diesem angepaßt zu Hundsfeld geworden sein. Im Grunde probieren wir an dem Problem herum, ohne Sicherheit für diese oder jene Deutung.“¹⁷⁷

Daß Langenbeck sich doch noch von wenigen Hinweisen beeindruckt ließ, die schließlich nicht verifiziert werden konnten, ist besonders erstaunlich, weil gerade er einmal im Zusammenhang mit Ortsnamen einem Forscher entgegenhielt, daß es nicht genüge, eine These an ein paar Dutzend Namen zu demonstrieren. Solange nicht eine größere Zahl mit Erfolg überprüft worden sei, bleibe die These eine Utopie.¹⁷⁸

Absolute Sicherheit bieten uns jene Gewinn-Namen, die keiner besonderen Konstruktion bedürfen, um den Zusammenhang mit dem Fährbetrieb aufzuzeigen. Sie sind so zahlreich, daß wir aus der Fülle nur einige Belege aus einem Rheinabschnitt ober- und unterhalb des Hundsfeldes herausgreifen wollen. Da gibt es links- oder rechtsrheinisch den „Fahrgrün“ bei Breisach, „Fahr Wald“ und „Fahr Köpfe“ bei Weisweil, „Fahr Schollen“ und „Alt Fahr Schollen“ bei Rheinau, „Fahr- und Bingenkopf“ sowie „Fahracker“ bei Kappel, den „Fahrkopf“ bei Helmlingen, das „Fahrwörth“ zu Grauelsbaum, den „Fahrkopf“ bei Memprechtshofen, den „Fahr-Kopf“ bei Söllingen. Und wir kennen auch entsprechende Siedlungsnamen: Nufar bzw. Nüfar, später Niffen (= neue Fahr) bei Kembs oder auch das „Dörfel Fahr“ (Grauelsbaum).¹⁷⁹

Mährplätze, Lenden und Schiffunge

Entsprechend dem „Fahrwörth“ gibt es das „Flotzenwörth“, neben den „Fahr-Wiesen“ die „Flotz-Wiesen“. Flöße und Boote wurden an den Mähr-Pfählen festgemacht; der älteste archäologische Befund liegt nach Ellmers für die karolingische Schiffslände in Straßburg vor. An die Mährplätze, deren Kehl bis zur

Rheinregulierung drei besaß,¹⁸⁰ erinnert auch die von Harbrecht erwähnte „Merenlache bei Scherzheim (mere ahd. Pfosten zum Floßanbinden).“¹⁸¹ Die zwischen Illingen und Au a.Rh. gelegenen „Meeräcker“ stehen mit dem urkundlich 1102 erstmals genannten und später untergegangenen Merfeld („villa Merivelt“) in Zusammenhang. Der Name des Ortes, der urkundlich als „Mervelt an dem var“ erwähnt wird, geht offensichtlich auf den Fährbetrieb zurück.¹⁸² Mährbäume finden in einer Bachordnung von 1856 Erwähnung, worin ihre Erhaltung längs des Wolfbaches angeordnet wurde. Die Bachgemeinde hatte „das Recht und die Pflicht, bei Mangel an Bäumen, künstliche Mähranstalten, Granitsteine mit Eisenhaken, Pfähle etc. anzubringen“,¹⁸³ und noch 1894 wurden in Greffern Mährpfähle für das Anlegen großer eiserner Schleppkähne angebracht (Adolf Hirth).

Schiffsanlegeplätze hießen auch „Lenden“¹⁸⁴ (mhd. lenden, ahd. lenten), und es gibt ein Beispiel dafür, daß eine Fährstelle nach der Bezeichnung des Fahrzeuges benannt wurde, wie das in Heidelberg der Fall war: „(Näh) von der Nee auf den Zimmerplatz 1784 R.B. 218; am unteren Ende der Fahrtgasse . . . die Stelle, an der sich der zum Übersetzen befindliche Trahm oder ‚die Näh‘, wie wir Heidelberger sagen, befand: H.H.N. 15. 10. 1920 (Winkler)/mhd. nawe, naewe f.: kleineres Schiff, besonders Fährschiff; lat. navis.“ Auf die Fahrtgasse (vor 1856 Neckargasse) lief vor dem Bau der Friedrichsbrücke (1877) die „Neuenheimer Fahrt“ zu. In Straßburg sprach 1398 ein Fähriger von „schiffunge“.¹⁸⁵ Nachdem die Schedelsche Weltchronik von 1483 eine Ansicht von Ulm an der Donau mit zwei Floßfähren zeigt, waren vielleicht dort noch sprachliche Hinweise auf die Anlegeplätze zu finden. Nun hat man sich in Ulm weniger mit dem Personen-Fahren als mit der Holz- und Transportflößerei beschäftigt, die im mittelalterlichen Ulm eine bedeutende Rolle spielte: „Die Anlegeplätze für die in Ulm ankommenden Holz- und Transportflöße hießen Ziegel-, Gänstor- oder Herbruckertorgelände. Namenszusammensetzungen mit ‚Hund‘ sind uns nicht bekannt. Doch im einzelnen bedarf es wohl auch hier noch gezielter Nachforschungen.“¹⁸⁶

Die alten Schiffstypen – darunter kein „Hund“!

Trotz der vielen Fähren tauchte am Oberrhein bisher nirgends die Bezeichnung „Hund“ für eine Fähre oder einen Kahn auf, und das auch nicht für alte Schiffstypen wie etwa die Lauertanne, von der Kurt Schwarz berichtet: „Wie kaum ein anderer Schiffstyp des gesamten Stromgebietes hat die Lauertanne, deren ursprüngliche Heimat Basel ist, ihre Bauweise von den ältesten Zeiten bis zum Ende des Holzschiffsbaues fast unverändert zu erhalten vermocht. Ausgegangen möglicherweise vom vorgeschichtlichen Einbaum finden wir ihre Form noch nach der Mitte des 19. Jahrhunderts im oberrheinischen Waidling wieder.“ Es ist bemerkenswert, daß sich die Bezeichnung „Waidling“ (Weidling) über Jahrhunderte hinweg bis in unsere Zeit erhalten hat. Als „weitschiff“ in der Auenheimer Fischereiverordnung von 1442 festgehalten,

muß dieser „tannene Nachen“, auch als Wai oder Waidli benannt, schon damals seit langem bekannt gewesen sein.¹⁸⁷

Neben den Weidlingen wurden von den Fischern nach den Statuten der Straßburger Schifflaut-Zunft vom Jahre 1725 vorzugsweise benutzt: „Flößschiffe, Ruderbäume, Laueln, Riemen und Muschen.“

Unter den in Straßburg gebräuchlichen Schiffen gab es „Berner, Wallenstadter und Basler Schiffe – (sämtliche wohl aus der Schweiz) –, Holz- und Iller-Schiffe – die letzteren dürften ihren Namen von der Ill haben) –, Rothau-, Suhl- und Küheschiffe, Esel- und Hornnachen, Ankernachen und Dreibörder.“¹⁸⁸

Als die Rheinüberfahrt in Greffern für die Jahre 1813 bis 1824 versteigert wurde, nannte man auch die Art der Fährschiffe, denn die Regierung mußte als Versteigerer eine Nebe, einen Nachen und ein Triebott anschaffen; in einem späteren Pachtvertrag (1924) hatten die Beständer dafür zu sorgen, daß „a) eine große Näche, b) ein großer Nachen und c) zwei Dreiborde“ beschafft wurden.¹⁸⁹

Angesichts der Fülle überlieferter Bezeichnungen, die hier nicht alle aufgezählt werden sollen, wäre es schon erstaunlich, daß gerade die Erinnerung an einen „Hund“ geschwunden sein sollte, zumal auch in den beiden ältesten in germanischen Sprachen erhaltenen Listen von Schiffstypen, „die ungefähr gleichzeitig bald nach 1000 in England und am Oberrhein entstanden sind“, von einem solchen nichts erwähnt wird.¹⁹⁰

8. Bekannte älteste Schreibweise: *Hunesvelt*

Bei den bisherigen etymologischen Deutungen wurde von der Schreibweise Hunsfeld ausgegangen, wie das auch der Ausgangspunkt für Hornung war. Dabei wurde bewußt eine elementare Voraussetzung wissenschaftlicher Namensforschung vernachlässigt: „Will man Namen von Ortschaften oder Fluren oder Bergen oder Gewässer usw. erklären, muß man zunächst einmal historische Belege, alte Formen zusammentragen. Die Namen sind ja schon vor Jahrhunderten, ja manche schon vor mehr als 2000 Jahren geprägt worden, haben aber seitdem allerhand Veränderungen erfahren, ja wurden, als man sie nicht mehr verstand, so umgedeutet, daß dabei ein Unsinn herauskam.“ Im Zusammenhang mit Tiernamen führte Ernst Christmann das nicht weit von Kaiserslautern gelegene Dorf Hirschhorn an, das schon im frühen 13. Jh. eindeutig „Hunrescherre“ (zu sprechen Hünrescherre) hieß, aus dem nach und nach Hirschharre und endlich in den letzten Jahrhunderten Hirschhorn wurde. Dieser Name könnte also mit dem Namen des Tieres auf keinen Fall etwas zu tun haben.¹⁹¹

Solche Fehldeutungen sind nicht selten. Nehmen wir einmal den heute zu Grävenwiesbach gehörenden Ort Hundstadt als weiteres Beispiel, das ebenfalls die Notwendigkeit bestätigt, nicht schlichtweg die jüngste Schreibweise als Ausgangspunkt für eine Namendeutung zu nehmen. Die Entwicklungsreihe sieht hier so aus: 1267 (in einer Notiz) Hoinstat, 1280 Hoinstad, 1410 Hoenstad, 1512 Hondstadt, auch Houndstatt, 1634 Hundstatt. In Hoinstad ist aber der mhd. Name für Hang enthalten: „Der Name ‚Hundstadt‘ hat also mit Hund nichts gemein, leitet sich aus dem alten Wort für ‚Hang‘ ab, was auch exakt der Lage des Straßendorfes entspricht, die Siedlung am Talhang, an der Wasserscheide zwischen Lahn und Main-Einzugsgebiet.“¹⁹²

Hinsichtlich der Schreibweise von Hundsfeld fällt auf, daß in allen zehn Urkunden, die Mone für den Zeitraum von 1300 bis 1374 anführt, der Name ohne d geschrieben wird: Hunesfelt oder meist Hunesvelt. Unverändert ohne d führte auch ein Straßburger Rittergeschlecht, das sich nach dem Dorf nannte, seinen Namen von der ersten urkundlichen Erwähnung im Jahre 1196 (Rudolfus advocatus de Hunesvelt) bis zu jenem Kuno von Hunisvelt, der 1359 alle seine Güter in Hundsfeld, Kork und Altenheim, die er als Lehen von Hane mann empfangen hatte, an dessen Sohn Heinrich III. von Lichtenberg abtreten mußte. Mit ihm scheint dieses Geschlecht ausgestorben zu sein „und seitdem das Patriziergeschlecht der Noppen zu Straßburg sich von Hundsfelden schrieb“.¹⁹³ Zwar führt Kindler von Knobloch im „Goldenen Buch der Stadt Straßburg“ unter „Hundsfeld“ an, daß die v. Hunesvelt „ein Zweig der noch blühenden v. Kageneck“ gewesen seien, um dann den Rudolfus als Zeugen einer kaiserlichen Urkunde vom 25. 6. 1196 zu erwähnen, doch Alfred Graf von Kageneck vermerkt dazu: „Die Angaben im Goldenen Buch stimmen ganz sicher nicht. Der Rudolfus 1196 hat absolut nichts mit Kageneck zu tun.“¹⁹⁴ Tatsächlich findet sich in dem von Kindler von Knobloch herausgegebenen Oberbadischen Geschlechterbuch auf der Stammtafel der Kageneck, die von Alfred von Kageneck als „einigermaßen richtig“ bezeichnet wird, keinerlei Zusammenhang. Auf dieser Tafel tritt der erste Kageneck-Hundsfeld erst sehr viel später in Erscheinung: „Johannes von Hundsfeld (1326 Hundsfeld von Kageneck).“ Seine drei Söhne heißen Erbo, Johannes und Peter (1350 Petermann) von Kageneck-Hundsfeld (patruus Nicolai Noppe), dessen Sohn Johannes 1391 als „Johannes de Kageneck dictus de Hunesfeld, miles“ erwähnt wird. Knausenberger weist noch auf einen anderen Ortsadel hin: „Von dem Dorf Hundsfeld bis zur Einmündung der Elz in den Rhein hatten die Geroldsecker als Lehensleute der Straßburger Bischöfe Geleitsrechte und -pflichten . . . Das genannte Hundsfeld lag gerade noch im Bereich der Geroldsecker. Nach ihm nannte sich ein Edelknecht Eberhard Sterne, später seine beiden Söhne Heinrich und Johannes, beide zum niederen Adel gehörend und in Straßburg 1316 wohnhaft. Noch 1365 wird Heinrich erwähnt“. 1369 wird ferner ein Edelknecht Henselin von Hunesvelt in einer Urkunde als Bürge genannt.¹⁹⁵

Die Kontinuität der Schreibweise Hunesvelt erfährt 1282 scheinbar einen Bruch: Walter von Clingen und seine Ehefrau Sofie verkauften 1282 dem Ritter Sigmund Hogmesser zu Straßburg „den buhil zu Hundisfeld und alles das gut, das sie zu Hundisfeld, zu Marheim und Kütersburg an lüte, zwing und bann“ hatten. Doch handelt es sich dabei um eine jüngere Abschrift der Originalurkunde, wobei Ruppert diesen Vertrag an anderer Stelle vom Jahre 1288 datiert. Beinert ordnet diesen Vertrag richtig dem Jahre 1283 zu und zählt auch das bei Ruppert fehlende „altheim“ auf, zitiert die von ihm angegebene Quelle aber ebenfalls nicht präzise.¹⁹⁶ Aber leider ist diese wie auch die anderen nicht im Original vorhanden, und die Abschrift der Urkunde von 1283 wurde nach über hundert Jahren gefertigt, so daß die Schreibweise „Hundisfelt“ in der Kopie in eine sehr viel spätere Zeit fällt,¹⁹⁷ zumal noch 1380 Johannes Friese als Pfarrer „in Hunesfelt“ genannt wird. Und Beinert hat beispielsweise „kuterschpurg“ der Abschrift als „Kuterspurg“ zitiert.

Christmann: kein Zweifel an der Deutung „Feld des Huni“

Zur Angabe von „1282 Hundisfelt“ bei Krieger äußerte sich Christmann: „Wir sehen, daß schon 1282 auf einmal ein -d- erscheint, das nach Ausweis der älteren Formen unberechtigt ist; somit ist auch im heutigen Namen nicht ‚Hund-‘ enthalten. Das Bestimmungswort ‚Hunis-‘ ist der Genetiv des altdeutschen Rufnamens Huni, der Kurzform zu Vollnamen wie Hunifrit, Hunibald, Huniger usw. Also ist der Sinn des Namens Hundsfeld ‚Feld des Huni‘. Darüber kann es auf Grund der historischen Belege keinen Zweifel geben, und mit den auf dem Rhein fahrenden Hunden (Kähnen, Fähren) hat der Name absolut gar nichts zu tun, entstand, ehe solche dort fuhren.“¹⁹⁸ Christmann bekräftigte also die entsprechende Deutung, wie auch Beinert das Dorf als „Feld des Huni“ bezeichnet hat.

Rusch vertrat noch 1928 (und 1931 in der „Badischen Heimat“) eine abweichende Auffassung: „Die Rheinfahrt bei Hundsfeld als älteste und bedeutendste (in manchen Urkunden ‚campus in undis‘ genannt und in Folge mißverstandenen Sinnes, später als ‚Hundsfeld‘ übersetzt).“ Dazu Langenbeck: „Campus in undis ist natürlich mittelalterliche Latinisierung für Hundsfeld und kein treffendes Vorbild von Kloster St. Johann ‚in undis‘.“

Rusch war möglicherweise Kindler von Knobloch gefolgt, der im Goldenen Buch vermerkte, daß die Fahr „zu den Hunden“ nach der Kapelle S. Johannis in undis benannt wurde, „woraus ‚ze den unden, ze den hunden‘ wurde. Gleiche Ableitung für das Dorf Hundsfeld . . .“ Auch Wilhelm Weiß fügte dem Namen Hundsfeld erklärend hinzu: „ad undas, zu den Unden“.¹⁹⁹

Bei der Erklärung Christmanns fällt auf, daß auch er die Gleichstellung von Hund = Kahn oder Fähre ohne Nachprüfung akzeptierte, obwohl wir nun wissen, die Redaktion des Schweizer Idiotikon selbst erheblichen Zweifel heg-

te. Angesichts des ungeheuren Arbeitspensums, das Christmann bewältigte, ist das verzeihlich. Doch steht er damit unter den Fachwissenschaftlern nicht allein. Auch Heinrich Dittmann übernahm die Deutung, wenn er mir schrieb: „Das Wort Hund hat im deutschen Sprachgebiet die verschiedensten Bedeutungen angenommen, darunter also auch ‚Kahn, Fähre‘. Doch scheint es so, daß diese sich nur für den alemannischen Raum feststellen läßt und daß das Zitat aus dem Schweizer Idiotikon die einzige auffindbare Belegstelle darstellt. In unserem mittelrhein.-niederrhein. Raum ist Hund nur in den übertragenen Bedeutungen ‚Bergwerkslore‘, ‚Teil des Schiffsanker‘, ‚Grenzstein‘ und als Ackermaß bekannt, wobei letzteres nicht zu Hund ‚canis‘, sondern zu Hund ‚centum‘ gehört. Die Bedeutung des Wortes in den häufigen Ortsnamen Hundheim, -hausen, die alle weitab von schiffbaren Flüssen liegen, ist trotz aller Versuche noch nicht geklärt. Alles in allem ist zu diesem Problem zu sagen, daß die Deutung Hund = Fähre durchaus möglich ist, daß man aber andererseits außerhalb des alemannischen Raumes sehr vorsichtig damit zu Werke gehen muß. Es ist schwer, sich da auf eine Deutung festzulegen“.

Fritz Langenbeck (Bühl/Baden) orientierte sich zunächst einmal an Christmann, der die Bildungen ohne Kasus-Endung, wie Hundhausen, Hundheim, Hundgasse, Hunshaus auf hunno, hundo, den Leiter der Hundertschaft zurückführte. Wichtig erschienen ihm dessen Beispiele, daß man später die ursprüngliche Bedeutung nicht mehr verstand, sondern an das Tier dachte: „Aus diesen Mißverständnissen bilden sich zuweilen die genannten Formen zu Hundgasse um. Es kann also auch bei Formen mit Hunds- nicht immer unmöglich sein, daß auch sie auf hunno, hundo zurückgehen. Schwierig ist es freilich bei abg. Hundsfeld, das im 12. und 13. Jh. als Hunis-, Hunesfelt (ohne d!) genannt wird, so daß eine Umbildung auf die Bedeutung hund (= Tier) unwahrscheinlich ist. Nun haben freilich manche Namen ihre Deklinationsklasse geändert; im Schwarzwald kenne ich ein älteres Herzogenweiler (schwach) und ein jüngeres Herzogsweiler (stark). Es könnte also auch ein Hunn(en)feld zu Hunesfeld sich gewandelt haben. Ich möchte also hier, auch mit Rücksicht auf den Flurnamen ‚Galgenfeld‘ die Herkunft von Hunno am wahrscheinlichsten halten.“

Auch W. Hoffmann hielt diese Deutung für denkbar: „Möglich ist aber m.E. auch die Beziehung auf hunno = Gerichtsbote, wenn der Flurname Galgenfeld für diese Zeit ebenfalls belegt und historisch eine Gerichtsstätte in Hundsfeld im frühen 13. Jh. nachweisbar wäre.“

Aber gerade diese Herleitung hatte Christmann abgelehnt: „Hundsfeld heißt 1196 Hunesvelt, kann also nichts mit dem Hundo (Hundertschaftsrichter) und nichts mit einem Hund zu tun haben, ob nun an das Tier oder eine Fähre oder was auch immer sonst gedacht wird, sondern es kommt nur in Frage der altdeutsche Rufname Hun, Kurzform zu Hunfrid (Hunfried), Hunberth (Humbert), Hunibald (Humboldt) usw. Also war die Stelle der Ortschaft zunächst ein ‚Feld des Hun‘.“

Doch auch die Bemerkung von Gerhard Bauer in den Rheinischen Vierteljahrs-Blättern (1966/67), den Mitteilungen des Instituts für geschichtliche Landeskunde an der Universität Bonn, daß Christmanns immerzu wiederholten Hinweise auf die Bedeutung früherer Belege für den Fachwissenschaftler selbstverständliche Voraussetzungen (wie auch die Wichtigkeit sprachwissenschaftlicher Schulung) und somit für die Laien gedacht seien, findet nun nicht gerade eine Bestätigung, wenn W. Hoffmann weiterfährt: „Die späteren Belege aber lassen in ihrer Geschlossenheit des Beziehungswortes hund(t) nur eine Deutung im Zusammenhang mit dem Tiernamen zu. Die Bedeutung könnte dann nach Adolf Bach, *Namenskunde* Bd. II, § 324 und 326 entweder sein: ein Feld, wo Hunde leben (vielleicht auch der Platz, an dem herrenlose Hunde vom Schinder getötet werden?) oder im historischen Sinne ein Feld, auf dem einmal ein Hund in einer besonderen Begebenheit eine Rolle gespielt hat (daher vielleicht die Verwendung des Singulars in dem Kompositum Hund(e)sfeld). Dies läßt sich stützen mit dem Hinweis, daß ‚-feld‘ in Ortsnamen auf Gebieten im Flußbereich (Bach § 303) oder Ackerland bzw. Wiesenflur (Bach § 369), historisch z.T. auf westgerm. Ursprung der Siedlung verweisen, m.W. aber nicht auf Plätze der Rechtspflege (vgl. Bach, § 380). ‚Hunisvelt‘ wäre also sprachgeschichtlich mit Schwierigkeiten, nach dem späteren Befund aber deutlich auf den Tiernamen zu beziehen, ob allerdings im Zusammenhang der Rechtspflege, ist zweifelhaft.“²⁰⁰

Nachdem Langenbeck ein ursprüngliches Hunn(en)feld in Erwägung zog, findet die noch heute in der Bevölkerung verbreitete Vermutung Unterstützung, daß das Hundsfeld seinen Namen dem Reitervolk verdankt, das 451 auch vor den Toren Straßburgs kampierte.

Ortsnamen mit „-feld“

Ortsnamen mit „-feld“ sind im Oberrheintal im Gebiet der alten Ortenau so selten, daß man im Norden zum Vergleich nur noch Hildmannsfeld heranziehen kann, das auf den Personennamen Hildebold, später Hildemann zurückgeht.²⁰¹ Im Süden erscheint die in einer Ausbuchtung des Bleichtals gelegene Gemeinde Tutschfelden erstmals urkundlich 972 als „Tuttesvelda“.²⁰² Nach Schauer handelt es sich um einen Hof des Tutilo oder Thiotho, abgekürzt Tuto, also um das Feld des Tuto, „ein bebautes gepflegtes Ackerland, zu dem unbedingt ein Hof gehörte.“²⁰³

Ortschaften mit der Endung -feld werden der seit Mitte des 7. Jahrhunderts auf die Zeit der Landnahme folgenden Periode des Ausbaues (etwa 600–750) der Siedlungen zugerechnet. Nach Sütterlin bezeichnen Ortsnamen, die auf -feld, -statt enden, „häufig Örtlichkeiten, die für das Vieh eingehengt waren und später eine Siedlung erhielten.“²⁰⁴ Für das Hundsfeld trifft wohl zu, was auch für Eckartsweiler gilt, das um 1316 *Eckebrehtswilare*²⁰⁵ geschrieben wurde:

„Fast überall läßt sich eine ältere Muttersiedlung feststellen, auf deren Mark der -weilerort angelegt wurde, der sich später auch hinsichtlich seiner Gemarkung selbständig machte. Das gleiche gilt für die Orte mit den Endungen -hausen, -hofen und -feld.“²⁰⁶ Auch Christmann stellte für die Pfalz fest: „Wichtig ist, daß auch bei uns schon im 8. Jahrhundert ‚-feld‘-Namen auftreten, also noch in der Zeit des ersten Landausbaus, also im weiten Waldland auch noch wilari genannte Einzelgehöfte angelegt wurden, unsere zahlreichen heutigen ‚-weiler‘.“²⁰⁷ Die Entstehung dieser Siedlungen könnte bis ins 6. Jh. zurückreichen. Sein Beispiel „Lingenfeld“, nordwestlich von Germersheim nahe am Altrhein gelegen, könnte auch für Hundsfeld zutreffen. Wie Lingenfeld sich aus dem 1 km westlich liegenden Westheim, mag sich Hundsfeld aus dem nahen Marlenheim entwickelt haben, wobei aber doch der sehr beachtliche Umfang des Hundsfelder Bannes in seiner linksrheinischen Ausdehnung vom Ochsen Wörth im Norden bis zum Lamens Sand im Süden und bis zum Krummen Rhein, einem alten Rheinarm im Westen, ins Auge springt. Von dieser großen Gemarkung, die Hundsfeld schon im 11. Jh. besaß, blieb nach der Feststellung von Rusch im Jahre 1928 nicht mehr viel übrig: „Heute noch ist das Gewann Hundsfeld ein 1 1/2 Kilometer langes und 1 Kilometer breites Gelände, nach dem im Laufe der Zeiten verschiedene Gemeinden die große Gemarkung unter sich aufgeteilt hatten.“

9. Straßburg nimmt die Fähren in Besitz

Nachdem die Stadt 1388 eine Rheinbrücke unter Verwendung von Holzpfählern und Booten errichten ließ, wobei letztere 1392 durch Pfeiler ersetzt wurden (H. G. Zier), hatte dies auch beträchtliche Auswirkungen auf den Fährbetrieb.²⁰⁸ Finanzielle Erwägungen (Brückeneinnahmen) sowie die Befreiung vom Geleitrecht der Vögte über den Rhein könnten die Stadt bewogen haben, sich die Fähren kurzerhand anzueignen. Der Zeitpunkt ist uns unbekannt; wir wissen nur, daß Straßburg sich mit den Fahrherren der Fähre bei Ruprechtsau über eine Entschädigung einigte und am 29. 5. 1392 der Beschluß gefaßt wurde, „das man herrn Gossen Engelbreht und den von Grostein alle wochen von des vares wegen geben sol 10 schillinge pfenninge und sol man in geben darzu, was in versessen ist, von jeder wochen 10 schillinge pfenninge sit des tages, das in das vare genommen wart.“²⁰⁹ Die weitere Vereinbarung: „und sollent ouch die 10 schillinge pfenninge abe sin, die in die varherren von dem oberen vare jores gabent“ läßt leider nicht erkennen, was dieser Verpflichtung zugrunde gelegen hatte. Aber die verhältnismäßige Geringfügigkeit dieses Jahresbetrages wie überhaupt die gesonderte Entschädigungsregelung für die Fahrherren der Niederfahr, in welche also Fahrherren der übrigen Fähren nicht einbezogen wurden, sprechen eindeutig gegen die Hypothese eines großen Fährsystems.

Mit der laufenden Entschädigungsleistung war auch die Verpflichtung der Fahrherren verbunden, Wege und Stege in der Ruprechtsau anzulegen und zu

unterhalten, wie das von alters her zu geschehen hatte. Für diese Vereinbarung sollten die Fahrherren die Zustimmung ihres Lehnsherrn erwirken, die der Jungherr Johann von Lichtenberg brieflich am 8. März 1395 auch gab, allerdings unter der Bedingung, daß die Fahrherren alles, was sie von der Stadt erhielten, „von ihm, seinen Erben und der Herrschaft zu Lichtenberg haben und behalten nach Lehensrecht und Gewohnheit.“²¹⁰ Nur so ist es zu verstehen, daß auch weiterhin beim Niederfahr Lehensträger der Lichtenberger in Erscheinung treten. Nach einem Hinweis von Beyler auf einen Brief von Johann zu Lichtenberg aus dem Jahre 1395 könnte man schließen, daß Goss Engelbrecht, Swartz Götze und Claus von Crostein alleinige Lehensträger waren, doch wurden erst am 13. 7. 1380 Johann von Mülnheim, Burggraf von Straßburg, und sein Vetter Wilhelm nach dem Tode von Reimbolt von Fegersheim von Konrad von Lichtenberg mit der Hälfte der Niederfahr belehnt. 1424 erhielten dann die Brüder Wendelin und Gosse von Mülnheim durch Ludwig von Lichtenberg dieses Lehen. 1435 werden auch Klaus von Graffestein, Oberschultheiß von Straßburg, und sein Vetter Anshelm als Lehensträger genannt, 1445 in Gemeinschaft mit Heintz von Mülnheim.²¹¹ 1458 führt dann Eyer (207) als Lehensträger des Jakob von Lichtenberg Heinrich von Mülnheim an, der auf die Niederfahr mit 13 Pfd. Pf. jährlich belehnt wurde, die je zur Hälfte durch die Einkünfte des Pfennigturms und durch einige Güter in der Ruprechtsau bezahlt wurden. 1472 kam das Lehen an seinen Sohn Daniel. Weiterhin nennt Eyer noch Wollenschläger (von Altdorf) und Beyler, der als Fahrherren noch die Knöbel von Katzenellenbogen, Zeisholff und die Grafen von Eberstein aufzählt, erwähnt noch Urkunden von 1493 und 1504, die vom Fahr sprechen, sowie auch einen Vermerk aus den Annalen des Sebastian Brant vom Jahre 1526: „Das fahr in Ruprechtsau soll abgestellt werden“. Das könnte die Vermutung widerlegen, daß die Fähren bald nach 1396 stillgelegt worden seien.

1396 einigte sich die Stadt in bezug auf die Rheinüberfahrtsrechte „apud Hunesfelt, Keule et ad canes in Reno“.²¹² Nach Beendigung des Acht-Krieges hatte Bischof Friedrich von Straßburg im Februar 1393 unter seinen zahlreichen Forderungen seinen Anspruch auf die Rheinfähre geltend gemacht und Schadenersatz gefordert, wie auch Heinrich von Lichtenberg die Stadt wissen ließ, „daz sy mich entwert haben mit irme Gewalt an recht der var auf dem Rein bey Strazzpurg, dy ich furbaz von meynen herren czu lehen hab“ und er und die Seinen großen Schaden dadurch erlitten hätten. Schließlich beschwerte sich auch Junker Heinrich von Geroldseck und Lahr wegen des Brückenzolls, den er und seine Leute zahlen mußten, obwohl die Brücke auf seines „jungherren eygen“ stand und er wie alle seine Vorfahren bisher zollfrei über den Rhein gefahren sei.²¹³

Das weitere Schicksal der mittleren Fahr „zu den Hunden“ scheint nicht erforscht. Bekannt ist, daß 1396 Nesa Barpfennig, die mit Johannes von Kagen-

eck gen. Hundsfeld verheiratet war, ihren Anteil am Rheinfahr und Zinsen in Kehl verkaufte.²¹⁴

Von den Lehensträgern der oberen Fähre zu Hundsfeld ist uns die Sippe zum Trübel überliefert; Reimbolt zum Trübel hatte 1344 Anteile an der mittleren und oberen Fahr erworben. Für die Zeit nach 1396 wird sie urkundlich 1426 erwähnt, als Ludwig von Lichtenberg den Cüne zum Trübel mit der oberen Fahr belehnt.²¹⁵ 1435 erhalten die Söhne Reimbolts zum Trübel, Kuno, Adolf und Hans, das Lehen, welches 1465 an Reimbolt, Bernhart, Adolf und Bechtold zum Trübel übertragen wird.

Was Hundsfeld selbst anbelangt, so wurden 1435 Simunt Klobloch, Sohn Reimbolt Kloblochs gen. Klein, und weitere Angehörige der Sippe dort belehnt. 1472 hatte Veltin Knobloch (Klobloch) das Lehen inne, 1474 wurden die Brüder Rudolf und Thomas von Endingen mitbelehnt (Eyer). Sicherlich zog der Verlust der Fähre schwerwiegende wirtschaftliche Folgen nach sich, doch Beinert sah den Hauptgrund für den späteren Untergang des Dorfes in den verheerenden Überschwemmungen des Rheins, die mit dem Abholzen der Wälder und Regulieren der kleinen Flüsse weit gefährlicher als früher geworden seien. Ein Hochwasser um Pfingsten 1566 zerstörte einen Teil der oberhalb von Kehl bei Hundsfeld stehenden Rheinbrücke, so daß man eine neue bei Kehl errichtete. Über das Los von Hundsfeld berichtet Beinert weiter: „1578 wurde auf Betreiben der Stadt Straßburg zwar von Kehl bis Goldscheuer über den Herder Hof eine Werb geführt, aber dadurch mußte der Hundsfelder Bann auf dem Rheinvorland systematisch ertrinken.“

10. Hundsfeld wird aufgegeben

Das Ende des Dorfes war vorauszusehen: „Als der Rhein gegen Ende des 16. Jahrhunderts die Gemarkung immer mehr bedrohte, beschloß Graf Philipp V. von Hanau-Lichtenberg 1580, das Dorf aufzuheben. Bei der Volkszählung im Hanauerland von 1590 wohnte in Hundsfeld kein Einwohner mehr. Die noch übrige Gemarkung verkaufte Graf Philipp V. jetzt an das Dorf Eckartsweier für die Summe von 150 Pfund, dem es seither gehört.“²¹⁶ In der „Ortenau“ von 5./1914 schrieb er dann, daß die Gemarkung unter Marlen, Eckartsweier, Kehl und Auenheim aufgeteilt worden sei. Unberührt von Beinerts Angaben vermerkte Fritz Eyer 1938: „Nachdem durch Überschwemmungen auch der letzte Rest des Dorfes aufgegeben werden mußte, fiel der linksrheinische Bann an Straßburg, der rechtsrheinische an das aufblühende Kehl, in welches sich wohl auch die letzten Einwohner von Hundsfeld m.E. zurückgezogen haben werden.“

Nun traf ein solches Schicksal nicht allein Hundsfeld, das 1552 noch 6 Bürger und 2 Witwen zählte, denn ähnlich erging es beispielsweise auch dem westlich von Ottersdorf am Rhein gelegenen Dunhausen, dessen Gemarkung nach sei-

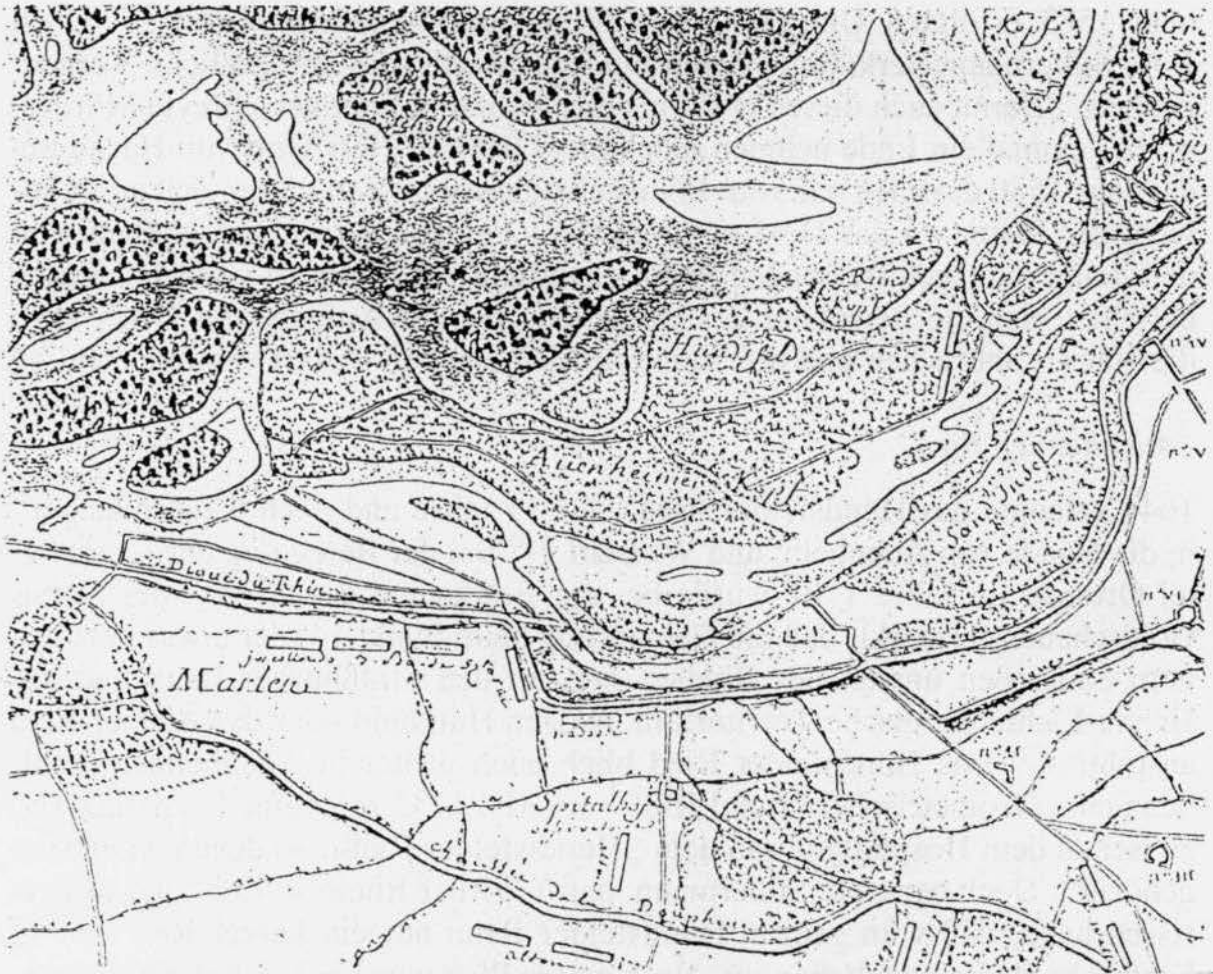
nem 1583 erfolgten Untergang mit Wintersdorf vereinigt wurde.²¹⁷ Doch J. A. Silbermann verknüpfte damit eindrucksvoller die unrühmliche Vergangenheit: „Damit auch dieses Dorf, als eine weit und breit verschreyte Mördergrube, einmal ein Ende nehmen möchte, so ließ der Herr Graf von Hanau um das Jahr 1580 dasselbe gar vom Boden abzurechen. Von dieser Zeit an ist sowohl der Platz, wo das Dorf gestanden, als beinahe dessen ganzer Bann von dem immer um sich fressenden Rhein gleichsam verschlungen worden.“ Rusch berichtet, daß die Bewohner der Umgebung bei der Aufgabe des Ortes 1592 die Häuser abbrachen und die Steine für den eigenen Bedarf verwendeten.²¹⁸

„Auenheimer Ried“

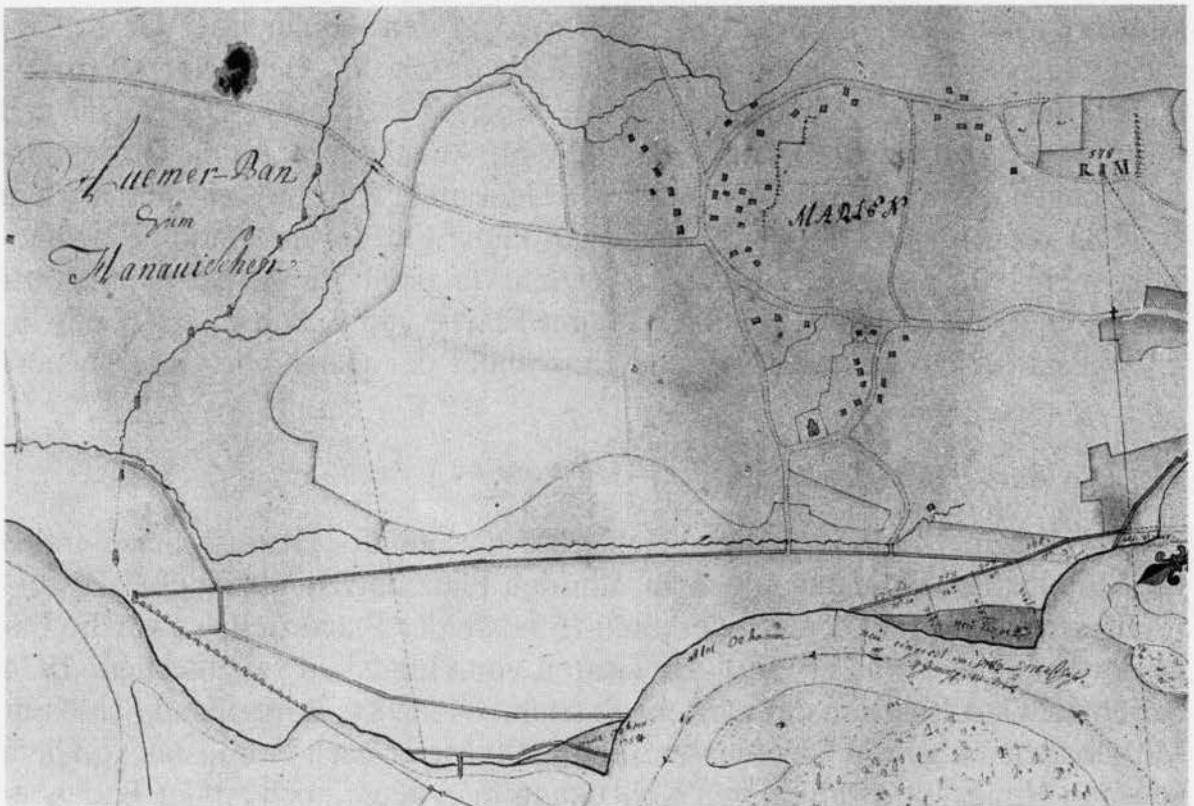
1644 gelangte das Hundsfelder Ried „auf 15 Jahre und noch 6 Jahre länger“ in die Hände von Auenheim und Willstätt.²¹⁹ Bei der Bereutung der Landvogtei Ortenau im Jahre 1701 wurde bei der Festlegung der Grenze des Stabes Goldscheuer vermerkt, daß die Gemarkung beim Punkt 14, der etwas nördlich vom Saugießen unweit des Rheines lag, an den Straßburger Bann und das Hanau-Lichtenbergische Territorium „wegen Hundfeld oder das Auener Ried anstoßt“.²²⁰ Das Hundsfelder Ried blieb auch weiter in Auenheimer Hand, denn ein „Geometrischer Grund-Riß“ vom Mai 1732 zeigt eine Grenzlinie (N) zwischen dem Hospitalgut und dem „Hundtsfelder Rieth, so denen Auenheim gehörig“. Doch berichtet Silbermann, daß 1759 der Rhein so viel Land weggerissen habe, daß vom ganzen Hundsfelder Bann nur ein kurzer Rest von 42 Klafter breit übriggeblieben sei. Nach einem Plan von 1767 floß der Strom damals mitten durch das Hundsfelder Ried, so daß rechtsrheinisch nur noch ein kümmerlicher Rest (G) blieb!²²¹ 1811 wird in den Auenheimer Gemeinerechnungen die Vermessung des Hundsfelds durch den Geometer Dexin erwähnt, der 260 Morgen und 43 Ruten errechnete. Letztmals erscheint es in den dortigen Rechnungen im Jahr 1823.²²² Vom Auenheimer Anteil am Hundsfeld zeugen auf Karten die „Auenheimer Gebrannte Köpfe“, die sich ab dem G. P. 83 rheinabwärts hinstrecken, doch hält keine Flurbezeichnung die Erinnerung mehr wach. Heute umfaßt der Gemarkungsteil Hundsfeld (südlichster Punkt: G. P. 82) 87 ha, das sind 7,8 % der Fläche von Eckartsweier (Gemeinde Willstätt). Privateigentümer sind Einwohner der Gemeinde Goldscheuer.

11. Die Burg Hundsfeld

1925 stellte die Mitgliedergruppe Kehl-Hanauerland des Historischen Vereins für Mittelbaden Untersuchungen an, um den Platz der Hundsfelder Fahr ausfindig zu machen und den Ort der alten Hundsfelder Pfarrkirche sowie die Lage der früheren „Wasserburg“ der Grafen von Hundsfeld festzustellen. 1934 berichtete Otto Rusch in der „Ortenau“ (Band 64, 1984, Burgen und Schlösser Mittelbadens) über die Ergebnisse: „Etwa 300 Meter nach Nordosten von dem Gewann Hundsfeld (südlich von Kehl) kann man heute noch an der Bodenbe-



Das „Auenheimer Ried“ auf Rheinstrom-Karten im 18. Jahrhundert.



schaffenheit die Lage der einstigen Burg erkennen. Grabungen förderten dicke Mauern zutage, deren Gestein aber durch den zurückgegangenen Grundwasserstand so weich war, daß es in der Hand zerfiel. Nach Süden (gegen das ausgegangene Dorf Hundsfeld zu) scheint ein großes Tor gewesen zu sein. Nach den Resten der Burggräben zu schließen, muß die Burg einen recht ansehnlichen Umfang gehabt haben. (Funde: Torbeschläg, lange eiserne Ketten, Gemarkungssteine mit leider ganz verwitterten, unleserlichen Zeichen usw.)

Diese Burg bewohnten die Ritter von Hundsfeld (,Hunesvelt', 1196). Irgendwelche Urkunden über die Erbauung der Burg (wohl im 11. Jahrhundert) fehlen, ebenso die Kunde über die Herkunft des Geschlechts. Aus der Tatsache, daß einige Mitglieder der Familien von Hundsfeld im 13. Jahrhundert in Straßburg wohnten, kann man nicht schließen, daß die Burg in jener Zeit schon nicht mehr bestanden hatte. Von einer gewaltsamen Zerstörung ist nirgendwo die Rede. Möglicherweise hatten die häufigen Überschwemmungen des Rheins, als er sich um 1400 ostwärts wandte, den Untergang der Burg zur Folge. In einer Urkunde des Jahres 1743 ist noch der Gewinn-Name Burghof zu finden.“

Leider hat Rusch es unterlassen, seinem Artikel eine Zeichnung beizufügen, doch hatte er schon 1928 vermerkt: „Reste eines starken Gemäuers wurden etwa 800 Meter westlich des heutigen Forts Marlen im Jahr 1911 festgestellt.“

Die von ihm geschilderte Schwierigkeit der Lokalisierung des Ortes ist verständlich: „So verlegen Karten von 1576 und 1821 die angebliche Lage des Dorfes Hundsfeld 20 Minuten (2 Kilometer) auseinander.“ Daß die Siedlung noch lange Zeit auf den Landkarten ihren Untergang überdauert hat, zeigen u.a. die Darstellungen von Gerhard Mercator (*Alsatia inferior* 1628), Jakob von der Heyden (1636), Merian (*Topographia Alsatia* 1643), Matthäus Seutter (1710), J. Wilhelm Jäger (1789) oder im Homännischen Atlas (1753).

Aber auch die topographische Festlegung des Hundsfeldes bietet gewisse Schwierigkeiten. Während die Rheingränz-*Carte* von 1828 (Bl.12 Straßburg) keine Angabe über seine Lage macht, werden auf der neubearbeiteten Karte von 1838 über den „Lauf des Rheins“ zwei Inseln (1828 noch als „Erster Grund“) sowie der nördliche Teil der „Gebrannten Köpfe“ mit Hundsfeld bezeichnet. Dieses liegt auch auf der Rheinlaufkarte von 1852 noch westlich bzw. nordwestlich von der Nordspitze des Sundheimer Grundes. Auf diese Lage verwies F. v. Apell anhand einer anderen Karte: „Hundsfelden lag, so z. B. auf der *Carte du Rhin*, 7. Edition, 1857, zwischen dem Schneckenkopf und dem Sundheimer Grund, dem Ruchaegrund gegenüber.“ Schließlich rutscht das Hundsfeld auf der Karte von 1872 noch weiter südlich aus dem Kehler Bann heraus in das heutige Gebiet der Gemarkung Eckartsweier, wobei es im Westen noch etwas auf Kehler Gemarkung übergreift.



Lauf des Rheins, 1872.

12. Hundsfeld: eine moderne Wüstung

Ein Kuriosum: es existiert heute noch ein von den Bewohnern verlassenes Dorf Hundsfeld: „die ehemalige Gemeinde Hundsfeld liegt innerhalb des Truppenübungsplatzes Lager Hammelburg und ist Übungsdorf der Bundeswehr. Als solches ist es aber nicht dem Verfall preisgegeben, sondern dürfte wegen der Pflege durch die Bundeswehr das einzige fränkische Dorf sein, das in seiner Ursprünglichkeit voll erhalten ist und wird.“ Zur Deutung des Ortsnamens: „780 tauchte der Ortsname erstmals auf: Huntzfeld. Später erschienen Schreibweisen wie Huntesfelde, Hunzesfeld, Hundesfeld und Hundvelt. Die einzige uns bekannte Deutung des Namens Hundsfeld ist die, daß Hundsfeld, einst ein beträchtlicher Ort, von Gräben, Mauern, Türmen und Toren

umgeben, soviel heißt wie ‚Feld eines Hund‘. Das wäre dann das Oberhaupt der alten Hundertschaft bzw. eines Bezirks, der aus hundert freien Bauern und deren Besitz bestand. An die Stelle der Hundertschaft trat dann später die Cent. Sicherlich wäre auch die Deutung ‚sumpfiges Feld‘ möglich. Dies ist jedoch nicht sehr wahrscheinlich.“²²³

Nicht existent ist dagegen das von Schäfer in der Heimatchronik der Dreiergemeinde Marlen-Goldscheuer-Kittersburg im Zusammenhang mit den Gefechten im Juli 1866 im Taubergrund genannte Hundsfeld. Hier liegt wahrscheinlich eine Verwechslung mit Hundheim vor.²²⁴

Anmerkungen

- 1 W. Genazino, Landschaft für Morde. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 15. 9. 1967.
- 2 Otto Kähni, Offenburg und die Ortenau, 1976, S. 11 f. Zur Wortdeutung (ältester Beleg: um 700 Mortenaugia): Fritz Langenbeck, Von badischen Gauen und deren Namen. In: Badische Heimat, Heft 4, 1969, 530 f. Albert Hausenstein. Flur- und Gewinn-Namen der Gemeinde Ichenheim. In: Die Ortenau 41 (1961), 246
- 3 Ernst Christmann, Kleine Beiträge zur deutschen Wortkunde. In: Zeitschrift für Mundartforschung (Hrsg. L.E. Schmitt), Heft 2/3, 1964, 197 f.
- 4 Johannes Beinert, Geschichte des badischen Hanauerlandes unter Berücksichtigung Kehls, Kehl 1909, 162 ff.
- 5 Dischinger, Aus vergangenen Tagen des Dörfchens Hundsfeld im Hanauerland. In: Badener Land v. 17. 7. 1921
- 6 Friedrich Metz, Land und Leute. Gesammelte Beiträge zur deutschen Landes- und Volksforschung, 1961, 243
- 7 Nach Büheler, Chronik (Nr. 276), sollen die Straßburger 1539 auch Hundsfeld zerstört haben
- 8 Ph. Ruppert, Geschichte der Mortenau, I. Teil, 1882, 303, spricht davon, daß sich die ausgedehnte Gemarkung von Hundsfeld bis Kork und Willstätt erstreckt habe
- 9 Rudolphe Reuss, Geschichte des Neuhofs bei Straßburg, 1884, 10 f. Ihm sind auch die weiteren Angaben über den Neuhof entnommen. 1372 verkauften Heinrich von Lichtenberg und sein Sohn Konrad Eckartsweier mit dem ganzen Willstätter Amt an die Ritter Klobeloch, Lumbart und Museler; 10 Jahre später verkauften die Lichtenberger Güter in Kehl (Beinert, Geschichte, 74, 127)
- 10 Gerhard Wunder, Der abgegangene Hof Niederweiler zwischen Kehl und Eckartsweier. In: Alemannisches Jahrbuch 1964/65, 1966, 194 f.
- 11 Beinert, Geschichte. 78. Ders., Die abgegangenen Dörfer und Höfe im Amtsbezirk Kehl. In: Die Ortenau 5 (1914), 95. Auf Grund der Angaben im Salbuch und der 1482 in Hundsfeld noch vorhandenen ca. 32 Häuser kann nicht angenommen werden, daß eine große Überflutung in jenem Jahr Hundsfeld „auslöschte“ (Dieter Kauß, Kaplanei und Kirche in Honau. In: Die Ortenau 53 (1973), 120)
- 12 Klaus Hornung, Die geo-archäologische Vergangenheit Neumühls. In: K.P. Schwarz, Neumühl. Beiträge zur 700jährigen Geschichte des Dorfes, 1971, 20 f.
- 13 Otto Rusch, Geschichte der Stadt Kehl und des Hanauer Landes, 1928, 14 f.
- 14 Robert Forrer, Strasbourg-Argentorate, Préhistorique, Gallo-Romain et Mérovingien. Bd. 2, 1927, 638
- 15 Friedrich Sprater, Die Pfalz unter den Römern, I. Teil, 1929, 72
- 16 Medard Barth, Kehl und die große Urfparrei Kork mit ihren Filialen. In: Die Ortenau 49 (1969), 266. Auch nach der Ersterwähnung von 1038 wird in späteren Urkunden immer Jeringheim als der Hauptort bezeichnet (Hans Georg Zier, Kehler Zeitung v. 28. 5. 1974)

- 17 Joseph Schaible, *Geschichte des Badischen Hanauerlandes*, 1855, 7
- 18 Max Klem, *Heimatchronik der Dreiergemeinde Marlen-Goldscheuer-Kittersburg nach den Aufzeichnungen von Josef Schäfer*, 1964, 14
- 19 Ernst Batzer, *Die Geschichte der Burg Ortenberg*. In: *D'r alt Offeburger*, 9. 3. 1902
- 20 E. Herr, *Die Marca Aquileiensis*. In: *Zeitschrift f. d. Geschichte des Oberrheins* 88 (1956), 144 f.; Max Pfister, *Galloromanische Relikte in der Toponomastik Ostlothringens und des Saarlandes*. In: Wolfgang Haubrichs und Hans Ramge, *Zwischen den Sprachen*, 1983, 140; *Marilegio villa* (589, Gregor von Tours IX, 38, ed. R. Buchner, Bd. II, 29, *oratorium domus Mariligensis* (590, ib. X, 18, ed. II, 372), heute: Marlenheim (arr. Saverne); Suso Gartner, *Kloster Schwarzach (Rheinmünster)*. In: *Die Ortenau* 58 (1978), 285: Marleya, Marlenheim, Krs. Molsheim, Urkunde v. 4. 3. 828.
- Eine Luftbildaufnahme von Marlen, wo bisher 21 römische Münzen gefunden wurden, zeigt in der Nähe des Gewerbegebiets einen eingeebneten Grabhügel mit einem Durchmesser von rund 50 Metern (F.-F. Andorf im *Offenburger Tageblatt* v. 17. 9. 1984), aber keine Anzeichen einer Beneficiarstation. Übrigens sind auch keine Relikte einer römischen Anlage in Kittersburg bekannt, wo man vielleicht auf Grund des mit -burg zusammengesetzten Ortsnamens solche hätte erwarten können. Wir haben keinen Hinweis darauf, daß dort die primäre Siedlung eine Burg gewesen sein könnte, wobei als Standort das Grundstück mit der Mühle denkbar wäre, auch nicht auf eine mögliche Namenübertragung. Auffällig ist die Schreibweise Rittersburg (Gerhard Mercator, Elsaß, 1628, oder auf der Karte von Matthäus Seutter, Straßburg, 1710), wie auch auf Kopien aus dem Jahre 1770 die Nennung als Schutterspurg oder auch Schittersburg (Gemeindearchiv Goldscheuer, Fasz. 73). Bedeutet Kutersburg Burg an der „scuter“? Manfred Eimer (*Der Kehler Brückenkopf*, 1922, 26) vermutet, daß Kittersburg wie die Rohrburg ehemaliger Herrrensitz war, „und zwar, wie auch das alte Schloß von Willstädt, in Gestalt von Tiefburgen (Wasserburgen)“. Dazu auch: E. Schopferer, *Dundenheim*, 1958, 13
- 21 Otto Rusch, *Die wirtschaftliche Entwicklung Kehls von den frühesten Zeiten bis heute*. In: *Bad. Heimat*, Jahresheft 1931, 93
- 22 Johann Andreas Silbermann, *Local-Geschichte der Stadt Straßburg*, 1775
- 23 Ch. Goehner und E. Brumder, *Geschichte der räumlichen Entwicklung der Stadt Straßburg*, 1935
- 24 Josef Naudascher, *Frühgeschichte der Oberen Ortenau*. In: *Die Ortenau* 56 (1976), 127
- 25 *Mitt.* v. 7. 4. 1987
- 26 Rolf Nierhaus, *Sweben, Römer und Alamanen am Oberrhein*. In: *Oberrheinische Heimat*, Jahresband 1940, 176
- 27 Merians *anmüthige Städte-Chronik*. Zweyter Teil. Eine Reise durch die Gränzlande des alten Teutschlands Anno 1652, 1937, 26
- 28 Forrer, a.a.O. 774. Das für Straßburg geplante regionale Schiffahrtsmuseum sieht nach der Konzeption des Archivars Pierre Buntz auch eine Ikonographie und Dokumentation der Fähren vor.
- 29 Allerdings vermerkt M.R. Buck (*Oberdeutsches Flurnamenbuch*, 283): „passagium Reni zuo den Hunden 1227“; möglicherweise handelt es sich um einen Druckfehler. Auch Rusch (*Geschichte der Stadt Kehl*, 50) schrieb: „Bis zum Jahre 1237 bestand nur eine Überfahrtsstelle, die bei Hundsfeld (7 Urkunden Straßburger Urkundenbuch)“
- 30 F. J. Mone, *Das Rheinfahr zu Kehl von 1277 bis 1734*. In: *ZGO*, 16. Bd. 1864, 129
- 31 Johannes Beinert, *Die Straßburger Rheinfähre im Mittelalter*. In: *ZGO NF* Bd. XXI
- 32 F. v. Apell, *Geschichte der Befestigungen von Straßburg i.E. Vom Wiederaufbau der Stadt nach der Völkerwanderung bis zum Jahre 1681*, Straßburg, 1902, 301. Bis zu dem 1682 von Vauban begonnenen Bau der Zitadelle flößten die Kehler das Holz aus dem Kinzigtal durch den Rheingießen nach Straßburg. 1871 – 1873 wurde der Gießen überwölbt und darüber die Züricher Straße geführt (Apell, 23)
- 33 Klaus Hornung, *Die Straßburger Rheinfähren vom 6. bis 14. Jahrhundert und der Gewässer-, Flur- und Ortsnamen „Hund“*. In: *Die Ortenau* 45 (1965), 228

- 34 Adolf Hirth, Heimatbuch der Gemeinde Greffern, II. Teil, 1965, 74
- 35 Max Honsell, Die Korrektio[n] des Oberrheines von der Schweizer Grenze unterhalb Basel bis zur Großh. Hessischen Grenze unterhalb Mannheim etc. o.J. (1885), 2
- 36 Karl S. Bader, Burg, Dorf und Stadt der Ortenau im Mittelalter. In: Die Ortenau 42 (1962), 7 f.
- 37 Detlev Ellmers, Frühmittelalterliche Handelsschiffahrt in Mittel- und Nordeuropa, 1972, 115
- 38 Adolf Hirth, Rheinmünster – eine moderne Gemeinde mit langer Tradition. In: Landkreis Rastatt. Heimatbuch 5/78, 53
- 39 Friedrich Metz, Kehl und das Hanauerland. In: Badische Heimat, Jahreshft 1931, 7. Auch B. Sütterlin, Geschichte Badens, I, 1965, 4
- 40 Eberhard Tacke, Der Landkreis Holzminden, 1951, 47, 199
- 41 Stadtarchiv Höxter, Dr. Brüning, 17. 10. 86. Spätestens 836 bei Höxter eine Fähre, seit 1115 Brücke bezeugt (Tacke)
- 42 Stadtarchiv Holzminden, Frischgesell, 7. 8. 86
- 43 Ludwig Bode (Stadtheimatpfleger), Bodenwerder/Weser, 23. 10. 86
- 44 Zu den Brückenbauprojekten: Günther Haselier, Geschichte der Stadt Breisach am Rhein, 2 Bd., 1971, 388 ff. Auf S. 408 folgende Definition: „Eine fliegende Brücke im eigentlichen Sinne = ein an einem fixen Punkt im Strom befestigtes und von einem festen Anlandeplatz des einen zu einem solchen des anderen Ufers regelmäßig bewegliches Fahrzeug“
- 45 Georg Wimmer, Die Rheinübergänge im Landkreis Lahr. In: Badische Heimat, Juni 1968, 46 f.; Albert Köbele, Dorfsippenbuch Kappel am Rhein, 1955, 24
- 46 Winfried Studer, Der Rheinübergang Neuenburg. Geschichte der Brücken und Fähren bei Neuenburg am Rhein. In: Badische Heimat, September 1986, 452 f. – Flurnamen mit der Zusammensetzung „Hund“ gibt es in Neuenburg nicht (W. Studer, Mitt. v. 14. 10. 86)
- 47 Eva Schindelmayer, Moselfähren im Landkreis Koblenz. In: Heimatkalender 1965 für den Landkreis Koblenz, 66 f.
- 48 Carl Löper, Die Rheinschiffahrt Straßburgs in früherer Zeit und die Straßburger Schifflerzunft, Straßburg 1877, 133 f.
- 49 Günther Haselier, Geschichte der Stadt Breisach, 2 Bd., 1971, 359
- 50 Jacques Ungerer, Le pont du Rhin à Strasbourg du XIVe siècle à la Revolution, Straßburg/Paris 1952, 40
- 51 Ernst Rümmele, Hügelsheim. Geschichte eines Schifferdorfes, 97
- 52 Mone wies übrigens nachdrücklich darauf hin, daß wohl noch ältere und jüngere Dokumente vorhanden sein können, was einer weiteren Nachforschung überlassen bleibe. Nach frdl. Mitt. des Stadtarchivs Straßburg v. 19. 11. 86 (B. Metz) sind nicht alle Urkunden der Signatur AA 1691 im Urkundenbuch registriert
- 53 Ellmers, 90; ders.: Keltischer Schiffbau. In: Jahrbuch des Römisch-Germanischen Zentralmuseums Mainz. 16. Jg. 1969, Mainz 1971, 100 ff.
- 54 Grimm, Wörterbuch 4.2 Spalte 1918: „Hund“ auch „Sperrstange am Wagen“
- 55 Jägerschmid, 434 f., 473, 408
- 56 Detlev Ellmers, Flößerei in Vorgeschichte, Römerzeit und Mittelalter. In: Hans-Walter Keweloh, Flößerei in Deutschland, 1985, 96
- 57 Kurt Schwarz, Die Typenentwicklung des Rheinschiffs bis zum 19. Jahrhundert, 1928, 67
- 58 Walther Mitzka, Deutsche Bauern- und Fischerboote, Heidelberg 1933 (Reprint 1975), 85
- 59 Vorarlbergisches Wörterbuch, Wien 1960, 1. Bd., Sp. 1459
- 60 Apard Pusztay, Budapest, 10. 6. 1987
- 61 Deutschschweizerischer Sprachverein, Dr. Kurt Meyer, Zürich, 17. 1. 67
- 62 Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt, Archivar Dr. J. Zwicker, Basel, 13. 11. 1986
- 63 Hans-Jörg Gilomen, Die Grundherrschaft des Basler Cluniazenser-Priorates St. Alban im Mittelalter, Basel 1977, 147
- 64 Wolfgang Krämer, Ein auf das Saarland bezügliches Weistum von Saargemünd vom Jahre 1421. In: Zeitschrift für saarländische Heimatkunde, Heft 1–2, Okt. 1952, 62

- 65 Hugo Loersch (Hrsg.), Die Weistümer der Rheinprovinz. 1. Abt. Die Weistümer des Kurfürstentums Trier. 1. Bd. Oberamt Boppard, Hauptstadt und Amt Koblenz, Amt Bergpflege, 1900, 294
- 66 Ellmers, Frühmittelalterliche Handelsschifffahrt, 93. – Schon in einer Straßburger Urkunde vom 21. 12. 1361 (St. UB VII nr. 1028) lautet die Bezeichnung für Fähre: „varschiff“
- 67 L.A. Burckhardt, Die Hofrödel von Dinghöfen Baselerischer Gotteshäuser und anderer am Ober-Rhein, Basel 1860, 150, Nr. 17; 162, Nr. 4
- 68 Ludwig Lauppe, Das Rheindörflein Grauelsbaum. In: Die Ortenau 46 (1966), 176
- 69 Johann Vetter, Die Schifffahrt, Flötzerei und Fischerei auf dem Oberrhein (Schaffhausen-Basel), 1864, 213
- 70 Walter Sick, Ortssippenbuch Kleinkems, Gemeinde Efringen-Kirchen, Landkreis Lörrach/Baden, 1977, 9. Christian Martin Vortisch vermutet, daß mit dem „halben var“ die Überfahrt von Ost nach West gemeint sei, während die andere Hälfte – von West nach Ost – dem Meierhof von Groß-Kembs zustand (Lörrach, 31. 7. 1985). – Eine solche Teilung gab es auch Ende des 18. Jh. bei Greffern, als das linke Rheinufer französisch wurde und „die Greffener nur hinüber, und die Drusenheimer nur herüber transportierten“ (Adolf Hirth, Heimatbuch Greffern, II. Teil, 76)
- 71 Friedrich Kuhn, Die Römerbrücken von Augst und Kembs und die zugehörigen Straßenverbindungen rechts des Rheines. In: Badische Heimat, Heft 4, 1970, 495
- 72 J.-J. Hatt, Découverte des vestiges d'un pont romain en maçonnerie dans l'ancien lit du Rhin, à Kembs (Haut-Rhin). In: Cahiers d'Archéologie et d'Histoire d'Alsace, 1952, ders.: Découverte d'un pont romain à Kembs. In: Les Dernières Nouvelles d'Alsace, 9. 6. 1950). Jo Laengy, Sierentz, eine große antike Kreuzung. In: Les Dernières Nouvelles, 11. 2. 87 (frdl. Hinweise von C.H. Steckner, Kehl)
- 73 Fritz Schülin und Albert Eisele, Efringen-Kirchen, 1962, 229
- 74 Otto August Müller, Flurnamen als Wegweiser für Vorzeit, Römerzeit und Frühgeschichte. In: Die Ortenau 15 (1928), 15
- 75 Langenbeck, Mitt. v. 15. 1. 66. Dazu auch Heinrich Dittmaier, Rhein. Flurnamen 1963: „Zuss. mit den Tiernamen Katz(en)- und Hund(s)- bezeichnen Geringwertiges“. Mit dem „Katzenfloß“ nahmen die Wolfacher Kinzigflößer am Floßhafenfest im August 1987 in Wolfach teil; dieses Floß diente früher für die großen Floße als „Land-Floß“ (Offenburger Tageblatt v. 24. 7. 87)
- 76 Bürgermeisteramt Efringen-Kirchen (Silbereisen), Dez. 1986/Jan. 87, 1. 4. 87. Besonderen Dank für das Kartenmaterial!
- 77 Zu den Gemeinden, die linksrheinisch begütert waren, gehörten Efringen, Kirchen, Kleinkems und Blansingen, wobei Kleinkems und Blansingen „jenseits Rheins nichts als Rheininseln“ besaßen (GLA 233/188). Nach frdl. Mitt. des GLA (Herkert) v. 26. 1. 87 konnte weder aus den Akten von 1801–1810, welche die Abtretung von Besitzungen längs des Rheins an Frankreich zum Inhalt haben, noch aus den verwahrten Gemarkungskarten aus dem 18. Jh. der Flurname ermittelt werden
- 78 Marie de Rosenau (Alfred Spindler) v. 12. 2. 1987. – Die Insel wurde 1815 wieder zurückgegeben und fiel auf Grund des Versailler Vertrages endgültig an Frankreich (Franz Josef Mayer, Müllheim, 12. 2. 1987). – Eine Insel mit dem Namen „Hundsschwanz“, die sich zwischen Rhein und Mosel beim Deutschen Eck weit in den Rhein hineinzog, erwähnt Adolf Bach (Deutsche Namenkunde II, 1953, § 325, 10)
- 79 Landkarten aus vier Jahrhunderten. Katalog zur Ausstellung des GLA Karlsruhe Mai 1986, E 7, 214
- 80 F. J. Mayer, Müllheim, 1. 12. 86, 12. 2. 87. „In der huntgruben ein steinhus mit hofstatt“, ging 1535 an die Johanniter in Freiburg. Danach an den Pfarrherrn in Schliengen (F. J. Mayer). Bei dieser Hundegrube könnte es sich um eine ehem. Lehmgrube gehandelt haben oder um eine wenig ertragreiche Grube, in der ein Nest von Bohnerzen abgebaut wurde. Bohnerztone werden bei Liel, Schliengen und Auggen bis 30 m mächtig (Rudolf Metz und Gerhard

- Rein, Erläuterungen zur Geologisch-petrographischen Übersichtskarte des Südschwarzwaldes, 1958, 106). Die Grube könnte aber auch nach einem PN benannt sein
- 81 Freiburg im Breisgau. Stadtkreis und Landkreis. Band II, 2. Halbband, 1974, 639
- 82 Bürgermeisteramt Endingen am Kaiserstuhl (Warter), 19. 2. 87
- 83 Die Ortenau 15 (1928), 15
- 84 F. Kauffmann, Hünen. In: Zeitschrift für deutsche Philologie, 40. Bd., 1908, 281
- 85 Badische Heimat, Heft 4, 1970, 494. Der „Hunnengraben“ könnte sich aber auch auf einen Rheinübergang der Hunnen bzw. eines Verbündeten beziehen, der bei Kaiseraugst tatsächlich erfolgte
- 86 Freiburg im Breisgau, Band I, 2. Halbband, 1965, 1071
- 87 Grundbuchamt Wyhl (Krämer, Ratschreiberin), 14. 8. 1987
- 88 Freiburg im Breisgau, Band II, 1. Halbband, 526
- 89 Vgl. dazu: Wolfgang Krämer, Alte Nachrichten über das Blieskasteler Hochgericht. In: Zs. f. saarländische Heimatkunde, Heft 3–4, 1952, 154
- 90 Urkundenbuch der Stadt Straßburg (UB), VII, Nr. 1028
- 91 Alfred Stalf, Korrektion und Unterhaltung der Kinzig. In: Die Ortenau 19 (1932), Karte „Lauf der Kinzig“
- 92 Nach Auskunft von Walter Fuchs, Auenheim, der die „Hundsmatt“ als Anlegestelle einer Fähre für unwahrscheinlich hält
- 93 Gerhard Schildberg – Walter Fuchs, Das Auenheimer Pfarrbüchlein, 1982, 40
- 94 Otto Rusch, Geschichte der Stadt Kehl, 52. Ders.: Die wirtschaftliche Entwicklung Kehls, 94
- 95 M.R. Buck, Oberdeutsches Flurnamenbuch, 1880, 285. – Das Haus „Zu der Wellen“ in der Grand-Rue Nr. 110 (Lange Straße) weist Fensterstürze auf, die von Wellengiebeln gekrönt werden, „welche aus zwei wellenförmigen Sims zu beiden Seiten des Schlußsteines bestehen“ (Recht, Klein, Foessel, Begegnung mit Straßburg, Kunstführer, 1977, 151). Der Name des 1366 erstmals so genannten Hauses (Straßburger Gassen- und Häuser-Namen im Mittelalter, 1888, 136) wird nach „Welle = Bund Reisig“ gedeutet, wie auch das Historische Wörterbuch der elsässischen Mundart (Charles Schmidt, 1901) den Hausnamen „zur wellen“ von dem Reisigbündel und nicht von der Wasserwohle herleitet (frdl. Information von Georges Foessel, Stadtarchiv Straßburg), was ebenfalls denkbar wäre (mhd. (h)üende, unde = Flut, Welle; dazu Verbum: üenden, unden = fluten, wogen, Wellen schlagen
- 96 Charles Schmidt, Straßburger Gassen- und Häuser-Namen im Mittelalter, Straßburg, 1888, 107
- 97 Erwin Volckmann, Die deutsche Stadt im Spiegel alter Gassennamen, 1926, 199 f.
- 98 Urkundenbuch der Stadt Straßburg, I. Bd. 1879 (Urkunden und Stadtrechte bis zum Jahr 1266)
- 99 F. v. Apell, 50
- 100 Ludwig Knobloch, Das Territorium der Stadt Straßburg bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts, Straßburg 1908, 42 ff.
- 101 Walther Zimmermann, Beiträge zur Familien- und Flurnamenkunde aus Friesenheim. In: Die Ortenau 12 (1925), 161
- 102 Ernst Christmann, Flurnamen zwischen Rhein und Saar, 1965, 255. Auch den „Hundesperch“ bei Waldfischbach, der in den von Andreas Neubauer herausgegebenen Regesten des Klosters Hornbach erwähnt wird (Hundeswiese am Fuße des Hundesperch, 29. 5. 1279), deutet Christmann im Zus. mit dem Tier (74). Zu den Wüstungen der Pfalz gehört auch der Ort Hundsborn bei Waldfischbach (Pfälzischer Geschichtsatlas, 1935, 14)
- 103 Heinrich Dittmann, Rhein. Flurnamen, 118. Dem folgt auch Sievert, Geschichte der Stadt Müllheim, 179: „Hundsruock 1453, von hügeliger Erhebung; anderswo kommen Saurucken und Roßbrucken vor“
- 104 Alfred Baur, Hier Frankenland! – Hie Alemannenland!. In: Die Ortenau 49 (1969), 347. Neben dem Hundseck findet sich auch das Hundseckle in der Gemarkung Mühlenbach (Die Stadt- und Landgemeinden des Kreises Wolfach, 1970), das mit 790 m zu den höchsten Erhebungen zählt. Zu ihnen zählen auch das Landwasser-, Scheiben- und Büchereck

- 105 M.R. Buck, 118. Ludwig Heizmann, Der Amtsbezirk Oberkirch in Vergangenheit und Gegenwart, 1928, 92, 101, 135, 153. Den Hundskopf (Bad Peterstal) deutet Heizmann als „Bergkopf des Hundes“. Doch gibt es in den Gebirgen auch einen Hahnen-, Ochsen-, Reh-, Raben-, Schweins-, Hühner-, Eberskopf usw.
- 106 Franz Disch, Chronik der Stadt Wolfach, 1920, 518. Im Amt Willstätt erhielt 1704 ein Förster für die Haltung eines herrschaftl. Hundes 4 frtl Moltzer (Rudolf Hahn, Das Hanauerland im Spiegel des Willstätter Gefällbuches von 1704. In: Die Ortenau 37 (1957), 216
- 107 Ortsverw. Hüsing (Ortsvorst. Sturm), 4. 5. 87. In der Eifel kennt man die Bezeichnung „Hunnesteck“ (Hundesteck) für den Löwenzahn (Hans Schilling, Die Volksnamen des Löwenzahn. In: Natur und Heimat, H. 7, 1957)
- 108 Näherliegend wäre „Hundefett“ (Grimm, Dt. Wörterbuch, 4.2, Sp. 1920: Fett vom Hunde, ehemals als Mittel gegen Schwindsucht geschätzt)
- 109 Franz Planatscher (Bearb.), Deutsches Wörterbuch, 1985
- 110 Landkarten aus vier Jahrhunderten. Katalog zur Ausstellung des GLA Karlsruhe Mai 1986, D 14, 186. M.R. Buck (Oberdt. Flurnamenbuch, 2. Aufl. 1931) führt einen ähnlichen Flurnamen an: „1654 uff der hundstanc“ und fragt: „Ob das nicht verlesen aus hunds-tunc?“
- 111 Adolf Kastner, Die Wüstungen im Kreis Baden. In: Die Ortenau 9 (1922), 75
- 112 Alfons Harbrecht, Die Reichsabtei Schwarzach. In: Die Ortenau 31 (1951), 143, 156. H. Probst, Das Seckenheimer Ried und seine Riedgemeinde als Beispiel einer Weidegenossenschaft in der Rheinaue (in: Badische Heimat, Heft 1, März 1986, 151), erwähnt eine Neckarinsel, „der Wörth, der wegen seiner langgestreckten Form Hunsrück genannt wurde und noch wird“
- 113 Mone, ZGO 16, 129. – A. Krieger, Topographisches Wörterbuch des Großherzogtums Baden, 1903
- 114 Suso Gartner, Die Ortsnamen der nördlichen Ortenau und ihre Deutung. In: Die Ortenau 62 (1982), 358
- 115 Adolf Hirth, Rheinmünster. In: Landkreis Rastatt. Heimatbuch 5/78, 55
- 116 Samtgemeinde Elbmarsch (Der Archivbeauftragte Martin Barz), 19. 4. 86. Ernst Reinstorf, Elbmarschkultur zwischen Bleckede und Winsen, 1929; Ludwig Bückmann, Lüneburger Heimatbuch, 2 Bd., 1914
- 117 Hans-Rüdiger Fluck, Die Fischereizunft Freistett/Diersheim im Hanauerland. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 1974–1977, 165
- 118 Ludwig Lauppe, Herrschaftliche Güter im ehemaligen Gericht Lichtenau. In: Die Ortenau 39 (1959), 105
- 119 J. Clauß, Hist.-top. Wörterbuch des Elsaß, 1895, 232. Nach Hans Bahlow, Deutschlands geographische Namenwelt. Etymologisches Lexikon der Fluß- und Ortsnamen alteuropäischer Herkunft, 1985, 228 ff., bedeuten „hun, hund“ Moder, Moor
- 120 Ortsvorsteher Morgenthaler, 30. 1. 87. Schreibweise auf Rheinkarte von 1828 noch Hundbühl. Den Flurnamen Hundsbühl gibt es auch südöstl. Rengelrode. Erhard Müller ordnet ihn, wie auch den Hundswinkel westlich Kalteneber, in schwierige Flurnamen im Kreis Heiligenstadt ein (Eichfelder Heimathefte, Heft 2/1980, hrsg. v. Päd. Kreiskabinett Worbis/DDR. Frdl. Hinweis von Dr. Hüther, Goldscheuer)
- 121 Hans Jänichen, Huntari und Hundersingen. In: Beiträge zur Landeskunde Nr. 1 – 1951 – Württemberg-Hohenzollern in Zahlen. Zs. für Statistik und Landeskunde, Nr. 3, 1951, 95 ff.
- 122 Stadtverwaltung Münsingen (Stadtarchivar Eisele-Staib), 6. 4. 87, mit Hinweis auf Jänichen, der in den Ortschaften Hundersingen den jeweiligen Sitz eines fränkischen Huntareführers vermute
- 123 Auszug aus der Ortschronik Hundersingen (Bürgermeisteramt Oberstadion, 19. 5. 87)
- 124 Städt. Verkehrsamt St. Goar/Rhein (Claudia Schwarz), 23. 7. 85, 31. 7. 86
- 125 Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig, 21. 8., 25. 8. 85
- 126 Archiv der Stadt Cuxhaven (Kornelia Güldner), 26. 7. 85

- 127 Landesarchiv Berlin, I Berlin 30 (Dr. Christiane Schuchard), 19. 7. 85. Nach Volckmann (Die deutsche Stadt, 181) bedeutet das althochdeutsche Wort „fenn“ (angels. fenn, nd. fenne, nordfriesisch fehn, und niederrheinisch bzw. holländisch veen) Sumpf, eine moorige Niederung. Ähnlich wie Klaus Katzur (Berlins Straßennamen, 1982, 105) deuten auch Gerhard Hellwig und BEROLINA (d.i. Helga Menzel-Tettenborn), Vom Alex bis zum Zoo. Ein lexikalischer Berlin-Bummel, 1973, 103 f. den Namen Hundekehle (frdl. Hinweis des Landesarchivs)
- 128 Kultur- und Verkehrsamt Allensbach am Bodensee, 15. 10. 86
- 129 Ernst Christmann, Von Gaudingstätt und Hundo (Hunno) in Bodennamen zwischen Rhein und Saar. In: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, 70. Bd., 1953, 313
- 130 Protokollmanuskript der Arbeitsgemeinschaft, Bonn, über die Tagung vom 6. – 8. 1. 1953, 23 ff.
- 131 Gerhard Bauer, Die Flurnamen der Stadt Saarbrücken, 1955, 147
- 132 Karl Schwingel, Das Ommersheimer Hungericht. In: Unsere Heimat an der Saar, 2. Folge (1954), 57
- 133 Andreas Nikolaus Stötzer, Zwischen Drau und Save, 1938, 44 f. Nach Volckmann (S. 23) war der Hunno oder Hunne, hun usw. im 12. Jh. längst „von seiner ehemals überragenden Stellung zum niederen Richter oder Vogt herabgesunken“, dessen Institution trotzdem von den aus dem Geltungsbereich des fränkischen Rechts stammenden Kolonisten in die neuen Heimstätten im Osten mit hinübergenommen worden. Und nahmen sie auch die Institution nicht mehr mit, so doch die Erinnerung daran
- 134 Walther Konschitzky und Hugo Hausl (Hrsg.), Banater Volksgut, 1. Bd., Märchen, Sagen und Schwänke, Bukarest 1979, 225 f.
- 135 Karlleopold Hitzfeld, Der Stein zu Ortenberg. In: Die Ortenau 49 (1969), 12 f.
- 136 F. X. Vollmer, Freiburg, 8. 5. 86
- 137 D'r alt Offeburger, 10. 5. 1903, berichtet über das Geschlecht Hund in dem Zinken Bernhardshöfe im Kappelertal. In den Urkunden des St.-Andreas-Hospitals zu Offenburg wird am 22. 2. 1403 ein Berthold Hunt von Appenweier und am 21. 6. 1447 der Schultheiß Hans Hunt zu Ober-Cappel von Bernhardshofen erwähnt, am 24. 2. 1528 wiederum der Wolf Hund zu Bernßheffe. Dieter Kauß führt um 1400 einen Heinrich Hunt (pleban) in Friesenheim und am 26. 8. 1502 einen Kaplan Jakob Hund in Kappelrodeck an (Dieter Kauß, Die mittelalterliche Pfarrorganisation in der Ortenau, 1970)
- 138 Friedrich Schohusen, Die Oldenburger Straßennamen, 1927, 122 f.
- 139 Historisches Ortsnamenbuch von Bayern, Mittelfranken, Band 2: Land- und Stadtkreis Weibenburg i. Bay., 1966
- 140 Bürgermeisteramt Hundsdorf, 17. 4. 86
- 141 Stadtarchiv Bad Wildungen (Hülsebruch), 15. 8. 86. Hessisches Staatsarchiv (Archivober-rat Dr. Langkabel), Marburg, 4. 6. u. 10. 9. 86. Über den jetzigen Stadtteil Hundsdorf: „Die Bau- und Kunstdenkmäler des Kreises Waldeck. Teilkreis der Eder“, 213 f.
- 142 Heinz Bischof, Heimatbuch Hundheim, aus 750jähriger fränkischer Bauerngeschichte, 13 f.
- 143 Günther Imm, Von badischen Gauen und deren Namen. In: Badische Heimat, Heft 1, April 1969, 38
- 144 Dieter Kauß, Die mittelalterliche Pfarrorganisation, 199. – Auch K. F. Müller (Die Bedeutung der Flurnamenforschung. In: Die Ortenau 52 (1972), 44) akzeptiert Hundsfeld als Flurnamen im Zusammenhang mit Fähren
- 145 Fritz Langenbeck, Von badischen Gauen, Badische Heimat, Dez. 1969, 536
- 146 Christmann, Flurnamen, 66. Die Karte der Wüstungen (Daniel Häberle) im Pfälzischen Geschichtsatlas, 1935, 14, weist zwei Hundhausen, einmal Hundheim und Hundsborn auf
- 147 Oswald Gerhard, Eckenhagen und Denklingen im Wandel der Zeiten, 108
- 148 Herbert Jassmann, Rektor der Ebbeschule, Meinerzhagen 2, 15. 6. 87. Hun kommt auch in Flurnamen vor, so die Hungasse 1527 im Brötzingen, die auf einen Personennamen zurückgeführt wird: Thoma Hun 1480 (Karl Ehmann, Die Geschichte des Dorfes Brötzingen. Hrsg. Stadt Pforzheim, 1980, 19). M. R. Buck, Oberdt. Flurnamenbuch, 1931, führt einen Hunwinkel 1559 an

- 149 Wilhelm Busch, Vorgeschichtliche und geschichtliche Funde in Niederlosheim. In: Zeitschrift für saarländische Heimatkunde, 2. Jg., Heft 1–2, 1952, 24. – Mitt. der Gemeinde Losheim v. 16. 10. 87
- 149a Joseph Wagenbach, Hundsangen-heimat, 1964, 21; Werner Metzler, Die Ortsnamen des nassauischen Westerwaldes, 1966; Kirchenchor „Cäcilia“, Hundsangen 1912–1987, 86. (Frdl. Mitt. v. Heinz Ludwig, Hundsangen, v. 23. 5. 88)
- 150 Otto Kähni, Das Ritterhausmuseum der Stadt Offenburg. In: Die Ortenau 50 (1970), 151
- 151 Stadtarchiv Offenburg (N. Harter Dank für frdl. Unterstützung)
- 152 Urk. v. 12. 3. 1621 (D'r alt Offeburger, 24. 9. 1905)
- 153 Ernst Christmann, Flurnamen, 69
- 154 Will, Flurkarte von Coblenz, Moselweiß, Neuendorf und Lützel. Coblenz im Dezember 1913. Nach einem im Jahre 1869 kopierten Stadtplan von 1794 lagen Judenfriedhof (1903 in der Flur Mulde angelegt) und Hundspfad außerhalb der alten Stadtmauer (Mittelrhein und Moselland im Bild alter Karten. Katalog zur Ausstellung, Koblenz 1985, 138)
- 155 Stadtarchiv Worms (Reuter, Archivdirektor), 20. 5. 87
- 156 Volckmann, 28; weist gleichzeitig auf eine Heimbürgengasse – erwähnt von 1427 bis Ende des 16. Jahrhunderts – hin, die im Bruch, hinter der Allerheiligenkirche, lag. Das Amt der Heimbürge schien jedoch mit dem 13. Jh. in der Stadt verschwunden zu sein
- 157 Christmann, Flurnamen, 74
- 158 Wolfgang Eger, Speyerer Straßennamen. Ein Lexikon, 1985, Nr. 177
- 159 Stadtarchiv Speyer (Frau Hobstock), 11. 12. 86
- 160 Bürgermeister Schmid, Ketsch, 22. 12. 86. Robert Fuchs, Ketsch – ehemals speyerisches Dorf an Kurpfälzer Grenze (Bad. Heimat, März 1986, 139), führt das Jahr 1195 an, in dem die Rheinfähre erwähnt wird, und weist auf ein als „Ketsch“ (Ketschenboot) bezeichnetes Segelschiff hin, das mit den Gegebenheiten der dortigen Stromlandschaft zu vereinbaren wäre
- 161 Ortsgemeinde Otterstadt (Sachbearb.: Frau Settlemeyer), 4. 2. 87
- 162 Christmann, Flurnamen, 75 f.; Stadtarchiv Worms, 20. 5. 87
- 163 Anton Ph. Brück und L. Falck (Hrsg.), Geschichte der Stadt Mainz, III, Düsseldorf 1973
- 164 Stadtarchiv Mainz (Archivdirektor Dr. Falck), 2. 7. 85
- 165 Heinrich Schrohe (Hrsg.), Die Mainzer Stadtaufnahmen von 1747 und 1785/86, III. Teil, 1931. Das folgende Zitat von Dr. Falck
- 166 Fritz Michel, Die Flurnamen von Coblenz, Moselweis, Lützel-Coblenz und Neuendorf, o.J., 14, 42. Dem Stadtarchiv Koblenz verdanke ich wertvolle Literaturhinweise (Schmid), 14. 11. 86
- 167 Historisches Archiv (Stadtarchivrat Dr. Huiskes), Köln, 15. 7. 85. – Hunischer/Hünsch-Wein: saurer, minderwertiger Wein; hünsch oder Hünisch wurde von altelsäss. Schriftsteller häufig gebraucht (Tauler: „suren hünschen win“). Möglicherweise von den Hunnen abgeleitet, „also ursprünglich eine schlechte Trauben- oder Weinsorte aus Ungarn“ (H. Menges – B. Stehle, Dt. Wörterbuch f. Elsässer, 1911, 149)
- 168 Volckmann, 47. Archiv der Hansestadt Lübeck (Frau Dr. Graßmann), 3. 2. 87
- 169 Staatsarchiv Hamburg (Dr. Richter) 15. 9. 86
- 170 Stadtarchiv Buxtehude (Dr. Margarete Schindler), 9. 10. 86. „In Buxtehude, einer Stadt mit niederländischen Siedlern, wurden die Glocken schon immer mit einem Seil geläutet, als sie woanders noch mit dem Hammer angeschlagen wurden. Glocke hieß auf niederländisch – ‚Hunte‘, läuten – ‚bellen‘. Und das Seil sah schon bald wie ein Schwanz aus. Der Sinn der Worte ging verloren, ihr Klang blieb. Und deshalb bellen heute in Buxtehude die Hunde mit dem Schwanz“ (Bronzetafel vor Stadtparkasse Buxtehude). Hält nach Dr. Schindler wiss. Nachprüfung nicht stand (16. 12. 87)
- 171 Hornung, Die Straßburger Rheinfähren, 229
- 172 D'r alt Offeburger. 1. 11. 1903
- 173 H. Menges–B. Stehle, Deutsches Wörterbuch für Elsässer, 1911, 148
- 174 Rudolf Wackernagel, Geschichte des Elsaß, 1940, 104 f.

- 175 Dittmann, Rheinische Flurnamen, 118; Grimm, Rechtsaltert. II, 325 ff.
- 176 Emil Adolf Krag, Erbenheim – Du liebe Heimat (Stadtarchiv Wiesbaden, Frau Reichartz, 25. 6. 87.)
- 177 Fritz Langenbeck, Bühl/B., 15. 1. 66
- 178 Ders., Bad. Heimat, Dez. 1969, 523
- 179 Friedrich Kuhn, Römerbrücken, Bad. Heimat, Heft 4, 1970, 500
- 180 Kehler Journal (Texte: Urs Brischle), 1966, 86
- 181 Alfons Harbrecht, Die Reichsabtei Schwarzach. In: Die Ortenau 31 (1951), 142
- 182 Adolf Kastner, Wüstungen, Ortenau 9 (1922), 77 f. „Meerwiesen“ und „Meeräcker“ finden wir neben einem „Flotzenwörth“ auch in der Umgebung von Mannheim (Landkarten aus vier Jahrhunderten, Ausstellungskatalog GLA, 251
- 183 Hans G. Haas, Auch im Wolfbach wurde einst geflößt. Offenburger Tageblatt, 12. 6. 87
- 184 Hans-Rüdiger Fluck, Eine Wort- und Sacherklärung zu den Freistettern Fischereiordnungen vom 3. Juni 1671 und 19. März 1745. In: Die Ortenau 52 (1972), 126 f. Andere Bezeichnungen bei Wilhelm Brucker, Schweizerische Ortsnamenkunde, Basel 1945 (146): „Ein Landeplatz an einem Fluß oder See bezeichnet der häufige Name Staad, auch Gstaad, d.i. mhd. stat, stades ‚Gestade, Ufer‘. Auch Treib ist wohl hier anzuführen. Die Treib war seit alten Zeiten der Zufluchtshafen für Schiffe bei Sturm und Unwetter“
- 185 Herbert Derwein, Die Flurnamen von Heidelberg, 1940, 211 f.; Stadtarchiv Heidelberg (Archivoberinspektorin D. Weber), 4. 8. 87. – Arthur Beyler, Geschichte der Ruprechtssau, 1955, 12
- 186 1240 wird erstmals eine „obere Brücke urkundlich erwähnt. Über die daneben existierenden Floßfähren gibt es noch keine ausreichende Unterrichtung (Stadtarchiv Ulm – Dr. Weig – 10. 3. 87). Auch in Wien gibt es im Zusammenhang mit Donau-Fähren keine Verkehrsflächenbezeichnung mit „Hund“ (Wiener Stadt- und Landesarchiv; Bearb.: Univ.-Dozent Dr. Peter Csendes, 3. 11. 86). Der Hundsturm in der ehemaligen Wiener Vorstadt Margareten (heute Wien 5) leitet seinen Namen von der „Hundsmühle“ her, die urkundlich 1409 erstmals genannt wird. Nach ihrer Zerstörung (1529) wurde an ihrer Stelle das Schloß „Hundsturm“ errichtet (Franz Maurer, Die ehemalige Wiener Vorstadt Margareten. In: Bericht und Mitteilungen des Alterthums-Vereins zu Wien, Bd. 44 (1911), 36 f.; frdl. Mitt. des Wiener Stadt- und Landesarchivs, Bearb.: Dr. Ferdinand Opll) v. 2. 10. 87
- 187 Schwarz, 79. Joseph Schäfer, Die Fischerei im Kehler Gebiet. In: Bad. Heimat, 1931, 110. Nach Schwarz finden wir die Laueranne zu Straßburg häufig als „Dahnen“, „dennen schiffen“ oder „dännen Dahlschiff“ (80). Im Neuenburger Eidbuch von 1616 (Konstantin Schäfer, Aus der freien Reichsstadt Neuenburg. In: Alemannisches Jahrbuch 1959, 130) wurde dem mit dem Fährdienst betrauten Hindermeister aufgegeben, „khein Roß im Thenlin (Nachen, aus dem ausgehöhlten Stamm einer Tanne angefertigt) zuefuehren noch kheinen Weidting (Kahn) zu uberladen“. Die Bezeichnung „hinder“ kommt von dem im Fährschiff „hinten“ stehenden Fährmeister, der das Ruder bediente (Winfried Studer, Neuenburg, 14. 10. 86), auch als Hinderruder benannt
- 188 Löper, Rheinschiffahrt Straßburgs, 132, 280 f. Dazu auch Mone, Die Rheinschiffahrt vom 13. bis 16. Jahrhundert. In: ZGO, 9. Bd., 1858, 385 ff. Werner Böcking, Schiffe auf der Saar, 1984, 21 f., 32 ff.
- 189 Hirth, Heimatbuch Greffern, II, 76, 78
- 190 Ellmers, Frühmittelalterliche Handelsschiffahrt, 1972, 117
- 191 Ernst Christmann, Kaiserslautern, 6. 1. 66. Ders.: Die Siedlungsnamen der Pfalz, Teil I, Die Namen der Städte und Dörfer, Speyer 1951
- 192 Alfred Klapper, Vors. des Heimatvereins Grävenwiesbach, 30. 4. 86. Nach A. Klapper ist die in den 30er Jahren versuchte Deutung, die Stätte des Huno, nicht belegbar
- 193 Philipp Ruppert, Geschichte der Mortenau. I. Teil, 1882, 303. Dazu: Beinert, Geschichte des bad. Hanauerlandes, über Hundsfeld: 75 ff.
- 194 Alfred Graf von Kageneck, Freiburg, 21. 6. 87, kann keine Verwandtschaft der beiden Familien feststellen und führt die Verbindung der Namen auf Güterbesitz in Hundsfeld zurück.

- Dagegen war das Geschlecht von Hunisvelt mit dem von Rinowe verwandt; um 1155 wird ein Heinrich von Rinowe als Vogt von Straßburg genannt: „Anselm von Rinowe, der letzte dieses Hauses, schloß im Jahre 1219 einen Rückfalls-Vertrag mit Bischof Heinrich, wonach Rinowe mit dem jenseits des Rheins gelegenen Dorfe Capelle und der Vogtei von Ebersheim nach seinem Tode an das Bisthum kommen sollte, während andere Lehnsbesitze jenseits der Kintzig, sowie die Advocatie Strassburgs seinen Verwandten, Denen v. Hunisvelt, verbleiben sollten“ (Johannes Fritz, Das Territorium des Bisthums Strassburg um die Mitte des XIV. Jahrhunderts, 1885, 110). Ein Nicolaus dictus de Rynowe wird 1366 als rector ecclesiae parrochialis in Jeringheim erwähnt
- 195 Winfried Knausenberger, Der Lahrer Niederadel im 14. Jahrhundert. In: Die Ortenau 45 (1965), 73. – D'r alt Offeburger, 3. 5. 1903 (Adelsgeschlechter der Ortenau)
- 196 Ph. Ruppert, Geschichte d. Mortenau, 305, 238. Beinert, Geschichte, 77
- 197 Dazu das GLA Karlsruhe (Amtsrat Rupp): „die Urkundenabschriften von 1283–1387 stammen vermutlich von einem Schreiber. Da auch auf der Rückseite keinerlei Datierungsangaben enthalten sind, ist man für die zeitliche Einordnung auf das Schriftbild angewiesen. Demnach dürfte die Vorlage etwa zwischen 1390 und 1440 angefertigt worden sein“ (29. 9. 86). Die Kopie der Urkunde von 1283 konnte unter der Signatur 28/27 1283–1387 im Bestand Hanau-Lichtenberg vom GLA ermittelt werden. Der erwähnte „buhil“ dürfte der Burghügel gewesen sein. – Unterschiedliche Schreibweisen des Ortsnamens finden wir noch im 16. Jh. bei den Straßburger Bürgeraufnahmen: 1525 kaufte „herr Diepoldt Fritsch, pfarrherre zu Hundsfelden“ das Bürgerrecht; er „wil dienen mit den schnidern“. Am 23. 2. 1529: „Item Stefan Bruoch, als geschwornen vogt Adolffen und Gallen, weilant Gallen Nyess von Huonsfelden seligen kinder, hatt den selbigen, seinen vogtkindern, das buorrecht kauoft, und dienen mitt den gartnern“. Die bei Albert Krieger (1903) angeführte Schreibweise „Humbsfelden“ in der „Cosmographia“ von Sebastian Münster stammt wohl schon von der Erstausgabe im Jahre 1544
- 198 Christmann, 6. 1. 66
- 199 Wilhelm Weiß, Geschichte der Dekanates und der Dekane des Rural- oder Landkapitels, 1893, 145
- 200 Heinrich Dittmaier, Bonn, 26. 6. 66; Fritz Langenbeck, Bühl, 15. 1. 66; W. Hoffmann, Bonn, 16. 7. 74; Ernst Christmann, Kaiserslautern, 9. 12. 65, 6. 1. 66. – Zum „Galgenfeld“ vermerkt Josef Schäfer (Heimatchronik, 83), daß die mittelalterliche Richtstätte auf den Straßburger Hofgütern lag.
- 201 Suso Gartner, Die Ortsnamen der nördlichen Ortenau, 328
- 202 Alfons Staedele, Zur Geschichte dreier Orte an der Nahtstelle von Ortenau und Breisgau. In: Die Ortenau 36 (1956), 84
- 203 Ludwig Schauer, 1000 Jahre Tutschfelden, 972–1972, 1972, 13
- 204 Berthold Sütterlin, Geschichte Badens, I, 1965, 87 f.
- 205 Die Stadt- und Landgemeinden des Kreises Kehl, Ortslexikon, 1964. Bei Beinert, Geschichte, 72, im Jahre 1317 auch Ekebrechtsweyler und Ekebrechtswilare, 1322 Ekebrechtswilre. In bezug auf die Ersterwähnung schrieb Wilhelm Gräßlin (Vom Rhein zum Schwarzwald, 1960, 99): „Das erste urkundliche Auftauchen des Dorfes 1316 weiß von ansehnlichen Besitzungen der Herren von Hunneburg zu berichten, die ihnen als Lehen durch Konrad III., Bischof zu Straßburg, übergeben wurden“ (übernommen auch von Wilhelm Schadt, Geschichte und Gegenwart des Hanauer Dorfes Eckartsweier, Heimatfest 1975, 9), doch Gräßlin vermerkt auch im Ortslexikon, 4, daß die Lichtenberger Eckartsweier schon 1294 besaßen. Beinert, 76, führt außerdem Geschlechter an, die sich nach dem Dorf nannten (1283, 1291), so daß man die Ersterwähnung jedenfalls ins 13. Jh. zurückdatieren darf. In seinem Aufsatz über das Rheinfahr zu Kehl führt Mone auch eine Urkunde vom 15. 10. 1300 an, in der Guta von Northeim als Tochter des Friedrich von Ekebrechtswilre genannt wird.
- Ein Werner von Hunneburg begegnet uns 1233 anlässlich eines Streites mit dem Kloster in Honau (Ortslexikon Kreis Kehl, 43). Kindler von Knobloch (Goldnes Buch der Stadt

Straßburg) nennt als ersten aus dem alten Geschlecht: „1120 Theodoricus comes de Huneburg“, doch Friedrich Spieser-Hünenburg (Tausend Brücken, hrsg. von Agnes Gräfin Dohna, 1952) erzählt, daß der Graf Eberhard von Hünenburg schon 868 erwähnt worden sei (519). Während nach Fritz Eyer (Das Territorium der Herren von Lichtenberg, 29) die Grafen von Hüneburg Ende des 12. Jh. ausstarben, nennt Wackernagel (153) das Jahr 1351; Spieser (518) führt dazu an, daß das alte Geschlecht der Hünenburger 1358 nur im Mannesstamm erloschen sei. Die Hünenburg bei Neuweiler (Georg Richter, Elsaß 1972, 200 f.) stand nach Spieser (894) auf dem Platz eines ehemaligen römischen Kastells, das bis 375 bestanden habe (Spieser-Hünenburg, Die Hünenburg, in: Oberrheinische Heimat, 1940). Nachdem Langenbeck der Meinung war, daß auch ein Hunn(en)feld zu Hunesfeld geworden sein könne, läge die – sicherlich gewagte – Vermutung nahe, daß die Grafen von Huneburg auch diesem Feld ihren Namen gaben. Eine weitere Spekulation: war bei dem späteren Hunesvelt der römische Rheinübergang in Richtung Kinzigtal, so konnte das Gebiet in volkstümlicher Weise den Namen Hunenfeld erhalten haben, wie auch nach Kauffmann (281) das Hunen- oder Hünenburg das volkstümlich-deutsche Wort für „Römerkastell“ war. Menges-Stehle (149) deuten die Hüneburg im Elsaß bei Lützelstein (zwischen la Petite-Pierre und Neuwiller-lès Saverne) als „Burg des Huno“

- 206 Johannes Postius, Untersuchungen zur Kulturgeographie der Südwestpfälzischen Hochfläche, 1937, 59
- 207 Ernst Christmann, Die Siedlungsnamen der Pfalz und „-feld“. In: Rheinische Vierteljahresblätter, Jg. 20, Heft 1/4, 1955. Christmann leitete viele Jahre die 1926 gegründete Pfälzische Wörterbuchkanzlei, die zehn Jahre später mit dem Flurnamenarchiv dem damals in Kaiserslautern gegründeten Saarpfälzischen Institut für Landes- und Volksforschung angegliedert wurde. Das zeitweise von ihm während des Krieges geleitete Institut kann wissenschaftlich als Vorläuferin der dortigen Universität gelten
- 208 Dazu: Wilhelm Mechler, Kehls Schicksal – der Rhein und seine Brücken. In: Die Ortenau 45 (1965). Ders., Die Rheinbrücken Straßburg – Kehl seit 1388. In: Stadt in der Geschichte, Bd. 4, Die Stadt am Fluß (Arbeitstagung 1975)
- 209 UB VI 353 f. Nr. 668. – Im Verlauf eines Rechtsstreites ließ die Stadt Straßburg 1391 auch die Ill-Fähre bei Grafenstaden besetzen (Ludwig Knobloch, Das Territorium der Stadt Straßburg bis zur Mitte des 16. Jh., 1908, 43). UB VI 327, Nr. 619
- 210 Beyler, 13. Diese bezog sich bei der Darstellung der Ruprechtsauer Fähre auf eine Arbeit von Prof. Como, die nicht auffindig gemacht werden konnte. Den Beitrag von A. Como, Die Ruprechtsau und die Straßburger Rheinfähre (daselbst) im 14. Jahrhundert“ in der „Straßburger Post“ v. 15. 8. 1909 (Forts. in Nr. 917 u. 944), der sich im Stadtarchiv Straßburg befindet, wie auch weitere Unterstützung verdanke ich Eugène Kurtz, Straßburg (Mitt. v. 10. 12. 87)
- 211 Fritz Eyer, 205 ff.
- 212 UB VI 660 f. Nr. 1212.
- 213 UB VI 410 Nr. 722; UB VI 422 Nr. 729; UB VI 429 Nr. 736. Nach Klaus Hornung (700 Jahre Condominats- und Wappengeschichte der Großen Kreisstadt Kehl, 1973, 50) hatte der Geroldsecker Heinrich IV. 1386 seine Einwilligung zum Bau der Widerlager für die „Lange Bruck“ (1388) im Kehler Gebiet gegeben. Daß sich der Bischof beschwerte, geht darauf zurück, daß er für die Fähren der oberste Lehnsherr war
- 214 Kindler von Knobloch, Oberbadisches Geschlechterbuch: von Kageneck, T.V.
- 215 Archives du Bas-Rhin, Strasbourg, 16 J 159 (2); frdl. Mitt. v. 23. 11. 1987. – Eyer, 214
- 216 Beinert, Geschichte, 164
- 217 Franz Ruf, Dunhausen. In: Landkreis Rastatt. Heimatbuch 4/77
- 218 Rusch, Geschichte der Stadt Kehl und des Hanauer Landes, 16
- 219 Beinert, Geschichte, 190
- 220 Karte in: Erwin Dittler, Johann Paul Edelmann (1665–1738). Schultheiß der Stabsgemeinde Goldscheuer (Sonderdruck), 2; Die Ortenau 66 (1986), 252
- 221 Generallandesarchiv Karlsruhe, Sign.: H/Eckartsweier 4 und 10

- 222 Frdl. Auskunft von Walter Fuchs, Auenheim. – Aus einem Schriftstück des Amtes Kork v. 27. 9. 1834 geht hervor, daß es noch Differenzen zwischen Eckartsweier und Auenheim wegen 25 Jauchert Acker und Wald gab, wobei noch geklärt werden sollte, ob die im Eckartsweierer Bannbuch fol 151/6 genannten und der Gemeinde Auenheim zugehörigen 104 Tage Grund wirklich vor etwa 26 Jahren an Bürger von Marlen verkauft worden seien. (Gemeinde Eckartsweier, Fasz. Almendsachen. U.a. Hundsfeld und dessen Grenzberichtigung vom Jahr 1819–1839. – Für frdl. Unterstützung durch Alfred Hetzel, Bgm. a.D., Eckartsweier, sei herzl. gedankt)
- 223 Mitt. der Stadt Hammelburg (Tuchscherer) v. 2. 10. 86. – Außer Hundsfeld liegt auch der Ort Hundsbach am gleichnamigen Bach. Menges-Stehle (149) führen Hundsbach bei Altkirch auf den „Bach des Hunzo“ zurück, wie auch den Ortsnamen Hunspach auf dessen Lage „am Bach des Huno“
- 224 Bürgermeisteramt Kilsheim (Bischof) v. 15. 5. 86

Für alle Auskünfte und Literaturhinweise meinen herzlichsten Dank, der auch jenen gilt, die mir in irgendeiner Weise, vor allem auch mit Karten, Hilfestellung gewährt haben (Fritz Udri, Ortsvorsteher Richard Schüler, Hans Roser, Maria Fehrenbach, Waltraud End (alle Goldscheuer), Angelika Sandlau vom Hanauer Museum, Kehl, Ludwig Uibel, Freiburg).

Die Aufnahmen wurden vom Verfasser zur Verfügung gestellt.

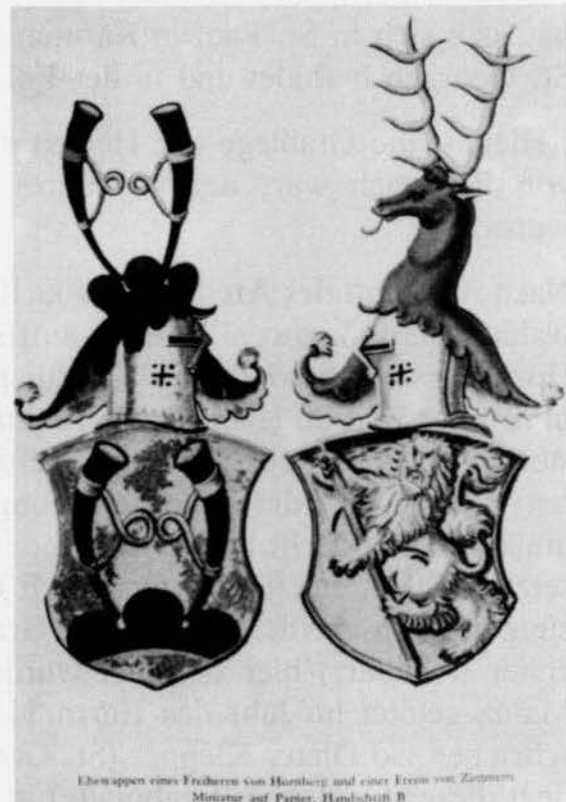
Die Herren von Hornberg (Schwarzwaldbahn)

Wolfgang Neuß

Die Gründung der Herrschaft Hornberg geht zurück auf den aus dem schwäbischen Geschlecht der Ellerbach¹ stammenden „freien Herrn“ Adalbert von E. Ihm verlieh um 1090 Kaiser Heinrich IV. den Reichsbesitz um das Gutachtal mit dem Auftrag, ihn zu erschließen und zu besiedeln.² Urkundlich bezeugt ist Adalbert zum 1. Mal in der Weiheurkunde für das Kloster St. Peter im Schwarzwald 1093.³ In ihr steht er als Adalbertus de Horenberc an zweiter Stelle nach dem Grafen von Gammertingen. Da die Grafen und die freien Herren in der Heerschildordnung den 4. Heerschild bildeten, muß Adalbert zum hohen Adel gerechnet werden. Auch Burckhart von Hornberg, der 1109 Wilpurg, die Tochter des Grafen Albrecht von Zimmern heiratete, wird in der Urkunde als „freier Herr von Hornberg“ bezeichnet.⁴

1911 wurde in St. Georgen ein alter Grabstein aus der Klosterzeit gefunden, dessen Inschrift B. Heinemann wie folgt übersetzte:

„Im Jahre der Fleischwerdung des Herrn 1121 Römerzinszahl 14, 9. Juli verschied Adalbert von Ellerbach bei Mainz tödlich verwundet, nachdem er Mönch geworden.“



Ehewappen eines Freiherrn von Hornberg und einer Freiin von Zimmern. Miniatur auf Papier, Handschrift B.



Werner von Ellerbach, erster Abt von Wiblingen um 1094, gestorben 1126 (1127).

Niemand ahnte damals, daß es sich dabei um den Grabstein des ersten Hornbergers handeln könnte. Der erste, der auf diese Spur kam, war Pfarrer Konrad Kaltenbach⁵ aus Niederwasser, der bei seiner Forschertätigkeit erfahren hat, daß sich in St. Paul in Kärnten eine alte handgeschriebene Chronik von St. Georgen befindet und in der Folgendes geschrieben stand:

„Hier ist die Grablege der Herren von Hornberg, deren Stammvater Albert von Ellerbach war, der im Jahre 1127 (richtig 1121) bei Mainz getötet wurde.“

Nach Auskunft des Archivars Pater Kull in St. Paul ist die von Kaltenbach erwähnte Chronik dort nicht mehr auffindbar. Es war deshalb für die Geschichte Hornbergs von besonderer Bedeutung, daß Wolfdieter Gramlich (St. Georgen) in neuerer Zeit im Hauptarchiv in Stuttgart in den Akten des ehemaligen Klosters St. Georgen ein Einzelblatt gefunden hat. Es zeigt von einem unbekanntem Chronisten die Nachzeichnung eines Grabsteines (Grabplatte) mit umlaufender Schrift und in der Mitte das Wappen der Hornberger mit aufgesetztem Stabkreuz.⁶ Dort fand auch Karl Volk (Gremmelsbach) die Übersetzung der Umschrift: „Dies ist die Grabstätte der Herren von Hornberg, deren erster (Ahnherr) hier bestattet wurde: Albert von Ellerbach. Er wurde bei Mainz getötet im Jahr des Herrn 1121 am 7. Juli“.⁷ Rechts oben steht geschrieben, so Dieter Klepper (St. Georgen): „In dem Closter zu St. Georgen liegt dieser Grabstein (Grabplatte) in St. Michaels Capell, welche nach Chri-



Der Ellerbach-Grabstein.
Adalbert von Ellerbach † 1121.

ANNO IN
CARNATI
ONIS DOMINI
MCXXI
INDICTIO XIII
VII IDVS IVLII
Obiit ADELBER
TVS DE HEL
LERBAH A (PUD)
MOGONTIAM
OCCI SVS
MON A
CHVS Q
FACTVS

⊖ = Obiit=
er verstorben

stus gebawen (gebaut) ist 1121“. Der Fund dieses Einzelblattes bestätigt die Richtigkeit der Forschung von Kaltenbach und sagt, daß die ersten Hornberger ihre Grablege in der St. Michaelskapelle in St. Georgen hatten.

Nachdem nun bekannt war, daß Adalbertus de Horenberc, der Stammvater unserer Hornberger, aus dem Geschlecht der Ellerbach stammt, müssen deren Ahnen festgestellt werden.

Das erste urkundliche Auftreten eines Ellerbach im Schwarzwald war im Jahre 1083, als Fridericus de Helribach (Ellerbach) bei der Klostergründung in St. Georgen für Hezelo, den Klostergründer, die Gründungsurkunde⁸ mit bezeugte. 1092 wurde Adalbert (Sohn Friedrichs) mit Hermann, dem Sohn Hezelos, für das Kloster St. Georgen tätig.⁹

Wir können demnach annehmen, daß Friedrich von Ellerbach der Vater unseres ersten Hornbergers Adalbertus de Horenberc ist.

Über die Herkunft des Friedrich von Ellerbach gibt es keine urkundliche Erwähnung und kann deshalb, ohne ein weiteres Forschungsergebnis, nur vermutet werden. Berichte anderer helfen dabei.

Von Matzke¹⁰ war zu erfahren, daß das Geschlecht der Ellerbach eines der bedeutendsten des niederen Adels war und mit den wichtigsten schwäbischen Geschlechtern versippt gewesen ist. Obwohl nicht unbestritten, wird der Stammsitz der im Schwäbischen auftretenden Ellerbach in Erbach bei Ulm angenommen. Bei einem Gespräch mit Baron von Ulm-Erbach war zu erfahren, daß er nur einen Ellerbach aus dem 14. Jahrhundert kennt. Das jetzige Geschlecht ist erst seit etwa 1620 auf dem Schloß Erbach.

Zu Anfang tritt der Name Ellerbach oft im Zusammenhang mit Klöstern auf. So war Werner v. Ellerbach im Jahre 1094 der erste Abt des von den Grafen von Kirchberg gegründeten Klosters St. Martin in Wiblingen bei Ulm, nachdem er vorher Mönch in St. Blasien gewesen war¹¹.

Zur Genealogie der Herren von Ellerbach schreibt Matzke, daß das im Laufe der Zeit gesammelte Material unvollständig und die Herkunft der Ellerbach ungeklärt sei. Auch Horst Gaiser (Ulm) Mitglied der Historischen Kommission Baden-Württemberg, ist der gleichen Meinung.

Von E. Heyck ist zu erfahren, daß Burkhard v. Ellerbach mit Albert von Trüdingen, Giso von Hildenburg und Riginot v. Röcklingen, alle vier bayrische Herren, an der Trauerfeier für Herzog Konrad von Zähringen in St. Peter 1152 teilgenommen hat.¹²

Vermutlich wird dieser Ellerbach in der Stammtafel bei Matzke 1152 als der bei ihm älteste weltliche Ellerbach genannt. Ihm folgen: 1240 Conrad v. Ellerbach, 1240 Burkhard v. Ellerbach, 1269 Burkhard v. Ellerbach, der bekannte Verteidiger von Burgau, 1270 Bruno v. Ellerbach, Ritter, 1294 Bruno v. Ellerbach, Sohn des Bruno von 1270, 1312 Burkhard Ytal v. Ellerbach, 1341 Konrad v. Ellerbach, Domherr in Augsburg.

Aus der 1200jährigen Geschichte der Stadt Laupheim ist 1357 Burkhard der Lange als Herr zu Laupheim bekannt.¹³

Wegen der häufig wiederkehrenden gleichen, meist vererbten Vornamen ist es sehr schwer die Familienmitglieder auseinanderzuhalten und einzuordnen.

Nachdem nun die Anfänge der Ellerbach im Schwäbischen genannt sind, sollen die dem Stammvater Adalbertus de Horenberc folgenden Hornberger aufgezeigt werden.

Dies sind zuerst seine drei Söhne: Burkhard v. H., der sich 1109 mit der Tochter des Grafen von Zimmern vermählte, Bruno v. H. und Konrad v. H. Sie finden 1111, 1132 und 1148 ihre urkundliche Erwähnung.



*Wappen der Herren von Hornberg.
Im goldenen Schild auf schwarzem
Dreiberg gestützte Jagdhörner.*

1152 unterzeichnet Werner v. Hornberg in einer Schenkungsurkunde für das Kloster St. Peter an dritter Stelle und zwar nach dem Herzog Berthold IV. von Zähringen und dem Bertold von Löwenstein, aber vor dem edelfreien Dietrich von Rötteln.¹⁴

Zwischen 1152 und 1186 vergabte Wernherus de Horinberc an das Kloster St. Peter.

1180 war Heinrich v. H. Bischof in Basel. Also war auch ein Hornberger schon früh ein kirchlicher Würdenträger. Er soll mit Kaiser Friedrich I. in das gelobte Land gezogen und dort mit dem Kaiser am 10. 6. 1190 ertrunken sein.

Um 1200 gründete Burkhard v. H. die Seitenlinie der Hornberger in Triberg¹⁵. 1211 war Wernheruf de Horinberch Zeuge für Abt Heinrich von Reichenau. Im Jahre 1219 wird ein weiterer Bruno v. H., wahrscheinlich der Minnesänger, mit seinem Bruder Wernher genannt.¹⁶

1233 lebt ein Raubritter Conradus v. H., der im Gefängnis in Straßburg war. Über die in der Folge weiter auftretenden Hornberger wird später noch berichtet.

Die bei Matzke festgestellten Ellerbach sind auch im Oberbadischen Geschlechterbuch aufgeführt.

Bevor über das Vorhergehende ein Ergebnis abgeleitet wird, muß geprüft werden, inwieweit andere Träger des Namens „Hornberg“ mit Hornberg an der Schwarzwaldbahn im Gutachtal in Verbindung gebracht werden können. Die Edelherren von Hornberg im württembergischen Oberamt Calw heißen 1191 Arnoldus de Horenbergh, 1285 Bertholdus de Hornberc, 1293 Vollmarus v. H.¹⁷ Woher diese Hornberger kommen, ist nicht bekannt.

In Hornberg im Oberamt Oehringen waren Walter v. H. und 1222 Diether, Rabans Sohn. 1397 wird ein Conrad v. H. als Bürger in Horb genannt.¹⁸

Auf der Burg Hornberg am Neckar oberhalb Neckarzimmern saßen 1121 Goddefridus de Horinberch und 1195 Beringer, Heinrich und Arnold v. Hornberg. Sie waren dort Dienstmannen der Grafen von Laufen.¹⁹

Alle übrigen Hornberg haben auf die Geschichte der Stadt Hornberg keinen Einfluß genommen, auch die zuvor Genannten nicht, obwohl ihre Namen oft Anlaß zu Verwechslungen gegeben haben. So war auch nicht Arnold v. H., der Gründer des Klosters Enz, aus Hornberg im Gutachtal.

Das Bisherige kommt zu Erkenntnissen, deren Ergebnis nicht bedeutungslos für die Geschichte ist.

Zusammengefaßt:

1083 taucht der *erste Ellerbach* urkundlich bei der Klostergründung von St. Georgen aus dem Dunkel. Es ist anzunehmen, daß das Gebiet Hornberg zu dieser Zeit bereits vergeben war, worauf später noch näher eingegangen wird. Sehr wahrscheinlich war Friedrich v. Ellerbach zur Zeit der Klostergründung in St. Georgen der Herr unseres Gebietes und wurde als Nachbar zur Bezeugung der Klostergründung von Hezelo geladen. Der zweite bei uns urkundlich genannte Ellerbach ist sein Sohn Adalbert, der Stammvater der Hornberger, der 1092 mit Hermann, dem Sohn Hezelos, für das Kloster St. Georgen tätig war. Und schließlich als Dritten im Schwarzwald erkennen wir Werner v. Ellerbach, der Mönch in St. Blasien war und danach der 1. Abt in Wiblingen wurde. Den ersten weltlichen Ellerbach nennt Matzke in seiner Genealogie der Ellerbach 1152 Burkhard v. Ellerbach, welcher von St. Peter bekannt ist. Erst 1240 erscheinen bei Matzke ein Conrad v. Ellerbach, während bereits 1109 Burkhard v. H. die Tochter Wilpurg des Grafen von Zimmern geheiratet hat. Adalbert v. Hornberg-Ellerbach hatte drei Söhne, Burkhard, Bruno und Conrad. Sie werden 1111, 1132 und 1148 in Urkunden genannt, während Matzke erst 1270 einen Bruno v. Ellerbach nennt.

1. Das erste Auftreten eines Ellerbach findet mit Friedrich v. Ellerbach in Verbindung mit dem Kloster St. Georgen im Schwarzwald 1083 statt. Sein Sohn Adalbert war der Stammvater der Hornberger. Damit war der Ellerbach-Hornberger Zweig gegründet, aus dem die späteren Linien Hornberg-Triberg und Hornberg-Schneeberg hervorgingen.

2. Der „Mönch“ Werner v. Ellerbach kann wegen seines etwa gleichzeitigen Auftretens in St. Blasien wie Friedrich von Ellerbach in St. Georgen ein naher Verwandter zu Friedrich gewesen sein. Vermutlich war er sein Bruder.

3. Das Auftreten gleicher dominierender Vornamen, zuerst in Hornberg, später bei den Ellerbach in Schwaben, deutet auf eine mögliche gleiche Abstammung hin.

4. Wer die Linie Ellerbach an der Donau zum Hervortreten brachte, ist nicht nachzuweisen. Vielleicht hat Werner v. Ellerbach, als er Abt in Wiblingen war, dies bewerkstelligt. Das ist aber nur eine Vermutung.

5. Nach den urkundlichen Erwähnungen wird festgestellt, daß beim Auftreten der Ellerbach im schwäbischen Raum an der Donau die Ellerbach-Hornberger Linie bereits bestand. Auch die Ellerbach-Laupheimer Linie wurde erst später gegründet.

Die Hornberger haben demnach kaum eine bemerkenswerte Verbindung zu den späteren Ellerbach auf deren Stammschloß in Erbach bei Ulm gehabt. Nach wie vor ist aber die Herkunft der Ellerbach im Schwarzwald nicht geklärt. Peter Köpf²⁰ meint, das Geschlecht (Ellerbach) war edelfrei, keinesfalls von geringem Range, Wappen und Namensgut lassen einen frühen, ins 11. Jahrhundert zurückführenden Zusammenhang mit den Grafen von Zollern vermuten.

Anmerkungen

- 1 J. Kindler von Knobloch, Oberbadisches Geschlechterbuch Bd. II. Heidelberg 1898
- 2 K. Hitzfeld, Die Schlösser von und bei Hornberg. Ortenau 50/1970, S. 373
- 3 E. Fleig, Studien zur Geschichte des Klosters St. Peter im Schwarzwald, Diss. Freiburg 1908
- 4 H. Ruckgaber, Geschichte der Grafen von Zimmern. 1840
- 5 K. Kaltenbach, Geschichte der Herrschaft Triberg. Heimatblätter. Beilage zum Triberger Boten. 1926 ff.
- 6 Hauptstaatsarchiv Stuttgart A 521/Bü 6
- 7 ebd.
- 8 GLA 65/1
- 9 G. Wollasch, Die Anfänge des Klosters St. Georgen im Schwarzwald. Freiburg 1964
- 10 J. Matzke, Zur Genealogie der Herren von Ellerbach. Das obere Schwaben Folge 2. 1956
- 11 Handschriftliche Chronik des Priors Meinrad Heuchlinger
- 12 E. Heyck, Geschichte der Herzöge von Zähringen. 1891
- 13 Geschichte der Stadt Laupheim. Hrsg. von der Stadtverwaltung Laupheim. 1979
- 14 vgl. Anmerkung 5
- 15 vgl. Anmerkung 5
- 16 Mone ZGO IX 1858
- 17 vgl. Anmerkung 1
- 18 vgl. Anmerkung 1
- 19 H. Obert, 1200 Jahre Neckarzimmern 1973
- 20 P. Köpf, Nagold, in: Ortsgeschichte von Au. 1987

Die Aufnahmen wurden vom Verfasser zur Verfügung gestellt.

Johannes Sweiger, markgräflicher Schreiber, Sekretär und Rat; Begleiter Markgraf Bernhards II.

Michael Rumpf

Ist die Rede von bekannten und studierten Bühlern des ausgehenden Mittelalters und der frühen Neuzeit, so beschränkt man sich für gewöhnlich auf die bei Karl Reinfried genannten Mitglieder der Familie Tucher.¹

Wolfgang Tucher, Doktor beider Rechte, wurde wohl um das Jahr 1500 in Bühl geboren und stand um 1548 als Generalvikar in den Diensten des Bischofs Erasmus von Straßburg.

Der mit ihm verwandte *Johann Heinrich Tucher* (der Verwandtschaftsgrad läßt sich aufgrund der dürftigen Quellenlage nicht erschließen), um das Jahr 1540 in Bühl geboren, bezog 1558 die Universität Freiburg, wurde im folgenden Jahr Baccalaureus und 1561 Magister Artium. Als Doktor der Philosophie und beider Rechte war er lange Jahre zuerst als Professor der alten Sprachen und der Rhetorik und von 1587 an in der juristischen Fakultät als Lehrer des Römischen und des Kirchenrechts bis zu seinem Tode im Jahre 1609 tätig.

Weitestgehend unbekannt und nur in der Literatur zum „Seligen“ Markgrafen Bernhard II. berücksichtigt ist *Johannes* oder *Hans Sweiger* bzw. *Schweiger*.

Mit großer Wahrscheinlichkeit ist er der Sohn des in den Jahren 1427 bis 1435 als windeckischer Vogt zu Bühl amtierenden Heinrich Sweiger.²

Johannes Sweiger studierte zusammen mit den Markgrafen Georg, Johannes und Markus um das Jahr 1452 in Erfurt und trat nach Beendigung seiner Studien als Schreiber in den Dienst des Markgrafen Jakob I.

Nach dessen Tod am 13. 10. 1453 diente er Markgraf Bernhard II., dem Sohn des Verstorbenen, als Sekretär.³

Noch zu Lebzeiten Markgraf Jakobs I. begleitete Johannes Sweiger den Markgrafen Bernhard II. nach Frankreich und auf dessen Kriegszug in die Lombardei, wo er nach eigener Aussage neben seiner Tätigkeit als Sekretär dem Markgrafen auch mit der Armbrust zur Seite stand.⁴

Gegen Ende des Jahres 1455 ging Markgraf Bernhard II. in der Funktion eines kaiserlichen Rates nach Wiener Neustadt an den Hof Kaiser Friedrichs III. Das markgräfliche Gefolge beschränkte sich auf die notwendigsten Hilfskräfte. Neben dem Sekretär Johannes Sweiger standen noch zwei Räte, ein Beichtvater, ein Wappenknecht, ein Kammerknecht und ein Bote in markgräflichen Diensten.

Im Auftrag des Kaisers reiste Markgraf Bernhard zusammen mit seinen Begleitern in diplomatischer Mission nach Frankreich und danach weiter nach Italien. In Genua angekommen, war der Markgraf gezwungen die Stadt bald wieder zu verlassen, da in ihr die Pest wütete. Zwei seiner Begleiter starben an der Seuche, Markgraf Bernhard II. erkrankte ebenfalls und verschied am 15. Juli 1458 in einer Herberge des Ortes Montecalieri. Johannes Sweiger wurde nicht von der Seuche befallen und kehrte wohlbehalten aus Italien zurück.

Am 17. Februar 1459 erteilte ihm Papst Pius II. auf die Bitte des Markgrafen Johannes von Baden, des Erzbischofs von Trier, hin die notwendige Dispens, um in den geistlichen Stand einzutreten und löste ihn vom Makel seiner soldatischen Vergangenheit im Dienste Markgraf Bernhards II.⁵

Johannes Sweiger schien aber weniger daran gelegen zu sein in ein Kloster einzutreten als vielmehr in den Genuß einer kirchlichen Pfründe zu kommen. So kann es auch nicht verwundern, daß wir ihn bereits am 16. 10. 1460 erneut in markgräflichen Diensten finden. Als Schreiber Markgraf Karls I. schlichtete er zusammen mit Cunrat von Gumpenberg Streitigkeiten im Umfeld der Stadt Eßlingen.⁶

In einer Nachricht der Stadt Eßlingen an Markgraf Karl I. vom 15. September 1461 wurde Johannes Sweiger dann erstmals nicht mehr nur Schreiber sondern markgräflicher Rat genannt.⁷ Aus der weiteren Überlieferung geht hervor, daß er im Auftrage des Markgrafen verschiedentlich Reisen auch außerhalb der Markgrafschaft unternahm und ihm unter anderem der Einzug der Judensteuer oblag.⁸

Spätestens seit dem Jahr 1467 zog sich Johannes Sweiger auf die ruhigere Stelle eines markgräflichen Amtmannes zu Bühl zurück, von wo aus er der markgräflichen Aufforderung zu schlichten und zu richten noch verschiedentlich nachkam.⁹ Wohl aufgrund seines fortgeschrittenen Alters beschränkten sich seine Tätigkeiten zusehends auf die des markgräflichen Amtmannes zu Bühl.

Im Laufe des Jahres 1474 wird Johannes Sweiger ein letztes Mal in den Quellen genannt. Kurz darauf scheint er verstorben oder zumindest von seinem Amt zurückgetreten zu sein, da noch im selben Jahr Konrad Stroln als gemeinsamer Amtmann der Markgrafen und der Herren von Windeck in Bühl nachgewiesen werden kann.¹⁰

Das Leben des Johannes Sweiger ist nicht nur als interessante Biographie eines Bühler Amtmannes zu sehen, sondern es zeigt, wie es einem Angehörigen des niederen Standes durch Studium und persönlichen Einsatz gelang, in der Hierarchie der markgräflichen Verwaltung in Positionen aufzusteigen, die zuvor dem niederen Adel und dem Klerus vorbehalten waren. Johannes Sweiger ist somit personifizierter Beweis der Veränderungen im markgräflich badischen Beamtentum des 15. und 16. Jahrhunderts.¹¹

Anmerkungen

- 1 K. Reinfried, Die Stadt- und Pfarrgemeinde Bühl unter Windeck, geschichtlich dargestellt. In: FDA 11./1877, S. 142 ff. — K. Reinfried, Der bischöflich-straßburgische Generalvicar und Official Dr. Wolfgang Tucher und seine Zeit, in: FDA 26./1898, S. 221—240
- 2 O. Gerke (Hrsg.), Geschichte der Stadt Bühl in Baden. Offenburg 1936, S. 61
- 3 Markgraf Bernhard II. wurde 1769 seliggesprochen
- 4 Regesten der Markgrafen von Baden und Hachberg, Bd. 4, 8300. Innsbruck 1915
- 5 Regest. Bd. 4, 8300
- 6 Regest. Bd. 4, 8503
- 7 Regest. Bd. 4, 8675 (M. Karls Rat Jo. Schwaiger) und 9469
- 8 Regest. Bd. 4, 9196 u. 9227
- 9 Regest. Bd. 4, 9469 u. 10274
- 10 Regest. Bd. 4, 10527 und O. Gerke, Geschichte der Stadt Bühl, S. 61
- 11 Vgl. O. Herkert, Das landesherrschaftliche Beamtentum der Markgrafschaft Baden. Diss. Freiburg, 1910

Das Reichstal Harmersbach als Pfandschaft (1330—1689)

Karl-August Lehmann

Als im Jahre 1504 die drei Vereinsstädte der Ortenau, Offenburg, Gengenbach und Zell „von der Chur Pfaltz halben, als dem Bißtumb Straßburg in benannter Summa von Reichs wegen gar völlig gelösset worden“¹, endete für sie eine nahezu 170jährige Verpfändung an verschiedene Territorialherren. Für das Reichstal Harmersbach jedoch war der Besitzerwechsel noch längst nicht abgeschlossen. Die Besonderheit dieser Pfandschaft endet endgültig erst mit den Wirren der Französischen Revolution 1789 und der Napoleonischen Umgestaltung des „Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation“.

Das Recht, über Krongut zu verfügen, stand seit alters her den Königen zu. Während unter den Karolingern und Staufern es sich vor allem um Schenkungen handelte, kam später die Variante der Verpfändungen hinzu, die jeweils mit politischen und finanziellen Zielen verbunden waren. Dabei waren die Nutznießer Geldgeber oder Parteigänger des Königs. Die Ausgabe von Reichsgut als Pfand entwickelte sich vor allem unter Ludwig dem Bayer und Karl IV. zu einem beliebten Mittel, um im Kampf gegen Widersacher Anhänger zu gewinnen. Die Hingabe des Pfandes war also eine Leistung des Königs an den Pfandnehmer. Es konnte vergeben werden als Sicherheit für ein Darlehen, als Mitgift, für Dienstleistungen, für erbrachten Kriegsdienst, für erlittene Kriegsschäden oder als Renten².

Durch die Zahlung der Pfandsumme erhielt der Pfandnehmer die Rechte an Zinsen, Steuern, Gefällen, Zöllen und anderen Gerechtigkeiten, soweit diese im Vertrag festgehalten wurden³.

Die Auslösung einer Pfandschaft, die manchmal an Fristen, Daten bzw. Zeiteinheiten gebunden war⁴, erfolgte durch die Rückzahlung der Pfandsumme. Der Pfandgeber löste somit die Pfandsache ein und gewann damit seine alten Rechtspositionen wieder zurück.

Wenn auch der König versprach, daß der Pfandherr keine höheren als die hergebrachten Steuern fordern dürfe und der Pfandherr seinerseits gelobte, die Rechte der Bürger zu wahren, so erhielt letzterer dennoch die tatsächliche Herrschaft über die Pfandsache⁵. Dies ging sogar soweit, daß der Pfandherr die Pfandschaft an Dritte weitergeben konnte. Oftmals war auch der Verlust der Reichsunmittelbarkeit mit der Verpfändung verbunden, da seit Karl V. sämtliche Kaiser schworen, verpfändetes Reichsgut nicht wieder einzulösen⁶.

Die Verpfändung an die Fürstenberger 1330—1363

Dieser Verlust hätte auch dem Reichstal Harmersbach blühen können, da dessen Verpfändungen anders verliefen als die der besagten drei Reichsstädte in der Ortenau. Der eigene Weg des Harmersbachtals begann nach dem Tode Heinrich VII. 1313, als sowohl Friedrich der Schöne von Österreich wie auch Herzog Ludwig der Bayer zum deutschen König gewählt wurden.

Das Haus Fürstenberg, dessen Machtbereich sich auf das obere Kinzigtal erstreckte, stand auf der Seite Ludwigs. Jetzt gewann die Landvogtei Ortenau insoweit an Bedeutung, als sie vom jeweiligen Herrscher als Belohnung an die treuen Anhänger Verwendung finden konnte. Ludwig der Bayer machte Gebrauch davon. Er begann, Stücke aus der Landvogtei „herauszuberechnen“⁷ und seine Anhänger zu belohnen. Am 6. August 1330 erhielt Graf Heinrich von Fürstenberg das Tal Harmersbach pfandweise zugesprochen⁸:

„Wir Ludwig von gottes gnaden rhomischer cheyser, zu allen zeitten mehrer des reichs, verjehen offenbahr an diesem brieff und thun kundt allen den, die in ansehent, hoerent oder lesent, dass wir angesehen haben die getreuwen dienst, die dem riche gethan hat der edell man Heinrich graff zu Fürstenberg, unser lieber getreuer, und uns noch thun magh und soll, ime und seinen erben versezet haben und auch versezten mitt diesem brieffe Hadamerspach, mit alle die und darin gehöret und hernach geschriben statt, des ersten den Kürrenbach, den Hannenbach und ouch den Hannenbach, den Gütersbach den Hüplinsbach, den Roden und den Bürren⁹, umbe vierhondert marck lödiges silber Chostenzer gewichtes (Konstanzer Gewichts, der Verf.) und soll der vorgeannt Heinrich und sein erben die obengenannten guetter innehaben in pfandeswiz und niessen an eins reiches statt mit allen nutzen, rechten, eren, zugehörden und gewonheiten und davon durch recht gevallen sullent und mugen als lange, bis wir oder unser nachkommen ahn dem riche die vorgeannten guetter von in erledigen und erlösen umbe die vorgechribenen vierhondert marck silbers gar und genzlichen. Dovon gebieten wir allen unsern und des reichs amptleuten, landtvoegten, voegten, wi sie gnant sin, ernstlich und vestiglich by unsern hulden, dass si den vorgeannten Heinrich und sin erben an der vorgeschriben unser satzung icht hindern oder irren in deheinen wege, und wolt in jemant daran dheinen gewalt tuon, da sullent si in zu geraten und beholfen sin, als lieb in unser forderunge sin. Und darüber ze einem urkhunde geben wir in diesen brieff versigelten mitt unserm cheyserlichen insigell, der geben ist ze Hagenow an sant Sixten tage des pabest, do man zalt von Christes geburt druzehen hundert jar darnach in dem drezzigstin jar, in dem sechszehenden jar unsers richs und dem dritten des cheysertumes.“

Graf Heinrich sah sich somit in die Lage versetzt, seine Herrschaft nach Nordwesten durch ein direkt angrenzendes Gebiet in die Ortenau hinein zu erweitern. Fast 33 Jahre stand das Tal Harmersbach unter der Vorherrschaft der Fürstenberger, die aus dem zugesprochenen Gebiet wirtschaftlichen Nutzen zogen und es in dieser Zeit mit Bewilligung des Kaisers 1353 als Wittum und Leibgeding verschrieben¹⁰. Acht Jahre später verkaufte Graf Johann von Fürstenberg dem Edelknecht Albrecht von Hufwiler sein Schatzungsrecht im

Harmersbach¹¹, wobei vereinbart wurde, daß sich „genannte Hintersassen aus jenem Thal als Mitschuldner unter Verpflichtung zur persönlichen Leistung zu Zell im Falle der säumigen Zinszahlung einstellen“. ¹² Harmersbach war also selbst für die Pfandherren zu einer „finanziellen Manövriermasse“ geworden.

Derweil hatte sich in der Landvogtei Ortenau das Kräfteverhältnis zugunsten der Bischöfe von Straßburg verschoben. Rudolf von Habsburg hatte in den 80er Jahren des 13. Jahrhunderts das Kinzigtal wieder dem Reich einverleibt und den Einfluß des Hochstiftes in der Ortenau zurückgedrängt¹³. Durch die Verpfändungspolitik seiner Nachfolger ergab sich für Bischof Berthold von Straßburg eine Möglichkeit, die Ortenau 1351 erneut für sein Stift zu gewinnen, nachdem die bisherigen Pfandherren, die Markgrafen von Baden, kein Interesse mehr daran zeigten und Kaiser Karl der Ablösung zustimmte¹⁴. Daß sich die Fürstenberger in der Ortenau durch die Harmersbacher Pfandschaft festgesetzt hatten, konnte dem Bischof nicht recht sein; er war bestrebt, auch dieses Tal für sein Stift einzulösen.

Möglicherweise haben die Fürstenberger ihre Verfügungsgewalt als Pfandherren im Tal überzogen, genauere Hinweise lassen sich aus den vorhandenen Quellen nicht erschließen. Aber es scheint zu erbitterten Streitigkeiten im Tal gekommen zu sein. Es ist zu vermuten, daß die Talbewohner eine Möglichkeit sahen, die leidigen Pfandherren loszuwerden und ihnen Abgaben und den Huldigungseid aufzukündigen. Der Fürstenberger griff das Tal an. Im Zuge der Fehde machte er auch Gefangene, es kam zu Verwüstungen mit großen Schäden¹⁵. Freiwillig wollte also das Haus Fürstenberg den Straßburger Wünschen nicht weichen.

Einem Schiedsgericht mit „Walther von der Dicke, Voget zu Bernsten, und an Cunrat Rohart, den alten Schultheißen zu Offenburg einsite, und an Herrn Cunrat Snewelin, Schultheissen zu Friburg unn herrn Oswalde von Wildestein andersite“ sowie drei von den Städten Basel, Freiburg und Straßburg abzuordnenden Räten wurde die Schlichtung der „missehelle dar rueret von des Tales wegen zu Hademersbach von der namen und der loßungen wegen“ zwischen Graf und Bischof übertragen. Bis zur Fällung eines Schiedspruches wurde ein Stillhalteabkommen vereinbart: „daz dez tal zu Hademersbach fridelichen ligen sol, zu beden siten unbekümbert und ungeschediget“¹⁶. Ferner kam man überein, daß „was der merre teil der sübene übereinkument unn erkenntent, daz sol ein fürgang haben unn stete bliben zu beden siten.“

Die Bischöfe von Straßburg als Pfandherren 1363—1401

Die überörtlichen Schlichter schienen Erfolg zu haben, denn am 12. Mai 1363 entließ Graf Johann von Fürstenberg für sich und seine Erben „daz selbe tal von allen eyden, geluebden, stueren, diensten, die ir uns soltent, als ir uns unserem vatter und unsern vordern virsetzet und virbunden warent zu tuonde von

dem romischen ryche, losch, ledig und quit sagent mit disem gegenwertigen briefe, wande der erwuerdige herre byschof Johans von Strazburg das tal zu Hademersbach und uch mit aller zugehuerde von uns abe geloeset het und das wir mit dem tal und mit uch nut me zuo tuende habent noch haben sullent“¹⁷.

Die Afterpfandschaft 1401—1663

Keine 40 Jahre später nahm die „Sonderpfandschaft“ Harmersbach erneut einen anderen Weg als die Reichslandvogtei Ortenau mit den drei Reichsstädten. Bischof Wilhelm von Diest war aufgrund seiner enormen Schulden gezwungen¹⁸, Teile seines Pfandschaftsbesitzes in der Ortenau auslösen zu lassen. 1405 wurde die Reichslandvogtei unter die Pfalzgrafen bei Rhein und das Straßburger Bistum zu gleichen Teilen aufgeteilt¹⁹.

Bereits 1401 hatte der Bischof das Tal Harmersbach an die Straßburger Familie Bock von Böcklinsau um 3 100 fl als „Afterpfandschaft“ weitergegeben²⁰. „Der ehrbare und bescheidene Johans Bockh, Herren Cuntzen seeligen Sohn“ erhielt mit Zustimmung des Kapitels und des Stifts für sich und seine Nachkommen zum Kauf das im Bistum gelegene „thal, dem man spricht Hademarspach, oben und unden, mit den Dörffern, leüthen, Gemeindten, Zwingen und Baennen, gerichtten, steuern, Beeden, umbgelten, Zöllten, Zinßen, guelten, gelt, frefflen, Herbergen, Engeren, Bannen, Matten, Ackhern, Muehlen, Wuohnen, weydten, wälden, wassern, wildbännen, Gebiethen, mit allen rechten, zuegehuerdten, Herrligkeithen, nutzen und gefaellen, wie die genandt seindt, gesuecht und ungesuecht, nichtzig außgenommen, die darzu gehoeeren, die wir handt, hohe und nahe, und sonderlich mit nahmen Viertzig Marckh geltes silber oder je zwey pfundt und fünff schilling sträßburger pfennig für ein marckh silber zunehmen²¹ und hundert fiertel habern geltes des thales messe, und von jedem Hauß drey Hiener geltes und darzu die Rechte, alß es uns ankommen ist“.

Lediglich eine kleine Einschränkung wurde in den Vertrag aufgenommen: „Doch ist außgenommen, daß unser, des vorgeantten Wilhelm Bischoffs Jäger sollen Recht haben, zu jagen in den waldbännen des vorigen thals, wan wir wollen, doch ohne des vorgeantten Keuffers und seiner erben und der erbaren Leuth des vorgeantten thals schaden und Costen, ohn alle geverdte“²².

Alle Jahre auf Martini waren die Harmersbacher zu ihren Abgaben verpflichtet, die in Straßburg abgegeben werden sollten. Ferner wurde verfügt, daß die „erbaren Leuth . . . dem obgenanten Keuffer, seinen erben und nachkhomen schweren und huldigen, ihnen gehorsamb zu sein ahn unserer statt zue gleicher weiß als sie es uns und unserm bistumb sollen thuen“²³.

Bischof Wilhelm versicherte dem Käufer, ihn bei der Durchsetzung seiner Rechte im Falle von Streitigkeiten zu unterstützen. Er behielt es sich vor, „das Thal mit den Dörffern renthen zwingen und baennen und allen rechten und zuegehuerdten, als vorbescheiden ist, von dem vorgeantten Keuffer, seinen erben und nachkhomen mögen wider abkhauffen und lößen“. Die Käufer sollten dann ihrer bisherigen Rechte verlustig gehen, die Ablösung durch den Bischof mußte aber ein halbes Jahr zuvor angekündigt werden.

Schließlich legten die Vertragspartner in der Verkaufsurkunde fest, bei einer Auslösung der drei Städte Offenburg, Gengenbach und Zell auch das Tal Harmersbach mitabzulösen.

Drei Wochen später, am 24. 2. 1401, trat eine Harmersbacher Delegation vor den Richter des Hofes zu Straßburg: „Dammus von Schneidt, genannt Kleindemmelin, Vogt zu Harmersbach, Sigfrid, dictus²⁴ Hademersbach, Heintze vom Hermersberg, Nicolaus Snyder, Henninus Lange, Jeckelinus Lange, eius frater (sein Bruder, der Verf.), Cunradus Herbrecht, Henninus Ysenmann, Henninus Küffer, Jeckelinus Lentze, Jacobus Molitor de Hanebach, Jeckelinus Ysenmann, Jeckelinus Molitor an der steigen, jurati seu iudices Vallus nuncupati die Zwölfer (Geschworene oder Richter des Tales, der Verf.)“²⁵.

Mit dem vollzähligen Zwölferrat waren angereist die Bürger (Talleute) Henninus Herting (Hartung)²⁶, vom Eck, Johannes Herre vom Eck, Johannes dictus Wente Hans (Würtshauß), Hanselinus Koler (Hensel Koler), Matthiße Walkenstein, Bertholdus Meiger (Berthel Meyer), Jeckelinus Oberlin, Henninus Lehenmann. Die Huldigungsformel wurde den Anwesenden „von worth zu worth vorgelesen und in teutlich muttersprach verdollmetschet“²⁷. Im Namen des ganzen Tales gelobten sie der Familie Bock „servitia quoque reventia“ (Dienstbarkeit und Ehrerbietung) und versprachen die fälligen Abgaben pünktlich zu entrichten²⁸. Damit war der Verkauf endgültig besiegelt, der weitere Weg des Tales vorgezeichnet.



Die Mitglieder des Rates, die zäh auf ihrer Position beharrten, stammten von großen Höfen (unser Bild zeigt den Jedensbachhof).

Aufnahme: Lehmann-Archiv

Die Vergabe als Sonderpfandschaft förderte die Verselbständigung des Tales Harmersbach, die schon mit einem Ereignis im Jahre 1366 eingeleitet worden war. Auf Betreiben des Gengenbacher Abtes Lambert von Burn hatte 1366 Kaiser Karl IV. in einem Privileg für die Stadt Zell sowie die Täler Harmersbach und Nordrach die Rechte der Abtei Gengenbach im Tal Harmersbach bekräftigt: „. . . der Statt Zell und der Thäler Harmerspach und Nordrach ein Abbt desselben Closters hette zu geben und besetzend Schultheißen und weltliche richter und anders niemandts pp . . .“²⁹.

Ferner nahm Kaiser Karl IV. „die bürger der Statt Zell und die Thäler Harmerspach und Nordrach mit ihren leuthen und guethern in unsern und deß Heyl. Reichs schirmb und kayserl. gewaldt“ und verbat „auß kayserlicher gewaldt und bey der Poen Kayserlichen Bannes vestiglich, daß niemandt die ehgenannten Bürger der Statt Zell und die Thäler an ihren Leuthen, rechten, freyheiten und Ehren in keinem weeg widerrecht betruebe, beschwaere oder versehen solle“.

Gleichfalls wurden dem Tal auch die Rechte bestätigt, die vor allem während der Verpfändung nicht verletzt werden sollen:

„. . . daß sie (während der Pfandschaft, der Verf.) aller rechte freyheiten unnd guter gewohnheiten niessen sollen, alße die zwölff deß alten raths der statt zu Zell unnd die zwölff zu Harmerspach und die zwölff zu Nordtrach der ehgenanten thällern erkennen unnd auf ihr eyde redtlichen außsprechent, daß solliche recht unnd freyheiten unnd gute gewohnheit zu derselb statt unnd zu den ehgenanten thällern gehört haben von alter her. Wir verliehen auch, daß die ehgenanten zwölff deß alten raths . . . von allen erbsachen unnd anderen sachen, die zum weltlichen gericht hören . . . richter seint und richten sollen . . . unnd . . . die ingesseden, die inwohneten der thälere Harmerspach und Norderach in den selben sachen vor khein richter den vor den richter der ehgenanten statt und thälere von einander klagendt gebunden seint ze antworten, außgenommen daß die burger zu Zell unnd die ingessende unnd inwonende der thälere Harmerspach und Norderach unuß unnd unßeren nachkhomen in dem Heiligen reiche unnd vor dem richter des kayserlichen hoffes antworten sollen“³⁰.

Das Tal Harmersbach war also reichsunmittelbar mit eigener Gerichtsbarkeit, und als 1504 tatsächlich die drei Städte eingelöst wurden, blieb Harmersbach in der „Afterpfandschaft“ stecken³¹. Weder die Bockschen Erben noch der Bischof rührten sich, um die vereinbarte Wiedereinlösung tatsächlich in die Tat umzusetzen. Von Zell war das Tal somit endgültig getrennt, und die bekannte Redewendung, daß die drei Vereinsstädte und das Tal Harmersbach „mit gewissen punkten der landvogtey zuegeton“³² sei, traf für Harmersbach keineswegs mehr zu³³.

Über zweieinhalb Jahrhunderte blieb das Tal in der Hand der Nachkommen des Pfandnehmers. Erbschaften und Verheiratung brachten es mit sich, daß manchmal drei, vier Berechtigte da waren, die Ansprüche auf die Gerechtigkeiten oder wirtschaftlichen Erlöse im Tal erhoben. Es wurde um Anteile ge-

feilscht, um Drittel oder Viertel, Achtel oder Zwölftel, anfallende Abgaben gegen Barzahlungen abgelöst oder gegen andere Gebiete im Elsaß eingetauscht.

1566 verglichen sich Georg von Seebach, bischöflich Straßburger Amtmann der Pflege Bernstein und Wendel Böcklin von Böcklinsau betreffs einer auf das Tal Harmersbach angewiesenen Gült³⁴.

Diese Einigung ist nur eines von vielen Beispielen, wie in den folgenden Jahren und Jahrzehnten das Tal und dessen Einkünfte „verschachert“ wurden. Anhand der Verträge lassen sich ansatzweise die Pfandberechtigten aufführen:

1566 Georg von Seebach, Wendel Böcklin von Böcklinsau, Margarete von Uttenheim³⁵

1570 Hans Diebold von Breunighoffen, Ehefrau Jakobe, geb. Böcklerin, verkaufen Hans Philipp Böcklin (Schwager/Bruder) den ihnen zustehenden vierten Teil an einem Drittel des Tales Harmersbach³⁶.

1571 Hans Heinrich von Münstrol, Ehefrau Ursula, geb. Böcklerin, verkaufen besagtem Hans Philipp den ihnen zustehenden vierten Teil an einem Drittel des Tales³⁷.

1573 Georg von Seebach, Leonhard von Kageneck, Bastian Zorn von Bulach³⁸.

1599 Hans Philipp Böcklin, Sebastian Zorn von Bulach et Philips Jacob Seebach u. Bernhardt von Kageneck³⁹.

1630 Philipp Jakob von Seebach, Georg Zorn von Bulach, Gebrüder Leonhard von Kageneck, zwei Söhne des Hans Philipp Böcklin von Böcklinsau⁴⁰ ferner: Hanß Heinrich Hüffel⁴¹.

1642 Philipp Jakob Hüffel, Jakob Hüffel tauschen mit Georg Friedrich von Rathsamshausen zum Stein den diesem gehörenden fünften Teil am Tal gegen ein Gültgut im Elsaß⁴².

1645 Leonhard von Kageneck tauscht seinen zwölften Teil am Harmersbach mit Elisabeth Hüffel gegen ein Gült zu Gipsheim⁴³.

1654 Philipp Jakob und Jakob Hüffel⁴⁴.

1663 Philipp Jakob Hüffel, Jakob Hüffel, Wolfgang Pfeil (Vertrauter des Edlen von Seebach)⁴⁵.

ferner: Philipp Balthasar von Kippenheim, Anna Katharina Wetzel von Marsilien, geb. von Bergen⁴⁶.

1663 Bischof Franz Egon⁴⁷ (Wiederlösung der Pfandschaft).

Die wiederkehrende Bestätigung der Privilegien und die Interessen der Pfandherren, die vermutlich ursprünglich nur wirtschaftliche Ziele verfolgten, ließen den Harmersbachern die eigene Hochgerichtsbarkeit zukommen⁴⁸.

Eine grundsätzliche Veränderung des Einflusses der Pfandherren im Tal brachten die Wirren des Bauernkrieges mit sich. Die Schwächung des klösterlichen Einflusses nutzten diese geschickt, um sich auch der Setzung des Vogtes

im Tal zu bemächtigen⁴⁹ und vor allem in die Hochgerichtsbarkeit einzugreifen⁵⁰. Dies zeigte sich gerade bei den in dieser Zeit sich häufenden Prozessen gegen Hexen und andere Malefikanten oder Übeltäter, wobei die Harmersbacher die verdächtigen Personen einzogen, die Obrigkeit, in diesem Falle also die Pfandherren, abstrafte⁵¹. Was in der Verkaufsurkunde an die Familie Bock für Zündstoff sorgen mußte, zeigte sich jetzt in der folgenden Auseinandersetzung zwischen den Pfandherren und der Talbevölkerung.

Der Versuch der Wiederlösung

Die Harmersbacher fühlten sich in ihrer Stellung als unmittelbare Reichsuntertanen gekränkt und wehrten sich gegen die Ansprüche der Hüffel vehement, weil diese auch mit der „Augspurgischen Confession“⁵² die Talbevölkerung bevormunden wollten. Unerwartete Schützenhilfe erhielten sie in der jahrzehntelangen Auseinandersetzung vom Gengenbacher Abt, von der Nachbarstadt Zell und vom Kaiser in Wien, der die Wiederlösung des Tales schon zu Beginn des 17. Jahrhunderts erledigt wissen wollte. Der ausbrechende 30jährige Krieg machte dieses Vorhaben allerdings vorerst zunichte.

Bedingt durch diese Wirren erfolgte erst 1630 ein Mandat Kaiser Ferdinand II. an Markgraf Wilhelm von Baden, bei der Wiederlösung des Tales behilflich zu sein⁵³. Am 31. 5. 1631 sollten sich die Pfandherren in Zabern einfinden, um „daß baargelt gegen einlüfferung des versatz brieff und anderen briefflichen documenten zu empfangen“⁵⁴. Diese wendeten jedoch ein, daß das Tal noch Schulden in Höhe von 525 Pfund habe, diese Schuld müsse zuerst erledigt werden. Darauf pochten die Hüffel, und es kam ihnen entgegen, daß man von bischöflicher Seite es nicht gerade als tunlich ansah, „wegen im Landt bereits erzeigende unruhe viehl zu reißen“.

Das Verfahren verlief im Sande. Erst 1645 setzt der Schriftwechsel über die Wiederlösung erneut ein. Als sei nichts gewesen, beharrten die Hüffel auf ihrem Recht und baten den Bischof gar um Amtshilfe, da bei der Widerspenstigkeit der Harmersbacher auch die Interessen des Bistums gefährdet seien. Der Bischof solle also die Talbevölkerung anhalten, „daß sie Unß in allem gehorsam sein“⁵⁵.

Mit dieser Forderung konnten sich weder die Harmersbacher noch die Stadt Zell anfreunden. Die Nachbarstadt ließ den Vogt Hanß Eisenmann wissen, daß Harmersbach mit denselben Privilegien ausgestattet sei, daß man „seit unerdenklichen jahren her in allen reichs und kreißanlagen Ir gebührende quottam“ erlegt habe und „attestiren, sagen, und beteuern . . . daß Thall Harmerspach vor vielen jahren hero vom stüft Straßburg versetzt worden, ermeltes thall doch allwegen reichsständig gewesen sei. Item daß ihnen die hohe und niedere oberkheit, daß ist uber gueth und blueth zu richten und nach belieben zu strafen . . . nicht weniger daß sie sich hagenß und jagenß auch alle anderen obrigkeitlichen Jurisdiction zu gebrauchen jederzeit befugt gewesen seien“⁵⁶.

Der Harmersbacher Gerichtsschreiber setzte noch eins drauf: Das Bestreben der Herren Hüffel richte sich klar wider die kaiserlichen und königlichen Privilegien, man sei mit Zell „unter einen corpore ratione privilegiorum begriffen in allen reichs- und Creißanlagen wie auch mit Unterhaltung der Cammer Speyer . . . den dritten Theil vorzulegen“. Lediglich bei der Halsgerichtsbarkeit habe es eine Einschränkung gegeben: „. . . zugesetzte limitation, daß Vogt und gericht bey den Maleficanten oder verdecktigen persohnen den angriff haben aber ohne deren willen und ustrucklichen Consens weiters zu procediren nit befugt sein, damit nach besag der formalien keiner uß passion oder argwohn ubereilt und darmit umb leib, haab und guth unzeitlich gebracht werdt“⁵⁷. Und schließlich habe die Obrigkeit seit jeher nur die Hälfte der Frevelgelder erhalten, während die andere Hälfte bei Vogt und Gericht verblieb⁵⁸.

Harmersbach schien in dieser Auseinandersetzung nicht unbedingt die besseren Karten zu besitzen. Man berief sich auf die Privilegien von 1366 und deren Bestätigung von 1393. In einer ausführlichen Replik⁵⁹ wiederholte es die gängigen Standpunkte: man sei mit der Stadt Zell „nach besag der Reichs Matricul under einem weesen in gleicher Immedietet und freyheit begriffen“, was sich auch „in bezahlung des Reichs undt Creißanlaagen, Cammer Underhaltung, Dürckhenhülfe undt anderen ohnwidertreibliche khundtschaften“ zeige. Als Konsequenz daraus ergebe sich, daß Vogt, Gericht und Gemeinde im gleichen Status wie die Stadt stünde.

Und dann folgte in der Argumentation ein nicht unwichtiger Schachzug. Vorausgesetzt, so die weitere Darlegung, man begreife den Kaufbrief als Anerkennung der Obrigkeit der Junker, sei man ja gleichzeitig mit „zweifacher Superiorität beladen . . . undt also mit ohnerschwinglichen oneribus beschwehrt worden. Item es würde volgen, daß den Pfandtsjunckheren erlaubt und der weeg offen stehen würde, Unß mit allerhandt Neüwerung, statuten, Gebotten und Verbotten, frohndienst und was dergleichen, contra Jus praesitum wider alt herkhomen zu beschweren“. Das laufe doch wider alle Vernunft. Es könne auch nicht angehen, daß die Pfandjunker die Rechte des Klosters Gengenbach beschneiden, das laut der Privilegien doch den Vogt zu setzen habe. So stehe es im Privilegium, daß der Abt nicht nur in der Stadt Zell, sondern auch im Tal dieses Recht besitze, alles andere sei „vergebliche undt unbegründete Imagination“. Der Abt sei völlig im Recht, wenn er dagegen streite und sich gegen diesen Verstoß heftig wehre⁶⁰. Schließlich habe dies das Gericht in Rottweil schon längst klargelegt, man brauche also niemanden anders zu bemühen⁶¹.

Die Hüffel hingegen zogen die Verkaufsurkunde von 1401 als Beleg heran und die Vorgänge, die sich in der Afterpfandschaft tatsächlich als Rechtswandel ergeben hatten. So hätten doch Vogt, Gericht und ganze Gemeinde am 4. 8. 1466 durch den Huldigungseid die Bocks und deren Nachfolger als zeitliche Obrigkeit

keit anerkannt⁶². Außerdem sei 1514 „ein Vertrag uffgericht und hernacher in sachen des Praelaten zu Gengenbach wider vogt, gericht und ganze gemeindt des Thals Harmerspach confirmirt und bestettigt worden, daß Beclagte im Thal Harmerspach ohn bewilligung und befelch ihrer Obrigkeit kein Rothwildpreht jagen sollen“. Schon 1572 gab es handfeste Auseinandersetzungen, als Hans Georg von Seebach dem Vogt drohte, er werde ihn in Gewahrsam nehmen, wenn er seinen Anordnungen nicht Folge leiste⁶³. Ferner hat derselbe 1567 dem Vogt aufgetragen, „ohn sein vorwissen, wer dero auch seye, niemandt huldigen soll“, des weiteren beim Hagen und Jagen auf seine Anordnungen zu warten und daß bei Malefizsachen „ein Rechts tag angesetzte undt als dan derselben zeit unserem Edeln und vesten Junckhern angezeigt do hat ein oberkheit selber mögen erscheinen oder aber dem Thalbotten und Thalvogt von der oberkheit wegen uff der Uebelthat klagen lassen, damit der Oberkheit an ihren recht nicht abgegangen sei“⁶⁴.

Desweiteren versuchten die Pfandherren klarzulegen, daß die „Unterthanen durch verschiedenen contraventiones, privilegys contrarias“ ihre rechtmäßig erlangten Privilegien „widerumb verwürckt und verlohren hätten“, da das hohe Stift Straßburg „das merum et mixtum Imperium in dem Thaal Harmerspach cum omnimoda jurisdictione habe exerciren lassen“⁶⁵.

Die Hüffel bestärkte in ihrer harten Haltung eine strittige Formulierung. In der Verkaufurkunde von 1401 wurde die allumfassende Beschreibung „(alle Formen der Nutzung) . . . wie die genandt seindt, gesucht undt ungesucht, nichtzig außgenommen⁶⁶ . . . dazu die recht, alß es herkhomen ist“⁶⁷.

Die Drohungen der Pfandherren nahmen schärfere Formen an. Weil aufgrund der unübersichtlichen Lage die Harmersbacher nicht nachgeben und „nicht nach Ihrer Pfeiffe tanzen wollen“⁶⁸, kündigten die Hüffel an, „etlichen die Köpf vor die füeße legen zu lassen, und übrige zu braten und zu brennen“⁶⁹.

Deswegen ließ sich das Tal nicht einschüchtern. In einer Protestnote⁷⁰ machten sie klar, daß die Pfandjunker mit ihrer weitläufigen Deduktionsschrift die wohlhergebrachten Privilegien des Tales samt ihrer Immedietät beseitigen wollten. Man werde niemanden als den Kaiser als Oberhaupt anerkennen, und was außerhalb der jährlichen Reichssteuer läge, werde man nicht bezahlen.

Die Streitigkeiten schienen kein Ende nehmen zu wollen. Mehr als einmal verzögerte die unübersichtliche Aktenlage eine gütliche und schnelle Einigung⁷¹. Auch die Befragung älterer Bürger brachte nur Widersprüchliches zutage⁷². Als die Hüffel in Harmersbach einen Bürger fanden, der zu ihren Gunsten aussagen wollte, gingen Vogt und Gericht gezielt daran, dessen Glaubwürdigkeit zu untergraben: „. . . Jakob Kilig kein gebohrener Harmersbacher gewesen . . . von einem würtshauß in das ander gezogen, fraß und völlerei an sich genommen mit rauffen und schlaghändel . . . hat er seinem weib undt kind allen spott und iniurien angethan . . . also ist sein sach null und nichts“⁷³. Im Juli

1654 stand man kurz vor der Einigung, als unter Vermittlung des Franz Sebastian Soder aus Straßburg ein Vergleich zustande gekommen war. Der Kompromiß scheiterte letztlich daran, weil die Hüffel die Rechtsfrage bewußt ausklammerten⁷⁴.

Da vom Bischof keine weitere Hilfe zu erwarten war, versuchten die Pfandherren vom Kaiser ein Mandat zu erreichen, das am 13. 11. 1655 von Ferdinand III. auch erlassen wurde und die Harmersbacher anhielt, die entsprechenden Abgaben zu entrichten und den Bestimmungen des Kaufbriefs in allen Punkten, vor allem der „hergebrachten obrigkeitlichen Jurisdiction“, nachzukommen. Die Harmersbacher sollten wieder „in die fußestapfen des gehorsams treten“⁷⁵.

Die Hüffel sahen sich jetzt bestätigt und baten die Kanzlei des Bischofs um fleißige Kooperation. Doch sie hatten die Rechnung ohne den Gengenbacher Abt Columban gemacht, den zwar die angesprochene „weltliche oder criminal Jurisdiction sambt angehörigen Reichssteuern“ nichts angehe, aber das Mandat beinhalte auch andere „meines gotteshauß rechten“, und die Hüffel sollen diese nicht turbieren⁷⁶.

Die Nachbarstadt Zell hakte ebenfalls gleich nach. Harmersbach sei mit Zell „adjungirt“ und habe der Stadt jeweils „zum dritten theil“ ausgeholfen. Und was den Zoll im Tal betreffe, stünde der gemäß eines Diploms Kaiser Maximilians der Stadt zu. Ferner gäbe es Orte, wo man gemeinsam jage und das „Äckericht“ (Eichelmast, der Verf.) habe, da solle man also die Zeller nicht stören⁷⁷. Mit dieser unerhofften Rückendeckung schlug der Harmersbacher Vogt Michel Kranz gleich wieder einen arroganten Ton an. Man werde die Außenstände von 1633 bis 1640 noch begleichen, mehr habe man nicht versprochen. Und was sonst noch zu klären sei, wolle man ihm „specificce“ anzeigen⁷⁸.

Das Tal reizte die Hüffel mit einer neuen Taktik bis zur Weißglut. Es verfiel auf die Idee, die Pfandschaft selbst auszulösen, um die „jährliche gelt und ander gefäll“ nicht mehr reichen zu müssen. Man lasse sich nicht mehr „dermaßen mit zumuthungen und auflagen truckhen, daß zwischen Ihnen und leibeigenen kein unterschied mehr übrig bleiben würde“. Man wollte lieber den Pfandschilling selber erledigen und wieder an das Reich kommen, weil es ohne sein Wissen und „willen nimmermehr“ versetzt oder verpfändet werden wollte⁷⁹. Die Hüffel beschwerten sich ihrerseits sofort beim Bischof, daß die Harmersbacher darüber hinaus die Ablösung in „current müntz“ bestreiten wollten, „da doch vermög der Pfandverschreibung es goldtgulden“ sein müßten⁸⁰.

Der kaiserliche Hof indessen schlug in einem Rechtsgutachten vor, die Pfandsinhaber bei ihren Rechten zu belassen, bis das Bistum selbst in der Lage sei, die Pfandschaft einzulösen. Der Bischof sah jetzt auch durch das beabsichtigte

Vorgehen der Harmersbacher seine Position gefährdet. Eindringlich ließ er die Harmersbacher sein „misfalen vernemen“. Aus der kaiserlichen Wahlkapitulation gehe hervor, „daß alle reichs pfandschaften denen possessoribus ahnverordnet gelassen und sie darbei vestiglich gehandhabt werden sollen“. Wenn das Tal nicht von seinem „unzulesigen, straffbaren beginn desistiren“ werde, fehle es nicht an Mittel, sie zur Verantwortung zu ziehen⁸¹.

Harmersbach beharrte darauf, keinen anderen Herrn als den Kaiser anzuerkennen und begründete auch dem Bischof sein Vorhaben. Man wolle sich der „unerträglichen beschwården entladen und dagegen in die alte freyheit hinwiderumb zu schwingen“. Während sie von Reichsuntertanen zu „sclaven“ gemacht worden seien, habe der Kaiser sein Wort gegeben, sie auch wieder zu lösen, wenn die 3 Städte ans Reich kämen. Die Hüffel begehrten immer mehr⁸², was den Widerstand der Harmersbacher verständlicherweise verschärfte, da sie nicht als Erbuntertanen angesehen werden wollten. Es könne auch nicht im Sinne des Reiches sein, „in Zeiten allgemeiner Landtsverderblichkeit . . . böser verarmbter und geltklemmen Zeit . . . merklicher verringerung der mannschaft“ weitere Verluste hinzunehmen⁸³, denn sie müßten demnach zuerst aus ihrer Reichsuntertänigkeit entlassen werden.

Die Talobrigkeit nahm den Hüffel auch übel, daß sie, um die Rückstände einzutreiben, die Flöße zu Willstätt angehalten hätten, obwohl in Regensburg beschlossen worden war, wegen des verderblichen Krieges, wo niemand zuhause habe zuwarten können, für die „aufgeschwollenen zinsen nur eine quart undt darzu dieselbe erst nach abgeloffenen zehnjahren zue bezahlen seie“. Davon habe man als „einfältige, unbekhante und zwischen thuer und angel gestandtene leuth keine wissenshaft gehabt“.

Ein erneuter Versuch des Bischofs, die Sache einfach auf sich beruhen zu lassen, bis er selbst die Pfandschaft einlösen könne, war dem Kaiserlichen Hof nicht genehm. Zwar war das Mandat erlassen worden, aber viel geändert hat dies in diesem Streitfall nicht. Jetzt drängte Wien darauf, „die Hüffel bey ihrer underpfandschaft ungekränkt zu belassen undt die untertanen von ihrem unfug ab- und zu schuldigem respect zu leisten seyen, alß dann dieselbe hiemit darzu abgewiesen werden“⁸⁴.

Erst im Juli 1662 kam der Notar Winter ins Tal, um den Harmersbachern den kaiserlichen Befehl nochmals zu insinuieren und „dero cathgorische erklärung darüber abzufordern“⁸⁵. Höflich wurde er von Vogt Kranz und dem Pfarrer, Pater Leonhard, empfangen und gebeten, am darauffolgenden Tag nach gehaltenem Amt der Bürgerschaft sein Anliegen vorzutragen.

Über 200 Bürger erschienen, erfuhren aber nichts Neues außer den längst bekannten Standpunkten. Wohl, so berichtete der Notar, hatten die Harmersbacher das kaiserliche Siegel mit Respekt betrachtet, dennoch blieben sie bei ihrer Haltung, wieder zum Reich zu kommen⁸⁶. Ohne Frühstück hatte er Ab-

schied nehmen wollen, aber die Küche stellte doch etwas bereit. Und da ließen sich Vogt und Gericht nicht lumpen: „Die tractamenten waren gut, von fleisch gesotten und gebraten, forellen gesotten und gebackhen und was witer die kuchen vermocht, der trunckh schmeckte auch wohl darzu“. Da ließ sich nochmals gut reden mit dem Notar aus dem Elsaß. Die 16–18 Personen, die an dem Mahl teilnahmen, „60–70, 80jährige, alle bescheide, ehrerbietige leuth“, darunter auch Deputierte von Zell, machten dem Unterhändler nochmals klar, worauf es ankam. Und um die harte und gleichzeitig versöhnliche Position zu unterstreichen, erklärte der Vogt, das Mahl sei schon bezahlt, und stieß auf die Gesundheit der Hüffel an. Es folgte aber auch der Wink mit dem Abt und Zell, beide würden sich einschalten, wenn die Hüffel keine Ruhe gäben.

Die Wiederlösung des Tales durch die Straßburger Bischöfe 1663–1689

So war an eine Klärung dieser Streitsache nicht zu denken. Ein entscheidender Durchbruch ergab sich erst mit dem Amtsantritt Bischofs Franz Egon von Fürstenberg. Der ließ am 14. 2. 1663 die Hüffel wissen, daß er „nun aus crafft getroffener bischoflicher Wahlcapitulation dieße undt ander pfandschafften wiederum einzulösen“⁸⁷ gedenkt. Schon zwei Wochen später, am 2. 3. 1663, ist der Vergleich mit den Hüffel, von Seebach (die ihren Anteil an den Rechtsgelehrten Wolfgang Pfeil abgetreten hatten), von Kippenheim und Metzel von Marsilien unter Dach und Fach. Die Pfandsumme wurde auf die ursprüngliche Summe von 3 100 fl festgelegt, je vier Goldgulden zu fünf Reichstaler



Kardinal Franz Egon von Fürstenberg (1663–1682). Er löste das Tal wieder für das Bistum Straßburg ein. (aus: Pillin, Hans Martin, Oberkirch, S. 44)

gerechnet⁸⁸. Sämtliche Gerechtsame, die die Hüffel hatten oder sich im Laufe der Zeit zu ihren Gunsten ergeben hatten, nahm der Bischof wieder in seine Gewalt, ebenso alle noch offenen Schulden und die seit letztem Martini-Tag angelieferten oder noch ausstehenden Gefälle. Alle Schriften und Dokumente bezüglich der Pfandschaft waren sofort auszuhändigen, die Pfandsumme war innerhalb der nächsten vier Wochen zu erledigen⁸⁹, was auch bis Anfang Juni erfolgte.

Zur Huldigung der Untertanen reiste der geschworene Notar Jakob Simon Georgy im Auftrag des Bischofs ins Tal. Mit dabei waren die Deputierten Heinrich von Eselheim, der bischöfliche Hofmarschall, und Mathias Grundschtz, die als Zeugen den Huldigungseid protokollieren sollten⁹⁰.

Doch so schnell ließ sich dieser Akt nicht durchziehen. Die Delegation, die morgens von Gengenbach kommend, gegen 10 Uhr von der Talobrigkeit empfangen wurde, sah sich mit Leuten konfrontiert, die argwöhnisch auf die weitere Entwicklung blickten. Die Nachbarstadt hatte den Schultheiß, den Stadtmeister und Stadtschreiber geschickt, um die im Tal angestammten Rechte zu reklamieren, vor allem den Einzug des Pfundzolls. Das Hin und Her um die Rechte der Einheimischen bzw. des künftigen Pfandherrn dauerte über vier Stunden und erinnert durchaus an kleinlichen politischen Hickhack, wobei Verhandlung und Ergebnis in keinem Verhältnis stehen.

Georgy wiederholte die Bestimmungen der bisherigen Pfandschaft. Er machte klar, daß außer den jährlichen Zinsen und Gefällen auch noch die 400 fl einzufordern seien, die Harmersbach noch den Hüffel und Consorten schulde. Der Vogt und das Gericht verließen daraufhin die kleine Ratsstube und informierten die vor dem Rathaus versammelten Bürger, was der Bischof „von ihnen gehabt und von rechts wegen haben solle“.

Bei der Rückkehr erklärte der Vogt der Delegation, daß sie 1660 zusammen mit den Zellern dem Grafen von Sulz als Stellvertreter des Kaisers gehuldigt hätten⁹¹. Außerdem forderte er sie auf, „zu entdecken, worin ihre alten gerechtigkeiten oder daß alte Herkommen bestehen solle und wo ihnen solche nicht gesagt würden, wollten sie sich darwider sezen“, notfalls auch den Kaiser um Hilfe anrufen. Nach der Übergabe des Eides waren der Vogt und seine Zwölfer noch immer nicht von den anscheinend redlichen Absichten des Bischofs überzeugt. Nachdrücklich verlangte man neue Unterlagen, die die Rechte des Bischofs eindeutig begrenzen. Da das Gerücht kursierte, der Bischof wolle einen Amtmann im Tal einsetzen, beharrten die Harmersbacher auf den kaiserlichen Privilegien, die man sich nicht nehmen lassen wollte.

Langsam wurde es den Deputierten zu bunt. Sie zeigten sich ärgerlich über derartig lange Vorreden. Sie könnten jetzt nicht entscheiden, was der Talbevölkerung zustehe, es werde ihnen aber auch nichts genommen. Die mißtrauischen Harmersbacher bildeten einen sechsköpfigen Ausschuß zur weiteren

Beratung. Dieser wurde mit der Auffassung vorstellig, daß der Kaiser es ihnen verübeln könne, wenn sie jetzt einen neuerlichen Eid schwörten, nachdem sie ihm 1660 schon Gehorsam gelobt hatten. Das Gremium schlug vor, daß nur der Vogt huldigen solle. Damit war die Straßburger Delegation nicht einverstanden. Ein Hemmschuh für den Fortgang der Verhandlungen war auch die Straßburger Forderung nach den Frevelgeldern und dem Wildbret, wobei der Vogt deutlich unterstrich, daß man dies hin und wieder gegeben habe, aber nur freiwillig, nicht aus Schuldigkeit.

Nach erneuter gegenseitiger Versicherung, die Harmersbacher würden das leisten, was sie bisher immer gelobt hätten, und der Bischof würde sie bei ihrem Gerechtsamen belassen, einigte man sich auf die Huldigungsformel, nachdem der Vogt „mit heller stimme und cum protestatione“ betont hatte, daß man dem Pfandherr huldige, diese aber nicht als Obrigkeit anerkenne.

„Mit aufgehobenen fingern und guetem Herzen“ leisteten die Bürger dem Bischof die abgeforderte Huldigung: „Ihr werdet schwören einen aydt zu Gott dem allmächtigen und allen heyligen, dem hochwürdigsten hochgebohrenen fürste undt herren, herrn Frantz Egon erwohlter bischoffen zue Straßburg, Landtgraven im Elsaß und grave zue Fürstenberg unserem allersiets guedigsten fürsten undt herren, trew und holdt zu sein, ihro frstl. gnd. fromen und nutzen ewerem besten vermögen nach zu befuerderen, undt schaden zue warnen undt auch alles desjenige zue thuen, was getrewen pfandtß unterthanen obliegt und wolanstehet undt die alte gerechtigkeiten mit sich zu bringen“⁹².

Bevor man sich nach vier nervenaufreibenden Stunden gegen 14 Uhr zu Mittag setzen konnte, zog der Vogt die Delegation zu sich in die kleine Ratsstube. Er übergab eine Summe mit Gold und Silber und bat, „Ihnen gleichweiß über diesen so vorgenommenen Actum und waß von anfang biß zum Endte paßirt ein formblich Instrumentum umb die gebühr aufzurichten und außzuhändigen“, was später auch geschah.

Nach ausgiebigem Mahl und der Verehrung des obligatorischen Huldigungsweines nahm Georgy abends zwischen 5 und 6 Uhr Abschied. Der Vogt ließ ihm zu Ehren noch eine Salve geben und begleitete ihn ein Stück talabwärts.

Das Mißtrauen der Harmersbacher schien berechtigt gewesen. Schon 14 Tage später ließ Bischof Egon Harmersbach wissen, daß es zwar eine Reichspfandschaft gewesen sei, aber durch den Friedensschluß „extinguirt und nunmehr unserem stift eigen worden“⁹³.

Um seine Position durchzusetzen, wandte der Bischof Gewalt an. Da seiner Meinung nach die Harmersbacher seinen Befehlen nicht die geringste Parition geleistet hatten, ließ er über den Grafen von Hanau die Harmersbacher Flöße beschlagnahmen⁹⁴. Er drohte sogar damit, „mit der geworbenen compagnie sambt den mit sich habenden 6 oder 8 reutern“ direkt nach Harmersbach zu



Hier in der „Stube“ traf man sich zu den langwierigen Verhandlungen. Die Ratsstube erinnert an vergangene Tage Aufnahme: Lehmann-Archiv

marschieren, und sollten sich die Einwohner weiter rebellisch und widerspenstig zeigen, diesen 30 oder 40 Stück Vieh wegzunehmen⁹⁵. Gegenüber dem damaligen Harmersbacher Advokaten Carol Römer wurde der geistliche Herr ausfällig, fing im Beisein zweier anderer Herren an zu toben und drohte, die rebellischen Untertanen „zwischen vier Mauern billich (zu) setzen“. Auch die Abschiedsworte zum Advokaten enthielten massive Drohungen: „Sagt den leuthen, die Euch geschickt haben, ich will zu ihnen kommen und die antwort in der Execution gantz gewiß und gar bald mitbringen“⁹⁶.

Erneut wechselten umfangreiche Bittschriften und Protestationen hin und her. Während die Harmersbacher sich über den Schwäbischen Kreis an den Reichskonvent zu Regensburg wandten⁹⁷, wurde Bischof Franz Egon vorsichtiger und wollte zuerst über ein Gutachten in Erfahrung bringen, ob Harmersbach „etwa mit Gengenbach oder Offenburg verbunden“⁹⁸ wäre.

Ein Prozeß beim Kaiserlichen Reichshofrat stand bis 1671 „in motu“⁹⁹, ohne daß Straßburg eine „Prob der gesuchten oberherrlichkeit“ erbringen konnte.

Vorerst zahlte Harmersbach weiterhin die jährlichen Pfandgefälle¹⁰⁰. Aber mit dieser Regelung waren die weitergehenden Ansprüche nicht aus der Welt geschafft. Die Drohungen des Bischofs standen nach wie vor im Raume, an

eine rasche Klärung war nicht zu denken, weil man sich „mit der allgemeinen Defensions-Materie wider den Erbfeind Christlichen Nahmens ob summam in mora periculum bishero beschäftigt“¹⁰¹. Am 20. 10. 1689 trug Georg Meyerhoffer aus Zell das Harmersbacher Anliegen in Augsburg vor, wobei ein wesentlicher Teil seiner Argumentation die vergessene Wiederlösung der Harmersbacher Pfandschaft ausmachte. Die Afterpfandherren bzw. der Bischof hätte das Tal widerrechtlich behalten¹⁰². Unrechtmäßigerweise hatte der Pfandschaftsinhaber die Abgaben auf 140 fl dem Tal „abgenöthiget“¹⁰³. Für den Bischof ergab sich nach Auffassung der Bittsteller kein nachteiliges Präjudiz, weil er hier nach privaten Interessen gehandelt hatte und die Afterpfandschaft nie in bischöflicher „Foundation“ gestanden hatte, sondern zur Zeller „Hauptversatzung“ gehörte. Der „grundt erarmbten Statt und Thal“ – Zell wollte also dem Tal bei der Wiederlösung helfen – müßte doch endlich von seiten des Reiches diese ungebührlichen Beschwerden genommen werden, denn ein so armer Ort könne von sich aus nicht zu seinem Recht kommen.

Daß jetzt die Frage der Pfandschaft auch auf höchster Ebene diskutiert wurde, hing mit erneuten kriegerischen Auseinandersetzungen mit dem westlichen Nachbarn zusammen. Nur wenige Jahre nach dem Ende des 30jährigen Krieges geriet die Ortenau wieder zwischen kriegführende Parteien¹⁰⁴. Als 1674 Kaiser und Reich an der Seite der Holländer gegen Frankreich in den Krieg eingriffen und damit die Wiedergewinnung des Elsaß erreichen wollten, belasteten Truppendurchzüge und Einquartierungen die Ortenauer Bevölkerung. Der Friede von Nimwegen im Jahre 1679 ließ die beabsichtigte französische Expansion Richtung Rhein deutlich werden. Das Reich mußte empfindliche Einbußen hinnehmen, u.a. blieben Freiburg und Kehl in französischer Hand.

Ludwig XIV. setzte trotz des Friedensschlusses seine Annexionen fort. Das Elsaß ging restlos an Frankreich, 1681 riß er Straßburg an sich. Es war nur eine Frage der Zeit, wann die Territorien der Ortenau mit einem erneuten Waffengang überzogen wurden. 1688 ließ der französische König auf dem Regensburger Reichstag den Krieg erklären (Beginn des Pfälzischen Erbfolgekrieges). Die Ortenau mußte unsägliche Leiden und Zerstörungen über sich ergehen lassen. Neben zahlreichen kleineren Ortschaften, die teilweise bis auf wenige bewohnbare Häuser gänzlich ruiniert waren, gingen auch Offenburg und Gengenbach in Flammen auf. Zell a.H. und das Harmersbachtal blieben von der französischen Zerstörungswut verschont¹⁰⁵. Selbst als sich der Kriegsschauplatz nach Norden verlagerte, spürte die Bevölkerung die kriegerischen Auseinandersetzungen. Man war der französischen Willkür schutzlos ausgeliefert.

Der Krieg mit Frankreich verhalf den Harmersbachern zu einer nicht erhofften Gunst am Hofe des Kaisers. Der Einfall der Franzosen in das Kinzigtal ließ die Einsicht aufkommen, daß rechtsrheinischer Besitz des Bischofs dem Reich

nur schaden könne, zumal Harmersbach immer wieder mit massiver Unterstützung der Vereinsstädte auf seine Reichsunmittelbarkeit pochte.

Der Widerstand der Harmersbacher zeigte jetzt Erfolg. Am 9. 12. 1689 sprach der Kaiser die Harmersbacher endgültig los. In dem Absolutorium machte sich Leopold die Argumentation zu eigen, daß Harmersbach schon längst hätte eingelöst werden sollen. Nachdem er auch die widerrechtliche Bedrohung und die übermäßige Einziehung der Zinsen und Gefälle seitens des jetzigen Straßburger Bischofs Wilhelm, des Bruders des Vorgängers Franz Egon¹⁰⁶, verurteilt hatte, zeigte er sich geneigt, „das mehrgehörte Zellische Tal (!) . . . krafft dieser unserer Kayserlichen Declaration, umb alters bischöfflicher Straßburg. obgehabten Pfandspflicht undt beschwerung aus kayserlicher Macht vollkommenheit gnädiglich (zu) absolviren undt wollen, daß vielernante Unßern undt deß Reichß Statt Zell sambt Hamerspach und gantzer zugehördt bey solcher außlösung und allerseiths beschehener Zahlungß Richtigkeit gänzlich verbleiben undt weder von dem jetzig: alß Nachkhomenden Bischöffen oder hohen Stüfft Straßburg noch sonsten dißer obgehabten Pfandtschafft halben von niemandt deswegen weiters under was praetext es sein könnte oder wolte, angefochten werden sollen, sondern daß hinfürder ernantes Thaal Harmerspach ahn Unßer und deß Reichs gewöhnliche Steuer nach dem Uhalten herkhomen, die drey undt sechzig gulden, zwanzig kreutzer undt vor den Schirm, die drey und dreyßig fiertel und zwey sester haaber der Statt Zell entrichten: alß welche dann Unß undt dem Reich jährlich auff Martini in die ortenau zusammen undt in summa zu leisten hat: ein hundert neunzig gulden gelt: haaber ein hundert fiertel, wie daß von alters herkhomen ist, wobey Wür Sie auch aus Kayserl. Macht gnädiglich handthaben, schützen und schirmen sollen und wollen“¹⁰⁷.

Der Bischof behält seinen Anspruch

Obwohl Harmersbach jetzt endlich die langersehnte kaiserliche Unterstützung erhalten hatte, erhielt der Streit mit Straßburg durch die kriegerischen Wirren eine neue Dimension. In die Friedensverhandlungen, die in Ryswijk 1697 geführt wurden, sollte auch „der über das Thal Harmerspach eingelöster Pfandschaft projectirete articul dem instrumento pacis inserirt werden“¹⁰⁸. Das wußte der Straßburgische Anwalt zu verhindern. So blieb als künftige Rechtsgrundlage nur der § 44: „Der Herr Kardinal von Fürstenberg wird in alle Rechte, Lehn- und Allodial Güter, Wohltaten, Ehren und Würden, welche den H. Röm. Reichsfürsten zukommen, sowohl wegen des auf der rechten Seiten des Rheins gelegenen Bischoffsthums Straßburg, als auch der Abtey Staffelhofen wieder eingesetzt und genießet mit seinen Agnaten und Anverwandten, die bey ihm gehalten . . .“¹⁰⁹.

Damit war der Fall wieder an die Rechtsgelehrten verwiesen, die sich jetzt mit der Anwendung dieser Bestimmungen auseinanderzusetzen hatten. So waren im wesentlichen noch zwei Fragen zu klären: 1) ob das Tal Harmersbach im-

mer noch mit Straßburg verbunden sei, 2) ob die Stadt Zell sich das Absolutorium 1689 erschlichen habe und dieses wieder aufgehoben werden müsse¹¹⁰. Harmersbach vertrat natürlich die Auffassung, daß durch den 1688 begonnenen Krieg alle Pfandbündnisse aufgelöst seien¹¹¹. Nun liefen erneut Forderungen ein. Auch der Kaiser versuchte jetzt zu vermitteln und war an einer endgültigen rechtlichen Klärung interessiert: „nach nunmehr erfolgtem Frieden abermahlen von dißem thal neue abforderung beschehen . . . wann selbige etwa ein ferner Pfandschafftsrecht zu haben vermeinten, solches nicht durch ohnerlaubte repressalien, sondern mit ordentlichem weeg rechtens suchen möchten¹¹²“. Zell und Harmersbach fürchteten jetzt um ihre Position, was nicht unberechtigt war. Zwar ging im Tal die Auffassung, der Friede sei so „universal (geschlossen), so seye es specialiter nicht eingekommen . . . man werde aber allezeit auf das kaiserliche absolutorium zu reflectiren haben¹¹³“. Trotz dieser Unterlagen war die Auffassung des Tales wohl kaum zu halten, ein Wort zuviel hätte das Absolutorium von 1689 endgültig in Frage stellen können. Zell leistete dem Tal erneut Hilfestellung. Sollten die Pfandherren „dahin kommen und mündtlich mit ihnen reden und eine anforderung machen wollen, so sollen Selbige (also die Harmersbacher, der Verf.) sich excusiren, daß sie weiters nichts ahn des hohe Stüfft Straßburg zu bezahlen haben, sondern daß die Pfandschaft von der Röm. Kayserl. Majest. aufgehoben seyn, weilen das Thal mit den Stätten Offenburg, Gengenbach und Zell außgelöst undt nur durch einen fehler stecken bliben sey, weithers aber nicht schriftlich vorzeigen, sondern lediglich dabey belassen“¹¹⁴.

Ein umfangreiches Gutachten versuchte, den weiteren Fortgang der Pfandschaft in beiderseitigem Sinne zu klären, 17 Doktoren setzten ihre Unterschrift unter dieses Werk. Die Juristen argumentierten:

1. Harmersbach ist noch mit Straßburg verbunden, es wurde „separatim“ versetzt, so mußte es nicht automatisch mit den 3 Städten ausgelöst werden.
2. Straßburg hat „auch noch würclich die pfandsverschreibung inne“.
3. Harmersbach hat über 150 Jahre bis 1688 seine Gefälle immer abgeliefert, diese auch 1654 versprochen, „pro futuro“ richtig zu zahlen.
4. Man hat 1663 bei Huldigungseid gelobt, Hafer, Hühner und Geld zu entrichten.
5. Im Ryswijker Frieden sind dem Bischof von Straßburg die vorherigen Rechte diesseits des Rheins zugebilligt. So war es überflüssig, der Harmersbacher in diesem Vertrag extra zu gedenken.
6. Zell hat sich das Mandat von 1689 „per mera falsa narrata“ erschlichen, weil man von der falschen Voraussetzung ausging, daß der Pfandschilling erlegt worden sei. Außerdem hat Zell selbst am 18. 3. 1666 bestätigt, daß sich die Pfandschaft des Bistums nur auf die Reichssteuer an Geld, Hafer und Hühner bezieht¹¹⁵.

Der Reichshofrat folgte der Auffassung der Juristen. Am 1. 3. 1720 erging das entsprechende Urteil: „. . . hiemit zu recht erkandt, daß beklagtes Thaal ungehindert deß per sub- et obreptionem erschlichenen Diplomatis Absolutorii vom 9ten Decembris Anno sechzehn hundert Neün und achtzig dem klagenden Stüfft die praestanda mit hundert zehen gulden ahn geldt, undt hundert fiertel haber, danebst von jedem hauß zwey (!) fallende hennen jährlich abzuführen schuldig seye: alßdann beklagtes Thaal zur abführung solch eines undt anderen hierzu condemniret undt verdamet würdt. Signatum zu Wien under Ihrer kayserl. Mayest. hervorgehenckten Secret Insigel“¹¹⁶.

Die Landvogtei Ortenau wurde angewiesen, von Harmersbach die Reichssteuer nicht mehr einzufordern¹¹⁷. Ganz mochte diese Regelung den Harmersbachern nicht schmecken. Sicher konnte das eine oder andere Mal eine Lieferung verzögert werden, um für weitere Sticheleien zu sorgen, und dann, wie 1720, wieder höfliche Briefe nach Straßburg schreiben, man werde liefern, sobald die Straßen wieder „practicable“¹¹⁸ seien. Es zeigte sich aber, daß Vogt und Gericht, die sich immer als treue kaiserliche Untertanen ausgaben und sich jeder Anordnung aus Wien fügen wollten, sich nicht mehr an ihre früheren Ergebnisadressen gebunden fühlten. Am 11. 3. 1723 rügte Kaiser Karl VI. das „ärgerliche und strafmäßige Ungebühren“. Rundweg mit „nein“ hatten die Harmersbacher dem Notar die Antwort auf die Insinuation des Urteils von 1720 gegeben. „Spötlich“ hatte damals Vogt Michael Kranz das kaiserliche Schreiben einem der Zeugen auf den Kopf gelegt. Dieser schüttelte es ab, es fiel zwischen die Tür, die der Vogt beim Hinausgehen zuschlug. Dieses „vermessentliche und unverantwortliche verhalten“ ging dem Kaiser entschieden zu weit. Wegen der „widerrechtlichen Recusirung unserer Kayserl. Implorationsschrift“ wurde den Harmersbachern eine Strafe von 5 Mark „löthigen goldts“ aufgebremmt, wenn sie keine rechtlich beständigen Ursachen für ihr Verhalten vorbringen könnten¹¹⁹.

Ob diese Strafe letzten Endes bezahlt wurde, darüber geben die Harmersbacher Quellen keinen Aufschluß. Die Halsstarrigkeit der Talobrigkeit war aber endgültig gebrochen, man schien den Straßburger Ansprüchen nachzukommen. 1732 vermerkte der Gerichtsschreiber Georgi, daß „abermahlen die Zeit herbeinahet, daß man einem hochfürstl. Stüfft Straßburg die schuldige Reichssteuer, auch hüener und haber geltt abzuführen hat“¹²⁰. 1762 erhielt der damalige Vogt Franz Harter eine Quittung von Straßburg über die „jährlich fallende Reichß- und schirmßgebühr ahne geld ein hundert und zehen gulden ahn hüener gefallen dreyßig gulden, und an haberen einhundert fiertel vor diesen laufenden jahrgang 1762“¹²¹.

Das Reichstal Harmersbach, das durch die separate Verpfändung 1330 tatsächlich einen eigenen Weg nahm, hat es durch verzögerndes Taktieren, durch ständiges Beharren und möglicherweise durch Behauptung von falschen Tatsa-

chen unter Ausnutzung der unübersichtlichen Akten- und Rechtslage verstanden, seine Rechtsposition zu verbessern.

Die Unterlagen zeigen, daß Vogt und Gericht die treibende Kraft waren, um aus der Afterpfandschaft, die sie erst vom direkten Zugriff des Bischofs gelöst hatte, herauszukommen. Nur so konnten sie auf ihre Reichsunmittelbarkeit pochen.

Dabei kam ihnen zu Hilfe, daß der Bauernkrieg vorübergehend die Rechte des Gengenbacher Abtes schmälerte und sie somit einen Partner hatten, den man gezielt gegen die Pfandherren ausspielen konnte. Da die Stadt Zell sich den Zugriff auf das Tal erhalten wollte, weil es einen Teil seiner vielfältigen Lasten trug, ließ die Reichsstadt dem Nachbar alle nur erdenkliche Hilfe zukommen, die Harmersbach zuerst für sich, später gegen die Zeller einsetzte.

So erreichte das Tal Harmersbach letztlich kein Urteil in ihrem Sinne, aber zumindest war die Reichsunmittelbarkeit gesichert, die Zell 1718 in der bekannten „Transaction“ anerkennen mußte. Lange jedoch konnte man sich der Stellung als unmittelbare Reichsuntertanen jedoch nicht erfreuen. Die napoleonische Umgestaltung am Oberrhein machte den Streitereien endgültig ein Ende.

Anmerkungen:

- 1 Des Reichs Stättischen Hand-Buchs Zweyter Theil, Tübingen 1733, S. 1045, Band 2a.
- 2 Zur Geschichte der Verpfändungen gilt als grundlegende Literatur: Landwehr, Götz. Die Verpfändung der Reichsstädte. Köln 1967.
- 3 Landwehr, S. 343
- 4 Landwehr, S. 359
- 5 Landwehr, S. 345, 349, 318
- 6 Landwehr, S. 337. Dieser Grundsatz ist unter anderem auch in der Wahlkapitulation Karls V. enthalten.
- 7 Mommsen, S. 169. Der Ausdruck des Herausbrechens läßt sich in der Urkunde Ludwigs für das Kloster Gengenbach aus dem Jahre 1331 finden: § 59: Waere och daz ein cheiser oder ein chunig uszer der vogtie so von alter ze Ortenberg gehoeret, schiede oder b r a c h e ein stat oder ein dorf oder ein tal und daz vogtrecht lihe oder versatzte, wer der vogt waere, daz sol ein abt von Gengenbach sweren dez gotshus recht zu behalten als dike er geandert wirt, tate er daz nicht und brache dem gotzhus sin recht, so sol ein kastvogt von ortenberg ueber in gewalt han zu richtend, als recht ist.“
- 8 FUB II, Nr. 167
- 9 Die Eigennamen bedeuten; Kirnbach, Vorderhambach, Hinterhambach, Mietersbach, Hipersbach, Roth, Birach. Die detaillierte Auflistung der Seitentäler und Weiler des Untertals war wohl erforderlich, um eindeutig festzulegen, daß die Pfandschaft auch diesen Teil des Harmersbachs umfaßte. Das war keineswegs selbstverständlich, denn das Untertal gehörte zur Zeller Pfarrei, während das Obertal nachweislich seit 1206 eine eigene Pfarrei bildete. Auf jeden Fall irrt Langenbeck (1960, S. 52), wenn er meint, daß nur das Untertal verpfändet gewesen sei.
- 10 FUB II, Nr. 305, GLA 33/25, Nr. 2
- 11 GLA 33/25, Nr. 20
- 12 FUB II, Nr. 358

- 13 Pillin, S. 14
- 14 Pillin, S. 15
- 15 Archives Ville de Strasbourg AA 1402. Es handelt sich um einen Vertragsentwurf zwischen dem Straßburger Bischof und dem Fürstenberger Graf, in dem von einem „Angriff“ des Fürstenbergers die Rede ist, ferner von „gefangenen die derselbe graf Johann genommen“ sowie von Schäden, die geregelt werden sollen. Ähnliches vermutet auch Gothein (S. 232, 233), wobei nicht mehr genau auszumachen ist, ob es vor oder erst während des Schlichtungsversuchs zu Gewaltanwendungen gekommen ist.
- 16 GLA 33/25, Nr. 3 11. 1. 1363
- 17 FUB II, Nr. 376. Am 20. Mai 1363 gelobt der Straßburger Bischof dem Fürstenberger Graf Johann Schadloshaltung wegen der 400 Mark Silber; FUB II, Nr. 377. Am 24. Mai quittierte der Fürstenberger dem Straßburger Bischof für die erhaltene Lösungssumme; FUB II, Nr. 378.
- 18 GLA 229/38 806 II, 22. 10. 1660: Bischof Diest „ . . . ao 1394 zur Regierung komen, undt etliche jahr mit der Stadt Straßburg unglücklichen Krieg geführt . . .“
- 19 Pillin, S. 18. Dazu auch: Krebs, 1937, S. 82–88
- 20 GLA 33/25, Nr. 6, 1. 2. 1401
- 21 Das entsprach den später genannten 110 fl (= Gulden)
- 22 Randbemerkung im Vertragstext: „Herr Bischof hat sich das jus venandi reserviert, wahrscheinlich so oft er nach Harmersbach kommt.“
- 23 Mit dieser umfangreichen Auflistung mußten die Pfandherren zwangsläufig früher oder später auch mit dem Gengenbacher Abt ins Gehege kommen, vor allem was den Räder- und Wasserzins, den Anteil an den Allmenden, die Frevelgelder und die Setzung des Vogtes betraf.
- 24 Entspricht „genannt“, ist vor jedem ‚Nachnamen‘ erwähnt.
- 25 GLA 33/25, Nr. 7, 24. 2. 1401. In einer Übersetzung weichen die Namen in ihrer Schreibweise unwesentlich ab. In einer weiteren Beschreibung dieser Huldigung (229/36 806 I) werden die Namen ebenfalls in einer anderen Schreibweise wiedergegeben, z. B. steht dort „Miler“ für „Molitor“.
- 26 Die Namen in Klammern beziehen sich auf das deutsche Transfix.
- 27 GLA 229/38 806 I. fol. 268
- 28 In demselben Faszikel ist ein Transfix von 1466 enthalten. Aus diesem erfahren wir weitere Flur- und Familiennamen: Conradt, genandt Eeberlin von Hademersbach, Martin Lang, Hannsen Martin, Mathiß Walter, Martin Langer Martin, Wilhelm Schuhelin vor Richerspach, Martin Bruder, Hansen Martin uff Frickenberg, Conradt Isenmann von Büren, Wörner Claraz, Werner im Hambach, Cuntz Obrechts, Cuntz im Hambach, Conrad Koler von Roden und Werner Suen von Kürnbach, alle geschworene oder genant Richter gemeinlich die Zwölfer deß gericht. Item Hanß Frenches, Hanß der Elter, Mathiß uff Hermersberg, Jacob Brüderlin, Conrad Löhrmann, Jacob Surmas, Jacob Isenmann von Kürerbach, Jacob Obrechts, Jacob von Hupfersbach, Jacob Boyrer von Hambach, und Jacob Schuhelin vom Eckh, gemeine Inwohner des Thalß Hademersbach bey Zell.“
- 29 GLA 229/38 804 I, Abschrift von 1666, Copia Extractus vidimati de dato 8. aprilis 1366.
- 30 GLA 67/643, Pfarrarchiv Kopialbuch fol. 11–25 (Bestätigung der Privilegien). Hillenbrand (S. 83–85) hat diese Auszüge vergleichend für Offenburg, Gengenbach und Zell untersucht.
- 31 Mit der Gesamtsumme von 23 500 fl war auch die Wiederlösung des Tales eingeschlossen. Der Bischof hätte den Bocks und deren Erben die 3 100 fl entrichten sollen, um das Tal zurück an das Reich zu lösen, was er jedoch unterlassen hatte; 229/38 806 II, 20. 10. 1689. Im Vertrag von 1401 war klar festgehalten: „geschehe es, daß unsere stätt Offenburg, Gengenbach und Zell undt vorgehende Thaal Harmerspach mit den Dörffern und Rechten, die dazu gehören, undt uns oder unseren nachkhomen undt unsern Bistumb undt der Stüfft Straßburg wurden abgelöst von einem Kayser oder von einem Röm. König oder von wem daß währe, dann es ein pfandgueth ist von dem Röm. Reich, so geloben Wür Wilhelm Bi-

schof zue Straßburg vorged. für uns undt alle unser Nachkomen daß vorgedachte thaal mit aller seiner zuegehört und rechten alß vorgeschrieben stehet, mit drey tausendt gulden und hundert gulden guter ahn goldt genger und geber Müntz ohnverzulentlich mit selbem geltt von dem vogenanten Käuffer seinen erben oder nachkhomen abzulöbende also vorbescheiden ist, ohn allen abschlag, ohne alle gefährde“ (229/38 806 II, fol. 116 f.)

- 32 zitiert nach Pillin, S. 154, vgl. auch Pehem, S. 121
- 33 Zu dieser Entwicklung trug auch bei, daß bei späteren Beschreibungen der Pfandschaftsverträge z. T. keine genauen Kenntnisse mehr über die Sonderpfandschaft Harmersbach mehr vorhanden waren. So wird mehrfach fälschlicherweise davon ausgegangen, daß das Tal jeweils zusammen mit Offenburg, Gengenbach und Zell verpfändet worden sei (z. B. 229/38 806 II, fol. 115 f: 1347 an die „Markgrafen von Baaden“).
- 34 GLA 33/25, Nr. 8, 2. Januar 1566. Über Böcklins Frau, Margarete von Uttenheim zum Ramstein, kommt eine weitere Familie in den Nutzen der Afterpfandschaft. Wendelin und Margarete verzichten auf die von ihnen erhobenen Ansprüche auf 1/3 der hohen Obrigkeit und auf 30 Viertel Hafer im Tal; sie erhalten dafür von Hans Jörg von Seebach 200 fl bar, ferner verbleiben ihnen die 18 Pfund, 6 Schilling, 8 Pfennig jährlichen Zins bis zur Ablösung der Pfandschaft.
- 35 GLA 33/25, 1566, Januar 2
- 36 GLA 33/25, 1570 September 28
- 37 GLA 33/25, 1571 Juli 7
- 38 GLA 33/25, 1573, September 2
- 39 GLA 229/38 806 I, Urgicht des Jakob Obrechten, 22. 8. 1599
- 40 GLA 33/25, 1630, November 12
- 41 GLA 229/38 804 II, 1631, Mai 31
- 42 GLA 33/25, 1642, Dezember 20. Im Frühjahr 1643 (GLA 33/25, 1643 März 29) tauscht dessen Ehefrau Maria Salome geb. von Müllenheim die ihr gehörende Hälfte einer aus Harmersbach versicherten Gült gegen eines aus Dumbach.
- 43 GLA 33/25, 1645, April 23
- 44 GLA 33/25, 1654, Juni 22
- 45 GLA 33/25, 1663, März 2
- 46 GLA 33/25, 1663, Juni 5
- 47 GLA 33/25, Nr. 16, 1663, März 2
- 48 Gothein, S. 234. Die Aufteilung der Gerechtigkeiten zwischen Talobrigkeit, Pfandherren und Gengenbacher Abt kann allerdings so, wie Gothein das beschrieben hat, nicht ganz aufrecht erhalten werden.
- 49 GLA 229/38 675. Gengenbach hat das Recht, den Vogt zu setzen „über 100 und mehr jahr“ nicht mehr ausgeübt. Erst nach Absterben des Vogt Michel Kranz ist man 1673 mit diesem Anliegen in Harmersbach wieder vorstellig geworden.
- 50 GLA 229/38 804 II, 22. 8. 1645: Seit jeher habe dieser Pfandherr „Johann Bockh und seine Successoren sich diser hohen und nideren jurisdiction beedeß im criminal oder peinlich und civil oder bürgerlichen sachen der orthen im Thal von unvordenkhlichen jahren hero nach gelegenheit gebraucht und insonderheit überthäter an leib gestraft, gelt frävel angesetzt, empfangen und erlassen“.
- 51 GLA 229/38 804 II, 7. 3. 1646
- 52 GLA 229/38 804 III, 4. 4. 1601. In einem Memorial (o.D.) wird festgestellt: „So man ihnen aber keineswegs gutgeheißen und nahegelegt haben würdt, weilen die pfandsinhabung kein dominium jurisdictionis tribuiret“ (229/38 805, fol. 137).
- 53 Gothein, S. 304
- 54 GLA 229/38 804 II, Mai 1631 Bericht wegen Loosung des Thals Harmerspach
- 55 GLA 229/38 804 II, 5. 12. 1645
- 56 GLA 229/38 804 II, 3. 1. 1646. In der Auseinandersetzung um die Gerichtsbarkeit führten die Hüffel am 7. 3. 1646 die ihnen verweigerte Gerichtsbarkeit an und vergaßen auch nicht zu erwähnen, daß nach Auffassung der Harmersbacher der Abt von Gengenbach Vogt und

- weltliche Richter setze, was noch längst nichts über eine spezielle Gerichtsbarkeit aussage. Dies gehe auch nicht aus dem Urteil von 1572 hervor (daß Harmersbach „der Statt freyheiten fehicg seye“, vgl. Anm. 61). In diesem Schreiben wurde aber auch der Anspruch der Taloberen zitiert: „. . . betheuren und bezeugen, daß sie selbst Rath und gericht zu besetzen undt auß aigenen mitteln ettliche dem jetzmaligen thalherren fürs schlagen, darauß dieselbigen nach belieben den Vogt oder Thalrichter wöhlen mögen.“
- 57 GLA 229/38 804 II, 5. 1. 1646. Man wollte hier die Unerfahrenheit des Talgerichts bei der Fällung von Todesurteilen mildern, um Verstößen vorzubeugen: „daß Unschuldige überey-let undt dadurch ihre Seel und gewissen beschwerdt werde, wie es dann kein gering ding ist, einem anderen menschen sein ehr, guth und bluth zu nehmen . . .“ Das könne nicht mehr gut gemacht werden (GLA 229/38 805, fol. 98)
- 58 Über diesen Passus gibt es unterschiedliche Auffassungen. In einer Anweisung des Hansjörg von Seebach an den Vogt forderte jener alle Gefälle ohne Ausnahme (229/38 806 II, fol. 281).
- 59 GLA 229/38 804 III, Responso Harmersbachensis ad consilarios Episcopales 1646
- 60 GLA 229/38 806 II, 8. 1. 1646. Demnach verfügte der Abt von Gengenbach über „fischwasser, flotz und vedergelt, hoch und allmendtwäld, Zinßzehend gülden“, Zell hingegen über den Zoll.
- 61 GLA 30/106, 1572, September 23. Das Reichskammergericht bestätigt das erstinstanzliche Urteil des kaiserlichen Landgerichts zu Rottweil, daß die von Harmersbach „zu recht genug dargethan und der stat Zell freyheyten fehicg seien“.
- 62 Aus diesem Huldigungseid leiteten die Hüffel ihrerseits „die hohe und nidere Jurisdiction, daß ist merum et mixtum Imperium“ ab, denn darin hätte sich auch die Familie Bock geübt, „die Maleficanten eingezogen, torquirt, justificirt, deroselben güetter confiscirt“. Vogt und Gericht hätten die ganze Zeit über nur mit Turm und Geld abgestraft, hin und wieder aber doch Eingriffe in die Hochgerichtsbarkeit vorgenommen. Ein solcher nicht näher erläuteter Eingriff geschah am 3. 7. 1573. Daraufhin angesprochen meinten Vogt und Gericht, „nicht unrecht gethan zu haben“, als man einen verdächtigen Unhold abstrafte, die Alten hätten es ihnen so gesagt (229/38 806 II, fol. 275, 7. 3. 1646). Es ist zumindest ein Hinweis darauf, daß die Pfandherren in solchen Fällen informiert wurden.
- 63 GLA 229/38 806 I, 9. 9. 1572
- 64 GLA 229/38 804 II, 7. 3. 1646. Dem hielten bei einer späteren Verhandlung (GLA 229/38 804 VI, 15. 7. 1662) die Harmersbacher entgegen, das Malefizgericht stünde „absolute bey den zwölffern des gerichts, undt obschon gesagt werden möchte, es seyen hiebevör die Pfandherren auch bey der justification gewesen, so seye es doch allein in respectum oder denselben zu ehren geschehen, daß sie darzu beruffen.“ Daraus sei kein Gewohnheitsrecht abzuleiten.
- Bei der peinlichen Befragung des Mathiß Obrecht (wegen Vergiftung eines unehelichen Kindes und der Drohung, er werde Höfe anzünden) am 22. 8. 1599 war Balthasar Junio, der Schaffner der Edlen Böcklin, Zorn von Bulach, Philipp Jacob Seebach und Bernhardt von Kageneck anwesend (229/38 806 I). Derselbe kam auch dazu, als ein Malefikant gerade angeklagt und verhört wurde. Er gebot, ohne Vorwissen der Obrigkeit nicht weiter vorzunehmen. In seiner Anwesenheit wurde die Verhandlung fortgeführt, der Malefikant zum Tode verurteilt (229/38 806 I, 14. 7. 1612).
- 65 GLA 229/38 804 III, Fragenkatalog, Punkt 8, 9
- 66 GLA 229/38 806 I, Wiederholung des Vertragswerkes 3. 6. 1657
- 67 GLA 229/38 806 II, fol. 154, Mandat von 1655. Kaiser Ferdinand hob gezielt auf diese Formulierung ab.
- 68 GLA 229/38 805, fol. 175 f.
- 69 GLA 229/38 806 II, Erzählung der geschicht, fol. 3 f.
- 70 GLA 229/38 804 II, 19. 3. 1646
- 71 GLA 229/38 804 IV, 15. 7. 1594: „Niemandt wöll wissen, wohero die Pfandtschaft kommen . . . man wüsse nit, ob das thal eigentlich von der Statt Zell oder von den alten Pfand-

herren in der ortenaw als von der pfalz oder dem bistumb Straßburg oder fürstenberg versetzt und verpfendt worden . . .“ Man war sogar bemüht, „der pfarrkirchen alten schrufften“ zu prüfen (a.a.O., 26. 8. 1624)

72 GLA 229/38 804 V, 14. 4. 1652. Jakob Riehle, ein 92jähriger (!) Bürger sagte aus, daß früher kein Malefizgericht ohne die angereisten Pfandherren gehalten worden sei. Der nächst abgegangene Vogt habe aber bei einem Termin für ein Blutgericht die Pfandherren nicht benachrichtigt, sondern die Zwölfer wissen lassen, „sie könnten das gelt so auf die Junckher gehe, wohl besser verzehren, sie solten sich nur nidersetzen. Darauf seie erfolgt, daß man die Junckher nicht mehr dazuegenommen undt im nechstverwichenen Sommer unterschiedliche Persohnen umb der zauberey willen so hingerichtet worden, seye auch noch ein reicher mann im geschrey, den man baldt einziehen werde.“ Am 15. 4. 1652 hielten die Hüffel entgegen, daß man vor ungefähr dreiviertel Jahren „in dreizehn persohnen, darunter zween männer umb angezogene zauberey willen . . . examiniert, tormentirt, verurtheilt und durch daß feuer öffentlich vom leben zum todt hinrichten lassen.“

Daß die Harmersbacher unter der Hüffelschen Pfandschaft eigenmächtig urteilten, war nicht allein auf ihr stures Beharren in dieser Frage zurückzuführen. Ein Dr. Faber hat ihnen schon 1626 klargemacht, „daß es unsern ged. Junckhern nit damit gedinet seye, daß man ihnen des allezeit zu wissen mache, man köndte wohl one ir vorwissen mit solchen Malefiz sachen fortfahren“. (GLA 229/38 805, 26. 8. 1628, fol. 116). Am 4. 11. 1609 hat Harmersbach zwei „weibspersonen“ eigenmächtig verurteilt und hingerichtet (229/38 806 I, fol. 257). Dahingegen verwiesen die Hüffel auf ein Schreiben von 1573 (GLA 229/38 806 I, fol. 297, 12. 2. 1646), daß die Harmersbacher bei Malefizsachen sie benachrichtigten. Daraus geht allerdings nicht hervor, ob diese Information zuvor erfolgte, um die Hüffel zur Urteilsfindung heranzuziehen, oder ob die Mitteilung nur erging, um die Pfandherren an der zu verteilenden Hinterlassenschaft zu beteiligen.

73 GLA 229/38 805, fol. 197 ff.

74 GLA 229/38 806 I, 3. 1. 7. 1654: „. . . jurisdiction streitt ausgesetzt . . .“

75 GLA 229/38 804 V, 13. 11. 1655. Ferdinand III. redete Vogt und Gericht ordentlich ins Gewissen. Zentral in seiner Argumentation waren die Huldigungseide von 1401 und 1466, in der die Talbevölkerung den Käufer „für ihren rechten Herrn und obrigkheit gehalten“. Der Kaiser monierte, daß sie sich bisher „in Civil und criminalsachen gemees erzeiget“ hat, während des Krieges aber die Leute ihre Einstellung geändert und die Pflichten gegenüber der Obrigkeit hintangestellt hätten. Die Anmaßung der hohen Gerichtsbarkeit verurteilt der Kaiser („. . . in peinlichen Fällen nicht nur mit eingriff und inhafttirung . . . sondern auch der Cognition und Execution eigenmächtig unternommen . . .“), da sie ohne Vorwissen der Pfandherren vorgenommen wurde. Dem Tal unterstellt er einen Eidbruch, da Recht und Gehorsam nicht mehr beachtet würden. Die Strafe folgt auf dem Fuße: „. . . zehn marck löthigen goldts, halb in unßer kayserliche Cammer, undt zum andern halben theil mehreranten Impetranten ohnnachlässig zu bezahlen . . .“ (229/38 806 II, 13. 11. 1655, fol. 154 ff.)

76 GLA 229/38 804 V, 19. 2. 1656

77 GLA 229/38 804 V, 2. 3. 1656. Auch der Schwäbische Kreis (mit seinen „außschreibenden Fürsten“ Herzog von Württemberg und der Bischof von Konstanz) bestätigte den Harmersbachern die entrichteten „gewiße quotas“ (GLA 229/38 805, fol. 197 ff).

78 GLA 229/38 804 V, 7. 3. 1656. Über die während des 30jährigen Krieges offenen Abgaben hatte man sich unter Vermittlung des Straßburger Rates 1654 dahingehend geeinigt, diese mit einer einmaligen Summe von 1 200 fl zu begleichen (GLA 33/25, 1654, Juni 22). Von 1633 bis 1640 waren keine Gefälle an die Pfandjunker entrichtet worden (GLA 229/38 806 I, 20. 6. 1654).

79 GLA 229/38 804 VI, 29. 3. 1661. Bereits am 22. 10. 1660 war Harmersbach beim Reichshofrat vorstellig geworden, um als „des Reichs unmittelbare unterthanen . . . den pfandschilling aus dem ihrigen zu erlegen, sich damit der verpfändung zu erledigen und zumahl obliegender jährlich neben der allgemeinen Reichs und Craisanlagen nach soviel erlittenen

- Kriegsbeschädigungen unerschwinglichen Leistungen zu entladen . . . (229/38 806 II, 22. 10. 1660). Vgl. auch dazu Konzeptschreiben an den Kaiser 27. 11. 1660, GLA 229/38 805 fol. 174 ff.
- 80 GLA 229/38 804 VI, 27. 2. 1661. Die Hüffel waren, als sie erstmals von dieser Absicht erfuhren, so aufgebracht, daß sie dem Überbringer der Botschaft „einen degen in den laib jagen wollten“ (229/38 806 I, 2. 9. 1660).
- 81 GLA 229/38 804 VI, 4. 7. 1661
- 82 GLA 229/38 804 VI, 25. 7. 1661. Die Harmersbacher verbitterte, daß die Hüffel die Hatz im Tal, Gerechtigkeiten am Wildbret und den Forellen begehrten, ein Umgeld auf Wein und Früchte einführen wollten, die gesamten Frevel beanspruchten und die Ablösung der drei Hühner von jedem Haus mit 30 fl forderten, obwohl in besten Jahren höchstens 8 fl erlegt wurden. Außerdem galt der Haferpreis nur noch den vierten Teil.
- 83 Das Tal appellierte an den Kaiser, es müßte ihm doch als „Mehrer des Reiches“ an einer Einlösung gelegen sein, nicht zuletzt deshalb, weil seine Vorgänger beim Tal im Wort stünden (229/38 806 I, fol. 4)
- 84 GLA 229/38 804 VI, 13. 9. 1661
- 85 GLA 229/38 804 VI, 14. 7. 1662. Morgens um 7 h brach er auf, abends um 6 h kam er an.
- 86 Die Erklärung der Harmersbacher drehte sich um die wesentlichen Punkte: 1. Pflichtgemäße Ablieferung des Hühnergeldes, der 110 fl Steuer und der 100 Viertel Hafer. 2. Man werde die Hüffel respektieren, aber darauf achten, daß sie keine Neuerungen einführen. 3. Die Hüffel hätten in Wien Schriftstücke vorgelegt, die man im Harmersbach überhaupt nicht kenne. 4. Über die Unkosten müsse man noch reden, da sie von den Hüffel verursacht worden seien.
- Beharrlich wurde auch darauf verwiesen, daß der Kaiser in seinem Mandat die Hüffel bei ihrer Pfandschaft beließ, diese aber aufforderte, „das gericht und gemeindt im thal wider das alte herkhomen nicht zu beschwären noch einige newerungen vorgehen lassen“ (229/38 806 II, 25. 1. 1662).
- 87 GLA 229/38 804 VII, 24. 2. 1663
- 88 GLA 33/25, 1663, Juni 5. Umgerechnet entsprach dies „3 875 Rthlr oder fünfftausend acht-hundertzwoß undt einhalben Currentgulden zu 60 Creutzer gerechnet“. Von Kippenheim erhielt 366 fl, von Marsilien 50, Dr. Pfeil 500, der Löwenanteil ging an die Gebrüder Hüffel.
- 89 GLA 229/38 804 VII, 2. 3. 1663
- 90 GLA 229/38 804 VII, 17 Seiten umfassendes Protokoll der Huldigung am 7. 6. 1663 (nach altem Kalender am 28. 5.), Abschrift vom 18. 3. 1666
- 91 GLA 229/38 804 IV, Formula juramenti 4.6.1660: „Dem allerdurchlächtigsten, groß-mächtigen und unüberwindlichen fürsten und herrn, herrn Leopoldo Römischen Kaisern p. unserm allergetrew. rechten herrn hulden und schweren wir Schuldheiß, maister und Rath und gemeinde bürgerschaft diser ihrer Kayserl. Maj. Reichstatt Zell desgelich wie Vogt, gericht und gemeindt burger und einwohner deß Reichsthals Harmerspach getrew und gehorsam zu sein, ihrer kayserl. maj. fromen und bestes zu werben und schaden warnen und alles da zu thuen, daß getrewe und gehorsambe unterthaen ihrer kayserl. maj. alß ihren allgd. rechten herrn schuldig und pflichtig zu thuen sein, getrewlich und ohn alle gefährde alß helff unß Gott undt alle seine heyligen.“
- 92 GLA 229/38 804 IV, 7. 6. 1663. Zum Eid gehörte auch die pünktliche Lieferung von „ein hundert zehen gulden ahn gelt, item einhundert viertel haberen, item von jedwederen hauß drey hiener undt was die alte gerechtigkeiten mit sich bringen undt ihr alte privilegia beederseits außgewiesen, sollen sie dabey belassen werden“. Womit der Grundstein für neue Streitigkeiten um die Auslegung dieser Bestimmungen wiederum gelegt war.
- 93 GLA 229/38 804 VII, 21. 6. 1663. Bischof Egon wollte im Tal den Salzhandel einführen. Dem widerspricht die Haltung des Bischofs in der Bezahlung der „unserm allergnädigsten herrn zu Regensburg verwilligte Thürkenhilff“, zu der die Harmersbacher im Rahmen des Schwäbischen Kreises ihr „Contingent“ in Höhe von 300 fl (Türkensteuer) zu liefern hatten. Das Tal wollte diese direkt zusammen mit Zell an den Schwäbischen Kreis entrichten und

- erhob gegen die Forderung des Bischofs, die Summe in Straßburg abzuliefern, Protest. Bischof Egon gab nach und ordnete an, daß die Türkensteuer keine zweimal zu bezahlen sei und die Harmersbacher als Reichsuntertanen diese nach ihren Vorstellungen entrichten sollen (GLA 229/38 804 IV, 26. 10. 1663).
- 94 GLA 229/38 804 IV, 6. 11. 1663: „vor etlich tag (in dem Hanauischen Territorium, der Verf.) einen unseren gerichtsheuth, mith nahmen Christman Schüly sampt bey sich habenden flötzern in arrest nehmen lassen, d. Meinung, unß also intimidiren und durch dergleich zwangsweg zu gewinnen . . . ohnnachlässig betragt und mit gewald von dem h. Reich und hochlöbl. Schwäb. Craiß eximiren“ (wollen). Der Beschwerde an den Herzog von Württemberg schloß sich die Bitte an, den Bischof zu veranlassen, um die Gefangenen wieder freizubekommen, da ihre Leben und die Existenz ihrer Höfe in Gefahr sei. 1665 forderten die Harmersbacher mit einer Eingabe an den Kaiser in Wien eine Entschädigung für das beschlagnahmte Floß („entweder in natura oder dessen aestimation widerumb habhaft werden mögen“; 229/38 806 II, 24. 2. 1665). 1671 war dieser Streitpunkt immer noch anhängig (229/38 806 II, 3. 7. 1671).
- 95 GLA 229/38 804 VII, 26. 10. 1663. Der Amtmann von Ettenheim berichtete dem Bischof, in Harmersbach gäbe es etwa 300 „bewöhrte bauern“. Mit 150 Mann sei es leicht möglich. „ein guether theil von denen vornehmsten bauern“ anzupacken und mitzunehmen.
- 96 GLA 229/38 806 II, 18. 6. 1664
- 97 GLA 229/38 804 VII, 26. 10. 1663
- 98 GLA 229/38 804 VII, 26. 10. 1663. Das Gutachten, von einem Dr. Meyer angefertigt, fiel im Sinne des Bischofs aus. Die Harmersbacher Sache gehe, so Meyer, die Städte gar nichts an. Man solle die Untertanen zum Gehorsam anhalten und vor allem „die kayserliche wahl capitulation, vermög welcher die Reichspfandschafften zum eigenthumb werden, in alle weg beziehen“. Das Stift solle seine Rechte wahrnehmen, „indessen denen widerspenstigen leüthen kein weiters gehör oder unterschlupff gegeben werden“.
- 99 GLA 229/38 806 II, fol. 120 f. Der Rechtsstreit begann schon 1664 (GLA 229/38 805, fol. 211 ff.)
- 100 GLA 229/38 804 VIII, 8. 11. 1674, Quittung für Vogt Jakob Lehmann: 110 fl Steuer, 100 frtl haber a 3 fl, 30 fl hienergeldt; Summa 440 fl. Wegen Kriegswirren wurden in der Folgezeit, so 1678, Abgaben gestundet. Der Hafer mußte, wenn als Naturalabgabe ausgeliefert, mit Stier- oder Ochsespannen nach Straßburg gefahren werden.
- 101 GLA 229/38 806 I, o.D. Der Krieg gegen die Türken spannte alle Kräfte des Reiches an.
- 102 GLA 229/38 804 VIII, 20. 10. 1689. Die Forderung nach Ablösung wurde auch damit begründet, daß Harmersbach auch den Einfall der Franzosen in das Kinzigtal „mit auffsetzung ihrer burger, leib und leben durch gottes beystandt verhindert“ hätten. Am 3. 11. 1689 bestätigten die Städte Offenburg und Gengenbach diesen Verstoß gegen die ursprünglichen Abmachungen. Der Schwäbische Kreis schloß sich am 5. 11. 1689 dieser Auffassung an: „. . . findet man durchgehends keinen anstandt, selbige gleichbalden zu ertheylen“ (die Wiederlösung, der Verf.)
- 103 GLA 229/38 806 II, fol. 160 ff., 20. 10. 1689
- 104 Zum folgenden Überblick: Krebs 1960, S. 206–209
- 105 Für die Talgemeinden war dies ein Anlaß, 1689 das Versprechen für eine jährliche Gelöbniswallfahrt nach Zell in die dortige Wallfahrtskirche abzulegen. Das Versprechen wurde 1703 wiederholt, geriet in unserem Jahrhundert in Vergessenheit und wurde 1980 auf Initiative des Oberharmersbacher Pfarrers, Franz Bühler, neu eingeführt.
- 106 GLA 229/38 805 fol. 71, 3. 11. 1689
- 107 GLA 229/38 806 II, fol. 224 ff. 9. 12. 1689, 30/106, Nr. 3
- 108 GLA 229/38 804 VIII, 20. 12. 1719
- 109 Lünig, Reichsarchiv, Bd. 1, S. 1069 ff, lat.-deutsch, 30. 10. 1697
- 110 GLA 229/38 804 VIII, 20. 12. 1719
- 111 Tatsächlich hat Harmersbach die Gefälle 1688 zum letzten Mal abgeliefert (GLA 229/38 804 VIII, 20. 5. 1698).

- 112 GLA 229/38 806 II, 22. 5. 1699, fol. 158 ff.
 113 GLA 229/38 805, fol. 86
 114 GLA 229/38 806, fol. 86. 1698
 115 GLA 229/38 804 VIII, 20. 12. 1719
 116 GLA 229/38 806 II, fol. 133
 117 GLA 229/38 804 VIII, 1. 3. 1720
 118 GLA 229/38 804 VIII, 23. 12. 1720, Consulent Solaty an Straßburg
 119 GLA 229/38 806 I, fol. 53 ff. 11. 3. 1723
 120 GLA 229/38 806 II, fol. 173, Oktober 1732. Man sprach die Bitte aus, den Hafer in Geld ablösen zu dürfen, da man ihn momentan nicht transportieren könne.
 121 GLA 229/38 812, 19. 11. 1762

Quellen

Generallandesarchiv Karlsruhe:
 Abt. 30 Offenburg, Gengenbach, Zell
 Abt. 33 Straßburg
 Abt. 67 Kopialbücher
 Abt. 229 Kleinere Gemeinden

Pfarrarchiv Oberharmersbach

Hauptstaatsarchiv Stuttgart:
 C 10, Büschel 1439–1446

Archive Ville de Strasbourg:
 AA 1402

Gedruckte Quellen:

Fürstenberger Urkundenbuch (FUB)

Literatur:

- E. Gothein, Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes. Straßburg 1892
 Eugen Hillenbrand, Stadt und Kloster Gengenbach im Spätmittelalter, in: ZGO 1976, S. 75–103
 Manfred Krebs, Der ungeteilte Pfandbesitz der Landvogtei Ortenau, in: Ortenau 24./1937, S. 82–88
 ders. Politische und kirchliche Geschichte der Ortenau, in: Ortenau 40./1960, S. 133–246
 Götz Landwehr, Die Verpfändung der Reichsstädte. Köln 1967
 Fritz Langenbeck, „Bach“ und „Tal“ in der Ortsnamengebung des Schwarzwaldes, in: Alemannisches Jahrbuch 1960, S. 1–71
 Lünig Reichsarchiv Bd. 1
 Theodor E. Mommsen, Die Landvogtei Ortenau und das Kloster Gengenbach unter Kaiser Ludwig dem Bayern, in: ZGO 1936, S. 165–213
 Pehem, Geographische Beschreibung der Landvogtei Ortenau. Carlsruhe 1795
 Hans-Martin Pillin, Die rechtsrheinischen Herrschaftsgebiete des Hochstifts Straßburg. Diss. Freiburg 1966

Der Armenfonds in Hofweier

Josef Bayer

Die Abhandlung stützt sich auf den Aktenfaszikel 25 im Pfarrarchiv Hofweier („Stiftungen des Pfarr-Rektors Siebert sowie Testament des Pfarrers Josef Schmautz“) und auf die Rechnungsbücher des Armenfonds Hofweier von 1805 bis zu seiner Auflösung 1959 im Gemeindearchiv Hofweier.

Im Mittelalter bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein gab es keine öffentliche Sozialfürsorge. Für die Mittellosen, Armen und Leidenden zu sorgen war vor allem Aufgabe der Kirche. Mit dem Zehntbezug des Ortspfarrers war z. B. unlösbar die Pflicht verbunden, sich der Mittellosen und Armen anzunehmen. In vielen Gemeinden gab es Armenfonds, die sehr oft von Pfarrern gestiftet waren. So berichtet Felix Freiherr Roeder v. Diersburg in einem Sonderdruck, der ca. 1875 herausgekommen sein muß, daß in Hofweier ein solcher Armenfonds mit einem Kapital von 18000 fl (sicher zu gering eingeschätzt)¹, in Schutterwald ein solcher mit 5343 fl² und in Oberweier ein solcher mit 1325 fl gewesen sei³.

Die Stifter des Armenfonds

In Hofweier wurde stets Pfarrer Johann Jakob Siebert, dort Pfarrer von 1782 bis 1812, als Stifter des Armenfonds angesehen. Dabei war er nur der große „Zustifter“ zum bereits bestehenden Fonds. Der Stifter war sein Vorgänger Pfarrer *Johann Joseph Schmautz*, Pfarrer in Hofweier von 1759 bis 1782⁴. In seinem Testament vom 19. 5. 1782 verfügte er: 1. der Kirche zu Hofweier komme das 5fache monatliche Partum (Einkommensteil) der Pfarrei-Einkünfte zu sowie eine von ihm angeschaffte Monstranz (sie ist mit Widmung noch da); 2. für die Armen eine Kapitalstiftung von 2000 fl; von deren Zinsen soll jeweils die Hälfte der Ortsarmen unterstützt werden, die andere Hälfte der Zinsen soll jeweils dem Kapital zugeschlagen werden. Kleinere Legate betrafen die Schule zur Unterstützung armer Kinder mit Büchern und Schreibmaterial. Mit den 2000 fl soll ein Armenfonds mit einem eigenen Rechner gegründet werden. Es ist eigenartig, daß in den Rechnungsbüchern später im Vorbericht immer nur von 1000 fl die Rede ist.

Im Pfarrarchiv Hofweier liegt ein Bericht von Pfarrer Siebert und des Amtmanns Stuber vom 3. 5. 1786, in dem es heißt: „Zu wissen sei hiermit, daß der unterm 27. 5. 1782 an der Brustwassersucht verstorbene Herr Johann Joseph Schmautz selig, gewesener bischöfl. Commissarius diesseits Rheins, Erzpriester des Lahrer Ruralkapitels, dann Rektor und Pfarrer zu Hofweier in

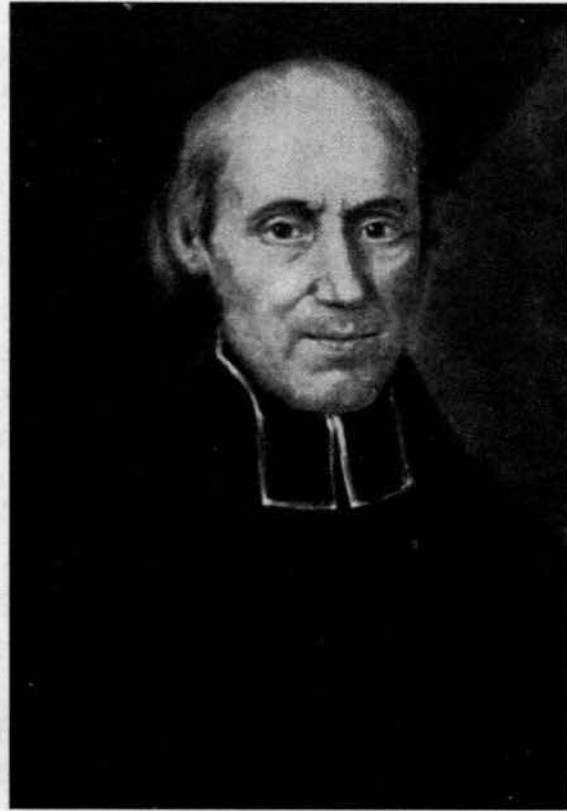


*Pfarr-Rektor Johann Joseph Schmautz,
Pfarrer in Hofweier 1759—1782.
Nach einem Gemälde aus der „Ahnen-
galerie“ im Pfarrhaus.*

seinem unterm 15. 5. 1782 Jahres errichteten Testaments unter anderem der Pfarrkirche und deren Armen hier zu Hofweier seine mit seinen Legaten beschwerte sämtliche Mobiliarschaft mit denen Activ- und Passiv-Schulden auf Mobiliarschaft sofort an des Verstorbenen hinterlassene Frau Mutter und Schwestern und Herren Schwäger vermittelt eines Vertrages de dato 17. 6. 1782 solchergestalten abtragen und überlassen worden, daß der Kirche zu Hofweier für ihren Antheil das 5-monatliche Betum von samtlichen Pfarrei-Einkünften anfallen und von dem Kirchenschaffner eingenommen und in Einnahme gebracht, denen Armen hingegen für ihre Anforderung und zu gänzlicher Ausweisung von des Herren Legatoris sel. Freundschaft auf Martini 1782 2000 fl Reichswährung bezahlt und in die Hände des dazu angestellten Pflegers Jakob Gegg, Gerichtszwölfer, dahin geliefert, sofort alle Jahre die Hälfte von der denen 2000 fl Capital jährlich fallenden Zinsen unter die Armen ausgetheilt worden, die andere Hälfte jährlicher Zinsen aber zur Verrechnung des Fonds der Pflugschaft oder Schaffney verbleiben solle . . . Item 1785 hat Johannes Stutz in die Schaffney geschenkt und gleich bezahlt 200 fl.“ Diese Zu-stiftung erscheint eigenartigerweise in den späteren Vorberichten ebenfalls nicht mehr.

Damit ist erwiesen, daß Pfarrer Johann Joseph Schmautz der Gründer des Armenfonds in Hofweier ist und die erste Stiftung mit 2000 fl in diesen Fonds gemacht hat.

1812 stirbt Pfarrer *Johann Jakob Siebert*, der aus Offenburg stammte (wie auch die beiden Schmautz). In seinem umfangreichen Testament vom 30. 8. 1811, das 27 Legate enthält mit einer Gesamtsumme von 14 195 fl, wobei noch eine beträchtliche Summe an die Haupterben gefallen sein muß (seiner Schwester Maria Theresia Ursula und deren Mann, der Zunftmeister Franz Anton Kunzer in Offenburg), vermacht er einige Meßstiftungen. Zuteilungen an Verwandte und an Freunde und an seinen Kaplan. Für Hofweier wichtig sind die Posten 1,5 u. 6,7 – 10. Diese sollen hier ausführlich zur Sprache kommen.



*Pfarr-Rektor Johann Jakob Siebert,
Pfarrer in Hofweier 1782–1812.
Nach einem Gemälde aus der „Ah-
nengalerie“ im Pfarrhaus.*

Legat 1: in die Pfarrkirche zu Hofweier 1 000 fl in den Heiligenfonds, die so aufgeteilt werden sollen: 200 fl für vier Meßstiftungen, 800 fl als Stiftung für die Armen in den Armenfonds.

Legate 5 und 6: je 100 fl zur sofortigen Armenunterstützung in Hofweier und Schutterwald.

Legat 7: „Für einen der Musik- und Schullehre verständigen Provisor, der ein rechtschaffener, christlicher und wohlgesitteter Mensch ist, 1 000 fl, dem der Heiligenpfleger jährlich 30 fl auszuzahlen hat (20 fl erhält der Schulmeister als Mesner“⁵.

Legat 8: „Für die vier Musikanten, die auf dem Chor (Empore) bei der figuralem Musik (Hochamt mit Orchesterbegleitung) als auch Choral fleißig dienen, jedem jährlich 10 fl aus den Zinsen“,

Legat 9: „Für die hiesige Landmiliz, um ihren Eifer und die Liebe zur Ehre Gottes, zur Verehrung des hl. Gallus (Kirchenpatron in Hofweier) . . . und allgemeiner Erbauung nicht zu ersticken 500 fl“. Aus den Zinsen sollen die Offiziere, auch Fahnenträger und Gemeine vom „Heiligen“ die Uniformen erhalten, wenn sie sie nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können⁶.

Legat 10 ist die bekannteste Siebertsche Stiftung: „Stifte ich für arme und bedürftige Mägdelein hiesiger Pfarrei der Armenpflegschaft 6000 fl.“ Dazu gibt der Stifter noch genaue Anweisungen. Jährlich soll an der Vigil des hl. Jakobus d. Ä. (24. 7. – Namenstag des Stifters!) die Auslosung unter den ge-

meldeten armen Mädchen stattfinden, d. h. unter den 10jährigen Mädchen.⁷ Wer vor dem 20. Lebensjahr heiratet, oder ein „unreines, unchristliches, unfrommes, unehrbares, übelgesittetes Leben führt, gegen Eltern und Vorgesetzten ungehorsam ist, geht des Preises von 300 fl verlustig, der Betrag fällt an den Fonds zurück“. Wer ihn durch den Lebenswandel verdient hat, der soll der Pfleger am Hochzeitstag den Betrag in einer zinnernen Schüssel mit einem zinnernen Deckel mit einem Blumengebinde beim Hochzeitsmahl feierlich überreichen. Der Pfleger nimmt dann unentgeltlich am Mahl teil. Da der gezogene Preis mindestens 10 Jahre stehen bleibt, solle aus dem Zins jährlich armen Jungen mit Gewährung des Lehrgeldes oder/und mit Kleidung eine Lehre ermöglicht werden. Siebert verpflichtet zur strengen Verwaltung dieser Stiftung. Sie war sicher eine große Hilfe für viele arme Mädchen bei der Gründung eines eigenen Hausstandes.⁸ 1824 wurde dieser Preis erstmals ausbezahlt und bis zur Inflation 1923 die Verlosung und Auszahlung regelmäßig durchgeführt. Ebenso begann 1824 die Unterstützung armer Lehrlinge, sie hörte zu Beginn des 20. Jahrhunderts allmählich auf.

Die Jugend hatte auch damals ihre Fehler und Schwächen, die „gute alte Zeit“ besteht nur in der Erinnerung der Alten! So mußte immer wieder eine Preisträgerin aus der Liste gestrichen werden wegen unsittlichen Lebens, weil sie schwanger war, und einmal mußte eine verzichten, weil sie wegen Diebstahls verurteilt worden war. Im Pfarrarchiv ist in den Stiftungsakten eine Notiz von 1889: „um der, wie es scheint, unbequemen und lästigen Kontrolle sich zu entziehen und um ein ungebundenes, freies Leben führen zu können, suchten hiesige Mädchen, welche den Tugendpreis gewonnen haben, mit Vorliebe bei auswärtigen Herrschaften in Dienst zu treten“. Das war Anlaß für den Armenrat zu beschließen: „Diejenigen Mädchen, welche den Tugendpreis schon gezogen haben und auswärts sich aufhalten, haben auf den 24. Juli jedes Jahres ihre vom Pfarramt und Bürgermeisteramt beglaubigten Sittenzeugnisse einzureichen. Widrigenfalls werden sie des Tugendpreises für verlustig erklärt.“

In einem Zusatztestament vom 12. 7. 1812 vermachte Siebert dem Armenfonds noch ein Haus, das er laut Kaufbrief vom 28. 3. 1812 von Philipp Rubi gekauft und in guten Zustand herstellen ließ, einerseits Peter Göppert, andererseits Valentin Kempf, hinten Gallus Dieterich, vorne die Hauptgaß – ein Haus mit Scheuer und Stall – das spätere Armenhaus. Dieses Haus soll für arme hiesige Einwohner bestimmt sein als Armen- und Arbeitshaus, zu „ewigen Zeiten“ unverkäuflich! Die Bewohner sollen hier wohnen und arbeiten und – soweit der Fonds es austrägt – unentgeltlich und unter der Aufsicht des Armenpflegers unterhalten und gepflegt werden. In diesem Zusatz bestimmte er auch, daß nach dem Tod der Haupterben (seine Schwester und deren Mann) aus der Erbmasse 1 000 fl „auf die hiesigen Ortsarmen zurückfallen und zu dem hiesigen Armenfonds ausbezahlt werden sollen, damit die nothleidenden Armen unterhalten werden können.“

Die Fondsrechnung beginnt 1813 damit: Einnahme-Legaten: „Durch den letzten Willen des dahier verstorbenen Pfarrers Siebert Testaten fielen dieser Schaffney im Jahr 1812 dem 6. August an: eine Behausung im Wert von 600 fl, an Geld 6 100 fl.“ 1814 betrug das Vermögen 9 245 fl und 46 Kreuzer.

Die Rechnung 1825 weist aus: „Durch die letzte Willensverfügung des verstorbenen Herrn Pfarrers Siebert wurde verordnet, daß nach dem Ableben des Zunftmeisters Anton Kunzer von Offenburg 1 000 fl an diesen abgetragen werden sollen. Da nun Kunzer unterm 17. Februar d.J. wirklich gestorben ist, so wurde diese Einnahme fällig“. Damit ist das Vermächtnis Sieberts restlos erfüllt.



Das Armenhaus in Hofweier, eine Federzeichnung von Erwin Kopf, Niederschopfheim. Es ist seit 1982 aus dem Dorfbild verschwunden.

Im Laufe der Jahrzehnte wurden noch folgende Zustiftungen gemacht: eine Karoline Bickel von Hofweier, gestorben 1867 in Schuttern, vermachte testamentarisch dem Fonds 300 fl, die Zinsen sollen jährlich „nach Gutdünken des Geistlichen und Ortsvorgesetzten unter drei arme Familien vertheilt werden.“ 1885 hinterließ Pfarrer Pfohl dem Fonds 300.- Mk; mit den Zinsen soll jährlich abwechselnd ein Junge und ein Mädchen zur Erstkommunion bekleidet werden; am 4. 2. 1895 vermachte die in Freiburg ledig verstorbene Margaretha Lang aus Hofweier dem Armenfonds 3 000, – Mk ohne Auflagen. Gelegentlich kleine Einzahlungen stammen aus Bußgeldern bei Verleumdungsklagen. So bezahlte Rößlewirt Wilhelm Bayer 1863 eine Buße von 5 fl, ein Alexander Müller 1 fl. 30 Kreuzer, 1864 der Engelwirt Isenmann eine solche von 2 fl, Franz Rexter und Adrian Gegg 5 fl, 1901 Lehrer Johann Siegel 10, – Mk, 1803 Ziegeleibesitzer Georg Fäßler 10, – Mk.

Johann Jakob Siebert war ein selbstloser, persönlich einfacher, schlichter, aber hochherziger Mann, der sehr dankbar für geschenkte Freundschaft war, wie einige Legate seines Testamentes zeigen. Sein Haus war sehr gastfreundlich. Er liebte feierliche Gottesdienste mit Figuralmusik (Ämter mit Orchesterbegleitung daher auch seine musikalischen Stiftungen im Testament). 1790 baute er das Pfarrhaus grundlegend um. Das Predigen dürfte ihm schwer gefallen sein, weshalb er zeitweise einen Vikar anstellte, den er ja selber bezahlen mußte. Seinem letzten Vikar – Johann Anton Merk – vermachte er „für willig geleistete Dienste . . . auch seines eifrig guten Betragens wegen“ 700 fl.

Daß er an sich wenig dachte, zeigt auch die Tatsache, daß er an kein Grabmal dachte. Seine Erben, auch seine Gemeinde Hofweier, beließen es bei einem recht bescheidenen Grabstein. Darüber regte sich niemand auf. Erst als der einfache Stein zwischen einen „größeren und besseren“ Grabstein des Pfarrers Herrmann und dem „neueren und schöneren des Pfarrers Geistl. Rathes Vogel“ sich befindet, wird das Gewissen des Armenrates wach. Am 11. 7. 1865 wendet er sich an das Großherz. Bz. Amt Offenburg mit dem Antrag: „Die dankbare Liebe in den Herzen fühlt sich betrübt durch den Anblick des ärmlichen Steines auf dem Grab des edlen Wohltäters (endlich nach mehr als 50 Jahren!!). Und es erscheint den Einwohnern von Hofweier als eine Forderung der Billigkeit und des Anstandes (!), daß das Grabmal des Pfarrers Siebert denen der anderen Pfarrer nicht nachstehe“. Die Stiftung sei seit 1812 sehr gewachsen, die Rechnung 1864/65 weise wiederum eine Erweiterung des Kapitals von 910 fl auf. Daher wird gebeten, es möge gestattet werden, auf die Rechnung des Fonds einen neuen Grabstein erstellen zu lassen. Der Antrag wurde genehmigt, und die Rechnung 1865 weist die Kosten des Grabsteines von 200 fl aus. Er wurde gefertigt von Th. Bogard von Offenburg. Er ist jetzt noch erhalten und trägt die Widmung: „Als Zeichen der Liebe und Dankbarkeit setzt die Gemeinde Hofweier dieses Denkmal“. Wahrlich ein spätes Denkmal der Liebe und Dankbarkeit!



Grabstein von Pfarrer Joh. Jakob Siebert auf dem Friedhof in Hofweier.

Die Leistungen des Armenfonds

Die Stiftung dieser zwei edlen Priester hat fast 150 Jahre lang in der Gemeinde ungemein segensreich gewirkt. Wir, die wir unser Leben gegen alle Wechselfälle absichern können – Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Hagel, Altersversi-

cherung u.a. – können uns das Ungesichertsein gar nicht mehr vorstellen, auch nicht, wie dankbar jene Menschen jegliche Hilfe empfunden haben. Wir wollen ganz absehen von der Tatsache, daß im Armenhaus stets die Ärmsten der Armen Unterkunft und Verpflegung fanden, daß jährlich ein bedürftiges Mädchen bei der Verehelichung 300 fl (später 514, – Mk) erhielt, daß arme Jungen ein Handwerk lernen konnten, weil der Fonds das Lehrgeld und eventuell die Kleidung übernahm – allein was die Stiftung in der eigentlichen Armenunterstützung leistete, ist ein Ruhmeslied in unserer Dorfgeschichte. Die ärztliche Versorgung, auch die Versorgung mit Medikamenten, wurde vom Fonds getragen, viele Jahre durch die Tätigkeit der sogenannten Chirurgen oder Bader (genannt werden Rest und Zapf), später in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahm der Fonds Ärzte unter Vertrag, damit die Armen ärztlich versorgt wurden. Viele Jahre übte diese Tätigkeit ein Dr. Kunzer in Offenburg aus, ab 1898 Dr. Kaiser in Niederschopfheim. Laufend erhielten Ortsarme Kleidung, Schuhwerk, Nahrung auf Kosten des Fonds. Man war darin wirklich nicht kleinlich. Die Fondsrechnungen weisen immer wieder Posten auf wie: für Wein an Rößlewirt oder Engelwirt für Arme und Kranke, ein Mal werden sogar 4/2 Flaschen Champagner gewährt! Oft wird die Wohnungsmiete übernommen, Hilfe für Durchreisende und Fremde ist selbstverständlich, sehr oft werden die Begräbniskosten übernommen vom Sarg über Totengräber bis zum Mesner. Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts häufen sich die Fälle von Unterbringungen in Heimen (Illenau, Emmendingen, Erziehungsheime), in Krankenhäusern – der Fonds muß die Kosten übernehmen, da keine eigenen Mittel vorhanden waren. Auch Beihilfen zu Kuren werden allmählich gewährt. So erhalten zwei Frauen eine Beihilfe zum Besuch des Landesbades in Baden-Baden von 50, – und 70, – Mk (1895), dann wieder für einen Aufenthalt in Bad Dürkheim. Daneben unzählige kleinere Unterstützungen in Barbeträgen, zeitweise nehmen diese einen großen Raum ein. Aber was in den Rechnungen besonders auffällt, ist das Gebiet der Nachbarschaftshilfe, wie wir es heute nennen würden. Pflegebedürftige und alleinstehende mittellose Mitbürger wurden in eine Familie zum Unterhalt und zur Pflege gegeben, der Armenfonds trug die Kosten. Es kommt dies immer noch billiger als die Unterbringung in einem Heim, wobei man bedenken muß, daß es nur wenige Heime gab. Oder wenn verwaiste Kinder „verstellt“ werden mußten: der Fonds sorgte dafür und gewährte die Mittel, wo es notwendig war. Man gab sogar einmal einer Frau, die nach Amerika auswandern wollte, das Fahrgeld und einem Jungen, der zu seinem Vater nach Algerien wollte, einen Teil des Fahrgeldes!

Das Gesagte läßt nur einen kleinen Einblick in das ganze Unterstützungswesen des Fonds damals erkennen. Das Bezirksamt Offenburg hat in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts mehrmals darauf hingewiesen, daß es nicht Aufgabe des Armenfonds sei, die ganze Armenunterstützung zu tragen, das sei vielmehr Aufgabe der Gemeinde. Der Armenfonds könne und solle nur jährlich

den für ihn tragbaren Betrag der Gemeinde zuschießen (so z. B. im Abhörbescheid 1889). Die Gemeinde hat fast kniefällig darum gebeten: „Da die Gemeinde nicht zu den vermöglichen gehört, und ansehnliche Umlagen bezahlt werden müssen, müssen wir doch bitten, daß uns die Erträgnisse des Armenfonds ziemlich ganz zur Verfügung und zur Deckung des Armenaufwandes bewilligt werden.“ Trotz mehrmaliger Mahnung von seiten des Bezirksamtes ließ sich die Gemeinde nicht von ihrer Praxis abbringen. Der Armenfonds war halt eine ungemein starke Entlastung der Gemeindegasse. Es gab „Spitzenjahre“, wo der Aufwand der Armenfürsorge die Summe von 2 500, – Mk erreichte und der Armenkasse zur Last fiel. Verständlich, daß die Revisionsstelle einschreiten wollte, ebenso verständlich, daß die Gemeinde sich beharrlich weigerte.

Besonders hart wurde der Fonds in Hungerjahren betroffen. Die Rechnung 1817 enthält die Notiz: „Von seiten des sich in diesem Hungerjahr gebildeten Wohltätigkeitsvereins dahier wurde bei Großherzogl. Kreisdirektorium die Erlaubnis nachgesucht, auf den Armenfonds hier zu kräftiger Unterstützung der Ortsarmen die Summe von 1 000 fl aufzunehmen, welchem Betrag auch wirklich durch hohen Beschluß vom 5. 3. 1817 willfahret worden.⁹ Von diesem Verein ist auch diese bewilligte Summe bei verschiedenen Individuen lehnungsweise erhoben und zu Ankauf von Früchten verwendet worden, jedoch mit der Auflage, daß jene Arme, welche von diesen Früchten erhielten, gehalten sind, den Empfang späterhin rückzuvergüten.“ 1818 hat der Fonds nochmals 680 fl und 7 1/2 Kreuzer aufgenommen. 1817 war dann ein gutes Weinjahr. Der Fonds nahm von unterstützten Armen Wein in Zahlung, mußte aber, da der Wein billig wurde, mit Verlust verkaufen. Es blieb ein ungedeckter Rest von 735 fl und 45 Kreuzer, den der Fonds in Abgang nehmen mußte. Die Gemeinde hat also in den Hungersjahren durch einen eigens gegründeten Wohlfahrtsverein die Armen unterstützt, die Armenstiftung mußte die Mittel aufnehmen und den Schaden tragen. Man kann es auch so machen!

Auch 1846/47 war eine Hungersnot, die vom Armenfonds gemeistert werden mußte. Ein Eintrag 1847 berichtet: „Infolge der außerordentlichen Theuerung der Lebensmittel 1846/47 mußte auch eine außerordentliche Unterstützung der Ortsarmen stattfinden; und wegen des allgemeinen Nothstandes mußte eine solche Unterstützung auch mehreren zukommen, die in gewöhnlichen Jahren sich selbst helfen konnten.“ Es wurde am 15. 1. 1847 obrigkeitlich genehmigt, daß der Überschuß des Armenfonds mit 434 fl und 54 Kreuzer zur Brotbeschaffung verwendet werden durfte. An sechs Markttagen Juni und Juli 1847 wurden in Offenburg Brotfrüchte gekauft: 192 Sester zu 441 fl, 6 1/2 Kreuzer. Daraus wurden 1 200 Laib Brot gebacken, davon 276 Laibe gegen Rückersatz von 15 Kreuzern pro Laib, alles übrige ohne Bedingungen abgegeben.

Eigenartig machte sich die Mißernte und das dadurch bedingte Hungerjahr 1852 in der Fondsrechnung nicht bemerkbar. Die Gemeindegasse von

1852 weist 1 200 fl zur Überwindung der größten Not auf, der Armenfonds dagegen keine besondere Belastung. Doch besitzt der Fonds 1853 ein Haus in der Bühlengasse (Brandversicherungswert 450 fl) aus der Gant des Mathias Joos und 17 Grundstücke, die alle aus verschiedenen Ganten stammen. Ein Zeichen dafür, daß die Verarmung sehr einschneidend gewesen sein muß.

Auch in den Jahren 1876-81 müssen Notzeiten gewesen sein. Die Rechnung 1876/77 enthält einen Armenunterstützungsbetrag von 1 844 Mk (und Tugendpreise im Wert von 2 101,72 Mk), die von 1878/79 einen Betrag von 1 598,54 Mk und die von 1880/81 sogar einen solchen von 2 228,85 Mk auf. Danach pendelte der Unterstützungsbetrag wieder auf eine normale Höhe von 5–600 Mk ein. Die übergroßen Beanspruchungen des Fonds führten dann ja auch zu den schon erwähnten Beanstandungen durch die Revisionsbehörde. Die Gemeinde ließ aber nicht von ihrer Praxis ab, und verteidigte sich auch mit dem Argument: „Da die Noth erst in diesem Frühjahr mehr herantritt, indem im letzten herben Winter die meisten Kartoffeln in den Kellern erfroren sind, wird eine größere Armenunterstützung nöthig werden.“

Eine weitere wichtige Aufgabe wird in den Rechnungsbüchern ersichtlich: der Armenfonds war im vorigen Jahrhundert der Kreditgeber für viele Landwirte und Handwerker. Banken und Kassen gab es auf dem Land noch keine. Wer Geld brauchte, war auf private Kreditgeber angewiesen und war oft in Gefahr, ausgenommen zu werden. Hier war nun eine Möglichkeit, einen Kredit aufnehmen zu können, ohne Angst haben zu müssen, daß einem der Hals zugeschnürt wird. Der Armenfonds war ja verpflichtet, seine Gelder rentabel anzulegen. In Notzeiten konnte man hier auch Zinsstundung erhalten. Ein sehr segensreicher Dienst des Armenfonds. In den 50er Jahren waren es bis über 100 Kreditnehmer, normal lag die Zahl zwischen 50 und 60 – nicht nur aus Hofweier, sondern auch aus den umliegenden Ortschaften. Im 20. Jahrhundert nahm die Zahl immer mehr ab, wohl auch weil das Bankenwesen sich sehr schnell ausbreitete.

In Notzeiten ließ es sich auch nicht vermeiden, daß die Summe der Zinsrückstände außerordentlich hoch wurde. Auch das gab der Aufsichtsbehörde Anlaß, die Gemeinde zur Beseitigung der Rückstände zu drängen. Die Antwort 1876/77 lautete: „Andererseits dürfte doch auch den schwierigen Zeitverhältnissen Rechnung getragen werden. Ruinieren wir unsere Leute in dieser schlechten creditlosen Zeit, so hat der Fonds und die Gemeinde der Lasten mehr. In besseren Zeiten soll unnachsichtiger verfahren werden.“ Auf weiteres Drängen der Behörde antwortete 1882 die Gemeinde: „Wenn in jetziger Rechnung auch noch ein oder der andere Posten in Rückstand erscheint, so läßt sich das doch nicht anders machen, gar keine Rückstände mehr zu dulden... Es werden die Zeiten auch wieder kommen, wo der Landwirt besser zahlen

kann.“ Im gleichen Bericht steht auch folgende Rechtfertigung: „Wenn dieser Rückstand auch groß erscheint, so muß doch eben der jetzigen Zeitlage Rechnung getragen werden. Die Kapitalien stehen ja meistens nur bei geringer bemittelten Landwirten aus; diese hatten zu kämpfen mit Noth und Nahrungssorgen genug und dieselben jetzt gänzlich ruinieren zu wollen oder sollen, kann nicht in unserem Interesse liegen. Unsere Fehljahre in Kartoffeln, Frucht und Wein sind bekannt, darum ist Nachsicht geboten. Bei besseren Zeiten, die ja auch wieder kommen werden, hat sich der Landwirt und Rebmann bald wieder erholt. Sieben Jahre soll man einem Rebmann borgen.“ Dahinter schreibt der Revisor: „Phrasen“!!! So kann nur ein Beamter in gesicherter Stellung sprechen!

Auf eine in heutiger Sicht unverständliche Seite dieser Stiftung muß noch hingewiesen werden. Die zwei edlen Stifter, beides eifrige Pfarrer der Pfarrei, hatten ihr wohltätiges Werk „der Gemeinde“ vermacht. Es gab damals halt nur eine Gemeinde, sie war nicht geteilt in politische und kirchliche Gemeinde, alle Aufgaben der Gemeinde wurden gemeinsam gelöst (z. B. auch der Kirchenbau 1763). Eine Trennung von Geistlichem und Weltlichem war damals einfach undenkbar. So wurde auch die Stiftung friedlich und gemeinsam verwaltet von der kirchlichen und weltlichen Obrigkeit (Pfarrer und Vogt oder Bürgermeister), unterstützt vom gewählten Armenrat (Stiftungsrat). Erst dem 19. Jahrhundert blieb es vorbehalten, die gemeindliche Einheit auseinanderzureißen. Der liberale und weithin kirchenfeindliche Staat drängte den Einfluß der Kirche auf allen Gebieten immer mehr zurück. Der erste Schritt, die Armenfürsorge allein den politischen Gemeinden aufzubürden, erfolgte 1836. In der Rechnung des Fonds von diesem Jahr heißt es: der hiesigen Gemeindegasse sind nach getroffener Übereinkunft, nachdem die Armen-Unterstützung „jetzt zum größten Theil auf der Gemeindegasse liegt, die übereingekommene Summe von jährlich 124 fl bezahlt worden.“ Diese 124 fl wurden von da an jedes Jahr an die Gemeindegasse überwiesen als Beitrag des Fonds zur Armenunterstützung. Trotzdem mußte der Fonds die Armenunterstützung im bisherigen Umfang weiterführen! Der stärkste Einschnitt erfolgte dann 1870. In diesem Jahr geht auf eine obrigkeitliche Anordnung hin die Verwaltung des Fonds auf die Gemeinde über. Der Pfarrer scheidet aus der Verwaltung aus, ebenso der gewählte Armenrat. Bürgermeister und Gemeinderat übernehmen die beschlußfassende Verwaltung. Die Begründung des Großherzogl. Verwaltungshofes in Bruchsal am 4. 8. 1871: „Die obige Stiftung ist für die Aussteuerung armer Mädchen in Hofweier bestimmt, demnach eine weltliche (!) Ortsstiftung, welche zufolge der Bestimmungen im II. Abschnitt des Stiftungsgesetzes vom 5. 5. v.J.'s nunmehr vom Gemeinderathe zu Hofweier zu verwalten ist. . . und die unmittelbare Aufsicht der dortigen Stelle zusteht.“ Man kann es auch so drehen, wenn man die richtige Brille aufhat! Daß es sich um eine rein kirchliche Stiftung handelte, interessierte diese liberalen Beamten nicht. Ob sich die beiden Stifter nicht im Grab herumgedreht haben?!

Der Vermögensstand des Fonds

Der Vermögensstand des Fonds soll nur kurz gestreift werden. 1814 – nach Vereinnahmung der Siebertschen Stiftung – war der Vermögensstand 9245 fl und 46 Kreuzer, 1842 betrug er bereits 18225 fl. 1848 wurde der Fondsrechner Xaver Sinz seines Postens enthoben (Hungerjahre!), er hatte an ihn gemachte Zahlungen nicht in Einnahme gebracht. Nach Prüfung der Kasse fallen auf den Rechner Unterschlagungen von 1277 fl, 28 1/2 Kreuzer. Sinz kam 1850 in Gant, sein Haus wurde versteigert, der Fonds ersteigerte 3 Grundstücke. Trotz allem mußten 569 fl und 33 Kreuzer in Abgang genommen werden. Xaver Sinz ist danach nach Amerika ausgewandert.

Bei der Währungsumstellung 1875 wurde das Stiftungskapital auf 20742,87 Mk festgesetzt, das Aktivvermögen betrug 45795,33 Mk. Der Tugendpreis war von jetzt an 514,29 Mk (die Zinnschüssel mit Zinndeckel und Blumenkranz wurden auf 11,14 Mk festgelegt). Gleichzeitig wurde das Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr gleichgesetzt. 1900 betrug das Barvermögen 59684,68 Mk. Die Inflation hat den Fonds sehr geschwächt, immerhin betrug das Barvermögen 1930 wieder 19985,29 Mk. Eine bescheidene Armenunterstützung wurde wieder aufgenommen. Der Tugendpreis entfiel nach der Inflation, die Lehrlingsunterstützungen hörten nach 1900 allmählich ganz auf. Nach dem zweiten Weltkrieg reichten die Mittel nicht mal mehr für die Erhaltung des Armenhauses. Deshalb beschloß der Gemeinderat in seiner Eigenschaft als Stiftungsrat des Fonds am 13. 8. 1959 die Auflösung der Stiftung. Und im Mai 1982 wurde dann auch das Armenhaus wegen Baufälligkeit abgerissen, das einstens für „ewige Zeiten“ gestiftet worden war. Bei den Menschen ist eben nichts ewig!! Ein einst großes Werk ist dahin gegangen und bei der Bevölkerung bereits vergessen.

Mit dieser Untersuchung soll das Andenken an ein großes Werk in Hofweier wieder aufgefrischt werden. Es wäre schade, wenn die Erinnerung an diese wirklich großartige Leistung in der Gemeinde ganz aufhören würde. Das 19. Jahrhundert in Hofweier läßt sich ohne die Armenstiftung einfach nicht verstehen. Zu stark wirkte diese edle Stiftung in das gemeindliche wie in das private Leben vieler hinein. Ja, man kann sagen: viele Bürger unserer Gemeinde hätten ihr Leben gar nicht fristen können ohne diese Hilfe. Und die Gemeinde hätte sich oft finanziell verblutet. Ehre, wem Ehre gebührt!

Anmerkungen:

- 1 Felix Freiherr Röder v. Diersburg, Mittheilungen aus dem Freiherrl. Röderschen Archive. Sonderdruck ohne Jahr (etwa um 1875), S. 232
- 2 A.a.O. S. 234
- 3 A.a.O. S. 235
- 4 Pfarrer Johann Joseph Schmautz war zugleich bischöf. Kommissar diesseits des Rheins, hatte also bestimmte bischöfl. Verwaltungsaufgaben in den diesseitigen Dekanaten Ottersweier,

- Offenburg, Lahr; zugleich war er Erzpriester (Dekan) des Kapitels Lahr und Protonotarius apostolicus (höchster päpstl. Ehrentitel)
- 5 Dieses Legat veranlaßte den hiesigen Kirchenchor zur Feier des 150jährigen Bestehens des Chores 1972. Sicher ohne Grund. Aus dem Vermächtnis geht nicht hervor, daß damals bereits ein Kirchenchor bestanden habe.
 - 6 Für die Geschichte Hofweiers ein interessantes Legat. Man wußte tatsächlich nicht mehr, daß in Hofweier einst eine Miliz bestanden hat. Das Testament bestätigt die Tatsache, die noch erhärtet wird durch einen Vermerk des Pfarrers Herrmann 1836 in einem Visitationsvorbericht: „Am Bruderschaftsfest feierliche Prozession mit zweimaligem Segen im Dorf unter Paradierung des Bürgermilitärs“. Sogar 1871 wird eine Miliz noch erwähnt im Protokoll der pfarrlichen Stiftungskommission: Antrag am 4. 6. 1871 den von Siebert gestifteten Betrag von 25 fl an das Bürgermilitär auszubezahlen.
 - 7 Der Verfasser hat die Verkündigung von der Kanzel in seiner Jugend vor der Inflation selbst noch erlebt, wußte aber nichts damit anzufangen.
 - 8 Eine ähnliche Stiftung machte Heinrich Sautier (1746-1810) in Freiburg – Jesuit und Gymnasialprofessor in Freiburg – „Berühmt und seiner Zeit voraus sind seine Stiftungen für junge, arme Knaben, die in einem Handwerk ausgebildet wurden, und ebenso eine für Mädchen, die sorgfältig in allen Hausarbeiten unterrichtet wurden und bei der Heirat noch eine kleine Aussteuer erhielten“. Vgl. Dr. Julius Dorneich, Der alte Friedhof in Freiburg i. Breisgau, 1968 S. 19. Ebenda S. 21: „Christian Wenzinger ‚Stadtrat, Bildner, Architekt und Maler‘ hat dem Armen Spital in der Herrenstr. 70000 fl vermacht. Die Armenpflege war damals noch ganz auf die Wohltätigkeit der Bürger angewiesen“.
 - 9 1817 vom Armenfonds in Subsidium des Armenvereins aufgenommene Kapitalien: Handelsmann Joh. Bapt. Querras in Offenburg 600 fl, Stadtprediger Gustenhofer in Offenburg 200 fl, Mademoiselle Adelheid Held 150 fl, Joseph Gaß, Hofweier 36 fl, derselbe 100 fl, Kaspar Göppert, Hofweier 100 fl, Bernhard Rudolph, Hofweier (unverzinst) 262 fl 9 1/2 Kreuzer, Michael Wörter, Hofweier 36 fl, Georg Schimpf, Hofweier 36 fl, Vogt Göppert, Hofweier 26 fl, Anton Ruby (unverz.) 25 fl, Mathias Geck, Hofweier (unverz.) 15 fl, Lindwirt Kling (unverz.) Hofweier 36 fl, Pfarrverweser Scherer, Hofweier (unverz.) 57 fl und 58 Kreuzer – insgesamt 1680 fl und 7 1/2 Kreuzer.

Die Aufnahmen wurden vom Verfasser zur Verfügung gestellt.

Literatur:

J. Bayer, Philipp Jakob Schmutz, Pfarrer in Hofweier (1714–1759), in: Ortenau 66/1986

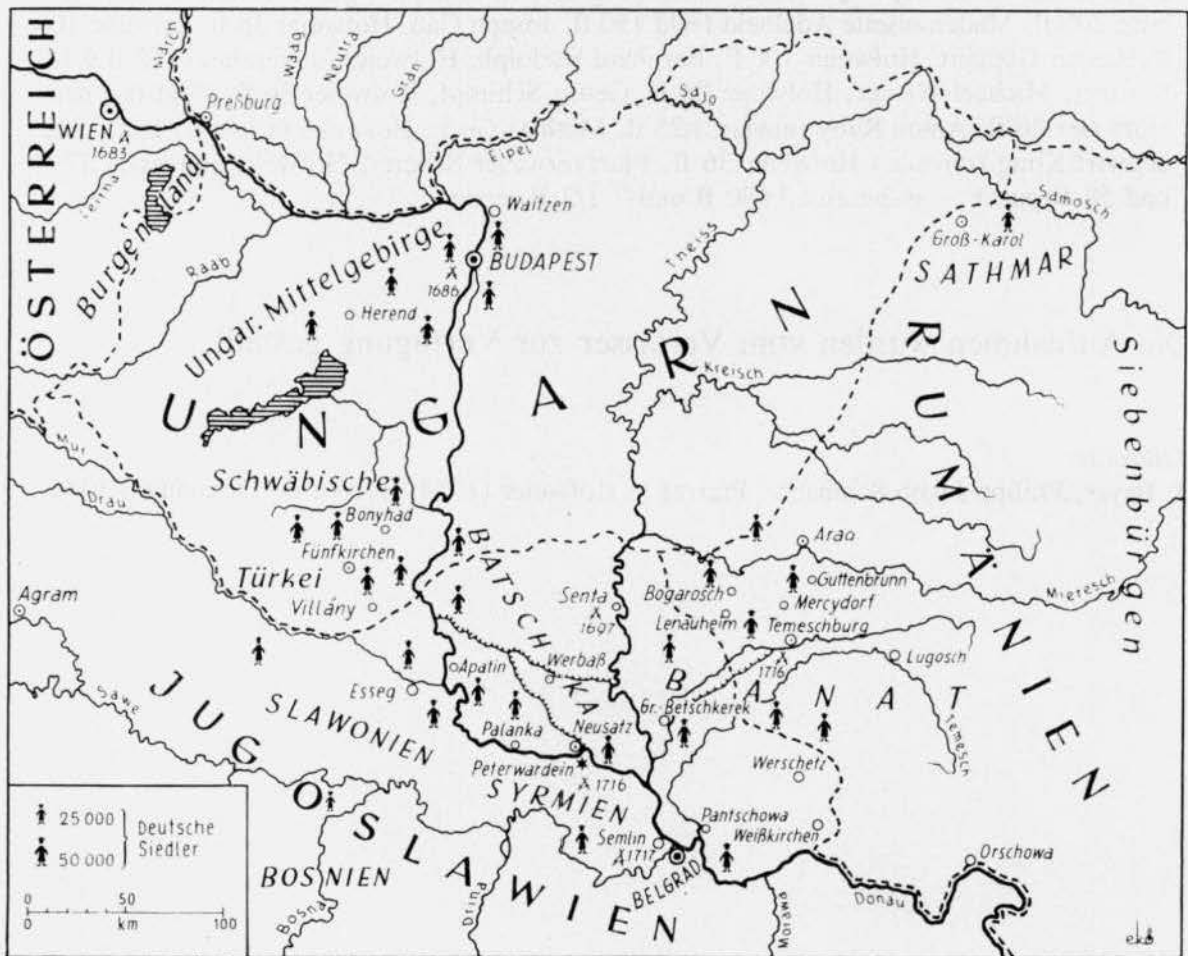
Schuttertal, Patengemeinde der Modoscher Heimatortsgemeinschaft aus dem jugoslawischen Banat

Gerhard Finkbeiner

An Pfingsten 1974 übernahm die Gemeinde Schuttertal als erste und bisher einzige Landgemeinde im Schwarzwald die Patenschaft für eine donauschwäbische Heimatortsgemeinschaft. Gründe und Anlaß für die Patenschaftsübernahme über die Heimatortsgemeinschaft Modosch waren einerseits die Ahnenforschung von Nachkommen ausgewanderter Schuttertäler, andererseits das lokale Interesse an dem Schicksal der einst vor über 200 Jahren nach Ungarn ausgewanderten Bürger.

Auf den „Ulmer Schachteln“ die Donau hinunter

Die Auswanderung der Schuttertäler in die pannonische Tiefebene, in die Batschka und das Banat, fiel vor allem in die maria-theresianische Aussied-



lungszeit von 1749—1772. Ziel der habsburgischen Verwaltung war es, in der durch die Türkenkriege entvölkerten ungarischen Tiefebene tüchtige Handwerker- und Bauernfamilien anzusiedeln. Die Kolonisten sollten nicht nur die Grenze gegen die Türken militärisch sichern helfen, sondern auch die landwirtschaftlichen Fortschritte des europäischen Westens nach Südosteuropa bringen.

Die Auswanderer zogen meist in größeren Truppen donauabwärts, die meisten von ihnen ab Ulm auf den als „Ulmer Schachteln“ bezeichneten flachen Schiffen. Im Verlauf der gesamten Ansiedlungszeit zwischen 1686 und 1829 wanderten fast 150 000 deutsche Siedler in den mittleren Donaauraum aus. Neben der deutschen Einwanderung kam es auch zur Ansiedlung von nichtdeutschen Bauern aus verschiedenen Völkern (Madjaren, Slowaken, Ruthenen, Rumänen, Kroaten, Bulgaren, Italiener, Spanier und Franzosen), was den sich später herausbildenden Donauschwaben durch die vielfältigen kulturellen Beziehungen ihr besonderes Gepräge gab.

Die deutschen Siedlungsdörfer, die häufig auf ehemals von slawischen Kolonisten besiedelten Pußten entstanden, wurden schachbrettartig angelegt. Für die erste Wohnstätte bekam jeder Kolonist den Hausplatz unentgeltlich. Das Bauholz lieferte, da es solches in der Batschka und im Banat nicht gab, die Kame-



Blick in die Hauptstraße von Modosch vom Kirchturm der katholischen Kirche aus gesehen.
Foto: G. Finkbeiner

ralherrschaft. Die Wände der Siedlungshäuser, deren Giebel alle der Straße zugekehrt waren, wurden aus Lehm gestampft, das Dach mit Schilfrohr gedeckt. Siedlungsland, Brachland und Saatgut erhielten die Kolonisten ebenfalls umsonst. Vieh, Ackergeräte, Verpflegung waren vorschußweise zu erhalten.

Trotz dieser umfangreichen Bemühungen um die Kolonisten hat die Ansiedlungspolitik anfänglich auch zahlreiche Rückschläge hinnehmen müssen. Viele Kolonisten starben an Seuchen und Entbehrungen, und einige versuchten in die Heimat zurückzukehren, als sie ihre Hoffnung nicht erfüllt sahen. Der überwiegende Teil der Kolonisten harrete aber aus und verwandelte die sumpfigen Donauniederungen in fruchtbares Ackerland. „Aus einer Wüste wurde ein blühender Garten Eden“, würdigte später der donauschwäbische Dichter Adam Müller-Guttenbrunn in seinem Werk „Der große Schwabenzug“ (1913) die Leistung der Donauschwaben.

Schuttertälner siedelten in Hodschag in der Batschka

Die nachweisbare Auswanderung von 24 Familien mit insgesamt 85 Einzelpersonen aus der Gemeinde Schuttertal nach Ungarn (gewiß waren es sehr viel mehr!) fällt vor allem in die Zeit Maria Theresias. Da die österreichischen Behörden bevorzugt katholische Kolonistenfamilien aufnehmen wollten, entschlossen sich viele junge Paare vor der Abreise rasch noch zur Heirat. Die



Im Innenhof des Bauern Stefan Recktenwald, Modosch. Rechts im Hintergrund zwei Maisspeicher, sogen. Kotarkas, in die der Kolbenmais gelagert wurde.

Repro: G. Finkbeiner

Schuttertäler Kirchenbücher enthalten deshalb mehrere Ehebucheinträge in den Jahren 1759, 1760 und 1761 mit dem Vermerk: „Hungariam tendentes“ oder „Hungariam transmigrantes“.

Wie aus den Kontrakt-Protokollen der Herrschaft Hohengeroldseck zu entnehmen ist, erhielten auch die meisten heiratswilligen Paare, die mangels Vermögen der Heiratsbeschränkung unterlagen, die Heiratserlaubnis nur unter der Bedingung, daß sie sich verpflichteten, „nach der Kopulation das Land alsbald zu verlassen“ und nach Ungarn zu ziehen. Im § 2 des Ehevertrags war mit den beiden Partnern eine entsprechende Verpflichtung zum Wegzug nach Ungarn vereinbart.

Viele Schuttertäler Familien haben sich zuerst in der Batschka, in Hodschag, niedergelassen. Hodschag, ehemals eine rein deutsche Großgemeinde, heute im jugoslawischen Teil der Batschka gelegen, besaß eine bedeutende Funktion bei der Ansiedlung der Deutschen im 18. Jahrhundert. Viele Auswanderer, so auch die Schuttertäler, ließen sich nur vorübergehend in Hodschag nieder und wanderten weiter, wenn sie von einer anderen deutschen Ansiedlung hörten, wo Brachland oder Ackerland noch günstiger zu erwerben war. Eine dieser Gemeinde, die ihre Entstehung dem Zuzug von Deutschen aus bereits bestehenden, aber übervölkerten Kolonistendörfern verdanken, ist Modosch im Banat, das heute die Ortsbezeichnung Jaša Tomić trägt.

Modosch, eine Vielvölkergemeinde

Im Jahre 1784 zogen die ersten Deutschen in das bis dahin vor allem von Serben bewohnte Modosch. Der Zuzug der Deutschen nahm innerhalb weniger Jahre so zu, daß sich diese bald zu einer eigenen Gemeinde, Deutsch-Modosch, zusammenschlossen. Um die Jahrhundertwende hatte Modosch 4 620 Einwohner. Hiervon waren 2 131 Deutsche, 1 361 Serben, 700 Ungarn, 346 Bulgaren und der Rest gehörte vier weiteren Nationalitäten an. Nach dem Zerfall von Österreich-Ungarn am Ende des Ersten Weltkriegs wurde Modosch zuerst von Serben besetzt, jedoch schon im August 1919 Rumänien angeschlossen. Im April 1924, als zwischen Rumänien und Jugoslawien eine Grenzkorrektur vorgenommen wurde, kam Modosch im Tausch gegen Hatzfeld (heute Jimbolia) zu Jugoslawien.

Flucht und Heimatfindung in aller Welt

Im Zweiten Weltkrieg, nach dem Zusammenbruch der deutschen Ostfront wurde Modosch als erste Gemeinde des Banater Siedlungsgebietes am 30. September 1944 von sowjetischen Truppen besetzt; den weiter westwärts ziehenden Truppen folgten rumänische Einheiten, dann Titos Partisanen und somit der Beginn der totalen Entrechtung, der „Holocaust“ der Donauschwaben.

Den Plünderungen, Verhaftungen, Vergewaltigungen und Tötungen folgte die Enteignung. Zu Weihnachten 1944 wurden besonders viele junge Frauen und Mädchen, aber auch Männer nach Rußland deportiert. Im März 1945 kamen die verbliebenen Deutschen, vom Säugling bis zur Urgroßmutter, in Konzentrationslager. In den Lagern setzte bald ein Massensterben ein. In diesen berüchtigten Lagern sind 486 Modoscher verhungert, erschossen oder ermordet worden.

Im September 1945 begannen die Menschen zu flüchten. Viele verließen ihre Heimat bei Nacht; tagsüber versteckten sie sich in den Maisfeldern. Sie flüchteten vorwiegend über Rumänien, durchzogen ganz Ungarn, um schließlich nach Österreich zu gelangen. Andere wieder, die aus den Batschkaer Lagern kamen, flohen über Ungarn nach Österreich. Auf diesem Weg kamen über 1 000 Menschen aus Modosch nach Österreich und Deutschland.

In der Zeit zwischen 1946 und 1949 fanden sich die Überlebenden wieder: die Geflüchteten aus Jugoslawien, die ehemaligen Soldaten aus der Kriegsgefangenschaft und die Zwangsarbeiter aus Rußland. Entwurzelt, heimatlos, von schrecklichen Erlebnissen gezeichnet, begannen die Modoscher überall dort, wo sich ihnen eine Gelegenheit, eine Zukunft bot, eine neue Existenz aufzubauen.

Heute leben viele Modoscher in und um Wien, in Baden-Württemberg, in Bayern und in der Pfalz. Sehr viele Modoscher sind auch in Los Angeles und Chicago ansässig. Außer in der Bundesrepublik, Österreich und in den Vereinigten Staaten sind auch eine größere Anzahl Modoscher nach Kanada, Argentinien und Australien ausgewandert. Kleinere Gruppen sind in Jugoslawien, Rumänien und Ungarn verblieben oder in die DDR, nach Frankreich, Holland und Schweden gezogen.

Patenschaftsübernahme durch die Gemeinde Schuttertal

Kaum hatten die Vertriebenen im westlichen Ausland Fuß gefaßt, wurden die ersten Heimattreffen organisiert. Das erste fand 1949 in Linz statt. Weitere Treffen waren jeweils zu Pfingsten in Waiblingen (1956), in Spaichingen (1959), in Sindelfingen (1965), in Bad Cannstatt (1970) und 1972 in Schuttertal. 1974 hat dann die Gemeinde Schuttertal stellvertretend für die einstige Urheimat der Vorfahren aller deutschstämmigen Modoscher (aus der Pfalz, dem Elsaß, aus Lothringen, Baden und Württemberg) die Patenschaft für die „Heimatortsgemeinschaft Modosch“ übernommen.

Über den Sinn dieser Patenschaftsübernahme heißt es in der Patenschaftsurkunde vom 1. Juni 1974:

„Die Gemeinde Schuttertal bekundet mit der Patenschaftsübernahme ihre Verbundenheit mit den Modoschern. Sie betrachtet die Patenschaft als Verpflich-

tung ihren ehemals ausgewanderten Landsleuten und deren Nachkommen gegenüber und will die Erinnerung an die kulturell-geistigen und wirtschaftlichen Werte, die in der verlorenen Heimat geschaffen wurden, gemeinsam mit den Modoschern und ihren Nachkommen für alle Zeit lebendig erhalten.“

Inzwischen hat in Schuttertal das neunte Modoscher Heimatortstreffen stattgefunden. Trotz der nun über 40 Jahre zurückliegenden Vertreibung, der räumlichen Trennung und der stetig abnehmenden Zahl von Modoschern, die ihre Heimat noch bewußt erlebt haben, kommen alle zwei Jahre immer noch viele Modoscher aus aller Welt zum Heimatortstreffen nach Schuttertal. Die gemeinsame Vergangenheit, das gleiche Schicksal, die Erinnerungen und familiären Bindungen an die alte Heimat im Banat bewirken auch noch nach vier Jahrzehnten ein beispielhaftes Zusammengehörigkeitsgefühl. Für die in 16 Staaten auf vier Kontinenten verstreut lebenden Modoscher ist Schuttertal, das



Totengedenken der Modoscher Heimatortsgemeinschaft vor dem Gedenkstein im Modoscher Park in Schuttertal, o. l. Bürgermeister Bernhard Himmelsbach, Schuttertal, Josef Burger, Erhard Kausch und Dr. Heinrich Woog, Mitglieder des Modoscher Heimatausschusses.

Foto: G. Finkbeiner

Dorf im Schwarzwald, eine Art geistige Ersatzheimat geworden. In Schuttertal gedenken die Modoscher ihrer Toten; die „Modoscher Heimatstube“ im Rathaus erinnert in ihrer kulturgeschichtlichen Ausgestaltung an die Banater Heimat, der „Modoscher Park“ mit Gedenkstein, die „Modoscher Straße“ und die Patenschaftstafeln am Ortseingang halten Modosch im Bewußtsein der Menschen gegenwärtig und sind gleichzeitig ein Beweis dafür, daß ein auf Tradition beruhendes Gemeinschaftsleben über Generationen hinweg Bindungen zu leben vermag.

Literatur

Gedenkschrift anl. der Patenschaftsübernahme der Gemeinde Schuttertal für die Ortsgemeinschaft Modosch, 1974. Hrsg. Heimatausschuß der Ortsgemeinschaft Modosch, Eigenverl. der Ortsgemeinschaft Modosch. — Gerhard Finkbeiner, Die Auswanderung aus der Reichsgrafschaft Hohengeroldseck und der Klosterherrschaft der Abtei Ettenheimmünster nach Südosteuropa. Modoscher Heimatblätter, Nr. 100 (Jubiläumsausgabe), September 1982. Hrsg. Josef Burger, Gartenstr. 2, 7775 Bermatingen. — Werner Hacker, Auswanderungen aus Baden und dem Breisgau, Stuttgart 1980. — Josef Harjung und Anton Reimann, Ortssippenbuch Hodschag in der Batschka. Frankfurt/M. 1976. Zentralstelle für Personen und Familiengeschichte, Reihe B, Band 9. — Josef Burger, Heimatbuch der Gemeinde Modosch im Banat. 1964, Eigenverlag des Verfassers. — Baden-Württemberg und seine Patenschaften. Herausgeber: Innenministerium Baden-Württemberg. Februar 1987, II. Die Patenschaften des Landes über die Volksgruppe der Donauschwaben S. 9—19 und Schuttertal S. 105.

„Denn in diesem Land haben sie nicht so viele Lustbarkeiten . . .“

– Auswandererbriefe berichten aus der „Neuen Welt“ –

Gerhard Finkbeiner

1833 ist Johann Baptist Billharz, der Sohn des Schweighausener Bürgermeisters Mathias Billharz vom Billharzhof¹ im Loh ohne Staatserlaubnis nach Nordamerika ausgewandert. 1844 folgte Mathias Billharz seinem Bruder in die Staaten. In demselben Jahr verließ auch Katharina Spitz von „Spitzhansjörge“ das Dorf Schweighausen. Die Tochter des Webers und Ortsdieners Johann Nepomuk Spitz (1779–1860) wollte sich in Nordamerika mit Mathias Billharz² verheiraten.

Johann und Mathias Billharz lebten in Washington, South River, Middlesex County, im Staat New Jersey. Über viele Jahre hinweg korrespondierten Johann Baptist und Katharina Billharz, geb. Spitz mit den Eltern und nach deren Tod mit dem Schwager und Bruder Josef Spitz (1825–1887) in Schweighausen.

Für uns, die wir uns heute mit der Auswanderungsforschung beschäftigen, sind diese Auswanderungsbriefe interessante, aufschlußreiche, zeitgeschichtliche Dokumente. Es sind „Alltagsbriefe“ mit Schilderungen vom neuen Leben, erste Beurteilungen der „Neuen Welt“, Aufforderungen zum Nachkommen,

Familie Mathias Billharz/Katharina, geb. Spitz mit ihren Kindern um 1855/60 in Washington South River, New Jersey. Um die Familienbindungen aufrechtzuerhalten, wurden gelegentlich Familienfotos, sogenannte Ferrotypien, in hübschen, dekorativen Kunststoff-Etuis nach Hause geschickt.



Ratschläge für Auswanderungswillige, Erkundigungen nach dem Leben daheim, die Meldung vom Tode eines Bekannten, persönliche Mitteilungen an die Angehörigen, an Bekannte im Heimatdorf.

Der erste Brief stammt von dem 1833 heimlich ausgewanderten Johann Baptist Billharz (* 29. 07. 1812). Gerichtet ist der Brief an seinen Vater Mathias Billharz (1790–1863) und seine Mutter Katharina, geb. Zehnle (1788–1852), an seine Geschwister und an seine Schwiegereltern. Briefstil als auch die im Brief und Unterschrift unterschiedlich zum Ausdruck kommende Handschrift legen die Vermutung nahe, daß der Brief nicht von Johann Baptist Billharz selbst, sondern von einem beauftragten Schreiber geschrieben wurde.

Mit Ausnahme der Rechtschreibung werden die Briefe im Wortlaut und grammatikalisch unverändert wiedergegeben.

Washington, South River, 3. August 1838

Liebe Eltern, Geschwister und Schwiegereltern!

Eueren Brief vom 1. Juni kam den 12. Juli in New York an, von wo ich ihn am 2. dieses Monats erhielt. Mit Freude haben wir daraus entnommen, daß Ihr noch alle gesund seid, wofür wir auch ein herzliches Gott-sei-Dank sagen wollen. Auch in betreff unserer können wir Euch die nämliche Versicherung geben, nur war mein jüngstes Mädchen vor einiger Zeit gefährlich krank, so daß wir glaubten, es verlieren zu müssen. Die Schnelligkeit, womit mein letzter Brief lief, hat mich und alle, die es erfuhren, in das größte Erstaunen versetzt, denn es ist kaum zu glauben, daß er von New York bis in Euere Hände die Reise in vier Wochen gemacht haben soll.

Ich will mir nun Mühe geben, Euch Eueren Brief Punkt für Punkt so zu beantworten, um Euch alles, was Ihr zu wissen wünschet und verlanget, soviel wie möglich zufrieden zu stellen.

Ihr könnt meinen letzten Brief unmöglich richtig verstanden haben, daß Ihr mir schreibt, als hätte ich ein eigenes Haus im Besitz. So viel ich mich richtig erinnere, so habe ich Euch damals geschrieben, daß ich ein eigenes Haus zu bewohnen habe nebst einem Stück Garten, welches beides zu meinem monatlichen Arbeitslohn geschlagen ist, und nun also keinen kleinen Unterschied zwischen eigenem Besitz und bloß zeitlich überlassenen ausmacht. So glücklich war ich bis jetzt noch nicht, mir ein Haus kaufen zu können und am wenigsten hier am Ort; es ist in dieser Hinsicht auch anders als bei Euch, wo man den Käufer in Terminen bezahlen läßt. Der Amerikaner will aber alles auf einmal. Jedoch ich hoffe, wenn ich einmal meinen Aufenthalt über kurz oder lang weiter in eine entferntere Gegend verlegt haben werde, umso eher und leichter zu liegendem Eigentum zu kommen.

An Euch über Religion und Kinderzucht alles ausführlich zu schreiben, wie es in diesem Lande stehet, so wäre der Raum dieser Blätter für diesen Artikel allein zu klein. Deswegen will ich mich für das Wissenswürdigste nur in Kürze fassen, um auch Raum für andere Gegenstände zu lassen.

Die geringste Anzahl der Bewohner dieses Landes sind Katholiken, welche meistens von Europa herüber kamen; die anderen Religions-Parteien bestehen aus Episkopalen, Protestanten, Reformierten, Methodisten, Baptisten, Aniversalisten, Quäker und noch vielen anderen Religionssekten, die ich nicht alle anführen mag. Kirchen und religiöse Versammlungshäuser gibt es genug, besonders in Städten und Plätzen von einigem Rang. Katholisch-deutsche Kirchen sind aber ziemlich dünn gesäet in diesem Land, und somit kann denn auch die Ernte des Guten unserer Nation nicht groß sein. New York bei einer Einwohnerzahl von wenigstens 8–10 000 deutschen Katholiken besitzt nur eine deutsche katholische Kirche. Je weiter in das Land hinein, umso seltener wird die Gelegenheit zum öffentlichen Gottesdienst für uns deutsche Katholiken, weil im Lande die Menschen nur einzeln wohnen, und sie oft meilenweit zu gehen haben, um dem sonntäglichen Gottesdienst beizuwohnen – wenn sie wollen!

New Brunswick ist für uns der nächste Ort, wo wir den Gottesdienst am Sonntag halten können, und dieser selbst ist drei Meilen entfernt, und die katholische Kirche ist englisch. Um zur Beichte und Kommunion zu gehen, müssen wir nach New York segeln, welches schon über 40 Meilen Entfernung ist, weswegen wir auch diese heiligen Handlungen nicht so oft als Ihr zu Hause, wo Ihr nur wenige Gänge zur Kirche habet, begehen können. Das einzige also, was dem rechtläubigen Christen zur Gottesverehrung wegen oft weiter Entfernung der Kirche zu tun übrig bleibet, ist Gottesdienst im häuslichen Vereine durch inniges Gebet, durch Erhebung des Herzens und Geistes zu Gott, unserem Vater und durch Ausübung derjenigen christlichen Pflichten des Menschen, welche . . . (Hier ist in dem Brief eine nur lose eingelegte Zwischenseite verloren gegangen. Der Brief fährt dann fort mit Proviantvorschlägen, die bei einer eventuellen Auswanderung von Familienangehörigen zu berücksichtigen sind). . . . in Essig hält es einige Wochen, Kartoffeln, Zwieback, Eier, Reis, Bohnen, Erbsen, Kaffee, Zucker, geräuchertes Fleisch, Zwiebeln, Essig, eine Bouteille Baumöl, Zitronen, eingesalzene Butter, Schmalz, Käse, Mehl und noch einige Artikel, von denen Ihr glaubt, daß sie Euch auf der See zugutekommen können. Vergesst aber ja nicht, Euch gut mit Kartoffeln, Eiern, geräuchertem Fleisch, gedörtem Obst und mit rotem Wein zu versehen, weil diese unentbehrlich sind und am besten behagen.

Seid Ihr in New York angekommen, so wendet Euch gleich an Boxmacher Mayer, der Euch alsdann die beste Auskunft über mich geben kann und Euch vielleicht selbst zu mir führen wird. Von Handwerkszeug und Geschirr nehmet nichts von zu Hause mit, weil Ihr es nicht brauchen könnt; das hiesige ist besser, händiger und ebenso wohlfeil, wenn nicht noch wohlfeiler als bei Euch. Solltet Ihr jedoch Euch doch nicht entschließen können zu kommen, so kann doch der Mathias Kürz und meine Schwester Magdalena³ miteinander kommen, für welche es gewiß ebenso gut hier ist. Ihr solltet ihr aber ein Stück Geld mitgeben, daß sie sich ein kleines Eigentum kaufen könnten. Für diese wäre es besser, wenn sie die Reise von Straßburg bis nach Le Harvre mit der Diligence machen, welche sie in vier bis fünf Tagen zurücklegen, nur können sie alsdann nicht so viel Gepäck mitnehmen, weil über 50 Pfund freies Gepäck für die Person, alles weitere bezahlt werden muß.

Ich hatte im Sinne, dieses Spätjahr weiter ins Land hineinzuziehen; auf die in Euerem Brief gegebene Nachricht bin ich aber entschlossen, noch hier zu bleiben, um abzuwarten, was Ihr zu tun willens seid, und mich im Falle Ihr kommet, an Euch anzuschließen. Schreibt mir daher ja gleich wieder, und damit Eueren festen Entschluß. Land und

gutes Land ist genug in Amerika zu haben und oft billig zu kaufen. Und von Abgaben und Steuern weiß der Bauer hier zu Lande nicht viel!

In der Bauerei ist freilich gegen draußen einiger Unterschied. Dinkel wird keiner gebaut, dagegen Weizen, Roggen, Haber, sehr viel Welschkorn, Buchweizen, Kartoffeln; Raps und Hanf keiner, Flachs wenig. Obst gibt es genug und besonders dieses Jahr. In der hiesigen Gegend sieht man ordentlich Pfirsich-Wälder. Pfirsiche gibt es so viel, daß sie gar keinen Preis beinahe haben.

Der Schreiber, dieser Dr. Mundorff aus Stuttgart, Königreich Württemberg, hat dieses Frühjahr und diesen Sommer beinahe den ganzen großen Staat Pennsylvania bereist und beschreibt ihn als ein herrliches Land, wo die Leute gut, glücklich und zufrieden leben, wo alles deutsch ist und wo er Euch auch anraten würde, anzukaufen.

Ist es denn bei Euch dieses Jahr auch so heiß und trocken? Die Hitze hier ist so groß, daß sie kaum zum Aushalten ist, und die Trockenheit hat den Feld- und Gartenfrüchten ziemlich Nachteil gebracht.

Von dem Bernhard Singler habe ich noch nichts gesehen, noch gehört. Sollte ich ihn aber irgendwo treffen, so darf er wegen seiner an meiner Schwester Maria Anna⁴ und ihren Kindern ausgeübten Schurkerei eines warmen Willkommens versichert sein!

Meine Frau hat ein großes Verlangen nach ihrer Mutter und ihren Geschwistern; für sie wird es aber wohl schwer fallen, eine Reise nach Amerika zu machen. Meine Frau hätte gerne auch gewünscht zu wissen, an wen ihre Schwester Barbara verheiratet ist. Der Michel wird groß und stark und spricht besser englisch als deutsch, so wie auch meine zwei Mädchen nichts als englisch plappern.

Schiffe mit Einwanderern aus Europa kommen täglich in New York an. Brächten die Familien nur auch mehr Geld mit und gingen gleich tiefer in das Land hinein, um sich anzubauen, wo noch viele Millionen „acre“ Land zu verkaufen sind und des Anbaues warten. In New York ist es nichts. Dort ist die Schlechtigkeit zu groß und man ist keine Stunde seines Eigentums wegen Betrug, Diebstahl und dem beständigen Brennen sicher, denn kein Tag, keine Nacht vergeht, wo es nicht brennt; erst vergangenen Mittwoch brannten dort wieder 63 große Gebäude ab.

Ich schließe nun mit der wiederholten Bitte, uns gleich wieder zu schreiben. Wir grüßen Euch, meine Frau Mutter und Schwestern, alle unsere Anverwandten, Freunde und Bekannte sowie auch Herrn Schullehrer Frey herzlich und verbleibe wie immer Euer treuer und dankbarer Sohn und Bruder

Johann Baptist Bilharz!

Der folgende Brief wurde von Katharina Spitz (* 16. 11. 1820) geschrieben, Ehefrau des 1844 ausgewanderten Mathias Billharz (* 30. 06. 1817). Adressat sind wohl die Schwiegereltern und die Eltern der Katharina Spitz. Sowohl Schriftbild als auch das Bemühen, den heimischen Dialekt in Schriftdeutsch umzusetzen, sind ein Hinweis dafür, daß Katharina Spitz den Brief selbst geschrieben hat.



„Spitzhansjörge“ im Dorf; das elterliche Haus von Katharina und Karolina Spitz in Schuttertal-Schweighausen.

Mathias Bilharz fügt in eigenhändiger ungeübter Schrift die Bemerkung bei: „Wen der Ruman komd soll er uns 4 gute Wezstein midbringen und 2 fäslein 12 Kreizer Zundel ein Krus an Sonenwirt er soll mir eine Mas Wein schigen.“

Der Brief der Eltern in Schweighausen wurde jeweils von dem „Schreiber Basil Frey“ verfaßt, den die Katharina Spitz in ihrem Brief grüßen läßt.

Washington, den 4. Mai 1845

Liebe Eltern und Geschwister!

Euer Schreiben vom 15. Januar erhielten wir den 25. März mit wahren Freuden, weil wir darin vernommen haben, daß Ihr noch alle gesund seid. Wir wohnen nicht mehr bei dem Bruder Baptist, wir wohnen eine Stunde weit von ihm, denn der Baptist hat wieder geheiratet. Wir haben keinen Platz mehr im Hause. Seine Frau ist aus dem Preußischen, nächst bei Köln am Rhein. Sie ist Näherin. Sie war erst drei Monate im Land, bevor er sie geheiratet hat. Den 8. Januar haben sie sich kopulieren lassen und den 10. sind wir fortgezogen. Wir wohnen auch bei deutschen Leuten; sie sind aus dem Württembergischen. Wir müssen jährlich zwölf Taler bezahlen, denn wir haben nichts als eine Stube.

Ihr verlangt zu wissen, wie es mit dem Baptist seiner Frau Begräbnis war. Er hat sie nicht selbst beerdigt, sie ist von einem evangelischen Pfarrer begraben worden. Sie ist

auch auf einen Gottesacker gekommen, aber auf einen evangelischen. Das Begräbnis ist aber in New York gehalten worden wie bei Euch. Aber es hat ihn viel Geld gekostet. Der Totenbaum hat fünf Taler gekostet; der war aber noch wohlfeil, sonst kostet einer zehn Taler und der Doktor kostet ihn dreizehn Taler und der Totengräber zwei Taler.

Mein Vater verlangt auch zu wissen, wie wir es haben in unserer Haushaltung. Bisher können wir noch nicht klagen. Wir haben es so gut wie Ihr in Deutschland. Wir haben ein Schwein und zwei Hühner. Wir haben uns auch eine Kuh gekauft. Aber wir haben im Sinn, demnächst im Frühjahr nach Lancaster im Staate Pennsylvania zu ziehen, wo der Benedikt Funk⁵ wohnt, wo alles deutsch ist, weil wir die Sprache nicht kennen. Von New York bis nach Lancaster sind es 150 Meilen oder 50 Stunden.

Der Mathias hat diesen Winter vom ersten Dezember bis ersten Mai 89 Klafter Holz gehauen und für einen Klafter einen Gulden drei Kreuzer bekommen. Ich habe vierzig Pfund Garn gesponnen und für ein Pfund vierzehn Kreuzer bekommen.

Meiner Schwester Luidgard⁶ schreibe ich. Wenn es Lust hat, nach Amerika zu ziehen, dann soll es kommen. Weil es noch jung ist, lernt es die Sprache ring. In diesem Land hat sie es besser als wie in Deutschland. Denn die Weibsleut dürfen nicht auf dem Feld arbeiten. In einem Monat hat eine anfänglich acht Gulden und wenn sie die Sprache kann, bekommen sie auch noch mehr. Aber die jungen Leut reut es doch anfänglich, denn in diesem Land haben sie nicht so viele Lustbarkeiten als wie in Deutschland. Am besten ist es, wenn die Weibsleut das Nähen können, denn sie müssen die Kleider fast alle machen und die Arbeit ist teuer. Doch lasse ich ihr den freien Willen, nicht daß es kann sagen, ich war Schuld daran. Kleidung braucht man nicht viel mitzunehmen. Die Leinwand ist wohlfeil, das wollene Tuch aber ist teuer.

Wenn der Roman⁷ auch nach Amerika will, dann raten wir ihm, nicht die Wagnerprofession zu lernen, sondern das Schuhmacherhandwerk ist eines der besten in Amerika, wenn er es recht kann. Er soll es aber in einer Stadt lernen, wo sie recht feine Stiefel machen; besonders das Walken soll er gut lernen. Aber er soll nicht ohne Erlaubnis fortgehen wie der Baptist.⁸

Die Kleider sollen gemacht werden wie sie in den Städten getragen werden. Wenn er kommt, soll er auch einen Rock mit sich nehmen und dem Mathias einen, und der Baptist wollte auch einen. Dem Mathias seinen Rock sollen sie dem Josef Zehnle anmessen, dem Baptist seinen sollen sie dem Bruder Josef anmessen. Um den Bauch rum sollen sie ein wenig eng sein. Wenn er kommt, dann bezahlen wir ihn. Auch soll er mir Bücher mitbringen, ein Neu-Testament und ein Himmelsschlüssel.

Neues weiß ich nichts zu schreiben. Wir wünschen, daß Ihr es mit Gesundheit leset. Schreibt auch wieder. Schreibt auch, wo die anderen Kameraden sind, die mit uns fortgezogen. Wir und der Baptist und seine Frau grüßen Euch vielmals und recht herzlich und lebet wohl. Auch grüßen wir den Schreiber Basil Frey und alle insgesamt recht herzlich. Auch grüße ich meine kleine Schwester Karoline⁹ und es soll kommen und soll bei uns Kindsmädchen sein.

Grüße Euch alle

Katharina Spitz und Mathias Bilharz!

Washington, den 10ten Juni 1849

Liebe Eltern, Schwiegereltern und Geschwister!

Euer Schreiben erhielten wir den 8. März mit Freuden, weil wir darin gesehen haben, daß Ihr noch alle bei Leben sind.

Das Gut ist nicht unser eigen, wir haben es nur gelehnt. Es sind 12 Acker Land. Voriges Jahr haben wir müssen 100 Gulden dafür bezahlen und dieses Jahr haben wir es für 88 Gulden gelehnt. Wir haben eine Kuh, drei Schweine und sechzehn Hühner. Wir haben noch nichts vorgeschlagen, denn wir haben schon viel Krankheiten mit unseren Kindern gehabt. Der Doktor hat uns voriges Jahr 25 Gulden gekostet. Da könnt Ihr wohl denken, daß man nicht kann vieles vorschlagen. Denn es ist mit den Kindern hier nicht so gut wie in Deutschland, denn im Sommer war die Hitz zu groß. Wir sind Gottsei-Dank jetzt alle gesund.

Der Sonnenwirt Wilhelm Schwörer ist in Chikago im Staat Illinois. Die Barbara Griesbaum¹⁰ ist bei ihm. Sie hat der Rosina und Theresia Mark¹¹ geschrieben, daß ihr Liebster im Jahr 1848 den 20ten August beerdigt worden sei.

Auch hat sie geschrieben, daß sie nach Deutschland wollt, um ihre Mutter und Bas Luidgard hereinzuholen.

Das Geld, welches der Vater vom Sonnenwirt zugut hat, können wir nicht einziehen. Wenn wir es früher gewußt hätten, so hätte die Theresia Mark uns das Geld gegeben, welches sie der Barbara Griesbaum für die Reise nach Amerika schuldig war. Sie hat es der Barbara Griesbaum den 1ten Januar 1849 geschickt.

Einen Gruß an meine Schwester Theresia¹² und es nimmt mich wunder, ob es nicht Lust hätte, zu mir nach Amerika zu kommen. Denn es hätte es doch viel besser als in Deutschland. Die Theresia Mark hat im Monat 12 Gulden und es darf nicht auf dem Feld arbeiten. Es könnte auch schon heiraten, aber es wollte nicht.

Der Luidgard¹³ rate ich, nicht zu kommen, denn im Falle das Kind wäre gestorben, dann sollen sie beide kommen oder den sein Liebster geht mit ihm.

Hier ist es nicht so wie in Deutschland mit den ledigen Leuten. Es wird hier auch nicht auf Reichtum geheiratet. Wenn eine nur brav und ehrlich ist!

Wenn sie kommen wollen, so schreibt mir vorher, um welche Zeit sie von Euch abgehen. Auch sollen sie ihre wollenen Röck mitnehmen, denn hier kann man sie gut brauchen für unsere Röck.

Einen Gruß von der Rosina und Theresia Mark und es nimmt sie wunder, was ihre Stiefmutter macht und wo sie ist, und was die Geschwister machen. Einen Gruß an meine Gedlen Elisabetha Zehnle und ihre ganze Familie. Einen Gruß an Maria Anna Singler und sein Ehemann. Und ich möchte doch auch noch einmal mündlich mit Euch allen reden.

Einen Gruß von Baptist Bilharz und seiner Ehefrau. Einen Gruß von Roman Bilharz. Er ist jetzt auch bei uns in Washington.

Neuigkeiten weiß ich Euch nicht zu schreiben, also daß wir gehört haben, daß in Deutschland in Baden der Großherzog¹⁴ fort sei. Wenn Ihr wieder schreibt, so schreibt uns auch viele Neuigkeiten und wie es jetzt bei Euch ist.

Jetzt will ich mein Schreiben schließen und Euch alle viel tausendmal grüßen und ich wünsche, daß Ihr es mit Gesundheit leset. Ich verbleibe Euere getreueste und gehorsamste Tochter

Katharina Spitz
Mathias Billharz

Gewiß haben viele Verwandte und Bekannte am Ort, im Dorf Schweighausen diese und andere das Leben in Nordamerika schildernde Briefe gelesen! Der Entschluß, der Not in der Heimat den Rücken zu kehren und in dieses verheißungsvolle Land jenseits des Atlantiks zu ziehen, dürfte dann nicht mehr schwer gefallen sein, zumal die Ausgewanderten ihre Angehörigen und Verwandten oft auch noch das Reisegeld vorstreckten.

Bei einer Einwohnerzahl von 1 137 im Jahre 1852 sind von Schweighausen in der Zeit von 1830 bis 1900 rund 250 Bürger in die Staaten ausgewandert.

Die Schweighausener sind wie alle Schuttertälner nicht aus politischer oder religiöser Unterdrückung ausgewandert. Ausschlaggebend war für sie alle die Hungersnot, die Teuerung, die aussichtslosen sozialen Verhältnisse in der Heimat und die hoffnungsvolle Aussicht, in Nordamerika Grund und Boden, Eigentum, Besitz zu erwerben, ihren sozialen Status verbessern oder zurückzugewinnen, eine Familie gründen zu können.

Außer den Amerika-Briefen und den Auswanderer-Fotos, die in einer alten Spanschachtel¹⁵ die Zeiten überdauert haben, gibt es in der Familie von „Spitzhansjörge“ keine Erinnerung mehr an die einst Ausgewanderten. Wann der Briefwechsel abgebrochen ist, ist ungewiß. Vielleicht werden eines Tages wieder Kontakte geknüpft, wenn Nachkommen aus der Spitz-Bilharz-Sippe in USA das in Amerika verbreitete Bedürfnis nach der Erforschung ihrer „roots“ verspüren.

Anmerkungen:

- 1 Die Bauernfamilie Mathias Billharz lebte damals auf dem heutigen „Schwörerhof“ in Schweighausen-Loh
- 2 Mathias Billharz verpflichtete sich in einer Schenkungsurkunde vom 14. April 1844, den außerehelich mit Maria Anna Müllerleile erzeugten Kindern Mathias, Joseph und Vinzens Müllerleile bei Anfall des elterlichen Vermögens einen Betrag von 150 Gulden auszubezahlen. Bei der Teilung des väterlichen Erbes im Jahre 1864 löste Mathias Billharz sein schriftlich gegebenes Versprechen ein
- 3 Magdalena Billharz (1815–1853) ehelichte 1841 den Mathias Wölfle, Bauer in Harmersbach
- 4 Maria Anna Billharz (1811–1863) hatte mit Bernhard Singler zwei uneheliche Kinder: Conrad (1835–1851) und Catharina (1837–1907)

- 5 Benedikt Funk (* 18. 3. 1792)
- 6 Luidgard Spitz (* 17. 4. 1827) ist nicht ausgewandert
- 7 Roman Billharz, ein Bruder von Johann Baptist und Mathias Billharz war vor 1890 zweimal in den Vereinigten Staaten und kehrte jeweils wieder nach Schweighausen zurück.
- 8 Johann Baptist Billharz (* 29. 07. 1812) ist 1833 ohne Staatserlaubnis ausgewandert
- 9 Karolina Spitz (* 05. 07. 1836) ist am 27. 04. 1863 in die USA ausgewandert
- 10 Barbara Griesbaum, ledig (* 14. 12. 1825) ist heimlich nach Nordamerika, „nachdem sie ihr Vermögen auf ungesetzliche Weise 1842 veräußert hat“
- 11 Theresia Mark (* 19. 05. 1832);
Rosina Mark (* 18. 02. 1841)
- 12 Theresia Spitz (* 04. 10. 1830) wanderte 1853 in die USA aus
- 13 Luidgard Spitz (* 17. 04. 1827) hatte ein lediges Kind, Karl Nepomuk (* 20. 08. 1848)
- 14 Während der „Reichsverfassungskampagne“ 1849 flüchtete Großherzog Leopold von Baden
- 15 Für die Einsicht in die Familienunterlagen möchte ich der Familie Josef Spitz, Bergstraße 24, 7631 Schweighausen, sehr herzlich danken.

Die Auswanderung aus Eckartsweier nach den Vereinigten Staaten im 19. Jahrhundert

Alfred Hetzel

Anfang der 70er Jahre war es offenbar in den USA wichtig und interessant, seine deutsche Abstammung nachweisen zu können. So kamen in diesen Jahren laufend Anfragen um Auskünfte aus den Kirchenbüchern über die in den Jahren 1837 bis 1885 nach Amerika ausgewanderten Einwohner von Eckartsweier. Es kamen auch einige Besucher, um selbst nachzuforschen.

Allerdings gibt es sehr wenig Literatur über diese Auswanderung, und in den Archiven ist es auch nicht immer leicht, Genaueres zu finden. Am einfachsten war es an Hand der Kirchenbücher, die ja bis 1870 Standesamtsfunktion hatten, die Personen und auch das Jahr ihrer Auswanderung festzustellen.

Die Auswanderung nach Ungarn

Nach dem 30jährigen Krieg war unsere Gegend fast völlig entvölkert. Darum warb die Herrschaft damals besonders in der Schweiz um Einwanderer. So wanderte um 1670 der Zimmermann Hans Jakob Spengler aus dem Kanton Thurgau in Altenheim zu. Seine Frau Elisabeth Barth stammte aus Kemnathen in Bayern. Doch die Bevölkerung nahm wieder rasch zu. Eckartsweier hatte 1667 an Einwohnern 24 Bürger und 7 Witwen, etwa 100 Personen. Um 1790 waren es bereits 94 Bürger und 12 Witwen, etwa 400 Personen. Die Bevölkerung hatte sich also in etwas mehr als 100 Jahren vervierfacht. Es bestand nun ein Bedürfnis auszuwandern, da die Existenzgrundlage bei den damaligen Verhältnissen nicht gesichert war.

Im Jahre 1763 wurde zwar das Verbot der hessischen Regierung wiederholt, „nach Russland oder anderswo“ auszuwandern.

Im Jahre 1770 war die Auswanderungswelle aber offensichtlich nicht mehr aufzuhalten. Insbesondere wurde die Werbung der Kaiserin Maria Theresia zur Ansiedlung in Ungarn 1766 von der unter starkem herrschaftlichem Druck stehenden Bevölkerung angenommen. Da ja noch größtenteils Leibeigenschaft bestand, mußten sich die Auswanderer in der Regel mit 10 % ihres oft geringen Vermögens loskaufen. (Die Leibeigenschaft wurde in Baden 1783 aufgehoben).

Werner Hacker nennt in seinem Werk folgende Auswanderer aus Eckartsweier:

Nr. 4107 Hezel Anna Marie ledig mit Vater Andreas Hezel. Vermögen 216 fl. Abgaben 21,7 fl. Nach Ungarn 1770.

Nr. 41496 Heinig David, verkauft für 547 fl. Mit 3 Personen nach Arbegem in Ungarn.

Nr. 11539 Urban Elisabeth, verkauft für 414 fl. 1770 nach Ungarn.

Johann Urban, 2 Personen nach Mühlbach. Sebastian Urban, 2 Personen nach Mühlbach/Ungarn.

Nr. 11439 Groth Georg, verkauft um 549 fl. Mit 6 Personen nach Stolzenberg/Siebenbürgen um 1770.

Nr. 11537 Thalgüter Hans, gewesener Bürger in Sand mit lediger Barbara Gierin in Eckartsweier, Vermögen öffentlich versteigert um 51 fl. Nach Wölz/Siebenbürgen um 1770.

In einem Kirchenbuch von Eckartsweier findet sich außerdem der Eintrag: Jakob Mill und Tochter Margarethe, nach Ungarn.

Im Gemeindearchiv in Eckartsweier liegt eine Vogtsrechnung aus dem Jahre 1780, welche über die Auswanderung des Andreas Hezel und seiner Tochter Anna Marie berichtet. Dabei geht es um die Verwaltung des nach der Auswanderung ererbten Vermögens.

Es sind also 22 Personen nachgewiesen, die etwa um 1770 nach Ungarn ausgewandert sind. Über ihr späteres Schicksal konnte nichts in Erfahrung gebracht werden.

Die Auswanderung nach Amerika

In verschiedenen Orten des Hanauerlandes kann man bereits 1817 und früher Auswanderungen nach Amerika feststellen, so zum Beispiel in Hesselhurst.

Im Mai 1817 hatte deshalb die badische Regierung die Auswanderung ganz verboten. Man war besorgt über die „Auswanderungsepidemie“, weil dem Land dadurch viele Arbeitskräfte verloren gingen. So steht es in einem amtlichen Bericht aus jener Zeit.

Bereits 1833 hatte die Einwohnerzahl von Eckartsweier die Zahl von 544 Personen erreicht. Das war für die damaligen Verhältnisse unerträglich. Die Ernährungsgrundlage reichte nicht aus; außer der Landwirtschaft gab es keine Verdienstmöglichkeiten.

In den Kirchenbüchern von Eckartsweier erscheinen die ersten Auswanderer nach Amerika im Jahre 1837. Es waren 11 Personen, meist Ledige oder junge Ehepaare. Die nächsten Auswanderer folgten im Jahre 1850, also nach der Re-

volution von 1848/49. Neben den katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnissen spielten dabei sicher auch die Nachwirkungen der Revolution eine große Rolle. Viele wanderten aus politischen Gründen aus. So sind in den Jahren 1850/52 nachweislich 5 der 9 Männer des ersten Aufgebots der Bürgerwehr von Eckartsweier nach Amerika ausgewandert.

Wie unsicher die Verhältnisse waren, mag man daran erkennen, daß vom April 1848 bis Januar 1850 keine Einträge im sonst gut geführten Protokollbuch des Gemeinderats zu finden sind. Nur einige Gemeinderechnungen können uns die damaligen Verhältnisse verdeutlichen. Aus diesen Unterlagen von 1849 ein paar Auszüge:

Es wurde eine Bürgerwehr aufgestellt von 39 Mann. Die Ausrüstung mußte die Gemeinde bezahlen. Sie wurde zum Teil in Straßburg gekauft. 5. Juni 1849: Der Militärkommissar beim Amtsgericht Kehl stellt fest, daß von den einberufenen 9 Männern des 1. Aufgebots nur einer erschienen ist – Adam Rösch. Die Gendarmen erhielten den Auftrag, die fehlenden Männer zu arretieren. Sollte die Gemeinde Eckartsweier dem Befehl nicht nachkommen, sollten sofort Exekutionstruppen von Kehl nach Eckartsweier abgesandt werden.

Die Namen der 9 Männer waren: Georg Hetzel, Michael Örtel, Johann Baass, Jakob Hörter, Adam Rösch, Andreas Walter, Johann Walter, David Lutz, Jakob Walter. Die fünf letzteren wanderten nach Amerika aus.

Am 3. Juli 1849 erhielt die Gemeinde Eckartsweier 611 Mann preußische Truppen ins Quartier, teils Infanterie, teils Kavallerie. Hierzu wurden von der Gemeinde zur Verpflegung der Soldaten und zur Fütterung der Pferde gekauft:

3 Stück Großvieh gekauft und geschlachtet	186 fl
Wein für die Wachstuben 147 Maß	29 fl
Stroh gekauft	88 fl
Holz gekauft	13 fl
Hafer gekauft	109 fl
345 Laib Brot à 5 Pfund	74 fl
für 4 Offiziere 6 Maß Wein bei Schwanenwirt Hörter	5 fl
	<hr/>
	zus. 605 fl

An Kosten für die 48er Revolution wurde Eckartsweier für „militärische Hilfe“ mit 2 770 fl belastet. Das Haushaltsvolumen 1849 betrug 3 999 fl. Noch 1853 betrug der Schuldenstand der Gemeinde Eckartsweier 8 180 fl. Das war mehr als das Doppelte des Haushaltes.

Die Vorbereitungen für die Auswanderung

So waren es wohl verschiedene Gründe, die die einzelnen bewogen, drüben in den Ver. Staaten das Glück zu suchen und sich eine neue Existenz in Freiheit aufzubauen. Sicherlich war von entscheidender Bedeutung besonders nach den Hungerjahren in den vierziger Jahren, daß viele Familienväter keine Mög-

lichkeiten hatten, sich und ihre Familien durchzubringen. Die Bodenfläche, die als Ernährungsgrundlage zur Verfügung stand, war beschränkt, die Erträge gering. Junge Männer wollten der Militärpflicht und die Teilnehmer an der Revolution 1848/49 den harten Strafen der Militärgerichte entgehen. Aber vermutlich spielte bei dem einen oder anderen auch eine gewisse Abenteuerlust mit. So war die Auswanderung für alle ein großes Wagnis: losgelöst von der Heimat ohne die heimische Tradition und die Unterstützung durch die Angehörigen in einem weit entfernten Land, von dem man keine Ahnung hatte, eine neue Existenz zu gründen.

Schon die Vorbereitungen für die Auswanderung waren mit Schwierigkeiten verbunden, die manchen Plan scheitern ließen.

Zunächst war erforderlich die Genehmigung der staatlichen Behörde. Sie mußte beim Bezirksamt in Kork beantragt werden. Dieses veröffentlichte den Antrag im Amtsboten mit Ansetzung eines Schuldentermins. Die Genehmigung zur Auswanderung konnte nur erteilt werden, wenn nachweislich alle Schulden bezahlt oder durch sichere Bürgschaften abgedeckt waren. Dies war nicht so einfach. Oft mußten, wie aus den Akten ersichtlich ist, die zurückgebliebenen Eltern oder Geschwister für noch vorhandene Schulden aufkommen.

Das nächste schwere Problem war, woher das Geld für die Überfahrt nehmen, da es sich ja meist um arme bez. bedürftige Leute handelte. Bei dem „Bureau Die Hoffnung“ betrug die Überfahrt von Kehl nach New York für eine Person über 18 Jahre 45 fl. Hinzu kamen 20 fl für die zur Seereise erforderlichen Lebensmittel und für die Emballage (Verpackung) 15 fl. Die Gesamtkosten beliefen sich demnach auf 80 fl. Oft blieb der Gemeinde nichts anderes übrig, für die Überfahrtskosten aufzukommen. Darüber berichten mehrere Gemeinderatsprotokolle.

Auszüge aus Protokollen aus dem Jahre 1851:

„Es haben sich zur Auswanderung gemeldet 48 Köpfe; nimmt man an, die Personen klein wie groß kosten 80 fl, so ist ein Kapital erforderlich von 3 840 fl.“

Ihre (der Auswanderer) Allmendgüter und Bürgerholzgaben sind auf eine gewisse Zahl von Jahren zum besten der Gemeinde zu verpachten und das Holz zu versteigern. Damit soll Zins und Tilgung für das aufgenommene Kapital bezahlt werden.

Gemeinderatsprotokoll vom 12. August 1851

Vor versammeltem Gemeinderat

Heute ließ der Bürgermeister den Gemeinderat versammeln und stellte ihm vor, wie derselbe schon unter dem 5. Mai beschlossen habe, einen Teil der Armen hiesiger Gemeinde nach Amerika über zu schiffen und wie schon unterm 9. Mai die Gemeinde darüber vernommen wurde, welche dem Gemeinderatsbeschluß beigetreten ist.

Der aber wegen einem formellen Fehler wieder vom Amt zurückgeschickt und ein anderer Gemeinderatsbeschluss angeordnet worden – oder vielmehr eine neue Abstimmung veranlasst wurde.

So ist der furchtbaren Überschwemmung wegen, welche den hiesigen Bann betroffen und der die Kartoffelernte ganz vernichtet hat, keine Zeit mehr zu verschwenden, die Auswanderung der sich angemeldeten zu beschleunigen, weil sonst, wenn sie nicht bald fortgeschafft werden, diesselben sämtlich auf Gemeindegeldern ernährt werden müssten, was die Gemeinde dann doppelte Kosten versetzen würde.

Man ist der Ansicht, zugleich mit der 2ten Abstimmung des Gemeinderatsbeschlusses vom 5. Mai des Jahres auch den Gemeinderatsbeschluss zu fassen zur Ermächtigung einer Kapitalanleihe von ungefähr 4 000 Gulden

Was man weniger braucht wird nicht gelehnt.

Bürgermeister Baaß
Jakob Lutz Gd. Rat
Käppler, Ratschreiber

Gemeinderatsprotokoll vom 17. 10. 1853

Der Ehefrau des flüchtigen Andreas Lutz mit ihren 4 Kindern soll von der Gemeinde die Überfahrt nach Amerika bezahlt werden. Mit dem Agenten Georg Walter aus Kehl ist ein Schiffsvertrag abgeschlossen, der besagt, daß für die Fahrt einschließlich Kost über das Meer zusammen 210 fl zu zahlen sind. Über die Kostenübernahme hatte der Bürgerausschuß zu beschließen. (Mit 16 gegen 5 Stimmen genehmigt). Das Bezirksamt in Kork hat dann mit Bescheid vom 17. 11. 1853 die Kostenübernahme genehmigt.

Andreas Lutz war 1852 der 1. Farmer in Almond in Staate Wisconsin.

Von 1837 bis 1885 wanderten insgesamt 274 Personen nach den USA aus, die weitaus größte Gruppe mit 51 Personen 1852.

1837 = 11 Personen

1850 = 12 “

1851 = 30 “

1852 = 51 “

1853 = 5 “

1854 = 16 “

1856 = 9 “

1857 = 8 “

1863 = 4 “

1864 = 13 “

1865 = 4 “

1867 = 18 “

1874 = 17 “

1876 = 10 “

1879 = 4 “

1880 = 28 “

1882 = 4 “

1883 = 16 “

1885 = 14 “

zusammen 274 Personen

In diesem Jahr hatte die Gemeinde, wie aus dem Protokoll zu ersehen ist, für 48 Personen die Kosten der Auswanderung übernommen. Es waren dies pro Person 80 fl. Der ganze Betrag mit 4 000 fl wurde mit einem Darlehen finanziert, aufgenommen bei der „Hauptkasse der badischen Allgemeinen Versorgungsanstalt in Karlsruhe“. Dies war eine Besonderheit, weil die Gemeinde alle sonstigen Darlehen bei Privatpersonen in Kehl aufgenommen hatte. Der Zinssatz betrug 4,5 %. (Zum Vergleich: 80 fl war um 1850 der Wert eines schönen Stück Großviehs oder der Verkaufspreis für 8 Zentner Tabak; der Zentner kostete damals etwa 10 fl).

Die Überfahrt

Die Überfahrt in die neue Heimat wurde in unserer Gegend durchgeführt durch die „*Hoffnung, konzessionierte deutsche Bureaux für Auswanderung nach Amerika in Mannheim und Kehl*“. Von ihnen erschienen um 1850 regelmäßig im Verkündigungsblatt, dem „*Ortenauer Boten*“, Anzeigen. Mit ihnen schloß der Auswanderer einen Schiffsvertrag, durch den sich das Unternehmen verpflichtete, den Betreffenden auf einem von der Regierung geprüften und gebilligten Dreimaster (später Räderschiff) von Kehl nach New York zu befördern.

Aus dem Schiffsvertrag

Die Anfahrt nach Le Havre

1. Die Passagiere werden von Kehl mit der Eisenbahn III. Classe nach Havre mit freiem Transport von zwei Centnern Reisegepäck für jeden Erwachsenen und einen Centner für jedes Kind befördert. Das Mehrgewicht wird mit fl. 2.42 kr. pr. Centner ab Mannheim über Köln und Paris, mit fl. 5 pr. Ctr. ab Kehl über Straßburg und ab Mannheim über Ludwigshafen, und über Rotterdam mit fl. 1.24 kr. pr. Ctr. berechnet.
2. In Paris haben die Passagiere alsbald nach der Ankunft die Bahn zu verlassen, und werden von meinem Agenten entweder sogleich auf die nach Havre abgehende Eisenbahn verbracht; oder es wird ihnen von demselben ein gutes und billiges Gasthaus in der Nähe des Bahnhofes angewiesen, den freien Transport der Effekten auf die Eisenbahnen besorgen in beiden Fällen meine Agenten.
- 3 a. In Havre wird den Reisenden ein gutes Gasthaus in der Nähe des Landungsplatzes angewiesen, in welchem sie gute und billige Beherbergung und Verköstigung zu einer bestimmten Taxe, welche sie jedoch, im Falle diese nicht mitbedungen, selbst bezahlen müssen, bis zur Verschiffung erhalten. Der Transport des Reisegepäcks unmittelbar an das Seeschiff unter Aufsicht der Zollbehörde, wird kostenfrei für die Reisenden besorgt, wobei jedoch darauf aufmerksam gemacht wird, daß, wenn Reisende vorziehen, einzelne Gepäckstücke mit in die Stadt zu nehmen, sie die darauf haftenden Kosten für Zoll und Transport selbst zu tragen haben.

4b. Die Auswanderer erhalten für jeden Tag, für welchen die Beförderung nach Havre oder die bestimmte Abfahrt in Havre ohne ihre Schuld verzögert wird, mag die Verzögerung durch die Schuld des Unternehmers, oder Agenten des Rheders resp. Befrachters oder durch Zufall – höhere Gewalt nicht ausgenommen – herbeigeführt sein, je nach ihrer Wahl, von meinem Hause entweder eine Entschädigung für Beherbergung und Verköstigung in baarem Geld, und zwar:

DIE HOFFNUNG.

Concessionirte

deutsche Bureau für Auswanderung

nach

A M E R I K A

von

J. M. Bielefeld

in

MANNHEIM & KEHL.

Bureau
Mannheim

Schiffs-Vertrag

Agentur
Kehl

(in Uebereinstimmung mit den betreffenden Regierungs-Verordnungen)

von Kehl nach New-York

Der Proviant für die Überfahrt

§ 6. Die Lebensmittel bestehen für die Reise nach New-York für Personen über 8 Jahren in: 30 Pfund Zwieback, 70 Pfund Kartoffeln, 5 Pfund Reis, 10 Pfund Mehl, 4 Pfund Hülsenfrüchten, 8 Pfund gesalzenem Schweinefleisch, 7 Pfund gesalzenem Ochsenfleisch, 3 Pfund Butter, 2 Pfund Salz, 1 1/2 Pfund gemahlenem Caffee, 2 1/2 Pfund Zucker und 1 1/2 Litr. Essig. Nach New-Orleans: 36 Pfund Zwieback, 88 Pfund Kartoffeln, 8 Pfund Reis, 12 Pfund Mehl, 8 Pfund Hülsenfrüchten, 9 Pfund gesalzenem Schweinefleisch, 8 Pfund gesalzenem, ausgebeinten Ochsenfleisch, 3 Pfund Butter, 3 1/2 Pfund Zucker, 2 1/2 Pfund gemahlenem Caffee, 2 Pfund Salz und 2 Litr. Essig. Für Kinder von 1 bis 8 Jahren ist die Hälfte dieser Rationen zu stellen. Der unterzeichnete Unternehmer verpflichtet sich, die Lieferung und Zubereitung dieser Lebensmittel in bemerkter Menge und guter Beschaffenheit während der Seereise und während zweier Tage nach Ankunft des Schiffes im Ausschiffungshafen zu übernehmen.

Die nöthigen Säcke, Töpfe, Eß- und Trinkgefäße und Kochgeschirre, so wie das Bett, hat der Reisende jedenfalls selbst zu stellen, wenn sie nicht ausdrücklich mitbedungen sind.

Die Ansprüche auf dem Schiff

§ 8. Auf dem angewiesenen Seeschiffe hat der Reisende ohne weitere Vergütung anzusprechen:

- 1) Einen erforderlichen Platz im Zwischendeck.
- 2) Transport des Reisegepäcks und der zum eigenen Gebrauch bestimmten Geräthschaften, jedoch nicht von Möbeln.
- 3) Platz in der Küche zum Kochen.
- 4) Bettstellen, jedoch ohne Bett, und nöthigenfalls Arzneimittel.
- 5) Gutes und genügendes Trinkwasser, Holz und Licht.
- 6) Bei Ankunft in Amerika, die Entrichtung des Spital- oder Armen-, sogenannten Kopfgeldes, da solches in nachstehendem Betrage inbegriffen ist.

§ 9. Bei Ankunft in Amerika hat der Reisende nach erfolgter Landung im überseeischen Hafen das Schiff zu verlassen, falls der Capitän nicht ein weiteres Verbleiben gestattet.

Ausgeschlossen von der Überfahrt

§ 16. 1) Blödsinnige, Mondsüchtige, Verrückte oder in irgend einer Art Geistesschwache; 2) Einäugige, Blinde, Taube oder Stumme; 3) Gebrechliche, Lahme, Verstümmelte, oder in irgend einem krüppelhaften Zustande sich befindende Personen; 4) Alleinstehende Personen, welche das 60. Lebensjahr überschritten haben; 5) Wittwen mit Kindern; 6) Frauen ohne Ehemänner, welche aber Kinder bei sich führen oder in schwangerem Zustande sind; endlich 7) Kinder unter 13 Jahren, welche nicht unter dem Schutze von Verwandten sind, dürfen nach New-York nur dann angenommen werden, wenn sie bei ihrer Abfahrt in Havre 500 Dollars, nach unserm Geld fl. 1 250, mindestens vorweisen, welche dem Capitän bis zur Landung in Amerika zur Aufbewahrung gegeben werden müssen.

Nach New-Orleans gilt das Gleiche für die unter 1, 2, und 3 bezeichneten Leute.

§ 17. Bei Annahme solcher Personen durch mein Verschulden, geschieht deren Rückreise auf meine Kosten; bei jeder Verheimlichung jedoch, wenn solche Anstände bei den Reisenden obwalten, hat der betreffende Reisende und bei Unmündigen der Vater oder Pfleger, oder Derjenige die Folge zu tragen, der für den Verheimlichten den Vertrag abgeschlossen.

§ 18. Dieser Vertrag, den die Unterzeichneten in allen Punkten kennen und annehmen, ist doppelt ausgefertigt, von den Contrahenten unterschrieben, und jedem Theil ein Exemplar eingehändigt worden.

Der vorliegende Schiffsvertrag ist von diesem Büro mit einem Bürger aus Durbach abgeschlossen worden. Es ist als sicher anzunehmen, daß die Eckartswei-

erer Auswanderer dieselben Verträge hatten. Im Inserat ist von Räderdampfschiffen die Rede, im Vertrag, der aus dem Jahre 1863 stammt, wird ein Dreimaster (Segelschiff) erwähnt. Vermutlich wurden in jenen Jahren noch beide Schiffsarten gefahren.

Wie lange die Überfahrt von Le Havre nach New York oder New Orleans dauerte, kann man nicht feststellen. Es ist nach dem im Vertrag geforderten mitzunehmenden Lebensmitteln zu schließen, daß die Reise mindestens sechs Wochen gedauert hat. Überhaupt können die Vertragsbedingungen ein Bild vermitteln von den großen Anstrengungen der Reise.

Das Reiseziel

Von den Auswanderern von 1837 konnte man kein Reiseziel feststellen. Vermutlich sind aber auch sie wie dann nachgewiesenermaßen die Leute ab 1850 in den Raum Chicago gereist, also in die Staaten Illinois und Wisconsin. Sicher ist auch, daß nicht alle über New York eingereist sind, sondern auch über New Orleans.

Aus dem Schiffsvertrag ist allerdings zu lesen, daß für die Einwanderung in New York wesentlich strengere Maßstäbe galten als im Süden in New Orleans. Von New Orleans fuhren die Einwanderer nach den Angaben aus Almond mit dem Flußdampfer den Mississippi hinauf in den Wabash-Fluß, den Rest bis Chicago legten sie mit der Bahn zurück.

Almond, die neue Heimat

Nach der Chronik von Almond landete Andrew Lutz im Frühjahr 1852 in Rasin/Wisconsin am Michigan-See. Dort blieb er ein paar Wochen. Da erfuhr er, daß die Regierung in Wisconsin neues Siedlungsland zum Preis von 1,25 Dollar pro Morgen (40,6 ar) zum Verkauf angeboten habe. Noch im gleichen Jahr fuhr Lutz nach Almond und erhob Anspruch auf section 10, das er erhielt.

Almond liegt etwa 400 km nördlich von Chicago. Der Ort wurde 1849 von 2 Regierungsbeamten aus New York gegründet, die ihm auch den Namen Almond („Mandel“) gaben.

Lutz schrieb an seine Familie und andere Bekannte in Eckartsweier und forderte sie auf, zu ihm hinüberzukommen. Im folgenden Jahr kam seine Frau mit Familie und seine Schwagerfamilie, die John Hetzels, an. John Hetzel kaufte sofort Land nördlich von Andrew. Ein paar Wochen später kam eine andere Familie aus demselben Dorf, die John Walters. Sie kaufte Land im südöstlichen Teil der Ortschaft Sektion 15.



Farm einer Siedlerfamilie in Almond.

Später kam eine andere Schwagerfamilie von Andrew Lutz, die Jakob Mehne Familie. Sie nahmen Sektion 8. John Hetzel traf ein tödlicher Unfall als er einen Brunnen auf seiner Farm grub, das geschah 1857.

Die Jakob Mehne Familie wurde ebenso vom Unglück getroffen. Anna Marie, die Frau von Jakob starb 1865 und ließ 10 Kinder mutterlos zurück.

Eine zweite John Hetzel Familie kam 1853 aber sie blieb in der Rasin Gegend und kam 1868 nach Almond. Andere, die von Eckartsweier kamen, sind:

John Ferber, Michael und Jakob Milius 1854, Andrew Jockers 1855, aber er siedelte in Buena Vista. 1857 kam Georg Messing. Ein anderer Schwager von Andrew Lutz, die Jakob Mehne Familie, kam 1863 zusammen mit Andrews alten Vater und Michael Urban. Andere dieser kleinen Ortschaft waren: Andreas Heinig und Jakob Walter 1868, 1869 Georg Lutz, 1871 David Rath, 1873 John Beinert und Andrew Rath, 1874 John König, David Walter und Elisabeth Urban und dann 1878 Karl Rath.

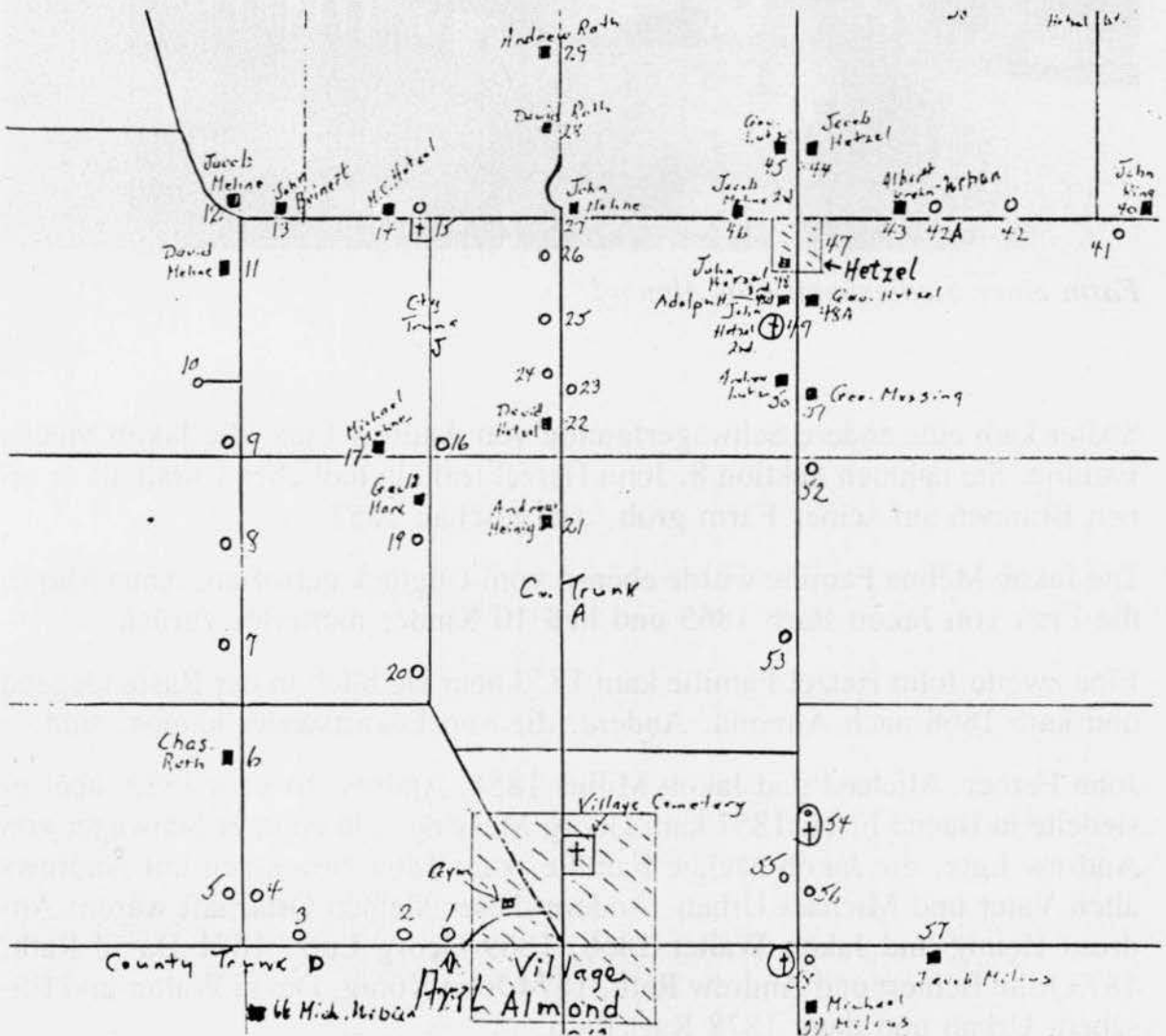
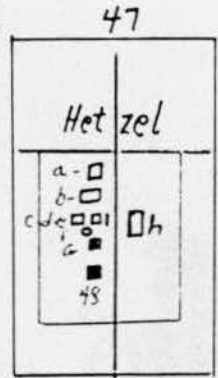
Viele andere von der Eckartsweierer Gegend siedelten in Auherst und in Stevens Point. (Aus der Chronik von Almond)

Alle Siedler waren der Meinung, daß Lutz in bezug auf die Bodenverhältnisse eine gute Wahl getroffen hatte. Es war vor der Ankunft der Siedler ein unberührtes Land mit Wäldern und Prärien. 1849 hatte es die Regierung den Indianern abgekauft, die danach die Gegend verließen. Dank des Fleißes und des Wagemutes der Neuankömmlinge wurde es in wenigen Jahren erschlossen.

Almond

From an 1895 map

- The families of Eckartsweier
 - Other residents and points of interest
- /mile = 2 1/4 inches



Almond nach einer Karte von 1895. Sie zeigt die Aufteilung des Gebiets in die einzelnen Farmen.

Die Volkszählung von Almond aus dem Jahre 1900 nennt 132 Leute aus Eckartsweier mit deren Nachkommen. Von 1895 bis 1910 waren über 50 % der Bevölkerung deutscher Abstammung.

Viele der alten Siedlerplätze sind inzwischen verschwunden, einige waren Opfer von Bränden, die die frühen Siedler oft heimsuchten. Mit Einführung der Bewässerung in diesem Gebiet wurden die kleinen Farmen von größeren übernommen, viele Gebäude abgerissen, um den großen Berieselungsanlagen Platz zu machen.

Das erste, was die Siedler benötigten, waren Häuser. Sie wurden immer in Gemeinschaftsarbeit errichtet.

Bald ergab sich die Notwendigkeit, eine Schule zu bauen. Die erste war die sog. Hetzel-Schule, die 1867 entstand. Um sie bildete sich dann ein kleines Dorfzentrum mit einem Kaufladen, einem Postamt, einer Schmiede und einer Waage, auf der die Farmer ihre Erzeugnisse abwägen konnten. Das nötige Wasser wurde mittels Windmühlen aus einer Tiefe von 40 m heraufgeholt. Sie dienten auch zum Mahlen des Getreides.

Da ein großer Nachholbedarf an Schulbildung war, nahm die Hetzel-Schule eine gute Entwicklung. 1885 – 1886 betrug die Schülerzahl 56, darunter gab es Schüler zwischen 4 und 20 Jahren. 1890 betrug die Schülerzahl bereits 79. Davon waren Cousins (Vetter) 23 ersten Grades. Wegen der wachsenden Schülerzahl wurde 1892 eine 2. Schule gebaut.



Die Dorfstraße von Almond 1909. Das Gebäude rechts war das Kaufhaus und das Postamt. Die Windmühlen dienten zum Mahlen des Getreides und zum Hochpumpen des Wassers, später auch zur Erzeugung von Elektrizität.

Auch für die religiösen Bedürfnisse mußte gesorgt werden. Die aus Eckartsweier gekommenen Farmer waren lutherischen Bekenntnisses. 1886 bauten sie sich eine Kirche. Mit ihr wollte man sich auch ein Stück Heimat schaffen. So errichtete man sie im ähnlichen Stil wie die Weinbrennerkirche daheim, in der ja alle Auswanderer getauft, zum großen Teil auch konfirmiert und getraut worden waren. In Erinnerung an die Heimat schmückte man an Weihnachten in der Kirche einen Weihnachtsbaum.

Auch Methodisten gab es unter den deutschen Auswanderern. Ihre Gemeinde entstand während des Bürgerkrieges, als 1864 ein methodistischer Prediger in die Gegend von Almond kam und dort Gottesdienst abhielt und zwar in deutscher Sprache. 1865 gründeten sie sich eine eigene Kirche, der 1895 eine zweite folgte.

In beiden Gemeinden war die Gottesdienstsprache zunächst Deutsch, seit dem 1. Weltkrieg aber Englisch.

Almond, Wisconsin, heute

Das Dorf Almond liegt im Staate Wisconsin. Dieser Staat hat mehr als die Hälfte der Größe der Bundesrepublik, aber nur etwa 5 Millionen Einwohner. Die Hauptstadt ist Madison. Wisconsin ist ein reiner Agrarstaat, liegt etwas südlicher als die Bundesrepublik, hat aber ein extremeres Klima – sehr kalte, schneereiche Winter und heiße, trockene Sommer.

Almond hat heute etwa 1000 Einwohner. Man darf sich dabei aber nicht ein Dorf wie bei uns vorstellen. Die Gemarkungsfläche ist ca. 20 auf 20 km groß. In diesem Raum zerstreut liegen die einzelnen Farmen. Der Zentralort selbst hat etwa 400 Bewohner. Aller Verkehr geht nur mit dem Auto. Es gibt keine Buslinien.

In der Stadt und besonders auf dem Land sind fast alle Häuser aus Holz gebaut. Es ist eine für unsere Begriffe sehr leichte Bauweise, meist eingeschossig. Der Komfort in den Wohnungen ist nicht anders als bei uns. Auch der Lebensstandard allgemein ist nicht höher als bei uns. Wofür man in Wisconsin Geld ausgibt, ist das Reisen. Man reist mit dem eigenen Auto oder mit dem Flugzeug, das zum größten Teil die Eisenbahn abgelöst hat. In Madison gibt es keine Eisenbahn mehr, nur noch Fernbuslinien. Dabei hat die Stadt mehr als 200 000 Einwohner und eine Universität mit 45 000 Studenten.

Wie schon erwähnt, ist Wisconsin ein Agrarstaat. Hauptsächlich gibt es Rinderfarmen, aber auch Schweinefarmen und Ackerbaubetriebe. Die Größe der Farmen ist sehr unterschiedlich und liegt zwischen 50 und 1000 ha. Während die Rinderfarmen meist extensiv bewirtschaftet werden (Weidebetrieb und im Winter Maissilage), sind die Ackerbaubetriebe meist mit riesigen Beregnungsanlagen ausgestattet. Dies ist sehr kostspielig, sichert aber hohe Erträge. Ein

500 ha großer Ackerbaubetrieb ist trotz der Größe ein echter Familienbetrieb. Angebaut werden als Erstfrucht grüne Erbsen, danach grüne Bohnen und in der Fruchtfolge Mais. Es wird auch sehr viel Süßmais für Konserven angebaut, aber auch Kartoffeln, Sojabohnen und Getreide findet man auf den Feldern. Die Ernte und Verarbeitung erfolgt durch genossenschaftliche Organisationen. Diese stellen auch die Erntemaschinen und die Flugzeuge, mit denen auf den großen Parzellen die Schädlingsbekämpfung durchgeführt wird.

Für den Zentner Mais erhält ein Farmer ca. 20.- DM und für den Liter Milch etwa 40 Pfennig. Da es bei Mais in den letzten Jahren große Überproduktion gegeben hat, wurde von der Regierung verfügt, daß große Flächen für ein oder mehrere Jahre nicht mehr angebaut werden dürfen. Die Farmer erhalten dafür eine Ausgleichszahlung. Die Felder sind dünn mit Hafer eingesät, der aber nicht abgeerntet werden darf. Da der Boden sehr sandig ist, wäre die Gefahr von Bodenerosion groß, deshalb muß ein Bewuchs vorhanden sein.

Das kulturelle Leben in Almond

Die größte Rolle im Gemeinschaftsleben von Almond spielen die Kirchen. Den etwa 1000 Einwohnern stehen drei fast neue Kirchen zur Verfügung. Die beiden größten Gruppen sind die Methodisten und die Lutheraner, wobei zu jeder Kirche etwa 400 Personen zu zählen sind. Die Gottesdienste werden von den Besuchern selbst mitgestaltet. Nicht der Pastor, sondern die Gottesdienstbesucher bestimmen die Lieder, die gesungen werden.

Almond besitzt eine High-School, was etwa unserem Gymnasium entspricht. Der Einzugsbereich für diese Schule ist natürlich sehr groß. Vereine gibt es kaum, lediglich eine Baseballmannschaft; in jüngster Zeit wurde ein historischer Verein gegründet.

Auf der Gemarkung Almond verstreut sind mehrere Friedhöfe angelegt. Es bestehen noch alle Gräber mit den Grabsteinen der ersten Ansiedler. Es wurde also in 130 Jahren kein Grabstein entfernt.

Um 1900 lebten in Almond 132 Personen aus Eckartsweier. Das war damals mehr als die Hälfte der Einwohner dieses Dorfes. Auch heute noch sind etwa die Hälfte der Einwohner von der Abstammung her Eckartsweierer. Deutsch spricht niemand mehr.

Quellen und Literatur:

- Gemeindearchiv Eckartsweier – Ratsprotokolle
- Archiv der ev. Kirchengemeinde Eckartsweier
- GLA Karlsruhe – Akten des Bezirksamtes Kork
- W. Hacker, Auswanderung aus Baden und dem Breisgau. Stuttgart-Aalen. 1980
- K. Hornung, Geschichte der Gemeinde Hesselhurst
- G. Moltmann, Deutsche Amerika-Auswanderung im 19. Jahrhundert. Stuttgart 1979
- Sippenbuch der Gemeinde Altenheim
- W. Schadt, Geschichte und Gegenwart des Hanauer Dorfes Eckartsweier. 1975

Wolfach – Metropole der alten Kinzigflößerei

Vortrag anlässlich der Eröffnung der Wolfacher Flößerwochen
19. Juni 1987

Otto Schrempp

Wir sind heute abend im blauen Salon der geschichtsreichen Stadt Wolfach zusammengekommen, um in festlichem Rahmen das stolzeste Handwerk zu ehren, das der Schwarzwald hervorgebracht hat, um jenen traditionsreichen Berufsstand zu feiern, der in gefahrvoller Arbeit über Jahrhunderte hinweg das „Gold des Schwarzwaldes“, sein Holz, zum Verkauf gebracht hat.

In Wort und Bild, durch Exponat und Modell, auch durch eine nostalgische Floßfahrt sollen – so versprechen es seit Wochen Plakate und Handzettel – vier Jahrhunderte Kinzigflößerei lebendig werden. Doch genau bei dieser Festlegung auf das anzunehmende Alter der Kinzigflößerei, da hakte denn auch die innerörtliche Fachdiskussion zwischen den Lokalpatrioten ein.

Erkennt man lediglich die schriftlich fixierte, d.h. urkundlich belegte Zeit der Kinzigflößerei in Wolfach an, dann stimmt dieser genannte Zeitrahmen von 4 Jahrhunderten genau, läßt man jedoch auch den sorgsam geprüften Indizienbeweis zur Altersbestimmung zu, dann allerdings hätte man gut und gerne auch mit 5 oder 6 Jahrhunderten Flößerei in Wolfach werben können.

Dem Indizienalter der Wolfacher Flößerei nachzuspüren, das habe ich mir für diesen Festvortrag zur Hauptaufgabe gemacht, da heute ohnehin nicht der große zeitliche Rahmen gegeben ist, um das Kolossalgemälde „Kinzigflößerei“ vorstellen zu können.

Wer die Entstehung und Entwicklung, wer die Notwendigkeit der Holzflößerei auf der Kinzig, ja überall in der Welt, wirklich verstehen will, wer das hohe Ansehen des Flößerstandes begreifen will, der muß zunächst einmal die Aufgabe, die diesem Gewerbebezweig zu jeder Zeit gestellt war, eindeutig definieren. Darum sei hier eine überlieferte, präzise Definition der Aufgabenstellung jeglicher Flößerei vorgestellt. Sie stammt vom Großherzoglich Badischen Oberforstrat Karl-Friedrich Jägerschmidt, dem besten Kenner und Darsteller des Floßwesens an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. Er schrieb in seinem dreibändigen, fast 1000 Seiten umfassenden Standardwerk „Holztransport und Floßwesen“ folgendes:

„Das Floßwesen umfaßt diejenigen Kenntnisse, begreift all die Einrichtungen und Anstalten, durch die man vermögend ist, mit dem geringstmöglichen Kostenaufwand, auf die zweckmäßigste Art den Holzüberfluß einer Gegend, so

auf der Achs' nicht zu befördern, holzbenötigenden Gegenden zuzuführen, den hierauf sich gründenden Holzhandel zu beleben und blühend zu erhalten.“

Mit anderen Worten heißt dies: Reicher Waldbesitz, reicher Holzbesitz allein machte niemals wohlhabend, schon gar nicht reich, vermittelte zu keiner Zeit automatisch Arbeit und Einkommen für die Bewohner einer Region, wenn die permanent nachwachsende Biomasse Holz nicht auch permanent verkauft werden konnte.

Darüber hinaus muß ein jeder, der Gewicht und Bedeutung der Flößerei im Wirtschaftsgeschehen längst vergangener Jahrhunderte werten und bewerten will, auch begriffen haben, was Holz für die Menschen einst bedeutet hat. Er muß erfaßt haben, daß wir zwar in der Schule im Fach Geschichte von Steinzeit, von Bronzezeit, von Eisenzeit reden, dabei völlig übersehen, daß die Menschen bis ins 19., ja bis ins 20. Jahrhundert hinein in einer Holzzeit gelebt haben.

Holz, Universalrohstoff der Ahnen

Ohne Holz, ohne viel Holz lief weder im Mittelalter noch in der beginnenden Neuzeit etwas. Holz war der Baustoff, Holz war der Rohstoff, Holz war der Energieträger Nummer eins für unsere Vorfahren in Stadt und Land.

Ohne Holz hätte sich keine mittelalterliche Kultur entwickeln können. Aus Holz zimmerte man das Gerippe, schuf man das Flechtwerk der Fachwerkhäu-



Flöße wurden zu jeder Zeit gebaut, um Holz vom Ort der Produktion zum Ort der Konsumtion zu bringen.

ser, fügte man die Gerüste beim Münsterbau. Dach- und Glockenstühle wurden ebenso aus Holz gebaut, wie das Wasserrad der Hammerschmiede, das Spinnrad der Bürgersfrau, das Tretrad des Burgenbauers. Brücken und Stege waren aus diesem Naturmaterial hergestellt wie Rheinnachen oder Hansekoggen. Man aß mit Holzlöffeln, schnitt auf Holztellern, saß auf Holzstühlen.

Salz- und Heringstonnen, Wein- und Bierfässer waren aus Holz gefertigt. Man transportierte Flüssigkeiten und Schüttgut in hölzernen Zubern, Bottichen, Kübeln, Eimern und Kannen. Webstuhl und Pflug, Prunk- und Bergschlitten, Reisekutsche und Mistwagen, alle waren aus Holz gebaut.

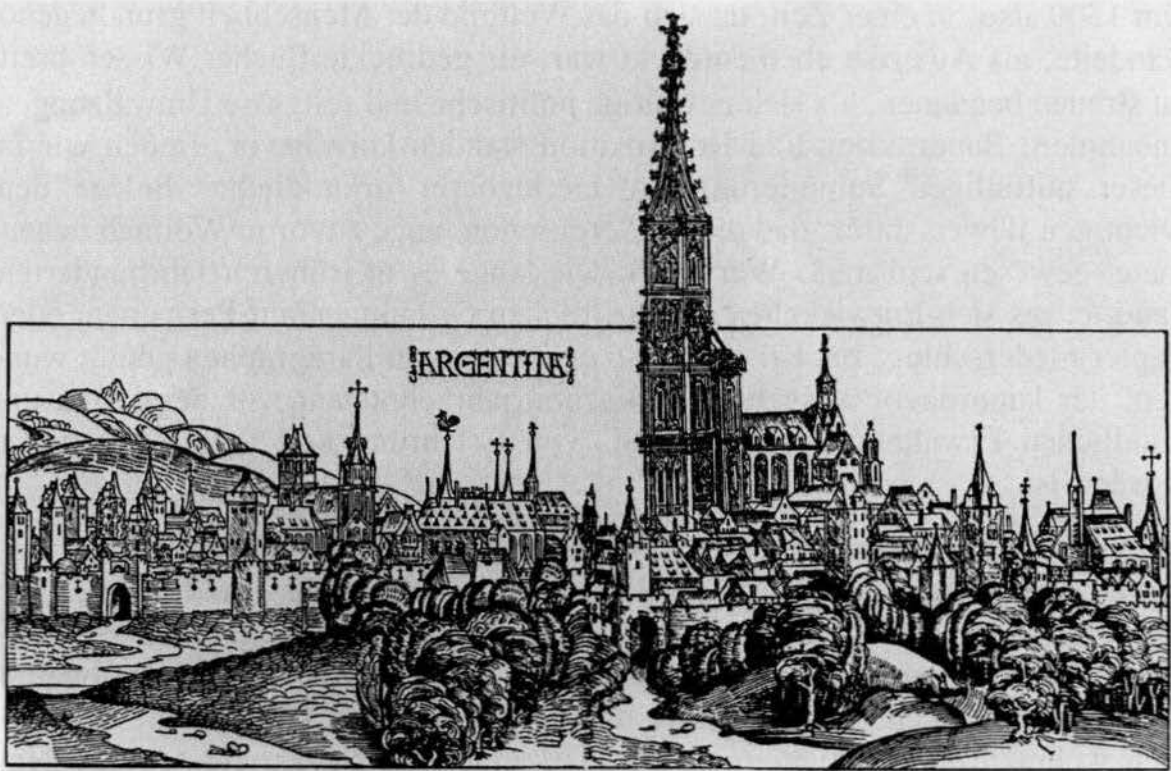
Und wer Gesottenes und Gebratenes genießen, wer Wärme fühlen wollte, war auf Holz angewiesen, brauchte den brennenden Holzscheid, den glimmenden Prügel. Aus Holz wurde Holzkohle; mit ihrer Hilfe allein entstand metallenes Gerät. Ohne Grubenholz hätte kein Bergwerksbetrieb existieren, ohne Knüppelholz keine Straße befahrbar gehalten werden können. Selbst die Asche des Holzes war einstens unverzichtbarer Rohstoff, z. B. für Seifensieder und Glasmacher. Nach Holz rief alles, Holz brauchten alle: Arme wie Reiche.

Das Alter der Kinzigflößerei

Die Frage nach dem Alter der Kinzigflößerei stellen heißt, sich mit der Frage auseinandersetzen, wann und wo Nachfrage nach Holz aus dem Kinzigtal – hier dem oberen – entstand, mit anderen Worten, wann durch steigenden Bedarf der Städte am Rhein die wirtschaftliche Notwendigkeit aufkam, Überfluß bzw. Mangel an Holz durch ein konsequent genutztes, durchorganisiertes Handels- und Transportsystem auszugleichen.

Irgendwann wurde unternehmungsfreudigen, vielleicht auch von Not getriebenen Wolfachern zweierlei bewußt: Zum einen die Gunst ihrer Lage an einem Fluß, dessen Wasser – geschickt gebändigt und genutzt – durchaus Holz ins Land tragen konnten, an einem Fluß, der zusammen mit der Wolf das waldbepelzte, starkholzreiche Herzstück des Schwarzwaldes erschloß. Zum anderen, daß draußen im Land erheblicher Bedarf an Holz erwuchs, weil man dort die eigenen Bestände aufgebraucht hatte. Diese Nachfrage entstand irgendwann nach 1100 direkt vor der Haustür des Kinzigtales, dort, wo der Fluß der Wolfacher in den Rheinstrom mündete, in Straßburg. Von dort aus begann man begehrliche Blicke auf die dunklen Forste unserer Schwarzwaldberge zu richten, wo die Riesen des Waldes in reicher Fülle standen.

Straßburg entwickelte sich in den ersten Jahrhunderten unseres Jahrtausends rapide; es wurde von Jahrzehnt zu Jahrzehnt brand- und bauholzhungriger, denn seine Einwohnerzahl versechsfachte sich zwischen 1150 und 1300 von ca. 5 000 auf 30 000 Einwohner.¹ Und es baute sein riesiges Münster, 1275 wird das Langschiff fertiggestellt.



Straßburg, schon im 15 Jh. Haupthandelspartner der Wolfacher Flößherren. Erste als realistisch zu betrachtende Darstellung in der Schedelschen Weltchronik von 1493.

Straßburg war damals und blieb über Jahrhunderte hinweg nicht nur die kulturelle sondern auch die wirtschaftlich beherrschende Metropole des Oberrheins. Straßburg hauchte der Kinzigflößerei das Leben ein. Straßburger Holzhändler verstanden es früh, den Segen des Schwarzwaldes an die Städte am Rhein weiterzuverteilen. Die Flößerei nach und der Holzhandel mit Straßburg banden von nun an Wolfach an die große Welt an. Durch seinen Straßburgerhandel konnte sich Wolfach zum Mittelpunkt des Langholzhandels im oberen Kinzigtal entwickeln, konnte belebende Kaufkraft in die Stadt einfließen.

Um eine konkrete Vorstellung von der Größenordnung der damaligen Holzgeschäfte – hier des Brennholzhandels – zu vermitteln, sei festgehalten, daß z. B. 1576 die Stadt Straßburg 7 605 Klafter Brennholz herbeiflößen ließ, was einer Holzmauer von rund 30 km Länge und 1 Meter Höhe entsprach.

Das wahre Alter der Flößerei auf der oberen Kinzig verliert sich im Dunkel der Geschichte. Doch vor rund 500 Jahren, an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit, verdichtet sich die „Aktenlage“ über die Existenz der Kinzigflößerei plötzlich stark. 1471, 1484, 1487, 1504, 1527, 1544 sind urkundliche Zeitmarken, die der Wolfacher Flößerei geschichtlichen Boden geben.

Um 1500 also, in einer Zeit, da sich das Weltbild der Menschheit grundlegend wandelte, als Amerika eben entdeckt war, als gedruckte Bücher Wissen breit zu streuen begannen, als sich gewaltige politische und religiöse Umwälzungen anbahnten, Bauernkrieg und Reformation standen kurz bevor, finden wir in dieser auffälligen Summierung unwiderlegbarer urkundlicher Belege den wichtigen Beweis dafür, daß die Flößerei schon lange zuvor in Wolfach beheimatet gewesen sein muß. Wer weiß, wie lange es in früheren Jahrhunderten dauerte, bis sich Entwickeltes in schriftlichen Ordnungen auf Pergament oder Papier niederschlug, bis Erkenntnisse des Alltags in Paragraphen gefaßt wurden, der kann davon ausgehen, daß schon jahrzehntelang vor der ersten urkundlichen Erwähnung auf der Basis von Erfahrung und Erfolg gearbeitet worden ist.

Interpretieren wir nun die uns bekannten urkundlichen Erwähnungen ein wenig im einzelnen. Zunächst eine solche, die Wolfach nicht direkt nennt, aber für eine Frühdatierung von größter Bedeutung ist. Ein ernst zu nehmendes Indiz dafür, daß spätestens um die Mitte des 14. Jahrhunderts auf der oberen Kinzig bei Wolfach geflößt wurde, daß Floßherren und Floßknechte in Wolfach wohnten und arbeiteten, ist eine Urkunde vom St.-Erhardstag aus dem Jahr 1365.² In jenem Jahr – es war die Zeit, da der Papst in Avignon statt in Rom residierte, da der Hansebund schon gegründet war, da man begann, aus Büchsen und Kanonen gegossene Eisenkugeln zu schießen – in jener Zeit erhielten die „erbarn gaistlichen Frawen“ des Klosters Wittichen von „Herzog Rainalt von Urslingen, seiner Fraw Beatrix von Theckhe und Herzog Cunradt, ihr beider Sune“ die Erlaubnis, mit ihren Flößen den Schiltacher Zoll gebührenfrei zu durchfahren. Diese Aussage macht nur dann einen Sinn, wenn der Wasserweg Obere Kinzig damals für die Flößerei schon erschlossen war. Wenn diese Urkunde als Beweismittel in der Indizienkette anerkannt wird, dann darf man die belegte Dauer der Kinzigflößerei ruhig auf 550 Jahre festlegen, dann dürfen wir mit Sicherheit annehmen, daß die Geburtsstunde einer gewerbsmäßig betriebenen Flößerei auf der oberen Kinzig vor der Mitte des 14. Jahrhunderts lag. Vgl. Fußnote 1.

Fußnote 1

Hermann Fautz, verdienter Heimatforscher aus Schiltach (1898–1979), galt und gilt als der unbestrittene Fachmann in Sachen Kinzigflößerei. Er hat die erwähnte Urkunde von 1365 in die Geschichte der Kinzigflößerei eingebracht (Ortenau 28/1941, Seite 152/153) und im dort ausgeführten Sinn interpretiert. Und viele seiner Leser haben diese seine Deutung und Auslegung übernommen und weitergegeben. Der Verfasser des vorliegenden Beitrages hatte jedoch das Bestreben, vor seinem Vortrag über „Wolfach und die Flößerei“ und vor dem Aufbau der Flößer Ausstellung im Rahmen der Flößerwochen 1987, Leitwort „Abenteuer Floß“, alle herangezogenen Urkunden selbst, wenigstens in Kopie, zu sehen und zu lesen und sie soweit möglich im Rahmen der Ausstellung auch der interessierten Öffentlichkeit vorzustellen.

So begann im Januar 1987 wegen oben angeführter Urkunde ein Schriftwechsel mit dem Hauptstaatsarchiv in Stuttgart, mit dem Staatsarchiv in Freiburg, mit dem Generallandesarchiv in Karlsruhe und mit den Fürstl. Fürstenbergischen Sammlungen Donaueschingen. Nach langer er-

Straßburger Handelsleute waren es, die, dem allgemeinen Trend jener Zeit folgend, den Lokalhandel zum Groß- und Überlandhandel weiterentwickelt haben, auch mit dem herbeigefloßten „Holzsegen“ des Schwarzwaldes. Wir dürfen vermuten, daß es Straßburger Kaufleute waren, die spätestens in dieser Zeit den Holztransport auf der Kinzig forderten und förderten, der Kinzigflößerei das Leben gaben, weil die Landwege für den Abtransport von langen Bauhölzern absolut unbrauchbar waren, da das, was man bis ins 19. Jahrhundert hinein Straßen nannte, schmale, schlechte, oft bodenlose Fahrspuren waren.

Die erste Nachricht über die Existenz einer Flößerei in Wolfach selbst stammt aus dem Jahre 1470³. Michael Schryber hat in seinen Kinzigtäler Ökonomieprotokollen 1471 aufgeschrieben, daß in Wolfach Floßholz verzollt werden mußte. Die Tatsache, daß Schryber nicht nur den Wolfacher Floßzoll, seine exakte Höhe für ein bereits fest existierendes Holzmaß, das Floß = 30 Stück, beschreiben konnte, sondern daß er schon von den „Schiffsherren zu Wolfach“ zu berichten wußte, ist ein gewichtiges Indiz dafür, daß die Flößerei in Wolfach schon jahrzehntelang bestanden haben mußte. Zölle konnten sinnvollerweise nur dann vom Landesherren eingefordert werden, wenn es etwas zu verzollen gab, d.h. wenn regelmäßig gefloßt wurde. Und als Schiffsherren würde man 1470 Wolfacher Bürger wohl nicht titulierte haben, wenn man erst in dieser Zeit begonnen hätte, in Wolfach das Floßgeschäft aufzubauen, Holzhandel im großen zu betreiben.

Erste direkte Hinweise auf eine genossenschaftliche Vereinigung der Wolfacher Schiffsherren finden sich in einer Urkunde von 1484.⁴ Straßburger

folgloser Suche – allen Mitarbeitern der vorgenannten Institutionen sei an dieser Stelle für die engagierte Mithilfe herzlich gedankt – wurde sie schließlich aufgrund eines zweiten Hinweises aus dem Generallandesarchiv Karlsruhe doch in Donaueschingen aufgefunden und von dort dem Verfasser in Kopie zugestellt. Leider traf das Schreiben mit der Urkundenkopie erst am Tag nach dem Vortrag, nämlich am 20. Juni 1987, in Wolfach ein.

Das Studium der Urkundenkopie hatte folgendes Ergebnis: Nach meiner Meinung hat H. Fautz den Inhalt in bezug auf die Flößerei zu „großzügig“ interpretiert. Im Text sind weder das Wort Holz noch das Wort Floß zu finden. Es wird lediglich von der Befreiung der „erbarn gaistlichen Frawen“ vom Zoll zu Schiltach geschrieben, und zwar „von allem dem, daz in ir kloster gehört und uff ihren tisch, ez sy in gewachsen oder sie haben ez gekauft“. Deshalb sollte nach meiner Meinung – auch wenn manches für die Fautzsche Auslegung spricht – diese Urkunde nicht zur abschließenden Altersbestimmung der Flößerei auf der oberen Kinzig herangezogen werden. Hierfür müßten schon weitere schlüssige Beweise gefunden oder Indizienbeweise aufgebaut werden können. Es kann mit dem Text der Urkunde von 1365 einfach nicht eindeutig genug bewiesen werden, daß sich die Zollbefreiung nicht nur auf die „normalen“ Handelsgüter jener Zeit (z. B. Salz, Metalle, Textilien, Wein usw.) bezogen hat und daß auch Floßholz gemeint war.

Hier ergibt sich sicherlich für manchen Interessierten die Möglichkeit, dieser offenen Frage bis zur Klärung intensiv nachzugehen. Vielleicht könnten Heimatforscher aus dem Bereich Kehl die Straßburger Archivalien nochmals mit dieser Fragestellung überprüfen.

Holzkaufleute beschwerten sich damals bitterlich, daß die Wolfacher Schiffer „ettlich bündniss und satzung untereinander gemacht“ hätten. Dies kann nur so gedeutet werden, daß die Straßburger schwer verärgert waren, weil die Wolfacher untereinander Preisabsprachen getroffen, weil sie Regeln zur Stützung des Holzpreises vereinbart hatten, weil sie gemeinsam schädliches „Stümpeln“, d.h. Unterbieten, vermeiden, Einheitlichkeit bei Kauf und Verkauf halten wollten. Die Worte „bündniss und satzung“ beweisen – so meine ich –, daß es um diese Zeit eine Schifferschaft, einen genossenschaftlich organisierten Bund der Wolfacher Holzhändler und Floßherren gegeben haben muß.

Eine weitere urkundliche Nachricht aus dem Jahr 1487⁵ hilft beim angestrebten Indizienbeweis über das hohe Alter der Kinzigflößerei ebenfalls weiter.

Am Montag vor St.-Gülgentag, d.h. vor dem 1. September 1487, wurde vor dem Gericht zu Schiltach im Rechtsstreit zwischen dem Geroldsecker Herren Gangolf und den „armen Lüthen im Übel- und Langenbach“ erwähnt und – auf einer Eselshaut geschrieben – festgehalten, daß die Gräfin von Ochsenstein, die auf der Burg Rombach vor Wildschapbach residierte, schon lange das Holz aus ihren Waldungen durch die „Wolfach“ herabzufahren pflegte. Wenn aber der Wolfach schon als so lange floßbar beschrieben wird, dann muß die Kinzig bei Wolfach noch weit früher floßbar gewesen sein.

Die Kinzigflößerei und die Weitsicht eines Grafen

Einen ganz entscheidenden Aufschwung für Holzhandel und Flößerei löste die Verleihung des Holzhandelsprivilegs an die Wolfacher Bürger durch Graf Wolfgang von Fürstenberg aus. Graf Wolfgang herrschte über die Landschaft Kinzigtal von 1491 bis 1509. Dieser Graf – eine der großen Gestalten aus der Familie der Fürstenberger, am Ende des ausgehenden Mittelalters lebend – hatte, wie seine Gemahlin Elisabeth im Jahre 1539⁶ an den Herzog von Württemberg berichtet, vor vielen Jahren den Einwohnern von Wolfach zur Förderung ihrer Wohlfahrt das Gewerbe des Holzflößens zugestellt, dasselbe in die „statt gezogen“, „auf dem Lande aber abgeschafft“. Die Erteilung dieses Vorrechts, das den Wolfacher Bürgern allein die Ausübung des auswärtigen Holzhandels zusprach, entsprang – wie Franz Disch formulierte – dem damaligen Bestreben, den Handel auf die Stadt zu konzentrieren und Berufe wie Holzhändler und Waldbauern streng voneinander zu trennen, um so jedem seine Existenzmöglichkeit zu geben. Diese weitsichtige Privilegsentscheidung wurde von den Bauern und ihren Vögten sofort und später immer und immer wieder heftig angegriffen. Laufend forderten sie von den Landesherren die Abschaffung dieses Vorrechtes zu Gunsten der Wolfacher. Doch unerbittlich bestätigten die Fürsten von Fürstenberg ihren Wolfacher Untertanen dieses Privileg bis Ende des 18. Jh. immer und immer wieder, damit – ich zitiere – „Wolfach in stattlichen Aufgang gebracht werde“, – ich zitiere erneut –

„da der Mehrheit der Wolfacher Bürger zu ihrer Leibesnahrung keine andere Hantierung habe, denn das Holzgewerbe“, und daß – noch ein Zitat – „die Wolfacher Schiffsherren immer wieder demüthig und fleißig darum gebeten haben“.

Ich finde, es ist angebracht, an dieser Stelle diesen Grafen Wolfgang etwas genauer vorzustellen, der in einem so weisen, wirtschaftspolitisch bedeutsamen Akt dafür gesorgt hat, daß den Wolfacher Stadtbürgern früh eine ergiebige Einnahmequelle gefaßt und zugeleitet wurde.

Graf Wolfgang und sein Bruder Heinrich VI. von Fürstenberg verwalteten zu Beginn der Neuzeit ihre Ländereien gemeinsam. Doch schon 1490 einigten sie sich über die Teilung ihres Fürstenberger Besitzes. Graf Wolfgang übernahm vor allem die Herrschaft über das Kinzigtal. Er muß ein äußerst kluger und rastlos tätiger Mann gewesen sein, sonst wäre er im Jahre 1500 nicht schon zum Kämmerer und Hofmarschall Kaiser Maximilians avanciert, hätte er nicht die Münzgerechtigkeit für alle seine Lande erhalten.

Als im gleichen Jahr sein Bruder Graf Heinrich VI. den Soldatentod erlitt, war Graf Wolfgang Alleinherrscher über alle fürstenbergischen Lande. Schon 1502 wurde er außerdem vom Kaiser zum Landvogt der vorderösterreichischen Lande im Elsaß, im Breisgau und in den vier Hochrheinstädten Waldshut, Säckingen, Lauffenburg und Rheinfeldern ernannt. Und wieder zwei Jahre später verpfändete Kaiser Maximilian ihm die Reichsstädte Offenburg, Ortenberg, Gengenbach und Zell a.H. nebst den zugehörigen Dörfern, d.h., er ernannte ihn zum Landvogt der Ortenau. Graf Wolfgang besaß damit eine unglaublich starke Machtstellung im deutschen Südwesten. 1504 wurde er sogar von Kaiser Maximilian in Ortenberg besucht. Nach diesem Besuch reiste Kaiser Maximilian I. auch durch Wolfach. Jener Tag, der 22. August 1504,⁷ wurde von den etwa 650 Wolfachern als großes Ereignis begangen. Es war das erste und letzte Mal, daß die Einwohner der Stadt einem Kaiser des Hl. Röm. Reiches in ihren Mauern persönlich huldigen konnten. Doch das wirtschaftlich Bedeutsamste war wohl die Tatsache, daß Kaiser Maximilian den Wolfachern den Biberacher Floßzoll um die Hälfte ermäßigte.

Graf Wolfgang verbrachte viel Zeit seines Lebens außer Landes; auf Reisen, in kämpferischen Einsätzen, u.a. in Spanien, wo er nur aufgrund seiner robusten Gesundheit einen Giftanschlag – wenn auch nicht folgenlos – überlebte. Schon wenige Jahre später mußte er das kaiserliche Heer, mit dem er in Oberitalien stand, todkrank verlassen. Er ließ sich auf einer Bahre über die Alpen nach Schloß Ortenberg tragen und verstarb dort in der Silvesternacht des Jahres 1509 im Alter von 44 Jahren. Seinen Leichnam ließ er – so wurde von Heimatforscher Albert Sandfuchs überliefert – an drei verschiedenen Orten bestatten: Die Eingeweide in Haslach, den Leichnam auf dem Fürstenberger Friedhof bei Neidingen, das Herz aber in Wolfach, nachdem drei Äbte, die

von Alpirsbach, Gengenbach und St. Georgen, in der Stadtpfarrkirche zu Wolfach ein levitiertes Seelenamt zelebriert hatten.⁸

Es war für Wolfach von entscheidender Bedeutung, daß es 5 Jahrhunderte lang Hauptort der fürstenbergischen Landesherrschaft war, und daß dieses Geschlecht mit seinem allzeit regen wirtschaftlichen Sinn schon früh Förderer der Stadt, vor allem aber Gönner der Wolfacher Flößerei war und blieb.

Aus dem Jahre 1527⁹ stammen dann die ältesten Statuten, durch die die Existenz einer Wolfacher Schifferschaft urkundlich nachgewiesen wird. Wichtig erscheint mir, daß damals festgelegt wurde, daß spätestens von nun an die Hälfte der Einstandssumme, die jeder Schiffergenosse einzubringen hatte, „für die Herstellung notwendiger Flußbauten“ verwendet werden mußte. Durch diese Festlegung wurde klar erkennbar, daß man schon damals wußte, daß grenzüberschreitende Holzflößerei nur von einer finanzstarken Genossenschaft betrieben werden konnte. Nur gemeinsam geschaffene Kapitalkraft konnte die erforderlichen Investitionsmittel bereitstellen, um die Floßstraßen allzeit offenzuhalten, um alle notwendigen Floßanstalten zu schaffen. Deshalb konnten nur bemittelte Leute in die Schifferschaft eintreten. Der Zusammenschluß war aber auch erforderlich, um bei aufkommenden Streitfällen zwischen Interessenten aus verschiedenen Herrschaftsbereichen erfolgreich bestehen zu können. In späteren Jahrhunderten mußten deshalb immer und immer wieder über die Herrschaftsgrenzen der Fürstenberger hinaus gültige, bi-

Schwarzwald. Cap. cclviij.

**Das Volck so bey der Rynckig wohnet/besonder
vmb Wolfach/ernehret sich mit den grossen Bamhölzern/die sie
durch das Wasser Rynckig gen Straßburg in den Rhein flößen/
vnd groß Gelt jährlichen erobern.**



**Aus "Cosmographia universalis" (1544)
von Sebastian Münster.**

Ausschnitt aus der „Cosmographia universalis“ von Sebastian Münster 1544.

und trilaterale Floßordnungen zwischen dem Haus Fürstenberg, dem Kloster Alpirsbach und dem Haus Württemberg ausgehandelt werden.

Blüte vor dem traurigen Ende. Transportleistungen der Kinzigflößer

Zu den wichtigen Urkunden, die das hohe Alter einer leistungsfähigen Langholzflößerei in Wolfach belegen, möchte ich die Aussagen des Mannes vom bundesdeutschen Hundertmarkschein zählen. Sebastian Münster,¹⁰ Zeitgenosse Luthers, rühmte in seinem 1544 erstmals erschienenen, fast 2 000 Seiten zählenden geographischen Standardwerk, in seiner in deutsch verfaßten „Cosmographia universalis“, in der er die „gantze Welt zu beschreiben“ suchte und die nicht weniger als 21 Auflagen erlebte, er rühmte in diesem Buch nicht Wolfachs herrliche Lage im Schwarzwald, nicht sein mittelalterliches Stadtbild, nicht den vielfach getürmten, geschlossenen Mauerring, nein, er erwähnte den Fluß, er erwähnte die Holztransportstraße Kinzig, er nannte das Gewerbe der Flößerei und hob damit die Bedeutung Wolfachs für die Lande und Städte am Rhein hervor. Dabei erfüllt es mich weniger mit Genugtuung, daß er den Wolfachern bescheinigte, daß sie es verstünden, „mit dem Holzflößen jährlich groß Geld zu erobern“, nein, es erfüllt mich mit Stolz, daß er den Wolfacher Flößern bestätigen konnte, daß sie es mit „großen Bawhölzern“ erobern konnten. Er belegte so, daß die Wolfacher Flößer bereits damals das schwierige Geschäft der Langholzflößerei beherrscht haben.



Wasserdurchlaß des Floßweihers im Heubach, unmittelbar oberhalb des Rüstplatzes (Einbindestätte gelegen).



Letzter Floßweiher auf der Gemarkung Wolfach. Zeuge der bedeutenden Heubachflößerei, die von Heinrich Hansjakob im Buch „Waldleute“, Abschnitt „Fürst vom Teufelstein“, beschrieben wurde.

Die Nachfrage nach diesem großen Floßholz blieb über die Jahrhunderte bestehen. Jede neue Blütezeit der Städte am Rhein verlangte nach Holz; jeder Stadtbrand, jede Einäscherung löste einen neuen Nachfrageschub aus. Man muß, um dies zu verstehen, wissen, daß man allein zum Bau eines Gutacher Bauernhauses das Holz von etwa 1 Hektar Wald verbrauchte, daß die Bauleute für die Errichtung eines großen Fachwerkhauses, wie sie heute noch als Gasthöfe bei uns, im Hanauer Land oder im Elsaß stehen, etwa 120 Baueichen und 180 stolze Tannenbäume verarbeitet haben, was einem kleinen Wald entsprach.

Nur weil die Nachfrage auf dem Straßburger Holzmarkt über Jahrhunderte gleichmäßig stark blieb – abgesehen von Zeiten, da die Kriegsfurien über unser Land rasten –, wird die unglaubliche Energie begreifbar, die unsere Vorfahren für den Aufbau und Erhalt des Floßwesens aufbrachten. Nur eine hoch eingepegelte wirtschaftliche Erwartungshaltung kann die Menschen des Kinzigtales permanent ermuntert haben, die erforderlichen Einrichtungen am Fluß nicht nur zu schaffen, sondern sie immer wieder aufzubauen, wenn sie durch Alter geschwächt, wenn sie durch die Urgewalten von Hochwassern und Eisstößen geschädigt oder vernichtet waren. Der Zwang zum Erfolg muß die Wolfacher Holzflößer bewogen haben, ihre großartige, wahrhaft imponierende Floßfahrttechnik mit Gelenkflößen riesigen Ausmaßes zu entwickeln, die



Talfloß. Das kleine Vorplätz war unbemannt und wurde als Ganzes vom Steuermann, der auf dem zweiten Gester stand, in die Fahrrichtung gehébelt, so daß die nachfolgenden Gestere mit ihrer Trapezform ihren „Weg“ relativ selbständig zwischen den Felsblöcken und Uferbäumen hindurch finden konnten.

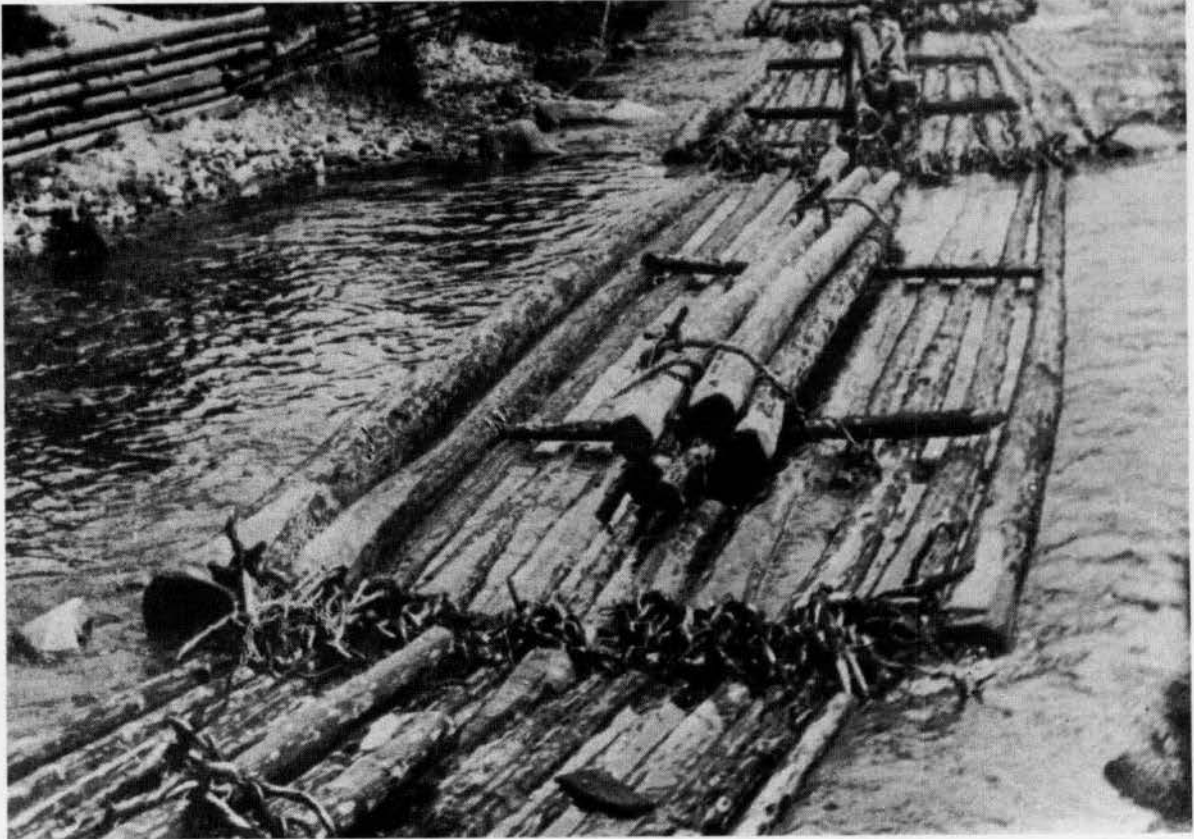
notwendigen Spezialkenntnisse für diese Art des Langholztransports zu erwerben. Denn auf der Kinzig fuhr man viel früher als auf anderen Schwarzwaldflüssen mit riesengroßen Gesterflößen. Eine Leistung, die heute noch unsere uneingeschränkte Hochachtung verdient, ja herausfordert. Vgl. Fußnote 2.

Fußnote 2

G'ster, Gestör, G'stör: Teil eines Floßes; eine Holztafel, hergestellt, hergestellt aus ca. 6–20 Holzstämmen gleicher Länge (bis 35 Gestere ergaben ein Floß). Der Begriff darf nicht verwechselt werden mit einem alten Holzmaßenmaß, das ebenfalls mit „Gster“ bezeichnet wurde. Wahrscheinlich hatte dieses uralte Holzmaßenmaß den gleichen Ursprung wie das noch heute gängige Raumenmaß für Brennholz, „Ster“. (Dieses Holzmaßenmaß heißt auch im frz. „stère“, engl. und niederl. ebenfalls „stere“).

Die Kinzigflößer haben – so die bisherigen Erkenntnisse des Verfassers – früher als die Flößer anderer Flußgebiete des Schwarzwaldes das „Massenfloß“, das Gesterfloß, entwickelt und damit ihre wohl größte Entwicklungsleistung vollbracht. Ob aus theoretischer Erkenntnis oder einfach aus praktischer Erfahrung heraus, legten sie ihre Stämme Zopf neben Zopf und Stock neben Stock, so daß ganz zwangsläufig trapezförmige „Tafeln“ entstanden. Diese legten sie folgerichtig stets mit ihrer Schmalseite in Fahrtrichtung. Allein durch diese Form und Lage der Gestere konnte eine relativ sichere Fahrt auf den engen, windungsreichen Gebirgsflüssen garantiert werden. Diese Grundkonzeption führte nämlich, zusammen mit der durch die recht lockere Wiederverbindung der einzelnen Gestere gewährleisteten Schlenkerung, zu einer relativ guten Selbststeuerung dieser riesigen Holzbänder.

Jeder, der einmal die Energierechnung aufgemacht hat, d.h. überschlagen hat, welche riesigen Energien in einem in rascher Fahrt befindlichen Floß stecken mußten (Masse mal Geschwindigkeit), der wird, bei aller Bewunderung der Bärenkräfte der wackeren Flößer, erkennen, daß Menschenkraft niemals ausreichen konnte, um ein solches Floß zu steuern, zumal der Flößer bei der Übertragung seiner Kräfte auf Flußboden oder Uferböschung einzig und allein auf seine Ha-



Fotografie eines Floßes (vermutlich auf der Enz um 1900).

kenstange angewiesen war. Menschenkraft mußte dafür das „Einfädeln“ des Vorplätzes, des Richtgesters, in die Fahrrinne übernehmen. Das nachfolgende Floß lenkte sich dagegen weitgehendst selbst an den Hindernissen vorbei. Die Stämme glitten, streiften, schoben sich an allen Hindernissen im Bach (Felsblöcke, Felsriffe, Streichpfähle, Teichfallenpfosten usw.) entlang, wurden dabei durch die Wirkung der im Floß steckenden Bewegungsenergie stets ins Fahrwasser ab- bzw. zurückgedrückt. Beim Wechsel von Gester zu Gester konnte nichts passieren, es gab ja jeweils einen „Sprung“, einen Versatz nach innen, so daß ein Feststecken, ein Festrammen des nachfolgenden Gesteres nahezu unmöglich war.

Lediglich wenn das „Einfädeln“ in die Fahrtrichtung nicht gelang, wenn ein Hindernis zu „schräg“ angefahren wurde, konnte es zu Problemen und Schäden an Flußbauten oder am Floß selbst kommen.

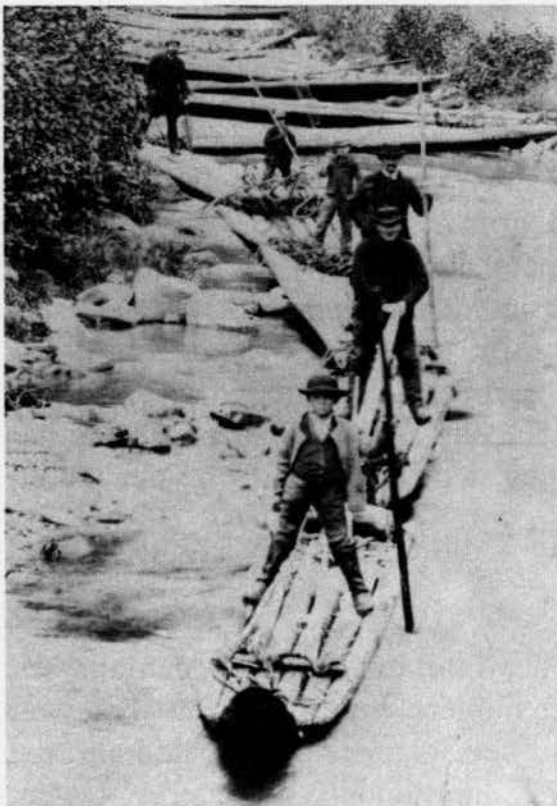
Diese Feststellungen sollen die großartigen Fähigkeiten und Fertigkeiten unserer Flößermänner in keiner Weise schmälern, denn sie wurden trotz der relativen Selbstlenkung ihres Gefährtes bei wilder Fahrt oft gehörig geschüttelt und durchgerüttelt. Oft genug war ihre Arbeit dennoch lebensgefährlich, ohne eine gehörige Portion Kraft und Mut kamen sie nicht aus.

G'ster, Gestör, G'stör: Teil eines Floßes; eine Holztafel, hergestellt aus ca. 6–20 Holzstämmen gleicher Länge (bis 35 Gestere ergaben ein Floß). Der Begriff darf nicht verwechselt werden mit einem alten Holzmaßenmaß, das ebenfalls mit „Gster“ bezeichnet wurde. Wahrscheinlich hatte dieses uralte Holzmaßenmaß den gleichen Ursprung wie das noch heute gängige Maßenmaß für Brennholz, „Ster“. (Dieses Holzmaßenmaß heißt auch im frz. „stère“, engl. und niederl. ebenfalls „stere“)

In den Jahrhunderten, die auf die Privilegsentscheidung Graf Wolfgangs folgten, entwickelte sich die Kinzigflößerei stetig fort. Ihre Aufgabe blieb über die Zeiten hinweg stets dieselbe: Holz vom Ort der Produktion an den Ort der Konsumtion zu schaffen. Es gab Höhen und Tiefen, es wechselten Blütezeiten, z. B. als die Niederlande zu einer Welt- und Seemacht aufstiegen, mit Perioden fast tödlichen Niedergangs, z. B. während der Französischen Revolution und während der napoleonischen Kriege.

Die juristischen Daten und Fakten der Kinzigflößerei sind über alle Jahrhunderte hinweg in Floßordnungen – so 1535, 1557, 1769, 1834 und zuletzt 1867¹¹ – im Detail festgehalten und überliefert worden. Dagegen fehlen für die Zeit zwischen 1500 und 1800 detaillierte Aussagen über die Fortschritte in der Technik der Floßbaukunst, z. B. über die Entwicklung der Steuerung, über Unterschiede bei Wald- und Landflößen, über den Bau von Floßanstalten, auch über den sozialen Status von Schiffsherren und Floßknechten in unserer Stadt. Die alten Flößer gehörten nicht zur schreibenden Zunft, sie gingen lieber mit Baumstämmen als mit Federkielen um; und die Helden der Feder scheinen vor den Gefahren und Beschwernissen einer Kinzigfloßfahrt zurückgeschreckt zu sein.

Auch über die staunenswerten Transportleistungen der historischen Kinzigflößerei sind kaum Fakten bekannt. Erst aus der Endphase der Kinzigflößerei findet sich zeitgenössisch überkommenes Zahlenmaterial. So wurde aus dem Blütejahr 1856¹² überliefert, daß 300 Flöße mit einem Holzwert von 1,5 Mil-



Talfloß vor der Abfahrt. Die einzelnen Gestere waren äußerst schmal, nur wenige Stämme breit. Doch erreichten sie ganz erstaunliche Längen bis 300 m. Einziges bekanntes Foto eines Talfloßes aus dem Kinzig- bzw. Wolfthalbereich (um 1885).

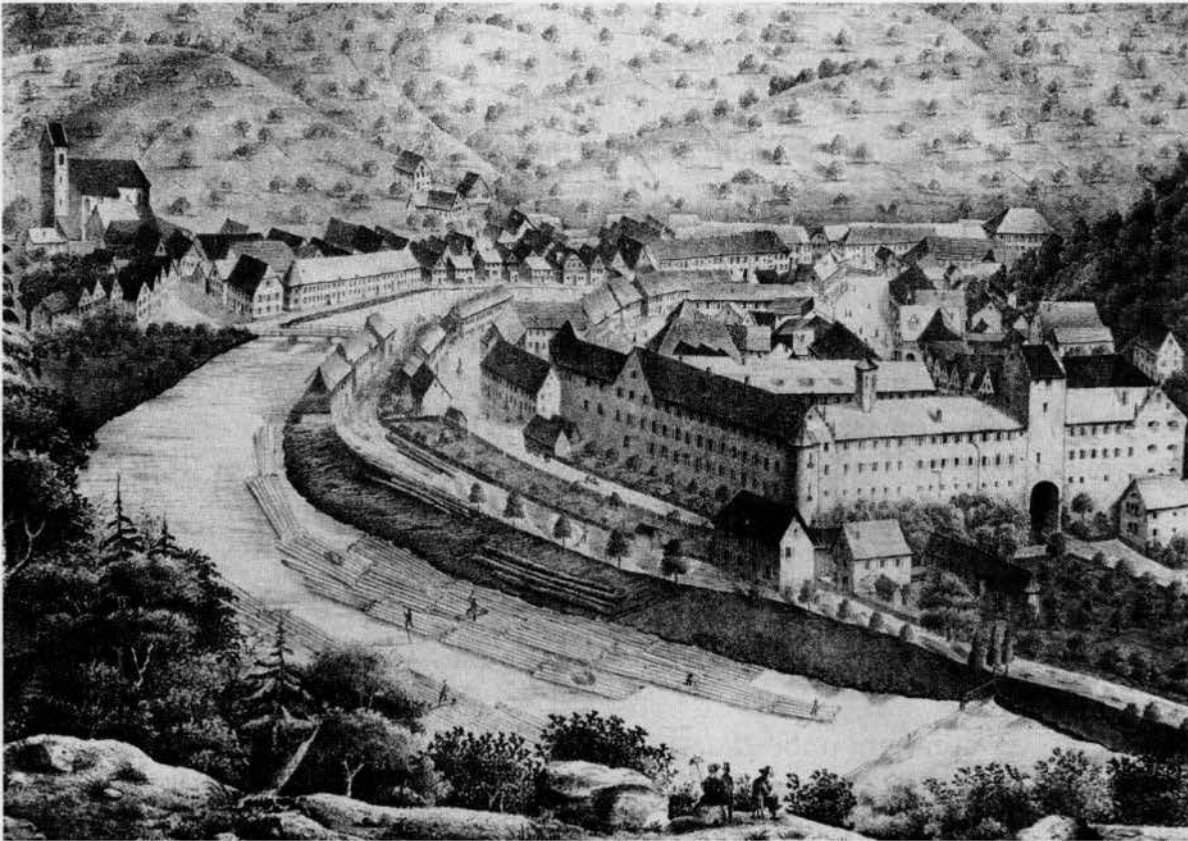


Landfloß auf der Fahrt über den Spitzteich in Wolfach. Die Floßfalle (der Gamper) ist geöffnet.

lionen Gulden von Wolfach abgingen, daß auf diesen 300 Flößen außerdem Oblasten im Wert von weiteren 2 Millionen Gulden verfrachtet wurden. Da der mittlere Taglohn eines Flößers damals bei rund einem Gulden lag, entsprach der Umsatzwert jenes Jahres rund 3,5 Millionen Flößertagelöhnen. Wer diese Zahl begreift, der versteht, warum die Wolfacher die Flößerei nie vergessen haben. Selbst aus der Periode beginnenden Siechtums, aus den Jahren 1858 bis 1887¹³, liegen beeindruckende Zahlen vor. So haben die Flößer des Amtsbezirks Wolfach in diesen knapp 30 Jahren nicht weniger als 3 737 Flöße abgelassen, d.h. rund 2 Millionen Kubikmeter Langholz verflößt; geschätzter Handelswert: 28 Millionen Mark. Eine zusammenfassende Statistik der Jahre 1869–1886¹⁴ hielt außerdem fest, daß die Flößer unseres Raumes in dieser Zeit zusätzlich rund 80 000 Ster Scheitholz auf der Kinzig und ihren Zuflüssen in sogenannter Wildflößerei transportiert haben. Diese Holzmasse entsprach fast einer Holzmauer von 1 m Höhe entlang dem Kinziglauf von der Quelle bis zur Mündung.

Verklärte Erinnerung

Eine Beschreibung der Kinzigflößerei in der Literatur erfolgte ebenfalls erst im 19. Jahrhundert, als die letzte Phase der Flößerei bereits angebrochen war. Wenn wir über den Floßbau, das Leben auf der Spannstatt, über die Fahrt der Kinzigflößer ins Land aus der Zeit des 19. Jahrhunderts genaueres wissen,



Ansicht von Wolfach im Jahre 1730. Das Bild zeigt die erste Darstellung des Floßgeschehens in Wolfach.

dann verdanken wir dies vor allem dem wohl bedeutendsten Sohn der Stadt aus dem 19. Jahrhundert, dem Seifensieder und Kerzenzieher, dem Holzhändler und Schiffsherren, dem Demokraten und Revoluzzer von 1848, dem tagebuchschreibenden Theodor Armbruster. Er hat Heinrich Hansjakob über die Kinzigflößerei zu seines Vaters und seinen eigenen Lebzeiten erzählt, hat ihm seine Tagebuchaufzeichnungen¹⁵ an die Hand gegeben.

Und mit Hilfe der Erzählungen und Aufzeichnungen des Theodor – ergänzt durch erlebnisgesättigte Auskünfte des legendären „Fürsten vom Teufelstein“ – konnte Heinrich Hansjakob, wenn auch in Anspruchnahme großer dichterischer Freiheit, ein lebendiges, farbiges Bild der Kinzigflößerei, aber auch der Waldflößerei – z. B. auf dem Heubach – entwerfen. Viel Wirklichkeitsnahes, Abgesichertes über die Flößerei wurde nur überliefert, weil Heinrich Hansjakob in seinem Buch „Die Waldleute“¹⁶ unserem Theodor – einer faszinierenden Persönlichkeit – ein literarisches Denkmal gesetzt hat. Wäre das Buch „Waldleute“ nicht geschrieben worden, dann wäre auch der bekannte Schwarzwaldmaler Professor Wilhelm Hasemann nicht zum Illustrator des Hansjakobschen Werkes geworden, wären viele lebensnahe, detailsichernde Flößerbilder nicht entstanden. Denn die Photokästen jener Jahre waren noch nicht geeignet, Bilder zu liefern, welche das Leben auf dem Fluß in seiner Bewegung widerspiegeln konnten. Dennoch kam das bekannte Flößerbild Hase-

manns „Flößer auf der Heimkehr“ bereits schon mit Hilfe der Photographie zustande. Der Wolfacher Ochsenwirt, wegen seiner Liebe zum Historischen nur der „Scherbenschorsch“ genannt, brachte die Flößer zum Phototermin zusammen. Ihre Namen sind bis heute überliefert. Sie hießen im Volksmund: der Flößerkasimir, der Flößermathies, der Waldhauer August und der Flößerkienle.

Georg Straub, der Wolfacher Glasmaler, Poet und Heimatfreund, der selbst noch dem Floßbau auf der Kinzig zuschauen, der selbst noch die letzten Flößerrecken sehen, sprechen und hören konnte und deshalb selbst einen bemerkenswert konkreten Beitrag „Die alte Kinzig-Flößerei“¹⁷ schreiben und illustrieren konnte, er hat überliefert, daß es Hasemann bei seinen Illustrationen so genau nahm, daß jede Figur auf dem Photo¹⁸ in seinem Bild Porträtähnlichkeit bekam.

Das unbetrauerte Ende

Kommen wir nun zum unbetrauerten Ende der Kinzigflößerei. Vor genau 100 Jahren – im Jahr 1887 – lag sie bereits im Todeskampf. Auf der Wolf, einem der wichtigsten Zulieferer von Waldflößen, inszenierten die Wolfstalflößer am 27. April unter Obmann Melchior Vetter eine angeblich letzte Floßfahrt, die



Flößerheimkehr. Bild von Wilhelm Hasemann. Waldleute, 1897.

danach – wie sich herausstellte – doch nicht die letzte war. Die Kinzigalbahn – seit einem Jahr fertiggestellt – dampfte durch das obere Kinzigtal; lebendig und kraftvoll ihren Alleinvertretungsanspruch verkündend. Und die Waldbauern des Umlands wollten lange schon ihr Holz nicht mehr dem Wasser anvertrauen. Sie waren im Kampf um bessere Straßen erfolgreich gewesen: Verbesserte Fahrbahnen, die Streckung der Ränke, die Verstärkung der Brücken, der Bau von schwiggbaren Nachläufern erlaubten nun den Landtransport auch größerer Stämme. Die Stämme mußten nicht mehr gelocht werden, sie brachten als ungewässertes Holz pro Raummeter 2 Mark mehr als das gewässerte, was fast dem Lohn eines Tagelöhners entsprach. Vgl. Fußnote 3.

Und draußen vor den Toren der Stadt, auf dem Galgengrün, war ein Arbeitgeber des Industriezeitalters erwachsen, die Zellulosefabrik, die fünfmal so viel Arbeitsplätze anbot, wie die Flößerei je angeboten hatte. Für mehr als 30 Jahre nahm die „Zellulose“ das Arbeitsmarktpotential der Stadt und des Umlandes auf und das ganzjährig. Sie kaufte riesige Mengen des heimischen Rohstoffes Holz auf, veredelte sie vor Ort, verkochte „zu Zellstoff ganze Wälder“.

Statt im Floßhafen am Herlinsbach türmten sich in Wolfach nun auf dem Holzlagerplatz am Bahnhof Berge von Scheitholz, lagerte dort Langholz in riesigen Poltern und konnte leicht von der Rampe auf die Schemelwagen der Bahn gerollt werden. Die Bahn kannte keine Floßferien im Sommer und keine Winterruhe, sie kannte weder Störungen durch Hochwasser und Eisgänge noch durch Wasserklemme. Gewünschte Lieferzeiten waren ganzjährig und präzise einzuhalten. Das Dampfroß transportierte das Holz in Stunden so weit, wie das Floß in Tagen. Der Sieg des Besseren über das Gute war nicht aufzuhalten, der Kampf des kochenden gegen das fließende Wasser wurde ohne Erbarmen nach den Gesetzen des Marktes zugunsten des Neuen beendet. Kein kommentierendes Wort verlor der „Kinzigthaler“, der sonst über alles und jedes berichtete, 1887 über die Kinzigflößerei vor 100 Jahren. Warum sollte man sich auch in Wolfach über das Ende der Wolftalflößerei aufregen, man ging doch schon mit dem Gedanken schwanger, auch das Wolftal durch eine Bahnlinie zu erschließen. Nur ältere, direkt von Arbeitslosigkeit bedrohte Floßknechte, die ihre Tätigkeit am Fluß und auf dem Fluß nicht mehr mit der Arbeit in der dunstgeschwängerten Fabrikhalle vertauschen wollten oder konnten, trauerten voll Wehmut um die dahinsiechende Flößerei. Die Schiffsherren, auch Theodor Armbruster, waren klug genug, die Zeichen der Zeit richtig zu deuten. Sie wickelten gar bald ihre Holzhandelsgeschäfte auf Achse und Schiene ab. Selbst der auf Traditionspflege eingestimmte, verdienstvolle Chronist der Stadt, Ehrenbürger Franz Disch, fand keine Worte der Trauer, als er – die Zeitmei-

Fußnote 3

Jeder Stamm wurde an Zopf und Stock (dünnes bzw. dickes Ende) mindestens einmal durchbohrt. Mit der Lochaxt wurden die scharfen Kanten der Löcher gebrochen, so daß die „Wieden“, aus Baumstämmchen gedrehte Holzseile, bei der Floßfahrt in den „Augen“ = Bohrlöchern nicht so schnell durchgerieben, durchgescheuert werden konnten.



Schiffsherr und Floßknechte, Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Bilde vereint. Schiffer Roman Armbruster, durch die weltmännische Kleidung deutlich ab- und herausgehoben, war der letzte Vorstand der zum 1. 1. 1896 aufgelassenen Kinzigflößerei — Genossenschaft Wolfach.

Er und die um ihn gruppierten jungen und alten Wolfstalflößer hatten die letzte Periode der Kinzigalflößerei mitgetragen, erlebten das Ende der einst so stolzen Flößerzeit voll Wehmut mit. Roman Armbruster ließ sich auch durch die 1896 eingetretene Wende im Holztransportwesen nicht vom „Holz“ trennen, er betrieb weiter seine Sägewerke und gründete — der Entwicklung neuer Techniken vertrauend — sogar 1897 das Wolfacher E-Werk.

nung zusammenfassend — schrieb: „Über 400 Jahre hat die Flößerei das ganze Flußgebiet beherrscht, alle Wasserkräfte eigennützig an sich gezogen, restlos für sich ausgenützt und dadurch der Fabrikindustrie, der allzeit fleißigen Tochter des 19. Jahrhunderts, den Einzug in unser Tal verwehrt.

Man schrieb das Jahr 1896, als die „Kinzigtälner Flößergenossenschaft Wolfach-Schiltach“ sich selbst auflöste, fast ein Jahrhundert ist vergangen, seit die HiTech des ausgehenden 19. Jahrhunderts Altes, Bewährtes gnadenlos zum Absterben verurteilte. Flößerei ist heute Vergangenheit, ist Geschichte. 90 Jahre, 100 Jahre sind eine lange Zeit, so lange, daß es keine Augenzeugen des realen Floßgeschehens mehr gibt, daß konkrete Kenntnisse, Erfahrungen, Erlebnisse verblasen.

Rasch wurde von den Nachfahren um den gefährvollen Beruf des Flößers der Zauber des Romantischen, des Exklusiven gewoben. Ganz gewiß waren die

Flößer eine besondere Zunft. Ganz sicher waren die Männer vom Fluß besondere Kerle, besaßen sie hervorragende Berufstugenden wie Körperkraft, Gewandtheit, Ausdauer, Geistesgegenwart und Mut. Was sie aus der Reihe ihrer Mitbürger heraushob, war die Tatsache, daß sie auf Reise gingen, daß sie über den eigenen Kirchturm hinaussahen, daß sie weiten Horizonten entgegenführten, die große Welt draußen erlebten und vielfältige Kontakte anknüpfen konnten, daß sie – zurück von der Transportfahrt – viel zu erzählen und zu berichten hatten, was andere zum Staunen brachte.

Doch die Erinnerungen an das Vergangene wurden schnell verklärt, wurden von Ahnenstolz vergoldet. Lokalpatriotismus wirkte überhöhend, Phantasie und Sprachkraft von Schriftstellern – ich denke vor allem an Heinrich Hansjakob – idealisierten, verschoben Gewichte, verliehen dem gefährvollen, real aber knochenharten Leben der Flößer poetischen Glanz. Der Reiz des Besonderen, der Hauch des Abenteuerlichen spricht ebenfalls bis heute aus den Bildern der Malerprofessoren Eyth, Hasemann, Liebich und denen des Wolfacher Heimatmalers Eduard Trautwein. Vgl. Fußnote 4

Auch viele in ihrem Beruf als Flößer ergraute Veteranen haben mitgeholfen, ein romantisierendes Bild zu erzeugen und fortzutragen. Sie konnten das freie Leben auf dem Polterplatz, auf den rauschenden Wogen nie vergessen und schwelgten in alten Erinnerungen, von Kämpfen mit den Urgewalten des Wassers, von den Unbilden des Wetters, von Heldentaten auf den Fahrten ins Land. Zusammenfassend kann ich sagen: der alten Dame Flößerei – man beachte den weiblichen Artikel – hat man im Laufe der Jahre kräftig Puder, Schminke und Farbe aufgelegt, man hat bei der Weitergabe der Erinnerungen

Fußnote 4

Zu den „Überhöhungen“ gehört zweifellos auch die in Wolfach und anderswo tradierte Vorstellung, daß die Kinzigtäler Flößer auf eigenem Holz und Floß bis in die Niederlande durchgefahren sind. Dies war allein aus floßtechnischen Gründen gar nicht möglich.

Begründung: Die recht lose verbundenen, gesterreichen Kinzigflöße konnten nur bei geringen Wassertiefen sicher gesteuert werden (man benötigte eine Mindestdiefe von 60–80 cm!), denn ihre Steuerhilfen Richtgester, Sperrstümmel und Hakenstange konnten nur wirken, wenn eine sichere und rasche Kraftübertragung (Wasserwiderstand!) zum Flußboden oder zur Uferböschung möglich war.

In breiten, tiefen Gewässern – z. B. auf dem Rhein – war man auf Ruder- und/oder Ankersteuerung angewiesen. Die hierbei auftretenden Steuerkräfte konnten aber nur auf in sich völlig steife Floßtafeln übertragen werden. Locker gebaute Flöße mit ihrer Beweglichkeit, ihrer „Schlenkerung“, konnten auf ihrer ganzen Länge jedoch nicht durch Ruder beeinflusst werden; sie hätten nicht „gehört“. Deshalb haben schon die Willstätter Floßknechte die Schwarzwaldflöße zumeist in ruderbare „steife Böcke“, feste Floßkörper, umgebaut. Dabei legten sie, um solche festen Flöße zu erhalten, ihre Stämme nicht mehr Zopf neben Zopf und Stock neben Stock, sondern wechselten die Stammlage (Zopf-Stock, Stock-Zopf) fortwährend. Diese Flöße konnten nach der Verführung rheinabwärts zu noch größeren, wiederum in sich völlig starren, gewaltigen Rheinflößen (300 x 50 m) umgerüstet werden.

Kinzigflößer heuerten aber sehr oft bei Rheinschiffern an und konnten so Rhein und die Niederlande auf diese Weise kennenlernen und erleben.



Wolfacher Flößer, ältestes vorhandenes Lichtbild. Als Schichtträger diente noch eine Metallplatte (Rostfleck links oben).

Es dürfte nach Meinung von Sachverständigen um 1870 entstanden sein. Wiede, Seil, Krempen, Floßaxt, derb benagelte Flößerstiefel und hölzerner Weinlogel fehlten als Attribute des stolzen, jahrhundertealten Flößerhandwerks nicht und sollten wohl so für die Nachwelt festgehalten werden.

an die Flößerei oft kräftig nachgebessert, geschönt. Man muß schon viel in Akten, Protokollen, Lohnlisten, Fachbüchern nachlesen, um ein echtes, unverfälschtes Bild des entbehrungsreichen, kräftezehrenden Flößerlebens tradieren zu können, auch wenn selbstverständlich und gerade in diesen Tagen der Rückblende für die Wolfacher Flößerei gelten muß, daß rühmendes und ehrendes Erinnern die letzte Höflichkeit gegenüber Vergangenen ist. Darum laßt uns allzeit lieben und ehren, was uns zur Erinnerung blieb!

Wir alle leben mit und von Vergangenen. Jeder wahrhaft Kluge lenkt seinen Sinn auf das Vergangene, um Gegenwart besser zu meistern.



Anmähring an der Kinzigmauer in Wolfach. Anmähen (niederl. = festmachen).

Anmerkungen

FFA = Fürstlich Fürstenbergisches Archiv Donaueschingen

St. A. = Stadtarchiv Wolfach

CH. W. = Franz Disch: Chronik der Stadt Wolfach, 1920

KI = „Der Kinzigthäler“, Wolfacher Stadtzeitung von 1867–1938

- 1 J. Euting, Beschreibung der Stadt Straßburg. 1901, S. 8
- 2 Urkunde v. 1365: FFA, Fasc. 4/Nr. 2., Abteilung A
- 3 Urkunde v. 1470: FFA
- 4 Urkunde v. 1484: CH. W.
- 5 Urkunde v. 1487: Originalurkunde im Besitz der Waldgenossenschaft Übelbach/Langenbach, Stadt Wolfach
- 6 Urkunde v. 1539: CH.W., St. 135
- 7 Urkunde v. 1504: CH.W., Seite 138
- 8 A. Sandfuchs, Die Gräfin und ihr Hurlebaus. Amtliches Nachrichtenblatt der Stadt Wolfach vom 30. 12. 1978
- 9 Statuten der Wolfacher Schifferschaft, CH.W. S. 135 ff. und S. 149 ff.
- 10 Sebastian Münster, Cosmographia universalis. Seite 1036. „Das Fünfte Buch“, 3 Originalseiten im St.A.
- 11 FFA, St.A.
- 12 H. Roys, Wolfach und sein Mineral- und Kiefernadelbad. 1857, Seite 18 ff., mit Zitat aus der Karlsruher Zeitung vom 3. 4. 1857
- 13 Statistik 1869, KI 1869. Jahresbericht der Aufsichtsbehörden über die Kinzigflößerei
- 14 KI, 1887, Nr. 27, Jahresbericht ü.d. Kinzigflößerei und weitere Jahresberichte in anderen Jahrgängen KI (z. B. 15. 6. 1868, 26. 2. 1878, 6. 3. 1884)
- 15 Originaltagebuch bei Enkel Rudolf Armbruster, Wolfach
- 16 H. Hansjakob, Waldleute. Verlag der Stadt Haslach i.K., 11. Auflage 1984; Der Fürst vom Teufelstein, Seite 55–66; Theodor der Seifensieder, vor allem Seite 124–138 u. 185–189
- 17 G. Straub, Die alte Kinzigflößerei, abgedruckt in Schwarzwälder Tageblatt, Villingen, 19. März 1942
- 18 Zwei fast identische Fotografien im Museum Vogtsbauernhof Gutach/Schwarzwaldbahn, aufgenommen zwischen 1895 und 1897, wahrscheinlich von Conrad Stehle, Fotograf in Wolfach

Die Aufnahmen wurden vom Verfasser zur Verfügung gestellt.

Literatur

Archivalien der Stadt Wolfach

J. Bärtle, Hansjakobs hohes Lied auf die Kinzigflößerei. 1937, (Kinzigtäler)

L. Barth, Kinzigflößerei. 1895

O. Beil, Zur Geschichte der Kinzigflößerei, in: Mein Heimatland. 1926, Seite 109–118

Brockhaus/Real-Enzyklopädie 1830

Der Kinzigthäler/Jahresbände 1867–1938 (Stadtarchiv Wolfach)

F. Disch, Chronik der Stadt Wolfach. 1920

J. Euting, Beschreibung der Stadt Straßburg. 1901

H. Fautz, Beiträge in: Die Ortenau, verschiedene Jahrgänge. u. a. 28/1941 Seite 150–212, Nr. 43/1963

– Floßordnungen der Kinzig und deren Nebenbäche (Stadtarchiv Wolfach)

Fürstlich Fürstenbergische Urkundenbücher I und II

G. Gaisser, Tagebücher. 1626

- M. E. Guinot, L'été à Bade. 1847
- H. Hansjakob, Waldleute. Verlag der Stadt Haslach. 11. Aufl. 1984
- H.-W. Keweloh, Flößerei in Deutschland. Stuttgart 1985
- C. Kettner, Das Kiefernadelbad Wolfach. 1888, Seite 12–14
- J. Krausbeck, Die Holzflößerei, in: K. Klein, Land am Rhein und Schwarzwald. Kehl, Seite 252–257
- K. F. Jägerschmid, Handbuch für Floßtransport und Floßwesen. 1828
- E. H. Meyer, Badisches Volksleben, 1900, Reprint 1984 (Seite 451 ff.)
- S. Mohr, Die Flößerei auf dem Rhein. 1897
- Sebastian Münster, Cosmographia universalis, ab 1544 (Seite 1036, „Das Fünfte Buch“, Faksimiledruck der Ausgabe von 1628 erschienen 1988 in Antiqua Verlag Lindau (St. 1005/Band II)
- J. G. F. Pflügler, Badische Vaterlandskunde. 1858, Seite 97–101. Reprint: Waldkircher Verlag, Badische Reihe. 1980
- G. Rauber, Der Schwarzwälder Bauernhof um die Jahrhundertwende. 1970, Amtliches Nachrichtenblatt der Stadt Wolfach
- H. Roys, Wolfach und sein Mineral- und Kiefernadelbad. 1857
- A. Schmid, 1887 – Vor hundert Jahren ging im Wolfstal die Flößerzeit zu Ende. „Badische Heimat“, Heft 2/Juni 1987, Seite 247–272
- C. F. von Sponeck, Handbuch des Floßwesens. 1825
- A. Staedele, Zur Geschichte der Flößerei in Schiltach und Wolfach. Ortenau 18./1931, Seite 149 ff.
- Hansjörg Straub, Die alte Kinzigflößerei. Schwarzwälder Tageblatt, Band 1942
- Johann-Heinrich Zedler, Universallexikon. 1748

Die Geschichte der Maiwaldgenossenschaft

Kurt Schütt

Mit dem Namen Maiwald bezeichnet man ein ehemals ausgedehntes Waldgebiet rechts der Rench zwischen Wagshurst und Memprechtshofen. Von dem Wald blieb nicht mehr viel erhalten, da das Gelände fast ganz umbrochen und zu Ackerland und Wiesen umgewandelt wurde. Die Herkunft des Namens ist unbekannt. Leitz glaubt, er sei noch heidnischen Ursprungs, und der Wald sei der Göttin Freyja geweiht gewesen.¹ Beinert lehnt die Auffassung entschieden als falsch und unbegründet ab. Da er sich nicht in den ältesten Waldordnungen findet, muß er aus späterer Zeit stammen.²

Nutznießer des Maiwaldes waren die Waldgenossen von Ulm, Renchen sowie der beiden Freistett, denn nach dem Waldbrief von 1534 war der gemeine Wald als Gottesgabe der Mutterkirche zu Ulm und Renchen samt der 2 Kapellen in beiden Freistett gegeben worden.³ Nach der Überlieferung wird dieses Recht auf eine Schenkung der Uta von Schauenburg zurückgeführt, doch gibt es dafür keine Beweisstücke.

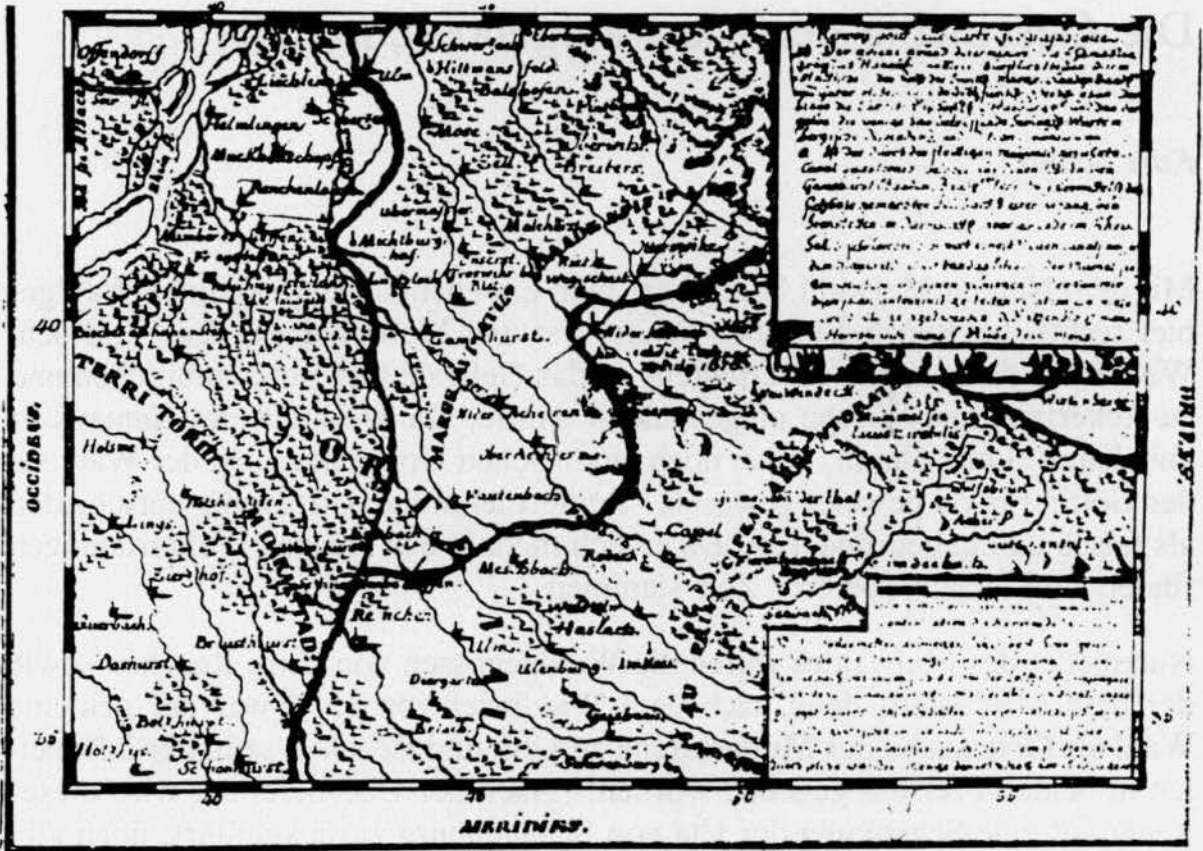
Bannherren waren die Herren von Lichtenberg und der Bischof von Straßburg.

Eine scharfe Grenze zwischen den Hoheitsgebieten scheint es im Maiwald nie gegeben zu haben, denn in den verschiedenen alten Waldbriefen waren sowohl straßburgische wie hanauische Untertanen zur Nutzung des Waldes berechtigt.

So besagt ein Waldbrief aus dem Jahre 1555:³

„ . . . gebenn ist off Montag nach des Heyligen Creutztag Exaltationis und der gepurt Christi unseres Lieben Herrn Thaussend funffhundert funfftzig und funff Jahr über den Meywald oder Gemeynwald der Gerichten Renchen, Ulm und Waldulm der Stift Straßburg angeherigen, und dann den Lichtenbergischen gemeinden der Dörffer Beyde Freystedten, Querken, Membrechtshouen und Renchenloch, Also das sy denselben zu Eckritts Zeyten mit niessung des Eckers auch sonst mit abhawung Holtzes, besuchung der weyd und anderer Gestalt niessen und brauchen mögen als ihr eygen guth Laut eines alten Waldspruchs vor viel Jahren uffgericht . . . “

Die Vorgesetzten der Maiwaldgenossenschaft waren die „Waldzwölfer“, auch „Waldzwölfel“ genannt, von denen 8 aus Freistett und 4 aus Renchen sein mußten. Sie hatten die Aufgabe, den Waldgenossen das Holz zuzuweisen, Waldfrevel abzuurteilen und „überhaupt auf die Conservatio des Waldes“ (Erhaltung) zu achten. Gegen das Urteil des „Zuggerichts“ gab es eine Berufung auf dem „Holtzhoff“.



Zeichnung von Franz Joseph von Weis zu Neuenburg vom 20. 4. 1777

GLA, Karlsruhe

Renvoy pour cette Carte Geographique

N: Der griene grund determiniret die Ehemalig gräfflich Hanau, nunmehr Fürstl. Heßen-Baadensche und unter solchem auch daß frey-Fürstl. österreichische Lehen; der blaue die Fürstl. Bischöfl. Strasburgische und dan der gelbe die wenige hier betreffende Herzogl. Württembergische dependenz und detion. —

a Ist der durch den strittigen Maywald geführte Canal quastronis, welcher auf denen Wisen bey Gamshurst Baaden-Baadisches territory vermittelst deß sichtbahr gemachten Feldbachs seinen anfang, bey Freystetten im Darmstättischen aber sein ende im Rhein hat.

b sehr leichtes project eineß Neuen Canals ausser dem Maywald ad evitandas lites.

c der Mumelsee von welchem und seinen gebürgen in der von mir disem plan unter einst gestelten relation ein mehrereß solle gesagt werden.

d Katzen Kopf mons Hornisgrinde mons

f Ruhestein mons.

Scala mittioris germanici communis.

Continuation du Renvoy de la Carte.

N: In obermetten gebürgen Katzenkopf, Hornisgrinde und Ruhestein, dann ringumb den mumelsee und in dem seebach befänden sich die von der Holzflotz Compagnie bestandene Schauenburgische considerable Hochwaldungen.

g seynt bassins, wasserbehalter, oder sonderliche Schliesßen die wilde gewässer im Seebach und Capler thal zueschwollen, und anlaufen zu lasßen, dem flötzen aber durch solche wasser menge den erforderlichen vorschub zu geben.

Zu Hütern des Waldes waren drei „Meyer“ bestellt, zwei in Freistett und einer in Renchen (bzw. Wagshurst), die Polizeigewalt hatten.

Außerdem gab es noch zwei „Oberförster“, deren Amt gewöhnlich mit dem des Schultheißen verbunden war.

Um 1620 waren die 8 Waldzwölfer in Freistett zugleich die Gemeindebehörde. Der Gemeinderechner war auch „Waldrechner“ oder „Heimbürger“. Alljährlich auf den Stephanstag (26. 12.) wurde dieser Rechner neu gewählt, da er „keinesfalls zwei Jahre hintereinander“ im Amt sein durfte.

Die verschiedenen Hoheitsgebiete ließen nie eine einheitliche und geordnete Bewirtschaftung zu. Das war ein Nachteil für den Wald und die Waldgenossen.

So geht aus einem Schreiben der Freistetter Zwölfer vom 7. September 1672 an die in Renchen hervor, daß das Oberamt Oberkirch seine Einwilligung zur Abhaltung des Zuggerichts nicht gegeben hatte und daher „... abermahlen kein Zuchgricht wirdt können gehalten werden, da es doch die höchste nothdurft erforderte, umb deren vielen Verordnungen Undt Rügungen, so es im Maywald die Jahr her vorgangen, Undt daß der abgangeren Zuchzwölferstellen wider ersetzt, die Waldrechnung von verschiedenen Jahren her abgehört, dem Waldtspruch gemäß nachgelebt Undt nicht länger in der Confusion wie bisher alles gelassen würde . . .“⁴

Mit der Zeit arteten die Rivalitäten derart aus, so daß die Waldzwölfer in ihre eigene Tasche wirtschafteten, eigenmächtig Holz verkauften, darüber keinerlei Rechenschaft ablegten, keine Zuggerichte mehr abgehalten wurden und dadurch unhaltbare Zustände einrissen.

Erst im Jahre 1724 wurden auf die Klagen der Maiwaldnutznieser über die eigenmächtigen Handlungen der Oberförster und Waldzwölfer von den Beamten der bischöflich-straßburgischen und der hanau-lichtenbergischen Herrschaft ein gemeinsames Reglement erlassen. Alle Waldzwölfer wurden abgesetzt, und es wurde bestimmt, daß von nun an alle 6 Jahre Neuwahlen stattzufinden haben, wobei die Wiederwahl zulässig war.

Ferner wurden die Zwölfer durch „Aydt“ verpflichtet, jährlich Waldzuggerichte abzuhalten. Weiter wurde die Zuteilung von Bau- und Brennholz an die Waldgenossen neu geregelt. Das Zeichnen des Holzes war Aufgabe der „Waldmeyer“, auf Anweisung der Oberförster. In Zukunft sollten vor dem Zeuchgericht Waldfrevel auch wirklich abgeurteilt, die verhängten Strafen eingetrieben, die Einnahmen aus dem Holzverkauf genau gebucht und bei einer Sitzung des Zeuchgerichts Rechenschaft abgelegt werden.

Die Waldzwölfer und Oberförster sollten in Zukunft für ihre Dienste nicht mehr „Zehrungen“, sondern genau festgelegte Entschädigungen in Geld erhalten.

Auch die Schweinemast, „Eintrieb in die Eckern“, wurde neu geregelt, ebenso sollte das Eigentum genau vermessen und ausgesteint werden.

Am Schluß dieses „Reglements“ wurden die beiden Oberförster und die Waldzwölfer, bei Androhung von schweren Strafen ermahnt, die „zur Conservatio des Maywaldes gemachte Verordnung in allem fleißig und getreu, gehorsamlich“ zu erfüllen.

Doch schon nach zehn Jahren, 1734, erhoben die Bischöflichen wiederum Klage gegen die Hanauer. Sie würden große Teile des Waldes zu „Wiesen und Feldgärten“ umwandeln und trotzdem ihren Holzbedarf in Überfülle aus dem Maiwald decken, so daß die Bischöflichen „bedeutend zu kurz“ kämen.⁵

In dieser Beschwerdeschrift wurde in Bezugnahme auf den „Waldspruch“ und das „Reglement de ao 1724“ hervorgehoben, „worin die althergebrachten Rechte und possession der Bischöflichen“ bestehen und „worinnen denenselben bißher zuwidergehandelt, mithin zu billiger Beschwehrung Ursach gegeben worden sey“.

Der Maiwald sei eine Stiftung, eine „fundatio ad pias causas“: „. . . Der Maiwald ist der Mutterkirche zu Ulm und Renchen mit ihren Zugehörden, wozu auch die zwo Kapellen in beyden Freystetten und ihre Zugehörde zu rechnen sind, zu einer Gottesgabe gegeben, zum Genuß der Wittwen und Weißen . . .“ Schon aus diesem Grunde sei man verpflichtet „. . . daran zu halten, daß die in dem Waldspruch von alten Zeiten her erklärte Intention Will, Meinung und Absehen der seeligen Frauen fundatricin erfüllet werde . . .“ Leider ist in der Beschwerdeschrift eine nähere Bezeichnung des Waldbriefes nicht enthalten, auch nicht wer die Stiftung gegründet hat. Allgemein ist man der Ansicht, daß es die angeführte Uta von Schauenburg war, doch ist die Annahme geschichtlich nicht zu belegen. Sollte es aber die Freifrau von Schauenburg gewesen sein, dann ginge die genossenschaftliche Nutzung des Maiwaldes bis zum 12. Jahrhundert zurück.

Die Beschwerdeschrift enthält, immer bezugnehmend auf die Artikel des Waldspruches, die Rechte und Pflichten der „Meyer“, der „Waldzwölfer“ und der Waldgenossen, ferner besondere Rechte, die nur den einzelnen Gemeinden zustehen, sowie „. . . denen übertrettern Vorgeschiebener Rechte angesetzte Strafen.“ Dann folgen zehn Beschwerdepunkte, z. B. daß, trotz des Reglements kein Zeuchgericht stattgefunden habe, daß die im Jahre 1730 fällig gewesene Neuwahl der Zwölfer nicht erfolgt sei und, daß die Verhältnisse genau die gleichen geblieben seien wie 1724.

Sie schließt, nach 30 Seiten:

„. . . Der Allerhöchste Liebhaber der Gerechtigkeit wird die gnädige Willfahung unserer Bitte gnädiglich belohnen, Wir aber Zeit Lebens Verharren Euer Hochadelgestreng gehorsamste Amtsangehörige Genossen des Maywalds.“ –

Wieder erfolgten Untersuchungen und Erlasse. In 13 Fertigungen wurden „Patenta“ hergestellt und in den Gemeinden des Amtes Lichtenau angeschlagen. Eine durchgreifende Besserung der Zustände trat aber wiederum nicht ein.

1754 wurden im Beisein der Schultheißen von Bischofsheim, Renchen und Freistett, (die beiden letztgenannten als „Oberförster des Maiwaldes“) aller „Vierzehner“ von Bischofsheim (Gemeindebehörde), sämtlicher „Waldzwölfer“, zweier „Waldmeyer“ und einiger „Grubenschläger“ am 27. August die Grenze zwischen Bischofsheim und dem Maiwald festgelegt. „. . . Anstatt der alten Loochbäume und Creutzpfähle wurden ordentliche Mark- und Grentzsteine gesetzt . . .“⁶ Am 30. September 1754 erfolgte auf dieselbe Weise die Festlegung der „. . . Gräntze zwischen dem Membrechtshofener Bann und dem Maywaldt . . .“

In der Mitte des 18. Jahrhunderts erfolgte dann der Bau des Floßkanals von *Baron Kückh*,⁷ dessen Kompagnie schließlich, durch die unglückliche genossenschaftliche Nutzung des Maiwaldes keinen Erfolg haben konnte.

Der Kanal führte nach der scharfen Biegung der Acher südlich Gamshurst allgemein in nordwestlicher Richtung, kreuzte Rench, Seegraben und Schwiebergraben, durchquerte in westlicher Richtung den Maiwald, mündete südlich von Freistett in den Galgenbach, in den Mühlbach und schließlich in den Zufahrtskanal beim Freistetter Heidenkirchl, wo der Hafen- oder Ankerplatz war. Von dort führte der Kanal weiter in den Gayling und schließlich bei Helmlingen in den Rhein.

Der eigentliche Kanal war 7 Kilometer lang und hatte eine Sohlenbreite von 12 Schuh. Zur Erleichterung des Verkehrs, vor allem des Weidanges, wurden Brücken über den Kanal und die seitlich einmündenden Gewässer geschlagen. In dem Genehmigungsbescheid war festgelegt, daß an den sumpfigen und niedrigen Stellen „Schließen“ angebracht werden sollen, die einen geordneten Wasserablauf ermöglichten.

Die Eigentümer der in den Kanal fallenden Grundstücke und die Anstößer mußten nach einem Sachverständigengutachten entschädigt werden. Der Unternehmer Kückh hatte deshalb eine Kautions von 1 000 Gulden zu hinterlegen. Den Maiwaldgenossen war es bei „Leibestrafе verboten, den Canal schädlich und hinterlistig zu füllen, in dem Flößen noch sonst wie zu irren, Störe oder das Wasser zu verderben, auf welchen Fall die Tãther nebst der Strafe für die Kosten und den Schaden zu stehen haben.“ –

Im Überschwemmungsgebiet der Acher und Rench, von Gamshurst bis zum Schwiebergraben, waren beiderseits Dämme vorgesehen, die auf die Abströmung der Hochfluten beider Flüsse hemmend wirkten. Vorsorglich waren in den Dämmen Schleusen angebracht, durch die man den Ablauf des Wassers oberhalb des Kanals regeln konnte. Die Dammböschungen wurden mit Faschinen („Clayons“) gegen Beschädigungen befestigt.

Die Maiwaldgenossen, vor allem die Gemeinden Renchen, Ulm und Waldulm waren erbitterte Gegner dieses Floßkanalunternehmens. Sie befürchteten, durch erhöhten Holzeinschlag im Maiwald Verluste für ihre Gemeinden, außerdem wäre der Kanal im Kriegsfall eine willkommene Nachschub- und Vormarschstraße für die Franzosen. Nach etlichen Rückschlägen erreichten sie durch einen Reichshofratsbeschluß vom 31. Mai 1756, daß der Betrieb des Floßkanals untersagt wurde.

Kommerzienrat Baron Kückh war seit 1754 verschollen (er habe aus Verzweiflung über seine finanzielle Lage den Tod im Rhein gesucht), die Kompanie bestand noch 20 Jahre weiter. Am 17. Mai 1774 wurde der förmliche Konkurs über alle kückhschen Güter eröffnet und am 13. Mai 1783 die diesseits des Rheines gelegene Konkursmasse in öffentlicher Versteigerung von der Gemeinde Freistett erworben.⁸

Der Kanal ist inzwischen, im Überschwemmungsgebiet der Acher und Rench, zerfallen und durch die Ausstockung des Maiwaldes zwischen beiden Flüssen teilweise zugeschüttet. Mit dem Bau des Autobahnzubringers L 87 wurden 1963 die letzten Reste des Kanals eingeebnet.

Die Neuaufteilung

Bis zum Jahre 1811 hatte sich im Maiwald nichts Wesentliches verändert. Im selben Jahr wurde eine Neuaufteilung vorgenommen. Schon 1805 regte die Gemeinde Freistett eine Neuordnung an, nachdem bisherige Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt hatten. Nun wurde die Angelegenheit im Jahre 1809 unter dem Vorsitz einer „Commissio“, bestehend aus den „ . . . beiden Comissarii Herrn Landvogt Freiherrn von Lassolaye und Herrn Oberforstmeister Freiherr von Schilling“, wieder aufgenommen. Zu den Besprechungen „ . . . des mit so außerordentlichen Schwürigkeiten verbundenen Maiwaldabteilungsgeschäfts“ wurden Bevollmächtigte der beteiligten Gemeinden hinzugezogen, so von „ . . . den beiden Kirchspielen oder Kapellen von Freystätt, dem Kirchspiel von Renchen (Wagshurst, Ulm, Thiergarten, Haßlach, Erlach, Mösbach, Stadelhofen), dem Kirchspiel von Waldulm und der ehemalg orte-nauischen Gemeinde Gamshurst . . .“ —

Folgende Waldgebiete waren Gegenstand der Verhandlungen:

„ . . . der etwa hälftig in dem ehevorigen Hanau-Lichtenbergischen und Straßburgischen Territorio gelegene Maywald mit 4 823 Morgen,

der im Gericht Ulm gelegene Ulmhardt mit 2 010 Morgen,

die im Gericht Kappel gelegene Waldulmer Buchwaldung mit 747 Morgen, also insgesamt 8 120 Morgen Waldfläche“.

Die letzten drei Gebiete standen ehemals „Privativ unter der Territorial-Hoheit der Stadt Straßburg.“

In der Sitzung vom 26. März 1810 wurde, nach langen Beratungen, von der Kommission folgendes festgestellt:

„. . . Die einzige petitorischen Aufschluß gebende Urkunde“ ist der Waldbrief von 1534.⁹ Dieser „Maiwaldbrief“ bezeichnet ohne alle Bestimmung der Ausdehnung und Grenzen nur drei Mutterkirchen mit ihren Angehörigen, nämlich:

„. . . die Mutterkirche von Renchen mit Wagshurst, die Mutterkirche von Ulm mit ihren Gemeinden, die beiden Kapellen zu Freystädt, Freystädt selbst und Memprechtshofen . . .“

Das Waldulmer Kirchspiel ist in dieser Urkunde nicht aufgeführt, doch wurde den Waldulmern der Eintrieb und die Tränkung ihres Viehes am Rhein, sowie das „Eckerich“ genehmigt.

Auch die Gemeinde Gamshurst ist als „förmlicher vollgenossener Teilhaber“ nicht aufgeführt, hat aber das Recht auf „. . . 4 Futter Weichholz gegen jährliche Abgabe von 4 Pfennig Loosgeld“ und einen sogenannten „Laubhuhe für jedes Hausgesäß“.

„Urkundlich und bezizlich“ sind die Herrschaften Straßburg und Hanau als die „Waldherren deß gemeinen waldts“ erwähnt. Sie sind berechtigt, „. . . zum genuß von Brennholz und Bauholz für ihre Schlößer und Beamtungen, sowie für ihre Mühlen . . .“

Lediglich die drei, in der Urkunde aufgeführten Kirchspiele Ulm, Renchen und Freistett neben der „Herrschaft“ und der „beschränkten Gemeinde Gamshurst“ hatten den wirklichen „Genuß“ des Waldes. Deshalb kam am 27. März 1810¹⁰ folgende Einigung zustande: Vom Gesamtgebiet des Maiwaldes, 4 820 Morgen, erhielten: Gamshurst 523 Morgen, die Landesherrschaft „in der ihnen günstigsten Lage“ 300 Morgen und die „Hanauischen, Freystädt und Memprechtshofen“ 1 500 Morgen.

Die übrige Gesamtmasse (2 497 Morgen) wurde nach der Kopffzahl auf die Bischöflichen verteilt.

Am 5. Januar 1811 wurde diese Teilung von allen anerkannt, die Gesamtgenossenschaft aufgelöst und der Vertrag unterzeichnet. Nach Beilegung der Meinungsverschiedenheiten mit der Gemeinde Gamshurst kam am 7. Oktober 1811 folgende Aufteilung zum Abschluß:

Landesherrschaft	300 Morgen
Gemeinde Gamshurst	527 Morgen
Die Gemeinden Freistett und Memprechtshofen	1 420 Morgen

Die Verteilung, nach der Kopffzahl, in den ehemaligen „Bischöflich-Straßburgischen Gemeinden“ ergab:

Gericht Renchen:	Renchen	430 Lose
	Wagshurst	184 Lose
Gericht Ulm:	Ulm	211 1/2 Lose
	Tiergarten	76 Lose
	Haslach	53 1/2 Lose
	Mösbach	132 Lose
	Erlach	88 1/2 Lose
	Stadelhofen	93 1/2 Lose
Gericht Waldulm:	Waldulm	268 Lose

Am 11. Oktober 1811 erfolgte die Unterteilung zwischen den Gemeinden Freistett und Memprechtshofen:

Freistett	1 025 Morgen
Memprechtshofen	395 Morgen

Da aber die „Bonität“ des Bodens und des Waldbestandes Unterschiede aufwies, erhielt Memprechtshofen 415 Morgen, außerdem aus dem Holzschlag von 1811 im Hurtenbruch das Losholz kostenlos und zusätzlich aus dem Erlös des Waldgrases eine Geldabfindung. Nach dieser Einigung verzichteten beide Gemeinden auf jegliche Nachforderung an Geld, Holz oder Boden.

Mit dieser Aufteilung, 1811, war die Maiwaldgenossenschaft endgültig erloschen.

Einzelne Gemeinden begannen in den folgenden Jahren mit der teilweisen Aufstockung minderwertigen Waldbestandes, nur Wagshurst, Freistett und Memprechtshofen behielten streckenweise, die Gemeinde Gamshurst fast vollständig die Waldwirtschaft bei. Jede Gemeinde nahm eine Einteilung in verschiedene Lose vor, die zum Allmendgenuß an die Bürger abgegeben wurden.

Vor dem 1. Weltkrieg umfaßte das Maiwaldgebiet noch eine zusammenhängende Fläche von 985 Hektar, an der 10 Gemeinden Anteil hatten:

Ulm (Amt Oberkirch)	108 Hektar
Erlach (Amt Oberkirch)	42 Hektar
Stadelhofen (Amt Oberkirch)	46 Hektar
Tiergarten (Amt Oberkirch)	59 Hektar
Mösbach (Amt Achern)	81 Hektar
Renchen (Amt Achern)	305 Hektar
Wagshurst (Amt Achern)	73 Hektar
Rheinbischofsheim (Amt Kehl)	43 Hektar
Freistett (Amt Kehl)	155 Hektar
Memprechtshofen (Amt Kehl)	73 Hektar
	<hr/>
	985 Hektar

Bis nach 1945 wurde der größte Teil des Gebietes als Wiesengelände bewirtschaftet. Nach dem Kriege begann eine großangelegte Flurbereinigung, die 1953 abgeschlossen war. Im Maiwaldgebiet zwischen Freistett, Memprechtshofen und Gamshurst wurde 1957 mit der Kultivierung begonnen und zunächst 16 Siedlungshöfe in der Größe zwischen 15–18 Hektar angelegt.

Im Freistetter Osterwörth kamen 1965 die zwei Höfe der Familien Siehl dazu.

Durch intensive Düngung und Tiefpflügung gedeihen heute Weizen und Mais (der Maisanbau ist jedoch wegen der Nässe des Bodens rückläufig), beide sind neben der Viehzucht (Rinder, Bullenmast, Geflügel, Schweine) Haupterwerb der 18 Siedlungsbauern im Maiwald.

Anmerkungen

- 1 Alfred Leitz, Geschichte der Gemeinden Freistett und Neufreistett bis zum Übergang an das Großherzogtum Baden. Kehl 1890
- 2 Johannes Beinert, Geschichte des badischen Hanauerlandes unter Berücksichtigung Kehls. Kehl 1909
- 3 Oberbaurat Adolf Drach, Entwurf der Rheinkorrektion abwärts Erlach und der Maiwaldkultur. 1909. Gemeindearchiv Renchen
- 4 vgl. Anmerkung 3
- 5 vgl. Anmerkung 3
- 6 vgl. Anmerkung 3
- 7 Kurt Schütt, Die Kückhsche Floßkompanie und Neufreistett, in: Ortenau 66/1986, S. 306–320
- 8 vgl. Anmerkung 1
- 9 GLA Karlsruhe 160 Nr. 11, 1–469
- 10 Protokollbuch des Bezirksamtes Rheinbischofsheim: Urkunden über die Maywald-Abtheilung 1811

Der Waldbrief von 1534¹

Der älteste nachweisbare Waldbrief, der in einem Gerichtsurteil vom 10. September 1534 in voller Länge Erwähnung findet, lautet:

„. . . Daß Seindt die Waltrecht deß gemeinen Waldts zu Freystetten . . .“, dessen Alter aber nicht nachzuweisen ist, besteht aus insgesamt 86 Artikeln.

Die ersten vier führen die nutznießenden Waldgenossen auf, demnach ist der Wald „. . . eine Gottesgab der gegeben den Wittwen und Weißen der Mutter Kirchen zu Ullm und Renchen mit Ihrer Zugehörten“, ebenso der „. . . Zwo Capellen in Beeden Freystetten mit Ihrer Zugehörte . . .“.

Bannherren waren der Bischof von Straßburg und die Herren von Lichtenberg.

Die folgenden Artikel bestimmen, wer das Recht auf Holz aus dem Wald hat und zu welchen Bedingungen, außerdem enthält jeder Artikel die Strafen, die bei Nichteinhaltung verhängt werden, „. . . wer daß Bricht, der Beßert 13 Untzen Pfennig² . . .“

Artikel 14: „Item wer da sitzet zu Mämertshöffen (Memprechtshofen) nit wendig deß graben und Bauholtz will hauen in dem walt der soll geben den drey Meyeren Jedem Vier Pfennig zu Laub er hauen stecken oder Bauholtz, wer darwider Thut der Beßert 13 Untzen Pfennig.“

Ab Artikel 15 wird aufgeführt was zu tun ist, wenn ein Frevel entdeckt wird, oder wenn einer im Wald graben, reiten oder Gras mähen will.

Artikel 25: „Item wer da Hauet Bey nacht in dem gemainen wald wird er erfunden Er verliert oder Verbricht Leib, Ehr und guth.“

Besondere Bestimmungen gelten für die Gemeinden, die keine Waldgenossen sind, wie z. B. Gamshurst.

Artikel 26: „Item es haben in dem genanten waltrecht die von gambshurst ein jeder Haußgeseß 3 fuder Daub holtz zu hauen zu seinem feirr und Nirgends anders wo zu zu brauchen litzel oder Vil und wen er die drey futer Verbrandt mag er drey andere fuoter Hauen und doch nit mehr, davon sollen sie geben auff den oster dinstag ein jedes Haußgeseß 3 Pfennig. Davon gehört Eim Vogt zu Bischoffsheim daß Drittel, und dem Meyer zu Renchen auch ein Drittel, daß heißt Haußgeseß oder Haußrecht, sollen auch solches holtz zubinden dan wer es nicht Thut und gehieng er in einer Eichen und Riß einen nast ab davon wird er erfunden er Beßert 13 Untzen Pfennig. ist es aber Voran zugebunden soll er hinfahren ohn geirrt . . .“

Sehr streng waren die Strafen für Waldfrevel bei Nichtwaldgenossen. So bestimmt der Artikel 28:

„. . . Item were es sach daß ein Meyer Bedicht daß Schaden were Beschehn in dem gemeinen wald mag er zu gambshurst suchen wo er will im Hauß Hofft Scheyr unter den Betten mag er ein Hand auff daß Bett legen und mit der anderen darunter suchen und findet er ebtz den riegert er für 13 Untzen Pfennig, daß soll man einem Meyer gestatten ohne Nachtrag . . .“

Auch das Fischen in den Gewässern des Genossenschaftswaldes und das Laubrechen unterlag eindeutigen Bestimmungen.

Artikel 32: „. . . Item wer da fischet in dem gemainen wald zu feilen Kauffs der ist dem Meyer schuldig auff die groß faßnacht 1 Schilling. Es soll Niemand Lauben machen vor St. Michels Tag (29. 9.), und macht jemand lauben der soll sie vor St. Geörgy Tag (23. 4.), wider außbrechen, wer darwider Thut wird erfunden der Beßert 13 Untzen Pfennig . . .“

Auch die in den „Höffen Nidwändig der Wehrhaag“ mußten, wenn sie „Holtz hauen zu feillem Kauff“, jährlich den zwei „Meyeren“ zu Freistett 2 Schilling Pfennig und dem „Meyer zu wagshurst“ 1 Schilling Pfennig bezahlen.

Deftig waren auch die Strafen für diejenigen, die an einem „gebanten Feyertag“ beim Holzhauen erwischt wurden, sie „Beßerten 1 Viertelpfund Pfennig“ (60 Pfennig).

Ab Artikel 46 werden die Rechte der „Meyer“ und „Zwölffer“ aufgeführt, sowie die Aufgaben des Zeuchgerichts, das über Waldfrevel zu urteilen hatte.

Demnach kamen 8 Waldzwölfer aus Freistett und 4 aus Renchen. In den Artikeln 51–61 werden die Bestimmungen festgehalten, die zu beachten sind, wenn jemand Nutzholz aus dem Wald schlagen will. „Wer einen karch machen will und Eichenholz zu Speichen“ braucht, oder Holz zu „einem Brunnen geschehl“ oder Stangen über eine Tenne oder für einen Stall benötigt.

Die Artikel 63 bis 80 behandeln den so wichtigen „Eckerich“ (Eichel- und Bucheckernmast) und legen fest, wer alles das Recht hat „. . . schwein in den gemeinen wald zu schlagen . . .“

Artikel 73: „. . . Item die von Freystett haben recht zu fahren Biß zu S: Ursulen (oberhalb Allerheiligen) in Schwartzwald mit Ihren Schweinen deßgleichen die von ullm und Renchen haben recht zu fahren mit Ihren Schweinen Biß auff dem rhein zu Tränken . . .“

Die letzten Artikel behandeln nochmals Bestimmungen, die beim Holzerwerb aus dem Wald zu beachten sind, z. B. Artikel 83:

„. . . Item es soll ein Jeder der in dißem wald Holtz kaufft den Tag so ers kaufft soll er es in acht Tagen abhauen wo er darnach weiter ergriffen wird, der Beßert 13 Untzen Pfennig . . .“

Dieser „Waldbrief“ ist einbezogen in eine Klage vor einem Gericht in Hagenau im Elsaß, das auf „Eilff Bletteren“ sein Urteil gefällt und mit „anhangendem Insigel versigelt und geben zu Hagenau auff Donnerstag nach NATIVITAS MARIE alß den Zehenden Tag September nach Christi Unßeres lieben Herren und Selligmachers geburt Taußend fünffhundert dreyßig und Vier Jahr.“ — (10. September 1534)

Anmerkungen

- 1 GLA Karlsruhe 160 Nr. 11, 1–469
- 2 Münzen: seit 1492
 - 1 Unze = 20 Straßburger Pfennige
 - 1 Pfund = 2 Gulden
 - = 20 Schilling
 - = 240 Straßburger Pfennige

Die Zehntablösung in Windschläg 1844

Horst Feuer

1. Die Grundherrschaft

Über die Abhängigkeiten Windschlägs vor dem Übergang des Dorfes an die Freiherren von Neveu im Jahre 1656 liegen nur wenige Quellen vor.

1258 war das Kloster Allerheiligen zehntberechtig, das in Windschläg einen „munch hof“ erbaute.¹ 1287 erscheint „Windschlech“ in einer großen Besitzurkunde des Klosters Gengenbach im Verzeichnis der zehntpflichtigen Orte.² Um welche Art des Zehnten es sich jeweils handelt, ist aus den Urkunden nicht zu entnehmen; oft war es ja nur ein Teil der Abgaben, z. B. der Weinzehnt, der einem Kloster zustand.

„1462 vermachte Daniel von Diersperg testamentarisch den Kirchensatz zu Windschläg wieder dem Kloster Gengenbach“.³ 1595 verpachtete der Gengenbacher Abt die Dotationsgüter an 2 Pächter auf 10 Jahre.⁴ Um 1600 ging das Patronatsrecht an das Kloster Allerheiligen.⁵

Während die Pfarrkirche und ihre Dotationsgüter also mehrmals ihre Besitzer wechselten oder verpachtet wurden, können wir wohl davon ausgehen, daß die Zehntabhängigkeit Windschlägs teilweise mit den Klöstern Gengenbach und Allerheiligen verknüpft und unter diesen aufgeteilt war. Einzelne Höfe (Maierhöfe) waren im 15. und 16. Jahrhundert auch im Besitz kirchlicher und weltlicher Herren. Dazu gehörten das Andreas Spital in Offenburg, das St. Thomasstift in Straßburg, die Herren von Schauenburg oder das Johanniterherrenstift in Straßburg.

Zur Zeit der Zehntablösung im Jahre 1844 war das Dorf Windschläg ein Lehen der Freiherren von Neveu de la Folie, welches diese am 6. April 1656 von Erzherzog Ferdinand von Österreich für besondere Verdienste erhalten hatten.⁶ Als Grundherren übten sie auch das Patronatsrecht aus. Außerdem waren in geringem Umfang das Andreas Hospital und Freiherr von Bodeck zehntberechtig.

Das Dorf hatte etwa 800 Einwohner, 157 davon besaßen das Bürgerrecht.⁷

2. Die bestehenden Abgaben bis zum Jahre 1838

Die an den Grundherren Freiherr von Neveu zu leistenden Abgaben beliefen sich auf:⁸

1. Großer Zehnt auf 843,75 Morgen Ackerland

2. Kleiner Zehnt auf 843,75 Morgen Ackerland und 208 Morgen Wiesen
3. Weinzehnt auf 4,25 Morgen Reben.

An das St. Andreas Hospital in Offenburg waren abzuführen der Zehnt auf 20 Morgen Acker und 2,5 Morgen Wiesen.

An Freiherr von Bodeck der Zehnt auf 1 Morgen Acker.

An die großherzogliche Verwaltung in Offenburg über 11 Malter Korn.
Zehntfrei waren 40 Morgen Acker und 2 Morgen Wiesen.

Der Große Zehnt bezog sich auf Weizen, Halbweizen, Korn, Sommer- und Wintergerste, der Kleine Zehnt auf Hafer, Weißhafer, Welschkorn, Raps, Magsamen, Levat, Ackerbohnen, Flachs, Hanf, Zichorie, Tabak, Futterkräuter, das alte Heu, das Öhmd war zehntfrei.

Weinzehnt: 10 % der gekelterten Trauben waren an der Kelter abzugeben.

Die Abgaben an den Freiherrn von Neveu wurden im Jahre 1838 zum letzten Mal abgegeben; die Verhandlungen über die Ablösung zogen sich bis 1844 hin.

3. Der Ablösungsvertrag

Am 12. März 1844 wurde zwischen der Gemeinde Windschlag und dem Grundherrn Franz Josef von Neveu ein Vertrag über die „Ablösung der auf dem Grund- und freiherrlichen Neveu'schen Zehntbezug auf der Gemarkung Windschlag haftenden Zehntgült oder Naturalabgaben“ geschlossen.⁹

Im Vertrag wurde festgelegt, daß die Gemeinde Windschlag als Ablösung der auf ihrer Gemarkung lastenden Bodenzinsen den Betrag von 57 154 fl an die Freiherrn von Neveu zu zahlen hat. Einen Betrag von 11 430 fl erhält die Gemeinde als Staatsbeihilfe. Außerdem muß sie für die Erhaltung des Chors der Kirche, des Turms, der Sakristei, des Pfarrökonomiegebäudes sowie der Pfarrhauseinfriedung aufkommen und einen Teil zur Verköstigung des Pfarrers beitragen. Diese Leistungen waren bisher aus einem Teil der Zehntabgaben bestritten worden.

Zum Vergleich: Um die Belastung der Gemeinde zu verdeutlichen sei hier angeführt, daß einige Jahre zuvor Rammersweier 13 866 fl, Fessenbach 21 182 fl und Ebersweier 26 923 fl als Zehntablösungssummen zu tragen hatten.¹⁰ (Ihre Gemarkungen sind kleiner). Die erhaltene Staatsbeihilfe betrug in Fessenbach 26 %, in Rammersweier 26 %, in Ebersweier 24 %, in Windschlag 20 % der Gesamtsumme.

4. Auswirkungen

Die Zehntablösung, so fortschrittlich sie auch erscheinen mag, stürzte die Gemeinde in eine finanzielle Notlage. Jeder Bürger mußte nun für jedes Ar Land

eine festgelegte Summe als Ablösung bezahlen. Selbst aus dem Nachlaß Verstorbener forderte die „Zehntverrechnung Zehntablösungskapital“.

Für manchen Einwohner war diese Belastung zu groß; er verkaufte, was er noch hatte und wanderte aus, vor allem nach Amerika. Die Zehntablösung erbrachte nicht die erhoffte Besserung, sondern zog für viele Windschläger Bürger eine hohe Schuldenlast nach sich, in einer Zeit der allgemeinen Krise und häufiger Mißernten sicher einer der Gründe für die folgenden Notjahre, wie sie auch im Heimatbuch beschrieben sind.¹¹

Die Zehntscheuer im übrigen, in welche die Abgaben durch viele Jahrhunderte eingebracht worden waren, lag inmitten des Dorfes gegenüber der Kirche. Sie stand bis 1953, als sie wegen Baufälligkeit abgerissen wurde.

Anmerkungen

- 1 L. Dengler, Die Pfarrei Windschlag, in: Die Ortenau 45/1965, S. 116
- 2 K. Hitzfeld, Die wirtschaftlichen Grundlagen der Abtei Gengenbach, in: Die Ortenau 42/1962, S. 132
- 3 ebd., S. 125/126
- 4 ebd., S. 126
- 5 L. Dengler, siehe Anmerkung 1, S. 116
- 6 L. Dengler, Geschichte des Dorfes Windschlag in Urkunden, in: Die Ortenau, 42/1962, S. 180
- 7 Gemeindearchiv Windschlag, Aktenzeichen IV 4/1
- 8 ebd. Aktenzeichen IV 3/3
- 9 ebd. Aktenzeichen IV 3/3
- 10 A. Staedele, Zehntangelegenheiten, in: Die Ortenau, 39/1959, S. 160, 164
- 11 K. Schmidt, Windschlag mein Heimatdorf. Offenburg 1986, S. 50

Die Nebenbahnen im alten Landkreis Offenburg und ihre Bahnpoststempel

Hans-Peter Mölders

Mit diesem Beitrag soll die in der letztjährigen „Ortenau“ begonnene Reihe der Seiten- und Nebenbahnen des Ortenaukreises fortgeführt werden. Die nachfolgende Zusammenstellung soll die Entstehung der Nebenbahnen zwischen Altenheim und Offenburg, Biberach und Oberharmersbach sowie zwischen Appenweier und Bad Griesbach, vor allem aber die Verwendung der verschiedenen Bahnpoststempel beleuchten. Unter Zuhilfenahme der Erkenntnisse der Bundesarbeitsgemeinschaft Bahnpost e.V. und vor allem durch das Wissen einzelner forschender Mitglieder dieser Vereinigung sowie durch Freunde der Nebenbahnen soll hiermit versucht werden, vor allem die Bahnpost der Ortenau darzustellen.

Die Nebenbahnen zwischen Altenheim und Offenburg

Am 6. 3. 1896 stimmte die 2. Kammer des Badischen Landtages dem Gesetzentwurf zur Herstellung der Abzweigung von Altenheim nach Offenburg zu, die Offenburg an die Verbindung von Seelbach über Ottenheim nach Kehl und Straßburg anschließen sollte.¹ Die Konzession zum Bau der schmalspurigen Strecke (1000 mm) wurde durch Gesetz vom 20. 11. 1896 erteilt.² Die Genehmigung für den Bau und den Betrieb der Strecke wurde der „Straßburger Straßenbahn-Gesellschaft“ erteilt. Die Inbetriebnahme der 11,2 km langen Strecke erfolgte in zwei Stufen. Am 15. 7. 1898 wurde das Teilstück zwischen Altenheim und Offenburg-Stadt dem Verkehr übergeben, und am 1. 10. 1898 fuhr das „Bähnli“ bis zum Bahnhof Offenburg, dem Endpunkt der Strecke.

Der verlorene 1. Weltkrieg hatte auch große Auswirkungen auf unser Kleinbahnsystem. Aufgrund Artikel 75 des Versailler Vertrages wurden die Konzessionen der Straßburger Straßenbahn-Gesellschaft auf rechtsrheinischem Gebiet aufgelöst. Durch Gesetz vom 13. 12. 1922 wurden die Eigentums- und Betriebsverhältnisse dieser Strecke nun insoweit geregelt, daß der Betrieb auf Rechnung des Landes Baden geführt wurde.³

Am 15. 11. 1923 gingen diese Strecken auf die „Mittelbadische Eisenbahnen AG“ mit Sitz in Lahr zum Betrieb und Eigentum über.⁴

Die Einstellung des Verkehrs erfolgte stufenweise je nach Fortschritt des Straßenneubaus zwischen Schutterwald und Altenheim:

2. 6. 1959 zwischen Offenburg und Schutterwald

28. 5. 1961 zwischen Schutterwald und Müllen

11. 7. 1961 zwischen Müllen und Altenheim



Müllten, eine der Haltestellen des „Bähnli“ auf der Strecke zwischen Altenheim und Offenburg (Lichtdruck vor der Jahrhundertwende).

Gleich mit der Inbetriebnahme im Jahre 1898 wurde der Bahnpostbetrieb aufgenommen, der dem Postamt Offenburg unterstand. Nachdem 1883 durch die Generalverfügung des Reichspostamtes vom 18. 5. 1883 erstmalig genormte Bahnpoststempel eingeführt worden waren, wurde auf dieser Strecke zur Entwertung der abgegebenen Poststücke der damals gebräuchliche Kleinovalstempel „Altenheim-Offenburg“ eingeführt.⁵



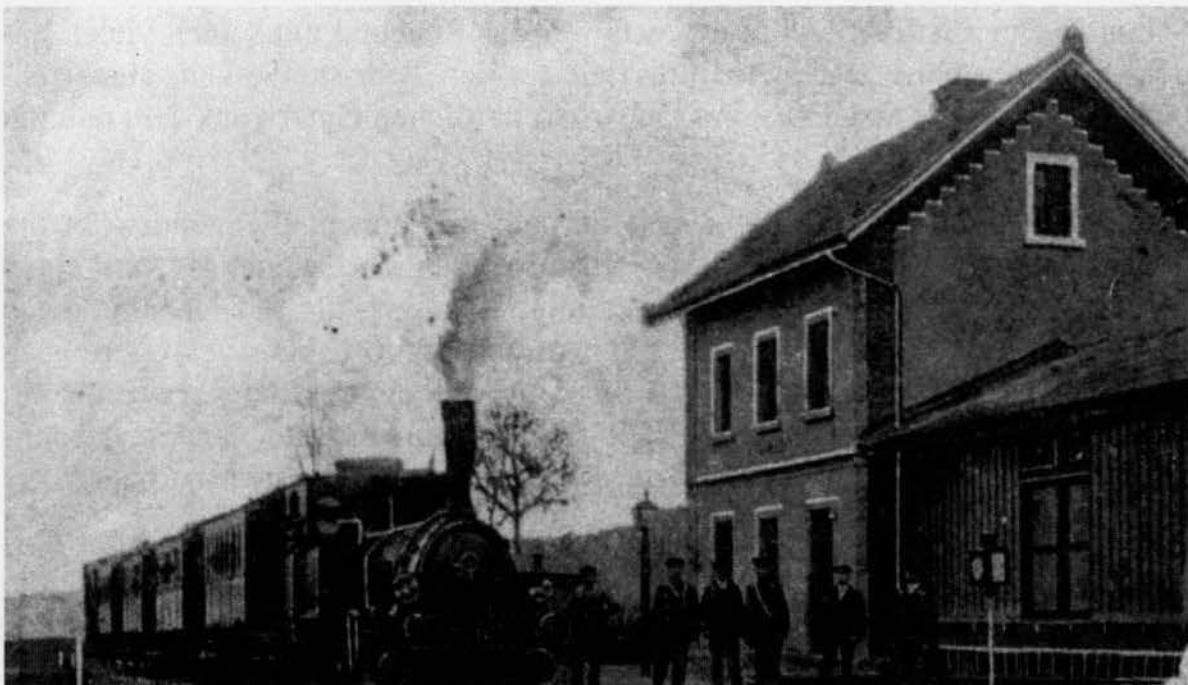
Dieser Stempel war bis Ende der 20er Jahre im Gebrauch. Zwar bestand auch später noch eine Bahnpost, aber die unterwegs aufgenommenen Sendungen sind dann immer in Offenburg abgestempelt worden.⁶

Die Nebenbahn zwischen Biberach und Oberharmersbach

Durch Gesetz vom 7. 5. 1858 wurde die Errichtung der sog. Kinzigalbahn „festgestellt“ und bestimmt.⁷ Aber erst 1863 wurde der Bau dieser Bahn, zunächst die Verbindung zwischen Offenburg und Hausach durch einen Beschluß der 1. Kammer des Badischen Landtages gesichert.⁸ Daraufhin machten die Stadt Zell a.H. und die Nachbargemeinden auf Grund ihrer ca. 8 000 Einwohner und ihrer Bedeutung geltend, Anschluß an die zu bauende Schwarzwaldbahn zu erlangen. Da aber der für die dann gewünschte Trassenführung erforderliche Tunnel viel zu teuer geworden wäre, ist der Bahnhof nicht in Zell a.H., sondern in Biberach an der dort dann verlaufenden Trasse der Schwarzwaldbahn errichtet worden. Entgegenkommenderweise baute man die Spur und damit den Bahnhof am östlichen Ortsrand von Biberach, so daß Zell a.H. einfacher erreicht werden konnte.⁹

1899 wurde durch den Gewerbeverein der Bau einer Harmersbachtalbahn angeregt, um einen Anschluß an die Schwarzwaldbahn zu erlangen. Schon 1902 gelang es einer zuvor gebildeten Eisenbahnkommission, die Genehmigung zur Ausführung dieses Projektes zu erhalten.¹⁰ Durch Gesetz vom 10. 8. 1903 und durch den Nachtrag dazu vom 17. 3. 1904 wurde die Konzession zum Bau dieser regelspurigen Strecke (1435 mm) erteilt.¹¹

Die Genehmigung für den Bau und den Betrieb der Bahn wurde der Firma „Vehring & Wächter“ und der „Deutschen Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft AG“, beide in Berlin, erteilt. Bereits am 15. 12. 1904 konnte die 10,6 km lan-



Unterharmersbach, auch heute noch verkehren hier Züge auf der Strecke zwischen Biberach und Oberharmersbach (Lichtdruck um 1915).

ge Strecke dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. Am 1. 4. 1917 ging das Eigentum auf die „Deutsche Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft AG“ über. 1963 wurden Eigentum und Betriebsbefugnis auf die „Südwestdeutsche Eisenbahn Gesellschaft mbH“ in Ettlingen übertragen. Seit 1971 sind Eigentum und Betriebsbefugnis in der Hand der „Südwestdeutschen Eisenbahn AG (SWEG)“ mit Sitz in Lahr. Der Personen- und Güterverkehr wird bis heute durch die SWEG durchgeführt.

Gleichzeitig mit der Eröffnung der Strecke wurde eine Bahnpost errichtet, die zunächst dem Postamt Biberach und später dem Postamt Zell a.H. unterstand. Es wurde der für diese Zeit gebräuchliche Kleinovalstempel „Biberach-Oberharmersbach“ eingeführt.



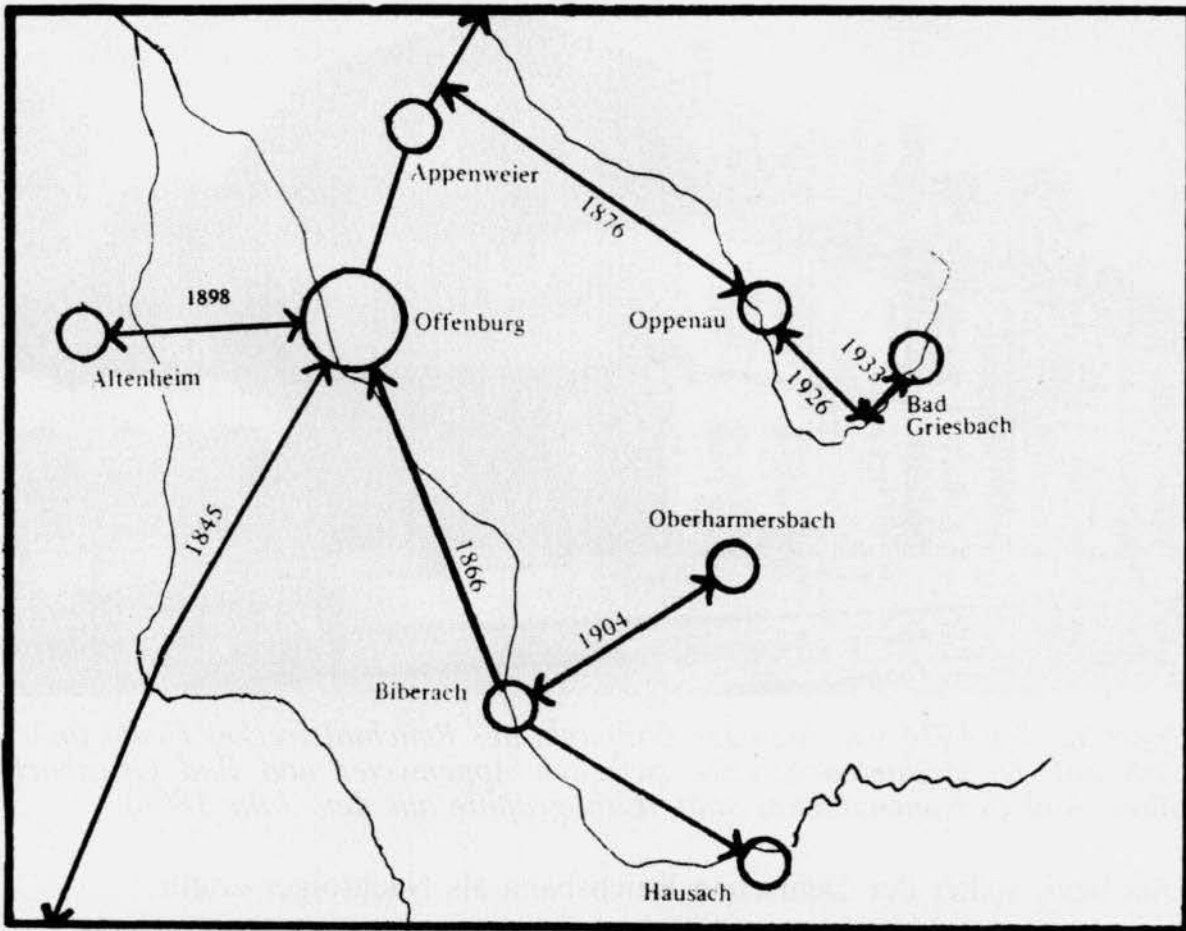
Dieser Bahnpoststempel war bis Mitte der 30er Jahre im Gebrauch. Die Einstellung der Bahnpost ist unbekannt.

Die Nebenbahn zwischen Appenweier und Bad Griesbach

Schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts war das Renchtal mit seinen vielen Bädern eines der beliebtesten Ausflugsziele für den Touristenverkehr aus Straßburg. Auch wurde Straßburg mit landwirtschaftlichen Gütern aus dem unteren Renchtal versorgt.

Schon im Jahre 1838 wandten sich deshalb die Renchtalgemeinden an die „Großherzogliche Wasser- und Straßenbau-Inspektion Offenburg“, um einen Eisenbahnanschluß an die Rheintallinie und an die Seitenbahn nach Kehl/Straßburg zu erhalten.¹² Die Planung dieses Vorhabens verzögerte sich nicht zuletzt wegen des überaus kostspieligen Baus der Schwarzwaldbahn, welcher das Großherzogtum an den Rand des Ruins brachte. Die Staatsbahngesellschaft hatte vorerst kein Interesse mehr, weitere Bahnen zu bauen.

Auf Grund des Beharrens der Renchtäler auf ihre Bahn wurde aber in der Folge eine „einmalige Ersatzlösung“ gefunden. Eine Privatgesellschaft sollte die Bahn bauen, und die Staatsbahn sollte sie betreiben. Am 16. 4. 1870 wurde „einer zu bildenden Gesellschaft mit Sitz in Oberkirch“ der Bau der Nebenbahn übertragen.¹³ Man träumte daraufhin von einer direkten Fortsetzung der Verbindung zwischen Straßburg und Appenweier durch das Renchtal nach



Die Nebenbahnen im alten Landkreis Offenburg

Freudenstadt. Aber die 1875 gegründete „Renchtaleisenbahn-Aktiengesellschaft“ war zunächst einmal zufrieden, wenigstens eine Lokalbahn errichten zu können.

Das Gesetz zum Bau der Renchtalbahn wurde am 29. 6. 1874 erlassen,¹⁴ und die Konzession wurde der „Renchtaleisenbahn-Aktiengesellschaft“ am 26. 10. 1874 erteilt.¹⁵

Die Betriebseröffnung der regelspurigen 18,4 km langen Strecke (1 435 mm) zwischen Appenweier und Oppenau fand am 1. 6. 1876 statt. Am 31. 5. 1909 ging das Eigentum an der Bahn von der „Renchtaleisenbahn-Aktiengesellschaft“ an das Land Baden über. Nun lagen also Betriebsführung und Eigentum in einer Hand.

Nach dem 1. Weltkrieg gab es erneut Überlegungen, eine Durchgangsbahn zwischen Straßburg und Freudenstadt mit einem Tunnel durch das Kniebismassiv zu schaffen. Der verlorene Krieg und die einsetzende Inflation verzögerten aber den Weiterbau der Strecke in Richtung Kniebis. Durch Gesetz vom 8. 7. 1914 wurde die Konzession zum Weiterbau erteilt.¹⁶ Die Betriebseröffnung auf der Strecke zwischen Oppenau und Bad Peterstal fand am 28. 11. 1926 statt.

Die Genehmigung für den Bau und den Betrieb wurde der Badischen Staats-



Oppenau, bis 1926 war hier der Endpunkt der Renchtalstrecke. Heute findet noch auf der gesamten Strecke zwischen Appenweier und Bad Griesbach Güter- und Personenverkehr statt (Lithographie aus dem Jahr 1898).

bahn bzw. später der Deutschen Reichsbahn als Nachfolger erteilt.

Auch das letzte Teilstück zwischen Bad Peterstal und Bad Griesbach ließ nun nicht mehr lange auf sich warten. Auf Grund der gleichen Gesetzesgrundlage wurde die Genehmigung für den Bau und für den Betrieb an die Badische Staatsbahn bzw. der Deutschen Reichsbahn als Nachfolger erteilt.¹⁷

1949 trat die Deutsche Bundesbahn als Nachfolger für die Deutsche Reichsbahn ein. Auf der gesamten 25,7 km langen Strecke findet bis heute Güter- und Personenverkehr statt.

Es ist davon auszugehen, daß bereits 1876 mit der Inbetriebnahme der Strecke zwischen Appenweier und Oppenau der Bahnpostbetrieb aufgenommen wurde. Ob der in dieser Zeit übliche Bahnpoststempel, der sog. „Dreizeiler“ verwendet wurde, wie z. B. der Dreizeiler „Konstanz–Offenburg“, ist bislang nicht nachgewiesen worden.

KONSTANZ
11 4 81 I
OFFENBURG

Dies ist um so erstaunlicher, da nach der Einführung des Kleinvalstempels „Appenweier–Oppenau“ viele Belege auch schon aus den 80er Jahren vorliegen. Auf dieser schon in den 70er Jahren stark befahrenen Strecke durch Ausflügler und Touristen in die Renchtalbäder müßten also Belegstücke dieses Dreizeilers, sollte es ihn gegeben haben, existieren.

1883, mit der Einführung des ersten genormten Bahnpoststempels in der klei-
ovalen Form, erhielt die dem Postamt Appenweier unterstehende Bahnpost
den Kleinovalstempel „Appenweier – Oppenau“.



Auffallend sind die beiden Punkte im unteren Teil des Stempels. 1871 entstan-
den sog. „Schaffner-Bahnposten“, d.h. mit unteren Bahnbeamten besetzte
Bahnposten. Es waren also keine Postbeamten auf gewissen Strecken einge-
setzt, was meistens auf Nebenstrecken geschah. Wesentliches Erkennungs-
merkmal waren die beiden Punkte im unteren Segment des Kleinovalstem-
pels.¹⁸ Später verschwanden diese beiden Punkte in der Regel. Im vorliegen-
den Fall gab es ab Mitte der 90er Jahre einen neuen Kleinovalstempel
„Appenweier – Oppenau“ ohne diese beiden Punkte.



Mit Eröffnung der Teilstrecke 1926 zwischen Oppenau und Bad Peterstal kam
auch auf der Renchtalstrecke der zweite genormte Bahnpoststempel, der Groß-
ovalstempel „Appenweier – Bad Peterstal (Renchtal)“ zur Verwendung.

Dieser löste den oben erwähnten Kleinovalstempel ab.



Als 1933 das letzte Teilstück zwischen Bad Peterstal und Bad Griesbach dem Verkehr übergeben wurde, kam der endgültige Großovalstempel „Appenweier–Bad Griesbach“ zum Einsatz.



Dieser war bis zur Einstellung des Bahnpost-Dienstes im Jahre 1957 in Verwendung.

Mit den Nebenbahnen der nördlichen Ortenau wird dieser Beitrag fortgesetzt.

Die Abbildungen stammen aus der Sammlung des Verfassers.

Anmerkungen:

- 1 Gesetz vom 6. 3. 1896, die Herstellung einer schmalspurigen Eisenbahn von Ottenheim nach Kehl nebst Abzweigung von Altenheim nach Offenburg betreffend
- 2 Badischer Staatsanzeiger Nr. XXXIX, Jahrgang 1896, S. 448
- 3 Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 1, 1923
- 4 s' Bähkli, Erinnerungen an das Dampfzeitalter in Lahr: Volkshochschule Lahr, Lahrer Anzeiger GmbH. Lahr 1985, S. 43
- 5 Generalverfügung des Reichspostamtes, die Einführung neuer Stempel betreffend, in: Amtsblatt der Reichspost-Verwaltung vom 18. Mai 1883, S. 164 f
- 6 Hermann Amann, Bahnposten in Südbaden. Eine Betrachtung anhand der verwendeten Streckenstempel, in: Postgeschichtliche Blätter für Südbaden, Heft 1 1969, S. 15
- 7 Franz Disch, in: Chronik der Stadt Zell a.H., Großdruckerei Schauenburg Lahr (Baden) 1937, S. 139
- 8 vgl. a.a.O., S. 139
- 9 vgl. a.a.O., S. 140
- 10 vgl. a.a.O., S. 140
- 11 Badischer Staatsanzeiger, Jahrgang 1903, Nr. XXVII, S. 355
Badischer Staatsanzeiger, Jahrgang 1904, Nr. IX, S. 20
- 12 Helmut Grumer, Aus der Geschichte des Bahnhofs Appenweier, in: 1100 Jahre Appenweier 1884–1984. Gemeinde Appenweier, S. 198
- 13 vgl. a.a.O., S. 199
- 14 Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Jahrgang 1874, Nr. XXX, S. 375
- 15 Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Jahrgang 1874, Nr. LVI, S. 590
- 16 Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Jahrgang 1914, Nr. XXXIV, S. 235
- 17 vgl. a.a.O., S. 235
- 18 Wilhelm Hüsgen, Handwörterbuch des Postwesens. Berlin 1927, S. 55

Die Geschichte der Mittelbadischen Eisenbahngesellschaft (MEG)

Paul Hetzel

Das Thema heißt: Die Geschichte der Mittelbadischen Eisenbahngesellschaft, genauer der Straßburger Straßenbahngesellschaft und dann später der MEG oder auch liebevoll herabsetzend „Käsrrutsch“ oder „Entenköpfer“, weil manches Getier (nicht nur Enten) diesem durch die Dörfer schnaufenden Ungetier zum Opfer fiel, abgesehen von den vielen Rössern oder Kühen, die angesichts der drohenden Gefahr in Form der herannahenden zischenden und pfeifenden Lokomotive mitsamt Fuhrwerk und scheltendem Fuhrmann scheuend im Karacho davonstürmten.

Viele denken noch gerne und mit etwas Wehmut an das Bähnel zurück, in dem man morgens noch eine Runde schlafen oder sich auf die Schule, sei es in Kehl oder in Bühl, vorbereiten konnte. Man war ja lange genug unterwegs.

Die Mittelbadische Eisenbahn besorgte, wie der Name schon sagt, im Mittelbadischen Raum von Schuttertal bis Rastatt einen großen Teil des Personen- und Warenverkehrs während rund 80 Jahren, auf jeden Fall bis in den 50er und 60er Jahren, als die Personenautos dann häufiger wurden.

Erlaubt sei ein kurzer Schlenker zurück in die Geschichte der Eisenbahn. Eisenbahn bedeutet nicht nur eine gewisse Technik beim Transport von Personen und Waren. Die Eisenbahn hat auch das Leben der Menschen grundlegend geändert. Reisen, für die man vorher Tage oder Wochen benötigte, verkürzten sich auf einige Stunden. Während sich Kutschen und Fuhrwerke zuvor über schlechte Straßen quälten, die diesen Namen oft nicht verdienten, von Achsenbrüchen und anderen Widrigkeiten bedroht, glitten jetzt von Lokomotiven gezogene Züge fast ohne Reibung über Schienen, über „Eiserne Straßen“.

Solche Spurbahnen sind uralte. Als ich vor ca. 10 Jahren in Sizilien war, um Reste griechischer Bauten zu besichtigen, sah ich eine vielleicht 8 cm tiefe Wagenspur, die in den Stein gegraben war. Die Spuren liefen schön parallel nebeneinander. Ich dachte damals, diese Spur habe sich mit der Zeit eingegraben. Aber dem war keineswegs so. Denn man hatte Spuren zum Transport schwerer und umfangreicher Steinmengen zum Bau von Tempeln und Amphitheatern in den Steinboden, also steinerne Wege gegraben. Man hatte sogar Ausweichgleise.

Später kamen Holzspurbahnen auf. Diese waren Jahrhunderte in Gebrauch. Etwa um 1770 kam man, vor allem um den Eisenabsatz zu fördern, auf die

Idee, die Holzbahn durch Geleise aus Eisen zu ersetzen. Die ersten zum Transport von Kohlen darauf betriebenen Maschinen kamen 1804 auf, zuvor waren die Wagen von Pferden gezogen worden. Der geniale englische Konstrukteur Stephenson brachte die Entwicklung der Lokomotive ein großes Stück weiter. Am 27. September 1828 fuhr der erste Personenzug auf der Strecke von Stockton nach Darlington mit der Geschwindigkeit von knapp 10 Stundenkilometern. England ist überhaupt das Mutterland der Eisenbahn, bereits 1840 waren zahlreiche große englische Städte durch Eisenbahnen miteinander verbunden. Die erste deutsche Eisenbahn, die „Ludwigsbahn“, wurde bekanntlich zwischen Nürnberg und Fürth 1835 eröffnet. Man hatte damals Angst, daß die „große Geschwindigkeit“ für Mensch und Vieh schädlich sei. Vor drei Jahren feierte man in ganz Deutschland das 150jährige Bestehen der Eisenbahn.

Schon 1833 hatte der badische Abgeordnete Fecht aus Kork geweissagt, daß in wenigen Jahren es auch in Baden eine Eisenbahn geben werde. Er hatte recht: Bereits 1838 wurde mit dem Bau der ersten badischen Eisenbahn begonnen. 1844 war sie bis Offenburg fertig, 1845 hatte man schon Freiburg erreicht, ein flottes Tempo, wenn man bedenkt, welche Zeit heute eine Eisenbahn-Neubaustrecke benötigt. Übrigens entstand bereits 1845 die noch vielen bekannte Stichbahn von Oos nach Baden-Baden, damit die elegante Welt schneller zum Baden und Spielen ins Oostal kam. 1861 feierte man mit großen Festen in Straßburg und Baden-Baden die Eröffnung der Linie von Kehl nach Straßburg. So gab es zwar schon früh eine östliche (die Strecke Karlsruhe–Freiburg) und nördliche (die Strecke Appenweier–Kehl) Eisenbahnlinie. Doch den Rhein entlang im Hanauerland war in punkto Eisenbahn unberührtes Land und das in einer Gegend mit blühender Landwirtschaft, wo außer den üblichen Feldfrüchten Handelsfrüchte wie Obst, Hanf und Tabak in großen Mengen angepflanzt wurden. Es seien hauptsächlich militärische Gründe gewesen, die die damalige Großherzogliche Regierung der 30er und 40er Jahre des 19. Jahrhunderts dazu bewogen hatte, die Staatsbahn, wie sie im Volksmund hieß, am Westhang des Schwarzwaldes entlang zu führen.

In der Landtagsperiode 1869/70 war die Bitte der Bewohner der Rheinebene um Erbauung einer direkten Eisenbahn zwischen Kehl und Oos auf Staatskosten evtl. um Verleihung der Konzession an eine AG eingegangen. Es war als Mangel empfunden worden, daß so viele ansehnliche Orte ohne Eisenbahnverbindung seien. Die an den Landtag gerichtete Bitte blieb ohne Erfolg. Knapp 20 Jahre später beklagte der Abgeordnete Hermann Klein¹, daß der badische Teil des Hanauerlandes trotz seiner guten geografischen Lage die verkehrsärmste Gegend am Oberrhein sei. Eine Parallelstrecke zur Staatsbahn am Gebirgsrand kam danach nicht in Frage, weil dazu kein Verkehrsbedürfnis vorlag, auch müßte die Strecke der Hauptbahn Rastatt–Offenburg nicht entlastet werden. Man hatte also auch Angst vor einer Konkurrenz durch eine neu zu bauende Eisenbahn. Ende der 80er Jahre kam man der Bahn schon näher.



Von einem Komitee für die Erbauung einer „Straßenbahn“ Kehl – Bühl wurde der 2. Kammer am 15. Februar 1886 eine Petition² übergeben, und zwar von 13 Gemeinden des Hanauerlandes.

Diese Gemeinden sind: Kehl-Stadt, Auenheim, Leutesheim, Honau, Diersheim, Rheinbischofsheim, Neu-Freistett, Freistett, Memprechtshofen, Muckenschopf, Helmlingen, Scherzheim und Lichtenau. Es sei die Pflicht der badischen Staatsbahn, nicht hart gegen die Erleichterung der Lage zu sein. Die Antragsteller beklagten weiter, daß ihnen die Vorteile der Staatsbahn nur sehr beschränkt zugute kämen, da die Entfernung der nördlichen Gemeinden 25 km (hier ist wohl Lichtenau – Kehl gemeint) betrage.

Man fühle dies besonders, indem die Ämter jetzt alle nach Kehl verlegt worden seien. Auch sei seit Aufhören der französischen Herrschaft in Straßburg (seit 1871 gehörte Elsaß-Lothringen zu Deutschland) und Aufhebung der Zoll-

schränken Straßburg noch mehr als früher der wirtschaftliche Mittelpunkt geworden. Dagegen seien die linksrheinischen, also die elsässischen Dörfer, durch ein Netz von Straßenbahnen mit Straßburg verbunden. Besonders fühlbar gestalte sich der gänzliche Mangel an Verkehrsmitteln für die Rheingemeinden zunächst nördlich von Straßburg—Kehl, deren brachliegende Arbeitskräfte angesichts der Großindustrie dieser Städte bei steigender Arbeitsnachfrage kaum Verwendung finden könnten, was um so bedauerlicher sei, als durch die Rheinkorrektion die Goldwäscherei vernichtet, die lohnende Fischerei geschädigt und durch die Vollendung der Uferbauten dem Arbeiterstand die letzte Verdienstgelegenheit entzogen werde, so daß eine fortschreitende Verarmung der volkreichen Gemeinden als unausbleibliche Folge drohe.

Nur von einer Wiederbelebung des Verkehrs könne wirksame Hilfe erhofft werden, und zu diesem Zwecke habe man die Erstellung einer Straßenbahn von Kehl über Lichtenau nach Bühl ins Auge gefaßt. Die Kosten für die 39 km lange Strecke erfordere einen Bau- und Betriebsaufwand von 1 440 000,— M. Die Strecke Kehl—Lichtenau mit 25 km Länge erfordert 925 000,— M Herstellungskosten. Die zuvor genannten 13 Gemeinden erklärten sich bereit, 125 000,— M in bar und das gesamte erforderliche Gelände zu stellen. Man hoffe auf einen Staatszuschuß von 312 500,— M. Der Rest von 487 500,— M sei vom Unternehmer aufzubringen.

Eine 2. Petition³ wurde in der Sitzung vom 4. März 1886 von den Gemeinden Bodersweier, Linx und Hohbühn eingereicht. Darin erklären diese Gemeinden, daß man nur aus Sorge über eine zu hohe Belastung des Gemeindegeldes durch einen Zuschuß für den Bahnbau bisher beiseite gestanden habe. Als Linx und Bodersweier bemerkt hatten, daß die Linie entlang des Rheins Oberwasser bekam, wollten sie jetzt noch das Blatt zu wenden versuchen. Als Argument für die Linie entlang der heutigen B 36 wurden einmal die höhere Einwohnerzahl (einschl. Holzhausen, Zierolshofen und Querbach) vorgebracht, dazu könne man (und das ist jetzt nach 100 Jahren positiv zu vermerken, wo man ohne Rücksicht auf Landverbrauch mit immer neuen Straßen die Landschaft zerstört) der Landwirtschaft viel Gelände ersparen. Diese Gemeinden seien *nunmehr*, also waren sie es vorher nicht, zu Geldopfern bereit.

Es war dann sogar die Rede davon, die Bahn über Leutesheim, Auenheim, Bodersweier nach Kehl zu leiten. Die mit Bahnbau befaßte Kommission hielt es für wünschenswert, daß mit dem Bahnbau bald begonnen werde: Auf Grund des Geländes werde es keine Schwierigkeiten beim Bau geben, bei der zahlreichen Bevölkerung könne man mit reger Benutzung rechnen, und die Gemeinden seien zu Geldopfern bereit.

Allerdings kam diese Petition zu spät, da der laufende Haushalt bereits beschlossen war.

Im Jahre 1888 wurde es dann konkret!

Es heißt da in der Beilage zum Protokoll der 14. öffentlichen Sitzung der 2. Kammer vom 16. 1. 1888:

„Friedrich, von Gottes Gnaden Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen, Wir beauftragen hiermit den Präsidenten *unseres* Finanzministeriums, Geh. Rat Elbstätter, unseren getreuen Ständen und zwar zunächst der 2. Kammer, den anliegenden Gesetzentwurf, die Erbauung einer Lokalbahn von Kehl nach Lichtenau und Bühl betreffend, zur Beratung und Zustimmung vorzulegen.

Zum Reg.-Kommissär für diese Vorlage ernennen wir den Geh. Referendär Zittel.

Gegeben Karlsruhe, den 6. Januar 1888.
Friedrich“

Der Gesetzentwurf⁴ umfaßte 9 Punkte. Danach konnte der Bau und Betrieb den Gemeinden *oder* anderen Unternehmen überlassen werden. Es war also keine Staatsbahn geplant. Der Staat aber kann die Bahn innerhalb von 25 Jahren kaufen.

Den Unternehmern können unter anderem folgende Rechte zugesichert werden: Tax- und Sportelfreiheit (also Freiheit von öffentlichen Gebühren) in allen den Bau und Betrieb der Bahn betreffenden Angelegenheiten. Befreiung des Unternehmens beim Kauf der erforderlichen Grundstücke und Gebäuden von Liegenschaft- und Schenkungsaccise (heute also in etwa Grunderwerbssteuer). Weiter heißt es: Unter der Voraussetzung, daß die Gemeinden Grund und Boden unentgeltlich zur Verfügung stellen und außerdem 4 000,— M pro km, gibt der Staat 10 000,— M pro km dazu. Abschließend wird darauf hingewiesen, daß das Gesetz Ende 1891 erlischt, wenn bis dahin ein Unternehmer nicht gefunden oder der Bau nicht vollendet ist.

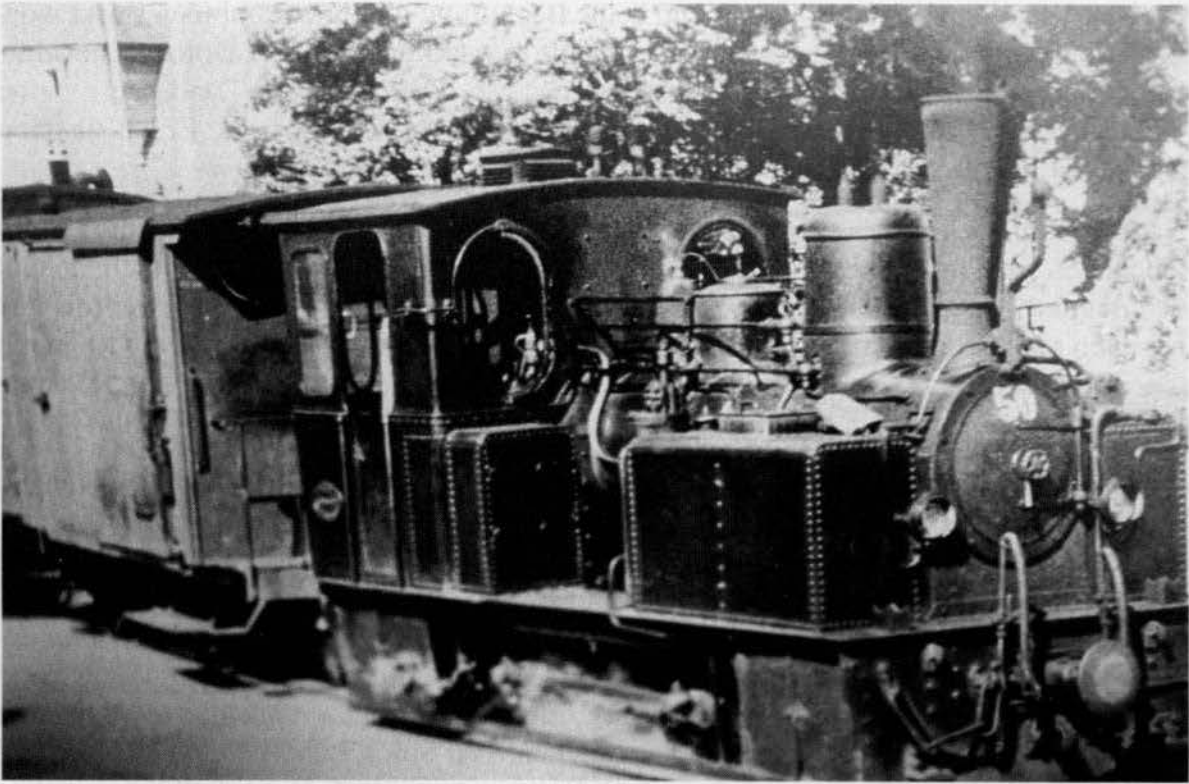
Natürlich wurde auch ein Plan über die voraussichtlichen Betriebskosten gemacht. Es sind erstaunliche Zahlen aus heutiger Sicht.

Die Kosten für 2 Lokomotivführer, 2 Heizer, 1 Putzer, 2 Schaffner, Beleuchtung, Heizung, Kohlen, Unterhaltung der Maschinen und Wagen werden mit ganzen 17 000 Mark errechnet. Auch die Löhne und Sachkosten für alle Stationen sind mit 23 700 Mark jährlich sehr niedrig.

Auch 1888 gab es große Diskussionen, ob Rheinlinie, also die Linie Rheinbischofsheim, Diersheim, Honau, Leutesheim, Auenheim, Kehl bzw. Auenheim—Bodersweier—Kehl, oder die Linienführung entlang der heutigen B 36; so wurde für die Rheinlinie angeführt, daß die Einwohner der Gemeinden Linx und Bodersweier lange Zeit dem Lokalbahnprojekt „sehr kühl“ gegenübergestanden haben. So habe u.a. der damalige Bürgermeister von Bodersweier einmal ausgerufen: „Ich kum au ohne Zugg uff Kehl“. Es sprach aber viel für die Linie entlang der Straße, einmal die größere Zahl der Einwohner nämlich von Bodersweier, Linx und Hohbühl mit Holzhausen und Zierolshofen mit

2 865 Einwohnern, während die Rheingemeinden Leutesheim, Honau und Diersheim nur 1 959 Einwohner zählten. Auch sei der Marktverkehr von Bodersweier nach Kehl und Straßburg erheblich größer. Jährlich werde von Bodersweier und den anderen petitierenden (um die Bahnlinie bittenden) Gemeinden 4 500 Ztr. Tabak, von Linx aus zur Station Kork 60 000 kg Stückgüter, sowie 40 Eisenbahnladungen mit je 10 000 kg gefahren sowie durch Linxer Händler auf den Straßburger Markt 260 Stück Vieh, 3 500 kg Butter und 100 000 Eier gebracht.⁵ Weiter könnten Bodersweier und Linx 40 000 Mark Zuschuß geben, während die Dörfer am Rhein nur 37 000 Mark zugesagt hätten. Der Bürgermeister von Bodersweier legte dem hohen Hause auch eine Aufstellung über die hohe Zahl dortiger Handels- und Gewerbetreibender – nämlich 37 an der Zahl – vor, welche eifrig die neue Bahn benutzen würden. Weiter würde der Versand von 2 412 500 kg Gütern und 5 910 Stück Vieh veranschlagt. Die hohe Zahl von gehandeltem Vieh kam von den jüdischen Viehhändlern, die in Bodersweier ansässig waren. Nach eingehender Prüfung der für die eine oder andere Linie in Betracht kommenden Verhältnisse, wobei lediglich sachliche Argumente gegolten haben, entschied man sich schließlich für die Linie Rheinbischofsheim–Diersheim–Honau–Leutesheim–Auenheim–Kehl. Man war zwar der Ansicht, ohne daß man die frühere ablehnende Haltung von Linx und Bodersweier bedachte, daß man damit die zweckmäßigste Linienführung wählte. Durch die Rheinkorrektur sei die Fischerei geschädigt worden, ebenso seien durch den Abschluß der Rheinkorrektur viele Arbeitsplätze in den Dörfern längs des Rheins weggefallen. Weiter habe die Staatsbahn entlang des Schwarzwaldes viel Arbeit abgezogen. Auch wären die Bewohner der Rheingemeinden – von Honau, Leutesheim und Auenheim – viel mehr auf auswärtige Arbeitsplätze angewiesen, da sie viel weniger als in wohlhabenden Bauerndörfern wie Linx und Bodersweier im eigenen Betrieb arbeiten und auch in den Rheingemeinden keine Arbeit finden können. In bezug auf Arbeitsmöglichkeiten herrschte längs des Rheins fast ein Notstand. Die Bewohner von Bauerngemeinden seien, da sie naturgemäß an Ort und Stelle arbeiteten, weniger auf die Bahn angewiesen. Wenn auch in Bodersweier Handel und Gewerbe stark vertreten seien, so seien doch Honau und Leutesheim durch die größere Entfernung stärker auf eine Bahnlinie angewiesen. Schließlich wurde auch die Bitte, die Bahn über Auenheim, Bodersweier nach Kehl zu führen abgelehnt, da die Bahnlinie sich so um 500 m verlängern würde und die Baukosten um 30 000 Mark höher seien, Bodersweier aber diese Mehrkosten nicht tragen wolle. So geruhte seine Königl. Hoheit der Großherzog im September 1890 gnädigst, die Linie Stadt Kehl, Dorf Kehl–Auenheim über Freistett–Lichtenau nach Bühl für festbestimmt zu erklären und zur Ausführung zu genehmigen.

Die Vorarbeiten waren 1889 begonnen worden, vermutlich sind hier die Pläne für die Bahn gemeint; die Absteckungsarbeiten, und das sind ja die ersten eigentlichen Arbeiten bei solch einem Bahnbau, wurden im März 1891 durchge-



Die Lokomotive der MEG.

führt. Der Bau des Bahnkörpers verzögerte sich durch Frost. Die Hochbauten, das Depot in Kehl und die 11 Stationsgebäude und 6 Güterhallen wurden im Mai 1891 in Angriff genommen. Auch mußten einige Brücken gebaut werden. Für den Anfang kaufte man 4 Lokomotiven, 10 Personenwagen – es gab 2. und 3. Klasse – Post- und Güterwagen und 3 Omnibusse. Die stattlichen und schönen Lokomotiven wurden in Grafenstaden von der Elsässischen Maschinenbaugesellschaft gebaut. Die Lokalbahn, es war eine Schmalspurbahn, wurde von der Straßburger Straßenbahngesellschaft, die auch im Elsaß einige Eisenbahnlinien unterhielt, betrieben.

Endlich war es soweit, die Bahn war fertig. Der große Tag der Einweihung war gekommen. Große Freude herrschte, daß der Großherzog, der geliebte Landesvater, zur Einweihung kommen und die Strecke abfahren werde. Die Bahnhöfe der ganzen Linie waren festlich geschmückt worden, auch die Dörfer hatten sich herausgeputzt. Nur das Wetter war schlecht. Zahlreiche hochgestellte Persönlichkeiten waren erschienen. Nachdem der Großherzog in Bühl von einigen Vereinen und 3 weißgekleideten Jungfrauen begrüßt worden war, fuhr man nach einem Frühstück ab. Es war ein wahrer Triumphzug. Auf allen 16 Stationen hallten dem Großherzog zur Begrüßung Böllerschüsse, Glockengeläut und der Jubel der Einwohner entgegen. Überall verließ der Großherzog den Wagen, um den an ihn gerichteten Ansprachen zu lauschen. Ein längerer Aufenthalt wurde in Lichtenau-Ulm gemacht, wo die Bürgermeister des Bezirks dem Großherzog vorgestellt wurden. Der Landtagsabgeordnete Hauß hielt eine Ansprache, worin man dem Großherzog „untertänigst“ für den Bau der Bahn dankte. In

Freistett war dann der Großherzog und seine Begleitung mit einem Imbiß gestärkt worden. Man hatte dem Großherzog vor der Fahrt empfohlen, eine Art Dolmetscher mitzunehmen, da es doch schlecht aussehen würde, wenn er als Landesherr seine „Hanauerditsch“ parlierenden Untertanen nur schwer verstehen würde. Er hat sie dann irgendwie doch verstanden.

Nach 6 Stunden Fahrt kam der Eröffnungszug gegen 6 Uhr abends dann im hell erleuchteten Kehl an. Es hatte sich eine große Menschenmenge dort eingefunden, so daß der Zug nur ganz langsam fahren konnte. Er hielt vor dem „Salmen“, wo zwei Militärkapellen aufspielten. Anschließend gab es im Salmen, der ungefähr dort war, wo heute die „Deutsche Bank“ in Kehl ist, ein Festessen, bei dem Obmann Teubner folgende Worte sprach, die so recht den Geist jener Zeit spiegeln:⁶

„Schön ist das Fest, auch die Enkel werden es rühmen, zum bleibenden Gedenken sei es wie ein erfüllter Wunsch, der lange Jahre den Sinn des Volkes im Hanauerland bewegte, und der unter der gesegneten Regierung Ew. Königlichen Hoheit sich erfüllt hat. Nach den fruchtbaren Abhängen unserer Berge, wo in Städten und Dörfern fleißige Hände im Gewerbe schaffen, wo aus Wald und Feld der Arbeit reicher Lohn erwächst, hierin wie in die badische Heimat führt das Dampfroß. Und nach dem Rheine zieht es seine Bahnen, dort in Straßburg, der ehrwürdigen, mächtig erblühenden Reichsstadt, dem Nachbarn die Hand zu reichen. Ein Stück Land ist dem Verkehr erschlossen, das sich kühn mit dem besten im Reich messen darf. Das arbeitsame, tüchtige, das treue Volk, das hier seine Heimstätte hat, es wird die Wohltaten, die ihm geworden, nützen zum Guten. Voll Dank ist dies Volk für welche weise Prüfung, welche hochherzige Förderung bei ihm sein Anliegen erfahren hat. Ist diesem Volke doch in der Seele geschrieben, wo es seinen besten Freund findet, in den Sorgen des Lebens.

Was in aller Herzen so wahrhaft lebt, das auch ich in solch feierlicher Stunde vor des Fürsten Angesicht verkünde, die Stätte, die Großherzog Friedrich von Baden betrat, sei geweiht.“

Danach fuhr der Großherzog, der diesen Tag in sehr angenehmer Erinnerung behielt, wieder Karlsruhe zu.

Die Eisenbahnverbindung Bühl–Kehl war jetzt also fertig zum Nutzen der Dörfer an dieser Strecke. Allerdings zeigte sich, daß eine Lücke Richtung Rastatt bestand. Man ging dann rund 15 Jahre später daran, diese Lücke zu schließen, und zwar bekam ebenfalls die Straßburger Straßenbahngesellschaft die Konzession für die neue Linie. Am 2. Mai 1909 wurde die neue Bahnlinie eröffnet, die von Schwarzach über Stollhofen–Söllingen–Hügelsheim–Iffezheim in Rastatt mitten durch die Stadt zum Bahnhof der Staatsbahn führte.

Das Bähnle stellte dann in den folgenden Jahrzehnten ein wichtiges Verkehrsmittel dar. Was wurde da nicht alles transportiert: Arbeiter fuhren frühmorgens nach Kehl, wo sie im Hafen oder bei der Zellstoffabrik Trick arbeiteten – die Arbeiter bei Trick nannte man im Hanauerland nur die Trickler. Man fuhr zum Einkaufen nach Kehl, Bühl oder Straßburg. In Rheinbischofsheim war auch die landwirtschaftliche Winterschule, wohin viele künftige Bauern fuhren. Da man früher außer mit Holz hauptsächlich mit Kohlen oder Briketts

heizte, so kam dieses Brennmaterial auch mit der Bahn. So wurden in Freistett am Bahnhof die Kohlen ausgeladen und auf einer Dezimalwaage gleich gewogen. Viele Leute holten ihre Kohlen oder Briketts selbst mit der Chaise oder mit dem Handwagen ab und transportierten sie heim.

Doch auch Obst in zugenähten Körben, Schnaps und anderes Flüssiges in Güttern, Vieh in Viehwaggons, Holz, Kunstdünger und vieles andere wurde durch die MEG transportiert. Im Personenverkehr gab es außer der 3. noch eine 2. komfortablere Klasse, die allerdings kaum benutzt wurde. In den Personenzugwagen standen Öfen, die im Winter vom Schaffner mit mehr oder weniger Geschick geheizt wurden. So konnte es passieren, daß wenn man mit einem der frühen Züge morgens fuhr, es noch ziemlich kalt drinnen war. Zur Behaglichkeit und Gemütlichkeit der Kleinbahn trug nicht wenig dazu bei, daß in manchen Haltestellen wie z. B. Leutesheim, Diersheim, Helmlingen-Muckenschopf die Fahrkarten in einer Wirtschaft verkauft wurden, oder es befand sich eine Wirtschaft in nächster Nähe des Bahnhofs. In Freistett gab es 2 Haltestellen: der frühere Bahnhof von Altfreistett; Neufreistett hatte eine Haltestelle am Schwanen. Etwa 1925 wurde diese Haltestelle, die ja nur etwa 200 m vom Bahnhof entfernt war, aufgelöst. Man konnte also gemütlich auf den Zug warten, auch wenn dieser etwas Verspätung hatte.

Vom 2. Weltkrieg blieb die Mittelbadische Eisenbahn auch nicht unberührt. Personal wurde zum Krieg eingezogen. Während des Krieges gab es fast nur weibliche Schaffner. Die wußten sich aber auch zu wehren. Mancher bekam die Fahrkartenzange zu spüren, wenn er nicht parieren wollte.

Wie sehr man auf die Eisenbahn angewiesen war, zeigt das folgende Bittschreiben des Landrats Schindele vom 1. September 19257:

Der Landrat
Kehl, den 1. September 1925
Nr. 4953
Kehler Bahn.

An die Direktion der Mittelbad. Eisenbahnen A. G. in Lahr.

Wie ich einer Notiz in der Kehler Zeitung von heute entnehme, soll der Winterfahrplan der Mittelbadischen Eisenbahnen A. G. am 4. Oktober ds. Js. in Kraft treten.

In einer Versammlung der Bürgermeister des Amtsbezirks wurde gestern erneut dem Wunsche Ausdruck gegeben, der Fahrplan möge sich besser als dies bis jetzt der Fall ist, den Bedürfnissen der Bewohner des Amtsbezirks, vor allem der an der Bahn gelegenen Gemeinden anpassen. Auf das Dringendste wurde vor allem gewünscht, daß der früher in Richtung von Bühl nach Kehl verkehrende, hier gegen 8 Uhr vormittags eintreffende Zug wieder eingelegt

werde. Solange dieser Zug nicht wieder verkehrt, sind die geschäftlichen und kulturellen Interessen des Hanauerlandes aufs Schwerste geschädigt. Ich verweise deswegen auf das, was ich bei der Beratung des z. Zt. geltenden Fahrplans am 6. März 1925 in Offenburg mündlich – leider vergeblich – ausgeführt habe. Wenn es richtig ist, was die Kehler Zeitung heute berichtet, daß der erste Zug von Bühl her im Winter um 7.08 Uhr vormittags in Kehl eintreffen soll, so liegt dieser Zeitpunkt wiederum sehr ungünstig für die auswärts wohnenden kaufmännischen Angestellten und für die auswärtigen Schüler der Kehler Schulen, weil der Zeitraum zwischen dem Eintreffen des Zuges in Kehl und dem Beginn der Geschäftsstunden sowie des Unterrichts (8 Uhr vormittags) zu groß ist. Der erwähnte Zug trifft etwa 1 Stunde früher in Rheinbischofsheim ein, also kurz nach 6 Uhr. Für die nördlich von Rheinbischofsheim wohnenden Besucher der Realschule und der landwirtschaftlichen Winterschule bedeutet das eine um 2 Stunden verfrühte Ankunft. Das wird zur Folge haben, daß der Besuch der erwähnten in Rheinbischofsheim befindlichen Schulen nachläßt. Nachdem die Franzosen in diesem Sommer das Gebäude, in dem sich die landwirtschaftliche Winterschule befindet, endlich geräumt haben, besteht das größte Interesse daran, daß sich die Schule in Zukunft günstig entwickelt und daß sie vor allen Dingen aus den Gemeinden des unteren Hanauerlandes zahlreich besucht wird. Das wird aber zum großen Teil vom Fahrplan abhängen. Wenn der Fahrplan so durchgeführt wird, wie es nach der Notiz in der Kehler Zeitung der Fall zu sein scheint, werden die Interessen der landwirtschaftlichen Winterschule durch ihn aufs Schwerste geschädigt. Aus allen diesen Gründen bitte ich daher dringend im Namen der beteiligten Bevölkerungskreise den erbetenen Zug in den Winterfahrplan einzustellen.

In der Bürgerversammlung gestern wurde noch ein anderer längst bestehender Wunsch wiederholt: Die Abendzüge Kehl ab 8.45 und Bühl ab 8.24 Uhr möchten in der Richtung Bühl bis Lichtenau und in der Richtung Kehl bis Freistett durchgeführt werden. Auch diesen Wunsch möchte ich abermals auf das Nachdrücklichste unterstützen.

gez. Schindele.

Auch die Antwort der MEG, die 1923 gegründet wurde und die die Nachfolgerin der Straßburger Straßenbahngesellschaft wurde, ist sehr aufschlußreich. Die Bitte des Landrats schlug man ab, da erstens der Wirtschaftsplan der MEG fertig sei; weiter müßte man eine Einnahmegarantie haben, wenn weitere Zugpaare eingesetzt werden sollten.

Die Bahn mußte also auch schon damals sparen. Zum anderen beklagte sich die Verwaltung der MEG darüber, daß manche Züge sehr schlecht besetzt seien und dies, obwohl es damals vor rund 60 Jahren kaum private Autos gab. Man war eben nicht so viel unterwegs wie heute. Auch fuhren viele – und dies auch noch nach dem 2. Weltkrieg – täglich mit dem Rad zur Arbeit nach Kehl.

Im 2. Weltkrieg wurde die Eisenbahn mehrmals von Tieffliegern angegriffen und die Fahrgäste mit Bordwaffen beschossen. Mehr als einmal suchte man unter den Wagons Schutz vor den Fliegern.

Bei einem Angriff zwischen Rheinbischofsheim und Diersheim gab es mehrere Tote. Auch in Freistett wurde am 3. Oktober 1944 durch Tiefflieger am Bahnhof ein Mann mit Namen Klotter getötet. Am 23. Nov. 1944 wurde Kehl innerhalb von 2 Stunden fluchtartig geräumt. Es gelang, nachts das rollende Material fast vollständig in Richtung Schwarzach und Lahr wegzufahren. Das Südnetz der MEG endete dann in Sundheim, das Nordnetz vor der zerstörten Kinzigbrücke. Da wo heute die B 36 den Bahndamm der Bundesbahn unterquert, stand rechts ein ausgedienter Eisenbahnwaggon ohne Räder, wo man sich unterstellen und Fahrkarten kaufen konnte. Ebenso stand oben auf dem Bahndamm der „Staatsbahn“ ein alter Waggon ohne Räder, der als Bahnhof Kinzigbrücke diente (also für Kehl, das man ja nicht betreten konnte). Auf Holzstufen kletterte man den Bahndamm zum „Bahnhof“ empor, um den Zug in Richtung Appenweier zu besteigen. Die andere Richtung war ja für Deutsche gesperrt.

Der Eisenbahnverkehr kam nach dem Krieg wieder relativ rasch in Gang. Aber viele Wagons waren zerstört; bei noch fahrbereiten waren oft die Scheiben zerschlagen. Man behalf sich, indem man anstelle der Scheiben die Fensteröffnungen mit Brettern vernagelte. In der Mitte gab es eine Öffnung von ca. 30 x 30 cm mit einer Glasscheibe. Wie ein Guckloch sah es aus. Später gab es beim Autohaus Enders für die Strecke Kehl – Bühl eine Haltestelle mit einem offenen Wartehäuschen; für die Strecke Kehl – Lahr, wo das Bähnle entlang der Hauptstraße mitten durch Kehl fuhr, bei der Rheinbrücke einen kleinen Bahnhof. Da es nach dem Krieg nur wenige Autos gab, mußte man für alle Besorgungen, die auswärts zu erledigen waren, soweit man nicht das Fahrrad benutzte oder gar die Strecke auf Schusters Rappen hinter sich brachte, die Bahn benutzen. Auch die vielen Hamsterfahrer, die etwas Mehl, Kartoffeln oder Tabak „ergattern“ hatten, fuhren mit dem Zug. Es gab Kontrollen, wo Koffer, Rucksäcke und Taschen der Reisenden durchsucht wurden. Auch ich war als kleiner Bub oft auf Achse. Einmal Mehl holen in Auenheim, einmal Öl in Ulm, wo lange Schlangen vor der Ölmühle Schell standen.

Während zur Zeit des Krieges und in den ersten Jahren danach die Eisenbahn fast das einzige Verkehrsmittel war, nahm die Bedeutung des Bähnle mit der beginnenden Motorisierung immer mehr ab. Weil die Bahn – und nicht nur die MEG – immer weniger Mitfahrer fand, war sie natürlich immer weniger rentabel. Eine weitere Überlegung ‚weg von der Bahn‘ war, daß bei Busbetrieb die teure Unterhaltung der Gleisanlagen wegfallen würde. Und nicht zuletzt die Gleisführung entlang der B 36 stand einem Ausbau der Straße im Wege. Gewissen Leuten waren hier auch die Bäume längs der Straße im Wege, man hat sie dann abgeholzt. So waren die Tage der Kleinbahn, unseres

Bähnels, gezählt. Im Jahre 1966 legte man – unter großem Protest der Bevölkerung – den Personenverkehr zwischen Kehl und Freistett still. 1970 fiel auch der Personenverkehr auf der Strecke Freistett–Schwarzach–Bühl. Der Güterverkehr blieb noch etwas länger erhalten. So hatte die Fa. Max Meier in Scherzheim großen Wert darauf gelegt, daß sie per Gleis erreichbar sei: nach einigen Jahren wurde aber auch hier der Güterverkehr stillgelegt. Nicht nur ein Stück Eisenbahngeschichte, nein, ein Stück Kulturgeschichte unserer mittelbadischen Heimat war damit zu Ende gegangen.

Anmerkungen

- 1 GLA 233/33081
- 2 GLA 233/33081
- 3 GLA 233/33081
- 4 GLA 233/33081
- 5 GLA 233/33081
- 6 Badische Presse Karlsruhe vom 5. 1. 1892
- 7 Akten des Gemeindearchivs Memprechtshofen

600 Jahre Rheinbrücken

zwischen Straßburg und Kehl im Brennpunkt
europäischer Geschichte

Carl-Helmut Steckner

Wenn Straßburg auf seine zweitausendjährige Geschichte zurückblicken kann, so nimmt sich daneben die sechshundertjährige Geschichte der Kehler Rheinbrücke bescheiden aus.

Doch in diesen sechshundert Jahren ereignete sich hier mehr als in dem mehr als doppelt so langen Zeitraum vorher, als von einer Brücke noch nicht die Rede war.

In der ersten Zeit ihres Bestehens spielte sie eine wichtige Rolle für den zunehmenden Fernhandel in Ost-West-Richtung, welcher die traditionelle Nord-Süd-Richtung des Handelsverkehrs ergänzte.

Brücken als Machtmittel

Der Handelsverkehr gab aber nicht den Anlaß zum Bau einer Brücke. Lokale, vor allem kriegerische Interessen standen im Vordergrund. Danach erst profitierte auch der Handel davon. Später aber bezog die europäische Machtpolitik den Rheinpaß und den Besitz der Brücke als Kriegsinstrument in ihr Kalkül ein. Die Geschichte hat ihr diese Rolle zugeordnet. In allen Kriegen, die sich am Oberrhein abgespielt haben, wurde sie heiß umkämpft. Oft zerstört, wurde sie wieder aufgebaut — die Eisenbahnbrücke zuletzt 1956, die Straßenbrücke 1960 als Europabrücke.

Die Brücke hat für Straßburg zwar stets eine wichtige Rolle gespielt; für Kehl aber bildete sie die Existenzgrundlage, wurde sie zum Schicksal dieser Stadt. An dieser Nahtstelle, diesem Berührungspunkt beider Völker, läßt sich der Zustand der deutsch-französischen, viel zu oft kriegerischen Beziehungen ablesen.

Die längste Zeit unverändert, blieb in ihrem äußeren Bild die Brücke als technischer Bau. Holz war und blieb seit dem Mittelalter das stets verfügbare bewährte Baumaterial für die Straßenbrücke als Jochbrücke, für die Schiffbrücke bis ins späte 19. Jahrhundert. Eisen und Stahl lösten das Holz ab beim Bau der Eisenbahnbrücke 1861 und der Straßenbrücke 1897. Für Ersatzbauten in drei Kriegen griff man wieder zur Holzkonstruktion.

Ob Straßburg als Freie Reichsstadt das eigene Schicksal bestimmte oder zunehmend zum Objekt von fernen Machtzentren gesteuerter Politik wurde —

Kehl, vor den Toren dieser Stadt gelegen, hatte so oder so keinen Entscheidungsspielraum. Der Ort war Brückenkopf, französische, badische oder Reichs-Festung und Garnisonsstadt, solange der Rheinübergang und solange Festungen in Kriegen eine Rolle spielten. Ohne Straßburg gäbe es die Rheinbrücke nicht. Ohne die Rheinbrücke gäbe es Kehl nicht. Und die Geschichte hätte den Ort längst ausgelöscht, gäbe es die Beharrlichkeit seiner Bewohner nicht, immer wieder an diese Stelle zurückzukehren.

Es geht hier um die Geschichte einer Brücke, eines technischen Bauwerks, das die verschiedensten Zwecke erfüllen kann, als soziales, als Kommunikationsmittel, als Mittler für Handel und Verkehr, auch als Kriegsgerät — in unserem Fall am häufigsten. Heute dient sie als Instrument des Verkehrs im lokalen, regionalen und internationalen Rahmen. Der heutige Blickwinkel genügt aber nicht, die Geschichte der Brücke verständlich zu machen. Wesentlich andere Kräfte haben diese Geschichte bestimmt.

Aus der Gründung eines Militärlagers an der römischen Rheingrenze vor 2000 Jahren ergab sich später die Notwendigkeit, zu der nach Osten vorverlegten Limesbefestigung eine Verbindung durch das eroberte Dekumateland herzustellen. Achteinhalb Jahrzehnte nach Gründung Argentorates hat Cn. Pinarius Cornelius Clemens in zweijähriger Campagne mit Teilen der VII., VIII., XI. und XIV. Legion die Straßenverbindung geschaffen. Unvorstellbar wäre sie ohne Mittel zur sicheren und schnellen Überquerung des Rheins. Ob allein die römische Schifferzunft der Nautae diese Aufgabe erfüllen konnte, ist fraglich. Eher ist anzunehmen, daß, wie bei Kaiseraugst (Augusta Raurica) und Kembs (Cambete) hier eine Brücke bestanden hat, wofür auch archäologische Argumente sprechen.

In den langen folgenden Jahrhunderten gab es keinen Anlaß, hier eine Brücke zu bauen wie 1225 in Basel. Zwar gab es im mittelalterlichen Frankreich religiöse Brückenbruderschaften. Sie bauten und unterhielten Brücken, die in den Jahrhunderten der großen Pilgerströme nicht nur lokale sondern erstmals gerade europäische Aufgaben zu erfüllen hatten. Auch Roms Brücken standen unter dem Schutz der Götter, der Pontifex sorgte für Bau und Unterhaltung. Kriegerische Normanneneinfälle veranlaßten Karl den Großen, im Westfrankenreich Brücken zu bauen. Aber solche Aufgaben stellten sich am Oberrhein nicht.

Weitsichtige Investitionen

Erst im 14. Jahrhundert erwachte in Straßburg das Interesse daran, über eine eigene Rheinbrücke verfügen zu können. Macht, Geld und technische Mittel setzten eine Stadt wie Straßburg jetzt in die Lage, solche Leistung zu erbringen.

Nach dem Verfall der Stauferherrschaft hatten die zu Macht und Reichtum gelangten Reichsstädte um ihre Existenz zu kämpfen. Straßburg schüttelte 1262 die Herrschaft des Bischofs ab. Die Sicherheit wurde erneut im 14. Jahrhundert bedroht durch die Bischöfe, ihre fürstliche Verwandtschaft und andere Fürsten am Oberrhein. Bei solchen Fehden wurde gegen die Herren von Geroldseck nach Eroberung der Burg Schwanau 1333, gegen die Herren von Windeck 1370, gegen die Burgen Schuttern und Hornberg für Überraschungsangriffe Schiffbrücken über den Rhein geschlagen und auf dem Rückzug ebenso schnell abgebaut. Die Stadt, die den Münsterbau bis fast zur Höhe der Plattform gebracht hatte, mußte ihre großen finanziellen und technischen Mittel gegen Gefährdung von außen und zur Stärkung des Handels einsetzen und baute 1388 die erste feste Brücke über den Rhein, für Jahrhunderte die einzige zwischen dem Meer und der Basler Brücke. Die Stadt hatte sich zu wehren gegen die Markgrafen von Baden, die Herren von Lichtenberg und andere, nicht zuletzt wieder gegen den Bischof. Straßburg hatte keinen leichten Stand und fiel in die Reichsacht. Im Achtkrieg wurde 1392 vergeblich versucht, mit Geschützen und Brandschiffen die Brücke zu zerstören. Noch bis zur Reformation wurde regelmäßig die Bruckmesse gelesen zum Gedenken an die vergeblichen Angriffe Bischof Friedrichs von Blankenheim auf die Brücke. Auf beiden Brückenenden errichtete die Stadt Zollhäuser, eine Fallbrücke wurde eingebaut. In jener an technischen Neuerungen reichen Epoche (in der die mechanische Uhr erfunden wurde) nutzte man den Brückenbau zugleich zur Gewinnung von Energie aus dem Rhein. Wie Specklin berichtet, wurde 1392 hier die erste Schiffmühle bei der Rheinbrücke gebaut. Sie mahlte Getreide für die armen Bürger der Stadt. Tretmühlen waren noch die Regel. Die bischöflichen Ansprüche aus den bisher betriebenen Fähren, auch die der drei Fährgesellschaften (von denen die Ihringheimer Fähre bereits 1380 vom Hochwasser vertrieben worden war), wurden von der Stadt abgegolten. Vom Kaiser ließ sie sich nach ausführlicher Begründung des Baus und Zahlung von 3000 Gulden vom Bann befreien und sich 1393 die vorgeschlagene Brückenzollordnung genehmigen und sich das Eigentum an der Brücke als im Reichsinteresse stehend auf alle Ewigkeit bestätigen. Dabei sicherte sich König Wenzel selbst freien Gebrauch der Brücke. Auch im Elsaß selbst gefährdeten herumziehende Armagnaken während des 100jährigen Krieges die Sicherheit: die in Richtung Rheinbrücke am Rheingießen gelegene Krutenau wurde bald mit einer neuen Stadtmauer geschützt. Hier hatte die stärkste Zunft, die Schifferzunft, ihr Quartier. Sie war lebenswichtig für die Aufrechterhaltung der Handelsschifffahrt. Unmittelbar mit dem Brückenbau hing weiter die Ausdehnung der Straßburger Interessen auf das Gebiet rechts des Rheins zusammen. Die Stadt erwarb Ettenheim im Jahre 1401, übernahm als Pfandherr die bischöfliche Burg Fürsteneck am Eingang zum Renchtal 1405, und Kenzingen kam an Straßburg 1424. Zugleich gewährte Kaiser Sigismund der Stadt das Stapelrecht. Immer wichtiger wurde die Brücke. Der vor 1443 für ihren Unterhalt zuständige Stadtlohn herr verfügte ab 1446 über bedeutende Haushaltsmittel, und von

1451 an wurde eigens ein städtischer Rheinbrückenlohnherr ernannt, dessen Amt bis ins 17. Jahrhundert bestand.

Der Aufwand für Bau und Unterhaltung der Brücke hatte sich als weitsichtige Investition erwiesen, die der Sicherheit, dem Handel und dem Wohlstand der Stadt zugute kamen. Die älteste, von J. Enoch Meyer gezeichnete Darstellung zeigt die Brücke um 1570 mit einer Länge von 700 Metern. Zwar blieb sie in jener Zeit von Angriffen verschont, die Furcht davor jedoch blieb. 1575 durfte kein Fremder in Straßburg Waffen tragen, nur Reichsangehörigen war das erlaubt. Doch andere Mächte blickten aufmerksam zum Oberrhein.

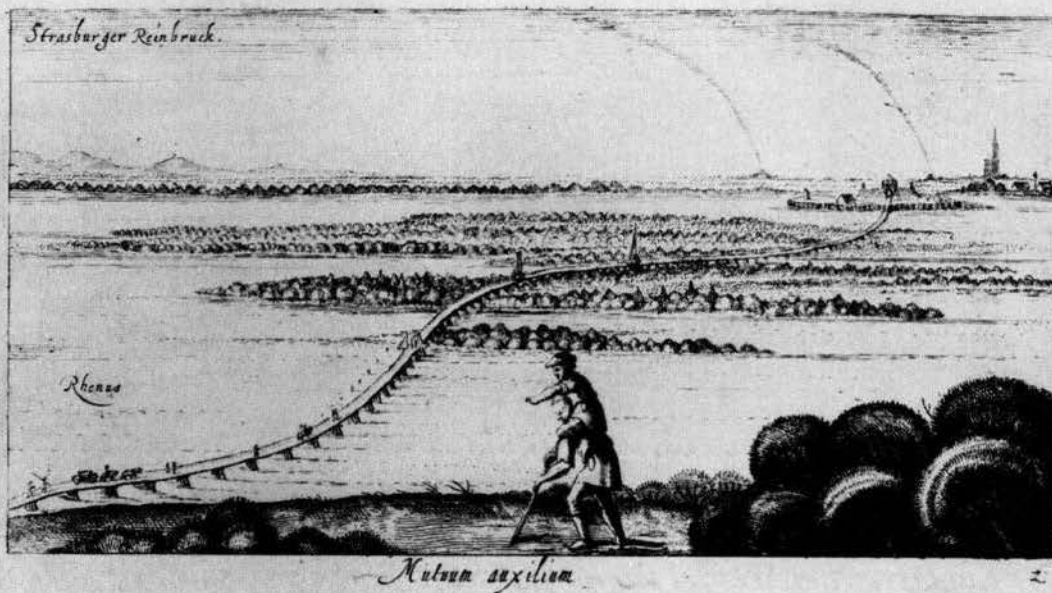
Riskante Neutralität

1551/1557 war die Ortenau als Pfand an Österreich gelangt, wie vorher der Breisgau und Teile des Elsaß gehörte sie nun zu Vorderösterreich. Also ließ der Statthalter der Vorlande Erzherzog Ferdinand in Innsbruck das gesamte Gebiet kartographisch aufnehmen. Auf Rat des Lazarus von Schwendi ging der Auftrag an den Straßburger Baumeister Daniel Specklin. Er fertigte die sogenannte Elsaßkarte von 1576 an, eine Art Militärmkarte. Eingezeichnet sind feste Städte, Burgen, Ruinen und unter den Brücken unübersehbar die Rheinbrücke. Hier sollten künftig die Interessen Habsburgs und Frankreichs zusammenstoßen.

1606 begründete die Stadt Straßburg eine Forderung beim Kaiser nach Brückengelderhöhung mit ihrer Eigenschaft als Frontstadt. Die Gelder deckten längst nicht mehr die Unterhaltungskosten für die mit 66 Jochen 1000 Meter lange Rheinbrücke. Der wechselnde Verlauf der Rheinarme verlangte immer neue Anpassung. Wenig später, 1621, wuchs die Brücke auf 87 Joche mit 1400 Metern. Mit der größten je erreichten Länge führte sie in ausholender S-Biegung über den Rhein mit seinen Armen und Inseln. Damals wurde als Zoller nur noch angestellt, wer lesen und schreiben konnte. Die Brücke diente nicht mehr nur den Wirtschaftsinteressen der Stadt. Mehr und mehr spielten politische Rücksichten eine Rolle, und bald erhielten strategische Überlegungen Vorrang. In der Macht der Stadt lag es (noch), die Brücke für den Übergang freizugeben oder nicht. Sie mußte sich über die Folgen im klaren sein, die immer schwerer einzuschätzen und zu verantworten waren.

Nach Ausbruch des Krieges, der dreißig Jahre lang die Länder verwüsten sollte, wurde 1619 das Dorf Kehl von der Stadt umschant.

Bei der Nachricht, der König von Frankreich wolle Metz belagern, wurde im Straßburger Rat erwogen, „ob man nicht mehr Volks annehmen, Fähnlein errichten, die Trommel öffentlich rühren wolle“. Die Rheinbrücke sollte besonders bewacht werden.



Die Lange Bruck (Jan van der Heyden 1613)

Unter dem Bild der Langen Bruck steht die Devise „Mutuum Auxilium“ oder „Einer trage des anderen Last“ in den Worten des Neuen Testaments. Sie galt für jede mittelalterliche Brücke — Brückenbau war ein Akt der Nächstenliebe. Die Brücke bewahrte den Benutzer vor Gefahren und brauchte selber Schutz.

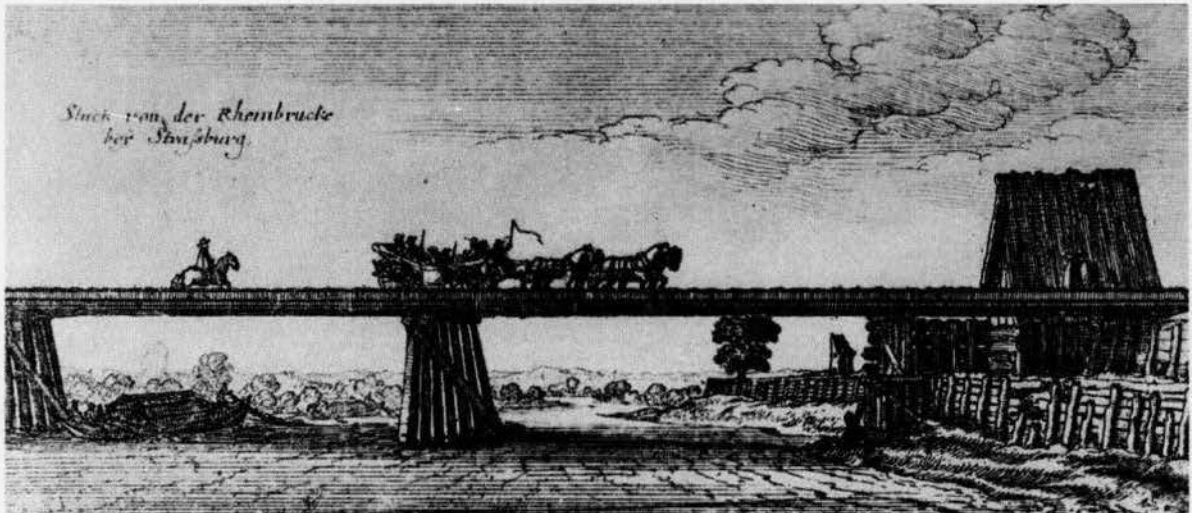
Auf Rat des württembergischen Bundesgenossen wurde am 1. März 1622 die Anlage einer neuen Schanze bei der Kehler Brücke genehmigt, 300 Mann aus Württemberg lagen zur Unterstützung der Straßburger Söldner in der Kehler Schanze, und im Juli 1622 wird darüber geklagt, daß so viele Straßburger Bürger über die Brücke kämen und den Soldaten ihre geraubten Sachen abkauften.

Der aus Schweinfurt stammende schwedische Generalquartiermeister Morschhäuser leitete die Schanzarbeiten in Kehl 1634.

Im September rückten kaiserliche Truppen von Willstätt aus gegen Kehl und setzten der fliehenden schwedischen Reiterei über die Brücke nach. Die Straßburger brachen das letzte Joch ab, und es entstand ein Blutbad unter den Schweden. Von den Kaiserlichen wurde Kehl eingenommen und verwüstet, bis am folgenden Tag Schweden und Straßburger das Dorf wieder besetzten.

Damals flüchtete aus dem schon von den Schweden zerstörten Willstätt der Dichter und spätere Amtmann Johann Michael Moscherosch mit seiner Familie ins sichere Straßburg, das sich, zwischen Frankreich und Habsburg geraten, 1635 für neutral erklärte.

1641 nahmen wieder kaiserliche Truppen unter dem Markgrafen Wilhelm von Baden Kehl ein, jedoch ohne Brandschatzung. General d'Oysonville fuhr 1641



Das Zollhaus mit den Fallbrücken und der Brückenwache für die geländerlose „Rheinbruck“, damals mit einer Länge von tausend Metern, zeichnete der Prager Kupferstecher Wenzel Hollar auf seiner Reise von Stuttgart über Straßburg nach Köln 1629/1630.

von Breisach aus mit französischen Truppen, Geschützen und Sturmzeug auf dem Rhein nach Kehl, um die Schanzen einzunehmen. Mit zwei Geschützen auf der Brücke zwang die badische Besatzung die Angreifer zur Umkehr.

Immer wieder drehte sich alles um den Rheinübergang. Dem Grafen Ernst von Mansfeld hatte die Stadt 1621/1622 den Übergang verweigert, ebenso seinem Gegner, dem Bischof Leopold von Habsburg. Sie verhielt sich neutral gegen beide Parteien, hielt dies aber nicht durch. Sie öffnete die Brücke 1630 den Schweden, nicht jedoch den Franzosen. Heerführer, denen sie den Übergang verweigerte, legten eigene Schiffbrücken an anderer Stelle über den Rhein. 1671 baute die Stadt die Zollschanze zur Sternschanze aus und errichtete zur Erhöhung der Sicherheit zwei Blockhäuser auf der Brücke.

Aber 1672, als der Holländische Krieg ausbrach, kümmerte sich Condé nicht mehr um Straßburgs Neutralität. Von Breisach aus schickte er Truppen, die die Brücke verbrannten, um den kaiserlichen Truppen den Weg nach Straßburg abzusperren. Dem Wiederaufbau widersetzte sich Frankreich, nur ein schmaler Steg wurde erlaubt. Später, als der Kaiser den Übergang verlangte, stellte die Stadt die Brücke vollständig wieder her. 1674 zog der Große Kurfürst von Brandenburg über die Brücke nach Straßburg. Turenne und Montecuccoli wichen auf Schiffbrücken aus.

1676 forderte daher Frankreich die Zerstörung der Brücke, und Marschall Créqui nahm sie mit Gewalt, zerstörte sie wie das befestigte Kehl. Dieser Ort wurde im Frieden von Nijmegen Frankreich zugesprochen. Straßburg bekam die Brücke zurück. Sie wurde nach der Kapitulation der Stadt 1681 Bestandteil der neuen Festung Straßburg-Kehl, deren Bau Vauban sofort begann.

In seiner Denkschrift zum Straßburger Festungsprojekt von 1681 hat Vauban die Bedeutung der Rheinbrücke hervorgehoben, die vor der Kapitulation der Stadt von den Franzosen zerstört worden war. Sie hatte 1462 Meter Länge, war von einer Sternschanze am Westufer, einem kleinen Fort mit vier Bastionen in der Mitte und einer guten, aber unregelmäßig angelegten Bastion aus Erdwällen, die aber im letzten Krieg geschleift wurden, auf der östlichen Seite geschützt. Die Brücke, die einzige zwischen Basel und Mainz, soll gut gesichert werden durch Forts an beiden Enden und in der Mitte.

Die Vorteile, die die Brücke bietet: große und kleine Heere lassen sich nach Bedarf über den Rhein bringen, um auf der gegnerischen Seite Krieg zu führen, ohne daß der Feind das gleiche tun kann, und dies unabhängig von der Stadt, d. h. ohne ihre Beteiligung und ohne ihre Kenntnis. Der einzige Nachteil, daß die Brücke nicht in französischer Hand ist.

Am 24. Oktober 1681 inspizierte Ludwig XIV. die Brücke und das für den Festungsbau bestimmte Gelände in Kehl.

Die neue Zitadelle bewachte und schützte die Stadt Straßburg. Den nach Osten über den Rhein vorgeschobenen Brückenkopf bildete Kehl. Den Schutz der Brücke verstärkten zwei Befestigungen gegenüber (Rheinfort, Fort du Rhin) und rheinabwärts (Fort des Isles), die 1697 wieder geschleift wurden. Nach Fertigstellung der Festungsanlagen einigten sich Kaiser Leopold I. und König Ludwig XIV. 1684 darüber, daß Kehl mit dem Festungsterrain zwanzig Jahre lang dem König von Frankreich gehören sollte, nämlich das 56 Hektar große Gelände der späteren Stadt Kehl.

Nach dem Pfälzischen Erbfolgekrieg kam die Festung Kehl 1697 wieder an Baden. Sie wurde mit Philippsburg zur Reichsfeste erklärt.

Zu Beginn des Spanischen Erbfolgekriegs 1701 zerstörte Markgraf Ludwig von Baden, der Türkenlouis, die Brücke. Die Franzosen behielten sich mit Schiffbrücken und eroberten Kehl zurück.

Das Bild der Rheinbrücke ist in dem 1725 bis 1728 von François La Devèze in Straßburg hergestellten Stadtmodell festgehalten: feste Brückenteile wechseln mit Schiffbrücken ab. Noch einmal spielte sie 1733 militärisch eine Rolle im Polnischen Erbfolgekrieg bei der Eroberung Kehls durch Marschall Berwick das vier Jahre von den Franzosen besetzt wurde.

Ruhe am Oberrhein

Nun kehrte Ruhe am Oberrhein ein. Frankreich war an die Seite seines alten Rivalen Österreich getreten. Friedliche Reisende passierten die Rheinbrücke, so 1740 der junge Preußenkönig incognito als Graf Dufour, 1753 der von seinem früheren Gönner aus Potsdam geflüchtete Voltaire, 1770 der angehende

Student Goethe, der die Ankunft der künftigen französischen Königin Marie-Antoinette erlebte. Nach der letzten Übernachtung im Kloster Schuttern fuhr sie über die neu gebaute „Dauphine-Straße“ von Altenheim nach Kehl in ihrer Glaskarosse und wurde auf einer Rheininsel zwischen den beiden Brücken von den Abgesandten ihres Gemahls empfangen. Über die hier in dem Empfangsgebäude aufgehängten Wirkteppiche empörte sich laut der junge Goethe. In der dargestellten Geschichte von Jason, Medea und Kreusa sah er bereits eine schlimme Vorbedeutung und erinnert sich in „Dichtung und Wahrheit“, Zeuge eines solchen Verbrechens gegen Geschmack und Gefühl einer jungen Königin bei dem ersten Schritt in ihr Land gewesen zu sein.

Militärische Gesichtspunkte traten in den Hintergrund. Viele Familien siedelten nach Kehl über. Die Auswanderung über den Rhein wurde sogar bestraft.

Die Brücke hatte damals eine Breite von 5,20 m und bestand aus zwei Teilen. Beaumarchais hat sie oft benutzt. Im Dezember 1780 hat er in der leerstehenden Festung Kehl das Gouvernementsgebäude übernommen und hier die Société littéraire et typographique eingerichtet, um die Gesamtausgabe der Werke Voltaires und die anderer Encyklopädisten zu drucken. 1774 war Kehl zur Stadt erhoben worden auf Anregung des französischen Advokaten Rochebrune, der, zum badischen Geheimen Legationsrat ernannt, in Kehl lebte (er hatte den königlichen Prätor Klinglin vor Gericht verteidigt). Neue Baupläne zur Erweiterung der Stadt bis an die Festungswälle wurden in Karlsruhe erarbeitet, auf denen blühende Gärten mit schöner Rheinaussicht entstanden waren. Ein Unternehmer eröffnete ein Leihhaus, und zwar wurde es gebaut „nicht in ganz unmittelbarer Nähe der Rheinbrücke, so daß die Straßburger möglichst ungesehen zum Leihhaus kämen“. Auch die Graphikerfamilie Guérin lebte in Kehl, wo der Sohn Gabriel Christophe 1790 geboren wurde. Von ihm stammt das Bild Schwilgués am Gewichtskasten der Münsteruhr.

Beaumarchais hütete nicht nur die wertvollen Manuskripte wie seinen Augapfel, sondern ebenso die wertvollen aus England beschafften schönen Baskerville-Lettern. In einem Augenblick der Unsicherheit brachte er sie im Mai 1785 bei einem Straßburger Bankier unter, holte sie dann auf dem gleichen Weg über die Rheinbrücke wieder zurück. Danach aber mußte er feststellen, daß aus einer der Kisten 347 seiner kostbaren Baskerville-Lettern verlorengangen waren.

Ohne den freien Zugang über die Brücke hätte er seine Druckerei nicht in so großem Maßstab betreiben können.

In Arches bei Epinal stand die Papiermühle, von der er sein Druckpapier bezog. Der Standort Kehl erleichterte den Absatz seiner Druckerzeugnisse, solange die Zollgrenze westlich von Straßburg verlief. Auch andere Druckereien ließen sich in Kehl nieder. Erst 1789, als die Grenze an den Rhein verlegt wurde, zog Beaumarchais mit seiner Druckerei nach Paris. Kardinal Rohan verließ

Straßburg in umgekehrter Richtung und verlegte seinen Bischofssitz 1790 über den Rhein nach Ettenheim.

Die Französische Revolution machte die Brücke, die nun Gegner trennte, zum Kriegsinstrument, das seine größte Bedeutung während der napoleonischen Kriege erhielt.

Die Brücke trennt

Zum Passieren der Brücke brauchte man einen Paß.

Der Verkehr nach Kehl war überwacht und eingeschränkt worden aus Furcht vor Überfällen der Condéschen und Mirabeauschen Emigrantentruppen auf der rechten Seite des Rheins. Transporte von Fluchtgeldern der Emigranten wollte man unterbinden, ebenso ihre Propaganda und Nachrichten überhaupt. Noch beschränkte sich die Revolution auf Frankreich. Doch bald fraß sie, während der Schreckensherrschaft, ihre eigenen Kinder.

Der 1722 als Nikolaus Graf Luckner in Cham, Oberpfalz, geborene Marschall Nicolas de Luckner war 1763 in die französische Armee eingetreten und jetzt Kommandeur der Truppen im Elsaß. Am 31. Januar 1792 war er von Straßburg mit Begleitung über die Schiffbrücke geritten und hatte (im Rausch, wie der Markgraf Carl Friedrich von Baden meinte) gegen die badischen Zustände gewettert, das arme Volk bedauert, das von den großen und kleinen Beamten so gedrückt und geschunden wird. „Wir wollen ihm helfen und unsere Brüder erlösen, das arme Volk, le pauvre peuple . . . Auf den ersten Schuß, der in Deutschland geschieht, gehe ich hinüber mit 100000 Mann . . .“

Der ihn anhörende badische Offizier in Kehl versicherte, daß alles ruhig sei in Kehl, daß man sich auch bemühe, alles zu vermeiden, was den Nachbarn Anlaß zum Mißvergnügen geben könnte, daß auch keine Werbung, auch keine Uniform oder die weiße Kokarde geduldet wird, obzwar man die französische National-Uniform, in der täglich viele Straßburger nach Kehl kämen, dulde.

Dann erschien er wieder am 2. Februar, mit ihm der erste Maire von Straßburg, Philippe Frédéric de Dietrich, um auf der Brücke, genau auf der Grenze (dem Talweg), ein Schilderhaus aufstellen zu lassen.

Später wurde de Dietrich als Emigrant verhaftet, 1793 guillotiniert, ebenso wie der zweiundsiebzigjährige Luckner am 3. Januar 1794. Ihm hatte noch zwei Jahre zuvor Rouget de l'Isle den „Chant de guerre pour l'armée du Rhin“ gewidmet, die der Komponist im Haus de Dietrichs erstmals vortrug. Luckner war übrigens der Urgroßvater des 1881 geborenen Felix Graf Luckner, des „Seeteufel“ aus dem 1. Weltkrieg.

Überrascht wurde Kehl am 12. September 1793. Revolutionstruppen beschossen die Stadt zur Ablenkung vor einem Angriff General Moreaus auf die Pfalz.

Während des Bombardements wurde ein Teil der Brücke von Soldaten des Schwäbischen Regiments in Kehl abgebrochen, sieben Joche waren verbrannt.

In der Nacht vom 24. zum 25. Juni 1796 hatte General Moreau südlich von Kehl seine Truppen auf Kähnen und über eine Schiffbrücke übergesetzt und die Festung eingenommen. General Desaix verteidigte mit 35 000 Mann. Sie wurde am 18. September von den Österreichern zurückerobert, ohne sich die Brücke zu sichern. Am selben Tag konnte daher General von Schauenburg über die intakt gebliebene Schiffbrücke mit der Straßburger Nationalgarde Entsatz bringen und helfen, die 6 000 Österreicher unter General Petrasch wieder aus der Festung hinauszuerwerfen. Der Straßburger Maler Benjamin Zix war dabei. Er hat als Augenzeuge den Entsatzangriff, die mehrfach unterbrochene alte feste Brücke und die benutzte Schiffbrücke sowie das Festungstor dargestellt. Auf einem danach von J.G. Gerhardt gezeichneten Bild ist manches abweichend wiedergegeben.

Die unter General Desaix verstärkte und verteidigte Festung wurde von Erzherzog Karl belagert, die Stadt Kehl durch Beschuß fast ganz zerstört. Dabei gelang es nicht, die Schiffbrücke durch Brandschiffe zu sprengen und zu verbrennen. Wie der Gerichtsschultheiß J.G. Zuflucht aus Kork berichtet, hatten Zimmerleute in Marlen und Eckartsweier eine von dem Kaufmann Burk aus Offenburg erfundene Maschine gebaut, ein Holzfloß, „worauf viele gefährliche Geschütze angebracht“.

Eine weitere Schiffbrücke wurde durch Beschuß zerstört. Nach 50tägiger Belagerung gab Desaix die Festung auf. Ihm wurde freier Abzug gewährt, und er stand neben dem Erzherzog am 10. Januar 1797 auf der wiederhergestellten Rheinbrücke, über die die Besatzung mit ihren Geschützen ab 16 Uhr nach Straßburg zurückkehrte. Unter militärischem Zeremoniell und klingendem Spiel lösten österreichische Grenadiere die französische Festungswache ab. Zahlreiche Zuschauer aus Straßburg und der Umgebung Kehls sahen dem Schauspiel zu, das die schwere Kriegszeit beschloß. Viele Kehler Einwohner hatten sich nach Straßburg geflüchtet, doch durften sie noch nicht über den Rhein zurückkommen. Insgesamt 400 Flüchtlinge erwarteten die Erlaubnis. Ab 20. März zogen sie von Straßburg zum Rheinufer mit ihrer Habe auf Karren, auf dem Kopf oder Rücken. Unter österreichischer Kontrolle setzten sie auf Schiffen über den Rhein nach Kehl über. An die 160 blieben hier, 76 Einwohner kehrten wieder um.

Bei einem neuen Vorstoß auf die rechte Rheinseite im April 1797 schlug General Moreau bei Diersheim eine Schiffbrücke über den Fluß. Zum Aufbau einer Verteidigungsstellung bei Auenheim wurden aus dem Arsenal im September 100 Kanonen über die Kehler Brücke transportiert.

Nach dem Friedensschluß von Campo Formio aus dem Hauptquartier von Mailand kommend, hatte der 28jährige General Bonaparte vom 25. November

1797 an als Leiter der französischen Delegation an den Friedensverhandlungen in Rastatt teilgenommen. Schon am 2. Dezember kehrte er über Kehl und Straßburg nach Paris zurück. Die Rheinbrücke passierten im übernächsten Jahr auf dem gleichen Weg nach dem Abbruch der Verhandlungen die Überlebenden, die dem Rastatter Gesandtenmord am 28. April 1799 entgangen waren.

Zu Beginn des 2. Koalitionskrieges überschritt bei Kehl auf Schiffbrücken der General St. Cyr den Rhein am 2. März 1799 und nach ihm General Moreau und General Sainte Suzanne am 25. April 1800. Gemäß Vertragsschluß von Lunéville wurde das Fort Kehl am 26. Juni 1801 wieder von französischen Truppen übernommen.

Als Napoleon im März 1804 Komplote und Attentate der Emigranten befürchtete, zogen 300 Reiter über die Rheinbrücke nach Offenburg, um Emigranten zu fangen und sie in der Straßburger Zitadelle abzuliefern. Wenige Tage danach ließ er den Condé-Nachkommen Herzog von Enghien im Handstreich aus Ettenheim über Kappel und Straßburg nach Vincennes entführen.

Der Bau einer festen Brücke sollte nun den Rheinübergang sicherer machen und die Schiffbrücke ablösen.

Schon 1801 hatte die Stadt den Präfekten darauf hingewiesen, daß von der 1796/97 zerstörten alten Brücke nur noch die beschädigten Pfosten von 14 der 31 Joche vorhanden waren, und den Bau einer neuen Brücke vorgeschlagen, wofür die Regierung Baumaterial liefern sollte. Am 18. März 1803 fiel die Entscheidung. In einem Konsulardekret übernahm die Regierung diese Aufgabe im Hinblick auf den militärischen und wirtschaftlichen Nutzen der Rheinbrücke an der neuen französischen Grenze. Im Herbst erschien der Chef der Ponts et Chaussées Cretet, um den Standort festzulegen, und der Ingenieur des Departements Kastner fertigte den Bauplan, der im Februar 1804 in Paris angenommen wurde. Am Krönungstag Napoleons, dem 2. Dezember 1804 wurde feierlich am linken Widerlager mit dem Brückenbau begonnen. Von September 1805 bis 26. Mai 1806 ließ Napoleon die Arbeit an der Brücke unterbrechen; er fürchtete, sie sei nicht sicher genug gegen Artilleriebeschuß. Ausgeführt wurde der Bau vom Straßburger Zimmermeister Osterried, er verwendete Tannenstämme als Pfosten und Eichenbalken für den Oberbau.

Allianzen — Heiraten — Triumphbögen

In dem ereignisreichen Jahr 1805 fiel daher der Schiffbrücke eine besondere Rolle zu. Während die künftige Napoleonsbrücke noch unfertig dastand, wickelten sich die Vorbereitungen zum 3. Koalitionskrieg über die alte Schiffbrücke ab. Nach dem Angriff Österreichs auf Bayern am 7. September brach Napoleon das Lager bei Boulogne ab und hielt sich vom 26. September bis

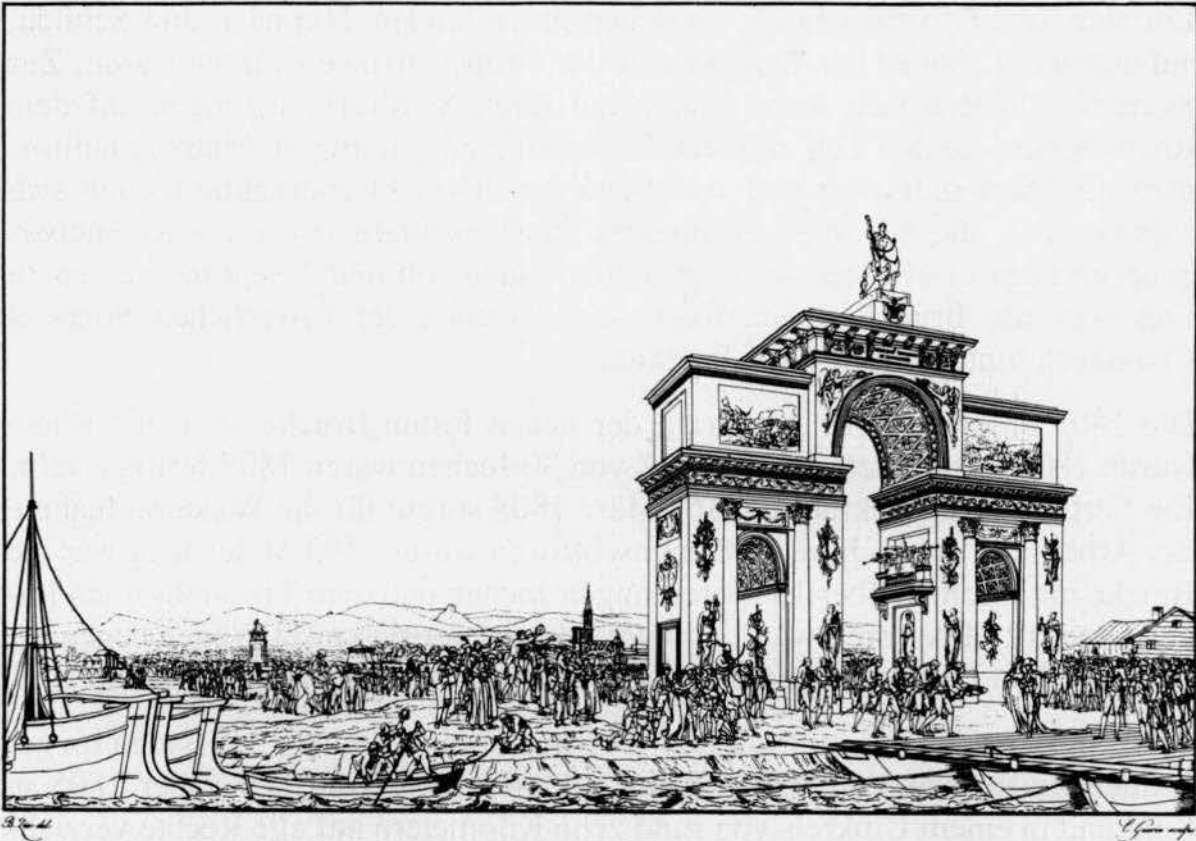
1. Oktober 1805 in Begleitung von Josephine in Straßburg auf, um den Feldzug vorzubereiten. Die wichtigsten Daten enthält der Tagesbefehl der Armee vom 7. Oktober aus Nördlingen. Danach überschritt am 25. September das Corps Lannes den Rhein in Richtung Ludwigsburg, ebenfalls Murat mit der Kavalleriereserve in Richtung Schwarzwald. Am 30. September zog der Armee-Troß nach Heilbronn, und am 1. Oktober reiste Napoleon nach Ettlingen, um den Markgrafen von Baden, und dann nach Ludwigsburg, um den Großherzog von Württemberg für seine Allianzpläne und Heiratsprojekte zu gewinnen. Dabei erhob er den Markgrafen zum Großherzog und den Großherzog zum König.

In jenen Straßburger Herbsttagen hatte er zu Pferd den Übergang der Truppen über den Rhein beobachtet, die Division Gazan in Kehl besichtigt und am 30. September eine Ansprache an die Armee gerichtet, die den Rhein überschritten hatte.

Noch am Abreisetag, dem 1. Oktober, empfing er den ihm noch unbekanntem Karl Ludwig Schulmeister aus Neu-Freistett (seit 1797 in Straßburg wohnend), der, aus dem Departement ausgewiesen, erst in Baden gesucht werden mußte. Napoleon stimmte den bisher für den österreichischen General Mack in Ulm tätigen Spion um und schickte ihn am gleichen Tage im eigenen Auftrag über den Rhein nach Ulm, wo er mit einer Mischung von wahren und falschen Informationen den General so verunsicherte, daß er sich zur Kapitulation entschloß. Gefangene strömten nach Frankreich, Österreicher passierten die Rheinbrücke im November, preußische Gefangene mit vielen Kranken im Januar.

Der Sieger von Ulm, Elchingen und Austerlitz kehrte zusammen mit der Kaiserin zurück und zog am 22. Januar 1806 durch das ihm errichtete Triumphtor in Straßburg ein, um den Sieg zu feiern, wie in der Festschrift geschildert wird, die Benjamin Zix illustrierte.

Der Torbogen trug am Ende der Schiffbrücke auf der Straßburger Seite in dreißig Meter Höhe die überlebensgroße Reiterstatue Napoleons mit den kaiserlichen und königlichen Insignien über der Begrüßungsinschrift „Napoleon, vainqueur et pacificateur, la ville de Strasbourg heureuse et reconnaissante“. Über dem Hauptbogen krönten Genien den Helden und verkündeten seine Siege, die in vier Reliefs über den Seitentoren vorgeführt wurden: nach Westen die Einnahme der Brücke von Lodi und die Schlacht von Marengo, nach der Kehler Seite der Übergang über die Donau und die Schlacht von Austerlitz. Beiderseits der korinthischen Säulen an den Seitentoren waren Siegestrophäen und Embleme von Kunst und Handel angebracht, ebenso innen an den Torgewänden. Ringsum an den Torpfeilern symbolisierten Gewandfiguren Hoffnung, Kraft, öffentliches Wohl, Recht, Kunst und Überfluß. Der Hauptbogen bot innen Platz für Fanfarenbläser. Der Torbau war bemalt mit Imitationen



Am Ende der Schiffbrücke errichtete die Stadt Straßburg dem 1806 von Austerlitz heimkehrenden Kaiser ein Siegestor, entworfen von dem Stadtarchitekten Boudhors und ausgeschmückt von dem Maler Benjamin Zix, bestehend aus Holz und Leinwand. Durch ähnliche Ehrentore war Napoleon bereits auf dem Weg durch Württemberg gezogen. Mit dem Bau steinerner Triumphbögen wurde im gleichen Jahr in Paris begonnen.

von ägyptischem Granit für den Sockel, von rotem Jaspis für die Säulen und von vergoldeter Bronze für ihre Basen und Kapitelle, von grünem Marmor für die Ecksteine und von wieder anderem für die übrigen Flächen. Die Statuen und Reliefs aus weißem Marmor hatte Benjamin Zix als Trompe l'œil in Grisaille-Malerei dargestellt.

Kaiser Konstantins Siegestor oder der Bogen des Septimus Severus hatten als Vorwurf gedient auch für die Dekorationsentwürfe des Malers Benjamin Zix. Er war bereits beteiligt an dem vom Stadtarchitekten Boudhors beim Zaberner Tor errichteten Triumphbogen zum Einzug Napoleons am 26. September. Ähnliche Tore ebenfalls aus Holz und bemalter Leinwand waren zu Beginn des Jahres auf dem Weg des siegreichen Heerführers durch Württemberg errichtet worden. In Kehl angekommen, zog das kaiserliche Paar gegen 18 Uhr über die festlich geschmückte Schiffbrücke unter den Blicken vieler Zuschauer auf den Kehler Festungswällen, auf dem Glacis davor, auf der Landstraße und auf den 1805 neu erbauten Festungsanlagen. Feuer brannten auf der Brücke und auf den Feldern. Die Brücke trug den Schmuck von Girlanden aus Eichen-,

Lorbeer- und Olivenzweigen; zwischen ihnen hingen Trophäen und Schilde, auf denen die Namen der Truppenteile der Großen Armee zu lesen waren. Zur Sicherheit hielten sich sechs Kähne mit ihren Schifferbesatzungen auf dem Rhein bereit, die den Zug aufmerksam verfolgten. Sie trugen Matrosenuniformen, die Nationalfarben und rote Schärpen. Drei Fischerkähne hielten sich einsatzbereit, die mit ihren erfahrenen Steuermännern zuvor die Rheinüberquerung in zwei Minuten trainiert hatten. Napoleon und Josephine gingen zu Fuß über die Brücke. Ihnen folgte eine Gruppe der kaiserlichen Ponts et Chaussées hinter ihrem Chef-Ingenieur.

Die 1805 unterbrochene Arbeit an der neuen festen Brücke über den Rhein wurde 1806 fortgesetzt, doch erst 12 von 30 Jochen waren 1807 fertiggestellt. Ein Fertigstellungsdekret vom 16. März 1808 sorgte für die Wiederaufnahme der Arbeit, die am 5. Juni 1808 abgeschlossen wurde. 395 Meter lang war die Brücke mit ihren 30 über 13 Meter langen Jochen und dem Triumphtor am linken Ufer, 12 Meter breit war die Fahrbahn, auf der sich zwei Wagen begegnen konnten. Die Gehwege beiderseits waren durch feste Geländer gesichert.

Die Brücke stand jetzt ganz auf dem Territorium Frankreichs, da Baden im geheimen Zusatzprotokoll zum Wiener Allianzvertrag vom Dezember 1805 in Kehl und in einem Umkreis von rund zehn Kilometern auf alle Rechte verzichtet hatte. Zuvor galt allgemein, daß die Brücke zwischen Frankreich und Baden hälftig geteilt war und die Staatsgrenze dem Talweg folgte. Ein entsprechendes Dekret erließ Napoleon erst am 24. Januar 1808, und feierlich in Besitz genommen wurde Kehl am 14. Februar.

Am Sonntag, 11.30 Uhr, versammelten sich an der linken Auffahrt zur Schiffbrücke der Maire Wangen von Geroldseck mit Vertretern der Verwaltung, eine Kompanie der Nationalgarde und eine Ersatzkompanie mit Musik, um die Annexion zu vollziehen. Am folgenden Tag trat der neue Polizeikommissar Jean-Joseph Boutemi aus Nancy seinen Posten an. Er hatte bisher den Bau der Napoleonbrücke beaufsichtigt und wohnte in Kehl. Die ganze Stadt zählte 366 Einwohner, die zwar nun Straßburger waren, aber von der „Stadt“ durch die Zollgrenze getrennt wurden. Paß- und Zollkontrolle gehörten zum Gang über die Brücke für die Einwohner Kehls, die über keinen eigenen Ackerboden verfügten, sich also in Straßburg versorgten. Darunter waren 26 Gastwirte und 49 Handwerker. Auf der neuen festen Brücke wurden die Abgaben gesenkt. Sie diente aber hauptsächlich dem Transport der Arbeiter und des Baumaterials für den Wiederaufbau der Kehler Festung. Die Annexion bedeutete für die wenigen nach den früheren Zerstörungen wieder errichteten Häuser der Stadt den stets drohenden Abbruch. Während der seit 1801 andauernden Festungsbauarbeiten blieben sie noch verschont. Aber 1813 wurden die meisten dem Erdboden gleichgemacht.

Über die Brücke zog nach einem Aufenthalt in Straßburg Napoleon mit der Kaiserin am 15. April 1809 zu Beginn des 5. Koalitionskrieges nach Bayern.

Auf der Rückkehr vom Friedensschluß in Schönbrunn 1809 nach Paris wurden ihm unter dem Triumphbogen der Brücke zwei goldene Schlüssel von der Stadt überreicht, Arbeiten der Goldschmiede Kirstein und Buker.

Auf ihren Fahrten in den folgenden Monaten sind manche Fürsten und Fürstinnen über die Brücke gereist: im November incognito König Friedrich I. von Württemberg, im Dezember König Friedrich August von Sachsen von Paris kommend, der König von Bayern Max-Joseph und die Königin nach Paris reisend, bei ihrer Rückkehr im März des folgenden Jahres jedoch incognito als comte und comtesse Haag, über die Napoleonbrücke reiste auch Stephanie de Beauharnais, die spätere Großherzogin von Baden.

Auch in der kleinen Stadt Kehl konnte man sich freuen. Da sie keinen festen Markttag hatte, wurden zwei Messen zum Ereignis, zu dem viele Straßburger über die Brücke herüberkamen. Vom Volksfest am 20. Mai 1809 wird berichtet, daß 22 Stände vor den Gasthäusern und Läden in der Hauptstraße aufgeschlagen waren. Am 5. Juni 1810 fand dieser Vorläufer des heutigen Messdi noch einmal und zum letzten Mal statt.

Das Hauptereignis in jenem Frühling 1810 aber war der Empfang der neunzehnjährigen künftigen französischen Kaiserin, der Tochter Kaiser Franz II. von Österreich durch den Präfekten Lezay-Marnesia am 22. März in Kehl. Die Erzherzogin reiste von Wien über Rastatt mit 83 Kutschen, begleitet von Marschall Berthier und Napoleons Schwester Caroline Murat. Über die festlich geschmückte Napoleonbrücke und durch das Tor fuhr sie am frühen Morgen, und Benjamin Zix hat diese Szene festgehalten mit dem Aufgebot an Berittenen und Fußsoldaten, der Karosse mit dem österreichischen Doppeladler, den beiderseits errichteten Pylonen mit den Napoleonsadlern und dem zur Begrüßung erschienenen Maire, Wangen von Geroldseck.

Im folgenden Jahr ist das Reiterstandbild auf der Brücke verbrannt.

Mehrfach zogen Truppen auf den fernen Kriegsschauplatz in Rußland über die Brücke. Nach der verlorenen Völkerschlacht bei Leipzig rückte sie selbst in die Kampfzone.

Noch am 23. Mai wurden von der Festungsartillerie in Kehl und Straßburg Salven geschossen zur Feier von Napoleons Sieg bei Großgorschen am 2. Mai 1813. Nach jener Oktoberschlacht wurde Straßburg ab 4. November in den Belagerungszustand versetzt. Dem General Broussier war vom Kriegsministerium der Oberbefehl über die Zitadelle und das Fort Kehl übertragen worden mit dem Auftrag, die Versorgung des Kehler Forts für 6 Monate zu sichern. Zu versorgen waren 44 Offiziere, 1 923 Mannschaften und 90 Pferde.

Am 12. November erschien Marschall Alexandre Berthier zur Besichtigung des Forts in Kehl. Am 19. November wurden das Dorf Kehl und der obere Teil der Stadt Kehl abgebrochen und niedergebrannt, auch was seit der Zerstö-

rung von 1796 wiederaufgebaut worden war. In dieser für die Bewohner zweifelten Lage wurde in Baden ein Plan zur Verlegung und Wiederaufbau Kehls an der Kinzig zwischen Sundheim und Neumühl ausgearbeitet (durch Tulla und Weinbrenner). Ab 5. Dezember wurde die bereits verbotene Benutzung der Rheinbrücke und das Betreten der Festung Kehl als Spionage verfolgt. Eine speziell für das Fort bestimmte Schiffbrücke wurde über den Rhein gelegt. Noch am 14. Januar 1814 wurde an den Befestigungen gearbeitet. Besonders ernannte Schiffer hatten Kehl und Straßburg mit Brennholz zu versorgen. Auf Anordnung des Präfekten hatten die Bauern, die sich und ihre Habe nach Straßburg in Sicherheit gebracht hatten, auch die Pflicht, eine Fuhr nach Kehl zu leisten. Das Fort wurde von 1 000 Mann mit 120 Kanonen verteidigt.

Die Alliierten hatten im Süden bei Altenheim eine Schiffbrücke über den Rhein geschlagen. Im Norden näherten sich die Belagerer der Festung von Auenheim her und von Bodersweier, auch von Sundheim, während die Besatzung Ausfälle gegen Auenheim, Sundheim und Marlen unternahm. Die als Festungsbesatzung verwendete Nationalgarde war gerade zurückgezogen und durch bewährte Linientruppen ersetzt worden, als nach Rückkehr der Bourbonen und Abdankung Napoleons die Waffen ab 15. April schwiegen. Der Belagerungszustand wurde am 6. Mai 1814 aufgehoben. Im gleichen Monat bestimmte der 1. Pariser Frieden Rückgabe an Baden und Schleifung der Festung.

Am 5. April 1815 hatte der Kehler Festungskommandant Volkmann die Schleifung der Festung befohlen, und Ende Juni hatte der damit beauftragte Major Tulla die am 24. Mai begonnenen Demolierungsarbeiten abgeschlossen, als sich alliierte Truppen bei Kehl versammelten, um nach Frankreich zu ziehen. Nach immer neuen Reparaturen hatte nun die Existenz der stark strapazierten Napoleonbrücke 1825 ein Ende. Schon seit dem 26. Januar 1816 gab es eine neue Schiffbrücke, statt 12 hatte sie nur noch eine Breite von 7 Metern. Für sieben Jahrzehnte blieb sie die einzige Verbindung zwischen beiden Ufern. Die Einnahmen aus dem Brücken- und Wegegeld blieben jetzt in Kehl, wo zwei Jahrmärkte eingerichtet wurden, die mit der neuen Garnison für die Wiederbelebung der Wirtschaft sorgten.

Technik mit Kunst vereint

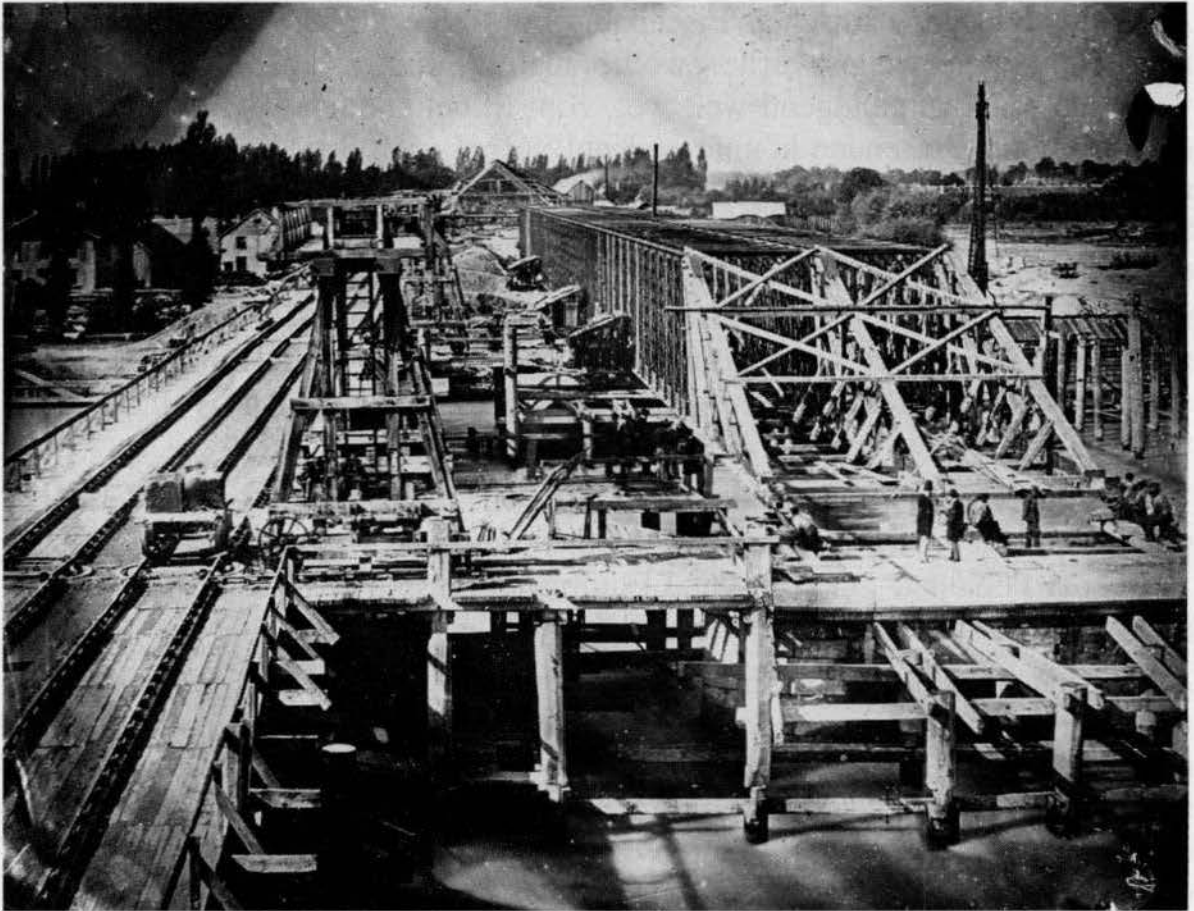
Neben die Schiffbrücke trat etwas völlig Neues, die 1858 bis 1861 erbaute Eisenbahnbrücke über den Rhein. Sie wurde nötig und möglich durch die fortschreitende Entwicklung des Eisenbahnbaus, der Eisenverarbeitung und des Brückenbaus. Fachwelt und Öffentlichkeit verfolgten das Projekt mit großem Interesse, Zeitschriften und Zeitungen berichteten darüber, sowohl in Frankreich wie in Deutschland.

Als beim Bau der badischen Eisenbahn 1844 eine Strecke von Appenweier nach Kehl abgezweigt wurde, wollte man in Kehl wenig davon wissen, wünschte, daß sie genügend weit weg vom Rhein ende aus der Befürchtung, der Strom der Reisenden könnte an Kehl vorbei nach Straßburg ziehen. Man argumentierte: „Jeder Fremde, wenn er das Münster von Straßburg und die Schiffbrücke über den Rhein unmittelbar vor sich sieht, werde die erste beste Gelegenheit benutzen, um nach Straßburg zu gehen, ohne sich nach Kehl, das ihm im Rücken liege, zu wenden.“ Auch die Postillione sahen damals gewiß mit langen Nasen den Dampfzügen nach. Das Thema griff Honoré Daumier auf und schrieb unter seine Karikatur „Et dire que maintenant, voilà tous les voyageurs qui nous passent devant le nez! . . .“

Tatsächlich wurde noch vor dem Bau der Brücke die Bahnstrecke nach Kehl geführt zu einem Kopfbahnhof direkt am Rhein, und 1853 richtete man einen „direkten Personen-, Gepäck- und Equipagentransport mit Pferdewagen zwischen den Bahnhöfen Straßburg und Kehl“ ein.

Als die neue Bahnstrecke Straßburg—Basel 1841 fast fertiggestellt war und sich eine Querverbindung über den Rhein als nützlich anbot, kamen beide Regierungen überein, eine Eisenbahnbrücke bei Kehl zu bauen. Federführend war die Compagnie des chemins de fer de l'Est und die Badische Staatseisenbahn bzw. die Große Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus. Gegenüber der gewaltigen Länge der Rheinbrücken in den früheren Jahrhunderten (bis zu 1 400 Meter), sollte sie jetzt nur noch 235 Meter Länge erhalten. Möglich war dies durch die inzwischen hier abgeschlossene Rheinkorrektion durch Tulla. Es war ein Werk, das die Gemeinden am Rhein weitgehend vor Hochwasserschäden schützte, das viele Nebenarme in ein Hauptstrombett führte, das der künftigen Schifffahrt günstige Bedingungen schaffte und das vorrangige politische Interessen nun befriedigte, bei einem unveränderlichen Flußlauf den Talweg als dauerhafte Grenzlinie festlegte.

Ein neues Verfahren wurde beim Pfeilerbau entwickelt. Der Ingenieur Fleur Saint-Denis, bisherige Erfahrungen aus England auswertend, wandte ein neues System der Caissongründung an mit großen in Grafenstaden hergestellten Druckkästen, in denen unter erhöhtem Luftdruck gearbeitet wurde, der kein Wasser eindringen ließ. Die Arbeiter paßten sich beim Ein- und Aussteigen in einer Luftschleuse dem wechselnden Druck an. Auch der Oberbau, hergestellt von der Firma Benckiser in Pforzheim, wies Neuerungen auf. Zur Berechnung der Festigkeit der Brückenträger gab es noch keine Methoden (Navier hatte in Frankreich kürzlich erst eine Lehre von der Baustatik entwickelt). Verwendet wurde ein neu entwickeltes Walzeisen für die Gitterträgerbrücke aus über Kreuz genieteten Flacheisen. Sie bestand aus drei festen Brückenteilen (zwei seitlich von je 58,5 und eines in der Mitte von 59,15 Meter Länge) und zwei schwenkbaren Brücken auf den Ufern von je 64 Meter Länge mit asymmetrisch angeordnetem Drehpunkt (zur Brücke hin um 4 Meter versetzt). Insgesamt 304,55 Meter war die Eisenbahnbrücke lang.



Im März 1858 begannen die Franzosen, den ersten Pfeiler der Eisenbahnbrücke zu errichten. Mit 150.000 Nieten bauten dann die Arbeiter der Firma Benckiser, Pforzheim, die von Creusot gelieferten Flacheisen auf dem Montageplatz am linken Rheinufer zu dem 177 Meter langen Brückenoberbau zusammen.

Vom 8. bis 22. September schoben acht Winden die 1200 t schwere Last der ganzen Brücke über den Strom. Die zur Verlängerung angezimmerte „Nase“ erreichte in der zweiten Septemberhälfte den östlichen der beiden Mittelpfeiler, das Ende lagerte noch auf dem linken Ufer. Der Straßburger Photograph hat das Bild von dem ersten Pfeiler auf der Kehler Seite neu aufgenommen.

(Photo Straßburger Museen)

Ähnliche Balkenbrücken waren erst kurz vorher bei Dirschau über die Weichsel und etwa gleichzeitig in Köln über den Rhein gebaut worden, abgesehen von einer kleinen Brücke über die Kinzig bei Offenburg 1846.

Die neugotischen Brückenportale waren geschmückt mit schlanken Fialen und einer Art von Königsgalerie wie an französischen Kathedralen und mit gußeisernen Figuren. Sie stellten die Kinzig auf der östlichen und die Ill auf der westlichen Seite dar sowie den Vater Rhein auf beiden Seiten, die beiden ersten waren Arbeiten des Hüfingener Bildhauers Franz Xaver Reich, die Rheinfiguren des Konstanzer Bildhauers Hans Baur.



L'ILL.
(Statue décorative du portail français)



LE RHIN.
(Statue décorative des portails français et badois)

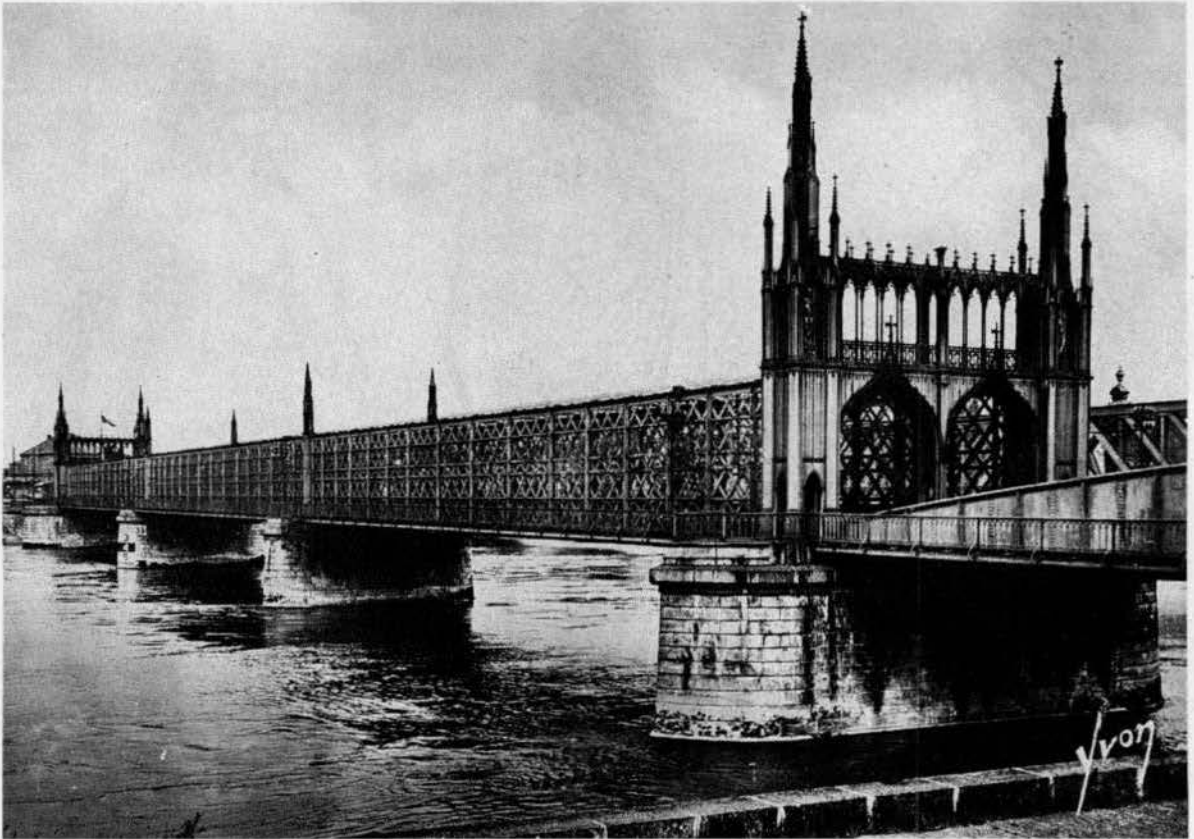


LA KINZIG.
(Statue décorative du portail badouis)

Die „Illustration de Bade“ hat in der Aprilausgabe 1860 die Brückenfiguren für die im selben Monat eröffnete Eisenbahnbrücke abgebildet. Die Ill (links) und die Kinzig (rechts), geschaffen von dem Hüfinger Bildhauer Franz Xaver Reich, hatten ihren Platz im linken bzw. rechten Brückenportal. Das Pendant dazu bildete jeweils der „Vater Rhein“ von dem Konstanzer Bildhauer Hans Baur.

Als Friedenswerk wurde die Eröffnung am 6. und 7. April 1861 in Straßburg und danach in Baden-Baden gebührend gefeiert. Im Straßburger Hotel „Ville de Paris“ wurde auf das Wohl des badischen Großherzogs Friedrich und Napoleons III. angestoßen. Bei der festlichen Theateraufführung wurde der Sohn des Komponisten der Freischütz-Ouvertüre, der Eisenbahndirektor Max Maria von Weber, begeistert begrüßt. Auch die Muse der Dichter wurde bemüht. Dies Gedicht war beim Bankett zu hören:

„Bewundernd heb’ die Blicke ich empor zu der fein gegliederten Brücke,
Die aus Eisen gezaubert hervor die fleißigen Hände des Meisters.
Licht wie ein Spitzengewebe spannt sie über den glitzernden Strom sich,
Den saganumwobenen bergebekrönten, herrlichen Rheinstrom.“



Als technisches Wunderwerk galt zu ihrer Zeit die von Franzosen und Deutschen gemeinsam von 1858 bis 1861 erbaute Eisenbahnbrücke über den Rhein bei Kehl, eine genietete eiserne Gitterträgerbrücke. 1870 und 1940 wurde sie teilweise, am 27./28. November 1944 endgültig zerstört.

Victor Hugo ließ sich von ferne vernehmen, der bereits 1838 hier über die Schiffbrücke gereist war: „L’union d’Allemagne et de la France, ce serait le salut de l’Europe, la paix du monde.“

Als man die eine der beiden Drehbrücken in Betrieb setzte, rief der französische Ingenieur Perdonnet: „Hoffen wir, daß diese Drehbrücke am 7. April zum ersten und zum letzten Mal in Bewegung gesetzt wurde.“

Von Anfang an waren bei der Planung militärische Überlegungen eingeflossen, die einem möglichen Kriegsfall galten, der neun Jahre später schon eintraf. Daher waren Drehbrücken und Sprengkammern in den Pfeilern vorgesehen, zwei Batterien waren auf badischer Seite gebaut worden, von der die südliche als Fundament eines Wohnhauses (Villa Schmidt) noch vorhanden ist.

Napoleon III. hatte im Juni 1860 auf dem Weg nach Baden-Baden die Brückenbaustelle besichtigt, war am Einweihungstag wieder dorthin gefahren und hatte auf der Bahnreise mit der Kaiserin Eugenie die neue Brücke benutzt.

Nebenan rollte über die alte Schiffbrücke seit 1866 die erste private Pferdebahn zwischen Straßburg und Kehl. In jenen Jahren beteiligten sich noch fran-

zösische und badische Pioniere an gemeinsamen Brückenmanövern auf dem Rhein.

Sprengungen und Notbrücken

Bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges wurde nach der Mobilmachung am 15. und 16. Juli 1870 von badischen Pionieren die Schiffbrücke abgebrochen und Teile davon stromabwärts weggeführt. An der Bahnbrücke wurden die beweglichen Teile abgedreht und dann auf der badischen Seite Drehbrücke und Brückenportal gesprengt.

In den Fluß stürzten die Figuren von Rhein und Kinzig, von denen viel später nur die Kinzig geborgen werden konnte, von der noch ein Abguß angefertigt wurde. Heute gibt es nur die „Mutter Kinzig“ noch auf dem Marktplatz in Kehl als Denkmal für den Krieg 1870/71.

Straßburg und Kehl erlitten schwere Schäden unter der gegenseitigen Beschießung. Nach der Kapitulation wurde am 4. Oktober 1870 die Schiffbrücke wiederhergestellt, und am 19. November war auch die mit einer Holzkonstruktion geflickte Eisenbahnbrücke wieder befahrbar.

Für das folgende halbe Jahrhundert entfiel hier die Grenze und der Brückenzoll. Am 31. Dezember 1873 bewegte sich ein Fackelzug über die Schiffbrücke, und mit „Leb wohl du anderthalb Kreuzer!“ feierte man die Aufhebung des Brückenzolls ab 1. Januar 1874.

Im November 1874 wurde die hölzerne Ersatzbrücke abgelöst durch die ganz wiederhergestellte zweigleisige Eisenbrücke. Dabei wurde der ehemals schwenkbare Teil am rechten Ufer durch eine feste, auf 26 Meter verkürzte Brücke ersetzt. Das Eisenbahnzeitalter konnte eine neue transeuropäische Zugverbindung feiern. Am 5. Juni passierte der erste Zug des neuen Orientexpress von Paris nach Bukarest die Brücke, der ab 1885 bis nach Konstantinopel (Istanbul) verlängert wurde.

Die Zeit der Schiffbrücke war nun zu Ende.

Dicht neben ihr sollte stromabwärts eine feste Brücke errichtet werden. Allerdings rechtfertigte der Umfang des Verkehrs allein den aufwendigen Bau wohl nicht. Eine Zählung der Schiffbrückenbenutzer am 27. Mai 1885 ergab: 3 896 Personen, 417 Wagen und 693 Tiere. Gewiß galt der Bau als Prestigeobjekt, als „Straßburger Rheintor“ mit den gewaltigen dem Steinbau nachempfundenen eisernen Bogenportalen mit reichen Profilen, mit vielen Steinobelisken und der Kaiserkrone. Zwischen 1895 und 1897 wurde eine 14,3 Meter breite und 233,7 Meter lange eiserne Fachwerkbalkenbrücke aus drei Teilen von 88,2, 57,3 und 88,2 Metern Länge auf zwei Strompfeilern erbaut und am 21. November 1897 in Betrieb genommen. Sie diente vor allem dem inner-

Kehl nach der Beschießung am 16. August



A. R. Das freundliche Kehl am rechten Ufer des Rheins gegenüber dem nun wiedergewonnenen Strasburg, mit dem es durch eine schöne Eisenbahnbrücke verbunden ist, hat bereits in frühern Kriegen schwere Schicksalsschläge erlebt und ist trotzdem immer wieder aus Ruinen und Asche neu erstanden.

Ehedem ziemlich bedeutende Festung, besitzt es heute nur einen bombenfesten Brückentopf. Die Sprengung des Pfeilers der großen Eisenbahnbrücke auf badischer Seite ist von den Tagen des August her noch in lebhafter Erinnerung. — Während des

für den Schaden, welchen die am Eisenbahnbrückendamm dicht bei Kehl aufgeführte badische Batterie Weiss und eine Mörserbatterie in der Strasburger Citadelle angerichtet hatten. Einige vierzig größere und kleinere Gebäude, fast sämtliche Häuser in der Hauptstraße Kehls, welche unser Bild gibt, darunter natürlich Bahnhof und Zollamt als Hauptgebäude, wurden in wenig Stunden in einen Schutt- und Trümmerhaufen verwandelt. —

Kehl nach dem 16. August 1870. In einem zeitgenössischen Kommentar zu dem Bild der zerschossenen Hauptstraße heißt es: „Im gegenwärtigen Kriege ließ bekanntlich der Commandant von Straßburg, General Uhrich, die offene und unbefestigte Stadt am 16. August in Brand schießen als Wiedervergeltung für den Schaden, welchen die am Eisenbahndamm dicht bei Kehl aufgeführte badische Batterie Weiss und eine Mörserbatterie in der Strasburger Citadelle angerichtet hatten. Einige vierzig größere und kleinere Gebäude, fast sämtliche Häuser in der Hauptstraße Kehls, welche unser Bild gibt, darunter natürlich Bahnhof und Zollamt als Hauptgebäude, wurden in wenig Stunden in einen Schutt- und Trümmerhaufen verwandelt.“

städtischen Verkehr zwischen Straßburg und Kehl. Hauptverkehrsmittel war die 1898 bis Kehl verlängerte elektrische Straßenbahnlinie 1.

Die Weltkriege

Nach Ende des 1. Weltkrieges wurde ab 22. November 1918 bis zum 17. Dezember die Straßenbrücke für Deutsche gesperrt, von denen seit Beginn des Monats Dezember bis 1922 die mit Kennkarte D Versehenen ausgewiesen wurden und zu Fuß ihr geringes, 30 kg nicht übersteigendes Gepäck über die Brücke nach Kehl trugen. Eine commission de triage entschied über das Verbleiben jedes einzelnen dieser „Altdeutschen“. In Straßburg lebten davon im Jahre 1910 rund 70 000 oder 39 % der Einwohnerschaft.

Anfang 1919 wurde Kehl und ein Gebiet im Umkreis von 15 km als Brückenkopf besetzt, und beide Rheinbrücken kamen durch den Versailler Vertrag in französischen Besitz. Über der Straßenbrücke wurde der gallische Hahn montiert. Es war eine Arbeit des Bildhauers Albert Schultz, von dem die Straßburger „Gänseliesel“ und die Kehler „Heuwenderin“ stammen.

In jenen Jahren zeichnete Hansi „les boches expulsés, maigres comme des clous viennent souvent à la barrière du Pont du Rhin contempler avec mélancolie le Paradis perdu“. Bald bewirkte die wachsende Inflation in Deutschland aber, daß bei günstigem Frankenkurs immer mehr elsässische Käufer die Kehler Hauptstraße bevölkerten und sich in den Geschäften drängten. Das endete mit Einführung der Rentenmark im November 1923. In diesem Jahr wurde der Bahnhof Kehl besetzt.

Am 30. Juni 1930 wurde die ganze französische Besatzungszone geräumt als Ergebnis der Haager Konferenz von 1929/30 und der Bemühungen von Stresemann und Briand. Zwei Jahre danach wurden die drei seit 1874 auf der deutschen Seite gebauten Forts des Straßburger Festungsrings gesprengt. Doch besetzte die deutsche Wehrmacht die bisher entmilitarisierte Zone am 8. März 1936 nach Aufkündigung des Locarnovertrages (1925). Der Weg ins benachbarte „Ausland“ über die Brücke wurde behindert durch die Devisenbewirtschaftung ab 6. Februar 1937; nur 10 Reichsmark waren pro Kopf und Tag verfügbar. Im folgenden Jahr begann der Bau des Westwalls. Entlang des Rheins in den Auewäldern und im Hinterland entstand eine tiefgestaffelte Kette von Bunkern. Der Zweite Weltkrieg stand vor der Tür.

In Kehl lagen sich beiderseits der Brücken im Sitzkrieg der „drôle de guerre“, deutsche und französische Soldaten vom September 1939 bis Mai 1940 gegenüber. Nach Kriegsausbruch waren hier 1939 die westliche Drehbrücke abgedreht und im Januar der Teil der Eisenbahnbrücke von den Franzosen gesprengt worden, der 1870 verschont geblieben war.

Erst am 15. Juni 1940 kam am Oberrhein Bewegung in die Front, nachdem Paris bereits besetzt war, Straßburg folgte am 19. Juni. Die Bahnbrücke wurde

auf der zerstörten Westseite über eine Länge von 90 Metern auf zusätzlich gegründeten Pfeilern 1941/42 zweigleisig wiederhergestellt. Der Westteil der seit 1897 bestehenden Straßenbrücke über den Rhein wurde von französischen Pionieren im Mai 1940 gesprengt. Seit dem 2. bzw. 3. September 1939 waren Straßburg und Kehl evakuiert, und bis Juni gab es keinen zivilen Verkehr über die Brücken.

Die nach der Sprengung wiederverwendbaren Brückenteile wurden gehoben und über einen zusätzlichen Stropfpeiler zum westlichen Ufer verlängert. Inzwischen hatten Pioniere eine Holzbrücke für den Straßenverkehr 200 Meter flußaufwärts neben der Villa Schmidt gebaut.

In unmittelbarer Umgebung der Brücken wurden zu ihrem Schutz gegen Luftangriffe Flak-Stellungen gebaut. Zahlreiche Fesselballons sind ebenfalls auf alliierten Luftaufnahmen vom September 1944 erkennbar.

Zu Kriegsbeginn waren zur Umgestaltung von Straßburg und von Kehl (das am 28. Januar 1942 der Verwaltung Straßburgs angegliedert wurde) utopische Pläne entwickelt worden, möglicherweise auf Anregung von Hitler, der am 28. Juni 1940 das Münster besichtigte. An einem Ideenwettbewerb beteiligten sich der damalige Straßburger Stadtbaurat Richard Beblo und andere, nachdem bereits 1940/41 R. Heiligenthal aus Karlsruhe ähnliche Pläne ausgearbeitet hatte. Einige der Projekte sahen neben den bestehenden Brücken südlich davon zwei weitere als Hochbrücken vor, andere Brückenprojekte waren auf das Münster ausgerichtet.

Die Eisenbahnbrücke

Unbeschädigt überstanden den 1. Weltkrieg die Straßenbrücke und die Eisenbahnbrücke vom ersten bis zum letzten Tag: Vom 2. bis zum 18. August rollten 616 Militäzüge über die Brücke nach Frankreich — nach dem Waffenstillstand waren es 100 Lokomotiven und 7 307 Güterwagen — diesmal als Reparationsleistungen.

Bei der Sprengung aller Kehler Brücken 1944 wurde die Eisenbahnbrücke restlos zerstört. Die Brückenteile lagen 1945 im Wasser, nur die Pfeiler standen noch. Innerhalb von 76 Tagen wurde aus drei eisernen Behelfsbrücken der SNCF von je 20 Meter Länge und vier Bonnet-Schneider-Brücken der französischen Armee von einmal 31 und zweimal 29 bzw. 58 Metern Länge eine neue Eisenbahnbrücke zusammengebaut. In Gegenwart von General de Lattre de Tassigny wurde die eingleisige Brücke am 7. Juli 1945 wieder eröffnet.

Der endgültigen Wiederherstellung der Eisenbahnbrücke stellten sich Probleme entgegen, die mit der Rheinschiffahrt zusammenhingen. Bereits 1930 hatte die Zentrale Rheinschiffahrtskommission verlangt, die lichte Durchfahrtshöhe unter der alten Eisenbahnbrücke von 3,16 auf 7 Meter zu erhöhen. In den Jah-

ren 1934/36 wurden solche Umbaupläne vorbereitet, auch ein Brückenneubau erwogen, doch bis zum Krieg 1939 wurde nichts unternommen. Jetzt mahnte die Zentralkommission wieder die Erhöhung an, zunächst auf 4,25 m, dann auf 7 m.

Das deutsch-französische Abkommen vom 30. Januar 1953 für die Wiederherstellung der Eisenbahnbrücke sah unter dem herrschenden Zeitdruck zunächst nur eine Erhöhung um 76 cm vor auf insgesamt 3,30 m.

Von 1955 bis 1956 wurde die 238,40 Meter lange Gitterträgerbrücke aus einem 89,54 Meter langen und zwei 74,43 Meter langen Teilen auf zwei neugegründeten Stropfweilern errichtet und am 21. August 1956 eingeweiht. Die staatliche Eigentumsgrenze liegt in der Mitte. Die Kosten der von der Deutschen Bundesbahn auszuführenden Unterhaltungsarbeiten werden entsprechend geteilt. Jüngstes Beispiel ist die Erneuerung des Anstrichs der Brücke im Herbst 1986, wobei für vier Anstriche 16 Tonnen Farbe gebraucht wurden mit 1,8 Mill. DM Gesamtkosten.

Die seit den Dreißiger Jahren für notwendig erklärte Anhebung der Brücke wurde 1966 dadurch möglich, daß für die nun eingleisige Brücke zuerst die nördliche Hälfte der Pfeiler genügte (stromab). Nach Erhöhung der südlichen Pfeilerhälften (stromauf) konnten diese die Brücke aufnehmen. So kam man von 4,20 m auf 6,75 m über dem höchsten schiffbaren Wasserstand. Die Arbeiten (Anhebung um 3,50 m, Verschiebung stromaufwärts um 7 m und Absenkung um 90 cm) führte die Gutehoffnungshütte Sterkrade aus, die die Brücke gebaut hatte. Währenddessen wurden vom 4. bis 18. Mai 1966 die Züge umgeleitet oder durch Autobusse zwischen den Bahnhöfen Kehl und Straßburg ersetzt. Ebenfalls um 2,50 m erhöht werden mußten die Bahnanlagen, Bahndämme und der neue Bahnhof Kehl, der den alten zu ersetzen hatte, der trotz Artillerieschäden den Zweiten Weltkrieg überstanden hatte.

Der erste Zug, der über die fertiggestellte Brücke fuhr, war der Orientexpress am 19. Mai 1966.

Zwei Fahrrinnen brauchte die Schifffahrt, doch lange Zeit stand unter der Eisenbahnbrücke nur die mittlere Brückendurchfahrt von 74,43 m Breite für talfahrende und bergfahrende Schiffe zur Verfügung. Die Brückensprengungen im Krieg von 1870 und vor allem von 1944 hatten sperrige Stein- und Eisentrümmer auf dem Flußgrund hinterlassen, die mit Unterstützung von Tauchern durch Bagger beseitigt wurden.

Die östliche Fahrrinne konnte ab 20. Dezember 1979 für die talfahrende Schifffahrt freigegeben werden.

Der Schiffsverkehr folgt nicht der Strommitte sondern dem Talweg. Dieser nähert sich bei der Brücke dem Kehler Ufer und biegt unterhalb schräg zum westlichen Ufer hinüber. Der Talweg ist maßgebend für die Schifffahrt und entspricht dem Verlauf der Staatsgrenze.

Die Straßenbrücke

Bereits am 23. November 1944 waren die Panzer von General Leclerc von Zabern her in Straßburg überraschend eingedrungen. In dem Panzer Cherbourg fiel der Wachtmeister Albert Zimmer vor der Rheinbrücke. Vor der Schule in der Route du Rhin wurde der Panzer später als Denkmal aufgestellt. In Kehl war sich niemand über die Situation im klaren. Erst der überraschende Rückstrom von Flüchtlingen aus Straßburg über die intakte Straßenbrücke veranlaßte die übereilte Räumung vom 24. zum 25. November. In der Nacht vom 27. zum 28. November wurden alle Rheinbrücken auf Anordnung von Himmler gesprengt. Der alliierte Vormarsch nach Osten wurde angehalten. Erst nach Abwehr der Rundstedt-Offensive im Norden drangen die Alliierten über Karlsruhe nach Kehl vor, das am 14. April von der Wehrmacht geräumt und am 15. April von Osten her besetzt wurde. Am 16. April wurde in Verlängerung der Großherzog-Friedrich-Straße die erste Pontonbrücke über den Rhein gebaut, über die General de Lattre de Tassigny am selben Tag in Straßburg einzog. Die Pfosten der von den Deutschen nicht völlig zerstörten Behelfsbrücke von 1940 konnten zum Bau einer neuen Straßenbrücke an der gleichen Stelle wiederverwendet werden, die im Oktober 1946 fertiggestellt wurde. Diese Brücke verband Straßburg mit dem besetzten Kehl, das 1946 dem Département Bas-Rhin eingegliedert wurde und in dem seit der Evakuierung am 24. November 1944 keiner der Einwohner mehr wohnte. Ihnen war am 1. Mai 1946 die Rückkehr untersagt worden. Erst nach fünf Jahren wurde auf Grund eines in Washington getroffenen Abkommens und nach Ankündigung im Journal Officiel vom 8. Juli 1949 die Stadt Kehl in 42 Teilfreigaben vom 29. Juni bis zum 8. April 1953 nach und nach an die Einwohner zurückgegeben. Der Wiederaufbau der größtenteils zerstörten Stadt konnte beginnen.

Die 1946 errichtete Straßenbrücke wurde 1949 baufällig und in nur siebenmonatiger Arbeit durch eine eiserne Brücke ersetzt. Dieses dringend notwendige Provisorium wurde am 12. Juli 1951 eingeweiht. In die Kosten teilte man sich. Die Deutschen lieferten Balkenbrücken von 88 m und 59 m Länge (S.K.R.), die Franzosen ein 87 m langes Brückenteil (Wendling-Seibert) und gründeten zwei neue Pfeiler. Gesamtlänge 235 m.

Seit 1957 wurde aufgrund eines Abkommens zwischen Frankreich und der Bundesrepublik der endgültige Neubau der Straßenbrücke vorbereitet. Es handelte sich um eine Kastenträgerbrücke von 245,40 Meter Länge auf einem Mittelpfeiler mit 12 Meter breiter Fahrbahn und zwei Gehwegen von je 3,25 Meter Breite. Mit ihren 1 550 t Gewicht ist sie, obwohl 11,70 Meter länger und 4,2 Meter breiter, um 1 163 t leichter als die frühere Straßenbrücke von 1897. Die lichte Durchfahrthöhe für die Schifffahrt beträgt 6,75 Meter, also genausoviel wie bei der angehobenen Eisenbahnbrücke. Ihr Pfeiler wurde 18,5 Meter tief gegründet.

Da ihre Fahrbahn wesentlich höher liegt als die der früheren Straßenbrücke, benötigt sie längere Rampen, und dafür war am alten Standort kein Platz. Sie wurde daher 140 Meter flußaufwärts verlegt und mündet in Straßburg nicht mehr wie früher in die alte Route du Rhin. In Kehl mußte die geradlinige Hauptstraße zum Bahnhof hin abgelenkt werden, damit am Fuß der Brückenrampe eine rechtwinklige Straßenkreuzung angelegt werden konnte.

Brückenschlag in die Zukunft

Die Friedenshoffnungen, die sich im 19. Jahrhundert noch mit der Eröffnung der neuen Eisenbahnbrücke verbanden, hefteten sich im 20. Jahrhundert nicht an eine Eisenbahnbrücke, sondern im Zeitalter des Individualverkehrs und des Automobils an die neu erbaute Straßenbrücke, die den Namen „Europa-Brücke“ erhielt.

Bei der Eröffnung am 23. September 1960 kamen die Hoffnungen zum Ausdruck, die auf die Einigung Europas gesetzt werden, der in Straßburg die Arbeit des Europarats gilt. Daher wurden die Einweihungsfeierlichkeiten auf beiden Ufern des Rheins im Gebäude des Europarats fortgesetzt. Heute nehmen viele Parlamentarier der Beratenden Versammlung des Europarats oder des Europaparlaments diesen Weg zu den Sitzungen, Tag für Tag fahren die zahlreichen Grenzgänger zu ihren Arbeitsplätzen im benachbarten Baden. Seit dem 1. Januar 1958 fährt die Autobuslinie vom Straßburger Bahnhof zunächst versuchsweise, seit etwa 1965/67 regulär nach Kehl. Benutzer sind in den Sommermonaten die Touristen aus Kehl, vor allem aber die Hausfrauen aus den südöstlichen Stadtteilen Straßburgs, um je nach Preisentwicklung und Wechselkurs mehr oder weniger günstig einzukaufen. Das Defizit der Buslinie teilen sich die Nachbarstädte in bestimmtem Verhältnis. Seit 20 Jahren pflegen und vertiefen die Gemeinderäte, Vereine, Schulen oder andere Besucher auf dem Weg über diese Brücken die partnerschaftlichen Kontakte zwischen Kehl und Montmorency.

So hatte bei der Einweihungsfeier 1960 den tieferen Sinn des Brückenbaus der damalige Koadjutor und spätere Bischof von Straßburg, Mgr. Arthur Elchinger gedeutet: „Gott möge uns allen helfen, unter den Menschen fortwährend Brückenbauer zu sein und täglich getrennte Ufer zu verbinden.“

Die Aufnahmen wurden vom Verfasser zur Verfügung gestellt.

Literatur

Hermann Aubin, Die Rheinbrücken im Altertum und Mittelalter, Rhein. Vierteljahrsblätter, 1937, S. 111–126

Johannes Beinert, Die Straßburger Rheinfähre im Mittelalter, ZGO NF 21, 1906, S. 390–399

Johannes Beinert, Geschichte des badischen Hanauerlandes unter Berücksichtigung Kehls, Kehl 1909

Otto Rusch, Schicksale der Reichsfestung Kehl bis 1814, Kehl 1921

Otto Rusch, Geschichte der Stadt Kehl und des Hanauerlandes, Kehl 1928

- Otto Rusch, Chronik der Stadt Kehl am Rhein, Kehl 1939
- Wilhelm Mechler, Paul Motz, Kehl am Rhein, Kehl 1956
- Klaus Hornung, Kehl 1840—1940, Kehl 1981
- Das besondere Schicksal der Stadt Kehl im Zusammenhang mit dem 2. Weltkrieg 1939/1945, Kehl 1967
- Erich Maschke, Die Brücke im Mittelalter; Wilhelm Mechler, Die Rheinbrücken Straßburg—Kehl seit 1388, in: Stadt in der Geschichte, Bd. 4, Die Stadt am Fluß, Sigmaringen 1978
- Georg Mehrrens, Der deutsche Brückenbau im XIX. Jahrhundert, Hannover 1900/1984
- Rheinbrücken aus Stahl, dargestellt in ihrer historischen Entwicklung in Stahlbau — ein Handbuch für Studium und Praxis Band II, Köln 1964
- Le Pont de l'Europe, Strasbourg 1960
- R.J.F. Electrification Strasbourg—Kehl et relèvement du pont sur le Rhin. La Vie du Rail 1045, 8. 5. 1966
- Ch. Billy, Le nouveau pont de Kehl. La Vie du Rail 566, 1956
- R. Poitrat, Le nouveau pont-route provisoire de Strasbourg—Kehl sur le Rhin. Revue de Navigation, 25. 7. 1951
- Bernard Conrath, Travaux de relèvement et de ripage du pont ferroviaire de Kehl sur le Rhin. La Vie du Rail 1057, 31. 7. 1966
- C. Schneider, Petite histoire des ponts entre Strasbourg et Kehl. Alsace et Moselle 1960
- H. Gachot, La guerre franco-allemande. Les ponts coupés. Philatélie 1970
- Jacques Ungerer, Le pont du Rhin à Strasbourg du XIV^e siècle à la Révolution, Strasbourg 1952
- E. Vuignier, Fleur St. Denis, Pont sur le Rhin à Kehl, 1861
- L. Loiseau, Nouveau pont de Kehl, Illustration de Bade 1861
- Relation des fêtes donnés par la ville de Strasbourg à leurs Majestés Impériales et Royales les 22 et 23 janvier 1806 à leur retour d'Allemagne, Strasbourg 1806
- Fernand L'Huiller, Recherches sur l'Alsace napoléonienne, Strasbourg 1947
- Jean Reussner, Strasbourg, place de guerre: Etude et projet de fortification par Vauban — Octobre 1681. Annuaire de la société des amis du Vieux, Strasbourg 1981
- Henri Gachot, Kehl, faubourg de Strasbourg sous le Premier Empire. Une réunion administrative peu connue 1808—1814. Annuaire de la société des amis du Vieux, Strasbourg 1974
- Zoltan-Etienne Harsany, La vie à Strasbourg sous de Consulat et l'Empire, Strasbourg 1976
- Zoltan-Etienne Harsany, Strasbourg sous la Révolution, Strasbourg 1975
- Jean Doise, Histoire militaire de l'Alsace, De la guerre de trente ans à Napoléon. Saisons d'Alsace 84, 1984
- Jean Doise, Histoire militaire de l'Alsace, De la Restauration à la ligne Maginot. Saisons d'Alsace 87, 1985
- Am 17. April 1945 wurden die deutschen Langrohrgeschütze, die Strasbourg beschossen hatten, genommen. Dernières Nouvelles d'Alsace 16. 4. 1950
- Bundesminister für Verkehr Bonn. Die Straßenbrücke über den Rhein zwischen Kehl und Straßburg. Denkschrift 23. 9. 1960
- Georges Livet, Francis Rapp. Histoire de Strasbourg des origines à nos jours, Strasbourg 1, 2, 3, 4 1980—1982
- F. C. Heitz, Strasbourg pendant ses deux blocus et les Cent jours, Strasbourg 1861
- Arthur Chuquet, L'Alsace en 1814, Paris 1900
- Fernand L'Huillier, Le pont du Rhin. Aperçu historique. La Vie en Alsace 1936
- Friedrich Dollinger, Baar, Schwarzwald und Oberrhein im zweiten Koalitionskrieg (1799/1801). ZGO NF 54, 3 1941
- Louis Maurer, L'expédition de Strasbourg, correspondance officielle en Septembre 1681, Nancy 1923
- Raymond Oberlé, Batailles d'Alsace du moyen age à 1870. 1987
- Le projet urbain dans l'histoire de Strasbourg, colloque des 30 et 31 octobre 1981. Agence d'Urbanisme pour l'Agglomération de Strasbourg
- R. Heiligenthal, Neubau Straßburgs, Grundlagen und Vorschläge, Heidelberg 1941

Gottlieb Trautwein (1892 – 1953).

Ein Schiltacher Liberaler und kämpferischer Demokrat

Hans Harter

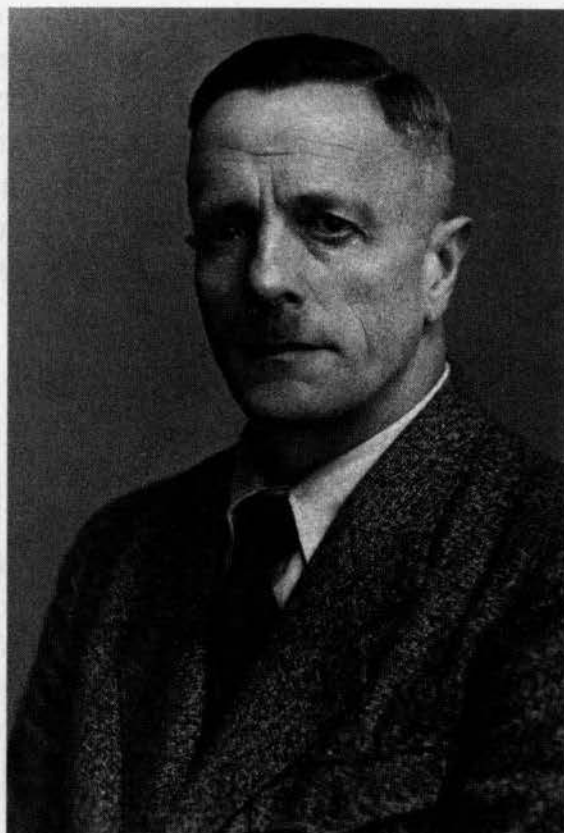
Es ist ein Glücksfall für die geschichtliche Forschung, wenn sie über die Beschreibung der Ereignisse und Entwicklungen hinaus zu den Personen vorstoßen kann, die mit ihrem Denken, Wollen und Handeln versucht haben, ihre Zeit zu beeinflussen. Briefe, Notizen, Erlebnisberichte, Redemanuskripte sind dann die Quellen, die Persönlichkeiten beschreiben und erschließen lassen, die mehr als die meisten ihrer Zeitgenossen politisch gewirkt, manchmal auch gelitten haben. Von einem solchen Mann ist hier zu berichten, der zu den bedeutendsten Persönlichkeiten seiner Heimatstadt Schiltach in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts gehört: Gottlieb Trautwein, Mitglied und Ortsvereinsvorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei bis 1933, Mitbegründer und Vorstandsmitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Schiltach; nach 1945 Helfer beim Wiederaufbau der Demokratischen Partei (später FDP) in Schiltach und im Kinzigtal und deren mehrjähriger Kreisvorsitzender, schließlich (1946–52) Bürgermeister der Stadt Schiltach.

Nach fast 40 Jahren seines Todes würden auch die Erinnerungen an ihn verblassen, gäbe es nicht seine vielen Papiere, die seine Tochter, Frau Elly Trautwein, jetzt in absoluter Großzügigkeit zum Zwecke der Nachzeichnung des politischen Lebens ihres Vaters zur Verfügung gestellt hat¹. Es geschieht sicher nicht oft, daß ein „Handelnder“ in Sachen Politik seine Gedanken und Erlebnisse in solcher Fülle zu Papier gebracht hat, fein säuberlich maschinenschriftlich, und zwar meistens gleich nach dem unmittelbar Erlebten. So hat sich ein Fundus zeitgenössischen Quellenmaterials ergeben, das mehrere Phasen der jüngeren deutschen Geschichte (die Weimarer Republik, das „3. Reich“, die Nachkriegszeit und die werdende Bundesrepublik) aus der Perspektive eines Ortes, des Schwarzwaldstädtchens Schiltach im Kinzigtal, widerspiegelt. Für dessen, bisher kaum aufgearbeitete Zeitgeschichte² sind die Aufzeichnungen Gottlieb Trautweins unentbehrlich, doch reicht ihre Bedeutung über das Lokale hinaus: Zeitströmungen werden faßbar, der politische Liberalismus, dem ihr Autor anhing, ist in seinen Ideen und Kämpfen zu verfolgen, aber auch der Mann Gottlieb Trautwein, wie er sich den Ereignissen seiner bewegten Lebenszeit stellte und auf sie einzuwirken versuchte. Von äußerster Geradlinigkeit, mit eindeutigen Positionen und Wertmaßstäben ausgestattet, beeindruckt bis heute seine Urteilskraft und seine Standfestigkeit, auch wenn er es nicht immer vermochte, die Dinge in seine Richtung zu lenken, sogar scheiterte, wie im Jahr 1933. Bis heute in Schiltach und darüber hinaus als „mar-

kante Persönlichkeit“, als „einer der führenden liberalen Köpfe mit eigenem Sinn“³ nicht vergessen, wenn auch einer in der Zwischenzeit fast ganz verstorbenen Generation angehörend, möchte der vorliegende Beitrag ein politisches Portrait Gottlieb Trautweins zeichnen und damit zugleich ein Stück Zeitgeschichte nacharbeiten.

Der Lebensweg⁴

Am 31. Juli 1892 in Schiltach, im Hause Gerbergasse 2, zusammen mit einem Zwillingenbruder geboren, entstammte Gottlieb Trautwein einer der alten, traditions- und selbstbewußten Bürgerfamilien des Städtchens. Sein Vater, der Gerbermeister Wilhelm Trautwein (1849–1925), war der Sohn jenes Adolf Christoph Trautwein (1818–1898), der als Flößer und Schiffer und seit 1883 als Bürgermeister von Schiltach eine weithin bekannte, überragende Persönlichkeit war.⁵ Von diesem Großvater noch beeindruckt, wuchs Gottlieb im Kreise von sieben Geschwistern heran, besuchte die Volksschule in Schiltach, um danach in Freudenstadt eine Elektrikerlehre aufzunehmen. In seiner Militärdienstzeit ab 1912 zum Funker ausgebildet, nahm er als Funkmeister im Westen am gesamten 1. Weltkrieg teil. Zeitweilig auch im Großen Hauptquartier in Spa stationiert, kannte er den von ihm verehrten Kaiser und den Kronprinz, deren Flucht nach Holland 1918 ihn um so mehr erschütterte. 1919 in Konstanz demobilisiert, konnte er dort beim Reichsfunkdienst der Post eine Beschäftigung finden. In dieser unruhigen Zeit nach dem 1. Weltkrieg scheint auch sein politisches Interesse entstanden zu sein. Mit einem Kameraden besuchte er, um sich zu orientieren, „alle öffentlichen politischen Versammlungen der damaligen Parteien, angefangen vom Kommunisten Remmele bis zum deutschnationalen General von Gallwitz“⁶. Wie und warum er dann seine politische Linie im liberalen Lager fand, ist nicht überliefert. Nach seiner Rückkehr nach Schiltach jedenfalls ist er hier 1920 in die Deutsche Demokratische Partei eingetreten, der er bis zu ihrer Auflösung 1933 und nach ihrer Wiederbegründung als „Demokratische Partei in Süd- und Mittelbaden“ zeitlebens verschrieben blieb. Es war sein Vater, der ihn damals nach Schiltach zurückgeholt hat, um ihn, zusammen mit seinem älteren Bruder Adolf als Teilhaber in das Geschäft, der „Sohlledergerberei und Rindenhandlung Wilhelm Trautwein“ aufzunehmen; der Zwillingenbruder Jakob war im Weltkrieg gefallen. Nach dem Tode des Vaters 1925 betrieben die Brüder das elterliche Geschäft weiter, Adolf die Gerberei, Gottlieb den Großhandel mit Gerbrinden und den Einkauf von rohen Häuten und Fellen. Auf diese Weise kam er weit im Land herum, im Badischen genauso wie im Württembergischen, und bald war er ein besonders auch bei den Waldbauern des Kinzigtals bekannter und geschätzter Geschäftspartner. 1942 wurde der Firmennamen in „Gebrüder Trautwein, Sohlleder-Gerberei und Rindenhandel, Inhaber: Adolf und Gottlieb Trautwein“ umgeändert. G. Trautwein bezeichnete sich beruflich als „Gerbereiteil-



Gottlieb Trautwein (1892–1953)

haber“ und arbeitete, auch nachdem er 1946 Bürgermeister geworden war, bis zu seinem Tode 1953 in der Firma mit. Diese wurde, nachdem auch der Bruder 1965 verstorben war, von dessen Söhnen Adolf und Wilhelm weitergeführt und bestand als die letzte Rotgerberei des Kinzigtales, in der nach den althergebrachten, langwierigen Verfahren Ober- und Sohlleder hergestellt wurde, in der Schiltacher Gerbergasse bis zum Jahre 1976.

Der „Deutsch-Demokratische Verein Schiltach-Lehengericht“

Bereits im Frühjahr 1919 bestand in Schiltach der „Deutsch-Demokratische Verein Schiltach-Lehengericht“, ein Ortsverein der auf Reichsebene Ende 1918 entstandenen liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP).⁷ Vorsitzender war der Fabrikant Fritz Karlin (1885–1941), die Mitgliederzahl wird zum 1. 1. 1920 mit insgesamt 204 angegeben, verringerte sich aber bis ins Jahr 1924, aus dem eine genaue Liste vorliegt, auf 162, davon 112 aus Schiltach, 2 aus Schenkenzell und 48 aus Lehengericht, die zumeist die dortigen Waldbauern waren. Soziologisch repräsentierte sich bei den Schiltacher Mitgliedern der selbständige Mittelstand, Gastwirte, Handwerker, Unternehmer, Fabrikanten, Geschäftsinhaber, praktischer Arzt, sowie die Schicht der höheren Angestellten und Werkmeister der Industriebetriebe, die kleinen Beamten (Post, Polizei, Gemeindeverwaltung), dazu ein Oberlehrer, der evangelische Pfarrer und der damalige Bürgermeister L. Wolpert. Auf der Mitglie-

derliste ist sozusagen fast alles versammelt, was in der Kleinstadt Schiltach (im Juni 1926 wurden hier 2011 Einwohner gezählt)⁸ Rang und Namen und auch Einfluß besaß. An politischen Gruppen bestanden um diese Zeit hier auch die „Völkische Bewegung“, die 1928 in der Ortsgruppe der NSDAP aufging, die DNVP, eine kleine Zentrumsorganisation der vergleichsweise wenigen Katholiken im protestantisch geprägten Schiltach, sowie eine starke Ortsgruppe der SPD; auch die KPD war vertreten, es gab eine „Einheit“ des „Jungdeutschen Ordens“, doch fehlen für sie wie für die anderen Gruppierungen jegliche Unterlagen oder Untersuchungen.⁹

Von 1084 Wahlberechtigten stimmten bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. 1. 1919 hier 966 ab; die Stimmen verteilten sich auf SPD (411), DDP (360), DNVP (145) und das Zentrum (50). Bei der Reichstagswahl von 1920 war die Spaltung der Sozialdemokratie in SPD (201) und USPD (250) deutlich zu spüren; die KPD erhielt nur 4 Stimmen, das Zentrum sank auf 39; die Spaltung im bürgerlichen Lager zeigte sich in den 267 Stimmen der DDP, den 106 der DVP und den 143 für die DNVP.¹⁰ Die Abwanderung vieler Arbeiter weiter nach links fällt bei den Wahlen zum Reichstag im Mai 1924 auf, als die KPD 105 Stimmen erhielt und die SPD bei 206 stagnierte; das Zentrum stieg damals auf 60 Stimmen, während die DDP nur auf 147 und die DNVP auf 90 kamen, wohl zu Gunsten der DVP (118) bzw. des erstmals kandidierenden „Völkisch Sozialen Blocks“, hinter dem sich die NSDAP verbarg, der auf Anhieb 138 Stimmen erhielt. Beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahlen 1925 stimmten 581 Schiltacher für Hindenburg, 353 für W. Marx und 22 für E. Thälmann, ganz anders als beispielsweise die benachbarten Wolfacher, wo die Reihenfolge der Stimmen 282/875/13 war.

Von der soziologischen Struktur her, einem starken selbständigen Mittelstand, der sich in den Anfangsjahren der Republik auch kräftig politisch engagierte, schien also der Schiltacher Deutsch-Demokratische Verein auf einer soliden Grundlage zu stehen, was sich in den ersten Wahlen auf Reichsebene zeigte, in denen die DDP hier ihren zweiten Platz hinter der Sozialdemokratie behaupten konnte, wenn auch seit 1924 in starker Gefährdung von rechts. G. Trautwein, der nach seiner Rückkehr nach Schiltach 1920 in die Partei eintrat, scheint ihrem Ortsvereinsvorsitzenden F. Karlin schon bald als politisch aktiv aufgefallen zu sein, so daß er ihm bereits 1924 die Nachfolge in der Vorstandschaft anbot. „Soviel und so oft ich mir schon überlegt habe, wer dieses mir liebe politische Erbgut in Schiltach in die Hand nehmen könnte, so habe ich bei meinem Suchen niemand als Sie finden können. Es gibt meines Wissens außer Ihnen niemand, der sich nachhaltig für die demokratische Sache interessiert und geeignet ist, diese Sache zu vertreten und für sie zu werben.“ Mit diesem Handschreiben wandte sich F. Karlin 1927 nochmals an G. Trautwein,¹¹ der offenbar schon zuvor die Geschäfte für den gesundheitlich ange-

schlagenen Vorsitzenden geführt hatte, und konnte ihn wohl endgültig zur Übernahme der Vorstandschaft bewegen.

Politischer Kampf in der Weimarer Republik¹²

Von Dezember 1927 stammt ein erstes Schreiben G. Trautweins an seine Partei in Karlsruhe, in der er sie aufforderte, sich mit „gleicher Willensentschlossenheit“ für „Handwerker-, d.h. Mittelstandsfragen“ einzusetzen, „wie es z. B. in der Beamtenbesoldungsfrage festgestellt wurde“; dann könne man mit Ruhe dem Wahlkampf entgegensehen. Am Ende vermerkte er noch das Stichwort „Radikalisierung des Mittelstandes“. Mit diesen Sätzen hatte er seine politischen Hauptanliegen angesprochen, die er in den kommenden Jahren immer wieder verfechten sollte und für die er die DDP als seine politische Heimat auserkoren hatte: Interessenwahrung des selbständigen Mittelstandes, dem er selber angehörte, bei gleichzeitigem Kampf gegen jegliche Radikalisierung von rechts, in der er eine große Gefahr für die junge Weimarer Republik sah.

Das Ergebnis der Reichstagswahl vom Mai 1928 bestätigte in Schiltach den zweiten Platz der DDP (135 Stimmen) nach der SPD (355). Die DVP war ihr aber dicht auf den Fersen (130), gefolgt von der DNVP (94). Abgeschlagen blieben dieses Mal das Zentrum (36), die KPD (32) und auch die NSDAP, die nur 6 Stimmen erhielt. Die „guten Jahre“ der Weimarer Republik brachten dieses Ergebnis zustande, auch wenn für Schiltach auffällt, daß die Rechtsparteien nach wie vor sehr stark blieben und die bürgerliche DDP weiter Stimmen verloren hatte. Während zu dieser Wahl keine Aktivitäten des hiesigen Ortsvereins bekannt sind (G. Trautwein spricht in einem Brief vom Januar 1929 von der „durch die lange Krankheit des bisherigen Vorstandes stark unterbrochenen Vereinstätigkeit“), standen im Herbst 1929 Landtagswahlen in Baden an, die von der Parteizentrale intensiv vorbereitet wurden und für die G. Trautwein in Schiltach mit großem Aufwand politisch arbeitete. Zwar waren die Mitglieder nochmals auf 65 geschrumpft, auf Grund der „in allen bürgerlichen Parteilagern zu Tage tretenden Interesselosigkeit an den politischen Fragen“, wie G. Trautwein dazu bemerkte; auch hatte der „hier stark auftretende Jungdeutsche Orden ziemlich junge Leute für sich gewonnen“, doch war er entschlossen, die Stimmenzahl nicht noch weiter sinken zu lassen und auch die Bauern in Lehengericht zurückzugewinnen. Im Wahlkreis IX (Villingen-Triberg-Wolfach) hatte die DDP den Oberforstrat H. Zircher aus Karlsruhe als Kandidaten aufgestellt, für den G. Trautwein den Wahlkampf im oberen Teil des Kreises Wolfach organisierte. Ortsvereine bestanden hier nur in Hornberg und in Schiltach; in Gutach fand sich der einzige Vertrauensmann des ganzen Bezirks, und so war es ein erstes Anliegen, die Zahl der Vertrauensleute zu erhöhen, „doch dürfte solches bei den schwarzen Verhältnissen nicht gerade so leicht sein.“ Auf der anderen Seite verweigerten Persönlichkeiten wie der Haslacher Buchdruckereibesitzer Wilhelm Engelberg sen. ihre Mitarbeit unter

Hinweis auf ihre Erfahrungen um die „demokratische Politik“: „Das Bürgertum ist derart politisch indifferent und – feig, daß es nicht zu bedauern ist, wenn sein Einfluß und darum seine Lebenshaltung zurückgeht. Und erst Jungdeutschland! Wenn Hansjakob wieder käme, würde er über das einst gut demokratische ‚Hasle‘ weinen, wie Christus über Jerusalem. Das sind die Enkel und Urenkel der Männer von 1848/49; Puppen in einem demokratisch-republikanisch regierten Staat. Heute wird jedem Schönschwätzer Bravo geklatscht, auch einem Nationalsozialisten, der schon zwei Mal kurz nacheinander hier sprach...“.¹³

Von Schiltach aus wurden nun seit dem Sommer 1929 im oberen Kinzig- und im Wolftal Versammlungen der DDP organisiert, wo es in den meisten Orten „sehr schwer“ war, „Männer zu gewinnen, die ohne Rücksicht aufs Zentrum sich für diese Sachen hergeben.“ In Schiltach selber sprach der Oberforstrat Zircher, der Landesgeschäftsführer W. Stahl, der Landesvorsitzende und Reichsernährungsminister Dr. Hermann Dietrich und am 17. Oktober der als „einer der besten Männer unserer Partei“ angekündigte Dr. Theodor Heuss. Über die Versammlung mit ihm, an der etwa 60 Personen teilnahmen, hat G. Trautwein die folgende Notiz angefertigt: „Was hier sehr beachtet und gelobt

Schiltach, den 16. Oktober 1929.

E i n l a d u n g .

Am Donnerstag, den 17. Oktober d. J. wird

Herr Dr. Theodor Heuss

langjähriger württembergischer Reichstagsabgeordneter

einer der besten Männer unserer Partei abends 8 Uhr im „Rössle“ sprechen.

Wir gestatten uns Sie zu dieser hochinteressanten Veranstaltung ergebenst einzuladen.

Vergessen Sie auch nicht Ihre Frauen und die wahlberechtigte Jugend zur Versammlung mitzubringen.

Deutsch - Demokratischer Verein

Schiltach - Lehengericht.

Einladungsschreiben des Deutsch-Demokratischen Vereins Schiltach-Lehengericht von 1929 (Nachlaß G. Trautwein).

Zwei südwestdeutsche Liberale: links: Wilhelm Stahl, geb. 1903; 1928–1933 Landesgeschäftsführer der DDP in Karlsruhe; 1946–1968 Bürgermeister von Titisee; Mitglied des Badischen Landtags und des Deutschen Bundestags (1949–1961). — rechts: Dr. Theodor Heuss (1884–1963). — vor 1933: Mitglied des Parlamentarischen Rats; 1949–1959 Bundespräsident. (Aufnahme 1953 in Titisee).



wurde, ist der scharfe Trennungsstrich, den er in wirtschaftlichen Fragen zwischen uns und der Sozialdemokratie zieht, andererseits die Unnachgiebigkeit in Kulturfragen gegenüber dem Zentrum. . . .“

Der Wahltag, der 27. Oktober 1929, brachte der DDP nun nicht den erhofften Erfolg. Der Wahlkreis IX schickte zwei Zentrumsleute und einen SPD-Mann in den Landtag nach Karlsruhe, obwohl sich die Stimmen für die DDP allein im Amtsbezirk Wolfach von 607 bei der Landtagswahl 1925 auf 708 erhöht hatten; Hochburgen der Partei waren hier nach wie vor Hornberg (107) und Schiltach (154); auch in Gutach (81) und Haslach (96) erhielt sie ein respektables Ergebnis, während in den Landgemeinden nur vereinzelt Stimmen, wenn überhaupt, auf sie entfielen; in Wolfach (43) rangierte sie bereits abgeschlagen hinter den Rechtsparteien. Während die DDP in den anderen Städten des Kreises hinter dem Zentrum bzw. der SPD den dritten (oder auch vierten) Platz behauptete, lag sie in Schiltach an zweiter Stelle, hinter der SPD (321), gefolgt von DVP (86), DNVP (83) und NSDAP (49), ein Ergebnis, das sie mit Sicherheit dem Wirken der hiesigen Ortsgruppe unter G. Trautwein verdankte. War somit das Ziel, daß „über dem Schwarzwald wieder die demokratische Fahne wehen“ müsse, verfehlt und auch das Engagement G. Trautweins als Versammlungsleiter, Redner und Organisator der Wahlkreisarbeit ohne durchschlagenden Erfolg geblieben, so hatte die DDP insgesamt wenigstens ihre Position im Landtag mit 6 Mandaten gehalten, wiewohl sie 1919 einst 25 Sitze besaß.

G. Trautwein, des Dankes für seine „so außerordentliche Mitarbeit“ gewiß,¹⁴ war dennoch ungebrochenen Kampfesgeistes: Man könne „nie genug in der Aufklärung“ tun, der Einfluß der Pfarrer auf die Frauen sei die Kehrseite des Frauenwahlrechts, so daß man langsam zu dessen Gegner werde, und im Bezirk Wolfach sei einfach das Zentrum „die Parole“. Im März 1930, zur Gene-

ralversammlung des Schiltacher Ortsvereins, konnte er die Mitgliederzahl noch mit 43 angeben, während sich an der mittelständischen Zusammensetzung nichts geändert hatte: Man zählt 11 Kaufleute, 11 Handwerker, 5 Fabrikanten und Unternehmer, 5 Angestellte, 4 Beamte, 4 Wirte, 2 Arbeiter und einen Arzt. Stark bemerkbar machte sich nun die Agitation der Nationalsozialisten, für die sich in Schiltach im Februar 1930 ein Major a.D. in seiner Rede „mit wüsten Schimpfereien über die Republik abgab.“ G. Trautwein, der bereits 1928 „mit einigen anderen Demokraten die erste Versammlung der NSDAP in Schiltach gesprengt (hatte), so daß die Gendarmerie eingreifen mußte . . .“,¹⁵ war nun voll alarmiert, zumal für den März eine Versammlung mit dem Gauleiter Wagner angekündigt wurde. Er forderte von seiner Partei für diese Veranstaltung einen „guten Diskussionsredner“ an, denn „so ganz ohne weiteres . . . dürfen wir die Herren doch nicht hantieren lassen“; er würde sich gerne selber stellen, „doch kennen Sie mich, daß ich zu grob werde und mich überdies zu stark aufrege.“ Es kam dann, als Antwort auf die Naziversammlungen, zu einer gut besuchten eigenen DDP-Veranstaltung mit dem Lahrer Fabrikanten Dr. Paul Wäldin, der sich das Thema „Verantwortungsbewußte Opposition oder Volksverhetzung“ ausgesucht hatte. Im Juni weilte auf Bitten von G. Trautwein der württembergische Landtagsabgeordnete Johannes Fischer in Schiltach, der vor 150 Personen die Frage „Ist der Nationalsozialismus Deutschlands Rettung?“ behandelte. Anwesend waren auch 30 „Hakenkreuzler“ mit einem Diskussionsredner namens Rombach aus Offenburg, „der eine halbe Stunde agitatorisch für die Nationalsozialisten sprach; es hat aber das Benehmen der Nationalsozialisten in der Versammlung bei den Andersdenkenden den schlechtesten Eindruck hinterlassen . . .“ G. Trautwein, der mit dem Verlauf dieser Veranstaltung sehr zufrieden war, stellte fest, daß „wir hier die Offensive gegen diese Brüder ergriffen haben.“ Es bedürfe aber auch der größten Anstrengung, um die bisherigen demokratischen Wähler bei der Stange zu halten, „zumal die Zustände im Reich eine starke Dosis demokratischen Willens erfordern, um nicht abzuspringen.“

Anfangs Juli trat in Schiltach ein NS-Redner namens Selzer auf, und G. Trautwein ließ es sich nicht nehmen, dort als Diskussionsredner zu erscheinen, sich wundernd, „weshalb von den anderen Parteien keinerlei Schritte gegen die Nationalsozialisten unternommen werden; so sind wir immer die, die sich stellen.“ Obwohl es sehr schwer sei, „in der heutigen Zeit Propaganda für unsere Sache zu machen, wo das Bürgertum vollständig kopflos gemacht wurde durch die Herren Nationalsozialisten“, glaubte er hinterher mit seiner Opposition nicht schlecht abgeschnitten zu haben, „was der Beifall meiner Ausführungen mir zeigte.“

Bestrebungen der „Bürgerlichen Vereinigung“ in Schiltach, für die nächsten Kommunalwahlen mit der NSDAP zu paktieren, lehnte er rundweg ab, „damit klipp und klar sagend, daß ich die Art der Nat. Soz. Agitation und deren Benehmen mit meinem Empfinden über politischen Anstand nicht in Einklang

bringen kann.“ Auch trat er Versuchen, die vom Jungdeutschen Orden ausgingen (in Schiltach vertreten durch Georg Götz und Carl Gessner), eine „Volksnationale Reichsvereinigung“ zu bilden, mit dem Hinweis auf eine noch stärkere Zersplitterung durch das Auftauchen einer weiteren Partei entgegen; statt dessen solle die Zusammenarbeit der liberal-demokratischen Parteien verbessert werden. Dennoch sollte er, wie ihm seine Landesgeschäftsstelle mitteilte, die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Kreisen suchen –, die Umwandlung der DDP in die „Deutsche Staatspartei“ kündigte sich an, die für den Ortsverein Schiltach aber erst einmal auf die Zeit nach der Wahl verschoben wurde.

In der Zwischenzeit war in Berlin der Reichstag vorzeitig aufgelöst worden, so daß ein neuer Wahlkampf bevorstand. Für diese Wahl bildeten die Staatspartei und die DVP in Baden und in Württemberg eine Einheitsliste, die dem liberalen Lager einen Wahlerfolg sichern sollte. In den jetzt anlaufenden Versammlungen traten die Vertreter beider Parteien gemeinsam auf, nach dem Verhältnis der letzten Stimmenzahl in den jeweiligen Orten den Haupt- bzw. den Nebenredner stellend. Die diesbezügliche Organisation hatten im oberen Kinzig-, im Wolfach- und im Gutachtal G. Trautwein von der Staatspartei und der Hornberger Fabrikdirektor Cronn für die DVP. Für den Schiltacher Staatsparteilerner war die Zusammenarbeit hier am Ort, wie er nachträglich bekannte, wenig erfreulich. Schlimmer jedoch trafen ihn und seine Partei das Ergebnis der Wahl vom 14. September 1930. Der Wählerrutsch, der die NSDAP auf Reichsebene von 2,6 % auf 18,3 % hinaufschnellen ließ und ihr für 6,5 Millionen Stimmen 107 Reichstagsmandate einbrachte, fand auch im Amtsbezirk Wolfach statt. Hier, wo es bei den Reichstagswahlen 1928 ganze 82 und bei den Landtagswahlen 604 NS-Wähler gegeben hatte, waren es jetzt auf einmal 2726. Nach dem Zentrum (6191 Stimmen) zweitstärkste Partei geworden, ließ sie nicht nur die SPD (2627) hinter sich, sondern auch die „Einheitsliste“ (953), den Evangelischen Volksdienst (808), die KPD (640), die Wirtschaftspartei (580) und, ganz abgeschlagen, die DNVP (278). In Schiltach zählte man 262 NS-Wähler, gegenüber 374 Wählern der SPD, 211 des Evangelischen Volksdienstes, 124 der Einheitsliste, 72 der KPD, 61 der WP und 53 des Zentrums; auch hier war die DNVP mit 6 Stimmen praktisch ausgeschaltet.

In einem bitteren Brief an seine Partei¹⁶ suchte G. Trautwein nach den Gründen für diesen „wenig glücklichen Ausgang der Wahl im Bezirk“: Die „grenzenlose, ins Gemeinste gehende Art der Agitation der Nationalsozialisten“ habe bei dem „vollständig zermürbten Volk, das von Versprechungen zu Versprechungen der anderen Parteien geführt wurde und immer mehr den Boden unter sich entschwinden sieht, der für eine gesunde wirtschaftliche Lage erforderlich ist“, allergrößten Anklang gefunden. Konkurse, Zahlungseinstellungen und Vergleiche in Handwerk und Gewerbe hingen mit der steigenden Steuerlast zusammen, die Berlin „dem kleinen Volk“ aufbürdete. Hier hätte

die NS-Propaganda ihren Boden gefunden; nicht daß die kleinen Bürger Nationalsozialisten wären, es war „lediglich aus der Verärgerung heraus, (daß) sie ihre Stimme uns nicht gaben.“ Unverständlich war es G. Trautwein, daß in den Versammlungen der NSDAP „alle Parteien in der gemeinsten Art im Kot herumgezogen wurden“, daß ihre Redner öffentlich erklären konnten, daß nach ihrem Sieg „alle Angehörigen der anderen Parteien“, welche sie öffentlich bekämpft haben, „aufgehängt werden“. „Und dabei sitzt als Bild eines kraftvollen republikanischen Staates der Kriminalbeamte der Regierung, schreibt sich alles schön auf, und dann versinkt die Notiz in den Schränken der republikanischen Bürokratie.“ Und die Besucher der Nazi-Versammlungen glaubten den Hetzern, da kein Mensch sich gegen die Anklagen gegen die Regierungen und die Parteien wehrte. Was er in „zwei schönen Versammlungen gegen die Nationalsozialisten“ in Schiltach zustande brachte und das dortige Ergebnis nicht noch schlimmer ausfallen ließ, das vermißte G. Trautwein andernorts. Der aufgeblähte Beamtenapparat, die Steuervorteile von Kirchen und Organisationen, die Steuerlast in Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft, die unangreifbare Stellung der Konzerne, die Skandale in der Republik, das waren die Punkte, die der Liberale G. Trautwein nicht mehr verstand, so daß er sich nach diesen katastrophalen Wahlen zutiefst deprimiert für „müde des Kampfes“ erklärte und sich aus der Politik zurückziehen wollte.

Es kostete die Parteileitung in Karlsruhe einige Mühe, ihn davon abzuhalten, die Flinte ganz ins Korn zu werfen. Im November 1930 standen Gemeinde-, Kreis- und Bezirkswahlen an, überdies traten die Mitglieder der „Volksnationalen Reichsvereinigung“ unter Führung von A. Mahraun nach wenigen Monaten aus der Deutschen Staatspartei aus, was für diese eine starke Schwächung bedeutete. Dieses Ereignis, aber auch die Tatsache, daß der badische Landesvorsitzende der Partei, Dr. H. Dietrich, im Reichskabinett als Vizekanzler und Finanzminister die Deflationspolitik Brünnings an verantwortlicher Stelle mittrug,¹⁷ waren nicht dazu angetan, die politische Entmutigung G. Trautweins in diesem Herbst abzumildern. Dazu kam der „Hochmut der Rechtsparteien“ (DVP, WP) bei den Verhandlungen über eine gemeinsame Liste für die Bezirks- und Kreisratswahlen, aber auch „die Hetze gegen uns Demokraten“ von seiten der Nazis, die vor Beleidigungen selbst an einem Ort wie Schiltach nicht zurückschreckten und „uns versuchen in den Dreck zu ziehen“, nur weil man „am Glauben der Demokratie mit allen Mitteln“ festhielt. In einem Fall sah G. Trautwein keinen anderen Ausweg, als auf dem Klageweg gegen „die dauernden Angriffe in politischer und geschäftlicher Beziehung“ vorzugehen.

Bei den Gemeinderatswahlen am 14. 11. 1930 traten in Schiltach die Staatspartei, der Evangelische Volksdienst, die DVP, die WP, das Zentrum und die Volksnationale Reichsvereinigung als „Bürgerliche Vereinigung“ mit einer gemeinsamen Liste an. Die Beteiligung der NSDAP, deren Vertreter zu einer Vorbesprechung über die Listenverbindung aller nicht sozialistisch gesinnten

Gruppen erschienen waren, wurde von G. Trautwein endgültig verhindert, der sich daraufhin in einem NSDAP-Flugblatt mit dem Satz, „daß sich Demokraten mit solchen Leuten niemals an einen Tisch setzen würden“ zitiert fand. Das Wahlergebnis war für die „Bürgerliche Vereinigung“ mit 207 Stimmen (2 Gemeinderatssitze) ausgesprochen schlecht. Die NSDAP erhielt 262 Stimmen und damit erstmals 3 Sitze im Schiltacher Gemeinderat, nun dort gleich stark wie die SPD, auf die 335 Stimmen entfallen waren. „Nun glaubt alles Modepartei wählen zu müssen, um bessere Zeiten zu bekommen“, schrieb G. Trautwein an seine Partei, der er auch mitteilen mußte, daß der Schiltacher Ortsverein besser nicht in die Staatspartei überführt werden solle, „da es sehr zweifelhaft ist, ob man hierfür überhaupt unter heutigen Verhältnissen Mitglieder bekommt.“ Nicht einmal an den Einzug der Beiträge sei hier zu denken, eine nicht besuchte Generalversammlung könne nur in einer Blamage enden. So sei es das Beste, „Zuschauer zu sein, was nun weiter geschieht. Freude an der politischen Arbeit kann man ja auch keine haben.“ Kein Zweifel, der einst so stolze und aktive Schiltacher Ortsverein der DDP lag in Agonie; von den Mitgliedern waren 1930 sechs ausgetreten, die übrigen blieben in dieser wirtschaftlich schweren Zeit zumeist passiv und überließen den politischen Kampf allein dem Vorstand. Dabei ging es doch „um die Erhaltung unseres Staates und um den Kampf, daß dieser Staat nicht in die Hände des Radikalismus fällt, der doch alles, was wir noch haben, zerschlagen würde“, wie der Landesgeschäftsführer der Staatspartei W. Stahl auf die schlechten Nachrichten aus Schiltach an G. Trautwein schrieb.¹⁸

Mit voller Wucht hatte die Weltwirtschaftskrise seit 1931 auch Schiltach getroffen, wo der „Erwerbslosenausschuß“ Versammlungen abhielt. G. Trautwein konzentrierte sich ganz auf sein Geschäft, dessen Inbetriebhaltung seine große Sorge war, „da jeder Tag die Unsicherheit der Außenstände eher vergrößert und die Hiobsbotschaften von Zahlungseinstellungen in ganz erheblicher Zahl zunehmen.“ Ihm, der in viele handwerkliche und kleingewerbliche Betriebe hineinschauen konnte, zeigt sich „in erschreckender Weise die Armut des Mittelständlers“, der keinen Unterschied mehr zwischen Sozialismus, Nationalsozialismus und der heutigen Regierung sehe, da „von der kalten Sozialisierung zur warmen kein weiter Weg mehr sei.“ Unter solchen Umständen im Mittelstand „für die Demokratie zu propagieren“ sei unmöglich, zumal in ihr „der kleine Mann“ im Vergleich zur Großindustrie und den Banken, in „deren Händen die Regierungsvertreter nur die Puppen sind, an deren Schnüren sie ziehen“, nichts zu sagen habe.¹⁹ „Unser Wirtschaftselend“ war die Begründung für weitere Parteiaustritte, die G. Trautwein 1931 erreichten, während in Schiltach nun auch die KPD-Ortsgruppe mit Versammlungen an die Öffentlichkeit trat, so im März mit dem Thema „Wer rettet das Volk vor der kapitalistischen Hungerkatastrophe – Faschismus oder Kommunismus?“.

Im Februar 1932 erreichte G. Trautwein ein vom Reichsfinanzminister Dr. Dietrich persönlich unterschriebener Brief aus Berlin, in dem dieser alle seine

politischen Freunde um Mithilfe bei der „Agitationsarbeit“ bat: Es müsse versucht werden, „dem verblendeten Bürgertum durch unsere Redner die Augen zu öffnen; allem Pessimismus zum Trotz werde jetzt, nach dem Ende des politischen Burgfriedens, „der Kampf gegen die Unvernunft und Phrase der Straße aufgenommen“; nur „ein mutiger Kampf gegen den Wahnsinn des alles zerstörenden Radikalismus sei in der Lage, „den deutschen Staat vor seinen Klauen zu retten.“²⁰ Diesem Appell konnte und wollte G. Trautwein sich nicht verschließen, und er erklärte sich alsbald bereit, „hier wieder etwas von den Demokraten hören zu lassen“. Eine Versammlung mit Dr. Wäldin solle stattfinden, Flugblätter könnten in alle Häuser getragen werden, die „auf die Tätigkeit der Demokraten und Untätigkeit der Nazis in praktischer Politik“ hinweisen. Der wiedererwachte Kampfgeist G. Trautweins stieß aber alsbald auf Grenzen: Seine Parteifreunde in Schiltach ließen ihn für diese Vorhaben allesamt im Stich, ihm noch den Rat erteilend, „die Sache bleiben zu lassen, da die Jetztzeit eben für demokratische Gedanken nicht zugänglich sei“. „Allein auf weiter Flur mit meinen Gedanken“, sagte er die bereits organisierte Versammlung ab und bat darum, „Herrn Dr. Wäldin an einen dankbareren Ort zu versenden“.

Sein politisches Engagement in dieser aufgewühlten Zeit – es standen Reichspräsidenten- und Reichstagswahlen an – suchte und fand er nun in überparteilichen Zusammenschlüssen. Nachdem die staatstragenden Parteien, anders als 1925, sich jetzt auf die Wiederwahl des greisen Reichspräsidenten von Hindenburg festgelegt hatten, entstanden überall im Lande überparteiliche „Hindenburgausschüsse“, die diese Kandidatur propagandistisch trugen. Hier arbeitete G. Trautwein von Anfang an mit, forderte Flugblätter und Plakate an und organisierte bereits für Anfang März eine diesbezügliche Versammlung in Schiltach. Für den „Landesausschuß der Hindenburgfront“ galt seine Adresse als die zuständige im „Bezirk Schiltach“, und es dürfte wiederum er gewesen sein, der dem dann im April auch hier namhaft werdenden „Hindenburgausschuß“ vorstand. Nachdem der erste Wahlgang am 13. 3. 1932 von Hindenburg noch nicht die vorgeschriebene absolute Mehrheit brachte (Ergebnisse in Schiltach: Hindenburg 660, Hitler 356, Thälmann 153 und Duesterberg 15 Stimmen), wurde auch hier die Agitation verstärkt, unter anderem durch sog. „Kasten-Notizen“ in den Zeitungen: „Parteien können in Trümmer gehen, das Vaterland muß doch bestehen; drum Hindenburg die Stimme gibt, wer Deutschland wirklich ehrlich liebt.“²¹

In Schiltach fand am 6. April nochmals eine Kundgebung statt, auf der ein Professor Horn aus Heidelberg über das Thema „Hindenburg, der erste in Krieg und Frieden“ sprach. Der Redner legte die Wahl Hindenburgs, des „über allem Gezänk stehenden greisen Heros des deutschen Volkes“ dem zahlreich erschienenen Publikum vor allem aus außenpolitischen Gründen ans Herz und wunderte sich in bezug auf Hitler, „daß so große Massen einem Manne anhängen können, der bis jetzt außer einem mißglückten Putsch noch keine politi-

sche Leistung aufweisen könne“. Aus dessen Buch „Mein Kampf“ wies er dann noch nach, „wie wenig hoch Herr Hitler die Massen einschätzt, die ihm nachlaufen“.²² Am 10. April 1932 wurde von Hindenburg mit absoluter Mehrheit endgültig wiedergewählt; unter den 19 360 000 Stimmen waren auch 731 aus Schiltach, das seinerseits dieses Mal Hitler 389 und Thälmann 87 Stimmen gegeben hatte. Einmal mehr aber zeigten auch diese Wahlen G. Trautwein, wer hier „aktive Wahlarbeit“ leistete: Es war die „Arbeiter-schaft“, die Plakate geklebt und Flugblätter ausgetragen hatte; auf sie konnte er zurückgreifen, wenn er für die württembergischen Freunde in Schramberg, die im April 1932 Landtagswahlen zu bestreiten hatten, „Saalschutz“ anbot. „Das Bürgertum fehlte und überläßt dem Arbeiter den Schutz der Republik“, dies war sein Fazit bereits im Februar, als unter seinem Vorsitz in Schiltach eine Versammlung der „Eisernen Front“ stattfand. Daß gerade G. Trautwein diesem Bündnis von SPD, freien Gewerkschaften und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold vorstand, hängt mit einer anderen seiner politischen Aktivitäten zusammen: 1926 wurde in Schiltach eine Ortsgruppe des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ gegründet, das sich als politischer Kampfverband für die Weimarer Republik verstand. Hier, wie auch sonst, vor allem von SPD-Mitgliedern getragen, gehörten ihm aber auch junge Männer an, die vom katholischen Gesellenverein kamen, und dazu einige Angehörige der DDP, allen voran G. Trautwein. Er war hier an der Gründung des Reichsbanners beteiligt gewesen, hatte das Amt des Kassierers übernommen (bis 1930) und beteiligte sich, nach einiger Zeit der Abstinenz, seit 1932 wieder stärker an den Aktivitäten dieser Vereinigung, die im Kinzigtal sonst nirgendwo mehr bestand. So ist im Protokollbuch der Ortsgruppe²³ im März ein Appell des „Kameraden Gottlieb Trautwein“ verzeichnet, für den zweiten Wahlgang der Hindenburg-Wahl „alles aufzuopfern, um einen endgültigen Sieg der Republik zu erringen“. Im Juni drängte er zu gemeinsamen Besprechungen von Reichsbanner, SPD, Staatspartei, Radfahrverein und Gesellenverein, der republiktreuen Parteien und Gruppierungen also, ohne damit aber durchzudringen.

Denn wieder standen Reichstagswahlen an, die alle anderen Aktivitäten zurückdrängten. „Verfassungsmäßig nicht zuständige Kräfte haben die Regierung Brüning zu Fall gebracht und die Auflösung des Reichstages herbeigeführt“, so begann der Wahlbrief Hermann Dietrichs „an die Freunde im Lande“; die neue Regierung von Papen, die „auf einem verfassungsmäßig nicht einwandfreien Wege“ ins Amt kam, sei so oder so „ein Werkzeug Hitlers“, und er warnte vor einem Wahlsieg des Nationalsozialismus, „der seinem innersten Wesen nach unduldsam und unfähig“ sei und der „Terror gegen Andersdenkende, Unterdrückung der politischen Freiheit, unübersehbare wirtschaftliche Experimente“ bedeute. Und: „Wir müssen jetzt für die Republik und gegen das Junkerkabinett sowie für die Herbeiführung geordneter parlamentarischer Zustände kämpfen“. Der bisherige Vizekanzler und Reichsfinanzminister hielt am 19. Juni 1932 eine Versammlung in Schramberg ab, zu der der dortige

DDP-Ortsverein einlud, „um der Hitlerei zu zeigen, daß wir Schwarzwälder Demokraten noch am Leben sind und nicht gewillt sind, uns zu Landsknechten stempeln zu lassen“. G. Trautwein organisierte in Schiltach einen gemeinsamen Besuch der Dietrich-Versammlung, wie er auch wieder die Propaganda der Staatspartei im oberen Kinzigtal in seine Hände nahm. Ansonsten vermerkte er betreffs Versammlungen: „Evt. 1 Redner für Schiltach, kann aber auch ausfallen“. Das Wahlergebnis vom 31. Juli 1932 bestätigte nur den weiteren Wählerschwund der Staatspartei in Reich, Land, Kreis und auch in Schiltach, wo sie nur noch 74 Stimmen erhielt, wo erstmals klar auch die SPD (294) den Nationalsozialisten (380) den ersten Platz überlassen mußte, während auf der anderen Seite die KPD sich auf 155 Stimmen steigern konnte (Ev. Volksdienst: 136; Zentrum: 61; DNVP: 39; DVP: 17).

Für die bereits im November neuerlich stattfindenden Wahlen zum Reichstag wurde G. Trautwein nochmals aktiv, indem er für den 30. Oktober eine Versammlung mit dem Schwenninger Fabrikanten und Mitglied des württembergischen Landtags Dr. Mauthe ansetzte. „Die Versammlung wurde durch 400 Handzettel, durch Plakate wie durch Ausschellen so reichlich bekannt gemacht, daß man annehmen hätte können, daß der Besuch ein guter hätte werden sollen. Dem war aber nicht so, ca. 30 Personen waren anwesend“. Daß sie alle aber „hoch befriedigt“ heimgingen, lag an Dr. Mauthe, einem „Volksredner, wie wir hier noch wenige gehört haben, zumal gerade in heutiger Zeit eben das wirtschaftliche Moment, das er glänzend beherrscht, stark anschlägt“. Wer in dieser Versammlung fast ganz fehlte, das war „der alte Stamm der Demokraten“, doch wieder optimistischer, wollte G. Trautwein nach den Wahlen nochmals versuchen, „den Verein wieder auf die Beine zu stellen und noch mehr junge Mitglieder zu werben“. Nachdem auch dieses Mal Flugblätter und Wahlzeitungen verteilt, die Plakate angebracht waren („jedoch muß ich sagen, daß die Württemberger schönere, d. h. besser wirkende haben; bei uns muß man lesen und nochmals lesen, das ist falsch“), hing der Fortgang der Dinge wiederum vom Wähler ab, der sich am 6. November 1932 in Schiltach so entschied: NSDAP 325; SPD 221, KPD 169, Ev. Volksdienst 161, Staatspartei 74, Zentrum 58, DVP 32 und DNVP 30 Stimmen. Die Situation hatte sich also nur geringfügig verändert, eine durchgreifende Verbesserung für die staatstragenden Parteien war nicht in Sicht, während der „Evang. Volksdienst“ als Absender sich darin gefiel, G. Trautwein per Postkarte einen Zeitungsausschnitt mit der aufgeklebten Schlagzeile „von den Demokraten ist nicht mehr viel zu melden“ zuzuschicken. An das Jahr 1932 erinnerte sich G. Trautwein später auch noch aus einem anderen Grund: Bei einer NSDAP-Versammlung kündigte ihm der Parteiredner auf seinen Widerspruch hin an, „unter dem Beifall der Menge von 400 Personen“ daß er „fünf Meter höher gehängt würde als die anderen Gegner, wenn die NSDAP ans Ruder käme“.²⁴

1933: Das Ende der Demokratie

Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und die nachfolgende Reichstagsauflösung stürzte die Deutsche Staatspartei gleich zu Beginn des Jahres 1933 in neue politische Aktivitäten: „Es geht um alles, was wir erstrebt und erreicht haben, um die Freiheit der Wirtschaft“, denn „riesengroß“ sei die Gefahr, „daß es Hitler dieses Mal gelingt, gestützt auf den amtlichen Apparat, zusammen mit Hugenberg die erforderliche Mehrheit zu erringen, um ein einseitiges Parteienregiment in Deutschland aufzurichten“.²⁵ Immer beschwörender wurden die Verlautbarungen der Partei, je mehr sich der politische Druck verstärkte: „Das deutsche Rechts- und Verfassungsleben ist aufs schwerste erschüttert. Gewalttat und Mord beherrschen aufs neue die Straßen. Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung durch Knebelung der Presse und Bespitzelung jedes Staatsbürgers beginnt unser gesamtes öffentliches Leben zu vernichten“. Ein „blindwütiger Haß“ wolle „nur vernichten, ausrotten“, so daß die bevorstehende Reichstagswahl tatsächlich über Deutschlands Schicksal entscheide: „Entweder rücksichtslose Abwehr jeglicher Diktatur auf allen Gebieten des staatlichen und persönlichen Lebens, oder Zusammenbruch aller in jahrhundertlangem Ringen erkämpften Freiheiten“.²⁶ Die Parteiarbeit wurde behindert, ihre Presseverlautbarungen wurden nicht mehr gedruckt, dafür hatten die NS-Zeitungen, „ein Lügenpack von Schreiberseelen“ „den Freipaß für die gemeinsten Lügen“. „Es gibt da nur eine Antwort darauf und die kann nur lauten: Kampf bis zum äußersten dieser Partei, die vor lauter Größenwahn und Herrschsucht nicht mehr zwischen Recht und Unrecht unterscheiden kann, die mit Lug und Trug das politische Leben erfüllt“.²⁷ Wenn Versammlungen wegen des Terrors nicht durchgeführt werden könnten, sollten die Ortsvereinsvorsitzenden „Sprechabende“ abhalten, im Kreis der Mitglieder, deren Freunde und Bekannten.

Das Ziel für die Wahlen am 5. März, „die Entscheidungsschlacht für die deutsche Republik“, sollte die Vereitelung einer Mehrheit für Hitler und Hugenberg sein, für dieses Ziel ging die Staatspartei auch eine „technische Listenverbindung“ mit der SPD ein. In einem letzten Wahlbrief wandte sich der Landesvorsitzende Dr. Dietrich am 1. März nochmals an die Wähler, alle liberalen und demokratischen Argumente zusammenfassend: „Der Sinn der Wahl am 5. März ist der, ob Deutschland einem einseitigen Parteiregiment der Rechten unterstellt wird, oder ob der Verfassung entsprechend eine Mehrheitsbildung stattfindet, aus der die Regierung hervorgeht. Nichts ist falscher, als zu sagen, laßt erst einmal Hitler und Hugenberg abwirtschaften. Denn schon haben die Nationalsozialisten erklärt, daß sie die Macht nicht mehr abgeben. Unsere grundsätzliche Opposition ergibt sich daraus, daß diese Partei den Anspruch auf den Alleinbesitz der Macht erhebt. Wir wissen, daß die Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit auf die Dauer nicht haltbar ist und nur mit Gewalt durchgeführt werden kann . . .“²⁸ Für G. Trautwein, der diesen Brief und anderes Werbematerial verteilen und Plakate aufhängen ließ, stellte sich

der „Wahlkampf“ aber auch in folgendem, an ihn gerichteten Schreiben dar: „Vor Beschädigungen nationalsozialistischer Wahlplakate bzw. Behinderung nationalsozialistischer Wahlpropaganda werden Sie gewarnt“, unterzeichnet: „S.A. Sturm-Abtlg. Schiltach (Geheimdienst)“.

Die Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hatte um diese Zeit ihre Generalversammlung abgehalten und einen neuen Vorstand bestellen müssen, nachdem der bisherige zurückgetreten war. „Nach langem Hin und Her, bei welcher Gelegenheit auch Kamerad Trautwein verschiedentlich in Vorschlag kam, aber deshalb ablehnte, weil er mit Vereinsämtern reichlich gesegnet sei“, wurde der Postschaffner Fritz Fieser gewählt, dem G. Trautwein sich als Schriftführer zur Verfügung stellte. Er war es auch, der „die Anwesenden ermahnte, jetzt nicht irgendeiner nebensächlichen Arbeit sich zu widmen, sondern das Augenmerk auf die Reichstagswahl vom 5. März zu richten, zu werben für die republikanischen Parteien, wo es sei und wann es sei, da vom guten Gelingen dieser Wahl das Wohl und Wehe der Republik und der Farben Schwarz-Rot-Gold abhängen“.²⁹ G. Trautwein sollte nur allzu recht bekommen, nachdem der 5. März 1933 der „Nationalen Front“ (NSDAP 43,9 %, DNVP 8 %) die Mehrheit gebracht hatte. Auch in Schiltach baute die Nazi-Partei ihre führende Stellung aus (514 Stimmen), es konnten aber auch SPD (314) und Zentrum (73) Gewinne verzeichnen (Ev. Volksdienst: 124; KPD: 136; Staatspartei: 40; DNVP: 40; DVP: 19).

Was nun alsbald auf die politischen Gruppierungen außerhalb der NSDAP zukam, das beleuchtet, um beim Beispiel Schiltach zu bleiben, ein Schreiben, das G. Trautwein mit Datum des 14. 3. 1933 den 73 eingeschriebenen Mitgliedern des Reichsbanners zukommen ließ: Er teilte ihnen den internen Vorstandsbeschluß vom 12. 3. mit, „die Ortsgruppe jetzt aufzulösen“, denn: „Überall im deutschen Lande wird durch die Reaktion die Organisation des Reichsbanners verboten, so in Braunschweig, Bayern etc. Da auch in Baden ein ähnlicher Befehl von seiten der neuen Regierung kommen wird, wollen wir diesem zuvor kommen, um das Vermögen der Ortsgruppe der Beschlagnahme zu entziehen“. Jedes Mitglied bekam noch 2,40 RM ausbezahlt, erhielt aber auch die Mahnung, „behaltet im Herzen das Banner Schwarz-Rot-Gold, bleibt den Farben und der Republik im Herzen treu“.³⁰

Ohne ein Nachspiel sollte die Mitgliedschaft G. Trautweins im Reichsbanner jedoch nicht bleiben. Bereits am 20. März wurde er frühmorgens an der Haustüre mit dem Oberwachtmeister Kücherer und dem Wolfacher SA-Mann Heinz konfrontiert, die bei ihm eine Hausdurchsuchung machen wollten. Es ging um die Fahne der Ortsgruppe des Reichsbanners, die 1929 mit einem zweitägigen Fest „geweiht“ worden war und die er in Verwahrung haben sollte. G. Trautwein konnte „den beiden Fahndern“ glaubhaft versichern, daß er die Fahne und auch die Akten durch einen Heizer der Firma Karlin verbrennen lassen hatte, so daß sie auf die Durchsuchung verzichteten, die sie übrigens in der

selben Nacht bei anderen Reichsbanner- und SPD-Mitgliedern durchgeführt hatten. Tatsächlich war die Verbrennung vorgetäuscht, G. Trautwein hatte Fahne und Protokollbuch versteckt, um sie nicht in die Hände der Nazis fallen zu lassen, die dann auch noch im März 1933 auf dem Schiltacher Marktplatz eine Fahnenverbrennung inszenierten. Die Polizeiaktion bei ihm ließ G. Trautwein am Charakter der „Machtergreifung“ keine Zweifel zu: Willkür, Rechtlosigkeit, Verlust der bürgerlichen Grundrechte, kurz: „Die deutsche demokratische Republik ist nicht mehr“. „Das deutsche Volk, das am 5. März in seiner überwiegenden Mehrheit sich für die sogenannte nationale Regierung Hitler-Hugenberg entschied, wird vielleicht bald einsehen, daß die Freiheiten demokratischer Regierungen nicht wieder einbringbar sind...“³¹

Die Nachrichten, die ihn von der Landesgeschäftsstelle der Staatspartei erreichten, konnten ihn in dieser Meinung über das Ende der Demokratie in Deutschland nur bestätigen. Die Ortsvereine sollten als „Gesinnungsgemeinschaften“ erhalten bleiben, gesellige Zusammenkünfte, Stammtische, Wanderungen, gegenseitige Besuche könnten den Zusammenhalt festigen, „bis die Zeit kommt, wo wir endgültig sehen können, was zu tun ist.“³² Schon im Mai 1933 ging es im Gesamtvorstand in Berlin um die Selbstauflösung der Partei, die noch mit fünf Abgeordneten im Reichstag vertreten war, darunter Dr. Dietrich und Dr. Heuss. Ende Juli teilte der langjährige Landesgeschäftsführer Willy Stahl dann die „Liquidation“ der Geschäftsstelle in Karlsruhe mit, allen dankend, „die unserer Sache bis zum letzten die Treue gehalten haben“.³³ Aus dem Demokratischen Verein Schiltach traten die letzten Mitglieder im April aus, darunter ein Lehrer, der folgendes mitteilte: „Schon lange allem Parteileben fern, habe ich mich entschlossen, aus der Staatspartei auszutreten. Es ist auch für Beamte gegenwärtig ratsam, Neutralität zu üben...“

G. Trautwein entschloß sich ebenfalls zur „vollständigen Enthaltung in politischen Angelegenheiten“, nicht ohne in einem bitteren Brief nochmals seine grundsätzliche Kritik zu formulieren: Das „kampflose Abtreten der Demokratie“, das fatalistische Sichabfinden von Staatspartei, Reichsbanner und Eiserner Front „mit den Verhältnissen“ hätte ihn zu diesem Entschluß gebracht. Nicht daß nun auch er seine Weltanschauung ändere, wie so viele andere in den letzten Wochen, „ich bin und bleibe Demokrat“. Nur habe auch die Demokratie selber versagt, die sich in Presse und Versammlungen auf der Nase herumtanzen ließ, die pflichtvergessene Männer in Regierungsämtern duldeten oder mit Pensionen versorgte und die den gewerblichen Mittelstand durch endlose Belastungen in die Arme der Nazis trieb. „Da ich genügend bei der Polizei dafür bekannt bin, daß ich früher gegen die Nazis arbeitete..., halte ich es für besser, wenn in dieser Zeit, in der auch wohl die sachlichste Kritik nicht mehr davor schützt auf den Heuberg zu kommen, ich mich vollständig zurückziehe.“ Und trotz dieses Rückzuges auf sein Geschäft und seine Familie formulierte er als seine innigsten Wünsche, „daß einst das deutsche Volk für eine

Demokratie reifer ist, als es in den letzten 14 Jahren war, und uns Führer gegeben werden, die uns das hehre Gut der Demokratie unverfälscht erhalten“. Dann wolle er wieder mitarbeiten – möge aber „bald die Zeit der Diktatur“ vorüber sein.³⁴

Leben und Überleben im „Dritten Reich“

„Als Hitler die Macht übernahm, wurde es einsam um mich.“³⁵ Alte Parteifreunde zogen sich von G. Trautwein zurück, „um leichter den Weg zu den Nazis zu finden“. Er selber trat im April 1933 unter Protest aus dem Schiltacher „Gewerbe- und Handwerkerverein“ aus, dessen Vorstand er bis dahin gewesen war, als dieser auf einer außerordentlichen Generalversammlung „gleichgeschaltet“ werden sollte, und scheute sich nicht, dies auch schriftlich mitzuteilen: „Als Demokrat lehne ich es ab, einem Verein anzugehören, der politisch einseitig aufgezoogen, nur den Zweck verfolgt, jede berechnigte Kritik Andersdenkender zu unterdrücken“. Mit den neuen Verhältnissen und ihren Machthabern konnte er sich einfach nicht abfinden und zeigte dies auch in Kleinigkeiten, so der Absage an die „NS-Wohlfahrt“, die ihn zu Spenden aufforderte: Seit Jahren schon würde er Bedürftige unterstützen, „ohne öffentliche Aufforderung hierzu“, ansonsten müsse er einem arbeitslosen Schwager, der ohne behördliche Unterstützung sei, Hilfe zukommen lassen. Mut gehörte schon dazu, daß er im Herbst 1933 beim Bankett anlässlich einer Schuhmacherfachausstellung nicht aufstand, „als die Lieder der Nation des Dritten Reiches gesungen und die Hand zum Gruße erhoben wurde. Mein Vorbild veranlaßte ca. 10 Personen sich wieder zu setzen und es mit mir zu halten“. Als beim deutschen Turnfest 1933 in Stuttgart Hitler und Göbbels auf der Tribüne erschienen und die Menge in Begeisterung ausbrach, „war ich weit und breit der einzige, der die Hand nicht erhob und sich nicht an der Ruferei beteiligte“, trotz der Beschimpfungen und Drohungen der Umstehenden. Bis ins Jahr 1935 hinein war das Haus von G. Trautwein, das repräsentativ am Marktplatz lag, das einzige, das bei den zahlreichen Kundgebungen jener Tage keine Fahne zeigte. „Daß wir die Fensterläden schlossen, sollte klar zeigen, daß wir mit der Sache nichts gemein hatten“. Erst unter dem Druck der Partei, der es auf das geschlossene Fahnenmeer am Marktplatz ankam, schaffte der andere Hausmitinhaber eine Hakenkreuzfahne an. Um 1936 kamen die alten Parteifreunde der ehemaligen DDP nochmals in Villingen zusammen, darunter Dr. Wäldin, W. Stahl, W. Zehnder, um die politische Situation zu besprechen. Es war G. Trautwein, der meinte, man müsse wieder politisch aktiv werden, doch mußten alle Anwesenden sich die Sinnlosigkeit jeglichen Vorhabens eingestehen.³⁶ 1938 lehnte G. Trautwein bei einer Gerberinnungsversammlung in Baden-Baden in Anwesenheit des Reichsinnungsmeisters, eines SS-Obersturmführers, den ihm wiederholt angebotenen Obermeisterposten in Baden mit der Begründung ab, daß er „mit dem Dritten Reich nicht einig gehe“, eine Erklärung, die „wie ein Hammerschlag wirkte“.

Die Schiltacher Ortsgruppenleitung der NSDAP mit Ortsgruppenleiter A. Vornfett an der Spitze scheint G. Trautwein, der vor 1933 immer mit offenem Visier gegen sie gekämpft hatte, nach wie vor respektiert zu haben, auch wenn sein Name beispielsweise im Jungvolk als der eines „unnachgiebigen Demokraten“ genannt wurde und andere Nationalsozialisten es nicht sehen konnten, daß die Andersdenkenden noch frei herumlaufen“. Mit den Jahren, besonders seit dem 1939 begonnenen Krieg, konnte sich aber auch er nicht mehr ganz dem Druck der Partei entziehen. Ab 1940 stellte sich G. Trautwein, alter Militärfunker „mit Leib und Seele“, der Segelfliegergruppe der Schiltacher HJ zur Verfügung, um an zwei Abenden in der Woche den Segelfliegern „die Anfangsgründe der Funkerei“ beizubringen, für ihn eine Hobbytätigkeit ohne politischen Hintergrund. 1942 kam es schließlich auch zur Mitgliedschaft in der NSDAP, ein Entschluß, dem mehrere vergebliche Aufforderungen zum Parteieintritt von seiten der Kreisleitung vorausgingen; auch seien Maßnahmen gegen ihn nicht mehr auszuschließen, wie ihm von den Herren der Ortsgruppe bedeutet wurde. Ausschlaggebend waren jedoch innergeschäftliche Schwierigkeiten. Die behördlich verlangte Umänderung der 1875 gegründeten väterlichen Firma in die neue juristische Form der „Gebrüder Trautwein“ forderte auch von dem Teilhaber G. Trautwein die Parteimitgliedschaft, wenn er seinen Geschäftsanteil bewahren wollte. Es ging also letztlich um die wirtschaftliche Existenz, auch die seiner Familie, und G. Trautwein sah sich in einer als ausweglos empfundenen Situation: „Vor die Tatsache gestellt, entweder mein Brot zu verlieren oder in den sauren Apfel zu beißen, habe ich meiner Familie zulieb eingewilligt“.³⁷ Das Parteiabzeichen hat G. Trautwein nie getragen, nur, wie er gesteht, zwei öffentliche Versammlungen und eine Parteiversammlung besucht, sich aber „nicht propagandistisch betätigt“. „Ich bezahlte den Beitrag, blieb aber im Herzen meiner alten Gesinnung treu, wie 10 Jahre zuvor. Nicht versöhnt mit dem Nationalsozialismus, blieb ich bei den alten Nazis immer der Demokrat, der nie auf der Straße oder sonst mit ‚Heil Hitler‘ grüßte, nur wenn ich eine Amtsstube betrat“.

Im November 1944, als auch in Schiltach der „Volkssturm“ aufgestellt wurde,³⁸ lehnte G. Trautwein dem Ortsgruppenleiter Vornfett gegenüber die Übernahme des Kompanieführerpostens ab; ebenso verhielt er sich, als zwei Offiziere des Kreisstabs in Wolfach ihn ernennen wollten, und zwar jeweils unter Hinweis auf seine politische Vergangenheit von vor 1933, aus der heraus er jetzt nicht Volkssturmführer werden könne. Dabei war ihm bewußt, daß der Volkssturm „letzten Endes nur eine Parteiorganisation“ darstellte, so daß für ihn die Übernahme dieses Postens gerade deshalb nicht in Frage kam. Nicht mehr wehren konnte er sich gegen das Amt des stellvertretenden Kompanieführers, für das er als Kriegsteilnehmer von 1914/18 unentbehrlich erschien. So blieb es also auch G. Trautwein nicht erspart, noch in der letzten Phase des Nationalsozialismus in dessen jeden einzelnen ergreifenden Machtanspruch zu

geraten und für ihn notfalls auch noch das Leben in die Schanze werfen zu müssen.

Mit dem schließlich zum Kompaniechef ernannten Chr. Joos, dem stellvertretenden Schiltacher Ortsgruppenleiter, verband G. Trautwein alsbald die Einsicht in die militärisch hoffnungslose Lage, aus der bei beiden der unbedingte Willen erwuchs, die ihnen anvertrauten Männer aus den Strudeln des näher-rückenden Krieges herauszuhalten und die Heimat nicht als Schlachtfeld zu opfern. Ebenso dachten der Kompaniefeldwebel F. Dinger und der als Schreiber eingesetzte H. Fieser, so daß der Wert der Volkssturmkompanie Schiltach, sie hatte die Bezeichnung „Kompanie 322“, für G. Trautwein darin lag, in den entscheidenden Tagen und Stunden „beherzte Männer zur Seite zu haben“, auf die man sich verlassen konnte.

Eine erste große Gefahr war die im Januar 1945 beabsichtigte Zuteilung der Kompanie an eine bei Ulm stehende Felddivision, die Chr. Joos mit aller Macht verhindern konnte, obwohl die Marschkarten bereits ausgegeben waren. „Wir, die wir die Gefährlichkeit des Befehls kannten, werden ihm stets dankbar sein“. Nicht zu vermeiden waren die an den Sonntagvormittagen angesetzten Schieß- und Marschübungen, zu denen die etwa 300 Mann der Kompanie ausrückten, sowie das Anlegen von Stellungen und Panzersperren an den Ortsausgängen von Schiltach und Schenkenzell.

Mitte April 1945, als die französischen Truppen in die Ortenau einrückten und auch auf Freudenstadt zumarschierten, konnte es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis sie auch das Kinzigtal besetzten. Am 16. April, morgens gegen 4 Uhr, wurden die beiden Kompaniechefs telefonisch alarmiert und erhielten vom Kreisstab und vom Ortsgruppenleiter den Befehl, mit ihrer Kompanie die Stellungen zu besetzen und die Panzersperren zu schließen, also bewaffneten Widerstand zu leisten. G. Trautwein konnte Chr. Joos davon überzeugen, daß jegliches Kämpfen zwecklos war, und er übernahm die alleinige Verantwortung für die Übergabe von Schiltach: „Wenn jetzt der Feind kommt, solange es noch Nacht ist, wird Schiltach ohne einen Schuß besetzt, und das müssen wir erreichen“. Mit einem weißen Kopfkissenbezug begab er sich an die obere Säge, an die offene Panzersperre an der Straße nach Schenkenzell, und wartete zweieinhalb Stunden, „mutterseelenallein, um den Feind ins Städtchen zu geleiten“. Die Ereignisse bei der Besetzung Freudenstadts hatten den französischen Vormarsch jedoch verzögert, so daß G. Trautwein vergeblich auf eigene Faust zu handeln versucht hatte.

Die Alarmierung der Volkssturmmänner konnte nun nicht länger verzögert werden, während die Einwohner von Schiltach „in aufgeregtem Treiben“ Kleider, Möbel, Bettzeug und Eßwaren in den Wald schafften. Eine deutsche Strafkompagnie traf ein, um nochmals Baumsperren zu errichten, und auf dem Schiltacher Rathaus zog eine Volkssturmwache auf. Zunehmende Fliegertätig-



Das Schiltacher „Vorstädtle“ mit der 1864 erbauten Stadtbrücke um 1930 (Sammlung H. Harter)

keit zeigte das Nahen des Feindes an. Schlag auf Schlag folgten nun auch die Meldungen über das Vorrücken der französischen Truppen ins obere Kinzigtal und auf der Hochebene bis Schramberg, das am 20. 4. eingenommen wurde. G. Trautwein hatte in der Zwischenzeit sich um Vielerlei zugleich zu kümmern. Da waren befehlsgemäß die Panzersperren zu besetzen und die Männer einzuweisen, die mit Gewehren und Panzerfäusten bewaffnet waren. Nur auf seinen ausdrücklichen Befehl sollten sie jedoch die Sperren schließen, sichere Fluchtwege waren abgesprochen.

In Schiltach war inzwischen ein Sprengtrupp eingetroffen, dessen Führer, ein technischer Oberinspektor, auf dem Rathaus telefonisch Sprengstoff anforderte. Dabei wurde er von der dortigen Volkssturmwache belauscht (K. Bühler, Sonnenwirt, O. Wolber), die sofort G. Trautwein informierten, der seinerseits nach langem Verhandeln von dem Sprengtruppführer erfuhr, daß er im Raume Schiltach umfangreiche Sprengungen plante (alle Brücken, der Hohensteinfelsen, das Eisenbahntunnel Richtung Schenkenzell). G. Trautwein informierte andere in Schiltach stationierte Wehrmachtsoffiziere und konnte sie zusammen mit K. Bühler und O. Wolber davon überzeugen, daß Brückensprengungen hier militärisch sinnlos waren und nur den Zweck haben konnten, „dem Feind tote Erde zurückzulassen“. Von nun an wurden die Brücken bewacht und der Sprengtruppführer durch K. Bühler „beschattet“, der diesem denn auch mit

Erschießen drohte. Am 19. 4. abends zerstörte der Sprengtrupp die Eisenbahnbrücke in Schenkenzell: „Der ungeheure Luftdruck und die Detonation waren hier (in Schiltach) gut zu spüren“. Am Hohensteinfelsen waren inzwischen Sprenglöcher angebracht worden. Dort verpflichtete sich W. Bösch, Werkmeister bei der in der Nähe gelegenen Firma Karlin, mit seinen Leuten eine Sprengung unter allen Umständen zu verhindern und auch die dortige untere Bahnhofsbrücke zu bewachen. Auf der Stadtbrücke war seit dem Vormittag des 20. 4. Chr. Joos stationiert, mit Maschinenpistole und Handgranaten bewaffnet, unterstützt von anderen Volkssturmmännern. Andere von G. Trautwein um Mithilfe gebetene Schiltacher, verwiesen auf ihre Geschäfte und verzogen sich, während Chr. Joos sich drei Mal sagen lassen mußte, daß er erschossen werden würde, wenn er die Sprengung behindere. Es müssen sich an diesem Freitag auf der Stadtbrücke erregte Szenen abgespielt haben, an denen sich auch die Bärenwirtin und die Eßlingerbäckerin beteiligten, die sich ebenfalls nicht scheuten, gegen den Sprengtruppführer vorzugehen. Ein einsichtiger Wehrmachtsoffizier, der Oberleutnant B. Gnirs, stellte auf Bitten von G. Trautwein dann für mehrere Stunden einen Zug seiner Pioniere zur Brückenbewachung ab, so daß der Sprengtrupp angesichts dieser verstärkten Wachen abends schließlich nach Wolfach abzog, um dann dort die Stadtbrücke in die Luft zu jagen. Am Bahnhof hatten sich Eisenbahner gegen die Sprengung der Bahnhofsbrücken und des Tunnels gewehrt und erreichen können, daß in demselben nur vier Waggons zur Entgleisung gebracht wurden. G. Trautwein konnte so im nachhinein sagen, daß hier in Schiltach im entscheidenden Moment „ein Widerstandsherd auftrat, der zum glücklichen Ausgang führte.“ Sein Anteil an der Erhaltung der Schiltacher Verkehrswege war insofern noch ein besonderer, als daß er auf die Information hin, in einem Schuppen der Firma Grohe lagerten große Mengen Sprengstoff, der der Wehrmacht übergeben werden sollte, alles unternahm, um diesen zu beseitigen. In der Nacht des 18./19. April transportierte er mit sieben anderen Volkssturmmännern die 114 Sprengstoffkisten in den Hunersbach, wo sie dieselben in einem alten Bergwerksschacht versenkten und so jeglichem Zugriff entzogen.

Seit dem 15. 4. lag ein Befehl der Kreisstabsleitung an die Schiltacher Kompanie vor, daß 57 Mann sich unter dem Kommando von Chr. Joos auf den Marsch nach Villingen zu begeben hätten, um dort in die Wehrmacht eingereiht zu werden. G. Trautwein konnte den Kompanieführer zu der Nichtausführung dieses Befehls überreden, der sich für die Beteiligten nur verhängnisvoll ausgewirkt hätte, und übernahm dafür die alleinige Verantwortung. Mit immer neuen Ausreden am Telefon hielt er den nachfragenden Kreisstab hin, bis man sich nach vier Tagen dort nicht mehr länger täuschen ließ: „Der Hauptmann im Kreisstab nannte mich einen Meuterer, sprach von der Nichtausführung eines gegebenen Befehls, Gehorsamsverweigerung und schimpfte in den gemeinsten Ausdrücken“. Für den Abend des 18. wurde ein Appell der ganzen Kompanie angesetzt, und deren Führer bereiteten sich auf ihre Verhaf-



Blick auf die Schiltacher Altstadt um 1935. Im oberen Stock des großen Fachwerkhauses links von der Bildmitte („Marktplatz 9“) wohnte die Familie G. Trautwein (Sammlung H. Harter).

tung vor, der sie freilich mit Waffengewalt entgegengetreten wären. Tatsächlich erschien nur ein Hauptmann des Kreisstabs, der vor versammelter Mannschaft Chr. Joos und G. Trautwein für den nächsten Morgen das Standgericht ankündigte. „Ich hörte kaum das Wort ‚Standgericht‘, als ich ihn anbrüllte, er solle mit seinen Worten vorsichtiger umgehen, da er vielleicht schneller vor dem Standgericht stehe als wir. In einer sehr erregten Debatte von 20 Minuten Dauer... wurde ich wiederholt durch starken Beifall der Volkssturmlaute unterbrochen. Bravorufe, ‚sehr richtig‘ und ähnliche Stimmungsausdrücke setzten ein, als ich nochmals erklärte, daß Joos und ich gar nicht daran denken würden, die Leute leichtsinnig aufs Spiel zu setzen“. Der Hauptmann zog unverrichteter Dinge ab, Standhaftigkeit und Mut, aber auch die Solidarität der Kompanie, hatten diese Situation bereinigt, doch nur der Umstand, „daß die französischen Truppen schneller vorrückten, als die Herren im Kreisstab es wollten, verhinderte in unserem Falle ein Zusammentreten des Standgerichtes, das ja an verschiedenen Orten des Bezirkes wütete“.

Zur Verteidigung von Schiltach rückten am 20. 4. noch kleinere Wehrmachtsteile ein, einige Flak und Panzerabwehrkanonen, die an der Gemarkungsgrenze zu Schenkenzell in Stellung gingen, dazu Infanterie, die sich am Kirchberg und am Hohenstein einrichtete. „Diese Verteidigung, so schwach sie war, hätte jedoch genügt, um den Gegner zu reizen und das ganze Städtchen in Schutt und Asche zu legen“. Tatsächlich schossen die leichten Geschütze abends in Richtung Schenkenzell, das um diese Zeit besetzt wurde, rückten dann in der gleichen Nacht aber wieder ab, ebenso die Infanterie, da die Truppenführung

eine Einkesselung befürchtete. Ein deutscher Offizier war noch am Nachmittag ins Rathaus gekommen und hatte den Bürgermeisterstellvertreter Adolf Trautwein bewogen, alle NS-Plakate und -Anschläge wegzureißen. Auch das große, von Eduard Trautwein gemalte Hitler-Bild, das bei Kundgebungen die Rathausfassade geziert hatte, wurde nun zertrümmert. Darüber herrschte bei einigen Pgs. Aufregung. Einem jungen Unteroffizier, der sich deswegen aufregte, mußte ich ganz deutlich sagen, daß diese Zeiten nun endgültig vorbei seien...“ Man verbrannte auch die Hakenkreuz- und die anderen Parteifahnen, und G. Trautwein war sich der Situation bewußt: „Fahnenverbrennung! Hier wiederholte sich im umgekehrten Sinne jene Fahnenverbrennung im März 1933, wo schwarz-rot-goldene Fahnen auf dem Marktplatz von den Nazis verbrannt wurden“.

Noch bevor am Spätnachmittag des 20. April, „Führers Geburtstag“, der Ortsgruppenleiter Vornfett zusammen mit seinen drei Zellenleitern Schiltach verließ, befahl er G. Trautwein die endgültige Schließung der Panzersperren in Schenkenzell und an der oberen Säge. Seine Antwort: „Ich schließe die Sperren nach Lage der Dinge“. Er, der gewillt war, diesen Befehl durch Verzögern zu unterlaufen, wurde jedoch alsbald damit konfrontiert, daß ein anderer NS-Funktionär, ein Reichsredner namens Bernhöfft, die sofortige Schließung in Schenkenzell befahl. Dessen Handlanger waren die Leute eines „Panzervernichtungstrupps“, die ebenfalls aus der Gegend stammten und „noch etwas Werwolf spielen wollten“. Um die Schließung auch der Sperre an der oberen Säge zu verhindern, blieb G. Trautwein keine andere Wahl, als mit der Waffe zu drohen: „Der Trupp zog im Abstand von sechs Schritt voraus, wir mit fertig gemachtem Gewehr hintendrei“. Auch mit Bernhöfft gab es nochmals eine schwere Auseinandersetzung, als dieser, das Motorrad zur Flucht bepackt, die Panzersperrenschließung befehlen wollte.

Nicht zu verhindern war der von Vornfett noch angeordnete Abtransport der vielen Fremdarbeiter, die in den Schiltacher Industriebetrieben eingesetzt waren. „Russen, Polen, Franzosen, Holländer sollten, nachdem sie zumeist unfreiwillig aus ihrer Heimat hierher kamen, nun auf die gleiche Art Schiltach wieder verlassen. Modernes Sklaventum, von Menschen eingerichtet, die sich als Firmenschild „Arbeiterpartei“ nannten!“ Der Betriebsleiter Lüder hatte vergebens darum gebeten, diese Menschen doch hier zu belassen, da man sie doch kenne und auf sie einwirken könne. Vornfett bestand auf seinem Befehl, und es war „ein Elendsbild sondergleichen, als Männer, Frauen mit kleinen Kindern in einem langen Zuge Wolfach zu sich bewegten“. Fliegerangriffe dezimierten die Kolonne, die nach einigen Tagen halbverhungert in Villingen ankam, von wo sie sofort wieder zurückgeschickt wurde. „Daß diese armen Menschen verbittert wieder in Schiltach ankamen, braucht nicht zu wundern“.

Nachdem abends von Schiltach aus auf das vom Feind besetzte Schenkenzell geschossen worden war, sollte die Antwort von dort nicht ausbleiben. G.

Trautwein ging noch einmal mit einigen seiner Männer die Brücken und Sperren ab, als nach Mitternacht, es war jetzt der 21. 4., Artilleriefuer einsetzte. Zum Glück saßen die meisten Schüsse im Kirchberg und im Häberlesberg, doch wurden die katholische Kirche und sechs Häuser beschädigt. Die Beschießung dauerte in kurzen Abständen bis 4 Uhr morgens. G. Trautwein harrte währenddessen auf dem Rathaus aus, allein, damit wenigstens ein Verantwortlicher dort zu erreichen war. Bürgermeister E. Groß hatte in französischer Sprache einen Zettel an seine Amtstüre gehängt, das Rathaus sei wegen eventueller Beschießung geschlossen, er würde nach einer erfolgten französischen Besetzung sogleich zurückkehren.

Dank des Rückzugs der deutschen Soldaten und des besorgten Verhaltens von G. Trautwein wurde von Schiltach aus kein Widerstand geleistet, die Besetzung der Stadt war auf Grund der von ihm mit größter Energie offen gehaltenen Panzersperren jederzeit möglich. Nicht zu vergessen jene einsichtigen Schiltacher, die ihm „geholfen und zusammengehalten haben, wie wenn alles längst vereinbarte Sache gewesen wäre.“ Anders war es im Hinteren Lehengericht, wo Schramberger Volkssturm gegen französische Panzer vorging, die dann den Hinterhof in Brand schossen, oder auch in Schenkenzell, wo der dortige Zugführer der Kompanie 322 entgegen dem ausdrücklichen Befehl von G. Trautwein, die Panzersperre gegen Alpirsbach schließen ließ, so daß sich auch dort Gefechte entwickelten.

Am frühen Morgen des 21. April suchte eine erregte Menschenmenge den Bürgermeister auf und verlangte von ihm die Übergabe von Schiltach. G. Trautwein, den sie auch angingen, war nach den vielen Tagen der Anspannung zu erschöpft, um auch noch diesen letzten Akt selber über die Bühne zu bringen. Wohl sah er auch nicht ein, daß es nicht noch andere gab, „die auch etwas für Schiltach tun könnten“. Die übergabebereiten Schiltacher wurden von der Frau des Ortsgruppenleiters noch als Feiglinge beschimpft, bevor der Bürgermeister den Übergabezettel geschrieben und H. Siebald und F. Wöhrle übergeben hatte, die ihn dann nach Röttenbach zum französischen Kommando brachten. Schon vorher war der des Französischen mächtige Weinhändler P. Wolber mit dem Fahrrad und einer weißen Fahne nach Schenkenzell gefahren, um weitere Beschießungen zu verhindern und die schriftliche Übergabe anzukündigen.

Vor Kuhbach, wo seine Familie untergebracht war, beobachtet G. Trautwein den Einmarsch der französischen Truppen: „Zuerst kam ein Motorradfahrer, dann Panzerspähwagen und LKWs mit aufgesessener Infanterie“. Als der Mann, hinter dem eine Woche höchster Verantwortung lag, in sein Haus am Marktplatz zurückkehrte, stand dort ein die Haustüre blockierender Panzerspähwagen. „Der Funker hatte viel Arbeit. Unaufhörlich sandte er seine Morsezeichen in die Welt hinaus, jedenfalls die Einnahme Schiltachs anzeigend“.

Die unmittelbare Nachkriegszeit

Die ersten Tage nach der französischen Besetzung, dem sog. „Umsturz“, sind auch in Schiltach ziemlich chaotisch verlaufen. „Auf dem Marktplatz standen schwere Panzer, Spähwagen kamen und fuhren wieder weg“, und noch am Abend des 21. 4. dröhnte Kanonendonner von Halbmeil her, wo am Bühl eine deutsche Abteilung starken Widerstand leistete, einige Gefallene und getötete Zivilisten hinterlassend. Gefangene deutsche Soldaten wurden auf dem Marktplatz gesammelt und auch die auf Heimaturlaub sich befindlichen oder vom Lazarett beurlaubten Schiltacher kamen in Gefangenschaft.³⁹ Durch die Ortschelle wurde am 22. 4. die Ablieferung aller Radio- und Fotoapparate auf dem Rathaus bekannt gemacht. G. Trautwein traf dort viele seiner Mitbürger und sah die vielfach aufeinandergeschichteten Radios, „eine Menge, die ich in Schiltach nicht erwartet hätte“. Ihm und dem gleichfalls anwesenden Chr. Joos gratulierte der evangelische Stadtpfarrer Schropp, „daß es uns gelungen sei, Schiltach so zu schützen“; auch von anderer Seite hörten sie, daß sie das Städtchen gerettet hätten.⁴⁰

Inzwischen waren auch die Fremdarbeiter zurückgekehrt, abgerissen und hungrig, und von einem Teil von ihnen ausgehend kam es an zwei aufeinanderfolgenden Tagen (am 22. und 23. 4.) zu Plünderungen von Bekleidungs- und Schuhgeschäften, an denen sich aber auch Einheimische beteiligten, was „ein dauernder Schandfleck für diese Leute sein und bleiben wird“. Für G. Trautwein zeigte sich „ein widerliches Bild vollständigen wirtschaftlichen und politischen Zerfalls“, wobei ihm aber klar war, wie es dazu hatte kommen können: „Vabanquespieler übelster Art, die ein fleißiges Volk in 12 Jahren dem Ruin auslieferten, Banditen, Verbrecher von Beruf hätten nicht schlimmer das Erbe Hindenburgs antreten können . . . Was Jahrhunderte deutscher Fleiß, Können und Geist in der Welt für uns errangen, was der Sparsinn von Generationen erbaute, hat der Despot Adolf Hitler zerschlagen, vernichtet!“

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich am 30. 4. die Nachricht, daß der ehemalige Ortsgruppenleiter A. Vornfett und der Parteigeschäftsführer E. Kramer verhaftet und in Halbmeil erschossen worden waren. G. Trautwein hat auch diesen aufsehenerregenden Vorgang in seine Notizen aufgenommen und die Erschießung mit der von Vornfett befohlenen Deportation der Fremdarbeiter in Verbindung gebracht. Das Mordkommando setzte sich aus einem jugoslawischen Fremdarbeiter, einem zugezogenen Deutschen aus Köln und als „Chef“ einem angeblichen französischen Offizier zusammen, der sich zwei Tage lang in Schiltach als Ortskommandant aufgespielt haben soll und nachher verschwand. Ob hier eine französische Geheimdienstoperation stattfand oder ein privater Racheakt vorlag, bleibt ungeklärt.⁴¹ G. Trautwein konnte die Erschießung gerade Vornfetts nicht verstehen, da dieser „1933 in sehr anständiger Weise mit allen Nichtnazis umging“ und auch in der ganzen Zeit „nie jenen Radikalismus gepredigt und gezeigt hat, wie so manche andere Nazis“. Ihm war jedoch auch

bewußt, daß „die Umstellung im politischen Leben durch die Besatzung nicht spurlos vorübergeht“ und daß „ein Ventil geöffnet werden wird, um die verhaßte Nazi-Partei zu treffen“.⁴²

Die Zeremonie einer Flaggenhissung durch die Franzosen am Schiltacher Rathaus anfangs Mai 1945, zu der Spahis (algerische Reiterei) in roten Umhängen und gelben Turbanen aufmarschierten, war für den an seinem Wohnzimmerfenster stehenden G. Trautwein Anlaß für schwere Gedanken: „Seit den Zeiten 1806 – 13 sind keine fremden Soldaten mehr mit Waffen auf Schiltacher Boden gewesen. Adolf Hitler war es beschieden, durch seine größenwahnsinnige Politik die ganze Welt gegen uns zu sammeln, um diese Tatsache Wirklichkeit werden zu lassen“. „Mit Tränen in den Augen“, wie er schreibt, „wandte ich mich von diesem Bilde ab, das so recht unsere Schwäche kennzeichnete“.⁴³ Einziger Trost in dieser Situation war für ihn die Tatsache, daß er „bis zum letzten Tage in Wort und Schrift diese Banditen öffentlich bekämpfte, bis der Volkswille 1933 uns die Möglichkeit dazu nahm“. Seine große Hoffnung setzte er auf den durch die Niederlage ausgelösten Schock, der „selbst den verstocktesten Nazi zum Erwachen gebracht hat“ und der für die Zukunft eine ähnliche Blindheit und Verantwortungslosigkeit im deutschen Volk ausschließen müßte.⁴⁴

Am 3. 5. erhielt er den Besuch von Dr. P. Wäldin und eines Herrn von Deimling, die der Besatzungsmacht beim Neuaufbau einer deutschen Verwaltung behilflich waren und ihn baten, den Schiltacher Bürgermeisterposten zu übernehmen. G. Trautwein lehnte aus geschäftlichen Gründen ab, schlug aber dem Wein- und Obsthändler Paul Wolber vor, der dann auch zum kommissarischen Bürgermeister ernannt wurde. Ihn selber berief man als dessen Stellvertreter, so daß er doch von Anfang an in der Gemeinde mitarbeitete. Das „Gouvernement Militaire“ stellte ihm noch am 4. 5. einen „Laisser-Passer“ mit der Erlaubnis aus, Tag und Nacht mit dem Fahrrad oder Auto im Gebiet des Kreises Wolfach fahren zu dürfen. Die gemeinsame Arbeit entwickelte sich aber so konfliktrichtig, daß der Bürgermeister den Stellvertreter im Juni 1945 seines Amtes enthob.⁴⁵ G. Trautwein konnte diese Art des Abganges um so weniger verschmerzen, als er auch von Denunziationen Kenntnis erhielt, denen er unter anderem durch die Abfassung seiner Erlebnisberichte „Aus meiner Tätigkeit als stellv. Komp. Führer der Volkssturmkompanie 322“ zu begegnen versuchte. Bürgermeister Wolber trat seinerseits am 11. 7. 1946 von seinem Amt zurück, gefolgt von dem Fabrikanten Waldemar Korndörfer, der bis zu den Gemeinderatswahlen im September 1946 amtierte.

Der politische Neubeginn⁴⁶

In die von dem damaligen Lahrer Oberbürgermeister Dr. P. Wäldin und dem einstigen Parteigeschäftsführer der DDP in Baden Wilhelm Stahl ausgehenden Bemühungen um die Neugründung einer liberalen Partei⁴⁷ war auch G. Traut-

wein aus Schiltach in einem sehr frühen Stadium einbezogen. Mit Dr. Wäldin auch geschäftlich verbunden, wurde er von diesem bereits im November 1945 von dem Vorhaben unterrichtet und aufgefordert, sich zur Verfügung zu stellen, „was ich nicht ablehnte.“ Den vom 1. 11. 1945 datierten „Aufruf anlässlich der Neugründung“ schickte er mit der Erklärung seiner Mitarbeit nach Lahr zurück, und in den nächsten Wochen bemühte er sich persönlich und brieflich um die Gewinnung weiterer Parteifreunde im Gebiet des Kreises Wolfach. Er, dem die politische Tätigkeit vor 1933 „viele Anfeindungen“ brachte, stellte seine Bedenken zurück, „um jetzt zu helfen, daß die Wege frei gemacht werden, die zu einer wahren Demokratie führen können“. Dabei lehnte er die beispielsweise in Haslach und Hornberg entstandenen „antifaschistischen Ausschüsse“ wegen der in ihnen mitwirkenden KPD rundweg ab, „denn wenn ich die KPD als Hüterin demokratischer Rechte sehe, graut mir vor der von jenen gemeinten Demokratie. Als früherer Reichsbannermann weiß ich, wer uns neben den Nazis am meisten bekämpfte.“ Mit „einem gewissen Mißtrauen“ betrachtete er auch die „sogenannte christlich-demokratische Partei“, da er als alter Liberaler dem Einfluß der Kirchen in der Politik höchst kritisch gegenüberstand: „Die Pfarrer in die Kirche und in die Sozialtätigkeit, aber in kein Parlament“. So wandte er sich auch gegen die Einigungstendenzen im bürgerlich-christlichen Lager und befürwortete, „soll der alte Hader nicht wieder beginnen“, ein Vier-, höchstens Fünfparteiensystem, in dem „das Bürgertum“ seine starke Rolle spielen könnte und „die Diktaturgedanken“ der Linken zum Scheitern verurteilt wären. Stark beeindruckte ihn der württembergische Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier, den er bei einer Versammlung in Schramberg und am Dreikönigstag 1946 im Radio gehört hatte: „Diese Rede war herzerquickend, hieb- und stichfest und offensiv“. Wirtschaftspolitisch lag G. Trautwein „die freie Wirtschaft“ besonders am Herzen, „wir können ja nur wiederhochkommen, wenn endlich dem freien Manne auch die freie Wirtschaft zur Verfügung steht“. Nicht zu vergessen sei aber auch der Arbeiter, „der nun so viele Jahre ebenfalls ein Sklavendasein fristen mußte, ohne seine zwei Hände in jenen Jahren so teuer zu verkaufen, wie es fleißigen, strebsamen Menschen zukommt“.

Daß er, der weiten Strecke und der schlechten Straßenverhältnisse wegen, nicht zu der am 20. 1. 1946 stattgefundenen Gründungsversammlung der „Demokratischen Partei in Süd- und Mittelbaden“ (DP, seit 1948 FDP) in Freiburg kommen konnte, hat G. Trautwein zutiefst bedauert. Dort wurde immerhin seine Verhinderungsmitteilung verlesen⁴⁸, so daß er auf jeden Fall zu den etwa 50 Persönlichkeiten zu zählen ist, die damals diese Partei ins Leben gerufen haben. Nur in Etappen, deren jede einzelne von der Besatzungsbehörde genehmigt werden mußte, konnten sich Ortsvereine der DP bilden, als erster im Kreis Wolfach in Hornberg, wo Anfang Februar 1946 bei einer vorbereitenden Besprechung unter der Leitung des Brauereibesitzers E. Ketterer auch G. Trautwein anwesend war. Seine Aufgabe war zu diesem Zeitpunkt

auch die Zusammenstellung von Namenslisten aus dem ganzen Bezirk, die er „für die Werbung geeignet“ hielt und deren Übersendung an die Partei nach Lahr. Die „Sammlung der Demokratischen Parteifreunde in Schiltach“ und die Errichtung einer hiesigen Ortsgruppe wurden G. Trautwein von der Landesgeschäftsstelle der DP im April 1946 ans Herz gelegt. Da er sich noch im Denazifizierungsverfahren befand und so diesbezüglich nicht selber auftreten konnte, fand er in dem Schiltacher Kaufmann I. C. Wolber einen Mann, der eine Ortsgruppe der DP übernehmen wollte, obwohl dieser wußte, daß „die Jugend von den Parteien zur Zeit nichts wissen will, da sie ja im Dritten Reich so schwer Schiffbruch erlitten hat“. Als Gründungsdatum des „Demokratischen Vereins Schiltach“ mit anfänglichen 11 Mitgliedern gilt der 21. 8. 1946, weitere Unterlagen über diesen Akt fehlen. G. Trautwein, zum Beisitzer gewählt, unternahm es dann sofort, die bevorstehenden ersten Gemeinderatswahlen seit dem 3. Reich vorzubereiten. Eine gemeinsame Liste mit der Badisch Christlich Sozialen Volkspartei (BCSV), der Vorgängerin der CDU, kam nicht zustande. In einer Versammlung dieser Partei Ende August trat G. Trautwein als Diskussionsredner auf und wehrte sich vor allem gegen die Verunglimpfung der Liberalen der Zeit vor 1933; es seien „betont christliche Parteien gewesen, die sich restlos den Nazis in die Arme geworfen hätten“ und heute schon bestünde die Gefahr, daß Teile der CDU im Rheinland ein „Sammelplatz reaktionärer Elemente“ würden. Höhepunkt der DP-Wahlagitation in Schiltach war eine Versammlung am 8. 9. im „Röble“ mit dem Bürgermeister und altem Parteifreund G. Trautweins, W. Stahl aus Titisee. Nach der Genehmigung durch das Gouvernement Militaire in Wolfach wurden erstmals wieder Plakate der DP aufgehängt und persönliche Einladungen verteilt, und G. Trautwein als Versammlungsleiter war stolz, seit dem November 1932 zum ersten Mal wieder eine öffentliche Versammlung seiner Partei eröffnen zu können. Erschienen waren etwa 90 Personen, und der Redner fand für sein „in sehr feiner, gewinnender Art“ vorgetragenes Referat von mehr als zwei Stunden „dankbaren Beifall“. Die ebenfalls erschienenen „SPD-Leute“ diskutierten am Schluß mit, doch „in meist sehr sachlicher Form“, wie überhaupt G. Trautwein bekennt, daß er mit ihnen „schon immer auf gutem Fuße stand“.

In die Gemeinderatswahlen vom 15. 9. 1946 ging die DP mit einer Liste von sieben Kandidaten, darunter G. Trautwein, der für sich und die anderen erst „Befreiung von der Unwählbarkeit“ hatte beantragen müssen. Daneben kandidierten die Sozialistische Partei, die Kommunistische Partei, die Freie Wählervereinigung und die Badisch Christlich Soziale Volkspartei. G. Trautwein konnte am Wahlabend mit großer Genugtuung die 429 Stimmen für seine Partei verbuchen, die sie zur stärksten in Schiltach machten⁴⁹ und neben J. Maurer und Georg Trautwein auch ihm ein Gemeinderatsmandat einbrachten.⁵⁰ Darüber hinaus wählte der Ende September zusammengetretene Gemeinderat ihn als Vertreter der stärksten Partei mit 5 von 8 Stimmen zum Bürgermeister von Schiltach.

Angesichts der im Oktober anstehenden Wahl der Kreisversammlung des Landkreises Wolfach konnte G. Trautwein für eine Versammlung am 11. 10. 1946 den Vorsitzenden der DP, Dr. Wäldin, persönlich nach Schiltach verpflichten, der hier zum Thema „Tut Euere Pflicht“ referierte. Der Schiltacher Ortsverein wurde im Dezember durch den plötzlichen Tod seines ersten Vorsitzenden I. C. Wolber getroffen, der noch im Oktober in den Kreisrat gewählt worden war. An seiner Stelle führte G. Trautwein die Geschäfte weiter, bis im März 1947 mit dem Bankkaufmann und Gemeinderat Georg Trautwein ein neuer 1. Vorstand gewählt werden konnte.

Seit längerem schon sah die Landesgeschäftsstelle der DP die Notwendigkeit, für den Kreis Wolfach eine Kreisorganisation aufzubauen und wollte G. Trautwein für den Posten eines Kreisvorsitzenden gewinnen, zumal im Mai 1947 die ersten Landtagswahlen bevorstanden. Im Wahlkreis Wolfach-Villingen wurde er an zweiter Stelle als Kandidat der DP aufgestellt, und er organisierte im Bezirk Wolfach eine ganze Reihe von Wahlversammlungen, darunter für den 15. 5. in Schiltach nochmals eine mit Dr. Wäldin, der inzwischen zum Staatssekretär in der provisorischen badischen Regierung avanciert war. Der Wahlsonntag brachte hier für die SP 433, die DP 408, die BCSV 175 und die KP 111 Stimmen. Bei der gleichzeitig zur Abstimmung gestellten neuen badischen Verfassung gab es 607 Nein- und 537 Ja-Stimmen, eine negative Mehrheit, die im Kreis sonst nur noch in Gutach, Hornberg und Kirnbach vorkam, in den Orten also, die bis 1810 württembergisch gewesen waren.

Im August 1947 wurde G. Trautwein, nach dem Rücktritt von E. Ketterer (Hornberg), auf einer Kreisversammlung zum Kreisvorsitzenden der DP für den Kreis Wolfach gewählt. Im Oktober weilte er als Delegierter beim ersten Parteitag seiner Partei in Lahr. In seiner Eigenschaft als Kreisvorsitzender war er auch zum Neujahrsempfang 1948 des französischen Gouverneurs de Luc in Wolfach geladen, der zwar in „sehr verbindender Art“ seine Rede hielt, aber auch betonte, daß „unsere Wünsche vielfach weitergingen, als deren Erfüllung durch den geringen Abstand vom Zeitgeschehen möglich sei. Zur Konsolidierung der Verhältnisse benötige es vielleicht ein bis zwei Generationen, was nicht immer berücksichtigt würde“.⁵¹

Nicht so recht vorwärts kam die Gründung weiterer Ortsvereine. Hornberg und Schiltach blieben im Kreis vorerst die einzigen, obwohl G. Trautwein sich besonders in Wolfach und in Gutach stark darum bemüht hatte. „Die dazu fähigen Köpfe sind Pg. und haben die Nase voll“, andere seien beruflich überlastet oder auch zu alt, diese Gründe wurden ihm aus Gutach mitgeteilt. Eine im April 1948 gestartete „Versammlungswelle“ in den oberen Gemeinden des Kreises Wolfach wurde von Schiltach aus organisiert und führt dazu, daß nun auch in Gutach ein Ortsverein aus der Taufe gehoben werden konnte, dessen Leitung der Kaufmann Fritz Wöhrle übernehmen wollte. G. Trautwein hielt dort am 11. 4. selber die Versammlung ab und rief den Gutachern zu: „Heraus

aus der Zurückhaltung! Mitarbeit im demokratischen Sinne in Staat und Gemeinde ist Liebe zur Heimat und zum Volkstum!“ „Versager“ waren für ihn Haslach, wo zwei Besucher zur Versammlung gekommen waren, und Hausach mit vier Teilnehmern. In Wolfach erschienen zwar 30 Personen, „die Bildung eines Ortsvereins konnte wieder nicht vorgenommen werden, Schwarz ist hier Trumpf. Dann ebenfalls die Interesselosigkeit am politischen Geschehen“. Der größte Erfolg war in Schiltach zu verzeichnen, wo der offenbar geschätzte Dr. Wäldin an die 150 Zuhörer angezogen hatte. Die Erfahrungen dieser Apriltage waren für G. Trautwein so, daß er einen Rückgang des politischen Interesses im Vergleich zu 1945/46 konstatierte, für den er vor allem die Entnazifizierung verantwortlich machte, die „eine Verbitterung (schuf), die nicht so leicht wieder aus dem Volke hinausgebracht werden kann“; „das Bürgertum zieht sich resigniert zurück . . ., drei Jahre Besatzungspolitik haben genügt, um weiten Schichten als Anschauungsunterricht zu dienen“.

Im November 1948 sollten Wahlen der Gemeinderäte und der Kreisabgeordneten stattfinden, deren Vorbereitung für den Kreisvorsitzenden der DP eine neue Arbeitsbelastung brachte. Es waren nicht nur alle Versammlungen sechs Tage vor Termin beim Landratsamt bzw. dem Gouvernement Militaire zur Genehmigung anzumelden, sondern auch die manchmal nur mit Mühe gefundenen Kandidaten einer umfangreichen Prozedur über ihre „Wählbarkeit in politischer Hinsicht“ zu unterziehen, über die die Untersuchungsausschüsse bzw. das Staatskommissariat für politische Säuberung die letzte Entscheidung fällten und für die auch der Sichtvermerk der Militärregierung nicht fehlen durfte. Anzugeben waren „an Eides Statt“ die eventuelle Mitgliedschaft in der NSDAP, in einer ihrer Gliederungen sowie ausgeübte Ränge, Ämter und Funktionen, wobei bloße Mitgliedschaften und Ränge bis zur „Blockstufe“ bereits als „Begünstigte“ galten und in der Regel nicht zur Aberkennung des passiven Wahlrechts führten. G. Trautwein sah diese Praxis als sehr schädlich an, weil „es sehr schwer gemacht wird, daß sich Menschen für die Demokratie zur Mitarbeit bereiterklären“; im benachbarten Württemberg, bei den „in Freiburg so gehaßten Schwaben“, ginge man mit der ganzen Sache sehr viel einfacher um, ein Kandidat brauche nur 10 Bürgen und „fertig ist's“, und er teilte die in Radio Stuttgart geäußerte Vermutung, „daß Südbaden neben politischen Bedenken eben auch konfessionelle hätte“. Schwierigkeiten für die Wahlkampagne bereitete auch das noch immer bestehende Nachtfahrverbot, das für Parteivorstände, -kandidaten und -redner von der Militärregierung eigens aufgehoben werden mußte, nicht zu vergessen der Mangel an Benzin, von dem G. Trautwein über seine Partei in Form von Marken „ein bescheidenes Kontingent“ zugewiesen bekam.

Das Wahlergebnis vom 14. 11. brachte im Schiltacher Gemeinderat der SPD jetzt 4, der DP 3 und der CDU 1 Sitz ein, womit G. Trautwein nicht unzufrieden war, zumal er selber für den Kreistag kandidiert und dort einen Sitz errungen hatte. In einem vom Gouvernement Militaire von ihm als

Kreisvorsitzenden der DP verlangten „Stimmungsbericht zur Wahl vom 14. Nov. 1948“ führte er die erheblichen Verluste der CDU in Schiltach (Gesamtzahl: 127) u.a. auf die Politik Wohlebs in der Frage des Zusammenschlusses von Baden und Württemberg zurück, die man hier nicht verstehe, „da wir noch immer ernährungsmäßig auf das württembergische Hinterland angewiesen waren“. Die Währungsreform, „die die Spargroschen der alten Leute zerrinnen ließ“, veranlaßte seiner Meinung nach, ehemalige CDU-Wähler zur SPD zu stoßen, während andere, die die „oft nur rein kirchlichen Belange schützende Politik dieser Partei nicht mehr mitmachen wollen“, jetzt DP gewählt hätten. Die Schwächung der KPD (84 Stimmen) führte G. Trautwein auf die „starke Gegenwirkung“ der aus Rußland heimkehrenden Kriegsgefangenen zurück, auch auf „die schlechten Nachrichten aus Berlin und der Ostzone, die den Jüngern Moskaus den Anhang nehmen“. Gestärkt war die SPD (507 Stimmen), was bei der „Agitationsmöglichkeit“ dieser Partei nicht verwunderlich sei: „Währungsreform, Steuerdruck im gewerblichen Mittelstand, scharfer Preisanstieg auf Kosten der Massen“ hätten ihr die großen Entfaltungschancen gebracht. Bei seiner eigenen Partei, der DP (494 Stimmen), hätte der langsame, aber stete Anstieg angehalten, „als Sammelpunkt des den Sozialismus ablehnenden freien Menschen“ und „als Verfechterin einer freien Wirtschaft, die den sozialen Fortschritt betont“. Die zwar in Schiltach nicht, aber in anderen Gemeinden sehr stark vertretenen Freien Wählervereinigungen gäben „ein deutliches Bild davon, wie viele Wähler sich jeglicher Parteibindung entziehen wollen, nur um nicht in den Geruch zu kommen, einer Partei anzugehören. Die Entnazifizierung, die ins Extremste sich steigerte, trägt hier die alleinige Schuld“. G. Trautwein nahm in dieser Beziehung auch dem Gouvernement Militaire gegenüber kein Blatt vor den Mund: „Die Schwierigkeiten, die einer freien Entfaltung der deutschen Demokratie entgegenstehen, sind oft größer als der Wille der Funktionäre demokratischer Politik. Die Unfreiheit der Deutschen, die nach 3 1/2 Jahren Waffenstillstand noch keinen Friedensvertrag oder wenigstens ein Besatzungsstatut haben, wirkt deprimierend auf die Anhänger demokratischer Parteien und gibt den Gegnern dieser Richtung beste Zukunftsaussichten“.

Für den Dezember 1948 waren nun auch die ersten direkten Bürgermeisterwahlen seit dem Ende der Weimarer Republik angesetzt, und G. Trautwein, sonst den Sieg eines SPD-Mannes befürchtend, stellte sich als Kandidat zur Verfügung, damit auch das schon bisher innegehabte Amt verteidigend. Ihn unterstützte auch die Gemeindegruppe der CDU. Dennoch war es am 5. 12. ein in seiner Höhe nicht zu erwartender Erfolg, als er sich mit 999 Stimmen gegenüber 355 seines Gegenkandidaten Fritz Dinger (SPD) durchsetzte. Auch in Haslach, Gutach und Lehengericht waren die Kandidaten der DP gewählt worden, so daß G. Trautwein am Ende des Jahres 1948 mit Zufriedenheit auf die Erfolge seiner Partei zurückblicken konnte.

Die Stärkung der Organisation der Partei (jetzt: „FDP“) im Landkreis blieb ein immer aktuelles Anliegen. Neben den drei Ortsvereinen in Hornberg, Gutach und Schiltach hatte sie in einer Reihe von Gemeinden Vertrauensleute, die als Ansprechpartner z. B. für politische Versammlungen dienten. Allgemein war damals die Klage, auch in den anderen Parteien, daß „vor allem die Jungen sich nicht zur Mitarbeit bereitfinden“ und sich nur für „Sport und Tanz“ interessierten. Die FDP tat sich auch schwer, in dem von ihr besonders angesprochenen Mittelstand engagierte Mitarbeiter zu finden: „Wer ein Geschäft hat, will keine politische Arbeit leisten. Kritisieren und kein Opfer bringen, ist für viele leichter“.⁵² Um so erfreulicher war im März 1949 die Mitteilung des Bahnbeamten F. Höllstern aus Haslach, sich dort um die Bildung einer Ortsgruppe zu kümmern, die dann im Mai stattfinden konnte. Die Propagierung der Parteizeitung „Das Neue Baden“ war auch öfters angebracht, wiewohl sie 1949 im Landkreis genau 221 Abonnenten besaß, davon allein 69 in Schiltach.

Im Mai 1949 wurde G. Trautwein von einem Mitglied des Landesvorstandes der „Europa-Union“ mit dem Ziel besucht, ihn für den Gedanken eines europäischen Bundes zu gewinnen, „in welchem es keine Wirtschafts- und Verkehrsbeschränkungen mehr gibt“.⁵³ Selber deren Organisation im Kreis Wolfach zu übernehmen, lehnte er aus Arbeitsüberlastung ab, benannte aber eine Reihe von Persönlichkeiten, die die Europa-Union ansprechen konnte. Der Landrat des Kreises Wolfach, L. Hess, lud diesbezüglich zu einer Besprechung am 13. 6. ein, an der auch die Kreisvorsitzenden der CDU, FDP und SPD teilnahmen. Er betonte, „daß Deutschland nur durch den Zusammenschluß der europäischen Völker wieder hochkommen könne, da ein Festhalten an nationalistischen Tendenzen unweigerlich zu einem neuen Kriege führen müsse . . . Ein einiges Europa sei notwendig, um gegen die heute herrschenden zwei Großmächte Amerika und Rußland auch mitsprechen zu können.“ In der anschließenden Diskussion konnte G. Trautwein seine Skepsis nicht verhehlen, wiewohl er, als früherer Angehöriger des Reichsbanners, das schon vor 1933 die Verständigung mit den Westmächten gesucht hätte, den Gedanken als solchen begrüßte. Im Augenblick war für ihn die Bildung des Südweststaates wichtiger, man solle jetzt nicht einen Schritt zuviel machen. Andere der Beteiligten waren optimistischer und meinten, „daß ein einiges Europa die Bildung eines Südweststaates erspare“. Mit dem Landrat an der Spitze wollte man dann demnächst die Europa-Union in einer öffentlichen Versammlung in Wolfach ins Leben rufen.⁵⁴

Wie seine Partei als Ganzes, so war auch G. Trautwein zutiefst davon überzeugt, daß der Anschluß Badens an Württemberg aus Gründen der Lebensfähigkeit unumgänglich sei. Als Schiltacher, dessen Heimatstadt erst 1810 von Württemberg an Baden gekommen war, sprachlich, konfessionsmäßig und auf Grund der wirtschaftlichen Beziehungen auch in Württemberg zu Hause, fiel

es ihm nicht schwer, die Politik Wohlebs abzulehnen und den „Zusammenschluß Baden-Württemberg“ zu fordern. Dieser sollte auch den „überspannten Staatsapparat eindämmen, der durch die Zwergstaaten . . . steuerlich einfach untragbar für die Bevölkerung ist. Nach der Konferenz auf dem Hohenneuffen (1948) meinte er, „wir in Südbaden sind bald soweit, daß wir als das störrische Kind im deutschen Verbandsverbande gesehen werden, und es muß uns beschämen, wie deutsche Bestrebungen von Freiburg aus sabotiert werden“. Unverständlich war für ihn „der Kleinkrieg gegen Württemberg“, der damals soweit ging, daß an der badisch-württembergischen Grenze ortsfremde Gendarmerie aufzog, um etwaige Obst- und Gemüseausfuhr von Baden nach Württemberg zu verhindern. „Des Bürokraten Wille ist nicht des Volkes Wille“ meinte er dazu in einem Leserbrief, diesbezüglich auch von einem ihm befreundeten Abgeordneten des Landtags in Freiburg unterstützt, der ihm vom „Landtäglein“ schrieb, das bald „in die Luft fliegen“ solle, „um der Volksvertretung eines größeren und daher wirkungsvolleren Staates Raum zu geben. Ich verabscheue die Kleinstaaterei“.⁵⁵ Wie sehr diese Auffassung der offiziellen Politik zuwiderlief, erfuhr G. Trautwein bei einer Besprechung mit dem französischen Gouverneur de Rendinger, sonst ein Anhänger einer deutsch-französischen Verständigung: Er hielt ihm die französische Sicherheit entgegen, der Südweststaat könne die Vorstufe zur Neubildung des „Reiches“ sein, das in Frankreich abgelehnt werde. „Alle meine Argumente, daß der Südweststaat für uns Deutsche aus wirtschaftlichen Gründen notwendig sei, fielen auf unfruchtbaren Boden“.⁵⁶

Ab Sommer 1949 stand die parteipolitische Tätigkeit G. Trautweins ganz im Zeichen der bevorstehenden Wahl zum ersten deutschen Bundestag. „Diese Wahl wird entscheiden, ob Männer ins deutsche Bundesparlament kommen, die den festen Willen haben, mit der überlebten Zwangswirtschaft aufzuräumen und der freien Wirtschaft wieder zum Zuge zu verhelfen, die allein geeignet ist auf dem Weltmarkt wieder festen Fuß zu fassen und damit Arbeit und Verdienst ins Land zu bringen . . .“, schrieb er in seinen persönlichen Einladungen zu den jetzt anlaufenden Parteiversammlungen. Nach Schiltach hatte er wieder Dr. Wäldin geladen, der hier über das Thema „Mit uns für Deutschland“ sprach. In diesem Wahlkampf wurden neben Plakaten und Flugblättern erstmals auch Lautsprecherwagen und Kinoreklame eingesetzt. Der Wahltag, der 14. 8. 1949, brachte im Kreis Wolfach der CDU 59 %, der SPD 24 %, der FDP 12 %, der KPD 3 % und der SZT 2,8 %. In Schiltach war die FDP mit 371 Stimmen nach der SPD (508) zweitstärkste Partei geworden, die CDU erhielt hier 188 und die KPD 81. Von diesem Ergebnis doch etwas enttäuscht, gab er die Hauptschuld einem in letzter Stunde von der SPD herausgegebenen Flugblatt, „in welchem die CDU und die bösen Demokraten für die Währungsreform, die steigenden Preise, schlechten Löhne, niederen Renten angeprangert werden. So recht Klassenkampf liest man daraus.“ Auf der anderen Seite sei es „die sehr starke Agitation“ der CDU gewesen; ihr erwarteter Rückgang

habe sich ins Gegenteil verkehrt, auch deshalb, weil L. Wohleb in den letzten Wochen keine Gelegenheit ausgelassen habe (Besuch von Kirchenfesten, Wiederverleihungen von Stadtrechten), um im Lande zu erscheinen, „nur um Stimmung für sich zu machen“; die, auch in Schiltach, Hornberg, Hausach und Zell a.H., überreichten Stadtrechtsurkunden hätte man ruhig mit der Post zuschicken können . . .

Die erste Amtszeit als Bürgermeister von Schiltach

Nach seiner Wahl durch die Mehrheit des Gemeinderates, leitete G. Trautwein erstmals am 27. 9. 1946 eine Sitzung dieses Gremiums in seiner Eigenschaft als Bürgermeister.⁵⁷ Die drängendsten Probleme in dieser Zeit unmittelbar nach dem „Umsturz“ kamen auf einer im März 1947 einberufenen Bürgerversammlung zur Sprache, bei der etwa 600 Bürger die Turnhalle bis auf den letzten Platz gefüllt hatten.⁵⁸ Ein erster, zentraler Punkt war die Ankündigung, daß Schiltach 300 Flüchtlinge aus Ostpreußen zugewiesen erhielt, die in den Familien und in den Gasthäusern unterzubringen waren. Nächstenliebe und eine „der großen Not, in der diese armen Menschen stehen, angemessene Würde sollten helfen, dieses Problem zu meistern. Die „Schweizerspende für Kinder“ war auch in Schiltach angekommen, von wo im Augenblick zehn Kinder einen mehrwöchigen Ferienheimaufenthalt genießen konnten. Gravierend waren die Versorgungsprobleme. Auf Grund der schlechten Kartoffelernte 1946 konnten vom Ernährungsamt in Kreis Wolfach pro Erwachsener nur 1,5 Zentner Kartoffeln ausgegeben werden. Aus Württemberg, von wo man früher das Kraut bezog, war auf Grund der Besatzungsgrenzen nichts mehr zu bekommen, und im badischen Krautland um Goldscheuer wollte man Kraut nur im Tauschwege gegen Brennholz liefern (10 Zentner Kraut gegen 4 Ster Holz). Der Gemeinderat lehnte diesen Handel ab, weil „es besser sei, wir behalten das Holz und die Einwohner haben eine warme Stube, als eine kalte Stube mit kaltem Kraut zu haben“. Ganz unzureichend war die Fleischversorgung, da die Bauern der umliegenden Landgemeinden hohe Abgabepflichten an Schlachtvieh für die Besatzungsmacht hatten: „Jede Woche führen das Rathaus und die Metzger einen Kampf um das Schlachtvieh mit dem Landwirtschaftsamt, um das bißchen Fleisch zu bekommen“. Lange Schlangen vor den Metzgerläden mit Wartezeiten von vier bis fünf Stunden waren die Folge, und oft mußten die Frauen dann auch noch ohne Fleisch abziehen. Aufbereitetes Holz konnte nur noch an Alte, Gebrechliche und Kriegerwitwen abgegeben werden, alle anderen erhielten für den kommenden Winter Scheine zum Selberschlagen des Brennholzes. Bürgermeister Trautwein weigerte sich, unter dem Beifall der ganzen Versammlung, „den Stadtwald herunterzuhauen, der sowieso in den Kriegsjahren viele kahle Bückel bekommen habe. Wir würden noch einmal Gelegenheit bekommen, aus ihm das zu nehmen, um sehr notwendige Arbeiten zu bezahlen, wozu wir jetzt leider keine Möglichkeit hätten“.

Mängel gab es auch in der Versorgung mit Schuhen. Die Schuhmacher hatten keine Nägel, kein Garn, keinen Faden mehr, und auch die anderen Handwerker klagten über den absoluten Mangel an Material, der auch die notwendigsten Reparaturen kaum zulasse. Für die 30 Wohnungssuchenden versuchte die Gemeinde unter anderem durch den Einbau von Holzwänden in großen Räumen Notwohnungen einzurichten, „bis es wieder möglich ist, neuen Wohnraum zu schaffen“. G. Trautwein versäumte es in bezug auf die ganzen Versorgungsmängel auch nicht, darauf hinzuweisen, „daß wir in Baden am Schwanze seien, und es für uns besser wäre, wenn wir am Schwanze von Württemberg wären, da es uns dort besser ginge“. Ein heikles Thema war die in der anschließenden Debatte angesprochene Entnazifizierung. Für die von dem ersten, 1945 eingesetzten Ortsausschuß gefällten Beurteilungen hatte der Bürgermeister durch Briefe und persönliche Vorsprachen bis nach Freiburg Revision durchsetzen wollen, bisher ohne Erfolg. Jetzt betonte er öffentlich, „die Entnazifizierung würde das Volk nur noch weiter spalten. Wir würden alle wissen, daß wirklich Schuldige bestraft werden müßten, aber dann müßte den Verurteilten auch die Möglichkeit der Verteidigung gegeben werden. Was hier geschehe, sei . . . die krasseste Diktatur“.

Wegen dieser kritischen Stellungnahme sowie wegen eines Tumults am Ende der Bürgerversammlung um den ehemaligen Bürgermeister P. Wolber, der die Schiltacher Sportler beleidigt hatte, wurde G. Trautwein einige Tage später auf das Gouvernement in Wolfach bestellt, wo er sich bei Gouverneur de Luc zu rechtfertigen hatte. Das scheint ihm auch voll und ganz gelungen zu sein, entließ dieser ihn doch mit dem Satz: „Behalten Sie auch fernerhin Ihren Mut so bei“.⁵⁹

G. Trautwein hatte zu diesem Zeitpunkt seinen eigenen Entnazifizierungsbescheid noch nicht erhalten, doch wußte er, daß der erste von seinem Vorgänger P. Wolber eingesetzte „Ortsausschuß für Entnazifizierung“ ihn wegen seines Funkunterrichts („HJ-Kriegsausbilder“) und seines Kommandos im Volksturm („Militarist“) stark belastet hatte. In Eingaben an den Ermittlungsausschuß in Wolfach und den dortigen französischen Gouverneur versuchte er sein damaliges Verhalten zu rechtfertigen und konnte nicht anders, als böswillige Verleumdung und Lüge hinter diesem Urteil zu vermuten. Daß der im April 1947 zugestellte Bescheid ihn dennoch in die Kategorie der „Minderbelasteten“ einstuft und ihm als Strafe den Einzug von 30 Prozent seines Vermögens, Entzug des Führerscheins, Verbot des Haltens eines PKW und 5 Jahre Berufsverbot zudiktierte, war für ihn ein Schock. Zwar ging er bei der Spruchkammer in Freiburg sofort in Revision, hierbei unterstützt durch eine einstimmige Eingabe des Schiltacher Gemeinderates und aller vier Parteien,⁶⁰ doch ließ sich sein einstweiliger Rücktritt als Bürgermeister nicht vermeiden, zumal noch eine andere Anzeige gegen ihn bei der Besatzungsmacht eingegangen war.

Seit Mai 1947 führte der Beigeordnete Fritz Dinger die Bürgermeistergeschäfte. Als gewählter Gemeinderat war G. Trautwein aber nach wie vor im Gemeindeparlament tätig, auch war er es, der an Silvester die traditionelle Ansprache an die zum Silvesterzug versammelten Schiltacher hielt.⁶¹ Hier sprach er, neben den „Nöten und Sorgen, die uns der unselige 2. Weltkrieg hinterließ“, vor allem die Gemeindeprobleme des abgelaufenen Jahres an: Der heiße Sommer, der die so notwendigen Ernteerträge schrumpfen ließ, die Warenknappheit und das Zuteilungssystem für Textilien, Schuhe usw., die mangelhafte Wasserversorgung, die die Neufassung von Quellen und eine Tiefbrunnenanlage nötig machten, die Bemühungen, die Volksschule wieder auf einen hohen Bildungsstand zu bringen und die ebenfalls im Zuge der Entnazifizierung geschlossene Apotheke wieder zu öffnen. Noch immer befanden sich 51 Männer in Kriegsgefangenschaft, und es war weniger die Hoffnung, „daß die Vernunft die großen Völker zusammenführen möge“, als die „schwere Sorge im Herzen“, die seine abschließenden Worte kennzeichneten.

Die eigene Rehabilitierung kostete G. Trautwein viel Zeit und Kraft. Die Anzeige, die gegen ihn und 33 andere Schiltacher Bürger bei der Militärregierung in Baden-Baden eingegangen war, führte zu polizeilichen Untersuchungen der Besatzungsmacht, die freilich nach wenigen Tagen die Unbegründetheit des Vorwurfs, „Führer einer Widerstandsbewegung“ zu sein, erwiesen.⁶² Es fiel ihm immer schwerer, je länger sich sein Verfahren hinzog, Sinn und Zweck der so betriebenen Entnazifizierung einzusehen, in der „Lügner und Denunzianten Gehör fanden und die Betroffenen erst einmal ohne Verteidigungsmöglichkeit waren. „Es dürfte ja einzig dastehen, daß man erst dann Einspruch erheben kann, wenn man verurteilt ist, eine Praxis, die im Dritten Reich üblich war, aber nie in einer Demokratie geübt werden sollte.“ Von sich selber abgesehen, hatten die bereits ergangenen Urteile gegen ihm gut bekannte Schiltacher im Frühjahr 1947 seinen heftigen Widerspruch gefunden, und er sah bald die Gefahr von als ungerecht empfundenen Urteilen „für die Demokratie, die wir erstreben“. Der Rückzug der Betroffenen aus der Politik war hier nur die gelindeste Reaktion, die er verspürte. Nicht anders als „Existenzvernichtung mit bolschewistischen Methoden“, die den in der Verfassung verankerten Rechten des Staatsbürgers Hohn sprachen, konnte er eine Vielzahl von Urteilen begreifen. Und er fragte sich, „ob man von den Hintermännern dieser Urteile überhaupt eine deutsche Demokratie will?“ Hier werde nur Demokratie- und Staatsfeindschaft erzeugt, „Henkersarbeit an der jungen deutschen Demokratie“.

In seinem eigenen Fall, nachdem er sich als Bürgermeister für viele andere, beispielsweise im Februar 1947 für 44 Schiltacher Geschäftsleute und Handwerker eingesetzt hatte, stand er am 8. 4. 1948 vor der Spruchkammer in Freiburg, wo er sich über seinen Parteieintritt und seine Tätigkeit im Volkssturm, aber auch über die Bürgerversammlung im vorletzten März zu rechtfertigen

hatte, die er als „gegen die Entnazifizierung gerichtet“ aufgezogen haben sollte.⁶³ Dabei hatte er seinem Bericht zufolge „genügend Gelegenheit“, sich zu äußern und auch das Gefühl „mit Respekt und Achtung“ behandelt worden zu sein, wiewohl gerade diese Kammer „von erfahrenen Männern als die Folterkammer Badens bezeichnet wurde“. Das Ende des überaus langwierigen und aufreibenden Verfahrens kam aber erst im September 1948. Das endgültige Spruchkammerurteil stufte ihn als „Entlasteter“ ohne jegliche Sühnemaßnahme ein, so daß der sofortigen Wiedereinsetzung als Bürgermeister durch den Landrat nichts mehr im Wege stand. G. Trautwein sei nie ein Nazi gewesen und immer auf dem Boden der Demokratie gestanden, führte L. Hess aus, während das Gemeinderatsmitglied Martin Fritz (SPD) kurz feststellte: „Was lange währt, wird endlich gut“.⁶⁴

Als Akt offizieller Wiedergutmachung war auch der Besuch des französischen Gouverneurs de Rendinger in Schiltach zur „Gemeindebesichtigung“ zu verstehen, die dieser mit einer Delegation am 15. 9. 1948 vornahm.⁶⁵ Bürgermeister G. Trautwein stellte ihm die Gemeinde in Geschichte und Gegenwart vor, berichtete über die Arbeitsmarktlage (zur Zeit keine Arbeitslosen), die Lage am Wohnungsmarkt (39 Wohnungssuchende), die Verluste bei den Gemeindefinanzen durch die Währungsreform (146 000.– Mark, derzeitiger Kassenstand: 3 000 DM) und über die notwendigst anstehenden Projekte, nämlich den Wohnungsbau und die Erweiterung von Trinkwasserversorgung und Schulhaus. Der Gouverneur gab seiner Freude über die Rehabilitierung G. Trautweins Ausdruck und sagte, daß er in ihm „den repräsentativsten Bürgermeister des Bezirks sehe“. Zugleich kündigte er, „an unser Gefühl als Christen appellierend“, die Zuweisung von 75 heimatlosen Ausländern aus dem Osten nach Schiltach an, nachdem ursprünglich über 200 hätten kommen sollen.

Deren Unterbringung, es waren sog. „displaced persons“ aus Ungarn, Lettland und der CSSR, die aus ihren jetzt kommunistischen Heimatländern geflohen waren, stellte den Bürgermeister gleich nach Wiederamtsantritt vor nicht geringe Probleme, da er sich mit ihrer Zwangseinquartierung nur unbeliebt machen konnte. Eine noch größere Sorge war für die Gemeindeverantwortlichen die seit 1947 immer wieder auftauchenden Zeitungsberichte über Demontagelisten, auf denen auch die Schiltacher Metallwarenfabrik Grohe (1948: 80 Beschäftigte) und die Firma Junghans in Schramberg standen, in der 120 Schiltacher beschäftigt waren. Im Juli 1948 in seiner Eigenschaft als Kreisvorsitzender der DP telefonisch auf das Gouvernement in Wolfach bestellt, wurde G. Trautwein dort mit dem politischen Berater der französischen Militärregierung De St. Hardouin konfrontiert,⁶⁶ den er diesbezüglich informierte und um Hilfe bat, „daß uns die Firma Grohe erhalten bleibe“. Die dort Beschäftigten, „intelligente, brave Arbeiter“, könnten nicht einfach auf eine Arbeit mit Pickel und Schaufel umgestellt werden, davon abgesehen habe Grohe früher zwei Drittel der Gemeindesteuern bezahlt und so „viel zum Wohlstand Schiltachs beigetragen“. Der französische Diplomat blieb hart und meinte, „es sei viel

Elend durch Deutschland in der Welt angerichtet worden, was gern vergessen werde und das eben wieder gutgemacht werden müsse“. G. Trautwein, nicht nachgebend, stellte daraufhin den Marshallplan in Frage, der zum bloßen Almosen werde, wenn zugleich Fabriken demontiert und Arbeitsplätze vernichtet werden würden. Es sei dies von den demokratischen Parteien den Menschen nicht zu vermitteln. Erst im April 1949 konnte Bürgermeister Trautwein auf einer Bürgerversammlung die Streichung der Firma Hans Grohe von der Demontageliste den Schiltachern bekannt geben.

Die zweite Amtszeit

Nichts konnte G. Trautwein nach all den Jahren politischer Arbeit, aber auch vieler Mühen, Enttäuschungen und sogar persönlicher Feindschaft mehr bestätigen, als das großartige Wahlergebnis, mit dem er am 5. 12. 1948 für die nächsten neun Jahre als Bürgermeister bestätigt worden war. „Nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses spielte die Stadtmusik auf dem Marktplatz, und eine große Menschenmenge versammelte sich dort“. G. Trautwein dankte für das ihm zuteil gewordene Vertrauen und versprach, „die Liebe zur Heimat wird mir die Kraft geben, mein Amt so auszufüllen, wie Ihr es von mir erwartet“. Für sich notierte er tags darauf: „Der Wahltag ist vorbei! Arbeit gibt es reichlich, nur das Geld ist sehr rar. Und doch werde ich die Aufgaben anfangen, weil seit 10 Jahren alles durch den Krieg liegen blieb und nun keine Zeit zu verlieren ist“. ⁶⁷ An Silvester 1949 zog er eine erste Bilanz: ⁶⁸ Die Wasserversorgung konnte durch den Bau von Tiefbrunnen und einer Pumpstation Vor Reichenbächle „für viele Jahre“ gesichert werden. Ein durch Hochwasser ver-



Leo, der Städtegründer.

Karikatur von Fritz Meinhard in der Stuttgarter Zeitung vom 21. 9. 1949 (Vorlage und Aufnahme: Stuttgarter Zeitung).

ursachter Flußeinbruch an der Schiltach wurde durch eine neue Uferbefestigung repariert. Die Planung zweistöckiger Doppelhäuser auf dem Baumgarten zur Behebung der Wohnungsnot war abgeschlossen und sollte im neuen Jahr verwirklicht werden, für das aber bereits neue Flüchtlingstransporte angekündigt waren.

Ein herausragendes Ereignis war für ihn die Verabschiedung des Grundgesetzes im Mai 1949, das die Bundesfahne in den Farben Schwarz-Rot-Gold bestimmte. „Zum ersten Male wieder seit 1933 wurde diese Fahne, die mein persönliches Eigentum ist und von mir die ganzen Jahre wohl behütet wurde, am Schiltacher Rathaus anlässlich des Musikfestes am 4. Juni 1949, vormittags 8.30 Uhr, wieder gehißt“. Und er zitierte für sich das Lied: „In Finsternis und Dunkelheit, da mußten wir sie bergen, nun haben wir sie doch befreit, befreit aus ihren Särgen“.⁶⁹

Für den 5. Juli 1949 war Staatsbesuch in Schiltach angesagt. An diesem Tag kamen der badische Staatspräsident L. Wohleb, Innenminister Dr. Schühly und der französische Gouverneur de Rendinger zur Wiederverleihung der Stadtrechte nach Schiltach. Anders als in Hornberg, Hausach und Zell a.H., wo aus diesem Anlaß „ein Fahnenmeer wogte, Musikkapellen spielten, Männervereine, Kongregationen, Bürgermiliz aufmarschiert waren, sogar Böllerschüsse an einem Ort nicht fehlten“, bildeten in Schiltach nur Schulkinder das Spalier, während „vom Rathaus die badische und die schwarz-rot-goldene Fahne flatterte und nur ein einziges Bürgerhaus noch eine badische Fahne zeig-



Staatspräsident Wohleb anlässlich der Stadtrechtsverleihung am 5. 7. 1949 in Hausach (Vorlage und Aufnahme: Staatsarchiv Freiburg, Nachlaß Wohleb)

te.“ Nicht daß Bürgermeister Trautwein, der aus seiner Südweststaateinstellung keinen Hehl machte, den Staatspräsidenten hätte brüskieren wollen: „Jedem andern Herrn (wäre) es genauso ergangen, da wir auf dem Standpunkt stehen, daß Demokratie sich nicht in Äußerlichkeiten verlieren darf“. „Ehre“ habe dagegen auch ein heutiger Staatspräsident verdient, „haben wir doch zur Genüge noch jenes Geschrei in den Ohren, das unsern ersten Reichspräsidenten Ebert als Sattlergesellen nominierte und damit die erste deutsche Republik mit Füßen trat“.⁷⁰ Und ehrenvoll waren der Empfang und das herzliche Willkommen durchaus, die der Schiltacher Bürgermeister zu der auf dem Rathaus abgehaltenen Feierstunde bot. Nicht daß G. Trautwein in seiner Rede⁷¹ die 429jährige Zugehörigkeit Schiltachs zu Württemberg zu erwähnen vergessen hätte, auch nicht die zahlreichen Familienbande und die Verbindungen von Schiltachs Gewerbe, Handel und Industrie mit dem Land „östlich der gelbrotten Grenzpfähle“, die nur „durch die Zwangswirtschaft während und nach den beiden Kriegen gestört wurden“. Flößerei, Bergbau und ein starkes Handwerk seien früher die Erwerbszweige in Schiltach gewesen, wo man 1848/49 sich auch führend an der deutschen Revolution beteiligt hätte. Schwere Blutopfer verlangte der 2. Weltkrieg (128 Gefallene und 42 Vermißte), wogegen die materiellen Kriegsschäden gering blieben, auch auf Grund des Einsatzes „einer Handvoll Männer“, die im entscheidenden Moment Zerstörungen an den Brücken, Gebäuden und vor allem an der Bevölkerung verhüteten. Wohnungssuche einerseits, die Belegung des knappen Wohnraums durch Evakuierte, Flüchtlinge und Ausländer andererseits seien die Hauptprobleme, die man in sozialer und politischer Hinsicht nicht ernst genug nehmen könne. Es sei ein unhaltbarer Zustand, die aus ihrer Heimat Vertriebenen auf engstem Raume mit den Altbürgern zusammenzupferchen und so eine Atmosphäre zu schaffen, „die für beide Teile nicht gut ist“. Es gelte vor allen anderen Dingen, Mittel und Wege zu finden, um den Flüchtlingen Eigenheime zu geben. Er schloß mit den Worten: „Gebe Gott, daß die Welt endlich einmal einsieht, daß die immer wiederkehrende Gewaltanwendung gegenüber dem natürlichen Recht nur vorübergehende Vorteile bringt und den ewigen Ablauf aller Dinge nicht zu stören vermag, der dem Recht immer wieder zum Sieg verhilft“.

Der Bürgermeisteralltag war auch danach mehr denn je durch das Flüchtlingsproblem geprägt. Schiltach sollte zu den bereits aufgenommenen 150 Flüchtlingen, 60 Ausländern und den zahlreichen, nach dem Krieg hier gebliebenen Evakuierten im Herbst 1949 weitere 75 Personen aufnehmen, und für das kommende Frühjahr waren nochmals 150 angekündigt. „Ich habe dem Herrn Landrat bereits gesagt, daß es besser wäre, er würde für diese Zeit alle Bürgermeister suspendieren und deren Platz mit einem Gendarmen besetzen, denn mit Demokratie hat das nichts mehr zu tun, was man uns jetzt zumutet. Wir müssen, ob wir wollen oder nicht, in das im Grundgesetz und in der südbadischen Verfassung garantierte Hausrecht des einzelnen eingreifen und den Hausfrieden stören“.⁷² Ob man nicht aus der Schweiz zu billigem Zinssatz

Kredite für den Wohnungsbau bekommen könnte? Lieber die Grund- und Gewerbesteuer anheben, als die Unzuträglichkeiten des Flüchtlingselends weiter schwelen zu lassen. Oder sollte der Wald erhalten, „der ja für Notzeiten da ist“? Wo überall könnte noch gespart werden, um die „sprichwörtliche Kapitalarmut der Gemeinden“ zu beseitigen?

Über die Beschäftigung und die Belastung durch diese Probleme kam es bei G. Trautwein im Frühjahr 1950 zu einem gesundheitlichen Zusammenbruch. Im März leitete er seine letzte Gemeinderatssitzung und mußte danach durch seinen Stellvertreter Martin Fritz ersetzt werden. Die Volksabstimmung über den Südweststaat, die am 9. 12. 1951 stattfand, brachte in Schiltach 84,5 % Ja-Stimmen, womit die Gemeinde an der Spitze des Landkreises Wolfach stand. Auch die Bildung des von ihm so lange geforderten Bundeslandes Baden-Württemberg konnte der kranke G. Trautwein noch erleben. Zuvor, im Januar 1952, mußte M. Fritz auf der ersten Stadtratssitzung im neuen Jahr das endgültige Rücktrittsgesuch des Bürgermeisters verlesen.⁷³ Am 24. Oktober 1953 verstarb G. Trautwein im Alter von 61 Jahren. Das Leben eines energischen, überzeugten Kämpfers für Demokratie und Gerechtigkeit war zu Ende. Er habe „ein solch steifes Genick und Kreuz“, bekannte er einmal, daß man ihm öfter sage, „ich dürfe ruhig etwas höflicher den Herren gegenüber sein“.⁷⁴ Es sind dieser Mut und die liberale Geradlinigkeit, die er sich auch in schwersten Zeiten bewahren konnte und die ihn zu einer menschlich und politisch überragenden Persönlichkeit gemacht haben. Die Stadt Schiltach und der politische Liberalismus im Kinzigtal haben ihm viel zu danken.

Anmerkungen:

- 1 Frau Elly Trautwein, Schiltach, bin ich aus diesem Grunde in Dankbarkeit verbunden. Der Nachlaß G. Trautweins soll im Archiv der Stadt Schiltach aufbewahrt werden
- 2 Vgl. Schiltach. Schwarzwaldstadt im Kinzigtal, bearbeitet von H. Harter und E. Harter-Bachmann, hg. von der Stadt Schiltach, Freiburg 1980, S. 159- 168, wo bereits einige Stücke aus dem Nachlaß G. Trautweins abgedruckt werden konnten
- 3 Bürgermeister a.D. Wilhelm Stahl, Titisee, über G. Trautwein (Gespräch mit dem Verfasser am 23. 8. 1987). W. Stahl war 1927–1933 Landesgeschäftsführer der DDP in Baden und 1946 Mitbegründer der späteren FDP
- 4 Grundlage für diesen Abschnitt ist ein Gespräch mit Frau Elly Trautwein am 3. 8. 1987
- 5 Vgl. dazu: H. Fautz, Adolf Christoph Trautwein, ein Floßherr und Bürgermeister zwischen gestern und heute, in: Die Ortenau 43/1963, S. 103–116
- 6 „Erklärung“ von G. Trautwein zugunsten von W. Bühler, Steueramtmann in Konstanz, vom 31. 3. 1949
- 7 Aus der Frühzeit dieser Ortsgruppe sind nur das „Sparkasse-Büchlein“ des Vereins (ausgestellt am 5. 3. 1919) sowie verschiedene Mitgliederlisten erhalten
- 8 „Der Kinzigtäler“, Ausgabe vom 23. 6. 1926. – Für die Möglichkeit der Benutzung der gesammelten Bände dieser damaligen Heimatzeitung möchte ich der Stadtverwaltung Wolfach, vertreten durch Herrn Erich Bächle, danken

- 9 Vgl. dazu: G. Götz, Erinnerungen an die Zeit der zwanziger Jahre, in: Schiltach. Schwarzwaldstadt, a.a.O., S. 159 f. – Herr Gärtnermeister Georg Götz, sen., Schiltach (Jahrgang 1899), den ich am 12. 9. 1987 diesbezüglich befragen konnte, wußte zu berichten, daß die schriftlichen Unterlagen der politischen Gruppierungen 1933 beschlagnahmt und vernichtet wurden
- 10 Dieses und alle anderen Wahlergebnisse sind den nach dem jeweiligen Wahltag erschienenen Ausgaben des „Kinzigtäler“ entnommen
- 11 Datiert vom 3. 10. 1927
- 12 Grundlage für diesen Abschnitt ist der Schriftwechsel, den G. Trautwein mit der Landesgeschäftsstelle der DDP in Karlsruhe, dort vertreten durch den Parteigeschäftsführer W. Stahl, führte. In dem diesbezüglichen Aktenordner finden sich auch parteiinterne Rundschreiben und Propagandamaterial der DDP/Staatspartei
- 13 Brief des Generalsekretariats der DDP in Baden an G. Trautwein vom 8. 7. 1929, in dem dieser Auszug aus dem Brief Engelbergs mitgeteilt wird. – Vgl. dazu auch: E. Engelberg, Kleine und große Welt im Leben und Wirken des Haslacher Bürgers Wilhelm Engelberg (1862–1947), in: Die Ortenau 59 (1979), S. 69–118, hier S. 115 f.
- 14 Brief von H. Zircher an Frau Anna Trautwein vom 30. 10. 1929. – Derselbe an G. Trautwein (mit gleichem Datum)
- 15 G. Trautwein: „Aufzeichnungen über meine politische Tätigkeit“ vom 23. 4. 1947. – Andere Berichte über diesen Vorgang fehlen
- 16 Datiert vom 21. 9. 1930
- 17 Das „Notopfer“ Dietrichs (so die „Badische Politische Correspondenz“ am 28. 6. 1930) hatte auch G. Trautwein als ein solches erkannt „... daß die Anbietetung des Finanzministeriums an Dietrich ein Schachzug ... ist, um die Demokraten noch mehr zu dezimieren... Möge Dietrich sich nicht durch Rücksicht auf die Koalitionsparteien von Maßnahmen abhalten lassen, die den einfach unerträglichen Steuerdruck auf Gewerbe und Handwerk mildern“ (Brief vom 27. 6. 1930)
- 18 Datiert vom 14. 2. 1931. – Den vorausgegangenen Brief verfaßte G. Trautwein am 22. 12. 1930
- 19 Brief von G. Trautwein an W. Zehnder, Villingen, vom 15. 11. 1931
- 20 Brief (hektographiert) des Parteivorstands der DDP in Baden/Deutsche Staatspartei vom 10. 2. 1932
- 21 Mitteilung des Pressedienstes des Landesausschusses Baden der Hindenburg-Ausschüsse vom 2. 4. 1932
- 22 Versammlungsbericht (maschinenschriftlich, 1 S.), gezeichnet KF
- 23 Dieses Dokument ist ebenfalls dank G. Trautwein erhalten. Seine Auswertung möchte ich einer gesonderten Arbeit vorbehalten
- 24 Wie Anm. 15
- 25 Brief der Reichsleitung der Deutschen Staatspartei vom 11. 2. 1933
- 26 Mitteilungsblatt, hg. von der Landesgeschäftsstelle der Deutschen Staatspartei in Baden, Nr. 1, vom 16. 2. 1933, S. 1
- 27 Rundschreiben der Landesgeschäftsstelle Baden, Nr. 63, vom 14. 2. 1933
- 28 Wahlbrief von H. Dietrich, MdR, vom 1. 3. 1933
- 29 Protokollbuch des Reichsbanners, Versammlung vom 5. 2. 1933
- 30 Brief mit Mitgliederliste (im Protokollbuch)
- 31 Bericht von G. Trautwein „Hausdurchsuchung“, vom 20. 3. 1933
- 32 Brief der Landesgeschäftsstelle (W. Stahl) vom 3. 4. 1933
- 33 Brief vom 25. 7. 1933
- 34 Brief an die Deutsche Staatspartei Karlsruhe vom 7. 4. 1933
- 35 Aufzeichnung vom G. Trautwein, undatiert, wohl vom Juni 1945. Darauf sowie auf den jeweils genannten Briefen beruhen die nachfolgenden Ausführungen
- 36 Mitteilung von Herrn W. Stahl, Titisee (vgl. Anm. 3)
- 37 Brief vom 17. 11. 1946 an den Ermittlungsausschuß für Entnazifizierung des Kreises Wolfach

- 38 Grundlage für die nachfolgenden Ausführungen ist der „Erlebnisbericht aus meiner Tätigkeit als stellv. Kompanieführer der Volkssturmkompanie 322“, von dem es verschiedene Fassungen gibt. Die Urfassung läßt sich auf den 28.4. 1945 datieren. Eine Kurzfassung (wohl von 1946) ist abgedruckt in: Schiltach. Schwarzwaldstadt, a.a.O., S. 164-167
- 39 Bericht von G. Trautwein, vom 28. 4. 1945. Auf ihm beruht ein Großteil der nachfolgenden Ausführungen
- 40 G. Trautwein, „Erinnerungen zum 22. April 1945“
- 41 Die Illustrierte „Revue“ hat diesen Fall 1951 in einem Artikel von L. Weitz, „Ich bin allein – und muß jetzt büßen“ dargestellt. Den Hinweis darauf verdanke ich Herrn G. Götz, sen., Schiltach.
- 42 Notiz von G. Trautwein, mit Datum 1. 5. 1945.
- 43 G. Trautwein, „Hissung der französischen Flagge am Rathaus Schiltach und Flaggenparade“ vom 3. 5. 1945
- 44 Brief von G. Trautwein vom 17. 2. 1946 an W., Konstanz
- 45 Niederschrift von G. Trautwein, wohl vom Juni 1945
- 46 Die Unterlagen für diesen Abschnitt, zumeist Briefe von und an G. Trautwein, sind in einem Ordner „Demokratische Partei 1945–1948“ gesammelt
- 47 Vgl. auch: D. Berger, Das Erbe der Väter. Für Demokratie und freie Wirtschaftsordnung, in: P. Rothmund und E. R. Wiehn, Die F. D. P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1979 (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 4, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg), hier S. 181–200
- 48 Protokoll über die Gründungsversammlung der DP in Freiburg am 20. 1. 1946 (maschinenschriftl.)
- 49 Die Stimmen für die anderen Parteien: SP 357; BCSV 281; KP 110; FWV 113. Die Wahlbeteiligung betrug 93 %
- 50 Für die SPD waren gewählt: F. Dinger, M. Fritz und H. Pfaff. Für die BCSV: W. Korndörfer und G. Götz
- 51 G. Trautwein, „Neujahrsempfang bei Herrn Kreiskommandant Luc am 2. Januar 1948“
- 52 Brief von G. Frech, Donaueschingen, an G. Trautwein, vom 7. 2. 1949
- 53 Brief von H. Klotter (Europa-Union) an G. Trautwein, vom 18. 5. 1949
- 54 G. Trautwein, „Europa-Union“, niedergeschrieben am 14. 6. 1949
- 55 Brief von J. Weisser, St. Georgen, an G. Trautwein, vom 12. 4. 1949. – Vgl. dazu auch: D. Berger, Das Erbe der Väter, a.a.O. S. 197 ff.
- 56 Wie Anm. 54
- 57 Protokollbuch der Gemeinderatsitzungen 1946 – 50, Rathaus Schiltach. – Für die Möglichkeit der Einsichtnahme in diese und in andere Unterlagen danke ich Herrn Bürgermeister P. Rottenburger, Schiltach
- 58 Über diese Bürgerversammlung liegt von G. Trautwein ein Bericht „Zur Bürgerversammlung vom 24. 3. 47“ vor. Auch seine damalige Rede „Zur Bürgerversammlung“ ist erhalten; ihr sind die weiteren Informationen und Zitate entnommen
- 59 G. Trautwein, „3. April 1947“
- 60 Wie Anm. 57 (Sitzung vom 19. 4. 1947). – Erhalten ist das von A. Aberle unterzeichnete Schreiben der SPD-Ortsgruppe Schiltach, in dem an den gemeinsamen Kampf „in Wort und Tat“ im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold erinnert wird. G. Trautwein sei weit über die Grenzen von Schiltach hinaus als „eifriger Demokrat“ bekannt; beispielhaft habe er bis 1933 gegen den Nationalsozialismus gekämpft und auch nach 1942 habe er sich „nicht propagandistisch“ für die Nazis betätigt
- 61 G. Trautwein, „Sylvester 1947“
- 62 Der genaue Sachverhalt ist ohne diesbezügliche Akteneinsicht nicht zu ermitteln
- 63 G. Trautwein, „Spruchkammersitzung vom 8. April 1948“.
- 64 Wie Anm. 57 (Sitzung vom 2. 9. 1948)
- 65 G. Trautwein, „Gemeindebesichtigung durch Herrn Gouverneur de Rendinger am 15. September 1948“

- 66 G. Trautwein, „30. Juli 1948. Zur Audienz bei Herrn Botschafter Saint de Hardouin auf G. V. Wolfach befohlen“
- 67 G. Trautwein, „Zur Bürgermeisterwahl am 5. Dezember 1948“
- 68 G. Trautwein, Rede zu Silvester 1949
- 69 G. Trautwein, „Bundesfahne Schwarz-Rot-Gold“ (datiert vom 4. 6. 1949)
- 70 Brief von G. Trautwein an die Stuttgarter Zeitung vom 24. 9. 1949
- 71 Auszugsweise abgedruckt in: Schiltach. Schwarzwaldstadt, a.a.O., S. 168
- 72 Brief von G. Trautwein an E. Hackenjös, Hornberg, vom 2. 10. 1949
- 73 Es trägt das Datum des 28. 12. 1951
- 74 Wie Anm. 70

Herr Georg Götz, sen., Frau Elly Trautwein, Frau Hedwig Wolber (alle Schiltach) und Herr Bürgermeister i. R. Wilhelm Stahl (Titisee-Neustadt) haben dankenswerterweise Bilder aus ihrem Privatbesitz zur Verfügung gestellt.

Zell a.H. – Am Ende der Weimarer Republik

Fortsetzung

Wolfgang Mössinger

IV. Rathauspolitik im Zeichen der Krise

Entwicklung bis 1926

Die kommunalen Institutionen unterschieden sich in der Weimarer Republik von den heutigen durch drei wesentliche Regelungen:⁶⁹ Neben dem Gemeinderat gab es noch den sog. „Bürgerausschuß“, der gleichzeitig mit dem Gemeinderat von den Wahlberechtigten gewählt wurde. Seine Befugnisse beschränkten sich auf die Verabschiedung des Haushalts und sonstige die Finanzen betreffende Entscheidungen. Ihm gehörten kraft Amtes an der Bürgermeister sowie die acht Gemeinderäte, dazu noch die eigens gewählten Gemeindeverordneten, bis 1926 36 an der Zahl, danach, da die Gemeinde bei der Volkszählung 1925 mehr als 2 000 Einwohner aufwies, 48.

Das Überschreiten dieser Einwohnerzahl brachte Zell nach 1925 noch eine weitere Änderung in der Form, daß der Bürgermeister indirekt vom Bürgerausschuß und nicht mehr direkt von den Bürgern gewählt wurde.

Ein eher technischer Unterschied war, daß die Listen bei der Gemeindewahl geschlossen waren, d.h., der Wähler durfte nur eine Stimme, und zwar für eine Liste, abgeben.

An der ersten Wahl nach dem Kriege 1919 beteiligten sich nur zwei Listen, nämlich die „Liste der vereinigten bürgerlichen Parteien“ und die „Liste der sozialdemokratischen Parteien“.

Beide präsentierten komplette Listen, d.h. jeweils acht Kandidaten für den Gemeinderat und 36 für den Bürgerausschuß. Bezeichnend ist, daß auf der sozialdemokratischen Liste sämtliche Kandidaten Arbeiter waren, vor allem aus der Firma Schmider: 26 von 36 Kandidaten arbeiteten dort. Außerdem präsentierte sie vier Frauen, eine Zahl, wie sie später nie wieder erreicht wurde; die bürgerlichen stellten in der ganzen Zeit der Weimarer Republik keine einzige Frau auf.

Gewählt wurden⁷⁰

bürgerliche Liste:

Gemeinderat: 6

Riehle Jakob, Neuhausen

Wölfle Wilhelm, Brenner

sozialdemokratische Liste:

Gemeinderat: 2

Herrmann August, Wirt

Rapp Anton, Dreher

Thoma Ernst, Blechner
Schmider Gottfried, Feinbäcker
Kopf Hermann, Färbermeister
Schmider August, jg., Uhrmacher

Gemeindeverordnete: 26

Gemeindeverordnete: 10

Die bürgerliche Liste erhielt 594 Stimmen (= 73 %) und 6 Gemeinderatssitze bzw. 471 Stimmen (= 72 %) und 26 Gemeindeverordnete; die sozialdemokratische Liste erhielt 221 bzw. 182 Stimmen und 2 bzw. 10 Sitze. Bei den gleichzeitig stattfindenden Wahlen zum Bezirksrat und zum Kreistag traten Parteilisten auf; darauf waren einige Zeller Kandidaten: bei den Demokraten (DDP) Gustav Zapf und Bürgermeister Hermann Seifert (sie erhielt 111 Stimmen bzw. 17,4 %); beim Zentrum Hermann Kopf (360 Stimmen bzw. 56,3 %), bei der Mehrheits-SPD Fritz Heilmeier sowie aus Unterharmersbach Karl Bügenburg (134 Stimmen bzw. 21 %), bei der USPD Rudolf Ganz (33 Stimmen oder 5,2 %).

In der Kommunalwahl 1922 nahm die sozialdemokratische Liste den Bürgerlichen einen Sitz ab. Das Stimmenverhältnis betrug nunmehr 467 Stimmen für die Bürgerlichen (64 %) und 5 Sitze, 263 Stimmen und 3 Sitze für die Arbeiterliste.

Der neue Gemeinderat setzte sich wie folgt zusammen:

Bürgerliche Parteien: 5	sozialdemokratische Parteien: 3
Kopf, Hermann, Färbermeister	Herrmann, August, Steingutdreher
Schätzle, Josef, Brenner	Schwab, August, Maler
Zentner, Johann, Justizsekretär	Heilmeier, Fritz, Maler
Hertig, Wilhelm, Schreinermeister	
Neumayer, Karl, Musiklehrer	

Bei den Bürgerlichen fällt auf, daß sie immer einen Vertreter der Keramik-Arbeiterschaft auf dem zweiten Listenplatz plazieren.

Das Ergebnis der Bezirks- und Kreiswahlen mit den Zeller Kandidaten:

Zentrum: 317 Stimmen = 53,5 % (Hermann Kopf)
SPD: 152 Stimmen = 25,7 % (August Herrmann, August Schwab, Josef Bea, aus Unterharmersbach Sigmund Harter)
DNVP: 33 Stimmen = 5,6 % (Erich Kramer)
DDP: 56 Stimmen = 9,5 % (Gustav Zapf, Hermann Seifert)
KPD: 34 Stimmen = 5,7 % (Rudolf Ganz)

1923 trat Bürgermeister Seifert mitten in der Amtsperiode zurück.⁷¹ Bürgermeister-Stellvertreter war der sozialdemokratische „Spitzenkandidat“ August

Herrmann.⁷² Er übernahm nun die Führung der Amtsgeschäfte und blieb über die Inflationszeit kommissarisch im Amt. Deshalb tragen auch die Inflationschuldscheine der Stadt seine Unterschrift. Favorit für die Neuwahl im November 1923 war der bürgerliche Listenführer Hermann Kopf. Im ersten Wahlgang verteilten sich die Stimmen wie folgt:

abgegebene Stimmen:	980
August Herrmann:	355 (= 36,2 %)
Hermann Kopf:	262 (= 26,7 %)
Johann Zentner:	68 (= 6,9 %)
Enthaltungen:	289 (= 29,5 %)
ungültig:	6

Da die Enthaltungen damals mitgezählt wurden, erhielt kein Kandidat die erforderliche Mehrheit. Das Ergebnis war insofern auch eine Überraschung, weil August Herrmann kein erklärter Kandidat war, sondern aufgrund seiner aktuellen Amtsführung auch von Bürgerlichen gewählt wurde, wie folgender Vergleich zeigt: bei den Gemeinderatswahlen ein Jahr zuvor erhielt seine Liste 263 Stimmen, jetzt erhielt er 92 Stimmen mehr.

Im bürgerlichen Lager herrschte Aufregung: sein Kandidat, Hermann Kopf, war durchgefallen, und ein anderer Einheimischer war nicht in Sicht. 14 Tage später präsentierte es einen auswärtigen Kandidaten aus Klein-Laufenburg. Er setzte sich folgendermaßen durch:

abgegebene Stimmen:	1 054
Karl Schäfer:	558 Stimmen (= 52,9 %)
August Herrmann	384 Stimmen (= 36,4 %)
Hermann Kopf	93 Stimmen (= 8,8 %)
Alfred Willmann:	1 Stimme
ungültig:	18 Stimmen

Karl Schäfer war der erste auswärtige Bürgermeister in der Zeit der Weimarer Republik. Das Zentrumsmitglied war für 9 Jahre gewählt. August Herrmann trat im November 1925 von allen kommunalpolitischen Ämtern zurück, so daß Otto Kussi in den Gemeinderat nachrückte.⁷³

Die Kommunalwahl 1926 brachte neben der Vergrößerung des Bürgerausschusses auf 48 Mitglieder auch eine Erweiterung der Zahl der Listen. Von der Bürgerlichen Wahlvereinigung spaltete sich eine Unparteiische Bürgervereinigung ab, die allerdings von dem Zentrums-Kreisrat Hermann Kopf angeführt wurde. Es drängt sich natürlich der Verdacht auf, daß hier eine kleine Revanche gegen die örtliche Zentrumsführung geritten wurde. Da sich nun die Spaltung der Arbeiterparteien auch auf kommunaler Ebene vollzog, präsentierten sich vier Listen:

Bürgerliche Wahlvereinigung
 Gemeinderäte: 4 Gewählte
 Burger Fritz, Konditor
 Fuchs Josef, Buchdruckereibesitzer
 Schätzle Josef, Brenner
 Zapf Gustav, Fabrikant

Sozialdemokratische Partei
 Gemeinderäte: 2 Gewählte
 Schwab August, Maler
 Heilmeier Fritz, Angestellter

Gemeindeverordnete: 22 Gewählte
 Kommunistische Partei
 Gemeinderäte: kein Gewählter

Gemeindeverordnete: 11 Gewählte
 Unparteiische Bürgervereinigung
 Gemeinderäte: 2 Gewählte

Gemeindeverordnete: 4 Gewählte

Gemeindeverordnete: 11 Gewählte

Die Listen sind sehr aufschlußreich, da viele Namen auftauchen, die später eine Rolle spielen werden oder schon eine gespielt haben. So tritt der zurückgetretene Bürgermeister Hermann Seifert wieder in Erscheinung. Zwei der späteren Gründungsmitglieder der NSDAP-Ortsgruppe, Adrian Kopf und der Vorsitzende des Gewerbevereins Alfred Willmann, sind auf der bürgerlichen Liste zu finden, die wiederum einen Vertreter der christlichen Gewerkschaften, nämlich Josef Schätzle, in den Gemeinderat entsendet. Die SPD- und KPD-Listen bestehen ausschließlich aus Arbeitern, darunter dem Gustav Schätzle, der 1932 von Heinrich Haiß wegen „grober Beleidigung“ entlassen werden wird. Heinrich Haiß wird 1928 einer neugegründeten Kommission vorstehen, die gegen die Beamtengehälter zu Felde ziehen wird, was Gustav Zapf und Josef Fuchs veranlassen wird, die Bürgerliche Wahlvereinigung zu verlassen, während August Neunzig den umgekehrten Weg beschreiten wird. Eine besondere Überraschung ist das Erscheinen von Karl Bühler aus Neuhausen auf Platz 7 der Unparteilichen, derselbe Bühler, der 1931 sich gegen den Gerichtsvollzieher zur Wehr setzen wird. Dies ist ein Indiz dafür, daß er, zumindest in dieser Zeit, den Kommunisten noch ganz fern stand.

Das Ergebnis der Wahl sah folgendermaßen aus:

abgegebene Stimmen:	920
Bürgerliche Wahlvereinigung:	419 (= 45,5 %) und 4 bzw. 22 Sitze
SPD	213 (= 23,2 %) und 2 bzw. 11 Sitze
KPD:	80 (= 8,7 %) und 0 bzw. 4 Sitze
Unparteiische Bürgervereinigung	208 (= 22,6 %) und 2 bzw. 11 Sitze

Der Stadtpfarrer unter Beschuß

Nach den Gemeinderatswahlen von 1926 kehrt an der politischen Front zunächst Ruhe ein. 1927 war das einzige Jahr ohne Wahlen in der ganzen Zeit der Weimarer Republik.⁷⁴

Allerdings geriet der bisher so festgefügte Block der Bürgerlichen nicht nur durch eine konkurrierende Gemeinderatsliste in Bewegung; auch innerhalb des

Zentrums gab es Auseinandersetzungen. Die Zahl von 45 Stimmen bei der Wahl 1928 für die Christlich-Soziale Reichspartei von August Lehmann läßt auf eine gewisse Unzufriedenheit schließen. In welche Richtung ging nun diese Unzufriedenheit?

Leider sind keine direkten politischen Äußerungen von August Lehmann bekannt. Seine Partei aber wird im Handbuch „Die bürgerlichen Parteien in Deutschland“⁷⁵ als eine inner-katholische Opposition von links gegen das Zentrum beschrieben. In ihren sozialen Forderungen sei sie stärker dem rechten Flügel der SPD angenähert, dränge auf stärkeren Anti-Kapitalismus und vertrete einen „christlichen Sozialismus“. Daher ist es verständlich, daß sie unter der katholischen Arbeiterschaft von Zell einigen Zulauf erhielt.

Entsprechend gereizt reagierte das Zentrum. August Lehmann führte Klage gegen einen Seelbacher Bauern, der behauptet hatte, Lehmann sei gar kein Geistlicher, da er gegen das Zentrum sei. Lehmann rechtfertigte sich, daß er gerade deswegen die Spitzenkandidatur der CSRP übernommen hatte, um zu zeigen, daß die katholische Kirche und das Zentrum zwei verschiedene Sachen seien.⁷⁶ Auch in Zell mußte er sich verteidigen: am 1. Juli 1928 erscheint in der „Schwarzwälder Post“ ein Inserat, wo er auf „Gehässigkeiten in den Zentrumsblättern“ antwortet und den zahlreichen Wählern in der Heimat dankt, „die aus reinem persönlichen Vertrauen“ ihn gewählt haben. Eine öffentliche Versammlung sei ja nicht zustande gekommen.

Lehmann hält am 30. 4. 30 einen Vortrag in Zell über die „Bank der Arbeit“, die Geld für 2 1/2 % Zins verleiht. Anscheinend näherte er sich später etwas den Nationalsozialisten an, denn auf deren Veranstaltung am 24. 1. 33 in Oberharmersbach ergreift er als Zuhörer aus dem Publikum das Wort, um sich mit Hitlers „Mein Kampf“ auseinanderzusetzen. In welcher Art dies geschah, teilt uns der Berichterstatter nicht mit. Es könnte allerdings auch sein, daß dies in der Form erfolgte, wie die Kapuzinerpatres dies taten, indem sie nämlich auf die kirchenfeindlichen Aspekte der Ideologie hinwiesen.⁷⁷

Der Einheit der Katholiken drohte aber auch noch eine andere Gefahr in Zell. Das Kirchspiel wurde seit 1922 von einem streitbaren Herrn, Stadtpfarrer Dr. Peter, geleitet, der sich im Verlauf seiner Zeller Tätigkeit sehr oft mit verschiedenen Gruppen anlegte.

Bereits 1924 tagte in Zell die Kirchenrevision⁷⁸ um über Beschwerden zu entscheiden. Peter habe die Versetzung von Kaplan Glöckler betrieben, da dieser ihn an Beliebtheit übertreffe. Aus diesem Anlaß gingen nun einige gewichtige Beschwerdebriefe an die Kirchenrevision. Gemeinderat Josef Schätzle für den Arbeiterverein, Franz Schöner für den Jünglingsverein, Joos für den Gesellenverein, Gewerkschaften und August Kimmig und Albert Kohler für die DJK verbanden ihr Eintreten für den Kaplan mit Angriffen auf den Stadtpfarrer, die alle auf den Punkt hinausliefen, Peter habe kein Verständnis für ihr Anliegen,

ja er behindere ihre Tätigkeit geradezu. Zwar setzte sich der Stadtpfarrer in diesem Streit durch; aber er muß wohl sein Verhalten geändert haben, da er bei späteren Veranstaltungen dieser Vereine des öfteren als Redner erwähnt wird.

Auch politisierte er gern auf der Kanzel und mußte es sich gelegentlich gefallen lassen, daß engagierte Sozialdemokraten demonstrativ den Gottesdienst, mitunter sogar nach lautem Widerspruch, verließen.⁷⁹

Zur Ehre von Dr. Peter sei noch hinzugefügt, daß er seine Auffassungen auch gegenüber mächtigeren Gegnern aufrechterhielt. Am 6. Mai 1935 überwarf er sich mit den Nationalsozialisten am Ort, als er in der Fortbildungsschule in Unterharmersbach einen Schüler der HJ als „Maulhelden“ bezeichnete. Die Parteiführer bezogen dies auf sich selbst und hatten endlich den Vorwand gefunden, den ungeliebten, weil eigenwilligen Pfarrer loszuwerden. Sie behaupteten, Peter habe gesagt: „Helden sind nur die, die für den Glauben und die katholische Kirche sterben, die Nazis sind nur Maulhelden.“ Über die Vertreibung berichtet Franz Schwarz in einem Artikel von Hans-Peter Wagner zum 50. Jahrestag dieser Vertreibung: „Es war 1935, am Dienstag nach dem Weißen Sonntag. Laut einer Anordnung der zuständigen Behörden mußte der damalige Stadtpfarrer Dr. Hermann Peter spätestens bis 18 Uhr Zell verlassen haben. Sonst könne man nicht mehr für sein Leben bürgen. Denn am Abend war eine Großkundgebung wegen angeblich verleumderischen Reden des Pfarrherrn gegen die Hitlerjugend angesetzt worden. Heimlich fuhr der Pfarrer abends mit dem Fahrrad in Richtung Biberach. Wie ein Verbrecher mußte er sich heimlich aus der Stadt fortstehlen, in der er vor 13 Jahren einen so prächtigen Einzug gehalten hatte.“⁷⁸

Wie verhaßt er in diesen Kreisen schon früher war, zeigte die Veranstaltung am 2. 10. 33 in der Turnhalle. Auf dieser sog. „Deutschen Kulturveranstaltung“ sprach der NS-Pfarrer Senn. Von der „Kücken-Gruppe“ der Partei wurde er folgendermaßen begrüßt: „Nun freuen wir uns aber, daß auch einmal ein Pfarrer zu uns kommt, der uns versteht und der es gut mit uns meint.“⁷⁹

Wahlkampf auf zellerisch – Gemeindewahlen 1930

Turnusgemäß waren im Herbst 1930 wieder die Wahlen zum Gemeinderat und zum Bürgerausschuß fällig. Die Einheit des bürgerlichen Lagers war gefährdet durch unterschiedliche Auffassungen über die Behandlung der Gemeindebeamten. Deren Gehälter, die ja während der Aufschwungphase bis 1928 erhöht wurden, entwickelten sich immer mehr zum Stein des Anstoßes für alle diejenigen, die selbst von der Krise betroffen waren. In erster Linie waren es die Handwerker, die die Beamten gerne aufs Korn nahmen. Am 20. Oktober 1929 verlangten Gemeindeverordnete der bürgerlichen Parteien eine neue Einstufung der Gemeindebeamten. Sie gründeten daraufhin eine Kommission unter

dem Vorsitz von Heinrich Haiß, der auf der Sitzung des Bürgerausschusses am 27. November 1929 die Forderungen konkretisierte: im Namen der bürgerlichen Parteien erklärte er, daß die Aufwendungen für die Verwaltungskosten zu hoch seien; für Zell sei ein Berufsbürgermeister und die Einreihung der Gemeindebeamten in die Reichsbesoldungsordnung nicht mehr annehmbar. Entsprechend lehnte auch eine Mehrheit von 33 Gemeindeverordneten aus der bürgerlichen und der unparteilichen Wahlliste die Voranschläge für den städtischen Haushalt und für das Elektrizitätswerk ab; dafür stimmten die SPD, die KPD und fünf Bürgerliche unter der Führung von Gustav Zapf und Josef Fuchs.⁷⁹

Dies war sodann der Hauptstreitpunkt innerhalb der bürgerlichen Parteien. Der Streit wurde andererseits auch verschärft durch den „Arbeitnehmerverband der Gemeindearbeiter“, die damalige ÖTV. In einer Sitzung am 30. 12. 28 mußte der Gemeinderat ein Schreiben dieser Gewerkschaft zur Kenntnis nehmen, in dem diese einige Forderungen an den Arbeitgeber Stadt Zell erhob: Einführung eines Krankenlohns, Auszahlung des Wochenlohns an der Arbeitsstelle und Einrechnung des Anfahrtsweges auf die Arbeitszeit. Sie wurden alle abgelehnt. Am 31. 3. 29 erhob der Gemeindearbeiter Matthäus Kienzle Klage beim Arbeitsgericht Offenburg, um die Gewährung und Nachzahlung von Krankenlohn durchzusetzen. Schließlich kam es am 25. 5. 29 zu einer Regelung, indem die Gemeinde den Manteltarifvertrag sowie die Bezirkslohntariftable übernahm.⁸⁰

Diese Auseinandersetzungen zeigen, daß bei der Behandlung der Beamten und der Arbeiter von der Gemeinde zunächst mit zweierlei Maß gemessen wurde. Die erzielte Übereinkunft nährte nunmehr bei den Handwerkern und den Arbeitern und Angestellten der freien Wirtschaft den Verdacht, daß die beiden Gruppen sich gemeinsam am Gemeindehaushalt schadlos halten wollen.

Die Forderung einiger Bürgerlicher nach Abschaffung der Berufsbürgermeisterstelle, d.h. nach Wahl eines nebenamtlichen Gemeindeoberhauptes, das wahrscheinlich dann aus ihren Reihen gekommen wäre, wirkt auch deshalb etwas unglaubwürdig, weil ja die persönlichen Rivalitäten innerhalb des bürgerlichen Lagers 1923 dazu geführt haben, daß nur ein auswärtiger Kandidat für alle Bürgerlichen akzeptabel war. Bei der Wahl 1931 wird man sehen, daß wiederum rein persönliche Intrigen die Wahl eines Einheimischen verhindern werden.

In dieser beamtenfeindlichen Stimmung hatte auch ein Antrag von Forstwart Schüllli auf höhere Einstufung keine Chance. Sein Gesuch wurde am 20. 9. 29 abgelehnt mit dem Hinweis, am Ort bestehe eine starke Bewegung für Abbau der Beamtengehälter. Verhandlungen über freiwilligen Lohnverzicht der städtischen Beamten blieben erfolglos, und erst eine gesetzliche Kürzung am 28. 6. 31 rüttelte an ihren Gehältern.

Das Eintreten für die Beamten der beiden Gemeinderäte Zapf und Fuchs, zwei Selbständigen also, vertiefte die Spannungen in der bürgerlichen Wählervereinigung. Zapf, nebenbei Vorsitzender der Ortsgruppe des Schwarzwaldvereins sowie der DDP, machte sich bereits 1928 unbeliebt, als er beim Ankauf eines Grundstücks an der Schulzenmatt zur Fahrwegverbreiterung 12 Mark/qm verlangte, was der Bürgerausschuß am 16. 3. 28 ablehnte. Erst nach zähen Verhandlungen kam der Kauf zustande. Später besserte er sein Ansehen wieder dadurch auf, daß er der Stadt eine Spende von 500 Mark zur Anschaffung einer Motorspritze für die Feuerwehr zukommen ließ. Mit dieser Spende hatte es folgende Bewandnis: Als seine Fabrik 1930 durch einen Brand Schaden nahm, hätte er von der Stadt 387,50 Mark als Gemeindeanteil für den Wasserschaden erhalten können. Er verzichtete darauf und erhöhte den Betrag aus eigener Tasche auf 500 Mark, wenn das erlassene Geld zum Kauf einer Motorspritze verwendet wird.⁸¹ Schon im Dezember des gleichen Jahres wurde die Neuanschaffung der Bevölkerung durch Mechanikermeister Albert Ritter vorgeführt.⁸² Im folgenden Jahr ließ er das „Untertorhaus“ neu errichten, eine für die damalige Notzeit ungeheure Investition. Mit seinem Namen verbunden ist auch die Anlage des ersten Naturlehrpfades, der am 26. 6. 32 eingeweiht wurde. Als Vorsitzender des örtlichen Schwarzwaldvereins leitete er gemeinsam mit Forstrat Oswald Fuchs die Erstellung und konnte bei der Einweihung mit Stolz die große Beteiligung der Öffentlichkeit feststellen.

In der eigentlichen Kommunalpolitik blieb er aber weiterhin umstritten. So trat der frühere Bürgermeister Hermann Seifert aus der DDP-Ortsgruppe aus und meldete sich beim Landesverband direkt an,⁸³ sicherlich ein Protest gegen den örtlichen Vorsitzenden.

Über die heftigen Auseinandersetzungen im bürgerlichen Lager kann man sich nur aufgrund von gegenseitigen Anschuldigungen, die nach der Wahl in Form von Inseraten in der „Schwarzwälder Post“ erschienen, ein Bild machen. Die Wahl fand am 16. 11. 30 statt. Am 23. 11. erschien ein „Offener Brief an die Hersteller des Wahlflugblatts der Liste 11 (= Vereinigte Bürgerliche Wählergruppen“). Darin wehrt sich Gustav Zapf gegen die von der Kommission, gemeint ist die Kommission unter Heinrich Haiß, erhobenen Vorwürfe, „einzelne Herren haben die Interessen der bürgerlichen Wähler nicht vertreten“. Darauf folgte am 2. 12. eine Erwiderung von Heinrich Haiß, eine „Aufklärung zum Offenen Brief“. Damit nicht genug: zwei Tage später brachte Zapf ein über eine ganze Spalte gehendes Inserat, „eine Berichtigung zur Aufklärung“. Ausführlich schildert er das Zustandekommen eines außerordentlichen Holzhiebs, der 1929 zur Deckung der Haushaltslücken getätigt wurde. Zapf wollte 1 850 Festmeter schlagen lassen, was der Stadt eine finanzielle Rücklage gebracht hätte; die Mehrheit beschränkte sich auf 500 Festmeter, was dem Vorschlag der Kommission entsprochen habe.⁸⁴ Im übrigen steht er hinter der eigentlichen Absicht der Kommission, nämlich Einsparungen in der Verwaltung durchzuführen.

Diese Fehde ging sicherlich nicht vorrangig um die Frage, ob 1 850 oder 500 Festmeter Holz zu schlagen sind. Vielmehr steht die Behandlung der Beamtengehälter im Hintergrund der Auseinandersetzung. Der Hinweis in der „Schwarzwälder Post“ am 23. 10. 30, daß sich die gesamten hiesigen Wählergruppen auf eine gemeinsame Liste geeinigt hätten, war für Eingeweihte fast schon Ironie; denn wie die Inserat-Debatte nach der Wahl belegt, war Einheit ferner denn je.

Die Veröffentlichung der Kandidatenlisten brachte dann auch einige Überraschungen.

Der Wortführer der Kommission, Heinrich Haiß, war zum Spitzenkandidaten der bürgerlichen Wählergruppen aufgestiegen. Gemeinderat August Neunzig⁸⁵ war von der Unparteiischen Liste zur bürgerlichen übergewechselt. Die beiden bürgerlichen Dissidenten Gustav Zapf und Josef Fuchs bauten eine eigene Liste, die „Freie Wählerschaft“, auf, die dadurch auffiel, daß sechs Beamte oder Pensionäre auf ihr vertreten waren, die alle bisher nie kommunalpolitisch in Erscheinung getreten waren. In einer Wahlanzeige am 16. 11. 30 warb diese Liste auch besonders um die Beamten.

Auf den Listen der Arbeiterparteien gab es kaum neue Namen: auch blieb sie ausschließlich von Arbeitern oder ehemaligen Arbeitern beherrscht; nur Lindenwirt Fritz Mayer machte eine Ausnahme.

Ein Name wurde vermißt: Bürgermeister-Stellvertreter Hermann Kopf kandidierte nicht mehr, dafür aber seine drei Söhne Adrian, Josef und Xaver, letzterer auf der Freien Liste.

Tod des Bürgermeisters überschattet die Wahl

Hermann Kopf trat mitnichten von seinem kommunalpolitischen Engagement zurück. Sein Verzicht hatte andere Gründe.

Am 9. Oktober 1930, sechs Wochen vor der Wahl, verstarb nach längerer Krankheit Bürgermeister Karl Schäfer. Die Neuwahl sollte vom neuen Bürgerausschuß im Januar 1931 vorgenommen werden. Sicherlich wollte Hermann Kopf es dieses Mal erneut versuchen, nachdem er ja 1923 von einem auswärtigen Kandidaten geschlagen wurde. Vielleicht rechnete er ja ganz sicher mit einer Wahl, so daß er seinen Platz im Bürgerausschuß räumen und mit seinen drei Söhnen drei sichere Wähler in das Gremium bringen konnte.

Das Ergebnis der Gemeindewahl brachte mit der absoluten Mehrheit für die Vereinigten Bürgerlichen Wählergruppen eine Überraschung.

abgegebene Stimmen bei Gemeinderatswahl	949
bei Gemeindeverordnetenwahl	943

SPD:	179 (18,9 %)	1 Sitz
	176 (18,7 %)	9 Sitze
KPD:	102 (10,7 %)	1 Sitz
	105 (11,1 %)	5 Sitze
Vereinigte Bürgerliche Gruppen	514 (54,2 %)	5 Sitze
	505 (53,6 %)	26 Sitze
Freie Wählerschaft	154 (16,2 %)	1 Sitz
	157 (16,6 %)	8 Sitze

Die Kommunisten wurden von ihrem guten Abschneiden auch selbst überrascht. Sie hatten nur acht Kandidaten aufgestellt und erhielten sechs Sitze. Knapp wurde es sogar, als der Bahnarbeiter Bernhard Himmelsbach infolge einer beruflichen Versetzung seinen Platz dem Vorletzten auf der Liste, dem Ortsgruppenleiter Karl Schnaider, überlassen mußte.

Bei den gleichzeitigen Wahlen zum Bezirks- und Kreistag bewarben sich wieder einige Zeller, und zwar beim Zentrum Josef Schätzle, bei der SPD August Schwab und Josef Bea, bei der KPD Rudolf Ganz, bei der DNVP Anton Stoll und Karl Körnle, bei der bürgerlichen Einheitspartei (DDP und DVP) Gustav Zapf; bei der NSDAP kandidierte kein Zeller. Das Ergebnis dieser Wahl in Zell lautet wie folgt:

	Bezirksrat	Kreisrat
Zentrum	308 (33,3 %)	312 (33,6 %)
SPD	177 (19,2 %)	184 (19,8 %)
NSDAP	110 (11,9 %)	114 (12,3 %)
KPD	95 (10,3 %)	90 (9,7 %)
DNVP	112 (12,1 %)	112 (12,1 %)
bürgerliche Einheitsliste	112 (13,2 %)	116 (12,5 %)

Die Wahl des neuen Bürgermeisters lag also alleine bei den vereinigten Bürgerlichen. Wenn sie einig gewesen wären, hätten sie ihren Kandidaten durchbringen können und dabei die alte Forderung, keinen Berufsbürgermeister zu haben, in die Realität umsetzen können. Auf ihren Vorschlag, angeregt von einer Zentrumsversammlung am 2. 12. 30, beschloß der Gemeinderat, die Stelle nur örtlich auszuschreiben und zu den üblichen Bewerbungsunterlagen noch die Angabe der Gehaltsansprüche und sonstiger Bedingungen zu verlangen.⁸⁶

Drei vergebliche Versuche, einen einheimischen Bürgermeister zu finden

Der erste Wahlgang für die Bürgermeisterwahl wurde auf den 12. Januar 1931 anberaumt. Wahlberechtigt waren die 48 Gemeindeverordneten sowie die 8 Gemeinderäte. Erforderlich waren also 29 Stimmen, um gewählt zu sein. Die bürgerliche Vereinigung verfügte über 31 Stimmen. Von den anwesenden 53 Mitgliedern stimmten⁸⁷

14 für Hermann Kopf, ehemaliger Kreisrat des Z
9 für August Schwab, Bürgermeister-Stellv. von der SPD
8 für Alfred Zimmermann, den Gründer und Inhaber der Prototyp-Werke
6 für Karl Hahn
4 für Hermann Seifert, ehem. Bürgermeister, DDP
2 für Alfred Willmann, Vors. des Gewerbevereins, Mitglied der NSDAP
1 für Wilhelm Kornmayer, Vors. des Haus- u. Grundbesitzervereins
9 Stimmen waren ungültig.

Die Wahl verlief also ergebnislos. Hermann Kopf konnte die bürgerlichen Stimmen wieder nicht auf sich vereinen. August Schwab erhielt wohl die Stimmen seiner Parteifreunde, die Kommunisten scheinen sich enthalten zu haben. Mit Alfred Zimmermann schnitt ein erfolgreicher neuer Unternehmer sehr gut ab.

Am 6. Februar fand der zweite Wahlgang statt mit folgendem Ergebnis:

Von 52 anwesenden Mitgliedern stimmten
20 für Hermann Kopf
11 für August Schwab
5 für Hermann Seifert
5 für Rudolf Ganz, Gemeinderat der KPD
2 für Karl Hahn
1 für Gottfried Schmider, den „Hirsch-Beck“
8 Stimmen waren ungültig.

Trotz eines Zugewinns von 6 Stimmen verfehlte Kopf die Mehrheit wiederum klar; August Schwab gewann nun mindestens eine Stimme außerhalb seiner Partei, und die Kommunisten präsentierten nun ihren Gemeinderat als Kandidaten.

Vor dem dritten Wahlgang erfuhr Hermann Kopf eine Ehrung, die sicherlich nicht aus Zufall zu diesem Zeitpunkt erfolgte: am 17. Februar wurde er in Villingen zum 1. Landesvorsitzenden der Bürgermilizen, d.h. der Bürgerwehren gewählt. Aber dies hat ihm in den Augen der Zeller wohl eher geschadet, denn der 3. Wahlgang am 24. Februar zeigte folgendes Ergebnis:

Von den 55 anwesenden Mitgliedern stimmten
17 für Hermann Kopf
15 für August Schwab
13 für Hermann Seifert
3 für Rudolf Ganz
1 für Stadtpfarrer Dr. Peter
6 waren ungültig.

Damit war die Wahl als ganze ergebnislos verlaufen, da nach dem gültigen Wahlrecht nur derjenige gewählt war, der in einem der drei Wahlgänge die ab-

solute Mehrheit erhielt. Dies war keinem Kandidaten gelungen. Die Kommunalverfassung sah nun vor, daß das Innenministerium in Karlsruhe einen kommissarischen Bürgermeister für zwei Jahre zu ernennen hat. Damit war der Versuch der Bürgerlichen, einen einheimischen nebenamtlichen Bürgermeister zu wählen, aus eigener Schuld gescheitert.

Der neue Bürgermeister

Das zuständige Innenministerium ließ sich mit der Ernennung Zeit. Solange führte Stellvertreter August Schwab die Geschäfte. Ende April tauchten Gerüchte über die bevorstehende Besetzung der Stelle auf; aber erst am 2. Mai 1931 gab das Bezirksamt bekannt, daß Dr. Franz Schumann aus Konstanz als überplanmäßiger Beamter nach der Reichsbesoldungsordnung zum kommissarischen Bürgermeister bestellt sei und am 1. Juni 1931 sein Amt antrete.



Bürgermeister Dr. Franz Schumann

Für Zell war dies eine glückliche Wahl, kam doch dadurch ein echter Fachmann für kommunale Fragen ins Rathaus. Seine Doktorarbeit über die wirtschaftliche Situation der Stadt Freiburg sowie seine bisherigen Tätigkeiten bei der Handwerkskammer und der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft in Konstanz wiesen Dr. Schumann als Kommunalpolitiker aus. Er selbst bemühte sich beim Ministerium um diese Stelle, was durch gute Beziehungen und die richtige Parteimitgliedschaft im Zentrum wesentlich erleichtert wurde.⁸⁸

Der neue Bürgermeister sah sich schwierigen Problemen gegenüber: einem in sich zerstrittenen Gemeinderat mit einem gespaltenen bürgerlichen Lager und einer kritischen wirtschaftlichen Situation wegen der Betriebsstilllegung der

Porzellanfabrik. Kommunalpolitischen Abhängigkeiten begegnete er zunächst dadurch, daß er nicht der Zentrums-Ortsgruppe beitrug, sondern sich dem Landesverband anschloß, was ihm aber beim Zentrums-Ortsvorsitzenden Schuhmachermeister Karl Hoog die Sympathien verscherzte.

Seine politischen Überzeugungen legte er in zwei Reden dar: der Einführungsrede vor dem Bürgerausschuß am 16. Juli und der Rede zum Verfassungstag am 11. August, die beide vollständig von der „Schwarzwälder Post“ abgedruckt worden sind. Darin bekennt sich Schumann uneingeschränkt zur Weimarer Verfassung, „zum Gedanken des Volksstaates, zu Volk und Vaterland“. Er lobt die Verfassungsväter, die in einer „geistigen Kraftanstrengung“ unserem „seelisch und körperlich zerrüttetem Volk“ eine verfassungsmäßige Ordnung gegeben haben, die „echtes deutsches Gedankengut“ mit den Bürger- und Menschenrechten der westeuropäischen Demokratie verbunden hat. Diese Verfassung erfüllte den Traum unserer Väter von 1848, nämlich „den Traum von der Einheit des freien Volkes“. Arbeiterschaft und Bürgertum verdanken wir die Rettung unseres Volkes. Vor dieser historischen Leistung verblaßten die Fehler, die in der Ausführung der Verfassung vorgekommen sind. „Nicht die Demokratie hat versagt, sondern die Menschen, welche das Maß der Verantwortung nicht tragen konnten und weithin versagt haben, da sie politische Rechte und Freiheit nicht in Einklang bringen konnten mit der aus ihr entstehenden politischen Verantwortung und dem erforderlichen Pflichtbewußtsein.“ Die Vorherrschaft der Verwaltungs- und Parteiapparate, die Ersetzung von Politik durch den nackten und rohen Interessenkampf werden von Schumann als negative Entwicklungen gebrandmarkt. Allerdings seien die Kreise, die schon vor dem Krieg ‚So kann es nicht weitergehen!‘ gerufen haben, mitschuldig, wenn nicht hauptverantwortlich für die Niederlage. Schumann greift die „herrschende Schicht des Vorkriegspreußen“ wegen deren „verblendetem Eigennutzen“ an, die „lieber auf ihrem überschuldeten und verödeten Besitztum saß, als ihren deutschen Brüdern und Schwestern eine Heimat zu ermöglichen und sie dem schrecklichen Los des heimat- und wurzellosen Großstadtmenschentums zu entreißen“. Er spielte damit auf einen aktuellen Streitpunkt der Reichspolitik an, nämlich auf den Versuch der Regierung Brüning, nicht mehr entschuldungsfähige große Güter zum Zweck der bäuerlichen Besiedlung zwangsweise zu enteignen, ein Versuch, der 1932 durch die Einflußnahme der Großagrarien auf Hindenburg scheiterte. Seine Ablehnung der „Ostsiedlungsnotverordnung“ führte im April 1932 zum Rücktritt der Regierung Brüning⁸⁹.

Zum Schluß der Rede am Verfassungstag wandte sich Schumann noch gegen „nationale Selbstsucht und Überheblichkeit“ und gegen „ein polterndes Bekenntnis zur Wehrhaftigkeit“. Er sprach sich für eine ehrliche Friedenspolitik aus und gegen den „alten heidnischen Grundsatz“: ‚Wer den Frieden will, rüste zum Krieg!‘ Konkret auf die Lage von Zell bezogen, stellte er radikale Sparsamkeit und eine klare und einfache Verwaltung als Grundlage für vertrauenserweckende Arbeit in den Mittelpunkt. Er selbst wolle Vorbild an Le-

bensführung und Pflichterfüllung sein. „Katastrophenstimmung“ hielt er für „irrsinnige Selbstvernichtung“. Grundübel der deutschen Wirtschaft sei eine „inflationistische Verseuchung“ und der Leichtsinn, aus den schwebenden Schulden nicht herausgekommen zu sein. Schumann erkannte die fast unlösbare Klemme der städtischen Finanzen.

Mit diesen beiden Reden wies sich Schumann als ein Mann aus, der dem linken Flügel des Zentrums zuzurechnen ist, der eher in der SPD als in den rechtsbürgerlichen Parteien oder gar in der NSDAP den Bündnispartner suchte.

Seine ersten Kritiker kamen aber von der kommunistischen Seite. Als sich im Jahre 1932 die Not für die Erwerbslosen zuspitzte, wurde ein „Erwerbslosenausschuß“ gegründet, den der Gemeinderat als Ansprechpartner zunächst akzeptierte. Er forderte von der Stadt eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, worauf der Bürgermeister auf den 29. September 1932 eine Sitzung des Bürgerausschusses anberaumte, um die städtischen Finanzen offenzulegen und zu zeigen, daß diese Forderung unmöglich erfüllt werden konnte.

Im Vorfeld dieser Sitzung kam es zu Versammlungen und Demonstrationen des Erwerbslosenausschusses, wobei Sprechchöre wie „Wir haben Hunger“ oder „Gebt uns Arbeit und Brot“ ausgestoßen wurden. Die bürgerlichen Gemeindeverordneten fühlten sich dadurch bedroht, so daß der Bürgermeister die Öffentlichkeit von der Sitzung ausschloß. Daraufhin veranstalteten die Kommunisten eine Demonstration vor und hinter dem Rathaus mit ca. 100 Teilnehmern, in deren Verlauf ihr Organisationsleiter Wilhelm Schmidt von den Stufen des Rathauses aus eine Rede hielt.⁹⁰ Im Rathaus verlief die Sitzung ebenfalls recht stürmisch. Nachdem der Bürgermeister die Zahlen über Unterstützungsleistungen der Stadt aufgeführt hatte, erhob der KPD-Gemeinderat Rudolf Ganz folgende zusätzliche Forderungen: Übernahme der vollen Mietzahlungen und von Schuhreparaturen durch die Stadt sowie Ersatzkleidung und Lebensmittel für Wohlfahrtserwerbslose und Fürsorgearbeiter. Danach „schildert er in eindringlichen, leider nicht immer gut verständlichen Worten die Not und das Elend in den Familien der Erwerbslosen“. So berichtet Josef Fuchs, Gemeindeverordneter der Freien Wählerschaft, in seiner Zeitung.⁹¹ Der Sprecher des Erwerbslosenausschusses und KPD-Ortsgruppenleiter Karl Schnaider trug folgende Zahlen vor: ein Fürsorgearbeiter erhalte für die Familie mit zwei Kindern 58 Mark monatlich; davon gehen 4 Mark für Miete ab. Bei allem Verständnis für die Schwierigkeiten der Stadt fragte Schnaider: „Aber sollen wir verhungern?“ Zum Schluß seiner Ausführungen bezeichnete er den Ausschluß der Öffentlichkeit als nicht gerechtfertigt. Die Sprechchöre, durch die die Demonstranten ihre Forderungen bekräftigten, seien keinesfalls als Drohungen gemeint gewesen. Der wahre Grund für den Ausschluß sei vielmehr, daß die Erwerbslosen die Einstellung einzelner Gemeindeverordneter nicht hören sollen. Alle eindringlichen Reden änderten nichts an der Entscheidung der Gemeinderatsmehrheit, die Forderungen des Erwerbslosenausschusses wegen der Haushaltslage abzulehnen.

Eine neue Frontstellung im Gemeinderat war dadurch entstanden, und so rückten die bürgerlichen Mitglieder enger zusammen. Dies wurde durch eine andere Abstimmung zwei Monate später, im November 1932, deutlich:

Die Amtszeit des kommissarischen Bürgermeisters Dr. Schumann wäre am 31. 5. 33 abgelaufen. Der politisch sehr helllichtige Schumann erkannte, daß die Polarisierung der Politik in den nächsten Jahren infolge der Krise eher noch zunehmen würde. So entschloß er sich, noch bevor die Radikalisierung auch den Zeller Gemeinderat erreichte, auf eine reguläre Neuwahl des Bürgermeisters zu einem früheren Zeitpunkt hinzuwirken. Da er dabei von der Mehrheit des Gemeindeparlaments und vom Bezirksamt unterstützt wurde, genehmigte das badische Innenministerium die Ansetzung der Neuwahl auf den 21. November 1932.⁹²

Was in drei Wahlgängen einheimischen Kandidaten nicht gelungen war, schaffte Schumann im ersten Anlauf: er erhielt mit 32 von 55 Stimmen die absolute Mehrheit. Einziger Gegenkandidat war der kommunistische Gemeinderat Rudolf Ganz, der 5 Stimmen erhielt. Außerdem erhielten noch Franz Auer und August Schwab je eine Stimme; allerdings waren 16 Stimmen ungültig.

Dennoch war dies ein großer Erfolg für Dr. Schumann, der innerhalb von 18 Monaten die bürgerlichen Gemeindeverordneten hinter sich sammeln konnte.

Die Auseinandersetzung mit den Kommunisten ging weiter. Am 3. Februar 1933 wurde eine von ihnen organisierte Demonstration vom Rathaus verboten und aufgelöst; außer einigen Pfui-Rufen ist kein Widerstand überliefert. Die Kundgebung wurde am 22. Februar nachgeholt, diesmal fand sie „ohne jegliche Störung, jedoch unter starker polizeilicher Sicherung statt“.⁹³ Die kommunistische Organisation hielt bis zu ihrer Auflösung im März 1933. Solange erschien auch weiterhin „Der rote Besen“.⁹⁴

V. Gleichschaltung von Zell

Als im Jahre 1937 Franz Disch die Chronik der Stadt Zell am Harmersbach verfaßte, bestanden die Machthaber auf einem ihnen gewidmeten Kapitel. Disch beauftragte sie, eine kleine Geschichte der NSDAP-Ortsgruppe aufzusetzen. Er benutzte diese Geschichte wörtlich für seine Chronik. Eigene Untersuchungen konnte er ja nicht anstellen, um das Werk als Ganzes nicht zu gefährden. Diese selbstverfaßte Geschichte der NSDAP-Ortsgruppe, eine rein chronologische Aufzählung der Veranstaltungen, befindet sich heute im Stadtarchiv.⁹⁵

Der Nationalsozialismus in der „Kampfzeit“

Die sog. „Kampfzeit“, d.h. die Zeit vor der sog. „Machtergreifung“, begann in Zell im Wahlkampf zur Landtagswahl 1929. Zum ersten Mal traten nationalsozialistische Redner und Verbände massiv im katholisch beherrschten

Südbaden auf. Die gesamte badische Landesorganisation konzentrierte sich zuvor im protestantischen Norden Badens, vor allem im Raum Heidelberg und Karlsruhe.

Die Landtagswahl im Oktober 1929, wo die NSDAP landesweit von 1,2 % auf 7 % zunahm, gilt als „take off point“⁹⁶, als Ausgangspunkt für die Erfassung Badens durch die nationalsozialistische Organisation. Auch in Zell trat die Partei bei dieser Gelegenheit erstmals auf. Am 15. September 1929 fand im „Adler“ in Zell unter Leitung des späteren Bürgermeisters von Oberharmersbach, Josef Serrer, eine Veranstaltung des Landesvorsitzenden Walter Köhler mit dem Thema „Börsendiktatur oder Deutscher Volksstaat“ statt. Wie die „Schwarzwälder Post“ berichtet, erschienen mit Köhler Anhänger in Uniform von auswärts, und der Andrang war so, daß einige Zuhörer auf der Straße stehen mußten. 11 Stimmen erhielt die Partei bei der Wahl; genau soviele schrieben sich im Dezember 1929 für den Volksentscheid gegen den Young-Plan ein. Zur Reichstagswahl 1930 organisierten die Nationalsozialisten die nächste Versammlung und zwar am 16. August mit einem Dr. Rombach aus Offenburg als Redner. Zum Auftreten Hitlers in Offenburg am 20. Oktober 1930 wurde eine Fahrt organisiert, am 31. Oktober eine Veranstaltung unter dem Motto „Hitlers Schatten über Deutschland“. 105 Stimmen bei der Reichstagswahl schienen Anlaß für die Gründung einer Ortsgruppe gewesen zu sein, die sich am 29. November 1930 in der „Sonne“ vollzog. Als Gründungsmitglieder sind in der Dischschen Chronik festgehalten:

Brunnow Erdmann, Ingenieur	Fuchs Oswald, Forstrat
Funk Heinrich, Herdfabrik	Jehle Max, Elektriker
Kopf Adrian, Drechslermeister	Kornmayer Hermann, Drechsler
Dr. Leonhard Emil, Betriebsleiter	Leopold Jakob, Maurer
Mauer Hans, Maurer	Schmider Karl, Dipl.-Ing.
Schnurr Ludwig, Kaufmann	Schön Eduard, Kaufmann
Schönleber Bruno, Apotheker	Seifert Ferdinand, Kaufmann
Willmann Alfred, Schreinermeister	

Die Gründung kam für die Teilnahme an den Gemeindewahlen zu spät. So kandidierten die ersten Zeller Nationalsozialisten verstreut auf der bürgerlichen und auf der freien Liste, Adrian Kopf und Alfred Willmann waren Gemeindeverordnete der Bürgerlichen, Oswald Fuchs der Freien Wählerschaft. Im Gemeinderat war keiner vertreten. Ihr Einfluß auf die Kommunalpolitik war also gleich Null. Um so mehr versuchten sie sich durch Versammlungen hervorzutun.

Am 31. 1. 31 sprach im „Badischen Hof“ der Ingenieur der Keramik Erdmann Brunnow über „den Aufbruch der Nation“. Wilhelm Schmidt von der KPD-Ortsgruppe sprach dagegen.⁹⁷ Es wurden regelmäßige Sprechabende im „Adler“ eingerichtet, und es traten auch schon zwei Männer in SA-Uniform auf: Hans Mauer und Franz Schwarz.⁹⁸ Am 28. 9. 31 traten auch die beiden poli-

tischen Leiter der Zeller Ortsgruppe Adrian Kopf und Eduard Schön in Uniform auf. Solche Versammlungen gingen natürlich nicht still und leise vor sich, sondern sie wurden durch einen öffentlichen Aufmarsch vorbereitet. Bei solchen Gelegenheiten kam es nun in der Folgezeit zu Auseinandersetzungen mit Kommunisten.

Immer mehr geriet aber auch die Kirche und das Zentrum in die Schußlinie der Partei. Diese Auseinandersetzung erreichte im Frühsommer 1932 einen ersten Höhepunkt. Anlässlich des Duells zwischen Hindenburg und Hitler um das Amt des Reichspräsidenten veröffentlichte das Bürgermeisteramt einen Aufruf, Hindenburg zu wählen. Unterzeichnet war dieser von Fritz Burger (Konditor), Hermann Kopf (Färbermeister), Carl Morlok (Kaufmann), Alfred Mutter (Gewerbelehrer), Jakob Riehle (Sägewerk), Josef Schätzle, Dr. Schumann, August Schwab und Gustav Zapf.⁹⁹ Leiter des örtlichen „Hindenburg-Komitees“ war Bürgermeister Dr. Schumann. Er hatte alle bekannten Zeller Persönlichkeiten auf der Unterschriftenliste versammeln wollen. Absagen erhielt er nur aus dem Haus Schmider. Fabrikant Georg Schmider wurde von Schumann in einem Brief vom 7. 3. 32 um die Unterstützung gebeten; da er aber Aufrufe grundsätzlich nicht unterzeichne, lehnte er ab.¹⁰⁰ Warum der bürgerliche Listenführer Heinrich Haiß nicht unterschrieben hat, kann nicht festgestellt werden. Dies könnte auch politische Gründe gehabt haben, denn schließlich war Haiß später auch im gleichgeschalteten Gemeinderat vertreten.

Im Februar 1932 verfaßte Pater Berchmanns vom Kapuzinerkloster ein Flugblatt mit Auszügen aus „Mein Kampf“, in dem er besonders auf kirchenfeindliche Aspekte des nationalsozialistischen Programms hinwies. Besonders empörte den Verfasser der NSDAP-Ortsgeschichte, daß Berchmanns ein Exemplar dieses Buches von Parteigenossen Seifert unter einem Vorwand erschlichen hatte. Pater Berchmanns übrigen unterließ nichts im Kampf gegen die Nationalsozialisten. In der Osterbeichte 1932 – Ostern lag 1932 zwischen den beiden Wahlgängen der Reichspräsidentenwahl – fragte er die Gläubigen, ob sie für Hindenburg gestimmt haben. Gegen Berchmanns wurde daraufhin Strafanzeige vom Bezirksleiter der NSDAP erstattet. Die katholische Presse sah darin „einen Faustschlag ins Gesicht des katholischen Volkes, das seine Priester in der unwürdigsten Weise wegen der Ausübung ihrer seelsorgerlichen Funktionen vor den Kadi zitiert sieht“. „Der Priester, der seine kirchlichen Funktionen erfüllt, ist vogelfrei den Denunziationen verwahrloster Elemente ausgeliefert . . . Die nationalsozialistischen Kampfmethoden gegen die Kirche bieten eine treffende Illustration zu dem Vorgehen der NSDAP gegen die katholische Religion und ihre Diener für den Augenblick, wo der Nationalsozialismus in Deutschland zur Macht kommen würde; sie rechtfertigen aber auch in eindrucksvoller Weise die Haltung des deutschen Episkopats gegen den Rechtsradikalismus“, schreibt das katholische „Neue Badische Tagblatt“ im Juni 1932.¹⁰¹

Auch Stadtpfarrer Dr. Peter predigte am Weißen Sonntag 1932 gegen die neue Partei und sah den letzten freien Weißen Sonntag.¹⁰²

Anders war das Verhältnis zur evangelischen Kirche: der für Zell zuständige Haslacher Pfarrer Baumann war als führendes NSDAP-Mitglied bekannt.¹⁰³ Am Volkstrauertag 1932 hielt er in Zell eine Rede.¹⁰⁴

Die Reichstagswahl im Juli 1932 bot der Partei erneut einen willkommenen Anlaß zur Propaganda. Bei einem SA-Marsch durchs Tal mit ca. 250 meist auswärtigen Teilnehmern wurde in der Zeller Oberstadt von einheimischen Parteigenossen unter den Zuschauern der Gewerkschafter Karl Gieringer entdeckt und durchs verwinkelte Städtchen verfolgt. Er entkam jedoch.¹⁰⁵

Auf einer Zentrumsversammlung am 22. 7. 32 wurden NSDAP- und KPD-Mitglieder von der Teilnahme ausgeschlossen.

Wie sehr die Nationalsozialisten auch in den engagierten Katholiken ihre Gegner sahen, zeigte sich noch Jahre später, als der Gestapo-Vertrauensmann in Zell beauftragt wurde, folgende Personen zu überprüfen:¹⁰⁶

- katholische Jugendführer: August Schwarz, Ludwig Lehmann und Josef Krumm;
- Kommunisten: Franz Gieringer, Max Faißt, Karl Schnaider, Rudolf Ganz, Georg Hug, Himmelsbach, Gustav Schätzle
- Gustav Zapf

Da alle Beschuldigten seit der „Machtergreifung“ sich nicht mehr politisch betätigten, blieben sie unbehelligt. Sie erfuhren z.T. erst nach dem Krieg, in welcher Gefahr sie schwebten.

Um den innenpolitischen Endkampf besser bestreiten zu können, wurden die NS-Ortsgruppen im September 1932 neu organisiert. Die Zeller Gruppe wurde in 2 Zellen und 4 Block aufgeteilt, wodurch die Parteigenossen straffer erfaßt wurden. Mit Oskar Wiegert wurde ein junger Lehrer nach Zell versetzt, der die Organisation in die Hand nahm und auch durch ein forsches Auftreten im Amtszimmer des Bürgermeisters auffiel, ohne diesen jedoch sonderlich beeindrucken zu können.¹⁰⁷

Allerdings machte auch Dr. Schumann die Entwicklung mit, die für das Zentrum damals typisch war. Die Rede zum Verfassungstag 1932 unterschied sich von der, die er ein Jahr zuvor gehalten hat, in einem wesentlichen Punkt: in Anbetracht der Stimmengewinne der radikalen Parteien sah er zur Zeit „eine anormale politische Willensbildung“ und in der Weimarer Republik die „überstürzte Einführung der radikalen Demokratie“. Schumann sprach sich für „Reformen“ aus, die damals gerade diskutiert wurden: Stärkung der Rolle des Reichspräsidenten, Rückverlegung des Wahlalters auf 25 Jahre, Ersetzen des Verhältniswahlrechts durch ein Persönlichkeitswahlrecht.

Das Zentrum war sich unschlüssig zwischen der Treue zur Verfassung und zum Parlamentarismus, was bedeutet hätte, Hitler als Führer der nunmehr stärksten Partei an die Kanzlerschaft heranzulassen und ihm eine Koalition anzubieten oder aber den bedingungslosen Kampf gegen Hitler, was eine zumindest vorübergehende Einschränkung der Verfassung bedeutet hätte. Die Quellenlage ist leider zu dürftig, um sichere Aussagen über die Haltung der Zeller Zentrumspolitiker zu machen. Die Rede vom 11. 8. 32 sowie einige Äußerungen vom Frühjahr 1933 lassen aber darauf schließen, daß Schumann selbst ein „Einbinden“ der Nationalsozialisten dem bedingungslosen „Bekämpfen“ vorzog.

Eine andere Einstellung bewies Justizrat von Amelunxen, der im Rahmen des katholischen Volksvereins und der katholischen Aktion am 22. 2. 32 einen Vortrag über die Strafrechtsreform hielt. Dieses an sich sehr trockene Thema rief eine heftige Reaktion unter den zuhörenden Nationalsozialisten hervor, als von Amelunxen es als einen „Irrtum der Neuerer“ bezeichnete, daß nunmehr die Nationalidee als Quelle des Rechts und die Rasse als Nachfolger Gottes angesehen werde. Wer so den Staat überschätze, komme nicht an die Seele des Menschen heran. Von Amelunxen verstarb am 24. 9. 32 im Alter von 76 Jahren.

Die SPD bemühte sich, gegen die aufkommende Bewegung ihre Kräfte zu sammeln. Sie war allerdings eingezwängt zwischen den Forderungen der KPD und dem nicht kompromißbereiten bürgerlichen Block. Da sie ziemlich auf sich allein gestellt war, organisierte sie ihre Mitglieder nun ebenfalls etwas straffer und legte sich gleichfalls eine militarisierte Schutztruppe, die „Eiserne Front“, zu, die nunmehr SPD-Versammlungen in Zell abhielt.¹⁰⁸

Erste Phase der Gleichschaltung

Eroberung des Rathauses durch symbolische Handlungen

Nachdem Hitler am 30. 1. 33 zum Reichskanzler ernannt worden war, ging es in einem ersten Schritt um die Eroberung und Sicherung der Macht in Berlin. Dazu wurde am 5. März 1933 eine erneute Reichstagswahl angesetzt, die den Nationalsozialisten die Mehrheit bringen sollte. Ein enormer Propagandafeldzug setzte ein, der am 19. 2. 33 Zell in Form eines Aufmarsches von SA und SS erreichte. In Zell war kurz zuvor eine kommunistische Demonstration verboten worden, und eine neue war geplant. So traten sich hier zwei aktive und gut organisierte Ortsgruppen gegenüber. Die Kommunisten ließen den Aufmarsch nicht ohne Widerspruch zu und riefen „Rot Front!“ in den Zug. Daraufhin kam es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen, die dieses Mal zugunsten der Nationalsozialisten ausgingen. Am Fastnachts-Dienstag, wenige Tage später, wurden einige Parteigenossen, die diesmal ohne auswärtige Hilfe

waren, von „maskierten Kommunisten verprügelt“, wie die Geschichte der Ortsgruppe ausführt. Der Haß der Kommunisten läßt sich auch durch die persönliche Gefährdung erklären, der sie ausgesetzt waren. Bereits im Januar 1933 wurde Organisationsleiter Wilhelm Schmidt für eine Woche verhaftet. Auf Intervention von Bürgermeister Dr. Schumann wurde er wieder entlassen.¹⁰⁹

Kurz vor der März-Wahl wurden erneut zwei Mitglieder in Schutzhaft genommen, nämlich wiederum Wilhelm Schmidt und Ernst Kern. Bei ihrer Verhaftung wurde auch sämtliches privates Eigentum beschlagnahmt. Sie waren also als erste persönlich von der neuen Regierung bedroht. Ihren Stimmenrückgang bei dieser Wahl erklärt die „Schwarzwälder Post“ damit, daß einige freiwillig auswärts gewählt haben mit Stimmscheinen;¹¹⁰ dabei informierte die Zeitung ihre Leser auch darüber, daß sich zwei Kommunisten in Schutzhaft befinden.

Obwohl die Wahl am 5. März der NSDAP nicht die erwünschte absolute Mehrheit brachte, feierte sie ihren Sieg. Nachdem am 9. März Reichsstatthalter Wagner in Karlsruhe die Macht übernommen hatte,¹¹¹ versuchten die Nationalsozialisten nun überall, auch die Rathäuser zu erobern, zunächst symbolisch durch das Hissen der Hakenkreuzfahne. Über den entsprechenden Antrag mußte der Zeller Gemeinderat am 10. März entscheiden. Sein Beschluß wurde in der Heimatzeitung veröffentlicht. Er lautete:

„Die NSDAP-Ortsgruppe Zell hat an den Gemeinderat den Antrag gestellt, die Hakenkreuzfahne entweder am Rathaus (hier zusammen mit der alten Reichsflagge) oder am Storchenturm zu hissen. Der Gemeinderat ist einmütig der Auffassung, daß das Rathaus und die städtischen Gebäude als der Gesamtbürgerschaft gehörig von Parteidemonstrationen, sei es durch Reden vom Rathaus aus, sei es durch Hissen von Parteifahnen, im Interesse des friedlichen Zusammenlebens der Gesamtbürgerschaft freizuhalten seien. Der Gemeinderat ist unter ausdrücklicher Einlegung der Rechtsverwahrung und lediglich zur Vermeidung von weiteren Schwierigkeiten bereit, die Hissung der Hakenkreuzfahne auf dem Storchenturm zu dulden. Diesen Standpunkt bezügl. der parteipolitischen Veranstaltung wird von der Mehrheit des Gemeinderats schon deshalb eingenommen, weil sie von unpolitischen Listen gewählt sind.“ Nachträglich ist noch folgender Satz ins Protokoll eingefügt, der nicht veröffentlicht wurde: „Die Gemeinderäte Ganz und Schwab sind auf jeden Fall gegen eine Beflaggung.“

Das Bezirksamt, inzwischen von Karlsruhe aus entsprechend instruiert, erlaubte schließlich die Hissung. Am 21. März ging, angeführt vom Gesangverein, ein Fackelzug durch die fahnen geschmückte Hauptstraße.

Dabei gab sich Dr. Schumann für eine Ansprache vor der SA her, in der er betonte, daß kein Deutscher sich der Mitarbeit am Wiederaufbau eines neuen deutschen Vaterlandes entziehen dürfe. Auf die Rede des Ortsgruppenleiters



Die Hauptstraße von Zell a. H.

Adrian Kopf vor dem Rathaus folgte das Horst-Wessel-Lied als Abschluß der Veranstaltung.¹¹²

Nach der „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. 2. 33 wurden alle kommunistischen Organisationen aufgelöst. Die Parlamentsmandate wurden aberkannt. So wird in Zell ab dem 23. 3. 33 der Gemeinderat Rudolf Ganz nicht mehr zu Sitzungen eingeladen. Gleichzeitig legt SPD-Gemeinderat August Schwab sein Amt als Bürgermeister-Stellvertreter nieder.¹¹³ In der Folgezeit erklären einige kommunistische Gemeindeverordnete ihren Austritt aus der Partei und aus dem Bürgerausschuß. Dies geschah wohl unter dem Eindruck von drei weiteren Schutzhaftnahmen ehemaliger Kommunisten am 16. 3. 33. Im April wurden die Arbeitervereine aufgelöst, und die SPD löste ihre Ortsvereine freiwillig auf, in Zell am 13. 5. 33. Am 27. 4. erklärte Erzbischof Gröber, daß die katholische Kirche den „neuen Staat positiv bejaht“.¹¹⁴ Damit war praktisch das Zentrum fallengelassen worden. Nach dem Reichskonkordat am 20. 7. 33 wurde es endgültig aufgelöst.

Am 28. 4. trat das Gleichschaltungsgesetz in Kraft; demnach wurden die Sitze der Gemeindegremien neu verteilt, und zwar nach dem örtlichen Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März, wobei Stimmen für die KPD unberücksichtigt bleiben sollten. Nach dieser Berechnung sahen in Zell die neuen Gremien folgendermaßen aus:

Gemeinderat:

3 Zentrum: Alender Paul, Brosamer Fritz, Burger Fritz

2 NSDAP: Kopf Adrian, Schön Eduard

1 SPD: Schwab August

Gemeindeverordnete:

7 Zentrum: Beck Hermann, Beck Wilhelm, Brucher Rudolf, Graber Karl, Kopf Josef, Müller Josef, Riehle Jakob

4 NSDAP: Raupp Ernst, Ritter Albert, Schneider Thomas, Seifert Ferdinand

1 SPD: Hettler Gottlob

Die beiden SPD-Vertreter verzichteten sofort auf die Ausübung der Ämter.¹¹⁵

Erster Höhepunkt der Selbstdarstellung der neuen Machthaber war die Kundgebung am 1. Mai, dem „Ehrentag der nationalen Arbeit“. Nachdem am Rathaus sich die Zeller Vereine sammelten und gemeinsam mit den geschlossen anmarschierenden Unterharmersbachern zu einem Gottesdienst in die Pfarrkirche gezogen waren, formierte sich ein Festzug mit der SA an der Spitze unter ihrem Ortsgruppenführer, dem neuen Forstrat Ens. Am Rathaus verkündete der neue Bürgermeister-Stellvertreter Adrian Kopf die Ehrenbürgerschaft der Stadtgemeinde Zell für Hitler sowie die Umbenennung der Friedrich-Ebert-Straße in Hindenburgstraße. Am Heinefetter-Denkmal wurde anschließend die Hitler-Eiche gepflanzt: die zu diesem Zweck ausgefertigte Urkunde trägt die Unterschriften von:¹¹⁶

Forstrat Ens, Eduard Schön, Adrian Kopf, Alfred Willmann
Max Jehle, Heinrich Funk, Johann Mauer
Gottfried Schmider jg., Oskar Wiegert, Ludw. Schnurr
Franz Berger, Otto Baumgartner, Albert Ritter, August Dold
Richard Bauer, Ferdinand Seifert, Aug. Schmider
Bruno Schönleber, Karl Schmider, Matthäus Schüllli

Zweite Phase der Gleichschaltung

Die tatsächliche Machtergreifung in Zell

Durch die Neuverteilung der Gemeinderatssitze wurde die NSDAP ein kommunalpolitischer Faktor in Zell. Sie konnte nun erstmals in Sitzungen geschlossen auftreten. Dennoch war sie noch weit von der tatsächlichen Machtausübung entfernt. Wie überall, so konzentrierte sie sich in der Folgezeit auf drei Marschrichtungen:

totale Gleichschaltung des Gemeinderats

Ablösung des Bürgermeisters

Gleichschaltung der Vereine.

Der letzte Punkt war in Zell relativ leicht zu bewerkstelligen. Nachdem die Freien Gewerkschaften am 2. Mai aufgelöst worden waren, verschwanden

auch viele Arbeitervereine rasch von der Bildfläche. Der Arbeiter-, Rad- und Kraftfahrbund ‚Solidarität‘ wurde schon im April aufgelöst. Die anderen Vereine folgten im Mai.

Die katholischen Vereine genossen noch den Schutz der Kirche, und nach dem Konkordat durften sie nicht aufgelöst werden. Sie mußten sich aber verpflichten, sich nicht politisch zu betätigen. So konnten sie noch einige Zeit nach der „Machtergreifung“ intakt bleiben, wenngleich Übergriffe durch untergeordnete Stellen vorkamen.¹¹⁷ Hauptangriffsziel der nationalsozialistischen Propaganda waren die bürgerlichen Vereine. Aber in Zell boten nur wenige der Partei Anlaß zum Eingreifen. Der Gewerbe- und Handwerkerverein stand ohnehin unter der Leitung eines NSDAP-Gründungsmitgliedes, nämlich von Alfred Willmann. Der Verein hielt zu ihm, auch als er am 31. 1. 31 aus „ortspolitischen Gründen“ zurücktreten wollte. Am 25. 7. 33 traten 71 von 154 anwesenden Mitgliedern des Vereins dem „Kampfbund für gewerblichen Mittelstand“ bei, der später in der NS-HAGO und der „deutschen Arbeitsfront“ aufging. Die Organisation der NS-BO, der nationalsozialistischen „Gewerkschaft“, wurde von Gründungsmitglied Johann Mauer geleitet.¹¹⁸

Schwierigkeiten boten nur der Vorsitzende des Schwarzwaldvereins Gustav Zapf und seine Frau, die Vorsitzende des „Frauenvereins im Roten Kreuz“ war. Noch am 11. Mai 1933 beschloß eine Mitgliederversammlung des Schwarzwaldvereins, den Rücktritt des Vorstandes abzulehnen, da dieser „national gesinnt“ sei. Am 13. August schon wurde der Vorsitzende vor die Alternative gestellt, entweder der Partei beizutreten oder das Amt aufzugeben. Wegen der großen Verdienste beschloß die Generalversammlung an diesem Tag, daß Zapf noch ein Jahr den Verein weiterführen sollte, um danach von Forstrat Ens abgelöst zu werden. Der Frauenverein blieb als solcher vorläufig unbehelligt, wenngleich die Gründung der NS-Frauenschaft am 13. 7. 33, allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz, als Konkurrenz und Einheitsverein der Frauen gedacht war.

Im Jahr 1933 standen allerdings in Zell zwei Vereine im Mittelpunkt, deren Feierlichkeiten der Partei willkommenen Anlaß zur Propaganda boten:

Am 16. Mai 1933 wurde eine Ulanen-Abteilung des Freiwilligen Schützenkorps gegründet, die unter Leitung des ersten NS-Ortsgruppenleiters Adrian Kopf stand. Von den sieben Reitern waren drei führende Mitglieder der Partei: Adrian Kopf, Gottfried Schmider jg, und Löwenwirt Richard Bauer, später Vorsitzender des NSKK.¹¹⁹ Die vier anderen waren Albert und Karl Faißt, Adolf Maier und Ludwig Pfaff. Daß es aber innerhalb des Schützenkorps noch gewisse Widerstände gab, geht aus folgender Meldung vom 27. 6. 33 hervor: „Zwei Mitglieder in gehobener Stellung des hiesigen Freiwilligen Schützenkorps wurden abgesetzt, weil sie beim Vertretertag in Bad Peterstal beim Singen des Horst-Wessel-Liedes die Hand nicht erhoben haben.“

Am 2. Juli 1933 feierte der Militär- und Kriegerverein sein 60jähriges Bestehen. Vorsitzender Franz Späth sprach in der Festrede vom Stolz auf die Opfer, von denen man jetzt sehe, daß sie nicht umsonst gebracht wurden. Bürgermeister Schumann, als Mitglied des Festausschusses, begrüßte die ankommenden Gäste mit „Grüß Gott!“, in der Zeit des „Heil Hitler!“ schon eine politische Äußerung.

Die Partei war empfindlich für solche Handlungen und erkannte darin eine Art Widerstand. Am 20. 7. 33 ordnete der Gemeinderat laut Protokollbuch an, daß sämtliche Beamte, Angestellte und Arbeiter der Gemeinde im Dienst und innerhalb der dienstlichen Gebäude durch Erheben des rechten Armes zu grüßen haben.

Im allgemeinen ging die Gleichschaltung der Vereine in Zell ohne Probleme über die Bühne. Kein Vorsitzender eines größeren Vereins, mit Ausnahme des Schwarzwaldvereins, mußte abgesetzt werden. Die Feier des 1. Mai unter Beteiligung aller Vereine sollte ja auch die Vereinnahmung der Vereine durch die Partei nachdrücklich symbolisieren.

Was die Gleichschaltung der Gemeindegremien anging, so waren die Zeller Nationalsozialisten ja auf gesetzliche Regelungen angewiesen, die ihnen die Mehrheit bringen sollte. Zunächst wurde der von August Schwab geräumte Sitz durch Johann Mauer eingenommen.¹²⁰ Am 29. 7. trat eine Neuregelung der Kommunalvertretungen in Kraft, die hauptsächlich auf Zentrumsmitglieder gemünzt war und diese vor die Alternative stellte, entweder die Ämter freiwillig niederzulegen oder ein Bekenntnis zum neuen Staat abzugeben. Die Zeller Zentrumsabgeordneten traten alle lieber zurück. Der nun vollständig nationalsozialistische Bürgerausschuß hatte danach folgendes Aussehen: Gemeinderäte: Adrian Kopf, Eduard Schön, Albert Ritter, Ferdinand Seifert, Ernst Raupp und Johann Mauer.

Gemeindeverordnete: Richard Bauer, Löwenwirt; Karl Schmider, Dipl.-Ing.; August Dold, Heilkundiger; Alfred Willmann, Schreinermeister; Otto Baumgartner, Dentist; Georg Steinmetz, Arbeiter; Karl Faißt, Arbeiter; Johann Reinfeld, Arbeiter; Georg Schilli, Arbeiter; Friedrich Latour, Kaufmann; Otto Herrmann, Schlossermeister und Thomas Schneider, Werkmeister.

Diese Umbesetzung der Ämter wurde außerhalb der politischen Gremien mit weiteren symbolischen Feiern begleitet. So stellt die Geschichte der NSDAP-Ortsgruppe mit Befriedigung fest, daß bei Hitlers Geburtstag am 20. 4. 33 erstmals auch „manch neuer Volksgenosse den Weg zu uns fand“. Am 26. 5. fand eine Schlageterfeier der SA statt und am 19. 6., anläßlich eines Propagandamarsches des BdM, sammelte die HJ „Schmutz-, Kitsch- und Schundliteratur“ ein, um diese auf dem Marktplatz unter dem Motto „Undeutscher Geist verbrenne!“ den Flammen zu übergeben.

Als letztes Hindernis zur Ausübung der ganzen Macht in Zell blieb nun lediglich Bürgermeister Dr. Schumann. Am 11. Mai wurde von der Landesregie-

zung angekündigt, daß auch die Bürgermeister gleichgeschaltet werden und die Amtsführung der bisherigen Inhaber auf die Treue zum neuen Staat hin überprüft wird. Daraufhin gab Schumann am 15. Mai im Gemeinderat eine Erklärung ab, in der er die Reichsregierung seiner treuen Mitarbeit und unbeirr- baren Pflichterfüllung versicherte. Dennoch forderte die Ortsgruppe und die Fraktion der NSDAP am 23. Mai den Rücktritt des Bürgermeisters. Vorwand dieser Forderung war, daß die Bevölkerung angeblich den Standpunkt vertre- te, daß die Bürgermeisterstelle ehrenhalber und mit geringem Zuschuß verant- wortet werden sollte. Die Stelle entspräche nicht der qualifizierten Arbeit eines Akademikers. Die NSDAP nahm damit eine alte Forderung der Kommission von Heinrich Haß wieder auf und befand sich so in der Tradition der Bürgerli- chen Wahlvereinigung. Wen die Nationalsozialisten zum neuen Bürgermeister ernennen wollten, war Eingeweihten schon längst klar: Adrian Kopf hatte die Leitung der Ortsgruppe an Eduard Schön übergeben. Auch privat hatte er sich auf eine politische Karriere eingerichtet: an Weihnachten 1932 inserierte er in der „Schwarzwälder Post“ für den Räumungsverkauf seines Ladengeschäfts.¹²¹

Auf den 26. Mai wurde eine Versammlung über „Zeller Tagesfragen“ anbe- raumt, wo der Zentrumsvorsitzende aufgefordert wurde, zu der Bürgermei- ster-Frage Stellung zu nehmen.

Der damalige Zentrums-Vorsitzende Josef Kopf, ein Bruder von Adrian, lehnte eine Stellungnahme ab, da er nur als Privatmann anwesend sei. Im Verlauf der Versammlung kam der wahre Grund zum Vorschein: der Bürgermeister habe sich äußerlich und innerlich noch nicht in die neue Zeit gefunden. Am Schluß wurde auf folgende Art die Willensmeinung der Versammelten festge- stellt: Diejenigen, die nicht einverstanden sind, sollen aufstehen. Es stand nie- mand auf.

Am 1. Juni gab Schumann vor dem Gemeinderat erneut eine Erklärung ab. Im Protokollbuch ist vermerkt: „Der Bürgermeister erklärt sich mit der in dem Antrag der NSDAP vorgezeichneten Entwicklung, den Posten späterhin ehrenamtlich zu besetzen, grundsätzlich einverstanden. Eine Niederlegung des Amtes kommt für ihn . . . so lange nicht in Frage, bis er eine einigermaßen gleichwertige Stelle gefunden hat. Eine Beurlaubung ist im Hinblick auf die bevorstehenden Aufgaben . . . dienstlich nicht angebracht.“ Am 6. Juni noti- tiert Ratschreiber Oskar Kopp folgenden „Nachtragsbeschluß“ ins Protokoll- buch: „Der Gemeinderat billigt die Erklärung des Bürgermeisters nur insoweit, als er sich damit einverstanden erklärt, daß der Bürgermeisterposten der Stadt Zell ehrenamtlich zu besetzen sei und daß der Bürgermeister sich so- fort bemüht, eine anderweitige Stellung zu finden.“

Nachdem am 1. September der rein nationalsozialistische Gemeinderat gebil- det wurde, ging die Partei endgültig zum Angriff über: die Fraktion eröffnete dem Bürgermeister am 19. September, daß sie wegen seiner „parteilichen“ Geschäftsführung auf dem Rathaus einen „Überwachungs- und Prüfungsaus-

schuß“ eingesetzt habe. Der Bürgermeister solle ab sofort seinen Erholungsurlaub antreten, da er sich andernfalls dem Verdacht der Verschleierung aussetze.

Nun blieb Schumann nichts anderes mehr übrig, als sich beurlauben zu lassen. Ihm drohte „Schutzhaft“, eine besonders bösertige Behandlung mißliebiger Gegner. Unter dem Vorwand, die Sicherheit kritisch eingestellter Bürger könne vor der aufgebrachten Menge nicht mehr garantiert werden, wurden Menschen verhaftet, bis sich die Wogen der Aufregung wieder geglättet haben. Die „Schwarzwälder Post“ berichtet von Schutzhaftnahmen am 7. 3. (2 Personen), am 16. 3. (3 Personen), am 25. 6. (2 Personen) und am 24. 8. (1 Person), zumeist Kommunisten. Am 1. Juni berichtete die Heimatzeitung über die Schutzhäftlinge im KZ Heuberg, „deren bisherige staatsfeindliche Betätigung darauf schließen läßt, daß sie sich auch nach ihrer Entlassung in diesem Sinne betätigen werden.“ Neben kommunistischen waren auch sozialdemokratische und pazifistische „Hetzer, Funktionäre und Abgeordnete“ auf dem Heuberg. Mit der Auflage, eine Erklärung über loyales Verhalten gegenüber der Regierung zu unterschreiben, wurden einige zu Weihnachten 1933 wieder entlassen.¹²² Unter diesem Druck kapitulierte Schumann und erklärte am 10. 10. seinen Rücktritt, nachdem ihm vom Gemeinderat die Stelle des Stadtrechners angeboten wurde. Daraufhin heißt es im Protokollbuch lakonisch: „Der eingesetzte Prüfungs- und Überwachungsausschuß hat hiermit seine Tätigkeit beendet.“

Nachdem es in der Folge nicht zu einer Einigung über die Gehaltsansprüche Schumanns kam, wurde er am 19. 2. 34 offiziell entlassen, auf Intervention des Innenministers jedoch nicht aus politischen Gründen, da er als Schwerkriegsbeschädigter Anspruch auf Fürsorge des Staates habe. Somit konnte er weiter im öffentlichen Dienst beschäftigt werden.

Schumann trat später als Oberstiftungsrat in die Erzbischöfliche Verwaltung ein. Er war dort in guter Erinnerung, da er noch 1933 den Dekanats-Kirchentag Kinzigtal¹²³ organisiert hatte. Auf seinen Wartegeld-Anspruch verzichtete er, als er die neue Stelle antrat.

Für Adrian Kopf war nunmehr der Weg an die Spitze der Stadt frei. Am 7. 5. 34 wurde er zum kommissarischen Bürgermeister ernannt, womit die Phase der Gleichschaltung abgeschlossen war.

Die Einschüchterung hatte schon zuvor Früchte getragen: Bei der Volksabstimmung am 12. November 1933 stimmten von 1 339 Wahlberechtigten 1 210 (= 90,4 %) mit Ja. Die Wahlbeteiligung (1 334 von 1 339) betrug fast 100 %. Alle Wähler erhielten nach der Abstimmung einen großen Ja-Anstecker, den sie sichtbar tragen mußten. Die 80 Nein- und 44 ungültigen Stimmen zeigten aber auch noch einen gewissen Widerstand, den die Parteioberen aber im Siegestaumel zunächst verkrafteten.

VI. Zell – eine Hochburg der Gemäßigten?

Bei aller unterschiedlicher Beurteilung der Verhältnisse in der Endphase der Weimarer Republik sind sich alle befragten Zeitgenossen in einem Punkt einig: der politische Kampf schlug zwar auch in Zell hohe Wellen, aber er blieb im allgemeinen frei von Gewalt.

Sicherlich war die überschaubare Größe der Stadt, in der jeder jeden kannte, mit ein Grund für die relativ maßvollen Auseinandersetzungen. Ohne die wirklich schwierige Notzeit vor allem für die Arbeiter und Kleinbauern zu unterschätzen, rührt die gemäßigte Haltung auch der meisten politisch engagierten Bürger wohl auch von der Tatsache her, daß beinahe jeder eine Möglichkeit besaß, zu Lebensmitteln zu kommen, sei es durch eine eigene kleine Landwirtschaft oder einen Garten, sei es durch Arbeiten in der Landwirtschaft gegen Naturallohn. Andererseits darf aber auch nicht unterschätzt werden, daß die Auseinandersetzung um Unterstützungsleistungen und Löhne die Menschen viel direkter betraf als heute, da die soziale Sicherung noch weit unvollständiger war. Solidarität untereinander war gefordert, was die Verbundenheit der Gleichgesinnten noch erhöhte. Das „Milieu“ war ausgeprägt und umfaßte durch das klassenspezifische Vereinswesen auch den privaten und Freizeitbereich. Entsprechend prallten die politischen Gegensätze auch unvermittelter aufeinander. Dabei war die Kommunistische Partei die eigentliche Opposition in Zell, sowohl was die parteimäßige Organisation als auch was die Vertretung in den Parlamenten anging. Sie repräsentierte die Schicht der am stärksten von der Krise Betroffenen, der Arbeitslosen.

Die Nationalsozialisten wurden lange als Teil des bürgerlichen Blocks betrachtet und betrachteten sich selbst als solchen: sie kandidierten auf den bürgerlichen Listen. Die örtliche Gruppe wurde eher durch überregionale Ereignisse und durch Auftreten auswärtiger Parteiprominenz in den Mittelpunkt gerückt, während die kommunistische Ortsgruppe aus eigener Stärke und mit einer selbst organisierten Struktur die kommunalpolitische Bedeutung erlangte, die dazu führte, daß bei der letzten wirklich freien Reichstagswahl im November 1932 die KPD zur zweitstärksten Partei in Zell wurde.

Diese Untersuchung stützt die Beobachtungen von Farris, wonach die Stärke der beiden Flügelparteien in Abhängigkeit von der örtlichen Organisation zunimmt oder stagniert. Erst das öffentliche Auftreten, sei es durch auswärtige Redner, sei es durch den Aufbau einer eigenen Kommunikationsstruktur bringt die Erfolge, die zu Lasten der nicht konfessionellen Parteien gehen, vor allem der SPD und der bürgerlichen Parteien.

Die Uneinigkeit des bürgerlichen Lagers, wie sie sich in den Bürgermeisterwahlen 1931 und im Kommunalwahlkampf 1930 zeigte, spiegelt die Unsicherheit des von Deklassierung bedrohten Mittelstandes. Gerade die noch selbständigen Handwerker und Landwirte, die die politische Führungsschicht

in Zell stellten, befürchteten den Verlust der Selbständigkeit durch die Krise und suchten einen radikalen Ausweg. Ähnlich ging es den Angestellten, die sich bewußt von den Arbeitern absetzen wollten und dabei den Verlust der Solidarität innerhalb des Arbeitermilieus in Kauf nahmen. Auch diese Schicht war besonders für die nationalsozialistische Propaganda anfällig.¹²⁴

Die Bereitschaft weiter Teile der Bevölkerung, für Parteien zu stimmen, die die parlamentarische Demokratie ablehnen, kann nicht nur mit Krisenzuständen erklärt werden, da die wirtschaftlichen Verhältnisse in anderen Ländern, wie z. B. in Frankreich, keineswegs besser waren, ohne daß dort die radikalen Parteien zu solcher Macht gelangten. Das Ende der Weimarer Republik zeigt vielmehr ein Strukturdefizit der deutschen Gesellschaft auf, das durch den „verspäteten“ Weg zur Demokratie entstanden ist und insbesondere verhinderte, daß die konservativen Eliten dem pluralistischen und demokratischen Staatswesen gegenüber positiv eingestellt waren.

Auch in Zell waren die Bürger immer weniger bereit, in den parlamentarischen Gremien und in den Diskussionen zwischen den Gruppen zu Kompromissen zu gelangen. Parlamentarische Vertretung bedeutete Interessenvertretung; anstatt aufeinander zuzugehen, wurde eher ein Konfrontationskurs bevorzugt. Wenn keine politischen Lösungen mehr erreichbar schienen, ließ man, wie zu Zeiten des Obrigkeitsstaates, die Beamten per Notverordnung alleine entscheiden.

Das Dilemma der Kommunalpolitik, angesichts der dringenden Not keine Hilfe leisten zu können, überschattete in den letzten Jahren der Weimarer Republik die Rivalitäten von Personen und Richtungen. Diejenigen, die als Hoffnungsträger auftraten, beteiligten sich nicht an der nüchternen Suche nach Lösungsmöglichkeiten. Die Nationalsozialisten hatten für die kommunalen Probleme keine Lösungen; sie beschäftigten sich kaum damit. Andererseits waren die Verantwortlichen nicht in der Lage, dem Begeisterungstaumel der jüngeren Generation für die neue Bewegung etwas Entsprechendes entgegenzusetzen. Von Jugendorganisationen der demokratischen Parteien ist nirgends die Rede. Kommunalpolitik ging an den Jüngeren vorbei und, von der katholischen Kirche abgesehen, bekümmerte sich niemand um die Tatsache, daß diese Generation bevorzugt verfassungsfeindliche Parteien wählte und sich in ihnen organisierte. Hier wird auch deutlich, daß die Schule nicht die ihr aufgebürdete Aufgabe, im Sinne von demokratischem Engagement zu erziehen, erfüllen konnte oder wollte. Ein Großteil der Lehrerschaft war dem konservativen Geist des Kaiserreichs verhaftet und stand im Bann der in Schulfragen noch einflußreichen Kirche.¹²⁵ Der Fall des Zeller Stadtpfarrers Dr. Peter ist insofern typisch, weil er einen pädagogischen Führungsanspruch des Klerus zumindest im ländlichen Bereich dokumentiert, der eher der Demokratie entgegenlief. Autorität und Unterordnung als Leitziele ließen sich leicht von einer Führung mißbrauchen, die auch emotional der Jugend den Weg aus der Krise zu zeigen versprach.

Die Untersuchung dieser sechs bewegten Jahre in Zell soll ein Beitrag sein für das 850jährige Jubiläum der Ersterwähnung von Zell. Sie soll hauptsächlich dazu dienen, ein noch unerforschtes Kapitel der Zeller Geschichte rechtzeitig in den Blickpunkt des historischen Interesses zu rücken, damit sich noch Zeitgenossen dazu äußern können. Wenn die Arbeit Widerspruch oder Zustimmung, Ergänzungen oder Berichtigungen durch betroffene Frauen und Männer erhält und damit eine Diskussion über diese Zeit in Gang setzt, dann ist ein wichtiges Ziel bereits erreicht. Wenn sie gar dazu führt, daß auch jüngere Menschen sich damit beschäftigen wollen und vielleicht sogar das Thema vertiefen oder zeitlich ausdehnen wollen, so könnte der Historische Verein mit großer Zuversicht die kommenden Jahre angehen.

Anmerkungen

- 69 Vgl. Rupert Hourand, Die Gleichschaltung der badischen Gemeinden 1933/34, Stuttgart, 1985, Anhang
- 70 Stadtarchiv, Abt. IV, Fasz. 31, f.
- 71 über die Gründe konnte leider nichts Sicheres in Erfahrung gebracht werden
- 72 Vgl. Disch S. 424 f.; A. Herrmann betrieb nebenher eine Niederlassung des Konsumvereins in der Fabrikstraße
- 73 laut einer Notiz in Fasz. 31 war Wilhelm Vetter Ortsvorsitzender der SPD
- 74 1931 fand ebenfalls keine allgemeine Wahl statt; jedoch wählte der Bürgerausschuß einen neuen Bürgermeister
- 75 Berlin (Ost) 1968
- 76 „Volksfreund“ vom 10. 9. 28
- 77 Hinweis dazu in der „Geschichte der NSDAP-Ortsgruppe“, vgl. Anm. 8
- 78 Erzbischöfl. Archiv, Akte Dr. Peter
- 79 mündl. Mitteilung von Herrn F. Herrmann
- 80 „Volksfreund“ vom 5. 9. 28
- 81 Vgl. Anm. 78
- 82 „Schw. Post“ vom 28. 2. 28
- 83 wie Anm. 78
- 84 mündl. Mitteilung von Frau B. Wehner, geb. Jehle
- 85 Offenburger Tageblatt vom 18. 4. 85
- 86 „Schw. Post“ vom 3. 10. 33
- 87 Vgl. jeweils „Schw. Post“ unter dem nächsten Erscheinungsdatum
- 88 „Schw. Post“ vom 11. 3. 30
- 89 „Schw. Post“ vom 16. 12. 20
- 90 „Schw. Post“ vom 8. 6. 29
- 91 Die Kommission hatte sicherlich die örtlichen Holzpreise im Auge, die bei übermäßigem Holztrieb weiter gefallen wären
- 92 er war 1929 für den verstorbenen Schreinermeister Hertig nachgerückt
- 93 Inserat in der „Schw. Post“ am 21. 12. 30
- 94 Ergebnisse aus Stadtarchiv IV, Fasz. 2 und 4
- 95 mündliche Auskunft von Frau Johanna Schumann
- 96 Vgl. Kolb, S. 132
- 97 mündl. Mitteilung von Herrn Wilhelm Schmidt
- 98 „Schw. Post“ vom 2. 10. 32
- 99 Stadtarchiv, Abt. IV, Fasz. 2, 4
- 100 „Schw. Post“ vom 4. 2. 33 und vom 24. 2. 33

- 101 mündl. Mitteilung von Herrn Wilhelm Schmidt
- 102 Vgl. Anm. 8
- 103 Vgl. Farris, Anm. 2
- 104 mündl. Mitteilung von Herrn Wilhelm Schmidt
- 105 vgl. Anm. 8
- 106 „Schw. Post“ vom 4. 2. 32 und vom 10. 3. 32
- 107 Brief vom 8. 3. 32, Stadtarchiv, XIII, 1, Fasz. 13
- 108 Neues Badisches Tagblatt, Nr. 135/1932
- 109 vgl. Anm. 85
- 110 vgl. Manfred Hildenbrand, Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt – Haslach i.K. im Jahre 1933, in: Die Ortenau 63/1983, S. 187–233
- 111 „Schw. Post“ vom 22. 2. 32
- 112 mündl. Mitteilung von Herrn J. Krumm
- 113 Dokumente in Privatbesitz
- 114 mündl. Mitteilung von Frau Schumann
- 115 laut „Volksfreund“ am 27. 2. 32, 9. 4. 32, 27. 7. 32
- 116 mündl. Mitteilung von Herrn W. Schmidt
- 117 statt der heutigen Briefwahl ließ man sich in seiner Heimatgemeinde einen Stimmschein ausstellen, mit dem man überall abstimmen konnte
- 118 zu Baden: Schnabel, a.a.O., und Horst Rehberger, Die Gleichschaltung des Landes Baden. Heidelberg, 1966
- 119 „Schw. Post“ vom 23. 3. 33
- 120 vgl. Protokollbuch und „Schw. Post“ vom 25. 3. 33
- 121 vgl. Köhler, in: Schnabel, a.a.O.
- 122 „Schw. Post“ vom 13. 5. 33
- 123 Kopie dieser Urkunde in Privatbesitz
- 124 „Schw. Post“ vom 6. 6. und vom 13. 6. 33
- 125 vgl. Disch S. 429
- 126 „Schw. Post“ vom 8. 7. 33
- 127 „Schw. Post“ vom 21. 5. 33
- 128 „Schw. Post“ vom 10. 12. 32
- 129 „Schw. Post“ vom 24. 12. 33
- 130 „Schw. Post“ vom 29. 5. 33 und mündl. Mitteilung von Frau Schumann
- 131 so trat die Mehrzahl der Angestellten der Firma Schmider in den Jahren 1933/34 unter dem Druck von Fabrikant Haß der Partei bei; mündl. Mitteilung von Herrn Schmidt, der im Dezember aus politischen Gründen entlassen wurde
- 132 vgl. Friedrich Wielandt, Schule und Politik in Baden während der Weimarer Republik. Freiburg/Br. 1976

Judenpogrom in der Ortenau

Zum 50. Jahrestag der „Reichskristallnacht“

Manfred Hildenbrand

Zwei uns heute gespenstisch erscheinende Szenen: Im April 1933 ziehen das Jungvolk und die Hitlerjugend am Haus des jüdischen Geschäftsmannes Alfred Moses in der Kleinstadt Haslach im Kinzigtal vorbei und singen das NS-Hetzelied „Wenn das Judenblut vom Messer spritzt, ei, da geht's nochmal so gut!“ Und im Mai 1933 marschieren SA und SS im Siegesritt durch das Kinzigtalstädtchen und brüllen im Chor „Deutschland erwache, Juda verrecke!“¹ — Was sich 1933 in Haslach ereignete, waren keine Einzelercheinungen, auch in vielen anderen Gemeinden der Ortenau wurde schon damals von den NS-Machthabern ein böser Antisemitismus geschürt², der schließlich zum „Holocaust“ führte.

Das Judenpogrom vom 9./10. November 1938, das sich dieses Jahr zum 50. Male jährt, war der erste Höhepunkt und gleichzeitig Wendepunkt der Judenverfolgung während der Nazi-Gewaltherrschaft. Damals fing der offene und organisierte Terror gegen die Juden an, begann die zynische Taktik der wirtschaftlichen Ausbeutung der jüdischen Bevölkerung, begann der direkte Weg in die Phase der „Endlösung“ der Judenfrage, die mit der Ermordung von 6 Millionen europäischen Juden endete.

Was sich hinter der eher verharmlosenden Bezeichnung „Reichskristallnacht“ verbirgt, ist eine Nacht des menschenverachtenden Terrors, der von Hitler und Goebbels nach dem Attentat des siebzehnjährigen Juden Herschel Grynszpan an dem Gesandtschaftssekretär Ernst vom Rath in Paris inszeniert wurde. Die furchtbaren Ereignisse des Novembers 1938 dürfen nicht dem heute weit verbreiteten Hang des Verdrängens und Vergessens zum Opfer fallen, mit dem in unseren Tagen oft Vergangenheitsbewältigung versucht wird.³ In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 brannten die Synagogen, wurde das Eigentum einer ganzen Bevölkerungsgruppe buchstäblich in Scherben und Trümmer zerschlagen (deshalb die von den Nazis erfundene Bezeichnung „Reichskristallnacht“), wurden Tausende von jüdischen Bürgern willkürlich verhaftet. In einem Bericht vom 11. November 1938 an Göring bezifferte Heydrich, daß im ganzen Deutschen Reich etwa 7500 jüdische Geschäfte zerstört oder ausgeplündert, etwa 250 Synagogen angezündet oder demoliert sowie rund 30000 Juden verhaftet wurden. Allein der Wert der zerschlagenen Fensterscheiben soll nach diesem Bericht zirka 10 Millionen Reichsmark betragen haben. Den gesamten Schaden der „Reichskristallnacht“ schätzte Heydrich auf mehrere hundert Millionen Reichsmark.⁴ Das Oberste Parteigericht der NSDAP mußte

Gedenktafel am Eingang zur ehemaligen Offenburger Synagoge.

1875
erwarb die jüdische Gemeinde
das Haus. Es wurde
ihre Synagoge.
1938
in der Nacht
vom 10. auf den 11. November
wurde sie von SA- Leuten
verwüstet.
1933
zählte die jüdische Gemeinde
Offenburgs
271 Mitglieder.
Im Frühjahr
1945
betrug die Zahl noch drei.
1949
wurde das Haus
verkauft.
Diese Tafel erinnert
an seine Geschichte.
Sie soll nicht
vergessen sein.
November
1978

zugeben, daß bei diesem Vandalismus „91 Fälle von Tötungen“ vorgekommen waren.⁵

Die „Reichskristallnacht“ hatte aber noch eine andere Signalwirkung: Die Unmöglichkeit, sich mit den brutalen Vorgängen dieser Nacht zu identifizieren, schuf nicht zuletzt in breiten Bevölkerungsschichten eine Front der emotionalen Abwehr, eine erste allgemeine Einsicht in die unmenschliche Natur nationalsozialistischer Herrschaftsformen. Daß diese Einsicht sich nur vereinzelt zu artikulieren wagte, sich zumeist aber mit dem Gefühl absoluter Ohnmacht gegenüber dem NS-Regime und seinen Organen verband, mag man schuldhaft oder tragisch nennen. In jedem Fall bietet die Erinnerung daran Anlaß genug, auch die 50. Wiederkehr des schicksalhaften Datums nicht als obligaten „Gedenktag“ abzutun, sondern ins Gedächtnis zu rufen, was sich am 9./10. November 1938 in unserer Region ereignet hat. Die folgenden Schilderungen sollen bei den Lesern des Jahrbuches „Die Ortenau“ das notwendige Maß an persönlicher Betroffenheit erzeugen, die gerade mit dem räumlichen Naheliegenden erreicht werden kann.

In Offenburg⁶ drangen in den frühen Morgenstunden des 10. Novembers 1938 vier Männer, die sich als Mitglieder der Geheimen Staatspolizei ausgaben, in die Synagoge in der Langen Straße 52 ein und schossen mit Pistolen auf die brennenden Lampen, holten Gebetsrollen aus dem Schrein und rissen sie in Stücke. Gegen Abend ordnete die NS-Kreisleitung eine Demonstration gegen die Juden an. Die Betriebsobleute der Deutschen Arbeitsfront hatten die

Arbeiter in den Offenburger Betrieben aufgefordert, sich an der Aktion zu beteiligen. Gegen 17 Uhr rotteten sich am ehemaligen Gasthaus „Palmengarten“ (Ecke Hauptstraße / Unionsrampe) eine Menschenmenge von etwa 200 Personen zusammen, unter ihnen zahlreiche SA- und SS-Leute. Sie drangen in das Café Weil in der Blumenstraße ein, in dem sich die Offenburger Juden trafen, nachdem ihnen der Besuch der Gaststätten verboten worden war. Die randalierende Menge schlug in dem Lokal alles kurz und klein. Danach zog der Demonstrationzug unter Absingen von NS-Kampfliedern zur Synagoge und zerstörte die ganze Inneneinrichtung. Die zerstörten Kultgegenstände und Gebetsbücher wurden auf den Rathausplatz geschleppt und dort verbrannt. Anschließend wurden zahlreiche jüdische Geschäfte gestürmt und ihre Schaufensterscheiben eingeschlagen.⁷ Im Dreikönigssaal fand noch eine Kundgebung statt, bei der die aufgeputschte Menge wiederholt brüllte „Juda verrecke!“

Am folgenden Tage, dem 11. November, wurden alle männlichen Juden Offenburgs über 16 Jahren, etwa 70 Personen, von der SS verhaftet und in den Gefängnishof gebracht. Dort mußten sie sich mancherlei Demütigungen gefallen lassen. So zwang man sie, ausgewählte Kapitel aus Hitlers „Mein Kampf“ vorzulesen. Gegen Abend wurden sie von der SS zum Bahnhof getrieben. Einigen Juden wurden in brutaler Weise die Hüte vom Kopfe geschlagen und zum Hohn Zylinder aufgesetzt. Immer wieder wurden sie von einer aufgehetzten Menge, die am Straßenrand stand, beschimpft und ihnen ins Gesicht gespien. Die festgenommenen Juden mußten das Lied „Muß i denn, muß i denn zum Städtle hinaus“ mit dem Refrain „Der Jud muß naus“ singen. Wer sich weigerte zu singen, wurde mit Schulterriemen geschlagen und mit Füßen getreten. Ein Sonderzug brachte die Offenburger Juden ins KZ Dachau. Nach einigen Wochen wurden sie wieder entlassen. Drei jüdische Bürger Offenburgs starben an den Folgen des Pogroms.

Ähnliche beschämende Ereignisse geschahen damals auch in anderen Gemeinden der Ortenau, so beispielsweise in Kehl, in Bodersweier⁸ und in Lahr.⁹ In Lahr warfen Mitglieder der Gebietsführerschule der Hitlerjugend am frühen Morgen des 10. Novembers 1938 die Schaufenster der jüdischen Geschäfte ein und zerschlugen mit Steinen die Wohnungsfenster der jüdischen Bürger, warfen Möbel aus den Wohnungen sowie die Kultgegenstände aus dem jüdischen Kultraum auf die Straße. Sie zerrten mit roher Gewalt die jüdischen Männer aus ihren Wohnungen und schlugen sie blutig. Mit den Juden aus den umliegenden Dörfern Schmieheim, Kippenheim und Nonnenweier wurden sie auf Lastwagen durch die Stadt gefahren. Die Lahrer Lehrer wurden aufgefordert, mit ihren Klassen dieses grausame Schauspiel anzuschauen. Auch die jüdischen Männer aus Lahr und Umgebung wurden für einige Wochen in „Schutzhaft“ ins KZ Dachau gebracht.

In Haslach, wo nur noch eine jüdische Familie, Josef und Josefine Bloch und ihr Sohn Artur, lebte¹⁰, wurde das Pogrom am Morgen des 10. Novembers

durchgeführt. Die SS drang in das Geschäft der Blochs ein (sie handelten mit Ölen und Fetten) und schlugen alles kurz und klein. Danach wurden Josef und Artur Bloch in „Schutzhaft“ genommen und für sechs Wochen nach Dachau gebracht. Die zweite jüdische Familie Haslachs, die Familie Alfred Moses, war kurz vor der „Reichskristallnacht“ im Oktober 1938 in die Schweiz, von dort nach Kuba und danach in die USA geflohen.

Stellvertretend für zahlreiche Juden in der Ortenau sei über das weitere tragische Schicksal der Familie Bloch berichtet: Am 31. Dezember 1938 wurde das Geschäft der Familie Bloch aufgrund der Anordnung Hitlers zur „Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft“ geschlossen. Am Morgen des 22. Oktobers 1940 erschienen im Haus Bloch in der Sägerstraße 20 in Haslach die Gestapo und holte die Familie Bloch ab. Mit den über 6000 badischen Juden wurden sie in das KZ Gurs nach Südfrankreich deportiert.¹¹ Gurs an der Pyrenäengrenze¹² war ein ehemaliges Internierungslager, das für Flüchtlinge des Spanischen Bürgerkrieges eingerichtet worden war. Hier wurden die badischen Juden unter den erbärmlichsten Lebensbedingungen untergebracht. Die Verhältnisse im Lager Gurs waren unbeschreiblich.

Ein Überlebender berichtete: „Wir liegen bei 10 Grad Kälte auf bloßem Fußboden ohne Matratzen und ohne Stroh, mit nur zwei dünnen Decken bedeckt.



Das südfranzösische KZ Gurs, in dem 1 070 badische Juden umkamen; von einem Insassen gezeichnet.

Als Nahrung erhielten wir morgens ein Glas schwarzen Ersatzkaffee, mittags einen Teller Suppe, die tatsächlich nur aus reinem Wasser besteht, in dem 20 bis 25 Erbsen oder ein paar Schnitten gelbe Rüben herumschwimmen, gänzlich fett- und geschmackslos. Abends genau diesselbe Suppe und dazu etwa 350 Gramm Brot. Das ist Tag für Tag die gleiche Nahrung. Es gibt nicht den geringsten Zusatz. Wir leiden derart unter diesen Verhältnissen, daß täglich mehrere vor Erschöpfung zusammenbrechen, und von den älteren sterben täglich 20 bis 30 an Entkräftigung.“¹³

Die 65jährige Josefine Bloch starb bereits am 14. November 1940 an den schrecklichen Lebensbedingungen, ihr 70jähriger Ehemann Josef folgte ihr am 13. Dezember 1940 nach. Beider Todesursache soll eine Ruhrepidemie gewesen sein.¹⁴ Ihr 41jähriger Sohn Artur lebte in Gurs bis zum August 1942. Wie alle noch überlebenden Juden in Gurs (1070 waren seit 1940 bereits umgekommen) geriet Artur Bloch in den Sog der „Endlösung“, der bis zu diesem Zeitpunkt schon Hunderttausende von Juden zum Opfer gefallen waren. Die SS schaffte den größten Teil der in Gurs noch lebenden Juden in das Sammel- und Durchgangslager Dancy bei Paris. Für die meisten war dies die letzte Station auf dem Weg in die Gaskammern von Auschwitz — auch für Artur Bloch.



Die Kennkarte des jüdischen Kaufmanns Artur Bloch aus Haslach. Seit August 1938 mußten alle männlichen Juden als zweiten Vornamen den Namen „Israel“ tragen. Zur Diskriminierung der Juden war in der Kennkarte ein großes „J“ eingedruckt.

Am 18. August 1942 wurde er in das Vernichtungslager Auschwitz transportiert und ist seitdem verschollen.¹⁵ Am 8. Dezember 1948 wurde er für tot erklärt.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Manfred Hildenbrand, die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt — Haslach i. K. im Jahre 1933, *Die Ortenau* 63./1983, S. 219 f.
- 2 Otto Kähni, Geschichte der Offenburger Judengemeinde, *Die Ortenau* 49./1969, S. 96 f.; Die Nacht, in der die Synagogen brannten. Dokumente und Materialien zur Orientierung über die „Reichskristallnacht“. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Villingen-Schwenningen 1978; Hubert Kewitz, Die Juden in der Ortenau o. J. (als Manuskript vom Staatlichen Schulamt Offenburg herausgegeben); Johnpeter Grill, *The Nazi-Movement in Baden 1920—1945*. Dissertation University of North Carolina Press, Chapel Hill 1983, S. 348 ff.; Manfred Bosch, Als die Freiheit unterging. Eine Dokumentation über Verweigerung, Widerstand und Verfolgung im Dritten Reich in Südbaden, Konstanz 1985, S. 320
- 3 Zum Thema Vergangenheitsbewältigung vgl. Ralph Giordano, *Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein*. Hamburg 1987; Alexander und Margarete Mitscherlich, *Die Unfähigkeit zu trauern*, München 1968
- 4 Herbert A. Strauss, Norbert Kampe (Hrsg.), *Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust*, Bonn 1984, S. 182
- 5 Wolfgang Scheffler, *Judenverfolgung im Dritten Reich*, Berlin 1964, S. 30
- 6 Otto Kähni, a.a.O., S. 97 f.
- 7 *Kehler Zeitung* v. 11. 11. 1938
- 8 Ebenda
- 9 Hildegard Kattermann, *Geschichte und Schicksale der Lahrer Juden*, Lahr 1976, S. 22 f.
- 10 Über die Juden Haslachs vgl. *Spezialakten* 371/1–3; 14/31, Stadtarchiv Haslach
- 11 *Verwaltungssachen V*, 2/114, Stadtarchiv Haslach; *Tagebuch Wilhelm Engelberg* v. 23. 10. 1940, Stadtarchiv Haslach
- 12 Vgl. Johannes Obst, *Gurs. Deportation und Schicksal der badisch-pfälzischen Juden 1940—1945*, Mannheim 1986, S. 35 ff.
- 13 Thomas Armbruster u. a. (Hrsg.), *Jahresringe*, Freiburg 1981, S. 82 f.
- 14 *Tagebuch Wilhelm Engelberg* v. 19. 1. 1941, Stadtarchiv Haslach
- 15 *Alte Einwohnerkartei der Stadt Haslach*, Stadtarchiv Haslach

Hausach in den letzten Kriegswochen 1945

Kurt Klein

Im Frühjahr 1945 lasteten lähmende Angst und die nagende Ungewißheit vor der nahen Zukunft auf der Bevölkerung von Hausach und dem gesamten Kinzigtal. Die täglichen Jabo-Angriffe (Jagdbomber) der Feinde auf die Bahnlinie, auf die Züge mit ihren Lokomotiven, auf jedes Fahrzeug, überhaupt auf alles was sich bewegte, aber auch die unabänderliche Gewißheit, daß der Krieg für Deutschland verloren war, bedrückte die Menschen sehr.

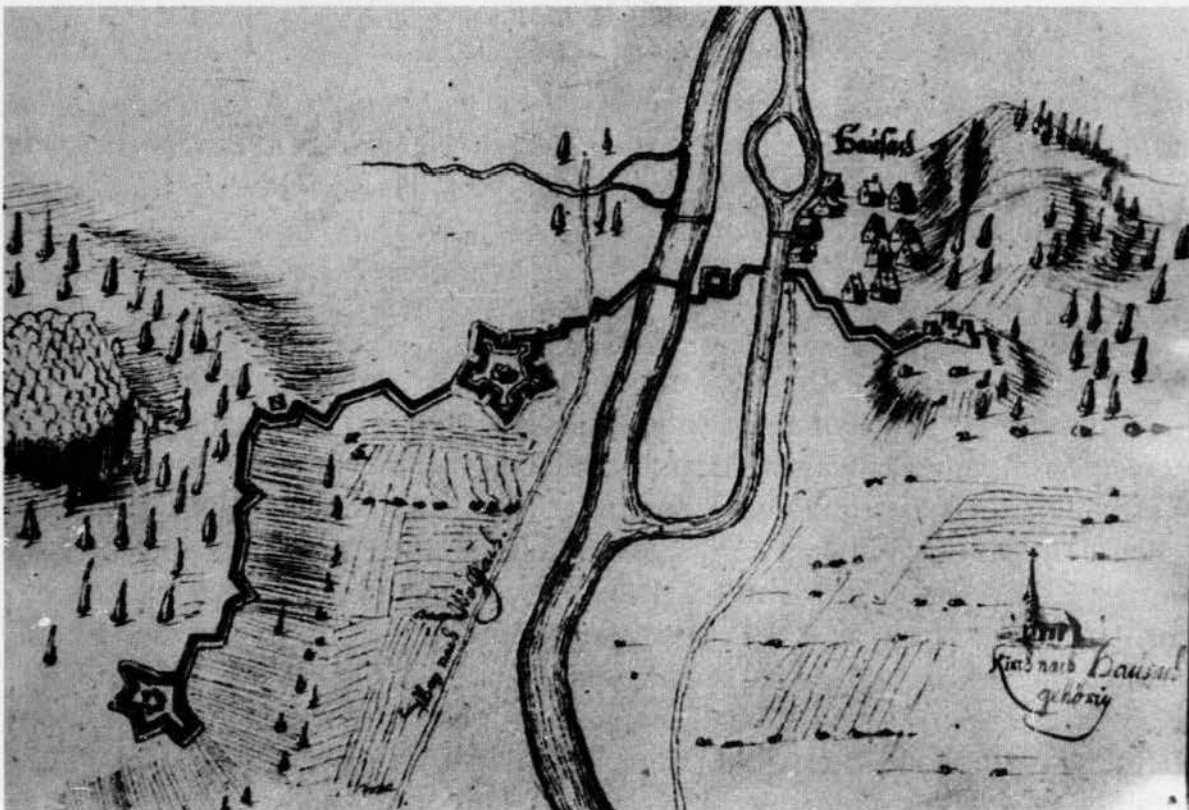
Noch saß den Hausachern der unheilvolle Bombenangriff vom 28. Februar 1945 tief in den Knochen. Er sollte die Eisenbahnbrücke über die Unterführung beim Bahnhof zerstören, um so die Verbindung ins Oberland empfindlich zu treffen. Zum Schutze der strategisch wichtigen Bahnanlagen waren rund um Hausach starke Fliegerabwehrverbände postiert worden, die zwar die militärischen Objekte, Bahnhof und Industrie, schützten, für die Stadt jedoch eine zusätzliche Gefahr bedeuteten. Wie oft mußten die Flakhelfer von ihrem Beobachtungsstand auf dem Schloßturm mit ihrem Signalhorn die Einwohner von plötzlich ins Tal einfallenden Feindflugzeugen warnen, benachrichtigen, weil die Sirenen nicht mehr rechtzeitig dieser Aufgabe nachkommen konnten!

Nachdem im Dezember 1944 die alliierten Truppen das Elsaß besetzt hatten, mußte man täglich gefaßt sein, daß der Feind den Strom in Richtung Osten, Schwarzwald überqueren würde. In aller Eile wurde deshalb eine „Wacht am Rhein“ aus verschiedenen Truppenteilen zusammengestellt und dem Kommando der Waffen-SS zugewiesen. Der Reichsführer-SS Heinrich Himmler hatte sein Hauptquartier übrigens in Triberg in einem Salonwagen mit einer stets unter Dampf stehenden Lokomotive aufgeschlagen. Beim Herannahen der ob dieser Tatsache wie die Hornissen angezogenen Jabos fuhr der kleine Zug in den sicheren Tunnel hinein.

Durch Propagandaschriften sollte der Wehrwillen der „Deutschen Männer und Frauen am Oberrhein“ gestärkt werden. So konnte u.a. gelesen werden: „... Die gaullistischen Negerdivisionen sollen wieder als schwarze Schmach auf unsere Frauen losgelassen werden, während hinter den Amerikanern die Juden als Besatzungsoffiziere, Militärpolizisten, Wirtschaftsausbeuter auf die Stunde der Rache lauern . . . Selbst aus dem Elsaß liegen uns heute Zeugenberichte genug vor, die unmißverständlich Klarheit schaffen: Brandstiftungen aus reiner Zerstörungswut, Erpressungen, Diebstähle am laufenden Band . . . sadistische Quälereien deutscher Menschen, Vergewaltigungen und Schändungen, Alkoholexzesse . . .“ Die „Soldaten an der Oberrheinfront“ erhielten folgende Anweisung: „Kampf bis aufs Messer mit allen Mit-

teln, mit letzter Kraft. Der Westwall muß mit fanatischer Härte verteidigt werden! . . . Es gibt kein Zurück mehr, die Heimat steht hinter Euch!“ Aufrufe ergingen auch an die Volkssturmmänner und an die Frauen und Mädchen . . . „In diesem Kampf blicken wir in unerschütterlichem Vertrauen auf unseren Führer Adolf Hitler . . . Daß die Vorsehung unserem Volke in schwerster Not und Bedrängnis diesen Mann schenkte . . ., gibt uns die Überzeugung und das Wissen, daß unser Kampf nicht vergeblich sein kann. Wir wissen: Am Ende unseres tapferen Ringens steht unser Sieg! Heil Hitler!“

Im Kinzigtal, besonders vor Hausach (z. B. im Adlersbach), der dritten Verteidigungslinie des Westwalls mit seinen Betonbunkern beim Hechtsberg und beim Martinshof, wurden fieberhaft zusätzliche Verschanzungen aufgeworfen, um dem evtl. eindringenden Feind massiven Widerstand zu leisten. Doch die alliierten Truppen, die Franzosen, überschritten Ende März 1945 zunächst zwischen Speyer und Karlsruhe den Rhein und richteten ihre Stoßkeile gegen Stuttgart und Pforzheim und von dort aus vornehmlich durch das Enztal gegen



Die Talenge vor den Toren Hausachs bot sich schon immer zum Ausbau einer Verteidigungslinie an. Die ersten Verschanzungen wurden 1622 angelegt und 1815 letztmals „in Verteidigung gebracht“. Unsere Darstellung zeigt die „Verschanzung deß Passes bey Haußach im Kinziger Thal Anno 1690“. Eine letzte Verteidigungslinie wurde im Rahmen des „Westwalls“ vor dem 2. Weltkrieg angelegt.

Aufnahme: Kurt Klein



Im Rahmen der Anlage des Westwalls als Verteidigungslinie gegen evtl. Angriffe der Franzosen wurde zwischen dem Hechtsberg und Hausach erneut ein Sperriegel aus Bunkern angelegt. Noch heute erinnert der nach dem Kriegsende von den Franzosen gesprengte Bunker beim Martinshof an jene Zeit, als diese Anlagen kurz vor Kriegsende den Angreifern kampflos in die Hände fielen.

Aufnahme: Kurt Klein

Freudenstadt als sogenannter strategischer Knotenpunkt. Ein anderer Teil der Armee stieß am Schwarzwaldrand hinter der Hauptverteidigungslinie des Westwalls von Karlsruhe aus südwärts vor. Die Absicht war klar, die deutschen Truppen im Schwarzwald sollten abgeschnitten werden! Am 14. April wurde Kehl, am Tag darauf Offenburg eingenommen. Jetzt setzte am 16. April das 1. französische Armeekorps bei Straßburg-Kehl über den Rhein, stieß durch das Renchtal bis Freudenstadt vor, das bereits am 18. April erreicht wurde, ein Tag nach der Einnahme durch französische Streitkräfte aus Richtung Pforzheim-Besenfeld. Ein Teil der französischen 9. Colonialen Infanterie-Division, unterstützt durch eine gemischte Kampfgruppe, bewegte sich weiter südwärts in Richtung Lahr (Einnahme 18. April), während der andere in das Kinzigtal einbog und gegen die Baar vordrang. Deutscherseits stellte sich ihnen die Division Nr. 405, durch Volkssturmgruppen verstärkt, entgegen.

Doch der Widerstand gegen den vordringenden Feind ließ sehr schnell nach, als die Absicht bekannt wurde, die deutschen Truppen zu umzingeln, ihnen

den Rückzug nach Osten abzuschneiden. Man mühte sich vielmehr, durch Brückensprengungen und Panzersperren die Franzosen so lange wie möglich aufzuhalten, damit der Rückzug der Deutschen ins Allgäu, zur sagenhaften „Alpenfestung“ einigermaßen geordnet durchgeführt werden konnte. Dadurch kam es nicht zu der einst geplanten Verteidigung des Kinzigtales bis zum letzten Mann! Der Bevölkerung blieb deshalb noch größeres Unheil erspart. Nacheinander eroberten die Franzosen – meist marokkanische Kampfeinheiten – Gengenbach (16. April), Biberach/Zell (19. April) und Haslach (20. April).

Die Kunde über den schnellen Vormarsch verbreitete sich in Hausach wie ein Lauffeuer. Der Freitag, der 20. April, war ein schöner Frühlingstag, was zur Folge hatte, daß die Jabos wieder das Tal unsicher machten. So wurde an jenem Tage noch der „Hirschen“ in Gutach-Turm durch die Flieger vernichtet. Schon seit einigen Tagen mußten die Einbacher Bauern mit ihren Pferdefuhrwerken deutsche Soldaten nach Hornberg bringen. Die Hausacher Bevölkerung war froh, daß sich das Städtchen nach und nach von deutschen Soldaten leerte, um dadurch unnötige Kampfhandlungen zu vermeiden. Als sich am Samstagmorgen noch eine Kampfgruppe um die Kirche herum aufhielt, gelang es durch entsprechendes Zureden, diese mit dem Lastwagen des „Hosenträger-Schmider“ kurzerhand talaufwärts abzutransportieren. Hausacher Volkssturmänner in Zivil zogen zum Teil mit der Wehrmacht ab, verdrückten sich aber nach und nach in die ihnen bekannten Wälder. Einige, die den Soldaten weiter folgten, fielen bei Villingen bei den Kämpfen der deutschen Truppen gegen die französische Umklammerung. Andere blieben rat- und führungslos zurück und warteten die Ankunft des Feindes ab. Allgemein wurden um Hausach keine Anstalten mehr zur Verteidigung gemacht.

Der Samstag selbst war ein regnerischer, trüber Apriltag. Deshalb hatte man wenigstens vor den Fliegern Ruhe. Als die Front näherrückte, flohen die Hausacher in die schon lange zuvor speziell als Luftschutzkeller hergerichteten Unterkünfte beim „Giger-Michel“ im Schloßberg-Felsenkeller, die beiden Weinkeller vom Manogg, den Moosmannkeller, den unterirdischen Gang im alten Gummen-Steinbruch, die Keller im Herrenhaus und in der Schule sowie den Löwenkeller. Noch am Morgen erschütterte plötzlich eine Detonation das Städtchen: deutsche Soldaten hatten noch befehlsgemäß die Kinzigbrücke in die Luft gesprengt. Sonst blieb es ruhig, obwohl ursprünglich der Stadt unter der Burg ein anderes Schicksal zugesprochen worden war. Doch lassen wir eine – wohl kaum bekannte – zeitgenössische Quelle berichten:

„Hausach, einer der industriellen Mittelpunkte des Kinzigtales, sollte nach dem Willen des Kreisleiters in ein Trümmerfeld verwandelt werden. Daß der Vernichtungsplan nicht ausgeführt wurde, ist nicht so sehr einer langsam dämmernden Einsicht zu verdanken als dem überraschend schnellen Vormarsch der französischen Truppen. Vorhergegangene Luftangriffe hatten in der Stadt

rund 100 Häuser zerstört oder beschädigt. Sämtliche über die Kinzig führende Brücken, selbst hölzerne Stege wurden in die Luft gejagt. Als letzte Wahnsinnstat sollten auf Befehl des Kreisleiters die Kraftanlagen des Mannesmannbetriebes und der Stadtmühle gesprengt werden. Die eingebauten Sprengladungen waren so stark, daß auch die weitere Umgebung die Explosion nicht überstanden hätte. Zum Glück konnte der Befehl zur Sprengung hinausgezögert werden, und er unterblieb völlig, als am 21. April die französischen Truppen überraschend schnell gegen die Stadt vorstießen.“

Am Nachmittag zwischen vier und fünf Uhr näherten sich die französischen Panzerspitzen, gefolgt von Marokkanern mit Pferden und Mauleseln, beiderseits der Kinzig von Haslach und von Fischerbach her der Stadt. Nirgends stießen die Angreifer auf Widerstand. Die Bunker an den Talhängen waren schon längst verlassen worden, hatten doch die deutschen Soldaten durch eine eilige Flucht noch versucht, der feindlichen Einkreisung zu entinnen, nachdem bereits am 20. April Schwenningen und am 21. April Villingen verlorenging. Ohne Schwierigkeiten umfuhren die Panzer über den Bahndamm die geschlossene Panzersperre beim Haldenhäusle nahe dem Hechtsberg. Vom Kaiserwald aus wurde ein einziger Warn-, vielleicht auch Schreckschuß auf den unbesetzten Schloßturn abgefeuert. Inzwischen aber schickte sich bereits der andere Stoßkeil beim Hasenfeld an, neben der zerstörten Brücke die Kinzig zu durchqueren, um die Stadt durch die Unterführung her zu besetzen. Doch noch im Kinzigvorland kamen ihnen zwei Hausacher Bürger mit weißen Fahnen entgegen. Daraufhin erfolgte die Besetzung des Städtchens, das sich den Eroberern wie ausgestorben darbot, weil die Bevölkerung verängstigt und in großer Sorge über ihr Schicksal in den Kellern verharrte. Nur hinter Vorhängen versteckt wurden die Panzer, vor allem die furchterregenden Marokkaner in ihrem orientalischen Burnus beobachtet.

Auf dem Rathaus erwarteten der stellvertretende Bürgermeister Jäckle und der Polizist Barth mutterseelenallein die Franzosen, übergaben die Stadt und baten um Schonung der Bevölkerung. Als Dolmetscher diente ihnen ein französischer Fremdarbeiter, der in der Stadtmühle arbeitete. Er wie auch seine anderen zwangsverpflichteten Landsleute bemühten sich, das Los der Hausacher Bevölkerung durch ihre Fürsprache zu lindern. Zu ihnen gehörte auch der elsässische Arzt Dr. Hessloel, der die Praxis von Dr. Katz betreute, der in den Frontlazaretten seinen Dienst versah. Trotzdem kam es seitens der Marokkaner zu Ausschreitungen gegenüber der Bevölkerung – auch der Frauen . . . Vor allem waren sie auf Uhren und Schmuck scharf. Ebenso bevorzugten die Mohammedaner Hühner, Hasen und Fahrräder. Deshalb war einer der beiden Fahnschwinger, als er wenig später von der Übergabe zurückkehrte, nicht wenig erstaunt, einen ausgeraubten Hasenstall vorzufinden und vergeblich nach seinem gestohlenen Fahrrad zu suchen.

Kurz nach dem Einmarsch der Franzosen wurden die Stadtbediensteten auf das Rathaus gerufen und mit weißen, gestempelten Armbinden versehen, damit sie ungehindert erste Aufträge der neuen Herren ausführen konnten.

So erschien sehr bald der Stadtbote Friedrich Limberger mit der Stadtschelle und verkündete in den Straßen und Gassen, daß unter Androhung der Todesstrafe sofort alle Waffen, Radios, Fotoapparate und Ferngläser im Rathaus abzuliefern seien. Überrascht war man bei der Abgabe, wieviel zurückgelassene Panzerfäuste hinter dem Rathaus aufgestapelt waren und dann später von den Besatzern einfach in den Kanal geworfen wurden. Natürlich wurde auch nach eventuell versteckten deutschen Soldaten in den Häusern gefahndet sowie Heu und Hafer für die Lasttiere requiriert. Immer wieder kamen bei Auswüchsen die hier ansässigen Zivilfranzosen den Bürgern zur Hilfe, ein Zeichen dafür, daß die Hausacher zuvor diese Zwangsarbeiter gut behandelt hatten.

Meist wurden die Franzosen in Gasthäusern untergebracht und eine sofortige nächtliche Ausgangssperre verhängt. Im „Hirsch“ neben der Kirche richtete man die Ortskommandantur ein. Es wird berichtet, daß der französische Ortskommandant ein vornehmer Mann gewesen sei und gegen ihm bekannt gewordene Übergriffe hart einschritt. Überhaupt hielten sich die echten Franzosen im Vergleich zu den Angehörigen der Kolonialtruppe zurück, bekamen sie doch per Flugblatt u.a. folgende Weisung: „. . . Dein Benehmen, Deine Haltung, Deine Disziplin seien einwandfrei – sie sollen dem Feinde imponieren . . . Vermeidet Erpressungen, insbesondere Plünderungen . . . Vergiß nie, daß der gute Ruf der französischen Armee von der Disziplin, der Haltung und dem Benehmen der Soldaten ihrer Truppen abhängt . . . Vergiß nie, daß 2 1/2 Millionen Franzosen sich in Deutschland befinden . . .“

Für die Hausacher schien der Krieg beendet zu sein. Am folgenden Tag (22. April) wurde Wolfach (am 18. April wurde die Stadt noch durch einen folgenschweren Fliegerangriff heimgesucht, am 21. April flog die Stadtbrücke in die Luft) und am 24. April Hornberg von den Franzosen besetzt.

Ein klein wenig atmete man im Hausacher Städtchen auf, als bereits am Tag nach der Einnahme, am Sonntagmorgen, den 22. April, das vom gesamten Hausacher Geläut zurückgebliebene Glöckchen der St. Sixt-Kapelle vom hohen Kirchturm die Gläubigen mit seiner hellen Stimme wimmernd zur Spätmesse einlud. Als die Gottesdienstbesucher nach hinten schauten, entdeckten sie im Glockenturm eine Anzahl Franzosen, die zur Mitfeier der hl. Messe gekommen waren: Sieger und Besiegte bekannten dadurch dem gemeinsamen Gott ihre Schuld, baten um Vergebung und lobten des Herren Macht und Güte. Kein schlechtes Omen für die Zukunft.

Quellenhinweise:

Alle Hinweise auf Truppenbewegungen bzw. die damalige Lage im Winter 1944/45 und Frühjahr 1945 sowie die Zeitdokumente (Aufrufe, Plakate . . .) sind entnommen dem Buch von Hermann Riedel, „Ausweglos“ Herausgeber: Stadt Villingen-Schwenningen und Stadt Bad Dürkheim. 1974

Die Schilderung der Ereignisse in und um Hausach beruht auf Berichten von Zeitzeugen, einem Erinnerungsbericht in der „Badischen Zeitung“ vom 26. April 1946 („Rings um das Kinzigtal“) und einem Gedenkartikel im „Offenburger Tageblatt“ vom 28. 2. 1985 nach den Aussagen eines Zeitzeugen.

Die Offenburger Presselandschaft von 1945 bis 1950

Hans-Joachim Fliedner

I. Situation

Im Jahre 1945 fanden die Besatzungsmächte folgende Pressesituation vor: Der NS-Staat hatte sogleich im Jahre 1933 oppositionelle Blätter, zumal parteipolitische und kirchlich gebundene, unterdrückt. Ebenso wurden bald die entschieden liberalen Blätter zum Aufgeben gezwungen. Im Gegensatz dazu baute der NS-Staat seine Partei-Presseerzeugnisse aus. Ihren Bezug machte die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei den Parteigenossen, die sich in entsprechenden wirtschaftlichen Verhältnissen befanden, zur Pflicht. Erst wenn ein, in manchen Städten auch zwei parteinahe Zeitungen abonniert waren, durfte der Parteigenosse ein anderes Presseorgan halten. Ebenso wurde den Interessenten (häufig durch harten Druck, bei dem das öffentliche Beschaffungswesen eingesetzt wurde) auferlegt, vornehmlich in den Parteiblättern zu inserieren und die bürgerliche Presse zu meiden.

Es überlebten nur „angepaßte“ Zeitungen, die eine etwaige Kritik oder ein Unbehagen an bestehenden Verhältnissen entweder nur durch Abschwächen oder durch Weglassen von Nachrichten ausdrückten oder aber eine Kritik so versteckt äußerten, daß sie der Begeisterte nicht merkte.

Die Besatzungsmächte mußten bei dem Bestreben, ein ihnen Vorstellungen entsprechendes Staatswesen aufzubauen, im Pressesektor an drei Punkten ansetzen:

1. Sie mußten die Zeitungen von unterdrückten Gruppen und Privatpersonen wieder zum Pressemarkt zulassen.
2. Da dies bei Privatpersonen häufig aus den Umständen heraus nicht mehr möglich war, mußten sie den annehmbaren „bürgerlichen“ Blättern, die das Dritte Reich überdauert hatten, erneut Zulassungen geben.
3. Sie mußten für Bekanntmachungen etc. eigene Erzeugnisse auf den Markt bringen.

In den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch bestand ganz allgemein in der Bevölkerung ein Bedürfnis nach einer Neuorientierung. Dieses schlug sich in einer erstaunlich starken Pressevielfalt nieder. In dieser Presse spielten geistige Themen und Gedanken zum demokratischen Neuanfang eine wichtige Rolle. Gegen Ende der 40er Jahre setzte dann aber rasch eine geistige Verarmung ein. Ablesbar ist dieser Prozeß zum Beispiel gut in der Erwachsenenbildungsarbeit. Der Dozent der Volkshochschule Offenburg, Paul Schaaf, stellte am 14. Januar 1947 in der Ortenauer Zeitung dar, daß es nach den „Jahren des

Schweigens“ nötig sei, wieder „Dinge zu klären, . . . , daß die Lücken des Denkens, Fühlens und Wissens mit Fundamenten ausgefüllt werden.“ Am 10. Juli 1949, also gegen Ende des hier betrachteten Zeitabschnitts, stellte der Offenburger Bürgermeister Karl Heitz dagegen fest, daß im Gegensatz zu den Nachkriegsjahren eine „Dürre“ bei Veranstaltungen festzustellen sei, und daß das kulturelle Leben in Offenburg als „dürftig“ bezeichnet werden müsse! Eine solche geistige Entwicklung ging natürlich auch an der Presselandschaft nicht spurlos vorüber.

II. Die einzelnen Presseerzeugnisse

1. Bürgerliche Presse

Die unterdrückte überregionale Badische Zeitung war die „Neue Badische Landeszeitung“ (NBL). Sie wurde vor 1933 in Mannheim gedruckt und in ganz Baden am Morgen an den Kiosken verkauft und von festen Abonnenten bezogen. Nach ihrer Beseitigung war „Der Führer“ die überregional verfügbare badische Zeitung. Sie bezeichnete sich im Untertitel als Hauptorgan des Gaus Baden mit Verlagsort in Karlsruhe und erschien mit einer Ausgabe für die Bezirke Offenburg und Kehl. „Der Führer“ wurde zum Kriegsende ab 9. Dezember 1944 durch die Offenburger Gemeinschaftszeitung ersetzt. Sie erschien im Hause Reiff und war dazu gedacht, unter den Umständen der letzten Kriegsmonate die Ortenauer Bevölkerung mit einem Presseerzeugnis zu versorgen. Sie erschien bis zum 13. April 1945 zum Preis von 10 Pfennig und wurde an Abonnenten des „Führer“ (Ausgabe Offenburg und Kehl), des „Offenburger Tageblatts“ und der „Kehler Zeitung“ geliefert.

Eine überregionale liberale Zeitung für das gesamte badische Land wurde nach Kriegsende nicht wieder geschaffen. Die „Neue Badische Landeszeitung“ konnte aus zwei Gründen nicht wieder belebt werden:

- Die Verlegerfamilie war ausgewandert und lebte zu Kriegsende in Montevideo
- Das Land Baden war in zwei Besatzungszonen unterteilt. Offenburg lag in der französischen Besatzungszone, der ehemalige Verlagsort Mannheim nicht.

Auch die lokale Zeitung „D'r Alt Offeburger“, der nach 1933 sogleich von den Nationalsozialisten verboten worden war, konnte nach 1945 nicht mehr neu beginnen.

Neben dem alliierten Nachrichtenblatt (siehe unten) war das erste Offenburger Presseerzeugnis der Nachkriegszeit die im Verlag Franz Huber erscheinende „Ortenauer Zeitung“. Sie erschien vom 9. 10. 1945 bis zum 13. 5. 1947. In ihrer ersten Ausgabe gibt der Redakteur Karl Heinz Lembke die Ziele an. Sie dürfen als beispielhaft für das Wollen breiter Kreise angesehen werden und

ORTENAUER ZEITUNG



Bezugspreis monatl. RM. 1.15 einw. 18ger. — Einzelpreis RM. 0.20. Für Postweg RM. 1.15 zur Bestelldate



Anzeigenpreis: Geschäftsanzeigen die 6-spaltig 10 Zeilen RM. 0.25, Anst. Anzeigen 0.20, Kleinanzeigen RM. 0.15



Nummer 1

Offenburg, Dienstag

den 9. Oktober 1945

1. Jahrgang

Unser Ziel

Seit der sogenannten „Machtübernahme“ im Januar 1933 bis zur Stunde des völligen Zusammenbruchs im Frühjahr 1945 herrschte in den deutschen Ländern in immer steigendem Maße die rohe Gewalt. Nur dieser brutale Terror, der das primitivste Recht, in jeder Spur von Menschlichkeit niederstämpte, machte es möglich, daß Adolf Hitler den Widerstand nach seiner eigenen zynischen Anknüpfung bis „5 Minuten nach 12“ fortsetzen konnte.

Dieser verbrecherische Wahwitz mußte unweigerlich dazu führen, daß schließlich in der Tat nichts anderes übrig blieb, als ein qualmendes, von Leichen übersätes Trümmerfeld, auf dem die Ueberlebenden, von der Geißel des Elends und des Hungers gepöckelt, versuchen, dem Hunger und der Pestilenz zu entrinnen.

Die ungeheure Lügenflut der nationalsozialistischen Propaganda hat zudem Geist und Seele des deutschen Volkes in den Strudel des Zusammenbruchs hineingerissen, so daß sich die totale Katastrophe auf allen Gebieten des menschlichen Lebens vollendete.

Unser Ziel kann es nicht sein, uns in die

General de Gaulle in Baden

Der Chef der französischen Regierung, General Charles de Gaulle hat in der vergangenen Woche das französische Besatzungsgebiet besucht.

Anlässlich seines Besuchs in Freiburg hat die Militärregierung der französischen Zone Besatzung und Vertreter der einzelnen Stadt- und Landbestrie Badens und Württembergs empfangen.

In seiner Ansprache verwies General de Gaulle auf die großen Schwierigkeiten des Wiederaufbaus und erklärte, daß die französische Regierung den deutschen Dienststellen helfen wolle, diese Aufgaben zu meistern, die sich nicht nur auf das materielle, wirtschaftliche Gebiet erstrecken, sondern auch das moralische und geistige Gebiet, insbesondere das der Jugendreife umfassen.

Am vergangenen Samstag kehrte General de Gaulle von Freiburg aus durch die Ortenau über Kehl nach Frankreich zurück.

Die Generalswahlen in Frankreich

In ganz Frankreich haben die Stichwahlen zu den Generalswahlen stattgefunden. Sie haben den schon bei dem ersten Wahlgang sicheren Erfolg der großen Linksparteien bestätigt. Den Hauptgewinn hat die sozialistische Partei zu verzeichnen, an einzelnen Orten, wie besonders in Marseille, hatten die Kommunisten große Erfolge. Im Ganzen ergibt sich etwa folgendes Gesamtergebnis: Bei 2000 Sitzen fallen nach dem bisher vorliegenden Meldungen:

- 879 auf die Sozialisten,
 - 565 auf die Radikalsocialisten,
 - 351 auf die Republikanische Volksbewegung,
 - 196 auf die Kommunisten,
 - 440 auf die Rechtsparteien.
- Die restlichen Stimmen auf verschiedene andere Parteien.
- Zum erstenmal in der französischen Geschichte wurden auch Frauen gewählt.

Der Reichstagsbrand

Wir entnehmen die folgenden Ausführungen mit freundlicher Genehmigung des Verlags dem Buch „Gespräch mit Hitler“, das der ehemalige Senatspräsident von Danzig, Reuschnitz schon während des Krieges herausgegeben hat.

Kurz nach dem Reichstagsbrand wünschte Hitler von mir über die Lage in Danzig Bericht zu haben. Es sollten wie im Reich auch in Danzig Neuwahlen stattfinden. Der Gauleiter Forster begleitete mich. Ehe wir in der Reichsbankzeit verabschiedet wurden, hatten wir Gelegenheit, in der Wandelhalle vor den damaligen Amtsräumen Hitlers einige antichambrierende Nazirollen zu sprechen. Göring, Himmler, Frick, einige Gauleiter aus dem Westen unterhielten sich. Göring erzählte Details des Reichstagsbrandes. In der Partei wurde damals das Gehörnis dieses Brandes noch streng gehütet. Ich hatte selbst nichts anderes angenommen, als daß in der Tat kommunistische oder doch mindestens von den Kommunisten angezettelte Personen den Brand angelegt hätten. Erst aus dem Gespräch erfuhr ich, daß der Reichstag ausschließlich von der nationalsozialistischen Führung angezündet worden war.

Die Selbstverwechslung, mit der man sich in diesem Kreise engster Eingeweihter über diesen Akt unterhielt, war erschütternd. Gellischer der Befriedigung, zynische Witze, Renommiererei; das war die Reaktion dieser „Verschworenen“. Göring schilderte, wie „seine Jüngens“ durch einen unaufrichtigen Gans aus dem Präsidentenamtlets in Am

Die „Ortenauer Zeitung“ grüßt ihre Leser

In dieser Zeit tiefsten und dunkelsten Elends läßt jeder kleine Fortschritt ein Aufatmen in uns aus, gibt er doch einen, wenn auch noch so kleinen Lichtblick dafür.

sollen daher im Wortlaut wiedergegeben werden. Nach einer Schilderung der Offenburger Situation nach dem Zusammenbruch heißt es unter der Überschrift

„Unser Ziel“:

Hand in Hand mit dem Kampf zur restlosen Beseitigung von Nationalsozialismus und Militarismus und deren verderblichem Gedankengut gilt unsere Arbeit der Aufrichtung und Sicherung der freiheitlichen parlamentarischen Demokratie in einer sozialen Republik.

Für unser gesamtes Leben sind richtunggebend die ewig gültigen Moralgesetze der Menschheit.

Die Freiheit des Gewissens, der konfessionellen und weltanschaulichen Betätigung, der Kunst und Wissenschaft, die Rede- und Pressefreiheit sind unantastbar.

Die Erziehung der Jugend erfolgt im Sinne unbedingter Duldsamkeit hinsichtlich Rasse und Herkunft, religiöser und politischer Einstellung.

Sozialer Friede und Gerechtigkeit bedingen eine auskömmliche, der Leistung entsprechende Entlohnung und eine menschenwürdige Versorgung aller Schaffenden in allen Notfällen.

Unsere Staatspolitik endlich darf nicht allein auf das Wohl der eigenen Nation ausgerichtet sein, sie muß auch in bezug zum Wohl der gesamten Menschheit gestellt und

bestimmt werden. Ihr Ziel ist unsere Teilnahme am Zusammenwirken aller Völker in einer Welt des Friedens und der Freiheit.

Daran mitzuarbeiten ist Sache aller, die guten Willens sind.

In der Folge bietet die Zeitung eine einzigartige Quelle über das örtliche Geschehen (z. B. über die damals abgehaltenen, heute fast vergessenen Renchtäler Kulturtage oder die Besatzungszeit mit ihrem materiellen Elend bis hin zur Diskussion öffentlicher Fragen wie zum Beispiel der Kriegsverbrecherprozesse oder der Nutzung von Atomkraft). Diese Themen werden natürlich auch in den anderen Blättern, die in der Folgezeit auch von den Parteien herausgegeben wurden, stark diskutiert. Der Unterschied zu heutigen Auffassungen ist gerade bei dem Thema Atomkraft besonders ins Auge springend; deswegen sei er hier als Zeitdokument hervorgehoben. Man unterschied damals streng zwischen kriegerischer und friedlicher Nutzung der Kernenergie und hielt letzteres für möglich. Während die Atombombe (siehe unten) durchaus als etwas Einzigartiges begriffen wurde, sah man die friedliche Nutzung der Kernenergie als eine Art Stein der Weisen an. So heißt es in der „Ortenauer Zeitung“ am 22. 3. 1946 unter dem Titel „Was bringt uns die Atomkraft?“

Ebenso wie man Schießpulver ohne Explosion an der offenen Luft verbrennen kann (kürzlich verwendeten es die Hausfrauen in der Nähe eines Munitionslagers zum Feuermachen!), so ist es möglich, die Atomenergie in jedem gewünschten Schnelligkeitsgrade, also auch ganz langsam, wirken zu lassen. Hierdurch verliert sie dann ihre Gefährlichkeit . . .

In einer Abhandlung, die sich vor allem mit der Presse und Druckwerken beschäftigt, interessiert auch die Schlußfolgerung in diesem Artikel besonders.

Sie lautet:

„Die Erfindung der Dampfmaschine oder der Buchdruckerkunst – zwei der grundlegenden Fortschritte der Menschheit – werden der Entdeckung der Atomenergie gegenüber später einmal in den Hintergrund treten. Die neue Energiequelle bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Errettung der künftigen Generationen vor Hunger und Tod infolge Übervölkerung der Welt (Nahrungsmangel!) und langsamer Erschöpfung der bisherigen bekannten Energiequellen. Das größte Problem der Zukunft, das die Denker und Wissenschaftler schon lange beschäftigte, erscheint hiermit gelöst . . .“

Die „Ortenauer Zeitung“ wurde am 13. 5. 1947 letztmals unter diesem Namen aufgelegt und von da an in Baden-Baden verlegt. Sie erhielt den Namen „Badener Tageblatt“, das sich im Dezember 1948 in „Badisches Tageblatt“ umbenannte.

Ein Jahr später, am 15. Oktober 1949, gegen Ende des hier betrachteten Zeitabschnittes der Offenburger Presselandschaft, begann dann das „Offenburger Tageblatt“ mit seinem 138. Jahrgang einen neuen Start. Das „Badische Tageblatt“ behielt seinen Verlagsort in Baden-Baden bei und löste am 30. 11. 1979 seine Offenburger Lokalredaktion auf.

2. Die Parteizeitungen

Die Parteizeitungen geben ähnlich wie die „Ortenauer Zeitung“ ein ausgezeichnetes Spiegelbild der ersten Jahre nach dem Krieg und der nach 1945 stärkeren und gegen Ende der 40er Jahre sehr viel schwächer werdenden Neubesinnung. Je nachdem ob diese in Offenburg zugänglichen Presseerzeugnisse ihren Verlagsort in Offenburg hatten oder nicht, nehmen sie nur untergeordnet auf Offenburger Lokalereignisse Bezug. Dies sieht man gut an der im sozialistischen Verlag Freiburg herausgegebenen Zeitung „Das Volk“. Sie war die erste Parteizeitung, die nach dem Krieg wieder als Organ der sich sammelnden Sozialdemokratie erschien. In ihren Themen orientiert sie sich stark über die Grenzen Deutschlands hinaus. Das wird auch deutlich an dem Titelblatt der Erstausgabe, welches unter der Überschrift „Das große Experiment“ erste Berichte über den Atombombenversuch am Bikini-Atoll bringt.

Ähnlich wie in der nicht parteigebundenen Presse wird die Auseinandersetzung mit dem NS-Staat aufgenommen. Das schwierige Friedenswerk, über das das Wort von Truman verbreitet wurde, der Friede sei schwieriger zu gewinnen als der Krieg, beansprucht große Aufmerksamkeit. Die Auseinandersetzung über die Notwendigkeit von Parteien bestimmt ebenso das Bild wie die Diskussion der Einführung einer „Kriegsgewinnsteuer“ (27. Juli 1946). Zum Nachdenken muß heute anregen, wenn es beispielsweise in der Ausgabe vom 3. 7. 1946 heißt, daß es eine Borniertheit gäbe bei Leuten, die den nach 1945 erreichten Frieden „nur als ein Intermezzo zwischen zwei Kriegen“ ansehen, „als ein Übergangsstadium zwischen einer furchtbaren Niederlage und einer großen Revanche“. Neben der Skrupellosigkeit solcher Träume weist das Blatt schon damals darauf hin, daß die Toren, die solchen Denkern folgen, nicht erkennen, „daß bei einem solchen Gemetzel im Zeichen der atomistischen Entwicklungsmöglichkeiten die letzten Reste der Substanz zerschlagen würden, die uns nach dem Absturz von 1944/45 noch verblieb.“ Die Zeitung möchte, daß Deutschland kein Nährboden für „kriegerischen Geist“ mehr sein kann und möchte an einer solchen Entwicklung für die Zukunft mitwirken.

Nur wenige Tage nach der sozialdemokratischen Zeitung erschien ein kommunistisches Presseorgan, „Der Neue Tag“. Dieses Blatt firmiert im Untertitel als „Volkszeitung für Baden und Württemberg“. Es hatte eine Offenburger Redaktion mit dem Chefredakteur Dr. Karl Bittel. Auch in ihm spiegelt sich die Auseinandersetzung mit der Zeit. Wichtigen Raum nimmt in den Anfangstagen der Zeitung die Hoffnung ein, zusammen mit den Sozialdemokraten einen gemeinsamen Block bilden zu können. Es ist große Enttäuschung darüber zu verspüren, daß Dr. Kurt Schumacher allen derartigen Versuchen – damals unter dem Eindruck der Geschehnisse in der sowjetisch besetzten Zone – eine Absage erteilte.

Auch wenn man die Grundtendenz des Blattes nicht akzeptiert, sind viele Artikel der Zeitung heute besonders lesenswert. Schärfer als in anderen Blättern

wurden Probleme der Zeit erkannt, und aus dem Leiden gemeinsam mit anderen KZ-Insassen resultierte auch ein geschärfter Blick beispielsweise für das, was den Juden angetan worden war. Im übrigen war diese Zeitung bemüht, auch stets Freiheitsbewegungen aus der Geschichte darzustellen. Gleich in der Erstausgabe, am 17. Juli 1946, sind auf der Titelseite zwei Artikel wichtigen Freiheitsbewegungen gewidmet: einer dem Bastillesturm 1789, ein anderer dem spanischen Freiheitskampf der 30er Jahre.

Als letztes kam zu diesen beiden Presseerzeugnissen der Arbeiterbewegung im darauffolgenden Jahr eine Zeitung der „Demokratischen Partei Süd- und Mittelbadens“ heraus. Sie hieß „Das Neue Baden“ und startete am 29. April 1947 mit einer Redaktion in Lahr. Verantwortlich war Karl Acker. Im Geleitwort schreibt der Landesvorsitzende der Demokratischen Partei in Süd- und Mittelbaden, daß diese Zeitung „der jungen, im Werden begriffenen Demokratie dienen und altes demokratisches Gedankengut in den Reihen unseres badi-schen Volkes wieder aufleben lassen“ will. Dieses Blatt konnte sich mit diesem Themenschwerpunkt zwischen den anderen Zeitungen nicht lange halten. Bereits am 13. Oktober 1949 stellte es sein Erscheinen wieder ein.

3. Die Pressemitteilungen der Militärregierung

Aus der besonderen Situation des besetzten Deutschlands sind die Presseerzeugnisse der französischen Besatzungsmacht im deutschen Südwesten zu sehen. Diese Publikationen stellten naturgemäß nach der Übertragung von Machtbefugnissen auf die neu entstehende westdeutsche Zivilverwaltung ihr Erscheinen ein; sie sind aber für die Zeit unmittelbar nach dem Zusammenbruch des NS-Staates für Offenbarung von Bedeutung. Deswegen seien sie kurz angeführt.

Neben dem Amtsblatt des französischen Oberkommandos in Deutschland, welches Verordnungen, Verfügungen, Beschlüsse und Ausführungsbestimmungen enthielt, gab es noch das Amtsblatt der Militärregierung in Baden für das französische Besatzungsgebiet am Oberrhein. Es erschien vom 28. Mai 1945 bis zum 30. November 1946. In seiner ersten Nummer enthält es die Proklamation von Dwight D. Eisenhower zum Ende des Krieges. Es folgen wichtige Verhaltensregeln für die deutsche Bevölkerung und notwendige Bekanntmachungen. Am wichtigsten war es natürlich, baldmöglichst nationalsozialistische Unrechtsgesetze aufzuheben. Mehr und mehr werden in den Folgemonaten die Veröffentlichungen des Amtsblattes zum Spiegel einer sich erneut einspielenden, an Rechtsmaßstäben orientierten deutschen Zivilverwaltung. Für diese wurde bereits am 26. April 1946 das „Amtsblatt der Landesverwaltung Baden“, welches in Freiburg verlegt wurde, mit Genehmigung der Militärregierung geschaffen.

u. Personalstelle

GAZETTE OFFICIELLE

du Gouvernement Militaire du Pays de Bade

(Zone Française)

AMTSBLATT

der Militärregierung Baden

(Französisches Besatzungsgebiet)

Nr. 1

28 Mai 1945

Ce premier numéro de la GAZETTE OFFICIELLE du Gouvernement Militaire du Pays de Bade (Zone Française) contient les textes législatifs promulgués par le Commandant Suprême des Forces Expéditionnaires Alliées et applicables dès le début de l'occupation de tout territoire allemand. La date de promulgation de ces textes est celle du 18 septembre 1944, date de l'entrée des troupes alliées en Allemagne.

Il y a lieu de se référer à la loi No 4 en ce qui concerne la valeur juridique des textes publiés dans cette GAZETTE OFFICIELLE.

Diese erste Ausgabe des Amtsblattes der Militärregierung des Landes Baden (Französisches Besatzungsgebiet) enthält die Gesetze, die durch den Obersten Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte erlassen wurden und die seit Beginn der Besetzung deutscher Gebiete in Kraft getreten sind. Das Datum der Veröffentlichung dieser Texte ist der 18. September 1944, des Tages also, an dem die Alliierten Truppen in Deutschland einmarschiert sind.

Was die rechtliche Bedeutung der in diesem Amtsblatt veröffentlichten Texte angeht, so sei auf das Gesetz Nr. 4 verwiesen.

Es kennzeichnet dies den beginnenden Wandel von einem besetzten Staat zu einem sich selbst verwaltenden Gemeinwesen.

III. Zusammenfassung

Überblickt man die Presselandschaft in Offenburg vom Zeitpunkt des Zusammenbruchs 1945 bis zum Ende der 40er Jahre, so ist man überrascht von der Vielgestaltigkeit der Presse und der Ernsthaftigkeit, mit der viele Themen behandelt wurden. Gleichzeitig ist man erstaunt, wie viele der fruchtbaren Ansätze, die in den 40er Jahren diskutiert wurden, untergingen und erst in den 70er Jahren erneut ins öffentliche, allgemeine Bewußtsein drangen.

Lahr unter französischer Besatzung (1945 – 1954)

Monique Mombert

Als die Franzosen am 18. 4. 1945¹ in die Stadt Lahr einmarschierten, war zwar die Beteiligung Frankreichs an der Besetzung des Deutschen Reichs seit der Jalta-Konferenz (3. – 11. Februar 1945) vorgesehen, aber noch nicht die Beteiligung Frankreichs am Kontrollsystem (dies kam erst am 1. 5. 1945), und es dauerte Wochen, bis am 26. 7. 1945 die endgültigen Grenzen der französischen Besatzungszone festgelegt wurden². Frankreich war erst am 11. 11. 1944 der European Advisory Commission (EAC) beigetreten; am 18. 11. 1944 war die Mission Militaire pour les Affaires Allemandes (MMAA) von de Gaulle gegründet und General Koeltz anvertraut worden³. Die Franzosen machten sich die Planung ihrer Verbündeten zunutze; das *SHAEF-Handbook for Military Government in Germany* wurde dem für Deutschland ausgewählten Personal ausgehändigt; in den Ausbildungsseminaren unterrichteten anglo-amerikanische Ausbilder, usw.⁴

Das heißt aber nicht, daß die Franzosen kein Deutschland-Konzept gehabt hätten; von 1943 an waren nämlich in Algier und in London in den Kreisen der Befreiungsbewegung verschiedene Pläne besprochen worden⁵. Vorerst gab es aber außer den SHAEF-Richtlinien keine verbindlichen Anweisungen⁶. Das änderte sich auch nach der Ernennung des Oberbefehlshabers Pierre-Marie Koenig nur allmählich⁷.

Die rein militärische Besetzung unter dem Oberbefehl von Maréchal de Lattre de Tassigny endete am 27. 7. 1945; bis September 1945 blieb aber die Verwaltung zum Teil in den Händen des Militärs, das nach und nach von Zivilverwaltern – allerdings in Uniform und mit Rangabzeichen – abgelöst wurde.

In den ersten Besatzungswochen, die ja die letzten Kriegswochen waren, ging es den französischen Stadtkommandanten in erster Linie um die Sicherheit der Truppen und um deren Unterhalt⁸. Ansonsten sollten die deutschen Stellen – Landräte und Bürgermeister – für die „notwendigen Belange der Bevölkerung“ sorgen⁹.

Es wurde Juni, bis die Deutschen am 5. in der „Berliner Deklaration“ erfuhren, daß die oberste Gewalt in Deutschland von den Regierungen Großbritanniens, der USA, der UdSSR und der provisorischen Regierung der französischen Republik übernommen wurde, „einschließlich aller Befugnisse . . . der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden“¹⁰.



General Koenig, der Oberbefehlshaber der französischen Truppen in Deutschland.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Bevölkerung schon einige Erfahrungen mit den Besatzern gesammelt, und es schien ihr nicht gleichgültig, dem einen oder dem anderen „Herrn“ unterstellt zu werden. In Lahr kursierten im Juni 1945 Gerüchte, daß die Franzosen die Gegend räumen und sie den Amerikanern überlassen sollten¹¹. Manche schließen aus der Bereitwilligkeit, mit der diese Gerüchte verbreitet wurden, auf die Unbeliebtheit der Franzosen; andere sehen den Grund dafür in der rassistischen Propaganda des Reichs gegen das „immer mehr der Vernegerung anheimfallende Volk“ (Hitler, *Mein Kampf*). Auf jeden Fall scheint der Kreiskommandant in Lahr ziemlich empfindlich reagiert zu haben, denn ein Plakat des Landrats vom 6. 6. 1945 wehrte das „Geschwätz“ ab. Es paßte allerdings in das Feindbild der Franzosen, daß manche Gruppen ihr Ansehen unterminieren wollten. Überhaupt waren sie darauf gefaßt, daß die Deutschen entweder offen durch Sabotageakte oder im Untergrund, von getarnten Nazis geleitet, den Kampf weiterführen würden¹².

Von der deutschen Propaganda irregeführt¹³, waren die Franzosen eher überrascht, daß es so wenig „Résistance“ gab. Zwar dauerten die Kämpfe in Lahr „neun Schreckenstage“, über 100 Zivilisten kamen dabei ums Leben¹⁴, und es gab ziemlich viele Zerstörungen¹⁵, aber der Befehl des Gauleiters Wagner, alle Gas- und Wasserwerke zu zerstören, war in Lahr von den Werkleitern nicht befolgt worden, und einige Einwohner hatten Schlimmeres vermeiden können, indem sie Volkssturmmänner und andere Kampfplustige „neutralisierten“.

Immerhin hatten die letzten Tage vor dem Einmarsch der französischen Truppen noch unter dem Zeichen des Volkssturmes gestanden¹⁶, die Jugendlichen von 14 Jahren an (Mädchen ab 16) schanzten am Westwall¹⁷, in Ettenheim standen Panzer im RAD-Lager einsatzbereit¹⁸: alles Anzeichen der deutschen Kampfbereitschaft, die um so leichter täuschten, als die Franzosen auf die Begegnung mit einem Volk von Gewalttätern vorbereitet waren. In der Eröffnungsrede des ersten Schulungsseminars der französischen Militärverwaltung in Deutschland (Administration Militaire Française en Allemagne, AMFA) hieß es, die Franzosen sollten nie vergessen, daß die Deutschen die Gewalt anbeteten und daß Liberalität von ihnen nur als Schwäche gedeutet werde; man müsse sie wie Orientalen behandeln¹⁹. Der Redner anerkannte die technische Überlegenheit der Deutschen, aber die Franzosen seien eben die Vertreter des westlichen Humanismus und müßten sich dementsprechend benehmen.

Ähnliche Ansichten wurden von den meisten französischen Stellen vertreten; sie bilden in einer seltsamen Nachbarschaft zu den Begriffen „Sicherheit“ (sécurité) und „Kohle“ (charbon)²⁰ eine Art von Doktrin, die Frankreichs zivilisatorische Berufung auch dann hervorhob, wenn gerade Kontrollen verschärft wurden und Eingriffe gerechtfertigt werden sollten²¹.

Diese Einstellung muß vor dem Hintergrund des Krieges und der damit für die Franzosen verbundenen Erfahrungen gestellt werden; der Wiederaufbau des Landes stellte Forderungen, die ohne die Einnahmen aus dem im Vergleich weniger geschwächten, besetzten Teil Deutschlands nicht einzulösen schienen²². Diese Umstände gaben dem Marshallplan wegen seiner Auswirkungen in der FBZ, aber vor allem in Frankreich selbst, eine längst erkannte Bedeutung²³.

Die Richtlinien für die französische Okkupation in Deutschland, die im Juli 1945 von der provisorischen Regierung (Secretariat Général du Comité Interministériel des Affaires Allemandes et Autrichiennes) erlassen wurde²⁴, beinhalten politische Grundsätze und Hinweise, die auf dem Deutschlandbild der Franzosen und auf dem vermeintlichen Frankreichbild der Deutschen beruhen. Strenge und Gerechtigkeit zeigen, bei den Truppen jede Schlamperei verhindern, keine Anzeichen von Schwäche geben: das waren die Grundregeln, nach denen gehandelt werden sollte – was nicht bedeutet, daß sie immer befolgt wurden.

Ansonsten enthielten diese Richtlinien neben territorialen Ansprüchen, die die damals eben festgesetzten Grenzen der FBZ in Frage stellten, die Grundthemen, mit denen die Franzosen auch in Lahr die Besetzung antraten:

- Sicherheit (Sécurité) war oberstes Gebot;
- Frankreich konnte sich keine zusätzlichen Lasten aufbürden, die Zone mußte also materiell unabhängig sein;

- das „preußische“ Gefüge sollte zugunsten einer von den Franzosen angestrebten Dezentralisierung abgetragen werden; vor föderalistischen Plänen wurde aber gewarnt;
- separatistische Bestrebungen sollten weder unbedingt noch sofort unterstützt werden; es galt, die Lage vorerst zu beobachten und eine anpassungsfähige Politik in Gang zu bringen.

Außerdem sollte eine deutsche Verwaltung aufgebaut werden – ehrlich, gerecht und wirksam sollte sie sein –, die nicht gelähmt werden durfte durch Kontrollen²⁵. Presse und Rundfunk sollten ins Leben gerufen, Schulen, Gymnasien und Hochschulen baldigst wiedergeöffnet werden, vorausgesetzt, daß vorher der Bestand an Lehrbüchern und die Gesinnung der Lehrkräfte sorgfältigst geprüft wurden.

Die Deutschen sollten an der Dezentralisierung in Politik und Verwaltung mitarbeiten. Zu diesem Zweck mußten die demokratischen Kräfte im Lande aufgespürt werden, die als Bürgermeister, Landräte, Schulleiter etc. im Auftrag der Besatzungsbehörde Verantwortungen übernehmen konnten. Rolle der Besatzungsoffiziere war es, die passenden Personen zur Kollaboration zu gewinnen, günstige Bedingungen zu fördern, die lokalen Verwaltungsapparate zu lenken und „vor Ort“ zu kontrollieren.

Der Rahmen war somit abgesteckt, in dem von den Kreisen bis zum Land eine neue Verwaltung in der FBZ zu funktionieren anfang.

Wenn es hier auch um Lahrer Geschichte und nicht um die gesamte FBZ geht, so muß doch die Problematik der Forschung und der Geschichtsschreibung berücksichtigt und es muß untersucht werden, ob es überhaupt und inwiefern die Fragestellungen und bereits bekannten Thesen auf die Geschichte der Stadt Lahr bezogen werden können. Es geht in vielen Arbeiten um „die Motivationen der Spitzen der französischen Verwaltung“²⁶, von denen die Akteure oft behaupten, sie hätten damals nichts gewußt und „auf eigene Faust“ gehandelt²⁷. Welches Urteil gestattet der Befund im Stadtarchiv Lahr, ergänzt mit Akten aus anderen Beständen²⁸? Wie wirkte sich der „Wirrwarr der Zuständigkeiten und Initiativen“²⁹ im Rahmen der Gemeinde Lahr aus? Wurde da etwas spürbar von der „Pluralität der Konzeptionen und Aktionen, die sich letztlich von zwei gegensätzlichen Grundvorstellungen ableiten: einerseits ‚Sicherheit‘ . . ., andererseits ‚Verständigung‘, also Bemühen um Integration, um historische Aussöhnung“³⁰. Diese zwei Grundvorstellungen koexistierten oft, was von dem Begriff „Ambivalenz“ hervorgehoben wird.

Die im zitierten Wortlaut auf die Kulturpolitik bezogene Umschreibung wird hier der Leitfaden für die Untersuchung der Lahrer Geschichte unter französischer Besatzung bilden.

Es muß auch eine zeitliche Einteilung beachtet werden:

- 1947, Moskauer Ministerkonferenz, nach der die französische Besatzungspolitik einen neuen Kurs eingeschlagen haben soll,

- 1948, Währungsreform, Berliner Blockade, Marshallplan
- 1949, Grundgesetz der Bundesrepublik und Besatzungsstatut.

Nicht zuletzt wird in den Akten Aufschluß gesucht über den „Dualismus“, über die „Rivalitäten“³² zwischen Zivilisten und Militär, die sich zwangsweise in den Beziehungen mit den deutschen Behörden auswirken mußten.

Es wird keine vollständige, alle Aspekte berücksichtigende Beschreibung der Epoche angestrebt, ebensowenig wird auf Zeugenberichte zurückgegriffen – außer der *Chronik der Stadt Lahr im Schwarzwald*, die der Heimatforscher Emil Baader vom 20. August 1945 an im Auftrag von Landrat Lenssen „mit besonderer Berücksichtigung der Kriegs- und Nachkriegszeit“ verfaßt hat.

Das Jahr 1954, mit dem diese Studie endet, entspricht der Unterzeichnung der Verträge, die das Besatzungsstatut ablösen und den Weg zur Souveränität der Bundesrepublik öffnen sollten, was zwar nicht das Ende der französischen Präsenz, aber immerhin eine Verschiebung der Perspektive bedeutet.

Die Anfangsphase

Nach dem SHAEF-Gesetz 191³³ waren alle Veröffentlichungen verboten, soweit die Militärregierung nicht anders verfügte; durch dasselbe Gesetz war auch die Tätigkeit der Rundfunkeinrichtungen verboten worden. Von nun an beherrschten für einige Wochen Plakate die Straßen³⁴, zumal die Rundfunkgeräte, die das Abhören von Schweizer Sendern z. B. erlaubt hätten, zusammen mit den Waffen nach dem Einmarsch der französischen Truppen abgegeben worden waren. Die Lahrer erfuhren noch durch die *Lahrer Zeitung* vom 24. 4. 45 (also vor der Kapitulation) aus einer Bekanntmachung in französischer Sprache, daß der Bürgermeister wegen seiner Vergangenheit als Nazi abgesetzt und durch Paul Wäldin ersetzt worden sei. Dieser gab seine „vordringlichen Aufgaben“ bekannt:

1. Herstellung korrekter Beziehungen mit der Besatzungsmacht
2. Säuberung der städtischen Verwaltung und der Behörden von allen denjenigen Elementen, „denen wir die heutigen traurigen Verhältnisse verdanken“,
3. Herstellung geordneter Verhältnisse, damit die Wirtschaft wieder in Gang gebracht werden kann,
4. Sicherstellung der notwendigsten Belange der Bevölkerung.

Er rief auch seine Mitbürger auf, sich nicht zu Widerstandsakten mitreißen zu lassen³⁵.

Am 8. Mai 1945 verkündete die Lahrer Zeitung, die am 9. Mai eingestellt wurde, die Kapitulation des Reiches. Von nun an gab es „Amtliche Mitteilungen“, ein Blatt, das auch angeschlagen wurde. Sehr unterschiedliche Informationen wurden verbreitet, die doch alle auf das alltägliche Leben der Bevöl-

kerung einwirkten. So forderte ein Plakat vom 26. 6. 45, von Oberbürgermeister Wäldin unterzeichnet, die Bevölkerung auf, bis zum 15. 7. Kleider abzugeben, und zwar pro männliche Person einen Anzug mit Hut sowie Unterwäsche. Nachträglich (Plakat vom 2. 7. 45) wurden auch Mäntel gefordert; diese Kleider waren für französische Kriegsgefangene bestimmt, die in ihre Heimat zurückfuhren. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Lebensmittelkarten nach der Kleiderabgabe einen entsprechenden Stempelaufdruck bekommen würden, was der Forderung natürlich Nachdruck verlieh. Der Abgabepflicht waren die Familien enthoben, die selbst alles verloren hatten. Es kamen auch Nachrichten, die von Teilen der Bevölkerung mit Erleichterung aufgenommen wurden; zum Beispiel die vom 10. 5. 45: bei kirchlichen Feiern wie Christi Himmelfahrt durften wieder Prozessionen veranstaltet werden.

Am 18. 6. 1945 stellte eine Bekanntmachung des Oberbürgermeisters die Lehrer vor das Problem des Wohnraummangels – das übrigens schon vor Ende des Krieges gravierend gewesen war³⁶ –; nun hatte die Lage ein „derartiges Ausmaß genommen, daß starke Eingriffe auf dem Gebiet des Wohnungswesens unvermeidlich sind, wenn nicht die hiesige Bevölkerung die nötige Einsicht zeigt und von sich aus freiwillig Maßnahmen zur Linderung der Wohnungsnot trifft“. Weiter stand: „Es gibt immer noch Leute, die sich vom Kriege und seinem unglücklichen Ausgang völlig unberührt fühlen, während zahlreiche Einwohner unserer Stadt ihre Unterkunft und ihre ganze bewegliche Habe verloren haben. . . . Insbesondere ergeht dieser einmalige Aufruf an alle diejenigen hiesigen Nazi-Familien, die ihren ganzen Besitz erhalten haben und sich den Anschein geben, als ob sie die mit ihrer Hilfe herbeigeführten heutigen Verhältnisse nichts angehen würden, während andere Unschuldige nichts mehr ihr eigen nennen können. Jetzt ist diesen Kreisen eine letzte Gelegenheit gegeben, die von ihnen so oft herbeigewünschte Volksgemeinschaft in die Tat umzusetzen. Letzter Termin zur Anmeldung ist der 30. Juni 1945.“³⁷

Die am Schluß zum Ausdruck gebrachte Hoffnung, dieser Aufruf werde seine Wirkung nicht verfehlen, „andernfalls stehen scharfe Maßnahmen auf dem Gebiet des Wohnungswesens bevor“, zeigt, wie sehr der erfahrene Verwalter Wäldin die auf ihn zukommenden Probleme unterschätzte. Es wird später noch auf das hier angesprochene Problem zurückzukommen sein, das in den Nachkriegsjahren eine ständige Sorge der Stadtverwaltung geblieben ist.

Der Landrat machte auch von plakatartig angeschlagenen Mitteilungsblättern Gebrauch, zum Beispiel um das Benehmen seiner Mitbürger zu kommentieren. Das Plakat vom 6. Juli 1945 ist in mehreren Hinsichten interessant; es zeigt, daß allerlei Gerüchte die Informationslücke ausfüllten und daß diese Gerüchte der französischen Kreisverwaltung nicht gleichgültig waren. Der Wunsch, ihnen ein Ende zu setzen, schlug sich auch in den ersten Berichten des Kreisdelegierten an seinen Vorgesetzten in Baden-Baden in der Forderung

nach richtigen Zeitungen nieder. Am 6. 7. 45 konnten die Lahrer auf den Mauern der Stadt folgendes lesen:

„Dummheit ist Trumpf!

In letzter Zeit wird besonders die Beobachtung gemacht, daß kein Geschwätz dumm genug ist, um nicht von der Hälfte der Bevölkerung geglaubt zu werden. Gleich nach dem Einmarsch der französischen Armee regten sich verantwortungslose Elemente, die sich hauptsächlich aus Nazis zusammensetzten und mit Sicherheit wußten, daß die augenblickliche französische Besatzung durch eine amerikanische Besatzung abgelöst werde; die Amerikaner näherten sich Offenburg und Spitzen wurden sogar in Lahr beobachtet.

Die französische Besatzungsbehörde habe das Recht, einen Tag oder drei Tage oder je nach der Dummheit der Verbreiter, auch wochenlang bis zur Ankunft der Amerikaner das bisherige Besatzungsgebiet zu plündern. Sodann fanden sich besonders Kopflöse, die erklärten, Eheschließungen seien verboten, die Zahl der Geburten werde überwacht, überhaupt würden sämtliche Hochschulen auf zwei Jahre, fünf Jahre oder zehn Jahre geschlossen³⁸.

Nachdem nun eindeutig von der französischen Besatzungsbehörde erklärt wurde, daß die Abgabe für Männer an Bekleidungsstücken und demgleichen lediglich für französische zurückgekehrte Kriegsgefangene und Deportierte bestimmt sei, hat dies aber dennoch zu falschen Gerüchten geführt.

Nunmehr gibt es wiederum beschränkte Menschen, die behaupten, die Frauen müßten Unterkleider, Strümpfe und Hüte abgeben, oder aber ein aufgerüstetes Bett müsse abgeliefert werden, Nähmaschinen würden beschlagnahmt, kurz und gut, um es noch einmal zu wiederholen, kein Unsinn ist dumm genug, um nicht in der Bevölkerung lebhaftere Verbreitung zu finden.

Der Herr Kreiskommandant hat angeordnet, daß in Zukunft diesem Geschwätz mit aller Strenge nachgegangen wird. Wer solch einen Unsinn erzählt, macht sich strafbar und hat mit keiner Milde zu rechnen; er kann sich nicht darauf berufen, daß er das von einem Vetter oder einem Russen oder von sonst jemand gehört habe, der natürlich durchaus zuverlässig sei.

Wir wollen uns darüber klar sein, daß man mit Absicht auf diese Weise versucht, die im Landkreis Lahr herrschende Ordnung und Ruhe zu stören. Ein solches Beginnen ist gewissenlos und daher strafbar.“³⁹

Die gesamte Bevölkerung – auch die Jugend – wurde über diesen einzigen Informationsweg erreicht; die Jugendlichen wurden Anfang Juli 1945 durch Plakate aufgerufen, sich zu melden, falls sie das Gymnasium besuchen wollten⁴⁰.

Sowohl die Militärregierung, die hinter Bekanntmachungen wie der des Landrats vom 6. 7. 45 stand, als auch die Stadtverwaltung brauchten eine direkte Verbindung zur Bevölkerung in einer Zeit, wo noch keine Zeitungen in der FBZ zugelassen waren und die Zone auch noch keine eigenen Sender hatte⁴¹. Die Medienlandschaft sollte sich nach einigen Monaten ändern: zwischen Au-

gust 45 und April 46 konnten in der gesamten FBZ fünfzehn Zeitungen zugelassen werden, deren Gesamtauflage Mitte Dezember 45 1 321 000 Exemplare erreichte, und vom 31. 3. 46 an nahm der Südwestfunk den regelmäßigen Sendebetrieb auf. Es lohnt sich, auf die oben wiedergegebenen Mitteilungsblätter zurückzukommen, um sie einer doppelten Auswertung zu unterziehen.

1. Es treten hier die in den folgenden Jahren gravierenden Fragen der Requisitionen und der Wohnungsbeschaffung hervor.
2. Oberbürgermeister und Landrat sprechen nicht im eigenen Namen, sondern in Folge einer Reaktion des Militärgouverneurs. Diese Art von Kettenreaktionen ist in abgeänderter Form in den wöchentlichen, monatlichen und anderen Berichten zu beobachten und zwar wechselseitig: Schreiben des Kreisdelegierten an den OB oder an den Landrat, manchmal auf Anordnung des Landesdelegierten (Délégué Supérieur) oder einer Zentralstelle in Baden-Baden, wurden vom OB oder Landrat an ihre Verwaltung und/oder an die Bevölkerung weitergeleitet. Umgekehrt tragen die Berichte des Kreisdelegierten unverkennbar Spuren dessen, was die an ihn gerichteten Berichte der deutschen Lokalbehörde enthalten. Es zeigt sich hier eine anfangs enge Kontrolle der Tätigkeit der Stadt- und Kreisverwaltung, aber zugleich entstand mit der Zeit – vielleicht gerade dadurch – eine Annäherung, deren wichtiger Bestandteil eine gute Kenntnis der Lage seitens der französischen Besatzer war. Übrigens wurde die französische Verwaltung auf der Kreisebene manchmal von den Zentralstellen der Parteinahme für die Deutschen bezichtigt, wenn Meinungsverschiedenheiten aufkamen⁴².

Ernährungs- und Wohnungsprobleme

Die Ernährungs- und Wohnungsprobleme beherrschen derartig das Lahrer Leben in den ersten Jahren nach Kriegsende, daß dieser Aspekt hier eingehend erörtert werden muß, zumal die Wohnungsfrage, wider Erwarten, noch nach der Gründung der Bundesrepublik bestand. Es muß deswegen auf die Untersuchung anderer Aspekte – zum Beispiel im Kulturleben – verzichtet werden.

In den ersten Tagen der Besetzung – vor Kriegsende also – wurden Lebensmittel und verschiedene Gegenstände erbeutet, die von den Truppen benötigt wurden⁴³. Es herrschten noch Kriegszustände, und die Bevölkerung reagierte dementsprechend. Nach Kriegsende standen in Lahr französische Truppen, die Quartier und Verpflegung brauchten, sowie Evakuierte und Obdachlose, die es unterzubringen und zu ernähren galt. Für die Lahrer Bevölkerung selbst funktionierte die Kriegswirtschaft weiter⁴⁴; die Franzosen ließen die Ernährungsämter nach dem bis dahin üblichen System arbeiten, also im Rahmen der seit 1942 bestehenden Vollrationierung, die 1948 von einer Teilrationierung abgelöst wurde. Als die französische Verwaltung im Herbst 45 aufgebaut wurde, unterstand die Ernährung sowohl der französischen als auch einer deutschen Verwaltung, diese stand allerdings unter Kontrolle⁴⁵. Die gesamten

landwirtschaftlichen Erzeugnisse waren beschlagnahmt und bedurften eines von der französischen Behörde aufgestellten „Bon de déblocage“, um weitergeleitet zu werden. Ein Teil der Produktion war für die Besatzung bestimmt; jede Woche wurde ein Liefersoll an Fleisch, Käse, Eiern etc. festgesetzt. Die Stadtverwaltungen standen also vor dem Problem, sowohl den von den Franzosen auferlegten Liefersoll einzuhalten, als auch gewisse Schichten der Bevölkerung vor dem Verhungern zu bewahren. Paradoxiertweise war die Versorgungslage 1945 nicht am schlimmsten⁴⁶, sondern in den Jahren 1946 und 1947, obwohl, wie aus den Berichten klingt, das Maß 1945 schon voll zu sein schien. Anfangs wurde allerdings eine korrekte Lebensmittelverteilung durch einen kriegsbedingten Umstand noch erschwert: zu Ende des Krieges lebten in Lahr und Umgebung eine Gruppe von ausländischen Zivilarbeitern, die sich in den Bauernhöfen versorgten, manchmal mit Gewalt. Sie wurden aber am 31. 8. 45 abtransportiert; zur selben Zeit wurden die aus Nordbaden stammenden Evakuierten veranlaßt, nach Hause zu gehen. Als diese Probleme – deren Wert damals anders bemessen wurde als aus heutiger Sicht – geregelt waren, baute sich die französische Besatzungsverwaltung gerade auf: Zivilisten und ihre Familien richteten sich in Lahr ein. Die zuerst einquartierten „Tabors marocains“ wurden von Fliegern abgelöst⁴⁷, deren Offiziere sich bald als ziemlich anspruchsvoll erweisen sollten.

Unter den Faktoren, die die Ernährungslage belasteten und zeitweise zu Spannungen führten, weil die Deutschen sie als die Hauptursache ihrer Not betrachteten, spielen die Praktiken der Besatzungsmacht auf lokaler Ebene eine erhebliche Rolle⁴⁸. Sehr schnell fehlten einzelne Lebensmittel; einige Wochenberichte der Stadtverwaltung vermerkten⁴⁹, nur ein Teil der Ablieferungen an die Besatzung sei eingehalten worden. Am 1. 7. 46 wurden Hungererscheinungen gemeldet; zwei Wochen später wurde die Ernährungslage als katastrophal bezeichnet. Am 27. 7. 46 hieß es, die Bevölkerung wünsche im Bereich der Ernährung wie die anderen Zonen behandelt zu werden⁵⁰. Am 7. 5. 48 (vor der Währungsreform) vermerkte der Bericht des Oberbürgermeisters die „Verbitterung der Bevölkerung wegen Totalbeschlagnahme von Obst und Gemüse“, und die Ernährungsprobleme wurden als unerträglich bezeichnet. Am 5. 7. 48, nach der Währungsreform, gab es plötzlich alles, aber ein neues Problem kam zum Vorschein: die Lebensmittel waren für gewisse Verbrauchergruppen unerschwinglich.

Die Ernährungslage wurde nicht nur in Lahr als problematisch betrachtet. In allen Zonen war der Winter 46–47 schwer; es kam zu Streiks und Demonstrationen. Die Besatzungsmächte nahmen diese Probleme übrigens sehr ernst, auch in der FBZ. Es wurden Importverträge unterzeichnet⁵¹, trotz der Zonensperre gab es für einige Produkte einen Interzonenhandel. Aber wenn diese Bemühungen überhaupt von der Bevölkerung wahrgenommen wurden, so kamen sie nicht gegen den psychologischen Tiefstand an; es wurde von „Hungerkrieg gegen Deutschland“ gesprochen. Die Berichte des Kreisdelegierten von

Lahr, die an den Délégué Supérieur in Freiburg adressiert waren, geben Zeugnis von der Besorgnis des lokalen Militärgouverneurs. Im Dezember 1946 schrieb er, das Ernährungsproblem sei aus politischer Sicht so gravierend, daß schnellstens eine Lösung zu finden sei. Er argumentierte gegen die Tendenz seiner Landsleute, aus dem vollen zu schöpfen, und trieb sie an, ihre Versorgung der der Einheimischen anzupassen. Die ihm von der Stadtverwaltung vorgetragene Schwierigkeiten finden in den Berichten ein Echo: fehlende Arbeitsmoral der unterernährten Arbeiter, Niedergeschlagenheit und Mutlosigkeit der Bevölkerung, die nur an der Beschaffung von Eßbarem interessiert sei. Für den Kreiskommandanten war die Ernährungsfrage ein Politikum; die Besatzungsoffiziere wußten nur zu gut, daß leere Mägen keine gute Vorbedingung für ihre Demokratisierungspolitik waren. Für sie war eine Besserung auf diesem Gebiet unentbehrlich, sollten ihre Bemühungen, z. B. in der Kulturpolitik, nicht umsonst sein.

Die Entnahmen aus der landwirtschaftlichen Produktion wurden erst am 30. 9. 1948 eingestellt; nicht die sich auf die lokalen Vorgänge stützenden Vorstellungen der Kreisdelegierten hatten dies bewirkt, sondern gesamtpolitische Umstände.

Wenn nach den Berichten der Lahrer Stadtverwaltung nun für die Versorgung der Bevölkerung kein Problem mehr zu verzeichnen war, so stand es zu einem noch späteren Datum ganz anders mit der Wohnungsfrage.

Hier sei an das oben erwähnte Plakat über den Wohnungsmangel erinnert. Andere Zeichen weisen auf den hohen Stellenwert dieses Problems auf der Sorgenliste der Bevölkerung und ihrer Stadtverwaltung: im Juli 45 vermerkt der Chronist Emil Baader, die Lahrer rechneten jeden Tag damit, den Besitzern ihre Wohnung übergeben zu müssen. Im August wunderte er sich über die Zahl der für die Truppen beschlagnahmten Gebäude (NB.: zu dem Zeitpunkt gab es kaum französische Zivilisten zu beherbergen). Was dem Chronisten wie den anderen Lahrern Sorge bereitete, wurde mit dem Aufbau der Besatzungsverwaltung⁵² für die deutschen Behörden erst recht zum ständigen Problem: sie mußten für die Beschaffung von Wohnungen und für deren Einrichtung sorgen, vom „Schlafzimmer aus Edelholz“ bis zum „Putzmaterial“. Die Requisitionen bestätigten sozusagen im nachhinein die Befürchtungen der Einwohner, gegen die der Landrat in seinem Aufruf vom 6. 7. 45 angekämpft hatte, man würde ihnen die Nähmaschinen wegnehmen. Es liegt nahe anzunehmen, nur die ehemaligen Parteimitglieder seien zur Abgabe von Wohnraum und Gegenständen aufgefordert worden. Mehrmals wird nämlich gemahnt, wenn weiter beschlagnahmt werde, würden auch Nicht-Parteigenossen davon betroffen werden. Diese Annahme scheint aber durch einen Bericht des Oberbürgermeisters vom 7. 1. 46 entkräftet, in dem Wäldin sich folgenderweise ausdrückt: „. . . ich weise wiederholt darauf hin, daß es auf die Dauer unmöglich sein wird, in diesem Tempo weitere Gegenstände zu beschaffen, zu-

mal eine ganze Anzahl von Wohnungen, deren Inhaber gute Nazis waren oder dessen zum mindesten stark verdächtigt, nicht angetastet werden dürfen . . .“ Darauf wies der Kreisdelegierte mit Nachdruck an, nur noch bei den Leuten zu requirieren, die auf einer Liste des Entnazifizierungsausschusses standen.

Ende 1945 schilderten die Berichte der Stadtverwaltung die Lage als dramatisch: „Mit der Bereitstellung von Villen, ganzen Häusern und Wohnungen sowie von Einzelquartieren sind wir jetzt vollkommen am Ende.“⁵⁴ Die emphatische Ausdrucksweise zeugt zwar für das Engagement des OB, aber der spätere Betrachter zweifelt daran, daß ein realistischer, erfahrener Verwaltungsmann wie Wäldin zu diesem frühen Zeitpunkt schon das Ende der Härten der Nachkriegszeit erwartet hätte . . .

Die Wohnraumrequisitionen wirkten sich nicht nur durch den verminderten Komfort der Lahrer aus; Truppen waren in den Schulen einquartiert, was den Schulbetrieb erschwerte; Wohnungen wurden für die Besatzer instand gesetzt, was an den verfügbaren Mitteln zehrte, usw. Anscheinend wurden mehr Gegenstände beschlagnahmt, als offiziell genehmigt war. Die internen Berichte des Requisitionsamtes (vom 25. 7. 1946 an hieß es „Beschaffungsstelle“) an den OB enthalten immer wieder Notiz von Zwischenfällen, die nach folgendem Schema verliefen: ein Angehöriger der Besatzungsmacht verlangte irgend einen Gegenstand anhand eines Scheins, dessen Unterschrift oder Stempel das Requisitionsamt seinerseits nicht als gültig betrachtete, weil nicht vom Militärgouverneur stammend⁵⁵. Derartige Kompetenzstreitigkeiten konnten natürlich von der Stadtverwaltung genutzt werden, um die Abgaben zu verzögern. Immerhin rechnete das Lahrer Beschaffungsamt am 31. 12. 1947 die beschlagnahmten Gegenstände auf 7054824 RM⁵⁶.

In dem Bereich der Requisitionen von Wohnungen schien die Stadtverwaltung und auch die Bevölkerung zum Konflikt mit den französischen Behörden bereit gewesen zu sein, was aus den Berichten des Jahres 1948 hervortritt. Die Inhaber beschlagnahmter Wohnungen beschwerten sich über allerlei Beschädigungen⁵⁷; der Oberbürgermeister versuchte, die Streitereien zu schlichten, bat aber auch den Kreisdelegierten, seinerseits bei den Franzosen einzugreifen. Nach den durchgesehenen Archivbeständen zu urteilen, reagierte dieser gewöhnlich kaum auf solche Anfragen. Im Oktober 1948 aber war vor kurzem erst ein neuer Militärgouverneur (i.e. Kreisdelegierter) nach Lahr versetzt worden, der ziemlich gereizt antwortete, die Deutschen sollten doch nicht so schnell die von ihnen bei anderen Völkern verursachten Leiden und Schäden vergessen. Über persönliche Einstellungen hinaus zeigt diese Reaktion, daß er den von den Deutschen übelgenommenen Praktiken seiner Landsleute⁵⁸ eigentlich machtlos gegenüberstand, vor allem, wenn die Übeltäter Angehörige des Heeres waren, die sich auf andere Autoritäten beriefen und den – trotz ihrer Uniform zivilen – Kreisdelegierten wenig Beachtung schenkten.

Die Aufzählung der Beanstandungen und Beschwerden wurde von den Franzosen um so mehr als rechthaberisch empfunden, als sie in jenem Jahr in anderen Bereichen Schwierigkeiten mit den deutschen Behörden hatten⁵⁹. Die Deutschen würden arroganter, stand damals in französischen Berichten verschiedener Herkunft.

Es darf nicht der Eindruck aufkommen, die Kreisdelegierten hätten die Notlage im Wohnungsbereich verkannt. Unter dem Begriff „Not und Elend“, der oft zu lesen und zu hören ist, verstanden sie auch die Raumknappheit. Je mehr sie politisch dachten und auf lange Sicht arbeiteten, um so mehr achteten sie auf solche Aspekte. Die Jugend- und Kulturoffiziere zum Beispiel fühlten sich in ihren Unternehmungen beeinträchtigt durch alles „Negative“, wofür die Besatzer pauschal für verantwortlich gehalten wurden⁶⁰. Schon 1946 setzten sich in mehreren Publikationen Angehörige der Besatzung und Intellektuelle in Frankreich mit der Besatzungspolitik ihres Landes auseinander⁶¹ und drückten ihre Mißbilligung aus. So der Directeur de l'Information, der in einer von der Militärregierung herausgegebenen Zeitschrift forderte⁶², Frankreich solle zwar die ihm zukommenden Reparationen verlangen, nicht aber heute in Deutschland wie ehemals die Nazis in Frankreich handeln und das Land jeder Lebensmöglichkeit berauben. Es gab also französische Stimmen, die sich gegen die Ausnutzung der Zone erhoben. Mit dem Blick auf ihre zivilisatorische Berufung verurteilten sie jene Beschaffungspraktiken, die auf der Kreisebene den Wohnungs-, Ernährungs- und Requisitionsämtern zu schaffen machten, aber eine Änderung dieser den Alltag belastenden Zustände lag nicht in ihrer Macht.

Überraschenderweise beherrschten Wohnungsprobleme noch die Beziehungen zwischen der Stadtverwaltung und dem Kreisdelegierten *nach* Inkrafttreten des Besatzungsstatuts 1949. Damals wurden in der gesamten Bundesrepublik Wohnungen erbaut für die Unterbringung der Alliierten Streitkräfte, so auch in Lahr. Zu diesem Zweck wurde Baugelände erworben und bei Weigerung der Besitzer beschlagnahmt. Es muß mancherorts Streitigkeiten gegeben haben, denn ein Schreiben des badischen Ministeriums der Finanzen vom 21. 9. 1951 an Landräte, Bürgermeister und Requisitionsämter verlangte, nachdem Kreisdelegierte Gelände beschlagnahmt hätten, ohne davon ein Protokoll zu geben, daß der Landeskommisсар künftig über die Verhandlungen informiert werde⁶³. Im Falle von Uneinigkeiten mit der Zentralstelle für Besatzungsangelegenheiten im Ministerium der Finanzen würden sich die französischen Behörden mit der Dienststelle Blank in Verbindung setzen. Diese Regelung war wohl ein Versuch, durch Einschalten von höheren Instanzen die Sachlage „vor Ort“ zu entschärfen. Es gelang allem Anschein nach nicht ganz; in Lahr zeigen die Akten nämlich, daß die französische und die städtische Verwaltung weiterhin miteinander haderten. Nach dem Protokoll einer nichtöffentlichen Stadtratssitzung vom 15. 7. 1952 wurde auf die Frage des Delegierten, was die Stadt für die Unterbringung der Franzosen zu unternehmen bereit sei, geant-

wortet, „daß, nachdem die Erwartungen in vergangenen Jahren nicht erfüllt und die Versprechungen seitens der Besatzungsmacht nicht eingehalten worden seien⁶⁴, beim Stadtrat keine Geneigtheit bestehe, wegen Geländebeschaffung etwas zu unternehmen“. Wahrscheinlich schlug der Stadtrat dann doch einen versöhnlicheren Ton an und suchte ein passendes Gelände, wie aus einem Brief vom 24. 10. 52 hervorgeht. Weil aber zwei Besitzer sich entgegenstellten, wurde von der französischen Verwaltung in Freiburg die Beschlagnahme ins Auge gefaßt⁶⁵. Darauf reagierte wiederum der OB von Lahr, Friedrich⁶⁶, indem er am 31. 10. 52 fragte, auf welche Rechtsgrundlage sich die Verfügung stütze, da ja Beschlagnahmeverfügungen „auf Landesebene nicht mehr erlassen werden“. Diese Frage wurde drei Monate später wiederholt, sollte aber einer Randnotiz nach keine Antwort bekommen.

Schließlich muß der Rechtsstreit irgendwie geschlichtet worden sein, denn am 16. 4. 53 gab der OB dem Regierungspräsidium von Südbaden, Abteilung Finanzwesen, sein Einverständnis mit den vom Kommandanten geäußerten Wünschen⁶⁷ bekannt. Nicht unerheblich war wohl der Druck einer „Interesengemeinschaft der Wohnungsverdrängten“ bei dem Vorgang. Im September und Oktober 1953 berichtet der „*Lahrer Anzeiger*“ über den Stand der Baustellen: „310 Besatzungswohnungen im Glockengumpen“ (1. 9. 53), „Wohnblocks schießen aus dem Boden“ (28. 10. 53)⁶⁸. Noch einmal wurden die Wohnungsprobleme 1956 von OB Friedrich erwähnt; er schrieb seinem französischen Briefpartner⁶⁹: „Es war, wie Sie selbst nur zu gut wissen, oft nicht leicht, das Baugelände zur Verfügung zu stellen.“ Hier wird übrigens auch nachträglich das Ziel der Bemühungen der Stadtverwaltung genannt: „die Verteidigung Europas“. Der OB beteuerte zum Schluß sein „Bestreben, . . . an der Vertiefung des Verhältnisses zwischen Franzosen und Deutschen zum Nutzen Europas mitzuhelfen“.

Zusammenfassend: in den Jahren 1945 bis 1948 standen Requisitions- und Ernährungsfragen und bis 1953 Wohnungsfragen in Lahr im Mittelpunkt der deutsch-französischen Interaktion auf Stadtebene. Wie der Alltag der Bevölkerung war auch die Arbeit der Behörden von den Aufgaben beherrscht, die die Notlage der ersten Nachkriegszeit und der Wiederaufbau stellten. Es wurden von deutschen und französischen Behörden divergierende Ansichten vertreten; manchmal liefen die Interessen auseinander, was zu Streitfällen führen konnte. Diese Streitfälle aber wurden durch Verhandlungen beigelegt, bei denen nicht immer die Deutschen nachgeben mußten, und die wiederum den Modus der Zusammenarbeit beeinflussten.

Paul Wäldin

Paul Wäldin war in der hier untersuchten Zeitspanne als Oberbürgermeister der Stadt der Hauptgesprächspartner der Franzosen. 1888 in Lahr geboren, hatte er Rechts- und Staatswissenschaften studiert und 1911 promoviert; im



*Paul Wäldin, Oberbürgermeister
der Stadt Lahr.*

1. Weltkrieg war er an der Front gewesen. Von 1929 bis 1933 war er als Abgeordneter des Kreises Lahr — Emmendingen im Badischen Landtag; er gehörte der Deutschen Demokratischen Partei an. 1933 zog er sich aus dem politischen Leben zurück, bis die Franzosen ihn 1945 ins Rampenlicht zogen. Nach dem Krieg wirkte er mit neben seiner Tätigkeit als OB von Lahr am Wiederaufbau der Demokratischen Partei, wurde Staatssekretär der Finanzen im Kabinett Wohleb, bis er nach Gründung des Landes Baden-Württemberg 1952 das Amt des Regierungspräsidenten von Südbaden bekleidete.⁷⁰

Sein Amtsantritt ist beispielhaft für die Zeit der Kontrolle: er wurde von der Besatzungsmacht bestellt. Auf ihn trifft wohl zu, was Theodor Eschenburg von der Arbeit der Regierungschefs sagt: „Zunächst galten sie in der Bevölkerung als Büttel der Besatzungsmacht, zugleich erhoffte man sich jedoch von ihnen, daß sie als Bittsteller und Advokaten bei der Militärregierung aufträten.“⁷¹ Durch die ersten Gemeindewahlen am 19. 5. 46 wurde er auch in seinem Amt bestätigt. Die Zeitschrift der Militärregierung „*La France en Allemagne*“ bezeichnete ihn im März 1948 als den ersten „Leader“ der Demokratischen Partei in Südbaden.

Was bedeutet aber dieser pompöse Titel in Anbetracht der 11 % Stimmen für die Demokratische Partei bei den Stadtkreiswahlen am 26. 5. 46? Bei den Landtagswahlen vom 18. 5. 47 bekam sie 14,2 %, während die Badische Christlich-Soziale Volkspartei (die ab Januar 1948 CDU heißen würde) 37,8 %, die Sozialdemokratische Partei Baden 38,1 % und die KPD 13,1 %

erhielten⁷². Waren die Wahlergebnisse von Wäldins Partei für Südbaden auch bescheiden, so benahm er sich den örtlichen Vertretern der Militärregierung gegenüber mehr wie ein Partner, der sich nicht einschüchtern ließ, denn wie ein Untergebener. Der offene Ton, den er in seinen Berichten an den Militärgouverneur pflegte, wäre ein Indiz für Kooperation – aber war er wirklich darum bemüht? Was nach seinem Tode am 17. 11. 69 von der „*Lahrer Zeitung*“ als „Mannesmut und Zivilcourage der Besatzungsmacht gegenüber“ eingeschätzt wurde, läßt andere Interpretationen zu. Sobald der Druck der Militärregierung nachließ, zumal nach Gründung der Bundesrepublik, stellte er sich den Argumenten des Kreisdelegierten taub in Sachen, die für die Franzosen wichtig waren; ein Beispiel davon ist die Stilllegung des „Lahrer Hauses“, wo im Lesesaal dem Publikum französische Publikationen angeboten wurden. Von August 1948 an gingen die Öffnungszeiten allmählich zurück, der Vorgang verstärkte sich im Herbst und im Winter, im Dezember schrieb die „*Lahrer Zeitung*“, das Lahrer Haus sei das Opfer der Währungsreform geworden. Inzwischen hatte der Kreisdelegierte versucht, den Oberbürgermeister umzustimmen, aber vergeblich⁷³. Der Saal sei zu kostspielig für die wenigen Leser, hieß es.

Überhaupt fällt in den Berichten und in der Korrespondenz auf, daß die Stadtverwaltung vor allem, — aber nicht nur — in der Wohnungsfrage nach Gründung der Bundesrepublik einen selbstsicheren Ton anschlug, der von den französischen Berichterstattern folgenderweise interpretiert wurde: seit die Deutschen sich ihrer Rolle auf der internationalen Szene bewußt seien, zeigten sie immer unverhohlener, wie lästig ihnen die Besetzung ihres Landes sei.

Zum Schluß:

Die für die FBZ wichtigen Entscheidungen wurden nicht in Lahr getroffen. Es war also von den vorhandenen Akten nichts Ortsübergreifendes zu erwarten. Die Arbeit der Stadtbehörde und der Franzosen in Lahr scheint derartig von alltäglichen und konkreten Zwängen geprägt gewesen zu sein, daß kaum etwas von den „großen Ereignissen“ der Zeit durchsickern konnte. Dazu kommt eine wahrscheinliche Vorzensur der Stadtverwaltung, insofern auch in internen Notizen kaum Spuren von Politik im üblichen Sinn zu finden sind. Der Befund ist also für den Historiker einseitig: Einzelheiten über die „Hungerjahre“, aber wenige Hinweise auf die örtliche Auswirkung der übergreifenden Ereignisse, sei es in der Perspektive der französischen Deutschlandpolitik oder in der der Nachkriegsgeschichte überhaupt.

Es sei noch einmal auf die eingangs erwähnte Problematik eingegangen: „auf eigene Faust“ dürften die französischen Vertreter der Militärregierung ziemlich selten gehandelt haben, da sie sich meistens auf die aus Freiburg oder Baden-Baden kommenden Anweisungen beriefen. Was die Rivalitäten zwischen Militär und Zivilisten anbelangt, so kommen sie auf einem beschränkten Gebiet wie Lahr besonders kraß zum Vorschein und wurden offenbar von der

Stadtverwaltung ausgenutzt. Was französischerseits vor allem in der Kulturpolitik geleistet wurde – zum Beispiel frühe deutsch-französische Begegnungen in den Jahren 1946–47 –, hinterließ in den Akten der Stadtverwaltung wenige Spuren. Da es die ersten Anzeichen einer Aussöhnungspolitik waren, ist fraglich, ob die Intention damals wahrgenommen wurde.

Anmerkungen

- 1 Quelle: Chronik der Stadt Lahr, I, S. 77 ff. (abgek. Chronik)
- 2 Unter anderen Quellen: W. Benz, Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik, S. 19 ff. und B. Meissner, Jalta und die Teilung Europas, in: Beiträge zur Konfliktforschung, 2/1985, S. 85–108
- 3 Ihr Exekutivorgan war die Administration Militaire française en Allemagne (AMFA), der unter anderem von Dezember 1944 an die Ausbildung des für Deutschland bestimmten Personals oblag. Quelle: J. Vaillant, L'occupation française en Allemagne, in: (Institut d'Histoire du Temps Présent und Institut Charles de Gaulle) De Gaulle et la nation française face aux problèmes de défense 1945–46, S. 215–226
- 4 Wie bekannt, waren die französischen Truppen von den USA ausgerüstet worden
- 5 Siehe R. Poidevin, Die französische Deutschlandpolitik 1943–49, in: C. Scharf u. H.J. Schröder, Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–49, S. 15–25
- 6 Noch am 16. Juli bat General Koeltz den französischen Stabschef Juin um „directives gouvernementales de notre politique en Allemagne“ (J. Vaillant, ebd.)
- 7 Pierre-Marie Koenig, 1898–1970; der „Sieger von Bir-Hakeim“, hatte 1944 das Oberkommando über die Forces Françaises de l'Intérieur (FFI) bekommen; 1951 Abgeordneter, 1954 Verteidigungsminister
Koenig hatte sozusagen freie Hand in Deutschland; der französische Oberbefehlshaber war nur dem Präsidenten der Provisorischen Regierung Rechenschaft schuldig (Décret 45-1406 vom 15. 6. 45)
- 8 Wie sie verfahren sollten, stand im Memento pour les officiers de détachement de G.M. und im Manuel technique de la Sécurité Publique
- 9 Lahrer Zeitung vom 24. 4. 1945
- 10 Nach W. Benz, ebd., S. 24
- 11 Chronik der Stadt Lahr, II, S. 225; in anderen Ortschaften der FBZ gingen dieselben Gerüchte um
- 12 Siehe z. B. in Bulletin d'Information de l'AMFA, März 1945, S. 12, den Artikel En Allemagne préparation à la résistance, und ebd. April 1945, Plans nazis pour la guerre clandestine
- 13 Zum Beispiel durch den Rundfunkaufruf zum Werwolf, der in den Blättern der AMFA abgedruckt war
- 14 Chronik der Stadt Lahr, II, S. 101
- 15 Über das Ausmaß der Zerstörungen, siehe K. Roth, Die Stadt Lahr, S. 29: 130 Gebäude mit 500 Wohnungen total zerstört, 275 Gebäude mit 800 Wohnungen teilweise nicht bewohnbar und 700 Gebäude leicht beschädigt, 3,5 % der bebauten Stadtfläche war betroffen. Diese Angaben beziehen sich allerdings nicht auf die letzten Kampftage, sondern ziehen die Gesamtbilanz der Zerstörungen in Lahr
- 16 Chronik, II, S. 9
- 17 Schwarzmaier, Der deutsche Südwesten zur Stunde Null, S. 74
- 18 Chronik, II, S. 3

- 19 Sie wurde von André Siegfried in der Sorbonne gehalten. Text in Archives de l'Occupation, Documents de l'AMFA, C. 1676, S. 80
- 20 Der Ausdruck wird von R. Hudemann benutzt, Kulturpolitik und Deutschlandpolitik. Frühe Direktiven für die französische Besetzung in Deutschland, in: F. Knipping und J. le Rider (Hg.), Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland 1945–1950, S. 17
- 21 Diese Aspekte sind oft hervorgehoben worden; T. Eschenburg schreibt in: Jahre der Besetzung von „Ausbeutungskolonie“ (S. 96); H.P. Schwarz (zitiert von R. Hudemann, s.o.) von einer „unbarmherzigen Sicherheits- und Reparationspolitik“. K.D. Henke, Politik der Widersprüche in C. Scharf u. H.J. Schröder, o.c., S. 89, bezeichnet manche Aspekte der französischen Besatzungspolitik als eine „Politik des als ob“, und zwar „... wenn der Eindruck vermittelt werden sollte, die französische Politik befinde sich im Einklang mit der allgemeinen politischen Konjunktur... wenn sie keine einleuchtenden Argumente gegen Forderungen von deutscher Seite fand“
Die Wirtschaftspolitik wurde von R. Laufer erforscht: Industrie und Energiewirtschaft im Land Baden 1945–1952. Südbaden unter französischer Besetzung; derselbe, Die Südbadische Industrie unter französischer Besetzung, in: C. Scharf u. H.J. Schröder, a.a.O.; von M. Manz, Stagnation und Aufschwung in der französischen Besatzungszone 1945–1948, und W. Abelshäuser, Wirtschafts- und Ernährungspolitik in der französischen Zone 1945–1949, in C. Scharf und H.J. Schröder, a.a.O. K.H. Rothenberger befaßt sich mit der Ernährungspolitik, wobei auch die Entnahmen und Requisitionen untersucht werden: Die Hungerjahre nach dem zweiten Weltkrieg. Ernährungs- und Landwirtschaft in der französischen Besatzungszone 1945–1950; derselbe, Ernährungs- und Landwirtschaft in der französischen Besatzungszone 1945–1950, in C. Scharf u. H.J. Schröder, s.o.
- 22 E. Jäckel, Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im 2. Weltkrieg. 1946 wurde in Paris eine Ausstellung veranstaltet, „Un an d'effort français“, die dem Besucher das Ausmaß der Ausnutzung der Zone anschaulich machen sollte (Entnahmen aus der Tabak- und Weinproduktion, Abholzung, usw.); Spuren davon in Archives de l'Occupation, DGAC C 648, p. 4
- 23 W. Abelshäuser, in: C. Scharf u. H.J. Schröder, o.c.; S. 135 ff. Dank dem Marshallplan konnte Frankreich auf die Reparationen aus seiner Zone verzichten
- 24 Directives pour notre action en Allemagne (19. 7. 1945), abgedruckt in A. Lattard, Syndicalisme ouvrier et syndicalisme patronal allemands sous l'occupation française (1945–1949). L'exemple de la Rhénanie-Palatinat
- 25 Im Wortlaut heißt es „veiller à l'organisation d'une administration honnête, juste, rapide et efficace et que le contrôle ne paralyse pas...“
- 26 R. Hudemann, o.c., S. 16
- 27 Was aus den Gesprächen hervorgeht, die ich für meine Dissertation, Jeunesse allemande et rééducation. La politique du Livre et la rééducation de la jeunesse allemande dans le Sud de la Zone Française d'Occupation de 1945 à 1949 mit Zeugen und Akteuren führen konnte. Siehe auch mehrere Beiträge in Frankreichs Kulturpolitik
- 28 Es wurden hier außer dem Lahrer Stadtarchiv die Archives de l'Occupation herangezogen
- 29 Frankreichs Kulturpolitik, S. XIII
- 30 ebd.
- 31 R. Hudemann in: C. Scharf und H.J. Schröder, o.c., S. 247
- 32 K.D. Henke, ebd. S. 62
- 33 Gesetz vom 24. 11. 1944, abgeändert am 12. 5. 45, abgedruckt in J. Martin, Répertoire permanent de législation
- 34 Einige sind in der Chronik aufbewahrt
- 35 Lahrer Stadtarchiv 026/111¹
- 36 Siehe „Anweisungen des badischen Ministers des Innern an Landräte und Oberbürgermeister über das Verhalten der Bevölkerung im feindbesetzten Gebiet“ vom 20. 3. 45, in: H.J. Ruhl, Neubeginn und Restauration S. 77
- 37 Chronik, S. 262–263

- 38 Bruchstücke des Morgenthau-Plans (4. 9. 44), in dem die Schließung der höheren Schulen für „vielleicht eine längere Zeitspanne“ (Ruhl, o.c., S. 25) vorgesehen war, sowie andere Vorstellungen vom Nachkriegsdeutschland bilden wohl den Hintergrund dieser Befürchtungen
- 39 Chronik, S. 319
- 40 Der Schulbetrieb war seit Juli 1944 eingestellt, und die Franzosen legten Wert auf eine baldige Wiedereröffnung der Schulen; im Juli 1945 war jedoch noch nichts im Gange
- 41 S. Schölzel, Pressepolitik in der französischen Zone und K. Wenger, Rundfunkpolitik in der französischen Besatzungszone, beide in: Frankreichs Kulturpolitik, a.a.O.
- 42 Ein Beispiel im Schulbereich: R. Schmittlein, in J. Vaillant (Hg.), *La Dénazification par les Vainqueurs*, S. 155; in deutscher Sprache in: *Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949* (ders. Hg.)
- 43 Mehrere Beispiele in der Chronik; die Gemeinden führten Buch über die offiziell abgegebenen Gegenstände
- 44 Siehe K.H. Rothenberger, a.a.O.
- 45 Auf der französischen Seite: *Sous-Direction Agriculture et Ravitaillement de la Direction générale de l'Economie et des Finances*. Auf deutscher Seite: Abteilung Landesernährungsamt im Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- 46 Die Ernte war gut, und die Zivilbevölkerung bekam die für die Wehrmacht vorgesehenen Vorräte
- 47 Am 15. 8. 45 gingen die *Tabors marocains*; für den General der Luftwaffe, der erwartet wurde, mußte als Domizil eine Schule bereitgestellt werden. Chronik . . ., S. 378 u. 392
- 48 Rechtsgrundlage der Lebensmittelforderung war Artikel 52 der Haager Landkriegsordnung von 1907. Rothenberger, *Hungerjahre*, S. 199
- 49 Lahrer Stadtarchiv Lahr III, 026/141, 026/142, 026/143
- 50 Diese Argumentation wurde auch vom Erzbischof von Freiburg, Conrad Gröber, in einem Brief an den *Délégué Supérieur du Bade*, General Schwartz, vom 15. 6. 1946, geführt. Quelle: Erzbischöfliches Archiv, Nachlaß Gröber, Nb 8/67. Der notierte Unterschied bestand darin, daß die Anglo-Amerikaner nicht ihre Angehörigen kommen ließen, also nur ihre Truppen von der Produktion der Zone leben ließen. Hinzu kam, daß erholungsbedürftige Kinder aus Frankreich in den Schwarzwald geschickt wurden; nach Rothenberger waren es 40 000
- 51 Import und Export hingen von der Militärregierung ab, die dafür den OFICOMEX gegründet hatte (*Office du Commerce Extérieur de la Zone Française d'Occupation*)
- 52 Nach Th. Eschenburg, *Jahre der Besatzung 1945–1949*, S. 96, verringerte sich die Truppenstärke von 1 Million auf 15 000 Mann im Mai 1946, aber dafür kamen 11 000 Mitglieder der Militärverwaltung mit 40 000 Familienangehörigen hinzu.
- 53 Lahrer Stadtarchiv Lahr III 026/141. Die Frage bleibt offen, wer die ehemaligen Nazis in Schutz genommen hatte
- 54 ebd.
- 55 Unter anderem Noten vom 14. 2. 46 und 19. 9, 47, 026/130 a.a.O.
- 56 ebd. Diese werden den „versteckten Reparationen“ zugerechnet; siehe W. Abelshäuser, in: C. Scharf u. H.J. Schröder, a.a.O.
- 57 026/143 a.a.O.
- 58 Aufgezählt wurden: Mitnahme von beschlagnahmten Gegenständen, Halten von Schäferhunden in Wohnungen, usw.
- 59 Rückzug der Landesregierung in Baden am 26. 8. 1948 wegen der Demontagen
- 60 Siehe M. Mombert, a.a.O.
- 61 J. Rovin, *L'Allemagne de nos mérites*, in: *Esprit* Nov. 45 und Dez. 46; deutsche Übersetzung in: ders., *Zwei Völker, eine Zukunft*. Weiter E. Mounier, *Pour une politique allemande*. *Esprit*, März 1947
- 62 *Un An d'information française en Allemagne*, August 1946
- 63 Aktennummer 27.068-7/2/24, Lahrer Stadtarchiv 026/124
Der ehemalige „*Délégué provincial*“ mit Sitz in der Landeshauptstadt trug nun den Titel „*Landeskommissar*“

- 64 ebd. Es handelt sich wahrscheinlich um öffentliche Gebäude, deren Freigebung verzögert worden war
- 65 Brief des Landeskommissars Nr. 15-451/CAB an die Abwicklungsstelle im Badischen Ministerium der Finanzen
- 66 Wäldin war 1952 zum ersten Regierungspräsidenten von Südbaden ernannt worden
- 67 11 Grundstücke für Luftwaffenoffiziere und den General
- 68 Mehrere Artikel in der Lokalzeitung im Mai 1954 und Briefe (026/124) lassen die Vermutung zu, die Finanzierung dieser Bauten hätte ihrerseits Probleme verursacht
- 69 Es war ein französischer Offizier, der ihm eine Broschüre mit Luftansichten der „Constructions françaises“ überreicht hatte
- 70 Lahrer Zeitung vom 17. 11. 1969
- 71 a.a.O.
- 72 Th. Eschenburg, a.a.O., S. 547
- 73 Lahrer Stadtarchiv 333/1

Literatur

- Benz, W.: Von der Besetzungsherrschaft zur Bundesrepublik – Stationen einer Staatsgründung 1946–1949. Frankfurt, 1984.
- Eschenburg, Th.: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – Jahre der Besetzung 1945–1949. Stuttgart u. Wiesbaden, 1983.
- Jäckel, E.: Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im 2. Weltkrieg. Stuttgart, 1966.
- Knipping, F. u. Le Rider, J. (Hrsg.): Frankreichs Kulturpolitik. Tübingen, 1987.
- Lattard, A.: Syndicalisme ouvrier et syndicalisme patronal allemands sous l'occupation française (1945–1948). L'exemple de la Rhénanie-Palatinat, Diss. Paris X, 1983.
- Laufer, R.: Industrie und Energiepolitik im Land Baden 1945–1952 – Südbaden unter französischer Besetzung. Freiburg u. München, 1979.
- Manz, M.: Stagnation und Aufschwung in der französischen Besatzungszone von 1945 bis 1948. Diss. Mannheim, 1968.
- Mombert, M.: Jeunesse et rééducation en 270 – la politique du livre et la jeunesse allemande dans le Sud de la Zone Française d'Occupation de 1945 à 1949. Diss., Strasbourg II, 1985.
- Roth, K.: Die Stadt Lahr, Bad Godesberg, 1961.
- Rothenberger, K.H.: Die Hungerjahre nach dem 2. Weltkrieg. Ernährungs- und Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz 1945–1950. Boppard, 1980.
- Rovan, J.: Zwei Völker, eine Zukunft. Deutsche und Franzosen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts. München u. Zürich, 1986.
- Ruhl, H.J. (Hrsg.): Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949. München 1982.
- Scharf, C. u. Schröder, K.H., (Hrsg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949. Wiesbaden, 1983.
- Schwarzmaier, H.: Der deutsche Südwesten zur Stunde Null, Karlsruhe, 1975.
- Vaillant, J. (Hrsg.): La Dénazification par les vainqueurs. La politique culturelle des occupants en Allemagne 1945–1949. Lille, 1981.
- Ders.: Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949. Konstanz, 1984.

Zell: Stadt – Reichsstadt – Stadt – Stadtgemeinde – Gemeinde und seit 40 Jahren wieder Stadt

Thomas Kopp

Im kommenden Jahr (1989) können verschiedene Orte der Ortenau „850 Jahre seit der Ersterwähnung“ (1139) feiern. Bei den angelaufenen Vorbereitungen und diesbezüglichen Diskussionen tauchen manche Probleme auf, u.a. besonders häufig die Fragen: Wann wurde unser Ort Stadt, wann Stadtgemeinde, gar „nur“ Gemeinde und dann wieder Stadt?

Worin bestehen die Unterschiede zwischen diesen gemeinderechtlichen Begriffen?

Die Antwort sei am Beispiel Zell am Harmersbach gegeben.

Die Frage, wann Zell erstmals Stadt wurde, ist nicht restlos geklärt. Die vorliegenden Forschungsergebnisse faßt W. Mössinger in seiner Arbeit „Die Anfänge der Stadt Zell am Harmersbach“ (Ortenau 63./1983 – dort auch Literaturangaben) zusammen:

„... Die Stadtwerdung ist kein Akt eines Tages, sondern Abschluß einer Entwicklung...“

... Grimm weist überzeugend nach, daß Zell vor 1324 nicht Stadt gewesen sein kann. Unstrittig Stadt ist Zell seit 1330.“ In einer Urkunde Kaiser Ludwigs des Bayern aus diesem Jahr lesen wir „vom rat und den burgern ze Zelle“, denen der Kaiser „den zol und daz ungeld in derselben stat“ gewährt „und sullen auch daz selb gelt an ir stat verpawen.“

Auch die Frage, wann und wie Zell „Reichsstadt“ wurde, ist nicht eindeutig geklärt.

Als dann aber Zell aufhörte, Reichsstadt zu sein, wurde es 1803 kurbadische und 1806 großherzogliche Stadt und hatte sogar von 1803 bis 1830 einen „Oberbürgermeister“ (Franz Josef Buß, Vater des Ritters von Buß).

Im Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts aber machten Bestimmungen von „Oben“ aus Zell eine „Stadtgemeinde“, später sogar „nur noch“ eine „Gemeinde“ – um dann 1949 wieder „Stadt“ zu werden.

Die verschiedenen Bezeichnungen – und ähnlich war's in Haslach, Hausach, Schiltach, Hornberg – sind den Einwohnern und selbst den Behörden nie so recht bewußt geworden, und auch die geschichtliche Heimatliteratur ging kaum ausführlicher darauf ein – wenn ja, dann z. T. fehlerhaft! Hier soweit wie möglich klärend zu wirken, ist eines der Ziele der vorliegenden Arbeit.

1949: Wiedererlangung des Stadtrechtes

Ausgangspunkt für die Untersuchung kann der 5. 7. 1949 sein, der Tag also, an dem Zell „seine Stadtrechte wieder verliehen“ bekam.

Im „Amtlichen Verkündigungsblatt der Stadtgemeinde Zell a.H.“¹ (der „Ersatzzeitung“ der „Schwarzwälder Post“ von 1941–1949) findet sich in der Ausgabe vom 9. 7. 1949 ein Bericht „Staatsbesuch in Zell-Harmersbach anlässlich der Verleihung des Stadtrechtes“, dem wir auszugsweise entnehmen:

„Mustergültig war alles zum Empfang des hohen Besuches am Dienstag, 5. Juli 1949, vorbereitet. Bevölkerung, die geladenen Gäste, Stadtrat und Bürgermeister, Schützen- und Ulanenkorps, Musikkapelle und Schüler standen bereit, um den Repräsentanten des südbadischen Staates, Staatspräsident Leo Wohleb, würdig zu empfangen.“



Der badische Staatspräsident Leo Wohleb (zweiter von links) setzte Zell wieder in seine alten Stadtrechte ein.

Kurz nach 18 Uhr traf der Staatspräsident mit seiner Begleitung vor dem Rathaus ein. Eine Schülerin überreichte dem Staatspräsidenten einen Rosenstrauch. Die Schulkinder begrüßten ihn mit einem Lied. Bürgermeister Schwab stellte das Schützen- und Ulanenkorps vor, von dem die Herren sehr erfreut waren, besonders auch der Kreisgouverneur (Vertreter der französischen Besatzungsmacht), der sich lobend über diese schmucke, historische Miliz aussprach.

Im Rathaussaal gab der Bürgermeister seiner Freude Ausdruck, daß der Staatspräsident mit dem Innenminister zu uns gekommen sind, um ein uns vorübergehend vom Dritten Reich zugefügtes Unrecht wiedergutzumachen. Er zeichnete ein Bild des Werdegangs von der Reichsstadt bis zur heutigen Zeit.

Anschließend ergriff der Staatspräsident das Wort. Er dankte für den Empfang, sprach auch über die Geschichte Zells und der Stadt Zell und leitete daraus erneut das Recht des heutigen Staatsaktes als begründet ab. Wohleb schloß mit den Worten: „Es lebe die alte und jetzt wieder neue badische Stadt Zell, sie blühe und gehe einer schönen Zukunft entgegen im badischen Land und der Bundes-Republik Deutschland!“

Nun erfolgte die feierliche Übergabe der Urkunde über die Verleihung des Stadtrechtes und das Recht, den Namen ‚Stadt‘ führen zu dürfen, durch den Minister des Innern an Bürgermeister Schwab, der gelobte, auch unter dem neuen Recht die Pflichten gegenüber dem Staat und der Einwohnerschaft gewissenhaft zu erfüllen und die Bevölkerung zur Mitarbeit aufforderte.

Nun begaben sich die hohen Herren mit dem Stadtrat unter der Begleitung des Schützen- und Ulanenkorps zum Hotel Löwen, um ein gemeinsames Abendessen einzunehmen.

An die Schuljugend wurden zur Erinnerung Brezeln verteilt.

Von der erwähnten Urkunde weiß – wie nachher ausgeführt wird – in Zell niemand mehr etwas. Dafür aber erzählen die Alten von der Feier selbst eine Geschichte, die heute wie eine „Sage“ klingt und in gewissem Sinne ein Gegenstück zum „Hornberger Schießen“ sein könnte:

„Die Zeller, v.a. die Musikkapelle, Schützen und Ulanen erwarteten Wohleb und sein Gefolge am Stadteingang beim Forsthaus. Da die Gäste zur abgemachten Zeit nicht ankamen, gingen die Musikanten und Bürgerwehrmänner vorläufig in den ‚Rappen‘. Als die Herren dann doch eintrafen und am Eingang von Zell niemand getroffen hatten, sind sie zum Rathaus gefahren. Dort wußte sich unser Bürgermeister zu helfen, sandte einen Boten in den ‚Rappen‘ mit der Nachricht: ‚Dr Wohleb isch kumme!‘ und unterhielt die Gäste, bis Musikanten und Schützen vor dem Rathaus angetreten waren und die Feier beginnen konnte.“

Urkunde verschwunden – Speisekarte vorhanden

Eigenartigerweise findet sich die Verleihungsurkunde – trotz eifrigen Suchens, auch von seiten der Verwaltung – nirgends in Zell, dagegen – Ironie des Schicksals historischer Zeugnisse! – die Speisekarte des (vom damaligen Landrat Heß angeregten) Festessens, das nach der Stadtrecht-Verleihung stattfand:

„Kalte Vorspeise

Königinnensuppe

Schnitzel mit Beilage

Erdbeertorte mit Schlagsahne

Wein nach Wunsch“² (für 1949 doch eine recht reichhaltige Speisekarte!)

Wir hofften, in Freiburg eine Kopie der nicht auffindbaren Urkunde zu erhalten und bekamen auf eine entsprechende Anfrage beim Regierungspräsidium die folgende Antwort: „... Wir haben die Akten des Badischen Ministeriums des Innern beim Stadtarchiv Freiburg ... angefordert. Leider enthalten die Akten lediglich einen Vermerk darüber, daß mit Verfügung vom 28. 6. 1949 Nr. 7598 der Gemeinde Zell a.H. auf ihren Antrag gemäß §9 Abs. 2 Bad. GO die Bezeichnung ‚Stadt‘ verliehen worden ist. Des weiteren ist ersichtlich, daß die Verleihungsurkunde am 5. 7. 1949 durch den Herrn Staatspräsidenten an die Gemeinde Zell a.H. überreicht wurde. Eine Kopie dieser Urkunde enthalten die Akten jedoch nicht...“³

Der angeführte Paragraph 9 Abs. 2 lautet: „Das Ministerium des Innern kann im Einvernehmen mit den Gemeinden Bezeichnungen ändern oder neu verleihen.“⁴

Daß also eine Urkunde übergeben wurde, steht fest. Beim Suchen nach ihr entdeckte man in einem Winkel des Rathauses eine schöne, farbige Glasplakette, die in der Umrahmung besagt: „GEDENKSCHIBE AN DIE WIEDERVERLEIHUNG DES STADTRECHTES 5. 7. 1949“.



Sollte wirklich kein entsprechendes Schriftstück gefunden werden, könnte man wenigstens diese Scheibe – wer mag sie wohl gestiftet haben? – als „gläserne Urkunde“ betrachten. Auf alle Fälle verdient sie einen „Ehrenplatz“ im Rathaus!

Beim Forschen nach der Urkunde wurden wir darauf aufmerksam gemacht, daß Staatspräsident Wohleb am gleichen Tag (5. 7. 1949) auch Haslach, Hausach, Schiltach und Hornberg zur Verleihung des Stadtrechtes aufsuchte und Urkunden verlieh. Eine Nachfrage beim Bürgermeisteramt Hausach ergab tatsächlich das Vorhandensein einer solchen, von der man uns eine Kopie sandte.

Wenn wir in diesem Dokument „Hausach“ durch „Zell“ ersetzen, kann man doch sicherlich annehmen, den Text der Zeller Urkunde vor sich zu haben, weshalb sie im folgenden wiedergegeben sei:



**Der Gemeinde
Hausach
wird gemäß § 9 Abs. 2
der Badischen Gemeindeordnung
vom 23. September 1948
die Bezeichnung
"Stadt"
verlichen.**

**Freiburg im Breisgau, den 17. April 1949
Das Badische Ministerium des Innern**

Eigenlob stinkt nicht immer

Aus dem Freiburger Schreiben ergibt sich auch, daß die Anregung zur „Wiederverleihung des Stadtrechtes“ keineswegs von „oben“, sondern von Zell ausging.

Schon am 25. 4. 1949 hatte der Bürgermeister einen Brief an das Landratsamt Wolfach „betr. Wiederverleihung des Stadtrechtes“ gerichtet mit der Bitte „um weitere Veranlassung“. Am 28. 4. 1949 schrieb darauf Landrat Heß: „Wir haben den Antrag der Gemeinde Zell a/H. auf Verleihung der Bezeichnung ‚Stadt‘ dem Badischen Ministerium des Innern in Freiburg zur Genehmigung befürwortend vorgelegt.“⁶

Es ist nun interessant zu lesen, wie der Zeller Bürgermeister seine Bitte mit eineinhalb Schreibmaschinenseiten begründet. Wir hören dabei:
von den Anfängen Zells –
wie Stadt und Reichsstadt sich bildeten –
von der Hohen und Niederen Gerichtsbarkeit –
von den Landstäben Biberach, Nordrach, Ober- und Unterentersbach –
von Reichsschultheißen und den Zwölfem –
vom Übergang Zells 1803 an das Kurfürstentum Baden.

„Nach den großen Bränden“ – so der Bürgermeister wörtlich – „zu Beginn dieses Jahrhunderts erfolgte der Wiederaufbau in rein städtischem Charakter. Innerhalb des Ortsetters befinden sich fast ausschließlich Geschäfts- und Wohnhäuser; die landwirtschaftlichen Anwesen sind meistens außerhalb und zwar im geschlossenen Ortsteil ‚Neuhausen‘ erstellt. Breite, gepflasterte Straßen (es gab also eine Zeit, wo man mit dem ‚Zeller Pflaster‘ noch werben konnte!), Alleen, Anlagen, große Geschäftshäuser und Hotels sind besondere Merkmale. Verschiedene Industriezweige ermöglichen den hiesigen und einer großen Anzahl der Bewohner der umliegenden Gemeinden Verdienst.“

Anschließend werden die sieben „Industriezweige“ aufgezählt, dazu Bezirks-sparkasse, Volksbank und Krankenhaus, um dann zu enden:

„In den letzten Jahren vor dem letzten Krieg hat Zell als Fremden-Kurort einen gewaltigen Aufschwung zu verzeichnen gehabt. Eine ganze Anzahl Neuanlagen (Kurpark, moderne Sportanlagen, neues Schwimmbad mit Tennisplatz usw.) haben das Gesamtbild wesentlich verschönert. Ferner wurde ein städtisches Archiv erstellt.

Für die Verleihung der Bezeichnung ‚Stadt‘ dürften somit die Voraussetzungen in jeder Hinsicht erfüllt sein.“⁷ Natürlich taucht nun die Frage auf:

„Ja, seit wann war dann Zell nicht mehr Stadt?“

Nach dem eingangs erwähnten Bericht soll die Aberkennung des Stadtrechtes „ein uns vorübergehendes vom Dritten Reich zugefügtes Unrecht“ gewesen sein. So sah es auch noch Ruth Baitsch in ihrer 1970 erschienenen „Chronik der Stadt Zell am Harmersbach“. „Am 5. Juli traf Staatsbesuch ein in Gestalt des Staatspräsidenten Leo Wohleb, der Zell das unter dem nationalsozialistischen Regime zu Unrecht entzogene Stadtrecht erneut verlieh.“⁸

Diese Darstellungen schieben also die „Aberkennung des Stadtrechtes“ dem „Dritten Reich“ zu. Wir wollen versuchen, die Angelegenheit rein sachlich – nicht politisch sondern historisch – zu klären.

Dabei muß vorweg festgestellt werden, daß der für „Stadt Zell“ eingeführte Begriff „Stadtgemeinde Zell“ lange vor 1933 auftaucht. Schon 1831 kennt die

„Badische Städteordnung“ die „Stadtgemeinde“. In einem „Amtsrevisorat Gengenbach“⁹ der Einnahmen und Ausgaben von 1837 bis 1842 steht als Überschrift „Stadtgemeinde Zell“.

Nach G. Grimms „Versuch einer Stadtgeographie“ (1970)¹⁰ wurde Zell 1874 „Stadtgemeinde“. (Dazu bringt Grimm leider keine näheren Angaben).

Unter den von C. Fischer in seiner Arbeit „Zell am Harmersbach anno 1813“¹¹ abgebildeten Siegeln ist eines (Nr. 18) mit der Umschrift „STADT-GEMEINDE ZELL A/H.“. Dieses Siegel war von 1908 bis 1913 im Gebrauch. Auch Disch gibt es in seiner¹² Chronik wieder.

Die Heimatzeitung „Schwarzwälder Post“¹³ liefert von ihrem ersten Jahrgang (1897) an bis in den Zweiten Weltkrieg immer wieder diesbezügliche Beispiele, von denen einige herausgegriffen seien.

Am 10. 10. 1897 findet sich bei einer „Vergabe“ die Bezeichnung „Stadtgemeinde“, am 19. 3. 1898 ebenso in einer Anzeige betr. „Dungversteigerung von der Stierhaltung“. Am 2. 1. 1917 erscheint das „Standesregister der Stadtgemeinde Zell a.H.“, ebenso in den folgenden Jahren (z. B. 1931 und 1932). Die „Schwarzwälder Post“ trägt in diesen Jahren den Untertitel „Amtliches Verkündigungsblatt der Stadtgemeinde Zell am Harmersbach“. Schon in der ersten Zeit des „Dritten Reiches“ – am 1. 5. 1933 – benützte man bei der „Verleihung der Ehrenurkunde an den Herrn Reichskanzler Adolf Hitler“ den Titel „Stadtgemeinde“. 1934 erließ das Bezirksamt „eine Anordnung für die Stadt Offenburg sowie für die Stadtgemeinden Gengenbach und Zell a.H.“. Am 16. 8. 1935 wird „die Hauptsatzung der Stadtgemeinde erwähnt. So zeigt sich die Verwendung des Begriffs „Stadtgemeinde Zell“ als weit zurückgreifende „Tradition“, die lange vor 1933 begann und nichts mit einem „zugefügten Unrecht von seiten des Dritten Reichs“ zu tun hat. Das als „Ersatzzeitung“ erwähnte „Amtliche Verkündigungsblatt“¹⁴ bringt bis zu seiner Nr. 53 vom 9. 7. 1949 im Titel ebenfalls den Ausdruck „Stadtgemeinde Zell a.H.“ (dann aber auch gleich nach der „Wiederverleihung des Stadtrechtes“ die Abänderung: „Amtliches Verkündigungsblatt der Stadt Zell a.H.“).

1935: Statt „Stadtgemeinde“ nur noch „Gemeinde“

Daß 1935 – wie nachher gezeigt wird – den „Stadtgemeinden“ sogar das Recht abgesprochen wurde, diesen Titel zu gebrauchen und sich künftighin nur noch als „Gemeinden“ zu bezeichnen, ist vielen Mitbürgern gar nicht bewußt geworden. Anscheinend hat man – selbst in der Diktatur! – den neuen Namen nicht allgemein ernst genommen. Immerhin steht fest: Zell hat nicht im „Dritten Reich“ die Bezeichnung „Stadt“ verloren (die gab es ja seit langem nicht mehr!), sondern den Titel „Stadtgemeinde“. (So gesehen wird nun auch die Grimmsche Bemerkung verständlich: „1874 wurde Zell Stadtgemeinde, ei-

ne Bezeichnung, die durch die Deutsche Gemeindeordnung 1935 wieder abgeschafft wurde . . .“)15

Auf alle Fälle erscheinen seit 1935 „Stadtgemeinde“ und „Gemeinde“ in bunter Vielfalt nebeneinander16. In einer Anzeige vom 20. 10. 1935 bietet die „Gemeinde Zell a.H.“ Brennholz und Reislose an, in einer andern vom 21. 11. 1935 Deckreisig.

Im Gesuch „Verleihung der Bezeichnung Stadt“17 wird „Gemeinde Zell-Harmersbach“ gebraucht, im Schreiben des Landratsamtes vom 28. 4. 194818 kommt der Ausdruck zweimal vor und in den Urkunden19, welche die Orte unseres Raumes zur „Wiederverleihung des Stadtrechtes“ bekamen, werden sie ebenfalls als „Gemeinden“ angesprochen. Andererseits aber stößt man auch immer wieder auf „Stadtgemeinde“. Erinnert sei nur an das Zeller „Amtliche Verkündigungsblatt“,20 das von 1941 bis 1949 nur „Stadtgemeinde“ kennt.

Gesetze sollen klären

Zur Aufhellung der etwas verworren scheinenden Verhältnisse bezüglich der Bezeichnungen der Orte können die Gesetze beitragen.

Nach der „Badischen Gemeindeordnung“ vom 5. 10. 192121 besteht folgende Einteilung:

- a. Gemeinden mit höchstens 200 Einwohnern (Kleine Gemeinden),
- b. kleine Stadtgemeinden und Landgemeinden mit mehr als 200 bis höchstens 4000 Einwohnern (mittlere Gemeinden),
- c. mittlere Stadtgemeinden und Landgemeinden mit mehr als 4000 bis höchstens 15000 Einwohnern (Große Gemeinden),
- d. Gemeinden mit mehr als 15000 Einwohnern (Städte) . . .“

Dazu eine Anmerkung des Gesetzgebers:

„Nachdem der Begriff ‚Stadt‘ vom Gesetz an eine Mindesteinwohnerzahl von 15000 Einwohnern geknüpft ist, werden alle anderen Gemeinden, die auf Grund eines alten Herkommens oder einer Verleihung den historischen Namen ‚Stadt‘ führen, um ihre alten Rechte zu schonen, mit der Bezeichnung ‚Stadtgemeinde‘ im Gesetz bezeichnet.“

Damit ist's klar: Zell und einige anderen Ortenau-Orte wurden zu den „Stadtgemeinden“ gerechnet.

Das „Reichsgesetzblatt“ (Nr. 6, 1935)22 enthält die neue „Deutsche Gemeindeordnung“ vom 30. 1. 1935 und besagt im Paragraphen 9: „Städte sind die Gemeinden, die diese Benennung nach bisherigem Recht führen . . .“

Diese „Deutsche Gemeindeordnung“ kennt demnach den Begriff „Stadtgemeinde“ nicht. Ausdrücklich wird in Erläuterungen hervorgehoben: „Die Deutsche Gemeindeordnung regelt in § 9 lediglich die Bezeichnung der Deutschen Gemeinden. Grundsätzlich führen diese die Bezeichnung Gemeinde. Dieser Grundsatz aber erfährt folgende Ausnahmen:

- a) Gemeinden, welche nach dem bisherigen Recht die Bezeichnung Stadt führten, werden auch weiterhin als Stadt bezeichnet.“ (Zudem wurden weitere 32 Stadtgemeinden in die „Klasse der Städte“ eingereiht; u.a. Kehl, Oberkirch, Triberg, Zell im Wiesental – nicht aber unser Zell!)
- c) „Unzulässig ist die Bezeichnung Stadtgemeinde für diejenigen badischen Gemeinden, welche bisher als Stadtgemeinde bezeichnet, aber nicht nach der Bekanntmachung vom 30. 3. 1935 in die Klasse der Städte eingereiht wurden.“

Im „Badischen Gesetz- und Verordnungsblatt“ vom 10. 4. 1935²³ erscheint die „Badische Überleitungsverordnung zur Deutschen Gemeindeordnung“ vom 3. 4. 1935. Sie kennt nach Artikel I nur noch „Städte und Gemeinden“ und betont im § 1: „Wo in Badischen Gesetzen und Verordnungen, die vor Inkrafttreten dieser Verordnung erlassen sind, von Städten gesprochen wird, sind hierunter nur Städte mit mehr als 14 000 Einwohnern zu verstehen.“

Danach also dürfte Zell seit 1935 nicht einmal mehr die Bezeichnung „Stadtgemeinde“ führen – sondern nur noch „Gemeinde“. (Daß man sich nicht streng an diese Verordnung hielt, haben wir gezeigt.)

Im „Badischen Gesetz- und Verordnungsblatt“ vom 3. 11. 1948²⁴ – und damit sind wir in der Nachkriegszeit – ist die „Badische Gemeindeordnung“ vom 23. 9. 1948 abgedruckt. Auch darin erscheint im Paragraphen 9 der Abschnitt 1 wörtlich gleichlautend wie der von 1935. Nur Absatz 2 wurde abgeändert, die Stelle also, auf welche das Badische Ministerium des Innern 1949 bei der „Wiederverleihung des Stadtrechtes“ Bezug nimmt: „Das Ministerium des Innern kann im Einvernehmen mit der Gemeinde Bezeichnungen ändern oder neu verleihen.“

Die angeführten Gesetzestexte bestätigen, was wir im Vorstehenden betreffs Zell als Stadt, Stadtgemeinde und Gemeinde zusammenstellten. Nur eines bleibt dabei – um es nochmals zu betonen – unklar: Warum konnte Zell trotz des Paragraphen 9 nach 1935 die Bezeichnung „Stadtgemeinde“ verwenden?!

Dazu wird auch immer wieder nach entsprechenden Belegen im Zeller Archiv gefragt. Die Tatsache, daß sich für die Aberkennung des Stadt- und Stadtgemeinde-Titels keine schriftlichen Unterlagen finden, läßt vermuten, die Änderungen seien einfach als allgemeine Anordnungen in den Gesetzesblättern erschienen, nicht aber den Gemeinden in Einzelschreiben mitgeteilt worden. Man nahm die Sache nicht überall und zu allen Zeiten ernst.

So ließe sich dann auch erklären, warum oft verschiedene Titel gleichzeitig benutzt wurden, wie Siegel zeigen, bei denen von 1875 bis 1913 „Gr. Bad. Stadt Zell a.H.“ und von 1908 bis 1913 „Stadtgemeinde Zell a/H.“ in Gebrauch waren.²⁵



Die Jahreszahlen geben das Vorkommen in Urkunden an.

Mehr als alle diese rechtlichen und z. T. doch spitzfindigen Tatsachen interessiert nun das Problem

Ja, was sind denn nun die Unterschiede zwischen Stadt, Stadtgemeinde und Gemeinde?

Gibt's außer den Namen überhaupt Unterschiede?

Auf diese Fragen an einen Fachmann bekam man zur Antwort: „Das können Sie am besten vergessen!“

Sicher spielt bei der Einteilung die Einwohnerzahl eine wichtige Rolle. Die „Badische Gemeindeordnung“ von 1921²⁶ nennt beispielsweise – wir hörten es –: 200 – 4000 – 15000 und mehr als 15000.

Bei dieser Bedeutung der Einwohnerzahlen für eine Gemeinschaft dürfte es nun auch noch lohnend sein, die zahlenmäßige Entwicklung Zells zusammenzustellen:

Einwohnerzahlen²⁷

um 1500	etwa 500	um 1852	etwa 1413	um 1933	etwa 1965
1600	750	1861	1329	1939	2031
1700	525	1871	1394	1946	2262
1800	850	1880	1566	1950	2411
1802	851	1890	1576	1960	2734
1823	1131	1900	1782	1965	2984
1830	1356	1910	1997	1966/67	3006
1840	1489	1919	1951		



Ein schönes Stück „Unser Städtli“ findet sich heute als ein von Walter Haaf entworfenes etwa 40 Quadratmeter großes farbiges Wandbild am Anwesen J. Schüllli. Es vermittelt einen lebendigen Eindruck der früheren „Roßgaß“ („Turmstraße“!). Heute steht nur noch eines der wiedergegebenen Gebäude und der Storchenturm. (Das Wandbild wurde unter fachmännischer Leitung von Mitgliedern des „Historischen Vereins Zell“ ausgeführt.)

1.1.1974	3389 (Nach Eingliederung von Oberentersbach)
1.1.1975	6307 (nach Eingliederung von Unterharmersbach und Unterentersbach)
1987	6493 (laut Volkszählung)

Das behandelte Thema ermöglicht auch eine Darstellung der geschichtlichen Entwicklung Zells (obwohl mit zwei Fragezeichen):

1139	Ersterwähnung Zells (als „Curie“ im Besitz des Klosters Gengenbach)
------	---

1330	Ersterwähnung Zells als Stadt
?–1802/03–1806	Kurbadische Stadt Zell am Harmersbach
1806 – ?	Großherzogliche Stadt Zell am Harmersbach
?–1935	Stadtgemeinde Zell am Harmersbach
1935–1949	Gemeinde Zell am Harmersbach
1949...	Stadt Zell am Harmersbach

„Unser Städtli“

Wir hörten viel von Rechtsfragen, Gesetzen, Verordnungen, Urkunden, Zahlen und gerieten dabei vielleicht in Gefahr, die Begriffe „Stadt–Stadtgemeinde – Gemeinde“ zu sachlich und „kalt“ zu nehmen.

Dazu aber gibt es nun zwei weitere – zwar nicht amtliche – Bezeichnungen für unsern Ort:

„Unser Städtli“ und
„S' Zeller Städtli“.

Und darin liegt „Wärme“, Liebe zur Heimat, Herz und Gemüt, Geborgenheit und für den Zeller in der Fremde: Heimweh...

Und „z'Hasle, Huse, Schilde“ wird's ähnlich sein!

Anmerkungen und Quellen:

- 1 Amtliches Verkündigungsblatt der Stadtgemeinde Zell a.H. und umliegenden Gemeinden, 2. Jahrgang, Nr. 53
- 2 Stadtarchiv Zell a.H. – Akten IV/1 Allgemeine Gemeindegachen Nr. 5 – Verleihung des Stadtrechtes 1949
- 3 Schreiben des Regierungspräsidiums an den Historischen Verein Zell a.H. (16/21/0038 vom 10. 7. 87)
- 4 Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt 3. 11. 1948 – 3. Jahrgang Nr. 38
- 5 Mitteilung des Regierungspräsidiums an B. Sandfuchs
- 6 Vgl. 2
- 7 Vgl. 2
- 8 Ruth Baitsch, Chronik der Stadt Zell a.H. Stadtverwaltung Zell a.H., 1970, Seite 49 (mit Bild „Staatsbesuch“)
- 9 Amtsrevisorat Gengenbach, Stadtgemeinde Zell, Bürger-Uhlander-Rechnung
- 10 Godehard Grimm, Zell am Harmersbach. Zell 1970, Seite 27
- 11 C. Fischer, Zell am Harmersbach anno 1813, Sonderdruck der „Schwarzwälder Post“
- 12 Franz Disch, Chronik der Stadt Zell am Harmersbach. Schauenburg Lahr, 1937, Seite 282
- 13 Schwarzwälder Post, Heimatzeitung für das Harmersbach-, Nordrach- und mittlere Kinzigtal. Druck und Verlag Zell a.H.
- 14 Vgl. 1
- 15 Vgl. 10
- 16 Vgl. 13
- 17 Vgl. 2
- 18 Vgl. 2
- 19 Kopie der Hausacher Urkunde

- 20 Vgl. 1
- 21 Badische Gemeindeordnung vom 5. 10. 1921, erläutert von E. Gündert, § 3. 1937 J. Bensheimer, Mannheim
- 22 Reichsgesetzblatt, Teil 1, Nr. 6, 1935, ausgegeben zu Berlin
- 23 Badisches Gesetz- und Verordnungs-Blatt, Nr. 11, ausgegeben zu Karlsruhe, 1935
- 24 Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Regierungsblatt der Landesregierung Baden, 3. Jahrgang, Freiburg
- 25 Vgl. 11, Abbildungen Seite 281
- 26 Vgl. 21
- 27 Zu: Einwohnerzahlen: Die Zahlen von 1802 bis 1950 wurden dem „Deutschen Städtebuch“ (Seite 419) entnommen, herausgegeben von Erich Keyser, Band IV, 2 (Teilband Baden), 1959, W. Kohlhammer
Für die Zahlen von 1960 bis 1967 siehe Ortslexikon „Die Stadt- und Landgemeinden des Kreises Wolfach“, Herausgeber: Historischer Verein für Mittelbaden. 1970, Seite 129.
Für die Einwohnerzahlen 1974 und 1975 siehe: Thomas Kopp, Heimatbuch von Entersbach, Stadt Zell, 1987 – und für die Volkszählung die „Schwarzwälder Post“ vom 2. 11. 1987

Ritter, Fee und Teufelsheer

Die Verserzählung vom Ritter von Staufenberg im Umbruch der spätmittelalterlichen Geistesgeschichte

Niels Kranemann

Im Jahre 1588 — also vor genau 400 Jahren — erschien zu Straßburg bei Bernhardt Jobin ein Buch mit dem Titel „Ernewerte Beschreibung der Wolgedenckwürdigen Alten vnd warhafften verwunderlichen Geschicht. Vom Herren Petern von Stauffenberg genant Diemringer, auß der Ortenau bei Rein, Rittern: Was wunders jhme mit einer Merrvein oder Mörfähe seie begegnet: Darzu ein außführlicher Bericht vnd Vorred gethan worden, warumb eben bei heutigem vielerlei Disputieren vom Zauberwerck, gegenwertige Beschreibung nunmals wider außkommen: vnd dann sonderlich was von dergleichen vnd andern Familiaren oder geheimen zukuppeligen Geistern sei zuhalten.“

Es handelt sich um die Bearbeitung der Verserzählung vom Ritter von Staufenberg, über die im letzten Band der Ortenau berichtet wurde¹.

Der Grund dafür, daß Peter von Staufenberg nun noch einmal in einem eigenen Beitrag hier vorgestellt wird, ist zum einen das „Jubiläumsjahr“ des Erscheinens der „Ernewerten Beschreibung“, obwohl sich zeigen wird, daß kein Anlaß zum Feiern, wohl aber zum Nachdenken über eine besonders kritisch zu betrachtende Phase der deutschen Geistesgeschichte gegeben ist; es ist zum andern der Umstand, daß ein Erzählstoff fast 300 Jahre lang in Handschriften und Drucken mehr oder weniger unverändert in einer literarisch interessierten Öffentlichkeit präsent gewesen ist.

Wir kennen die Verserzählung vom Staufenberger — erstens — aus einem heute in Bristol aufbewahrten Handschriftfragment des 14. Jahrhunderts, dem Abdruck einer 1870 verbrannten Straßburger Papierhandschrift des 15. Jahrhunderts durch Christian Moriz Engelhardt (1823) sowie aus fünf frühen Straßburger Drucken, deren ältester um 1483, deren jüngster nach 1550 entstand.²

Wir kennen sie — zweitens — eben aus der im Jahre 1588 erschienenen Neubearbeitung, die der Straßburger Organist Bernhard Schmid vorgenommen hat und zu der der Verleger Bernhardt Jobin und dessen Schwager Johann Fischart umfangreiche Vorreden beisteuerten. Diese Neufassung hat Adolf Hauffen in Kürschners „Deutscher National-Litteratur“ (Band 18, Erste Abteilung) ediert.

An literarischen Stoffen, die von mehreren Autoren zu verschiedenen Zeiten bearbeitet worden sind, läßt sich besonders deutlich erkennen, wie durch Um-

gestaltung und neue Akzentsetzung an ein und demselben Erzählinhalt unterschiedliche ethische Vorstellungen, Kunstauffassungen und Weltanschauungen zum Ausdruck gebracht werden können.

Dies gilt besonders dann, wenn — wie im vorliegenden Fall — nicht nur erzählerische Teilbestände, sondern ein Erzählganzes, das bereits künstlerisch organisiert und mit eindeutiger Zielsetzung verfaßt worden ist, unter anderen historischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten von einem neuen Autor mit geänderter Aussageabsicht überarbeitet wird.³

In unserer Untersuchung soll gezeigt werden, daß die Bearbeitung von 1588 — bei Beibehaltung des Erzählstoffes — eine neue Mentalität widerspiegelt, die sich von der des Verfassers der Erstfassung grundsätzlich unterscheidet: ein und dieselbe Erzählung „sagt“ etwas ganz anderes.

I. Die Verserzählung von 1310

Edward Schröder und Paul Jäckel haben als Entstehungszeit der Verserzählung die Zeit um 1310 wahrscheinlich gemacht.⁴

Der Inhalt der Erzählung soll hier mit Hauffens Worten wiedergegeben werden.⁵

„Die mittelhochdeutsche Dichtung schildert Peter Diemringer von Staufenberg als das Ideal eines Ritters. Er ist freigebig, tapfer, gebildet, fromm, durch seine Kriegstaten in ganz Europa und im Heiligen Land rühmlichst bekannt. Auf einem Ritt zur Kirche trifft er eine wunderschöne Frau. Sie gesteht ihm, daß sie immer unsichtbar an seiner Seite gewesen sei, seitdem er ein Pferd bestiegen. Sie habe ihn auf Turnieren und im Kriege vor Gefahr und Schande behütet. Sie sei von nun an bereit, sobald er nach ihr verlange, zu erscheinen und ihm ihre Liebe zu schenken, ihm bis zum Jüngsten Tage Glück, Ruhm und Reichtum zu verleihen unter der einen Bedingung, daß er kein Eheweib nehme. Dabei ruft sie Gott zum Bürgen an, daß sie die Wahrheit spreche. Der Ritter ist bereit, ihr zu eigen zu sein, solange ihm Gott das Leben schenke. Zu diesen frommen Redensarten stimmt die Äußerung der ‚frouwe‘, sie habe ihre wunderbaren Eigenschaften von Gott. Der Ritter lebt nun einige Zeit in hohen Freuden, genießt die Liebe der wunderbaren Frau, vollbringt mit ihrer Hilfe die rühmlichsten Taten der Tapferkeit und Freigebigkeit. Dem wiederholten Drängen seiner Verwandten zu einer Heirat weiß er zu widerstehn. Da wünscht der König, der ihn im Turnier gesehen hat, daß er seine Base, eine Prinzessin aus Kärnten, heirate. Der Ritter berichtet, um sich zu retten, von seinem eigenartigen Liebeshandel. Die bei der Unterredung anwesenden Geistlichen erklären, daß der Teufel sein Schlafgeselle sei. Der Ritter scheint es zu glauben und verlobt sich mit der Prinzessin. Seine Geliebte erscheint ihm, sagt ihm trauernd den baldigen Tod voraus, ermahnt ihn zur Beichte und Letzten Ölung und wünscht ihm Gottes Gnade. Während des Hochzeitsmahles

läßt sich ein schöner Frauenfuß bis zum Knie durch die Decke herab; das Zeichen, daß der Bräutigam binnen dreier Tage sterben müsse. Der Ritter bereitet sich in aller Frömmigkeit zum Tode vor, nimmt von seiner jungen Frau und den Freunden Abschied und stirbt zur bezeichneten Zeit. Seine jungfräuliche Witwe geht in ein Kloster.“

Hauffen findet den Inhalt der Erzählung „merkwürdig“ und „inkonsequent“: „Die als überaus lieblich und gut geschilderte ‚Frau‘ führt die frömmsten Reden, ermahnt den Ritter zur Gottesfurcht, wird aber von den Geistlichen als Teufel bezeichnet, eine Anschauung, die der Held und sein Dichter zu teilen scheinen.“⁶

Wesle⁷ findet es „seltsam“, daß der Ritter von Staufenberg, „der nicht ohne eigene Schuld ein so trauriges Schicksal erlitt, nicht etwa als abschreckendes Beispiel, sondern als Vorbild ritterlicher Tugenden hingestellt wird“.

Otilie Dinges schließlich äußert in ihrer Dissertation von 1948 „Ärger“ darüber, „wie der hübsche Stoff überall ‚christliche‘ Korrekturen empfängt, die . . . seiner inneren Logik nicht dienlich sind“.⁸

Auch Ehrismann beklagt ähnlich die mangelnde „Einheitlichkeit“ des Werkes.⁹

Sie läßt sich jedoch leicht erklären, wenn man bereit ist, zwei Voraussetzungen anzunehmen:

- a) der Autor des um 1310 entstandenen Werkes benutzte eine vermutlich auch seinen Zuhörern bekannte Quelle;
- b) er benutzte den bereits bekannten Erzählstoff, um seinen Zuhörern eine bestimmte Botschaft zu übermitteln.

Zur Quellenfrage

Daß die Verserzählung vom Ritter von Staufenberg eine Familiensage der auf der Ganerbenburg Staufenberg ansässigen Geschlechter aufgreift, wird von keinem Forscher, der sich mit ihr beschäftigt hat, bezweifelt. Allerdings gibt es keine schriftlichen Zeugnisse für eine frühere Existenz des Stoffes: der vorliegende Text ist die älteste erhaltene Fassung.

Doch beruft sich der Autor an zehn Stellen seines Werkes auf eine schriftliche Quelle:

Uns seyt die oventure daß,
als ich hie vor geschriben laß,
von einem werden ritter her,
hies Peterman von Temringer
und waz ein tegan us erkorn.¹⁰ (PvSt 47 ff.)

So beginnt die eigentliche Erzählung, die *rede*, wie der Autor sie nennt; und auch der zweite Teil des Werkes, der mit der Rückkehr des Ritters auf sein Schloß anhebt, enthält gleich am Anfang eine gleichlautende Quellenberufung:

Also geschach es uff ein zyt,
do diser Ritter waz gar wyt
gefahren und waz lang gesin
von den lieben fründen sin,
daz er ze lande wider kam
zuo sinen bruedern lobesam . . .
als ich da vor geschriben laß. (PvSt 623 ff.)

Zu Beginn des Frankfurter Hoftages schließlich, an dem das Unheil sich über dem Staufenberger zusammenzuziehen beginnt, heißt es noch einmal, fast entschuldigend:

In disen ziten fuegt es sich
von geschichte sunderlich,
als ich die mer vernumen han:
gen Frankfurt ein fürst kam,
den man ze künige wolt erhaben. (PvSt 773 ff.)

Weitere Quellenberufungen: „als ich die mere vernomen han“ (197 b); „uns seit die oventure also“ (84); „uns seyt die ofenture daz“ (208); „nach der oventüre sage“ (221); „man seyt, daß weder vor noch syd“ (90; 424); „als ich underwiset bin“ (238).

Quellenberufungen können in deutschsprachigen Werken des 12. bis 14. Jahrhunderts unterschiedliche Funktionen haben; und ob eine Quelle real existiert hat oder nur fingiert war – berühmtestes Beispiel: Wolframs *Kyot* –, läßt sich oft nicht mehr feststellen.

Beim Autor des ‚Peter von Staufenberg‘, dem „Nachahmer Konrads von Würzburg“¹¹, gehen wir aber nicht fehl, wenn wir bei ihm wie bei seinem literarischen Vorbild den Quellenbezug wörtlich nehmen. Wie Konrads ‚Engelhard‘, ‚Partonopier‘ und ‚Trojanerkrieg‘ wird auch ‚Peter von Staufenberg‘ eine schriftliche Vorlage gehabt haben, in der der Autor zumindest das Erzählgerüst ‚geschriben laß‘.

Diese Stoffvorlage enthielt Elemente einer nichtchristlichen Vorstellungswelt: dem Diesseits steht ein von übermenschlichen Wesen bevölkertes Jenseits gegenüber, dessen Bewohner sich ohne Schwierigkeiten in die diesseitige Welt begeben können, etwa um eine Liebesbeziehung mit einem Sterblichen einzugehen.

Der Mensch, der auf diese Weise an der als glücklich erlebten jenseitigen Sphäre Anteil gewinnt, muß sich seiner Erwählung würdig erweisen. Deshalb wird ihm eine Aufgabe gestellt, an der er sich zu bewähren hat.

Peter von Staufenberg scheitert an seiner Aufgabe.

Eine solche Handlungsstruktur verweist auf keltisches Denken und Fabulieren.

Schon C.W. Prettyman hat (1906) auf den ‚Lai de Lanval‘ der Marie de France hingewiesen, dessen Handlungsstruktur überraschende Ähnlichkeit mit der des ‚Peter von Staufenberg‘ hat: eine junge Frau, eine märchenhaft reiche ‚dameisele‘, ist eines Helden wegen in die diesseitige Welt gekommen. Sie hat die Fähigkeit, dem Geliebten jederzeit an jedem beliebigen Orte zu erscheinen, ohne daß außer ihm jemand sie sehen kann.

Die Dichterin Marie de France, über deren Lebensumstände wir nicht viel wissen, trägt in den sechziger Jahren des 12. Jahrhunderts erstmals keltische Stoffe in die französische Literatur hinein. Seither sind sie in der hohen Literatur des Abendlandes zu Hause (die Artusepen), vagabundieren aber auch durch den literarischen Untergrund.

Dem ‚Peter von Staufenberg‘, davon gehen wir aus, liegt eine solche Erzählform zu Grunde.¹²

Zur Aussageabsicht

In ‚Peter von Staufenberg‘ ist der Erzähltypus der *gestörten Martenehe* verwirklicht. Wir benutzen damit einen Ausdruck, den Friedrich Panzer geprägt hat¹³.

Mahrte ist das Femininum von *Mahr*, *Mahrt*, das ist ein einem Alb oder Incubus ähnelndes Wesen. Mit ihm geht der menschliche Partner eine Ehe ein, deren Bestand davon abhängt, daß er sich strikt an ein bestimmtes Gebot hält. Im Falle des Ritters Petermann ist es das Gebot, nie eine menschliche Frau zu heiraten. Wird das Gebot übertreten, ist die Gemeinschaft mit der *Mahrte* gestört. Sie entschwindet. Der Ausgang einer solchen Geschichte kann glücklich verlaufen, wenn die beiden Partner wieder zueinander finden; er kann unglücklich verlaufen, wenn die Störung zur endgültigen Trennung wird; er kann schließlich – wie im Falle unseres Ritters – tragisch sein, wenn der menschliche Partner die Übertretung des Gebots mit dem Tode büßen muß.

In der Verserzählung vom Staufenberger liegt eine besondere Ausformung dieses Erzähltypus vor, aber die Erzählung wird nicht um des überlieferten Stoffes willen vorgetragen. Sie ist von einem ganz anderen Aussagewillen überformt.

Dem Autor geht es darum, im Medium der überlieferten Erzählung seinen Zuhörern einen beispielhaften Ritter vorzustellen, der in einer ganz besonderen Weise die vier ritterlichen Kardinaltugenden *zuht*, *trüw*, *milt* und *ere* (PvSt 23) verwirklicht.

Ere meint in unserer Erzählung das äußere Ansehen, die Geltung innerhalb der ritterlichen Gesellschaft, die vor allem auf den kämpferischen Leistungen gegenüber Feinden in der Schlacht oder gegenüber Gegnern im Turnier beruht.

Milte ist die Freigebigkeit gegenüber den ritterlichen Standesgenossen, ausgeübt mit dem Ziel, deren Kampfeskraft und höfischen Glanz zu steigern und sie enger an den Geber zu binden.

Trüwe ist die Aufrichtigkeit jenen gegenüber, denen man auf Grund von Sippen- oder Standesbindungen verpflichtet ist.

Zuht schließlich ist das standesgemäße höfische Benehmen, das dem Normkodex entsprechende Verhalten.

Der Ritter von Staufenberg, den diese vier Tugenden in hohem Maße auszeichnen, ist ein vorbildlicher adeliger Krieger: vorbildlich für die Jung Ritter, die die Erzählung hörten und von denen härtester Einsatz in ihrem Waffenhandwerk und die Fortführung der höfisch-ritterlichen Tradition erwartet wurden.

Zur Vorbildlichkeit gehört auch die Einhaltung der tradierten religiösen Formen wie Gottesdienst, Gebet und Sakramentenempfang.

Die oben zitierten kritischen Stimmen der Wissenschaftler tadeln die fehlende Einheitlichkeit des Werkes, die fehlende Konvergenz der Erzähl- und Sinn-schichten.

„Moderne Dichtungsinterpretation geht . . . vom Postulat und der Arbeitshypothese aus, daß das vollkommene Kunstwerk in sich einhellig sei; das Zusammenstimmen aller Stilzüge, die Identität des Kunstwerkes mit sich selbst, seine Ganzheit nachzuweisen ist ihr Ziel“, sagt Max Wehrli¹⁴ und formuliert im Hinblick auf das Mittelalter: „Man darf allgemein vermuten, daß mittelalterliche Dichtung und vor allem auch die höfische Erzählung unter den Gesetzen einer Poetik stand, die nicht mehr die unsere ist.“¹⁵

Der „ungeheure mittelalterliche Traditionalismus“, der dem überlieferten Erzählstoff auch dann sein Lebensrecht läßt, wenn ihn der Dichter eigentlich nicht mehr für seine Zwecke brauchen kann, hat zur Folge, daß die einzelne mittelalterliche Dichtung in der Regel ein „mehrschichtiges Gebilde ist, auch beim anspruchsvollsten Dichter“¹⁶.

Das gilt für die Werke Hartmanns, Wolframs und Gottfrieds, es gilt auch für die Epen Konrads von Würzburg – und für das Werk seines „Nachahmers“ Egenolf von Staufenberg.

Die überlieferte Erzählstruktur wird beibehalten, aber mit neuer Wirkungsabsicht vorgetragen.

Darum führt die *frouwe* fromme Reden, ist der Ritter in jeder Situation ein Musterbeispiel höfischer Tugenden, interessiert den Autor an jedem Detail nur das, was der Erziehung der heranwachsenden Ritterschaft dienlich ist.

II. Die Neuauflage von 1588

Im Jahre 1588 gab der Straßburger Buchdrucker Bernhardt Jobin eine überarbeitete Fassung des ‚Peter von Staufenberg‘ heraus. Wie Hauffen¹⁷ nachgewiesen hat, war die Vorlage nicht eine Handschrift, sondern einer der Drucke, vermutlich die Ausgabe von 1483. Jobin deutet dies in seinem Vorwort an, wenn er schreibt, daß das Buch „nach so langer verloffener weil, in offenen truck abermals außkommet“.

An der Ausgabe sind drei Autoren beteiligt: zum einen der Drucker und Verleger Bernhardt Jobin, der der Neuauflage eine 49 Seiten starke Vorrede vorausschickt; zum anderen Johann Fischart, Jobins Schwager, der einen 814 Zeilen umfassenden *Vortrab*, eine zweite Vorrede, beisteuert; zum dritten Bernhard Schmid (der Ältere), Organist in Straßburg, der den Text der Vorlage überarbeitet hat.

Schmid und Fischart waren sozusagen „Hausautoren“ des Verlegers Bernhardt Jobin: Fischart hatte die Mehrzahl seiner Bücher durch Jobin herausbringen lassen, Schmid bei ihm 1577 „Zwey Bücher Einer Neuen Kunstlichen Tabulatur auff Orgel vnd Instrument“ veröffentlicht. Die Zusammenarbeit der drei Männer scheint sehr eng gewesen zu sein. Man muß vor allem bei Jobin, aber auch bei Schmid, immer mit indirekten oder sogar direkten Beeinflussungen durch Fischart rechnen.

Das schließt freilich nicht aus, daß die drei in der Staufenberg-Ausgabe Wert darauf legen, den eigenen Anteil deutlich zu kennzeichnen: Jobin unterschreibt mit Datum (7. November 1588), Ort (Straßburg) und voller Namensnennung (Bernhardt Jobin), Fischart verwendet sein übliches Kürzel „J.F.G.M.“ (Johann Fischart genannt Mentzer); Schmid endet seine Überarbeitung mit dem Vers

„Das wünscht von gantzem Hertzen do,
Ein guter Freundt, heißt B.S.O.“

B.S.O. ist die Abkürzung für „Bernhard Schmid Organist“.

Wie sich zeigen wird, haben die drei Beiträge unterschiedliche Zielsetzungen und offenbaren eine jeweils sehr persönliche Sicht ihres Verfassers.

Jobins ‚Vorrede‘

Bernhardt Jobin, der Verleger, sieht in seiner „Vorred von Erscheinung der Meerfinen vnd Familiargeister“ das Werk des Staufenbergers vor dem Hintergrund der Hexen- und Zaubereidiskussion seiner Zeit. Er legt dar, „warumb eben bei heutigem vielerlei Disputieren vom Zauberverwerck gegenwertige Beschreibung nummals wider außkommen: vnd dann sonderlich was von derglei-

chen vnd anderen Familiaren oder geheimen zukuppeligen Geistern sei zuhalten.“

Zu „Zauberwerck vnnnd Vnholdengesag“ hatte Jobin bereits ein Buch herausgegeben, das seit 1581 – seinem ersten Erscheinen – schon eine zweite Auflage erlebte: „Von der Daemonomaniei / oder Hexereirasigkeit vnnnd Vnholdenwütung / auß Frantzösischem durch D. Johan Fischart . . . vertiert.“ Es handelt sich um Fischarts Übersetzung des französischen Buches von Jean Bodin „De la Demonomanie des Sorciers“ (Paris 1580) mit dem deutschen Titel „Vom Außgelaßnen wütigen Teuffelsheer / der Unsinnigen Rasenden Hexen und Hexenmeistern / der Verzauberten Unholden / Teuffelsbeschwerer / Schwarzkünstler / Vergiffter / Vergauckler / und sons allerlei Zauberer geschlect.“

Bodin (1529–1596), der bedeutendste Staatstheoretiker des 16. Jahrhunderts, war von der Existenz der mit dem Teufel paktierenden Hexen und Zauberer fest überzeugt. „Die Berichte in den Prozeßakten, die in seinem Werk zahlreich angeführt werden, belegen seinen Glauben an die Objektivität der Ereignisse, die geschildert werden. Die Geistwesen sind factum . . .“¹⁸.

Aus diesem Grunde forderte Bodin die Verfolgung und Bestrafung aller Hexen und Zauberer und verteidigte diese Praxis u.a. gegenüber dem niederrheinischen Arzt Johannes Weyer (1515–1588), der sich als erster gegen den Hexen-Aberglauben seiner Zeit und vor allem gegen den ‚Hexenhammer‘ (erstmalig 1486 erschienen) gewandt hatte.

In diesem Disput der Dämonologen ergriff der Jurist Fischart – und mit ihm sein Verleger und Schwager Jobin – durch die Übersetzung und Herausgabe der ‚Demonomanie‘ eindeutig Partei für seinen Berufskollegen Bodin.

Auch die Verserzählung vom Staufenberger wurde „vmb mehr Erklerung, Exemplificierung vnnnd eigentlicher warmachung“ (Jo 2) der Ausführungen in der ‚Demonomanie‘ willen in das Verlagsprogramm aufgenommen.¹⁹

Jobins Vorrede hat das Ziel, das Wort *Meervein* oder *Meervenus* zu erklären; denn „waher der Namen erwachsen / hat noch zur zeit keiner außgeführt“ (Jo 3).

Jobin weiß zwar, daß „die sachen haben die Namen gemacht / vnnnd kein Nam kan ohn die sach werden betracht“ (Jo 4), aber er hält es für richtig, sich im vorhinein zu entschuldigen, wenn bei der „außlegung des worts Meerfinne . . . auch vngefähr etwas anregung von jhrem thun vnnnd wesen mit einfallen“ (Jo 4). Ihm ist nicht unbekannt, „in was bösen verdacht etwan hieuor der zeit / etliche zuvil außgelassene Köpff / welche jhrem verstand zu viel vertrawet / vnd die eigenschafftten angedeuter Daemonien zu beschreiben vnderstanden / sich haben gesteckt / nemlichen / daß sie in die Achtung kommen / als

wann sie mit denselbigen gefährlichen Gesten burschierten vnd zuhielten“ (Jo 4).

Seit einem Jahrhundert gibt es zu Jobins Zeit den ‚Hexenhammer‘, der zwischen 1486 und 1520 dreizehn Auflagen erlebt hatte und 1582 gerade neu in Straßburg herausgekommen war.

Herbert Haag hat dargelegt, daß die Hexenverfolgung in Deutschland „in den vierzig Jahren zwischen 1590 und 1630 am ärgsten wütete“²⁰, wobei die Schweiz und der Oberrhein Schwerpunkte der Hexenverfolgungen waren.

Die Angst vor Zauberei und Hexenwesen, vor Unholden aller Art, die „die armseligen Menschen in den abgrund aller Finsternus / vnd schlam euserster Gotts verleugnung haben gesenckt vnd verstürtzt“ (Jo 8), hat die Menschen des 16. Jahrhunderts gepackt. „Es ist die Angst vor einem Verderben, das im Finstern lauert . . . Schon ihre Menge macht . . . die Hexen furchtbar, mehr aber der Umstand, daß man ja von keinem weiß, ob er dazu gehört“²¹.

Weil also der Verdacht sich gegen jeden und jede richten kann, wahr Jobin geradezu ängstlich Distanz gegenüber dem Gegenstand seiner *Vorred*.

Und er erweitert das Pandämonium, „die große geheime Gesellschaft aller Hexen“²², gegen die sich Bodins Daemonomanie richtete, in die Vergangenheit hinein: die „außlegung des worts Meerfinne“ gibt ihm Gelegenheit, in einem langen Exkurs die gesamte griechisch-lateinische und deutsche Mythologie als Hexen-, Zauber- und Teufelswerk zu deklarieren.

„Setz also demnach / diese wörter Meervein / oder Märpfähe / oder Meerwing / keine new erdachte wort / sondern auß den Historien vnd der erfahrungheit / nur all zuviel alt vnd bekant sein. Dann wer hat nit von Venusberg / von Forstfaunen / von Nufeinen oder Nymppfen / Sireinen / weisen Sibyllen / Truten / vom Fränckischen Königlichen Stammen der Merouaeer oder Merowinger / von der Melusinen Fürstlichen und Gräuelichem geschlecht von poitiers vnd Lusignan / von den Engelländischen Warsagers Merlini Mutter / vnnd von der Hertzogin von Lützelburg vrsprung / etwas gelesen / gehört oder vernommen“ (Jo 4/5).

Ob Aeneas oder Romulus, Alexander oder Artus, Sibylle oder Melusine: alle sind sie „Lucifers Larffen“ (Jo 27), über die noch „vil Rockenstubnarisch ge läß“ (Jo 26) erzählt wird, wie Jobin schreibt.

Das ist eine Umwertung der hochmittelalterlichen Vorstellung, in der die Helden der Vergangenheit zu Symbolen werden konnten, in denen die Idee vorbildlichen Rittertums geschaut wurde.

Bei solcher Sicht der Geschichte wird es schwierig, die Erzählung vom Staufenberg und seiner *frouwe* neu so darzustellen, daß sie dem Staufenbergischen Geschlecht „zu rhumerhaltung dero löblichen Vorfaren / vnnd dem

allgemeinen Adel zum spiegel / vnd meniglich zu guter Lehr vnd anweisung“ (Jo 45) dienen kann.

Jobin kann nicht umhin, die Geschichte des Ritters als Teufelswerk zu kennzeichnen: der „böß versucher“ (Jo 40) konnte Macht über den Ritter gewinnen, „weil der junge Diemringer damals auch / wie andere seines stands gesinnt gewesen / sich in der frembde zu ersehen / vnd in massen sie es damals nanten / Abentheur vnd Wagnären zusuchen“ (Jo 41). Allerdings, so fährt er tröstend fort, „kan man darauß nit schliessen / daß er darumb an seiner Seligkeit solt verkürtzt sein“; denn er ist „deßhalben am Leib versucht worden / vnd sein jung Leben desto eher beschlossen / auff daß die Seel erhalten wirde / vnnd nicht weiters in versuchung käme. Zu dem hat er sich auch vor seinem hinscheiden als ein Christen mensch erzeugt / sein Sünd hertzlich berewet / vnnd sich zu Gottes gnade gekehrt“ (Jo 41/42).

Jobins Vorrede insgesamt ist eine Warnung vor dem Hexen- und Zauberwesen, dem die Angehörigen des früheren Ritterstandes in besonderer Weise ausgesetzt waren, weil für sie die Gestalten der Artuswelt und der höfischen Literatur überhaupt von besonderem Wert waren und so „den finstern geistern thür und thor zu allerlei versuchung auffgesperrt“ wurde (Jo 27).

Daß die *frouwe* des Stauffenbergers zu den „finsternen geistern“ gehört, ist für Jobin keine Frage: seine Vorrede bezweckt nichts anderes, als die Meerfee in einen dämonologischen Kontext zu stellen.

Fischarts ‚Vortrab‘

Während also Jobin die *Meerfee* zur Hauptfigur seiner Überlegungen macht, stellt Fischart „Herrn Petern von Stauffenberg, genannt Diemringer, auß der Ortenau bei Rein“ in den Mittelpunkt seines ‚Vortrabs‘. Ihm geht es darum, einen „rechten Adelsspiegel“ zu verfertigen, in dem die Gegenwart ihre moralischen Gebrechen erkennen kann.

Die Liaison des Ritters mit der *Meervenüs* interpretiert er genau so wie Jobin:

„Auch ob schon einen Gott hie züchtigt,
Hat er jhn darumb nicht vernichtigt,
Sonder hat jhn darumb gestrafft,
Daß er deß mehr an jhm hafft,
Vnd gedenckt bei all seinen Ehren,
Daß er Gotts hülf nicht könn entbären.
Dem Stauffenberger ist kein schmach,
Daß jhm der böß Geist stellet nach“. (Fi 649–656)

Die *frouwe* des Stauffenbergers wird zur Larve des Bösen, dieser wiederum ist Werkzeug Gottes, der den Menschen zur Anerkennung des sola-gratia-Prinzips führen will.



Johann Fischart

Fischart widmet seinen *Vortrab* den „Alten Teutschen frumm“ (Fi 8), „Darnach dem Teutschen Adel Kün“ (Fi 9), dann „der Fruchtbaren Orttenau“ (Fi 13), schließlich „dem Stauffenberger Stammen, Der noch steiff bhällt sein alten Namen“ (Fi 33 f.).

Mit Nachdruck besteht Fischart darauf, daß

„man hie nit mit Fabeln ficht,
Sonder erzehlt eyn warhafft Gschicht“ (Fi 69f.)

Der Ritter von Staufenberg gehört für ihn in den Raum historischer Realität, nicht in die Sphäre erzählerischer Fiktionalität, wie dies bei der Melusine, bei Wolf Dietrich, aber auch bei den Helden des Rosengartens, der Artusrunde und des Venusberges bis hin zu dem 1508 erschienenen, damals hochmodernen Amadis-Roman des Spaniers de Montalvo der Fall ist.

Weil die Erzählung vom Staufenberger Wirklichkeit schildert, ist sie mehr als alle anderen Rittergeschichten geeignet zu zeigen, „wie die Alten strebten nach Ehren“ (Fi 120).

Schon bei dem Knaben Petermann rühmt Fischart als „eyn gut Anzeygung / Einer guten Adelichen neygun“ (Fi 147 f.), daß er überall der erste sein wollte.

Eine solche Gesinnung nennt Fischart „tugendneygt“ (Fi 140); sie führt den, der von ihr erfüllt ist, von der körperlichen Ertüchtigung über die „Künst, so man lehrt inn den Schulen“ (Fi 164) bis zur „Gotsforcht“ (Fi 166).

Dieser idealtypische Bildungsgang hat nur noch wenig mit dem Werdegang eines Ritters zu tun, wie er uns in ‚Peter von Staufenberg‘ begegnet.

Fischarts Ideal ist nicht der christliche Ritter, sondern der christliche Bürger.

Das ist auch an den Tugenden zu erkennen, die er in den Vordergrund rückt: es sind „Sanfftmüt“, „Freundlichkeyt“ und „Miltigkeyt“ – ausgesprochen bürgerliche Sozialtugenden, wie sie das Zusammenleben in einer Stadt erfordert.

Besonders deutlich zeigt Fischarts Beschreibung der „Miltigkeyt“ den Wandel vom ritterlichen zum bürgerlichen Ethos:

„er wußt, das Gott nicht gebe
Das Gut, das man drauß prächtisch lebe,
Sonder das man durch solche Schätz
Die dörrftigen allhie ergetz . . .
Jedoch er diß so weißlich that,
Das doch sein Quell drauß litt keyn schad . . .
Also kams jhn nicht an zu theur
Vnd kam den Armen wol zu steur.“ (Fi 271–284).

Ziel der Miltigkeyt des Ritters ist nicht mehr, wie bei Egenolf,

„daz er fründ und gesellschaft
alle macht unnothafft“ (PvSt 595 f.),

es handelt sich auch nicht mehr um das Verteilen des gesamten Einkommens mit vollen Händen

(„mit dem so liess er uff gan,
waz er gülte hette“ – PvSt 60 f.),

es handelt sich vielmehr um karitatives Handeln im Rahmen des wirtschaftlich Vernünftigen.

Dieselbe bürgerliche, moralisch-utilitaristische Gesinnung spricht aus den Worten, mit denen Fischart die Ausbildung des Ritters zum Waidmann kommentiert. Der Nutzen der Jagd besteht nach ihm darin, daß

„jhm nicht der Müssiggang
Oder Geylheyth thet vbertrang“ (Fi 303 f.).

Leitet so „Frau Ehrenmutsamkeyt“ den Jüngling bis an die Schwelle des Manesalters, so ist sie es auch, die ihm rät, als er wie Herkules am Scheideweg steht,

„das vil besser sei,
Eyn zeitlang leiden allerley
Vnd darnach haben stäts darumb
Ewige Ruh vnd ewig Ruhm“ (Fi 369–372).

Ein ruhmvolles, wenn auch mühsames Leben auf Erden und die ewige Seligkeit im Himmel – das sind für Fischart die beiden zentralen Werte.

Und so läßt er, der alten Vorlage folgend, den Staufenberg turnierend und kämpfend durch die Lande ziehn, vor allem

„wider die Saracener,
Die Heiden, des Gotts Sohn verhöner“ (Fi 579 f.).

Diese Aussage gewinnt ihren eigentlichen Ernst, wenn man die Zeitverhältnisse berücksichtigt, geht es doch

„vmb rettung Land vnd Leut
Für Christenglaub vnd Freiheit“ (Fi 555 f.).

Während des gesamten 16. und 17. Jahrhunderts unternahmen die osmanischen Heere im Mittelmeer und auf dem Balkan Angriffe gegen die Europäer, bis die Schlacht vor Wien 1688 das Ende der Gefährdung einleitete.

In dieser für das Abendland lebensbedrohenden Gefahr vermißt Fischart beim „Kriegs Gesind“ häufig die rechte Gesinnung, da es

„nur dem Geld vnd beut nach henckt,
Vnd nicht auff Ehr noch gewissen denckt,
Ja, sagen, wann der Teuffel jhnen
Gelt geb, wolten sie jhm dienen“ (Fi 472–569).

Der Staufenberg dagegen ist das Ideal eines christlichen Kriegsmannes, beispielhaft wird er der verrotteten Gegenwart gegenübergestellt.

In einem hundert Zeilen umfassenden Exkurs (435–532) stimmt Fischart eine *laudatio temporis acti* an, ein Lob der guten alten Zeit,

„Von Stauffenbergers bessern zeiten,
Da man mehr trauen dorfft den Leuten“ (Fi 515 f.).

Gilt Fischarts Lob auch dem adeligen Krieger Peter von Staufenberg, so ist die Tugend, die er vor allem an ihm schätzt, die „Threu“, zugleich das Fundament eines jeden geordneten bürgerlichen Gemeinwesens. Zwar will die Neuausgabe des ‚Peter von Staufenberg‘ ein Adelsspiegel sein, darin der Adel „sich seiner Adelichen Gebür hab zuersehen“, aber *alle* Leser sollen

„stehn wie Ritter stäts gerüst
Wider des Teuffels gwalt vnd list“ (Fi 787 f.).

Das Publikum, an das Fischart sich wendet, ist nicht mehr nur das höfische Publikum Egenolfs, es ist die Gesamtheit der Gebildeten, die das Werk zu lesen verstehn, die ausgezeichnet sind durch einen

„freien Mut,
Der nicht alleyn Lust tragen thut,
Das er die Tugend selber üb,
Sonder auch hats an andern lieb,
Also, das er dieselbig preiset,
An jedem, der dieselb erweiset“ (Fi 71–76).

Fischart geht es nicht, wie Jobin, um die Erneuerung der Erzählung vom Ritter von Staufenberg unter dämonologischem, sondern unter didaktischem Aspekt. Die Geschichte vom Ritter Petermann soll der gebildeten patrizischen Oberschicht der spätmittelalterlichen Stadtgesellschaft als Tugendspiegel dienen.

Bernhard Schmid's Textbearbeitung

Der Organist Bernhard Schmid ist, wie sich zeigen wird, offensichtlich nicht willens, Jobins Perspektive zu übernehmen, und nicht fähig, dem Anliegen Fischarts zu entsprechen.

Schmid ist unter den drei Autoren der „Restaurator“, der das Buch in seiner Wirkung dadurch wiederherzustellen versucht, daß er es in eine zeitgemäße Sprache und in zeitgenössisches Gedankenkolorit überträgt.

Gleich zu Beginn seiner Überarbeitung ersetzt Schmid einen zentralen Begriff Egenolfs durch ein anderes Wort: aus *aventure* wird *kurtzweil* (PvSt 2; BSO 816).

Das ist eine deutliche Reduzierung des alten Bedeutungsbereiches. *Aventure* steht etymologisch in Zusammenhang mit lateinisch *evenire*, das ist das, was einem Helden *zufällt*, d.h. was ihm vorherbestimmt ist.

„Jede *aventure* ist einem Ritter vorbehalten, der allein in der Lage ist, sie zu einem glücklichen Ende zu bringen“²³.

Bei Egenolf ist diese Bedeutungsbreite noch vorhanden: *aventure* ist die gottgesandte Aufgabe, in der sich der Ritter das Heil erwirbt.

Bei Schmid wird sie zur unterhaltsamen Erzählung von ritterlichen Taten, die berichtet werden aus Sorge, daß „Dem Leser würt die zeyt sonst zlang“ (BSO 844).

Das Wort taucht bei Schmid auch später in der Erzählung nicht mehr auf. „Uns seit die ouentüre das“ (PvSt 47) wird zu „Uns thut die schrifft verkünden, daß“ (BSO 848), oder „Wie vns die geschriff saget, daß“ (BSO 1009).

Damit wird einmal deutlich, daß Schmid der Meinung ist, Egenolf habe eine schriftliche Vorlage gehabt; zum andern zeigt sich an diesen Übertragungen, daß das Wort *aventure* und das, was es bezeichnet, für Schmid nicht mehr existieren.

Auch mit dem mittelalterlichen Tugendkatalog weiß Schmid nichts mehr anzufangen. „Zuht, trüw vnd bescheidenheit“ (PvSt 5) wird zu „zucht vnd Erberkeit“ (BSO 819), „Getruwes hertze“ (PvSt 9) zu „keusches hertz“ (BSO 823), und das Wort „unfuog“ (PvSt 6) – im Mittelhochdeutschen ‚unschickliches, höfischer Gesittung widersprechendes Tun‘ – wird bei Schmid zu „unzucht vnd all üppigkeit“ (BSO 820).

Die Tugend als eine umfassende ritterliche Qualität, als gesamt menschliches Richtigsein, wird reduziert auf geschlechtliche Geordnetheit.

Dafür noch ein weiterer Beleg: Egenolf schildert den Ritter von Staufenberg, ganz im Sinne hochhöfischer Vorstellungen, als einen Mann,

„der diene gern frowen
Wo er die möchte schowen
So ward er von hertzen fro“ (PvSt 81–83).

Schmid macht daraus:

„Die Jungfrawschafft hielt er in Ehrn,
Kein vnzucht thet er nit begern,
Kein Frawenschender was auch er,
Ein frommer Herr was der Ritter“ (BSO 878–881).

Solchen Sätzen korrespondieren bei Schmid Aussagen, die erkennen lassen, daß er das Gebiet sexuellen Verhaltens in der gesellschaftlichen Realität eher für ungeordnet hält.

So sagt er über den Ritter, gleich nach erfolgter Liebeserklärung an die ‚Fraw‘:

„Fieng an vnd redt von seltzam sachen
Vnd wolt sich neher zu jr machen.
Aber die Fraw wolt gar mit nichten
Jm willfahren in vnzichten“ (BSO 1233–1236).

Vom Beilager auf der Heide ist auch bei Egenolf die Rede, aber dort ganz im Stil der „niederer Minne“, ohne jeden Anklang an Verführung und Nötigung.

Noch tiefer unter das bei Egenolf feststellbare sittliche Niveau gerät Schmid, wenn er den Knappen angesichts der Begegnung von Ritter und Dame denken läßt:

„mein Herr würt zu kempffen han,
Darzu darff er kein Kyriß han,
Wenn er nur hat ein guten spehr“ (BSO 1063–1065).

Angesichts der allgemeinen sexuellen Verrohung ist die Ehe der einzige Ort, an dem geordnete Beziehungen zwischen Mann und Frau herrschen können;

und so wundert es nicht, daß der Ritter gleich zu Beginn der Bekanntschaft der Dame erklärt:

„Wolt Gott, jr wert mein Ehlich Weib,
In Ehren dient ich ewerm leib“ (BSO 1177–1178).

Daß sie seine Ehefrau nicht geworden ist, wird dem Ritter auf dem Totenbette zur schwersten Last:

„Daß er schwerlich gesündiget het
Mit disem Weib, die er zu Bet
Vnd allenthalb gebraucht, drumb er
Mit Leib vnd Seel verloren wer,
Wann er nit gfolget vor vnd ehe
Vnd het genummen die zur Ehe“ (BSO 2479–2484).

Umgewertet erscheint bei Schmid auch der Begriff *Milte*.

Bei Egenolf bezeichnete er die *magnanimitas*, die Hochgestimmtheit in bezug auf Geld und Gut, bei Schmid wird sie zur *caritas*, zur Spendenfreudigkeit gegenüber Armen.

Egenolfs „Er lies von im nit weichen
Keinen gernden faren man“ (PvSt 64–65)

wird bei Schmid zu

„Keinen Armen ließ er nit gan,
Er müßte do sein gabe han“ (BSO 862 f.).

Damit wird der Ritter von Staufenberg bei Schmid freilich keineswegs zu einem christlichen Caritas-Heiligen, es herrschen vielmehr durchaus egozentrische Wesenszüge vor.

Dazu ein Beispiel: bei Egenolf erhält der Ritter von seiner *frouwe* Geld,

„Das er fründ vnd geselleschaft
Ouch alle machte vnnothafft
Mit der milten hende sin“ (PvSt 597–599).

Bei Schmid sagt die *Fraw* zum Ritter:

„Des guten gib ich euch so vil,
Das jr mocht brauchen zu kurtzwil.
Könd euch zierlich herausser streichen,
Nun mehr keinem Fürsten weichen“ (BSO 1483–1486).

Entsprechend steigert Schmid an mehreren Stellen die äußere Prachtentfaltung: der Ritter reitet mit zwei Knechten los statt mit einem (PvSt 201; BSO 999); zum Turnier nach Frankfurt reist er mit fünfzig Pferden (BSO 1845); als

er mit der Herzogin von Kärnten versprochen wird, erhält er nicht nur „cleineter vil“ vom König, sondern „darzu Pferdt“ (PvSt 949; BSO 2183); und er selbst verehrt „seiner Hochzeiterin . . . Viel schöner Kleinat, reiche gaab“ (BSO 2185; 2186).

In seinem Nachwort stellt Schmid noch einmal eine Art „Ritterspiegel“ auf (BSO 2601–2677):

„Hiemit ich nun trewlich erman
Den, der sich nent ein Edelman,
Das er sein stand vnd Nammen mehr,
Dardurch jhm erfolgt grosse Ehr“ (BSO 2601–2604).

Solche Ehre, fährt Schmid weiter fort, erwirbt man nicht durch äußere Prachtentfaltung, auch nicht kraft der Verdienste der Vorfahren, schon gar nicht durch ein Leben „in Geilheit vnd Füllerei, Schwelgen vnd ander Büberei“ (BSO 2115 f.), sondern vor allem durch die Tugenden Ehrbarkeit, Gerechtigkeit und Fleiß:

„Der Erbar vnd Gerechtigkeit
Nachfolge er zu aller zeit;
Sein wandel selbst fleissig erweg,
Gern Arbeit, nit sei faul vnd treg,
So gelangt er zur Tugend stel,
Die dann ist wahren Adels gsell“ (BSO 2643–2648).

In der Bearbeitung von Schmid haben sich auch die staatlichen Verhältnisse gewandelt. Vor allem der König gewinnt bei Schmid eine bedeutsamere Stellung als bei Egenolf.

Das zeigt sich schon am Ton des Gesprächs, das König und Ritter miteinander führen.

Die servilen Redensarten des Ritters bei Schmid haben bei Egenolf keine Entsprechung:

„Herr König, ewer Mayestet,
Die zeygen mir hie gnädig an,
Sachen, die ich nit darff bestahn . . .
Danck allhier, ewer Mayestat,
Der grossen gnad, die sie mir hat
Erzeigt; wa ich kan danckbar sein
Für mich vnd gantze Freundschaft mein,
In vnderthenigkeit soll es bschehen;
Da dann ewer Mayestet soll sehen
Mein gehorsamen dienst, wie mir nun
Von Rechtswegen seind schuldig zu thun.
Darumb dann ewer Mayestat
Vns Armen zu gebieten hat“ (BSO 2052–2074).

Auch die drohende fürstliche Ungnade ankündigende Antwort des Königs wäre bei Egenolf undenkbar:

„Solln jr ein solche sach abschlagen,
Ich kanß euch warlich nit vertragen“ (BSO 2079 f.).

Noch deutlicher wird die gestiegene Bedeutung des Königs bei Schmid erkennbar an seiner Dominanz in den nun folgenden Geschehnissen.

Das Verhör über die heimliche Ehe des Ritters wird bei Schmid begonnen vom König (BSO 2132–2157), dann folgen Fürsten und Grafen, zum Schluß „auch Bischoff“ (BSO 2164). Bei Egenolf dagegen wird die Prüfung ganz den geistlichen Würdenträgern überlassen.

Die Hochzeit des Staufenbergers erhält – nur bei Schmid – durch die Anwesenheit des Königs und seines Hofstaats ihren eigentlichen Glanz; der König fehlt schließlich auch in der Sterbeszene nicht.

Aus der Schilderung feudalstaatlicher Zustände durch ein Mitglied der ritterlichen Gesellschaft ist die Darstellung eines monokratisch geführten Staatswesens aus der Sicht eines „kleinen Mannes“ geworden.

Dieselbe „Gesindementalität“ äußert sich auch in der Darstellung des Festes, das der auf sein Stammschloß zurückgekehrte Ritter von Staufenberg für seine Verwandten gibt.

Bei Egenolf heißt es lapidar, die Verwandten und Freunde „die warent siner künfte fro“ (PvSt 173).

Schmid führt die Schilderung eines Festmahles ein. Dabei meint man zu spüren, wie dem Verfasser das Wasser im Munde zusammenläuft angesichts der Speisen, die der Ritter herbeitragen läßt:

„Was er nit hat, holt man zu Roß
Vnd führt es alles auff das Schloß.
Auch thet man hetzen, beissen, jagen,
Fischen vnd die Ochsen schlagen.
Die Schaf, Zücklein vnd d’Lemmer
Hiener, Cappaun muß halten her,
Kostlicher dranck vnd siesser Wein,
Daß muß alles zu gegen sein“ (BSO 929–936).

Kurze Zeit später meldet sich der Musicus in Schmid zu Wort:

„Auch ward gehört in disem Sahl
Die Instrument gantz vberal,
Als Lauten, Harpffen, Pfeiffen, Geigen,
Wann man anfieng, da thet man schweigen.
Sonderlich war auch an dem ort,

Ein herrlich Instrument gehort,
Das weit vberdraff andere spil,
Das ist das haupt, bey andern vil,
Die künstlich Laut ich loben wil,
Dann sie ists rechte Principal
Für ander Instrument zu mal.
Die andern waren darnach gestimpt,
Wie es sich dann von recht gezimpt“ (BSO 951–963).

Diese Verse erinnern an Zeile 197 ff. des Fischartschen *Vortrabs*, in denen Fischart erwähnt, daß Achilles die Kunst des Saitenspiels gepflegt habe und daß auch

„andre Helden noch vil mehr
Hatten der Seytenspil eyn Ehr (Fi 207 f.).

Schmid schließt sich dem an, gerät aber unversehens in die Erzählperspektive des ausübenden Musikers, wenn er Fragen der Stimmung der Instrumente anschneidet oder in der Zeile „Wann man anfieng, da thet man schweigen“ erkennen läßt, daß ihm der Ärger dessen, der vor einem sich unterhaltenden Publikum musizieren soll, nicht fremd ist.

Die Subordinationsbereitschaft des Organisten Bernhard Schmid kommt noch einmal in aller Deutlichkeit im letzten Abschnitt der *Histori* zum Ausdruck, wenn er sich beim Leser für die Länge seiner Ausführungen entschuldigt:

„Mit dem will ich nun beschliessen,
Sunst möchts den Leser gut verdriessen,
Das er solt so lang Sghör geben.“ (BSO 2660 f.)

Das korrespondiert mit einem Vers aus dem Eingang:

„Nun muß ich machen ein anfang,
Dem Leser würt die zeyt sonst zlang“. (BSO 843 f.)

Aus diesen Versen spricht eine tiefe Unsicherheit des Autors gegenüber der Wirkungskraft seines eigenen Werkes. Bezeichnenderweise finden sich beide Stellen am Ende theoretischer Erörterungen. Im ersten Fall geht es um einen Appell an den Adel, der „Tugendt seiner Alten“ nachzueifern, im zweiten Fall um eine allgemeine Ermahnung von „Frawen vnd Man“, ein Leben ohne „vnzucht“ zu führen.

Schmid befürchtet offensichtlich, daß seine Formulierungen nicht eindrucksvoll genug sind, um die Aufmerksamkeit des Lesers wachzuhalten. Aus diesem Grunde flüchtet er in die Faktizität des überlieferten Erzählstoffes:

„Ihr wolt mir nit vor vbel han,
Was ich hierin vor meldung gthan,
Dann sichs in Wahrheit also helt,
Wie es hievor als ist vermeldt.“ (BSO 2664 ff.)

Die drei Teile der Neuausgabe von 1588 im Vergleich

a) Bernhard Schmid geht es um die Erneuerung der „wunderlichen geschicht des Edlen Herrn Peter von Stauffenberg genant Diemringer auß der Ortenaw bey Rein.“

Wenn Fischart im *Vortrab* behauptet, der Vorlage sei nichts hinzugefügt und nichts weggenommen, sie sei „vnverruckt . . . in der summen“ (Fi 751; 754), dann ist das nicht ganz richtig: die Vorlage ist, ohne Fischarts *Vortrab* mitzurechnen, um ein Drittel erweitert worden; nicht durch die Hinzufügung neuer Episoden, sondern durch eine im ganzen breiter ausgeführte Darstellung.

Dennoch handelt es sich um eine modernisierte Neuausgabe des alten Werkes, dessen Erzählstruktur erhalten bleibt, dessen Sprache und Stil sich freilich dem Zeitgeschmack und dem geistigen Zuschnitt des bürgerlichen Bearbeiters anpassen müssen.

b) Fischarts *Vortrab*, wie die *Histori* Bernhard Schmidts in vierhebigen Reimpaaren verfaßt, leistet genau das, was Schmid zu leisten versagt war: er interpretiert die Verserzählung vom Staufenberger in 814 Zeilen als einen „rechten Adelsspiegel“ – freilich aus bürgerlich-patrizischer Sicht.

Das Werk wird von Fischart in erster Linie den „Alten Teutschen frumm“ (Fi 8), darnach erst „dem Teutschen Adel Kün“ (Fi 9) gewidmet. Ritterschaft ist ein Sonderfall christlich-städtischer Lebensform; die an dem Helden ablesbaren Tugenden sind bürgerliche Sozialtugenden.

c) Jobins Vorrede macht die *frouwe* zum Hauptgegenstand des Interesses, interpretiert sie als Larve des Teufels und stellt das Werk damit in den Rahmen seines dämonologischen Verlagsprogramms.

Der Schwierigkeit, einen in Zauber- und Hexenwesen verstrickten ritterlichen Vorfahren so darzustellen, daß die Geschichte dem adeligen Auftraggeber dennoch zum Ruhme gereichen kann, entgeht Jobin durch die theologische These, daß Gott dem Ritter von Staufenberg sein Leben „eher beschlossen“ habe, „auff daß die Seel erhalten werde, vnnd nicht weiters in versuchung käme“ (Jo 41).

Fischart übernimmt dieses Theologumenon:

„Gott strafft die seinen drumb hie geschwind,
Auff daß sie nit fortfahren in Sündt,
Auff daß sie sich nicht mehr verirren,
Thut er sie vom Weg zeitlich führen“ (Fi 627–631).

Daß die *frouwe* nur ein Köder des „bösen Feindts“ ist, bedarf für Fischart keiner Frage:

„Das zeitlich war nur ein verlocken,
Daß er darinnen solt verstocken;
Vnd durch desselben Süßigkeit
Nimmer dencken zur Ewigkeit“ (Fi 711–714).

Schmid stellt von den drei Autoren die *frouwe* am wenigsten in die Nähe der Unholde und Gespenster. Bei der Absolution kurz vor dem Tode des Ritters läßt er den Priester zum Staufenberger sagen,

„Das er schwerlich gesündigt het
Mit disem Weib, die er zu Bet
Vnd allenthalb gebraucht“ (BSO 2479–2481).

Nicht der Umgang mit einer Hexe, sondern der Status der „wilden Ehe“ wird dem Staufenberger zum Vorwurf gemacht.

Auch die Szene in Frankfurt, als der Staufenberger, da er sich weigert, die Herzogin von Kärnten zu ehelichen, seine geheime Liaison offenbaren muß, streift bei Schmid kaum die Sphäre des Dämonischen:

„Solt jr ein Geyst zum Weibe han?“ (BSO 2150)

Das ist wesentlich weniger scharf formuliert als selbst bei Egenolf:

„Der tüfel in der helle
ist üwer schlaf geselle“ (PvSt 987 f.).

d) Eine noch zu klärende Frage ist, warum Fischart, wenn ihm die Neuausgabe des ‚Peter von Staufenberg‘ ein Anliegen war, diese Bearbeitung nicht selbst leistete, sondern sie einem andern überließ.

Mangel an Interesse und an Zeit dürften es nicht gewesen sein: Fischart, der mit Melchior Widergrün offenbar gut bekannt war, hatte sich in den Sagenstoff bereits eingelesen und sich mit literarischen Querverbindungen beschäftigt. Außerdem scheute er es auch sonst nicht, Bearbeitungen vorzunehmen.

Mit Knauer²⁴ nehmen wir an, daß die antikatholische Gesinnung des Protestanten Fischart es diesem unmöglich machte, eine Dichtung zu bearbeiten, deren Held Katholik war und in dessen Leben katholisch-religiöse Anschauungen und Gepflogenheiten eine große Rolle spielten.

In seinem Prolog erwähnt Fischart die Zugehörigkeit des Helden zur katholischen Kirche nicht. Erst in dem von Schmid überarbeiteten Teil werden durchaus objektiv katholische Elemente dargestellt: daß Ritter Petermann die Jungfrau Maria verehrt, daß er nach Nußbach reitet, um eine „früe Meß“ zu hören, daß er am Ende seines Lebens beichtet und das Sakrament empfängt. Es wird vom Begräbnis und vom Trauergottesdienst, von Bischöfen, Priestern, Nonnen und Klöstern gesprochen – und das alles ohne Ironie, vielmehr objektiv und in aller Ausführlichkeit.

Fischart – so dürfen wir vermuten – wäre zu solch leidenschaftsloser Bearbeitung kaum der rechte Mann gewesen, und er wird das selbst gewußt haben.

Im „Eulenspiegel“ hatte er Spott und Hohn über Priester, über die Ohrenbeichte, über Totenmesse und Klostergründungen ausgegossen; im 6. Buch des „Amadis“ zum Beispiel „messe“ mit „Predigt“, „sainte Marie“ mit „Ach, Jesus“ übersetzt.²⁵

Wäre er auf diese Weise mit dem Staufenberger-Stoff verfahren, hätte er entweder die alte Dichtung gänzlich umgestaltet und damit verfälscht oder sie aber, satirisch verfremdet, der Lächerlichkeit preisgegeben.

Beides, denken wir, wollte er seinem Freund und Gönner Melchior Widergrün nicht antun. Darum beschränkte er sich auf den Prolog und überließ die Hauptarbeit dem Organisten Bernhard Schmid.

III. *Die Ausgaben von 1310 und 1588 als Zeugnisse verschiedener Weltsichten*

a) Die Sage vom Ritter von Staufenberg, deren älteste Spuren sich im Dämmerlicht vorliterarischer Überlieferung verlieren, kannte zwei Hauptgestalten: den Ritter und die *frouwe*.

Die Erzählung des frühen 14. Jahrhunderts konzentriert das Interesse auf den Ritter, der zum „weltlichen Legendenheiligen“ stilisiert wird, dessen Nachahmung dem adeligen Krieger Ruhm und Ehre im Diesseits und die Gnade Gottes im Jenseits bescherte.

Die Neuausgabe des späten 16. Jahrhunderts setzt den Akzent auf beide Antagonisten. Dies geschieht sowohl in der erneuerten Erzählung des Organisten Bernhard Schmid, in der der Ritter und die *frouwe* gleichermaßen Gegenstand des Interesses sind, als auch in den beiden Vorreden, von denen die eine die *frouwe* dämonisiert, die andere den Ritter zum bürgerlichen Vorbild stilisiert.

b) Die Verserzählung von 1310 ist Ausdruck eines christlich-monistischen Denkens: die vielfältige Welt der Erscheinungen wird auf ein einziges verursachendes Prinzip, auf Gott, zurückgeführt.

Gott verläßt diejenigen nicht, die sich an ihn halten (PvSt 9); er hilft vor allem den Rittern, daß sie im Kampf und im Turnier den Sieg davontragen (PvSt 76 ff.). Wer sich in einem tätigen Leben bewährt, der wirkt dadurch sein Heil vor Gott (PvSt 1152).

Getrennt werden kann der Mensch von Gott nicht durch widergöttliche Mächte, sondern nur durch eigene *missetat* (PvSt 467). Diese wiederum kann vergeben werden auf Grund ritterlichen Einsatzes und durch den Empfang der Sakramente.

In dieser monistischen Weltsicht erscheint auch die *frouwe* als ein Geschöpf Gottes. Ihre Schönheit stammt von Gott (PvSt 209), ebenso ihre Ubiquität, ihre Fähigkeit zu sein, wo sie will (PvSt 499). Sie selbst ist ganz auf Gott hin ausgerichtet und ruft ihn zum Bürgen dafür an, daß sie die Wahrheit sagt (PvSt 403).

Die einzigen, die die *frouwe* als ein Teufelsgeschöpf interpretieren, sind die Geistlichen (PvSt 972). Tadelnd kann der Verfasser sagen: „die pfaheit hat ihn überredt“ (PvSt 981).

Der Glaube an die Interpretation der *pfafheit* läßt den Ritter von Staufenberg die Warnungen der *frouwe* in den Wind schlagen und bringt ihm letzten Endes den Untergang.

Selbst angesichts seines Todes klagt der Ritter nicht etwa die *frouwe* an, sondern vielmehr seine Verwandten, die ihn zu der Hochzeit mit der Herzogin von Kärnten überredet hätten.

Die scholastische Lehre, daß die Schöpfung Hervorgang des gesamten Seins aus der universalen Ursache Gott ist, spiegelt sich in der Erzählung vom Staufenberger wider und läßt auch die *frouwe* teilhaben an der Gutheit des Seins.

c) Bernhardt Jobin, der Verleger der Neuauflage von 1588, ist einem dualistischen Weltbild verpflichtet: die Welt ist zum Kampfplatz zwischen Gott und dem Satan geworden, das „außgelaßne wütige Teuffelsheer“ droht den Menschen um sein Heil zu bringen. Dabei bedient er sich der unterschiedlichsten „larffen“: eine davon ist die *frouwe*.

Fischarts *Vortrab* spiegelt dieselbe Weltanschauung wider. Die Liaison des Staufenbergers mit der *frouwe* beweist, „daß jhm der böß Geist stellet nach“.

Auch der Organist Bernhard Schmid, obwohl von den drei Autoren am wenigsten dualistischer Weltsicht zugewandt, läßt erkennen, daß er doch nicht ganz frei von ihr ist.

Die eigentliche dämonologische Umdeutung der Erzählung geschieht jedoch in Jobins Vorrede. Die „unreinen kuppeligen Geister“ sind die Werkzeuge, durch die Satan „sein Reich der Finsterniß noch teglich pflaget zu erhalten vnd fort zu pflantzen“ (Jo 9).

Da die *frouwe* des Staufenbergers in die Reihen des Teufelsheeres gestellt wird, trifft sie die ganze Härte der Verurteilung durch den calvinistischen Autor.

Die Vorrede enthält zudem den Abriß einer Unheilsgeschichte, die als Gegenentwurf zur christlichen Heilsgeschichte erscheint.

Die Reihe der Zauberinnen und Unholdinnen beginnt mit „des Ertzvatters Noe . . . Ehefraw“ (Jo 6), führt über die Sagengestalten des Altertums (Oedipus,

Aeneas, Romulus und Remus), die klassischen Helden (Alexander, Scipio und Augustus) bis hin zu den Begründern der Geschlechter der Merowinger und derer von Kleve und Bouillon.

In der Familie des Noe, die von der Theologie der damaligen Zeit als die Ursprungsfamilie der Menschheit betrachtet wird, steht neben dem Erzvater des Heils die Erzmutter des Unheils; beide begründen je ihr Reich, das bis zur Gegenwart Bestand hat und die Welt in zwei gegensätzliche Bereiche scheidet.

In einer Studie zur Religiosität ländlicher Unterschichten des 17. bis 19. Jahrhunderts hat Hermann Hörger dargelegt, „die innere Struktur des Hexenglaubens“ bestehe „in einem vollständigen Gesellschaftssystem, das seine Autorität und Macht vom Teufel herleitet . . . und darauf abzielt, das bestehende christliche, auf Gottes Autorität und Legitimation zurückgehende Gesellschaftssystem umzukehren, es zu zerstören und eine ‚Gegengesellschaft‘ aufzubauen“²⁶.

Jobins Vorrede zeigt ein ähnliches Bild, das sich allerdings in zwei wichtigen Zügen von den aus Bayern berichteten Verhältnissen unterscheidet: erstens handelt es sich hier nicht so sehr um ein ‚Gegenreich‘, sondern um eine ‚Gegengeschichte‘, und zweitens vollzieht sich das „hexenraserische Treiben“ nicht nur in der Unterschicht, sondern auch in den oberen, ja, in den höchsten gesellschaftlichen Schichten.

Da wir davon auszugehen haben, daß die Leser der „Ernewerten Beschreibung“ Angehörige der Bürgerschaft und der patrizischen Oberschicht waren, können wir uns leicht vorstellen, welche Absicht Jobin mit seiner Vorrede verfolgte: es ging ihm darum, die Gefährdetheit der Welt so darzustellen, daß auch die Gebildeten sich als Bedrohte erkennen mußten. Gegen die List des Widersachers, so sieht es Jobin, ist niemand in der Welt gefeit, auch der Ranghöchste nicht: „Wann auß des Satans täglich vbender tausendtkünstlicher arglistigkeit vnd that / etwas stehet zuschliessen / muß man warlich bekennen / daß er wegen des Menschen Vnglauben vnnnd zagheit viel vermag / vnd darüber keine gelegenheit verschlaffet . . . damit er also einen vnd andern zu fall bringt: er kan sich doch wol gar in ein Engel des liechts verwandelen (Jo 36)“.

Das ist eine Aufforderung an die Theologen und Juristen der Zeit, grundsätzlich niemanden von der Möglichkeit, mit dem Satan Umgang zu pflegen, auszunehmen; und da man glaubte, zwischen Gut und Böse, Göttlichem und Teuflischem unterscheiden zu können und richten zu müssen, kam es zu jenen Ereignissen, die zu den beklagenswertesten der europäischen Religions- und Geistesgeschichte gehören.

Anmerkungen:

- 1 Vgl. U. Kranemann, *Der gottesfürchtige Haudegen. Ritterliche Tugenden und Erzählabsicht in ‚Peter von Staufenberg‘*. In: *Die Ortenau* 67. 1987, S. 97–123
- 2 Vgl. Eckhard Grunewald, *Peter von Staufenberg, Abbildungen zur Text- und Illustrationsgeschichte*. Litterae. Göppinger Beiträge zur Textgeschichte, hrsg. von Ulrich Müller, Franz Hundsnurscher und Cornelius Sommer, Nr. 53. Göppingen 1978
- 3 Zur Einführung in den Problembereich vgl. Elisabeth Frenzel, *Stoff- und Motivgeschichte*. In: *Reallexikon der deutschen Literaturgeschichte* Band 4. Berlin 1984, S. 213–228
- 4 Edward Schröder (Hrsg.), *Zwei altdeutsche Rittermaeren – Moriz von Craon. Peter von Staufenberg*. Berlin¹ 1894, ²1913, ³1920, ⁴1929. Paul Jäckel, *Egenolf von Staufenberg, ein Nachahmer Konrads von Würzburg*. Diss. Marburg 1898
- 5 Adolf Hauffen (Hrsg.), *Johann Fischarts Werke. Eine Auswahl. Erster Teil*. In: *Deutsche National-Litteratur*, hrsg. von Joseph Kürschner. Stuttgart o.J., 18. Band, S. XLIX f
- 6 Ebda. S. LIII
- 7 C. Wesle, Artikel *‚Egenolf von Staufenberg‘*. In: Wolfgang Stammer (Hrsg.), *Die deutsche Literatur des Mittelalters. Verfasserlexikon*. Band 1, Berlin 1933, Sp. 507–511
- 8 Otilie Dinges, *Peter von Staufenberg*. Diss. (masch.) Münster 1948, S. 34
- 9 Gustav Ehrismann, *Geschichte der deutschen Literatur bis zum Ausgang des Mittelalters*, 2. Teil, *Schlußband*. München 1935, S. 90
- 10 Alle Staufenberg-Zitate stammen aus der Textausgabe von Eckhard Grunewald, *Altdeutsche Textbibliothek* Nr. 88. Tübingen 1979. — Hier verwendetes Sigel: PvSt.
- 11 Vgl. Dissertation von P. Jäckel, Anm. 4
- 12 Vgl. C.W. Prettyman, *Peter von Staufenberg and Marie de France*. In: *Modern language notes* Vol. XXI 1906, S. 205–208. — Vgl. auch: Philippe Meinard, *Les Lais de Marie de France. Contes d’amour et d’aventure du moyen âge*. Paris 1979; Laurence Harf-Lancner, *Les fées au moyen âge. Morgane et Mélusine. La naissance des fées*. Paris 1984
- 13 Friedrich Panzer, *Merlin und Seifried de Ardemont von Albrecht von Scharfenberg*. Tübingen 1902
- 14 Max Wehrli, *Strukturen des mittelalterlichen Romans. Interpretationsprobleme*. In: Max Wehrli, *Formen mittelalterlicher Erzählung*. Zürich 1969, S. 27
- 15 Ebda.
- 16 Wehrli, a.a.O., S. 30/31
- 17 Hauffen a.a.O., S. XLVIII: — Jobins Vorrede hat Hauffen nicht abgedruckt. Der Verfasser dankt der Bayerischen Staatsbibliothek für die Überlassung eines Mikrofilms des im dortigen Besitz befindlichen Exemplars.
- 18 Stefan Janson, *Jean Bodin — Johann Fischart. De la Démonomanie des Sorciers (1580) — Vom Außgelaßnen wütigen Teuffelsheer (1581) und ihre Fallberichte*. Europäische Hochschulschriften Reihe I Band 352. Frankfurt 1980. S. 133
- 19 Die Paginierung der *‚Vorred‘* ist vom Verfasser vorgenommen worden. — Für Zitate aus Jobins *‚Vorrede‘* wird im folgenden das Sigel Jo verwendet; für Zitate aus Fischarts *‚Vortrab‘* das Sigel Fi; für Zitate aus Schmidts Bearbeitung das Sigel BSO.
- 20 Herbert Haag, *Teufelsglaube*. Tübingen 1973, S. 440
- 21 Will-Erich Peuckert, *Die große Wende. Das apokalyptische Saeculum und Luther*. 2 Bände. Darmstadt 1966, 1, 129
- 22 Peuckert a.a.O., 1, 130
- 23 *Erec et Enide. Erec und Enide*. Übersetzt und herausgegeben von Albert Gier. Stuttgart (Reclam) 1987, S. 395
- 24 Alois Knauer, *Fischarts und Bernhard Schmidts Anteil an der Dichtung ‚Peter von Staufenberg‘ 1588*. In: *Prager Deutsche Studien*, hrsg. von Gierach, Hauffen und Sauer, 31. Heft. Reichenberg 1925 (Nachdruck Hildesheim 1974)
- 25 Zitiert bei Knauer a.a.O., S. 6
- 26 Hermann Hörger, *Kirche, Dorfreligion und bäuerliche Gesellschaft. Studien zur altbayerischen Kirchengeschichte* 5. München 1978, S. 185

„Grimmelshausens Adreßbuch“ — die Bekannten des Dichters in Renchen und Gaisbach

Sabine Wagner

Im Rahmen eines von Herrn Prof. Dr. Jörg Jochen Berns aus Marburg initiierten Forschungsprojektes beschäftigte ich mich während der letzten drei Jahre mit Grimmelshausens Bekanntenkreis im weitesten Sinne, quasi mit dem Versuch, sein „Adreßbuch“ zu rekonstruieren mit dem Ziel, einen möglichst umfassenden Überblick über die Kontakte des Dichters zu gewinnen.

Anläßlich der letzten Tagung der Grimmelshausen-Gesellschaft im Juli 1987 in Marburg hatte ich bereits Gelegenheit, dieses Projekt und einige Zwischenergebnisse, wie hier am Beispiel von Grimmelshausens Bekanntenkreis während seiner Renchener und Gaisbacher Zeit, vorzustellen.

Auf der Jahresversammlung der Grimmelshausen-Gesellschaft 1972 in Renchen sprach Wolfram Mauser von der Grimmelshausen-Forschung als „*keinem Ruhmesblatt der Germanistik*“ und einem Gebiet, das „*auf Strecken stärker vom Wunsdenken beherrscht war, als von gründlicher philologischer und historischer Arbeit.*“¹

Was die Interpretation des literarischen Werkes betrifft, hat sich die Lage vor allem seit dem Grimmelshausen-Jahr 1976 entschieden gebessert. Hier verfügen wir über eine wahre Flut von Forschungsliteratur, was allerdings aufgrund einer Vielzahl unterschiedlicher spezialisierter Betrachtungsweisen stellenweise eher zum Identitätsverlust des Dichters geführt hat, statt zu einem erweiterten Gesamtbild.²

Auf die biographische Forschung jedoch bezogen, hat Mausers oben zitierte Feststellung weiterhin Gültigkeit. In der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts hat sich hier kaum Neues ergeben. Grimmelshausens Lebensweg sowie seine Lebensumstände auch im alltäglichen Bereich wurden bereits vorher weitgehend erforscht.

Hier ist vor allem zu denken an die Arbeiten Bechtolds, Scholtes, Batzers, Rupperts, Petersens und natürlich die umfangreiche Quellensammlung Gustav Könnekes, die, was das Sammeln von Fakten, Daten und Quellen anbelangt, Erstaunliches geleistet haben.³

Seither hat sich die Biographie eher zum Stiefkind der Grimmelshausenforschung entwickelt. Neue Ergebnisse wurden kaum und wenn, oft nicht von germanistischer Seite, veröffentlicht⁴; was noch immer offenkundige Lücken im bisher bekannten Lebensweg des Dichters betrifft, bleibt man weiterhin auf Spekulationen angewiesen.

Leider läßt sich auch aus dem bisher Bekannten kaum ein Bild von Grimmelshausens Persönlichkeit gewinnen. Aus Gustav Könnecks „*Quellen und Forschungen zur Lebensgeschichte Grimmelshausens*“⁵ etwa kann man zwar den beruflichen Alltag des Gaisbacher Schaffners oder Renchener Schultheißen bestens rekonstruieren, jedoch bleibt diese Person letztlich fast seelenlos. Hier scheint mit wissenschaftlichen Methoden kaum Abhilfe möglich. Grimmelshausens Schriften vermitteln einiges vom Charakter ihres Autors, diesen aber mit dem Erzähler-Ich, vor allem dem Simplicissimus, gleichzusetzen, ist ein früher häufig begangener Fehler. Die Quellen, die uns die Biographie erschließen, sind außer Kirchenbüchern ausschließlich trockenes behördliches und geschäftliches Schrifttum ohne persönliche Note.

Als ein möglicher Weg, Grimmelshausens Wesen etwas lebendiger erscheinen zu lassen, bliebe ein Blick auf seinen Bekanntenkreis. Mit wem verkehrte er in welchem Rahmen und wie intensiv?

Bislang existieren keine umfassenden Studien zu diesem Thema; es wurden weitgehend nur Personen berücksichtigt, deren Bedeutung für Grimmelshausens Lebensweg oder sein literarisches Schaffen unübersehbar ist, so die Freiherren von Schauenburg⁶, der Offenburger Regimentssekretär und Grimmelshausens Ausbilder Johannes Witsch⁷, Grimmelshausens Verleger⁸, verschiedene Familienangehörige⁹, oder Personen, die als Figurenvorlage in den Simplicianischen Schriften gedient haben könnten.¹⁰

Erstellt man eine möglichst vollständige Liste aller Personen, die Grimmelshausen im Laufe seines Lebens gekannt hat, so ist diese umfangreicher, als man zunächst vermuten würde.

Hier beschränke ich mich auf eine kleine Auswahl, nämlich seine vermutlich näheren, persönlichen Bekannten der Renchener und Gaisbacher Jahre.¹¹

Dieser Versuch, so etwas wie einen Freundeskreis Grimmelshausens zu rekonstruieren, ist schwierig und gewagt genug, daher werde ich mich lediglich an Hinweise aus den vorhandenen Quellen, hauptsächlich Kirchenbücher, Schaffnerrechnungen und behördliche Akten, halten.

Gerade diesen Abschnitt aus Grimmelshausens Leben wähle ich nicht von ungefähr und nicht nur deshalb, weil es sich um den am besten erforschten handelt. Zunächst ist es der für den Dichter offensichtlich bedeutsamste, in dem seine Schriften größtenteils entstanden und publiziert wurden. Daß aus vielen Stellen des Werkes eher die Ansichten des Schaffners und Schultheißen als die des ehemaligen Kriegsteilnehmers und Musketiers sprechen, wird heute kaum mehr bezweifelt. Weiterhin ist kaum ein Werk eines Barockautors so sehr von einer gelegentlich fast selbstironisch übersteigerten Heimatverbundenheit gekennzeichnet wie das Grimmelshausens: Als habe er seinen eigenen kleinen Lebensbereich quasi als Zentrum der Welt gestalten wollen, bildet die Ortenau

immer wieder den räumlichen Ausgangspunkt für die Handlung der kleineren Simplicianischen Schriften und den Ort, an dem die Hauptpersonen der Romane *Simplicissimus*, *Courage* und *Springinsfeld* aus den verschiedensten Himmelsrichtungen zusammenkommen.

Abgesehen davon, daß hier mit dem Posten des Schaffners bei den Freiherren von Schauenburg eine gesicherte Existenz auf ihn wartete und seine Frau aus der Gegend stammte, kann man vielleicht bereits in Grimmelshausens Entschluß, sich hier nach Kriegsende niederzulassen, eine von Sympathie mitgeprägte Entscheidung sehen. Denn die Verbindung zu seiner Heimatstadt Gelnhausen war durchaus nicht ganz abgebrochen. Dort lebte zwar niemand mehr aus seiner engsten Familie, wohl aber noch mehrere Verwandte, zudem hatte er noch ein Erbteil zu fordern.¹² Dennoch kehrte er nie dorthin zurück, sondern verbrachte den Rest seines Lebens in der Ortenau.

Bevor ich auf Grimmelshausens Bekannte zu sprechen komme, möchte ich daher noch einiges zur Charakteristik seines neuen Betätigungsfeldes und zu dem Umkreis, in dem er sich fortan zu bewegen hatte, anmerken.

Renchen und Gaisbach liegen im Gebiet des damaligen bischöflich-straßburgischen, von 1604 bis 1664 an Württemberg verpfändeten Amtes Oberkirch¹³. Dieses bestand aus den sechs Gerichten Oberkirch, Oppenau, Ulm, Kappel, Sasbach und Renchen. Aufgrund der geringen Entfernungen zwischen den einzelnen Orten und der gemeinsamen oberherrschaftlichen Verwaltung in Oberkirch bestand eine enge Verbindung untereinander, so daß man Grimmelshausens jeweiligen Wohnort nicht völlig isoliert betrachten darf.

Zu Grimmelshausens Zeit bietet das Amt Oberkirch keineswegs eine friedliche Idylle. Zunächst handelt es sich hier um ein Bauernaufstandsgebiet des 16. Jahrhunderts, das auch jetzt noch einen Unruhefaktor für seine jeweilige Obrigkeit darstellte und dessen Bewohner auch im 17. Jahrhundert noch gelegentlich zeigten, daß sie sich unliebsamen Verordnungen handgreiflich und mit Erfolg zu widersetzen vermochten.¹⁴ Dies war Grimmelshausen zweifellos bekannt, weshalb er in seiner Position kaum auf ein ruhiges Leben hoffen konnte.

Weiterhin hatte der mehrmalige Wechsel des Landesherrn durch die Verpfändung ein in der Praxis offenbar recht tolerantes Nebeneinander der Konfessionen zugeführt.¹⁵ Hierin ist sicher mit ein Grund für Grimmelshausens liberale Haltung in religiösen Dingen zu sehen.

Kennzeichnend ist aber vor allem das gewaltige Ausmaß an Verödung nach dem Dreißigjährigen Krieg. Viele Ländereien mußten neu besiedelt und überhaupt wieder in einen bebaubaren Zustand versetzt werden oder lagen länger brach. Die dadurch zunächst geringen Erträge bei gleichzeitigem Rückgang der Lebensmittelpreise durch gesunkene Bevölkerungszahlen verschärften die Lage der meist bäuerlichen Bevölkerung um so mehr, als die grund- und lan-

desherrlichen Abgaben gleichblieben und die Kosten für Dienstleistungen, wie Handwerker- und Dienstbotenlöhne, durch Arbeitskräftemangel anstiegen. Eine Folge dieser Entwicklung war die Erschütterung der alten sozialen Ordnung. Während viele freie Bauern verarmten und zu Tagelöhnern absanken, gelang andererseits Dienstboten und Abhängigen durch gute Verdienste und den allgemeinen Überfluß an freien Landparzellen der Aufstieg in die Selbständigkeit. Aber auch ohne dies lebte ein Knecht etwa als Lohnempfänger oft finanziell gesicherter als ein freier Bauer.¹⁶

Die aufgebrochenen Strukturen dieser Agrargesellschaft fanden im 17. Jahrhundert auch kaum Zeit, sich wieder völlig zu festigen, da die Ortenau bereits Ende der Sechziger Jahre wieder von den Auswirkungen des Französisch-Niederländischen Krieges betroffen war.¹⁷

In der Hierarchie dieser Ständegesellschaft nimmt Grimmelshausen stets eine Zwischenstellung ein. Durch seine Berufe steht er zwischen adliger Obrigkeit und bäuerlichen Untertanen, mit denen er gleichermaßen in Berührung kommt. Beruf, Herkunft und Bildung trennen ihn sowohl vom Adel als auch vom Bauerntum.

Gibt es auch Indizien dafür, daß er zumindest zeitweise versuchte, seine Reputation zu erhöhen — etwa die an Adlige aus seinem Umkreis gerichteten Widmungen der Idealromane oder die Wiederaufnahme des Adelsprädikats —, so finden sich jedoch auch keine eindeutigen Hinweise auf engere Kontakte zum Ortenauer Adel. War er auch als Schaffner und Schultheiß bemüht, die Interessen seiner Arbeitgeber zu wahren, so zeigt doch beispielsweise seine Rechnungsführung als schauenburgischer Schaffner oder seine Korrespondenz mit Bischof Franz Egon von Fürstenberg aus seiner Schultheißenzeit, daß man ihn keineswegs als Büttel der Obrigkeit ansehen darf, sondern daß er sehr wohl die Nöte „seiner“ Bauern berücksichtigte und sich bei Bedarf sehr engagiert für sie einsetzte.¹⁸ Allerdings identifizierte sich Grimmelshausen nie mit dem Bauerntum trotz aller Sympathie für diesen Stand, die aus seinen Schriften spricht, und obwohl er ja auch selbst Landwirtschaft betrieb. Auch dürfte allein sein Status als zins- und steuereintreibender Vertreter der Obrigkeit von seiten der Bauern für ein eher distanzierendes Verhältnis ihm gegenüber gesorgt haben.

Grimmelshausens Bekanntenkreis in der Gaisbacher Zeit

Es ist also bereits generell die Frage, in welcher Schicht Grimmelshausens freundschaftliche Kontakte gelegen haben könnten.

Doch zunächst zu Grimmelshausens Gaisbacher Zeit:

Das Gericht Gaisbach, bestehend aus Dorf und Tal Gaisbach, zählte etwa vierzig Bürger und hatte incl. Grimmelshausen zwei Wirte, jedoch keine eigene

Pfarrei. Die Bewohner waren größtenteils zinspflichtige Bauern und Halbmeier der Freiherren von Schauenburg, vereinzelt auch Handwerker und schauenburgische Bedienstete.¹⁹

Die Ausübung der herrschaftlichen Gewalt teilten sich die beiden in Gaisbach ansässigen schauenburgischen Linien, d. h. damals Grimmelshausens Arbeitgeber Hans Reinhard von Schauenburg, der sich als Amtmann von Mahlberg die meiste Zeit auf Schloß Mahlberg aufhielt, und dessen Vetter Claus von Schauenburg bzw. später dessen Sohn Philipp Hannibal.²⁰



Reinhard von Schauenburg, Obrist. Festungskommandant von Offenburg im 30jährigen Krieg, Dienstherr Grimmelshausens. Original im Ritterhausmuseum Offenburg.

Über die Biographien der Schauenburger und ihre Beziehungen zu Grimmelshausen ist seit Beginn dieses Jahrhunderts ausgiebig geforscht und publiziert worden, dies wird hier nicht mehr aufgegriffen.²¹

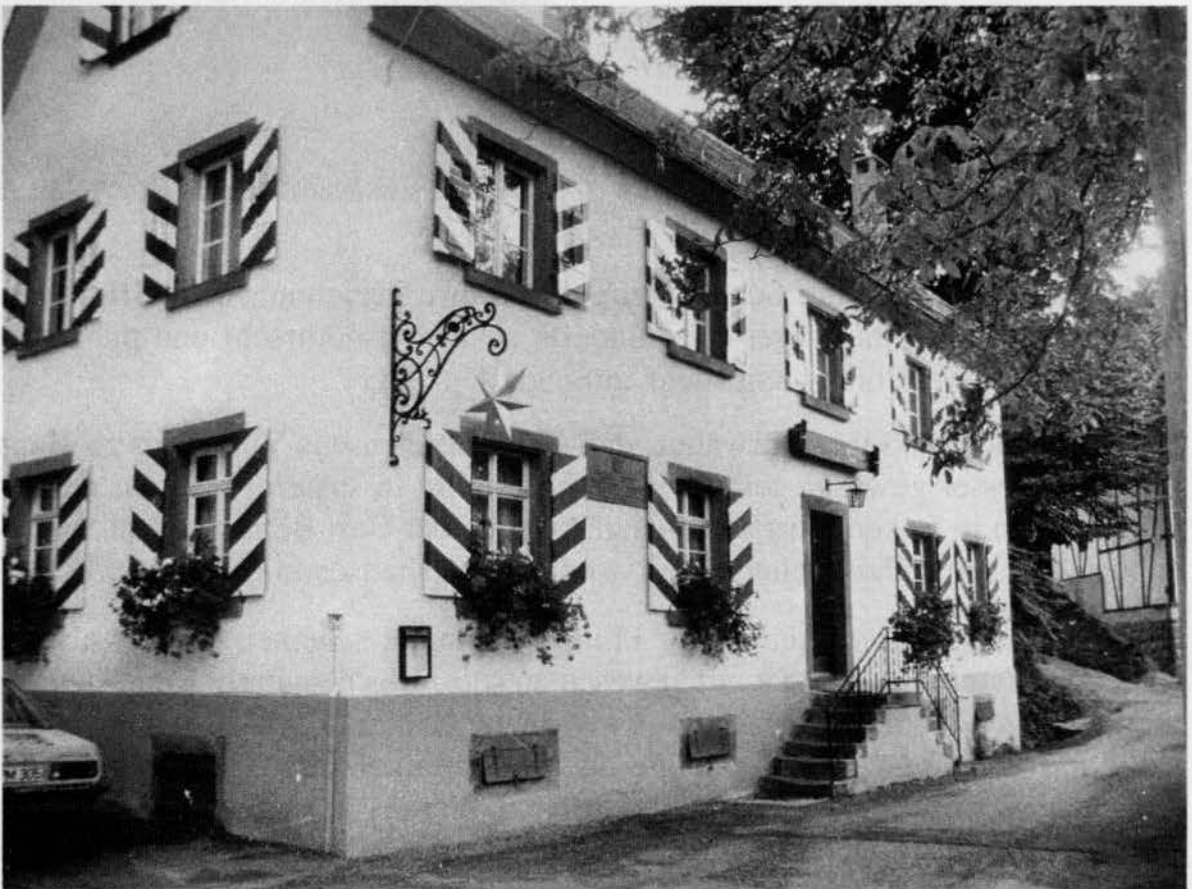
Zusammenfassend sei nur erwähnt, daß Grimmelshausens Verhältnis zu Hans Reinhard besser gewesen sein muß, als zumindest in späterer Zeit das zu seinem zweiten in Luxemburg ansässigen Arbeitgeber Carl Bernhard von Schauenburg, der seine Gaisbacher Güter von Grimmelshausen mitverwalten ließ.²²

Grimmelshausens Beziehungen zu Philipp Hannibal scheinen, anders als die zu dessen Vater Claus, recht gut gewesen zu sein, was bekanntlich auch seinen literarischen Niederschlag fand: 1669 widmete er ihm den Idealroman „*Dietwald und Amelinde*“, 1670 erfolgte die gemeinsame Herausgabe des „*Teutschen Friedensrathes*“, eines ökonomischen Werkes des verstorbenen Claus von Schauenburg. Der Standesunterschied zwischen beiden blieb dennoch stets gewahrt, auch literarisches Gönntum läßt sich eher vermuten als tatsächlich beweisen. Es findet sich kein Hinweis auf finanzielle Unterstützung

des schreibenden Schaffners durch die Schauenburger in irgendwelchen Akten, wohl aber darauf daß sämtliche Schulden und Extanzen, die Grimmels-
hausen während seiner Dienstzeit machte, vehement eingeklagt wurden.²³

Mit sämtlichen Einwohnern Gaisbachs kam Grimmelshausen als Schaffner und
Wirt ständig in Kontakt. Bereits durch die Größe des Dorfes ließ sich persönli-
che Bekanntschaft untereinander nicht vermeiden. Einige genauere Hinweise
auf engere Kontakte Grimmelshausens ergeben sich aus den Oberkircher Kir-
chenbüchern und seinen Schaffnerrechnungen.

In den Jahren 1651, 1654 und 1655 stand Grimmelshausens Frau Katharina
Patin bei Kindern des Hans Reisch, Schreiner und Hintersasse in Gaisbach.
Reisch lebte im von Hans Reinhard von Schauenburg gemieteten sogenannten
„Stegenhäusel“ und war Grimmelshausen sicherlich durch dieses Mietver-
hältnis bekannt.²⁴ Der zweite Pate an den beiden erstgenannten Taufdaten war
Grimmelshausens Nachbar Peter Glotter. Er wohnte neben dem alten Schaff-
nerhaus Philipp Hannibals, das Grimmelshausen zum Gasthaus „*Zum Silber-
nen Stern*“ umgebaut hatte, und wird in der Schaffnerrechnung für Carl
Bernhard von Schauenburg von 1649/1650 als zinspflichtig aufgeführt. Er
scheint also „lediglich“ Inhaber eines Zinsgutes gewesen zu sein, taucht aber
in den Rechnungen des öfteren als Gast bei Grimmelshausen auf.²⁵



Gasthaus zum „Silbernen Stern“, Gaisbach

Noch eine weitere Gruppe, mit der Grimmelshausen fortlaufend zu tun hatte, ist zu nennen: seine „Kollegen“, die Schaffner der anderen Grundherren, die uns aus Grimmelshausens Rechnungen fast alle namentlich bekannt sind. Dies rührt nicht zuletzt daher, daß die Sitte des gemeinsamen „Geschäftsessens“ auf Dienstreisen, und sei es nur in den nächsten Ort, bereits damals ausgiebig gepflegt wurde und man sich selbst Abrechnungen bei Grimmelshausen zuhause mit Speis' und Trank auf Kosten der Arbeitgeber gerne gemüthlicher gestaltete.²⁶

In Ulrich Bruder, dem Neuensteinischen Schaffner in Oberkirch, wohnhaft in Fernach, vermutete Gustav Könnecke den Namensgeber für den „*Ulrich Herzbruder*“ des „*Simplicissimus*“.²⁷ Andreas Braun, Schaffner Eberhards von Eltz, war Grimmelshausens Amtsvorgänger bei den Schauenburgern.²⁸

Ein besonders gutes Verhältnis scheint zwischen Grimmelshausen und dem in Oberkirch wohnenden Johann Preiner, dem Schaffner Claus' und Philipp Hannibals von Schauenburg in den Jahren 1653 bis 1665²⁹, bestanden zu haben. Obwohl beide ständig engagiert ihre jeweiligen Arbeitgeber bei deren Auseinandersetzungen um grundherrliche Angelegenheiten vertraten, zeugen ihre Abrechnungen von einem regelrecht freundschaftlichen Umgang. Beispielsweise besagt eine Abrechnung zwischen Grimmelshausen und Preiner von 1657 u. a., daß Preiner am 10. Mai mit einem Pater Joseph in Grimmelshausens Wirtschaft einkehrte, wo man zusammen Wein trank und Karten spielte, um dies hinterher in bestem Einvernehmen sozusagen über Spesen abzurechnen.³⁰ Dieser Abrechnung zufolge darf man Preiner überhaupt als Stammgast im „*Silbernen Stern*“ ansehen, ebenso das dritte Mitglied dieser „*Skatrunde*“: Pater Joseph Widenmann aus dem Kloster Allerheiligen, bis Februar 1650 Pfarrer in Oberkirch, anschließend in Oppenau, scheint mit Grimmelshausen ebenfalls befreundet gewesen zu sein, da er 1655 zur Deckung eines Rezesses Grimmelshausens bei Carl von Schauenburg die nicht geringe Summe von 110 fl vorlegte.³¹

Daß man in Schaffnerkreisen auch ansonsten „*satyrice gesinnte*“ Personen mit literarischen Neigungen findet, belegen die bischöflich-straßburgischen Hofratsprotokolle von 1671: Die jeweiligen Amtsnachfolger Preiners und Grimmelshausens, Christoph Keuffer und Johann Jakob Schreiber, mochten sich offensichtlich weniger und dichteten sich gegenseitig in Schmähchriften und Pasquillen an, die sie am Oberkircher Rathaus anzuschlagen pflegten.³²

Dem Umstand, daß Christoph Keuffer auch von Grimmelshausen nicht viel gehalten haben muß, verdanken wir den Nachweis von dessen Rothaarigkeit, da er ihn in seinen Rechnungen regelmäßig als den „*rothen Schaffner*“ titulierte.³³

Einen ergänzenden Einblick in Grimmelshausens näheren Bekanntenkreis bieten die Kirchenbücher von Oberkirch und Ulm. In den acht erhaltenen Einträ-

gen über die Taufen von in Gaisbach bzw. auf der Ullenburg geborenen Kindern³⁴ erscheinen regelmäßig fünf Personen als Paten: Jeweils einmal Maria Dorothea von Schauenburg, Tochter Hans Reinhardts, und Anna Walpurgis von Schauenburg, dessen Ehefrau, zweimal Leonhard Kuhl, Stadtschreiber von Oberkirch, viermal Georg Friedrich Haag, Wirt in Oberkirch und seit 1653 in Oppenau, und sechsmal Magdalena Goll, Frau des Oberkircher Schultheißen Abraham Goll. Diese Familie Goll war wahrscheinlich verwandt mit Grimmelshausens Amtsvorgänger in Renchen, Elias Goll. Ein Sohn Abraham Golls jedenfalls war Kanttenwirt in Straßburg und ist durch eine Kneipenschlägerei mit niemandem anders als Philipp Hannibal von Schauenburg in Oberkirch, September 1667, bekannt.³⁵

In diesem Kreis von Grimmelshausens wahrscheinlich näheren Bekannten — vielleicht ein Schreiner und ein Bauer, ein Schaffner, ein Pfarrer, ein Schreiber, ein Wirt, ein Schultheiß — finden wir also überwiegend in bezug auf ihre gesellschaftliche Stellung und Bildung mit Grimmelshausen etwa gleichrangige Personen.

Grimmelshausens Bekanntenkreis in der Renchener Zeit

Für Grimmelshausens Zeit in Renchen ergibt sich ein ähnliches Bild. Die oben erwähnten Bekanntschaften aus Gaisbach lassen sich hier nicht mehr nachverfolgen, was sich allerdings bereits daraus erklärt, daß das hier zur Verfügung stehende Quellenmaterial sich auf überwiegend behördliches Schrifttum und weniger auf Grimmelshausen selbst, als vielmehr seine Kinder betreffende Kirchenbucheinträge beschränkt. Aufgrund der geringen räumlichen Distanz dürfte es jedoch kaum Schwierigkeiten bereitet haben, den Kontakt aufrechtzuerhalten.

Renchen hatte 1666 ca. 700 Einwohner. Während des Krieges war die Bevölkerung von etwa tausend auf hundert Einwohner zusammengeschmolzen, daher handelte es sich zum großen Teil um Zugezogene verschiedener Nationalitäten, oft Protestanten aus der Schweiz, Schwaben, Salzburg, Savoyen oder den Spanischen Niederlanden.³⁶

Als Schultheiß war Grimmelshausen fürstbischöflicher Beamter, seine Aufgaben umfaßten die eines Ortsvorstehers, eines Steuereinnehmers und die der niederen Gerichtsbarkeit. Auch hier stand er also zwischen Obrigkeit und Untertanen, wobei er besonders im Zuge der Auswirkungen des Französisch-Niederländischen Krieges engagiert als Interessenvertreter der Bevölkerung gegenüber der Regierung in Zabern und dem Bischof von Straßburg selbst auftritt. Sein direkter Vorgesetzter in dieser Position war 1673 Herman Dietrich von Neuenstein.

Außer dem Schultheiß selbst bestand das wöchentlich tagende Gericht aus dem Stabhalter und zehn vom Gericht, d. h. hier den Renchenern, vorgeschlagenen



Fachwerkhaus in Renchen aus dem 18. Jahrhundert.

Aufnahme: Joh. Bürkel

und vom Obervogt bestätigten Zwölfem. Dies sind also neben den Schultheißen der anderen Gerichte des Amtes Oberkirch Grimmelshausens nächste berufliche Kontakte, unter denen sich auch engere Bekanntschaften finden lassen. Bei Grimmelshausens letztgeborenem Kind, getauft in Renchen 1669³⁷, stehen der Renchener Bürger Georg Steinrück und Eva Schlosser, Frau des Stabhalters Bernhard Schlosser, Pate. Schlosser war zusätzlich Kirchenschaffner in Renchen, er starb 1675. Ob sich allerdings die Erzählung von einem „gelehrten Stabhalter“, einem studierten Bauernsohn, aus Grimmelshausens „*Teütschem Michel*“ auf ihn bezieht, wie Bechtold annahm³⁸, mag dahingestellt bleiben.

Zwei weitere Bekanntschaften sind hier noch zu erwähnen.

Auf die Namensähnlichkeit des Bauern Christian Brandstetter, Besitzer der sogenannten Schneckenhöfe, mit Grimmelshausens Pseudonym als Verfasser des Ewigwährenden Kalenders, „*Christian Brandsteller, Stadtschreiber zu Schnackenhäusen*“, wurde wiederholt hingewiesen. Aufgrund des Namens könnte Brandstetter einer der österreichischen Einwanderer gewesen sein. Seine Frau war Katholikin, er jedoch Protestant, er starb 1673.³⁹

Aus Grimmelshausens Renchener Zeit wissen wir auch von seiner Bekanntschaft mit dem Dichter Quirin Moscherosch, Bruder des besser bekannten Johann Michael Moscherosch, und derzeit protestantischer Pfarrer in Boders-

weiter bei Kehl. Für dessen Gedichtband „*Poetisch Blumen-Paradiß*“ verfaßte Grimmelshausen 1673 das einzige von ihm bekannte Widmungsgedicht. Moscherosch erwähnt in einem Brief an Sigmund von Birken vom Januar 1674 seinen „Nachbarn“, den „*beruffenen Simplicissimus*“, „*. . . ein geringer Dorfschultes, aber ein Dauß Eß, u. homo Satyricus in folio*“, dem wegen Verunglimpfung der „*Sprachhelden*“ des Pegnesischen Blumenordens „*mit 1 parbögen (Papier) das Maul*“ zu stopfen sei.⁴⁰

Natürlich distanziert sich Moscherosch gegenüber seinem Gesellschaftsbruder von Birken von Grimmelshausens Äußerungen über die Nürnberger Sprachgesellschaft in seinem „*Teutschem Michel*“.

Neben Verärgerung spricht aus dieser Passage aber auch unverhohlen Bewunderung der literarischen und menschlichen Qualitäten des einfachen Dorfschultheißen.

Einen ergänzenden Einblick in den Umgang der Familie Grimmelshausen bieten die Heiratseinträge im Renchener Kirchenbuch. Zwar heiratet zu Grimmelshausens Lebzeiten keines seiner Kinder, da es sich aber bei seinen Schwiegertöchtern und -söhnen um Ortsansässige handelt, dürfte er sie ausnahmslos gekannt haben. Sein ältester Sohn Franz Christoph bestellte zwar 1670 in Steinheim am Main ein Aufgebot, da der Eintrag im dortigen Kirchenbuch jedoch unvollendet blieb, wurde die Trauung offensichtlich nicht vollzogen, wahrscheinlich weil das Brautpaar nicht erschien. Auch bei der Verheiratung Franz Christophs mit der Renchener Bürgerstochter Anna Margarethe Hoff am 12. August 1680 in Renchen wird keine frühere Ehe erwähnt.⁴¹

Von Grimmelshausens Töchtern heirateten 1679 Maria Magdalena den Kronenwirt Michael Weiß und in zweiter Ehe 1713 den Schwanenwirt Jacob Buz; Anna Maria 1693 den Sägemüller Franz Städele; Maria Walpurgis 1684 den Bärenwirt und Schultheißen Jacob Behrle und 1700 in zweiter Ehe Nikolaus Schedtel.⁴²

Belegt ist die Bekanntschaft Grimmelshausens mit zweien seiner Schwiegersöhne: Michael Weiß, Kronenwirt und Gerichtszwölfer in den Neunziger Jahren, wird 1670 mit ihm zusammen anlässlich eines Grenzbeganges als Zeuge genannt.⁴³

Häufig kam der Schultheiß in Kontakt mit der Familie Behrle. Im April 1668 verfaßte Grimmelshausen einen Vergleich zwischen dem damaligen Kronenwirt Jacob Behrle und seinen Söhnen Johann und Jacob sowie seinem Schwiegersohn Adam Hübner, in dem die väterliche Erbmasse aufgeteilt wurde.⁴⁴

1670 verurteilte er die Brüder Behrle und den Adlerwirt Georg Werner zu je einer Geldstrafe wegen unerlaubtem Weinausschank.⁴⁵

Bereits 1668 war Johann Behrle wegen Ehebruchs mit seiner Köchin aktenkundig geworden, ein Jahr darauf wiederholte der Obervogt die Anklage wegen

Ehebruchs mit seiner Magd. Behrle ergriff zunächst die Flucht, kehrte aber zurück, stellte sich und zahlte 400 fl Buße.⁴⁶

Ein Enkel Johann Behrles, der Metzger Franz Behrle, heiratete 1717 Grimmelshausens Enkelin Jacobäa.

Auch Grimmelshausens späterer Schwiegersohn Jacob Behrle tat sich zwischen 1672 und 1673 dadurch hervor, daß ihn die Regierung in Zabern viermal wegen „unehelicher Beiwohnung“ mit Christina, der Frau des Metzgers Hundt, verurteilte.⁴⁷ In Anbetracht seiner späteren Ämter schien dies aber seinen Ruf bei der Obrigkeit nicht ruiniert zu haben. Auch sein Verhältnis zum Metzger Hundt blieb nicht nachhaltig getrübt, da dieser später als Pate von Kindern Behrles und Maria Walpurgis' auftritt.⁴⁸

Fassen wir nochmals zusammen: Soweit man über den gesellschaftlichen Umgang der Familie Grimmelshausens informiert ist, lassen sich keine aufsteigerischen Tendenzen erkennen. Seine Schwiegersöhne sind ein Sägemüller und drei Wirte, zwei davon Gerichtszwölfer, einer Schultheiß. Auch als Trauzeugen oder Paten erscheinen neben Zwölfern Metzger, Chirurgen, Maler, Schaffner, weniger „reine“ Bauern.⁴⁹ Man bewegt sich hauptsächlich in der eher halb bäuerlichen Schicht, auf der Ebene der „Dorfprominenz“. Was Grimmelshausen selbst betrifft, so mag man sicher darüber streiten, ob er als Schriftsteller durch seine gesellschaftliche Position isoliert gewesen sei, als Mensch war er es sicherlich nicht. Zum einen ist er zu dieser Zeit in dieser Gegend als Zugezogener und hinsichtlich seiner Standeszugehörigkeit nicht festgelegter Neuling keineswegs eine Ausnahme. Zum anderen ist die Einsamkeit des „Mannes zwischen den Ständen“ für ihn schon deshalb nicht in dem Maße gegeben, weil es deren in seinem Umfeld genügend andere gibt. Obwohl Grimmelshausen sich der bäuerlichen Schicht nicht fernhielt, lagen seine persönlichen Bekanntschaften wohl gerade in dieser zwischenständischen lesefähigen Dorfbevölkerung von mitunter relativer Ehrbarkeit. Ebenso ist nicht auszuschließen, daß sich in diesen Kreisen literarisch interessierte Personen befanden.

Daß der Mensch Grimmelshausen sich in diesem Umfeld sogar recht wohl gefühlt haben muß, ergibt sich nicht nur aus den in seinen Schaffnerrechnungen aufgeführten mit anderen zusammen getrunkenen Maß Wein. Doch auch der Dichter entzog sich dem keineswegs, wie man aus der Behandlung seiner Lebenswelt in seinen Schriften ersehen kann. Schließlich stand die Realität, die sich in seinem Bekanntenkreis bot, weder an burlesken Szenen noch an Konflikten Grimmelshausens Werk wenig nach.

Anmerkungen

- 1 Wolfram Mauser, Grimmelshausen und der Oberrhein. In: Die Ortenau 53/1973, S. 52
- 2 Hierzu vgl. Conrad Wiedemann, Zur Schreibsituation Grimmelshausens. In: Daphnis 5/1976, S. 707f
- 3 Im einzelnen Anmerkungen im Text
- 4 Etwa: Heinrich Bott/Julius Frey, Die Familie Grimmelshausen in Gelnhausen. In: Hessische Familienkunde 1, 1948/51, Sp. 145—148 und 185—194
Johannes Koltermann, Kaspar Christoph von Grimmelshausen, der Oheim des Dichters Grimmelshausen und seine Hanauer Welt. In: Neues Magazin für Hanauische Geschichte 2, 1951/54, S. 1—19
H. Bott, Neues zur Familiengeschichte des Dichters Johann Jacob Christoffel von Grimmelshausen. In: Hanauer Geschichtsblätter 24/1973, S. 141—148
Blake Lee Spahr, Archives of the Pegnesischer Blumenorden. Berkeley/L.A. 1960 (Brief Quirin Moscheroschs an Sigmund von Birken, Jan. 1674, über Grimmelshausen, S. 51f.). — Sibylle Penkert, Dreihundert Jahre danach: Unbekannte Grimmelshausen-Handschriften. In: Jahrbuch der Deutschen Schillergesellschaft 17/1973, S. 3—20
- 5 2 Bde, Weimar und Leipzig 1926/28
- 6 Jan Hendrik Scholte, Die Ortenau und Grimmelshausen. In: Die Ortenau 3/1912, S. 104—113
Ernst Batzer, Johann Reinhard von Schauenburg d.J. In: Die Ortenau 1/2, 1910/11, S. 103—114
Zuletzt Peter Heßelmann, Grimmelshausen — „gesellschaftlich alleingelassen“? Auf den Spuren seiner Gönner und Leser im 17. Jahrhundert. In: Simpliciana VIII, 1986, S. 51—70
- 7 Könnecke, s. Anm. 5, Bd. I, S. 339ff
Johannes Alt, Grimmelshausen und der Simplicissimus, München 1936, S. 68ff. — Willi Heining, Die Bildung Grimmelshausens, Bonn, Diss. 1962, S. 35f
- 8 Manfred Koschlig, Grimmelshausen und seine Verleger. Leipzig 1939
- 9 Neben den einschlägigen Kapiteln bei Könnecke, s. Anm. 5, Bd. I und Arthur Bechtold, Johann Jacob Christoph von Grimmelshausen und seine Zeit, München 1919, s. etwa:
Arthur Bechtold, Grimmelshausen-Einträge in den Kirchenbüchern von Oberkirch und Renchen. In: Die Ortenau 1/2, 1910/11, S. 115—128
ders., Grimmelshausen und seine Ernennung zum Renchener Schultheißen. In: Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins 66, 1912, S. 149—152
ders., Nachträge zur Familiengeschichte J. J. Chr. von Grimmelshausens. In: Die Ortenau 3/1912, S. 91—103
S. a. Anm. 4
- 10 Könnecke, s. Anm. 5, Bd. I, S. 150ff
An neueren Arbeiten:
Günther Weydt, Die Sterbeurkunde des Magisters Simplicius in Offenburg. In: Simpliciana VI/VII, 1985, S. 225. — Wolfram Stolz, Sein Held war nicht erfunden, Grimmelshausen und Springinsfeld. Freiburg 1985. — Vgl. Gottfried Wiedemer, Die historische und dichterische Gestalt Springinsfeld im Dreißigjährigen Krieg. In: Simpliciana VI/VII, 1985, S. 225
- 11 Leider gibt es für die beiden Jahre auf der Ullenburg wenig Anhaltspunkte, weshalb ich hier nicht darauf eingehe. Was Grimmelshausens Arbeitgeber, Dr. Johannes Küffer, betrifft, verweise ich auf Könnecke, s. Anm. 5, Bd. II, S. 168ff und Bechtold, J. J. Chr. von Grimmelshausen, s. Anm. 9, S. 106ff
- 12 Hierzu vgl. Bott/Frey, s. Anm. 4, Sp. 187ff;
Könnecke, s. Anm. 5, Bd. I, S. 113ff
- 13 Manfred Eimer, Das bischöfliche Amt Oberkirch unter württembergischer Pfandherrschaft. In: Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins NF 42, 1923, S. 132—146 und NF 43, 1930, S. 610—639
- 14 Ebd., S. 624f, 626f, 629, 633
S. a. Hans Dieter Gebauer, Grimmelshausens Bauerndarstellung. Marburg 1977, S. 138ff.

Zum Verhalten der Ortenauer im Französisch-Niederländischen Krieg und Grimmelshausens Rolle dabei vgl. Bechtold, J.J. Chr. von Grimmelshausen, s. Anm. 9, S. 168ff: So reagierten „dasigen Amts Untertanen wegen des entstandenen Kriegs lermens . . . wann sie nicht sollten sicher sein können . . .“ mit der Weigerung, Steuern zu zahlen. Ebd., S. 173

- 15 Württemberg hatte sich zwar bei der Verpfändung verpflichtet, die Untertanen bei der Katholischen Konfession zu belassen und die öffentliche Ausübung des Protestantismus nicht zu gestatten, förderte jedoch während des Krieges und in der Nachkriegszeit die Ansiedlung von Protestanten. S. Eimer, s. Anm. 13, S. 135; Bechtold, J.J. Chr. von Grimmelshausen, s. Anm. 9, S. 165
- 16 Gebauer, s. Anm. 14, S. 145ff, 165ff
- 17 Ebd., S. 257ff
- 18 Ebd., S. 352ff. Vgl. Penkert, s. Anm. 4
- 19 Könnecke, s. Anm. 5, Bd. II, S. 5, 178, 385
- 20 Ebd., Bd. II, S. 5f
- 21 S. Anm. 6
- 22 Vgl. Könnecke, s. Anm. 5, B. II, S. 135ff. Ob man von Grimmelshausen genau verrechnete Dienstleistungen, wie Verköstigung Carls bei seinen Aufenthalten in Gaisbach (Schaffnerrechnungen 1655/56, S. 22; Martini 1654/55, S. 22/23, 1659/60, S. 29) als Zeichen einer engen Beziehung werten darf, scheint mir fraglich (ebd., S. 8), zumal ein Teil dieser Belege aus einer Zeit datiert, für die Könnecke aufgrund „fast kleinlicher“ Revisionen der Rechnungen durch Carl eine Verschlechterung des Verhältnisses annimmt (ebd., S. 11)
- 23 Ebd. Bd. I, S. 125ff, 137, 142
- 24 Bechtold, Grimmelshausen-Einträge, s. Anm. 9, S. 117
Schaffnerrechnung 1659/60, bei Könnecke, s. Anm. 5, Bd. II, S. 291
- 25 In: ebd., Bd. II., S. 263ff. (Rechnung 1649/50)
S. a. Jan Hendrik Scholte, Probleme der Grimmelshausenforschung, Groningen 1912, S. 237
- 26 So zu ersehen aus den Rechnungseinträgen Grimmelshausens und Preiners, s. Könnecke, s. Anm. 5, Bd. II, S. 34, Anm. 2—5
- 27 Ebd., Bd. I, S. 151
- 28 S. Anm. 26. Die von Schauenburg und von Eltz hatten gemeinschaftliche Zehntrechte im Dorf Urloffen, vgl. Könnecke, s. Anm. 5, Bd. II, S. 31ff
- 29 Ebd. S. 48
- 30 „Abrechnung zwischen Herrn Schaffnern im Gaispach und mir Anno 1657“, zit. nach Könnecke, S. Anm. 5, Bd. II, S. 145f. Das Kartenspiel wurde auf die Rechnung gesetzt, nachträglich aber wieder gestrichen
- 31 Vgl. ebd., Bd. II, S. 137, Anm. 2
- 32 Archives Strasbourg, Protokolle 1667—1674, G 6358—6361
- 33 Könnecke, s. Anm. 5, Bd. I, S. 126f
- 34 Es handelt sich um die Taufeinträge von Grimmelshausens Kindern:
 1. Franz Christoph, get. 3. 5. 1650,
 2. Anna Dorothea, get. 4. 2. 1652,
 3. Maria Magdalena, get. 26. 5. 1653,
 4. Maria Dorothea, get. 16. 1. 1654, (s. Könnecke, ebd., Bd. I, S. 391),
 5. Johannes Friedrich, get. 19. 12. 1654,
 6. Karl Otto, get. 1. 3. 1659,
 7. Johannes, get. 17. 2. 1667, publiziert von Bechtold, Grimmelshausen-Einträge, s. Anm. 9, S. 116f,
 8. Anna Maria, get. 2. 11. 1663 in Ulm, veröffentlicht von Bechtold, Nachträge, s. Anm. 9, S. 95In diese Zeit fällt wahrscheinlich auch die Geburt von Grimmelshausens Tochter Maria Walpurgis, ein Eintrag über ihre Taufe existiert allerdings nicht. Nach Könnecke, s. o., Anm. 2, waren ihre Paten Leonhard Kuhl, Magdalena Goll und Anna Walpurgis von Schauenburg. Obwohl der Vorname für diese Annahme spricht, berücksichtige ich dies nicht, da Könnecke keine Belege anführt

- 35 Zur Familie Goll vgl. Bechtold, J. J. Chr. von Grimmelshausen, s. Anm. 9, S. 138, und Rudolf Behrle, Hans Jakob Christoph von Grimmelshausen, Bühl/Baden 1971, S. 29f
- 36 Bechtold, ebd., S. 118
- 37 Grimmelshausens Tochter Maria Franziska, get. 14. 4. 1669, s. Bechtold, Grimmelshausen-Einträge, s. Anm. 9, S. 117
- 38 Ebd., S. 117f
- 39 Bechtold, J. J. Chr. v. Grimmelshausen, s. Anm. 9, S. 164f
- 40 Zit. nach Spahr, s. Anm. 4
- 41 Vgl. Bott, s. Anm. 4, S. 141ff
- 42 Vgl. Könnecke, s. Anm. 5, Bd I, S. 385ff
- 43 Akten zum Grenzbezug des Bannes Renchen, 13. 10. — 12. 12. 1670. GLA Karlsruhe, 66/6764
- 44 Vgl. Bechtold, J. J. Chr. v. Grimmelshausen, s. Anm. 9, S. 210
- 45 Könnecke, S. Anm. 5, Bd. II, S. 188
- 46 Bechtold, J. J. Chr. v. Grimmelshausen, s. Anm. 9, S. 212f
- 47 Ebd., S. 213ff., Könnecke, s. Anm. 5, Bd. II, S. 192
- 48 Bechtold, Grimmelshausen-Einträge, s. Anm. 9, S. 127
- 49 Ebd., S. 123ff

Die Arbeit ist der Vortrag, den die Verfasserin am 26. 9. 1987 in Renchen auf der Renchener Kulturtagung gehalten hat. Verbindlichen Dank Herrn Bürgermeister Brodbeck, der die Druckerlaubnis für die „Ortenau“ gab

Rilkes Aufenthalte in Rippoldsau 1909 und 1913¹

„Über Straßburg hierher zu den alten Heilquellen . . .“

Adolf Schmid

Paul Valéry schrieb dem toten Freund als Nachruf: „Teurer Rilke! . . . Ich sah in ihm, ich liebte in ihm den zartesten und geisterfülltesten Menschen dieser Welt, den Menschen, der am meisten heimgesucht war von all den wunderbaren Ängsten und allen Geheimnissen des Geistes . . .“² Valéry machte sich so überzeugend zum Wortführer für viele. Aber die Kritiker Rilkes waren auch nicht zurückhaltend. Bert Brecht tat z. B. fast gleichzeitig kund: „. . . Das sind ja wieder diese stillen, feinen, verträumten Menschen, empfindsamer Teil einer verbrauchten Bourgeoisie, mit der ich nichts zu tun haben will.“³ – Rilke war und bleibt wohl umstritten. Dies wird immer deutlicher in der Flut der Essays und Erinnerungsbücher, in munterer Mischung von Bericht und Legende, zu Rilkes Leben. Zwiespältig ist sicher auch, wie über Form und Gestalt der Rilkeschen Sprache geurteilt wird. Da wird geschrieben von „narkotisierenden Reimen“ (R. Exner), von Sprachmagie, von Formenspielereien „an der Grenze des Erträglichen“⁴ oder übertrieben „bis zur Manier“. Da werden auch Rilke-Texte in Kitschsammlungen als beispielhaft minderwertig vorgestellt.⁵ Andere schwärmen freilich für Lieder, die eben nur wenigen ihr Geheimnis anvertrauen, die nur schwer zugänglich sind, oft „an der Grenze des nicht mehr Sagbaren“ (J. Storck), rätselhaft – wie z. B. des Dichters eigener Grabpruch: „Rose, oh reiner Widerspruch, Lust, niemandes Schlaf zu sein unter soviel Lidern“ – wohl eines der schwierigsten unter schwierigen „letzten Worten“.

Ein „widerspruchsvolles Werk“, wenn man auch die heutige internationale Forschung betrachtet und das Interesse an Rainer Maria Rilke, dem einzigen deutschsprachigen Lyriker zwischen Heinrich Heine und Bertold Brecht, der weltweite Geltung erlangt hat. Widersprüchlich und umstritten ist er, eben doch wohl Repräsentant einer Epoche des gesellschaftlichen Umbruchs. – Aber hier in diesem Text wollen wir nicht literaturhistorisch vorgehen und auch nicht politisch werten, sondern „nur“ die Beziehungen Rilkes zur alemannischen Region etwas verdeutlichen.

Jugend im Prag der Donaumonarchie

Am 4. Dezember 1875 ist Rilke in Prag geboren, in der Heinrichsgasse 19, wenige Meter entfernt von der St.-Heinrichskirche, wo er auf den Namen René Karl Wilhelm Johann Maria getauft wurde. In Prag also, der Stadt, die in der letzten Phase der Donaumonarchie so viele künstlerisch-sensible und hoch-

begabte Menschen auf ganz unterschiedliche Lebenswege entlassen hat. Der Vater Rilkes war Eisenbahnbeamter, stammte aus einem deutsch-böhmischen Bauerngeschlecht; die Mutter verkörperte, was „gut bürgerlich“ war im „goldenen Prag“ der k. u. k. Zeit. Die gesellschaftlichen Wunschträume konnte ihr Ehemann als „verhinderter Offizier“ nicht realisieren; die Ehe wurde denn auch zur Mesalliance. Für den Sohn bot die Familie ein betont „deutschtümliches“ Milieu; René sympathisierte als Jugendlicher aber durchaus auch noch mit seiner tschechischen Umwelt. Die Tatsache, daß René schließlich zu Rainer wurde (unter dem Einfluß von Lou Salomé, der 14 Jahre älteren Freundin), ist später nicht nur als Germanisierung des Namens, sondern als Programm einer Neugeburt zu verstehen.

Es dürfte wenig große Dichter geben, deren erste Produkte so schülerhaft ausfielen wie bei Rilke. Um so faszinierender freilich, wie sich von Jugend an der Formenschatz sammelte, verstärkte, aus vielen Quellen gespeist wurde und sich zu unvergleichlicher Schönheit und Vollendung wandelte. Welches Ringen dies voraussetzte, hat Rilke selbst meisterhaft skizziert in seinen „Briefen an einen jungen Dichter“⁶. Rilkes erster großer Erfolg wurde „Die Weise von Liebe und Tod des Cornets Christoph Rilke“, geschrieben in einer Septemhernacht des Jahres 1899 (erste Fassung) in einer Prosa, die bis ins allerletzte Detail hinein stilisiert und exaltiert ist, angereichert von raffinierten Rhythmen und Reimen, mit ganz einfachem Inhalt: Der junge Soldat findet nach einer Liebesnacht auf einem Schloß in Feindesland die letzte Erfüllung seines Lebens, indem er für seine Fahne stirbt. Zehn bis fünfzehn Jahre später (1906 erst erschien der „Cornet“ im Druck) hat die deutsche Jugend diese „Kriegslektüre“ mit Begeisterung gelesen, weil in dieser Dichtung in unerhörter Weise die Stimmung schlaffer Müdigkeit verbunden war mit dem Pathos der heroischen Sehnsucht nach Heldentum und Kraft.

In Straßburg – erste Veröffentlichung Rilkes

Aber das erste selbständige Werk des jungen Rilke war schon 1894 erschienen – und zwar in Straßburg, im deutschen Elsaß. „Leben und Lieder, Bilder und Tagebuchblätter“ hatte René Maria Rilke einer jungen Dame, Valerie von David-Rhonfeld, gewidmet und drucken lassen bei Georg Ludwig Kattentidt (1862 – 1931 (?)), der nach einem Studium in Zürich und journalistischer Praxis bei der Frankfurter Zeitung⁷ 1892 in Straßburg den „Jung-Deutschland-Verlag“ gegründet hatte. 1894 brachte er im 1. Jahrgang von „Jung-Deutschlands-Musenalmanach“ u.a. auch Beiträge von Rilke: „Lautenlieder I – IV“. Der Herausgeber dieser „Halbmonatszeitschrift für Dichtkunst, Kritik und modernes Leben“ hatte seinen Betrieb in der „rue des bouchers“, in der Metzgerstraße. Rilke wurde sein eifrigster Mitarbeiter, bis 1897⁸. Ende August 1894 reiste der 19jährige selbst nach Straßburg, um „seinen“ Verleger zu besuchen⁹, und im Herbst desselben Jahres erschien dann sein eben genanntes

Büchlein im „Jung-Deutschland-Verlag“ in Straßburg. Noch am 24. Dezember 1894 schrieb Rilke hoffnungsvoll an Kattentidt: „Der Vertrieb von ‚Leben und Lieder‘ geht sicher gut vonstatten.“¹⁰ Später hat sich Rilke von diesem Erstling, der ihm immerhin auch 50 Mark Honorar einbrachte, klar distanziert; die Jahre der Zusammenarbeit mit dem Straßburger Verleger nannte er bisweilen auch scherzhaft seine „Katzenzeit“. Zunächst aber war er doch froh, hier akzeptiert zu werden, etwas unternehmen zu können. Im Januar 1896 übernahm Rilke z. B. in eigener Verantwortung die Redaktion einer Sondernummer „Jung-Deutschland und Jung-Österreich“ bei Kattentidt trotz seiner zumindest „ambivalenten“ Einstellung (J. R. Salis) zu Österreich. Aber aus Mangel an Abonnenten wurde aus dem Unternehmen keine Serie. Dennoch ließ Rilke im „Lexikon der deutschen Dichter und Prosaisten des 19. Jahrhunderts“ (Leipzig, 1896) inserieren: „Rilke, René Maria Caesar (sic!) . . . gegenwärtig Schriftleiter von Jung-Deutschland und Jung-Österreich“. – Es gab bald einige „Mißverständnisse“ zwischen Kattentidt und Rilke, der u. a. Bitten um Korrekturen zurückwies mit der Feststellung: „Was künstlerisch gut ist, ist auch sittlich gut“ (Brief vom 19. 1. 1896).

So hatte also Rilke, vom Osten des deutschen Sprachraums bzw. Kulturraums kommend, in Straßburg den alemannischen Südwesten des Deutschen Reiches kennengelernt. Daß dabei auch eine Rolle gespielt haben kann, daß Vorfahren von Rilkes Mutter Sophie aus dem Elsaß nach Prag eingewandert waren¹¹, soll zumindest eine Erwähnung wert sein, macht vielleicht manches verständlicher.

Rilke kam damals in ein Straßburg, das – wie man heute bisweilen liest – zwischen 1870 und 1918 „das deutsche Intermezzo“ durchlebte. Rilke hatte viele Talente, politisch war er möglicherweise wohl nicht besonders begabt und interessiert. Aber er war begeistert vom Wunderwerk der gotischen Kathedrale. Und gerade weil er „von Hause aus,“ gut gebildet, auf Reisen ging, war er auch offen für den besonderen Geist der Kultur am Oberrhein, entwickelte er ein Gespür für die historische Entwicklung und die aktuellpolitische Situation. Er sah die vielen inneren, natürlichen Zusammenhänge über den Rheinfluß hinweg, er erlebte aber auch den mächtigen Einfluß französischer Kultur, wurde in Straßburg sicher nicht „allen welschen Wesens bar und ledig“ (Goethe hätte sich gewiß anders ausgedrückt, hätte er geahnt, wie seine Worte später als Waffen und Argumente eingesetzt wurden!), ohne freilich die alten Wechselbeziehungen über den Strom hinweg sachlich und kritisch ganz zu erfassen. – Wir kommen auf Straßburg wieder zurück.

In Paris – eine „Galeere“

1896–1902: München, Berlin, Italien, Prag, eine erste große Reise nach Rußland und 1900 gleich eine zweite, 1901/02 Westerwede/Worpswede und die Heirat mit Clara Westhoff, 1902 die Übersiedlung nach Paris: Rilke reiste in

jenen Jahren durch die ganze europäische Kulturlandschaft, lernte viele Menschen kennen, suchte bestimmte Bekanntschaften. 1900 hatte z. B. die große Pariser Ausstellung die Apotheose der künstlerischen Laufbahn von Auguste Rodin (1840–1917) gebracht; 1902 organisierte einer von Rodins Mitarbeitern, Joseph Maratka, in Prag ein kleines Rodin-Fest. Rilke spürte: Mit Rodin begann etwas unerhört Neues in der Bildhauerei, und in seiner jungenhaften, offenen Art schrieb er am 28. Juni 1902 nach Paris: „... ich habe begonnen, in der Serie der neuen deutschen Kunstmonographien, die Professor Muther herausgibt, den Band zu schreiben, der Ihrem Werk gewidmet ist...“¹² Rilke erbat einige Werkphotos und zusätzliche Informationen; die Prager Ausstellung habe er leider nicht gesehen, dennoch habe sie ihn angeregt, dieses Rodin-Buch zu schreiben. – Dahinter steckte vielleicht noch die – mehrfach geäußerte – Absicht, bei Richard Muther (1860–1909), dem Kunsthistoriker an der Universität Breslau, zu promovieren. Auf alle Fälle hatte Rilke schon einmal angefangen, Französisch zu lernen bzw. zu perfektionieren in der Bremer Berlitz-School bei Mme Meuris.

Rilke war zielbewußt. Am 28. August 1902 traf er in Paris ein, am 1. September schrieb er in sein Tagebuch: „Gestern, Montag nachmittag 3 Uhr, war ich zuerst bei Rodin. Atelier, rue de l’université 182 ... Er ließ die Arbeit im Stich, bot mir einen Sessel an, und wir sprachen. Er war gut und mild. Und mir war, als kennte ich ihn schon immer...“. Rilke wurde Rodins Sekretär, vor allem aber erlebte er ihn bei seiner Arbeit, spürte bei ihm, daß künstlerisches Schaffen vor allem ernste Mühe ist, die sich der Künstler ständig abringen muß, Tag für Tag: „Il faut travailler toujours“. In der Zeit bei Rodin wurde Rilke erwachsen. Rilke schmiedete bald seine Worte und Verse, wie der geniale Bildhauer sein Material bearbeitete. Und Rilke bekannte ganz offen: „Wenn ich sagen soll, von wem ich etwas über das Wesen des Schaffens, über seine Tiefe und Ewigkeit erfuhr, so sind es nur zwei Namen, die ich nennen kann: den Jacobsens, des großen, großen Dichters, und den Auguste Rodins, des Bildhauers, der seinesgleichen nicht hat unter allen Künstlern, die heute leben...“¹³

Neben Rodin also Jens Peter Jacobsen (1847–1885): Seit 1904 arbeitete Rilke in Paris an den „Erinnerungsskizzen“ eines jungen dänischen Dichters, der als „moderner Hiob“ in der französischen Hauptstadt lebt und dort schließlich sehr jung – 28 Jahre alt – stirbt. Rilkes „Aufzeichnungen des Malte Laurids Brigge“ sind Texte, die sich der inzwischen 30jährige selbst von der Seele schreiben mußte; er spürte, daß dieses Werk für ihn zur „Wasserscheide“ seines Lebens werden sollte, und er litt darunter. Die Großstadt Paris wurde für ihn immer mehr zum existentiellen Problem, und „der Malte“ wollte einfach nicht gelingen: „Diese Stadt ist sehr groß und bis an den Rand voller Traurigkeit ... eine Galeere“, in der „Malte“ zugrunde geht. Rilke „überlebte“ zwar, aber er war „im Innersten ratlos...“.

Rilkes erster Besuch in Bad Rippoldsau (1909)

Zur großen Stadt Paris suchte der Dichter für einige Zeit ein Gegengewicht, gegen die körperliche und seelische Depression, gegen die tiefgreifende Lustlosigkeit und Mattigkeit. Rilke reiste viel in jenen Jahren, aber Ruhe fand er nirgends. Viele Entwürfe blieben Stückwerk, das sommerheiße Paris wurde unerträglich, lähmte. Und hier nun die überraschende Wende: sich „blindlings entschließend“ (mehrfach hat Rilke so formuliert in seinen Briefen!) fuhr er von Paris aus zur Kur nach Bad Rippoldsau, ganz gezielt, um „dort etwas Erneuerung und physischen Mut“ zu suchen; er kam „über Straßburg hierher . . . zu den alten Heilquellen . . .“. Bis zum 16. September blieb er im Kurbad in diesem von weiten Wäldern eingerahmten Tal, das für Rilke rasch zum „verlässlichen Kurtal“ wurde.

Rilke ist mit seinen 33 Jahren damals nicht mehr gerade ein N.N., aber sicher auch noch lange nicht der bekannte Erfolgsautor. Publikum hat er freilich sowieso nicht gesucht. Rilke war sein Leben lang gerne auf Spaziergängen durch Wälder unterwegs; bekannt ist auch seine Vorliebe, auf taufrischen Wiesen barfuß zu laufen. Für beide Vergnügen bot das Rippoldsauer Kurtal sicher viele Möglichkeiten; der Kenner weiß es sowieso, daß diese Landschaft im Herzen des Schwarzwaldes jeden Vergleich aushält, und für die gute ärztliche Versorgung wurde sicher immer alles nur Mögliche getan. Aber dies kann allein doch noch nicht den Ausschlag gegeben haben, daß Rilke von Paris aus so direkt nach Rippoldsau reiste, mit der Etappe Straßburg.

Hierzu sind sicher noch einige Informationen von Interesse über historisch gewachsene Verbindungen.

Straßburg und Bad Rippoldsau

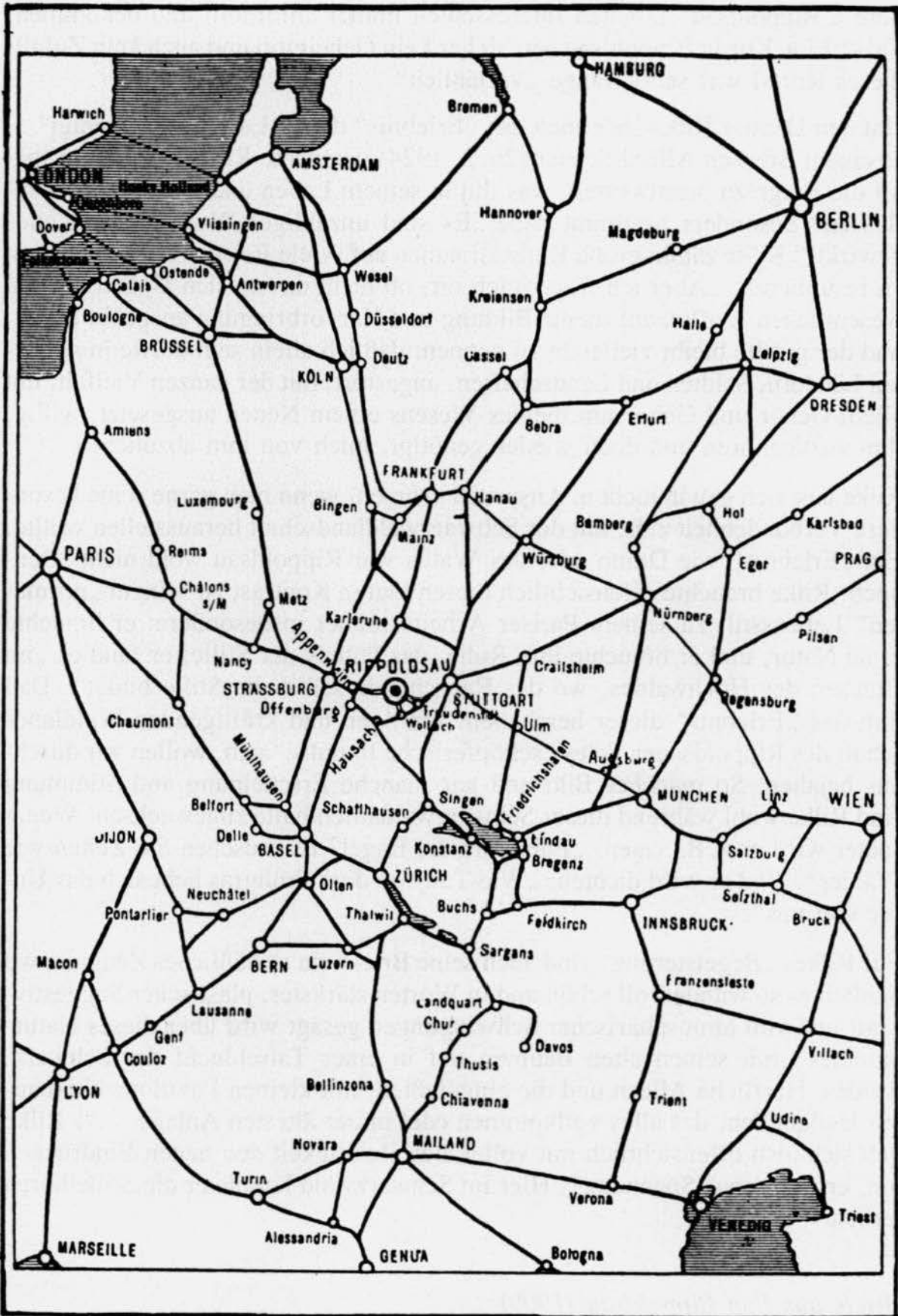
Die ersten uns bekannten Analysen des Rippoldsauer Heilwassers stammen vom Straßburger Arzt Dr. Ulrich Geiger aus dem Jahre 1577; als erste uns bekannte Badeschrift erschienen sie 1591 im Druck. 1590 lieferte ein anderer Straßburger Mediziner, Dr. Wogesser, ebenfalls ein Gutachten; nach ihm waren es noch viele elsässische Balneologen, die sich um das Schwarzwaldbad wissenschaftliche Verdienste erworben haben. Bei Andreas Dollhopff in Straßburg kamen im 17. Jahrhundert mehrere Führer zu dem „Edlen und vortrefflichen Ruppoltzawer Sauerbronnen“ zum Druck. Besonders zu nennen wegen ihrer Gründlichkeit und ihres Umfangs ist noch eine lateinisch verfaßte Doktorarbeit aus der Straßburger Universität: *Dissertatio medica sistens historiam & analysin fontis Rippolsaviensis*“ des Dr. med. Johannes Boecler, eines gebürtigen Straßburgers, aus dem Jahre 1762. – „Badereisen“ gehörten ja seit dem 15. Jahrhundert „dazu“; in Ehekontrakten ließen sich „Frauenzimmer“ gerne die Zusicherung eines jährlichen Badebesuches geben. Und so viele Kurbäder gab's damals natürlich nicht. Rippoldsau verfügte spätestens seit

1490 über ein großes „badhuß“¹⁴, und in der Mitte des 16. Jahrhunderts rühmte ein Straßburger Gast: „Die Gemach in dieser herberg seint gar ungleich, eines heller und luftiger weder dz ander . . .“ Im „New Wasserschatz“ (1584) des Dr. Jakob Theodor aus Bergzabern („Tabernae montanus“) wurde ausführlich geschrieben von Rippoldsau und seiner „Herberg von zweyen Gebäuwen und guten Gemachen, da man ziemlich wol underkommen kan/auch mit guter Schnabelweide versehen wirdt . . .“.

Auch Straßburger Pächter des Fürstenbergischen Kniebisbades sind bekannt, so Franz Wengler (von 1773 bis 1777), der Vorgänger von Xaver Goeringer¹⁵ aus Bühl/Bd., in dessen Familienbesitz das Traditionsbad schließlich kam (N.B.: Die Fürstenberger stellten i.ü. auch Straßburger Bischöfe!). Nach 1789 kamen viele elsässische Flüchtlinge auch nach Rippoldsau; dort starb z. B. 1796 Chevalier de Pithienville, der frühere Straßburger Stadtkommandant. Im ganzen 19. Jahrhundert weisen die Gästelisten aus, daß unter den Rippoldsauer „Curanten“ oft bis zu einem Drittel Franzosen/Elsässer waren, darunter auch Vertreter der höchsten Aristokratie, des französischen Königs- bzw. Kaiserhauses. Als 1830 das große Werk des Dr. W. A. Rehmann erschienen war über „Rippoldsau und seine Heilquellen in historisch-geographischer, natur- und heilkundiger Beziehung“, dauerte es nur wenige Jahre, bis das Buch auch in Straßburg erschien, bei Silbermann, auf französisch.

Man möchte fast sagen: Von Straßburg aus nach Rippoldsau zur Kur zu gehen und dort ganz nebenbei eines der schönsten Landschaftserlebnisse des Schwarzwaldes zu haben, war relativ normal. Auch für Rilke. Er kam also sicher nicht der Alliteration wegen nach Rippoldsau. Dieser Badeort war den Straßburgern bestens bekannt, und in Straßburg muß sich Rilke informiert haben, auch über den Rippoldsauer Badearzt Martinus van Oordt und seine Heilmethoden. Wenn sich Rilke um 1900 Prospekte, alte Ansichten, aktuelle Postkarten u.ä. von Rippoldsau aus schicken ließ, dann war dies alles zu einem großen Teil in Straßburg gedruckt. Vielleicht hat Rilke auch das Buch von Charles Lallemand über die „Badischen Landleute“ (Les Paysans Badois)¹⁶ gesehen: Dort war den Rippoldsauern ein großartiges Denkmal gesetzt worden für ihre Tüchtigkeit und die Geschicklichkeit, mit der sie seit Generationen die harte Arbeit in diesem Waldgebiet gemeistert und wie sie z. B. ihr Holz auf dem Wasserweg transportiert haben, dem Markt zu, den Käufern zu. Und wer war Hauptabnehmer, jahrhundertlang? — Die Stadt Straßburg¹⁷.

Dann mußte also Rilke von Straßburg aus nur noch den schnellsten Weg finden ins Bad Rippoldsau. Den wies aber u. a. der beste Reiseführer jener Zeit: Adolphe Joanne, Les Bords du Rhin Illustrés. Auf fast 800 Seiten wurden die wichtigsten Verkehrsverbindungen in Mitteleuropa vorgestellt. Die 15. Route war z. B. die Verbindung zwischen Straßburg und Stuttgart, und gleich als Route 16 folgte: „De Strasbourg à Rippoldsau“ (S. 274 — 276). — Eine „carte rou-



Routenkarte nach Rippoldsau

tière à Rippoldsau“ konnten Interessenten immer anfordern und bekommen. Fazit: Eine Kur in Rippoldsau war sicher kein Geheimtip und auch kein Zufall; dieses Kurtal war schon lange „verlässlich“.

Hat den Dichter Rilke aber auch das „Erlebnis“ dieser Landschaft geprägt? – In einem Brief an Alfred Schaer (26. 2. 1924) versuchte Rilke viele Jahre später die Frage zu beantworten, was ihn in seinem Leben und Denken an „Einflüssen“ besonders bestimmt habe: „Es sind unzählige! Was hat nicht alles gewirkt!“ Rilke zählte große Künstlernamen auf, viele Reisen, Paris, um dann zu resümieren: „Aber ich frage mich oft, ob nicht das an sich Unbetonte den wesentlichen Einfluß auf meine Bildung und Hervorbringung ausgeübt hat . . . und der größte bleibt vielleicht zu nennen: daß ich allein sein durfte in so vielen Ländern, Städten und Landschaften, ungestört, mit der ganzen Vielfalt, mit allem Gehör und Gehorsam meines Wesens einem Neuen ausgesetzt, willig, ihm zuzugehören und doch wieder genötigt, mich von ihm abzuheben . . .“

Rilke läßt sich gewiß nicht in Anspruch nehmen, wenn man gerne seine besondere Verbundenheit z. B. mit der Schwarzwaldlandschaft herausstellen wollte. Ein „Erlebnis“ wie Duino oder das Wallis war Rippoldsau wohl nicht. Dennoch: Rilke brauchte offensichtlich diesen klaren Kontrast zu seinem „normalen“ Lebensstil, zu seinem Pariser Arbeitszimmer insbesondere; er brauchte reine Natur, und er brauchte ihre Ruhe, das Pathos der Stille; er fand es „im Brausen des Hochwaldes, wo das Rauschende selbst die Stille bildet“. Daß ihm das „Erlebnis“ dieser herrlichen, kräftigen und kräftigenden Waldlandschaft des Rippoldsauer Tales „schöpferische Impulse“ gab, wollen wir durchaus bejahen: So manches Bild und gar manche Erscheinung und Stimmung sind Rilke wohl während dieser Schwarzwaldaufenthalte zugewachsen. Wenig später wird er z. B. sagen: „Fühlst du die Engel? Es rauschen die Zeiten wie Wälder“. Und er wird dichten: „Wie Tau von dem Frühgras hebt sich das Unser von uns“.

Für Rilkes „Begeisterung“ sind auch seine Briefe ein verlässliches Zeugnis, wo Schlichtes so wundervoll schön und in Worten stärkster, plastischer Suggestivkraft und voll atmosphärischer Schwingungen gesagt wird über dieses Naturparadies „mit seinen alten Bäumen tief in einer Talschlucht des Schwarzwaldes. Herrliche Alleen und die eingefaßten, mit kleinen Pavillons überbauten Heilquellen, das alles vollkommen edel in der ältesten Anlage . . .“. Rilke gab sich also offensichtlich mit voller Bereitwilligkeit den neuen Eindrücken hin, erfuhr „neue Spannung“. Hier im Schwarzwald konnte er die Stille hören lernen.

Briefe aus Bad Rippoldsau (1909)

Natürlich ist es hier nicht möglich, alle Briefe abzudrucken oder auch nur aufzulisten, die Rilke im Sommer 1909 in Bad Rippoldsau geschrieben hat.¹⁸

Aber es ist leicht und reizvoll, in diesen Mitteilungen an seine vielen Freunde in ganz Europa diesen Kuraufenthalt ein Stück weit nachzuerleben. An Mathilde Vollmoeller schrieb er z. B.: „Ich habe vor, nur in den Wäldern herumzulaufen zwischen den kühlen Blaubeeren, solange bis sich ein wenig Muth in mir niederschlägt . . .“. Der „schönen Baronesse“ Sidonie Nádherný von Borutin gab er eine Lagebeschreibung des Bades: „. . . es liegt mit seinen, theils altmodischen Häusern um die leisen Heilquellen, und die Waldhügel kommen von allen Seiten so nah, daß es nie größer werden konnte. Auf halber Waldhöhe nun liegt, überschauend, ein ganz neues Gästehaus, für mein Bedürfnis fast zu heuerisch und neustylig („Sommerberg“); aber bequem, sonnig und so, daß man ohne jemanden zu kennen und zu grüßen darin sich leben lassen kann . . .“. Für Manon zu Solms hatte Rilke die Botschaft, „daß ich vor vier Tagen durch Ihr schönes Straßburg kam; mir ist, als hätte es mir deutlich und eindringlich Grüße an Sie eingegeben, die ich nicht veruntreuen darf . . .“. Auch mit seinem Verleger Kippenberg korrespondierte Rilke, um ihn zu informieren, daß er, sich „blindlings entschließend“, in Rippoldsau zur Kur sei. Vor allem aber fehlte nicht der Hinweis: „Der Arzt rät mir, ein paar Kurtage zuzugeben . . .“. Und Kippenberg verstand, überwies Geld nach Rippoldsau und freute sich, daß ihm Rilke zurückschrieb: „Ich habe während zwei Jahren keine ländlichen Sommertage gehabt . . ., so daß mich in diesen vielen Wäldern alles rührt, erstaunt und freut. Die Sonne glänzt schöner in die dunklen Fichtenwege hinein, als ich noch wußte, und die Lichtungen sind frei und durchgewärmt. Das Glückliche sind aber alle die lauterer Quellen; kaum bleibt eine zurück, so rauscht schon die nächste rein ins Gehör . . .“.

Am 17. September 1909 war Rilke wieder – über Colmar! – auf dem Weg nach Paris, schrieb dann im Herbst u.a. an Lou Andreas-Salomé: „. . . Fichtennadel-Luftbäder, gute Ernährung, vorzüglich aber die einfache Fichtenluft selbst und der Klang und die Kühle lauterer Quellen von allen Hängen; das war ein starker Wechsel, der wirken sollte . . .“. Immer wieder rühmte Rilke den Schwarzwald gegenüber Freunden, und in den folgenden Jahren äußerte er mehrfach die Absicht, die Rippoldsauer Kur zu wiederholen . . ., weit weg von seinem Arbeitszimmer „mit dem ganzen ungeheuren Paris rundherum“ (so an Frau von Nostitz).

Die zweite Rippoldsauer Kur (6. Juni – 8. Juli 1913)

Den Sommer 1913, die letzte „alteuropäische“ Sommersaison, erlebte Rilke noch einmal im Rippoldsauer Kurtal und seinen weiten, sonnendurchfluteten Wäldern. Auch diesen Aufenthalt erleben wir wieder mit in seinen Briefen, die natürlich den Schreiber charakterisieren, die aber auch alle ganz individuell abgestimmt sind auf den jeweiligen Empfänger, die Alltägliches ansprechen, die oft aber auch Grundfragen menschlicher Existenz aufwerfen: „Ich gehöre zu den Menschen, den altmodischen, die den Brief noch für ein Mittel des Um-

gangs halten, der schönsten und ergiebigsten eines“, schrieb Rilke selbst an eine junge Frau. Im Sommer 1913 war die Liste der Adressaten wieder sehr lang¹⁹. Rilke schrieb z. B. an die Malerin Erika von Scheel: „Die Wälder sind weit und voll innigen Innenraums, auf die rechne ich am meisten, mehr als auf allen Kurbetrieb; da kommt reinsten Einfluß durch alle Poren ins Herz . . .“ Besonders bedacht wurde natürlich wieder der Verleger, Anton Kippenberg: „. . . Ich freue mich übrigens, wie richtig ich meine Wahl geleistet habe: Ripoldsau ist ganz so altmodisch in seiner äußeren Art, wie ich es vor vier Jahren kannte, dabei in seinen Kuranwendungen nicht verspätet . . . von einer innozenten Kurmusik abgesehen, die ihre Aufheiterungen dreimal täglich in die um so unendlich viel heitere Natur hinaus verschwendet, ist die Stille, die die Wälder von allen Seiten in das verlässliche Kurtal hinein atmen, unbeschreiblich, über alles Maß, über die Maßen. Und man geht nur ein paar Schritte den nächsten tannichten Weg hinein, und schon bekehrt sich das Herz zu der vertraulichsten Größe . . .“

„Ich ging blindlings fort . . . bin unvermuthet, unvorbereitet, mir selber zur Überraschung eines Abends nach Straßburg gefahren und von Straßburg die paar Stunden herüber in dieses etwas altmodische Bad mitten in den fürstbergischen Wäldern . . . ich überließ mich hier mit oft geschlossenen Augen den reinen überwiegenden Umgebungen . . .“ (aus einem Brief an Helene von Nostitz).

„Kurbeihilfen“ sind wohl selten zarter angefordert worden: „Wenn ich mit so viel rechnen könnte, dürfte ich auch ein paar Wagenfahrten durch die Wälder unternehmen, eine Neigung von mir, die mir aus meiner Kindheit her nachgeht und zu der hier manche Verlockung ist, da man, der Tradition nach, noch gute Wagen und Wagenpferde hat und das Auto auf diesen inneren Waldwegen noch keine so ausschließliche Rolle spielt; nicht nur muß man keines benutzen, es wird einem auch erspart ihrer vielen zu begegnen . . .“ Rilke bekam von Kippenberg Geld und Goethe-Bände, und er schrieb dankbar zurück: „. . . Ich bin nun versehen, komme was mag . . . Der erste schöne kühl bewegte Morgen nach Regentagen: auf einer hoch gelegenen Bank neben Blumen, Waldwiesen und Fichtenhöhen gegenüber las ich die wundervollen Worte wieder, ich weiß nicht, ob Sprache je weiter gegangen ist: hier gibt sich alles und nimmt sich wieder zurück, genau wie im Brausen des Hochwaldes, wo das Rauschende selbst die Stille bildet . . . Ich staune, staune. Es ist wie auf fließendes Wasser geschrieben, wie im Traum hingesprochen, aber dieses Wasser ist ewig, und das Wachsein ist eine kleine Stelle in diesem Traum . . .“ Besonders dankbar war Rilke für die Übersendung des „Pandora“-Textes; die Bank, auf der er dieses „Festspiel“ von Goethe gleich dreimal hintereinander las, nannte er liebevoll seine „Pandora-Bank“.

Auch an die Verlegersgattin, Katharina Kippenberg, schrieb Rilke Briefe: „. . . Sie kennen diese multiple Müdigkeit erster Kurtage in der Luft großer



Rilke auf seiner „Pandora-Bank“

Wälder; im Geiste glänzt bisweilen die reinste Beziehung auf, aber alles, was sie ausdrücken könnte, sagt ab, weigert sich, behauptet vegetativ beschäftigt zu sein, ist wie nicht da. Die Hand, die schreiben soll, ist nichts als ein Stück vom großen Ausruhn, als das der Körper sich hingibt an die tätigen Einflüsse . . . blühend von Müdigkeit . . .“ Rilke genöß die Einsamkeit wie eine Heilung, alle Formen der Animation und organisierte Lustbarkeiten waren ihm zuwider.

Rilke über Scheffel: „Scheffel hat Spuren hinterlassen . . .“

Rilke mußte natürlich erleben, daß das Kurpublikum in jener Sommersaison mit seiner Person und mit seiner Lyrik kaum vertraut war. Um so lauter tat es seine Begeisterung für J. V. von Scheffel kund²⁰. Und was wir bei Rilke sonst nicht kennen: er reagierte mit grimmigem Humor. In einem Brief an Marie von Thurn und Taxis vom 20. Juni 1913 rühmte er zunächst überschwenglich den Schwarzwald, „alle die Wälder hier herum, herrliche Wälder . . .“, um dann plötzlich zuzuschlagen: „Aber das lächerlichste Publikum, und Scheffel hat hier Spuren hinterlassen, die peinlich sind, ist offenbar hier zu Kräften gekommen und hat sofort fürchterlich gereimt. Es gibt eine ‚Scheffelbank‘ und . . . mein Licht steht unter ihr und qualmt. . .“.

Diese gallige „Kollegenschelte“, diesen Spott über Scheffel und seine „Gemeinde“ mag man köstlich finden. Ganz offensichtlich hat Scheffels anhaltender Erfolg den Kurgast Rilke doch sehr gestachelt; denn so abfällig sind seine Urteile selten. Hat die Gleichgültigkeit des Kurpublikums ihm gegenüber ihn vielleicht doch gekränkt? – Uns soll es hier gewiß nicht um ein wertendes Gegenüberstellen gehen. Aber es steht fest: Die Beziehungen zwischen Scheffel und Rippoldsau waren gut fundiert: 1841, gerade 15jährig, war Scheffel erstmalig in diesem Badeort gewesen, er liebte dort die Abwechslung, auch manche geräuschvolle Aktivitäten, berichtete selbst Lustiges aus „Augia Rippoldi“, versuchte sich poetisch über Rippoldsaus alte Badgeschichte, vor allem: „Ich bin dem Heilquell ganz innig attachiert“. Auf eine Rehabilitierung war Scheffel – er war 1913 seit 27 Jahren tot! – gewiß nicht angewiesen in Rippoldsau; seine Freunde hätten aber Rilkes Kritik wohl als selbstgefällig und eifersüchtig abgetan. – Noch 1922, am 29. Oktober in Muzot, sagte Rilke mit Bitterkeit und Ironie – und dies zeigt, wie heftig dieses Scheffel-Erlebnis von 1913 war: „Das dichterische Ideal der Deutschen war damals der Trompeter von Säckingen . . .“ Rilke – Scheffel: Der Unterschied der künstlerischen Maximen ist in der Tat überdeutlich.

Hedwig Bernhard und die „Freudigkeit der Rippoldsauer Tage“

Der eben beschriebene Seitenhieb auf Scheffel und das „Scheffelhörige“ Publikum wurde von Rilke sicher dem Postgeheimnis anvertraut, und er tat gut daran. Er suchte ja in Rippoldsau seine Ruhe, er hat sich zum Teil direkt isoliert. Aber so ganz gemeinschaftswidrig hat er sich wohl doch nicht verhalten, wie wir wieder aus etlichen seiner Briefe entnehmen können. Und daran hatte einen wesentlichen Anteil die junge Berliner Schauspielerin Hedwig Bernhard, die in jenen Wochen gleichzeitig wie Rilke in der „Villa Sommerberg“ zur Kur weilte. Hedwig Bernhard – sie war in jenem Sommer 25 Jahre alt – führte ihr „Rippoldsauer Tagebuch“; am 28. Juni 1913 schrieb sie: „ . . . mein Gemüt ist erfüllt von dem Wesen eines neuen mir so köstlichen Menschen. – Rainer Maria Rilke, der Dichter ist hier, und die Stunden, die ich an seiner Seite verlebe, sind mir ein Erlebnis von seltener Schönheit, die mich über die wachen Nächte oder Morgen, wo Angst und Not und Grübelsucht mich lähmen, herausheben. – Des nachmittags u. abends gehe ich vor dem Hôtel auf der Terrasse mit ihm auf und nieder oder einen kurzen hohen Waldweg entlang wie gestern abend, u. er spricht mir von sich, seinem Leben, seinem festen Glauben an Gott. Noch öfter von seinen vielen Reisen, – von Spanien – Toledo –, das er sehr liebt, von Rußland, von Dänemark u. einem kleinen Schloß in Holstein. Oder von Italien, wo er Jahre verlebte, in Venedig, Capri, Duino, wo er lange einsam in einem alten Schloß von Freunden gewohnt. Seine Stimme ist weich und melodisch, er spricht die Worte wie Melodien, die italienischen Namen erhalten einen Zauber ohnegleichen in seinem Munde. Er ist zart



Rilke in Grafenbach (Rippoldsau)

und schwächling von Gestalt, aber ich glaube, sein Sinn ist fest und stark, seine Stirne hoch und fein, die Augen zwei große klare blaue Seen, und keine Falte, weder hier noch dort in seinem Antlitz. Ich habe ihn für einen Jüngling gehalten, und siehe da, er sagt mir gestern, daß er 38 Jahre ist, ein Weib und 12jähriges Mädchen besitzt . . .“²¹

Auch für Rilke ist in jenem Sommer die Freundschaft mit Hedwig Bernhard sehr bedeutsam gewesen. Er hatte in dieser jungen Frau einen guten Zuhörer und einen glücklichen Partner. Man kann es sich vorstellen, wie der Dichter und die junge Schauspielerin in gleich gestimmter Zuneigung und Verbundenheit ihre Rippoldsauer Tage verbrachten – sicher ganz Rilkes Einsamkeitsbedürfnis entsprechend und doch in beglückendem Austausch und Miteinander, in gemeinsamer Verzauberung durch die Natur. In Hedwig Bernhard fand Rilke im Sommer 1913 die freudige Partnerin von lebhaftester Empfänglichkeit, die sich geborgen fühlte in Gemeinsamkeit und Einklang, die sich verzaubern ließ im abendlichen Gespräch durch seinen sonoren Bariton, durch seine aus-



Rilke in Rippoldsau; Aufnahme von Hedwig Bernhardt

drucksvollen, fayence-blauen Augen, durch die ganze Kraft seiner Person. Hedwig Bernhardt genöß dies alles in jenem Sommer. Und Rilke erlebte sehr bewußt die „Freudigkeit der Rippoldsauer Tage“. Er fand bei dieser jungen Frau, die so gerne seine Zurückgezogenheit teilte, sicher mehr als nur die Chance, sich vom Unterhaltungsprogramm des Kurbetriebs zu distanzieren. Wie sehr Rilke diese Begegnung beschäftigte, zeigen seine Briefe in den folgenden Monaten.

Hedwig Bernhardt mußte am 5. Juli 1913, also vor Rilke, abreisen. Am Abend zuvor schenkte er ihr u.a. „Das Buch der Bilder“ und das „Stundenbuch“ und schrieb dazu diese beiden Widmungsverse:



Villa Sommerberg, 1908 erbaut

Wohnhaus-Hôtel wiedergefunden und bin – wie damals – entzückt von der Lage und vornehmen Gestaltung und dem Stil des Hauses . . .“

Das Schicksal Hedwig Bernhards endete im Chaos der NS-Zeit, sie war Jüdin und wurde Opfer der „Endlösung“ in der dunkelsten Epoche unserer deutschen Geschichte. Seit dem 17. August 1938 hatte sie – wie alle anderen jüdischen Frauen – zu ihrem bürgerlichen Namen „Sara“ hinzuzufügen, und was am 20. Januar 1942 in der berühmten „Wannsee-Konferenz“ auf Vorschlag Heydrichs zur Vernichtung der Juden beschlossen wurde, vollzog sich an ihr in Auschwitz Ende Februar 1943: Hedwig Bernhard, am 23. 7. 1888 in Berlin geboren, wurde am 26. 2. 1943 mit dem ‚Transport 30 RSHA Juden aus Berlin‘, ins KZ Auschwitz verschleppt, insgesamt waren es 156 Männer und 106 Frauen. Nach der Ankunft am 27. Februar wurden Männer und Frauen getrennt, einige von ihnen gleich in die Gaskammern geschickt. Möglicherweise ist Hedwig Bernhard so bereits am 27. 2. 1943 ums Leben gekommen²⁴.

Geblichen sind ihre Briefe und die prächtigen Photos, die sie in jenem Sommer von Rilke gemacht hat. Sie wurden auch von ihm immer wieder gelobt, vielfach nachbestellt. Auf einem Doppelbild sind Hedwig Bernhard und Rilke zu sehen, beim Abschied am Bahnhof (vermutlich Hausach?), aufgenommen von einer uns leider unbekanntem „Martha“, aber leider auch kaum brauchbar, schade! Auffallend ganz gewiß: das lange Kleid und der riesige, federnbeladene Hut; so war’s halt Mode.²⁵

Neuer Plan eines Kuraufenthalts in Rippoldsau (1921)

Mit dem Ausbruch des Weltkrieges kam Rilke in einen Zustand der „Verschüttung“, er verstummte, erstarrte in einer Wüste des „Nicht-begreifenkönnens“. Im Juni 1919 vollzog er – mit einem tschechoslowakischen Paß! – seinen „Ausbruch“ aus Deutschland, fuhr zu einer Vortragsreise in die Schweiz – und blieb dort: „Jetzt merke ich doch die Heimatlosigkeit des Österreichers“ (Salis). Auch in der Schweiz war zunächst sein Aufenthalt nicht ganz so einfach. So schrieb Rilke am 22. 5. 1921 an eine Freundin: „... nun sind die allerletzten Ressourcen des immer noch in der Schweizbleibens aufgebraucht.“²⁶ In dieser mißlichen Lage dachte er schon noch an eine Rückkehr nach Deutschland: der Fürst von Fürstenberg hatte ihm eine Wohnung auf Schloß Wartenberg angeboten. Rilke selbst schrieb in eigener Initiative aber nach Rippoldsau – „für ein paar Wochen gut und rätlich“ –, um sich nach einem Quartier zu erkundigen. Die Rückantwort vom 19. Mai 1921 war wohl ehrlich, aber nicht gerade ermutigend:

„Sehr geehrter Herr!

Den Empfang Ihres geschätzten Schreibens vom 17. ds. bestätigen wir hiermit bestens dankend und freuen uns, von Ihnen wieder nach längerer Zeit zu hören. – Einliegend übersenden wir Ihnen unsere allgemeine Offerte zu Ihrer Orientierung und bemerken wir schon heute, daß wir sehr wohl in der Lage sind, Sie in unserer Villa Sommerberg, in der Sie szt. so gut aufgehoben waren, unterbringen zu können. Wollen Sie uns bitte mitteilen, wann wir mit Ihrem geschätzten Besuche rechnen dürfen und was wir Ihnen an Zimmern zur Verfügung stellen sollen. Sie dürfen versichert sein, daß wir alles aufbieten werden, um Ihnen einen angenehmen und erfolgreichen Kuraufenthalt in Bad Rippoldsau zu bereiten.

Ihrer gefl. Rückäußerung sind wir gewärtig und zeichnen, indem wir uns Ihnen, sehr geehrter Herr Rilke, bestens empfehlen, mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung! – Bad Rippoldsau A.-G. Arthur Egen.“

Beigelegt waren allgemeine Informationen, dabei der Hinweis: „Für die Dauer des Kuraufenthaltes wollen sowohl im Interesse des Gastes als auch des Betriebes die Reisbrotmarken mitgebracht werden!“ – Es war wohl diese Bitte, die dem inzwischen schon zwei Jahre in der Schweiz lebenden Rilke die Nachkriegsverhältnisse in Deutschland wieder ganz bewußt machte.

Rilke kam nicht mehr in den Schwarzwald, blieb in der Schweiz, erinnerte sich freilich auch später noch gesprächsweise und in Briefen an den „verlässlichen Kurort“ Rippoldsau, verständlich bei seiner echten „Neigung für traditionelle alte Bade-Orte“.

Letzter Besuch in Straßburg

Rilke blieb in der Schweiz, fern von den Turbulenzen der deutschen Politik. Nur nach Paris mußte er noch einmal, im Frühjahr 1921, und dann noch ein

letztes Mal 1925. Es war wie eine Erfüllung und Vollendung. Aus der Vielfalt der Ereignisse während dieser Frankreichreise 1925 greifen wir noch zwei Themen heraus und berichten von einer amüsanten Szene in Paris und einer kurzen Fahrt nach Straßburg:

– Zu den kleinen literarischen Köstlichkeiten deutscher Sprache gehört sicher „Ein Vormittag beim Buchhändler“ von Carl J. Burckhardt²⁷; er beschreibt sein Zusammentreffen mit Rilke 1925 in Paris (wo der Historiker und künftige Diplomat Studien in der Bibliothèque Nationale betrieb) und seine Hilfe, als er den Dichter aus der Bedrängnis eines Friseursalons befreien konnte: Rilke war außerstande, dort das Haarschneiden, das Haarwaschen, vor allem aber das teure Haarwasser von ‚Houbigant‘ zu bezahlen, weil er seine Briefftasche im Hotel vergessen hatte; aber dies wollten ihm die Pariser Haarkünstler ganz und gar nicht glauben.²⁸ Nun, nachdem Burckhardt die Lage mit seinem Geld bereinigt hatte, gingen die beiden zusammen in die Buchhandlung des Monsieur Augustin, wo es mit dem netten Lucien Herr aus Straßburg, dem Buchhändler und Bibliothekar an der Pariser Ecole Normale Supérieure, zu jenem denkwürdigen Gespräch kam über Typisches der europäischen Nationalliteraturen, über den „deutschesten“, den „französischsten“ Dichter – mit dem Konsens, daß La Fontaines Fabeln „immer verständlich und ganz einfach richtig und völlig wahr“ erscheinen. Rilke: „Nein, in dieser Weise gibt es nichts, was ihm zur Seite zu stellen wäre, vor allem nicht im Deutschen.“ Dem widersprach freilich der französisch-elsässische Bibliothekar entschieden: „Ich kenne einen deutschen Dichter, der ist wie ein junger Bruder von La Fontaine.“ Und er nannte Johann Peter Hebel und zitierte gleich „Z’Müllen an der Post, Tausigsappermost . . .“. Rilke reagierte traurig und betroffen: „. . . ich kann es kaum verstehen, das ist alemannisch.“ Er wollte sich spontan helfen, indem er sich eine Hebel-Übersetzung vornahm – und sich rasch belehren lassen mußte, daß Hebel unübersetzbar sei. Deshalb der Entschluß Rilkes und seine Bitte: „Ich werde mich in diesen Hebel vertiefen, aber dazu brauche ich eine ganze Zeit – nur mit ihm allein und vielleicht lieber hier in Paris als in Deutschland, wo man ihn in eine falsche Heimatkunst einspannen wird, wie man jetzt bei allem gerade das Äußerlichste und Zufälligste zum Wesentlichen zu machen versucht, denn nicht wahr: nicht daß dieser Mann im Dialekt gedichtet hat, sondern daß der Dialekt in ihm dichterisch geworden ist, das ist das Entscheidende. Sagen Sie doch einmal den Vers, den Sie so besonders schön fanden!“ Und Lucien Herr zitierte noch einmal die prächtigen Hebel-Verse: „Der Vogel schwankt so tief und still, und weiß nit, woner ane will . . .“ Rilke folgte aufmerksam, aber auf sein bekümmertes „Ich verstehe das ‚ane‘ nicht“ konnte ihm niemand mehr weiterhelfen. – Die letzten Geheimnisse der alemannischen Sprache sind Rilke also wohl verborgen geblieben, obwohl Dieter Bassermann²⁹ z. B. nachgewiesen hat, daß um jene Zeit in einem Gedicht Rilkes erstmals und auch einmalig das sicher rein alemannische Wort „Blust“ aufgetaucht ist.

– Das alemannische Land, vor allem natürlich auch die deutsche Schweiz, hat Rilke aber doch recht ordentlich kennengelernt; dies sei ihm bestätigt u.a. mit dem kurzen Hinweis auf Rilkes letzte Reise, die ihn im Juni 1925 von Paris noch einmal nach Straßburg führte. Elsässische Freunde, vor allem Camille Schneider, brachten ihn zu diesem Kurzbesuch ins Elsaß. Er sah in Straßburg das Münster wieder – wie ein „Lebewesen, das Tag und Nacht immerfort Zwiesprache hält mit der Ewigkeit“³⁰. Und er ging noch einmal zum Gebäude der Druckerei G. L. Kattentidt, erinnerte sich an den „Jung-Deutschland-Verlag“: „Damals wollte ich mich um jeden Preis lösen von meinen Jugenderinnerungen in Böhmen. Deshalb ließ ich meine Texte in Straßburg drucken. Vor allem aber hat wohl das Verständnis von Herrn Kattentidt, eines Mannes von gutem Geschmack und großer Energie, über meine ganze Zukunft entschieden, indem er den ‚Sturm und Drang‘ befriedigte, der mich mit großer Heftigkeit dazu trieb, über die Grenzen meines unglücklichen kleinen Landes hinaus zu reisen.“

Daß Rilke bei dieser Reise auch ein letztes Mal nach Colmar fahren wollte, ins Unterlinden-Museum, zum Grünewald-Altar, rundet unsere Geschichte ab.

Im folgenden Jahr, am 29. 12. 1926, ist Rainer Maria Rilke in Val Mont – Montreux in der Schweiz gestorben.

Anmerkungen

- 1 1984 erschien im Verlag Schillinger/Freiburg meine ausführliche Darstellung „Rilke in Rippoldsau“ 1909 und 1913. Sympathische Seiten im Gästebuch des verlässlichen Kurtales“. – In diesem neuen Aufsatz ist aber auch einiges an zusätzlichem Material verarbeitet
Von größtem Vorteil bei dieser Arbeit: Ingeborg Schnack, Rilke. Chronik seines Lebens und Werkes. Insel 1975
- 2 Paul Valéry, Gedenken und Abschied. 1927
- 3 Bert Brecht, Lyrik-Wettbewerb. In: B. Brecht, Über Lyrik. Berlin und Weimar 1964, S. 10.
- 4 Vgl. Hugo Friedrich, Die Struktur der modernen Lyrik. Von Baudelaire bis zur Gegenwart. 1956, S. 133 bzw. 151
- 5 Vgl. Walther Killy, Deutscher Kitsch. Ein Versuch mit Beispielen. 1961. – Hier wird als ein Beispiel auch ein Rilke-Text präsentiert („Helle Wiesen gehen auf, Frühlinge spielen...“), ohne daß natürlich damit das ganze Werk Rilkes als „Kitsch“ abgetan wird
- 6 Rilke, Briefe an einen jungen Dichter. 1929 Insel (Briefe an Franz Xaver Kappus)
- 7 Vgl. Ingeborg Schnack, Rilke. Chronik seines Lebens und Werkes. Insel 1975. – Vgl. die Angaben zu Kattentidt im Personenregister, S. 1196
- 8 Vgl. Anm. 7, S. 25
- 9 Vgl. Anm. 7, S. 27/28
- 10 Vgl. Anm. 7, S. 31
- 11 Vgl. Wolfgang Leppmann, Rilke. Sein Leben, seine Welt, sein Werk. Scherz-Verlag 1981
- 12 Vgl. Anm. 7, S. 145
- 13 Vgl. Anm. 6, S. 14
- 14 Vgl. Fürstenbergisches Urkundenbuch 4, 101 und Ecclesiastica im Fürstlich-Fürstenbergischen Archiv Donaueschingen XI, Vol. IV.
- 15 Vgl. Adolf Schmid, Bad Rippoldsau. Geschichte eines Schwarzwälder Kurtales. 1979, S. 35 ff.

- 16 Charles Lallemand, *Les Paysans Badois. Esquisse de moeurs et de coutumes.* Straßburg und Baden-Baden 1860. Neu herausgegeben 1987 im Verlag M. Schauenburg Lahr. (Ch. Lallemand hat auch viele andere Illustrationen zur Rippoldsauer Geschichte gefertigt.)
- 17 Vgl. Adolf Schmid: 1887 – vor 100 Jahren ging im Wolftal die Flößerzeit zu Ende. In: *Badische Heimat* 2/1987, S. 247–272
- 18 Vgl. die Briefe, die abgedruckt sind in: A. Schmid, *Rilke in Rippoldsau* – wie Anm. 1
- 19 Vgl. Anm. 18
- 20 Vgl. Adolf Schmid, *Wie einstmals...? J. V. von Scheffel in Rippoldsau.* Freiburg 1988
- 21 Dieser Auszug ist publiziert im *Rilke-Katalog* zur Ausstellung von 1975 in Marbach. Bearbeitung: J. W. Storck
- 22 Vgl. Anm. 18
- 23 Vgl. Marie von Thurn und Taxis, *Erinnerungen an R. M. Rilke.* Insel 1966, S. 85
- 24 Es ist schwierig, biographisches Material zu Hedwig Bernhard zu bekommen. Der Autor dankt sich herzlich beim Direktor des Pan Stowe Muzeum Oswiecim-Brzezinka, Kasimierz Smolén, und seine Informationen vom 5. Juli 1984. – Dagegen wurde beim Standesamt Berlin-Wedding (Nr. 1215/1943) beurkundet:
 „Hedwig Sara Bernhard, ohne Beruf, mosaisch, wohnhaft in Berlin, Große-Hamburger-Str. 26, ist am 26. Februar 1943 um 18 Uhr in Berlin, Iranische Str. 2 verstorben. Die Verstorbene war geboren am 23. Juli 1888 in Berlin. Die Verstorbene war nicht verheiratet.“
 – Dieser Eintrag erfolgte „nach Verlust der ersten Beurkundung“(!). In der Iranischen Str. 2 war das Berliner Jüdische Krankenhaus
- 25 Die Photos stellte die Schweizerische Landesbibliothek Bern/Rilke-Archiv zur Verfügung. Die Rilke-Aufnahmen machte alle Hedwig Bernhard im Sommer 1913 in Rippoldsau
- 26 Vgl. Anm. 7, S. 742
- 27 Carl J. Burckhardt, *Ein Vormittag beim Buchhändler.* Callwey
- 28 Vgl. Schnack wie Anm. 7, S. 961. – Rilke schrieb selbst über diesen für ihn zunächst recht peinlichen Vorfall an Frau Wunderly am 16. 1. 1925
- 29 Dieter Bassermann, 1887 geboren in Mannheim, 1955 in Staufen/Brsg. gestorben. Privatgelehrter, Redakteur, Rilkeforscher (z. B. *Der späte Rilke.* 1947)
- 30 Vgl. Anm. 7, S. 742

Die Aufnahmen wurden vom Verfasser zur Verfügung gestellt.

Danneckers Denkmal für Rastatt

Johannes Werner

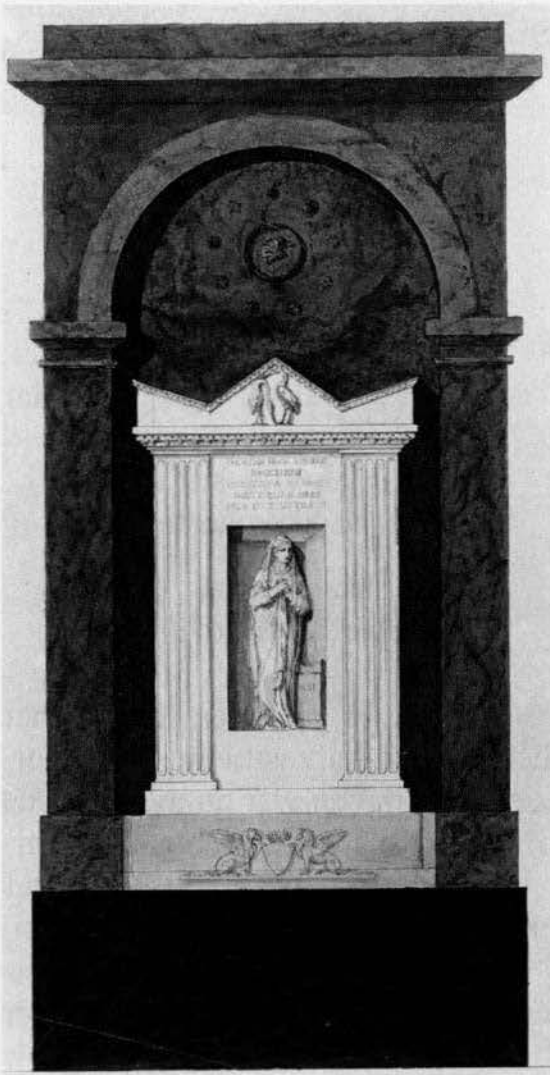
Ein fälliger Nachtrag

Wie manches nachzubringen sei, wird erst in der Folge recht klar werden, wenn die Aufmerksamkeit mehrerer auf diesen Gegenstand sich richtet.

Goethe, Materialien zur
Geschichte der Farbenlehre

In der Stadtkirche von Rastatt steht das Denkmal eines gewissen Christopher Bilderbeck D'Monte aus Madras in Ostindien, dessen kurzes Leben eben hier, fern der Heimat, unzeitig und unversehens endete; davon war an dieser Stelle schon einmal ausführlich die Rede¹. Zufällig führte die Aufdeckung der wahrlich farbigen Geschichte, die sich bisher hinter dem Denkmal verbarg, zur Entdeckung, daß kein anderer und kein Geringerer als der große Johann Heinrich Dannecker selbst sein Urheber war. Und ebenso zufällig fiel jene Entdeckung in die Zeit, in der die Staatsgalerie Stuttgart eine Ausstellung über denselben Dannecker vorbereitete, der neben Canova, Thorvaldsen, Schadow und Rauch zu den bedeutendsten Bildhauern des Klassizismus zählte (und vielleicht nicht nur neben sie, sondern sogar noch höher zu stellen wäre, wenn ihm nicht, wohl ohne daß er es recht merkte, der württembergische Hofdienst enge Fesseln angelegt und ihn an der Entfaltung seiner Fähigkeiten gehindert hätte). Was weiterhin dazu zu sagen ist, sagt der gewichtige, die Ausstellung begleitende und ihren Ertrag bewahrende Katalog.²

Er nennt – und zeigt – nun auch das Rastatter Denkmal, von dem er gerade noch Notiz nehmen konnte; und nun erhellt und ergänzt die Neuentdeckung das schon bisher Bekannte, durch das sie ihrerseits wieder erhellt und ergänzt wird. Denn da gibt es etwa, mit Datum vom 1. September 1817, im Tagebuch von Sulpiz Boisserée, dem berühmten Kunstsammler und -gelehrten, der damals in Stuttgart lebte, eine Eintragung, mit der vor der Entdeckung nichts anzufangen war; sie lautet: „Dannecker. Reise nach Rastatt. Monument eines dort verstorbenen Indianers von einem Engländer bestellt.“³ Es versteht sich nun von selbst, daß mit dem ‚Indianer‘ jener junge Christopher Bilderbeck D'Monte, also allenfalls ein Inder, gemeint war, mit dem ‚Engländer‘ aber George Arbuthnot aus Edinburgh, der als Abgesandter der untröstlichen Eltern am 20. August desselben Jahres in Rastatt erschienen war, um eine fromme



Entwurf zu Danneckers Grabmal in Rastatt.

Stiftung zum Gedächtnis des Toten errichten zu lassen, und (wie es im zweiten Abschnitt ihrer Satzung heißt) schon vorher mit Dannecker über das Denkmal abgeschlossen hatte. So fügt sich nun ein Steinchen ans andere.

Dann gibt es noch einen undatierten Briefentwurf vom August des Jahres 1818 (?), worin sich Dannecker an den Handelsmann Valentin Rheinboldt in Rastatt wendet, den von Arbuthnot eingesetzten Sachwalter aller aus dem Todesfall folgenden Angelegenheiten: „die Vollendung des Monuments ist nahe, und ich hoffe, daß solches den 8ten oder 9ten Sep. in Rastadt ankommen kan. Ich hoffe daß es einen guten Effect in Ihrer Kirche machen solle. Ich habe schon mit einem hiesigen Fuhrmann für den Transport gesprochen und es mag wohl an Gewicht 130 Centner ausgehen. — Seine Forderung mit 2 Wagen und 8 Pferden ist 280 (Gulden?) für Fuhr mit gutem Geschirr (. . .). Die Inschrift ist nach dem Original von Arbuthnot geschrieben richtig und genau eingravirt Herr von Hamilton hat auf Bitte des v. Arbuthnot Aufsicht genommen. Ihre Bemerkungen im Deutschen waren richtig der Englische Gesandte sagte es wäre gerade so in der Englischen Inschrift bemerkt. Ich bitte Sie mir eine deut-

sche Übersezung zu schiken so wie Sie die Güte hatten vorigen Jahres in einem Briefe zu bemerken. Dann lasse ich sie so tale quale hier in eine steinerne Platte einhauen und sie mit nach Rastadt schike wo Sie die Güte haben mögen zu bestimmen wie hoch und wo sie neben dem Monumente anzubringen seyn möge.“⁴ Somit bestätigt sich nun auch der schon gleich geäußerte Verdacht, daß die (teils überstrichene und teils verdeckte) Tafel mit dem deutschen Text gleichfalls auf Dannecker zurückgeht.

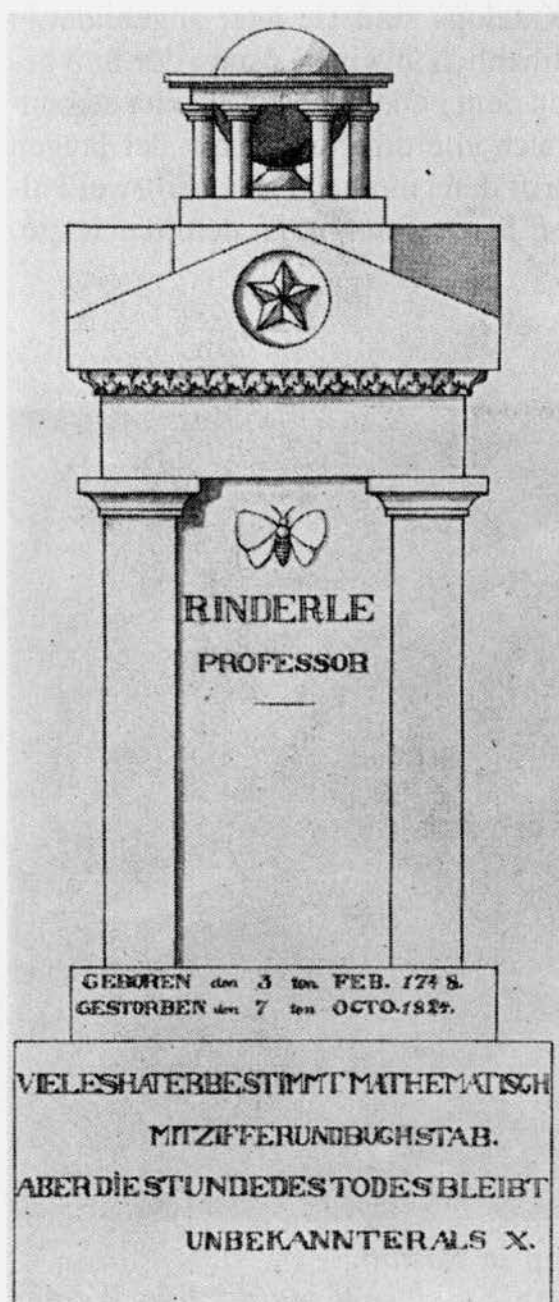
Die beiden Dokumente bezeichnen Anfang und Ende der Arbeit an dem ostindischen Auftrag. Zwischen ihnen liegen dann die Skizzen, die diese Arbeit begleiteten – und sie sogar überdauerten, doch ohne daß man bisher viel mit ihnen hätte anfangen können; erst die Wiederentdeckung des Rastatter Denkmals hat ihnen ihren Sinn zurückerstattet. (Im zweiten, dem Zeichner Dannecker gewidmeten Band des Stuttgarter Katalogs sind sie jetzt abgebildet.⁵) Sie zeigen, wie sich der Bildhauer ganz allmählich an eine Lösung der ihm gestellten Aufgabe herantastet; wie er lange an dem beliebten Motiv einer stehenden, trauernden Frauenfigur festhält, die sich allerdings nicht mit der langen Inschrift vertragen will; wie er diese Inschrift dann einfach zwischen zwei Palmen setzt und damit den orientalisierenden Stil aufnimmt, in dem der letzte, ähnlich ausgeführte Entwurf gehalten ist.



Der Schmetterling an Danneckers Grabmal in Rastatt.

Aufn.: Joh. Werner

Schon früh erscheint auf diesen Entwürfen der Schmetterling in Schlangenring und Sternenkranz, der dann auch die Ausführung schmückt. Aus dem Katalog der Stuttgarter Ausstellung geht nun erst hervor, welche Geltung das Symbol eben des Schmetterlings hatte – und zwar sowohl für Dannecker als auch überhaupt für seine Zeit. (Das Tier wurde, wie bekannt, mit der fortlebenden Seele verglichen, insofern es, als schönes himmlisches Wesen, aus der scheinbar toten Puppe schlüpft, in der das irdische Leben der häßlichen Raupe geendet hat.) Auch die im Katalog unmittelbar folgenden, aus dem Jahr 1818 stammenden Entwürfe zum Grabmal des Georg von Oldenburg weisen ihn auf, und schon 1805 hatte Dannecker den Entwurf zu einem anderen Grabmal wie folgt beschrieben: „eine zärtliche Mutter drückt die eine Urne, die mit dem



Entwurf zu einem Grabmal für Thaddäus Rinderle.

Schleier bedeckt ist, an ihr Herz und zieht sich wehmütig auf die andere hin, auf der Urne ist ein Papillon, der aus der Puppe herausschlüpft. Bei der Erfindung dachte ich an eine Inschrift, die von mir ist: Jetzt erst leben sie.“⁶ Danneckers Jugendfreund Schiller schrieb in der ‚Theosophie des Julius‘, einer frühen philosophischen Schrift: „Die Schwalbe, die wir im Winter erstarret finden und im Lenze wieder aufleben sehen, die todte Raupe, die sich als Schmetterling neu verjüngt in die Luft erhebt, reichen uns ein treffendes Sinnbild unsrer Unsterblichkeit.“⁷ Und im Musenalmanach von 1796, den Schiller herausgab, findet sich ein von ihm geschriebener Zweizeiler, welcher ‚Der Schmetterling auf einem Grabmal‘ heißt und so lautet: „Trink o Seele, berausche dich sanft mit dem Tranke des Schlummers,/Daß du verjüngt und neu sehest Elysiums Flur.“⁸ Und um den Kreis noch etwas weiter zu ziehen: auf dem Alten Friedhof von Freiburg ist der berühmte ‚Uhrenpater‘ Thaddäus Rinderle begraben, der, ursprünglich Benediktiner von St. Peter im Schwarzwald, als emeritierter Professor der angewandten Mathematik und praktischen Geometrie 1824 in Freiburg starb; ein Schmetterling schmückt seinen Stein. Auf demselben Friedhof gibt es noch eine alte Kapelle; auf einem der barocken Deckenmedaillons in ihrem Inneren ist wieder ein Schmetterling mit einer Puppe dargestellt, und das beigefügte Motto lautet: „In egressu nobilior“ (also etwa: beim Verlassen bin ich edler).

Derart steht Danneckers Denkmal für Rastatt in einer großen symbolischen Tradition. Es ist zugleich eine würdige Erinnerung an den jungen Mann aus reichem Haus, der hier, fern der Heimat, sterben mußte – doch nur, solange es erhalten und verstanden wird.⁹

Anmerkungen

- 1 Johannes Werner, Christopher Bilderbeck D'Monte aus Madras, gestorben in Rastatt. Stiftung und Denkmal. In: Die Ortenau 66 (1986), S. 337–347
- 2 Christian von Holst, Johann Heinrich Dannecker. Der Bildhauer (= Bd. 1); Ulrike Gauss, Johann Heinrich Dannecker. Der Zeichner (=Bd. 2). Stuttgart 1987. – Zum Rastatter Denkmal vgl. bès. S. 375–377 (=Kat. Nr. 145) bzw. S. 171–173 (Z 144–148). – Nochmals sei hier klargestellt, daß es sich bei dem Rastatter Monument zwar um ein Denk-, nicht aber um ein Grabmal handelt.
- 3 Sulpiz Boisserée, Tagebücher 1808–1854. Bd. 1 (= 1808–1823). Hrsg. von Hans-J. Weitz. Darmstadt 1978, S. 428
- 4 Der Anfang des Zitats (bis „Pferden“) zit. n.: v. Holst, a.a.O. S. 476; alles Weitere nach dem handschriftlichen Original der Württembergischen Landesbibliothek in Stuttgart.
- 5 Kaum zutreffend ist freilich die Datierung der Entwürfe auf das Jahr 1816, wo doch, wie gesagt, der betreffende Auftrag erst im August 1817 erteilt worden ist.
- 6 Zit. n.: Gauss, a.a.O. S. 131
- 7 Zit. n.: v. Holst, a.a.O. S. 376
- 8 Zit. n.: ebd.
- 9 Selbst wenn – was durchaus denkbar ist – Danneckers Besucherbuch („Nahmen der Fremden/welche das Dannecker'sche Atelier besuchten/Vom 15. Sept. 1814 bis Nov. 1817“; Württ. Landesbibliothek) oder die Rastatter Kirchenbücher noch weitere Aufschlüsse bieten sollten, hätten diese fürs Ganze nur ein geringes Gewicht; auch von der Familiengeschichte der D'Monte, über die sich bisher nichts Gedrucktes auffinden ließ, ist nichts Wesentliches zu erwarten. (Andernfalls wäre, im Sinne des Mottos, noch ein Nachtrag zu diesem Nachtrag fällig.)

Zur Biographie:

1758 Johann Heinrich Dannecker am 15. Oktober in Stuttgart geboren; der Vater: Vorreiter, Kutscher und Stallknecht in herzoglichem Dienst – 1771 Aufnahme in die ‚Militärische Pflanzschule‘, spätere ‚Hohe Carlsschule‘; Ausbildung zum Bildhauer; Freundschaft mit Friedrich Schiller – 1780 Abschluß der Ausbildung, Ernennung zum Hofbildhauer; dekorative Auftragsarbeiten – 1783 Antritt eines zweijährigen Studienaufenthalts in Paris – 1785 Antritt eines vierjährigen Studienaufenthalts in Rom; Umgang mit Canova – 1790 Rückkehr nach Stuttgart, Ernennung zum Professor an der Carlsschule; kleinliche, hinderliche Verhältnisse; Umgang mit Schiller; Aufträge: zahlreiche Porträtbüsten (u.a. Lavater, Schiller), Ariadne, Amor, Psyche, Nymphe, Sappho, Christus; Ablehnung von Berufungen nach St. Petersburg und München; Besucher u.a.: Goethe, Sulpiz Boisserée, Thorvaldsen – 1841 nach langsamem geistigem Verdämmern am 8. Dezember in Stuttgart gestorben. Friedrich Haug, 1810: „Vor Deinem wie beseelten Steine/Steht der Beseelte wie versteinet.“

Der Haslacher Maler Carl Sandhaas in der Heil- und Pflegeanstalt Illenau 1843–45 „Die stille Wut hab ich schon lang“

Martin Ruch

Die Literatur zum Leben des Carl Sandhaas¹ hatte für jene Jahre 1843–45, in denen der Haslacher Maler in der Illenau² stationär aufgenommen war, nur wenige Informationen zu bieten. Unwidersprochen blieb dabei in allen Texten die Behauptung, Sandhaas sei wahnsinnig, sei „nährisch“ geworden, und erst der Illenau-Aufenthalt habe zu einer Veränderung des Krankheitsbildes, zur Ausbildung einer ungefährlichen Schwermut geführt. Der Anlaß zur Einlieferung sei, so wird nach wie vor geschrieben, in erster Linie jenes Feuer gewesen, das Sandhaas in seiner Waldhütte entfacht und das zu einem Brand geführt habe.

Die im folgenden vorgelegten Schriftstücke lassen aber nicht unerhebliche Zweifel an dieser Version der Geschichte aufkommen.

Die Texte stammen aus dem „Illenau-Archiv“, das heute im Psychiatrischen Landeskrankenhaus Emmendingen lagert, die gesammelten Krankengeschichten aus der Illenau bilden seinen Bestand.³

Die Festlegung dessen, was eine Gesellschaft und auch ihre Experten unter den Begriffen „normal“ und „anormal“, unter „schon krank“ oder „noch gesund“ verstehen, wird von vielen Faktoren beeinflusst, die Begriffe selbst sind einem ständigen Wandel ausgesetzt. Die Grenzen werden unentwegt neu bestimmt, was einmal „Wahnsinn“ war, gilt heute vielleicht für nur „originell“. Gerade bei Künstlern sind viele Gesellschaften heute zu einer Toleranz fähig, die noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wäre: Das Recht des Individuums auf konsequente Ich-Findung gerade im künstlerischen Bereich entwickelt sich immer mehr zu einem Grundrecht. Auch der Kampf um die persönlichen Rechte, das Recht auf Wohnen, Nahrung, Arbeit etc. kann heute erheblich härter geführt werden als etwa zu Beginn des vorigen Jahrhunderts, und auch ungewöhnliche Methoden werden dabei nicht mehr als „verrückt“ bezeichnet; der streitbare Einzelne läuft nicht mehr so ohne weiteres Gefahr, als Wahnsinniger verwahrt zu werden. Daß eine solche Stilllegung radikaler und aufmüpfiger Individuen früher häufiger vorkam, ist inzwischen bekannt; daß auch Sandhaas wohl seinem ungewöhnlichen, aber möglicherweise berechtigten Verhalten seine Illenau-Erfahrung zu danken hat, soll an dieser Stelle näher begründet werden.

Der lange Brief des Carl Sandhaas, der wohl als Beweis für seine Gemeingefährlichkeit zu dienen hatte, wirft bereits ein bezeichnendes Licht auf die Lebenswelt des Sandhaas im Haslach jener Jahre vor 1843, wirft ein Licht auf die Gründe für den „Wahnsinn“ des Malers: Hier schreibt aus heutiger Sicht kein Verrückter, sondern ein von seiner Umwelt gequälter, gepeinigter und verspotteter Mensch, im Grunde voller Todesangst, da man ihm Nahrung, Unterkunft und Zuneigung entzieht, und der allein deshalb, zum Äußersten entschlossen und in auswegloser Lage, dem Repräsentanten der Stadt, dem Bürgermeister, Prügel und sogar den Tod androht.

Auch daß Sandhaas aus romantischem Bedürfnis, aus bloßer Liebe zum heimatlichen Wald sich dort eine Einsiedlerhütte gebaut habe, wie in der Literatur zu lesen, ist *so* nicht ganz richtig. Sein Brief macht deutlich, daß es die blanke Not war, die ihn den Weg in die Wälder nehmen ließ, besser: in den Wald verjagte.

Brief Sandhaas, Haslach, Febr. 1843, an den Bürgermeister von Haslach, Ruedin

Lieber Herr Ruedin!

Ich muß Sie bitten, als in der Person des Herrn Bürgermeisters meinen Worten einige Aufmerksamkeit zu schenken, das heißt, darauf zu achten und nicht so zu brüllen wenn ich mit Ihnen spreche und überhaupt für diesmal allen Scherz zu beseitigen, denn ich muß Ihnen offen gestehen, Sie riskieren bei Ihrer Art und Handlungsweise, die Sie sich gegen mich erlauben, auf offener Straße, bei hellem Tage totgeschlagen zu werden, oder doch zum geringsten so durchgeprügelt zu werden, daß durchaus vielleicht keine Spur mehr von einem Bürgermeister an Ihnen möchte kennbar seyn, vor allem muß ich Sie bitten, im Namen der Justiz und Gerechtigkeit, sich über diese und jene Punkte zu rechtfertigen, und mir nach den Gesetzen und Rechten der Menschheit Genüge zu leisten, und Gerechtigkeit wiederschaffen zu lassen. Sie haben unter anderm dem Herrn Kreuzwirt dahier sagen lassen, daß er mir auf Kosten der Stadt nichts mehr geben solle, . . ., sie haben ferner mehreren anderen Wirten sagen lassen, mir nichts mehr zu geben auf Rechnung der Stadt, das heißt im Grunde soviel als mich auf Rechnung der Stadt aushungern zu lassen. Es ist dies leider nicht das erste mal daß man so mit mir umspielt, man hat ferner den Leuten untersagt, mit mir zu sprechen, ihnen untersagt sich von mir malen zu lassen, sie würden sich gern von mir malen lassen, sie dürfen nicht, warum dürfen sie nicht, weil man es ihnen untersagt hat, hier das Beweis. Man hat ferner den Wirthen untersagt mich zu beherbergen oder Getränke zu reichen, nicht einmal für bares Geld, man hat mich mehr als einmal gleichsam dem Elemente preisgegeben und mich genöthigt, bei kalter Witterung im Dezember im freyen, in Wäldern auch Holzbeugen zu übernachten und wenn ich irgendwo um Unterkommen suchte den Leuten gesagt, mich mit rauhen Worten abzuweisen, vermutlich auch auf Rechnung der Stadt, man hat mir ferner nächtlicher Weise die Kleider zerrissen, die Schuhsohlen aufgeschnitten, auch in die Füße gebrannt, die Knöpfe vom Rock gerissen, das letzte Hemd vom Leibe herunter gerissen und dann mich abwechselnd wieder hungern schmachten und darben lassen, man hat mich dann durch Spott und Hohn auf alle erdenkliche Weise zu reizen, zu necken und zu kränken gesucht. Ich habe meine Portraits, halb oder ganz, meistens malen müssen, nur um Bier, Brot und Schnaps zu erhalten, und dies nur alles zusammen genommen, auf Rechnung der Stadt.

Ich habe jetzt auf Rechnung der Stadt, zu dem vielen andern, zwey Jahre Zeit verloren, die ich hätte nützlich für die Kunst, für mich und andere anwenden können, zwey Jahre Zeit, die mir keiner mehr zurück gibt, und mich ferner um jede glückliche und frohe Stunde betrogen, die ich hätte können im Kreise meiner Freunde mit Arbeit und Beschäftigung zubringen, man hat mich so gleichsam zum ärmsten aller Bettler gemacht, denn man hat den Leuten untersagt mir Almosen zu geben. Und dies alles auf Rechnung der Stadt demnach.

Ich sage Ihnen jetzt nur, daß Sie mir auf Rechnung der Stadt einstweilen, bis auf weitere Erklärung und Verständigung für meine nötigsten Bedürfnisse Sorge tragen, vor allem für eine anständige Kost entweder im Gasthaus zum Engel oder hier bei meinem Hauswirth. Wo nicht, so schlage ich Ihnen auf Rechnung der Stadt den Bukel voll, sie schlagen mir den Arsch voll, gut so schlage ich Ihnen trotz Ihrer Bürgermeister-Würde den Bukel voll und den Arsch dazu, ich schlage Ihnen alle sieben Farben des Regenbogens auf den Rücken und es soll Ihnen so schwarz vor den Augen werden, daß Sie nicht anderst glauben sollen, als seie eine totale Sonnen- oder Mondfinsternis eingetreten.

Ich will jetzt nur sehen, ob ich Euch Herren die Fäden nicht alle rein radikal durchhauere, auch die juristischen und theologischen will ich euch durchhauen, und zwar so, daß kein guter ehrlicher Faden mehr an euch bleiben soll, denn es gibt kein Gesetz der Erde und im Himmel, welches Sie berechtigt so an mir zu handeln. Nun Herr, haben Sie zu wählen, Sie gehen entweder die obigen Bedingungen ein, oder ich sehe mich genöthigt zur Gewalttat zu schreiten und Gewalt durch Gewalt zu vertreiben, sie werden einsehen, daß mir durchaus kein anderer Weg mehr bleibt, als den des Rechts oder den der Gewalt, wollen Sies nun darauf ankommen lassen? Sie sagen, Sie wollen es nicht darauf ankommen lassen, gut, so erfüllen Sie obige Bedingnisse, wo nicht, so lass ich es darauf ankommen, natürlich Sie können sich auf Ihrer Seite auch verteidigen, Sie haben dienstbare Geister, Säbel und Bajonetten, gegen die ich nichts ausrichten kann, denn ich habe selber nur einen schlichten ehrlichen Palmbengel, der mir aber indess doch gute Dienste leisten soll, denn ich bin nun fest entschlossen, jeden, der mir in den Weg tritt, so durchzubleuen, daß er jeden zweiten Versuch mich zu necken und schikanieren wohl wird unterlassen, oder wollen Sie sagen das alles sey nicht wahr wessen ich sie beschuldige und wollen Sie Beweise, so sage ich, der Beweis liegt in der Sache selbst und dann kann ich Zeugen genug aufrufen und beeidigen, daß sich die Sache so verhält, und dann Herr Bürgermeister, ich weiß, daß sie wissen, was ich auch weiß, handeln Sie als ehrlicher und rechtschaffener Mann nach ihrem Gewissen und den Gesetzen der Menschlichkeit und Humanität, so kann die Sache nicht fehl gehen und sorgen Sie mir als edler Menschenfreund für eine anständige Kost statt mich hungern zu lassen, wo nicht, so bleibe ich bei meiner Erklärung, so darf es nicht weiter gehen. Ich wäre auf diesem Wege zuletzt genöthigt für ein Stück Brod zu bellen wie ein Hund. Noch muß ich bemerken, da man mir wie ich wahrgenommen von Seiten der Polizei alle Mittel und Wege abgeschnitten hat, mir auf ehrliche Weise meinen Unterhalt zu verdienen und mich gleichsam zum Gefangenen gemacht, so habe ich auch keine Verbindlichkeit nur irgendeinen Kreuzer oder Heller zu bezahlen, sondern verlange alles auf Rechnung der Stadt, kann man auf Rechnung der Stadt Bauten und Stege über die Kinzig bauen so kann man auch das, man ist den andern behülflich, große Gasthäuser und Gärten anzulegen, man unterstützt die Gewerbe sogar die Kunst und Musik, man läßt Waldhörner und Trompeten verfertigen und unterstützt den Gesang,

also kann man auch die Malerey unterstützen, ich habe gleiche Ansprüche auf die . . . meiner Mitmenschen.

Also geehrtester Herr Bürgermeister erfüllen Sie meine Wünsche und meine Bitten und ich bin in voller Demuth und Bescheidenheit ihr ergebener Diener, im entgegengesetzten Falle aber, ich nehme keine weitere Notiz – entweder, – oder – Ihr Todfeind!

Haslach im Februar 1843

Carl Sandhaas

N.B. Ich sage Ihnen jetzt ein für allemal, Sie geben mir meine Kost auf Rechnung der Stadt, wie ich sie seither gehabt, oder ich schlage Ihnen auf Kosten der Stadt eins übers Hirn, daß Sie oben über fallen. Ich habe nicht notwendig, daß ich mich von euch Schurken boshafter Weise aushungern lasse!

Am 3. August 1843 wurde Sandhaas in Offenburg eingesperrt, „weil er fluchte, auf der Straße tanzte, sich auskleiden wollte“ – wer Offenburg im August kennt, der kann Letzteres wohl gut verstehen! Aus dem zweiten Brief des Sandhaas geht wieder hervor, daß er sich nichts gefallen ließ und seine Rechte lautstark einforderte – der Haslacher Pfarrer Jung und der Physikus Fendrich schrieben in ihren Begleitschreiben zur Einlieferung: „wird frech und anmaßend, möchte gut essen und trinken!“ Kurz: Sandhaas nahm das Schicksal und das Leid nicht als gottgegeben hin, sondern verlangte seinen Anteil am Leben:

Haslach

Brief Sandhaas an den Bürgermeister von Haslach, Ruedin, August 1843

Geehrtester Herr Bürgermeister!

Ich habe bis jetzt meine Sachen noch nicht erhalten und muß nochmals wiederholen, daß Herr Göring durchaus keine Forderung an mich zu machen hat, sollte aber Herr Göring dennoch auf seiner Forderung bestehen, so sehe ich mich gewissermaßen genöthigt, da sich die Sache ohne dies auf 50 fl beläuft, mir eine amtliche Untersuchung hierüber auszubitten; sodann muß ich nochmals bitten um meine 24 fl 19 kr welche das Bürgermeisteramt in Offenburg an das hiesige gesandt und dann um Satisfaction für zugefügte Beleidigung unglimpfliche Behandlung von Seiten der Offenburger Polizey, sodann um einstweilige Kost und Verpflegung in einem hiesigen Gasthaus, bis ich mir ein Logis gefunden, welches sich für meinen Beruf als Maler eignet damit ich mir meine Sachen in der Ordnung halten, arbeiten und mir was verdienen kann. Sodann muß ich wieder die Frage stellen, wie kommt Herr Bust (?) von Offenburg dazu mich gefänglich einzuziehen, mich hierher zu transportieren und mir für 6 Stunden 11 fl Transportkosten anzurechnen, dann muß ich wieder fragen, welches Recht hat das hiesige Bürgermeisteramt über mein Geld, welches mein Eigentum ist zu disponieren, den Wachter zu bezahlen. Ich habe den Wachter jedesmal ordentlich bezahlt, wenn ich ihm was schuldig war. Dann nochmals von Herrn Göring zu sprechen, wie kommt er dazu, mich einen Betrüger zu schelten, ich bin nicht der Betrüger, sondern der ander, der Betrogene, wenn wir die Sache genau untersuchen. Ich verlange eine Untersuchung, eine amtliche Untersuchung und zwar eine gegen die Herren von der Juris selbst, die mich so schnöde und ungerecht behandeln.

Haslach August 1834 (sic!) Karl Sandhaas

Den 16. Sept. 1843 beantwortet nach dem für den Rest von fl 859 Rechnung gegeben nach welcher die erhaltenen fl 2419 nun aufgehen. Die Polizey und Göring in Offenburg sind beym dortigen Amt zu belangen. Will Sandhaas ein ander Logis und Kost in einem hiesigen Gasthaus haben, so hat man nichts dagegen, wenn er solches bezahlt.

Gutachten von Pfarrer Jung und Physikus Fendrich

Carl Friedrich Sandhaas

geboren am 24ten Februar 1801 zu Stuttgart, Bürger zu Haslach im Kinzigthale, katholisch, ledig, Maler.

Eingeliefert den 19ten Oktober 1843.

Unehlich. Erbliche Anlage.

Die Mutter wurde in späteren Jahren wahnsinnig u. starb als solche; –

P. hat keine Geschwister, aber ein Verwandter ist schon viele Jahre wahnsinnig.

Früher stets gesund, aber immer überspannt; von Kinderkrankheiten ist nichts bekannt.

Lernete Portraitmalerei bei seinem Onkel in Nassau, nach dessen Tod er sich selbst überlassen war, dann hielt er sich bald da bald dort auf, verdiente sich sein Geld, womit er aber nicht umzugehen weiß, verschleuderte es. – Vermögenslos. Seit einigen Jahren hat er nur bei guter Laune gearbeitet, eher Hunger gelitten. Nun thut er nichts mehr, läuft zwecklos herum, früher hat ein standhafter Ernst von Obern Gutthätern ihn zur Arbeit gebracht. Unsittlich ist er nicht, aber verschwenderisch, fängt an unreinlich zu werden, wird frech und anmaßend, möchte gut essen und trinken, droht dem Bürgermeister mit Prügel, ihn todt zu schlagen.

Wurde am 3ten August in Offenburg arretiert, weil er fluchte, auf der Straße tanzte, sich auskleiden wollte.

Def. Erblichkeit

Er brachte schon die Nächte im Wald zu, kochte sich dort.

Jung, Pfarrer Fendrich Phys.

Haslach 9ten October 1843

Wer nun den letzten entscheidenden Schritt zur Einlieferung getan hat, das geht aus den Akten nicht eindeutig hervor. Pfarrer und Arzt lieferten jedenfalls die notwendigen amtlichen Dokumente, die für eine Einweisung vorgeschrieben waren. Der Haslacher Wachmann Xaver Zachmann begleitete den Sandhaas nach der Illenau bei Achern und fertigte dann ein Protokoll über den Transport an, das er mit Zutaten, mit Haslacher Klatsch, anreicherte: „gehe auch dem andern Geschlechte nach, das er aber nur küßt und dann davonläuft!“ – für den Wachmann Zachmann wohl bereits deswegen ein eindeutiger Fall, auch wenn er zugeben muß: „betrug sich sehr ordentlich.“

Bericht der Begleitperson, die ihn von Haslach in die Illenau brachte

Xaver Zachmann gibt an:

S. war von Kindheit etwas besonderes, machte verschiedene Streiche als Bube, blieb nie bei den Spielen anderer Knaben längere Zeit, lernte in der Schule, war auch dort

sehr eigensinnig, sonst folgsam, kam in seinem 14. Jahre fort. Zog nach seiner Lehre überall herum, in Freiburg, der Schweiz u. so. Ging seit mehreren Jahren nicht in die Kirche, drohte dem Bürgermeister nur allein, ging rasch im Felde herum, leichtsinnig, ging auch viel ins Wirtshaus, war sehr müßig, springt von einer Idee, von einem Plan zum andern. Es wurde ihm durch seinen Begleiter gesagt, er müsse hier partiren(?). In den Wirthshäusern lief er ohne zu bezahlen oft davon, sah meist halb verwildert aus; gehe auch dem andern Geschlechte nach, die er übrigens nur küsst und dann davon läuft. Weigerte sich heute fortzugehen, es musste ihm ein Zwangskittel angezogen werden, den ihm der Begleiter wieder auszog, weil er sich ordentlich hielt. Unterwegs aß er nicht viel, drei V. Litter, später Brandtwein, über Mittag aß er nichts. Sprach meist unterwegs über Zeichnen, Anlagen und Städten, betrug sich sehr ordentlich, zuweilen murmelte, sang und jodelte er vor sich hin, gestikulierte mit den Händen. Wär nicht krank, klagte über keine Schmerzen. Kam zerlumpt heim, wollte nicht in das Spital, machte sich eine Hütte im Wald; dann wurde ihm eine Kost und Logis bei einem Schreiner pereithet (?). Zu Hause zeichnete er meistens. Seinen Tornister wollte er nicht mitnehmen; er S. müße in seiner Vaterstadt bleiben.



Die Heil- und Pflegeanstalt Illenau, gemalt von Carl Sandhaas 1843. Aquarell.

Am 19. Oktober wurde Sandhaas in die Illenau eingeliefert. Die „Heil- und Pflegeanstalt Illenau“ war gerade ein Jahr zuvor (1842) eröffnet worden. Sandhaas kam also in neue, saubere Räume – und in eine Anstalt, die man heute zu Recht als „Reform-Anstalt“ bezeichnen würde. Ihre Grundsätze, Therapiemethoden, der gesamte ethisch-moralische Hintergrund waren durchaus fortschrittlich. Die Illenau war kein Tollhaus alten Stiles.

Bereits zwei Tage nach der Einlieferung erhält Sandhaas Zeichenmaterial, und er scheint die zwei Jahre seines Aufenthaltes mit Unterbrechungen viel gezeichnet zu haben: Die künstlerische Aktivität wurde von den Ärzten geradezu gefordert – schon 1843 war man sich der heilenden Wirkung der Kunst auf die Psyche bewußt.



Gewitterstimmung am Brigittenschloß, gezeichnet während des Aufenthaltes in der Illenau. Aquarell.

Bemerkenswert an der Krankengeschichte sind vor allem die an vielen Stellen auftauchenden Bemerkungen zu Sandhaas' psychischer Verfassung: Nur in der einleitenden Anamnese wird überhaupt von „Wahnsinn“ gesprochen! Ansonsten heißt es über ihn, er benehme sich eigentlich normal, „äußert nichts verkehrtes“, verhalte sich „artig“, freundlich. Lediglich „kuriöse Bewegungen“, Gestikulationen scheinen dem Anstaltspersonal aufzeichnungswürdig. Auf die ständige Vorhaltung, er solle doch einsehen, daß er krank sei, reagiert er mit verständlicher Empörung. Im Zusammenhang mit diesen Hinweisen auf sein Kranksein taucht auch wiederholt jener Drohbrief an den Bürgermeister auf, so daß anzunehmen ist, daß dieser Brief (und damit der Bürgermeister als Veranlasser) ein zentraler Grund für die Einlieferung gewesen ist.

Die Krankengeschichte dokumentiert in erschütternder Weise das elende Heimweh, das Sandhaas in der Illenau über zwei Jahre hinweg quälte. Und um diesem Gefühl zu entrinnen, um endlich wieder nach Haslach zurückkehren zu

können, sprang er über seinen Schatten (oder ist er nun „vernünftig“ genug geworden) und schreibt erneut an den Bürgermeister Ruedin:

Brief Sandhaas aus der Illenau an den Bürgermeister Ruedin, Haslach, undat., Ende 1845

Lieber Herr Ruedin!

Ich bitte recht sehr, dies sind gewöhnlich die Worte von Monsieur N.N. vielmehr weiß ich Ihnen nicht zu schreiben lieber Herr Ruedin, es steht so übel mit meinem Geistes-Vermögen, daß ich kaum im Stande bin, ein paar Worte zu Papier zu bringen, um Ihnen zu sagen, daß – daß ich Sie unaussprechlich verehere und daß ich mich in einem Asil befinde, aus dem jeder sehnlichst wünscht herauszukommen und zwar – bald. – Herr Doktor Fischer wollen mir meine Entlassung geben und haben mir aufgetragen, an Sie zu schreiben, es wäre mir nun sehr lieb, wenn ich einige Zeit in Haslach zubringen könnte um die stärkende Gebirgsluft zu genießen, ich nehme mit einfacher Kost vorlieb und mache durchaus keine Ansprüche auf silberne Vorlag-Löffel wie man mich z. B. in Gengenbach und Offenburg damit serviert hat. Denn aufrichtig gesagt, mir schmecken in Haslach Bier und Brot besser als hier alle Vorzüglichkeiten einer Garküche, die geschlossenen Türen sind es, was einem hier die Kost so bitter macht; Ich meine nun aber doch, man hätte mirs ein bißchen arg gemacht, ich kann mich durchaus nicht entsinnen, wodurch ich die Schicksals-Götter so erzürnt und veranlaßt habe, solch grausame Rache an mir nehmen, es sind nun beinah zwei volle Jahre seit ich verbannt von allen meinen lieben Freunden und Bekannten in dieser Anstalt zubringe und ich fürchte nun bei einem längeren Aufenthalt hier noch völlig der Raserey, dem Wahnsinn oder dem Blödsinn anheim zu fallen, die stille Wut hab ich schon lang; und glaube, es würde daher eine Luftveränderung dieser Art sehr vorteilhaft für mich sein, ich habe sie deshalb ersuchen wollen, geehrtester Herr Bürgermeister, bestens mitzuwirken, daß ich hier los komme; ich wiederhole nochmals obige Worte von Monsieur N.N. Ich bitte recht sehr!

Und verbleibe hochachtungsvoll

Ihr Karl Sandhaas

Aus dem Krankenbericht

28. Mai

Fortwährend Unlust zur Arbeit, Hang zum Müßiggang und zum Tändeln.

30. Juni

Ernährung und Aussehen besser, keine Einsicht der Krankheit, die Drohungen gegen den Bürgermeister nimmt er nur als Scherz an, glaubt sich in Offenburg verfolgt. Arbeitet noch immer wenig. Puls ruhig. Eine Zahnfistel auf der linken Backe will er nicht heilen lassen.

20. Sept.

Ist etwas fleißiger, arbeitet gerne im Felde, zeichnet auch, schläft noch viel, sehnt sich sehr in seine Heimath, nur die Haslacher Luft mache ihm Muth zur Arbeit, er werde

dort von seinen Verdiensten leben können. Puls ruhig, Gesichtsfarbe rein, speit viel weniger. Hat noch immer die Idee, daß durch Ausdünstungen anderer nachteilig auf seinen Körper gewirkt werde, daß er deswegen nicht schlafen könne und viel speien müsse. Sondert sich beim Essen, beim Spielen und sonst immer von anderen ab. Die Gestikulation etwas weniger, die Kleidung etwas ordentlicher und das Zimmer reinlicher. Von Onanie wurde nichts wahrgenommen.

20. Nov.

Der relativ bessere Zustand dauert fort. S freut sich auf seine Entlassung.

Er gibt nun zu, auffallend in seinem früheren Benehmen gewesen zu sein, der Anfall in Offenburg sei davon hergekommen, daß er lange nichts mehr zu essen gehabt habe, man habe ihm nichts mehr gegeben, dann habe er lange von Brot und Bier gelebt und sei dann auf einmal zu allerlei Getränken gekommen, spricht selbst davon, daß er im Walde eine Hütte gebaut habe, weil er keine Unterkunft mehr gefunden, ein anderer – meint er – wäre in seinen Verhältnissen ganz wahnsinnig geworden. Er gibt die Crise zu, aber die Ursache hält er für Verfolgung. Aussehen gut, klagt nicht über sein Befinden. Das Benehmen wie oben.

29. Dez.

Wurde heute gebessert entlassen. Er schied sehr freudig und mit den besten Vorsätzen nach Haslach.

Abschlußbericht nach Haslach:

An das Großh. Physikat Haslach

Die Entlassung des Malers Karl Friedrich Sandhaas von Haslach aus der Heil- und Pflegeanstalt Illenau betr.

Rubrikat (?) wurde am 9. Okt. 1843 in die Anstalt aufgenommen. Er bewies sich im Ganzen als ein gemütlicher Mann, der aber voll Eigenheiten und Sonderbarkeiten durch seinen Anzug, Bart und Haaren wie durch sein unstetes Wesen, seine komischen Gestikulationen auffiel und der seine Zeit lieber verschlief oder durch kindische Spiele vertändelte, als auf eine nützliche Beschäftigung verwendete. Dabei war er von äußeren Einflüssen sehr beherrscht, so verursachte ihm die hiesige Luft eine üble Stimmung und machte ihn zum Zeichnen unfähig, so wirkte die Ausdünstung anderer auf seinen Körper, veranlaßte ihn zu beständigem Räuspern, ließ ihn nicht schlafen und nötigte ihn zur Absonderung von anderen Menschen. Eine Krankheit wollte er in seinen Vorstellungen und seinem sonderbaren Benehmen nicht erkennen. Einer guten Kost, dem Kaffee, Wein und Bier war er nicht abhold, liebte große Wärme und große Touren im Freien. Sein Aussehen war übel, die Sputa waren einige male mit Blut gemengt, und bei der Untersuchung der Brust war beidseits – besonders oben rechts – unter dem Schlüsselbein der Ton matt, das Respirationsgeräusch mangelhaft.

Durch Regulierung der Lebensweise, durch körperliche Arbeit im Felde und zu Hause besserte er sich; er zeichnete fleißiger, benahm sich verständiger und kam zuletzt noch zur (teilweisen) Einsicht seiner früheren Krankheit. Da wir bei dem Alter des Sandhaas und dem tiefgewurzelten Leiden so wie bei der Erblichkeit der Seelenstörung in der Familie keine vollkommene Genesung hoffen durften, so haben wir ihn heute ver-

suchsweise in seine Heimat entlassen. – Der längere Gebrauch von Molken war für seine Brustleiden vorteilhaft, sein Aussehen wurde besser, der Auswurf zeigte seit anderthalb Jahren keine Blutspuren mehr und das früher anhaltende Räuspern verlor sich.

Wir ersuchen das Großh. Physik. in Dienstfreundschaft sich nach Möglichkeit des Sandhaas gefälligst anzunehmen und uns nach § 44 unseres Statuts seiner Zeit über denselben Nachricht geben zu wollen.

Illenau 29. 12. 45

Nach der Lektüre der Krankengeschichte stellt sich doch die Frage, ob Sandhaas tatsächlich der „narrische Maler“ war, wie er in Forschung und Öffentlichkeit seit langem weiterlebt, oder ob er nicht ein Opfer tragischer Zufälle und elender Zustände war, dem schließlich nicht viel mehr übrigblieb, als um sich zu schlagen (hier gewinnen jene „kuriösen Bewegungen“ plötzlich eine einleuchtende Symbolik) – und damit im Verständnis der Zeitgenossen „verrückt“ zu werden.

Fünf Jahre nach seiner Einlieferung in die Irrenanstalt erschüttert die Badische Revolution auch Sandhaas' Heimatstadt Haslach, der Heckerhut taucht in den Straßen auf – die kollektive Gewalt als Mittel zur Durchsetzung gesellschaftlicher Forderungen wurde nun wie selbstverständlich von weiten Teilen des Bürgertums akzeptiert und praktiziert. Daß Sandhaas mit dem Kampf um seine individuellen Rechte scheiterte, für „verrückt“ erklärt wurde, gewinnt vor diesem Hintergrund der 48er Revolutionen eine besondere Tragik.

Anmerkungen

- 1 Johann Karl Kempf, Karl Sandhaas, der närrische Maler von Haslach. In: Mein Heimatland (1930), H. 6/7, S. 223–239.
ders., Maler Karl Sandhaas in Darmstadt und Frankfurt. In: Die Ortenau 20 (1933) 1–17.
Schmider, Franz: Maler Carl Sandhaas. Haslach 1959.
Esther Vögely, Der „narrische“ Maler von Haslach – Zum 125. Todestag von Carl Sandhaas. In: Ekkhart 1985 (Badische Heimat 64, H. 4), S. 87–96.
- 2 Zur Geschichte der Illenau vgl. Schneider Hugo, Die ehemalige Heil- und Pflegeanstalt Illenau. Ihre Geschichte, ihre Bedeutung. In: Die Ortenau 61 (1981), S. 191–231. – Die gründliche Studie informiert auch über die therapeutischen Grundsätze dieser Reformklinik, die auch im konkreten Fall bei Sandhaas angewendet wurden. Die Krankengeschichte von Sandhaas vermag anschaulich den Anstaltsalltag zu illustrieren und ergänzt so jenen historischen Abriß.
- 3 Ich danke dem Leiter des Psychiatrischen Landeskrankenhauses in Emmendingen, Herrn Dr. Krzepinski, für die Genehmigung zum Abdruck der Krankengeschichte. Außerdem danke ich Dieter Glatzel, Sensenmuseum Achern, für den Hinweis auf das Illenau-Archiv.

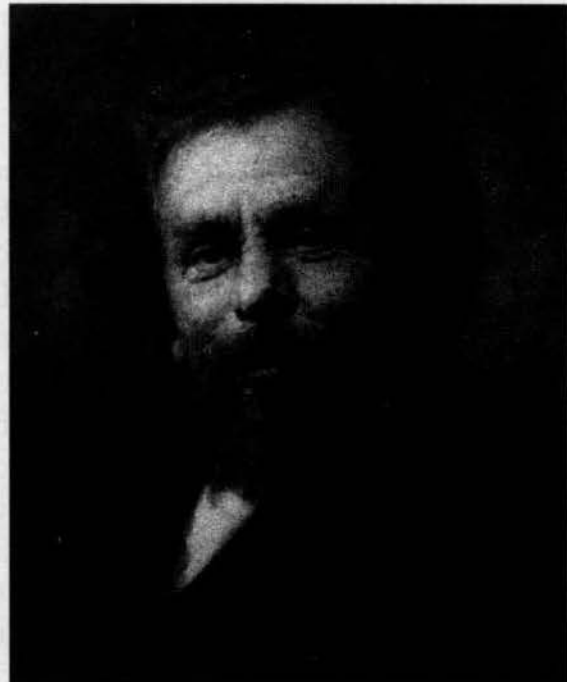
Der Tiermaler Carl Jutz aus Windschläg

Karl Joggerst

Vor 150 Jahren wurde in Windschläg Carl Jutz geboren – Anlaß, eines Künstlers zu gedenken, der in seiner Heimat in fast völlige Vergessenheit geraten ist.

Über seinen Lebensweg war bislang nicht mehr bekannt, als der Literatur hauptsächlich um die Jahrhundertwende zu entnehmen war. In jahrelanger Sucharbeit nach Einzelheiten aus seinem Leben fügte sich dann, wie bei einem Puzzle, ein Teil zum anderen, so daß dieses Künstlerleben allmählich Konturen annahm. Es fanden sich Bilder in Museen (Staatl. Kunsthalle Karlsruhe, Kunstmuseum Düsseldorf, Braith-Mali-Museum Biberach a.d. Riß, Pfalzgalerie Kaiserslautern), im Kunsthandel und auf Auktionen. Doch von einer kompletten Übersicht über das Gesamtwerk kann zur Zeit noch keine Rede sein. Mit Sicherheit wurden einige Bilder im Krieg vernichtet, und die meisten erhaltenen befinden sich in privatem Besitz. Dies ist vermutlich auch der Hauptgrund, warum Jutz, der ab den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts einen bekannten Namen hauptsächlich in der Düsseldorfer Gegend hatte, in Vergessenheit geriet.

In neueren Kunsthandbüchern und -lexika sucht man den Namen Jutz vergebens. Lediglich in den um die Jahrhundertwende erschienenen Standardwer-



Carl Jutz d. Ä., Gemälde aus der Ahnengalerie des Künstlervereins „Malkasten“ in Düsseldorf.

ken für die Malerei des 19. Jahrhunderts (F. v. Boetticher, Malerwerke des 19. Jhdts.; Beringer, Badische Malerei 1770–1920 und Thieme und Becker, Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler von der Antike bis zur Gegenwart) finden wir ihn ausführlich erwähnt. So standen für eine Biographie außer den vorgenannten Werken nur noch alte Zeitungsberichte und Nachrufe zur Verfügung, ferner die Kirchenbücher der Pfarreien St. Pankratius Windschlag und St. Bonifatius Baden-Baden, das Archiv des Künstlervereins „Malkasten“ in Düsseldorf sowie Erwähnungen in der „Kunstchronik“.

Nachkommen von Carl Jutz waren trotz intensiven Suchens nicht zu finden. Es war leider auch nicht möglich, von allen bekannten Bildern Fotografien beizubringen, einmal weil sich viele Werke in Privatbesitz befinden, zum anderen, weil die bei Auktionen an die Öffentlichkeit gelangten Bilder schnell wieder in privaten Sammlungen verschwanden. So kann diese Arbeit keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, sondern soll in erster Linie eine Information sein für interessierte Leser und eine Ehrung des in seiner Heimat vergessenen Künstlers. Sie wäre nicht zustande gekommen ohne die Auskünfte und Hilfsbereitschaft von Privatpersonen. Ihnen gilt mein Dank für die freundliche Hilfe und die oftmals kostenlos zur Verfügung gestellten Fotos. Außerdem bedanke ich mich bei den aufgeführten Auktionshäusern, Museen und Archiven für die Beschaffung von Fotos und Kopien und die Erlaubnis zu deren Veröffentlichung.

Carl August Jutz entstammt einer alten Windschläger Familie. Er wurde am 22. September 1838 als Sohn des Schuhmachers Joseph Jutz und seiner Ehefrau Ottilia, geb. Zettwoch in Windschlag geboren.¹ Der Großvater väterlicherseits, Johannes Jutz, war ebenfalls Schuster; der Großvater mütterlicherseits, Franz Joseph Zettwoch, war Krämer und Schaffner des Windschläger Patronatsherrn von Neveu.² Jutz entstammt keineswegs einer kunstsinnigen Familie. Trotzdem verspürte er, wie einem Zeitungsartikel anlässlich seines 70. Geburtstages zu entnehmen ist, schon früh „viel Lust am Zeichnen“.

Im Jahre 1845 verließ der Vater Windschlag und zog mit seiner Familie in das Dorf Beuern, heute im Stadtteil Lichtental von Baden-Baden. Der Grund des Umzugs ist nicht bekannt. Weder in den Standesbüchern von Windschlag noch von Lichtental sind Hinweise zu finden. Auch im Bürgerbuch oder Lagerbuch von Windschlag oder Lichtental ist nichts erwähnt. Ein Grund könnte die damalige Situation im Dorf und der Umgegend gewesen sein. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts machte sich eine Entwicklung bemerkbar, die später unter der Bezeichnung Notjahre oder Hungerjahre in die Geschichte Windschlags einging. Natureinflüsse wie Hagelschlag oder Trockenperioden wirkten auf die Ertragslage der Felder. In diesen Jahren spitzte sich die Versorgungsknappheit zu. Dies hatte zur Folge, daß auch andere Erwerbszweige darunter zu leiden hatten. Viele Windschläger verließen ihre Heimat und wanderten aus. Vermutlich hat auch Joseph Jutz Windschlag verlassen in der Hoffnung,

in der Nähe von Baden-Baden, wo während der Badesaison viele Fremde zur Kur weilten, bessere Arbeitsmöglichkeiten in seinem Beruf vorzufinden.

In Lichtental wurde die Familie von schweren Schicksalsschlägen getroffen: Am 22. Februar 1848 starb im Alter von zwei Jahren ein Bruder (Gustav) und zwei Tage danach, am 24. 2., die Mutter Ottilia. Zwei Jahre später im März 1850 zwei weitere Geschwister (Rudolph und Berta) ebenfalls im Kindesalter.³ Vielleicht waren diese Umstände für Joseph Jutz, der neben seiner Frau vier von neun Kindern verloren hatte (ein Kind starb bereits 1835 in Windschlag) ausschlaggebend, der Alten Welt den Rücken zu kehren und in Amerika neu zu beginnen. Im Herbst 1853 verließ er Deutschland und wanderte aus nach Amerika. Mit an Bord des Auswandererschiffes war seine Familie – außer Carl. Der blieb, gerade 15jährig, allein in Beuern zurück.

Zur gleichen Zeit weilte in Baden-Baden ein holländischer Maler namens Knip.⁴ Vermutlich hatte Jutz schon vorher Kontakt zu ihm gefunden, jedenfalls ging er zu ihm und bat darum, einige Jahre aufgenommen zu werden; die entstehenden Kosten wolle er abarbeiten. Von August Knip bekam er die ersten Anleitungen zur Tiermalerei, indem er dessen Bilder ausmalte und soweit als möglich fertigstellte. Aus jener Zeit sind im Baldreit-Museum von Baden-Baden zwei Werke von Carl Jutz vorhanden: eine Bleistiftzeichnung, welche ein Kind von Knip zeigt, und ein Werbeplakat der Barbierstube von J. F. Frank, welches heute noch bei Ärztekongressen in Baden-Baden gezeigt wird und immer große Beachtung findet.



Firmenschild der Barbierstube Franck. Es zeigt die damals üblichen Tätigkeiten eines Barbiers. Ausgestellt im Baldreit-Museum in Baden-Baden.

1859 verstarb sein Lehrer. Wie einem Zeitungsartikel zu entnehmen ist, wurde Jutz nun „von wohlmeinenden Freunden geraten, nach München zu Piloty zu gehen“. Er verdiente sich sein Reisegeld, indem er Porträts malte, und folgte dann dem Rat, denn ab dem 11. April 1861 ist er polizeilich in München ge-

meldet.⁵ Bei der Anmeldung gibt er als Beruf Tiermaler an; Zweck des Aufenthalts: Ausbildung. Tatsächlich hatte er in München keinen geregelten Unterricht. An eine Aufnahme in die Ateliers von Piloty⁶ war wegen der fehlenden Vorbildung nicht zu denken. In den Schülerlisten der Kunstakademie taucht er ebenfalls nicht auf. Während seiner Münchner Zeit kam er von der Porträtmalerei, die er damals hauptsächlich ausübte und mit der er seinen Lebensunterhalt verdiente, allmählich zur Tiermalerei. Durch die Bekanntschaft mit Willroider⁷ und Braith,⁸ die sich seiner annahmen und mit ihm aufs Land zogen, um dort Anregungen in der freien Natur zu suchen, fand er anscheinend mehr und mehr Gefallen an der Tiermalerei. Insbesondere für die Darstellung von Geflügel entwickelte er eine Vorliebe. Während jener Zeit beteiligte er sich auch an Ausstellungen des Münchner Kunstvereins.

Ein weiterer interessanter Beleg für Jutz' damalige Tätigkeit ist eine Dankadresse von in München studierenden und arbeitenden Künstlern vom Juli 1865 an Professor Max von Pettenkofer⁹ für ein Farbregenerierungsverfahren, auf der auch Carl Jutz unterschrieben hat.¹⁰

Auf seinen Studienreisen fand er Kontakt zu Düsseldorfer Malern. Ihre Erzählungen über die Situation der Künstler in Düsseldorf, wo sich um die Kunstakademie und unter dem 1829 gegründeten „Kunstverein für die Rheinlande und Westfalen“ sowie des 1844 ins Leben gerufenen „Vereins Düsseldorfer Künstler zur gegenseitigen Unterstützung und Hilfe“ und schließlich des „Künstlervereins Malkasten“ ein reges künstlerisches Leben entfaltete, bewogen Jutz, nach Düsseldorf überzusiedeln. Auch die Möglichkeit, seine Bilder zu besseren Preisen verkaufen zu können, war sicher ein gewichtiger Grund. Hier muß auch auf den Nachruf anlässlich seines Todes in der Kunstchronik verwiesen werden, in dem zu lesen ist, „hätte einer der ersten deutschen Tiermaler werden können, wenn nicht eine zu geringe Widerstandskraft gegen die Verlockung des Kunsthandels, der am Rhein nur zu häufig als reines Erwerbsgeschäft betrieben wird, seine Entwicklung gehemmt hätte¹¹“.

So ließ Jutz sich im Januar 1867 in Düsseldorf nieder.¹² Ob er an der Kunstakademie studierte, ist ungewiß. Er ist in den Schülerlisten jedenfalls nicht verzeichnet. In Düsseldorf heiratete er am 15. 6. 1868 Sybilla Karolina, geb. Adloff. Das Paar hatte sechs Kinder. In einem Zeitungsartikel ist über ihn zu lesen: „Ein Haus wurde gebaut, Enten- und Hühnerställe angelegt und dies Geflügel direkt nach der Natur gemalt.“

1868 trat Carl Jutz dem „Künstlerverein Malkasten“ bei, beteiligte sich regelmäßig an Kunstausstellungen und konnte seine Bilder gut verkaufen. „In den Privatsammlungen, die am Rhein in den 70er und 80er Jahren entstanden sind, durfte ein Jutz so wenig fehlen wie ein Kröner¹³ oder Achenbach¹⁴“ (Nachruf Kölnische Zeitung vom 5. 9. 1916). Auch außerhalb Düsseldorfs hatte Jutz beachtlichen Erfolg. So beschickte er seit 1865 regelmäßig die Dresdner und Münchner Kunstvereinsausstellungen, zwischen 1870 und 1890 häufig die



„Hühnerhof“, 13x16 cm, Öl auf Holz, Galerie Paffrath.

Berliner Akademie-Ausstellung und den Münchner Glaspalast, 1893 und 1896 die Berliner große Kunstausstellung. Außerhalb Deutschlands war er ebenfalls auf Ausstellungen vertreten. So war sein Werk „Maikäferjagd“ auf der Weltausstellung in Paris 1867 zu sehen, etliche Werke bei Ausstellungen in Wien (er bekam eine Medaille 1873 bei der Weltausstellung in Wien). Selbst in Australien hat er mindestens zweimal ausgestellt, denn er erhielt 1879 in Sydney und 1881 in Melbourne eine Medaille.¹⁵

Kontakt hielt er weiterhin auch zu seiner badischen Heimat. Jahrelang besuchte Jutz während des Sommers Baden-Baden, um Studien zu machen. Er wohnte meist im Gasthaus „Zum Goldenen Löwen“ in Lichtental. Ob er bei einem dieser Aufenthalte auch in seinen Geburtsort Windschlag kam, um hier evtl. lebende Verwandte zu besuchen, kann nicht nachgewiesen werden. In Windschlag können sich heute auch die ältesten Einwohner nicht an eine Familie namens Jutz erinnern.

Einige seiner Bilder zeigen Motive aus Baden, so „Heuernte im Badener Land“, „Auf dem Hühnerhof der Geroldsauer Mühle bei Lichtental“, oder „Süddeutscher Geflügelhof“.

Die Staatliche Kunsthalle Karlsruhe hat 1882 das Bild „Geflügel an einem Regentag im Schwarzwald“ vom Künstler erworben. Von Badens Großherzog Friedrich erhielt Jutz mehrfach Auszeichnungen, die wohl höchste am 8. Juni 1892 mit dem Ritterkreuz I. Klasse vom Zähringer Löwenorden.¹⁶ Bei einem seiner Aufenthalte starb am 14. 9. 1870 sein ältester Sohn Max Carl Josef in Baden-Baden.

Ein weiterer Sohn trat in die Fußstapfen des Vaters. Der am 14. 3. 1873 in Düsseldorf geborene *Karl Ernst Bernhard Jutz* fühlte sich zur Malerei hingezogen, und er konnte, im Gegensatz zum Vater, eine Kunstschule besuchen. Vier Jahre absolvierte er die Kunstakademie in Karlsruhe, wo er Schüler bei Professor Schönleber war. Später wurde er Meisterschüler bei Professor Dücker an der Kunstakademie Düsseldorf. Karl Jutz der Jüngere wurde ein bedeutender Landschaftsmaler, dessen Werke häufig auf Auktionen auftauchen. Wie sein Vater war er auf großen nationalen und internationalen Ausstellungen vertreten. In Düsseldorf war er zweiter Vorsitzender des „Vereins zur Veranstaltung von Kunstausstellungen“, Mitglied des „Malkastens“ und des „Vereins Düsseldorfer Künstler zur gegenseitigen Unterstützung und Hilfe“. 1915 fiel Karl Jutz der Jüngere im Alter von 42 Jahren während des 1. Weltkrieges in Rußland.

Ein Jahr später, am 31. 8. 1916, verstarb auch Carl Jutz d.Ä. In seiner Sterbeurkunde ist merkwürdigerweise zu lesen, er sei ein „Sohn des Lederhändlers August Jutz, verstorben und zuletzt wohnhaft in Louisville (Amerika) und seiner Ehefrau, Vor- und Geburtsname unbekannt, verstorben und zuletzt wohnhaft in Lichtental¹⁷“. Wie es zu solchen Widersprüchlichkeiten kam, konnte nicht geklärt werden. Vielleicht ist die Ursache in den unruhigen Zeiten zu suchen, in denen Carl Jutz gelebt hat (48er Revolution, Krieg 1870/71) und gestorben ist (1. Weltkrieg). Vielleicht hat er auch über Herkunft und Werdegang nicht viel erzählt. Daß er es ohne die entsprechende Schulbildung so weit gebracht hat, ist jedenfalls eine Leistung, auf die er stolz sein konnte.

Carl Jutz, der sehr produktiv war und seine Werke gut verkaufen konnte, verbrachte seine letzten Lebensjahre in Pfaffendorf bei Koblenz. Seiner Todesanzeige ist zu entnehmen, daß seine Familie im ganzen Land verstreut wohnte. Nachkommen sind nicht mehr zu finden. Auch bei Museen oder Auktionshäusern ist kein Nachlaßverwalter bekannt.

So bleiben einige Geheimnisse und Unklarheiten um den Mann, der vor 150 Jahren in Windschläg geboren wurde.

Sein großer Erfolg zu Lebzeiten hängt wohl damit zusammen, daß die Tiermalerei wie die Landschaftsmalerei im 19. Jahrhundert eine starke Nachfrage erlangten. Diese erklärt sich wohl aus der zunehmenden Industrialisierung und der damit einhergehenden Entfernung und Entfremdung des Menschen von der Natur. Man wollte sich mit solchen Gemälden die Natur in die eigenen vier

Wände holen. Vielleicht sah man in dieser Malerei angesichts der Veränderungen, die sich im 19. Jahrhundert im politischen und gesellschaftlichen Leben vollzogen, auch einen Ruhepunkt, frei von politischen und sozialen Aspekten.

Die Thematik der Jutzschen Malerei erstreckt sich fast ausschließlich auf die Bewohner des Hühnerhofs; selten sind andere Tiere oder landschaftliche Details hervorgehoben. Meist handelt es sich um kleinformatige Bilder (11 x 15 cm, 14 x 17 cm), welche Geflügel am Bach, am Dorfteich, im Hühnerhof, hinter dem Haus usw. zeigen. Seine Bilder sind von eigenartiger Farbgebung, metallisch glänzende Töne, und bis ins kleinste Federchen mit miniaturartiger Genauigkeit ausgeführt.



„Hühnerhof mit Pfau“ 1893, 17,4x23 cm, Öl auf Holz, Galerie Paffrath.

Eine Ausnahme ist das Werk „Kämpfende Hähne“. Im Gegensatz zu den übrigen Bildern, welche fein ausgemalt sind, zeigt es fast in Lebensgröße zwei miteinander kämpfende Hähne. In einem Buch über Rheinische Malerei wird es als „Malkasten-Scherz“ bezeichnet.¹⁸ Jutz hat bei diesem Werk vielleicht sein wahres Können gezeigt; nur konnte er solche Bilder eben nicht verkaufen, denn er mußte sich an dem Geschmack bzw. den Interessen der damaligen Kunstsammler orientieren.

Auch heute ist Carl Jutz d.Ä. ein gefragter Künstler. Seine Bilder haben eine Preisentwicklung genommen, die er sich zu Lebzeiten wohl nie erträumt hätte (30000–100000 DM). Im Verhältnis zur Größe seiner Bilder ist er wohl der teuerste Maler der gesamten Düsseldorfer Schule. Dem Kaufinteressenten muß beim Erwerb eines Jutz-Bildes zur Vorsicht geraten werden – wohl als Folge der recht hohen Preise sind einige Fälschungen auf dem nationalen und internationalen Markt aufgetaucht.

Anmerkungen

- 1 Taufbuch der Pfarrei St. Pankratius Windschläg
- 2 Familienbuch der Pfarrei St. Pankratius Windschläg
- 3 Totenbuch der Pfarrei St. Bonifatius Lichtental
- 4 August Knip, geb. 11. 2. 1819 in Amsterdam, Mitglied einer bekannten Malerfamilie
- 5 Polizeikartenregister München, Serie VI, Nr. 27229
- 6 Karl von Piloty, 1826–1886, seit 1856 Professor, seit 1874 Direktor der Münchner Kunstakademie
- 7 Ludwig Willroider, Maler, 1845–1910
- 8 Anton Braith, Maler, 1836–1905
Nach Anton Braith und Christian Mali, ebenfalls Maler, ist das Braith-Mali-Museum in Biberach an der Riß benannt. In dessen Besitz befindet sich ein Bild von Carl Jutz mit dem Vermerk: Aus alter Freundschaft Anton Braith gewidmet von Carl Jutz
- 9 Max von Pettenkofer, 1818–1901. Hygieniker, geadelt 1883, 1853 Professor für medizinische Chemie, 1865 erster Professor für Hygiene in Deutschland
- 10 Das Original befindet sich im Pettenkofer-Institut in München
- 11 Kunstchronik XXVII. Jahrgang, Nr. 43 vom 8. 9. 1916
- 12 Amtlich gemeldet ab 11. 1. 1867, wohnhaft Adlerstraße 74
- 13 Christian Kröner, Maler, 1838–1911
- 14 Andreas Achenbach, Maler, 1815–1910, Professor in Düsseldorf, 1885 Ehrenbürger der Stadt Düsseldorf
- 15 Aus: Boetticher, Malerwerke des 19. Jahrhunderts
- 16 Staats-Anzeiger für das Großherzogthum Baden vom 6. Juli 1892
- 17 Eintrag Nr. 176 im Personenstandsbuch des Standesamtes Ehrenbreitstein.
- 18 W. Cohen, Hundert Jahre rheinische Malerei. 1924

Die Aufnahmen hat der Verfasser angefertigt.

Für die Erlaubnis zur Veröffentlichung der Fotos bedankt er sich beim Baldreit-Museum Baden-Baden, beim Künstlerverein „Malkasten“ Düsseldorf und bei der Galerie Paffrath in Düsseldorf.

Heimatliebe und Weltbürgertum

Zum 90. Geburtstag des Malers Professor Otto Laible

Manfred Hildenbrand

Heimatliebe und Weltbürgertum schließen sich nicht aus, sie ergänzen sich. In welcher Weise ein badischer Maler heimatverbunden und zugleich welt-offen sein kann, zeigt das umfangreiche Oeuvre des Künstlers Professor Otto Laible, dessen 90. Geburtstag seine Vaterstadt Haslach i. K. vom 8. bis 29. Mai 1988 mit einer großen Gedächtnisausstellung im ehemaligen Kapuzinerkloster in Haslach beging.

In Haslach i. K. hat am 14. Januar 1898 das Leben von Otto Laible begonnen, und hier ging es auch am 22. April 1962 in seinem Atelierhäuschen zu Ende. Zwischen diesen 64 Jahren liegt ein durch künstlerisches und pädagogisches Arbeiten erfülltes, freilich zu früh beendetes, aber im hinterlassenen Werk und in den Schülern weiterwirkendes Leben. Wohl waren Ausgangs- und Schlußpunkt dieses Künstlerlebens das reizvolle Städtchen im Kinzigtal, aber in den Jahrzehnten dazwischen formte das in seinen Bildern fruchtbar gewordene Erlebnis der großen europäischen Malerlandschaften Frankreichs, Italiens, Spaniens, Hollands und der Schweiz die geistig-künstlerische Haltung Otto Laibles, den Haslach zu seinen berühmtesten Söhnen zählen darf.



*Otto Laible vor seinem Ölgemälde
„Am Meeresstrand Eckernförde“
von 1952.*

Otto Laible, der als Sohn des Haslacher Lehrers Eduard Laible geboren wurde, hatte schon in jungen Jahren keinen anderen Wunsch, als seiner künstlerischen Begabung zu leben. Er wollte auf keinen Fall Lehrer werden, wie es seine Familie von ihm verlangte. Man schickte ihn aufs Lehrerseminar, und als dies zu Mißlichkeiten führte, steckte man ihn in eine Graveurlehre, was von Otto Laible als Zwang und nicht als eigentliche Berufung empfunden wurde, obwohl es künstlerisches Schaffen immerhin tangierte. Bis 1915 hielt er es in dieser Lehre aus, und dann brachte der Kriegsdienst bis 1918 zwar keine glücklichen Erlebnisse — er machte die mörderischen Materialschlachten bei Verdun und an der Somme mit und wurde verwundet — aber wenigstens Aufschub der Berufsfrage, bis er ihr mit 20 Jahren sicherer entgentreten konnte.

Die Studienjahre in Karlsruhe

Die Familie drängte ihn zwar immer noch, einen „soliden“ Beruf zu ergreifen, doch der junge Laible war jetzt entschlossen, Künstler zu werden. So einigte man sich zunächst auf einen Kompromiß: Otto Laible sollte sich auf der Kunstgewerbeschule in Karlsruhe als dekorativer Entwerfer und Schmuckzeichner ausbilden lassen. Dies gelang auf Anhieb so gut, daß er den ersten Preis in einer Fachklasse erhielt und dann mit einem Teil der Schule nach Pforzheim übersiedelte, wo die Praxis der Schmuckerzeugung ihm gute berufliche Chancen eröffnen konnte.

Aber gerade durch diese Erfolge in seinem Selbstbewußtsein gestärkt und überzeugt, daß er Besseres und Wesentlicheres leisten könnte und müßte, faßte er endgültig den Entschluß, nicht angewandter, sondern freier Künstler zu werden. 1921 begann er sein Studium an der Landeskunstschule in Karlsruhe, an der seit Mitte des 19. Jahrhunderts, seit Johann Wilhelm Schirmer 1834 Direktor geworden war, sich eine nahezu ununterbrochene Tradition hervorragender Malerei entwickelt hatte. Für das Schulgeld und den Unterhalt mußte Laible allerdings weitgehend selbst aufkommen. Er verdiente sich das Nötigste durch grafische Aufträge und Bemalen von Vasen der Karlsruher Majolika-Manufaktur.

Seine Lehrer an der Landeskunstschule waren zunächst Georg Scholz, ein profiliertes Vertreter der Neuen Sachlichkeit in Malerei und Zeichnung, sowie Walter Conz, ein hervorragender Lehrer für die grafischen Techniken, vor allem die Radierung. Schließlich war Laible zehn Jahre lang Meisterschüler bei Ernst Württemberger, jenem begnadeten Lehrer, der eine ganze Malergeneration an der Karlsruher Landeskunstschule prägte. Die extreme Gespaltenheit der zwanziger Jahre spiegelt sich in Laibles Akademielehrern wider. Ernst Württemberger war der Erbe von Hans Thoma und damit Sachverwalter der Maltradition bis ins 19. Jahrhundert zurück. Georg Scholz sprach mit seinem bösen sozialkritischen Realismus die Ziele der Revolution, von George Grosz und der Dada-Bewegung aus. Beide Professoren bestimmten gleichermaßen

Laibles Werdegang in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren, wobei Württembergers Lehre sich vor allem handwerklich und im genauen Studium der alten Meister, vornehmlich der Franzosen des 19. Jahrhunderts, auswirkte, während Scholz dem jungen Maler den Blick auf die soziale Realität, auf die Großstadt und ihre Menschen schärfte. Otto Laible hat zeitlebens diese elementaren Grundlagen in seinem Werk verarbeitet.

Das Frühwerk und die Pariser Studienaufenthalte

Das Frühwerk Otto Laibles ist gekennzeichnet durch die Umwelt seiner Schwarzwälder Heimat. Da gab es meisterhafte Skizzen, mit dem Bleistift schnell hingeworfen, die Haslacher Charakterköpfe und Originale aus Laibles Jugend darstellen. In der Meisterschaft, den Zeichenstift zu gebrauchen, hatte Laible viel Verwandtes mit seinem Landsmann, dem „nährischen“ Maler Carl Sandhaas, dem anderen großen Haslacher Künstler. Mehrere Ölbilder des jungen Laible zeigen die landschaftliche Eigenart seiner engeren Heimat, ihre Menschen, Gewohnheiten, Sitten, Gebräuche — alles in meisterhafter Form festgehalten. Die allmonatlichen Viehmärkte in Haslach, alte Höfe im Kinzigtal, Frauen und Mädchen in Tracht, Bauernfamilien, Seiltänzerszenen, malerische Winkel in Haslach sind Motive, die er aufgegriffen hat. Klarheit und Zartheit sowie eine nie in expressionistische Leidenschaft verfallende gegenständliche Thematik sind die Kennzeichen des jugendlichen Malers. Laible ge-



Clochards in Paris. 1926, Rohrfeder

hörte nie zu den radikalen Experimentatoren der abstrakten Malerei, vielmehr blieben seine Arbeiten stets durch formale Ausgewogenheit und malerische Feinfühligkeit gekennzeichnet.

Von Haslach führte der Weg Otto Laibles in die Welt. Auf Anraten von Professor Ernst Württemberger ging Laible zum Studium nach Paris. Er erlebte die französische Hauptstadt als künstlerische Offenbarung und besuchte Paris von 1924 bis 1932 regelmäßig in den Sommermonaten zu Studien an den verschiedenen privaten Akademien. Die französischen Studienjahre waren ausgefüllt mit intensivem Studium der großen französischen Maler. Von ihnen gibt es ausgezeichnete Kopien, die Laible fertigte.



Montmartre Paris. 1932, Öl

Das Wirken der Linie und die lineare Bildkonstruktion hatte sich Laible vorzüglich bei Ernst Würtemberg in Karlsruhe angeeignet. Zuchtvoll und streng hatte er die Linie gehandhabt. In Paris wurde seine Hand gelöst. Seine Linien wurden leicht und melodios, und bald beherrschte er virtuos die Tonkala, ließ sie an- und abschwellen im Puls seiner sensiblen Hand. In Paris lernte Laible auch erst richtig die Farben sehen, ihren Schmelz, feine und feinste Nuancierungen, ihre Klänge, ihre Augenmusik der malerischen Kontraste. Otto Laible entwickelte und pflegte in jener Zeit seine kultivierte Malerei und malte Bilder, in denen Paris lebt: der Himmel, die Seine, die Häuser, die Straßen, die Menschen. Es gibt nicht wenige Verehrer der Malerei Otto Laibles, die gerade diese Bilder aus Paris besonders schätzen. Und in der Tat, sie sind an Malkultur, an Feinheit der „peinture“ kaum zu übertreffen. Bessere Straßenbilder hat auch Utrillo nicht gemalt, luftigere Flußbilder nicht Pissaro, köstlichere Caféhausszenen nicht Toulouse-Lautrec. Als Zeichner fixierte Laible jetzt souverän die Spontaneität des künstlerischen Augenblicks, wobei er konzentriert alles Überflüssige wegließ und dadurch der schnell das Lineare erfassenden Zeichnung, zugleich in der Stufung der Graus bis zur Satttheit des vollen Schwarzstrichs, das Atmosphärische der Situation, sensible Valeurs hinzugewann.

In seinen nun folgenden Reisen nach Holland fand Otto Laible die lyrische Auflösung des Hell-Dunkel, dieses eminent malerische Licht, das meerdunstmild die Farben der Dinge mattiert, ihnen die feinsten Hell-Dunkel-Abstufungen schenkt. Es entstanden Häuserbilder, in denen ein paar braunen Klinkerwänden die erstaunlichsten Farbmodulationen abgeschmeichelt wurden, es entstanden Straßenbilder, in denen das geschäftige Leben der Händler kreist, Brücken und Takelagenbilder, in denen schon die Weite des Meeres schwingt.

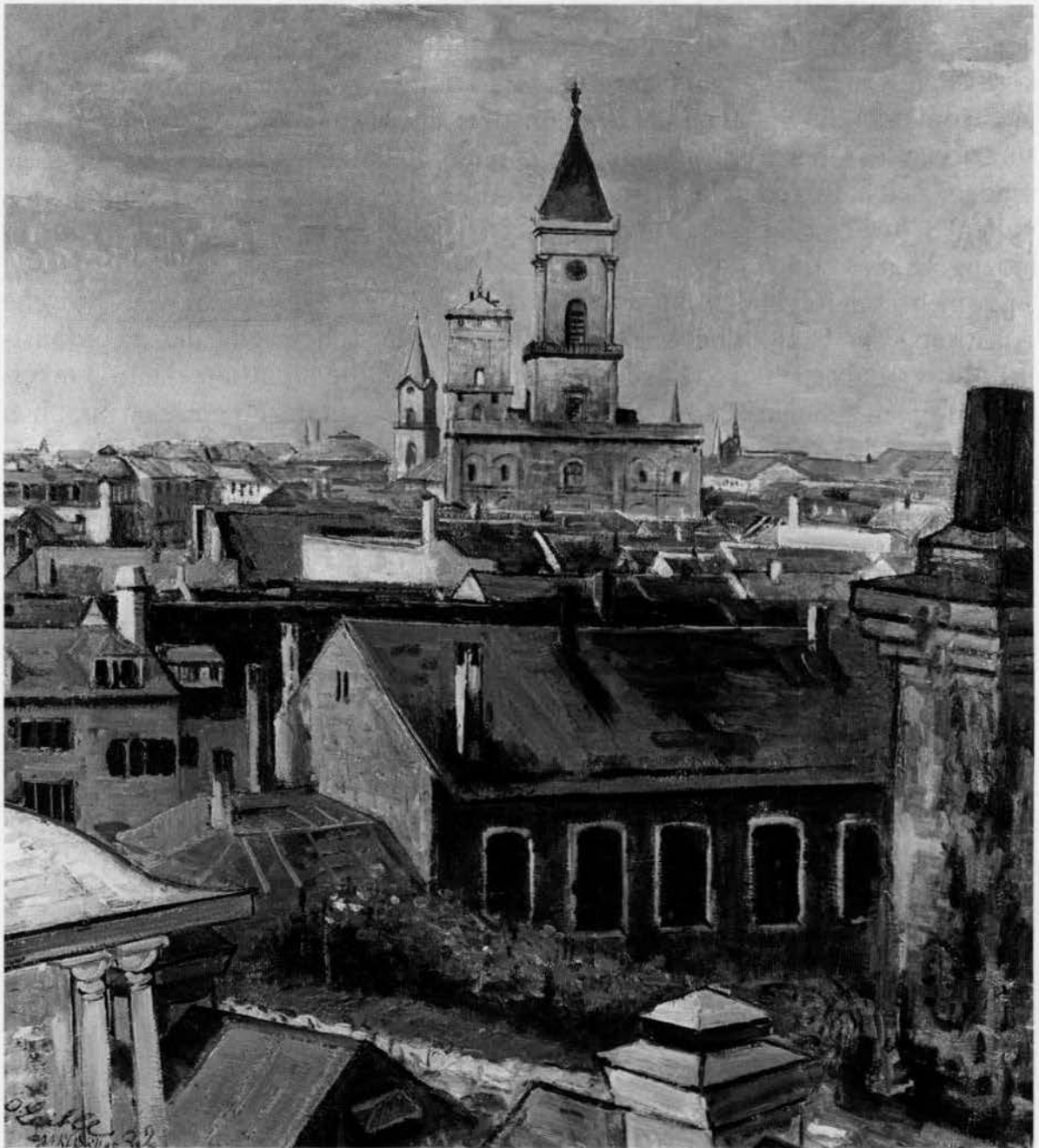


Damen in einem Pariser Café. 1932, Bleistift

Seit 1929 war Otto Laible als freischaffender Künstler endgültig in Karlsruhe ansässig. 1932 widerfuhr ihm eine doppelte Ehrung: Er erhielt den Badischen Staatspreis und den Kunstpreis der Stadt Karlsruhe.

Die schwierigen Jahre der NS-Zeit

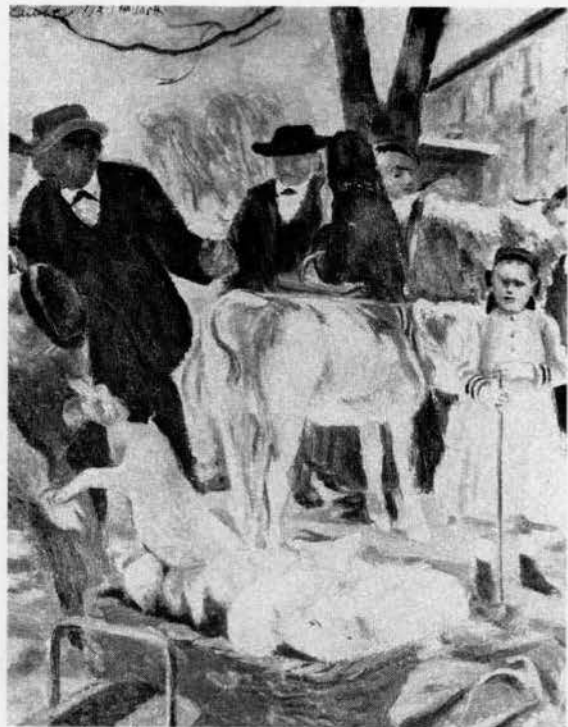
Im Jahre 1933 schlug man Otto Laible für den Rompreis und für eine Professur an der Staatlichen Kunstakademie in Karlsruhe vor. Doch in diesem Jahr der Machtübernahme durch das Dritte Reich änderte sich die deutsche Kulturpolitik entscheidend. Das künstlerische Schaffen sollte von nun an in den Dienst der Nation eingliedert werden und sich nicht mehr frei entfalten dürfen. Die



Türme der Stadt Karlsruhe. 1932, Öl



Bauernhochzeit in Hofstetten. 1932, Öl



Viehmarkt in Haslach. 1931, Öl

Kunst sollte durch Darstellung schöner blonder Menschen die Rassenpolitik des Nationalsozialismus unterstützen und durch Darstellung heroischen Verhaltens Leitbilder für das verführte Volk schaffen. Laible schloß sich dieser Aufforderung zu falschem Pathos nicht an und zog deshalb in Karlsruhe, wo die Nazi-Kulturpolitik bald fanatisch verfochten wurde, scharfe Kritik auf sich. Gerade das, was ihn künstlerisch so weit vorgebracht hatte, machte ihn jetzt verdächtig: seine Liebe zu Paris, zur französischen Malerei, zu ihrer frohen Botschaft aus Licht und Farbe. Wer so malte, wurde damals der geistigen Konspiration mit dem französischen Erbfeind bezichtigt, zumal, wenn er noch Briefe mit jüdischen Freunden in Frankreich wechselte. Die Nazi-Machthaber bezeichneten Otto Laible als „Französling“ und versagten ihm jede öffentliche Chance.

Es begannen schwere Jahre für den Künstler. Neben dem Atelier in Karlsruhe richtete er sich in seiner Heimatstadt Haslach auf dem „Rotkreuz“ ein kleines Atelierhäuschen ein und lebte von Gelegenheitsarbeiten, die ihm zufließen. Freunde vermittelten Grafikaufträge, Bauern im Kinzigtal kauften seine Blumenbilder, bestellten ihre Porträts. Auch zahlreiche Haslacher Bürger kauften damals seine Bilder. Viel kam nicht dabei heraus. Wann immer seine kargen Mittel es ihm erlaubten, unternahm Laible Reisen, um sein Blickfeld zu erweitern und Eindrücke zu sammeln. 1933 fuhr er nach Holland, 1935 nach Florenz, Rom und noch einmal nach Paris.

Den Zweiten Weltkrieg hat Otto Laible als einfacher Soldat vom ersten bis zum letzten Tag miterlebt. Als Soldat nutzte er jede Gelegenheit, Maler zu sein. Was er jedoch damals nicht malte, sind die Sujets der Kriegsmaschinerie



Russischer Bauernjunge. 1943, Bleistift

und ihre Zerstörungen: rollende Panzer, angreifende Flugzeuge, zerschossene Häuser, Züge von Gefangenen. Betrachtet man seine Bilder aus dem Zweiten Weltkrieg, hauptsächlich Zeichnungen und Aquarelle, dann gewinnt man den Eindruck, daß er mit seiner Kunst dem Krieg eher aus dem Weg gehen wollte und das Menschliche suchte, wo es noch übriggeblieben war. Beeindruckend sind besonders Laibles Zeichnungen, die er im Rußlandfeldzug fertigte: Verängstigte russische Bäuerinnen und Mädchen, schlaksige junge Bauernjungen, der durch den russischen Steppenwinter ziehende Schlitten, das dörfliche Treiben auf schlammigen Wegen, das Markttreiben in Smolensk, eine russische Bauernstube mit unverwechselbaren Typen aus der russischen Landbevölkerung.

Das Spätwerk der Nachkriegszeit

Nach kurzer englischer Gefangenschaft kehrte Otto Laible Ende 1945 nach Karlsruhe zurück. Sein Atelier in der Gartenstraße in Karlsruhe war den Bomben zum Opfer gefallen. Ein Großteil seines Frühwerkes war zerstört. Sofort begann er wieder zu malen, zu zeichnen, zu aquarellieren. In den folgenden Jahren holte man nach, was 1933 nicht geschehen konnte. Im März 1949 wurde Otto Laible Professor an der traditionsreichen Staatlichen Kunstakademie in Karlsruhe und lehrte dort gemeinsam mit Walter Becker, Erich Heckel, Karl Hubbuch, Georg Meistemann und Wilhelm Schnarrenberger. Zahlreiche Reisen an die Ostsee, nach Sylt, nach Spanien spiegeln sich in seinen Bildern wi-



Spanisches Fest. 1954, Öl

der, die in den fünfziger Jahren entstanden. Er reiste wieder nach Frankreich und besuchte dort vor allem Paris. Die Stadt und ihre Kunst hatten durch den Krieg ihre Anziehungskraft nicht eingebüßt.

Das damals entstandene Spätwerk Laibles ist stark beeinflusst durch die französischen Maler Henry Matisse und Georges Braque, deren wohlgestimmte Farbigkeit und dekorative Liniensprache, aber auch deren einfache Abstraktion Laible begeisterte. Die Landschaft, die menschliche Gestalt und das Stilleben wurden in seinem Spätwerk zu Hauptmotiven seiner Malerei. Dabei kam die Beschäftigung mit den Gesetzmäßigkeiten des Ornaments, das in seiner natürlichen Flächigkeit das Gesamtschaffen Laibles bestimmte. Körper und Raum wurden nicht mehr in erster Linie als plastische Dimension gesehen, sondern als Angebot zu rhythmisch-dekorativer Flächenspannung. In seinem Spätwerk gelang Laible eine neue Bildform: Freie ornamentale Kompositionen, großzügige Malereien in Aquarell und Öl. Spontaner Ausdruck, sicheres handwerkliches Können und lateinische Klarheit der Formulierungen vereinigen sich zu Bildern von großartiger existenter Sicherheit. Ein paar Häuser erwachen aus ihrem staubigen Schlaf. Muscheln am Strand von Eckernförde werden zu neuem Dasein erweckt. Ein Büschel Unkraut wird zur Arabeske. Ein Tisch mit einer gemusterten Decke, Krug, Schale, ein paar Flaschen, Früchte — die Dinge sind fern von Sinnlichkeit und doch sinnhaft, schön. Das Geheimnis dieser Schönheit ist eine rhythmische Verwandlung, vor allem aber eine farbliche Verwandlung; Laible bevorzugte jetzt Farben von gedeckten Tönen, die sich meist aus dem Farbklang Rot-Beige und Blau-Grün aufbauen. Wir entdecken jetzt in seinen Bildern schwebende Eisblaus, tiefe Goldocker, erdige Rots,



Stilleben. 1950, Aquarell

luftige Grüns, spritzige Gelbs, sanfte Violetts, vorwitzige Oranges, köstliche silbrige Rosas und Olivgraus, ernste Ultramarins.

„Alles, was in Otto Laible angelegt war, seine Musikalität, seine Lebensfreude, sein Erzähl talent, alles, was er erstrebt und erlernt hat, seine zeichnerische Virtuosität, sein hochsensibles Farbgefühl, der Hang zu rhythmisch-dekorativen Zusammenschlüssen, die intellektuelle Kühle, mit der er die bildnerischen Medien bedachte, und die emotionale Wärme, die er den Erscheinungen der Welt entgegenbrachte, all das wird sichtbar in seinen späten Werken.“ (Gerhard Grimm, *Der Maler Otto Laible*, München 1970, S. 31/32). Dies wird auch überzeugend belegt mit den großen Wandmalereien, die Laible 1953 an den Außenfassaden des Haslacher Rathauses anbrachte. Mit diesem großen Auftrag seiner Vaterstadt bewies er, wie meisterhaft er nicht nur die Geschichte Haslachs und das Brauchtum des Kinzigtals darzustellen wußte, sondern auch, wie sicher er seine Bildglieder in die vorhandene Architektur einbaute und so eine hervorragende Gesamtkonzeption schuf. Mitten im reichen Schaffen wurde Otto Laible von schwerer Krankheit heimgesucht. Seine Bilder gewannen an Verinnerlichung, zeichneten sich aus durch die Gelassenheit und Weisheit des Alters, durch die Noblesse des Mannes von Welt, durch seine Kultur, dem Leben Stil zu geben, durch einen unnachahmlichen Charme, jener Verzauberung, die sein Spätwerk charakterisiert. Noblesse, Kultur und Charme — sie mündeten 1962 in einen allzu frühen Tod.



Wegschleife über Haslach (Urenkopf). 1951, Öl

Was den Besucher von Otto Laibles Bildern besonders beeindruckt, sind die malerische Kultur, die strenge Konsequenz der Darstellung, der ausgeprägte Sinn für Ordnung und Klarheit, die Sicherheit in der Verwendung der klassischen Mittel der Malerei und Bildarchitektur, die trotz einer fesselnden künstlerischen Spannung nie zu unkontrollierten Entladungen führte, sodann die lichte Farblichkeit seiner Bilder, die trotz der französischen Leichtigkeit und Delikatesse des Kolorits von einer Gründlichkeit in der Durcharbeitung der Komposition geprägt wird. Otto Laible war ein unermüdlich schaffender, schöpferischer Künstler, der auch in seinem privaten Bereich die Ruhe, Stille und Harmonie, das klassische Maßhalten, das seine Bilder auszeichnet, geschätzt hat. Um ihn hat es nie Wirbel gegeben, er war ein stiller Mann, ein Mann der Intensität, der bis zuletzt dem handwerklichen Geiste treu blieb, in dem er aufwuchs und in dem er seine Bilder schuf. „J'aime la règle qui corrige l'émotion.“ Dieses Wort von Georges Braque, das Laible selbst gern zitierte, umreißt und charakterisiert wohl am besten sein Leben und Werk. Für Laible war Malerei in erster Linie Sache der Empfindung, aber auch des analytischen Verstandes. Man findet bei Laible kein Bild, in dem er sein Temperament nicht unter Kontrolle zu halten mußte. Für ihn war Malerei die vornehme geistige Konzeption eines Künstlers, der sich der großen Tradition der europäischen Malerei verantwortlich wußte.

Die ständige Otto-Laible-Ausstellung im „Freihof“ in Haslach

Am 26. Juni 1985 wurde vom baden-württembergischen Wissenschaftsminister Professor Dr. Helmut Engler im Hansjakobhaus „Freihof“ die ständige Otto-Laible-Ausstellung eröffnet. Der „Freihof“ beherbergt seitdem nicht nur das Werk Heinrich Hansjakobs und die Bilder der Maler Carl Sandhaas (1801—1859) und Louis Blum (1822—1854), sondern auch einen wesentlichen Teil des Oeuvres von Otto Laible. Die Witwe des Künstlers, Frau Johanna Laible, hat als großzügige Geste für diese Ausstellung zahlreiche Bilder aus dem malerischen Nachlaß ihres Mannes der Stadt Haslach vermacht.

In der ständigen Otto-Laible-Ausstellung sind neben verschiedenen Erinnerungsstücken an den Menschen Otto Laible eine umfangreiche Sammlung von Ölbildern, Aquarellen und Zeichnungen des Künstlers zu sehen, insgesamt fast zweihundert Bilder. Die Haslacher Ausstellung ist motivlich von seltener Konzentration, enthält sie doch vornehmlich Laibles Kinzigtäler Bilder. Die Darstellungen aus dem Kinzigtal und aus der bäuerlichen Welt rings um Haslach sind ein Dokument der Verbundenheit mit der heimatlichen Region und ihrer Kultur. Für den weltoffenen Maler Otto Laible, dessen künstlerische Heimat Paris und die große französische Maltradition wurde, blieb die Vaterstadt Haslach zeitlebens eine Art Fluchtburg. In seinem Atelierhäuschen am Waldrand über Haslach zog sich der Künstler oft zurück, um in Ruhe und Konzentration zu arbeiten.



Selbstporträt. 1930, Öl

So sehen wir in dieser Ausstellung, daß für den Maler der Pariser Straßencafés, der Amsterdamer Hafengebäude, der Ostseeestrände und der spanischen Terrassen auch die Motivwelt in und um Haslach stets interessant blieb: die Altstadt Haslachs, die Gehöfte in den Tallagen des mittleren Schwarzwaldes, die Bauern in den niedrigen Stuben, an der Hochzeitstafel im Dorfwirtshaus, beim sonntäglichen Kirchgang, die Frauen und Mädchen in Tracht, die Viehhändler auf dem Haslacher Schweinemarkt. Otto Laible hat sie treffend erfaßt in großartigen Porträt- und Figurenzeichnungen, in subtil aus Valeurs entwickelten Ölbildern, in spritzig und gleichzeitig bedacht entworfenen Aquarellen. Es sind Bilder von bewußter Zurückhaltung der Farbgebung, aber eindringlicher Typisierung, Bilder, heute bereits von geschichtlichem Gewicht in unserer so veränderten Welt. Die im „Freihof“ in Haslach ausgestellten Bilder zeigen überzeugend, daß Heimatliebe und Weltbürgertum bei Otto Laible eng zusammengehörten.

Die Aufnahmen wurden vom Verfasser zur Verfügung gestellt.

Literaturauswahl

Gerhard Grimm, Otto Laible — der Mann und sein Werk. Ekkhart-Jahrbuch 1964, S. 125—133.

Gerhard Grimm, Der Maler Otto Laible. München 1970.

Hans H. Hofstätter, Otto Laibles Zeichnungen. Karlsruhe 1978.

Leo Mühlfahrt, Otto Laible, Leben und Werk. Schriftenreihe der Museumsgesellschaft Ettlingen e.V., Bd. 13. Ettlingen 1978.

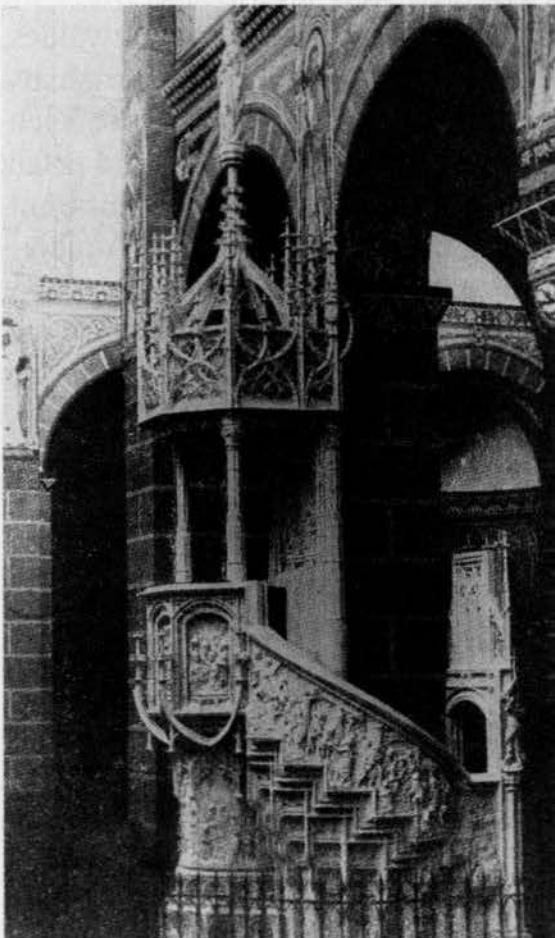
Ingrid Popp, Der Maler Otto Laible (1898—1962). Dissertation Karlsruhe. Freiburg 1986.

Ludwig Vögely, Dem Maler Otto Laible. Badische Heimat 4/1987, S. 569—580.

Zwei Kanzeln der Gengenbacher Stadtpfarrkirche „St. Marien“

Julius Roschach

Als im Jahre 1981 die ehemalige Gengenbacher Klosterkirche renoviert werden sollte, erregte die Gengenbacher nicht bloß die Frage, ob die Ausmalung der Kirche beibehalten oder ob sie ähnlich dem Schwarzacher Münster im Innern weiß getüncht werden solle. Man stritt aber auch über die an der Südseite des Schiffes angebrachte neo-gotische Kanzel, ob sie, um Platz zu gewinnen, nicht an einer anderen Stelle angebracht werden könne, ja ob sie nicht überhaupt entfernt werden müsse, da sie nicht in den romanischen Kirchenraum passe. Doch blieb sie gleich der Ausmalung der Kirche erhalten, zumal sie als unstrittig „eine der bedeutendsten keramischen Leistungen der damaligen Zeit in Deutschland“ galt. Ihre Entstehung verdankt sie dem Ofen- und Tonwarenfabrikant Carl Roth in Baden-Oos, der sie im Gedenken an die Gengenbacher Familie Beckmann, aus der seine Frau stammte, der Kirche schenkte.



Die von Carl Roth gestiftete und angefertigte neo-gotische Kanzel.

Als 1892 – 1906 die vorzügliche Barockausstattung der Klosterkirche entfernt und sie in neo-romanischem Stil restauriert wurde, ergab sich auch die Notwendigkeit, einen Ersatz für die barocke Kanzel zu schaffen.

Den Entwurf lieferte der damalige erzbischöfliche Baudirektor Max Meckel. Nach ihm modellierte der Bildhauer G. A. Busch in Großsteinheim (bei Hanau, Hessen) die Kanzel, die Roth in seiner Fabrik innerhalb 17 Monaten mit 24 Arbeitern anfertigte. Die Kosten beliefen sich auf 35 000 Goldmark. Am 25. September 1900 wurde sie unter großer Beteiligung der Bevölkerung eingeweiht. Sie ist aus Terrakotta in weißer Farbe angefertigt. Angebracht ist sie an der südlichen Wand des Langhauses und zwar am zweiten Pfeiler hinter der Vierung. Durch einen Eingang mit der Darstellung „Mariä Krönung“ gelangt man über eine gewundene Treppe zum Kanzelkorb. Die Treppenwange läßt Tritt- und Setzstufen der Kanzeltreppe erkennen. Darüber sind Szenen des Leidenswegs Christi dargestellt, die ihre Fortsetzung in den Schauflächen des Kanzelkorbes finden. Fialen (gotische Spitztürmchen) markieren die sechs Ecken. Der reich dimensionierte Kanzelträger zeigt Motive aus dem Leben Jesu (Christi Geburt, Darstellung im Tempel, Flucht nach Ägypten, Jesus lehrt im Tempel). Der Kanzeldeckel wird von vier Säulen getragen, zwischen den



Der Schalldeckel der neo-gotischen Kanzel.

beiden hinteren befindet sich eine Plastik mit der „Heiligen Dreifaltigkeit“. Der Schalldeckel ist an der Unterseite als Rippendecke ausgebildet. Über dem Deckel sind reichlich gegliederte Fialen zu sehen. Die den Kanzeldeckel nach

oben abschließende Säule wird von der Statue der Mutter Gottes, der Patronin der Kirche, gekrönt. Das schmiedeeiserne Gitter, das die Kanzel ursprünglich umzäunte, ist nicht mehr vorhanden.

Eine „Zwillingschwester“ der Kanzel wurde um die gleiche Zeit bei der Weltausstellung in Paris „als wertvolles Kunstwerk ersten Ranges“ mit der großen goldenen Medaille preisgekrönt. Sie fand Aufstellung in der Herz-Jesu-Kirche im Stadtteil Stühlingen zu Freiburg, wo sie bei der Zerstörung der Kirche im 2. Weltkrieg vernichtet wurde.

Wer die Geschichte und den künstlerischen Wert dieser Kanzel kannte, konnte kaum der Beseitigung zustimmen und bedauerte den Entschluß des Pfarrgemeinderats, die Kanzel dem Augustinermuseum in Freiburg, wo sich bereits die Orgel aus der Barockzeit befindet, anzubieten. Das Museum aber wollte dieser Transferierung nur dann zustimmen, wenn die Kosten des Abbaues und des Transportes von der Pfarrgemeinde getragen werde. Das Landesdenkmal-



Darstellung der Kreuzigung Christi an der Kanzel.

amt meldete erhebliche Bedenken an, daß die Kanzel durch den Transport nicht mehr reparable Schäden erleiden werde. So unterblieb der Abbau nur aus Kostengründen. Heute kann man sagen, eine glückliche Fügung verhinderte die für den Abbau geforderten Voraussetzungen und trug damit zum Erhalt dieses bedeutendsten keramischen Werkes der damaligen Zeit in Deutschland bei.

Die Barockkanzel der Klosterkirche

Nicht so gut erging es der Barockkanzel der Klosterkirche. Bei der Entbarockisierung (1892 – 1906) der Kirche wurde sie abgebaut. Von ihr blieb nichts erhalten als die Büsten, die an den Schaufflächen des Kanzelkorbes angebracht waren.

Als bei dem Stadtbrand 1689 auch die Klosterkirche zerstört wurde, benötigte der Neubau auch eine neue Kanzel. Sie wurde dem Bildhauer Philipp Winterhalter in Auftrag gegeben, der die Kanzelbüsten, die Laubwerkkrone des Schalldeckels und den Pinienzapfen am Ende des Kanzelfußes anfertigte, während der Kanzelkorb, die Treppe und der Schalldeckel wahrscheinlich in der Klosterschreinerei hergestellt wurden.



Die Barockkanzel der Klosterkirche.

Sie befand sich am dritten Pfeiler der nördlichen Hauptschiffwand. Eine reich profilierte Treppe führte vom Seitenschiff zum achteckigen Kanzelkorb, der von einer Wandkonsole (Kanzelfuß), die nach unten in einem Pinienzapfen endete, getragen wurde. An den Schaufflächen des mit Ornamenten geschmückten Kanzelkorbes waren sechs Büsten aus Holz angebracht, die am Ende der Kanzeltreppe mit der Büßerin Maria Magdalena und dem hl. Petrus begannen, gefolgt von den vier Evangelisten Markus (mit Löwe), Johannes (mit Adler), Lukas (mit Stier) und Matthäus (Evangelienbuch). Den Schalldeckel zierte ei-



Von Philipp Winterhalter angefertiger Hl. Petrus an der Barockkanzel der Klosterkirche.

ne reich gegliederte Laubwerkkrone mit Voluten und Engeln. (Nach C. Isenmann soll die Kanzel früher mit der Statue des 12jährigen Jesuknaben gekrönt gewesen sein).

Es ist dem Archiv Richard Berger in Gengenbach zu verdanken, daß einer Photographie des Innern der Stadtkirche vor der Restaurierung Ende des 19. Jahrhunderts entnommen werden kann, wie die Kanzel ausgesehen hat.

1806 wurde die Klosterkirche Stadtkirche. Im Laufe der Zeit nahmen die Schäden im Innern der Kirche zu. Das führte zur Restaurierung des Kircheninnern im neo-romanischen Stil. Damit war auch das Ende der Barockkanzel gekommen. Die Bitte des kath. Stadtpfarramtes Lörrach, die Kanzel für die neu zu bauende Kirche in der Diaspora-Gemeinde Brombach (bei Lörrach) zur Verfügung zu stellen, kam gerade zur rechten Zeit. Im September 1900 gelangte sie nach Brombach. Im Laufe der Zeit ging der Schalldeckel verloren, wann, ist nicht bekannt. Das Ende der Kanzel zeichnete sich ab, als 1915 für die Brombacher Kirche eine neue Kanzel erstellt wurde.

Was ist aus dem „schalldeckellosen Barockungetüm“ (so die Akten), wie die alte Kanzel verächtlich bezeichnet wurde, geworden?

Es ist Prof. Hermann Brommer zu verdanken, daß wenigstens die sechs Kanzelbüsten wieder aufgefunden wurden. Sie lagerten verstaubt und unbeachtet im Keller des Augustiner-Museums. In der zum 250. Todestag von Philipp Winterhalter 1977 in den Barockräumen des ehem. Klosters Adelhausen in

Freiburg veranstalteten Gedenkausstellung gelangten die Büsten gereinigt wieder an das Tageslicht. Es kostete Prof. Brommer und dem Museumsarbeitskreis Gengenbach einige Mühen, das Augustiner-Museum zu bewegen, die sechs Kanzelbüsten als Dauerleihgabe dem Städtischen Museum in Gengenbach zur Verfügung zu stellen; sie sind damit heimgekehrt in jene Stadt, wo sie einst vor 273 Jahren von Künstlerhand geschaffen wurden.

Literatur

H. Brommer, Die Kanzelbüsten der ehemaligen Gengenbacher Abteikirche, Ortenau 57/1977; ders., Philipp Winterhalter. Über Leben und Werk. Ortenau 54/1974

Aufnahmen:

Archiv Richard Berger, Gengenbach

Archiv der Stadt Gengenbach

Postkartensammlung Direktor Schubert, Gengenbach

Über Patenbriefe

Wilhelm Marx

Geschenke für das Patenkind waren schon seit Beginn des Patenwesens üblich. Im Straßburger Stadtrecht von 1200 ereifert man sich schon gegen das übermäßige Geldgeschenk, ebenso in Konstanz um 1460. Rostock schreibt 1652 vor, daß das Patengeld einen Dukaten nicht überschreiten dürfe. In Braunschweig scheinen 1529 zwei Denare als „Vadderngulden“ angemessen.

Als Umhüllung für das Patengeld diente ein *Seidenbeutelchen*. Belege dafür gibt es in den verschiedensten deutschen Landschaften bis ins 17. und 18. Jahrhundert. Man bezeichnete sie als „Dodenbeutel, Dedebitel, Dödebüttel“. Sie waren gestickt oder aus Seide genäht und bestickt. Die Seidenbeutelchen waren noch in Gebrauch, als sich die papierene Umhüllung schon durchgesetzt hatte.

Neben dem Seidenbeutelchen gab es seit dem 17. Jahrhundert in der Gegend von Augsburg, Nürnberg und Ulm die sogenannten *Dukatenbüchschchen*. Das waren flache Döschen von 2–4 cm Durchmesser aus Silber in Filigranarbeit, die den Zweck hatten, den Patentaler aufzunehmen. Sie wurden von Ulmer und Gmünder Silberschmieden gefertigt. Diesen fränkischen Dukatenbüchschchen entsprachen die süddeutschen „Krösenbüchserl“¹. Eine größere volkscundliche Bedeutung erlangten die Seidenbeutelchen und Dukatenbüchschchen aber nicht. Sie hatten nur die Aufgabe, das Geld aufzunehmen und scheinen nur in gutbürgerlichen Kreisen üblich gewesen zu sein.

Der Patenbrief

Die wichtigste und verbreitetste Umhüllung des Patengeldes ist der Patenbrief. In der Literatur gehen die Bezeichnungen Patenbrief und Gevatterbrief häufig durcheinander. Genauer bezeichnet ist der Gevatterbrief die Einladung zum Patenstehen, Patenbrief der Glückwunsch des Paten an sein Patenkind.

Im Elsaß sagt man „Göttelbrief“, in Schwaben „Dotebrief“, (ehemals in Schlesien „Patenknipsel, -klüppel oder -klöppel“, im Sudetenland „Tuanzettel“; allein im Ermland gab es drei Ausdrücke: Patenzettel, Patenbrief und Patenbild, in Pommern Patenschein).

Der Patenbrief hatte einmal einen urkundlichen Charakter, wie schon aus dem ersten bekannten Patenbrief von 1593 aus Zabern im Elsaß hervorgeht. Er war eine Taufbescheinigung und gleichzeitig eine Geburtsurkunde.

Zum andern hatte er über die urkundliche Bedeutung hinaus den Zweck, den Glückwunsch aufzunehmen. Dieser Wunsch wurde in längeren oder kürzeren Versen ausgedrückt, z. B.:

„Glück, Heil, Segen und langes Leben
Wolle Gott meinem lieben Pfetter² geben.
Den Eltern dazu viel Ehr und Freud
Und allen hernach die ewige Seligkeit.“ (Straßburg)

Neben seiner Bedeutung als Urkunde oder Übermittler von Glückwünschen hat der Patenbrief aber noch einen Erinnerungswert. Die Göttelebriefe des Elsaß gehören zu den Familienerinnerungstafeln. So tragen einige Briefe die Überschrift: „Christliche Erinnerung“, oder „Erinnerung an den Tag der Weihe“, „Andenken an den Taufbund“, „Denkmal der Weihe“ usw.

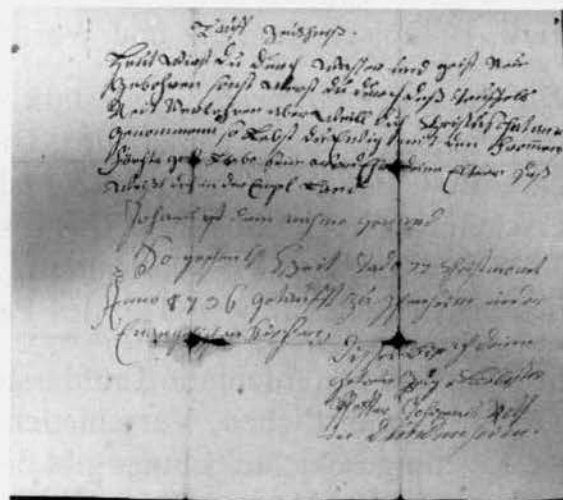
Die Entstehung der Patenbriefe

Seit wann es den Patenbrief gibt, ist nicht genau zu bestimmen. Vermutlich hat er sich aus den Gedenkblättern entwickelt, die im Laufe des 17. Jahrhunderts zu allen Anlässen entstanden, zur Taufe, zur Firmung, zum Namenstag etc. Er war hauptsächlich in bürgerlichen Kreisen üblich. Anfangs Erinnerungsblatt, ist der Taufbrief später zu einem Einwickelpapier geworden und hat sich auch in den äußeren Formen darauf eingestellt, die Umhüllung für den Patentaler zu bilden.

Drei Hauptgruppen von Patenbriefen sind zu unterscheiden:

1. der gedruckte sächsische
2. der handgemalte sudetendeutsche
3. der elsässische Göttelebrief

Einfacher handgeschriebener Zettel von 1736.



Die einfachste Form ist der schlichte handgeschriebene Zettel. Diese einfachen Zettel sind nicht nur im 17., sondern bis weit ins 19. Jahrhundert hinein anzu-

treffen. Die ältesten Formen im Ried gehören dazu. Nach Pieske³ scheinen sie in Norddeutschland häufiger gewesen zu sein als in Süddeutschland. Da diese Zettel aber selten Sammelobjekt gewesen sind, ist das Mengenverhältnis zu den ausgestalteten Patenbriefen nicht genau festzulegen. Sie finden sich im ganzen deutschen Sprachgebiet, auch in Gebieten mit stark ausgeprägten Sonderformen wie im Elsaß und im Sudetenland.

Sachsen bildete den Ausgangspunkt der Patenbriefherstellung. Es verschickte seine graphischen Erzeugnisse in alle Welt und hielt selbst am zähesten an dem Patenbriefbrauch fest, obwohl die gleichen Muster auch in Mecklenburg, Schlesien oder der Mark Brandenburg gedruckt wurden.

Die einzelnen Typen sind verschieden. Die früheste Form sind die großen *Kupferstichblätter*. Sie tragen einen ausgesprochen bürgerlichen Charakter und sind die Erzeugnisse handwerklich guter Kupferstecher. Es sind keine Massenprodukte, wie sie wenige Jahrzehnte später auftraten. Sie sind verwandt mit den sog. Bruderschaftsbriefen, die im 18. Jahrhundert den Mitgliedern der kirchlichen Bruderschaften als Neujahrsglückwünsche gegeben wurden.

Die *kolorierten Holzschnitte*, die vom Jahre 1724 an ihre größte Verbreitung haben, sind die volkstümliche Ausformung der großen Kupferstichblätter. Sie werden ab 1750 sehr beliebt. Vereinzelt sind sie noch 1840 anzutreffen. Ihr Gebiet ist ganz Nord- und Mitteldeutschland einschließlich Schlesien. Übergangsformen zu den späteren Faltbriefen, die den hauptsächlichsten Patenbrieftyp darstellen, sind Kupferstiche, häufig koloriert. Das früheste Exemplar ist von 1745. Eine weitere Verwandtschaft zu den großen Kupferstichen besteht bei den Nürnberger Patenbriefen, die hauptsächlich in der Zeit von 1800 bis 1840 von 4 Nürnberger Kupferstechern gefertigt wurden. Sie wurden in der Gegend von Nürnberg, Bamberg, Bayreuth, Feuchtwangen, Schwäbisch-Hall, Böhmisches-Kamnitz und Warnemünde benutzt.

Die Form der Faltbriefe ist so stark verbreitet gewesen, daß sie als der Patenbrief schlechthin bezeichnet wird. Die frühesten sind ausschließlich Kupferstiche. Erst um die Mitte des 18. Jahrhunderts bis weit ins 19. Jahrhundert erscheinen die Holzschnitte. Das bisher älteste Exemplar ist von 1727, dann 1728, weitere aus den 30er Jahren. Aber erst ab 1750 werden sie so häufig, daß sie den eigentlichen Typ des Patenbriefes ausmachen.

Ihre Illustration umfaßt die Taufdarstellung in der Kirche, die Entwicklung der Tracht des Geistlichen, Verschiedenartigkeit der Taufsteine, die Tabernakel, die Kostümgeschichte. Immer gibt die gehobene Gesellschaftsschicht das Vorbild, nie ist der Anzug des Bauern oder Kleinbürgers zu finden. Das zweitwichtigste Thema der Faltbriefe dürfte die Taufe Christi im Jordan sein. Neben diesen Hauptthemen gibt es eine Reihe von Darstellungen wie die Anbetung der Hl. Drei Könige und Hirten, Jesus am Kreuz, Darstellung von

Gottvater und Sohn auf der Weltkugel, von Engeln mit dem Spruchband umgeben: „Gloria in exelsis deo“, ferner Marienmotive etc.

Den Faltbriefen verwandt sind die sog. *Einsteckbriefe*: große quadratische Blätter bis zu 18 x 18 cm, in neun Quadrate unterteilt (Zusammenfalten wie bei ledernen Geldbörsen). Diese Neuschöpfung wurde in Freiberg (Sachsen) und Schlesien verbreitet.

Von ungefähr 1820 an werden die Faltbriefe durch *Patenbriefe in Briefchenform* abgelöst und bis 1840 fast völlig von ihnen verdrängt. Die Briefchen sind 5 x 8 cm groß und wie die heutigen Briefumschläge gefaltet. Der Taufwunsch steht auf einem kleinen Kärtchen, das mit Geld zusammen in den Umschlag gelegt wird. An das Versiegeln knüpfen sich brauchwürdige Vorstellungen. In den Jahren 1830 bis 1850 hat die Briefchenform ihre weiteste Verbreitung in allen deutschen Landschaften gefunden. Holzschnitt und Kupferstich werden kaum noch verwendet, dafür die Lithographie, später die Chromolithographie (lithographischer Mehrfarbendruck), Prägedruck und zuletzt der Öldruck. Die Bildgestaltung verschwindet bald völlig. An ihre Stelle tritt das Ornament.

Die konsequente Weiterentwicklung der Briefchenform ist der *weiße Pappkasten*, in den ungefähr von 1870 an das künstlich aufgebaute Briefchen gelegt werden mußte. Auf das Briefchen wurde eine Auflage aus Gazebüschen und Papierrüschen getan und gestanzte Goldsterne darüber geklebt. In diesem „Bett“ lag ein Wachspüppchen, mitunter auch Oblaten, die sich abheben ließen und dann den Blick auf ein weiteres Bild freigaben. Die Variationsmöglichkeiten in der Ausgestaltung dieser „Pappkästchen“ waren denkbar groß, verfügte doch eine einzige Patenbrieffabrik in Dresden um 1900 über 700 verschiedene Muster.

Der Patenbrief ist aber bei allen Veränderungen und Massenproduktionen im Gegensatz zu Andachtsbildern, Wunschkarten und sonstigen Gelegenheitsgraphiken verhältnismäßig schlicht und bescheiden geblieben, er blieb in jeder Beziehung volkstümlich.

Der elsässische Göttelbrief

Das Elsaß, die Pfalz und die Schweiz nehmen in der Patenbriefgestaltung eine Sonderstellung ein. Es handelt sich um eine ausgesprochene Laienkunst.

Die Bezeichnung „Göttel“⁴ wird im niederalemannischen Sprachgebiet für die Patin, aber auch das Patenkind gebraucht; der Pate heißt Pfetter.⁵

Im Elsaß erscheint der Patenbriefbrauch am frühesten, 1593 in Zabern; der erste handgemalte stammt von Bischweiler 1698. Für das frühe 18. Jahrhundert findet sich eine Reihe von Belegen. Die einfachen handschriftlichen Zettel

in dieser Straffheit und genauen Ausführung nirgends wiederholen. Viel wird mit Zirkel gearbeitet, auch sind die Blätter durch Nadelstich vervielfältigt worden.

Die Nadelstichtechnik wurde seit dem 15. Jahrhundert zum Durchpausen benutzt; über die genadelte Vorzeichnung wurde Kohlenstaub gestreut, der die Konturen wiedergab. Aus dieser Hilfstechnik entwickelte sich eine Bildgattung, die um 1770 besonders beliebt wurde.⁷

Die einzelnen Farben sind durch schwarze Striche voneinander abgesetzt worden, der Rand des Herzschildes ist aus kleinen verschiedenfarbigen Dreiecken zusammengesetzt. In der Hauptsache werden Rot, Grün und Gelb verwendet.

2. Der Lembacher Typ:

Er ist etwas kleiner als der Kleeburger, hat ein breites Hochformat. Im oberen Drittel des Blattes ist die durch Nadelstich verzierte Zeichnung, ein Blumenkorb oder Herz von zwei Hähnchen umrahmt, gegeben, der übrige Raum wird durch den Taufwunsch eingenommen, der durch eine farbige Umrahmung mit der Darstellung verbunden ist. Mitunter wird auch die Aufteilung vertauscht, die Hähnchen befinden sich auf der unteren Kante. Er war um 1830 – 1840 besonders verbreitet.



Gezeichnete und gemalte Götterbrief von 1830.

3. *Der Hunspacher Typ:*

Wie der Lembacher läßt auch der Hunspacher Typ sehr viele Variationsmöglichkeiten zu. Zu beiden Seiten des Herzschildes, das den Taufspruch aufnimmt, ranken sich Nelken, Sonnenblumen, Tulpen etc. Vögel sitzen im Geäst. Der Hunspacher Typ stellt die Grundform dar, die dem einzelnen Dorfkünstler alle Freiheiten in der Ausgestaltung läßt. Bausteine sind Blatt, Blüte, Vogel. Sie erreichen aber nie die Abstraktion des Kleeburger Typs, der in seiner starren Stilisierung vereinzelt dasteht. Charakteristische Formen: 1815 Ingolsheim, 1811–1825 Oberseebach, 1810 Lobsann, 1815 Gries, 1821 Mommenheim, 1799 Hofen, 1809 Sesenheim, 1811 Hochfrankenheim, 1814 Pfaffenhofen, 1821 Morsbronn, 1791 Oberbetschdorf.

Um 1800 werden in Hunspach auch *Papierschnitte* hergestellt, die in der Feinheit ihrer Ausgestaltung mitunter die gemalten Göttelebriefe übertreffen. Teilweise sind sie auch bemalt und ergeben so bei gleichen Schnitten ein ganz anderes Aussehen. Das Schnittbild ist ab 1600 in Europa bekannt. Um 1700 verfeinert es sich zum Spitzenschnitt, der besonders die kleinen Andachtsbilder so kostbar werden läßt. Das bäuerliche Schnittbild wird durch den 1750 erscheinenden Schwarzpapierschnitt weiter angeregt, er erlebt hier um 1810 bis 1850 seine eigentliche Blüte.

Die Papierschnitte unter den elsässischen Göttelebriefen weisen viel Ähnlichkeit mit den ländlichen Liebesbriefen und Neujahrsglückwünschen auf (in Franken, Bayern, Norddeutschland üblich). Der quadratische Bogen wird ins Achtel gefaltet und dann mit dem Messer ausgeschnitten. Um die feste Mitte – ein Kreis oder Achteck – gruppieren sich acht oder sechzehn Herzen, die durch zierliche Stege miteinander verbunden sind. Manchmal sind Sterne, Blumen, Adler mit Kronen etc. eingefügt.

Viele Göttelebriefformen im Elsaß können nicht einem besonderen Typ zugeordnet werden, es sind Individualleistungen.

Göttelebriefe aus der Pfalz

Sie sind von denen des Elsaß nicht zu trennen. Die ältesten handgemalten dieser Landschaft von 1767 und 1784 zeigen die gleiche Aufteilung, das Herzschild mit Spruch wird von Blumen umrankt. Andere Blätter ähneln den Lembacher Nadelstichbildern. In der Pfalz war der Brauch mehr auf dem Land als in der Stadt verbreitet.

Göttelebriefe der Schweiz

Der größte Teil ist handgemalt, die gebräuchlichste Form ist der Einsteckbrief. Die Ausgestaltung ist sehr vielseitig. Einige sind mit „Taufzeugnis“ überschrieben, andere mit „Tauf-Zedel“. Vielfach Nadelstichtechnik. Aus dem frühen 18. Jahrhundert sind aus der Schweiz keine Taufbriefe überliefert.

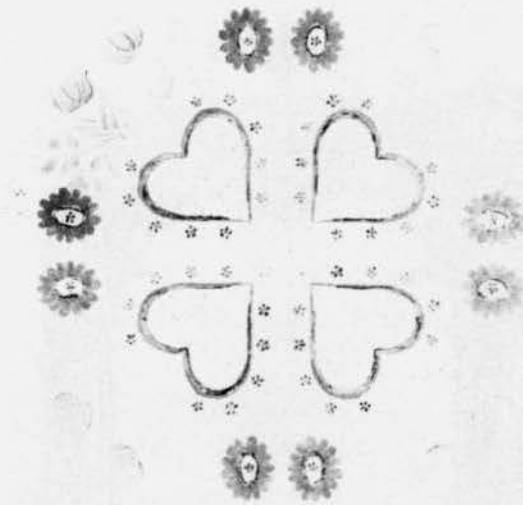
einfachen oder kalligraphisch verzierten, gezeichneten und bemalten, später gedruckten Zettel mit den Glückwünschen und Sprüchen versehen, in den das Geldgeschenk für den Täufling eingewickelt wurde. Bei der Beschreibung dieses Brauchs im Ried genügt es, sich auf den elsässischen Göttelebrief zu beschränken. Wie bei dem Brauchtum allgemein, den Lebensgewohnheiten, dem Volksliedgut und den wirtschaftlichen Verhältnissen waren zwischen Schwarzwald und Vogesen auch die Entwicklung der Göttelebriefe links- und rechtsrheinisch dieselbe. Im Elsaß und in Deutschland besteht eine umfangreiche Literatur darüber. Christa Pieske⁸ hat auf über 400 Belegstellen verwiesen und in ihrer Arbeit 209 Quellen angegeben und damit eine große Anzahl von Sammlungen erfaßt, die durch das Kriegs- und Nachkriegsgeschehen verloren gingen.⁹

Im Ried liegen derzeit 87 Göttelebriefe in verschiedenen Ausführungen vor aus der Zeit von 1736 bis 1938; gesammelt wurden sie in dem Gebiet zwischen Eckartsweier/Hohnhurst im Norden und Allmannsweier im Süden. Diese begrenzte Zahl läßt natürlich keine allgemeingültigen Schlüsse zu; sie gestattet jedoch mühelos die Zuordnung zu den verschiedenen Entwicklungsphasen der Göttelebriefe im Elsaß, wobei einzelne Varianten typisch sein mögen für das Ried. Gerade bei den gemalten Patenbriefen haben einzelne Dorfgruppen je nach Hersteller ihre eigenen Ausprägungen gefunden. Hergestellt wurden sie, wie auch drüben im Elsaß, durch geübte, mit solchen Dingen vertraute Bürgerinnen und Bürger, die sich in jener Zeit geradezu auf die Fertigung von Taufbriefen spezialisiert hatten. Ob zu diesen „Dorfkünstlern“ auch Lehrer, Pfarrer oder Gemeindegemeinschreiber gehörten, ist im Ried nicht eindeutig nachzuweisen. Der zweitälteste gemalte Taufbrief von 1746 legt nach den Sippenbucheintragungen der Patin den Verdacht nahe, daß ein mit ihr verwandter Lehrer gleichen Namens der Hersteller ist. Auf keinem handgefertigten Exemplar ist der Name des Herstellers angegeben, bei den industriell gefertigten nur in 4 Fällen. Es sind das:

1. die Firma E. Kaufmann in Lahr
2. Fr. Brossmann à Wissembourg
3. Fabrique d'images de Gangel à Metz
4. Druckerei v. Halder & Cronberger, Stuttgart.

So wie im Elsaß Taufbriefe aus den großen elsässischen Produktionszentren Straßburg, Hagenau, Weißenburg und Metz Verwendung fanden, war es nicht überraschend, daß bei den verwandtschaftlichen Beziehungen links- und rechtsrheinisch im Ried auch Briefe von elsässischen Druckereien üblich waren. Der besseren Übersicht wegen wurden die hier vorliegenden Taufbriefe in drei Gruppen eingeteilt:

1. Briefe des 18. Jahrhunderts:
Geschrieben, gezeichnet, gedruckt und gemalt



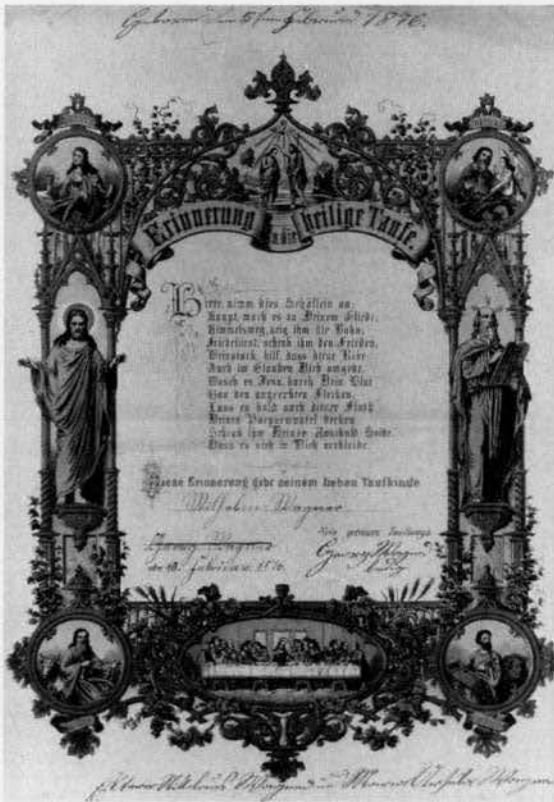
Gemalter und in der Nadelstichmethode hergestellter Göttelbrief.

2. Handgefertigte Briefe des 19. und 20. Jahrhunderts:	
a. gezeichnet und gemalt	7
b. Nadelstichmethode und gemalt	8
c. Nadelstichmethode, gemalt, Papierschnitt	6
3. Industriell hergestellte Briefe des 19. und 20. Jahrhunderts:	
a. gedruckt und gemalt	3
b. Chromo-Lithographie ohne Prägedruck	13
c. Chromo-Lithographie mit Prägedruck	28
d. Prägedruck mit aufgeklebter Chromo-Lithographie	1
e. Kleine Taufzettel (Lithographie mit oder ohne Prägedruck)	<u>5</u>
	87

Diese 87 Taufbriefe konnten im Laufe von 50 Jahren gesammelt und dadurch vor der Vernichtung gerettet werden. In den meisten Fällen dürften aber solche Erinnerungsblätter bei der Räumung von Speichern infolge der Luftschutzvorschriften vor und im letzten Weltkrieg oder bei Umbauten etc. verloren gegangen sein. Nachteilig wirkte sich auch die Sitte aus, wie in Eckartsweier zu erfahren war, daß die Taufbriefe beim Tode des Betreffenden mit in den Sarg gelegt wurden. Auch in der Schweiz wird über einen solchen Brauch berichtet.¹⁰

Auffallend ist, daß bei allen handgezeichneten und handgemalten Taufbriefen ausnahmslos bei den schmückenden Ornamenten ein Motiv auftaucht, das Herzmotiv, nicht aber bei den industriell gefertigten. Es ist Ausdruck einer ausgesprochenen Laienkunst.

Die im Ried noch erhaltenen Göttelbriefe umfassen die Zeit von 1736 bis 1949. Nach Herstellungsart und Gestaltung entsprechen sie den einzelnen Entwicklungsphasen der elsässischen Göttelbriefe.



Chromolithographie mit Prägedruck 1876.

Pappkästchen

Die Anfänge des Göttelebriefbrauches im Ried sind nicht bekannt. Die ältesten Formen sind die einfachen handgeschriebenen oder kalligraphisch verzierten Zettel, die im 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nachzuweisen sind. Von 1746 stammt der älteste handgezeichnete und gemalte Brief. Diese Art ist also je nach künstlerischem Geschmack und Fähigkeiten der Hersteller schon im 18. Jahrhundert neben den handgeschriebenen Briefen üblich gewesen; am häufigsten waren sie in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Handgemalte Drucke sind in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts bis zum Beginn der industriellen Fertigung Mitte des 19. Jahrhunderts nachzuweisen.

Der Beginn der Lithographie bzw. Chromolithographie und der damit verbundenen Massenfertigung bedeutete gleichzeitig das Ende der individuellen Gestaltung der Göttelebriefe durch die „Dorfkünstler“ früherer Zeit, die trotz der überlieferten Formen ihre künstlerischen Freiheiten vielgestaltig zum Ausdruck brachten.

Verbreitung des Patenbriefbrauches

Der Patenbriefbrauch ist nur für deutsche, deutschsprachige oder auslandsdeutsche Gebiete belegt (Siedlungsgebiete auch am Schwarzen Meer und Siebenbürgen). Patenbriefe in andern Sprachen (z. B. franz.) sind nicht gefunden worden. Innerhalb Deutschlands ist der Patenbriefbrauch zwar unterschiedlich

stark nachgewiesen, aber es gibt kein Gebiet, in dem er nicht wenigstens vereinzelt vorgekommen wäre. Er war auch nicht an eine bestimmte Gesellschaftsschicht gebunden. Die religiöse Spaltung hat sich auf diesem doch eng mit einer kirchlichen Einrichtung verbundenen Brauchtum nicht ausgewirkt. Der katholische Süden kennt zwar den Patenbrief weniger, er wurde dort oft durch Andachtsbildchen ersetzt. Daß der Patenbrief keineswegs eine evangelische Angelegenheit war, zeigt sich in der Tatsache, daß das katholische Sudetenland einen eigenen Typ entwickelt hat.

Dauer des Patenbriefbrauches

Hier gibt es landschaftliche Unterschiede. Für Sachsen, Norddeutschland und das Elsaß, ebenso für das Ried ist die lückenlose Abfolge von 1700 an belegt, in vereinzelt Fällen noch vor 1600. Ab 1750 ist allgemein ein stärkeres Anwachsen des Brauches zu verzeichnen, das um 1830 seinen Höhepunkt erreicht. Von 1850–1860 ist ein immer größeres Nachlassen zu spüren und nach 1900 kommt der Brauch zum Erliegen (im Sudetenland bis zum 2. Weltkrieg, ebenso in pommerschen Dörfern).

Brauchtum um den Patenbrief

Die brauchtümliche Bedeutung des Patenbriefes ist nirgends fest umrissen. Es wird ihm im allgemeinen eine besondere Schutzkraft zugeschrieben, zumindest übernatürliche Kräfte. In den brauchtümlichen Handlungen wird selten ein Unterschied zwischen Geld und der papierenen Umhüllung gemacht.

Das Überreichen des Patenbriefes sollte vor der Taufe geschehen, „damit das Kind nicht leer vor Gott erscheine“. Der Brief wurde dem Kind unters Kopfkissen gesteckt, ins Wickelband eingebunden oder auf die Brust gelegt. Der Brief durfte nicht mit der linken Hand gegeben werden. Beim Überreichen wurde in verschiedenen Gegenden Deutschlands gesagt: „Hier hast du das Deine, laß jedem das Seine!“ Das gefaltete Papier wurde fast überall mit rotem Band umwunden; im Elsaß, in der Lausitz und in Oberschlesien waren es lange Bänder, die nachher am Himmelbett befestigt wurden, sie durften aber nicht verknotet werden. Ein versiegelter Patenbrief mußte schnell mit den Zähnen aufgebrochen werden, am besten über dem Kopf des Kindes. Es durfte nicht mit dem Messer oder der Schere geschehen, sonst „weicht das Glück von dem Kinde“. Auf dem Wege zum Taufhaus durfte der Pate nicht mehr austreten, zumindest mußte er den Brief aus der Tasche nehmen oder ihn irgend jemand anderem übergeben. Die Paten müssen frische Wäsche anziehen, auch die Münzen sollen gewaschen werden. Der Pate durfte auch nicht über Zäune, Latten, Leitern oder Treppen steigen, das Kind würde sonst ein „Ladenkledderer“ oder mondsüchtig; ebenso durfte er nicht sprechen oder sich umsehen.

Dem einmal geschlossenen Patenbrief darf nichts mehr entnommen werden, das Kind würde sonst ein Dieb. Der Patentaler soll eine alte seltene Münze

sein. Patengeld darf nicht ausgegeben werden, sondern soll als Glücksgroschen aufbewahrt und erst beim Verlassen des Elternhauses übergeben werden. Papiergeld darf auf keinen Fall eingelegt werden, es bedeutet Leichtsinn, Armut und Läuse. Am besten sind die drei Metalle: Gold, Silber und Kupfer. Von allen Münzsorten wird etwas gegeben, niemals dürfen die Pfennige vergessen werden. Sie werden Wasch-, Klapper- oder Plappergeld genannt. Noch 1918 wurden bei einer Leipziger Taufe 18 verschiedene Geldsorten in den Patenbrief getan und damit tüchtig geklappert. Diese Pfennige sollen ein frühes Sprechenlernen des Kindes bewirken. Das Einlegen von geborgtem Geld ist unglückbringend.

Andere Beigaben außer dem Geld waren in Nord-, Mittel- und Ostdeutschland Salz und Brot oder zumindest Brotkrumen, damit das Kind keinen Mangel leide. In der Schweiz werden Salz und Brot durch Brot und Käse ersetzt.

Manche Beigaben weisen auf den Beruf hin: Getreidekörner, häufig wird von neuerlei Korn gesprochen. In der Hauptsache werden aber drei Körner, in der Schweiz Gerstenkörner eingelegt. In neuerer Zeit werden vier Körner von den vier Hauptgetreidearten mitgegeben (noch bis zum 2. Weltkrieg).

Für Buben werden Pferdehaare ausgewählt, selten eine Violine, eine Stahlfeder, die abgeschnittene Feder eines Kanarienvogels, ein Griffel (damit das Kind gut lernt).

Bei Mädchen sind die Beigaben auf das häusliche Leben abgestimmt: Wolle mit Flachs im frühen 19. Jahrhundert, Seiden- und Zwirnfäden, Leinsamen, eingefädelte Nadeln mit rotem Seiden- oder weißem Zwirnfaden, ein Fingerhut, in der Schweiz Einbinden einer Stricknadel. Rosmarin wurde beigelegt, Myrrthenblätter in Ostpreußen. Mit den Gaben kann dem Kind auch geschadet werden: wenn man eine Kohle einlegt, wird das Haus abbrennen (Ostpreußen).

Der spätere Aufbewahrungsort des Patenbriefes ist von Wichtigkeit. Er soll zwischen Balken und Stubendecke gesteckt werden oder ist ins Gesangbuch einzulegen.

Anmerkungen

- 1 von mhd. krisem, kresem. Chrisam ist das geweihte Öl, mit dem in der kath. Kirche der Täufling gesalbt wird
- 2 Pfetter bedeutet Pate. Das Wort ist abgeleitet von lat. patrinus = Pate
- 3 Ch. Pieske, Über den Patenbrief S. 85-121
- 4 Göttel, Gettel bezeichnet im Niederalemannischen und Pfälzischen die Patin. Hochalemannisch Gotte. Das Wort ist abgeleitet von ahd. Gotfater = Vater in Gott, gotmuoter = Mutter in Gott
- 5 vgl. Anmerkung 2
- 6 Kleeburg, Lembach, Hunspach: elsässische Ortschaften, Dép. Bas-Rhin in der Umgebung von Weißenburg

- 7 E. Beitel, Wörterbuch der deutschen Volkskunde S. 522
- 8 Chr. Pieske S. 121
- 9 ebd. S. 121
- 10 J. Gotthelf, Wie Annebäbi Jowäger haushaltet. Zürich 1921, S. 116

Literatur

- 1 Christa Pieske, Über den Patenbrief, Beiträge zur deutschen Volks- und Altertumskunde. Hamburg 1958
- 2 Erich Beitel, Wörterbuch der deutschen Volkskunde. Stuttgart 1936

„Hebraica Dicta“, 1650 aufgeschrieben von P. Arbogast Arnold OSB

Hubert Kewitz

Nach dem „Catalogus religiosorum huius Divi Ettonis monasterii“¹ ist P. Arbogast Arnold am 17. 12. 1614 in Freiburg geboren, hat am 13. 6. 1632 im Kloster Ettenheimmünster Profeß abgelegt und seine Primiz „als Flüchtling“ im Kloster Muri/Schweiz gefeiert. Er war Pfarrer in Ettenheim (1648–1651 und 1654–1667), wo er sich mit Pfarrkindern und Magistrat anlegte, von Ringsheim (1668–1669) und von Riegel, wo er am 5. 7. 1672 gestorben ist.

Nach der Resignation von Abt Amandus Rietmüller Anfang 1652 war der Novizenmeister Arnold bis zur Wahl von Franz Hertenstein (1653–1686) Administrator des Klosters. Er stand im Ruf eines „hervorragenden Predigers“, der die Menschen in Bann schlug durch „Majestät in Gestalt, Antlitz und Rede“, verbunden mit Anmut des Vortrags. Nach der Meinung des Volks sei er der Würdigste für das Amt des Abtes gewesen; den Konventualen war er aber zu jung.² Die Badische Landesbibliothek (Hs. 207–210) verwahrt Predigten von ihm aus den Jahren 1648–1656; Handschrift 209 umfaßt 566 Blatt Predigten und Predigtentwürfe aus seiner Ettenheimer Zeit.³

1648 stellte er als erster Ettenheimer Pfarrer nach dem 30jährigen Krieg „auß einem alten verfaulerten Vndt theils zerrißenen Buoch“ die Anniversarien der Pfarrei neu zusammen: „Annotatio Memorialis Der Jahr-Zeitten, So in der Pfarr Kirchen zue Ettenheim, Ernstlich, Vndt fleißig zue celebriren“⁴. Auf dem letzten von ihm beschriebenen Blatt, teils schwer lesbar und mit Textverlust durch eine ausgerissene Ecke, hat er im Jahre 1650 eine Reihe von hebräischen Redewendungen festgehalten; er gibt nicht an, ob er sie gesammelt oder wo er sie exzerpiert hat.

Das Notat ist, in seiner Mischung von barocker Gelehrsamkeit und landläufigen Vorurteilen, kennzeichnend für den christlichen Antijudaismus der Zeit:

„*Hebraicè et Germanicè.*

Scholom, elechem, der friedt seye mit dir.

Jom Kippur, die Tag der Vergebung der sündt.

Capora misse meschume, du must für meine sündt sterben.

Misse missethone, der Christ soll den Todt freßen.

So mohas thora, das ist freüde des Gesazes.

Chanuca freüden fest, oder der Juden Kirchweyhung.

Almemmor, ein Altar, Thora, die Zehen Gebott.

Haschaino rabbo, die grose hülf von Gott.

Corban, so *mezios* gehabt, hatt Gott ein wollgefallen gethan, wan er ein Christen beschissen hat etc.

Oss rof nissim, das ist, du hast zuemahl ein wunder an unß gethan.

O metzgo efurosecho, ò Gott, wie starck ist deine stercke!

Schephoch, thue die Thür auf; *Minim*, halber christ.

Essrim Vearba, die kleinen Propheten.

Joecim, *Corim*, *Vmelochim*, mit unßeren *Schochad meram me*, das ist, mir könden wol Kayser, König, fürsten, undt Herren, mit unseren Gaben Verblenden etc.

Matonn ogre lecho, ò wie gar gut ist dein Gezelt!

elohai neschomo, ein Herr der Seelen.

Jechal gilom, ihr freüdt soll Zergehen.

Hebraica quaedam Dicta etc.

A. o 1650. 9. Septembr.

Mi sosi theli caparosi, alcol cahtosi, daz ist, mein Todt soll ein Vergebung aller meiner Sündt sein.

Rabbu li winelozeii breiad malchus, morschaäs meen od menoss kizaii, voehaffto lo nadaas, daz ist, ò wie viel Tag sein meines Zwangs, Vndt Trübsals under dem Gewalt des Gottlosen Vndt schalckhaftigen Königs Reich, welches Zwang, vndt Trübsal nach kein endt ist, undt wan du unß erlößt, hastu nit kundt gethan.

Mohel der beschneider des kindts, *Boruch habbo*, daz ist gebenedeyet sey daz kindt. *Chr(ist)us Jesus*, wird à *Judaeis* genent, *mamser*, daz ist, verfluchter etc.

In nocte Natiuitatis Jesuli nati, quando pulsant(ur) campanae, dicunt Judaei⁵, Mamser moschouim, daz ist, nun muß daz huren kindt, durch alle *cloac* gehen etc. *Judaei uocant nos tali modo⁶, Goiim*, Verachter mensch, *roscha*, der bößwicht, *nefele*, schelm, *theleff*, hundert, *roceha* mörder, *beuones horabbim, douim*, haben gros *masel* daz ist, umb unserer sündt willen haben die hundert glück.

Si ex christianis unus mortuus est⁷, sagen sie, *nisch mos (. . .) noer*, daz ist sein nam müße in die Hell (. . .)

Si christianus quid noui d(ice)re uelit, d(icu)nt⁸, ie macho schel (. . .) (. . .) nam werde auß dem buech des lebens getilgt (. . .)

Ter in die maled(icu)nt Judaei Chr(ist)o⁹, Velamischemo (. . .) Secao etc. wan sie ein bösen buben nennen wollen, *in (. . .) d(icu)nt, jeschu notzri, Jesus Von nazar (. . .)*“

(. . .): Textverlust

Anmerkungen

- 1 Handschrift von P. Bernard Mugg und P. Carl Will, 1744. Historischer Verein Ettenheim
- 2 P. Bernard Stoeber, Monasterium D: Ettonis. 1802. Handschrift im Pfarrarchiv Ettenheimmünster, S. 138
- 3 K. Preisendanz, Handschriften des Klosters Ettenheimmünster. Neudruck 1973
- 4 Privatbesitz Ettenheim. Kopie beim Historischen Verein
- 5 „In der Nacht der Geburt des Jesuskinds, wenn die Glocken läuten, sagen die Juden“
- 6 „Die Juden nennen uns folgendermaßen“
- 7 „Wenn von den Christen einer gestorben ist“
- 8 „Wenn der Christ etwas Neues sagen will, sagen sie“
- 9 „Dreimal am Tag verfluchen die Juden Christus“

Münzfunde zu Kappelrodeck

Adolf Hirth

Im Jahre 1987 fand ein Landwirt zu Waldulm (Gemeinde Kappelrodeck) in seinem Rebstück im Gewann „Erliberg“ eine Münze mit beiderseits recht gut erhaltener Prägung. Es handelt sich dabei um ein 10 Sols Stück = 1/8 Ecu (1 Ecu = 1 Taler) Ludwigs XIV. aus der Straßburger Münzstätte. Dort wurde die Münze, die aus 798,3/1000 Silber besteht, im Jahre 1711 in einer Auflage von 1.283.200 Stück geprägt.



Vorderseite



Rückseite

Fotos: Adolf Hirth

Auf der Vorderseite zieht sich rund um das Bild des Königs die Buchstabenkombination: LVD(ovicus) XIII D(ei) G(ratia) FR(anciae) ET NAV(arrae) REX. Dies besagt: Ludwig XIV. von Gottes Gnaden König von Frankreich und Navarra.

Die Mitte der Rückseite füllt das bekrönte Lilienwappen mit der links und rechts angeordneten Jahreszahl 17—11. Die Umschrift lautet: MONETA NOVA ARGENTINENSIS und weist das Fundstück damit als „Neue Straßburger Silbermünze“ aus.¹

In ziemlicher Nähe der Fundstelle führt der hier auf der Kammlinie des Berges verlaufende Weg über die „Scherd“, der im Wegenetz früherer Zeit eine weit größere Wichtigkeit hatte als Verbindungsweg über die Schwend nach Allerheiligen sowie ins Renchtal.

Angeführt sei in diesem Zusammenhang, da ansonsten wenig erwähnt, der im Jahre 1928 im Kappelrodecker Ortsteil „Bernhardshöfe“ gemachte Münzfund.² Es handelte sich bei der Gruppierung dem Münzbild nach um 2.159 Lilien-, 295 Engel-, 47 Engel-Adler-, 4 Adlerpfennige, welche letztere wegen ihrer Besonderheit als „Falkenpfennige“ bezeichnet werden, und 1 Offenburger Adlerpfennig. Weiter gehörten dem Schatz noch an 4 Üsenberger Pfennige der im Breisgau beheimateten gleichnamigen Dynastie sowie 1 bei Münzfunden nur selten auftretender unterelsässischer Pfennig, welcher der Abtei Weissenburg zugeschrieben wird. Mit der Zeit vor 1309 beginnend datieren die Münzen aus dem Verlauf der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts und dürften um 1360 vergraben worden sein. Was den Fund, der nach dem II. Weltkrieg in den Besitz des Badischen Landesmuseums Karlsruhe kam, in seiner Bedeutung ganz besonders heraushebt, ist der von ihm gewährte Einblick in die Münzgeschichte der Üsenberger sowie in die damals praktizierte Technik der Münzprägung. Eine beachtlich große Anzahl der Pfennige erwies sich nämlich als Nachprägung. So wurden ältere Münzen zu Neuherausgaben unter Umgehung des Einschmelzens und der damit verbundenen Kosten einfach überprägt, wobei Spuren der alten Münzbilder verblieben.

Anmerkungen

- 1 Nach Gutachten von Dr. Peter-Hugo Martin (Bad. Landesmuseum Karlsruhe) vom 18. Februar 1988
- 2 Friedrich Wielandt, Straßburger und Üsenberger Pfennige des Fundes von Bernhardshöfen (Baden), in: Berliner Numismatische Zeitschrift 1949, Nr. 2, S. 69 ff; private Hinweise.

Hochzeitslader bei öffentlichen Hochzeiten in früheren Zeiten

Eine fast vergessene Sitte im Renchtal

Wilhem Vajen

Zwei Burschen aus nächster Verwandtschaft des Brautpaares wurden vom Gastwirt, in dessen Lokal die Hochzeit stattfand, angestellt und beauftragt, in allen Familien der Ortschaft und der umliegenden Ortschaften, wo das Hochzeitspaar beheimatet war, in jeder Familie zur Hochzeit zu laden.

Dies geschah mit folgender Rede der beiden Hochzeitslader:

Gute Tag Ihr liebe Leit,

1. Hochzeitslader:

Om nächste Zistig, de siebzehnt November fiere de älteste Sohn vum Lochbuar, de Jörg vom Wolfhag un's Nocke bure Tochter d'Fränz vum Hindere Winterbach ihri Hochzit.

Om zehni ischd kirchlich Trauung in de Stadtpfarrkirch von Oberkirch, onschließend gehts im Hochzitzzug mit de Musikkapelle von Wolfhag vorus ins Lomm im Gaisbach.

Doh wird donn ufgetrage noach Beliebe.

2. Hochzeitslader:

Noh kumener au e bisli un verachte uns nit.

Wenn ihr uns diene, donn wäre mir eich au diene, seis in Freid oder in Leid, besser in Freid als in Leid.

Es war üblich, daß die Einlader mit einem Schnäpschen verabschiedet wurden. Da war es nur verständlich wenn zum Schluß des Tages den Hochzeitsladern beim Aufsagen ihrer Sprüche die Zungen nicht ganz parierten!

Hochzeitslader im Renchtal



Heimatkundliches Material für den Unterricht

Kurt Klein

Vor mehr als zehn Jahren wurden auf persönliche Initiative des damaligen Oberschulrates Kurt Klein zur Umsetzung des Heimatbezugs im Unterricht der Schulen des Schulamtsbezirks Offenburg (Ortenaukreis) sechs heimatkundliche Arbeitskreise gebildet. Es sind dies die Arbeitskreise „Bezirk Achern“ (Leitung: Realoberlehrer Horst Brombacher, Realschule Achern), „Bezirk Oberkirch-Renchtal“ (Leitung: Hauptlehrer Horst Hoferer, Grund- und Hauptschule Oberkirch-Ödsbach), Bezirk „Kehl-Hanauerland“ (Leitung: Rektor Karl Britz, Grundschule Kehl-Auenheim), Bezirk „Offenburg“ (Leitung: Rektorin Elisabeth Rapp, Grundschule Hohberg-Niederschopfheim), Bezirk „Kinzigtal“ (Leitung: Rektor Peter Schwörer, Grund- und Hauptschule Steinach) und Bezirk „Lahr-Ettenheim“ (Leitung: Lehrer Friedrich Scheid, Luisenschule Lahr).

In den vergangenen Jahren wurde von den in diesen Arbeitskreisen tätigen Lehrkräften, aber auch von anderen Lehrergruppen oder „Einzelkämpfern“ und sogar von Schülern auf freiwilliger Basis in der Freizeit unter Einsatz von viel Mühen und Zeit eine ganze Anzahl von heimatkundlichen Handreichungen und Arbeitsmitteln zusammengestellt oder zusammengetragen. Diese – auch kostspieligen – Unterlagen konnten den Schulen bzw. der Lehrerschaft zur Verwendung im heimatbezogenen Unterricht zugestellt oder im „Heimatkundlichen Archiv“ beim Staatl. Schulamt in Offenburg eingestellt werden.

Ein Großteil dieser Materialien (sog. „Heimatkundliche Bausteine“) sollen hier stichwortartig aufgeführt werden.

Die Hammerschmiede in Seelbach-Litschentel – ein technisches Kulturdenkmal der vorindustriellen Zeit

Hanferzeugung und Hanfverarbeitung

15 heimatkundliche Wandervorschläge

20 Museumsführer

15 historische Kurzführer

Straßburg – eine mittelalterliche Stadt – ein Arbeitsheft für die Schüler

Heimatkundliches Städtenspiel von Gengenbach: Kunst in Gengenbach

Lieder des Widerstandes vom Bauernkrieg bis heute (Langspielplatte von den „Gäl-fießlern“)

Theaterstück: Die 48er Revolution in Ettenheim

„So schwätzd mr bi uns“ – Mundartliches Wörterbuch für das Kinzigtal



Das Schicksal der Juden
von Bodersweier

Der Enteköpfer



Erinnerung an eine Nebenbahn

Die Westwall- Zigeuner



Erinnerungen an
eine schlimme Zeit



So schwätzt mr bi uns

(Mundart - Biechl für Schdaine un Welschdaine)

Herausgeber:

EBA - Gruppe der Klasse 10 der Georg-Schiner-Schule Sinsnach

Eine Auswahl von einigen sogenannten „Bausteinen“, die den Schulen des Ortenaukreises für einen heimatbezogenen Unterricht zur Verfügung stehen.

Aufnahme: Kurt Klein

Das Museum als Lernort

Hexenverfolgung in unserer Heimat

Übersicht über heimatgeschichtliche Bezüge in den Lehrplänen der Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien

Lokale und regionale Ereignisse im Geschichtsunterricht

Abfallbeseitigung im Ortenaukreis

Lorenz Oken, der große Arzt und Naturwissenschaftler aus Offenburg-Bohlsbach

Die Römer in unserer Heimat

Die Zeit der Burgen in der Ortenau

Die Entstehung einer Stadt (Lahr)

Lernen an der Heimat

Unsere Heimat – Ortenaukreis – ein Arbeitsheft für die Schüler

Die Römer in Friesenheim

Das Schlöble in Heiligenzell

Aus der Geschichte der Geroldsecker Adelslehen Sternenberg

Blick über den Rhein/Historische Vereinigungen im Elsaß

Dia-Reihe: Das Freilichtmuseum Vogtsbauernhof in Gutach

Dia-Reihe: Das Storchenturm-Museum in Zell a.H.

Dia-Reihe: Die Bildsteinstuben in Zell a.H.

Dia-Reihe: Der Fürstenberger Hof in Zell-Unterharmersbach

Streiflichter aus Ohlsbachs Vergangenheit

Auswanderer und Neubürger

Blick durchs Fenster (Heimatkundliche Streiflichter aus der Region Lahr)

Dia-Reihe: Das Trachtenmuseum in Haslach

Dia-Reihe: Die Burgen im Ortenaukreis

Dia-Reihe: Die Schwarzwaldbahn

Dia-Reihe: Trinkwasser-Talsperre Kleine Kinzig

Euthanasie im Ortenaukreis – dargestellt am Schicksal der Heil- und Pflegeanstalten 1940/41

Die Juden in der Ortenau

Das Schicksal der Juden in Bodersweier

Jüdischer Friedhof Offenburg – Gedichte

Kehl 1933–1945, eine Dokumentation

Die Westwallzigeuner – Erinnerungen an eine schlimme Zeit

Hanauer Fachwerkhäuser – Arbeitsmaterialien für Schüler und Lehrer

Die Wallfahrtskirche „Maria Krönung“ in Lautenbach

Die Flößerei in Wolfach – Erinnerung an einen alten Berufsstand

Der Entenköpfer – Erinnerung an eine Kleinbahn

Das Schwarzwälder Freilichtmuseum „Vogtsbauernhof“ – Pädagogische Handreichungen für einen Rundgang

Schulen mit einem besonderen Namen — etwa 70 Schulen (z.B. Ludwig-Frank-Schule, Grimmelschule, Söllingschule, Schauenburgschule, Schloßbergsschule . . .) stellen sich kurz nach einem bestimmten Raster vor.

Die Erstellung folgender Unterlagen ist vorgesehen:

Tonbildschau: Die Hammerschmiede im Litschental

Wanderführer: Bildstöcke und Wegkreuze erzählen Schicksale und Geschichten

Grimmelschule in der Ortenau

Wanderführer: Die Schanzen auf der Zuflucht

Heimatkundlicher Ortsführer: Das Kloster Allerheiligen

Das Kurbad Peterstal

Georg Schöner — das Lebensbild einer Persönlichkeit

Friederike Brion — die Jugendliebe Goethes

Heimatkundlicher Ortsführer: Der Judenfriedhof Nonnenweier

Museumsführer: Das Industriemuseum in Lahr

Hinweise

Buchbesprechungen

Harald Huber, Wappenbuch des Ortenaukreises
308 Seiten, 187 farbige Wappengrafiken, 2 farbige Bildtafeln und 2 Landkarten.

Verlag des Südkuriers in Konstanz. 1988

Nach seinen Veröffentlichungen über die Wappen der Landkreise Waldshut und Lörrach legt nun der passionierte Heraldiker Harald Huber in Zusammenarbeit mit einer Anzahl fachkundiger Autoren das „Wappenbuch Ortenaukreis“ vor. Das Buch besticht zunächst durch die gelungene Wiedergabe der farbenfrohen und aussagekräftigen Wappen der 51 selbständigen Gemeinden des Ortenaukreises. Tradition und Heimatgeschichte wird dadurch bewahrt, daß diese Ausgabe auch die Wappen aller der Gemeinden enthält, die vor der umwälzenden Gemeindereform ihre eigenen Bürgermeister hatten, eigenständig waren und nun als Ortsteile in den größeren Gemeinwesen weiterleben. Ebenso findet aber der interessierte Geschichts- und Heimatfreund auch die Wappen der ehemaligen Landkreise Kehl, Lahr und Wolfach, die durch die Kreisreform in den neugeschaffenen Ortenaukreis integriert wurden. Für den früheren Kreis Offenburg spricht das heutige Wappen des Ortenaukreises und für den eingegliederten Bezirk Achern das Wappen des ehemaligen Landkreises Bühl. Hervorzuheben ist auch der Vorteil, daß die Wappen der früheren Herrschergeschlechter dieser Landschaft vorgestellt werden, um damit Vergangenes mit dem Heute zu verbinden. In die Beschreibung der einzelnen Wappen ist auch die jeweilige Ortsgeschichte mit stichwortartigen Hinweisen mit einigen wesentlichen Punkten eingewoben worden. Hier stützt sich der Verfasser auf bisher bekannte Fakten. Um auch dem Laien die wesentlichen Kenntnisse über die Wappenkunde zu vermitteln, folgen einer allgemeinen geschichtlichen Einführung noch die aufschlußreichen Ausführungen über die Heraldik und dann im besonderen über die Kommunalheraldik und die Kommunalwappen. Ein Ortsregister erspart ein langes Suchen. Das abschließende umfangreiche Quellen- und Literaturverzeichnis ermöglicht eine vertiefende und umfassendere

Beschäftigung mit den im reichen Maße ange-rissenen geschichtlichen Vorgaben in den einzelnen Wappenbeschreibungen.

Kurt Klein

Hans-Martin Pillin, Geschichte Ottenhöfens Band II. Von der Entstehung der politischen Gemeinde bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs

Herausgegeben von der Gemeinde Ottenhöfen. 1988

Schon 2 Jahre nach Erscheinen des I. Bandes seiner Geschichte Ottenhöfens bringt der Verfasser den II. Band heraus. Der wieder reich mit zeitgenössischen Aufnahmen ausgestattete Band weist die gleichen Vorzüge auf wie der I. Aus den Akten erarbeitet, durch Befragen kundiger Ortsbewohner ergänzt und bereichert durch persönliche Kenntnisse bietet der Band eine zuverlässige Darstellung der Geschichte des Ortes von der Entstehung der politischen Gemeinde bis zum Ende des 2. Weltkriegs. Dank der eingehenden Behandlung des Stoffes und der klaren, verständlichen Art der Darstellung findet der an der Ortsgeschichte Interessierte alles, worüber er Genaueres wissen will, Erfreuliches und weniger Angenehmes.

Die politische Gemeinde Ottenhöfen ist noch verhältnismäßig jung und verdankt ihre Entstehung der Notwendigkeit, nach der Aufhebung des bischöflich-straßburgischen Gerichts Cappel-Rodeck einen Ortsmittelpunkt im hinteren Kapplertal zu schaffen. Ohne Ortskern, aus kleinen zerstreut an den Berghängen liegenden Bauernhöfen bestehend, mit vielen Kindern und geringen Erträgen des Bodens hat sich Ottenhöfen zu einem angesehenen Luftkurort entwickelt mit einer sich stetig ausweitenden Ortsmitte, mit viel Fremdenverkehr, mit gesunder Landwirtschaft und einer leistungsfähigen Holz- und Steinindustrie. Allerdings waren die ersten Jahrzehnte schwer, besonders für die kleinen Bergbauern, die kaum die Ablösungssumme für ihr ehemaliges Erblehen aufbringen konnten, und dann die Hungerjahre in den vierziger Jahren, die viele Familien veranlaßten, in Amerika sich eine neue Heimat zu suchen, wobei die Auswanderungswilligen sich das Fahrgeld von der Gemeinde auszahlen lassen mußten. Doch mit kräftiger Unterstützung durch die Regierung, durch die Förderung des Waldbaus und den allmählich einsetzenden Fremdenverkehr vermehrten sich

die Arbeitsmöglichkeiten, so daß es die Bewohner allmählich zu einem gewissen Wohlstand brachten. Doch berichtet Pillin in seinem Werk nicht bloß darüber, sondern auch von den Auswirkungen der großen Politik auf den Ort, von den jungen Menschen, die für Napoleons Ruhm kämpfen mußten, von der Revolution von 1848/49, deren Auswirkungen August Ganther in seinem Roman „Des Schloßbauers Söhne“ dargestellt hat, vom 70er Krieg und den beiden Weltkriegen, aber auch vom Dritten Reich, das in Ottenhöfen wie sonst auch begeisterte Anhänger fand. Aber es wird auch berichtet von dem mutigen Pfarrer Schell und seinem Widerstand gegen die Parteigrößen und von der wachsenden Erbitterung im Volk, als ein übereifriger Schulmeister die Versetzungslisten der Schule durchsuchte und gegen ca. 100 Personen, die einmal sitzengeblieben sind, zur Zwangssterilisation meldete.

So berichtet das Werk über viele Einzelheiten unbeschönigend und zuverlässig. Damit wird die Erinnerung an Geschehenes wachgehalten und die Leser auf Grund geschichtlicher Einsicht zur Unterscheidung der Geister gemahnt. Vor allem aber mögen andere Verfasser von Ortschroniken erfahren, daß es unbedingt notwendig ist, sich auf die Quellen zu beziehen.

H. Schn.

Thomas Kopp, „Entersbach — Heimatbuch von Ober- und Unterentersbach“

Herausgeber: Stadt Zell am Harmersbach, 1988, 319 Seiten mit Plänen, Fotos und Bildern.

Wie schön, daß es das Heimweh und den Wunsch, es zu stillen, gibt. Diesem Wunsch verdankt dieses Buch sein Entstehen. Thomas Kopp bekennt im Vorwort, daß er einst als Lehrer in der Pampa Argentiniens, dem Land ohne Wälder, Berge und fließendes Wasser, Heimweh und den Wunsch gehabt habe, einmal „Dorfschulmeister in Entersbach“ zu werden. Dieser Wunsch sei nicht in Erfüllung gegangen. Nun wurde Thomas Kopp auf andere Weise zu einem Lehrer für seine Mitbürger im Entersbach. Auf Bitten der Ortsvorsteher von Ober- und Unterentersbach verfaßte er dieses Buch, mit dem er die heimatliche Landschaft mit ihrer Geschichte, ihren Menschen, ihren Sitten und Bräuchen erwandert. Frohgemut darf der Leser auf diese Wanderung mitgehen, um nach der Lektüre beschenkt wieder entlassen zu werden.

Thomas Kopp konnte sich, was die Raumschaft der Stadt Zell am Harmersbach anbelangt, auf die Chroniken von Franz Disch und Ruth Baitzsch und die Arbeiten weiterer Heimatforscher stützen, denn Zell a. H. hat immer schon zu Darstellungen gereizt. Umfangreich ist das Material, das Thomas Kopp herangezogen hat, eindrucksvoll das Quellenstudium, das er betrieb. Ohne jede Langatmigkeit hat er den schier überquellenden Stoff zusammengefaßt und in eine so lebendige Darstellung gegossen, daß auch der nicht in der Historie bewanderte Leser Gewinn und Nutzen aus dem Buch zieht.

Der Verfasser zeigt in einem Schlußwort die Wegstrecke auf, die er gegangen ist, um die geschichtlichen Wandlungen der einst selbständigen Gemeinden Ober- und Unterentersbach nachzuzeichnen. Von der Urkinzig zum regulierten Fluß, von den Urwäldern zum beförsterten Wald unserer Tage, vom beschwerlichen Fußweg der Schulkinder bis zum Schulbus, vom „Bott“ bis zum Telefon, vom „Feuerreiter“ bis zur Feuerwehr, vom armen Schulmeister bis zum Lehrer im Zeller Bildungszentrum, vom Kienspan bis zur Glühbirne — schöner kann man das nicht zusammenfassen, was dieses Buch so reichhaltig ausbreitet und zu einem Lesebuch für jung und alt macht.

Es stimmt nachdenklich, wenn man erlebt, was wir durch die rasante Entwicklung der letzten Jahrzehnte alles verloren und noch schnell in Museen zu bergen versuchen. Von vielen Sitten und Bräuchen ist nur noch ein Abglanz geblieben.

Das Kloster Gengenbach und die Freie Reichsstadt Zell am Harmersbach bestimmten oft den Weg der beiden Orte durch die Jahrhunderte. Es gab Zusammenschlüsse und wieder Trennungen der beiden Stäbe und Gemeinden, bis sie, wie es so schön heißt, 1974/1975 „freiwillig“ Stadtteile von Zell wurden. Dort wollen sie ihren Beitrag für die Entwicklung der gemeinsamen Stadt leisten, aber auch eigenständig das weiter hegen und pflegen, was das Entersbacherische ist. So wird das Buch auch zu einem Dokument neuzeitlicher Kommunalpolitik, die das Getrennte wieder eint und dennoch im Respekt vor dem Hergebrachten lebt. Kein Wunder, daß in diesem Buch auch der Stolz der Entersbacher gegenüber den „Städtlezellern“ spürbar wird.

Daß diese Chronik mehr ein Heimat- denn ein

Geschichtsbuch ist, wird bei der Behandlung der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen deutlich. Wenige Zeilen nur werden der Zeit „zwischen den Kriegen“ gewidmet, als habe es dort gar keine Spurensuche gegeben. Vom Dritten Reich ist nur der Kampf um die Beibehaltung des Doppeljochs in der Landwirtschaft geblieben.

Wiedergaben von alten Urkunden und Plänen, Fotos von gestern und heute, vor allem aber auch die einfühlsamen Aquarelle von Walter Haaf illustrieren den Text auf eindrucksvolle Weise. Ein umfangreicher Quellennachweis mit vielen Erläuterungen ergänzt das Buch, zu dem man die Stadt Zell a. H. als Herausgeber beglückwünschen darf. Hier wird eine Lücke in der Heimatliteratur geschlossen, wie es der Bürgermeister und die beiden Ortsvorsteher sagen.

Philipp Brucker

**Heinrich Ernst Kromer, Gustav Hänfling.
Denkwürdigkeiten eines Porzellanmalers**

Eggingen 1987, 262 Seiten mit neun Holzschnitten von Frans Masareel.

Der Autor dieses Buches, das erstmals 1915 herausgebracht und jetzt neu durch die literarisch stark engagierte Edition Isele aufgelegt wurde, lebte von 1866 bis 1948. Er wurde in Riedern im Schwarzwald geboren und hielt sich vor allem in Konstanz auf.

Wer erwartet, mit diesem Buch einen Einblick in den vielschichtigen und künstlerisch wie sozial sehr aufreibenden Bereich etwa einer Porzellanmanufaktur zu erhalten — in der Ortenau denkt man dabei besonders an die Porzellanfertigung in Straßburg —, der sieht sich von Grund auf enttäuscht. Kromer schreibt hier zwei Geschichten — zuerst mehr als Reportage, dann als Tagebuch — über den Geiz eines Menschen, der sein ganzes Leben in Münzbeiträgen berechnet: seine Arbeitsleistung, Essen und Trinken, Freundschaft und Liebe, Wohnung und Wetter, auch die Gesundheit. Ein solcher Mensch muß mit 31 Lebensjahren tragisch enden.

Ob eine solche Schilderung heute noch oder wieder eine breite Leserschaft anspricht, ist zu bezweifeln. Kämpft man sich jedoch als Leser durch dieses Buch, um eine leider sich wiederholende Vielzahl von Szenen aus dem Arbeits- und Kleinbürgermilieu einzufangen, so handelt es sich dabei nicht um den klassischen Arbeiter

in einer Fabrik oder einer Manufaktur, sondern um einen Einzelgänger. Damit dürfte man ein zweites Mal enttäuscht sein. Ein eigentlicher Informationsgewinn — wie erhofft — stellt sich also nicht wesentlich ein.

Dieter Kauß

**Tom Scott, Die Freiburger Enquete von 1476.
Freiburg 1987**

102 Seiten, fünf Abbildungen, Veröffentlichungen aus dem Archiv der Stadt Freiburg im Breisgau

Die Stadt Freiburg erfuhr im 15. Jahrhundert infolge verschiedener Gründe einen wirtschaftlichen und finanziellen Schwund, der so groß gewesen sein mußte, daß 1476 eine eigene Erkundungsfahrt durch 16 oberdeutsche Städte angesetzt wurde, um Erkenntnisse zur Überwindung der Ungereimtheiten in Haushalt und Verwaltung zu ermitteln. In den bereisten Städten wurde daher nicht nur nach der Steuerpraxis, sondern auch nach Ämterbesetzung und -besoldung, nach karitativen Einrichtungen, Privilegien, Zoll-, Münz- und Marktweisen, nach Handwerk sowie Satz- und Ausbürgern gefragt. Nach fünfwöchiger Reise — Straßburg war hierbei die vorletzte Station — wurden die Informationen gesichtet und in mehrere neue Ordnungen eingebracht: eine Steuerordnung, eine Rats-, Gerichts- und Ämterordnung. Gleichmaßen politisch und wirtschaftlich war die Frage nach der Besteuerung des einheimischen Adels und der auswärtigen Satzbürger.

Hier regelte eine neue Ordnung, daß der einheimische Adel freiwillig und ohne Eidesleistung seine Steuern entrichtet. Die auswärtigen Adligen behalten zwar ihre Satzbürgerschaft in Freiburg, müssen aber — so wie sie in die Stadt ziehen wollen — ihr Vermögen voll veranlagern.

Die vorliegende Veröffentlichung enthält zunächst die Interpretation des Reiseberichtes, sodann die Publikation desselben und der sich ihm anschließenden Ordnungen. Damit kann sich der Leser ein eigenes Bild machen und wird auch dankenswerterweise mit den Texten direkt konfrontiert. Letztere sind sicherlich auch dazu geeignet, in der Schule als eindrucksvolle Quellen gelesen und interpretiert zu werden.

Dieter Kauß

Hermann Schmid, Der diesseitige Teil der Diözese Straßburg nach der Großen Revolution (1791—1827)

FDA 107. Band 1987, S. 45—75

Unter den verschiedenen Arbeiten des FDA 1987 verdient die von Hermann Schmid, „Der diesseitige Teil der Diözese Straßburg nach der Großen Revolution (1791—1827)“ im Hinblick auf die Geschichte der Ortenau besondere Beachtung. Zwar behandelt sie keine epochale Entwicklung oder Ergebnisse, dafür ist das Gebiet zu unbedeutend; doch zeigt sie die Auswirkungen der Französischen Revolution und der napoleonischen Kriege auf die kirchliche Verfassung am Beispiel eines kleinen Gebietes und untersucht die Schritte zu ihrer Neugestaltung.

Über 1000 Jahre gehörte das Land zwischen Bleiche und Oos zur alten Straßburger Diözese, wurde von ihr seelsorgerlich betreut und nahm wie die elsässischen Gebiete der Diözese Anteil an all den religiösen und politischen Bewegungen, die im Laufe der Jahrhunderte ihre Geschichte durchzogen. Diese Einheit fand 1801 ein Ende, als Papst Pius VII. die alte Straßburger Diözese unterdrückte, nachdem im gleichen Jahr das französische Konkordat die nur aus elsässischen Landesteilen bestehende neue Diözese geschaffen hatte. Die Restdiözese hatte allerdings noch einen eigenen Bischof, Kardinal L.-René de Rohan-Guéméné, der nach seiner Flucht aus Frankreich in Ettenheim seinen Wohnsitz hatte, dort ein Ordinariat einrichtete und einen Generalvikar für die drei rechtsrheinischen Landkapitel Lahr, Offenburg und Ottersweier bestellte. Doch Rohan starb bereits 1803. Das Recht, einen Nachfolger zu wählen, stand dem Domkapitel zu, das Offenburg zu seinem Sitz bestimmt hatte. Jedoch konnten seine Mitglieder nicht zu einer Wahl zusammenkommen, da sie infolge der kriegerischen Wirren zerstreut lebten. So hatte die Restdiözese kein kirchliches Oberhaupt mehr. Schmid beschreibt an Hand eines umfangreichen Quellenmaterials und unter Beiziehung nicht nur der deutschen, sondern auch der französischen Literatur die Entwicklung der Verhältnisse dieser Restdiözese bis zu ihrer Eingliederung in die Erzdiözese Freiburg 1827. Der Verfasser vermißt zwar noch für einige Einzelfragen weitere Quellen, doch dürfte sich dank der gründlichen Forschung sowie des abgewogenen Ur-

teils das gezeichnete Bild nicht mehr wesentlich ändern.

Nach Schmid vollzog sich nach Rohans Tod die Entwicklung in 3 Phasen. Zunächst beanspruchten der von ihm eingesetzte Generalvikar sowie der von dem Domkapitel bestimmte die Leitung der Restdiözese. Ihre infolge der Rivalität wenig fruchtbare Tätigkeit endete, als beide von den zur Entführung des Herzogs von Enghien eingesetzten Truppen auch sie nach Frankreich brachten. Nun nahm sich der Erzbischof von Mainz Karl Theodor von Dalberg als der Metropolit der alten Straßburger Diözese der Ordnung der Verhältnisse an. Da die Ortenau damals im Besitz von 3 Landesherren stand, setzte er für jedes ihrer Gebiete einen Kommissar ein, einen für die österreichische Landvogtei Ortenau, einen für den um die ehemals sträßburgischen Ämter Ettenheim und Oberkirch vergrößerten badischen Anteil und schließlich auch für das den Fürstenbergern gehörige Haslach i. K. Doch auch diese Ordnung hatte keinen Bestand, als nach dem Preßburger Frieden 1805 die ganze Ortenau dem badischen Staat eingegliedert wurde. Darauf betraute der damalige Großherzog Carl-Friedrich die Kurie des Konstanzer Bistums unter dem Kapitularvikar Ignaz von Wessenberg mit der kirchlichen Leitung der Restdiözese. 1827 wurde das Gebiet in die neugeschaffene Erzdiözese Freiburg einverleibt.

Was an dieser Neuordnung auffällt ist, wie scheinbar teilnahmslos die Gläubigen die Trennung von der Straßburger Diözese hinnahmen und sich den neugeschaffenen Verhältnissen fügten. Die Pfarrer allerdings scheinen nicht mit den Neuerungen Wessenbergs einverstanden gewesen zu sein, denn sie waren in Straßburg erzogen worden und hingen den dort geltenden Bräuchen an.

Zwar bestanden fortan keine kirchenrechtlichen Beziehungen mehr zwischen den rechtsrheinischen und den linksrheinischen Gebieten der ehemaligen Straßburger Diözese, doch blieben jahrhundertealte Traditionen weiterhin lebendig, so wenn die Gamsheimer am Dreifaltigkeitssonntag nach Sasbachwalden wallfahrteten und viele aus dem mittelbadischen Raum das Marienheiligtum in Mariental aufsuchten.

H. Schn.

Clemens Zimmermann, Reformen in der bäuerlichen Gesellschaft

Studien zum aufgeklärten Absolutismus in der Markgrafschaft Baden 1750—1790. Scripta-Mercaturae-Verlag, Ostfildern 1983, 218 Seiten

In den Darstellungen der volkswirtschaftlichen Theorien nimmt Markgraf Carl-Friedrich von Baden-Durlach eine viel beachtete Stellung ein. Absoluter Herrscher in seinem kleinen Staat, der durch den Anfall der Markgrafschaft Baden-Baden beträchtlich vergrößert wurde, durch keine ständische Vertretung in seiner Regierungsgewalt beschränkt, bemühte er sich im Sinne des aufgeklärten Absolutismus, den Wohlstand seiner meist bäuerlichen Untertanen zu fördern und die hohe Verschuldung der Gemeinden zu beheben. Dazu glaubte er, in der Lehre der Physiokraten einen Weg gefunden zu haben. Im Gegensatz zum Merkantilismus Colberts erklärten seine Anhänger, daß die Quelle allen Reichtums die Landwirtschaft sei, demnach sie vor allem gefördert werden müsse. In seinem Bemühen, dieses erdachte System in die Wirklichkeit umzusetzen, wurde der Markgraf und spätere Großherzog von Baden von einer Reihe überzeugter hoher Beamten unterstützt, so von Joh. Jakob Reinhard, Joh. August Schlettwein, dem führenden deutschen Physiokraten und dem Schwager Goethes, Joh. Georg Schlosser, der als Amtmann in Emmendingen tätig war. Schon oft beschrieben, findet das Reformwerk in der angezeigten Arbeit eine neue gründliche Bearbeitung. Um den Interessierten einen leichteren Zugang zu verschaffen, gibt der Verfasser zunächst eine Darstellung der Verwaltung des markgräflichen Staates sowie der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Untertanen. Anschließend behandelt er die Lehre der Physiokraten sowie die Anschauungen ihrer wichtigsten badischen Vertreter. In den folgenden Abschnitten untersucht er die Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiet der Rechts- und Wirtschaftspolitik und dann in Fallstudien die Vorhaben der Regierung auf dem Gebiet der Bildungspolitik (Einrichtung von Industrieschulen, Sonntags- und Realschulen), vor allem der Agrarpolitik (1783 Aufhebung der Leibeigenschaft, Anbau von Klee, Urbarmachung von sumpfigem Gelände usw.) Das Kernstück aller Maßnahmen war der vom Markgrafen gebilligte Versuch Schlettweins, in drei Gemeinden seines Lan-

des (Teningen bei Emmendingen, Bahlingen am Kaiserstuhl und Dietlingen bei Pforzheim) die Abgaben und Steuern der bäuerlichen Bevölkerung zu beseitigen und statt dessen eine Einheitssteuer auf der Grundlage der landwirtschaftlichen Erträge einzuführen. Das Unternehmen scheiterte. Eingehend untersucht der Verfasser die Gründe hierfür, die vor allem in der Abneigung der Betroffenen gegen Neuerungen zu suchen sind und gegen die neuen Lasten, die auf sie zukamen. Die Bedeutung der gründlichen und umfassenden Arbeit liegt darin, daß sie die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen des aufgeklärten Absolutismus auf dem Gebiet der Agrarpolitik aufzeigt.

Ergänzend ist zu sagen, daß die Maßnahmen der Karlsruher Regierung Entsprechendes in andern Teilen des badischen Landes fanden, besonders in jenen Gebieten, die unter der österreichischen Verwaltung standen. So gab es damals z. B. in der Landvogtei Ortenau keine Leibeigenen mehr.

H. Schn.

Kapellen zwischen Rhein und Schwarzwaldhochstraße

Betrachtungen kulturhistorischen Erbes

Bezirkssparkasse Bühl. Bühl/Baden. 1987

Das angezeigte Werk enthält, nach Gegenden geordnet, eine Zusammenstellung aller Kapellen im Raum zwischen Sinzheim und Ottersweier. Es handelt sich um meist kleinere Bauten ohne Turm und Taufstein, die ja die Vorrechte von Pfarrkirchen sind. Sie sind nicht Mittelpunkte einer Pfarrei, sondern Stätten der Andacht für einzelne Ortsteile, kleinere Ortschaften, religiöse Gemeinschaften, die Kranken eines Krankenhauses oder eines Altenheimes. Vergeblich wird man ihre Namen im Dehio suchen, denn kunstgeschichtliche Bedeutung kommt den älteren von ihnen kaum zu. Erbaut wurden sie meist in der Zeit etwa seit der Mitte des 18. Jahrhunderts bis heute. Ihre Ausstattung entspricht demnach auch jenem damals herrschenden Zeitstil. Und dennoch geht von diesen kleinen, weißgetünchten Räumen, oft noch mit ihren ursprünglichen barocken Altären, eine eigenartige Wirkung auf den Besucher aus, von ihrer Stille und ihrer Schlichtheit. Wegen ihrer Kleinheit, aber auch aus Unkenntnis wenig beachtet, von Ortsangehörigen oder Besitzern betreut, verdienen sie

mehr Beachtung. Zu jedem einzelnen der Bauten hat Frau Erika Schappeler-Honnef einen gemütvollen Beitrag geschrieben, in dem sie die Entstehung des Baues, seine Geschichte, sogar die des Kirchenpatrons darstellt. Sie verfaßte auch die gehaltvolle Einführung „Kulturhistorisches Erbe“ in das Werk. Die vielen vorzüglichen Farbaufnahmen stammen von Ols Schurich.

Unter den Bauten sei besonders hingewiesen auf die Anstaltskirche in der Hub, den ehemaligen Festsaal des Hubbades, den Weinbrenner entworfen hat, und dessen ursprüngliche Ausstattung bei der letzten Renovation wiederhergestellt wurde. Ferner die beiden beliebten Traukirchen, die kath. Maria Frieden auf der Bühlerhöhe, deren Bau von Adenauer unterstützt wurde, sowie die ev. Zum guten Hirten auf dem Sand, die ganz aus Holz angefertigt ist. Aber es lohnt sich auch, die andern anzuschauen, zumal sich in einigen noch vortreffliche spätgotische Plastiken finden, in anderen weniger elegant geratene barocke Plastiken und zahlreiche barocke Gemälde. Diese kleinen Bauten geben unseren Dörfern einen eigenen Reiz und durch ihre Verbindung der Vergangenheit mit der Gegenwart ein Bewußtsein von dem Wert der Heimat. Dazu beigetragen zu haben ist ein Verdienst der Bezirkssparkasse Bühl, von deren Leiter die Idee ausgegangen ist und die auch das Werk mit seiner gefälligen Aufmachung finanziert hat.

H. Schn.

Reiner Haehling von Lanzenuer, Recht und Gericht in Baden-Baden

Karlsruhe 1987, 64 Seiten mit verschiedenen Abbildungen.

Die Gesellschaft für Kulturhistorische Dokumentation, in deren Reihe „Kleine Rechtsgeschichtliche Schriften, Heft 4“ die vorliegende Dokumentation erschien, möchte zur Erweiterung und Vertiefung des kulturellen und geschichtlichen Bewußtseins aller Bürger im Sinn einer politischen Einigung Europas beitragen. Nach dem Aufbau eines rechtshistorischen Museums soll in der genannten Schriftenreihe sowohl örtliches und nationales wie internationales Geschehen aufgezeigt werden.

R. Haehling von Lanzenuer, von Beruf Leitender Oberstaatsanwalt, in der Neigung historischer Kriminologie, spürt in dieser Schrift

dem Recht und Gericht in Baden-Baden nach, zunächst in einem allgemeinen Abriß über amtliches Gemeinde- und Gewerbegerichtsweisen von der Römer- bis in die Jetztzeit. Danach zeichnet er die Entwicklung und das Wesen des Amtsgerichtes (1857 bis heute), des Kreisgerichts (1864—1872) und des Landgerichts (1945—1950 bis heute) in Baden-Baden nach. Die Staatsanwaltschaft (1864—1872, 1945 bis heute) als strafverfolgende Behörde kennt der Verfasser bestens. Mit der Schilderung der Aufgaben von Notar und Amtsrevisor sowie dem kurzzeitigen Wirken des Verwaltungsggerichts (1947—1955) erbringt der Verf. insgesamt einen gelungenen, straffen Überblick über Gerichtswesen in Baden-Baden. In den letzten Kapiteln handelt er vor allem vom politischen Wirken einiger Rechtsanwälte, von der Gefangenenverwahrung im Kerkerturm bis zur Vollzugsanstalt sowie von der Hilfe für entlassene Häftlinge.

Das überwiegend aus historischen Erstquellen schöpfende Werk kann sowohl hinsichtlich der allgemein wichtigen Gerichtsinformationen als auch der örtlich maßgebenden Detailschilderung als beispielhaft gelten. Man wünscht sich daher auch ähnliche Bearbeitungen für andere Gerichtsmittelpunkte unseres Landes.

Dieter Kauß

Kurt Klein, Verborgener Schwarzwald. Unbekanntes aus Volkskunde und Geschichte

Morstadt Verlag Kehl, 144 Seiten

Sieben Jahre nach Erscheinen seines erfolgreichen Buches „Geheimnisvoller Schwarzwald“ legt Kurt Klein sein neuestes Werk „Verborgener Schwarzwald“ vor. Der Verfasser, derzeit Schulamtsdirektor in Offenburg, wohnhaft in Hausach im Kinzigtal, wandte sich als begeisterter Landlehrer schon früh der Heimatgeschichte und Volkskunde zu. Dadurch fand er schnell Zugang zu Land und Leuten des Schwarzwaldes und berichtete immer wieder bis heute in zahlreichen Büchern, Tageszeitungen, Fachzeitschriften und Kalendern über seine Begegnungen, Forschungen und Erkenntnisse, die auch durch den Rundfunk und das Fernsehen verbreitet wurden.

Wie schon in seinen früheren Büchern beschreibt Kurt Klein auch im „Verborgenen Schwarzwald“ die Schönheiten des Schwarzwaldes und geht so manchem Geheimnis und

merkwürdigen Brauch sowie so manchem verborgenen Phänomen der Schwarzwälder Volkskultur nach, das in unserer schnelllebigen Zeit allzu leicht der Vergessenheit anheimfällt.

In zweiundzwanzig Erzählungen, Berichten und Geschichten erfahren wir viel Wissenswerthes und Interessantes, das die Geschichte und das Brauchtum des Schwarzwaldes und seiner Bewohner erhellt. Der Schwarzwald trägt in seiner Überlieferung ja nicht nur märchenhafte, romantische Züge. Schon immer haftet ihm etwas Geheimnisvolles an. Kurt Klein versteht es in der Begegnung mit dem Volk, den Schleier des Geheimnisvollen zu lüften und bisher Verborgenes der Vergessenheit zu entreißen und so der Nachwelt zu erhalten.

So erklärt er allerlei Merkwürdiges und Verborgenes im uralten Brauch des Scheibenschlagens; er enträtselt die Sagen vom Teufelstein bei St. Roman sowie die Hexensage des Kandels; er verfolgt die geheimnisvollen Spuren des heiligen Landolin und des heiligen Fridolin, des Apostels der Alemannen. Kurt Klein zeigt sehr deutlich, wie sich in den alten Sagen und Gebräuchen die Mentalität und der Charakter der Schwarzwälder Volksseele widerspiegeln, ihre Gläubigkeit und Religiösität, das Festhalten am Althergebrachten, an Tradition und Geschichte.

Die Schwarzwälder Volksseele hat aber auch viele große und kleine Originale hervorgebracht, zahlreiche Künstler, Dichter und geniale Erfinder, deren bewegtes Leben der Autor mit dem Einfühlungsvermögen und der Akribie des Heimatforschers nachzeichnet: Ludwig Auerbach, der große Sänger des Schwarzwaldes, Peter Thumb, der berühmte Baumeister des Barock, August Haselwander, der vielseitige Erfinder, Ferdinand Reiß, der Kapitän aus dem Schwarzwald, Johann Georg Pfaff, der Freiheitsheld aus Kürzell, Robert Gerwing, der einflussreiche Eisenbahn- und Straßenbauer, Victor von Scheffel, der große badische Dichter, Ignaz Speckle, der begnadete Abt von St. Peter im Schwarzwald.

Aber auch die Schwarzwälder Landschaft mit ihren typischen Besonderheiten wird von Kurt Klein in ihrer bleibenden Schönheit und ihrem historischen Charakter lebendig beschrieben. Da schildert er die Geheimnisse des Mummelsees und bringt dem Leser die einst reißenden Fluten der Kinzig nahe, da läßt er eine Schwarzwälder „Rauchkuchi“ wiederaufleben

und erklärt die Vorgänge um das Hornberger Schießen. Neben heimatgeschichtlichen und volkstümlichen Beiträgen erzählt der Verfasser heitere, aber auch besinnliche Begebenheiten. So gelingen Kurt Klein beispielsweise in der Erzählung „Der wundersame Haussegen“ oder in der Geschichte „Der Doppelverdiener“ dichterische Kabinettstücke von einer Intensität der Darstellung, die zeigen, daß der Autor sein Herz an den „Verborgenen Schwarzwald“ verloren hat.

Wie bei einem Buch von Kurt Klein nicht anders zu erwarten, besticht sein neuestes Werk durch sein reiches, interessantes Bildmaterial. Mensch, Landschaft und Brauchtum werden nicht nur durch die Worte des Kenners treffend beschrieben, sondern auch durch das lebendige, sprechende Bild eingefangen.

Manfred Hildenbrand

Hans Weigand, Einsame Steine und ihre Beziehung zum Menschen

Schillinger Verlag, Freiburg 1987, 122 Seiten, mit zahlreichen Zeichnungen.

Im Jahre 1974 wurde in dieser Zeitschrift der Pipelstein aus Ortenberg als Menhir aus der jüngeren Steinzeit vorgestellt. Beim Kindergarten im heutigen Rheinmünster-Greffern liegen zwei säulenartige Steine aus Buntsandstein, die ebenfalls als Menhire gelten.

Damit aber befinden wir uns inmitten des Reiches „Einsamer Steine“, die der Verf. in seinem Buch zu klassifizieren sowie geographisch, baulich, zeitlich zu definieren und nach ihrem Sinn und Zweck zu bestimmen sucht. In einem nahezu spannend erscheinenden Text unterscheidet er unter dem Oberbegriff „Megalithe“ zunächst Dolmen und Hünengräber, Steinringe und Steinreihen sowie einzeln stehende Menhire. Letzteren gilt seine bevorzugte Betrachtungsweise.

Manchen wird es überraschen, daß es nicht nur in Nord-, West- und Mitteleuropa steinerne Denkmale dieser Art gab, sondern auch in Japan, China und in einem ganz bestimmten Bereich von Südostasien bis Europa sowie in Südamerika. Der Verf. macht sich sodann abgewogene Gedanken zum technischen Bereich rund um die Megalithe: wie wurden die Steine gebrochen, transportiert, aufgestellt und ausgerichtet. Schließlich ordnet er diese in die Zeit von 5000—2000 v. Chr. ein, eine lange Zeit-

spanne also, die es immer zu beachten gilt, wenn man beurteilen möchte, wozu diese Megalithe errichtet wurden.

Bei der Lösung gerade dieser Frage erscheint es als notwendig und richtig festzustellen, daß sich die Gründe dafür im Laufe der Zeit geändert haben können und auch eine Vielzahl von Gründen selbst angenommen werden kann und muß. So lassen sich etwa einzelstehende Menhire vorzüglich zur Bestimmung der Jahreszeit heranziehen und sind daher besonders gut zur Ermittlung landwirtschaftlich wichtiger Termine geeignet. Sie können aber auch als eine Art von Zentralpfeiler in vorgeschichtlichen Holzbauten gedient haben. Man kann außerdem in einzelstehenden Menhiren Ortsmarken zur Kennzeichnung wichtiger Rohstoffvorkommen sehen. Menhire standen aber auch in Beziehung zu Fruchtbarkeitskulten. Die Gleichsetzung mit Opfer- und Gerichtsstätten ist stark aus dem mittelalterlichen Denken zu verstehen. Diese Vermutung, daß solcher Brauch aus grauer Vorzeit bis ins Mittelalter jedoch überliefert worden sei und sich erhalten habe,

ist zwar nicht von der Hand zu weisen, freilich auch nicht zu beweisen.

Der Verf. begeistert nicht nur durch seine Schreibweise, sondern durch die Ausgewogenheit seines Urteils. Er kann es sich leisten, gewisse Probleme letztendlich unbeantwortet zu lassen, was bei den Megalithen und deren Beurteilung manchmal wohl tut. Die ansprechenden Zeichnungen, ebenfalls vom Verfasser, ergänzen und illustrieren das geschriebene Wort vorzüglich. Das reichhaltige Literaturverzeichnis deutet an, welches internationale Material hierbei bewältigt werden mußte.

Was jedoch die meiste Bewunderung hervorruft, ist die Tatsache, daß dieses informative und profunde Werk nicht von einem spezialisierten Ur- und Frühgeschichtler geschrieben ist, sondern von einem pensionierten Chemiker, angeregt durch das Betrachten bretonischer Megalithe und bestimmt von der Lebensweisheit „Wer kein Steckenpferd hat, der ist ein armer Mann“ (Vorwort S. 7).

Dieter Kauß

Autorenverzeichnis

Baur, Dr. Gerhard W.; Galurastraße 11, 7800 Freiburg/Br.
Brombacher, Horst; Großsteinfeld 1, 7590 Achern
Bayer, Dr. Josef; Nikolaus-Schrempp-Straße 30, 7609 Hohberg-Hofweier
Braunstein, Hermann; Am Bruch, 7601 Schutterwald
Dittler, Dr. Erwin; Offenburger Straße 4, 7640 Kehl-Goldscheuer
Feuer, Horst; Friedenstraße 10, 7615 Zell a. H.
Fliedner, Dr. Hans-Joachim; Espenweg 24, 7600 Offenburg
Finkbeiner, Gerhard; Modoscher Straße 24, 7631 Schuttertal
Gamber, Dr. Gerhard; Landratsamt des Ortenaukreises, 7600 Offenburg
Harter, Hans; Engelmatte 9a, 7801 Wittnau
Hetzel, Alfred; Kehler Straße 62, 7608 Willstätt-Eckartsweier
Hetzel, Paul; Rheinstraße 87, 7597 Rheinau-Freistett
Hildenbrand, Manfred; Georg-Neumaier-Straße 15, 7612 Hofstetten
Hirth, Adolf; Kastanienweg 23, 7594 Kappelrodeck
Joggerst, Karl; Am Durbach 60, 7600 Offenburg-Windschläg
Kauß, Dr. Dieter; Hildastraße 89, 7600 Offenburg
Kewitz, Hubert; Gartenstraße 10, 7636 Ringsheim
Klein, Kurt; Haselwanderstraße 11, 7613 Hausach i. K.
Kopp, Thomas; Gartenstraße 20, 7615 Zell a.H.
Kranemann, Dr. Niels; Loerstraße 9, 4400 Münster i.W.
Lehmann, Karl-August; Küblerweg 4, 7611 Oberharmersbach
Marx, Dr. Wilhelm; Kehler Straße 78, 7607 Neuried-Altenheim
Mölders, Hans-Peter; Luisenstraße 16, 7600 Offenburg
Mössinger, Wolfgang; Im Bruch 6, 7615 Zell a.H.
Mombert, Monique; 12a rue de la Liberté, F-67450 Mundolsheim
Neuß, Wolfgang; Hauptstraße 43, 7746 Hornberg
Peter, Wolfgang; Moltkestraße 39, 7630 Lahr
Roschach, Julius; O.-E.-Sutter-Weg 30, 7614 Gengenbach
Ruch, Dr. Martin; Zwingerplatz 2, 7600 Offenburg
Rumpf, Michael; Forlenstraße 10, 7580 Bühl/Baden
Schmid, Adolf; Steinalde 74, 7800 Freiburg/Br.
Schneider, Hugo; Kirchstraße 10, 7590 Achern
Schrempp, Otto; Vorstadtstraße 65, 7620 Wolfach
Schütt, Kurt; Turnhallenstraße 14, 7597 Rheinau-Freistett
Steckner, Carl-Helmut; Honsellstraße 8, 7640 Kehl
Vajen, Wilhelm; Stadtgartenstraße 7, 7602 Oberkirch
Wagner, Sabine; Wehrdaer Straße 10, 3550 Marburg-Wehrda
Werner, Dr. Johannes; Steinstraße 21, 7551 Elchesheim

DER HISTORISCHE VEREIN FÜR MITTELBADEN e. V.
gibt zur Weckung und Förderung der Heimatliebe und Heimatkenntnis die
Zeitschrift

„Die Ortenau“

als Jahresband heraus. Ur- und Frühgeschichte, die Entwicklung zur Gegenwart, Siedlungs- und Ortsgeschichte, Kulturgeschichte, Familienforschung und Flurnamen, Kunst und Sprache, Sage und Brauchtum, Lebensgeschichten bekannter mittelbadischer Persönlichkeiten können Aufnahme finden. Der Jahresband wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt.

Anmeldungen zum Verein nehmen die Geschäftsstelle 7600 Offenburg, Postfach 1569 sowie die Obleute der Mitgliedergruppen jederzeit entgegen.

Nach der Wahl in der Mitgliederversammlung 1987 in Haslach i. K. setzen sich der Vorstand und Beirat des Vereins zusammen aus:

Dr. Dieter Kauß, Präsident, Hildastraße 89, 7600 Offenburg,
Tel. 07 81 / 8 05-5 34

Kurt Klein, Schulamtsdirektor, 1. stellvertr. Präsident,
Haselwanderstraße 11, 7613 Hausach i. K., Tel. 078 31 / 61 25

Manfred Hildenbrand, Realschulkonrektor, 2. stellvertr. Präsident,
Georg-Neumaier-Straße 15, 7612 Hofstetten-Haslach i. K., Tel. 078 32 / 28 67

Hugo Schneider, Studiendirektor i. R., Redakteur der „Ortenau“,
Kirchstraße 10, 7590 Achern, Tel. 078 41 / 57 72

Theo Schaufler, Kreisoberverw.-Rat, Kassen- und Geschäftsführung,
Postfach 1569, 7600 Offenburg, Tel. 07 81 / 8 05-2 66

Leiter der Fach- bzw. Arbeitsgruppen:

Archäologische Arbeitsgruppe:

Josef Naudascher, Schmiedeweg 23, 7631 Mahlberg

Arbeitsgruppe Denkmalpflege:

Dr. Dieter Kauß, Hildastraße 89, 7600 Offenburg, Tel. 07 81 / 8 05-5 34

Arbeitsgruppe für neuere und Zeitgeschichte:

Karl Maier, Jakobstraße 6, 7604 Appenweier

Arbeitsgruppe „Mundart“:

Prof. Hermann Braunstein, Am Bruch 1, 7601 Schutterwald,
Tel. 07 81 / 5 21 11

Arbeitsgruppe „Museen“:

Reinhard End, Binzmattstraße 28, 7614 Gengenbach, Tel. 0 78 03 / 42 29

Arbeitsgruppe „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit“:

Carl-Helmut Steckner, Honsellstraße 8, 7640 Kehl, Tel. 0 78 51 / 39 94

Arbeitsgruppe „Grenzstein-Dokumentation“:

Claus Leser, Eisenbahnstraße 26, 7639 Kappel-Grafenhausen,
Tel. 0 78 22 / 70 40

Beiräte:

Dr. Hans-Joachim Fliedner, Espenstraße 24, 7600 Offenburg

Adolf Hirth, Kastanienweg 23, 7594 Kappelrodeck

Josef Naudascher, Schmiedeweg 23, 7631 Mahlberg

Dipl.-Ing. Erwin Steurer, Metzgerstraße 14, 7630 Lahr

Dr. Wilhelm Marx, Kehler Straße 78, 7607 Neuried-Altenheim

Ursula Schäfer, Rebbergstraße 12, 7570 Baden-Baden-Steinbach

Rainer Fettig, Straßburger Straße 6, 7603 Oppenau

Gerhard Hoffmann, Oppelner Straße 8, 7550 Rastatt

Mitgliedergruppen:

- 7590 Achern: Hugo Schneider, Kirchstr. 10, Tel. 07841/5772
7604 Appenweier: Karl Maier, Jakobstr. 6, Tel. 07805/695
7570 Baden-Baden: Hannes Leis, Sophienstr. 20, Tel. 07221/24293
7605 Bad Peterstal-Griesbach: Siegfried Spinner, Renchtalstr. 17,
Tel. 07806/533
7616 Biberach i.K.: Wolfgang Westermann, Sonnenhalde 7, Tel. 07835/8309
7580 Bühl/Baden: Egon Schempp, Meisenstr. 2, 7580 Bühl/Baden,
Tel. 07223/21305
7637 Ettenheim: Bernhard Uttenweiler, Sonnenberg 14, Tel. 07822/5800
7614 Gengenbach: Eugen Lang, Kastanienweg 1, Tel. 07803/1048
7612 Haslach i.K.: Manfred Hildenbrand, Hofstetten, Georg-Neumaier-Str. 15,
Tel. 07832/2867
7613 Hausach: Kurt Klein, Haselwanderstr. 11, Tel. 07831/6125
7601 Hohberg: Michael Bayer, Reisengasse 7, Tel. 07808/3716
7746 Hornberg-Triberg: Walter Aberle, Hornberg, Schloßstr. 2, Tel. 0783/277
7640 Kehl-Hanauerland: Dr. Friedrich Fluhr, Holzhauser Str. 45, Rheinau-Linx
Tel. 07853/278
7630 Lahr: Dr. Joachim Sturm, Kirchstr. 20, Tel. 07821/21905
7631 Meißenheim: Karl Schmid, Friederike-Brion-Weg 7, Tel. 07824/2362
7607 Neuried: Kurt Noack, Stadelgasse 26, Neuried-Altenheim,
Tel. 07807/654
7611 Oberharmersbach: Karl-August Lehmann, Küblerweg 4,
Tel. 07837/288
7602 Oberkirch: Wilhelm J. Vajen, Stadtgartenstr. 7, Tel. 07802/4842
7600 Offenburg: Dr. Hans-Joachim Fliedner, Espenstr. 24, Tel. 0781/76638
7601 Ortenberg: Hermann Litterst, Rathaus, Tel. 0781/32051
7603 Oppenau: Rainer Fettig, Straßburger Str. 6, Tel. 07804/2024
7550 Rastatt: Gerhard Hoffmann, Oppelner Str. 8, Tel. 07222/22901
7597 Rheinau: Dr. Nikolaus Honold, Auf der Höhe 24, Tel. 07844/1231
7587 Rheinmünster: Adolf Hirth, Kastanienweg 23, 7594 Kappelrodeck,
Tel. 07842/2615
7592 Renchen: Erich Huber, August-Ganther-Str. 6, Tel. 07843/7737
7625 Schapbach: Johannes Furtwängler, Festhallenstr. 1, Tel. 07839/378
7622 Schiltach: Theo Becker, Hohensteinstr. 11, Tel. 07836/2442
7601 Schutterwald: Artur Hohn, Bahnhofstr. 4, Tel. 0781/52381
7633 Seelbach-Schuttertal: Gerhard Finkbeiner, Modoscher Str. 24,
7631 Schuttertal, Tel. 07823/604
7611 Steinach i.K.: Peter Schwörer, Im Kirchgrün 17, Tel. 07832/8656
7620 Wolfach: Ernst Bächle, Messnergasse 6, Tel. 07834/6626
7570 Yburg: Ursula Schäfer, Rebbergstr. 12, 7570 Baden-Baden-Steinbach,
Tel. 07223/5572
7615 Zell a.H.: Bertram Sandfuchs, Bergstr. 6, Tel. 07835/3448
überregionale Mitgliedergruppe (früher Hauptverein): Theo Schaufler, Post-
fach 1569, 7600 Offenburg, Tel. 0781/805-266

Beiträge für unser Jahrbuch „Die Ortenau“ sind bis spätestens 1. 5. jeweils an die Schriftleitung zu richten. Bitte nur druckfertige Originalbeiträge! Für Inhalt und Form der Arbeiten sind die Verfasser verantwortlich. Die Zeit der Veröffentlichung der angenommenen Arbeiten muß sich die Schriftleitung vorbehalten. Der Abdruck aus der „Ortenau“ ist nur mit Genehmigung der Schriftleitung gestattet, die sich alle Rechte vorbehält. Für unverlangte Manuskripte und Besprechungsstücke kann keine Haftung übernommen werden. Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Besprechungsstücke sind ebenfalls an die Schriftleitung zu senden.

Die Verfasser erhalten 10 Autorenexemplare ihrer Beiträge unberechnet. Wegen vieler Anfragen weisen wir darauf hin, daß jedermann Sonderdrucke einzelner Beiträge in beliebiger Zahl bei Kehler Druck GmbH & Co. KG, 7640 Kehl, Kinzigstr. 25, bestellen kann, spätestens gleich nach Zustellung des Jahrbuchs. Danach können die Einzelbeiträge nicht mehr geliefert werden, nur noch der ganze Band, solange der Vorrat reicht.

Bestellungen auf noch lieferbare Jahrgänge sowie den Registerband 1910—1981 nimmt die Geschäftsleitung (Postfach 1569, 7600 Offenburg) entgegen, soweit noch Exemplare vorhanden sind.

Damit unsere Jahresbände, aber auch andere für unsere Vereinsbibliothek wertvolle Literatur aus Nachlässen verstorbener Mitglieder nicht verloren gehen, bitten wir die betreuenden Erben, sich mit unserer Geschäftsstelle in Verbindung zu setzen. Wir könnten dann auch den zahlreichen Wünschen auf Lieferung früherer Jahrbücher besser nachkommen.

Laut Beschluß der Jahresversammlung 1981 beträgt der Jahresbeitrag derzeit:

25,— DM für natürliche Personen und Schulen

40,— DM für juristische Personen und Körperschaften

Spenden sind erwünscht und werden dankbar angenommen.

Der Historische Verein für Mittelbaden e.V., Sitz Offenburg, dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken. Gegen die Anerkennung der Mitgliedsbeiträge als steuerbegünstigte Ausgabe nach § 10 b EStG bestehen seitens des Finanzamtes Offenburg lt. Mitteilung vom 19. Juli 1972 keine Bedenken. Die Bescheinigung über die steuerbegünstigten Beträge erfolgt auf der Mitgliedskarte oder auf besonderem Formular.

Die Mitglieder der Mitgliedergruppen entrichten den Jahresbeitrag an deren Rechner, die Mitglieder der überregionalen Mitgliedergruppe (die also keiner Mitgliedergruppe angehören) überweisen auf die Konten des Historischen Vereins für Mittelbaden e.V. (Volksbank Offenburg: Nr. 6 295 509, BLZ 664 900 00, Bezirkssparkasse Offenburg: Nr. 00-361 618, BLZ 664 500 50 oder Postscheckkonto Nr. 6057-756, Postscheckamt Karlsruhe).